DER GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

GRABERT

Veröffentlichungen
des Institutes für deutsche Nachkriegsgeschichte
BAND XXXVII

In Verbindung mit zahlreichen Gelehrten des In- und Auslandes
herausgegeben von Wigbert Grabert

DER GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

herausgegeben von
Rolf Kosiek und Olaf Rose



GRABERT-TÜBINGEN

Druck und Bindung: Kösel, Altusried
Gesamtgestaltung: Claude Michel, Rottenburg/N.

Herausgegeben von Dr. Rolf Kosiek und Dr. Olaf Rose
unter Mitwirkung von:
Michael Klotz, Dr. Hans Meiser, Andreas Naumann, Dr. Claus Nordbruch.
Karl Richter, Will Seelmann-Eggebert, Michael Winckler

Die Deutsche Bibliothek - CIP-Einheitsaufnahme

Der Große Wendig: Richtigstellungen zur Zeitgeschichte /
herausgegeben von Dr. Rolf Kosiek und Dr. Olaf Rose.-
Tübingen : Grabert-Verlag 2006
(Veröffentlichungen des Institutes für deutsche
Nachkriegsgeschichte ; Bd. 37)
ISBN 3-87847-230-7
NE: Der Große Wendig: [Sammlung];
Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte < Tübingen >
Veröffentlichungen des Institutes...

ISBN 3-87847-230-7
ISBN 978-3-87847-230-8
ISSN 0564-4186

Postfach 1629, D-72006 Tübingen
www.grabert-verlag.de

Gedruckt in Deutschland

Inhaltsverzeichnis

Vorwürfe gegen Wehrmacht

Alliierte Kriegsverbrechen

Erste Nachkriegszeit - 393

Alliierte Lager

Judenschicksal

Beurteilung deutscher Soldaten

Die Bundesrepublik Deutschland - 575

Vergangenheitsbewältigung



Einleitung

Gut ein halbes Jahr nach dem Erscheinen des ersten Bandes des *Großen Wendig* liegt hiermit der zweite dieses Sammelwerkes vor. Er bringt die restlichen Beiträge aus den in den letzten beiden Jahrzehnten herausgekommenen fünfzehn Heften der *Richtigstellungen zur Zeitgeschichte* mit einigen Ausnahmen, die aus Platzgründen nicht mehr berücksichtigt werden konnten. Die in diesen Broschüren erschienenen Abhandlungen sind dafür überarbeitet, ergänzt und aktualisiert worden. Hinzu sind zahlreiche neue Artikel verschiedener Autoren getreten. Wie im ersten Band sind die aus den Heften übernommenen Titel hier nicht namentlich abgezeichnet. Sie entstammen der jahrelangen fruchtbaren Zusammenarbeit in den neunziger Jahren der Herren Dr. Heinrich EBNER (1920-1997), Heinrich OCHSMANN (1920-2001) und des Unterzeichners, zu denen dann gegen Ende des Jahrzehnts Herr Götz EBERBACH trat. Die für den vorliegenden Sammelband neu geschriebenen Beiträge tragen jeweils den Namen ihres Verfassers, der für den Inhalt verantwortlich ist.

Während der erste Band zeitmäßig den ersten Teil des 20. Jahrhunderts mit einigen Bereichen des Zweiten Weltkriegs abdeckt, ist der vorliegende zweite Band den restlichen Kapiteln des großen Krieges und der Nachkriegszeit bis zur Gegenwart gewidmet. Um den Umfang nicht noch größer werden zu lassen, mußte eine strenge Auswahl getroffen und ein Teil der zunächst zur Aufnahme vorgesehenen Vorgänge zurückgestellt werden. Das gilt besonders für einige Deutschland nur indirekt betreffende Geschehnisse, wie die Attentate vom 11. September 2001 oder den Irak-Krieg, über die noch weithin falsche Anschauungen im Umlauf und daher Richtigstellungen an sich angebracht sind.

Am Ende des vorliegenden Bandes befindet sich neben dem Personenverzeichnis für diesen ein Gesamtsachverzeichnis für beide Bände. Es soll dem Leser ein bequemes Auffinden der einzelnen in beiden Teilbänden behandelten Fragen und einen schnellen Zugriff auf ein gewünschtes Thema ermöglichen. Im Rahmen der einzelnen Beiträge sind meist Quellen und Literatur zu dem abgehandelten Geschehen angegeben. Darüber hinaus erschienen weitere besondere Literaturangaben im Anhang als überflüssig. Sie hätten auch angesichts der Vielzahl der beschriebenen Vorgänge einen unverhältnismäßig großen Raum eingenommen, den wir lieber für weitere Beiträge verwendeten. Gelegentlich auftretende Wiederholungen bei mehrfacher Behandlung desselben Vorgangs aus verschiedener Sicht sind durchaus bewußt erfolgt.

Für eine Reihe von Lesern waren die Angaben im Vorwort zum ersten Band über Verfasser, Entstehen und Titel der Heftreihe *Richtigstellungen zur*

Zeitgeschichte von Dr. Heinrich WENDIG wie des Sammelwerkes offensichtlich nicht ausreichend, und zahlreiche Fragen wurden dazu gestellt. Deswegen sei ergänzend angefügt, daß die oben genannten ursprünglichen drei Verfasser der von 1989 bis 2003 erschienenen 15 Hefte den angeführten Titel der Reihe und dazu den Namen Dr. Heinrich WENDIG als Autor auswählten, wie es auch im wissenschaftlichen Bereich bei mehreren Verfassern, etwa bei dem Standardwerk *Bourbaki* in der Mathematik, üblich ist. Diese durch die langjährige Reihe zum Markenartikel gewordene Bezeichnung wurde dann für das Sammelwerk beibehalten. Es stecken also kein Geheimnis und keine tiefere Bedeutung dahinter.

Die gute Aufnahme des ersten Bandes und die rege Nachfrage nach dem Sammelwerk trotz seines großen Umfangs haben die kühnsten Erwartungen von Herausgeber und Verlag übertroffen. Nicht zuletzt wird dazu auch die hervorragende Gestaltung und liebevolle Bebilderung durch Herrn Claude Michel beigetragen haben, dem die Herausgeber dafür auch an dieser Stelle noch einmal herzlich danken. Ein halbes Jahr nach dem Erscheinen ist die erste Auflage bereits vergriffen, und mit dem Erscheinen des zweiten Bandes kann eine neue, überarbeitete und teilweise verbesserte zweite Auflage des ersten herausgehen. Dafür konnten bereits zahlreiche Hinweise und Ergänzungsvorschläge aus dem Leserkreis berücksichtigt werden. Die Herausgeber danken allen Zusendern für diese Mitarbeit und ihr reges Interesse an einer weiteren Verbesserung des Werkes. Auch zum zweiten Band sind derartige Vorschläge sehr willkommen.

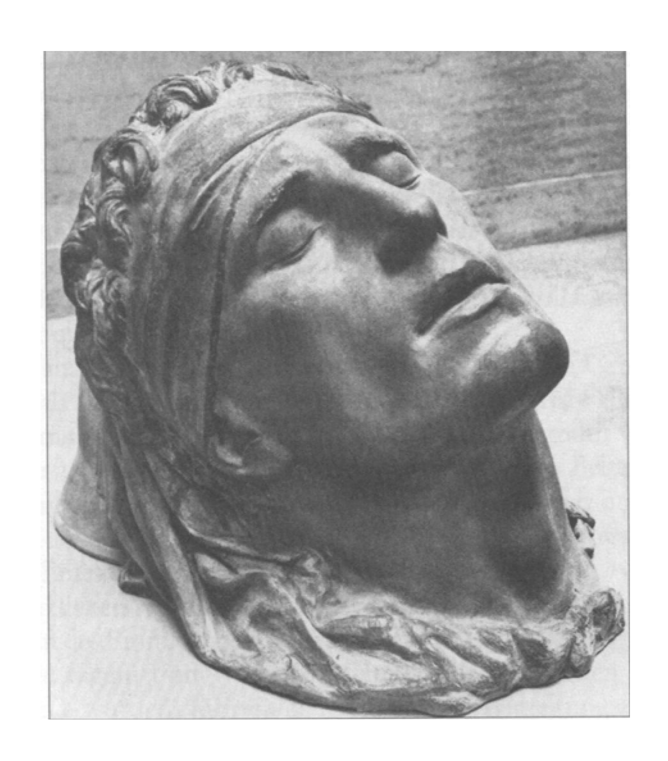
Die zwischenzeitliche Entwicklung im Bereich der Zeitgeschichte hat durch Öffnung bisher verschlossener Archive und weitere Dokumentenfunde neue Erkenntnisse, zum Beispiel zum Tode Heinrich HIMMLERS oder über britische Foltermethoden im Nachkriegsdeutschland, zu Tage gefördert, die aber noch kaum in das Bewußtsein einer größeren Öffentlichkeit gedrungen sind, die weiterhin den alten, nun als falsch bewiesenen Anschauungen anhängt. Auch deswegen sind Richtigstellungen für die Zukunft notwendig. Mögen sie zu einer weiteren Entkrampfung der Beziehungen zwischen den Völkern beitragen und zu einem neuen Anfang führen.

US-Präsident Abraham LINCOLN soll einmal gesagt haben: »Man kann eine Zeitlang die ganze Welt belügen, man kann die ganze Zeit einen Teil der Welt belügen, aber man kann nicht dauernd die ganze Welt belügen.« Hoffen wir auf die Richtigkeit seiner Aussage.

Tübingen, den 8. Mai 2006

Institut für deutsche Nachkriegsgeschichte

Dr. Rolf KOSIEK



Der Zweite Weltkrieg

Bis zum Beginn des Rußlandfeldzuges waren Kriegs verbrechen auf beiden Seiten eher die Ausnahme. Trotz des Wiederauflebens des Zerrbildes vom >Hunnen< und vom >Boche< auf seilen der Alliierten sowie der Propagandaaktionen über das >perfide Albion< und das >morbide Frankreich« auf deutscher Seite wurde der Gegner zwar nicht immer ritterlich, aber doch zumeist im Rahmen der geltenden Kriegsgesetze und der Genfer Konvention behandelt. Verstöße dagegen wurden von den Kriegsparteien über neutrale Staaten der Gegenseite angezeigt und in den sogenannten Farbbüchern, die bereits zu Beginn des Krieges erschienen, entsprechend propagandistisch ausgeschlachtet.

Vorbildliches leistete auch hier wieder die deutsche Seite. Die zu Kriegsbeginn eingerichtete Wehrmachtuntersuchungsstelle führte bei jedem größeren entdeckten Kriegsverbrechen eine umfassende Untersuchung durch. Hierbei wurden von den Opfern zahlreiche Fotos angefertigt, Augenzeugen der eigenen Seite, aber auch beim Gegner befragt und die Täter, sofern man ihrer habhaft werden konnte, einem eingehenden und protokollarisch festgehaltenen Verhör unterzogen.

Diese umfangreich überlieferten Akten stellten auch den Grundstock zur einzigen jemals ausgestrahlten Sendung über unwiderlegbare alliierte Kriegsverbrechen im deutschen Fernsehen dar, die 1987 ausgestrahlt wurde. Diese singulare Ausstrahlung verursachte bei den Amerikanern, Briten und Polen derartiges Unbehagen, daß die Botschafter der drei Staaten noch während der Sendung den Intendanten der *ARD* anriefen und eine erneute Ausstrahlung dieses Filmes auf politischer Ebene verhindern konnten.

Die entsetzlichen Verbrechen, die zahlreichen deutschen Kriegsgefangenen zu Beginn des Einmarsches in die Sowjetunion von den Angehörigen der Roten Armee zugefügt und von den nachfolgenden deutschen Wehrmachtteilen entdeckt wurden, führten sehr schnell zu Vergeltungsmaßnahmen. Leidtragende waren nicht nur die kämpfende Truppe, sondern in erster Linie die Zivilbevölkerung. Zahlreiche Massaker, die die Rote Armee in deutschen Uniformen an der eigenen Bevölkerung vornahm, um das anfängliche Einvernehmen mit den Besatzern zu zerstören, führten zu einer schnell anwachsenden Partisanentätigkeit und einer damit einhergehenden, bislang unbekannten Radikalisierung und Eskalation der Kriegführung.

Die deutsche Seite bemühte sich auch hier - sofern möglich - um eine weitestgehend dokumentierte und auch von neutralen Gutachtern und vom Internationalen Roten Kreuz beglaubigte Darstellung alliierter Kriegsverbrechen, so in den veröffentlichten Dokumenten über »Polnische Grausamkeiten« an der deutschen Zivilbevölkerung im September 1939, über die Erschießung der polnischen Offiziere und Intelligenz in Katyn und die

ermordeten Ukrainer in Winniza. Gleichermaßen ging die Wehrmachtuntersuchungsstelle auch gegen deutsche Einheiten vor, wenn diese aufgrund von Klagen alliierter Seite der Verübung von Kriegsverbrechen beschuldigt worden waren. Auf alliierter Seite hingegen erfüllte man bei der Untersuchung sowohl der eigenen als auch der - angeblichen - deutschen Verbrechen solche Standards nicht. Im Gegenteil: Man unternahm alles, um vor allem nach dem Krieg und auch in der historischen Forschung eine Untersuchung behaupteter deutscher Kriegsverbrechen zu behindern oder unmöglich zu machen.

So wuchsen die Zahlen der von Deutschen ermordeten Kriegsgefangenen, Fremdarbeiter und Juden in den letzten zehn Monaten des Krieges fast ins Unermeßliche. Vergeltungseinsätze gegen Partisanen wurden als illegale Massaker bezeichnet, in der Hitze des Gefechts erfolgte Unmenschlichkeiten als kaltblütige Morde hingestellt, die deutschen Soldaten und hier insbesondere die Angehörigen der Waffen-SS als genuine Mordbrenner verunglimpft. Marzabotto, Kephalonia, Tulle und Oradour sind nur die Namen mit dem größten Symbolwert. Bis zum Kriegsende konnte die Reichsregierung über die eigenen Medien den Anwürfen noch entgegentreten. Nach Kriegsende setzte eine bis dahin in der Weltgeschichte einmalige Welle der Anschuldigungen ein, die zumeist ohne dokumentarische Belege und mit oftmals zweifelhaften Berufszeugen zementiert wurde. Widersprüche waren nicht mehr erlaubt. Die Legendenbildung konnte fortan ungehindert ihren Lauf nehmen. ..

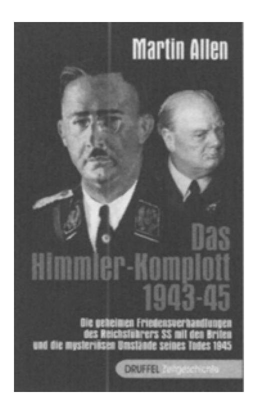
Olaf Rose

Himmlers Friedensverhandlungen 1943-45

Weithin bekannt ist in der Geschichtsschreibung, daß Heinrich HIMMLER im November 1944 über Walter SCHELLENBERG, den Leiter des Amtes VI E, des politischen Geheimdienstes im Reichssicherheitshauptamt und letzten deutschen Geheimdienstchef, Kontakte zu Gero SCHULZE VON GAEVERNITZ und Allen DULLES, dem Leiter des Ablegers des amerikanischen Geheimdienstes OSS in Bern, herbeiführen ließ.[1] Gemeinhin wird dies als der letzte, verzweifelte und untaugliche Versuch HIMMLERS gewertet, »seine Haut zu retten« und sich den West-Alliierten in völliger Verkennung der objektiven Gegebenheiten als Verhandlungspanner und möglicher Nachfolger Adolf HITLERS anzudienen.

Inzwischen endlich freigegebene Akten des britischen Staatsarchivs und neueste Forschungen des britischen Historikers Martin ALLEN belegen dagegen, daß HIMMLER nach dem gescheiterten Friedensflug von Rudolf HESS im Mai 1941 der nächste hochrangige Politiker des Deutschen Reiches war, der eigene Friedensverhandlungen mit den westlichen Alliierten aufzunehmen versuchte. Als nüchterner Realpolitiker, vertraut mit den objektiven militärischen Stärkeverhältnissen, den Produktionszahlen von Waffen und Munition sowie der internationalen Lage, war HIMMLER bereits nach der Schlacht von Stalingrad der Ernst der Lage klar. Im Februar 1943 deutete er deswegen in einem vertraulichen Gespräch im Kreise von rund einem Dutzend SS-Obergruppenführern an, daß der gegenwärtige Krieg mit üblichenWaffen

[1] Joseph BELLINGER, ***Himmlers Tod, Freitod oder Mord? Die letzten Tage des Reichsführers SS,*** Arndt, Kiel 2005, S. 144 ff.



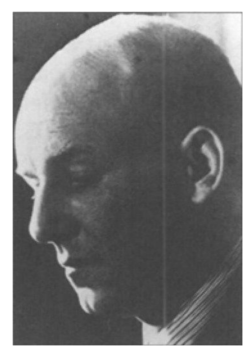
Martin ALLEN, *Das Himmler-Komplott* ***1943-45,*** Druffel, Stegen 2005,



HITLER im vertraulichen Gespräch mit Luftwaffenoffizieren auf dem Berghof. Seit der Niederlage von Stalingrad glaubten immer weniger an eine positive Kehrtwende zugunsten Deutschlands.







Von oben: Allen W. DULLES, Walter SCHELLENBERC und Carl LANGBEHN, der im September 1943 nach einem Treffen mit DULLES verhaftet wurde.

und Methoden der Kriegführung nicht mehr gewonnen werden könne. Entweder müsse man von **Seiten** der Naturwissenschaft in der Lage sein, der deutschen Wehrmacht neuartige Waffen an die Hand zu geben - gemeint ist hier die Atombombe deren alleiniges Drohpotential die Gegner zum Waffenstillstand geneigt mache, oder es müßten umgehend Friedensverhandlungen angeknüpft werden, solange man noch über eine nennenswerte Verhandlungsmasse verfüge.

Erste Friedensfühler hatte HIMMLER bereits im Mai 1942 über den schwedischen Geschäftsmann und Bankier Marcus WALLENBERG sowie Prinz HOHENLOHE geknüpft. Er ließ über Kontaktpersonen in Portugal und Spanien bei den gleichen britischen Unterhändlern, mit denen auch HESS in Verbindung gestanden hatte, vorfühlen, ob die Briten ihn als Verhandlungspartner an Stelle HITLERS anerkennen würden,[2] Wie Rudolf HESS suchte auch HIMMLER den Rat des England-Fachmanns Prof. Albrecht HAUSHOFER. Er traf ihn am 12. August 1942 im Hause seines Rechtsanwalts Carl LANGBEHN/[1] LANGBEHN wurde im März 1943 nach Stockholm geschickt, wo er über den dortigen britischen Gesandten Victor MALLET Verhandlungsmöglichkeiten prüfen ließ. Als hier keine greifbaren Ergebnisse erzielt wurden, nahm LANGBEHN in der Schweiz Kontakt zu DULLES auf. Auch HOHENLOHE traf in der Schweiz ein und gab bei DULLES vor, er habe seine Anweisungen direkt von HIMMLER, Die Einzelheiten dieser Gespräche sind bis heute unbekannt, da die entsprechenden Akten von der CIA immer noch gesperrt sind,[4] Die Aufzeichnungen HOHENLOHES fielen jedoch den Russen nach dem Krieg in die Hände; sie waren, was das Verständnis von seiten DULLES' für die deutsche Lage betraf, ermutigend, doch die Regierung in Washington schloß sich DULLES' Sichtweise nicht an,

HIMMLER setzte von nun an auf die englische Karte. Die Verhandlungen mußten unter äußerster Geheimhaltung stattfinden, da sie von der Voraussetzung ausgingen, daß HITLER zumindest entmachtet und unter Hausarrest stehen würde, wenn Heinrich HIMMLER als neues Staatsoberhaupt mit den Engländern zu einer Vereinbarung käme. Bedrohlich war daher die Entschlüsselung eines britischen Geheimcodes, die dem Leiter der Gestapo, Heinrich MÜLLER, Kenntnis von den Unterredungen LANGBEHNS in Stockholm vermittelte. HITLER wurde davon unterrichtet; er erklärte wutentbrannt den Münchner Rechtsanwalt zum Verräter und verfügte dessen Einweisung ins Moabiter Gefängnis in Berlin. HIMMLER stritt eine Verwicklung in diese Af-

[1] Martin ALLEN, ***Das Himmler-Komplott 1943-45. Die geheimen Friedensverhandlungen des Reichsführers SS mit den Briten und die mysteriösen Umstände seines Todes 1945,*** Druffel, Stegen am Ammersee 2005, S. 183 ff.

[1] Ebenda, S. 207.

[4] Ebenda, S. 228.

färe ab, erwirkte aber für seinen Rechtsanwalt Hafterleichterung und ließ den Fall lange hinauszögern.

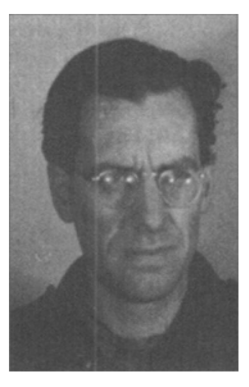
Nach ergebnislosen Vorbereitungen mit zwei schwedischen Zündholzfabrikanten flog SCHELLENBERG, die einzige Person, der HIMMLER noch vorbehaltlos vertraute, Anfang Juni 1943 nach Stockholm, wo er am 7. Juni ein Geheimtreffen mit dem britischen Gesandten Victor MALLET im Hause von Marcus W ALLENBERG hatte. MALLET stellte er sich als rechte Hand HIMMLERS vor, bevollmächtigt, in Verhandlungen einzutreten, um im Westen einen Frieden abzuschließen, wenn Großbritannien die Legitimität HIMMLERS als neuen Führers Deutschlands anerkenne.[5]



SS-Obergruppenführer Karl WOLFF.

MALLET unterrichtete sofort Bruce LOCKHART von der Politischen Kriegführungsexekutive, kurz PWE, und deren innersten Zirkel, das »Komitee der Fünf<, die gleiche Geheimdienstinstanz, die auch schon den Englandflug von Rudolf HESS ZU Fall gebracht hatte. Zwei Sorgen trieben die Briten um:

1. Die Amerikaner durften unter keinen Umständen von den Verhandlungen und den deutschen Vorschlägen erfahren, da sie von den Briten so eingeschätzt wurden, als könnten sie vielleicht darauf eingehen.
2. Man suchte eine Möglichkeit, um die deutsche Friedensinitiative aufzugreifen, ebenso wie den HESSschen Versuch hinauszuzögern und zum Nachteil Deutschlands auszunutzen.



Karl-Heinz KRAMER, HIMMLERS Agent in Stockholm,

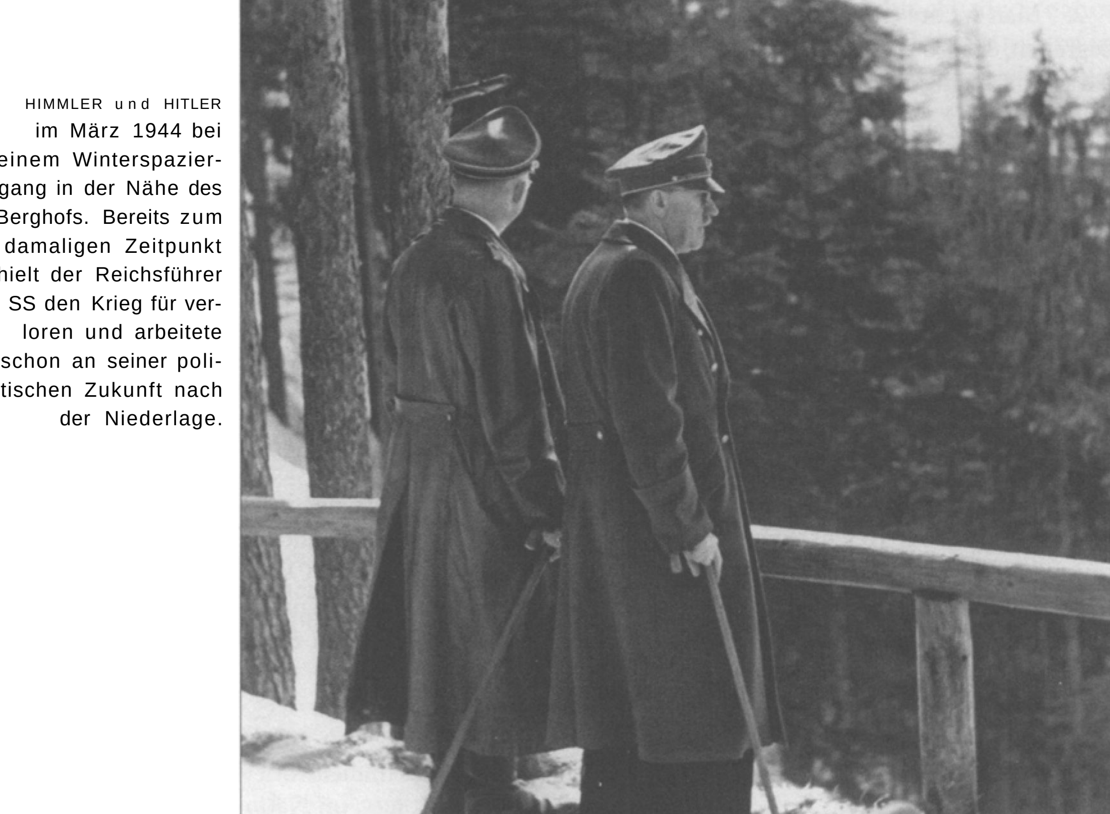
Zur gleichen Zeit hatte SCHELLENBERG in Stockholm seine Fühler auch nach einem Amerikaner namens Abraham Steven HEWITT ausgestreckt, von dem er wußte, daß dieser das Ohr von Präsident ROOSEVELT besaß. Als HEWITT seinem Präsidenten die offenen Friedensvorschläge von SCHELLENBERG/HIMMLER vortrug - Separatfrieden im Westen, alle deutschen Truppen nach Osten lehnte ROOSEVELT dies ab.

Die Briten wollten inzwischen > HIMMLERS Mann in Stockholm« fest an den Haken nehmen, Ihr Ziel bestand in der Aufstachelung von politischen Unruhen in Deutschland, die am besten in einem Bürgerkrieg zwischen SS, Wehrmacht und Partei gipfeln sollten. HIMMLER war sich nicht bewußt, daß er über SCHELLENBERG nicht mit der britischen Regierung, sondern mit deren Geheimdienst verhandelte. Seine Bedingungen offenbarten zudem die größten Besorgnisse der Reichsregierung: die Bombenangriffe und die drohende Invasion im Westen. Außerdem müsse Deutschland erlaubt werden, Österreich und das Sudetenland zu behalten und eine dauerhafte Verteidigungsstellung entlang der gegenwärtigen strategischen Positionen im Osten zu errichten.

[5] Ebenda, S. 236. ALLEN bezieht sich auf einen umfangreichen Geheimdienstbriefwechsel zwischen MALLET, Bruce LOCKHART und Ivone KJRKPATRICK, im National Archive, Akte FO 800/868.

Der britische Geheimdienst gab nur unverbindliche Zusicherungen und war nicht bereit, HIMMLER eindeutige Versprechungen oder vertragliche Abmachungen zuzusichern. Gemäß den eigenen Zielvorstellungen, in Deutschland politisches Chaos oder Bürgerkrieg hervorzurufen, drängte man zunächst auf eine Vorleistung des Reichsführers. Er solle den Umsturz erst einmal bewerkstelligen; danach könne man verhandeln. HIMMLER, der im großen und ganzen auch über den deutschen Untergrund und die Aktivitäten des Widerstandes informiert war, ging in den Verhandlungen so weit zu erklären, er könne sich auch vorstellen, sich im letzten Augenblick als »Mann der Stunde« an die Spitze eines Umsturzes zu stellen. Die merkwürdige Inaktivität, die HIMMLER in den ersten Stunden des Putschversuches vom 20. Juli 1944 an den Tag legte, kann sowohl als innere Zerreißprobe seines Treueides auf Adolf HITLER als auch auf die Beobachtung eben dieser Möglichkeit der eigenen Machtübernahme gedeutet werden.

Auch wenn HIMMLER auf diesen Zug nicht aufsprang, knüpfte er im Oktober 1944, wenige Monate nach der sich zur Katastrophe auszuweiten schei-



HIMMLER und HITLER im März 1944 bei einem Winterspaziergang in der Nähe des Berghofs. Bereits zum damaligen Zeitpunkt hielt der Reichsführer SS den Krieg für verloren und arbeitete schon an seiner politischen Zukunft nach der Niederlage.

nenden Invasion, den Verhandlungfaden weiter. Während SCHELLENBERG und Karl-Heinz KRAMER, ebenfalls ein Agent HIMMLERS in Stockholm, in Schweden immer noch verhandelten, beauftragte der Reichsfiihrer SS seinen Freund, den SS-Obergruppenführer Karl WOLFF, seinerzeit Militärbefehlshaber in Norditalien und Bevollmächtigter gegenüber MUSSOLINI, über die Schweiz Kontakt zu den West-Alliierten aufzunehmen. Diese Verhandlungen, deren Inhalt weitestgehend bekannt ist, waren für HIMMLER besonders brisant, da darin neben WOLFF auch italienische, britische, amerikanische und Schweizer Personen eingebunden waren. Wären diese Verhandlungen zu Propagandazwecken veröffentlicht worden, hätte er seinen Kopf kaum noch retten können. Er war nicht davon abzubringen, sich trotz der zahlreichen alliierten Veröffentlichungen, die ihn als Massenmörder zeichneten, als annehmbaren Verhandlungspartner zu betrachten, da die West-Alliierten auch mit STALIN als Verhandlungs- und Bündnispartner kein Problem zu haben schienen. Auch diese Verhandlungen zogen sich monatelang hin. Als sie Mitte April 1945 zu HITLER drangen, beorderte dieser HIMMLER umgehend nach Berlin zurück. HIMMLER drückte sich und befahl an seiner statt dem Verhandlungspartner WOLFF, nach Berlin zu fliegen. Als dieser auf HITLER im Führerbunker wartete, hatte er große Angst, wegen dieser nicht genehmigten Geheimverhandlungen standrechtlich erschossen zu werden. Er traf aber auf einen aufgeräumten HITLER, der leutselig erklärte: »Mein liebes Wölffchen, da hast du noch einmal großes Glück gehabt, denn wenn diese Verhandlungen öffentlich geworden wären, hätte ich dich genauso fallen lassen müssen wie den Parteigenossen HESS, der übrigens, wenn dieser Krieg noch ein halbwegs vernünftiges Ende finden sollte, von mir in alle Stellungen wieder eingesetzt werden wird.«[6]

HIMMLER aber trug zu diesem Zeitpunkt ein Geheimnis mit sich, das ihn im Mai 1945 das Leben kosten sollte:[7] zweijährige aufrichtige Friedensverhandlungen mit den Briten und auch den Amerikanern, die von deren Seite dilatorisch und unaufrichtig behandelt wurden.

HIMMLERS Bemühungen waren übrigens nur eine von über 50 Friedensinitiativen,[8] die meist von Deutschland ausgingen.

Deren Ablehnung durch CHAMBERLAIN und CHURCHILL erweiterte den lokalen deutsch-polnischen Konflikt zum Weltkrieg, verursachte unnötig Millionen Todesopfer, lieferte Ost- und Mitteleuropa dem Bolschewismus aus und zerstörte die politische Stellung des Abendlandes. Raumfremde Mächte bestimmen seitdem das Schicksal unseres Kontinents.

Olaf Rose

[6] Tonbandaufnahme eines Gesprächs mit dem General der Waffen-SS Karl WOLFF aus der Mitte der achtziger Jahre, in: GHS-Archiv Hamburg.

[7] Siehe zu den erst 2005 bekanntgewordenen Umständen von HIMMLERS Tod Beitrag Nr. 321.

* Siehe dazu ausführlich: Hans MEISER, ***Gescheiterte Friedensinitiativen 1939-1945,*** Graben, Tübingen 2005.

Der 20. Juli in der englischen Presse

Es ist meist müßig, sich zu überlegen, was geschehen wäre, wenn die geschichtliche Entwicklung an einem bestimmten Punkte eine andere Wendung genommen hätte. Doch weil bei den jährlichen Gedenken an den 20. Juli 1944 immer wieder erklärt wird, daß bei einem Gelingen des Putsches der Zweite Weltkrieg schneller und für Deutschland weit günstiger geendet hätte, sei die unverdächtige Londoner ***Times*** mit einem Artikel vom 8. Mai 1978 angeführt. In einem achtspaltigen Beitrag unter der Überschrift »Was hätte sich ereignet, wenn HITLER im Juli 1944 ermordet worden wäre«, in dem einleitend geschildert wird, wie der Putsch in Rastenburg und Berlin scheiterte, fragt der Verfasser dann, ob das Attentat zu einem Erfolg geführt hätte, wenn HITLER getötet worden wäre. Und er gibt folgende Antwort aus der Sicht eines Briten.[1]

[1] Deutsche Übersetzung der zitierten Stellen nach: ***Freies Forum,*** Nr. 1, 1979, S. 3 f.

»Mit Ausnahme von STAUFFENBERG sind die Verschwörer und ihre Freunde ein nicht überzeugender Haufen. Zu viele Offiziere standen auf der Pensionsliste. Der Kern der Gruppe war aristokratisch und preußisch. HITLER hatte wahrscheinlich recht, als er über sie sagte: >Der Zirkel dieser Verschwörer ist sehr klein und hat nichts zu tun mit dem Geist der Deutschen Wehrmacht und vor allem mit dem deutschen Volk.<«

Obwohl der Times-Verfasser den Putschisten auch nicht die Härte zutraut, die notwendig gewesen wäre, um nach dem Mord an HITLER auch die SS-Divisionen usw. zu entwaffnen, fragt er doch hypo-



Der Attentäter Claus Graf Schenck VON STAUFFENBERG (links im Bild) ein paar Tage vor dem Anschlag im Führerhauptquartier >Wolfschanze(. Das Attentat scheiterte unter anderem daran, daß STAUFFENBERG nicht bereit war, sich selbst zu opfern. Aus: *Bilder des Zweiten Weltkrieges,* DVA, München 2005.



CHURCHILL und sein Außenminister Lord HALIFAX, der 1940 eigentlich CHAMBERLAINS Nachfolger hätte werden sollen, hätte er nicht so gezaudert. Seit der Konferenz von Casablanca im Januar 1943 und der Forderung der bedingungslosen Kapitulation der Achsenmächte als Kriegsziel hatte jeder deutsche Vorstoß für einen Separatfrieden - ob von Widerstandskreisen oder von Heinrich HIMMLER ausgehend - von vornherein keinerlei Aussicht auf Erfolg. Vor allem die Briten strebten einzig und allein die Vernichtung Deutschlands an.

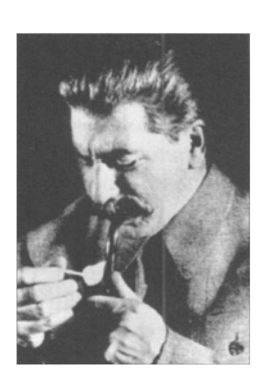
thetisch, wie es in Deutschland hätte weitergehen können, wenn die Verschwörer ans Ruder gekommen wären. »In Berlin wäre die Antinazi-Regierung mit BECK als Staatsoberhaupt und GOERDELER als Kanzler installiert worden. Nach der Machtergreifung hätten die Verschwörer die Unterstützung des Volkes gewinnen und einen Waffenstillstand aushandeln müssen. Wenn sie diese zwei Ziele nicht schnell erreichten, riskierten sie schreckliche Konsequenzen für sich selbst und für Deutschland.«

Um die Unterstützung des Volkes zu erlangen, wären (heißt es in der *Times* weiter) also zwei Dinge vonnöten gewesen: erstens das deutsche Volk zu überzeugen, daß die Autorität der neuen Regierung gesetzmäßig sei, und zweitens einen schnellen und nicht gänzlich unehrenhaften Frieden mit den westlichen Alliierten abzuschließen.[2]

»Kein Teil im Plan der Verschwörer enthielt eine tragischere Fehlkalkulation als ihr Glaube, daß die westlichen Alliierten bereit gewesen wären zu verhandeln. Als Köder diente das Angebot einer Übergabe im Westen, wodurch die britischen und amerikanischen Truppen in die Lage versetzt worden wären, schnell durch Deutschland zu fahren, um somit Osteuropa den Russen zu verwehren. Wie verlockend ist es, sich vorzustellen, daß ROOSEVELT und CHURCHILL dieses Angebot angenommen hätten, um die Wiederbelebung der Demokratie in diesen Gebieten zu sichern. Aber trotz all der schön klingenden Worte kämpften die Alliierten nicht dafür, Osteuropa sicher für die Demokratie zu machen. Ihr Kriegsziel war unnachgiebig die bedingungslose Kapitulation Deutschlands.

[2] Siehe: Beitrag Nr. 220, »Der Friedensplan von Carl Goerdeler«.

Der Opportunist CHURCHILL hatte vielleicht kurz geschwankt; er hatte wenig Illusionen darüber, was Sowjetherrschaft für Osteuropa bedeuten würde. Aber das ist unwahrscheinlich. Er fand es schwer zu glauben, daß irgendwelche >guten< Deutschen existierten, und was er auch immer von den Bolschewiken dachte, er würde seine russischen Verbündeten nicht verraten haben. Die öffentliche Meinung in Großbritannien und Amerika war durch die Regierungspropaganda überredet worden - dabei eifrig von den kommunistischen Parteien assistiert -, daß der heroische russische Soldat nur daran interessiert sei, die Menschen von der Nazi-Tyrannei zu befreien, und daß STALIN ein freundlicher Hausgenosse sei, der sein Pfeifchen raucht und seine Rosen pflegt. Heute mag es im Rückblick ironisch erscheinen, doch die Öffentliche Meinung im Westen würde jede Abmachung mit einer deutschen Antinazi-Regierung verhindert haben, wenn das zu einer Kontrolle der russischen Bestrebungen in Osteuropa geführt hätte.



Josef STALIN reagierte überaus scharf, als ROOSEVELT eine Zeitlang mit dem Gedanken spielte, auf deutsche Friedensinitiativer einzugehen.

Das Ausmaß der Fehlkalkulation bei den Verschwörern wurde besonders deutlich, als kurz nach dem 20. Juli die Alliierten bekanntgaben, daß selbst, wenn HITLER beseitigt worden wäre, es keinen Kompromiß-Frieden gäbe.

Man muß folgern, daß auch bei einer Tötung HITLERS die neue Regierung in wenigen Tagen diskreditiert worden wäre, weil die Alliierten auf die Zerstörung Deutschlands höllisch versessen waren und sich durch des Führers Tod nicht von ihrer Absicht hätten abbringen lassen. Somit wäre der Weg in Deutschland für einen Gegen-Staatsstreich frei geworden, und zwar angeführt von Offizieren, die lieber ihr Land an der Seite von Nazis verteidigen würden, als eine Regierung unterstützen, die weder Ansehen noch eine politische Linie besaß. Die Haltung der westlichen Alliierten würde die Wehrmacht und die Nazi-Partei einander in die Arme getrieben haben.«

⇨ In seiner Ausgabe vom 17. September 1989 gestand der Londoner *Sunday Correspondent* bezeichnenderweise ein:

»Wir müssen jetzt ehrlich über die deutsche Frage sein, so unbequem sie auch für die Deutschen, für unsere internationalen Partner und uns selbst sein mag. Die Frage bleibt in der Essenz die gleiche. Nicht, wie wir es verhindern, daß deutsche Panzer über die Oder oder Marne rollen, sondern wie Europa mit einem Volk fertig wird, dessen Zahl, Talent und Effizienz es zu unserer regionalen Supermacht werden läßt. Wir sind 1939 nicht in den Krieg eingetreten, um Deutschland vor HITLER oder die Juden vor Auschwitz oder den Kontinent vor dem Faschismus zu retten. Wie 1914 sind wir für den nicht weniger edlen Grund in den Krieg eingetreten, daß wir eine deutsche Vorherrschaft in Europa nicht akzeptieren konnten.«

Zitiert in: »Stimmen der anderen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 9. 1989.

Otto John als Verräter

In den ersten Jahren der Bundesrepublik wurden auch Landesverräter in hohe Stellungen des Staates eingesetzt. Ein solcher war Dr. Otto JOHN (1909-1997), der es bis zum Präsidenten des bundesdeutschen Verfassungsschutzamtes brachte. JOHN gehörte zum Kreis der Verschwörer des 20. Juli 1944 in Berlin. Er hatte in der Rechts ab teilung der Lufthansa gearbeitet, hatte von dort 1939 Zutritt zu der Pilotenmesse des Kurier- und Transportgeschwaders des Führers, wo er von dem bevorstehenden Marsch auf Prag im März 1939 hörte und das gleich an Admiral Wilhelm CANARIS (1887-1945), den Chef des Geheimdienstes, der schon damals Landesverrat beging, weitergab. Noch nach dem Attentat auf HITLER besuchte JOHN Mitverschwörer und hielt mit anderen Verbindung. Da er ein Auslandsvisum besaß, gelang es ihm, noch am 24. Juli 1944 mit einer regulären Maschine von Berlin-Tempelhof nach Barcelona und von dort nach Madrid zu fliegen. Dort nahm er sofort Kontakt zu den Briten auf, wurde von ihnen nach Portugal geschmuggelt und gelangte dann nach London, wo er Sefton DELMER, dem Chef der britischen antideutschen Kriegspropaganda, zugeführt wurde.[1]



Otto JOHN mit Sefton DELMER,

Beim ersten Gespräch miteinander erklärte DELMER gegenüber JOHN die Voraussetzungen einer Mitarbeit: »Wir führen eine An totalen Nervenkrieg gegen HITLER. Dabei ist alles erlaubt, sofern es dazu dient, das Ende des Krieges und HITLERS Niederlage zu beschleunigen. Wenn Sie auch nur die geringsten Bedenken haben, etwas gegen Ihre eigenen Landsleute unternehmen zu müssen, so sagen Sie es mir jetzt. Ich würde es verstehen. Sie würden dann allerdings nicht mit uns arbeiten können, aber zweifellos ließe sich eine andere Beschäftigung für Sie finden. Sollten Sie jedoch Lust haben, sich meiner Einheit anzuschließen, so muß ich Sie gleich darauf aufmerksam machen, daß wir jeden, auch den schmutzigsten Trick anwenden, der sich nur denken läßt. Jeder Griff ist erlaubt. Je übler, um so besser. Lügen, Betrug - alles. Ihre Erfahrungen in Deutschland und Ihre intimen Kenntnisse über führende deutsche Persönlichkeiten, die Sie uns natürlich rückhaltlos zur Verfügung stellen müßten, würden uns meiner Ansicht nach sehr zustatten kommen. Was sagen Sie dazu?«[2]

JOHNS Antwort überlieferte DELMER SO: »>Herr DELMER«, sagte er dann, >meine Freunde haben ihr Leben für den Versuch geopfert, Deutschland von HITLER ZU befreien. Sie glaubten, wir Deutschen müßten selber die Welt von diesem Satan erlösen. Ich entnehme Ihren Worten, daß Ihre Einheit zum größten Teil aus Deutschen besteht* - ich nickte bestätigend - >... obgleich sie selbstverständlich von Ihnen geleitet wird. Ich würde mich sehr freuen, wenn ich dort zusammen mit meinen Landsleuten arbeiten dürfte. Alles, was Sie von mir verlangen, was es auch sein mag, betrachte ich als eine Fort-

[1] Sefton DELMER, ***Die Deutschen und ich,*** Nannen, Hamburg 1962, S. 589.

[2] Ebenda, S. 590.

Setzung des Kampfes, den meine Freunde und ich bisher gegen HITLER geführt haben. Dürfte ich Sie wohl bitten, es auch so anzusehen?««[3]

[3] Sefton DELMER, ebenda, S. 590 f.

Und er wurde dann unter dem Tarnnamen Oskar JÜRGENS angestellt. DELMER schrieb darüber: »Als er wenige Tage später zu uns herausgebracht wurde, machte ich ihn sofort zum Mitglied meines >Brain Trust' im RAG. Ich habe es nie bereut. Ganz abgesehen von den vielen ausgezeichneten Vorschlägen, die >Oskar JÜRGENS« bei unseren Konferenzen machte, war die psychologische Wirkung seiner Anwesenheit ungeheuer anregend.«[4]

Ebenda, S. 591.

Im Jahre 1950 wurde der so ausgewiesene Otto JOHN auf ausdrücklichen Wunsch der Briten ausgerechnet erster Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz der jungen Bundesrepublik Deutschland, obwohl viele warnende Stimmen sich dagegen erhoben hatten.

Wenige Tage nach einer Amerikareise, die JOHN auf Einladung der US-Regierung unternommen hatte, ging er als Verfassungsschutzpräsident am Abend des 20. Juli 1954 unter zunächst mysteriösen Umständen in den Ostsektor von Berlin, von wo er am Abend des 23. Juli über den kommunistischen Sender erklärte, daß er in die DDR gegangen sei, um damit der Wiedervereinigung zu dienen und weil ihm in der Bundesrepublik »die Grundlage für eine politische Aktivität entzogen worden« sei.

JOHN lebte dann zeitweise in einer Villa bei Moskau, teils in einem Badeort am Schwarzen Meer, größtenteils jedoch in Ostberlin.

Am 12. Dezember 1954 wechselte JOHN erneut die Front. Er konnte mit Hilfe von Freunden im Auto von Ostberlin aus das Brandenburger Tor passieren und am selben Tag noch nach Köln-Wahn in Westdeutschland fliegen, wo er sich gleich bei der Polizei meldete. Er erklärte nun, er sei im Vorjahr betäubt und in bewußtlosem Zustand über die Sektorengrenze gebracht worden. In Westdeutschland wurde er zu seiner großen Verwunderung verhaftet, da er Träger der höchsten deutschen Staatsgeheimnisse gewesen sei und diese wohl dem Osten mitgeteilt habe. Nach elf Monaten Untersuchungshaft begann der Prozeß gegen ihn am 12. November 1955 vor dem Dritten Senat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe unter Senatspräsident Dr. GEIER. Am 22. Dezember 1955 wurde das Urteil gesprochen: »Der Dritte Senat des Bundesgerichtshofs in Karlsruhe erklärt den ehemaligen Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Otto JOHN, der landesverräterischen Fälschung in Tateinheit mit landesverräterischer Konspiration für schuldig. Dr. JOHN wird hiermit zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.«[5] Im Sommer 1958 wurde er vorzeitig entlassen.

[5] Zitiert ebenda, S. 735, wie auch viele Einzelheiten zu JOHNS Flucht und zum Prozeßablauf. Siehe auch: Leserbrief von Prof. Dr. Günter WULMS in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 8. 10. 1993.

Während seiner Haft im Zuchthaus Münster wurde gegen ihn eine neue Untersuchung eingeleitet wegen des Verdachts, während des Zweiten Weltkrieges den Standort der deutschen Raketenentwicklung bei Peenemünde verraten und damit den Angriff der Royal Air Force vom 17. August 1943 provoziert zu haben, bei dem viele tausend Deutsche ihr Leben einbüßten.

Die betreffenden Untersuchungen wurden vom Generalbundesanwalt dann »wegen Mangels an Beweisen« eingestellt, wie JOHN am 4. Juli 1957 eröffnet wurde.[6]

[6] Ebenda, S. 736 f.

Als JOHN 1958 nach England einreisen wollte, um dort seine Frau, die britische Staatsangehörige war und ein Haus in Hampstead besaß, zu besuchen, wurde er in Dover nicht ins Land gelassen, da sein Name auf der Liste der >unerwünschten Ausländen stehe. Man liebt eben den Verrat, aber auch in England nicht den Verräter.

Reinhard GEHLEN, der erste bundesdeutsche Geheimdienstchef, urteilte über JOHN: »Einmal Verräter - immer Verräter!« Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER setzte dem überführten und vom Karlsruher Bundesgerichtshof verurteilten Landesverräter, der auf einem Schloß in Tirol gut lebte, dagegen »im Gnadenwege« einen Unterhaltsbeitrag von monatlich DM 4000.- aus.

Vergleicht man die verschiedenen von JOHN selbst angeführten Darstellungen seines Übertritts nach Ostberlin, so ergibt sich:

1. In der Pressekonferenz des DDR-Ausschusses für deutsche Einheit am 11. August 1954 erklärte JOHN in Ostberlin auf eine Frage des Vertreters des ***Daily Telegraph.*** »Doktor WOHLGEMUTH kenne ich seit Anfang des Kriegs.., Ich wußte, daß W. durch seine medizinische Praxis in der DDR im Osten besondere Verbindung zu bestimmten Persönlichkeiten hat, die er behandelt, und auf diese Weise habe ich mir die Verbindung von WOHLGEMUTH zunutze gemacht, um hier im Osten die Verbindung aufzunehmen.«[7]

2. In seinem Buch von 1969 schreibt JOHN: »Es geht ganz schnell, sagte WOHLGEMUTH, fuhr scharf an und bog in irrsinnigem Tempo in die Grolmannstraße ein., . An alles Folgende kann ich mich nicht erinnern. Als ich wieder zu mir kam, lag ich auf einem Sofa im Haus des sowjetischen Geheimdienstes in Berlin-Karlshorst.«[8]

3. In einer Fernsehsendung vom 22. September 1993 gab JOHN ZU, daß er nicht von Dr. WOHLGEMUTH unter Drogen gesetzt und nicht bewußtlos in den damaligen Ostsektor von Berlin verschleppt worden sei. Seine Darstellung in seinem Buch von 1969 sei unzutreffend. Er habe in Ostberlin mit einem KGB-Offizier friedlich einen Begrüßungskognak getrunken, und erst danach habe man ihm offenbar mit einer Tasse Kaffee ein Betäubungsmittel verabreicht.[9]

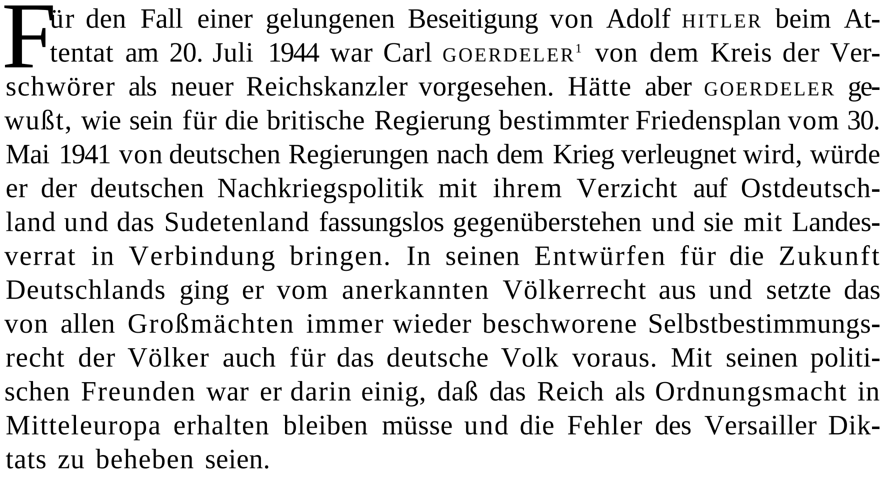
[7] Otto JOHN, ***Ich wählte Deutschland,*** Kongreß verlag, Berlin (Ost) 1954.

[3] Otto JOHN, ***Zweimal kam ich heim,*** Econ, Düsseldorf 1969, S. 272.

[9] Gerhard MAHLOW, »Otto John hat gelogen«, in: ***Soldat im Volk,*** Februar 1994, S. 30.

»Wenn das deutsche Volk unter der augenblicklichen Last zusammenbrechen sollte, würde ich ihm keine Träne nachweinen - es würde sein Schicksal verdienen. Adolf HITLER am 8. November 1943.« Dieser Ausspruch ist eine britische Fälschung (Sefton DELMER) für das Reichsgebiet, Winter 1943/ 44. Ortwin BUCHBENDER U. Horst SCHUH, *Heil Beil Flugblattpropaganda im II. Weltkrieg,* Seewald, Stuttgart o.J., S. 152.

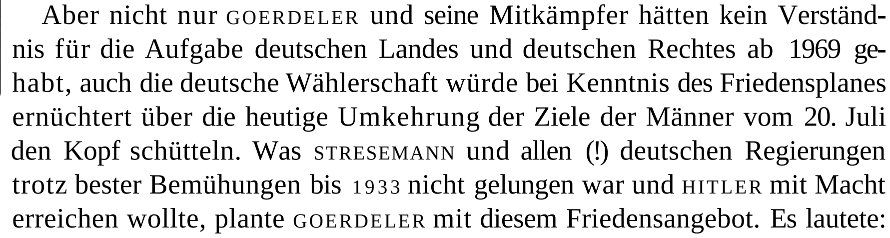
Der Friedensplan von Carl Goerdeler



Für den Fall einer gelungenen Beseitigung von Adolf HITLER beim Attentat am 20. Juli 1944 war Carl GOERDELER[1] von dem Kreis der Verschwörer als neuer Reichskanzler vorgesehen. Hätte aber GOERDELER gewußt, wie sein für die britische Regierung bestimmter Friedensplan vom 30. Mai 1941 von deutschen Regierungen nach dem Krieg verleugnet wird, würde er der deutschen Nachkriegspolitik mit ihrem Verzicht auf Ostdeutschland und das Sudetenland fassungslos gegenüberstehen und sie mit Landesverrat in Verbindung bringen. In seinen Entwürfen für die Zukunft Deutschlands ging er vom anerkannten Völkerrecht aus und setzte das von allen Großmächten immer wieder beschworene Selbstbestimmungsrecht der Völker auch für das deutsche Volk voraus. Mit seinen politischen Freunden war er darin einig, daß das Reich als Ordnungsmacht in Mitteleuropa erhalten bleiben müsse und die Fehler des Versailler Diktats zu beheben seien.



Carl GOERDELER (1884-1945).



Aber nicht nur GOERDELER und seine Mitkämpfer hätten kein Verständnis für die Aufgabe deutschen Landes und deutschen Rechtes ab 1969 gehabt, auch die deutsche Wählerschaft würde bei Kenntnis des Friedensplanes ernüchtert über die heutige Umkehrung der Ziele der Männer vom 20. Juli den Kopf schütteln. Was STRESEMANN und allen (!) deutschen Regierungen trotz bester Bemühungen bis 1933 nicht gelungen war und HITLER mit Macht erreichen wollte, plante GOERDELER mit diesem Friedensangebot. Es lautete:

»Friedensplan GOERDELERS, zur Übermittlung an die britische Regierung bestimmt, vom 30. Mai 1941

Eine Gruppe deutscher Persönlichkeiten, der führende Männer aller Lebensgebiete angehören, ist bereit, die Verantwortung für die Bildung einer Regierung zu übernehmen, die zu gegebener Zeit die Bestätigung durch eine freie Willensäußerung des deutschen Volkes nachsuchen würde. Alle diesbezüglichen Schritte würden ausschließlich innerdeutschen Charakter haben. Die maßgebenden Persönlichkeiten wünschen indessen schon jetzt Klarheit darüber zu gewinnen, ob alsbald nach erfolgter Einsetzung einer solchen, den Nationalsozialismus ablehnenden Regierung gemäß früheren Versiche-

[1] Carl GOERDELER (1884-1945) trat im November 1936 als Oberbürgermeister von Leipzig aus Protest zurück, weil die Nationalsozialisten unsinnigerweise ein Denkmal von Felix MENDELSSOHN-BART HO LDY abgetragen hatten. Nach seinem Rücktritt reiste er wiederholt nach England, den USA und Frankreich, um die Westmächte zur Härte gegenüber HITLER ZU ermahnen. Doch niemand wollte auf ihn hören. Der Gouverneur der Bank von England sagte verächtlich, ein Mann, der so über seine Regierung herziehe, könne kein echter Konservativer sein. Siehe: ***Bi/d,*** 2. 2. 1990.

rungen der britischen Regierung Friedensverhandlungen aufgenommen werden könnten. Folgende von der deutschen Gruppe verfolgte Friedensziele werden als Grundlage von Verhandlungen vorgeschlagen:

1. Wiederherstellung der vollen Souveränität der während des Krieges von den Kriegsparteien besetzten neutralen Länder.
2. Bestätigung der vor dem Kriege erfolgten Anschlüsse von Österreich, Sudetenland, Memelland an Deutschland.
3. Wiederherstellung der Grenzen Deutschlands von 1914 gegenüber Belgien, Frankreich, Polen.
4. Festsetzung der europäischen Ländergrenzen auf Grund des nationalen Selbstbestimmungsrechtes durch eine Friedenskonferenz sämtlicher Staaten.
5. Rückgabe der deutschen Kolonien oder gleichwertiger Kolonialgebiete unter gleichzeitiger Einrichtung eines internationalen Mandatarsystems für alle Kolonien.
6. Keine Kriegsentschädigungen, gemeinsamer Wiederaufbau.
7. Abbau der Zollgrenzen,
8. Einsetzung eines mit Vollmachten versehenen Weltwirtschaftsrates.
9. Internationale Kontrolle der Währungen.
10. Wiederaufnahme der Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes.
11. Wiederherstellung des Rechts, Bestrafung der Schuldigen.
12. Ausbau der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit.
13. Begründung einer regelmäßigen Konferenz der europäischen Staaten und entsprechender Zusammenschlüsse auf regionaler Basis.
14. Allgemeine Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen.
15. Internationale Kontrolle der Rüstungen und der Rüstungsindustrien.«[2]

Mit einer gewissen Tragik kehrte sich der schöne Wunsch zum bösen Ende, und wir lesen bei Joachim FERNAU in *Deutschland, Deutschland über alles..* „[3] wie im nachhinein die Bestrebungen GOERDELERS und seines Kreises zu betrachten seien:

»Am 20. Juli 1944 stellte sich heraus, daß eine Gruppe von deutschen Generälen zunächst gegen den Krieg und, als er doch kam, gegen den Sieg, der für sie HITLERS Sieg war, gearbeitet hatte. Sie handelte aus politischer Uberzeugung. Es waren vorsichtige Planer. Um ihre Ziele und die offenbar unersetzlichen Männer, die die künftige Regierung bilden sollten, nicht zu gefährden, zögerten sie fünf Jahre, ehe sie sich an den >Iden des März< entschlossen, HITLER eine Aktentasche mit Sprengstoff vor die Füße zu stellen. Der Anschlag mißlang.

HITLER fällte über sie das Urteil: Verräter.

Sieben Jahre nach dem Kriege ließ man gerichtlich feststellen: Helden.«

[2] Gerhard RITTER, ***Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung,*** Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart[4]1984," S. 585.

[5] Joachim FERNAU, ***Deutschland, Deutschland über alles..*** Goldmann Taschenbuch Nr. 3681, Goldmann, München, S. 274.

Wollte Hitler keine Atombombe?

Im Sommer 1995 wurde des 50. Jahrestages des ersten Abwurfs einer Atombombe am 6. August 1945 durch die US Air Force auf Hiroshima gedacht. Obwohl Japan damals bereits zur Kapitulation bereit war und über Rußland an die USA ein entsprechendes Angebot gemacht hatte, mordeten die Amerikaner in Hiroshima um 100000 Zivilisten, drei Tage später in Nagasaki mit der zweiten Atombombe ähnlich viele Menschen. Beide Massenvernichtungen waren gegenüber Japan militärisch sinnlos, sie sollten, wie später herauskam,[1] vor allem die militärische Überlegenheit der USA gegenüber Moskau beweisen.

Anläßlich des Jubiläums wurde in der Presse ausführlich erörtert, warum die deutsche Erfindung der Atomkernspaltung nicht im Zweiten Weltkrieg in Deutschland stärker vorangetrieben wurde. Neben dem Widerstand der Physiker und technischen Schwierigkeiten wurden zur Begründung auch HITLERS Desinteresse und sein angeblich mangelndes technisches Verständnis angeführt. Daß auch ein anderes, bei den Alliierten bezeichnenderweise nicht vorhandenes Motiv eine Rolle gespielt haben könnte, geht aus dem folgenden Bericht Otto SKORZENYS hervor.

Otto SKORZENY schrieb in *Meine Kommandounternehmen,*[1] »Wahrscheinlich wird es einem künftigen Historiker erstaunlich erscheinen, daß Deutschland nicht die Atombombe gebaut hat, obwohl es seit 1938 theoretisch und praktisch die Möglichkeit dazu besaß. Ende dieses Jahres 1938 lieferten Prof. Otto HAHN und Prof. STRASSMANN den chemischen Beweis für die Kernspaltung. Prof. HAHN erhielt 1945 den Nobelpreis der Chemie. Er arbeitete am Kaiser-Wilhelm-Institut in Berlin-Dahlem mit Prof. Werner HEISENBERG und einer Reihe anderer erstklassiger Forscher. Aber der Assistent Prof. HEISENBERGS war Carl Friedrich v. WEIZSÄCKER, Sohn des Diplomaten Ernst v. WEIZSÄCKER, eines der Verschwörer gegen HITLER.

Prof. FRISCH, der in Deutschland gearbeitet hatte und frühzeitig nach England emigriert war, brachte als erster (im Januar 1939) den physikalischen Beweis für die Kernspaltung. Seine Tante, Frau Prof. Lise MEITNER, eine der Mitarbeiterinnen Otto HAHNS, lebte als Flüchtling während des ganzen Krieges in Stockholm, blieb aber mit Berlin in Verbindung.

Ein anderes Institut in Deutschland betrieb ebenfalls schon frühzeitig Forschungsarbeiten über das Atom. Das Institut, das sich, wie ich glaube, in Hamburg befand, stand unter Leitung eines jungen, hervorragenden Physikers, Manfred v. ARDENNE, der nach dem Kriege in Rußland und in Ostdeutschland arbeitete. GOEBBELS interessierte sich sehr für diese Arbeiten. Nach dem Kriege erklärten viele deutsche Physiker, sie hätten ihr Möglichstes getan, um den Bau der deutschen Atombombe zu verhindern. Das konn-

[1] Siehe: Beitrag Nr. *225,* »Japan vor Atombombenabwurf kapitulationsbereit«.

[2] Otto SKORZENY, ***Meine Kommandounternehmen,*** Limes, Wiesbaden-München [5]1993, S. 149 ff.; ebenso in: ***Lebensscbutzinformationen,*** Nr. 4, Juli-August 1995, S. 4 ff.

te man ihnen moralisch hoch anrechnen, wenn es der vollen Wahrheit entspräche. Aber auch hier ging man recht großzügig mit den Tatsachen um. Seit 1939 interessierte sich HITLER für die unglaublichen Möglichkeiten, die sich aus der Kernspaltung ergaben. Im Herbst 1940 hatte er darüber eine lange Unterhaltung mit Dr. TODT, dem Rüstungsminister. Seine Meinung änderte sich nie: Er dachte, daß die Anwendung der Atomenergie zu kriegerischen Zwecken das Ende der Menschheit bedeuten würde.

Es ist uns heute auch bekannt, daß HITLER nicht nur den Vortrag gelesen hat, den Prof. HEISENBERG 1942 am Kaiser-Wilhelm-Institut gehalten hatte, (über »Die Kernpaltung und den Bau des Atommeiler mit Uran und die Elekronenschleuder«), sondern auch Berichte anderer, vor 1941 erzielter Forschungsergebnisse. Albert SPEER schreibt, daß HITLER >nicht von der Perspektive entzückt war, während seiner Regierungszeit unseren Planeten in einen von Flammen verzehrten Himmelskörper verwandelt zu sehen«. Er schreibt dies, wie er sagt, basierend auf wenigen Unterhaltungen, die er mit HITLER »über die Möglichkeit, eine Atombombe zu bauen<, hatte. Das bedeutet, daß für Adolf HITLER diese Frage nicht mehr zur Debatte stand. Dazu möchte ich noch ein persönliches Erlebnis schildern:



Otto SKORZENY (1908-1975} war Führer der SS-Jagdverbände und zeichnete sich unter anderem bei außergewöhnlichen Aufträgen aus, etwa bei der Befreiung MUSSOLINIS 1943, der Entführung HORTHYS 1944 und der Ardennenoffensive.

Nach dem Budapest-Einsatz flog ich im Oktober 1944 wieder einmal nach Ostpreußen ins FHQu (Führerhauptquartier). Die Ardennenoffensive wurde gerade vorbereitet, und HITLER wollte mir seine Instruktionen für das Unternehmen »Greif« erteilen.

Auch ohne Atomphysiker zu sein, wußte ich, daß es unter Benutzung der Spaltenergie des Urans möglich war, einen Sprengkörper herzustellen. Mir fiel der Anfang 1943 unternommene englische Sabotage-Einsatz auf, der gegen die Schwerwasserfabrik in Norwegen geführt wurde, und die im nächsten Herbst folgende Bombardierung, die diese Fabrik stark beschädigte. Außerdem versenkte man eines unserer Frachtschiffe, das Schwerwasser transportierte.

Ich kombinierte für mich: Norwegen, die Reden und Artikel Dr. GOEBBELS' und was der Führer eben sagte. Spontan sprach ich von den aufgetauchten Gerüchten über die künstliche Radioaktivität und ihre eventuelle Nutzung als Waffe. HITLER sah mich mit glänzenden, fiebrigen Augen an:

»Wissen Sie, Herr SKORZENY, wenn die durch Kernspaltung freigesetzte Energie und dazu noch die Radioaktivität als Waffe benutzt würde, daß dies das Ende unseres Planeten bedeuten würde?« >Die Auswirkungen würden schrecklich sein.. .< »Natürlich! Selbst wenn die Radioaktivität kontrolliert und dann die Atomspaltung als Waffe benutzt würde, auch dann wären die Auswirkungen schrecklich! Als Dr. TODT bei mir war, las ich, daß ein sol-

ches Gerät mit kontrollierter Radioaktivität eine Energie frei machen würde, die Verwüstungen hinterlassen würde, die nur mit den in Arizona, und in Sibirien beim Baikalsee herabgestürzten Meteoren zu vergleichen wären. Das heißt, jede Art von Leben, nicht nur menschliches, sondern auch das tierische und pflanzliche wäre für Hunderte von Jahren in einem Radius von 40 km völlig ausgelöscht. Das wäre die Apokalypse. Und wie sollte man ein solches Geheimnis bewahren? Unmöglich! Nein! Kein Land, keine Gruppe zivilisierter Menschen kann bewußt eine solche Verantwortung übernehmen. Von Schlag auf Gegenschlag würde die Menschheit sich zwangsläufig selbst ausrotten. Nur Volksstämme im Gebiet des Amazonas und den Urwäldern Sumatras hätten gewisse Chancen, zu überleben^

Diese Randbemerkungen HITLERS dauerten kaum mehr als ein paar Minuten. Aber an diese Minuten erinnere ich mich genau. Am Anfang meiner Kriegsgefangenschaft, im August 1945, hörte ich, daß zwei Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki abgeworfen wurden. Unnötige Bomben nebenbei, denn der japanische Kaiser hatte schon vorher die Amerikaner um ihre Friedensbedingungen gebeten.«

Zu den Einzelheiten der Entwicklung einer deutschen Atombombe hat als ausgezeichneter Kenner der Wissenschaftsorganisation des Dritten Reiches Helmut Joachim FISCHER ein die einzelnen Gruppen und ihre Arbeit an dem deutschen Uran-Vorhaben beschreibendes Buch[1] herausgebracht. Eine neue Diskussion[4] über die deutschen Versuche zur Herstellung einer Atom- und Wasserstoffbombe begann 2005 nach dem Erscheinen des viele Indizien vorlegenden Buches von Rainer KARLSCH.[5]

»Als langjähriger Partner von Kurt DIEBNER bis zu seinem Tod 1964« berichtete Prof. Dr. Helmut VÖLCKER, daß DIEBNERS Anordnung zwar bessere Neutronenausbeuten als der >Uranverein< erreicht habe, aber nicht kritisch geworden sei. »Nukleare Explosionen auf Basis von Kernspaltungen hat es daher in dieser Zeit in Deutschland mit Sicherheit nicht gegeben.«[6]

[3] Helmut Joachim FISCHER, ***Hitler mid die Atombombe. Beriebt eines Zeitzeugen,*** Mut, Asendorf 1987.

[4] Michael SALEWSKI, »Die Bombenbastler Hitlers«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 26. 7. 2005; Sebastian PFLUGBEIL, »»Hitlers Bombet und die Bombenpresse«, in: ***Zeit-Fragen,*** 29, 3, 2005; Ulf VON RAUCHHAUPT, »H-Bombe«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 14. 3. 2005.

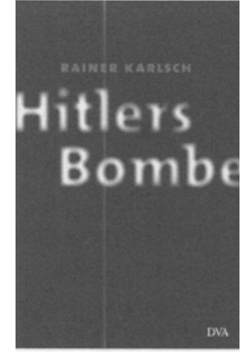
[5] Rainer KARLSCH, ***Hitlers Bombe,*** Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005; siehe auch: Beitrag Nr. *222,* »Hitlers Bombe«.

[6] Helmut VÖLCKER, Essen, »Kurt Diebners Experimente«, Leserbriefe in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 15. 8. 2005. Siehe auch: Thomas POWERS, ***Die Geheimgeschichte der deutschen Atombombe,*** Hoffmann u. Campe, Hamburg 1993.

Hitlers Bombe[1]

Uber eine deutsche Atombombe kursierten gegen Ende des Zweiten Weltkrieges viele Gerüchte - einen Beleg dafür gab es nicht. Warum nicht?

Da stand zum einen das Manhattan-Projekt der Amerikaner mit rund 2 Milliarden US-Dollar und zwei gewaltigen Bomben, die Hiroshima und Nagasaki vernichteten, zum anderen der Propaganda-Apparat GOEBBELS', dem man alles zutraute, eben auch die Schimäre der >Wunderwaffe< Atombombe, um den Siegeswillen Deutschlands in einem nicht mehr zu gewinnenden Krieg aufrechtzuerhalten. Die wenigen, die die Wahrheit kannten, schwiegen. Sie schwiegen auch, als die nahezu beleidigende Unterschätzung der deutschen Physiker durch die Amerikaner gängige Lehrmeinung wurde.



Rainer KARLSCH, *Hitlers Bombe,* Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005.

Auf der Februar-Konferenz des Heereswaffenamtes (HWA) im Jahre 1942 wurde festgestellt, daß eine Atombombe mit spaltbaren Elementen machbar war,[2] Gleichzeitig wurde auf dieser Konferenz aber auch festgestellt, daß der Aufwand für die Herstellung einer solchen Bombe in dem laufenden Krieg kaum noch zu realisieren war. So wurde der entscheidende Schritt in Richtung großtechnischer Umsetzung zur Produktion von Spaltmaterial (Uran 235) nicht getan. Die Physiker des Kaiser-Wilhelm-Institutes und des Heereswaffenamtes machten weiter Grundlagenforschung. Es gab aber bereits 1940 eine interessante Diskussion um eine Patentanmeldung Carl-Friedrich VON WEIZSÄCKERS, der im Juni 1940 eine Plutoniumbombe zum Patent anmeldete. In der darauffolgenden Auseinandersetzung zwischen Patentamt und Anmelder auf der einen Seite und dem Physikerkreis um den Nobelpreisträger Prof. Werner HEISENBERG auf der anderen wurde der Entwurf entschärft, und der Patentanspruch auf die Bombe verschwand.[3]

Im Herbst 1943 tauchte erstmals eine neue Entwicklung auf. Der Physiker Otto HAXEL, damals wissenschaftlicher Leiter der Marineforschung, begann mit einer Gruppe von Sprengstoffexperten Versuche zur Zündung einer Fusionsbombe.[4] Zugleich forschten auch Physiker des Heereswaffenamtes unter Leitung von Kurt DIEBNER gemeinsam mit Hohlladungsfachleuten des Heereswaffenamtes unter Leitung von Prof. Erich SCHUMANN und Dr. Walter TRINKS auf diesem Gebiet. Ausgehend von neuesten Entwicklungen auf dem

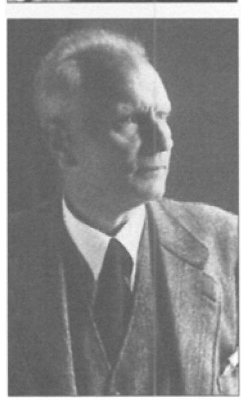
[1] Titel des Buches ***Hitlers Bombe*** von Rainer KARLSCH, Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005.

[2] Zusammenstellung der Forschungsarbeiten des Heereswaffenamtes und der Kaiser-Wilhelm-Institute, Autor vermutlich Dr. Kurt DIEBNER, Stadtarchiv Haigerloch.

[3] Rainer KARLSCH, aaO. (Anm. 1), S. 75 ff.

[4] Deutsches Museum München, Sammlung IRVING, Gesprächsnotiz IRVING - WIRTZ.





Von oben: Kurt Diebner (1905-1964), Erich SCHUMANN (1898-1985) und Walter CERLACH (1889-1979).

Gebiet der Hohlladung, versuchten sie, die für eine Fusion notwendigen höchsten Drücke und Temperaturen zu erreichen. Die ersten Versuche schlugen fehl, so zumindest die Dokumentenlage.[5]

Am 1. Januar 1944 wurde Prof. Walter GERLACH Beauftragter für Kernphysik im Reichsforschungsrat. Mit ihm übernahm ein Wissenschaftler die Leitung, der über hohe experimentelle Qualitäten verfügte und ein ausgezeichneter Wissenschaftsorganisator war.

Unter seiner Führung wurden die Fusionsexperimente intensiviert. Ende Mai 1944 schrieb er in einem Bericht: »Die Frage der Gewinnung von Kernenergie auf anderem Wege als durch den Uranzerfall ist auf breiterer Basis in Angriff genommen.«[6] GERLACH koordinierte die Forschung der verschiedenen Waffenämter. Hier finden sich dann die Namen von Prof. Erich SCHUMANN für das Heereswaffenamt, Prof. Hubert SCHARDIN für die Luftwaffe und Generaladmiral Karl WITZELL für die Marine. In den Unterlagen des Kaiser-Wilhelm-Instituts (KWI) für Physik, die der Wissenschaftshistoriker Dr. Rainer KARLSCH und der Fernsehjournalist Heiko PETERMANN in russischen Archiven fanden, gab es zahlreiche Hinweise auf diese Aktivitäten,[7] bislang unbeachtet auch im Archiv des Deutschen Museums München.[8]

Im Oktober 1944 besuchte der italienische Kriegsberichterstatter Luigi Ro MERSA im Auftrag MUSSOLINIS Deutschland. Er sollte dem Duce ein persönliches Zeugnis über die deutschen Wunderwaffen bringen, von denen HITLER gesprochen hatte. ROMERSA wurde am 12. Oktober nach eigener Aussage auf eine Insel in der Ostsee gebracht und war dort Zeuge der Explosion. »Wir sahen ganz klar einen Lichtblitz, ein gleißendes Licht, und danach entstand vor uns eine große Rauchwand.«[9] Sein Bericht an MUSSOLINI gab diesem Hoffnung auf einen doch noch siegreichen Ausgang des Krieges, die er erstmals auf seiner berühmten Rede im Dezember im Lyrischen Theater {Teatro Lirico?) von Mailand aussprach.

Trotz der ungenauen Ortsangabe richtete sich der Verdacht frühzeitig auf die Halbinsel Bug zwischen Rügen und Hiddensee. Er konnte aber durch wissenschaftliche Untersuchungen nicht eindeutig bestätigt werden. Ein Vergleich von Luftbildern zwischen April 1944 und April 1945 zeigte allerdings

[5] Deutsches Museum, G-Report Nr. 303.

' Zitiert in: David IRVING, ***Der Traum von der deutseben Atombombe,*** Bertelsmann, Gütersloh 1967, S. 220.

[7] Das Aktenbündel befindet sich seit Frühjahr 2005 im Archiv der Max-Planck-Gesellschaft Berlin, u. a. auch die Patentauseinandersetzung um Carl-Friedrich VON WEIZSÄCKER.

[8] Nachlaß Walter GERLACH ¡m Deutschen Museum.

' Interview mit Luigi ROMERSA, Rom, aufgezeichnet von Heiko PETERMANN, Dezember 2004.

deutliche Zerstörungen von Gebäuden und Natur in der südlichen Spitze der Halbinsel und einen Krater von rund 30 m Durchmesser. In der Zwischenzeit wurde auch von deutschen Zeitzeugen eine große Explosion für den 12. Oktober 1944 in diesem Bereich bestätigt.

Wer letztlich die Verantwortung für diesen Test hatte, konnte bisher nicht ermittelt werden. Allerdings übernahm nach dem Oktobertest offensichtlich die SS die Führung des Projektes.[10]

Ein erstaunlicher Fund konnte im russischen Präsidialarchiv gemacht werden. Dort liegen zwei Spionageberichte. Der erste Bericht vom 7. November 1944 enthält Hinweise zur Vorbereitung eines Atomtests in Thüringen unter Leitung der SS. Ebenso sprach Werner GROTHMANN, der Chefadjutant HIMMLERS davon, daß dieser die Führung des Projektes im Herbst 1944 übernommen habe." Dazu haben sowohl Prof. GERLACH als auch Dr. Kurt DIEBNER mehrmals persönlich Vortrag vor dem Reichsführer SS gehalten.

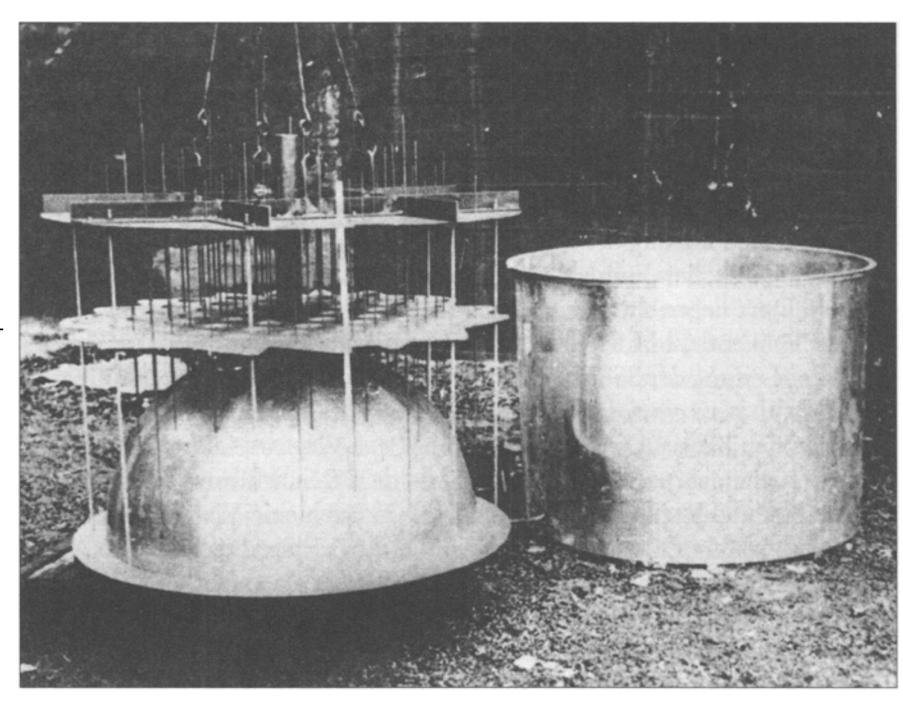
KARLSCH und PETERMANN führen in ihrem Buch eine Vielzahl von Quellen für die weitere Entwicklung auf, die allerdings Fragen offenlassen. Allein die große, bislang vollkommen unbekannte Faktenlage gibt aber einen erstaunlichen Uberblick über die wissenschaftliche und technische Entwicklung der Bombe und ihre Vertreter. Einem Hinweis auf einen weiteren Test im Herbst 1944 über der Ostsee sind die Autoren nach eigener Aussage nicht weiter nachgegangen, da dieser nicht durch weitere Quellen gestützt werden konnte.

Am 3. März 1945 fand in Thüringen zwischen Arnstadt und Ohrdruf ein weiterer Test statt. Zu dieser Zeit waren nicht nur Angehörige der Physikergruppe des Heereswaffenamtes um GERLACH und DIEBNER dort, sondern auch noch einige hochkarätige Wissenschaftler wie die Physiker HAXEL und STUHLINGER und die Hohlladungsspezialisten SCHWIETZKE und SCHALL.[12] Ob sie tatsächlich in die Entwicklung der Atombombe eingebunden waren, ist noch nicht klar. Bei diesem nächtlichen Test kamen zahlreiche Häftlinge um. Davon berichten der russische Spion am 23. März nach Moskau und auch andere Zeitzeugen, die zu dem Ereignis im Zusammenhang mit einer breit angelegten Aktion der DDR-Kulturabteilung des Kreises Arnstadt Anfang der sechziger Jahre befragt wurden. Allerdings verfolgten die DDR-Behörden die Geschichte nicht weiter, der Abschlußbericht ist bis heute verschwunden. Anzumerken ist noch, daß auch über den Start einer Fernrakete am 16. März berichtet wird, zu der es verschiedene andere Aussagen

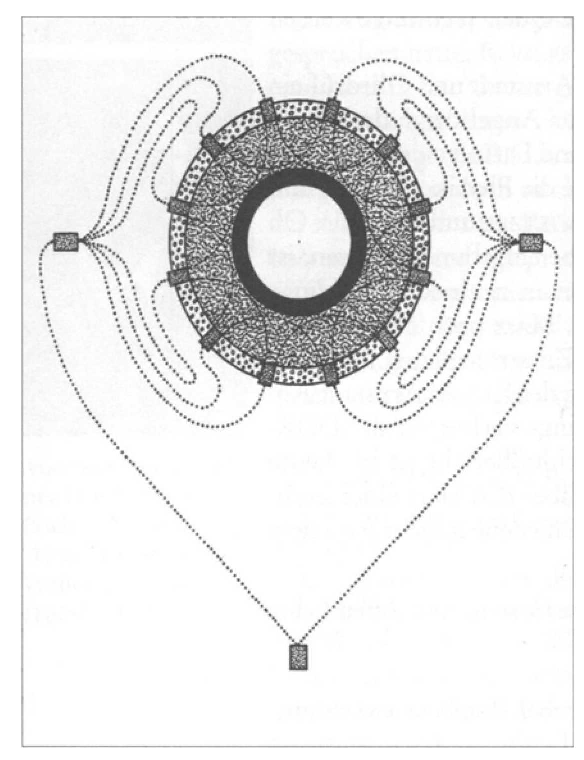
[10] Erinnerungen von Werner GROTHMANN, ***Chefadjutant Himmler,*** unveröffentlichte Aufzeichnungen von Wolf KROTZKY, Wettenberg 2002.

[11] Ebenda,

[Ü] SCHWIETZKE forschte nach dem Krieg in der australischen Bombenentwicklung; SCHALL ging an das französische Institut ISL in Saint Louis.



Rechts: Kurt DIEBNERS Reaktorversuch Gill in Gotow, *Unten:* Sprengstoffphysikalische Anordnung zur Erzielung hoher Drücke und Temperaturen nach Walter TRINKS (1944), Beide Abbildungen aus: Rainer KARLSCH, *Hitlers Bombe,* Deutsche Verlags-Anstalt, München 2005.



gibt. In den einzelnen Untersuchungen zur deutschen Raketenentwicklung ist davon eigenartigerweise nichts zu finden.

GERLACH flog am *22.* März auf Befehl BORMANNS zur Berichterstattung nach Berlin. Ob und was er über die Bombe berichtet hat, ist unklar. Er traf erst am 28. März wieder in Thüringen ein, zusammen mit HIMMLER und SPEER. Das Treffen ist nur durch Zeitzeugen dokumentiert,[13] doch nahezu zwingend. HIMMLER befand sich auf dem Weg nach Wien, SPEER auf dem Rückweg von Würzburg nach Berlin. Später unterschlug er diesen Tag und hoffte auf die Oberflächlichkeit der Historiker, was ihm auch 60 Jahre lang gelang. HIMMLERS Chefadjutant GROTHMANN bestätigte kurz vor seinem Tod dieses Treffen.

Was genau auf diesem Treffen besprochen wurde, ist unbekannt. Anzunehmen ist eine rea-

[13] Aussage von Peter FRITSCH vor der SED-Kulturkommission des Kreises Arnstadt, 1962, Stadtarchiv Arnstadt.

listische Einschätzung des Entwicklungsstandes der Bombe und ihrer Einsatzmöglichkeiten. Längst bereiteten sich aber alle auf die Zeit nach dem Krieg vor, und die Bombe erfüllte auf Grund konstruktiver Besonderheiten noch längst nicht die Erwartungen einer alles vernichtenden Angriffswaffe. So wird man sich darauf geeinigt haben, die Waffe nicht einzusetzen. Welche Rolle dabei die Wissenschaftler spielten, bleibt offen. Die Materiallage war ungeklärt, zumindest GERLACH fühlte sich als Getriebener der SS.

Wahrscheinlich hat aber noch jemand an diesem Treffen teilgenommen: SS-General Dr. Hans KAMMI.ER. Er ist derjenige, der wenige Tage darauf, am 3. April, in der Reichskanzlei HITLER noch einmal Hoffnungen machte und damit den Krieg verlängerte.

Hans KAMMLER (1901-?1945). Der Architekt war ab 1. 8. 1943 verantwortlich für den Ausbau der unterirdischen Produktionsstätten des A4-Raketenprogramms. Einen Tag nach KAMMLERS Besuch bei HITLER in Berlin am 3. April 1945 schrieb GOEBBELS in seinem Tagebuch: »KAMMLER macht sich ausgezeichnet, und man setzt auf ihn große Hoffnungen.«



Ob HITLER in die Einzelheiten der Bombe eingeweiht war, ist fraglich. Zumindest wußte er, daß eine fürchterliche Waffe in der Entwicklung war. Noch am 19. April 1945 beschwor er Wirtschaftschef SAUR und den Jagdflieger Oberst RUDEL unter Hinweis auf die ultimative Waffe, an einen siegreichen Abschluß des Krieges zu glauben. Kurz zuvor machte er MUSSOLINI bei einem Telefonat nochmals Hoffnungen auf die Bombe, wie ein geheimes Abhörprotokoll der SS dokumentiert.[14] In diesem Gespräch nannte HITLER auf die Frage MUSSOLINIS zum ersten Mal den Begriff »Schweres Wasser<.

Hier haben wir einen erneuten Hinweis auf das Ziel der deutschen Bombenentwicklung - den Bau einer Wasserstoffbombe. Dies wirft natürlich die Frage nach der Konstruktion auf. Diese ist bis heute nicht eindeutig geklärt, wenn auch wesentliche Einzelheiten bekannt sind. Allerdings ist unter Wissenschaftlern strittig, ob eine Fusionsreaktion mittels chemischen Sprengstoffs in einer Hohlladungsanordnung erreicht werden kann. Wesentliche Forschungen dazu sind sowohl auf amerikanischer als auch sowjetischer Seite gemacht worden, die Unterlagen sind bis heute gesperrt.[15] Auch in Frankreich wurde

[14] Mitschrift eines Telefonates zwischen Adolf HITLER und Benito MUSSOLINI, Undatiertes Abhörprotokoll der SS-Verb in dungs stelle Fasano del Garda aus dem Zeitraum Ende März, Anfang April 1945, Archiv GHS.

[15] Thomas POULTER, »Thermal fusion by opposing Mach 10 detonation fronts«, in: ***Tech. Report*** GU-960 (1958); L. A. ARTSYMOVICH, Controlled fusion research in the USSR, Proceedings of the Second United Nations International Conference of the Peaceful Uses of Atomic, Energy, 2298,31,1958; Brief von A. S. KOZYREV, V. A. ALEKSANDROV, N. A. POPOV, in: ***Nature,*** Nr. 275, S. 476, 12. 10. 1978.

unmittelbar nach 1945 zu dem Problem geforscht,[16] ebenso in Polen in den sechziger und siebziger Jahren.[17] Prof. Erich SCHUMANN schrieb 1948/49 eine Darstellung der deutschen Forschungen bis 1945 und erwähnt darin ausdrücklich die Forschungen zur thermonuklearen Bombe.[18] Ein weiterer bedeutender Aktenfund waren die Patente, die Erich SCHUMANN und Walter TRINKS 1952 in Deutschland anmeldeten, Sie wurden als Geheimpatente des Bundesverteidigungsministeriums geführt und 20 Jahre später veröffentlicht.[19]

Das außerordentlich gut recherchierte Buch von KARLSCH und PETERMANN gibt eine große Zahl von Belegen für die bislang unbekannte Entwicklung einer deutschen Atombombe, auch wenn es nicht alle Fragen klären kann. Offensichtlich paßte dies aber nicht in das Weltbild der Wissenschaftler und der Medien, die nahezu einstimmig nach Veröffentlichung das Buch kritisierten. Hier sind insbesondere *Der Spiegel* und *Die Zeit* zu nennen, die regelrecht wütend das Buch angriffen. Hierzu ist ein Zitat von Altbundeskanzler KOHL kennzeichnend, der Hamburger Medien als »Vaterlandsverräter« bezeichnete.[20] Nun ist das Thema der deutschen Atombombe heute eher eine Diskussion für Historiker, die allerdings zu einer neuen Betrachtung der Kriegsjahre 1944 und 1945 zwingt. *Hitlers Bombe* zeigt aber auch wieder die >weißen Stellen< in der Auseinandersetzung mit der Geschichte des Dritten Reiches.

Der Abwehrreflex der deutschen Medien offenbart deutlich den Versuch, die öffentliche Meinung zu manipulieren. Das Ausland reagiert da gelassener.

Im Februar 2006 berichtete die Presse, daß Radionuklidanalysen, die Forscher der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig an acht Bodenproben aus Ohrdruf vorgenommen haben, ergeben hätten, daß offenbar keine Explosion einer deutschen Kernwaffe dort 1945 stattgefunden habe. Die gemessenen Aktivitäten stammten aus den Niederschlägen oberirdischer Atombombentests der fünfziger und sechziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts sowie vom Reaktorunfall von Tschernobyl 1986. »Eine endgültige Bewertung der von KARLSCH dargestellten historischen Zusammenhänge sei aber nach wie vor offen.«[21]

Michael Winckler

[16] Artikel von H. J. HAJEK über Atom-Hohlladungen, in: ***Explosivstoffe,*** Nr. 5/6, 1955, S. 65 ff.

[17] Prof. Sylwester KALISKI, in: ***Journalof TechnicalPhysics,*** Bd. 19, Nr. 4, 1968.

[18] Erich SCHUMANN, »Die Wahrheit über die deutschen Arbeiten und Vorschläge zum Atomkernenergie-Problem (1939-45)«. Der Nachlaß wird zur Zeit an das Militärarchiv Freiburg übergeben.

" Der Dokumentenfund wurde erst nach Veröffentlichung des Buches ***Hitlers Bombe*** gemacht.

[10] ZDF-History - »Gorbatschow und die deutsche Einheit«, 2. 10. 2005.

[21] »Vergebliche Fahndung«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 17. 2. 2006.

Richard von Weizsäckers Fahnenflucht 1945

Richard Freiherr VON WEIZSÄCKER brachte es im Zweiten Wehkrieg zum Hauptmann der Reserve im traditionsreichen Potsdamer Infanterie-Regiment 9. In Polen und in der Sowjetunion war er >mit von der Partie<. In einer Meldung an die Wehrmachtführung vom April 1945 (!) vermerkte Generalmajor VON NOSTIZ-WALLWITZ lobend, WEIZSÄCKER habe Untergebene, die »zu einer kämpferischen Haltung nicht mehr die Kraft« aufgebracht hätten, »notfalls durch härteste Maßnahmen« angetrieben.

Recht ungern erinnert sich der Hochgeehrte an seine Fahnenflucht von der Front. In einem von WEIZSÄCKER autorisierten Buch schrieben darüber die Autoren FILMER und SCHWAN:[1]

»Richard VON WEIZSÄCKER, der letzte Regimentsadjutant des Grenadierregiments 9, konnte gerettet werden. Anfang April 1945 wurde er über das Frische Haff auf die Nehrung transportiert, dann von Danzig nach Kopenhagen. In letzter Minute entging er dem Schicksal seiner übrigen Regimentskameraden, denen nur die Gefangenschaft blieb. Von Kopenhagen aus gelangte er zu seinem Ersatztruppenteil nach Potsdam. *Kurze Zeit später demobilisierte ersich selbst und setzte sich nach Lindau an den Bodensee ab.* Dort erlebte er am 8, Mai 1945 die bedingungslose deutsche Kapitulation.« (Hervorh. H. M.)

Mit anderen Worten: Herr VON WEIZSÄCKER hat sich der Fahnenflucht schuldig gemacht und sich auch noch damit gebrüstet.

In einem Brief vom 14. April 1986, den Fritz VON RANDOW veröffentlichte, schrieb Richard VON WEIZSÄCKER: »Ich wurde im April 1945... *mit einer leichten Verwundung...* zu meinem Ersatztruppenteil nach Potsdam transportiert. Von dort wurde ich wegen meiner Verletzung nach Hause, nach Lindau am Bodensee, geschickt.«[2]

Mit dieser Darstellung versuchte Richard VON WEIZSÄCKER, die oben beschriebene Darstellung seiner Fahnenflucht zu dementieren.

In einem weiteren Brief vom 24. März 1988 an Herrn Wolfgang MEIER in Dorsten, Pastorsbusch 36, beschrieb VON WEIZSÄCKER, wie sein letzter Regimentskommandeur, Oberstleutnant TRITTEL, am 26. März 1945 beim Kampf in Ostpreußen eine schwere und schließlich tödliche Verwundung erlitten hatte, wogegen er (VON WEIZSÄCKER) »nur eine Schramme abbekam«. Durch diese eigene Mitteilung kann es als erwiesen gelten, daß die »leichte Verwundung« nur eine unerhebliche körperliche Beeinträchtigung war.

Das ***Munzinger-Archiv***[3] täuscht eine ordnungsgemäße Heimreise VON WEIZSÄCKERS nach Entlassung aus dem Wehrdienst vor: Herr VON WEIZSÄCKER »leistete ab 1938 Militärdienst. Er nahm anschließend bis 1945 - zuletzt als Hauptmann d. R. im Inf. Rgt. 9 - am Zweiten Weltkrieg teil. ***In die Heimat entlassen,*** studierte WEIZSÄCKER Jura und Geschichte in Göttingen.«

[1] Werner FII.MER U. Heribert SCHWAN, ***Richard von Weizsäcker. Profile eines Mannes,*** Düsseldorf 1984; Kritik daran in: Karl SALM, ***Fahnenflucht als politische Weltanschauung?,*** Hohenrain, Tübingen[2] 1990.

[1] Fritz VON RANDOW, ***Die Wahrheit über von Weizsäcker,*** München 1986, S. 188.

[3] ***Munzinger Archiv,*** Ravensburg; Blatt 38/84 P 010754-9 WEME.

Unter dem Einfluß WEIZSÄCKERS wurde hier die Fahnenflucht in eine legale Entlassung verfälscht.

Einen Genesungsurlaub suggerierend, schrieb VON WEIZSÄCKER in seinem Brief vom 10. Juni 1986: »Nach einer letzten Verwundung kam ich über mein Ersatztruppenteil nach Süddeutschland.«[4]

Über denselben Vorgang schrieben in dem Buch von SCHULZE/WÖRDEHOFF im Dezember 1987 die Verfasser: »Von Potsdam wurde er als Verwundeter nach Hause geschickt, nach Lindau am Bodensee.«[5]

Kam er nun nach Potsdam oder nach Süddeutschland? Und wurde er, der sich nach eigenen Worten selbst »demobilisiert« hatte, wirklich nach Hause ***geschickt?*** Tatsache ist, daß sein Ersatzregiment im Kampfraum um Berlin eingesetzt wurde.

Im Prominenten-Lexikon von 1978, ***Who is Who,*** und den Fortsetzungsbänden lautet die Eintragung bis 1990 unverändert: »1938-45 Wehrdienst (als Angehöriger d. traditionsreichen Potsdamer Infanterieregiments 9 Teilnahme a. d. Polen- und Rußlandfeldzügen, mehrmals verwundet, Hauptmann u. Regimentsadjutant), zuletzt Hauptmann d. Res., ***1945 Flucht nach Dänemark,*** danach Arbeiter a. e. Hühnerfarm i. Lindau, Studium.« (Hervorh., H. M.) Demnach hat er sich bereits in Ostpreußen »demobilisiert«.

Anfang 1999 erschien von Martin WEIN ein neues lobpreisendes Buch, das auf »stundenlange Gespräche mit Herrn V. WEIZSÄCKER« zurückgeführt wird. Bruchstücke von Informationen sollen verdecken, daß VON WEIZSÄCKER in Wahrheit eine Fahnenflucht verübt hatte: »Da er… ***verwundet*** worden war, kam er in ein Lazarett nach Königsberg, wurde jedoch schon knapp eine Woche später vor der heranrückenden Sowjetarmee nach Pillau evakuiert und schließlich über die Ostsee nach Kopenhagen gebracht, von wo aus er seinen Ersatztruppenteil erreichte.«

Alle diese Versionen laufen widersprüchlich und vernebelnd nebeneinander her.

In der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* berichtete ein Herr Winfried GROSS von WEIZSÄCKERS Kriegsende: »Leicht verwundet (einmal sagte er, daß er starke Kopfschmerzen hatte), kam er heil von der Ostpreußenfront auf den Bauernhof seiner Schwester und blieb dort bis zum Kriegsende verborgen!« (Vor wem?!) Wobei später ein Graf NAYHAUS WEIZSÄCKER gegen den Vorwurf der Fahnenflucht in Schutz genommen und geschrieben habe: »Der Regimentskommandeur habe die übergroße Tapferkeit des Hauptmannes VON WEIZSÄCKER gelobt, und da alle seine Soldaten gefallen seien, *solle er doch nach Hausefahren.*« Einfach so! SCHWEIK läßt grüßen!

Inzwischen konnten für die Vorgänge in Ostpreußen einige Zeitzeugen ermittelt werden, die an jenen Kämpfen von Ende März bis Anfang April 1945 im Raum von Balga-Neutief/Pillau-Fischhausen teilgenommen haben. Unter ihnen befindet sich auch ein Mitglied aus Herrn VON WEIZSÄCKERS

[4] Siehe VON RANDOW, aaO. (Anm, 2), S. 189.

[5] Helmut R. SCHULZE U. Bernhard WÖRDEHOFF, ***Richard von Weizsäcker. Ein deutscher Präsident,*** München 1987, S. 28.

[1] Siehe FAZ-Archiv.



Richard VON WEIZSÄCKER im August 1941, auf Genesungsurlaub nach der ersten Verwundung im Rußlandfeldzug, Aus: Richard VON WEIZSÄCKER, *Vier Zeiten,* Siedler, Berlin 1997. Darin schreibt er auf S. 82: »Aufgrund einer weiteren Verwundung blieb mir die russische Gefangenschaft erspart. In der ersten Aprilhälfte wurde ich über Königsberg und die Ostsee nach Potsdam abtransportiert.s Über die Art der letzteren Verwundung schweigt er.

Regimentsstab, der Herrn VON WEIZSÄCKER aus nächster Nähe miterlebt hat; ferner gehören dazu Angehörige des Sanitätsdienstes/ Aus deren Aussagen ergibt sich, daß Herr VON WEIZSÄCKER tatsächlich den »roten Zettel« für eine Lazarett-Einweisung erhalten hatte und in der Zeit vom 28., 29. oder 30. 3. 1945 in das damalige Lazarett Neutief eingewiesen worden war. Von einer »Verwundung« des Adjutanten VON WEIZSÄCKER hatte man damals im Regimentsstab G. R. 9 überhaupt nichts gewußt {!), sondern nur von einem ***Stirnhöhlenkatarrb.*** Aufgrund der Einweisung entfernte sich Herr VON WEIZSÄCKER von seinem G. R. 9, und seitdem wurde er dort nicht mehr gesehen. Auch konnte niemand etwas darüber aussagen, ob er tatsächlich ein Lazarett aufgesucht und wohin er sich begeben hatte.

Die »Schramme«, von der Herr VON WEIZSÄCKER im Brief vom 24. März 1988 spricht, war demnach eine unbedeutende Hautabschürfung, für die mehr oder weniger ein Heftpflaster oder eine kleine Binde genügte. Dergleichen galt damals überhaupt nicht als »Verwundung«, viel weniger noch ein Stirnhöhlenkatarrh. Seine angebliche Verwundung schützte der Herr VON WEIZSÄCKER als Entlassungsgrund vor, nachdem er anfangs zeitgeistgemäß stolz von einer »Selbstdemobilisierung« gesprochen hatte. Und das soll geschehen sein zu einer Zeit, als Urlaubssperre herrschte und selbst Schwerverwundete und Krüppel an die Front geworfen wurden, um in einem verzweifelten Kampf möglichst viele Zivilisten vor der roten Soldateska zu retten? Deshalb hatte Admiral DÖNITZ als Staatsoberhaupt am 1. Mai 1945 geforden: »Ich verlange Disziplin und Gehorsam. Nur durch vorbehaltlose Ausführung meiner Befehle werden Chaos und Untergang vermieden. Ein Feigling und Verräter ist, wer sich gerade jetzt seiner Pflicht entzieht und damit deutschen Frauen und Kindern Tod oder Versklavung bringt.«[8]

Hans Meiser

[7] Deren Aussagen sind gesichert und niedergelegt in einem ausländischen Banktresor sowie beim Hohenrain-Verlag in Tübingen. Bei letzterem können sie eingesehen werden von jedem, der ein berechtigtes zeitgeschichtliches Interesse nachweist.

[8] Walter LÜDDE-NEURATH, ***Regierung Dömty Die letzten Tage des Dritten Reiches,*** Druffel, Leoni 1980, [5]1981, 538 ff.

Papst Benedikt XVI. war kein Deserteur



Joseph RATZINCER.

Am 21. April 2005 brachte die ***Bild-Zeitung*** auf ihrer Titelseite kurz nach seiner Kür zum Papst BENEDIKT XVI. ein Jugendbild von 1943 des gewählten deutschen Kardinals, das ihn als damaligen Flakhelfer darstellt. Zum Bild wurde der Text veröffentlicht: »Joseph RATZINGER mit 16 als Luftwaffenhelfer. Er kam in eine Flak-Einheit, desertierte später.«

Damit wird dem Papst die ehrenrührige Handlung der Desertion unterstellt, die er nie begangen hat. Gleichzeitig soll mit dieser unzutreffenden Angabe wahrscheinlich die Gruppe der Deserteure der deutschen Wehrmacht aufgewertet werden.

Der Vorwurf des Desertierens beruht auf einer Stelle in dem Erinnerungsbuch ***Aus meimm Leben,***[1] in dem der damalige Kardinal auch seine Zeit als Flakhelfer, Angehöriger des Reichsarbeitsdienstes und Soldat in den letzten Kriegsjahren offen darlegt. Es heißt dort: »Seltsamerweise wurden wir nicht an die immer mehr sich nähernde Front gerufen. Wir erhielten aber neue Uniformen und mußten mit Kriegsliedern auf den Lippen durch Traunstein marschieren, vielleicht um der Zivilbevölkerung zu zeigen, daß der >Führer< noch immer über junge und frisch ausgebildete Soldaten verfüge. Der Tod HITLERS verstärkte schließlich die Hoffnung auf ein baldiges Ende.« Und dann folgt nach einem weiteren Satz über das langsame Vorrücken der Amerikaner: »Ende April oder Anfang Mai - ich weiß es nicht mehr genau - entschloß ich mich, nach Hause zu gehen.«[2]

Das konnte demnach erst nach HITLERS Tod, der am späten Abend des 1. Mai 1945 öffentlich bekanntgegeben wurde, erfolgen, wahrscheinlich erst am 2. Mai. Bereits an diesem 2. Mai wurden die Soldaten der Traunsteiner Kaserne bis auf wenige auf Befehl des Heereskommandos entlassen.[1] Wenige Stunden später zogen amerikanische Truppen in Traunstein ein. Zur Desertion blieb also kaum Zeit.

Dr. Gerhard FREY jr., der über diesen Fall schrieb,[1] teilte darüber hinaus mit: »Ich habe am 22. April 2005 Georg RATZINGER (den Bruder des neuen Papstes, R. K) - er war von 1964 bis 1994 Domkapellmeister am Regensburger Dom und Leiter der weltberühmten Regensburger Domspatzen - ange-

[1] Joseph Kardinal RATZINGER, *AUS meinem Lieben. Erinnerungen 1927-1977,* Wilhelm Heyne, München 2000.

[2] Ebenda, S. 40

[1] Alfred STALLER, in: ***Clnemgau-Blatter*** Nr. 19,2002.

[4] Gerhard FREY jr., »Der Papst ein Deserteur? Das Märchen der >Bild-Zeitung<« in: ***National-Zeitung,*** 6. 5. 2005, S. 1.

rufen. »Herr Domkapellmeister, gestern stand in der *Bild-Zeitung,* Ihr Bruder sei desertiert.« Der ältere Bruder des Papstes erwiderte: >Von Desertion kann da nicht die Rede sein. Erst als sich alles auflöste, ist er von der Kaserne in Traunstein nach Hause gegangen. Solange die Ordnung der Armee bestand, hat er seinen Dienst getan, wie es vorgeschrieben war.«

Auch das beweist, daß die Meldung der *Bild-Zeitung* eine diffamierende Falschaussage ist.

Daß britische Blätter gleich nach der Wahl des deutschen Papstes, etwa *T/je Sun* (London) mit der Schlagzeile auf dem Titelblatt »From Hitler Youth to... Papa Ratzi« und einem Foto als Flakhelfer, seine HJ-Zugehörigkeit groß herausstellten, um damit ihm eine >braune< Vergangenheit anzulasten und Stimmung gegen ihn als Deutschen zu machen, gehört leider auch in diesen Zusammenhang und weist auf die immer noch vorhandenen weitverbreiteten Vorbehalte gegen alles Deutsche in Großbritannien hin.

Rolf Kosiek



THE Sun 30p

HARRY 'N CHELSY SHACK UP

GERMAN CARDINAL BECOMES POPE BENEDICT XVI

From Hitler Youth to...

PAPA RATZI

GERRARD'S CHELSEA HOMES U-TURN

Japan vor Atombombenabwurf kapitulationsbereit

Nach allgemeiner Meinung waren die beiden auf Japan am 6. und 9. August 1945 von den USA abgeworfenen Atombomben, die in Hiroshima mindestens 110 000, in Nagasaki mindestens 36 000 Menschen sofort, vielen noch anschließend, das Leben kosteten und noch mehr Menschen verletzten, notwendig, um Japan zur Kapitulation zu veranlassen und den Zweiten Weltkrieg in Fernost zu beenden. So stellt beispielsweise die *Chronik des 20. Jahrhunderts* unter dem 6. August 1945 fest: »Die USA zwingen Japan mit dem Einsatz der verheerenden Waffe zur Kapitulation.«[1]

Das ist jedoch nicht richtig. Japan war schon vorher kapitulationsbereit und hatte seit Februar 1945 seine Bereitschaft dazu, auch über Moskau, signalisiert.[2] Die Alliierten waren aber darauf nicht eingegangen, Moskau wollte noch in den Krieg gegen Japan eintreten: Obwohl im ganzen Zweiten Weltkrieg die Japaner nicht - trotz Deutschlands Drängen - der Sowjetunion den Krieg erklärt und somit STALIN im Herbst 1941 die kriegsentscheidende Möglichkeit geboten hatten, seine ostsibirischen Truppen gegen den deutschen Angriff vor Moskau einzusetzen, erklärte Moskau am 8. August 1945 noch Japan den Krieg, um Landforderungen, unter anderem die Nordkurilen, gegen Tokio durchsetzen zu können. Erst nach dem Abwurf der zweiten Atombombe nahmen die USA Japans Kapitulation an.

Hauptgrund in Washington war nicht, wie vorgeschoben, daß der Abwurf der Atombomben den Krieg abkürze und vielen US-Soldaten das Leben rette, sondern, daß die ursprünglich zum Einsatz gegen Deutschland entwickelte Atombombe erst im Juli 1945 - und damit nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht - einsatzbereit war und ihre Wirkung noch auf jeden Fall den mitsiegenden Sowjets demonstriert werden sollte, um den USA bei den kommenden Auseinandersetzungen das Übergewicht zu geben, Dafür mußten Hunderttausende von Zivilisten vorher noch sterben.

[1] ***Chronik des 20. Jahrhunderts,*** Chronik Verlag im Bertelsmann Verlag, Gütersloh 1999, S. 280.

[1] Ausführliche Belege dazu mit US-Quellen bei: Mansur KHAN, ***Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege. Verschwörung und Krieg in der [75-Außenpoiitik,*** Graben, Tübingen 1998, S. 224 f.; siehe auch: LID DELL HART, ***Geschichte des Zweiten Weltkrieges,*** Econ, Düsseldorf-Wien 1972, Bd. n, S. 858 f.

Am 2. September 1945 erschien die japanische Waffenstillstandsdelegation vor General Douglas MACARTHUR. Von links: Premierminister Mamoru SHIGEMITSU, General Yoshijro UMEZU.

Der Partisanenkrieg der Wehrmacht im Osten

Es ist nicht zu übersehen, daß die heutige Zeitgeschichte dem völkerrechtswidrigen Verhalten sowjetischer Partisanen eine erstaunliche Toleranz entgegenbringt. So heißt es zum Beispiel: Der Partisanenkrieg sei nur die Folge des »deutschen Angriffskrieges« gegen die UdSSR gewesen. Das trifft aber nicht zu. Das damalige Kriegs Völkerrecht kennt dafür keinen Rechtfertigungsrahmen. Maßgebend war ausschließlich das Verhalten der Kriegsparteien im Zusammenhang mit den damals gültigen Regeln. Politische Fragestellungen, wie etwa nach Angreifer oder Angegriffenem sind ohne Auswirkung auf die Bindung an Recht und Gesetz des Krieges. Wer daher den Partisanenkrieg der UdSSR sowie die deutschen Kampfmaßnahmen bewerten will, sollte einen Augenblick innehalten und sich fragen, wo wir heute stehen, nachdem das Kriegsvölkerrecht im Jahr 1949 einen spürbaren Sprung in die Humanität getan hat. Hat der Terrorismus von heute, hat die aktuelle Terrorismusbekämpfung daraus gelernt? Sind die Methoden humaner geworden? Wohl kaum.

1. Der Rechtsstatus der Partisanen

Im Unterschied zum regulären Soldaten konnte der Partisan oder Freischärler im Zweiten Weltkrieg nach dem geltenden Völkerrecht nur dann Kombattantenstatus beanspruchen, wenn er die »Gesetze und Gebräuche des Krieges« achtete, »seine Waffen offen führte«, aus »der Ferne erkennbare Abzeichen« trug und in Formation »unter einem verantwortlichen Führer« kämpfte. Art. 1 der Haager Landkriegsordnung (HKLO) war das A und O des Partisanen, hier spiegelten sich die Grundlagen seiner Existenz. Erfüllte er diese, war er *legitimer* Gegner, und seine Kampfführung war zu respektieren. Er wurde dann wie ein Soldat behandelt, der bei Gefangennahme den völkerrechtlich garantierten Gefangenenstatus erfüllte. Handelte er dem entgegen, und es genügte, wenn nur eine der vorgeschriebenen Bedingungen nicht erfüllt war, mußte er damit rechnen, an Ort und Stelle gehenkt zu werden.

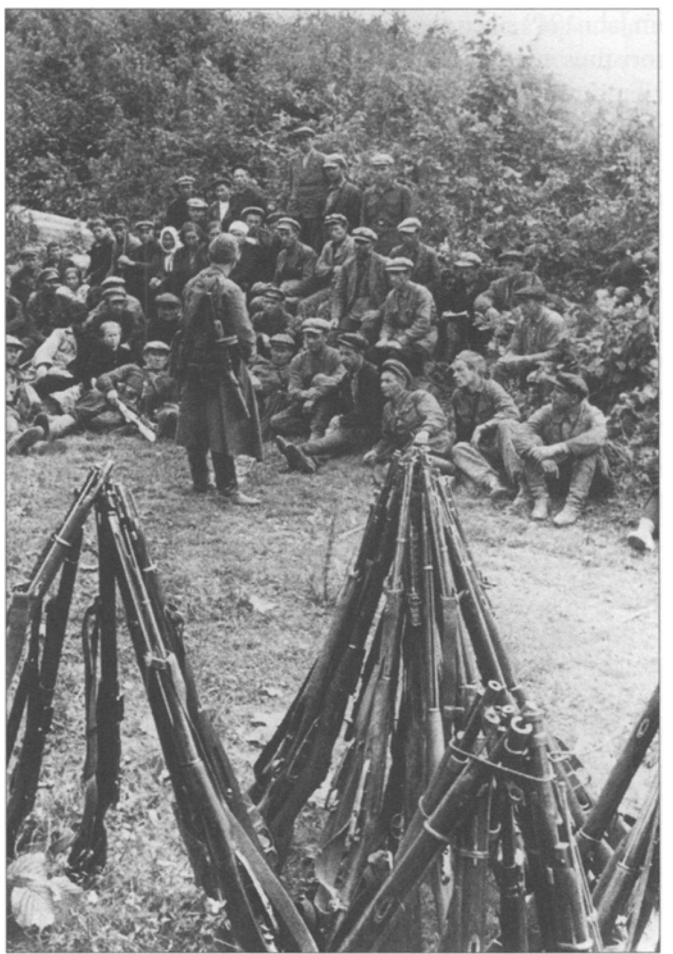
Die vielfach geäußerte Meinung, im Rußlandfeldzug habe die Wehrmacht die Rechte der Partisanen mißachtet, ist unzutreffend. Lediglich Einzelbestimmungen wurden gelockert, damit die eigene Truppe in die Lage versetzt wurde, sich gegen die zu erwartende völkerrechtswidrige Kriegführung der Partisanen zur Wehr zu setzen. Denn die Sowjetunion (UdSSR) erkannte die HKLO und das Genfer Abkommen damals nicht an. Der ursprünglichen Absicht-HITLERS, die Bindungen an das Kriegsvölkerrecht gegenüber der UdSSR weitgehend außer Kraft zu setzen, wurde von seiten des Oberkommandos der Wehrmacht (OKW) nachdrücklich entgegengewirkt.[1]

[1] Franz W. SEIDLER, ***Das Justizwesen der Wehrmacht,*** S. 399 f., ebenso in: ders., ***Die Wehrmacht im Partisanenkrieg,*** Pour le Mérite, Seient 1999, S. 23 ff.

Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, der Zweite Krieg ließe sich in ein Gesetzeskorsett pressen und kasuistisch abhandeln. Er war und bleibt ein furchteinflößendes Geflecht von Vorgängen, die dem Partisanen ebenso wenig Handlungsfreiheit ließen wie seinem Gegner, wo auch immer die Triebfedern liegen. Letztlich wird man mit dem Phänomen heute ebenso wenig fertig wie damals.

2. Der Partisan im Kampf

Der Partisan im Ostkrieg war ein ebenso harter wie erbarmungsloser Kämpfer. Sein verdecktes Vorgehen wurde von den deutschen Soldaten als heimtückisch, hinterlistig und grausam empfunden. Erste Partisanengruppen hatten sich im Herbst 1941 in den Sumpfgebieten von Borodino, Newel und Glusk gesammelt, wo sie Stützpunkte anlegten. Anfangs führten sie den Kampf in Form vereinzelter Überfälle auf Nachschub- oder Sanitätsfahrzeuge. Dann gingen sie dazu über, Ortschaften und Städte unsicher zu machen, Stadtteile in Brand zu setzen und Lichtspielhäuser, Stabs wachen oder Dienstgebäude zu sprengen. Ihre Arbeitszeit war die Nacht, wobei ihnen Ortskenntnis oder Ortskundige gute Dienste leisteten. Sie erschienen ungesehen und verschwanden ebenso wieder, nachdem die blutige Arbeit getan war, die oft vor den eigenen Volksangehörigen nicht haltmachte. Tagsüber verbargen sie sich in Wäldern und Sümpfen, entzogen sich der Verfolgung und nutzten jeden Hinterhalt.



Eine Partisanengruppe bespricht mit ihrem Anführer eine Aktion. Die Operationen der sowjetischen Partisanen hinter der deutschen Front wurden dank besserer Unterstützung mit Munition und Material immer wirkungsvoller. Ab 1942/43 entwickelte sich der Partisanenkrieg zum Volkskrieg - sogar Kinder machten mit. Bis zu 1,3 Millionen Russen sollen sich Partisanengruppen angeschlossen haben.



Angehörige der Einsatzgruppen suchen hinter den Linien nach Partisanen. Ihre Tätigkeit hatte HEYDRICH in einer Mitteilung vom 2. Juli 1941 wie folgt definiert: »Das sofortige Ziel ist die Befriedung der neu eroberten Gebiete durch die Sicherheitspolizei.« Die Sicherheit der Truppe hatte Vorrang.

»Es fehlen die Worte, um die bestialische und grausame Kampfesweise der Banditen zu schildern, die ihre Gefangenen massakrieren. Immer wieder läßt sich die eigene Truppe verleiten, ihnen Glauben zu schenken, wenn sie durch Zeichen dartun, daß sie den Kampf einstellen wollen. Erheben sich dann unsere Soldaten, um sie gefangenzunehmen, werden sie durch Maschinengewehrfeuer hinterrücks niedergemäht.«[2]

Es zeigte sich, daß der deutsche Soldat, so erbittert er auch den Kampf aufnahm, mit den Partisanen nicht fertigwurde. Diese Art des verdeckten Kampfes war ihm fremd. So war es verständlich, wenn das Heer dazu überging, gegen Partisanen Osttruppen einzusetzen, die aus ehemaligen Gefangenen oder Freiwilligen nahezu aller Volksteile der UdSSR gebildet wurden.

[1] Siehe: Otto HEIDKAMPER, *Witebsk*, Heidelberg 1954.

3. Wie Verfuhr das Heer mit den Partisanen?

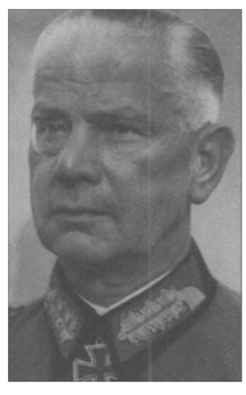
Bei der Behandlung aufgegriffener Partisanen verfuhr die Wehrmacht nicht durchweg gleich, wie auch die damalige Kriegsvölkerrechtslehre unterschiedliche Standpunkte vertrat.[3] Nach einer Auffassung hatte jeder Freischärler sein Leben verwirkt. Der anderen zufolge mußte der Exekution ein Feldkriegsgerichts-Verfahren vorangehen. Im Ostkrieg setzte sich letztere Rechtspraxis schließlich durch, wobei man seit Herbst 1943 sogar dazu überging, den in größeren Formationen kämpfenden Partisanen den Kombattantenstatus zuzuerkennen. Nur darin waren sich beide Auffassungen einig: Wurde ein Partisan während des Kampfes gefaßt, konnte er auf der Stelle erschossen werden.

' Siehe: Wolfgang KUNZ, ***Der Fall Marzabotto. Die Problematik des Kriegsverbrecbens,*** Holzner, Würzburg 1967, S. 53 ff.

[4] Siehe: Beitrag Nr. 407.



Eines der zahlreichen STAUN-Propaganda-plakate. »Kein Schritt zurück!«



Oben: Walter VON REICHENAU. Am 24. September 1941 und an den folgenden Tagen detonierten in Kiew, vor allem in der Kreschatik-Straße, mehrere Bomben in von deutschen Truppen bewohnten Wohnhäusern, darunter im Hotel Continental, dem Hauptquartier der Deutschen. Hunderte von deutschen Soldaten und Offizieren starben.

Grundsätzlich bestimmte Punkt Nr. 3 der »Zehn Gebote des deutschen Soldaten für die Kriegführung«:[1] »Es darf kein Gegner getötet werden, der sich ergibt, auch nicht der Freischärler und Spion. Diese erhalten ihre Strafe durch die Gerichte.« Im Soldbuch eines jeden Wehrmachtsoldaten waren die 10 Gebote einer ehrenhaften Kampfführung eingeheftet. Die Vorgesetzten waren angehalten, die Soldbücher darauf zu überprüfen und Stichproben vorzunehmen. Darüber hinaus waren diese 10 Gebote Gegenstand des Unterrichtes in Kasernen und Unterkünften.

4. Der Fall Kiew

Obgleich das deutsche Heer keinen Weltanschauungskrieg führte, standen sich in den Personen beider Oberbefehlshaber, HITI.ER und STALIN, die Ideologien von Nationalsozialismus und Marxismus-Leninismus unversöhnlich gegenüber. Der Waffengang galt als Kampf zweier Machtsysteme, der mit allen verfügbaren Mitteln geführt wurde. Die Schrankenlosigkeit des Partisanenkrieges war durch STALINS Befehl vom 3. Juli 1941 vorgegeben, in dem er von jedem Sowjetbürger den »kompromißlosen Einsatz im großen vaterländischen Krieg« einforderte. Seine Verweigerung war ein todeswürdiges Verbrechen.

Die deutsche Seite konterte mit dem Kommunistenerlaß vom 16. September 1941. Er wurde im Auftrag des Führers durch den Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall VON BRAUCHITSCH, erlassen. Ihm schlossen sich die Armeeführer an, so z. B. der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe Süd, Feldmarschall VON REICHENAU, mit seinem Befehl vom 10. Oktober 1941, ebenso der Generalfeldmarschall VON MANSTEIN, Oberbefehlshaber der 11.





Von Partisanen verstümmelte deutsche Soldaten. Es ist verständlich, daß der Anblick solcher Greueltaten zu immer härteren Vergeltungsmaßnahmen bewog.

Armee, mit dem Befehl vom 20. November 1941. Beide stehen heute im Mittelpunkt der Wehrmachtkritik. Daß damit lediglich auf Gewalt und Sabotage innerhalb der besetzten Gebiete reagiert wurde, wird heute gern übersehen. Anlaß war das großangelegte Attentat einer ukrainischen Partisanengruppe. Dieser war es geglückt, den Arbeitsstab des Kommandos des Rückwärtigen Befehlshabers der 6. Armee in die Luft zu sprengen, der im Hotel Continental in der Gebietshauptstadt Kiew untergebracht war.

5. Die Eskalation der Gewalt

Die durch Führerbefehl anberaumten Vergeltungshandlungen in Form von Massenerschießungen Angehöriger beschuldigter Täterkreise, darunter auch zahlreiche Juden, überschritten in Kiew zweifellos das Maß der Verhältnismäßigkeit. Mit der Durchführung waren Einsatzgruppen beauftragt, die dem Reichsführer SS und Polizei, Heinrich HIMMLER, unterstanden.

Damit wird der Bereich des Kriegs-Repressalienrechts berührt, das eng mit dem Thema der Partisanenbekämpfung verbunden ist. Dabei handelt es sich um die Androhung der Exekution von Geiseln, falls man der Täter, in der Regel Partisanen, nicht habhaft wird - ein Rechtsinstitut, das von Seiten der HLKO zulässig war, jedoch von den kriegführenden Mächten unterschiedlich gehandhabt wurde. Dabei bestand die Gefahr, daß die Vergeltungsmaßnahmen das Gebot der Verhältnismäßigkeit überschritten und im Laufe der Zeit zur Gewaltschraube ohne Ende verkamen. So haben die deutschen Repressalien nicht verhindern können, daß ungezählte weitere Sabotageaktionen stattfanden, die auf das Konto von Partisanen kamen, was wiederum zu Vergeltungsmaßnahmen führte. Noch heute gilt das Massaker von Kiew als Symbol deutscher Untaten in der Ukraine. Und nicht wenige Historiker nehmen an,

im Befehl des Generalfeldmarschalls VON REICHENAU, der seine Soldaten »zur erbarmungslosen Ausrottung artfremder Heimtücke und Grausamkeit« aufforderte, sei Willkür im Spiel gewesen. Doch die Erfahrung lehrt, wie dergleichen Reaktionen in der Hektik des Geschehens zustande kommen. Walter POST weist darauf hin, daß der Feldmarschall mit dem Satz: »Der Kampf gegen den Feind *Unter* der Front wird noch nicht ernst genug genommen«, ein sicherlich zutreffendes Bild von der großen Vertrauensseligkeit des deutschen Soldaten und seinem Verhältnis zur ukrainischen Bevölkerung vor Auge hatte.

[5] Walter POST, zitiert in: Andreas NAUMANN, ***Freisprach für die Deutsche Wehrmacht,*** Grabert, Tübingen 2005, S. 584.

Die heutige Historikerschelte trägt der Härte des Kampfes, in den die Wehrmacht gestellt war, wenig Rechnung. Während diese sich selbst Beschränkungen auferlegte, die sich in der fairen Behandlung des Gegners und seiner Bevölkerung niederschlugen, galt dies in keiner Weise für die Rote Armee. Und ebenso wenig, wie die Rote Armee bereit war, deutsche Soldaten zu schonen, wenn sie verwundet darniederlagen oder gefangen den Kampf aufgaben, war das bei den Partisanen der Fall. Letztere waren Teil der Politorganisation der UdSSR und kannten im Kampf grundsätzlich keine Einschränkungen. Denn, so verlangte es STALIN in seiner Rede vom 3. Juli 1941: »In den okkupierten Gebieten müssen für den Feind und seine Helfershelfer unerträgliche Bedingungen geschaffen werden. Sie müssen verfolgt und vernichtet werden, und alle ihre Maßnahmen sind zu vereiteln.«

Wurde damit das deutsche Ostheer von der Schrankenlosigkeit des Ideologiekrieges erfaßt? Oder versuchte es nur, angemessen zu reagieren? Zweifellos sah sich die Wehrmacht durch die Partisanenkriegführung in eine überaus schwierige Lage gestellt. Da die Gegenseite nicht bereit war, die Regeln des Kriegsrechtes zu beachten, verblieben der Wehrmacht wenig Möglichkeiten, darauf zu pochen. Im »Bandenkriegs wie er nun genannt wurde, der sich von Tag zu Tag verschärfte, entstand nicht zuletzt durch die Maßnahmen und Befehle, mit denen das Heer sich zur Wehr setzte, eine zusätzliche Eskalationswelle, die den Kampf nur härter werden ließ.

STALIN hatte am 3. Juli 1941 zum Volksaufstand aufgerufen. Konnten die zum Widerstand entschlossenen Partisanen deshalb darauf hoffen, als Teil einer Bevölkerung angesehen zu werden, »die beim Herannahen des Feindes spontan zu den Waffen greift«? In dem Fall könnten sie gemäß Art. 2 HLKO den Kombattantenstatus beanspruchen. Das jedenfalls sucht Jürg H. SCHMID zu unterstellen, der meint, daß dies mit dem völkerrechtlichen Begriff der >Levée en masse< gleichzusetzen sei. Doch diese Auffassung geht fehl. Rechtlich ist sie nicht gedeckt, da der Art. 2 HLKO voraussetzt, daß die Bevölkerung »aus eigenem Antrieb« zu den Waffen greift, nicht aber auf Befehl der Regierung. Daß aber die Bevölkerung der UdSSR aus eigenem Antrieb zu den Waffen hätte greifen wollen, läßt sich kaum behaupten. Sie war vielmehr zu großen Teilen des Sowjetregimes überdrüssig und der S TALIN sehen Schreckensherrschaft müde.

Diese negative sowjetische Einstellung zum Völkerrecht zeigt sich auch in der völlig vernachlässigten Rechtsstellung deutscher Kriegsgefangener in der UdSSR. Bezeichnenderweise war Moskau weder am Überleben deutscher Kriegsgefangener noch an einem Austausch von Namenslisten Gefangener durch das Rote Kreuz interessiert. Es bezeichnete die von den Deutschen gefangenen Sowjetsoldaten vielmehr als ehrlose Überlauf er und Landesverräter,[6] Und so ist es auch nicht verwunderlich, daß der Versuch des US-Präsidenten ROOSEVELT, den sowjetischen Außenminister MOLOTOW zum Beitritt der UdSSR zur Genfer Konvention zu bewegen, während des ganzen Krieges ohne Erfolg blieb.

[6] Rudolf ASCHENAUER, ***Krieg ohne Grenzen. Der Partisanenkampf gegen Deutschland 1929-1945,*** Druffel, Leoni, 1982, S. 314.

6. Die Führungsorganisation

Die schnell vorrückende deutsche Truppe konnte die schwer zugänglichen Gebiete oft nicht säubern, weshalb diese ideale Stützpunkte für den Partisanenkampf darstellten. Die kleinen und noch mangelhaft ausgerüsteten Verbände, die durch versprengte Rotarmisten Zulauf erhielten, verursachten zunächst nur geringen Schaden, Dies änderte steh jedoch nach 1942 schlagartig. Getarnt durch landläufige Zivilkleidung und nicht selten in erbeuteten deutschen Uniformen, sprengten sie Brücken, Straßen und Bahngleise. Allein in den Tagen vom 2. auf den 3. August 1943 wurden im Osten insgesamt 8422 Anschläge auf Bahnlinien und 1478 Uberfälle registriert,

Ende 1942 kämpften die Partisanen bereits im Verbandsrahmen, dessen Zusammensetzung regional unterschiedlich war, wobei auch Frauen und Kinder ihnen zuarbeiteten. Der Zentralstab stand unter der taktischen und operativen Führung des Zentral-Komitees der Partei und des Großen Hauptquartiers. Es gilt als sicher, daß die von Moskau gesteuerten Aktionen, wie etwa die Sprengung von Lichtspieltheatern für Fronturlauber, dem Zweck dienten, deutsche Vergeltungsaktionen zu provozieren, um die Wehrmacht in den Augen der Bevölkerung ins Unrecht zu setzen,[7] Durch rücksichtslose Bedrohung wurde die Bevölkerung davon abgehalten, mit den Deutschen zusammenzuarbeiten. Damit wurden der Willkür Tür und Tor geöffnet. Hunderttausende Sowjetbürger kamen so ums Leben, was später den Deutschen angelastet wurde. Durch Mord, Raub und Verwüstung entstand eine Eskalation von Haß, die dem »politisch-ideologischen Gesamtziel' des Partisanenkampfes diente. Der Umfang der Partisanenorganisation in der UdSSR läßt sich nur abschätzen. Nach sowjetischen Angaben soll er zwischen 700000 und 1,3 Millionen Kämpfer betragen haben.

[7] Siehe: Bernd BONWETSCH, »Sowjetische Partisanen«, in: Gerhard SCHULZ (Hg.), *Partisanen und Volkskrieg,* GÖttingen 1985, S. 102 f.

Zur Sicherung der rückwärtigen Gebiete waren anfangs neun Sicherungsdivisionen des Heeres vorgesehen, die sich aus älteren Soldaten rekrutierten. Bald schon erwiesen sich diese Kräfte als unzureichend, weshalb sie durch Luftwaffen-Felddivisionen, SS-Polizeibataillone usw. verstärkt werden mußten. Hin-

zu traten ungarische, slowakische und litauische Einheiten sowie Ostverbände, die sich aus Freiwilligen zahlreicher Völker in der UdSSR zusammensetzten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß es nicht gelang, die Partisanen mit durchgreifendem Erfolg zu bekämpfen. Der Kampf war von ungleichen Voraussetzungen bestimmt. Alle Vorteile, wie Stützpunkte in Sumpfgebieten, Hilfe durch die Bevölkerung, Ausrüstung und Nachschub durch die Rote Armee, Kenntnis des Landes, der Sprache, der Geographie und nicht zuletzt die patriotische Motivation, waren auf der Seite der Partisanen. Fragt man jedoch, ob der Partisanenkampf zur deutschen Niederlage entscheidend beigetragen hat, so ist »in der Zusammenschau aller maßgeblichen Fakten diese Frage eher zu verneinen«.[8]

Der Partisanenkrieg war ein schmutziger Krieg, ohne Ehre und ohne Gnade.[9] Trotzdem ist dem einzelnen Partisanen zugute zu halten, daß er für sein Vaterland das Leben eingesetzt hat. Dafür fand der alliierte Gerichtshof in Nürnberg die richtigen Worte: »Ebenso wie ein Spion im Interesse seines Landes rechtmäßig handelt, zur gleichen Zeit aber vom Feinde als Kriegsverbrecher angesehen wird, so kann auch ein Freischärler seinem Lande große Dienste erweisen. Für den Feind jedoch gilt er als Kriegsverbrecher und wird als solcher behandelt. Anders kann sich keine Armee vor der Stechfliegentechnik solcher bewaffneter Widerständler schützen.« Andreas Naumann

[8] Graf KIELMANSEGG, in: Philippe MASSON, ***Die deutsche Armee***, Herbig, München 1996, S. 304.

[9] Ausführlich in: NAUMANN, aaO. (Anm. 5); insbesondere S. 568-612.

⇨ Stalins Befehl (Nr. 0428) vom 17.11.1941 zum Partisanenkrieg

Nach: *Rivarol*, 29. 9. 1997, S. 8; zitiert von Philippe GAUTIER in: ***Deutschennangst - Deutschenhaß***, Graben, Tübingen 1999, S. 120; auch in: Fritz BECKER, ***Stalins blutspur durch Europa***, Arndt, Kiel 1995, S. 268.

»1. Alle Wohnstätten in den Gebieten, in denen sich deutsche Truppen befinden, sind in Brand zu setzen und zu zerstören, und zwar bis 60 km von der Hauptfront und 20 bis 30 km auf beiden Seiten der Wege. Zur Zerstörung der Wohnstätten im vorgeschriebenen Umkreis wird die Flugwaffe zum Einsatz kommen, ebenso die Artillerie und weitreichende Granatwerfer, Spähtrupps, Kommandos aufSchienen sowie mit Brandflaschen ausgestattete Partisanengruppen. Die mit Zerstörungsaktionen beauftragten Jagdkommandos sollen Uniformen der Wehrmacht und der Waffen-SS tragen, die dem Feind abgenommen worden sind. Das wird den Haß auf die faschistischen Besatzer steigern und die Rekrutierung von Partisanen im Hinterland der Faschisten fördern. Es ist dafür zu sorgen, daß einige Dorfbewohner am Leben bleiben, damit sie die »Greueltaten der Deutschen« bezeugen.

2. Zu diesem Zweck sind 20 bis 30 Mann starke Jagdkommandos in jedem Regiment zu bilden, mit dem Auftrag, die betreffenden Wohnstätten in die Luft zu sprengen oder in Brand zu stecken. Für diese Zerstörungsaktionen müssen tapfere Kämpfer ausgesucht werden. Wer in feindlicher Uniform hinter den deutschen Linien Wohnstätten zerstört, wird für die Überreichung einer Auszeichnung vorrangig vorgeschlagen.

3. In der Bevölkerung muß das Gerücht verbreitet werden, die Deutschen hätten diese Dörfer und Behausungen in Asche gelegt, um die Partisanen zu bestrafen.«

Sowjet-Partisanen terrorisieren eigene Bevölkerung

Jahrelang zog die umstrittene Wanderausstellung ***Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*** ab 1995 durch den deutschen Sprachraum, in ungarischer und ein polnischer Historiker konnten ihr schließlich massive Fehler nachweisen[1] und erzwangen zumindest eine Überarbeitung. Einer der beiden Historiker, der Pole Bogdan MUSIAL, wartete wenig später mit neuen Sensationen zu einem gleichfalls umstrittenen Thema auf. Unter der Überschrift »Verbrechen der Partisanen« berichtete er in der ***frankfurter Allgemeinen Zeitung***[1] über seine Forschungsergebnisse.



Bogdan MUSIAL.

Die etablierte Geschichtsschreibung umgibt die sowjetischen Partisanen, die spätestens ab Frühjahr 1942 unter zentralem Moskauer Kommando standen, noch immer mit dem Nimbus heroischer Freiheitskämpfer und Vaterlandsverteidiger. Einige Jahre lang konnte MUSIAL in den Archiven stöbern, und er erkannte bald, daß dieses Bild mit der brutalen Wirklichkeit des Partisanenkrieges nicht viel zu tun hatte. Denn auch die Partisanen begingen Verbrechen und Grausamkeiten, und das im großen Stil.

Ihre Angriffe richteten sich auch nicht nur gegen den Gegner. Die Forschung müsse endlich zur Kenntnis nehmen, schreibt MUSIAL in der ***FAZ,*** »daß auch die Partisanen oft brutal mit der eigenen Zivilbevölkerung umgingen. Auch sie versetzten ganze Gebiete in Angst und Schrecken, brannten Dörfer und Städte nieder, führten brutale Strafaktionen durch«.[3]

Zeitweise erkannten sogar die Moskauer Stäbe, daß weniger die Wehrmacht die in der Weite der rückwärtigen Kampfgebiete oft wenig Anwesenheit zeigte, als vielmehr die eigenen Partisanen zur zusätzlichen Belastung für die Bevölkerung wurden. Viele Gruppen beschränkten sich, da es ihnen an Munition zur Bekämpfung des Gegners fehlte, auf >Versorgungsoperationen<, das heißt, sie plünderten eigene Dörfer. In einem Moskauer Bericht vom Winter 1942/43 heißt es über diese Aktivitäten:

»Da sie nicht kämpfen, arten sie zu einer zusätzlichen Last für die Bauern aus und bringen die Bauernschaft gegen die Partisanen insgesamt auf. Wenn die Deutschen nicht da sind, gehen die Partisanen ungehindert im Dorf hin und her, nehmen ihnen Kühe, Schafe, Brot und Lebensmittel weg. Sobald aber eine Strafabteilung auftaucht, fliehen die Partisanen, ohne Widerstand zu leisten, während die Bauern dann verprügelt und ihre Häuser in Brand gesteckt werden, weil sie die Partisanen unterhalten und verpflegt haben.«

Der militärische Nutzwert solcher Aktionen war bescheiden. Aber auch aufs Ganze gesehen, reduziert MUSIAL die militärische Bedeutung der Partisanen anhand der Aktenlage auf ihr tatsächliches Maß. »Die meisten militärischen Einsätze«, schreibt er, »richteten sich... nicht gegen die deutschen Besatzer, sondern gegen tatsächliche oder vermeintliche Kollaborateure und

[1] Bogdan MUSIAL, »Bilder einer Ausstellung«, in: ***Vierteljabrsheftefür Zeitgeschichte,*** Nr. 4, 1999, S. 563-591; Krisztian UNGVARY, »Echte Bilder - problematische Aussagen«, in: ***Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,*** Nr. 10, 1999, S. 584-595. - Bogdan MUSIAL, »Verbrechen der Partisanen« in: ***Frankfurter A Ii'gemeine Zeitung,*** 16. 6. 2004.

[3] Ebenda.

ihre Familien und gegen alle, die als deutschfreundlich und antisowjetisch galten. Und wer antisowjetisch war, bestimmten die Partisanen selbst. An der Tagesordnung waren willkürliche Erschießungen, Vergewaltigungen und Plünderungen.«

Zumindest ein Teil dieser Verbrechen ging auf das Konto der Moskauer Führung, die die Partisanen immer wieder ermunterte, rigoros vorzugehen. So wüteten sowjetische Partisanen ab Sommer 1943 in Weißrußland bevorzugt nicht etwa gegen die Wehrmacht, sondern vielmehr gegen polnische Partisanen, in denen die Moskauer Stäbe mögliche politische Konkurrenz in der Zeit nach der Zurückdrängung der Deutschen witterten."

[4] Siehe auch: Andreas NAUMANN, ***Freisprach für die Deutsche Wehrmacht,*** Graben, Tübingen 2005, insbesondere S. 72-79, 328-333, 568-601.

MUSIALS Fazit ist nüchtern: STALINS Partisanen waren mitnichten jene mutigen Verteidiger der sowjetischen Erde, als die sie die Moskauer Propaganda jahrzehntelang hinstellte. Ihr Kampfwert war meist gering, Auswirkungen auf den Ausgang des Krieges im Osten hatten ihre Aktionen kaum. Für die eigene Zivilbevölkerung dagegen waren diese oft der reinste Schrecken, vor allem, wenn Alkohol im Spiel war. Für MUSIAL sind das Gründe genug, »die das heroische Geschichtsbild der sowjetischen Partisanen in Frage stellen«.

Das offiziöse Bild, das die etablierte Geschichtswissenschaft von der Rollenverteilung zwischen Tätern und Opfern während des Rußlandkrieges zeichnet, wird aber noch weiter demontiert, wenn man die Sonderrolle jüdischstämmiger Partisanen im Ostkrieg näher untersucht. Es gab sie massenhaft, denn sowohl in Ostpolen als auch in den westlichen Bezirken der UdSSR gab es große geschlossene Siedlungsgebiete, die so gut wie ausschließlich von Juden bewohnt waren.

Die Bevölkerung dieser Gebiete wurde keineswegs, wie es die offizielle Lesart wahrhaben will, im ganzen von den Deutschen vernichtet. Ein Großteil wurde von den Sowjets deportiert oder flüchtete vor der vorrückenden Wehrmacht, ging in die Wälder und bekämpfte im Hinterland der Front einheimische Kollaborateure ebenso wie gegnerische Truppen.

Dabei begingen auch die jüdischstämmigen Partisanen unglaubliche Grausamkeiten, wie ein erst kürzlich vom polnischen »Institut für Nationales Gedenken< (IPN) aufgedeckter Fall zeigt. Es geht um ein Massaker im damaligen polnisch-litauisch-weißrussischen Grenzgebiet, dem vor mehr als sechzig Jahren die Bevölkerung des Dorfes Koniuchy (heute litauisch Kaniuakai) zum Opfer fiel. Die Zahl der Ermordeten schwankt zwischen dreihundert und einigen Dutzend.

Vorangegangen war ein Akt der Selbstverteidigung der Dorfbevölkerung. Da sie von den vorrückenden sowjetischen Partisanen Mord und Plünderungen befürchtete, fiel sie in Koniuchy über eine Partisaneneinheit her. Augenzeugenberichten zufolge sollen zahlreiche der Partisanen Kämpfer jüdischer Nationalität< gewesen sein, mindestens die Hälfte. Die Partisanen rächten sich und löschten die Dorfbevölkerung aus.



Die wenigsten Partisanen verfügten über moderne Waffen. Hier: russisch-jüdische Partisanengruppe mit Maschinengewehr.

Der Vorfall wird sogar von ehemaligen Partisanen bestätigt, so etwa von Dov LEVJN von der Hebräischen Universität in Jerusalem, der damals der Partisanengruppe >Tod den Okkupanten« angehörte. Mehr wollte LEVIN aber nicht sagen. Die Historiker konzentrieren sich jetzt vor allem auf die Frage, wie selbständig die jüdischen Partisanengruppen eigentlich waren. Bislang ging man davon aus, es habe strikte Befehlshierarchien gegeben, an deren Spitze das sowjetische Oberkommando stand. Diese Auffassung muß nun revidiert werden. Die jüdischen Partisanengruppen seien zumindest >halbautonom< gewesen, meinen die Forscher jetzt. Und zumindest ein weiteres Massaker geht auf ihr Konto, das im Mai 1943 im Dorf Maliboki.



Abba KOVNER (1918-1987)

Dabei sind selbständig operierende jüdische Rachekommandos der Forschung schon seit langem bekannt. Sie standen unter dem Kommando von Abba KOVNER, der in Vilnius gegen die Deutschen kämpfte und nach dem Krieg in Israel zum gefeierten Dichter und Parlamentsabgeordneten emporstieg.

Die Massaker von Koniuchy und Maliboki gehören zu den dunkleren Kapiteln in seiner Biographie, ebenso wie der Rachefeldzug, den er nach Kriegsende auf eigene Regie in Deutschland führen wollte. Seine Gruppe plante, Millionen von Deutschen durch vergiftetes Trinkwasser zu ermorden.[5] KOVNER hatte Hamburg und Nürnberg für seine Massenmordpläne auserkoren, die nur verhindert wurden, weil die Briten ihn und sein Mordkommando rechtzeitig aus dem Verkehr zogen. Seine Massaker im Osten verhinderte dagegen niemand. Hier warten noch spannende Aufgaben auf die Historiker.

Karl Richter

[5] Siehe: Beitrag Nr, 371, »Israelisches Mordkommando in Deutschland 1945«,

Polnische Partisanen morden

In den meisten Darstellungen der Nachkriegszeit wird bei der Behandlung Polens das harte deutsche Durchgreifen gegen die einheimische Bevölkerung hervorgehoben. Die grausamen Methoden der diese Reaktion oft erst herausfordernden polnischen Partisanen werden dagegen oft verschwiegen.

Eine frühe Ausnahme bildet das dreibändige Geschichtswerks[1] des Amerikaners Waverley ROOT, auf das der Historiker Alfred SCHICKEL hinwies.[2] Im Abschnitt »Die inneren Fronten« befaßt sich der Amerikaner auch mit der deutschen Besatzungsherrschaft in Polen, wobei die von ihm aufgezeigte Kausalkette bedeutsam ist. SCHICKEL führt aus: »Im Gegensatz zu den verbreiteten Darstellungen führt er zuerst die polnischen Untergrund-Aktionen an und schildert dann die sehr harte Vergeltung der Nazifunktionäre.« ROOT schreibt, daß die polnischen Widerstands- und Partisanenaktionen »so erfolgreich waren, daß eine Spezialeinheit von mehr als 40 000 Soldaten und SS-Leuten eingesetzt werden mußte, um allein die Verkehrsverbindungen zu bewachen«. Viele Einheiten der Wehrmacht und der deutschen Polizei seien außerdem gebunden worden. »Aber der Widerstand ging weiter, und Mord schlich durch die Straßen. Im April (1943) befahlen die Nazibehörden selbst deutschen Zivilisten in Polen, zu jeder Zeit Waffen zu tragen und nie auf die Straße zu gehen oder Unterhaltungseinrichtungen zu betreten, wenn sie nicht in Begleitung von mindestens zwei oder drei Landsleuten waren.«

Bei den polnischen Freischärlern habe es »schwarze Listen« gegeben, auf denen »Mitte 1943« rund »4000 Namen« gestanden hätten, die »zur Verfolgung« anstanden, ROOT schreibt darüber: »Nummer eins auf der polnischen Liste der Schuldigen war der Generalgouverneur Hans FRANK. Nummer zwei war General Wilhelm KRÜGER, Chef der Polizei in Polen, der für die gnadenlose Behandlung der Polen direkt verantwortliche Mann. . , Viele andere solche Urteile wurden vollzogen - zum Beispiel gegen den Chef des Warschauer Arbeitsamtes, HOFFMANN, und seinen Vertreter Hugo DIETZ, die im Abstand von vier Tagen erschossen wurden; gegen den deutschen Leiter des Arbeitsamtes in Piotrkow; gegen den Gestapobeamten GEIST beim Warschauer Arbeitsamt; gegen Kurt RITTER, einen hohen Funktionär des deutschen Arbeitsamtes in Skierniewicz.«

Ebenso wurden schwarze Listen von den polnischen Untergrundkämpfern über eigene Landsleute geführt, die mit den Deutschen zusammenarbeiteten: Sie wurden in gleicher Weise ermordet.

Daß die deutschen Stellen dann auch gnadenlos und zur Abschreckung gegen die völkerrechtswidrig handelnden Untergrundkämpfer vorgingen, war verständlich und vom Kriegsrecht gedeckt. Auch in diesem Fall sollten beide Seiten gehört werden.

[1] Waverley ROOT, ***The secret History of the War,*** USA, 1946.

[2] Alfred SCHICKEL, »Heiße« Eisen der Kriegsgeschichte«, in: ***Alte Kameraden,*** Nr. 6, 1991.

Tito-Partisanen in Kärnten

Es gehört zum guten Ton der Politiker und Medien heutiger Zeit, jede Gelegenheit wahrzunehmen, die deutsche Vergangenheit zu belasten. Jeder Vorwurf gegen das eigene Volk wird dankbar aufgegriffen, um blutige Szenen auszumalen - wenn sie nur Deutschen angelastet werden können. Die Parole der TiTo-Partisanen aber, »deutsches Blut muß fließen«, wird tunlichst übergangen - deshalb gehört sie in diese Dokumentation. Insbesondere ist an die Bestialität zu erinnern, mit der diese Morde im deutschen Kärnten vorgenommen wurden.

Die politisch motivierten Morde an den meist deutschen Zivilisten, die von 1942 bis 1945 als Abschreckung für die gegen Jugoslawien eingestellte Bevölkerung durchgeführt wurden, dürfen nicht in Vergessenheit geraten, sondern müssen als Mahnung in Erinnerung bleiben, denn »bisher sind die Leiden dieser Opfer, deren oft qualvoller Tod als Symbol für Kärntnertreue steht, verschwiegen worden«, schreibt Valentin EINSPIELEN, Landesobmann des Kärntner Abwehrkämpferbundes. »Wir wollen die Mauer des Schweigens und die Mauer der Mythen um die >heldenhaft kämpfenden< Tito-Partisanen niederreißen und die wahren Hintergründe dieser Auseinandersetzung in Kärnten durchleuchten. - Die Generationen der Kärntner.., suchen aber dennoch einen Weg der Gerechtigkeit für das Zusammenleben im gemischtsprachigen Gebiet, der jedoch auf Gleichberechtigung bei garantiener Freiheit des Volkstumsbekenntnisses gegründet sein muß.«

Eine >Geheime Erhebung der Muttersprachen« vom 14. November 1976 brachte für das von den Slowenen als Territorium mit slowenischer oder gemischter Bevölkerung bezeichnete Gebiet in Kärnten folgendes Ergebnis:

Teilnahmeberechtigte	116165 Personen	
Abgegeben	102 225 Stimmen	87,99 %
davon Muttersprache Deutsch	93776	91,73 %.

Ingomar PUST schreibt in seinem Buch:[1] »Wer nicht weiß, was die Partisanen in Kärnten wirklich taten und was sie wirklich wollten, kann die Sorge, die Zurückhaltung, das Mißtrauen der Kärntner nicht verstehen, das Erich SUCHANEK einmal so treffend die »Urangst der Kärntner* nannte. - Am 25. Juni 1945 erklärte TITO wörtlich: »Kärnten ist ein Teil unseres Territoriums, das lange unter faschistischem Terror blieb, und man fährt nun fort, gegen diesen Teil des slowenischen Volkes ungerecht zu sein. Unsere Truppen haben sich aus Kärnten zurückziehen müssen, aber wir lassen seine slowenische Bevölkerung wissen, daß sie früher oder später frei mit ihren Brüdern im Rahmen des demokratischen und föderativen Jugoslawien vereinigt wird. - Früher oder später!«« Damit ist auch klar, daß der Vorwurf »faschistischen Terrors« nur ein Vorwand für den Aneignungswunsch war, denn die Slowe-

' Ingomar PusT, *Titostern über Kärnten* ***1942-1945 -Tot-*** *geschwiegene Tragödien,* Kärntner Abwehrkämpferbund, Landesleitung, Klagenfun 1984.

nen hatten schon nach dem Ersten Weltkrieg, als an >Faschismus< noch gar nicht zu denken war, ebenso mit militärischer Gewalt versucht, das Kärntner Gebiet zu erobern und besetzt zu halten. Eine Volksabstimmung in Südkärnten am 10. Oktober 1920 ergab jedoch eine deutliche Mehrheit für die Deutschen, so daß Kärnten, auch sein südlicher Teil, deutsch blieb.

Weit über 100 Menschen sind 1942-45 in Kärnten von TITO-Partisanen ermordet worden, nicht etwa nur getötet, sondern meist auf bestialische Weise ermordet. Aus den Dokumentationen des genannten Buches seien nur wenige Beispiele wiedergegeben:

Eine ehemalige Krankenschwester vom Landeskrankenhaus Wolfsburg sagte über einen Vorfall von 1943 folgendes aus: An einem Sommermorgen wurde eine junge Landwirtin mit einem Genickschuß eingeliefert. Sie lebte, war aber nicht bewußtlos, sie war im Gegenteil hellwach. In ihren Augen stand namenlose Verzweiflung.

Die Unglückliche berichtete: Nachts kamen die Tito-Partisanen auf den Hof. Die Familie wurde zusammengetrieben. Der Vater vor den Augen der Familie erschossen. Dann spürte die junge Frau einen Schlag im Genick und brach zusammen. Sie spürte im Sturz noch, daß sie lebte, und stellte sich tot. Sie hörte, wie die Killer den Kindern befahlen, auf keinen Fall fortzulaufen: Erst am nächsten Morgen dürften sie das Haus verlassen und melden, was geschehen war.

TITO-Partisanenkämpfer beim Herzogstuhl. Aus: PUST, aaO. (Anm. 1).

So geschah es. Eine grauenvolle Nacht lag sie gelähmt neben ihren Kindern. Nach drei Wochen erlöste sie der Tod.

Ein Opfer unmenschlichen Hasses im oberen Rosental war der schwerversehrte Herbert RINDLER in Rosenbach. Adolf MIKULA, damals Wehrmachturlauber, erinnert sich:

»Herbert RINDLER war schwerverwundet worden und total kriegsverwendungsunfähig. Aber er trug noch immer seine SS-Uniform.

Es war im Sommer 1944. Wir waren im Kino St. Jakob. Er blieb bei seiner Braut zurück. Auf dem Heimweg sah ich in Friesnitz Licht. Wir erfuhren später, daß Partisanen dort plünderten. RINDLER muß ihnen beim Heimweg über den Weg gelaufen sein. Er dürfte gleich niedergeschossen worden sein, lebte aber noch. Eine Blutspur zum nahe gelegenen Gasthof STEINER war noch am nächsten Tag zu sehen. Angehörige der Gastwirtsfamilie sagten aus,

daß der verwundete Gefangene zu einem Kommissar gebracht worden war, der sich mit anderen Partisanen im Gasthof aufhielt.

Der Kommissar gab den Befehl: »Abstechen!« Die Partisanen schleiften den jungen Oberscharführer in den Stall. Dort fand man die Leiche des Schwerkriegsverletzten am nächsten Tag im Futtertrog. Sie war von Bajonett- oder Messerstichen buchstäblich zerfleischt.«

Die Verlustliste im Jauntal ist lang: Dort wurde zum Beispiel der Wirt Thomas HUDELISTE in Enzelsdorf bei Griffen erschossen. Landwacht war einquartiert. Als sie auf Patrouille ging, drangen Partisanen in das Haus ein und erschossen den Wirt.



Eine der Zisternen im Hornwald in der Gottschee, welche zum Grab für Tausende wurden. Um die Spuren des Massenmordes zu tilgen, wurden die Schächte zugemauert.

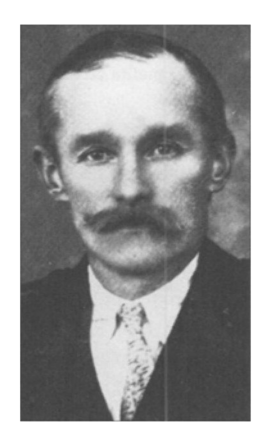
Eine der grausigsten Schreckenstaten begingen Partisanen an dem 45jährigen angesehenen Bauern Jakob PIRTSCHER in Abtei. Der deutschgesinnte Mann wußte, daß er gefährdet war. Er schlief jede Nacht in einem anderen Haus, aber am 12. Oktober 1944 fanden die Partisanen ihn doch im Hause seiner Braut. Sie zwangen ihn, mit auf seinen Hof zu kommen. Dort verhafteten sie einen französischen Kriegsgefangenen, der auf dem Hof PIRTSCHERS gearbeitet hatte und später wieder freigelassen wurde. Die Angehörigen des Verschleppten erfuhren, daß die Partisanen PIRTSCHER einen Zehn-Liter-Kanister mittragen ließen. Sie sagten: »Damit werden wir Dir ein Feuer machen.«

Was dann geschah, berichtete ein unfreiwilliger Augenzeuge erst nach dem Krieg: PIRTSCHER wurde an Händen und Füßen gefesselt, grauenhaft mit den Kolben geschlagen. Seine Schreie sollen entsetzlich gewesen sein. Dann ließen sie den Unglücklichen, an ein Holzgerät gefesselt, im Sägewerk Schellander liegen, schütteten den Benzinkanister aus und ließen das Werk m Flammen aufgehen. Der Bauer ist als lebende Fackel verbrannt.

Ein schreckliches Schicksal widerfuhr am 10. November 1944 dem 32jährigen Buchhalter Hubert JAMNEG aus Obertrixen. Er war wehrunfähig geworden und sollte einen Befehl überbringen; von dem Auftrag kam er nie mehr zurück. Erst zehn Tage später fand man seine Leiche. Sie wies Spuren grauenhafter Mißhandlungen auf. Partisanen oder ihre weiblichen >Mitkämpfer< hatten dem Gefangenen die Geschlechtsteile abgeschnitten. Um den Hals trug er noch die Drahtschlinge.

Am Abend des 7. März 1945 gegen 20 Uhr 30, als sich die LAUSEGGER-

Familie niederlegen wollte, umzingelten plötzlich von allen Seiten Partisanen die Gehöfte der LAUSEGGER. Sie stürmten ins Haus des Rochus LAUSEGGER und in das nebenstehende Haus des 42jährigen Valentin LAUSEGGER. Sie schwärmten ins Stallgebäude, auf die Tenne, in den Keller und plünderten Haus und Hof, sogar das Nähkörbchen, alles bis zur Rasierklinge nahmen sie mit. Die Bewohner wurden vorher in einen Raum getrieben und bewacht. Frau LAUSEGGER nennt die Namen der Plünderer. Alle tragen heute das Ehrenzeichen für Verdienste um die Befreiung Österreichs. - Als die Kolonne abzog, ahnte Rochus LAUSEGGER, daß die Männer ihn mitnehmen würden, und täuschte einen Herzanfall vor, daß die Partisanen sich täuschen ließen. Sie ließen ihn zurück und holten steh dafür Valentin. Sie schlugen auf ihn mit einer Ochsenpeitsche ein. Es war 22 Uhr 30, als Valentin seinen Hof für immer verließ.



Josef LAU SEGGER aus Windisch-Bleiberg. Der heimattreue Bauer wurde ebenfalls ermordet.

Erst im Sommer 1945 verriet der Vater eines Partisanen, wo die Leiche liege und auf welch grauenhafte Weise Valentin umgekommen sei: Nachdem er blutiggeschlagen wurde, wurden ihm die Ohren abgeschnitten, die Augen ausgestochen, die Zähne herausgebrochen und die Geschlechtsteile abgeschnitten. Die Zähne, darunter zwei Goldzähne, wurden als Beweis vorgelegt.

Zum Schluß: Der Partisan Milovan DJILAS, später im Westen hochgeehrt und viel verlegt, bekennt,[2] daß das Töten der Gefangenen - von Ausnahmen abgesehen - für die Partisanen die Regel war. Er selbst schildert, wie er in Serbien zwei deutsche Gefangene neben einer Quelle sitzen sah: »Ich nahm mein Gewehr und versetzte dem Deutschen mit voller Wucht einen Schlag auf den Kopf. Der Gewehrkolben brach ab, der Deutsche fiel auf den Rücken. Ich zog mein Messer und schnitt dem Deutschen mit einem Zug die Kehle durch. Dann reichte ich das Messer Raja NELDELJKOVIC, damit er den zweiten erledige.« DJILAS war damals Stellvertreter TITOS! Er gab also ein Beispiel zum Mord. Wenn das ein deutscher General gemacht hätte, hätte man ihn gehängt.

Zeuge einer furchtbaren Massentötung von Soldaten der zerschlagenen deutschen Gebirgsdivision war im Herbst 1944 der spätere Kärntner Nationalratsabgeordnete Dr. Otto SCRINZI. Die Gefangenen wurden zu vielen Hunderten gefesselt, an die Save geführt, erschossen und in den Fluß geworfen.

Nach offiziellen Angaben von slowenischer Seite waren durch die Aktionen der Partisanen in Kärnten 3800 Menschen getötet worden.

Trotz dieser Greuel in Kärnten und Ostdeutschland hieß es dann später von amtlicher bundesdeutscher Stelle: »Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung,«[3]

[2] Milovan DJILAS, *Der Krieg der Partisanen*, Fritz Molden, Wien-München-Zürich-Innsbruck 1977.

[3] Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER am 8. Mai 1985 im Bundestag.

Verbrechen der Tito-Banden

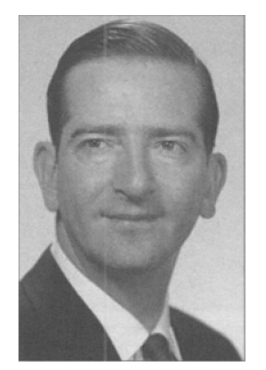
Im Jahre 1991 waren wir Zeugen vom Zerfall eines Staates, der, 1919 als Kunstprodukt der Sieger gegründet, ursprünglich »Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen« hieß. Am 3. Oktober 1929 wurde der Name Jugoslawien (= Südslawien) eingeführt. Ein blutiger Bürgerkrieg zerstörte Anfang der neunziger Jahre diesen künstlichen Staat. Wie fast jeder Vielvölkerstaat ging Jugoslawien an seinen inneren Widersprüchen zugrunde.

Jugoslawien war ein Kunstprodukt der Westmächte nach dem Ersten Wehkrieg. Es wurde 1919 im Siegesrausch geschaffen, um Deutschland und Mitteleuropa von der Südost-Flanke her in Schach zu halten. Für Frankreich hatte Jugoslawien große Bedeutung als Gegenmacht gegen Italien. Wenn man Schuldige an der späteren Tragödie Jugoslawiens nennen will, so sind dies Frankreich und England mit ihrer Politik nach 1918. Jugoslawien war ein Staat mit sechs Republiken und fünf Völkern, die vier Sprachen und drei Religionen hatten.



William J. DONOVAN.

Von der Nürnberger Rachejustiz wurde der deutsche Balkanfeldzug von 1941 als »verbrecherischer Angriffskrieg« bezeichnet. In Wirklichkeit handelte es sich bei den Feldzügen gegen Griechenland und Jugoslawien um einen sogenannten »Präventivkrieg«. Griechenland hatte 1941 - wie 1915[1] - englischen Truppen die Landung auf seinem Hoheitsgebiet erlaubt, von wo die deutsche Erdölzufuhr aus Rumänien bedroht wurde. Um sich aus dem Krieg herauszuhalten, hatte sich die jugoslawische Regierung dem Dreimächtepakt angeschlossen.[2] Der Beitritt wurde am 25. März 1941 unterzeichnet. Zwei Tage später inszenierten proenglisch eingestellte Offiziere unter General SIMOWITSCH einen Aufstand in Belgrad und setzten König PETER II. ein. Wie wir heute wissen, wurde dieser Staatsstreich mit englischem Geld finanziert. Als eine besonders berüchtigte Figur im Hintergrund wirkte der in Belgrad tätige Beauftragte ROOSEVELTS William J. DONOVAN[3] mit.



PETER II. von Jugoslawien (1923-) kam durch den SIMOWITSCH-Putsch an die Macht. In seiner Autobiographie *A King's Heritage* (New York 1954) schrieb er: »Ich brachte mein Land am 27. März 1941 auf der Seite der Alliierten in den Krieg.« Der deutsche Angriff vom 6. April war also berechtigt.

Am 6. April 1941 eröffnete das Deutsche Reich den Feldzug gegen Jugoslawien. 14 Tage später kapitulierte Jugoslawien, Auch beim Balkanfeldzug

[1] Gemeint ist hier die Landung englischer und französischer Truppen bei Saloniki Im Oktober 1915.

[2] Der Dreimächtepakt wurde am 27. September 1940 in Berlin zwischen Deutschland, Italien und Japan abgeschlossen. Dem Dreimächtepakt traten später Ungarn, Rumänien, die Slowakei, Bulgarien und am 25. März 1941 Jugoslawien - am 15. Juni 1941 noch Kroatien - bei.

[3] Der amerikanische General William J. DONOVAN, Begründer und Chef des OSS, einer Spezialabteilung der CIA, war im Auftrag ROOSEVELTS ab Dezember 1940 in Europa und trat überall als Gegner deutscher und italienischer Absichten und Interessen auf. Er agitierte auch in Belgrad.

* Johann WÜSCHT, ***Jugoslawien und das Dritte Reich,*** Seewald, Stuttgart 1969, S. 45.

spielte Landesverrat deutscher Widerständler eine Rolle. Der jugoslawische Militärattache Oberst Vladimir VAUHNIK in Berlin berichtete, daß ihn der deutsche Generalmajor Hans OSTER von dem bevorstehenden Feldzug gegen Jugoslawien unterrichtet habe.[4]



Nach der Kapitulation begann ein heimtückischer und hinterlistiger Bürgerkrieg, der die Balkanvölker seit jeher auszeichnet. Drei Gruppen kämpften damals gegen die Deutsche Wehrmacht, aber sie bekämpften sich auch gegenseitig. Dieser blutige Bürgerkrieg setzte sich nach Ende des Zweiten Wehkrieges fort.

Alle jugoslawischen Volksgruppen kämpften als Partisanen. Die deutsche Besatzungsmacht hatte ein Serbisches Frei willigenkorps wohlwollend eingesetzt. Es entstammte der NEDITSCH-Regierung. Die Nationalserben kämpften unter General Dragomir MICHAJLCWITSCH, sie wurden >Tschetniks< genannt. MICH AJ LO WITSC H war Offizier der geschlagenen jugoslawischen Armee. Seine Anhänger waren Großserben, hingen dem geflohenen König an und waren Gegner aller kroatischen Separations wünsche.

Von der jugoslawischen Exilregierung in London wurde MICHAJLOWITSCH 1941 zum Oberbefehlshaber der jugoslawischen Armee in der Heimat ernannt. Inzwischen hatte sich aber



Oben: Der Vormarsch der Deutschen Wehrmacht 1941 in Serbien, der angesichts des Umsturzes in Belgrad Ende März und der Landung britischer Truppen in Griechenland als Präventivintervention anzusehen ist. *Unten:* Die Anführer der kommunistischen Partisanen in Jugoslawien. Von links: Edvard KARDELJ, Aleksandar RANKOVIC und Josip BROZ (TITO).

TITO einen wichtigen Platz unter den Partisanen des Landes erobert und dadurch die Lage verändert.

Denn mit Beginn des deutsch-russischen Krieges {22. jum 1941) traten zusätzlich kommunistische Banden in Jugoslawien in Aktion. Ihr Führer war Josip BROZ, TITO (1892-1980). Nach offizieller Darstellung begann der Aufstand der TITO-Banden am 7. Juli 1941 mit der hinterlistigen Ermordung zweier serbischer Gendarmen in Bela Crkva/Serbien. Das TITO-Regime hat diesen Tag später zum Nationalfeiertag des jugoslawischen Staates erklärt. Nach den Darstellungen von WÜSCHT hieß das Losungswon der Partisanen »Je schlimmer - desto besser.« So wurden Vergeltungsmaßnahmen der Besatzungsmacht herausgefordert. Jede Erschießung von Geiseln brachte den Kommunisten neue Kämpfer. Kaum zu glauben, aber wahr ist die Forderung von TITO an die Alliierten, serbische Städte zu bombardieren. Belgrad, Nis, Smederovo, Leskovac, Podgorica wurden unter anderen bombardiert. Belgrad wurde am 16. April 1944 zum erstenmal und später noch dreimal von Alliierten auf Wunsch TITOS bombardiert. Am serbischen Ostersonntag, als die Gläubigen aus der Kirche kamen, wurden Bomben geworfen.

Auf der Konferenz von Teheran, 1943, ließen die Engländer und Amerikaner MICH AJLOWITSCH[5] fallen und schlugen sich auf die Seite von TITO. Unter den »geheimen militärischen Schlußfolgerungen« in Teheran wurde festgelegt: »Größtmögliche Unterstützung der Partisanen in Jugoslawien mit Verpflegung und Ausrüstung, sowie durch Kommandounternehmen.«

Nach dem Zweiten Weltkrieg begann die große Jagd der Partisanen auf deutsche Kriegsgefangene und das brutale Morden an den Volksdeutschen. Von 1938 rund 520000 Volksdeutschen in Jugoslawien lebten 1953 dort nur noch etwa 7000. Nur etwa der Hälfte war 1945 die Flucht gelungen, »mindestens 200 000 kamen in den Wirren der letzten Kriegs- und Nachkriegsmonate um«,[6] Opfer vor allem des bestialischen Wütens der **TiTO**-Partisanen. Erschreckende Beispiele bringt Ingomar PUST in seinem Buch ***Titostern über Kärnten, 1942—1945J*** Diese Tragödien werden zumeist totgeschwiegen. Außerdem sei auf das Buch von Paul CARELL und Günter BÖDDEKER ***Die Gefangnen***[1] hingewiesen. Darin wird über die grausame Ermordung von deutschen Gefangenen nach dem Krieg in Jugoslawien berichtet. Auch werden die berüchtigten >Sühnemärsche< beschrieben. Es sind Einzelheiten über das Todeslager in Werschetz an der rumänisch-ungarischen Grenze nachzulesen,

Johann WÜSCHT schreibt über den Völkermord an den Deutschen in Jugoslawien zusammenfassend:[9] »Gleich nach dem Durchmarsch der Roten Armee führten einheimische slawische Volksteile eine wahre Schreckensherrschaft ein. Die sowjetrussischen Soldaten haben es auf Alkohol, Lebensmittel, Bekleidungsstücke und Vergewaltigung der Frauen abgesehen. Die gründliche Plünderung, die systematische Mißhandlung und das Massenmorden überließen sie dem einheimischen slawischen Pöbel, den Partisanen und den

[5] Dragomir MICHAJLOWITSCH wurde 1946 auf Befehl TITOS erschossen.

* Rudolf KR AM ER u. Erich THOMSON, »Deutsche Restgruppen zwischen Ostsee und Mittelmeer«, in: Peter E. NASARSKI, ***Wege und Wandlungen. Die Deutschen in der Welt heute,*** Bd. 1, Westkreuz, Berlin-Bonn 1981, S. 211.

[7] Ingomar PUST, ***Titostern über Kärnten 1942-1945,*** Kärntner Abwehrkämpferbund, Klagenfurt 1984; SeppJANKO, ***Weg und Ende der deutschen Volksgruppe in Jugoslawien,*** Stocker, Graz 1982.

s Paul CARELL U. Günter BÖDDEKER, ***Die Gefangenen, heben und Uberlehen deutscher Soldaten hinter Stacheldraht,*** Ullstein, Frankfurt/M,-Berlin 1990.

' Johann WÜSCHT, aaO. (Anm. 4), S. 280 f.

>Totschläger-Kommandos<, die auf höheren Befehl von Dorf zu Dorf zogen und ihr blutiges Handwerk an der zum Freiwild erklärten, völlig schütz- und rechtlosen deutschen Bevölkerung ausübten.



TiTo-Partisarieri im Jahre 1942.

Mit Ausnahme weniger Kommunisten und Kollaborateure der Partisanen wurden alle Volksdeutsche, die nicht rechtzeitig ins Ausland geflüchtet sind, ohne Unterschied des Geschlechts und Alters in Zwangslager eingeliefert, wo sie massenweise an Hunger, Epidemien, schlechter Unterkunft und Behandlung starben und in Massengräbern verscharrt wurden. Viele wurden erschossen. Die Alten kamen in >Todeslager<, die Kleinkinder in Kinderlager, wo sie elend zugrunde gingen. Die Zahl der in Jugoslawien zurückgehaltenen Kinder wurde noch im Frühjahr 1950 auf 28 000 geschätzt, heute [1969] sollen, nach jugoslawischen Aussagen, noch 6000 bis 8000 in Jugoslawien leben, wo sie national im fremden Volkstum untergehen. Die übergroße Sterblichkeit in den Lagern erweckte in den Insassen den Verdacht, daß sie einem vorsätzlichen Ausrottungsplan zum Opfer fielen.«

Für alles verantwortlich war der Partisan Josip BROZ, der sich TITO nannte. Im Juni 1974 kam TITO zu einem offiziellen Besuch auf Einladung von Bundespräsident HEINEMANN (SPD) in die BRD. Die Presse lobte planmäßig, die Medien - insbesondere das Fernsehen - jubelten wie üblich. Es spricht Bände, wenn Altbundeskanzler Helmut SCHMIDT in seinem Buch *Die Deutschen und ihre Nachbarn*[10] rückblickend schreibt: »Er [TITO] hatte ein klares Urteil, einen ausgeprägten Sinn für Gerechtigkeit und Vernunft...« Für einen, der so viele Menschen ermorden ließ, ist es treffend (nach SCHMIDT), ihm Sinn für Gerechtigkeit zu bestätigen.

Unverständlicherweise eilten 1980 die bundesdeutschen Politiker zu TITOS Beerdigung, Der damalige Bundespräsident CARSTENS erklärte: »Mit TITO hat die Welt einen großen Staatsmann verloren.« Und Bundeskanzler SCHMIDT meinte in serviler Ergebenheit: »TITO hat der Volksgemeinschaft einen großen Dienst erwiesen.« *Der Spiegel* stellte fest: »Gleich nach Kriegsende ließ er mindestens 30 000 Kroaten erschießen und Gegenspieler aus anderen Parteien aufhängen.« So kann man in der Tat der Volksgemeinschaft einen großen Dienst erweisen![11]

[10] Helmut SCHMIDT, ***Die Deutschen und ihre Nachbarn,*** Siedler, Berlin 1990.

[11] Arbeitskreis Dokumentation ¡n der Donauschwäbischen Kulturstiftung (Hg,), ***Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermordes,*** München 2000.

Das Blutbad von San Miniato

In San Miniato, einem Ort in der Toskana zwischen Florenz und Livorno, geschah am 22. Juli 1944, als die Front sich näherte, eine Katastrophe, an die Heinz Joachim FISCHER erinnerte.[1] In der Kathedrale kamen an diesem Tag durch einen Granateneinschlag 56 Menschen um, die von den Deutschen dort zur Räumung des Ortes versammelt worden waren. Die Bluttat wurde und wird den Deutschen angelastet. Unter dem Namen der >Notte di San Lorenzo< (Nacht von Sankt Lorenzo) wurde das Geschehen weltweit bekannt. Knapp vierzig Jahre später wurde ein gleichnamiger Film darüber gedreht, der auch die deutsche Schuld behauptet.[2]

Am Rathaus von San Miniato erhebt noch immer eine steinerne Gedenktafel Anklage gegen »die Deutschen« und unterstellt ihnen besondere Grausamkeit gegenüber den Zivilisten. »Dieser Stein«, so heißt es dort auf italienisch, »erinnert für ewige Zeiten an den eiskalten Mord von der Hand der Deutschen, am 22. Juli 1944 zwangen sie heimtückisch 60 Opfer, Wehrlose, Alte, Unschuldige, in der Kathedrale Schutz zu suchen - nicht aus der Notwendigkeit des Krieges, sondern aus purer Grausamkeit - ein Heer, unfähig zum Siegen, ein Feind jeder Freiheit - es trieb die Mörder, die tödliche Granate in den hohen Dom zu schießen - Italiener, die ihr das lest, verzeiht, aber vergeßt nicht - denkt daran, daß nur im Frieden und in der Arbeit beständige Kultur liegt - zehnter Jahrestag - die Gemeinde San Miniato.«[3]

Die Wahrheit sieht jedoch anders aus. FISCHER weist darauf hin, daß nun am Ort selbst ein Buch über »die ganze Wahrheit über das Blutbad« angeboten wird.[4] Er zitiert aus dem Einbandtext: »Die Explosion in der Kirche, der Tod von 56 Personen, die Schuldzuweisung an die Deutschen für dieses Gemetzel. Zeugenaussagen, Archivanalysen und Gutachten von Experten rekonstruieren die Wahrheit über das Blutbad. .. In dem sonnenheißen toskanischen Sommer bringt eine Explosion im Innern des Domes 56 Personen um, die dort von den Deutschen versammelt wurden, um den Ort zu räumen. Sofort werden die Deutschen (der Tat) beschuldigt, obwohl den ganzen Tag über San Miniato unter dem Feuer der amerikanischen Artillerie lag. Nach dem Krieg stellte eine Untersuchungskommission offiziell die deutschen Verantwortlichkeiten fest. Es hilft nichts, daß im Dom ein amerikanischer Zünder gefunden wird, unbequemes Indiz, das auf mysteriöse Weise verschwindet, zusammen mit Fotographien, die den Hergang des Massenmordes bezeugen... Der Autor nimmt den Fall wieder auf und untersucht genau die Protokolle der Untersuchungskommission von San Miniato. Zweideutige Unterlassungen, verlorene Beweise und unbegreifliche Demissionen von Personen tauchen auf. Mit Hilfe der technisch-ballistischen Expertise von drei bekannten Militärfachleuten entfernt PAOLETTI den Schleier einer

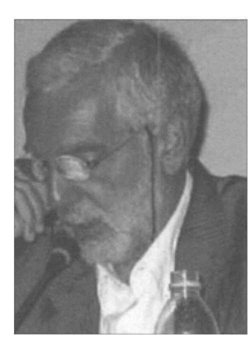
[1] Heinz Joachim FISCHER, »Es müssen nicht immer die Deutschen gewesen sein«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11. 8. 2000.**

[1] Unter den italienischen Regisseuren Paolo und Vittorio TAVIANI, deren Vater Ermano damals beteiligt gewesen war.

[3] Deutsch zitiert in Anmerkung 1.

[4] Paolo PAOLETTI, ***1944, San Miniato, tutta la verità sulla strage*** (1944. San Miniato. Die ganze Wahrheit über das Blutbad), Mursia, Mailand 2000.

»politisch korrekten« Wahrheit, die mehr als ein halbes Jahrhundert hartnäckig behauptet worden war.«



Der Historiker Paolo PAOLETTI. Er verfaßte unter ariderem ein Buch über das 'Massaker« von Kephalonia: *I traditi di cefalonia.*

»Muß man noch mehr lesen«, fragt FISCHER ZU Recht in seinem genannten Bericht, »um zu dem einfachen Schluß zu kommen, daß es eben eine amerikanische Bombe oder Granate war?.., Die Amerikaner haben auch in Italien zwischen 1943 und April 1945 viel gebombt. Dabei trafen sie nicht immer nur die militärischen Ziele der deutschen Wehrmacht auf deren Rückzug nach Norden, sondern auch Zivilisten, »Wehrlose, Alte, Unschuldige«, Kunstwerke und Kulturdenkmäler.«

Und er setzt, die damalige Lage treffend beleuchtend, hinzu: »Doch nach dem Krieg war es in Italien jahrzehntelang üblich, die »grausamen Deutschen«. . . als besonders grausam und blutrünstig darzustellen. Der Antifaschismus von Kommunisten und Christlichen Demokraten war so zwingend, daß dahinter das Ideal historischer Wahrheit oder Gerechtigkeit geradezu lächerlich erschien. Auch im Falle des Blutbades von San Miniato haben seriöse Stellen und Geschichtswissenschaftler schon seit langem Zweifel an der Schuld der Deutschen geäußert und von der »höheren Wahrscheinlichkeit einer amerikanischen Granate« gesprochen.«

Die Wahrheit liegt also anscheinend offen, doch die steinerne Tafel am Rathaus des Ortes verkündet immer noch eine Geschichtslüge, die sicher noch von weit mehr Personen, auch deutschen Touristen, gelesen und für wahr gehalten wird als die Kunde vom wirklichen Geschehen. Hätte hier nicht auch der deutsche Botschafter in Italien eine Aufgabe, die der Völkerversöhnung dienen würde?

Das fälschlicherweise den Deutschen angelastete Blutbad in dem italienischen Dom erinnert an die ebenso noch immer unberechtigt Wehrmachtangehörigen zugeschobene Katastrophe in der Kirche von Oradour in Frankreich.[5]

[5] Siehe: Beitrag Nr. 236, »Der Fall Oradour«.

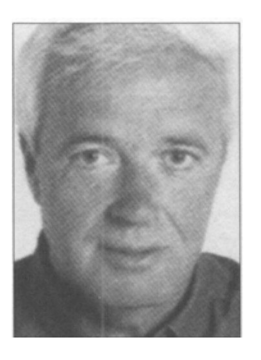


Die steinerne Tafel am Rathaus von San Miniato - eine falsche Darstellung.

Das >Massaker< von Kephalonia

Zu den schweren, jedoch größtenteils unberechtigten Vorwürfen gegen die Deutsche Wehrmacht gehört das >Massaker« von Kephalonia in Griechenland im September 1943. Noch im Jahre 2006 laufen nach früheren Strafverfahren, die mit Einstellungen gegenüber den beschuldigten deutschen Soldaten endeten, Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Dortmund zu diesem Geschehen. In der Presse wurde behauptet, daß auf Kephalonia »rund 9900 italienische Soldaten der Division >Acqui< von der deutschen Gebirgsjägereinheit > Edelweiß« auf ausdrücklichen Führerbefehl abgeschlachtet« worden seien.[1]

Doch das trifft nicht zu. In einer um die historische Wahrheit bemühten Untersuchung dieses Falles kommt Martin STEHBÖCK nach kritischer Betrachtung der Quellen und bisherigen Veröffentlichungen zu dem Ergebnis,[2] daß diese Zahlen um mehr als eine ganze Dimension übertrieben sind. Daneben sind die besonderen Umstände dieses Falles zu berücksichtigen.



Martin STEHBÖCK.

Am 10. Juli 1943 waren die Amerikaner auf Sizilien gelandet, am 25. Juli wurde Mussolini gestürzt. Die neue italienische Regierung unter Ministerpräsident Marschall BADOGLIO unterzeichnete nach geheimen Verhandlungen schon am 3. September 1943 einen Waffenstillstand mit den Alliierten, der am 8. September von US-General EISENHOWER bekanntgegeben wurde. Damit hatte der bis dahin deutsche Verbündete Italien - wie im Ersten Weltkrieg - hinterrücks die Front gewechselt. Die offizielle Kriegserklärung Italiens an Deutschland erfolgte am 13. Oktober 1943.

Bei den deutschen Führungsstäben löste dann besonders große Verbitterung aus, daß höchste italienische Militärs unter Mißbrauch des Offiziers-Ehrenworts noch zum Zeitpunkt der Bekanntgabe des Waffenstillstands versuchten, ihre deutschen >Kameraden< über die Lage zu belügen, wie es der italienische Heeresgeneralstabschef, General ROATTA, gegenüber dem deutschen Oberbefehlshaber Süd, dem Feldmarschall KESSELRING, am 8. September in Frascati tat.[3]

[1] *Süddeutsche Zeitung,* Nr. 257, 5. U. 2004, S. 17.

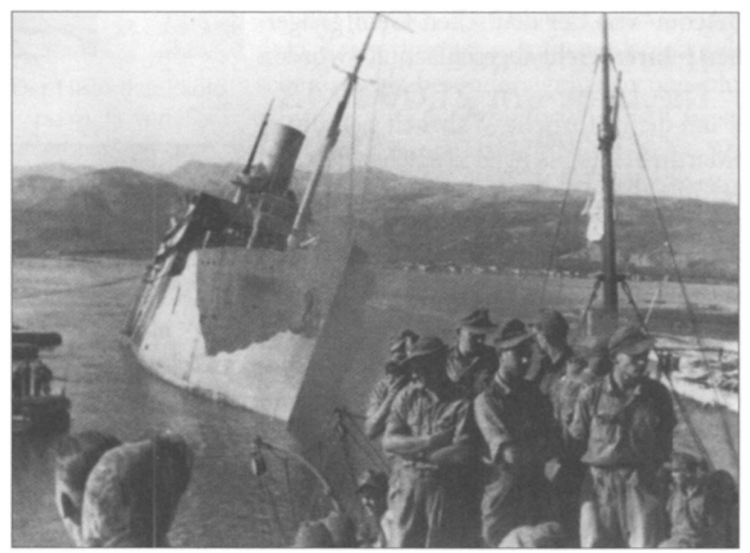
[2] Martin STEHBÖCK, *»Kephalonia«. Ein Kriegsverbrechen der Gebirgstruppe der Wehrmacht?,* Arbeitsgemeinschaft für Kameradenwerke und Traditionsverbände, Stuttgart 2006. Darin ist auch die unveröffentlichte Diplomarbeit an der Hochschule der Bundeswehr Neubiberg von Christoph HUBER, *Eine Analyse der Kriegsverbrechen des XXVII. Gebirgsarmeekorps auf der Insel Kephalonia* im September 1943 ausgewertet worden.

[3] Klaus HAMMEL, in: Franz W. SEIDLER U. Alfred DE ZAYAS (Hg.), *Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. jahrhundert,* E. S. Mittler & Sohn, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 187.

Die den Verrat Italiens befürchtende deutsche Führung hatte für diesen Fall den Plan >Achse< vorbereitet, der am Abend des 8. September ausgelöst wurde. Er sah die schnelle Entwaffnung der Italiener und die Besetzung Italiens und der italienischen Besatzungszone in Griechenland vor. Bereits am 27. Juli hatte der Oberbefehlshaber Südost im Einvernehmen mit den Italienern den Oberbefehl über die in Griechenaland stationierte 11. italienische Armee übernommen.

Von oben: Beschießung durch die Italiener; vor der Landung der deutschen Truppen auf Kephalonia.

Am Morgen des 9, September 1943 begann die Entwaffnung der italienischen 11. Armee unter General VECCHIARELLI und verlief auf dem griechischen Festland plangemäß größtenteils ohne Zwischenfälle, zunächst auch auf den Inseln bis zum 12. September. Doch auf den in bezug auf alliierte Landungen strategisch wichtigen Inseln Korfu und Kephalonia verweigerte die dort stationierte italienische Division >Acqui< unter General GANDIN ab 12. September den von der 11. italienischen Armee gegebenen Befehl zur Waffenabgabe. Am Abend des 11. September hatte Marschall BADOGUO allen italienischen Truppen den Befehl gegeben, die Deutschen überall anzugreifen.





Am Morgen des 13. September wurden zwei deutsche Fährschiffe beim Einlaufen in den Hafen von Argostolion auf Kephalonia von italienischer Artillerie beschossen, wobei es fünf deutsche Tote und acht Verwundete gab. Am selben Tag wurde das Flugzeug des einfliegenden deutschen Generals LANZ von italienischer Flugabwehr beschossen, ebenfalls ein Akt offener Feindseligkeit. Nach einem deutschen Ultimatum vereinbarten dann bei einem Treffen der deutsche Inselkommandant Oberstleutnant BARGE und General GANDIN, daß die





Links: General Hubert LANZ (links im Bild) im Gespräch mit einem Kameraden. *Rechts:* Major Harald VON HIRSCHFELD, der Kampfgruppen-Kommandeur (das Foto entstand im Kaukasus).

Entwaffnung am 14. September um 12 Uhr beginnen und in drei Abschnitten durchgeführt werden solle. Die Italiener hielten sich jedoch nicht daran, ließen auch eine am 14. September von den Deutschen gestellte letzte Frist, bis zum 15. September 14 Uhr die Waffen abzugeben, verstreichen. General GANDIN gab zu verstehen, daß er nur Befehle vom italienischen König oder von Marschall BADOGLIO entgegennehme. In der Nacht vom 13. zum 14. September hatte die Division >Acqui< vom italienischen Oberkommando in Brindisi den Befehl erhalten, mit Waffengewalt gegen die Entwaffnung Widerstand zu leisten.[4] Daraufhin begann am 15. September der deutsche Angriff auf die Italiener, der zunächst gegen die überlegenen Gegner nicht weit kam und in den ersten beiden Tagen allein beim deutschen Festungsgrenadierbataillon 909 über 130 Tote forderte.

Unter italienischem Beschuß landeten am 17. September Gebirgsjäger unter General LANZ auf Kephalonia, die in schweren Kämpfen bis 19. September den Nordteil der Insel eroberten. Diese Vorkommnisse veranlaßten das Oberkommando der Wehrmacht am 19. September, dem Oberbefehlshaber Südost zu befehlen, »über den am 15. 9. erteilten Befehl (bei italienischen Truppenteilen, die Widerstand leisten oder mit dem Feind oder Banden paktiert haben, die Offiziere zu erschießen und die Mannschaften zum Arbeitseinsatz nach Deutschland zu transportieren) hinaus wegen des gemeinen und verräterischen Verhaltens auf Kephalonia keine italienischen Gefangenen machen zu lassen«.[5] General LANZ als Kommandierender General des XXII. Gebirgsarmeekorps soll sich geweigert haben, den kriegsrechtswidrigen Befehl weiterzugeben, der dann aber doch auf Umwegen die am 15. September unter Major

[4] Quellen bei STEHBÖCK, aaO. (Anm. 2), S. 7 f.

[5] HAMMEL, aaO. (Anm. 3), S. 188.

VON HIRSCHFELD, dem Kommandeur des Gebirgsjägerregiments 98, gebildete »Kampfgruppe VON HIRSCHFELD< erreicht haben soll, die danach vorging.[6]

Am 21. September griffen die starken italienischen Verbände unter General GANDIN im Mittelteil der Insel die ebenfalls zum Angriff angetretenen Deutschen an, die am folgenden Tag den Hafen Argostolion einnehmen konnten. Abends kapitulierte General GANDIN. Nach einem Standgericht wurden er und Angehörige seines Stabes erschossen. Weitere Erschießungen kamen vor. Die deutschen Verluste beliefen sich auf rund 200 Tote und viele Verwundete. Für die Italiener wurden zunächst von deutscher Seite 4000 »Gefallene oder Erschossene« sowie 5000 Gefangene angegeben. Später wurden von italienischen Stellen 5000 Ermordete und 1300 Gefallene benannt, auf dem Denkmal der Division >Acqui< auf Kephalonia wird 1315 Gefallenen und 5155 Ermordeten gedacht. Deutsche Autoren wie Erich KUBY oder Zeitungen machten daraus 8400 oder gar 9900 Ermordete.[7]

Als Ergebnis seiner sorgfältigen Berücksichtigungen vor allem auch italienischer Quellen und Abschätzungen kommt STEHBÖCK zu einer Zahl von maximal 500 nach den Kämpfen rechtswidrig erschossener Italiener,[8] Das sind schrecklich viele, aber dennoch mehr als eine ganze Dimension weniger als die den deutschen Militärs als Kriegsverbrechen vorgeworfene Anzahl. Von den rund 5000 gefangenen und begnadigten Italienern sollen beim Abtransport durch auf Minen gelaufene Schiffe noch etwa 3000 ums Leben gekommen sein.[9]

Zu den Umständen um Kephalonia gehört auch, daß im Sommer 1943 der Oberbefehlshaber der 11. italienischen Armee, General GELOS, und zahlreiche höhere Offiziere ihres Kommandos enthoben werden mußten, weil ihnen Verrat wichtiger Informationen, Schwarzhandel mit Armeegut und Verkauf von militärischer Ausrüstung an griechische Partisanen vorgeworfen wurde. Wegen Korruption oder Hochverrat wurden 250 Offiziere verhaftet. Einzelne italienische Einheiten wechselten in Griechenland geschlossen zu den griechischen kommunistischen Partisanen über. Uberlebende italienische Offiziere gingen auch nach den deutsch-italienischen Kämpfen zum auf Kephalonia besonders starken griechischen Widerstand über. In den kritischen Tagen der angeordneten Waffenabgabe sollen italienische Soldaten auf eigene übergabebereite Kommandeure geschossen und gegen sie Gewalt angewendet haben.[10]

[6] Ebenda, S. 188.

[7] Zilien bei: STEHBÖCK, aaO. (Anm. 2), S. 13.

[8] Ebenda, S. 22.

[9] HAMMEL, aaO. {Anm. 3), S. 189.

[10] STEHBÖCK, aaO. {Anm. 2), S. 9 f.

Der US-Gerichtshof V in Nürnberg verurteilte am 19. Februar 1948 General LANZ unter anderem wegen der Erschießung italienischer Offiziere auf Kephalonia zu zwölf Jahren Gefängnis, nach drei Jahren wurde LANZ begnadigt. Ermittlungen des Militärgerichtshofs in Rom gegen LANZ und gegen weitere 30 deutsche Offiziere sowie gegen italienische Militärs wegen der Vorfälle auf Kephalonia wurden am 8. Juli 1957 eingestellt. Auf Ersuchen von Hinterbliebenen eingeleitete weitere Untersuchungen wurden vom römischen Ermittlungsrichter am 14. Juni 1960 eingestellt. Ab August 1964 bei der Staatsanwaltschaft Dortmund unter Staatsanwalt Johannes OBI.UDA laufende Ermittlungen gegen BARGE und andere wegen Mordes auf Kephalonia (Az.: 45 Js 34/64} wurden am 17. 9. 1968 eingestellt. Seit 1998 laufen neue Untersuchungen in Dortmund, da man nach dem Anschluß Mitteldeutschlands weitere mögliche Beteiligte belangen zu können hofft.

Tatsache ist demnach, daß der verschärfte Führerbefehl vom 18. September rechtlich die Grenzen des Kriegs- und Völkerrechts überschritt, jedoch nur teilweise angewendet wurde, wobei es zu persönlicher Schuld kam. Ganz genaue Opfer zahlen gibt es nicht: Die in der Öffentlichkeit verbreiteten und auf dem Denkmal auf Kephalonia angegebenen sind offensichtlich um mehr als eine ganze Dimension zu hoch. Die deutschen Gebirgsjäger als ganze Truppe wegen der Vorkommnisse auf Kephalonia zu beschuldigen ist jedoch ungerechtfertigt.

Rolf Kosiek

Weiterführende Literatur:

Hubert LANZ, ***Gebirgsjäger. Die 1. Gebirgsdivision 1935-1945,*** Bad Nauheim 1954.

Albert KESSELRING, ***Soldat bis zum letzen Tag,*** Bublies, Schnellbach 2000.



Das Denkmal für die Gefallenen der Division lAcquif auf Kephalonia. Alle Abbildungen dieses Beitrags aus: Martin STEHBÖCK, *»Kephalonia«. Ein Kriegsverbrechen der Wehrmacht*? (Anm. 2).

Der Fall Marzabotto

Der »Fall Marzabotto«[1] ist bezeichnend für viele Geschehnisse des Zweiten Weltkrieges, die sich hinter der Front abspielten und bis in unsere Zeit nachwirken. Die Grausamkeit des Partisanenkrieges wie die Lügen und Fehlurteile der Nachkriegszeit verdienen, ausführlich behandelt zu werden, weil sie bezeichnend sind für Hetze und Verleumdungen gegen Deutschland.

Beginnen wir mit einem Pressebericht: *Die Kleine Zeitung,* Klagenfurt, meldete am 28. August 1980: »Nach REDER-Besuch: Mysteriöser Unfall. Msgr. JORDAN aus Innsbruck war auf der Rückfahrt von Gaeta, dem Militärgefängnis von Major REDER. Ein zweiter Priester hatte in einem weiteren Fahrzeug den Tiroler begleitet. Plötzlich fuhr auf diesen Wagen ein blauer Fiat in vollem Tempo los. Der Lenker des Begleitwagens von Msgr. JORDAN wurde getötet. Das Auto des Tirolers war schon bei der Hinfahrt zweimal von einem blauen Fiat abgeblockt worden«. - Uber diesen Mord erschien keine Zeile in der sonst sensationsgierigen deutschen Presse, weil er nur im Zusammenhang mit dem widerrechtlich kriegsgefangenen Major REDER stand.

Schauen wir zurück zu den Partisanenkämpfen in Italien: Im September 1944 drückten die amerikanischen Truppen vom Futapaß längs der Straße Florenz-Bologna nach Norden, um sich mit der Partisanenbrigade »Stella Rossa< (Roter Stern) am Mt. Sole und Mt. Salvaro (etwa 5 km südlich Marzabotto und rund 25 km südlich Bologna) zu verbinden. Für die Partisanentätigkeit der »Stella Rossa< hier nur drei Beispiele: 1. Im August 1944 wurde der Kommandeur der 20. Luftwaffenfelddivision in seinem PKW am Vormittag erschossen. *2.* In den gleichen Tagen wurde gegen Mittag ein Arzt der 116. SS-Panzer-Grenadier-Division erschossen. 3. Ebenfalls Mitte August wurde ein LKW mit 20 Soldaten überfallen, von denen 17 umgebracht wurden.

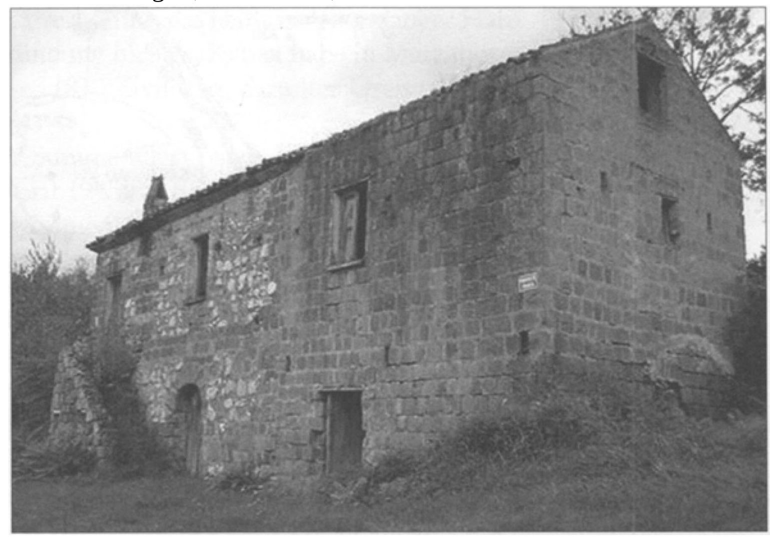
Nach dem internationalen Status von Partisanen ist ein Partisan (Freischärler, Franktireur) im Straf- und Militärrecht wie auch nach der Haager Landkriegsordnung kein Soldat, sondern als Bandit anzusehen und zu behandeln. Der amerikanische Militärgerichtshof Nr. 5 in Deutschland hat 1946/47 unter anderem festgestellt, daß

a) die Brutalisierung des Partisanenkrieges nicht von der deutschen Wehrmacht ausging, sondern durch die Kampfesweise der Balkanvölker bedingt war;

b) Partisanen Kriegsverbrecher sind und erschossen werden können und Sühnemaßnahmen zur Partisanenbekämpfung zulässig sind.[2]

[1] Wolfgang KUNZ, ***Der Fall Marzabotto - Analyse eines Kriegsverbrecherprozesses,*** Würzburger Wehrwissenschaftliche Abhandlungen, Holzner, Würzburg 1967.
[2] ***'VertraulicheMitteilungen,*** Nr, 2723.

Über die Partisanentätigkeit schreibt der Rechtshistoriker E. J. P. VEALE, als Engländer fern einer Begünstigung:[3] »Tausende deutscher Soldaten wurden erstochen oder aus dem Hinterhalt erschossen, fielen Bomben oder Landminen zum Opfer. .. Dazu kamen Neuerungen, wie Fallen, die aus den abgeschlagenen und auf Pfähle gesteckten Köpfen ermordeter Gefangener bestanden und bei Berührung eine verborgene Landmine auslösten.« Und Feldmarschall Albert KESSELRING schreibt:[4] »In kleineren Gruppen oder auch einzeln auftretend, wüteten die Banden hemmungslos;... aber nie offen.., Es gibt in der Skala vom heimtückischen Abschießen, Erhängen, Ertränken, Verbrennen, Erfrieren, Kreuzigen, Martern jeder Art... bis zur Brunnenvergiftung keines, das nicht,.. vorgekommen wäre. Der immer wiederkehrende Mißbrauch des >Roten Kreuzes« muß hier betont werden. Dies wurde erleichtert, da die Bandenangehörigen fast durchwegs keine Abzeichen und ihre Waffen verborgen trugen oder auch völkerrechtswidrig deutsche... Uniformen benutzten. ,. Dort, wo sie sich zum Kampf stellten, nahmen sie entgegen allen humanen Grundsätzen keinerlei Rücksicht auf die im Kampfgebiet wohnende Bevölkerung, so daß auch häufig unter den nicht kämpfenden alten Männern, Frauen und Kindern bedauernswerte Verluste entstanden.«



Ein Unterschlupf der Partisanen.

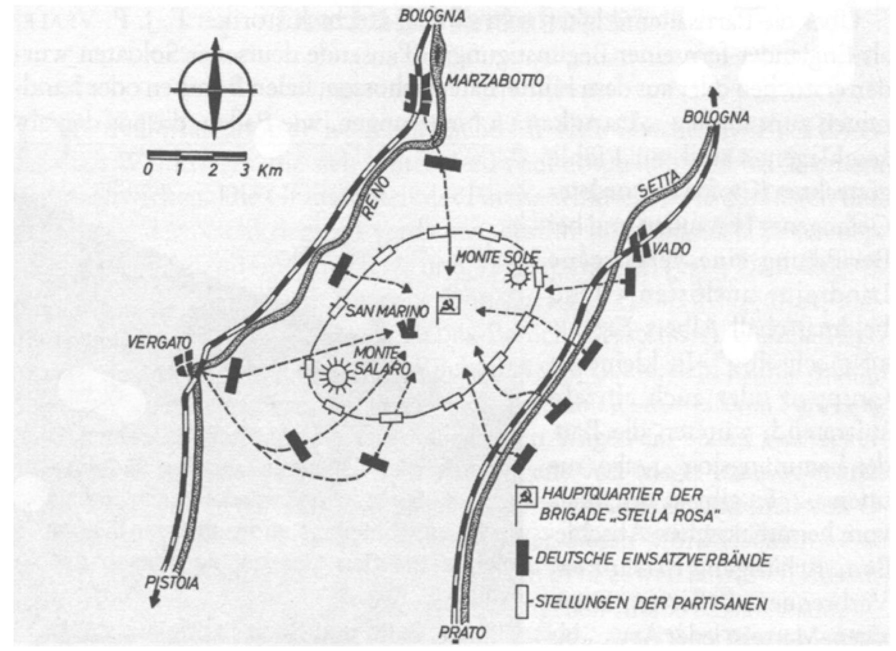
Dies sei zur Information über die Kampfesart der Partisanen vorangestellt. Allein vom Juni bis August 1944 traten durch Partisanentätigkeit in Italien deutsche Verluste in Höhe von 5000 Toten und 30 000 Verwundeten und Verschleppten auf.

Zu dieser Brutalität waren die Partisanen durch einen Anfang Juni 1944 von Marschall BADOGLIO verfaßten Aufruf ermuntert worden, der im alliierten Rundfunk Bari mit der Unterschrift des britischen Feldmarschalls ALEXANDER verlesen wurde und in dem es unter anderem heißt: »Greift die Kommandostellen und die kleinen militärischen Zentralen an. Tötet die Deutschen von hinten, damit ihr euch der Gegenwehr entziehen und wieder andere töten könnt.« (Lieferte Ilja EHRENBURG den Text?)

[5] **F. J. P. VEALE, *Der Barbarei entgegen,*** Nölke, Hamburg **1954, S. 237.**

[4] Albert **KESSELRING, *Soldat bis yom letzten Tag,*** Athenäum, Bonn **1953.**

Übersichtsskizze Marzabotto aus: Wolfgang KUNZ, *Der Fall Marzabotto. Die Problematik des Kriegs verbrech ens,* Holzner, Würzburg 1967, S. 6.



So war die Lage Ende September 1944, als Major Walter REDER als Kommandeur der Panzer-Aufklärungsabteilung der 16. SS-Panzergrenadier-Division wie auch andere Wehrmacht- und SS-Einheiten den Befehl bekam, das Hauptquartier der Partisanenbrigade »Stella Rossa< zu vernichten. Grund dieser Maßnahme war nach Meldungen und Lageberichten von Kommandostellen eine zunehmende Gefährdung der Rückwärtigen Dienste wie Ermordung von Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten, Vernichtung von Fahrzeugen, Sabotage an Brücken und Straßen und Plünderung von Lebensmittelgeschäften (was mitunter in deutschen Uniformen erfolgte). Major REDER, Ritterkreuzträger, hatte den Unken Unterarm bei Kämpfen in Rußland verloren und nahm selbst an diesen Kämpfen nicht teil, weil er nach einem Unfall eine Knieverletzung hatte; auch ist er nie in Marzabotto gewesen. Die Partisanenbrigade wurde zerschlagen, REDER bezog mit seiner Einheit wieder Stellung im Abschnitt seiner Division, und der Krieg nahm seinen Fortgang bis zum bitteren Ende.



Walter REDER (191 5-1991). Er wurde erst 1985 aus dem Gefängnis entlassen.

Nach Kriegsschluß ging Major RJEDER in amerikanische Gefangenschaft. Aus einem Internierungslager erhielt er 8 Tage »Urlaub auf Ehrenwort«, nach dem er selbstverständlich (!) zurückkehrte, wurde auf deren Verlangen an die Engländer überstellt und erst am 13. Mai 1948 auf Forderung der Italiener an diese ausgeliefert. In Major REDER hatte man den Sündenbock gefunden, auf den zeitgemäß Wut und Haß abgeleitet werden konnten. Die kommunistischen Partisanen - die in der neuen Regierung vertreten waren - wollten in einem Schauprozeß triumphieren, was ihnen auch hinsichtlich der Schau gelang, das Recht aber blieb mißachtet. Nur zwei Zeugenaussagen

mögen die Absurdität des Verfahrens kennzeichnen: Laut Zeuge CASTORI habe REDER eine 80jährige Frau mit dem Flammenwerfer verbrannt (mit einem Arm), und die Zeugin TONDELLI habe REDER (diesmal) mit einer Maschinenpistole in der Hand gesehen (die er nie hätte bedienen können). Der Pöbel hatte seinen Hexer, der nun verbrannt, das heißt zu lebenslanger Haftstrafe verurteilt wurde. Als Begründung hieß es, REDER habe in Marzabotto ein Massaker verursacht, indem er 1830 Zivilisten, darunter Greise, Frauen und Kinder, ermorden ließ.

Diese Zahl ergab sich aus der Summe aller Toten, die zwischen dem 8. September 1943 und dem 25. April 1945 im Raum Marzabotto auf Grund einer Krankheit starben, durch anglo-amenkanische Bombenangriffe oder durch Minenexplosionen getötet wurden oder welche als Faschisten oder »mutmaßliche« Faschisten von Partisanen getötet wurden oder als nichtkommunistische Partisanen von kommunistischen Partisanen ermordet worden waren.[5]

[5] *Deutsche Wochenzeitung,* 19. 11. 1976.

Nach drei Jahren, 1954, hob das Oberste Italienische Militärgericht das Urteil auf. REDER erhielt seinen Dienstrang wieder und war somit »Kriegsgefangener« - erhielt dementsprechend »Kriegsgefangenenpost«. Wenn manche Medien ihn einen Kriegsverbrecher nennen, so ist dies in einem Rechtsstaat strafwürdig. In der Urteilsschrift wurde REDER für etwa 270 Verluste der bewaffneten und unbewaffneten Zivilbevölkerung in der Zone von Marzabotto (der Ort wurde von seiner Truppe nie betreten) verantwortlich gemacht. Bei den Angriffsoperationen waren außer seiner Einheit auch Verbände des Heeres und der Fallschirmjäger beteiligt:

Marzabo tto-Opfer,

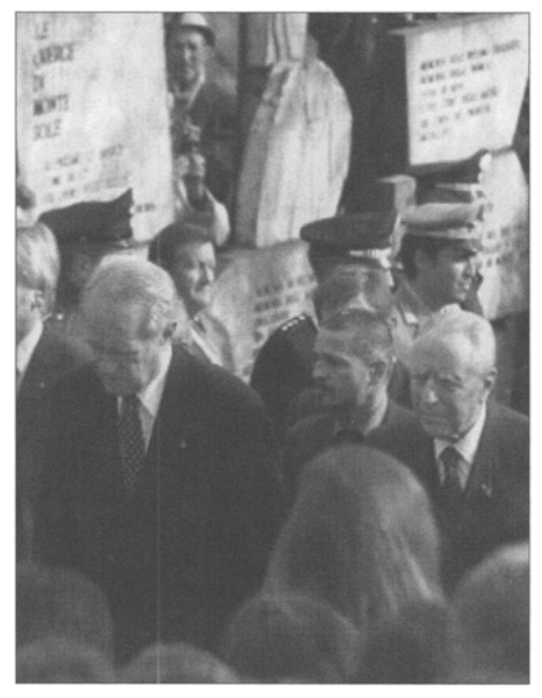


Welch tiefe Wirkung die 'Lüge um Marzabotto« mit der entsprechenden Greuelpropaganda hatte, zeigt eine Stellungnahme des italienischen Ministers SCELBA im März 1954: »REDER würde als Teilnehmer an dem schlimmsten Kriegsverbrechen verurteilt: Zerstörung der gesamten Stadt Marzabotto, deren Einwohner, zirka 1700 Personen, Männer, Frauen und Kinder, ohne Ausnahme, mit dem Pfarrer in der Kirche, in die sie geflohen waren, getötet wurden. Die Kirche wurde mit den Häusern in Brand gesteckt und zerstört. Dieses seltene Grab, das noch in der Erinnerung lebt und die Ortschaft, der die Goldene Medaille zuerkannt wurde, werden als ein Heiligtum betrachtet.« Hier muß erwähnt werden, daß Marzabotto wirklich zer-

stört worden war, allerdings nachgewiesenermaßen durch amerikanische Bombenangriffe.

Nach 40 Jahren Gefangenschaft wagte es dann eine italienische Regierung 1985 (vorherige Versuche der Entlassung mußten nach Drohungen der italienischen Kommunisten unterlassen werden), Walter REDER als einem der letzten Kriegsgefangenen die Freiheit zu geben. Aber nun begann eine neue Hätz gegen den Menschen REDER. Die Presse machte Jagd auf ihn, gab es doch Wasser auf die linken Sensationsmühlen, denn'[1] - Walter REDER habe »eine Vergeltungsaktion gegen die Zivilisten der italienischen Ortschaft Marzabotto befehligt. 8000 teils entsetzlich verstümmelte Leichen hätten die Nazi-Schergen damals auf diesem Schlachtfeld des Grauens hinterlassen«. 1945 sei der Mord-Kommandant RED ER von den Italienern gefangengenommen, 1951 in Bologna als Kriegsverbrecher wegen Massenmordes zu lebenslänglicher Haft verurteilt. Die Tatsachen reden aber eine ganz andere Sprache.

Nun sollte man denken, daß im »Fall Marzabotto< Ruhe eingetreten wäre, doch Kommunisten und ihre Helfershelfer kennen keine Ruhe und finden immer Mittel und Wege, um den Frieden zu hintertreiben. Im November 1985 wurde in einem Aufsatz von Frau AICHER-SCHOLL[7] behauptet, daß im Zusammenhang mit der Partisanenaktion bei Marzabotto zwei SS-Soldaten der 16. SS-Division wegen Verweigerung, sich an der Aktion zu beteiligen, erschossen worden seien. Dies ist zwar keinem Angehörigen dieser Division einschließlich dem Divisionskommandeur bekannt, wurde auch im Nürnberger Tribunal nicht einmal erwähnt, darüber wußten aber nach 40 Jahren »Gewährsleute« zu berichten, die von Inge AICHER-SCHOU. allerdings verschwiegen werden. Auch auf den Hinweis, daß Mitwisserschaft von Mord - geht es doch um die Aufklärung »nazistischer Verbrechen* - eine Mitschuld bedeutet, schweigt sie beharrlich. Die ***Evanglischen Kommentare*** äußerten sich dazu: Wenn es AJCHER-SCHOLL behauptet, dann muß es auch so gewesen sein - denn anders darf es nicht sein, auch wenn die geschichtliche Wahrheit dagegen spricht. Noch 2003 wurde berichtet,[6] es seien in Marzabotto »770 unbewaffnete und unbeteiligte Zivilisten, darunter fast ausschließlich Frauen und Kinder abgeschlachtet« worden, ohne die auslösende Partisanentätigkeit zu erwähnen.'



Wie in Kalavrita im April 2000 machte Bundespräsident Johannes RAU zwei Jahre später einen erneuten Büßgang in Marzabotto - hier in Begleitung seines italienischen Amtskollegen CIAMPI. Das Auftreten RAUS hat übrigens internationales Befremden ausgelöst.

[6] ***Die ganze Woche*** (Wien), Januar 1986.

[7] Inge AICHER-SCHOLL, in: ***Evangeii-sche Kommentare,*** November 1985.

[8] Josef SCHUNDER, »Späte Sühne für Sant' Anna?« in: ***Stuttgarter Nachrichten,*** 1. 3. 2003.

' Eine wenn auch einseitige Sicht gibt Gerhard SCHREIBER, ***Deutsche Kriegsverbrechen in Italien. Täter, Opfer, Strafverfolgung,*** C. H. Beck, München 1996.

Zum Verhalten italienischer Partisanen

Es ist in den deutschen Massenmedien üblich, den deutschen Soldaten möglichst große Kriegsverbrechen vorzuwerfen, dagegen die der Alliierten nach Kräften herabzusetzen. Nicht nur die HEER-REEMTSMA Asche Anti-Wehrmachtausstellung legte davon ein Zeugnis ab. Diese Methode wurde und wird auch auf die Berichterstattung über die im Zweiten Weltkrieg völkerrechtswidrig operierenden Partisanen angewandt.

In einer Fernsehdarstellung des Fernsehsenders *3 SAT* vom 8. Mai 2000 um 20.15 Uhr wurden unter anderem private Filme von Angehörigen der verschiedensten Nationen gezeigt. Darunter war auch ein Streifen eines katholischen Priesters, der in Italien bei den kommunistischen Partisanen tätig gewesen war. Es wurden darin deutsche und italienische (faschistische) Gefangene der Partisanen vorgeführt, und der italienische Kommentator erklärte, man habe diese sehr gut behandelt, weil man sie gegen gefangene Partisanen habe austauschen wollen. Das mag durchaus im Einzelfall stimmen - aber es gab leider auch andere Fälle, vor allem gegen und nach Kriegsende, als die Partisanen keine Repressalien von Seiten der Deutschen mehr zu furchten brauchten.

Was auch passierte - und das brachte die Fernsehsendung nicht -, berichtete beispielhaft ein Redakteur der *Gazetta di Modena* in einem Brief an verschiedene deutsche Persönlichkeiten.[1] Schon in den achtziger Jahren habe ein Priester über ein Massaker an mehreren Dutzend deutschen und italienischen Gefangenen berichtet, doch sei bisher kein Beweis für die grausame Tat vorhanden gewesen. 1999 habe man im Herzogspalast von Modena ein Massengrab entdeckt. Insgesamt seien hier 43 Gefangene - Deutsche, Italiener und russische Hilfswillige - ermordet worden, und zwar am 25. April 1945. Man habe sie gezwungen, sich auszuziehen, auch die Erkennungsmarken seien ihnen abgenommen worden, um eine spätere Identifizierung zu verhindern. Allerdings habe ein anderer Partisanenführer bereits eine Namensliste angefertigt gehabt, die sich im Geheimarchiv von Sassuolo befinde. Auch ein brasilianischer Offizier, der auf amerikanischer Seite kämpfte, habe das Massaker in einem Buch bestätigt.

Solche Kriegs verbrechen wurden nicht geahndet. Aber gleichzeitig laufen immer noch mehr als sechzig Jahre nach Kriegsende Prozesse in Italien gegen deutsche Offiziere, die angeblich verbrecherische Repressalien gegen die Bevölkerung der Orte veranlaßten, in denen ähnliche Untaten von den Partisanen begangen worden waren.[2]

[1] Brief vom 31. 8. 1999 an die Kameradschaft der ehemaligen 94. Infanteriedivision liegt in Kopie dem Verfasser vor.

[2] Siehe z. B. Verurteilung von Hermann LANGER in La Spezia, in: ***Stuttgarter Nachrichten,*** 26. 11. 2005,und Prozeß gegen Klaus KONRAD, in: ***Dolomiten,*** 4, **1. 2006.**

Die Partisanen-Morde von Kalavrita

Bundespräsident RAU besuchte am 4. April 2000 anläßlich seines Griechenland-Besuches auch das griechische Dorf Kalavrita im Nordpeloponnes und erklärte dort: »ich empfinde hier, an dieser Stätte, tiefe Trauer und Scham.«[1] Er sprach von Greueln und Verwüstungen durch Wehrmachtangehörige und verschwieg dabei die tatsächliche Ursache, das vorangegangene Massaker von Partisanen an deutschen Soldaten. Die deutsche Presse nahm das zum Anlaß, über das Geschehen aus dem Jahre 1943 zu berichten, wobei sie ebenfalls meist die auslösenden Vorgänge unterschlug oder kaum erwähnte, einseitig die angebliche deutsche Schuld hervorhob und das völkerrechtlich berechtigte Vorgehen der Deutschen publikumswirksam als großes Verbrechen ausmalte. Wie auch in anderen Fällen wurde dabei meist die Zahl der deutschen Opfer stark herabgesetzt, die der griechischen Partisanen weit übertrieben.

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 5. 4. 2000.

Die historische Wahrheit ist anders. Als Italien nach der Eroberung Albaniens 1940 auch Griechenland angegriffen hatte, mußte es die Deutschen zu Hilfe holen, die dann das Land besetzten, es aber anschließend im wesentlichen italienischen Truppen überließen. Auch nach dem Fronten Wechsel der Italiener im September 1943 und dem Abzug ihrer Truppen befanden sich nur schwache deutsche Einheiten in einigen Stützpunkten auf dem Peloponnes, auf dem ab Herbst 1943 die Uberfälle der kommunistischen >Volksbefreiungsarmee ELAS< zunahmen. Ein solcher deutscher Stützpunkt befand sich bei dem Dorf Kalavrita mit damals rund 85 deutschen Soldaten.

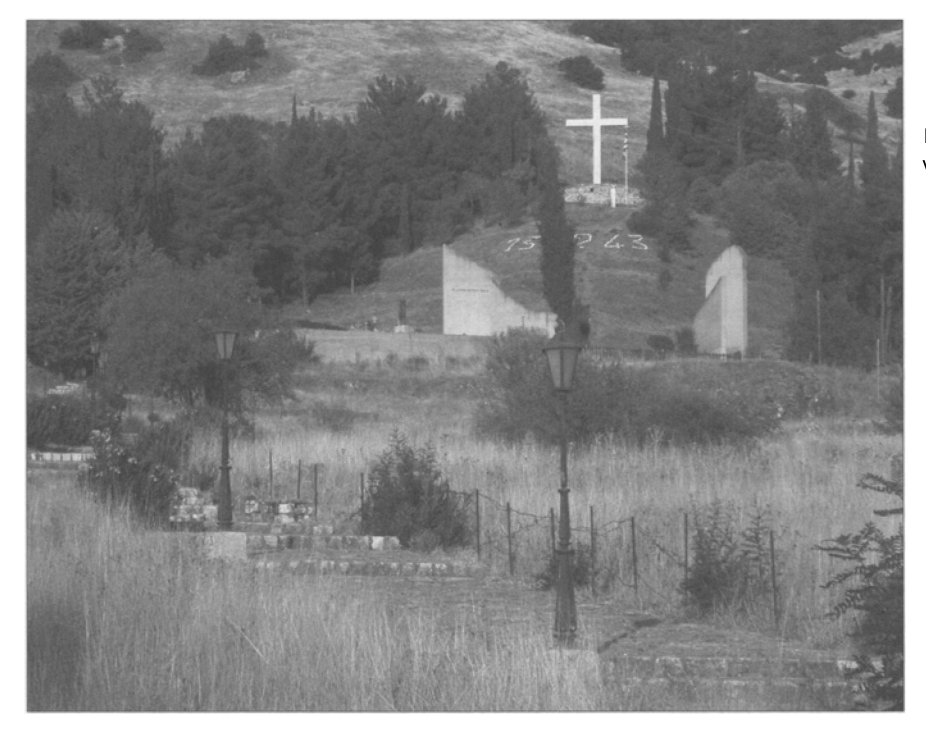
Dieser wurde eines Nachts im Oktober 1943 von einer weit stärkeren Partisanengruppe eingeschlossen, zur Übergabe veranlaßt, und die Gefangenen wurden anschließend unter Bruch des abgeschlossenen Vertrages von den Partisanen erschossen. Es gab nur wenige Uberlebende, die für tot gehalten waren.

Als Angehöriger einer zu der damaligen Zeit auf dem Peloponnes stationierten deutschen Einheit und Zeitzeuge beschrieb W. ROESELER[2] das Geschehen nach Aussagen der Uberlebenden und von Augenzeugen wie folgt:

[1] W. ROESELER, »Kalavryta - die Berichte der Augenzeugen«, in: ***National-Zeitung,*** 12, 5, 2000.

»Die unter dem Befehl eines Offiziers stehende Einheit befand sich in einem gut ausgebauten Stützpunkt. Dieser wurde während der Nacht von einer großen Zahl gut ausgerüsteter Partisanen vollständig eingeschlossen. Drahtlose Nachrichtenmittel waren auf deutscher Seite nicht vorhanden bzw. funktionierten wegen der Gebirgslandschaft nicht, die Telefonverbindung war von den Partisanen unterbrochen, für das Durchkommen von Meldern bestand keine Chance. .,

Nach Aussagen der Uberlebenden sowie nach Bekundungen von Zivilisten machten die Partisanen in einem kurzen Geplänkel die völlige Einschlie-



Die Gedenkstätte von Kalavrita.

ßung des Stützpunktes, ihre große zahlenmäßige Überlegenheit sowie ihre starke Bewaffnung deutlich. Ernsthafte Kämpfe zur Eroberung oder zur Verteidigung des Stützpunktes haben offenbar nicht stattgefunden. Vielmehr bot der Führer der Partisanen Verhandlungen an. Der Vorschlag wurde von deutscher Seite angenommen. Ergebnis: Den Partisanen wurde der Stützpunkt kampflos übergeben, dafür wurde den Deutschen freier Abzug ohne Waffen garantiert. Das Abkommen wurde schriftlich auf Griechisch und auf Deutsch in doppelter Ausfertigung aufgesetzt; die jeweiligen Vertragspartner erhielten je ein Exemplar,

In geordneter Formation verließen die Deutschen den Stützpunkt, wurden im Freien von bereits in Deckung liegenden Partisanen umringt und in die Ortschaft Kalavrita getrieben. Dem protestierenden Offizier wurde sein Vertragsexemplar entrissen, bespuckt und zerrissen vor die Füße geworfen.

Im Ort begann die Ausplünderung und Entkleidung der Soldaten. Dann wurden sie zu mehreren aneinander gefesselt und an den Rand einer steil abfallenden Schlucht getrieben. Bei dieser Aktion taten sich besonders die jüngsten Partisanen durch Grausamkeit und andere Gemeinheiten hervor. Die Ermordung der Soldaten erfolgte mit ihren eigenen Gewehren. Die noch immer aneinander Gebundenen stürzten rücklings den Steilhang hinunter, Einige blieben an Lorbeer- und anderen Büschen und an Steinen hängen. Auf diese und andere noch Leben Zeigende wurde weiterhin geknallt.

Es gab zwei Überlebende. Sie wurden von an sie gefesselten Toten mit in die Schlucht gerissen, wo sie, begünstigt durch Regen- und Schneeschauer, Dekkung fanden.« Ein dritter Soldat soll vom Bürgermeister einer anderen Ortschaft versteckt und später den deutschen Truppen übergeben worden sein.

Insgesamt wurden in Kalavrita 81 deutsche Soldaten erschossen, drei Verwundete sollen zu einem Brunnen geschleppt und hineingeworfen worden sein, wo sie ertranken.[3]

Als der Massenmord der Partisanen bekannt wurde, erhielt die auf dem Peloponnes stationierte 117. Jägerdivision den Auftrag, die Partisanen-Banden zu bekämpfen. Bei diesem Unternehmen wurden am 13. Dezember 1943 die männlichen Einwohner Kalavritas erschossen, nach dem Divisionstagebuch 511 Personen.[4] Diese Zahl - statt der in der Presse vielfach angegebenen von 1436 - scheint der Wahrheit am nächsten zu liegen, wenn man die damals geübte genaue Protokollführung der Deutschen berücksichtigt und bedenkt, daß für eine »nach oben« weitergegebene Vollzugsmeldung kaum ein Grund ersichtlich ist, die Zahl herabzusetzen.

Eine objektive und rechtliche Beurteilung der Vorgänge in Kalavrita ergibt folgendes: Die griechischen Partisanen hatten ein Kriegsverbrechen begangen. Es ist schon ein Verstoß gegen das Völkerrecht, wenn Freischärler reguläre Besatzungstruppen angreifen. Wenn sie dann noch viele gefangene Soldaten - dazu unter offensichtlichem Vertragsbruch - ermorden, ist das eindeutig ein Kriegsverbrechen.

Sühnemaßnahmen sind für solch einen Fall - und zur weiteren Abschrekkung - vom Völkerrecht erlaubt und gedeckt. Ein schwerer Bruch des Völkerrechts, wie hier durch die Partisanen, muß nun einmal hart gesühnt werden, wenn die Rechtsordnung erhalten bleiben soll.

Daß die deutschen Truppen nach den beschriebenen Vorfällen rechtmäßig handelten, befand auch ein Bochumer Gericht, das sich im Jahre 1972 mit dem Fall Kalavrita befassen mußte und über beteiligte Deutsche zu urteilen hatte. Das Gericht stellte nach Kenntnisnahme der Tatsachen das Verfahren ein, wobei es in der Begründung ausdrücklich hieß: »In dieser Situation waren Repressalien notwendig und zulässige völkerrechtliche Mittel.« Auch das Ausmaß der Sühnemaßnahme, weniger als sieben Geiseln für je einen von den Partisanen ermordeten deutschen Soldaten zu erschießen, hielt sich im Rahmen des damals völkerrechtlich als angemessen Angesehenen. Im Zweiten Weltkrieg haben die Alliierten bei Geiselerschießungen im Rahmen von Sühnemaßnahmen Quoten von 1:10 bis 1:100 angewandt, ohne daß die Verantwortlichen je zur Rechenschaft gezogen wurden.[5]

In Anbetracht dieser Tatsachen ist es unverständlich und skandalös,

- daß der Bundespräsident nur den Deutschen die Schuld gab und dafür um Vergebung bat,

[3] Hans HOFFMANN, ***Bande» in Südgriechenland,*** Hoffmann, Bad Harzburg 1953.

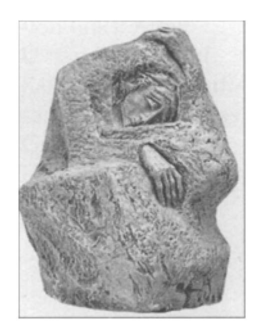
[4] Auszug aus dem Divisionstagebuch, zit. von Hans Joachim VON LEESEN, in: »Kalavrita und das Völkerrecht«, in: ***Ostpreußenblatt,*** 8. 7. **2000.**

[5] Siehe: Beitrag Nr. 307, »US-Geiselers c hießungen über 1 zu 100«,

• daß er bei seinem Besuch in Kalavrita die Gräber der 81 ermordeten Deutschen nicht aufsuchte und diese Opfer nicht ehrte,

• daß er den Deutschen »Rache« unterstellte und nicht auf das Völkerrecht verwies,

• daß die allgemeine deutsche Presse in ähnlicher Weise verfuhr und dabei die kommunistischen ELAS-Partisanen, die später einen jahrelangen äußerst blutigen Bürgerkrieg verursachten und gegen die die Alliierten Truppen einsetzen mußten, als »Freiheitskämpfer' verherrlichte.



Gedenkstein zu Kalavryta.

Den Vogel schoß dabei die wegen ihrer Vergangenheitsbewältigung bekannte *Süddeutsch Zeitung* ab, die über das »Wehrmacht-Massaker von Kalavryta« unter anderem schrieb: »Am 13. Dezember 1943 haben dort Soldaten als Vergeltung für den Tod dreier Deutscher fast alle männlichen Bewohner erschossen.« Es seien »insgesamt 1436« gewesen. In bezeichnender Weise wurde somit die Zahl der deutschen Opfer auf fast ein Dreißigstel herabgesetzt, die der griechischen auf rund das Dreifache erhöht.

Die *Berliner Morgenpost* schrieb zur »Aufklärung der Hintergründe von Kalavryta«: »1943 gerieten 81 Wehrmachtsoldaten in einen Hinterhalt und fielen im Kampf mit den Partisanen, die für die Freiheit ihres Landes kämpften.« Daran ist fast jedes Wort falsch: Nicht 81 Soldaten waren beteiligt, sondern 85 (bis 87); sie gerieten nicht in einen Hinterhalt, sondern übergaben sich in ihrem Stützpunkt; sie fielen nicht im Kampf, sondern wurden nach Übergabe der Waffen als Wehrlose feige ermordet; die ELAS-Partisanen kämpften nicht für die Freiheit ihres Landes, wie es sich anschließend im Bürgerkrieg 1945 bis 1949 zeigte, sondern als Kommunisten für die STALINsche Diktatur.

Das brutale und unmenschliche Vorgehen der griechischen Kommunisten wird auch in anderen Büchern in Einzelheiten beschrieben.[16]

Im ganzen sollen nach KÜHNREICH in Griechenland von Partisanen 17 536 Deutsche getötet und 7133 verwundet worden sein.

Mehrfach klagten Nachkommen der Opfer und Überlebende gegen die Bundesrepublik auf Wiedergutmachung. Die 1. Kammer des Bundesverfassungsgerichts entschied 2006[7] auf die Verfassungsbeschwerde von vier Personen aus dem griechischen Distomo, daß weder aus den Grundrechten noch aus den völkerrechtlichen Bestimmungen ein Anspruch auf Schadensersatz oder Entschädigung sich ergebe.[8] Die Kläger waren vorher schon vor dem Bundesgerichtshof gescheitert. Der Athener Areopag hatte im Mai 2000 einen Entschädigungsanspruch in Millionenhöhe bestätigt. Daraufhin war die Zwangsvollstreckung der Pfändung des Gebäudes des deutschen Goethe-Instituts eingeleitet worden,[9] die aber von der griechischen Regierung gestoppt wurde. Das Bundesverfassungsgericht wies auch darauf hin, daß sich die Bundesrepublik durch Reparationsleistungen und bilaterale Entschädigungsabkommen ihrer völkerrechtlichen Verantwortung durchaus gestellt habe. Bis 2001 wurden an Griechenland »deutlich über 30 Milliarden Mark« gezahlt.[10]

[6] Z. B. Heinz KÜHNREICH, ***Der Partisanenkrieg in Europa 1939-1945,*** Ostberlin 1965; Walter GÖRLITZ, ***Der Zweite Weltkrieg 1939-1945,*** Stein grüben, Stuttgart 1952; Hans HOFFMANN, ***Banden in Südgriechenland,*** aaO. (Anm. 3).

[7] Entscheidung vom 3. 3. 2006, Az: 2BvRl 476/03.

[8] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 4. 3. 2006.

[9] ***Stuttgarter Nachrichten,*** 13. 7. 2000.

[10] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 13. 9. 2001.

Der Fall Oradour

Oradour-sur-Glane ist ein französisches Dorf 23 Kilometer nordwestlich von Limoges, das im Zweiten Weltkrieg traurige Bedeutung erlangte. In *Meyers Lexikon*[1] heißt es: »... am 10. 6. 1944 von SS-Truppen unter dem Vorwand der Vergeltung für Partisanentätigkeit eingeäschert; nahezu alle (etwa 600) Einwohner wurden dabei getötet.« Diese einen ganz falschen Eindruck erweckende Aussage zeigt, wie wenig man sich auf Lexika verlassen kann, wenn es um politische Aussagen des Zweiten Weltkrieges geht.

Oradour wie auch das nahegelegene Tülle[2] ist Symbol geworden für angebliche Verbrechen der Waffen-SS, ebenso wie Lidice' in der Tschechoslowakei oder Marzabotto"' in Italien. Alle diese Orte haben gemeinsam, daß die damalige feindliche Kriegspropaganda ohne Prüfung der wahren Tatsachen und damit grob entstellt in die deutsche Geschichtsschreibung der Umerzieher übernommen wurde.

Die heute feststehenden Tatsachen sind, in knapper Form dargestellt: Am 6. Juni 1944 waren die Alliierten in der Normandie gelandet. Die erwartete Invasion hatte begonnen, Am 8. Juni 1944 erhielt die 2. SS-Panzer-Division »Das Reich« am Ort ihrer Neuaufstellung in Südfrankreich den Marschbefehl, um auf ihrem Weg an die Invasionsfront zunächst den stark von Partisanen[5] besetzten Raum Limoges zu sichern. Am 9. Juni 1944 kam es gegen das von Partisanen besetzte Tulle zu schweren Kämpfen,[6] nach denen unmenschliche Grausamkeiten an deutschen Soldaten mit vielen Morden festgestellt wurden.

Am Abend des 9, Juni wurde der Bataillonsführer und Ritterkreuzträger Sturmbannführer Helmut KÄMPFE vom Panzergrenadierregiment »Der Führer« dieser Division, der seinen Truppen allein im PKW vorausgefahren war,

[1] ***Meyers Großes Handlexikon A-Z,*** Mannheim-Wien-Zürich 1989.

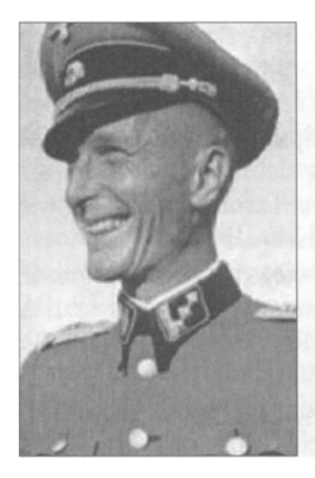
[2] Tulle, Stadt südöstlich Limoges mit damals starker Partisanentätigkeit.

[?] Lidice, tschechisches Dorf bei Kladno, das 1942 nach der Ermordung des Reichsprotektors HEYDRICH wegen Partisanen-Unterstützung zerstört und dessen männliche Bevölkerung teilweise erschossen wurde. Dies widersprach nicht dem Völkerrecht.

[4] Marzabotto, siehe: Beitrag Nr. 233, »Der Fall Marzabotto«. Inge AICHER-SCHOLL schrieb über Oradour in den ***EvangeÜschen Kommentaren*** im November 1985 »Oradour in Italien« und verlagerte damit die Unwahrheit von Frankreich nach Italien.

[5] Partisan (frz. Parteigänger), Freischärler hinter dem Rücken des Feindes operierend; auch Maquisard (frz. vom korsischen Maquis »Buschwald«): die im Untergrund gegen die deutschen Truppen kämpfenden Widerständler der Resistance im Zweiten Weltkrieg.

[6] Uber die Vorgänge in Tulle siehe: Beitrag Nr. 237, »»Das Massaker von Tulle«.





Von links: Adolf DIEKMANN, Helmut KÄMPFE und der Partisanenführer Georges GUINGOIN von der FTP.

von Partisanen entführt. Am nächsten Morgen wurde der deutschen Truppe von zwei Franzosen gemeldet, daß in Oradour ein höherer deutscher Offizier von den Maquisards gefangen gehalten werde und öffentlich hingerichtet und verbrannt werden solle. In dem Ort befände sich ein Maquis-Stab, dem die ganze Bevölkerung zuarbeite.

Die Freilassung von KAMPFE wurde zunächst auf gütlichem Wege versucht: »Freilassung von 30 Maquisards, 40 000 Francs Lösegeld und persönliche Freiheit für den Unterhändler gegen die Freilassung von Kämpfe.«

Sturmbannführer DIEKMANN erhielt den Befehl, mit seinem 1, Bataillon nach Oradour zu marschieren und, falls KÄMPFE nicht gefunden werde, gefangene Maquisführer mitzubringen, um auch sie gegen Kämpfe auszutauschen. Das Austauschangebot wurde von einem zu diesem Zweck freigelassenen Maquisführer dessen Chef überbracht, aber von diesem nicht angenommen.

Die Deutschen stießen in Oradour auf Widerstand und fanden dort die Leichen mehrerer deutscher Soldaten. Daraufhin wurde der Ort besetzt und eine Durchsuchung der Häuser angeordnet. Dabei wurden viele Waffen und Munition gefunden. Später ließ DIEKMANN die Männer des Dorfes, die sicher Partisanen waren, erschießen, während die Frauen und Kinder in die Kirche eingesperrt wurden. Als die Häuser in Brand gesetzt wurden, ging in vielen Gebäuden noch versteckte Munition hoch. Entweder der Brand griff unvorhergesehen auf die Kirche über, oder die eingelagerte Munition wurde von Partisanen gezündet: In der Kirche gab es eine gewaltige Explosion. Die in der Kirche zu ihrem eigenen Schutz eingeschlossenen Frauen und Kinder wurden nun ein Opfer der im Kirchturm von dem kommunistischen Partisanenchef GUINGOIN eingelagerten Munition und Brandsätze, die aus britischen Abwürfen stammten. Von französischer Seite werden 548 Opfer genannt.

Es ist bezeichnend ist, daß Bischof RASTOUIL von der nahen Stadt Limoges mit seinem Gefolge erst nach drei Tagen nach Oradour-sur-Glane kam -

und schwieg[7]. Der 71 Jahre alte Ortspfarrer, Abbé CHAPPELLE, war und blieb verschwunden .[s]

Der Tod des Sturmbannführers KAMPFE bei den Maquis soll äußerst grausam gewesen sein. Jedenfalls hat seine Todesart Spuren an seinem Skelett hinterlassen, weshalb die französische Regierung sich lange weigerte, die Grablage KAMPFES bekanntzugeben und seine Exhumierung zuzulassen, wie dies von der Haager Landkriegsordmmg vorgeschrieben ist.

Die Vorgänge um KAMPFES Tod werden verschwiegen, »weil die Episode KAMPFE andere Tatsachen verdeckt, von denen niemand mehr wünscht, daß sie ans Tageslicht kommen«.[9] Dieser Vermerk des Reporters Guy SATIGNON ist bezeichnend und entspricht auch der gesamten Verschleierung des Ständigen Höheren Militärgerichts in Bordeaux beim sogenannten >Oradour-Prozeß< vom 13. Januar bis 12. März 1953. Er war acht Jahre nach Kriegsende ein Schauprozeß mit großem propagandistischen Aufwand und zahlreichen Journalisten aus aller Welt. Es ging nicht um Wahrheitsfindung und Rechtsprechung mit unabhängiger, neutraler Gerichtsverhandlung, sondern es war ein Siegergericht wie die Nürnberger Rachejustiz.

Alle wegen der Vorfälle in Oradour beschuldigten Offiziere wurden als nicht betroffen freigelassen. Die angeklagten Mannschaftsdienstgrade, darunter 13 Elsässer, wurden verurteilt. 43 Angehörige der 3. Kompanie wurden in Abwesenheit, ein Elsässer und ein Deutscher in Anwesenheit zum Tode verurteilt. Alle anderen Kompanieangehörigen erhielten vier bis zwölf Jahre Zwangsarbeit.

[1] Pierre MOREAU, »Was die Steine schreien - Lokaltermin in der Kirche von Oradour zur Klärung eines Kriegsverbrechens«, in: ***Deutsche Monatshefte***, Nr. 8, 1985, S. 16.

[E] Ebenda

[9] Herbert TAEGE, ***Wo ist Kain? Enthilllungen und Dokumente zum Komplex Tulle und Oradour***, Askania, Lindhorst 1981, S. 227.




Die Kirche von Oradour.

Bezeichnenderweise wurde jedoch sofort mit der deutschen Bundesregierung vereinbart, daß die im Schauprozeß gefällten Urteile nicht vollstreckt werden dürften und alle Verurteilten nach dem Versprechen, absolut zu schweigen, bald freigelassen würden. Die Bundesregierung verpflichtete sich ihrerseits, die - nachweislich falschen - Behauptungen der Urteile niemals in Frage zu stellen und die diesbezüglichen Akten geheimzuhalten. Im Vollzug dieser Vereinbarungen wurden von französischer Seite alle Verurteilten begnadigt, die Prozeßakten aber für sieben Jahrzehnte in ein Geheimarchiv verbracht. Die deutsche Seite hat sich bis heute an ihr Schweigeversprechen gehalten.



Eines der Gebäude, in dem Männer erschossen wurden. Die Gefangenen waren in sechs Gruppen aufgeteilt und in sechs Scheunen oder Garagen verbracht worden.

Durch den Akt der Begnadigung ist die Tatsachenfeststellung der Urteile festgeschrieben und kann juristisch eigentlich nicht mehr kassiert werden. So soll das angebliche deutsche Kriegsverbrechen in der Öffentlichkeit als Schandtat der ehemaligen Waffen-SS im Bewußtsein bleiben, zumindest für die nächsten Jahrzehnte, bis Mitte dieses Jahrhunderts erst die Akten freigegeben werden. Das Recht ist also maßlos vergewaltigt worden.

Nach diesen Vorgängen und diesem Endurteil eines Militärgerichts möge sich der Leser selbst ein Urteil bilden, wenn er die eidesstattliche Erklärung des Oberstleutnants der Bundeswehr i. R, Eberhard MATTHES[10] liest. Er sagte (in etwas gekürzter Form) aus:

»Neben zahlreichen sonstigen Besuchen privater und dienstlicher Art vor- und nachher befand ich mich im Nov./Dez. 1963 als Offizier der Bundeswehr längere Zeit auf dem französischen Truppenübungsplatz La Courtine und im Sommer 1964 privat mit Familie in Südwest-Frankreich.

Weil mich als Kriegsteilnehmer alle Fragen interessierten, die im Zusammenhang mit Zwangsmaßnahmen, Geiselerschießungen u.a. stehen, besuchte ich beide Male auch den Ort Oradour.

Beim ersten Besuch, Dez. 1963, in deutscher Bundeswehruniform mit BW-Jeep - nebst Fahrer - hatte ich folgende Erlebnisse:. . .

2. Sofort nach meiner Ankunft wurde mein Jeep von zahlreichen Kindern, aber auch von meist älteren Erwachsenen umringt und freundlichst begrüßt. 3. Als mich die älteren Einwohner. . . in einer der o. a. Broschüren

[10] Herbert TAEGE, ebenda, S. 304 ff.

lesen sahen, äußerten einige, ich solle diese Berichte nicht so wörtlich nehmen. Es habe sich vieles etwas anders, als darin geschildert, abgespielt. Da wurde ich verständlicherweise sofort stutzig und sagte, es sei doch schlimm genug, wenn deutsche Soldaten auf Frauen und Kinder in der von ihnen angezündeten Kirche oder beim Versuch, sich aus dieser zu retten, geschossen hätten.

Die Antwort lautete deutlich und unmißverständlich, die Kirche sei doch gar nicht von den Deutschen angezündet worden. Im Gegenteil hätten die deutschen SS-Männer - z. T. unter Einsatz ihres eigenen Lebens - mehrere Frauen und Kinder aus der brennenden Kirche gerettet. Zwei Frauen in der mich umringenden Gruppe bestätigten sogar, sie seien selbst damals gerettet worden von deutschen Soldaten, sonst stünden sie jetzt nicht hier.

4. Inzwischen war der Bürgermeister hinzugetreten, ... der mich sehr freundlich begrüßte: Ich sei der erste deutsche Soldat in Uniform, der nach dem Kriege Oradour besuche. Er freue sich darüber sehr. Er stehe zwar politisch links, aber Frankreich sei heute mit Deutschland verbündet und befreundet. Die Vergangenheit müsse man halt so nehmen, wie sie war, und die richtigen Lehren daraus ziehen. Im Krieg sei überall viel Unrecht geschehen. Daraufhin konfrontierte ich ihn sofort mit dem vorher von den Einwohnern Gehörten, worauf er sinngemäß antwortete: Auch die Maquis hätten in jener Zeit sehr viel Unrecht an deutschen Soldaten verübt, deshalb sei ja im Oradour-Prozeß auch keiner der angeklagten Deutschen zum Tode verurteilt und fast alle zu Gefängnis Verurteilten recht bald freigelassen worden.



Sylvester STADLER, DIEKMANNS Regimentskommandeur.

5. An eine kleine Episode kann ich mich noch deutlich erinnern: In der Nähe der Kirchenruine war u.a. ein alter Kinderwagen aufgestellt mit einem Schild, dieser Kinderwagen sei bei dem Massaker mit einem Kind darin auch verbrannt. Ich glaube, es war der Bürgermeister selbst, der bei dem Anblick lächelte und sagte, es sei schon der Rest eines Kinderwagens seinerzeit dort gefunden worden. Nachdem aber Oradour so eine Art Wallfahrtsort geworden sei und der Ort an den Besuchen auch Geld verdiene, müsse man solche Dinge alle paar Jahre erneuern.

6. Mein Interesse am Fall Oradour war nun verständlicherweise auf das lebhafteste geweckt. Ich hatte Gelegenheit, mich mit französischen Offizieren zu unterhalten. . . Ein höherrangiger französischer Offizier äußerte sich zu meinen Fragen: Ein wesentliches Motiv für das deutsche Eingreifen Juni 1944 in Oradour sei die Tatsache gewesen, daß unmittelbar vor dem Ort von Angehörigen der anrückenden deutschen Truppe ein noch brennender oder ausgebrannter deutscher Sanka (Sanitätskraftwagen) aufgefunden worden sei. Alle sechs Insassen müssen bei lebendigem Leibe verbrannt sein. Fahrer und Beifahrer seien an das Lenkrad gefesselt gewesen. Zweifellos eine Tat des Maquis. Dahinter stecke aber auch noch die gleichzeitig unter mysteriösen Umständen stattgefundene qualvolle Tötung eines in die Hände des Maquis gefallenen höheren deutschen Offiziers in derselben Gegend und etwa zur

gleichen Zeit. Auch im umgekehrten Falle hätte eine französische Truppe daraufhin Zwangsmaßnahmen ergreifen müssen, ggf. auch Geiselerschießungen, so wie es die Bestimmungen des Kriegsvölkerrechts 1939 bis 1945 auch zugelassen hätten. Aus diesen Gründen gebe es viele französische Soldaten bzw. Offiziere, die dienstlich Oradour nicht besuchen. Seines Wissens fänden - sicher aus gleichen Gründen - auch keine offiziellen militärischen Feiern in Oradour statt.

7. Bei meinem zweiten - privaten - Besuch in Oradour, Sommer 1964, fand ich für die bisherige Schilderung insofern eine weitere Bestätigung, als der Kioskwirt bzw. Verkäufer (auch ein älterer Herr). .. auf meinen Hinweis bezüglich der Broschüren äußerte: Es gäbe noch eine ganze Reihe Zeugen, die genau wüßten, wie sich in Wirklichkeit alles damals 1944 abgespielt hätte. Diese seien aber im Prozeß entweder gar nicht gehört worden oder hätten sich auf unwesentliche Aussagen beschränken müssen. Die angeklagten Deutschen seien auch nicht zum Tode, sondern nur zu Gefängnis verurteilt und bald freigelassen worden. Andernfalls hätten einige Zeugen zweifellos »ausgepackt< und die wahren Zusammenhänge geschildert.«

Die Tragödie von Oradour wurde also von den kommunistischen Maquisards ausgelöst.[11] Die Vergeltungsmaßnahme der Deutschen war gerechtfertigt, obwohl sie eigenmächtig von DIEKMANN vorgenommen wurde.[12] Die Schuld am Tod der Frauen und Kinder trifft in erster Linie die Maquisards, die die Kirche als Munitionsdepot verwendet hatten und davon die Deutschen nicht verständigten, als die Katastrophe drohte. Sonst wären sicher die Frauen und Kinder nicht umgekommen. Insbesondere haben SS-Angehörige Frauen und Kinder gerettet, statt daß sie sie niederstreckten, durch die Kirchenfenster schössen oder Handgranaten in die Kirche warfen.[13] DIEKMANNS Regimentskommandeur, Standartenführer STADLER, war über dessen Meldung des Geschehens in Oradour erschüttert. Er beantragte eine kriegsgerichtliche Untersuchung gegen DIEKMANN, Bevor diese zu einem Urteil kam, fiel DIEKMANN in der Normandie.

Der Vorwurf eines Kriegsverbrechens der Waffen-SS und ihrer Männer entbehrt also in diesem Fall jeder Grundlage. Aus innenpolitischen Gründen - aus Rücksichtnahme auf die schuldigen Kommunisten - mußte das französische Gericht damals eine Verurteilung aussprechen.

Eine besondere Schande ist es, wenn deutsche Medien nach fast einem halben Jahrhundert und der Aufdeckung der wirklichen Zusammenhänge diesen Fall aufgreifen, um die Kriegsgeschichte einseitig aus der Sicht der kommunistischen Partisanen (die den Tod von über 100 000 »Kollaborateuren« nach Kriegsschluß auf dem Gewissen haben) zu Lasten Deutschlands zu fälschen:

Am 8. März 1988 brachte die ***ARD*** den Fernsehfilm ***Die Bewältigung von Oradour.*** Es war eine »konzertierte Aktion* der Journalistin Lea ROSH, des ***Stern***-Redakteurs Günter SCHWARBERG, der DDR-Justiz (!), der ***ARD*** und weiterer

[11] Neuere Forschungen mit Bestätigung des Dargelegten: Herbert TAEGE, ***Wo ist Abel? Weitere Enthüllungen und Dokumente zum Komplex Tulle und Oradour,*** Askania, Lindhorst 1985; Herbert TAEGE, ***Der Tal! Oradour-sur-Glane,*** Sondernummer 12 der Askania-Studiensammlung für Zeitgeschichte und Jugendforschung, Askania, Lindhorst 1991.

[13] Er war gedeckt durch den (völkerrechtlich legalisierten) Bandenkampfbefehl vom 3. 1. 1944 (den sogenannten >SPERRLE-Befehl<) und den Tagesbefehl des Oberbefehlshabers WEST vom 8. 6. 1944. Diese waren korrekt nach der Haager Landkriegsordnung vom 10. 10.1907 und der Genfer Konvention vom 27. 7. 1929.

[13] ***La Libre betgique,*** 30. 1. 1953, behauptete dies fälschlicherweise.

Presseleute. Es wurde der in einer Ostberliner Strafanstalt einsitzende SS-Obersturmführer (Oberleutnant) Heinz BARTH ZU einem zweiten Schauprozeß vernommen und natürlich - nach 44 Jahren - nach allen Regeln der Kunst zum zweitenmal verurteilt. Die inzwischen erkannte Wahrheit über das damalige Geschehen wurde nicht gebracht, dafür wurden üble Lügen aufgetischt.

Das Wagnis einer wahrheitsgemäßen Rekonstruktion der wahren Vorgänge konnte in den vergangenen Jahren der französische Naturwissenschaftler und Lehrer Vincent REYNOUARD erleben, als er die Geschehnisse nicht nur durch Interviews mit den letzten noch lebenden Augenzeugen klären konnte, sondern auch naturwissenschaftliche und pyrotechnische Maßstäbe an die vorhandenen Relikte des >Museumsdorfes< Oradour legte.

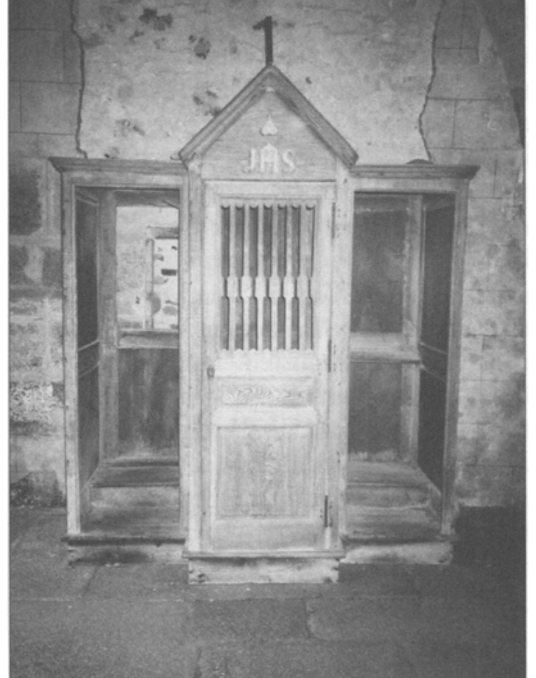
REYNOUARD stellt in seiner »materiellen Untersuchung« der Kirchenruine fest, daß gleich mehrere offizielle Behauptungen naturwissenschaftlichen Überprüfungen nicht standhalten. So ist das angeblich erhaltene Gewölbe im Kirchturm eindeutig wiederhergestellt worden, da man verheimlichen wollte, daß dieser durch eine Explosion, und nicht durch Brandstiftung zerstört wurde. In der gesamten Kirche sollten nach herrschender Lehre durch Brandsätze und andere Brandverstärker infernalische Temperaturen dazu geführt haben, daß an manchen Stellen Menschenasche in Höhe eines Meters gefunden wurde - ohne Knochen. Unerklärlicherweise ist aber ein nur 6 mm dünner Beichtstuhl unversehrt geblieben, obwohl ein vor ihm stehender ausgeglühter Kinderwagen aus Metall auf einige hundert Grad schließen lassen soll. Diese und andere Beweise sind so entlarvend, daß sein Buch ***Die Wahrheit über Oradour***[14] in Frankreich verboten und der Autor vor Gericht gezerrt, aus dem Schuldienst entlassen und wegen »Billigung eines Kriegsverbrechens« verurteilt wurde. Er mußte mit seiner Familie nach Belgien emigrieren.

[14] Vincent REYNOUARD, ***Die Wahrheit über Oradour. Was geschah am 10. Juni 1944 wirklich? Rekonstruktion und Forschungsbericht eines Franzosen,*** Druffel, Stegen [2]2005.





Vincent REYNOUARD und sein Buch *Die Wahrheit über Oradour.*



Der unversehrt gebliebene Beichtstuhl in der Kirche von Oradour.

Das Massaker von Tulle

Am 8. Juni 1944 hatten in Tulle im französischen Zentralmassiv die FTP[1] »eine kleine deutsche Einheit, die in diesem Ort stationiert war, ... massakriert. Die Leichen waren in unmenschlicher Weise verstümmelt worden: Straßenweiber hatten auf den Leichen herumgetrampelt und waren sogar in der Stadt herumgezogen und trugen dabei Organe in den Händen mit sich«.[2]

Hinweis: Die vorliegende Darstellung der Vorgänge bei dem Massaker von Tülle beruht vorwiegend auf dem Band ***Enthüllungen und Dokumente zum Komplex TULLE + ORADOUR*** von Herbert TAEGE, Askania, Lindhorst 1981. Eine Kurzfassung bietet ***Der Freiwillige,*** Nr. 4,1988, S. 21 f.

Deutsche Einheiten der Panzerdivision >Das Reich< eroberten am folgenden Tag Tülle zurück, wo sie etwa 120 ermordete deutsche Soldaten vorfanden. Eine daraufhin erfolgte Strafaktion gegen gefangene Partisanen und deren Helfer fiel relativ milde aus: Statt der völkerrechtlich erlaubten Hinrichtung von Tätern oder Geiseln im Verhältnis von 1 zu 10 beschränkte man sich auf ein Verhältnis von 1 zu 1. Tatsächlich wurden sogar >nur< 98 Personen hingerichtet.

Nach dem Krieg wurde in Frankreich der Vorwurf verbreitet und von der deutschen Publizistik nur allzugern übernommen, die SS-Division >Das Reich< habe bei ihrem Marsch durch Süd- und Mittelfrankreich raubend, plündernd und mordend verbrannte Erde hinterlassen. Dazu kam noch die absurde Verleumdung, diese Waffen-SS-Division sei für Mord und Marodieren eigens ausgebildet gewesen.



Obwohl die offizielle französische Seite anhand der Dokumente genau weiß, was sich tatsächlich zugetragen hatte, unterdrückt sie bis heute die Wahrheit über das Massaker und die Leichenschändung in Tulle und beschönigt das Verhalten der Partisanen bis zur Verkehrung der Wahrheit. Aus diesem Grund, aber vor allem zur Ehrenrettung tadelloser deutscher Soldaten, soll das tatsächliche Geschehen dargestellt werden.

Frankreichs Angriffskrieg und Niederlage

Am 3. September 1939 hatte Frankreich auf Drängen Englands Deutschland den Krieg erklärt. Nach seiner Niederlage lieferte der Waffenstillstandsvertrag vom 22. Juni 1940 die Grundlage der deutschen Besatzungsherrschaft. Er sah in Ziffer 3 vor:

»In den besetzten Teilen Frankreichs übt das Deutsche Reich alle Rechte der besetzenden Macht aus. Die französische Regierung verpflichtet sich, die in Ausübung dieser Rechte ergehenden Anordnungen mit allen Mitteln zu unterstützen und mit Hilfe der französischen Verwaltung durchzuführen.. .≪

' FTP - Francs-Tireurs-Partisans (kommunistische Freischärler).

[2] ***Par un Chef de Corps de ia Milice; Pour la Milice Justice,*** Edition Etheel, Paris, o. J., Sammlung TAEGE, S. 60 u. 63.

Vor der Invasion hatten die einzelnen französischen Partisanengruppen ihre Sabotageaktivität verstärkt - vor allem bei Anschlägen auf Eisenbahneinrichtungen.



(Art. 10): »Die französische Regierung verpflichtet sich, mit keinem Teil der ihr verbliebenen Wehrmacht und in keiner anderen Weise weiterhin feindselige Handlungen gegen das Deutsche Reich zu unternehmen. Ebenso wird die französische Regierung verhindern, daß Angehörige der französischen Wehrmacht außer Landes gehen und daß Waffen und Ausrüstungen irgendwelcher Art, Schiffe, Flugzeuge usw., nach England oder in das sonstige Ausland verbracht werden. Die französische Regierung wird französischen Staatsangehörigen verbieten, im Dienst von Staaten, mit denen sich das Deutsche Reich noch im Kriege befindet, gegen dieses zu kämpfen. Französische Staatsangehörige, die dem zuwiderhandeln, werden von den deutschen Truppen als Freischärler behandelt werden.«

Auf Veranlassung und mit Unterstützung von London und später auch Moskau wurde in Frankreich jedoch die Büchse der Pandora geöffnet: der hinterhältige Partisanenkrieg, zu dem England Waffen, Munition und Ausrüstung schickte.

Im besetzten Frankreich gab es allem zwischen Januar 1943 und März 1944 von seiten der Partisanen 1159 Kabelsabotagen, 4983 Eisenbahnsabotagen, 2966 sonstige Sabotagen, 1440 Brandlegungen, 1251 Überfälle auf Einrichtungen und Angehörige der Wehrmacht.[3]

[3] Hans LUTHER, ***Der französische Widerstand gegen die deutsche Besatzungmacht und seine Bekämpfung,*** Institut für Besatzungsfragen, Tübingen 1957, Übersichten des OB-West, S. 49 u. 57.

Das sind insgesamt 11 799 Anschläge, fast zwölftausend Brüche des Waffenstillstands und der Haager Landkriegsordnung in fünfzehn Monaten. Um psychischen Terror auszuüben und die deutsche Wehrmacht aus der Reserve zu locken, wurden in drei Monaten auch über vierhundert Franzosen von den französischen Attentätern schwerverletzt oder getötet.

Das Massaker vom 8. Juni 1944 in Tulle

Am 7. Juni 1944 verließen die französischen GMR-Milizen[4] auf Befehl der französischen Vichy-Regierung kampflos die Stadt.[5] Die kleine deutsche Garnison blieb allein zurück. Vichy wußte genau, daß ein FTP-Angriff bevorstand, und hatte die GMR-Milizen angewiesen, nicht mit den FTP zu verhandeln und einen Kampf zu vermeiden. Das bedeutete eine vorsätzliche Preisgabe der Stadt Tulle und ihrer deutschen Garnison durch die Vichy-Regierung.

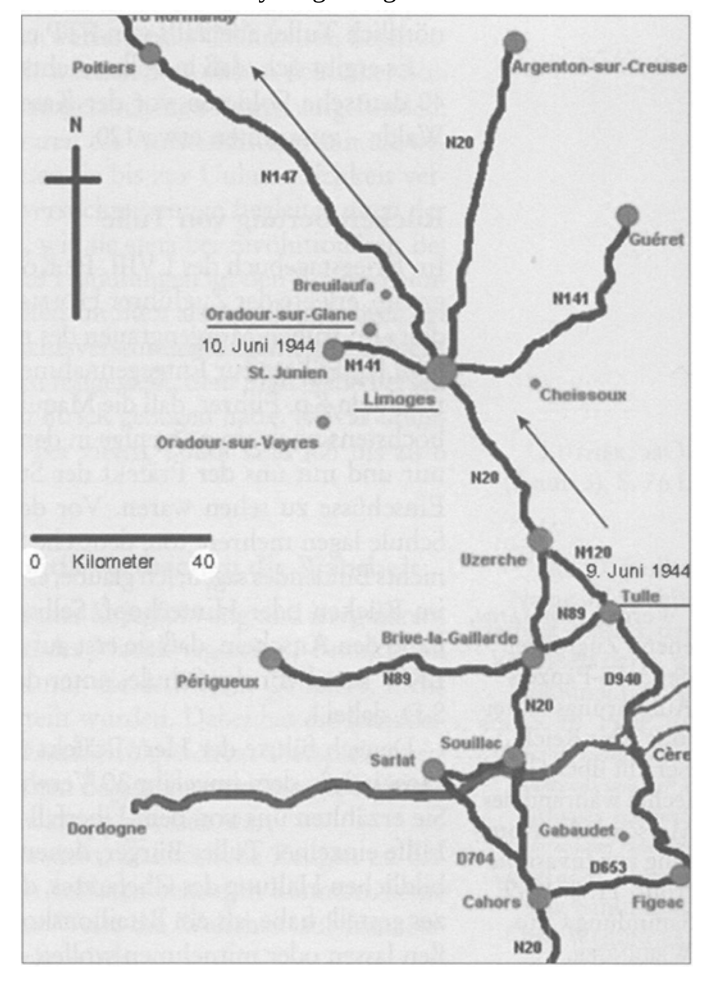
[4] GMR = Garde Mobile Républicaine.

[5] Wie Anra. 2, S. 79.

Am 8. Juni griffen die Partisanen die Deutschen an. Die Mädchenschule, Kaserne der Deutschen, wurde mit Granatwerfern eingeäschert.

»Einige dreißig Deutsche lagen niedergestreckt mitten auf der Avenue Bournazel um ein weißes Handtuch, das an einen Stock geknotet war, der noch von den Händen eines Leichnams umklammert wurde. Andere tote Hände umklammerten noch Handgranaten, die zu werfen sie keine Zeit mehr gefunden hatten. Ein junger FTP erklärt: >Sie kamen mit ihrer weißen Fahne heraus. Aber als sie auf der Mitte der Straße waren, gab es welche darunter, die Handgranaten warfen. Da haben wir in den Haufen geschossen.«

Die Kugeln der Maquisards brachten mehrere dieser Handgranaten zum Detonieren, welche diejenigen, die sie zu werfen vorhatten, fürchterlich zerfetzten. Einige Leichen hatten ihre Stiefel verloren, heruntergerissen von



Der Weg der Division >Das Reich< vom 8. bis 10. Juni 1944.

Furien, die die Toten in beschämender Weise schändeten. Als sie verjagt wurden, trampelten sie auf den Gefallenen herum, ehe sie weitergingen.«[4]

Die Behauptung, daß die Soldaten in aussichtsloser Lage noch Handgranaten bei sich trugen, ist eine klare Lüge. Darüber hinaus enthält der Bericht aber alles, was völkerrechtlich angeklagt werden müßte.

Die FTP wußten genau, was sie taten. Nach Abschluß der Kämpfe erschossen sie mehr als 12 deutsche Gefangene unterhalb des Friedhofs, nachdem diesen der lothringische Abbé CHATEAU die Absolution erteilt hatte. Eine weitere Massenexekution fand im Wald statt, wo ein anderer Priester, ebenfalls ein Lothringer, etwa 20 deutschen Gefangenen die Absolution vor deren Erschießung gewährte.

LUTHER schreibt weiter: »62 weitere, bei derselben Gelegenheit lebend in die Hände der Maquis gefallene dtsch. Soldaten, darunter Sanitäter und Eisenbahner, sind am übernächsten Tage in einem Wäldchen bei Naves (10 km nördlich Tulle) ebenfalls von FTP erschossen worden.«

Es ergibt sich, daß in völkerrechtswidriger Weise ermordet wurden: rund 40 deutsche Soldaten vor der Kaserne, 12 bis 20 am Friedhof, ca. 60 im Walde - zusammen etwa 120.

[6] REMY, »Les Pendus de Tulle«, in: ***Histoire ponr tous,*** August-Oktober 1977; Sammlung TAEGE.

Rückeroberung von Tulle

Im Kriegstagebuch des LVIII, Pz.Korps heißt es: Als der Morgen des 9. Juni graute, erlebte der Zugführer HOFMANN nach seinen eigenen Worten folgendes: »Im frühen Morgengrauen des nächsten Tages mußte ich mich bei meinem Kp.Führer zur Entgegennahme weiterer Befehle melden. Hier erzählte mir mein Kp, Führer, daß die Maquis aus der Stadt vertrieben seien und sich höchstens noch einige wenige in den Häusern versteckt hielten. Er ging mit mir und mit uns der Präfekt der Stadt Tulle zu einer Schule, an der viele Einschüsse zu sehen waren. Vor deren Türen und auf dem Platz vor der Schule lagen mehrere tote deutsche Soldaten. Zahlenmäßig möchte ich hier nichts Bindendes sagen, ich glaube, es waren 20,30. Die meisten hatten Schüsse im Rücken oder Hinterkopf. Selbst auf Tragbahren lagen einige Tote. Es hatte den Anschein, daß sie erst auf der Trage erschossen wurden. Auch ein LKW stand vor der Schule, unter dem Tote lagen. Es war ein Führer vom S.D. dabei...

Danach führte der Herr Präfekt meinen Kp. Führer und mich zu einem Hospital, in dem ungefähr 30 Verwundete dieser Wehrmachtseinheit lagen. Sie erzählten uns von dem Überfall der Maquis. Auch sprachen sie von der Hilfe einzelner Tuller Bürger, denen sie ihr Leben verdankten, und der vorbildlichen Haltung des Chefarztes, der sie unter den Schutz des Roten Kreuzes gestellt habe, als ein Bataillonskommandeur der Maquis sie habe erschießen lassen oder mitnehmen wollen.«[7]

[7] Werner HOFMANN, ehem. Zugführer der 3. SS-Panzer-Aufklärungs-Abteilung >Das Reich<, Bericht über Gefechte während des Marsches der Abteilung zur Invasionsfront, II. 8. 1949; Sammlung Otto WEIDINGER,

General BRIDOUX, Staatssekretär im Verteidigungsministerium von PETAIN, hatte am 24. Juli 1944 an den Vertreter des Oberbefehlshaber West geschrieben: »Sicheren Zeugenaussagen nach haben einige Frauen in der Begleitung der Terroristen, wie sie sich immer bei Revolutionsbewegungen einfinden, sich zu höchst tadelnswerten Handlungen an den Leichen einiger deutscher Soldaten hinreißen lassen.. ,«[s]

Dr. Hans LUTHER stellte fest, daß die französische Seite nach dem Krieg wider besseren Wissens die Wahrheit über die Leichenschändung und das Massaker unterdrückt:

»Als am Morgen des 7. 6. 44 FTP-Gruppen die deutsche Garnison von Tulle angriffen (nachdem die am Ort liegende starke frz. Polizei übergelaufen und der Rest entwaffnet worden war), befanden sich unter den Terroristen Ausländer, Polen, Spanier und 4 uniformierte Russen, welche die politischen Führer des Handstreiches zu sein schienen; die deutschen Truppen wurden mit Maschinengewehren, Granatwerfern und Ofenrohren beschossen. Nach der Wiedereinnahme der Stadt wurden die Leichen deutscher Soldaten mit eingeschlagenem Schädel und ausgestochenen Augen aufgefunden; über noch lebende deutsche Soldaten waren die Aufständischen mit schweren Lastwagen hinweggefahren und hatten sie bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt. Gewissen Aussagen zufolge versuchten einige Begleiterinnen der Terroristen, es handelt sich um Frauen, wie sie stets bei revolutionären Bewegungen auftreten, höchst tadelnswerte Handlungen an den Leichen einiger deutsche Soldaten. Einige dieser Toten mußten als unbekannt beerdigt werden, da sie durch unglaubliche Gesichtsverstümmelungen einfach nicht zu erkennen waren, ich habe einen Toten festgestellt, dem man beide Fersen durchbohrt und durch die Löcher einen Strick gezogen hatte, er war offenbar auf diese Weise geschleift worden, bei vielen Toten fand ich bis zu 6 Durchschüsse durch die Fußsohlen.«[9]

* Fritz HELM, Brief vom 20. 7. 1950 an Rechtsanwalt Dr. WALZY-MINK; Auszug in Sammlung Otto WEIDINGER, S. 17.

(Anm. 3), S. 76 f.

Frankreichs Medien, Justiz und Politik vertuschen die Wahrheit

Der Zusammenprall von regulärer deutscher Kriegführung und irregulärem kommunistischen Bandenterror hatte in der Nachkriegszeit in Frankreich zahlreiche Prozesse zur Folge, in denen nur die deutschen Offiziere, nicht aber die Partisanen angeklagt und verurteilt wurden. Dabei hat die französische Justiz auf erheblichen politischen Druck erfolgreich zu überspielen versucht, daß die Rechtsposition der deutschen Besatzungssoldaten die legitime und die der Partisanen die völkerrechtswidrige gewesen war.

Ein französischer Historiker[10] hat versucht, französische Zeugen zu finden, die die Grausamkeiten an deutschen Soldaten bezeugen könnten. Seine Recherchen lassen erkennen, in welcher Weise die Wahrheit auf französischer Seite verdrängt oder gar unterdrückt wird:

[10] M. D. (voller Name im Archiv Herbert TAEGES, des Verfassers der o. g. Dokumentation) am 15. 10. 1968: ***Affaire de Tulle; soldats allemands tués par le Maquis. Eléments d'information recueillis auprès de*** Ai. ***Gau busseau,*** Sammlung Otto WEIDINGER.

»Es wird über Grausamkeiten gesprochen, die an den deutschen Soldaten der Garnison Tulle begangen worden seien. Die Körper dieser Soldaten sind, ebenso wie der einer Frau, in Meymac beerdigt.



Heinz LAMMERDING (1905-1971), SS-Brigadeführer, Kommandeur der Division »Das Reich«

Der Abbé ESPINASSE, der auf französischer Seite den Opfern den letzten Beistand gegeben hat, hat nichts gesehen.

Ein einziger Priester war Zeuge der Umstände, unter denen diese Männer gestorben sind. Es handelt sich um den Abbé CHATEAU. .. Dieser Priester hat insbesondere an bestimmte der exekutierten Soldaten die Sterbesakramente erteilt. Schriftlich von Monsieur GAUBUSSEAU und dem Abbé MANGEMATIN befragt, hat er niemals geantwortet.

Der Abbé MANGEMATIN. .. hat am Tag des Kampfes den Seminaristen befohlen, die Körper der deutschen Soldaten abzutransportieren. Er hat nichts gesehen.

Monsieur TROUILLE, der damals Präfekt von Tulle war, hat nichts gesehen, und in seinem Buch bestreitet er, daß es Massenexekutionen usw. gegeben habe. Er hat allerdings Herrn GAUBUSSEAU gesagt, daß es bedauernswerte Vorkommnisse gegeben hätte, die in den unteren Vierteln der Stadt an den deutschen Soldaten begangen worden wären... Der Dr. SIRIEIX in Ussel hat die Körper der 52 Soldaten begutachten wollen. Der Präfekt hat dies verweigert mit dem Hinweis, daß man in solchem Falle eine Revolution in der Gegend riskiere. Die Zeitschrift ***Le CrapouMot*** hat vor 7 oder 8 Jahren eine Nummer über Tulle erscheinen lassen, worin die Grausamkeiten der französischen Seite behandelt worden sind. Es scheint, daß diese Nummer vollständig aufgekauft worden und nicht mehr auffindbar ist.«

Der Brief eines französischen Historikers an Dr. GAUBUSSEAU[11] erhellt ein wenig die Hintergründe:

»Ja, ich kenne die Verhandlungen STALINS bezüglich eines kommunistischen Putsches im Zentralmassiv; ich wurde von diesen Fakten unterrichtet von einem ehemaligen Résistance-Chef von Clermont-Ferrand, einem absolut integren Mann, der die FTP seines Maquis ausgeschaltet hat... Die kommunistischen Maquis des Limousin werden nicht sprechen, und er hat mir abgeraten, den Hauptchef zu kontaktieren, dessen Namen Sie natürlich kennen, den allzu verhängnisvollen GUINGOUIN.«

Natürlich weiß Dr. GAUBUSSEAU genau, was in Tulle wirklich geschehen war. Er versucht aber, die Schuld dafür anderen zuzuschieben. Am 12. Oktober 1968[12] schrieb er: »Alle aufrichtigen Menschen wissen, daß verwerfliche Handlungen von den Spaniern begangen wurden.« Hans Meiser

[11] Schreiben P. H. (voller Name im Archiv des Verfassers Herbert TAEGE) vom 9. 10. 1969 an Dr. L. GAUBUSSEAU, Sammlung Otto WEIDINGER.

[12] Übersetzung eines Briefes von Dr. GAUBUSSEAU an Dr. GRÜTZMACHER vom 12. 10. 1968, Sammlung Otto WEIDINGER.

Weiterführende Literatur:

Otto WEIDINGER, ***Tulle und Oradour. Die Wahrheit über zwei »Vergeltungsaktionen« der Waffen-SS***, Nation Europa, Coburg 1998.

Reichsregierung versucht, KL-Verbrechen aufzuklären

Die meisten Deutschen einschließlich ihrer führenden Politiker und Militärs hörten nach der Besetzung 1945 erstmalig von den Verbrechen, die in den deutschen Konzentrationslagern (KL) vorgekommen sein sollen. Als die nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht in Flensburg bis zum 23. Mai 1945 amtierende Reichsregierung davon Kenntnis bekam, hat sie sofort Schritte zur Ermittlung und Strafverfolgung für Schuldige eingeleitet, wurde aber von den Alliierten daran gehindert. Dokumente aus den National Archives in Washington, die Mitarbeiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) dort fanden und die der Verfasser in Kopie besitzt, legen davon Zeugnis ab.

Als dem Leitenden Minister der Geschäftsführenden Reichregierung, Graf VON SCHWERIN-KROSIGK, in der ersten Maihälfte 1945 Berichte über KL-Ver brechen zu Ohren kamen, berichtete er sofort darüber am 15. Mai dem als Reichspräsidenten amtierenden Großadmiral DÖNITZ und fügte hinzu: »Ich stelle fest, daß, wenn in Konzentrationslagern oder bei Festnahmen Dinge vorgekommen sind, die allgemein gültigen Grundsätzen des Rechts und der Moral und dem Empfinden eines anständigen Menschen zuwiderlaufen, nur wenige Menschen in Deutschland hiervon gewußt haben. Abgesehen von diesen wenigen Menschen hat die Deutsche Wehrmacht und das Deutsche Volk von diesen Dingen nichts gewußt und mit ihnen nichts gemein. Diese Tatsache muß öffentlich klargestellt werden.« Und er fügte hinzu: »Es ist bei der Bedeutung, die diese Frage hat, und bei der Notwendigkeit einer einheitlichen Rechtsprechung erforderlich, daß die Aufgabe einem Gericht übertragen wird... Ich bitte Sie daher, Herr Großadmiral, eine Verordnung zu erlassen, die dem Reichsgericht die ausschließliche Gerichtsbarkeit auf diesem Gebiet überträgt.«

Schon mit Datum vom 15. Mai 1945 erließ DÖNITZ die folgende Verordnung:

»5 1. Alle Verstöße bei der Festnahme und Vernehmung von Personen und bei der Einweisung von Häftlingen in Konzentrationslager sowie bei der Unterbringung und Behandlung in diesen Lagern, die den allgemein gültigen Grundsätzen von Recht und Moral sowie den ergangenen gesetzlichen Bestimmungen zuwiderlaufen, werden einer sofortigen Untersuchung unterworfen, Verstöße sind nach den geltenden Strafgesetzen zu ahnden und beschleunigt abzuurteilen und zu vollstrecken.

§ 2, (1) Die Untersuchung dieser Straftaten und die Erhebung der Anklage übertrage ich dem Oberreichsanwalt beim Reichsgericht, (2) Für die Aburteilung ist das Reichsgericht in erster und letzter Instanz zuständig.

§3. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Verkündung in Kraft.«

In einem Schreiben vom 16. Mai 1945, das unter Beachtung des damals vorgeschriebenen Dienstweges mit der Bitte, »es auf dem schnellsten Wege« an den »Obersten Befehlshaber der Alliierten Expeditionsstreitkräfte in Europa, Herrn General EISENHOWER«, ZU befördern, abging, folgenden Inhalts wandte sich SCHWERIN-KROSIGK an den Genannten:

»Die von alliierter Seite veröffentlichten Meldungen über die Zustände in ehemaligen deutschen Konzentrationslagern, insbesondere über die Behandlung ihrer Insassen, veranlassen mich, folgende Feststellungen zu treffen:

1. Das Deutsche Volk hatte bislang von den Zuständen, die in diesen Lagern herrschten, keine Kenntnis. Die Konzentrationslager waren von der Außenwelt völlig abgeschlossen und alles, was in diesen Lagern vorging, wurde auf das Strengste geheimgehalten. Selbst führende deutsche Persönlichkeiten hatten keine Möglichkeit, sich über die tatsächlichen Verhältnisse in den Konzentrationslagern zu unterrichten,

2. Das Deutsche Volk lehnt Mißhandlungen und Greueltaten, wie sie in den alliierten Meldungen dargestellt werden, einmütig mit Entrüstung ab, da sie mit den Grundsätzen seiner Wesensart und seinem Moralgefühl schlechthin unvereinbar sind. Es entspricht dem wirklichen und unverfälschten Rechtsempfinden des Deutschen Volkes, daß die begangenen Verbrechen sofort mit aller Schärfe geahndet werden.

Die deutschen Konzentrationslager, Karte: *Der Spiegel.*



• Um den Urteilssprüchen die größte Autorität und nachhaltigste Wirkung zu verleihen, hält es der Großadmiral auf Grund eines von mir erstatteten Berichtes, von dem ich eine Abschrift beifüge, für notwendig, daß die Untersuchung und Urteilsfällung den Institutionen des Reichsgerichts, als dem höchsten deutschen Gerichtshof, übertragen werden. Der Großadmiral hat auf meinen Bericht mit dem beigefügten Schreiben geantwortet, in dem er die sofortige und rücksichtslose Untersuchung und Ahndung der einzelnen Vorfälle durch das Reichsgericht verfügt, und hat die anliegende Verordnung erlassen.

3. Ich bitte Sie, Herr General, um dem Wollen des Großadmirals und der Reichsregierung nach Aufklärung und Bestrafung der Verantwortlichen gerecht werden zu können, dem Reichsgericht die Rechtsprechung schnellstens ermöglichen zu wollen.«



Gleich nach ihrer Verhaftung wurden die Angehörigen der Reichsregierung nach Luxemburg geflogen.

Diese Bitte und den beigefügten Bericht wie die Verordnung von DÖNITZ überging EISENHOWER und ließ im Einvernehmen mit den Verbündeten DÖNITZ wissen, daß die Ermittlungen gegen die verantwortlichen Personen und die Bestrafung ausschließlich von Organen der Alliierten durchgeführt würden. Alle etwaigen Handlungen des »German Supreme Court< (Reichsgericht) in bezug auf die »Concentration Camp Atrocities« (Konzentrationslager-Grausamkeiten) wurden als »null und nichtig betrachtet«. Dem deutschen Begehren wurde nicht Rechnung getragen.

Die Angehörigen der Reichsregierung wurden mit Großadmiral DÖNITZ am 23. Mai 1945 verhaftet und ihrer Amtsführung beraubt. Deutsche Stellen, die sich darum bemüht hatten, konnten sich daher für längere Zeit nicht mehr mit der Aufklärung und Aburteilung von KL-Verbrechen befassen, was sich für die objektive Tatbestandaufnahme als sehr abträglich herausstellen sollte. Dafür wurden von den Alliierten Gruselfilm-Spezialisten wie Alfred HITCHCOCK mit der Herstellung von »Dokumentarfilmen; über die Konzentrationslager beauftragt. In diesen Streifen wurden dann Leichenberge aus dem im Februar 1945 durch alliierte Bomber zerstörten Dresden als angeblich in Konzentrationslagern aufgenommen gezeigt. **Rolf** Kosiek

Das »Wannsee-Protokoll«

Am 20. Januar 1942 wurden auf einer nach dem Krieg >Wannsee-Konferenz< genannten Tagung in der von der deutschen Dienststelle der Interpol genutzten Villa Am Großen Wannsee 56-58 hohe Vertreter verschiedener Ministerien und der SS vom Chef der Polizei und des Reichssicherheitshauptamtes, Reinhard HEYDRICH, über Planungen zur »Lösung der Judenfrage« unterrichtet. 1947 wurde im >Wilhelmstraßen-Prozeß< ein angebliches »Besprechungsprotokoll« dieser Tagung, das dann sogenannte »Wannsee-Protokoll«, vorgelegt. Während der zwölfbändige *Große Brockhaus* von 1957 und der siebenbändige *Große Duden* von 1968 noch nichts über Tagung oder Protokoll schreiben, vermerkt die 18. Auflage des *Großen Brockhaus* von 1979 unter »Wannsee-Konferenz« nach Angabe von Zeit, Ort und Teilnehmern zum Inhalt: »Auf Anordnung A. HITLERS beschlossen die Teilnehmer Maßnahmen zur Ausrottung der Juden in den von Dtl. beherrschten Gebieten Europas (>Endlösung der Judenfrage<): Errichtung von Vernichtungslagern (Konzentrationslagern) in Osteuropa, in denen die Juden getötet werden sollten.« Das »Wannsee-Protokoll« gilt seit Jahrzehnten als der wichtigste Beweis für die deutsche Planung der systematischen Ermordung von Millionen Juden in den Vernichtungslagern des Ostens. Die Berliner Villa wurde zum 50. Jahrestag der Tagung am 20. Januar 1992 unter der Bezeichnung >Haus der Wannsee-Konferenz< als Gedenk- und Bildungsstätte zur Geschichte der Massenvernichtung der europäischen Juden eingerichtet, wo seitdem wechselnde Ausstellungen sowie Seminare zum Holocaust stattfinden.[1]

[1] Andreas KILB, »Am Tatort«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** Nr. 16, 19. 1. 2006, S. 31.



Das >Haus der Wannsee-Konferenz< in Berlin. Anderthalb Stunden soll die von HEYDRICH einberufene Besprechung am 20. Januar 1942 gedauert haben.

In Wirklichkeit wurde auf der oben genannten und keine zwei Stunden dauernden Tagung jedoch nicht über die »Vernichtung« der Juden gesprochen und insbesondere nichts darüber beschlossen. Ferner sind die überlieferten Dokumente, insbesondere das »Besprechungsprotokoll«, zu dieser Tagung umstritten, vieles spricht für Fälschungen, die nach dem Krieg hergestellt wurden. Ausführliche Arbeiten dazu liegen seit Jahren vor,[2] auch mit Faksimile-Wiedergaben aller Seiten der Dokumente.[3]

Schwerwiegende Einwände gegen die Echtheit des »Wannsee-Protokolls« sind folgende formelle Eigentümlichkeiten:

1. Es existieren zwei Ausfertigungen. Eine wurde vor dem 14. April 1947 im >Wilhelmstraßen-Prozeß' gegen Ernst VON WEIZSÄCKER vom amerikanischen Ankläger Robert M. W. KEMPNER vorgelegt, der keine näheren Angaben über die Herkunft des >Dokuments< machte. Die andere fand sich in den von den USA nach 1949 an die Bundesrepublik zurückgegebenen Akten des Auswärtigen Amtes und liegt dort. Über ihr früheres Schicksal ist ebenso nichts bekannt.

2. Bei beiden Ausfertigungen handelt es sich, wie im Kopf angeführt, um die 16. von 30 Ausfertigungen. Da sich beide bei genau gleichem Wortlaut und gleichem Zeilenanschlag durch verschiedenes Schriftbild und verschieden geschriebenes Aktenzeichen unterscheiden, muß es sich bei mindestens einer um eine Fälschung handeln.

3. Beide Protokolle sind mit »Geheime Reichssache« überschrieben. Daß dennoch bei nur 15 Teilnehmern 30 Ausfertigungen hergestellt worden seien, ist ungewöhnlich.

4. Keine weitere der übrigen 29 Ausfertigungen ist in den Akten der verschiedenen Ministerien und Dienststellen, für die sie anscheinend bestimmt waren, oder anderenorts je gefunden worden.

5. Das angegebene Aktenzeichen »D. III. 29. g. Rs.« des offensichtlich empfangenden Auswärtigen Amtes findet sich mit »D 111 29 g« auch auf einem anderen, inhaltlich völlig verschiedenen Dokument dieses Ministeriums, was bei der Gründlichkeit deutscher Beamter kaum glaubhaft ist.

6. Es fehlen auf den Dokumenten die bei deutschen Behörden üblichen formellen Dinge wie Name der ausstellenden Dienststelle, ihr Aktenzeichen, die Unterschrift, das Datum, eine vollständige Teilnehmerliste, Anfangs- und Enduhrzeit der Tagung, die Seitenparaphe, eine Beglaubigung, ein Verteiler, die Angabe des Empfängers dieser 16. Ausfertigung,

7. Neben dem Aktenzeichen der empfangenden Stelle, des Auswärtigen Amtes, müßte auch der Eingangsvermerk mit dem Eingangsdatum stehen. Beide fehlen.

8. In dem 1947 aufgetauchten Stück ist SS jeweils mit normalen Buchstaben, in dem später aufgefundenen mit SS-Runen geschrieben. Da das Protokoll von einer hohen SS-Stelle geschrieben sein soll, die sicher eine Schreib-

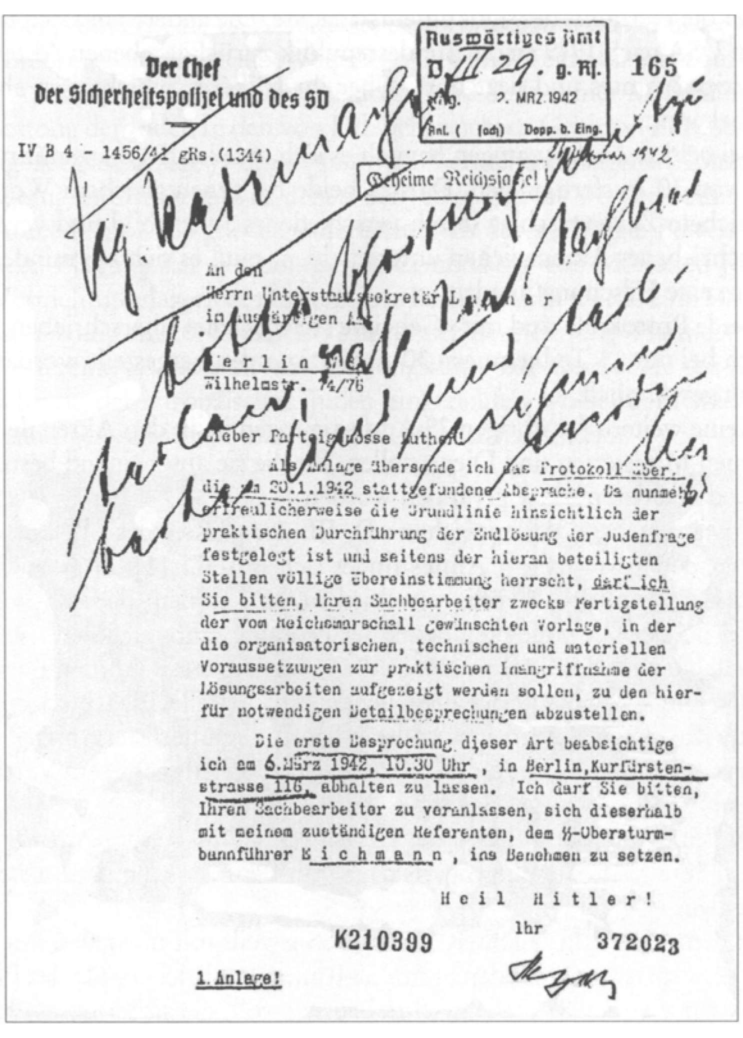
[1] U. a. Hans WAHLS, »Zur Authentizität des > Wannsee-Protokolls«« in: ***Band 10 der Veröffentlichungen der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt,*** Ingolstadt 1987, S. 1-21; Udo WALENDY, »Die Wannsee-Konferenz vom 20. 1. 1942«, in: Udo WALENDY, ***Historische Tatsachen*** Nr, 35, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1988; Johannes P. NEY, »Das Wannsee-Protokoll«, in: ***Huttenbriefe,*** Sonderdruck Juni 1992; ders., »Das Wannsee-Protokoll - Anatomie einer Fälschung«, in: Ernst GAUSS (Hg.), ***Grundlagen %ur Zeitgeschichte,*** Grabert, Tübingen 1994, S. 169-191.

[3] Etwa bei: NEY, aaO. (Anm. 2), S. 3 f., 9-18 u. 22 f.

maschine mit SS-Runen hatte, ist das 1947 vorgelegte Stück wohl eine Fälschung. Wahrscheinlich fiel dieser Fehler auf, und es wurde nach 1947 eine weitere, um die Runen verbesserte Fälschung nachgeschoben.

9. Ein Original des Protokolls oder ein Konzept tauchten nie auf, nur die »16. Ausfertigung« liegt vor.

10. Lange Zeit wurden nur die beiden ersten Seiten gezeigt und behauptet, es handele sich bei dem »Protokoll« um den Beweis für den Befehl HITLERS zur Vernichtung der europäischen Juden. Als das ganze Protokoll bekannt wurde, zeigte sich, daß in seinem Inhalt weder ein Befehl HITLERS noch ein Beschluß zur Vernichtung der Juden vorlag. HITLER wird gar nicht einmal erwähnt, auch nicht die Absicht, die Juden zu ermorden. Insofern ist die oben angeführte Angabe im *Großen Brockhaus von* 1979 schlicht falsch.



Der Chef
Der Sicherheitspolizei und des SD

Auswärtiges Amt
D III 29. g. Rs. 165
Eing. 2. MRZ 1942
Anl. (fach) Dopp. d. Eing.

IV B 4 - 1456/42 gRs. (1344)

Geheime Reichssache!

An den
Herrn Unterstaatssekretär Luther
im Auswärtigen Amt

Berlin W
Wilhelmstr. 74/76

Lieber Parteigenosse Luther!

Als Anlage übersende ich das Protokoll über die am 20.1.1942 stattgefundene Absprache. Da nunmehr erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt ist und seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung herrscht, darf ich Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zwecks Fertigstellung der vom Reichsmarschall gewünschten Vorlage, in der die organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt werden sollen, zu den hierfür notwendigen Detailbesprechungen abzustellen.

Die erste Besprechung dieser Art beabsichtige ich am 6. März 1942, 10.30 Uhr, in Berlin, Kurfürstenstrasse 116, abhalten zu lassen. Ich darf Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zu veranlassen, sich dieserhalb mit meinem zuständigen Referenten, dem SS-Obersturmbannführer Eichmann, ins Benehmen zu setzen.

Heil Hitler!
Ihr

K210399 372023

1. Anlage!

Die beiden Versionen des Begleitschreibens zum sogenannten Wannsee-Protokoll. *Links:* die Version, die sich im Auswärtigen Amt befindet: Politisches Archiv des A. A., *Akten Inland IIg,* Bd. 177, Blatt 165. Rechte *Seite:* die Version, die von Robert KEMPNER veröffentlicht wurde. Siehe: Robert W. M. KEMPNER, *Eichmann und Komplizen,* Zürich-Stuttgart-Wien 1961, S. 150.

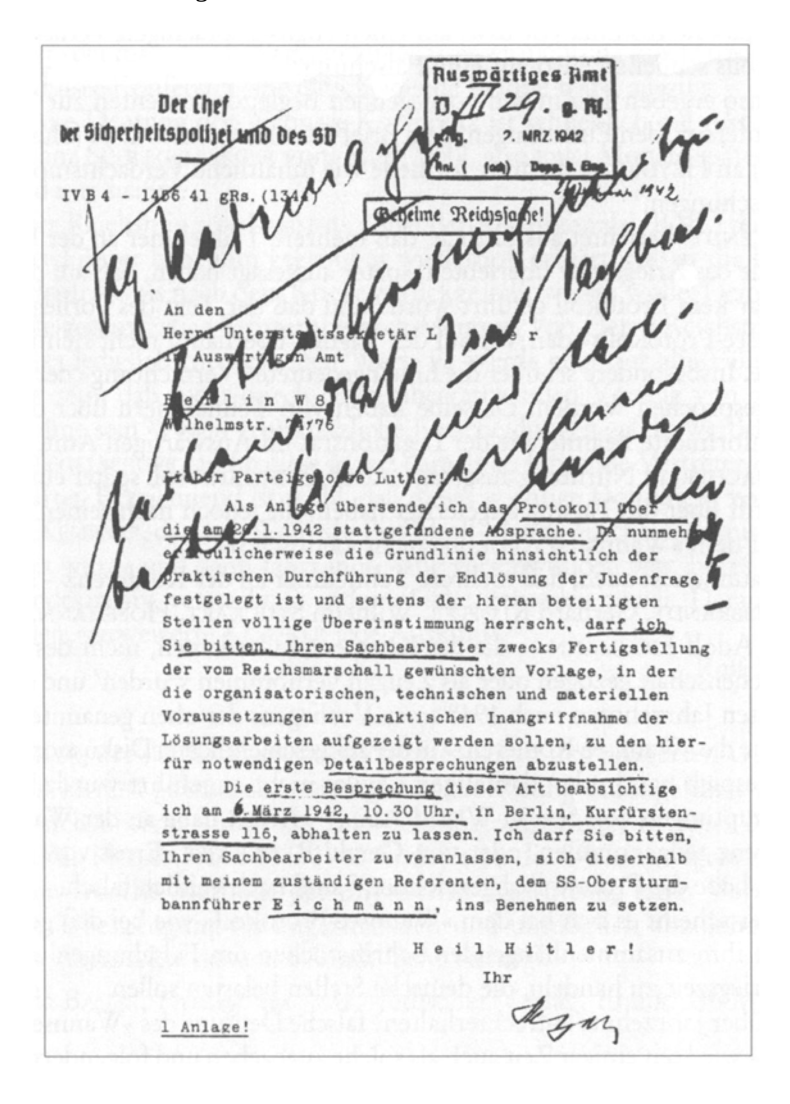
Es wurde in Wirklichkeit ein Plan vorgetragen und besprochen, die europäischen Juden »nach dem Osten zu evakuieren«. Das bestätigt sogar ***Das Parlament*** »Es ist von dieser Beratung wieder und wieder gesagt worden, ihre Teilnehmer hätten den Mord an den Juden beschlossen... Das falsche Bild bedient offenbar ein Bedürfnis,«[4] »Die vorurteilsfreie Kenntnisnahme des >Besprechungsprotokolls< überzeugt davon, daß die Versammelten nichts beschlossen, was als gedanklicher oder befehlsmäßiger Ausgangspunkt des Verbrechens gewertet werden könnte.«[5] »Tatsächlich wurde auf der Wannsee-Konferenz im eigentlichen Sinne nichts beschlossen.«[6]

11. HEYDRICH, der zur Sitzung eingeladen und sie geleitet hat, wird auf der Teilnehmerliste gar nicht erwähnt.

[4] Kurt PATZOLD, »Die vorbereiteten Arbeiten sind eingeleitet. Zum 50. Jahrestag der »Wannsee-Konferenz« vom 20. Januar 1992«, in: ***Das Parlament***, Beilage B-1-2/92, 3. 1. 1992, S.17.

[5] Ebenda, S. 18.

[6] Ebenda, S. 23.



Auswärtiges Amt
D III 29. g. Rs.
Eing. 2. MRZ 1942
Anl. (fach) Dopp. u. Bea.

Der Chef
der Sicherheitspolizei und des SD

IV B 4 - 1456 41 gRs. (1344)

Geheime Reichssache!

An den
Herrn Unterstaatssekretär L u t h e r
im Auswärtigen Amt

B e r l i n W 8
Wilhelmstr. 74/76

Lieber Parteigenosse Luther!

Als Anlage übersende ich das Protokoll über die am 20.1.1942 stattgefundene Absprache. Da nunmehr erfreulicherweise die Grundlinie hinsichtlich der praktischen Durchführung der Endlösung der Judenfrage festgelegt ist und seitens der hieran beteiligten Stellen völlige Übereinstimmung herrscht, darf ich Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zwecks Fertigstellung der vom Reichsmarschall gewünschten Vorlage, in der die organisatorischen, technischen und materiellen Voraussetzungen zur praktischen Inangriffnahme der Lösungsarbeiten aufgezeigt werden sollen, zu den hierfür notwendigen Detailbesprechungen abzustellen.

Die erste Besprechung dieser Art beabsichtige ich am 6. März 1942, 10.30 Uhr, in Berlin, Kurfürstenstrasse 116, abhalten zu lassen. Ich darf Sie bitten, Ihren Sachbearbeiter zu veranlassen, sich dieserhalb mit meinem zuständigen Referenten, dem SS-Obersturmbannführer E i c h m a n n , ins Benehmen zu setzen.

H e i l H i t l e r !
Ihr

1 Anlage!

12. Staatssekretär Ernst VON WEIZSÄCKER, dessen Ministerium die 16. Ausfertigung zugegangen sein soll, erklärte nach 1945 glaubwürdig, daß er das Schriftstück in seiner Amtszeit nicht zu sehen bekommen habe, was sicher der Fall gewesen wäre, wenn das Dokument seinem Ministerium zugeschickt worden wäre.

Auch im Text finden sich Merkwürdigkeiten und sachwidrige Angaben, auf die WALENDY im einzelnen hinweist.[7] NEY[8] führt aus der Analyse des Textes unter anderem folgenden für einen deutschen Protokollführer verwunderlichen Wortgebrauch an: »wichtige Bedeutung« statt »große Bedeutung«, »Staatsarbeiter« statt »Beamte«, »private Berufe - Heilkunde, Presse, Theater« statt »freie Berufe«. Das läßt ebenso wie das hier vorkommende, im Deutschen jedoch falsche Komma vor usw. auf einen englischsprachigen Verfasser des Protokolls schließen, also auf eine Fälschung.

Ebenso ergeben sich in den vorliegenden Begleitdokumenten zur Wannsee-Konferenz, den Einladungen, dem Brief GÖRINGS vom 7.1941 (ohne Tagangabe) an HEYDRICH, mehrere formelle wie inhaltliche Verdachtsmomente auf Fälschungen."

WALENDY[7] berichtet ausführlich, daß mehrere Teilnehmer an der Konferenz, die das Kriegsende überlebten, später ausgesagt haben, daß auf der Tagung gar kein Protokoll geführt wurde und daß der Text des vorliegenden »Wannsee-Protokolls« den Verlauf der Tagung überhaupt nicht richtig wiedergebe. Insbesondere sei über die hineingedeutete »Vernichtung« der Juden nicht gesprochen worden. Dasselbe haben von Teilnehmern über die Tagung informierte Beamte wie der Legationsrat im Auswärtigen Amt, Franz RADEMACHER, in Nürnberg ausgesagt. Adolf EICHMANN soll später eine Niederschrift über die Tagung angefertigt haben, die jedoch nach seinen Angaben mit dem »Wannsee-Protokoll« nicht identisch sei.

Erstaunlich ist auch, daß mehrere Teilnehmer an der Konferenz - so Georg LEIBBRANDT, Gerhard KLOPFER, Wilhelm STUCKART, HOFFMANN, NEUMANN, Adolf EICHMANN -, die das Kriegsende überlebten, nicht deswegen zur Rechenschaft gezogen oder als Zeugen vernommen wurden[7] und daß in den ersten Jahrzehnten nach 1945 trotz Vorliegens der oben genannten Dokumente die »Wannsee-Konferenz« in der zeitgeschichtlichen Diskussion keine Rolle gespielt hat, in den damaligen Lexika nicht angeführt wurde.[10]

Behauptungen von Simon WIESENTHAL,[11] HITLER habe an der Wannsee-Konferenz teilgenommen, oder von Gerald REITLINGER, Ernst VON WEIZSÄCKER habe das Protokoll abgezeichnet,[12] sind nachweislich falsch.

Daher scheint es sich bei dem »Wannsee-Protokoll« wie bei den genannten mit ihm zusammenhängenden Schriftstücken um Fälschungen aus der Nachkriegszeit zu handeln, die deutsche Stellen belasten sollen.

Die über Jahrzehnte aufrechterhaltene falsche Deutung des »Wannsee-Protokolls« wird seit einiger Zeit auch als solche zugegeben und folgendermaßen

[7] WALENDY, aaO. (Anm. 2), S. 27-33.

[8] NEY, aaO. (Anm. 2), S. 7.

[9] Ebenda, S. 16.

[10] Kurt PATZOLD u. Erika SCHWARZ, *Tagesordnung: Judenmord. Die Wannsee-K.onferenz\ am 20. Januar 1942,* Metropol, Berlin 1992.

[11] Simon WIESENTHAL, *Doch die Mörder leben noch,* Droemer Knaur, München 1967, S. 40.

[12] Gerald REITLINGER, *Die Endlösung,* Colloqium, Berlin 1953, S. 106.

»begründete »Warum vermochte sich dennoch zählebig die Version zu behaupten, jene Konferenz sei der Ausgangspunkt des Verbrechens gewesen und die am Wannsee Versammelten hätten es beschlossen? Die falsche Lesart, die keinerlei apologetisches oder persönliches Rechtfertigungs- und Entlastungsinteresse befriedigt, bedient offenbar eine gängige Geschichtsvorstellung, welche die geschichtlich beispiellose, barbarische Entscheidung an einen Ort, an benennbare Personen und auch an Tag und Stunde knüpfen will. Diesem Bedürfnis können die Historiker keine Alternative bieten, weshalb sie der falschen Vorstellung vom geschichtlichen Platz der Konferenz bisher nur mit Teilerfolg entgegengetreten sind.«[13]

In der Gedenkstätte am Wannsee wird derweil immer noch der falschen Auslegung gehuldigt, wird vom »Tatort« geschrieben und aufgezeigt, daß von hier »der historische Weg, der zur Massenvernichtung führte und in dem die Wannsee-Konferenz eine entscheidende Etappe war«, ausging.

Für die Deutung der Wannsee-Konferenz ist schließlich die Aktennotiz von Franz SCHLEGELBERGER vom März 1942, also zwei Monate später wichtig, in der es heißt:

»Herr Reichsminister LAMMERS (Chef der Reichskanzlei, R. K.) teilte mir mit, der Führer habe ihm gegenüber wiederholt erklärt, daß er die Lösung der Judenfrage bis nach dem Kriege zurückgestellt wissen wolle. Demgemäß habe die gegenwärtige Erörterung nach Meinung von Herrn Reichsminister LAMMERS lediglich theoretischen Wert. Er werde aber auf alle Fälle dafür besorgt sein, daß nicht durch einen überraschenden Vortrag von anderer Stelle ohne sein Wissen grundsätzliche Entscheidungen gefällt werden.«[14]

SCHLEGELBERGER sandte diese Notiz damals an führende Vertreter in Staat und Partei. Bezeichnend ist wohl, daß dieses wichtige Dokument von demselben KEMPNER, der das »Wannsee-Protokoll« >fand<, anscheinend aus Akten entfernt wurde und dann Jahrzehnte lang verschwunden war, bis es wieder im Bundesarchiv, versteckt an anderer Stelle, gefunden wurde. Darauf angesprochen, verweigerte KEMPNER jede Auskunft.[15]

Rolf Kosiek

[13] Kurt PATZOLD, »Wannsee-Konferenz«, in: Wolfgang BENZ (Hg.), ***Legenden, iMgen, Vorurteile,*** Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1992, S. 215 ff.

[14] Zitiert von Dr. K. A. R. SCHÜTZ, »Juden Vergasung ohne Befehl Hitlers«, in: ***Neue Juristische Wochenschrift,*** Nr. 29, 1996.

[15] David IRVING, ***Nürnberg. Die letzte Schlacht,*** Grabert, Tübingen 1996, S. 127.

»HIMMLER, der dafür verantwortlich war, daß in den eroberten Gebieten die von HITLER gewünschte rassische Neuordnung durchgeführt wurde, zeigte sich unsicher über die Entwicklung der Dinge. In einer Niederschrift für HITLER vom Mai 1940 finden sich die Überlegungen, daß die bolschewistische Methode der physischen Ausrottung eines Volkes aus innerer Überzeugung als ungermanisch und unmöglich abzulehnen sei. HITLER vermerkte dazu am Rand: >Sehr richtig<-«

Yehuda BAUER, ***Freikauf von Juden?*** Jüdischer Verlag, Frankfun/M, 1996, S. 95.

Unterstellter Mordbefeh! Hitlers

Zur Bekräftigung der derzeitigen Verurteilungen von Personen und Einrichtungen des Dritten Reiches werden oft vorhandene Quellen und Dokumente ganz anders - und zwar immer belastender - ausgelegt, als der wirkliche Wortlaut es erlaubt. Ein kennzeichnendes Beispiel sei angeführt.

In dem Artikel »Hitlers Befehl« in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* vom 24. Januar 2004 wurde über ein erst kurz vorher im amerikanischen Nationalarchiv aufgefundenes Dokument vom 10. Dezember 1942 berichtet. Als eine dem Leser ins Auge springende Unterzeile für den Beitrag wurde gewählt: »Es gab eine persönliche Führeranweisung, die französischen Juden zu ermorden.«

In dem glücklicherweise mit abgebildeten Schriftstück, auf das sich die oben genannte Aussage offensichtlich bezieht, konnte man lesen: »Der Führer hat die Anweisung gegeben, daß die Juden und sonstigen Feinde in Frankreich verhaftet und abtransportiert werden.« Das ist offensichtlich etwas ganz anderes, als in der Überschrift steht.

In einem zu diesem Artikel eingesandten Leserbrief (*FAZ* 6. *2*. 2004) hat Herr Adrian DUNSKUS (München) mit Recht festgestellt: »Es mag sein, daß die Juden nach ihrem Abtransport ermordet wurden, aber dieser eine Satz ist genau das nicht, von dem Sie vorgeben, daß er es ist, nämlich eine persönliche Anweisung, die Juden zu ermorden.«

In dem Originalartikel heißt es dann unter anderem: »So forderte HIMMLER im Februar 1943 bei einer Razzia in Marseille kurzerhand die Verhaftung von 100000 Juden. Tatsächlich wurden damals 1600 Menschen depor-

Französische Juden in Drancy bei Paris.



tiert. Den Vermerk, der erstmals eine persönliche Anweisung HITLERS zum Völkermord in Frankreich belegt, ließ HIMMLER bei Kriegsende zusammen mit seinem Archiv in ein Salzbergwerk bei Hallein bringen.«

Herr DUNSKUS kritisiert auch hier mit Recht, daß der Artikel offenbar in diesen beiden Sätzen ebenso »den Befehl zum Abtransport mit einem Befehl zur Ermordung gleichsetzt, und erklärt: »Das halte ich für unzulässig.« Gerade die Ungeheuerlichkeit der in Frage stehenden NS-Verbrechen »gebietet es für meine Begriffe, bei der Ermittlung des Tathergangs besondere Sorgfalt walten zu lassen«. Und er fügt hinzu, seit dreißig Jahren, die er sich mit dem Thema befasse, »bestürzt es mich ein ums andere Mal, daß in regelmäßigen Abständen Historiker triumphierend ein Dokument präsentieren, das angeblich den Befehl HITLERS zum Massenmord an den Juden darstellt, und jedes Mal kann selbst ein Nicht-Historiker wie ich erkennen, daß es genau das eben nicht ist. Ihr Artikel ist ein weiteres Beispiel für diese Tendenz, Da wird *expostfestum* (im nachhinein, R. K.) etwas in das Dokument hineininterpretiert, das vielleicht auch gemeint war. Worum es aber bei der Ermittlung gehen müßte, ist, genau dieses >vielleicht< zu beseitigen. Das ist bisher leider nicht gelungen.« Die Gefahr bestehe, daß durch solche Vorkommnisse der Eindruck entstehe, »die Historiker hätten schlampig gearbeitet«, und sie seien nun im Begriff, »bei der nachwachsenden Generation ihre Glaubwürdigkeit zu verspielen«.

Das ist vornehm ausgedrückt. Durch ihre Angepaßtheit an die Aussagen der herrschenden politischen Korrektheit und die Beachtung zeitgenössischer Tabus haben leider viele ältere Geschichtswissenschaftler an Ansehen und Vertrauenswürdigkeit verloren. Eine junge unvoreingenommene Generation von Zeitgeschichtsforschern sollte sich diesen umstrittenen Fragen widmen und für eine objektive Historisierung sorgen, Rolf Kosiek

»Da deutscherseits bis 1942 die Absicht bestand, sich der Juden durch Auswanderung zu entledigen, ließ HEYDRICH, der Chef der Gestapo, Mitte 1939 mehrere Schiffe mit jüdischen Flüchtlingen beladen und nach der Karibischen See und Latein Amerika auf Fahrt gehen (gefälschte Einwanderungspapiere gab es auf dem Schwarzen Markt). Diesen Schiffen wurde jedoch überall die Landung verweigert. Sie mußten nach Europa zurückkehren. Genauso scheiterten alle Versuche, Siedlungsräume freizumachen. Als Einwanderungsgebiete wurden ins Auge gefaßt. Latein-Amerika (Brasilien, Venezuela, Costa Rica und die Dominikanische Republik), Britisch-Guyana, der Belgische Kongo, die Philippinen und Alaska, Expräsident HOOVER und Bernard BARUCH traten dafür ein, in Afrika ein zweites jüdisches Nationalheim nach An der USA zu schaffen und dorthin die europäischen Juden umzusiedeln. Als geeignete Gebiete wurden Angola, Äthiopien und Madagaskar bezeichnet. Ausreisepläne scheiterten am Widerstand der ins Auge gefaßten Staaten, Die Zionisten andererseits waren bereit, Flüchtlinge in jeder Menge (in Palästina, R. K.) aufzunehmen. Hier aber legte sich Großbritannien als Mandatsmacht quer und verhinderte die Anlandung von Flüchtlingstransporten.«[1]

[1] Aus: Erich SCHWINGE, ***Churchill und Roosevelt aus kontinentaleuropäischer Sicht,*** N. G, Elwert, Marburg M986, S. 75.

Aussage des GFM von Weichs zu KL-Verbrechen

Das wegen seiner Einseitigkeit und Verfälschungen bereits von vielen anerkannten Wissenschaftlern scharf kritisierte und dennoch in der deutschen Öffentlichkeit hochgelobte Buch *Hitlers willige Vollstrecker* (1996) des Amerikaners GOLDHAGEN[1] hat erneut die Diskussion darüber entfacht, wieviel die Deutschen im allgemeinen während des Zweiten Weltkrieges von den ihnen anschließend von den Alliierten und der Umerziehung vorgeworfenen Verbrechen an Juden gewußt haben. Zahlreiche Zeitzeugen haben sich dazu geäußert, auch solche an früher führenden deutschen Stellen in Politik, Partei und Wehrmacht. Sie haben übereinstimmend ausgesagt, daß sie erst 1945 aus alliierten Quellen über die den Deutschen vorgeworfenen Massenvernichtungen unterrichtet worden seien, obwohl sie nach ihrer Amtsstellung eigentlich davon hätten gehört haben müssen.

Ein wertvolles Zeugnis dieser Art ist die eidesstattliche Aussage des von 1937 bis 1945 als Kommandierender General, Armee- oder Heeresgruppen-Oberbefehlshaber tätigen Generalfeldmarschalls Maximilian Freiherr VON WEICHS (1881-1954). In den Dokumenten des Nürnberger Internationalen Militärtribunals - das allerdings weder international, sondern nur von den vier Hauptsiegern besetzt war, noch ein Militärgericht war, sondern meist aus Zivilisten als Anklägern und Richtern bestand - ist unter »Gen. u. OKW (A)-1630« das von dem Übersetzer Dr. Paul SCHMIDT betreute Affidavit (eidesstattliche Erklärung) des Generalfeldmarschalls vom 8. Juli 1946 wiedergegeben,[2] auf das in der Verhandlung am 21. August 1946 Bezug genommen wurde.[3] Es hat folgenden Wortlaut:

»Ich, Maximilian Freiherr VON WEICHS, geb. 12. 11.1881 in Dessau, versichere an Eides Statt.

Ich war vom 1. 10. 1937 - Oktober 39 Kommandierender General XIII. A. K., vom Oktober 39 bis 15. 7.42 Oberbefehlshaber der 2. Armee, vom 15. 7. 42 bis 10.6.43 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe B, vom Aug. 43 bis 26. 3. 45 Oberbefehlshaber der Heeresgruppe F/OB Südost. Meine Angaben beziehen sich auf diesen Zeitabschnitt.

Mir ist weder vor dem Kriege noch während desselben bekanntgeworden, daß die Absicht bestand oder daß Weisungen von irgendeiner Stelle ausgegeben worden sind, daß die Juden in irgendwelchen Gebietsteilen ausgerottet werden sollten. Daß solche Absichten vorhanden gewesen, sog. Vernichtungslager bestanden haben sollen, habe ich erst in der Gefangenschaft erfahren. Während des Krieges gingen gelegentlich Gerüchte, daß im Reichskommissariat Ukraine/Kiew einzelne Juden getötet worden sein sollten. Beweise dafür konnte mir aber niemand erbringen. Es war nicht klar, ob es sich bei diesen

[1] Daniel Jonah GolDHAGEN, ***Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust,*** Siedler, Berlin 1996.

[1] Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.), ***Der Prozeß gegen die Hauptk riegsverbrecher. Dokumente,*** Nürnberg 1949.

[3] Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.), ***Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher. Niederschriften,*** Nürnberg 1949, Bd. XXI, S, 445.

Nachrichten um Ausstreuungen der feindlichen Kriegspropaganda, um wilde Gerüchte, wie sie im Kriege häufig umlaufen, oder um Wahrheit handelte. Auf eine allgemeine Ausrottungsabsicht konnte man daraus keinesfalls schließen. Ich bin auch gar nicht auf diesen Gedanken gekommen.

Sicher ist, daß die in meinen Befehlsbereichen eingesetzten Truppen der 3 Wehrmachtsteile sich an derartigen Ausrottungsmaßnahmen nicht beteiligt haben. Denn die Truppe lehnte von sich aus schon den Kampf gegen wehrlose Menschen ab. Zudem war sie auch immer belehrt worden, daß wir den Krieg gegen die bewaffneten Streitkräfte des Feindes führen und nicht gegen die Bevölkerung, gleichgültig welcher Rassen, Partei usw. sie angehört. Die mir unterstellten Pfarrer haben auf meine Weisung wiederholt in ihren Predigten darauf hingewiesen, daß die christliche Nächsterdiebe auch auf Juden anzuwenden sei.



Maximilian Freiherr VON WEICHS (1881-1954). Am 15. 7. 1942 bekam er den Oberbefehl über die Heeresgruppe B. und wurde am 1. 2, 1943 zum Generalfeldmarschall befördert. In Nürnberg wurde er im sogenannten Südost-Prozeß vor Gericht gestellt, aber aus gesundheitlichen Gründen noch während der Prozeßdauer entlassen.

Mir ist daher auch nur ein einziger Fall von Judentötung erinnerlich, der in meinem Befehlsbereich vorgekommen ist. Ein Leutnant der Feldgendarmerie (aus der SS hervorgegangen) hatte ohne verständlichen Grund einen Juden erschossen. Ich stellte ihn vor ein Kriegsgericht, da ich durch Aburteilung wegen Mordes ein Exempel statuieren wollte. Auf höhere Weisung mußte der Angeschuldigte aber zur Aburteilung in die Heimat abtransportiert werden. Es ist mir nicht mehr erinnerlich, welche Stelle dies befohlen hat. Daß ich jede ungerechte Verfolgung von Juden innerlich ablehnte, beweist die Tatsache, daß ich mich zweimal durch Privatbriefe bei HIMMLER für Juden verwendete.

In einem Fall handelte es sich um den jüdischen Prof. Dr. MEYERSTEIN (Mediziner), der mit meiner Familie in Verkehr stand und mich gelegentlich einer schweren Erkrankung behandelt hatte. Er war verhaftet worden. Ich bat, ihm die gewünschte Ausreise nach England zu bewilligen. Die Ausreise ist erfolgt.

Auf Bitten einer Freundin meiner Frau bemühte ich mich in gleicher Weise um die Ausreise von 2 älteren, mir persönlich nicht bekannten jüdischen Damen nach Amerika. Die Ausreise wurde genehmigt, konnte aber infolge des inzwischen eintretenden Kriegszustandes mit den USA nicht mehr ausgeführt werden.

Die Antwortschreiben, die ich in beiden Fällen von HIMMLER selbst und einer der ihm unterstellten Dienststellen erhielt, waren in durchaus entgegenkommender Form gehalten und ließen nicht darauf schließen, daß man die Juden restlos ausrotten wollte. Frh. v. WEICHS«

Diese Aussage des hochrangigen und im Osten wie im Südosten eingesetzten Militärs bestätigt, wie streng geheim etwaige weitergehende Maßnahmen gegen Juden im Zweiten Weltkrieg durchgeführt wurden, und widerlegt insbesondere GOLDHAGENS unberechtigte und unverantwortliche Vorwürfe.[4]

[4] Papst Pius XII. zum Holocaust: »Der Papst erklärte, daß er dies erst nach dem Kriege erfahren habe.« ***Svenska Dagbladet,*** 14. 11. 1945, Zit. in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 9. 2. 2006.

Opferzahlen konnten geändert werden

Bei der Diskussion um die Opfer von Kriegsverbrechen wird häufig eingewandt, daß ein Streit um Zahlen unmoralisch sei, weil schon ein Opfer zu viel gewesen sei, und daß ein solcher Streit zwecklos sei, weil die ganz genaue Zahl doch wohl nie zu ermitteln wäre. Das ist richtig, jedoch nur die halbe Wahrheit und geht am Kern des zugrunde hegenden Problems vorbei. Einmal strebt der Mensch im allgemeinen nach der Wahrheit, und die meisten werden wohl kaum verstehen, warum man nachweislich falsche Opferzahlen nicht richtigstellen soll. Das gilt zum anderen insbesondere für die Angehörigen eines Volkes, denen man diese Opferzahlen seit Jahrzehnten belastend vorhält. Denn es ist doch wohl ein Unterschied, ob die Opferzahlen als ein Mehrfaches von den wirklich aufgetretenen angesehen werden oder nicht. Und schließlich ist die Frage zu stellen, warum bei den Deutschland belastend vorgehaltenen Opferzahlen zunächst immer ein Vielfaches - und niemals ein kleinerer Bruchteil von dem behauptet wurde, was sich später als wirklichkeitsnäher herausstellte. Wahrscheinlich sind noch manche heute gängige Opferzahlen zu berichtigen.

Einige Beispiele inzwischen herabgesetzter Opferzahlen seien angeführt.

1. KL Dachau. Jahrelang gab es im KL Dachau eine Tafel mit der Aufschrift: »Dieser Bereich ist als ein Reliquienschrein für die 238 000 Personen beibehalten worden, die hier verbrannt wurden. Bitte ehret sie.«[1] Als früherer Dachau-Häftling schrieb Martin NIEMÖLLER[2] in seiner Schrift *Der Weg ins Freie* 1946 von 238 756 Toten des KL Dachau, eine Zahl, die auch in seiner Biographie von Dietmar SCHMIDT[3] noch 1983 genannt wurde. Auch der *Große Herder* führt unter dem Stichwort »Dachau« 1953 noch an, daß hier »mehr als die Hälfte der Insassen an Hunger, Mißhandlungen. Krankheiten und durch Exekutionen starben, insgesamt 238 000 Menschen«.[-1]

Schon 1981 konnte Alfred SCHICKEL in seiner Schrift *Zeitgeschichte am Scheideweg*[h] die Angabe im Herder-Lexikon als »Fehlmeldung, die seit über zwanzig

[1] Der englische Originaltext lautete: »THIS AREA HAS BEEN RETAINED AS A SHRINE TO THE **238** 000 INDIVIDUALS WHO WERE CREMATED HERE. PLEASE HONOUR THEM.« Eine Abbildung der Tafel findet sich u. a. in: Erich KERN, *Meineid gegen Deutschland,* **K**.W. Schütz , Göttingen **1968**, S. **241**.

[2] Über NIEMÖLLER siehe: Beitrag Nr. **1**19, »Der wandelbare Herr Niemöller«.

[5] Dietmar SCHMIDT, *Martin Niemöller, Eine Biographie,* Radius, Stuttgart 1983, S. 186.

[4] *Der Große Herder,* Herder, Freiburg, 1953, Bd. 2, Spalte 1019/20.

[s] Alfred SCHICKEL, *Zeitgeschichte am Scheideweg. Anspruch und Mängel westdeutscher Zeitgeschichte,* Naumann, Würzburg 1981, S. 26.



KL-Opfer in Buchenwald 1945.

Jahren widerlegt ist«, bezeichnen. In Wirklichkeit starben im KL Dachau rund 30 000 Menschen, eine hohe Zahl, die meisten allerdings erst gegen Ende des Krieges in der Zeit zusammenbrechender Versorgung, aber damit nur ein Achtel der vorher Jahrzehnte lang behaupteten Angabe und 10000 weniger als in einer Nacht 1943 durch Terrorbomber in Hamburg vernichtet wurden.

2. Gedenkstätte Bremervörde-Sandbostel. Lange Zeit hing an der Gedenkstätte Bremervörde-Sandbostel ein Schild mit der Aufschrift: »Hier wurden 46000 russische Soldaten und Offiziere beerdigt, die in Nazi-Gefangenschaft zu Tod gequält wurden.«[6] Dann stellte sich heraus, daß diese Zahl um mehr als das Fünffache übertrieben war. Der zuständige Kreistag beschloß daraufhin folgenden zusätzlichen Hinweis: »Der Wahrheit die Ehre! Diese Inschrift entspricht nicht der Wahrheit. Amtliche Feststellungen haben ergeben, daß hier 8765 Tote begraben sind.«[7]

3. Katyn. Am 13. April 1990 hat die Sowjetunion offiziell über die Moskauer Nachrichtenagentur *Tass* eingestanden, daß die rund 4500 erschossenen polnischen Offiziere, deren Leichen bei Katyn 1943 von deutschen Truppen entdeckt worden waren, und weitere rund 10000 von den Sowjets 1940 ermordet wurden. Bis dahin war diese Tat immer noch Deutschland angelastet worden. Die entsprechenden Tafeln am Warschauer Mahnmal wie im Wal-

' Der englische Originaltext lautet: »HERE ARE BURIED 46 000 RUSSIAN SOL DIERS AND OFFICERS WHO HAD BEEN TORMENTED TO DEATH IN NAZI CAPTIVITY.« Eine Abbildung der Tafel findet sich in: ***National-Zeitung,*** 3. 8. 1990.

? Zitiert in: ***National-Zeitung,*** 3. 8. 1990.

de von Katyn, die die »Faschisten« als Mörder nannten, mußten deswegen entfernt werden. Hier mußte der gesamte Vorwurf gegen Deutschland fallengelassen, die Zahl der Deutschland angelasteten Opfer also von 4500 auf Null verringert werden.

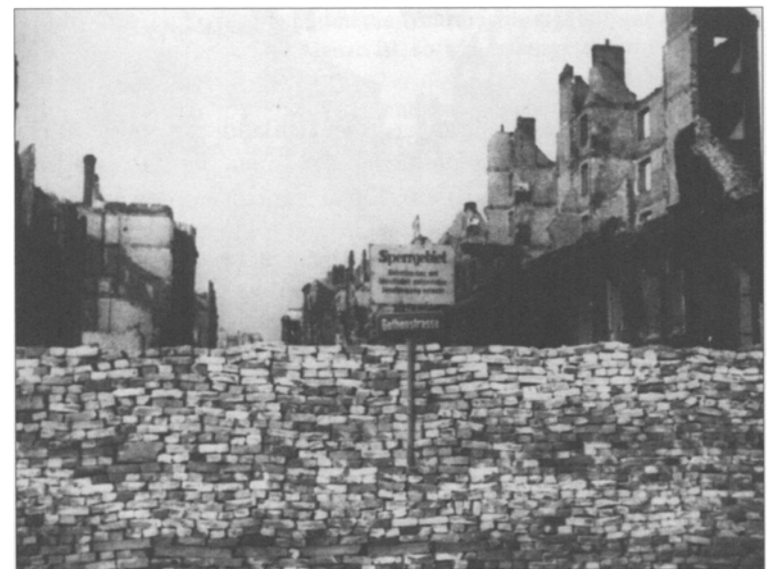
4. KL Auschwitz. Am 18. Juli 1990 meldete die westdeutsche Tagespresse, daß der polnische Leiter des Auschwitz-Museums, Frantiszek PIPER, aufgrund eingehender Studien zu dem Ergebnis gekommen sei, daß im KL Auschwitz statt der bis dahin behaupteten 4 Millionen Todesopfer die Zahl von 1 bis 1,5 Millionen zu beklagen sei und daß auf den dort angebrachten mehrsprachigen Tafeln die bisherige Zahl von 4 Millionen dort Ermordeter entfernt worden sei. Wegen weiterer Verringerung der Opferzahl von Auschwitz siehe: Beitrag Nr. 243, »Revision von KZ-Opferzählen«.

In allen diesen und anderen vergleichbaren Fällen ist gegen die Anbringer der nachweislich falschen Schilder und die Verbreiter der beweisbar falschen Zahlen nie polizeilich ermittelt und strafrechtlich vorgegangen worden, obwohl hier teilweise jahrzehntelang die Weltöffentlichkeit getäuscht wurde. So schrieb die *GmünderTagespost* noch im Jahre 2003 nach einem Besuch ihrer Jugendredaktion in Dachau, daß in diesem KL »etwa 200 000 Menschen an Unterernährung, Krankheiten, Erschöpfung, durch Mord, Schläge oder Bestrafung« um Leben gekommen seien. Ganz anders liegen die Verhältnisse, wenn es sich um Zahlen deutscher Opfer handelt. Einmal werden die Zahlen möglichst niedrig angesetzt, etwa beim Terrorangriff auf Dresden am 13./14. Februar 1945. Die Massenmedien schreiben meist von 35 000 oder »über 35 000 Opfern« in der Elbmetropole, obwohl die wirkliche Zahl der Todesopfer ein Mehrfaches - Schätzungen gehen bis 300 000" - davon betragen dürfte.

Zum anderen wird sogar der Staatsapparat benutzt, um wahrscheinlich in die richtige Richtung gehende Bemühungen zu Richtigstellungen zu unterbinden: Ein Schreiben mit dem Briefkopf »Landeshauptstadt Dresden - Stadtverwaltung - Amt für Protokoll und Auslandsbeziehungen« vom 31. Juli 1992, unterschrieben von Karin MITZSCHERLICH, enthielt u. a. die Sätze: »Ge-

[8] Zitiert in »Die neuen Fälschungen«, in: ***National-Zeitung,*** 30. 5. 2003, S. 1.

[9] ***Die Welt,*** 10. 2. 1993: »nach Schätzungen 40000 bis 100000 Menschen«; ***Welt am Sonntag,*** 14. 2. 1993: »Mehr als 45000 Menschen starben«; ***Westfalenpost,*** 15. 2. 1993: »Zehntausende. . . umkamen«; ***ARD-Tagestbemen,*** 13, 2. 1993, 22.05 Uhr: »Wohl mehr als 40 000 wurden Opfer«; ***ZDF,*** 13. 2. 1993, 0.20 Uhr: »Mehr als 100 000 sind ums Leben gekommen«; ***Morgenmagazin*** (Berlin), 15. 2. 1993: »45000 Opfer«. Das amtliche Institut für Zeitgeschichte in München behauptete am 30.11. 1992, in Dresden seien »etwa 35 000 Menschen ums Leben gekommen«, andere Angaben, »die weit darunter oder weit darüber liegen« seien falsch (zit. in: ***DerScblesier,*** 19. 2. 1993).



In seinem Buch *Dresden 1945* (München 2005) schreibt Wolfgang SCHAARSCHMIDT, der selbst das Inferno von Dresden überlebt hat, daß »tote Gebiete« abgeriegelt wurden, in denen keine Bergungen mehr stattfanden. In vielen Luftschutzkellern entzündeten sich die Brennstoffvorräte, so daß die Keller noch Tage nach den Angriffen nicht betreten werden konnten.

sicherten Angaben der Dresdner Ordnungspolizei zufolge wurden bis zum 20. 3.1945 202040 Tote, überwiegend Frauen und Kinder, geborgen. Davon konnten nur etwa 30 % identifiziert werden. Einschließlich der Vermißten dürfte eine Zahl zwischen 250000 bis 300000 Opfern realistisch sein. Entsprechende neue Forschungen sind noch nicht abgeschlossen.« Als dieser wesentliche Textausschnitt in einer Fotomontage mit dem Briefkopf auf einem Flugblatt erschien, wurden polizeiliche Ermittlungen gegen diese »unzulässige Fotomontage eines an eine bestimmte Person gerichteten Briefes« eingeleitet, wie der zuständige Dresdner Amtsleiter, Rolf HOHBACH in einem Bescheid schrieb.[10] Er fügte hinzu:

»Völlig unabhängig davon hat die Stadt Dresden die in dem Schreiben vom 31. 7. 92 verwendeten Zahlen widerrufen.«

Anstatt froh darüber zu sein, daß endlich eine wahrscheinlich der Wahrheit näherliegende Zahl über die Opferzahl dieses wohl schlimmsten Terrorangriffes aller Zeiten in weitere Kreise dringt, wird die Polizei gegen die Verbreiter eingesetzt. Selbst das Internationale Rote Kreuz schrieb in seinem *Report of the Joint Relief 1941-1946*, daß die Angriffe der Alliierten im Februar 1945 in Dresden 275000 Menschen das Leben gekostet hätten.

Ganz anders verhalten sich jedoch Öffentlichkeit und amtliche Forschung, wenn einmal Opferzahlen bei Verbrechen an Deutschen zu hoch beziffert wurden. So hatte die NS-Propaganda 1939 von bis 60 000 in Polen ermordeten Volksdeutschen gesprochen. Diese Zahl war übertrieben. Selbstverständlich wurde sie nach 1945 korrigiert, und sie wurde nicht mit der Begründung beibehalten, schon ein Opfer sei zu viel und die genaue Zahl sei nicht mehr zu ermitteln.

[10] Zitiert in: *National-Zeitung*, 11.6. 1993.

Revision von KL-Opferzahlen

Eine wesentliche Stelle in der Deutschland zugeschriebenen Schuld aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges nehmen die Zahlen der Opfer in den Konzentrationslagern (KL) ein. Diese Zahlen wurden im Rahmen der den Deutschen bis zur Gegenwart verordneten Umerziehung teilweise ins Groteske übertrieben, wobei die Massenmedien in unverantwortlicher Weise zur Verbreitung der unzutreffenden Beschuldigungen beitrugen.

Als ein bezeichnendes Beispiel sei ein Artikel aus dem Sommer 1945 gebracht.[1] Unter der Balkenüberschrift »Sechsundzwanzig Millionen Todesopfer in den Nazi-Konzentrationslagern. Tagesrekord: 15 000 Ermordete« heißt es dort: »Eine erste amtliche Statistik. London, 28. Aug. (Reuter) Der Pariser Korrespondent des *New Chronicle* schreibt, daß nach den offiziellen Zahlen, die von französischen Beamten aufgestellt wurden, welche von ihrer Regierung den Auftrag erhalten hatten, eine Untersuchung über die Zahl der Todesopfer in den Konzentrationslagern anzustellen, insgesamt sechsundzwanzig Millionen Menschen in den Nazi-Konzentrationslagern ermordet worden sind. Der größte Teil der Opfer entfällt auf das Konzentrationslager Dachau. Dort wurden täglich zwölf- bis fünfzehntausend Personen umgebracht. Der Korrespondent fügt hinzu, daß die Schlächter von Dachau am 10. Juli 1944 ein Festgelage veranstalteten, um den täglichen Rekord zu feiern. Sie hatten an diesem Tage vierundzwanzigtausend Männer, Frauen und Kinder getötet. Für jeden anständigen Deutschen gibt es darauf nur eine Antwort: Kein Mitleid mit diesen Verbrechern! «

Wie schludrig der Artikel verfaßt ist, geht schon daraus hervor, daß in der Überschrift ein »Tagesrekord« von 15000, im Text ein solcher von 24000 angegeben ist - eine schier unvorstellbare Zahl! Der letzte Satz soll dann >volkspädagogisch« wirken.

Der »größte Teil der Opfer« von 26 Millionen - also wohl mehrere Millionen - entfalle auf das KL Dachau, eine durch nichts belegte Behauptung. Für eine lange Zeit nach dem Krieg wurden offiziell für das KL Dachau 238 000 Opfer angegeben - so von Pastor Martin NIEMÖLLER -, bis man dann - auch Ignatz BUBIS im Fernsehen - auf eine Zahl um 32 000 Opfer kam. Nach einem Brief des Standesbeamten BUTTERWECK vom Sonderstandesamt Arolsen vom 16. Januar 1984 lagen bis zum 31. Dezember 1983 für das KL Dachau 18 451 beurkundete Sterbefälle von Häftlingen vor (s. Tabelle am Schluß des Beitrags). In dem obengenannten Artikel von 1945 wird die wirkliche und zu bedauernde Opferzahl also mehr als verhundertfacht.

Dachau wird in dem *Saarbrücker Blatt*[1] als das KL mit den größten Todeszahlen genannt. Das KL Auschwitz, nach heutiger Meinung das größte Vernichtungslager, wird nicht einmal erwähnt, und das mehr als vier Monate

[1] ***Neue Saarbrücker Zeitung,*** 31. 8. 1945. Die Zahl von 26 Millionen Opfern wurde auch von der ***Berner Tagwacht*** am 24. 8. 1945 gebracht.



Schüler-Besuch in der KZ-Gedenkstätte Dachau Mitte der neunziger Jahre. (Foto: B. BOSTELMANN)

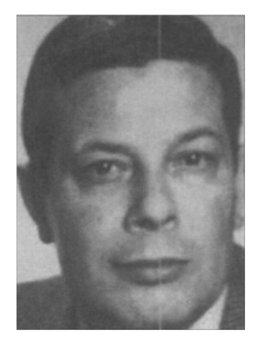
nach Ende des Krieges und mehr als sieben Monate nach Eroberung des KL Auschwitz durch die Russen. Das wirft auch die Frage auf, wie, wenn das umfassend informierte Reuter-Büro von dem später behaupteten Geschehen von Auschwitz nichts wußte, dann die allgemeinen Deutschen vor Kriegsende davon gewußt haben sollten.

Nach 1945 wurde auch lange von Massenvergasungen in Dachau berichtet. Später hieß es, Gaskammern seien dort im Kriege gebaut, aber nicht mehr verwendet worden. Noch am 12. August 1960 fiel *Die Zeit* über den deutschen General a. D. UNREIN her, der gegenüber britischen Besuchern erklärt hatte, es habe vor dem Einmarsch der Amerikaner in Dachau keine Gaskammern gegeben, was sogar zu einer Bundestagsdebatte am 28. September 1960 führte.[7] Dazu schrieb Martin BROSZAT als Vertreter des angesehenen Münchener »Instituts für Zeitgeschichte< »Weder in Dachau, noch in Bergen-Belsen, noch in Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden.« Und ein knappes Jahr später erweiterte er seine Aussage noch in einem Brief an einen schwedischen Fragesteller: »Damit dieser vieldiskutierte, aber oft falsch dargestellte Komplex richtig beurteilt werden kann, habe ich in meiner Zuschrift ausgeführt, daß in Dachau ebensowenig wie in anderen Konzentrationslagern des Altreiches Vergasungen stattgefunden haben.«[4] Damit wurden auch falsche Behauptungen im Nürnberger Prozeß

[2] Siehe: Beitrag Nr. 249, »Keine Vergasungen im Ahreich«, und Nr. 242, »Opferzahlen konnten geändert werden«.

[5] ***Die Zeit***, 19. 8. 1960.

[1] Ausführlich zitiert in: Beitrag Nr. 249, »Keine Vergasungen im Altreich«.



Jean-Claude PRESSAC.

richtiggestellt.[5] In Dachau wie in Sachsenhausen wurden die nach 1945 als von den >Nazis< benutzt vorgeführten Gaskammern anscheinend erst auf Befehl der Alliierten nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht eingebaut.[6]

Eine ähnliche Verringerung der Zahl der Opfer läßt sich im Laufe der Zeit für das KL Auschwitz feststellen. »Vier Millionen Opfer im nationalsozialistischen Arbeits- und Vernichtungslager Auschwitz-Birkenau zählte 1945 die sowjetische Untersuchungskommission, ein Produkt der Kriegspropaganda. Lagerkommandant Höss nannte unter Druck drei Millionen und widerrief... Der erste Holocaust-Historiker Gerald REITLINGER vermutete eine Million, der letzte Forschungsstand bezifferte mehrere Hunderttausend weniger.«[7] Im April 1990 wurde nach neuen polnischen Forschungen die Inschrift von vier Millionen Opfern in Auschwitz auf den 19 Gedenktafeln in 19 Sprachen, vor denen am 7. Juni 1979 auch der aus Polen stammende Papst JOHANNES PAUL II. gebetet hatte, entfernt, und man ging nun von 1 bis 1,5 Millionen Toten aus,[8] was damals den heftigen Widerspruch von Heinz GAUNSKI, dem Leiter der Jüdischen Gemeinde in Berlin, herausforderte. Der Franzose Jean-Claude PRESSAC kam wenige Jahre später in seinem Buch[9] zu dem Ergebnis, daß diese Zahl um weitere Hunderttausende zu verringern sei und insgesamt um 630 000 bis 711000 Auschwitzopfer zu beklagen seien, davon bis zu 550 000 Juden.



Papst JOHANNES PAUL II. in Auschwitz,



[5] Internationaler Militärgerichtshof (Hg.), ***Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher,*** Nachdruck: Delphin, München-Zürich 1984, Bd. VI, S. 370 u. 400 f.

[6] Hellmut DIWALD, ***Geschichte der Deutschen,*** Propyläen, Berlin 1978, S. 164.

[7] Fritjof MEYER, »Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde«, in: ***Osteuropa***, 52. Jg., Nr. 5, 2002, S. 631.

[8] ***Der Spiegel,*** Nr. 30, 1990, S. 111; ***Jüdische Allgemeine Wochenzeitung,*** 26. 7. 1990; Franciszek PIPER, ***Die Zahl der Opfer von Auschwitz*** Staatliches Museum in Oswiecim, Auschwitz 1993, gibt 1,11 Millionen Todesopfer an.

[9] Jean-Claude PRESSAC, ***Die Krematorien im Auschwitz Die Technik des Massenmordes,*** Piper, München 1994; französische Originalausgabe: ***Les Crématoires d'Auschwitz,*** CNRS Editions, Paris 1993.

In einer Erwiderung an F. PIPER schreibt Fritjof MEYER: »Höss'Text »Die Endlösung. . erschien mir unergiebig, weil es sich vorwiegend um eine Kompilation seiner erzwungenen Aussagen vom 14. März 1946 mit späteren Ergänzungen, am Ende wohl von fremder Hand, handelt... Höss spricht von Hunderttausenden ermordeten Frauen und Kindern. Aber auch da scheint jemand hineinredigiert zu haben... Die Zahlenangaben ehemaliger Häflinge sind Phantasiegebilde und entbehren jeder Grundlage.«[103]



Rudolf Höss (hier vor dem Internationalen Militärtribunal in Nürnberg) wurde erst am 11. März 1946 verhaftet, nachdem seine Frau und seine Kinder von den Briten »eingeschüchtert! worden waren. Siehe: David IRVING, *Nürnberg. Die letzte Schlacht,* Grabert, Tübingen [J]2005, S. 314-322.

In einer Studie[10] von 2002 überprüfte der Leitende Spiegel-Redakteur Fritjof MEYER die bisherigen Angaben zu Auschwitz und kam nach Auswertung aller vorliegenden Erkenntnisse zu dem Ergebnis, daß insgesamt bis zu 510 000 Menschen in dem KL Auschwitz umgekommen seien. Insbesondere behauptet er, daß die bisherigen Angaben zu den Gaskammern unzutreffend seien, und meint, zwei kleine Bauernhäuser seien in weit geringerem Umfang, als bisher angenommen, als Gaskammern benutzt worden. Die ersten Nachkriegszahlen der Sowjets seien »ein Produkt der Kriegspropaganda«, das »Geständnis« des Auschwitz-Kommandanten Höss sei unter unmenschlichen Folterungen erpreßt worden. Die bisher zu dem Thema Forschenden hätten falsche Annahmen zugrunde gelegt. In Zukunft sind wohl noch weitere Herabsetzungen der Opferzahlen zu erwarten. Die nicht ganz vollständigen, 1989 von der Sowjetunion freigegebenen sorgfältig geführten Totenbücher von Auschwitz weisen für fast die ganze Lagerzeit rund 66000 Tote auf.

[10] MEYER, aaO. (Anm. 7),S. 631-641,

[I(li] www..idgr.de/texte/geschichte/ns-verbrechen/fritjof-meyer/meyer-replik-auf-piper.php

Bezeichnend ist in diesem Zusammenhang die Reaktion in der Öffentlichkeit und in den Massenmedien auf diese Revisionen der Opferzahlen. Für Leugnung und Verharmlosung des Holocaust wurde 1985 in der Bundesrepublik Deutschland ein neues Sonderstrafgesetz (§ 130 des StGB) erlassen, das 1994 und 2005 noch einmal verschärft wurde und nach dem viele Revisionisten inzwischen verurteilt wurden, teilweise zu erheblichen Haftstrafen wie Germar RUDOLF, Udo WALENDY oder Günter DECKERT. Einschlägige Bücher aus revisionistischer Sicht mit dem ernsthaften Bemühen um die hi-

storische Wahrheit wurden und werden in Deutschland verboten, eingezogen und verbrannt. Die Gesamtzahl von sechs Millionen jüdischer Opfer darf trotz der nun amtlichen Herabsetzung der Zahl der Auschwitz-Opfer um fast 3,5 Millionen auch heute in Deutschland noch nicht bezweifelt werden, obwohl der angesehene Militärhistoriker Joachim HOFFMANN bewies, daß die Zahl von sechs Millionen jüdischer Opfer erstmals von dem russischen Ideologen Ilja EHRENBURG am 4. Januar 1945, also Wochen vor der Einnahme von Auschwitz durch die Russen, aufgebracht wurde. EHRENBURG hatte schon vorher am 5. Oktober 1944 von »Millionen wehrloser Menschen« geschrieben, die die Deutschen in »Vernichtungslagern« in Polen »abschlachteten«.[11]

»Bereits für Majdanek (1,5 Millionen) und Treblinka (3 Millionen) hatten die Sowjets ähnlich exzessiv übertrieben. Ilja EHRENBURG zählte schon im Dezember 1944 sechs Millionen jüdische Opfer, wobei er alle in deutsche Gewalt gefallenen Juden für ermordet erklärte.« Fritjof MEYER (in seiner Erwiderung auf F. PIPER)

Den Druck der politischen Korrektheit bekam noch im Jahre 2002 auch MEYER ZU spüren, obwohl er als Leitender Redakteur des *Spiegels* nicht als rechtsextremer Revisionist zu verdächtigen ist. Wegen seines vorstehend genannten Aufsatzes wurde er in der sonst angesehen *Welt*[11], ohne daß dabei auf die Stichhaltigkeit seiner Beweisgründe eingegangen wurde oder seine Ergebnisse zu widerlegen versucht wurden, als »Kronzeuge« für »Holocaust-Leugner und Auschwitz-Relativierer« diffamiert, der sich »den Vorwurf gefallen lassen« müsse, »den Vergangenheitsverfälschern leichtfertig Vorlagen zu liefern«. Mehrere Strafverfahren gegen MEYER wurden eingestellt.

Ein ähnliches Tabu herrschte bis 1990 in Osteuropa. In einem Leserbrief schrieb der Forschungskurator des Auschwitz-Museums, Waclaw DLUGOBORSKI, zu der Opferzahl von Auschwitz: »Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma. Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren.«[13]

Noch heute ist in Deutschland ein Zustand zu beklagen, den Hans Heinrich WILHELM in die Worte faßte:[14] »Die Geschichte des Holocaust gilt heute weithin als eines der besterforschten Kapitel der neueren Geschichte. Bei näherer Prüfung pflegt sich jedoch auch auf diesem Gebiet meist sehr rasch herauszustellen, daß wir uns noch immer auf sehr schwankendem Boden bewegen. Oft ist der Konsens der Forschung nur dadurch zu erklären, daß kritiklos voneinander abgeschrieben wurde. . . Auch Schweigegebote für historische Gutachter bewirkten gelegentlich, daß der >Forschungsstand< hinter dem Erkenntnisstand einiger zurückblieb.«

Mehr als 60 Jahre nach dem damaligen Geschehen sollte die Forschung freigegeben und sachlich durchgeführt werden. Statt dessen wird die Öffentlichkeit bis zum Überdruß, vor allem im publikumswirksamen Fernsehen, meist mit wahrscheinlich sehr von der geschichtlichen Wahrheit entfernten Zeugenaussagen versorgt. Schon vor mehr als zehn Jahren forderte der frühere

[11] Joachim HOFFMANN, ***Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,*** Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 160 f.

[12] Sven Felix KELLERHOFF, in: ***Die Welt,*** 28. 8. 2002.

[u] Waclaw DLUGOBORSKI, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 14. 9. 1998.

[M] Hans Heinrich WILHELM, ***Die Schatten der Vergangenheit,*** Ullstein-Propyläen, Frankfurt/M.-Berlin 1990, S. 403,

langjährige Landesminister und Bundestagsabgeordnete der CDU Heinrich LUMMER: »ES sollte die Zeit gekommen sein für die Fähigkeit zu einer wissenschaftlich objektiven Betrachtung. So mancher Politiker hat mit Rücksicht auf den Vorsitzenden des Zentralrats der Juden die Wahrheit heruntergeschluckt.«[15] Zu unterstreichen ist, was MEYER am Schluß seiner Abhandlung erklärt: »Diese Ergebnis relativiert nicht die Barbarei, sondern verifiziert sie - eine erhärtete Warnung vor neuem Zivilisationsbruch.«[16]

[15] Heinrich LUMMER, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14.2.1991.

[14] Fritjof MEYER, aaO. (Anm. 7), S. 641.

»Was sollen die Deutschen vom Wahrheitsgehalt der Nachkriegsgeschichtsschreibung halten, wenn zum Beispiel am Freitag vor Weihnachten in einer Diskussion des Bayerischen Fernsehens zwischen Professor DIWALD und seinen Kontrahenten Kultusminister Professor MAIER, Professor JÄCKEL und Iring FETSCHER zugegeben werden mußte, daß nach dem Kriege Amerikaner Gaskammern im KZ Dachau von inhaftierten SS-An gehörigen bauen ließen, um sie jahrelang Besuchern mit dem Hinweis vorzuführen, in ihnen habe man täglich bis zu 25 000 Juden getötet?«

Frankfurier Allgemeine Zeitung, 20. 1. 1979.

Auskunft des Sonderstandesamtes Arolsen
Beurkundete Sterbefälle von Häftlingen ehemaliger deutscher Konzentrationslager beim Sonderstandesamt Arolsen

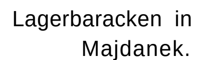
	31.12.1982	vom 1.1.1983 bis 31.12.1983	insgesamt bis 31,12.1983
Auschwitz	53 606	27	53 633
Bergen-Belsen	6 851	-	6 851
Buchenwald	20 671	-	20671
Dachau	18 451	-	18 451
Flossenbürg	18 330	-	18 330
Groß Rosen	8 355	-	8 355
Lublin	7 245	426	7 671
Mauthausen	78 823	1	78 824
Mittelbau	7 462	-	7 462
Natzwei1er	4 431	-	4431
Neuengamme	5 706	-	5 706
Ravensbrück	2 128	2	2130
Sachsenhausen	5 012	-	5 012
Stutthof	11237	1065	12 303
Theresienstadt	27 260	344	27 604
Verschiedene	4 643	-	4 643
	280 212	1865	282 077

Zahl der Karteikarten in der Hauptkanei des Sonderstandesamtes über registrierte KL-Sterbefälle beim Sonderstandesamt und anderen Standesämtern zum 31. 12. 1983 373 468 (einschließlich Hinweiskarten für
- Todeserklärungen und Anfragen von Amtsgerichten betr. Todeserklärungen.
- verschiedene Schreibarten von Familiennamen usw.) Arolsen, den 16. 1, 1984

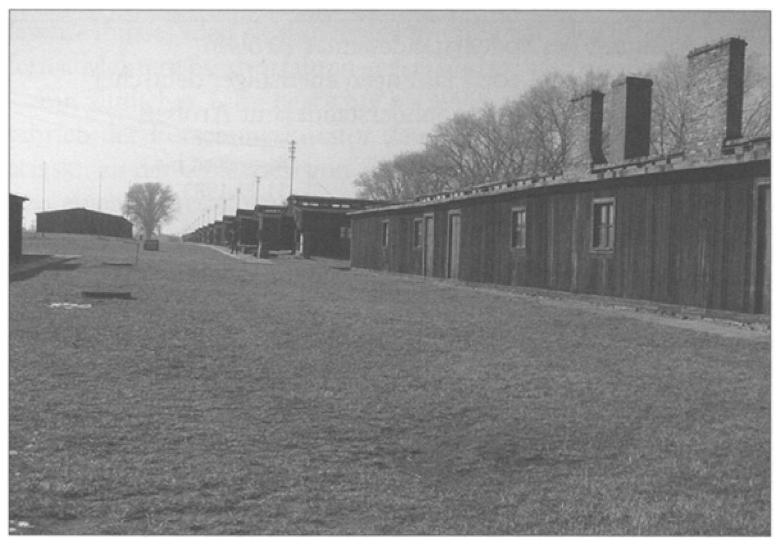
Majdanek-Opferzahlen verringert

Von der bundesdeutschen Presse wurde Anfang 2006 kaum oder gar nicht erwähnt, daß von der Leitung der Gedenkstätte Majdanek in Polen die Opferzahlen des dortigen Konzentrationslagers erneut stark herabgesetzt werden konnten. Es haben dort anscheinend weniger Menschen den Tod gefunden, als ursprünglich behauptet worden war.

Am 28. September 1944 kam eine sowjetisch-polnische Untersuchungskommission zu dem Ergebnis, daß in dem KL Lublin (heute Majdanek genannt) bis zu dessen Eroberung durch die Rote Armee am 23. Juli 1944 rund 1,5 Millionen Menschen zu Tode gekommen seien, durch Massenerschießungen, durch Luftabgase in »Mordwagen«, durch Massentötungen in »Gaszellen«. Vor dem Nürnberger Militärtribunal[1] wurden diese 1,5 Millionen Opfer für Majdanek vom russischen Oberjustizrat SMIRNOW am 19. Februar 1946 genannt. Das Lager galt als das nach Auschwitz größte Vernichtungslager im



Lagerbaracken in Majdanek.



Osten, Im Laufe der Jahre war diese Zahl ähnlich wie in Auschwitz - amtlich bereits mehrfach bis auf zuletzt 235Q00[2] oder 230000[1] Opfer, darunter 100000 Juden, für das im Oktober 1941 errichtete Lager herabgesetzt worden.

[1] Nürnberger Dokument USSR-93, Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.), ***Der Nürnberger Prozeß,*** Band VII, S. 648.

[1] Czeslaw **R**AJCA, »Problem liczby ofiar w obozie na Majdanku« (Das Problem der Anzahl der Opfer im Lager Majdanek), in: ***Zesyiy Majdanka***, XIV, 1992,

[3] So in: ***junge Freiheit,*** Nr. 3, 2006, 13. 1. 2006, S. 21.



Eine Aufnahme vom Konzentrationslager Majdanek, die unterschiedlich gedeutet wurde.

Am 23. Dezember 2005 wies die polnische Tageszeitung *Gazeta Wjborsza* darauf hin, daß diese Zahl offensichdich auch noch zu hoch angesetzt sei. Der Leiter der wissenschaftlichen Abteilung der Gedenkstätte Majdanek, Tomasz KRANZ, sei in einem Artikel in der von seinem wissenschaftlichen Institut herausgegebenen Zeitschrift[4] nach dem neuesten Stand der Forschung auf insgesamt rund 78 000 Todesopfer gekommen, davon etwa 59 000 Juden und 19 000 Angehörige anderer Nationalitäten, vor allem Polen und Weißrussen. Er stützte sich bei seinen Berechnungen unter anderem auf erhaltene Totenbücher des Lagers sowie tägliche Stärkemeldungen, die er mit anderen Quellen, etwa Funksprüchen der SS, verglichen hat.

Der Vorsitzende des Rates des Museums Majdanek, Zygmunt MANKOWSKI, lobte in der polnischen Tageszeitung *Gavgta Wyborsza* die »gründlichen Berechnungen«' des Wissenschaftlers, nach denen offensichtlich die Zahl der Opfer weniger als ein Zwanzigstel von der beträgt, die ursprünglich den Deutschen vorgeworfen wurde.

Eine »historische und technische Studie« über das Lager Majdanek zweier Revisionisten kam 1998 zu dem Ergebnis, daß die Gesamtzahl der Todesopfer in diesem KL von seiner Gründung bis zum 23. Juli 1944 ungefähr 42 200 betrage habe.[6]

Rolf Kosiek

[4] Tomasz KRANZ, in: ***Zeszyty Majdanka*** (Hefte von Majdanek), Band 23; siehe auch: Jochen ARP, »Auf immer fehlgeschrieben«, in: ***Preußische Allgemeine Zeitung,*** 4. 2. 2006; ***Berliner Zeitung,*** 4. 1. 2006.

[5] Zitiert in: ***Junge Freiheit,*** Nr. 3, 2006, 13. 1.2006, S. 21.

[6] Jürgen GRAF u, Carlo MATTOGNO, ***KI, Majdanek, Eine historische und technische Studie,*** Castle Hill Publishers, Hastings (Großbritannien) 1998, S. 79,

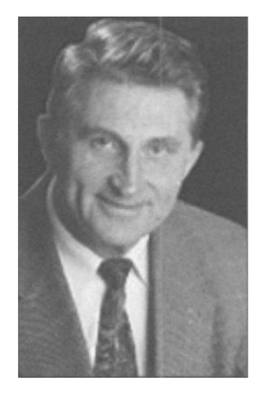
Falsche Zahlen über das KL Flossenbürg

In der Nachkriegszeit und teilweise bis in die Gegenwart wurden die Zahlen für die Opfer in den Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkriegs nicht selten zu hoch angesetzt. Mehrfach - so für Auschwitz - mußten früher als amtlich angenommene Zahlen beträchtlich verringert werden. Eine freie Aussprache darüber ist in Deutschland bisher nicht möglich. Das mußte im Herbst 2001 auch der thüringische Vertriebenen Vorsitzende Paul LATUSSEK erfahren, der bei einer Verbandstagung geäußert haben soll, daß »die Lügen über Katyn, über Jedwabne und die Opfer in Auschwitz und anderswo nicht mehr länger zu halten sind«.[1] Das löste einen großen Pressewirbel mit zahlreichen Verurteilungen des Redners aus. Er wurde daraufhin wenige Tage später als Vizepräsident des Bundes der Vertriebenen (BdV) abgesetzt[2] und verlor auch weitere Amter. Jahrelange Gerichtsverfahren wegen >Volksverhetzung< brachten ihm in mehreren Instanzen zunächst Freisprüche und schließlich 2005 eine Geldstrafe.

[1] Zit. in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 22.11.2001.

[1] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 30. 11. **2001.**

[3] S. F. PINTER, »Propaganda-Pressedienste«, in: ***Deutsche Wochenschrift,*** St. Louis, 20. 11. 1958.

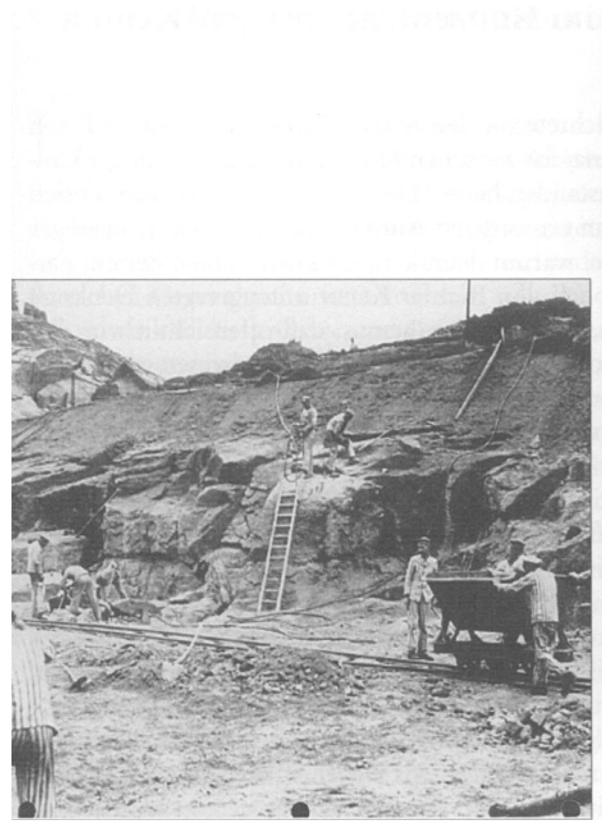


Paul LATUSSEK.

Als ein Beispiel solch einer zu hohen Angabe von Opferzahlen sei eine Falschmeldung über das Konzentrationslager Flossenbürg und die Richtigstellung durch einen damals damit direkt befaßten Amerikaner nachfolgend gebracht. Sie stammt aus berufenem Munde, von dem amerikanischen Armeeanwalt S. F. PINTER, der 1946/47 mit der Untersuchung der dortigen Verhältnisse beauftragt war und als unparteiischer Zeitzeuge gelten darf.- Der Amerikaner schreibt im Anschluß an eine andere Falschmeldung:

»Ein ähnliches Propagandastück wurde vor einiger Zeit von dem amerikanischen Pressedienst »Associated Press« verbreitet. Dieser Bericht kam aus dem kommunistischen Prag und stammte ursprünglich vom Tschechoslowakischen Pressedienst. Er berichtete über das Begräbnis der Asche von angeblich 3000 Russen, Franzosen, Jugoslawen und Polen, welche im Konzentrationslager Flossenbürg getötet worden sein sollen. Daß ein solcher Bericht nichts weiter als eine schmutzige Lüge ist, weiß ich aus meinen eigenen Untersuchungen.

Als ich nämlich zu Anfang des Jahres 1946 als amerikanischer Armeeanwalt nach Deutschland kam, mit dem Rang eines Obersten, gab es in Dachau, wo ich zuerst hinkam, niemanden, der mich im Rang übertraf. Ich erhielt daher vorerst keine Befehle. Ich erkundigte mich also, was da noch zu erledigen wäre, und fand, daß das Konzentrationslager Flossenbürg noch unberührt war. Ich unternahm daher eine gründliche Untersuchung, sprach mit Hunderten, wenn nicht Tausenden früherer Insassen dieses Lagers. Da die meisten deutsch sprechen konnten, entstanden für mich keinerlei Schwierigkeiten, nur mit Polen brauchte ich einen Dolmetscher. Nicht nur, daß ich monatelang von DP-Lager zu DP-Lager fuhr in dieser Untersuchung, nahm





Aufnahmen vom Konzentrationslager Flossenbürg in Bayern. Einer der bekannten Häftlinge war Dietrich BONHOEFFER.

ich auch an der Hauptverhandlung als aktiver Anwalt teil und blieb nachher noch einige Monate in Dachau, um als leitender US-Beamter die übrigen früheren Beamten und Angestellten des Lagers zu überprüfen und womöglich zu entlassen. Ich brachte also tatsächlich 17 Monate mit der Untersuchung dieses Lagers (Flossenbürg, R. K.) zu und war gründlich darüber informiert. Außerdem schaffte mir die zuständige amerikanische Armee-Einheit sämtliche Bücher des früheren Lagers, und eine ganze Lastwagenladung wurde von mir ausgesucht und nach Dachau versandt, so daß ein Verzeichnis sämtlicher Insassen zur Verfügung stand sowie eine genaue Liste der Verstorbenen, mit Todesursache, und aller, die wegen eines Verbrechens hingerichtet worden waren. Ich kann also mit gewisser Bestimmtheit sagen, daß während der langen Jahre des Bestandes dieses Lagers Flossenbürg nicht einmal 300 Personen getötet wurden, in keiner Weise, ob durch Hinrichtung oder sonstwie.«

Daß wesentlich mehr Häftlinge Opfer von Krankheiten und Epidemien wurden, insbesondere durch die chaotischen Verhältnisse kurz vor Kriegsende, ist wohl traurige Wirklichkeit. Rolf Kosiek

Erfundene Tote im Konzentrationslager Kemna

Am 15. Mai 1985 berichtete die *Wuppertaler Zeitung* von »vielen« Toten im früheren KL Kemna, das zwischen Mitte und Ende 1933 in der Umgebung von Wuppertal bestanden hatte.[1] Der *Wuppertaler Stadtanzeiger* schrieb sogar von 400 dort grausam ermordeten Antifaschisten. Als ein neugieriger Wuppertaler wissen wollte, warum denn keine Namen in dem Bericht darüber wie auf dem maßgeblich von Richter KLEIN mitangeregten Denkmal für die KL-Toten ständen, stellte es sich heraus, daß offensichtlich im KL Kemna erfreulicherweise keine Todesopfer zu beklagen gewesen waren, daß also die Zeitungsmeldungen von den Opfern einfach falsch waren. Auf Nachfrage gab die Zeitung an, sie habe die Angabe vom Stadtarchiv Wuppertal erhalten. Dieses erklärte dann, es habe diese Daten »der Broschüre des Landgerichts zu seinem 150jährigen Bestehen entnommen«, und verwies an Richter KLEIN. In der Festschrift des Gerichts' heißt es auf Seite 78 in einem Kapitel über »Kemna«: »Auch in Wuppertal wurde am 5. Juli 1933 in Kemna ein Konzentrationslager eröffnet, durch das fast 5000 >Schutzhäftlinge< gegangen sind.

... Viele starben an den Folgen der brutalen >Sonderbehandlung<, manche töteten sich selbst, um weiteren Quälereien zu entgehen.« Als Richter KLEIN höflich schriftlich um Auskunft gebeten wurde, woher er die Angaben habe, zog er es vor, gar nicht zu antworten. Als ein ehemaliger Insasse des KL Kemna und späterer Vorsitzender von Antifa-Gruppen gefragt wurde, wieviele seiner Genossen im KL Kemna umgebracht worden seien, antwortete er: »Keine«.

Nur durch die Hartnäckigkeit eines Wuppertaler Bürgers kam also heraus, daß eine Deutsche stark belastende Behauptung offensichtlich nicht stimmt, vielleicht sogar mit Vorsatz gefälscht worden war. Auch die Grundlagen des Wuppertaler Kemna-Prozesses von 1948 dürften falsch sein.

In Wuppertal lief 1987/88 ein skandalöser Prozeß gegen Gottfried WEISE über dessen angebliche Tätigkeit im KL Auschwitz-Birkenau unter Leitung des Richters Wilfried KLEIN ab.[3] Mit an Rechtsbeugung grenzenden Methoden setzte das Gericht die Verurteilung zu lebenslänglicher Haft durch.

' Erwähnt von Claus JORDAN, in: Ernst GAUSS (Hg.), *Grundlagen zur Zeitgeschichte*, Grabert, Tübingen 1994, S. 134.

[2] *Rechtsprechung und Zeitgeschichte, 1834—1984, 150 jähre Landgericht Wuppertal*, Wuppertal 1984.

• Rüdiger GERHARD (Hg.), *Der Fall Weise - Dokumentation einem Auschwitz-Birkenau-Prozeß*, Türmer, Berg -'1991.

Die >Menschenmühle< von Belzec

Uber die deutschen Konzentrationslager im Osten sind die abenteuerlichsten Geschichten im Umlauf. Ein Beispiel dafür gibt der ungarische Jude Stefan SZENDE in seinem Buch ***Der letzte Jude aus Polen?*** das, bereits 1944 erschienen, »der erste ausführliche Augenzeugenbericht von der Vernichtung der etwa fünf Millionen polnischer und anderer europäischer Juden im deutschen Generalgouvernement«[2] sein soll. Die Aussagen will er kontrolliert sowie »Widersprüche« und »Irrtümer« seiner Gewährsmänner sorgfältig »korrigiert« haben.[3] Daher meint er im Vorwort »mit ruhigem Gewissen sagen zu dürfen, daß dieses Buch die Wahrheit und nichts anderes als die Wahrheit enthält«.[4] Uber Belzec heißt es in diesem Buch:[5]

»Belzec war ein kleiner Ort, nördlich von Rawa-Ruska, genau an der deutsch-russischen Grenze vom Jahre 1939. Gleich, nach Festlegung dieser neuen Grenzen begannen die Russen mit dem Bau umfangreicher Befestigungswerke. Als die deutschen Truppen im Juni 1941 hier die russische Grenze überschritten, waren diese Befestigungen noch nicht fertig gebaut. Aus diesen halbfertigen russischen Befestigungen machten die Nazis jene Menschenmühle, jene Leichenfabrik, in der Hundentausende, wahrscheinlich sogar Millionen Juden den Tod gefunden haben. . ,[6]

Es war ausgewählte SS-Mannschaft, die hier regierte, Männer mit eisernen Nerven. Es gab vieles zu tun in dieser Menschenmühle, und es war eine besondere Grausamkeit, daß man zu gewissen Arbeiten die eigenen Opfer in Anspruch nahm. So war es eine wichtige Aufgabe, die Sachen und Kleider der ermordeten Millionen zu sonieren und zu verpacken. Zu solchen Diensten wählte die SS einige Juden aus den täglich einlaufenden Transporten aus. Diesen Juden war natürlich nicht Gnade gewährt worden. Ihre Hinrichtung war nur einige Tage aufgeschoben worden. Zwei Juden, die solche Handreicherdienste geleistet hatten, konnten entfliehen. Sie entkamen in das damals noch bestehende Ghetto von Rawa-Ruska. Don berichteten sie ihren Schicksalskameraden von der technisch vollendeten Grausamkeit der Menschenmühle in Belzec. Soweit ich weiß, ist es keinem Juden gelungen, sich aus Belzec auf neutralen oder alliierten Boden zu retten. Die beiden Juden,

[1] Stefan SZENDE, ***Der letzte Jude aus Polen,*** Europa, Zürich-New York 1945; Originalausgabe schwedisch bei Albert Bonniers Bokforlag 1944 als ***Den siste Juden fran Polen.***

[1] Ebenda, deutsche Ausgabe, S. 5.

[3] Ebenda, S. 6.

[4] Ebenda.

[s] Ebenda., S. 290 ff.

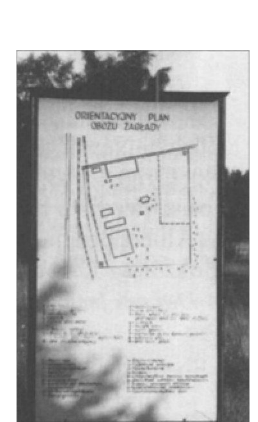


Stefan SZENDE, ***Der letzte Jude aus Polen.***

[6] Heinz HÖHNE, in: ***Der Orden unter dem Totenkopf,*** Goldmann, München [3]1979, S. 349, gibt in einer Auflistung für die »Todesmühlen im Osten« für Belzec 600 000 ermordete Juden an. Christian ZENTNER und Friedemann BEDÜRFTIG (Hg.), ***Das Große Lexikon des Dritten Reiches,*** Südwest, München 1985, geben S. 67 »mindestens 400000 Juden«, wahrscheinlich über 600000 als Opfer für Belzec an. Wolfgang BENZ (Hg.), ***Legenden, Lügen, Vorurteile,*** Deutscher Taschenbuch Verlag, München '1992, nennt auf S. 201 »insgesamt an die 600000 Juden« als Vergasungsopfer für Belzec.

die im Sommer 1942 von Belzec nach Rawa-Ruska entkommen waren, sind wahrscheinlich bei der Liquidierung des Ghettos in Rawa-Ruska getötet worden. Doch einige Leute, die persönlich die Erzählungen dieser Augenzeugen gehört hatten, sind aus Rawa-Ruska entkommen.« Von ihnen soll, so SZENDE, die folgende Beschreibung stammen:

»Die mit den Juden vollbelasteten Züge fuhren durch einen Tunnel in die unterirdischen Räume der Hinrichtungsstelle ein. Dort wurden die Juden ausgeladen. Sie mußten ihre Sachen abgeben. Im Jahre 1942 kamen nämlich alle Transporte noch mit Kleidern und sogar mit allerlei Gepäck an. Vollbelastete Züge mit Juden aus Deutschland, Österreich, der Tschechoslowakei, Belgien, Holland, Frankreich, vom Balkan liefen in den Tunnel von Belzec ein...



Orientierungsplan des KL Belzec, der 275 x 263 cm groß war. Dort sollen von März bis Dezember 1942 600 000 Juden ermordet worden sein. Neben der Menschenmühle kursierten andere Varianten als Tötungswaffe, darunter Dieselmotorgase.

Die nackten Juden wurden in riesige Hallen gebracht. Mehrere tausend Menschen auf einmal konnten diese Hallen fassen. Sie hatten keine Fenster, sie waren aus Metall mit versenkbarem Boden. Der Boden dieser Hallen mit den Tausenden Juden wurde in ein darunter liegendes Wasserbassin gesenkt - doch nur so weit, daß die Menschen auf der Metallplatte nicht ganz unter Wasser kamen. Wenn alle Juden auf der Metallplatte schon bis über die Hüften im Wasser standen, wurde elektrischer Starkstrom durch das Wasser geleitet. Nach wenigen Augenblicken waren alle Juden, Tausende auf einmal, tot. Dann hob sich der Metallboden aus dem Wasser. Auf ihm lagen die Leichen der Hingerichteten. Eine andere Stromleitung wurde eingeschaltet, und die Metallplatte wurde zu einem Krematoriumssarg, heißglühend, bis alle Leichen zu Asche verbrannt waren. Gewaltige Kräne hoben dann den riesigen Krematoriumssarg und entleerten die Asche. Große Fabrikschornsteine entleerten den Rauch. Die Prozedur war vollzogen. Der nächste Zug wartete schon mit neuen Juden vor der Einfahrt des Tunnels, Die einzelnen Züge brachten drei- bis fünftausend, manchmal auch mehr Juden. Es kamen täglich mehrere Züge an. Es gab Tage, an denen die Linie nach Belzec zwanzig und dreißig solche Züge befördert hatte. Die moderne Technik in nazistischer Regie triumphierte über alle Schwierigkeiten. Das Problem, wie man Millionen Menschen hinrichten kann, war gelöst. Die unterirdische Menschenmühle verbreitete einen schrecklichen Geruch über die Umgebung. Zeitweise lag dichter Rauch verbrannter Menschenkörper über weiten Gebieten.«

Natürlich ist diese >Menschenmühle< ein reines Hirngespinst krankhafter Phantasie ohne jede wirkliche Grundlage und allein zur Hetze gegen Deutschland erfunden und geschrieben. Diese und andere Lügen wurden aber weithin geglaubt und dienten zur Verleumdung Deutschlands. Bezeichnend ist auch, daß das hier benutzte Exemplar des Buches von SZENDE, die deutsche Ausgabe von 1945, als »Schweizer Spende« einer großen westdeutschen Universitätsbibliothek zugestellt wurde, wo es bis zur Gegenwart zur »seelischen Deformation< unserer Jugend beiträgt. Dagegen greift die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften natürlich nicht ein.

Gaskammer im Konzentrationslager Ravensbrück?

In einer ZDF-Sendung aus der Reihe »Zeugen der Zeit« fand im Januar 1982 ein Interview von Heidi DÜRR mit Frau Margarete BUBER-NEUMANN statt. Vorweg einige Angaben zur Person von Frau BUBER-NEUMANN:[1] Sie wurde 1901 als Margarete THÜRING in Potsdam geboren, 1921 trat sie in den kommunistischen Jugendverband Deutschlands ein und 1926 in die KPD (Sektion der Kommunistischen Internationale).

In erster Ehe war sie mit Raphael BUBER, dem Sohn des jüdischen Religionsphilosophen Martin BUBER, verheiratet, trennte sich 1925 von ihm und wurde 1929 geschieden. Aus der Ehe stammen zwei Kinder. Im selben Jahr 1929 lernte Frau BUBER den KPD-Reichstagsabgeordneten Heinz NEUMANN kennen, mit dem sie 1933 nach Moskau ging. 1937 wurde NEUMANN vom NKWD verhaftet und verschwand spurlos. Die beiden Schwestern von Frau Margarete BUBER-NEUMANN waren ebenfalls Mitglieder der KPD. Eine von ihnen, Babette GROSS, war mit dem deutschen Kommunisten Willi MÜNZENBERG liiert, der nach 1933 von Paris aus die Legenden vom Reichstagsbrand verbreitete. Nach der Verhaftung von Heinz NEUMANN wurde auch Margarete BUBER-NEUMANN in Moskau festgenommen und zu fünf Jahren Lager verurteilt. Am 2. August 1940 wurde sie mit anderen Kommunisten von STAUN an das Deutsche Reich ausgeliefert und kam in das Konzentrationslager Ravensbrück.[2] Am 21. Aprill945 wurde sie aus Ravensbrück entlassen, also vor der >Befreiung< des Lagers durch die Rote Armee. Nach 1945 war sie aufgrund ihrer persönlichen Erfahrung eine engagierte Antikommunistin.

Zurück zum ZDI--Interview, in dem Frau BUBER-NEUMANN folgende Aussage über Ravensbrück machte: »Die erste Gaskammer wurde gebaut 1944, und zwar ganz primitiv. Es war ein kleines Haus, natürlich ganz abgedichtet, das 40 Personen aufnehmen konnte, und oben im Dach war ein hermetisch verschließbarer Deckel.., der also die Aufgabe hatte, und zwar das Gas in dieses zu befördern, war ein krimineller Häftling aus dem Männerlager Ravensbrück, und der hatte den Deckel hochzuheben, und dieses Gas war in einer Plastikhülle, und er schmiß die Plastikhülle herein und machte den Deckel wieder drauf, und das Sterben der dort Eingesperrten dauerte ungefähr fünf Minuten«. Auf die Frage der Moderatorin Heidi DÜRR, ob sie das schon im Lager gewußt habe, antwortete Frau BUBER-NEUMANN: »Wir wußten nur, daß wir eine Gaskammer hatten. Mehr wußten wir nicht.«

Ahnliche Aussagen, die aber in Einzelheiten im Widerspruch zu dem Geschilderten stehen, werden anderenorts angeführt.[1]

Dieser Behauptung steht die Aussage von Prof. Dr. Martin BROSZAT vom »Institut für Zeitgeschichte«, München, und anderen Historikern entgegen,[4] wonach in den Konzentrationslagern des (Alt-) Reichs[5] im Zweiten Welt-

[1] Margarete BUBER-NEUMANN, ***Von Potsdam nach Moskau,*** Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1957.

[2] Dies., ***Als Gefangene bei Stalin und Hit/er,*** Busse-Seewald, Herford, Neuaufl, 1985.

[1] So in: Eugen KOGON, Hermann LANGBEIN, Adalbert RÜCKERL U. a. (Hg.), ***Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas,*** S. Fischer, Frankfurt/M. 1987, S. 257-263.

[4] Hellmut DIWALD, ***Geschichte der Deutsehen,*** Propyläen, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1978, S. 164.

[5] >Altreich< war die Bezeichnung für das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937.

krieg keine »Juden oder andere Häftlinge vergast worden« sind,[6] was dann herrschende Meinung geworden ist. Zweifel an der oben aufgeführten Aussage von Frau BUBER-NEUMANN und anderen wie auch an den angeblichen »Vergasungen in Dachau«,[7] mit denen jahrelang Propaganda betrieben wurde, sind also demnach wohl berechtigt.



Margarete BUBER-NEUMANN (1901-1989).

In dem Zusammenhang sei daran erinnert, daß der heute oft gefeierte Schriftsteller Kurt TUCHOLSKY in seiner ***Weltbühne*** schon 1927 die Vergasung bürgerlicher Familien wünschte: »Möge das Gas in die Spielstuben Eurer Kinder schleichen! Mögen sie langsam umsinken, die Püppchen! Ich wünsche der Frau des Kirchenrates und des Chefredakteurs und der Mutter des Bildhauers und der Schwester des Bankiers, daß sie einen bitteren, qualvollen Tod finden, alle zusammen!«[8] Er wurde dafür nicht kritisiert, geschweige denn verfolgt oder der Volksverhetzung öffentlich beschuldigt. Als Ernst NOLTE im Historikerstreit 1986 dieses TUCHOLSKY-Zitat mit dem »aus radikalem Pazifismus hervorgehenden und vermutlich rein imaginären (sicherlich aber haßerzeugenden) Wunsch, die Frauen und Kinder der deutschen Bildungsschicht möchten in dem angeblich von ihren Männern und Vätern vorbereiteten Kriege den Gastod erleiden«, erwähnte, wurde das als eine Rechtfertigung von Auschwitz aufgefaßt und scharf kritisiert.[5] NOLTE verteidigte den Hinweis auf das Zitat: »Ich glaube, daß eine solche Äußerung nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden darf.«[10] Und auf erneute Vorhaltungen entgegnete er: ». .. Es darf nicht darauf ankommen, wo eine Tatsachenbehauptung zu finden ist, sondern zu fragen ist einzig und allein, ob sie zutreffend und relevant ist.«[11]

Ein Bericht von Vergasungen erschien bereits 1917, worauf der Kölner Historiker Andreas HILLGRUBER hinwies: »Staatssekretär v. KÜHLMANN berichtete dem Journalisten GUTTMANN von der *frankfurter Zeitung* am 20. November 1917, wie von den Bulgaren >die Serben auf dem Verwaltungsweg erledigt werden: man bringt sie der Reinigung wegen in Entlausungsanstalten und eliminiert sie durch Gas. Das sei< - so v. KÜHLMANNS Kommentar - >im Völkerkampf die Zukunft.«[12]

[6] Martin BROSZAT, in: ***DU Zeit,*** 19. 8. 1960.

[7] Erich KERN, ***Meineid gegen Deutschland,*** Schütz, Preuß. Oldendorf "1971, S. 233 ff.

[!] Kurt TUCHOLSKY, in: ***Weltbühne*** Nr. 30, 1927.

[9] Ernst NOLTE, ***Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort auf meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit,*** Ullstein, Berlin-Frankfurt/M. 1987, S. 26.

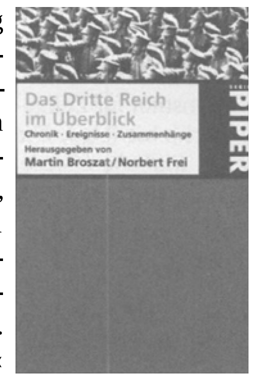
[10] Ebenda, S. 97.

[11] Ebenda, S. 142.

[13] Andreas HILLGRUBER, ***Die Zerstörung Europas. Beitrage zur Weltkriegsepoche 1914 bis 1945,*** Propyläen, Berlin 1988, S. 110, mit Bezug auf Bernhard GUTTMANN, ***Schattenrißeiner Generation 1888-1919,*** Stuttgart 1950, S. 146.

Keine Vergasungen im Altreich

Nach dem Krieg machte jahrelang die Geschichte von den Massenvergasungen im KL Dachau die Runde. Am 12. August 1960 fiel ***Die Zeit*** über den deutschen General a. D. UNREIN her, der britischen Besuchern des Lagers erklärt hatte, es habe vor dem Einmarsch der Amerikaner dort keine Gaskammern gegeben, und forderte - so die Überschrift des Artikels - »Weg mit diesem Mann«. Der Bundestag befaßte sich dann auf Anfrage des SPD-Abgeordneten SEUFFERT am 28. September 1960 in seiner 124. Sitzung damit, wobei die Bundesregierung zugeben mußte, »daß die Gaskammern in Dachau zwar vor Kriegsende nicht benutzt« worden seien, die Umerziehungsbehauptungen jedoch aber damit retten wollte, daß sie »bestätigte«, daß die Gaskammern »aber von den Nationalsozialisten hergestellt worden sind«. Kurz vorher hatte Martin BROSZAT als Vertreter des Münchner >Instituts für Zeitgeschichte« klargestellt: »Weder in Dachau noch in Bergen-Belsen,nochin Buchenwald sind Juden oder andere Häftlinge vergast worden... Die Gaskammer in Dachau wurde nie ganz fertiggestellt und in 'Betrieb« genommen,«[1]



Martin BROSZAT (1926-1989). Mit seiner Äußerung in der Wochenzeitung *Die Zeit* im Jahre 1960 machte der langjährige Leiter des Münchener Instituts für Zeitgeschichte« eine entscheidende Aussage in der Frage der Gaskammern in den Konzentrationslagern. Er verfaßte und gab zahlreiche Bücher heraus, u.a. *Das Dritte Reich im Überblick,* Pieper, München 1999.

Wie inzwischen Zeugenaussagen ergaben, wurde die nach 1945 in Dachau gezeigte Gaskammer von deutschen Kriegsgefangenen unter amerikanischer Anleitung gebaut,[2] wie ebenso deutsche Gefangene auf Anordnung des sowjetischen NKWD Gaskammern nach 1945 in mitteldeutschen Konzentrationslagern bauen mußten, etwa in Sachsenhausen,[3]

Dem Verfasser wurde ein Brief von Martin BROSZAT vom 17. Juli 1961 mit Kopf des »Instituts für Zeitgeschichte« an einen schwedischen Empfänger bekannt. Unter dem Aktenzeichen »Br./Dsz.« heißt es dort:

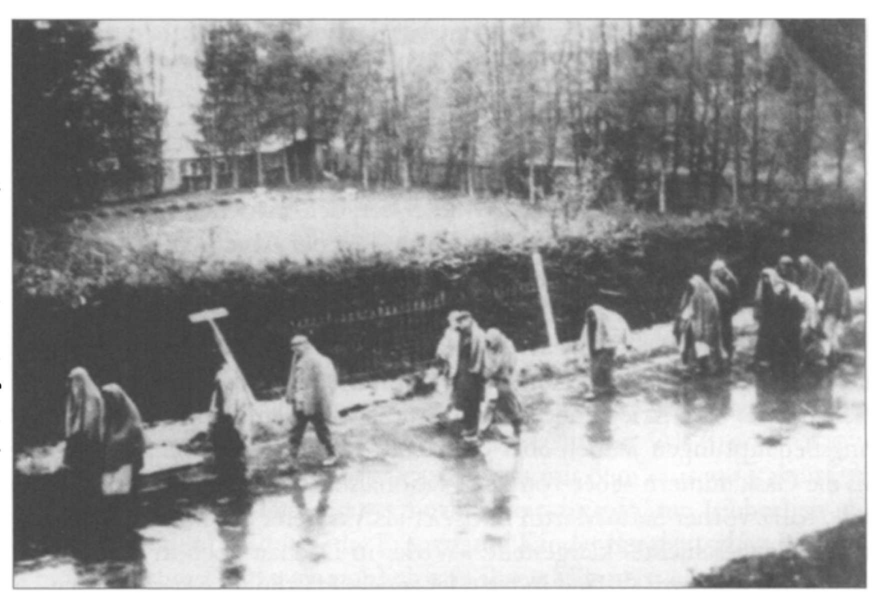
»Einem Versehen zufolge blieb Ihr Schreiben vom 4.4. 61 bisher unbeantwortet. Die von mir stammende Zuschrift an die Wochenzeitschrift ***Die Zeit*** war veranlaßt worden durch eine Darstellung eines ZEIT-Redakteurs, wonach im Konzentrationslager Dachau bei München Vergasungen von Häftlingen stattgefunden hätten. Damit dieser vieldiskutierte, aber oft falsch dargestellte Komplex richtig beurteilt werden kann, habe ich in meiner Zuschrift ausgeführt, daß in Dachau ebensowenig wie in anderen Konzentrationslagern des Altreiches (Grenzen von 1937) Vergasungen stattgefunden haben, diese viel-

[1] ***Die Zeit,*** 19. 8. 1960.

[2] Hellmut DIWALD, ***Geschichte der Deutschen,*** Propyläen, Berlin 1978, S. 164; Erich KERN, ***Meineid gegen Deutschland, fzine Dokumentation über den politischen Betrug,*** K, W. Schütz, Göttingen 1968, S. 263 ff.

[3] Gerhart SCHIRMER, ***Sachsenhausen-Workuta. Zehn jähre in den bangen der Souyets,*** Grabert, Tübingen [2]1993, S. 10 u. 49 f.

Evakuierungsmarsch von Häftlingen aus dem KL Dachau in die oberbayerischen Berge im April 1945. Archiv der KZ-Gedenkstätte Dachau, in: Institut für Zeitgeschichte (Hg.), *Die tödliche Utopie,* München 1999.



mehr in einigen großen Vernichtungslagern vor allem im ehemals polnischen Gebiet (Auschwitz, Treblinka, Chelmno, Sobibor) durchgeführt worden sind. Für Kenner der Sache war das überhaupt keine Neuigkeit, auch im Nürnberger Prozeß ist niemals von Judenvergasungen in Lagern des Altreiches die Rede gewesen.[4]

Mit vorzüglicher Hochachtung (Unterschrift) M. BROSZAT«[5]

Auf seine Anfrage vom 2. Februar 1983 an die Stadt Dachau erhielt Erich W. vom Verwaltungsdirektor RAHM am 8. Februar folgende Antwort: »Zu Ihrer Anfrage im Bezugsschreiben teile ich Ihnen mit, daß es im ehemaligen KZ-Lager Dachau keine Vergasungen von Häftlingen gegeben hat.«

Dennoch wird noch immer versucht, die Gaskammern in Dachau zu beweisen: »Die bis jetzt ungeklärte Frage der Benutzung der Gaskammer im Krematorium des Konzentrationslagers Dachau muß weiterhin Gegenstand zeitgeschichtlicher Nachforschungen bleiben.«[6]

[4] Hier irrt BROSZAT oder behauptet wissentlich etwas Falsches. Denn beim Nürnberger Prozeß wurde auch von Vergasungen in KLs des Altreiches gesprochen, so am 30.1.1946 über »brutale Vernichtung durch Gas« für Oranienburg, einmal in der Morgen-, dann auch in der Nachmittagssitzung. Vgl. ***Der Nürnberger Prozeßgegen die Hauptkriegsverbrecher,*** hg. vom Internationalen Militärgerichtshof, Nachdruck: Delphin München-Zürich 1984, Bd. VI, S. 370 u. 400 f.

[5] Der Brief wurde anscheinend auch in der schwedischen Zeitschrift ***Fanfaren,*** Stockholm, 26. 9. 1963, veröffentlicht.

[6] Barbara DISTEL, »Dachau«, in: Wolfgang BENZ (Hg.), ***Legenden, Lügen, Vorurteile,*** Deutscher Taschenbuch Verlag, München '1992, S. 51.

Greuelmärchen aus Mauthausen

Manche Beispiele der Greuelpropaganda gegen Deutschland können allein schon dadurch als Fälschungen der historischen Wahrheit überfuhrt werden, daß nachgewiesen werden kann, daß sie allgemein anerkannten Naturgesetzen widersprechen und daher gar nicht so stattgefunden haben können, wie angebliche Augenzeugen, manchmal sogar unter Eid, angegeben haben. Bedauerlicherweise werden diese Meineide juristisch nicht verfolgt, weil sie meist von früheren Opfern geschworen wurden, denen nun - obwohl eine strafbare Handlung vorliegt - nach herrschender Auffassung keine erneute Verfolgung zugemutet werden kann.

Ein lehrreiches Beispiel ergab sich Anfang 1993. Die Wiener Tageszeitung ***Die Presse***[1] zeigte ein Gemälde des Malers Adolf FROHNER mit dem Titel »Der Russische General«, das eine besonders grausame angebliche Tötungsart der >Nazis< im KL Mauthausen in Österreich darstellen solle. In dem betreffenden Artikel der Zeitung heißt es dazu: »Adolf FROHNER hat den Tod des Generals KARBYSCHEW künstlerisch dokumentiert, der am 16. Februar 1945 mit 200 anderen russischen Kriegsgefangenen in Mauthausen bei minus 20 Grad Celsius nackt so lange mit Wasser bespritzt wurde, bis alle in einem Eisblock eingefroren waren.« Eine weitere Recherche des zuständigen Redakteurs unterblieb offenbar, da Lügen zu Lasten Deutschlands nicht strafbar sind - im Gegensatz zu Verharmlosungen oder Entlastungen.

Einen Leser ließ aber offenbar der im Bild erhobene Vorwurf nicht ruhen, und er versuchte, den Vorgang zu überprüfen. Sein Ergebnis schrieb Karl GRABER aus dem 20. Wiener Bezirk in einem Leserbrief in der ***Presse***[2] vier Wochen später so nieder: »Die Angabe, der zufolge am 16. Februar 1945 in Mauthausen strenger Frost (minus 20 Grad Celsius) geherrscht haben soll, stimmt mit der Wirklichkeit nicht überein. Die Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik gab dazu auf Anfrage gutachtlich bekannt: >Der 16. 2.1945 war im Raum Mauthausen ein sonniger Tag; die Lufttemperatur stieg am frühen Nachmittag bis gegen 5 Grad Celsius an, nachdem am Morgen nur etwa 0 Grad gemessen worden waren. Zwischen 10. und 16. 2. 1945 herrschte in Mauthausen relativ mildes Winterwetter: die Morgentemperaturen lagen zwischen -1 und + 3 Grad Celsius, die Mittagswerte zwischen 4 und 10 Grad.«<

Damit dürfte die sogar im Gemälde dargestellte angebliche Begebenheit als Märchen entlarvt sein, wie sie in großer Zahl im und nach dem Zweiten Weltkrieg von Deutschfeinden erfunden und in Umlauf gesetzt wurden.[3]

[1] *Die Presse* (Wien), 9. 1. 1993.

[2] *Die Presse* (Wien), 10. 2. 1993.

[3] Zitiert auch in: *Neue Kronen Zeitung* (Wien), 2. 3. 1993, u, *National-Zeitung*, 19. 3. 1993.

Alliierte ermordeten Salzwedeler Lagerinsassen

In der Stadt Salzwedel in der Altmark lebten seit dem Mittelalter auch jüdische Familien. Über ihr Schicksal berichtete 1988 die Zeitschrift *Unsere Altmark}* unter anderem: »1938 wurden nach der sogenannten Reichskristallnacht die letzten 20 in Salzwedel lebenden Juden in Baracken an den Kämmereiteichen inhaftiert und im Frühjahr 1939 in Konzentrationslager deportiert: Stadtbekannte Familiennamen wie BACHENHEIMER, GERSON, HIRSCH, NELKE oder NEUSTADT waren damit für immer aus der Einwohnerschaft verschwunden.«

[1] *Unsere Altmark,* Nr. 196, *2,* 1988, S. 20.

Diese Behauptungen treffen nicht zu. Eine Teilberichtigung brachte *Unsere Altmark* zwei Nummern später,[2] als sie auszugsweise den Inhalt des Leserbriefes des früheren Salzwedeler Bürgers Walter MÜLLER veröffentlichte, in dem dieser als Erlebniszeuge schrieb: »In der Kristallnacht oder später wurden in Salzwedel keine Juden in Baracken an den Kämmereiteichen inhaftiert, um, wie Sie schreiben, im Frühjahr 1939 in Konzentrationslager deportiert zu werden. Die von Ihnen genannten Juden waren durchweg alteingesessen und gehörten zur Bevölkerung, Und diese hatte nichts gegen Juden, von einigen Ausnahmen abgesehen. Die Baracken an den Kämmereiteichen waren für zwei minderbemittelte Familien vorgesehen und demzufolge für die Inhaftierung von soviel Menschen total ungeeignet. Ich selbst habe in der Nähe der Baracken gewohnt… Die von Ihnen genannte Familie NELKE ist, wie Sie sich auf dem Foto (Grabstein für Rosalie NELKE geb. LÖWENSTEIN) über-

[1] *Unsere Altmark,* Nr. 198, 4, 1988, S. 24.



Das Mahnmal an der Ritzer Brücke bei Salzwedel.

zeugen können, nicht aus Salzwedel verschwunden, sondern Rosalie NELKE ist am 15. März 1942 verstorben und dort beerdigt.«

Die obigen.,. standen für die von der Zeitschrift bezeichnenderweise nicht veröffentlichten Sätze von Herrn MÜLLER: »Ihre Behauptung, alle Juden wären im Frühjahr 1939 deportiert und somit aus Salzwedel verschwunden, stimmt ebenfalls nicht. Richtig ist, daß der größte Teil Salzwedel freiwillig, oder wie man es nennen will, verlassen hat. Anliegende Fotos, von mir selbst in Salzwedel gemacht, beweisen das Gegenteil von dem, was die Zeitschrift vorher veröffentlicht hatte.«[3]

An der Ritzer Brücke bei Salzwedel befindet sich ein Mahnmal mit einer Gedenktafel folgenden Inhalts: »Hier ruhen 244 Opfer des Faschismus aus Frankreich, Jugoslawien, Polen, Sowjetunion, Ungarn, Tschechoslowakei, Holland, Belgien und Deutschland. Auf einem Eisenbahntransport vom Konzentrationslager Neuengamme nach Salzwedel Anfang April 1945 wurden sie von Hitlerfaschisten grausam gefoltert und ermordet.«

Auch das stellt die Wahrheit vollkommen auf den Kopf. Richtig ist, daß damals, als gerade ein mit Häftlingen besetzter Zug im Bahnhof Salzwedel stand und Luftalarm gegeben wurde, der Bahnhofsvorsteher aus Sorge um die Insassen des Zugs diesen aus dem Bahnhof als dem bevorzugten Angriffsziel von alliierten Terrorbombern heraus und vor die Stadt ziehen ließ. An der Ritzer Brücke wurde der Zug dann von anglo-amerikanischen Bombern und Jägern völlig zusammengeschossen, wobei es - neben vielen Verletzten - die genannten 244 Todesopfer gab, die anschließend dort auch beigesetzt wurden.

Nicht »Hitlerfaschisten«, sondern alliierte Flieger waren also die Mörder dieser Hunderte von Menschen, aber das Gegenteil schrieb man auf die Gedenktafel und führt es unserer Jugend vor: eine klare Geschichtsfälschung. Daß die Sorge des Bahnhofsvorstehers berechtigt war, ergibt sich daraus, daß kurz vorher, am 13. März 1945, der Bahnhof von Salzwedel und die nähere Umgebung von alliierten Bombern und Jägern angegriffen worden waren, wobei es rund 340 Opfer unter der Bevölkerung gegeben hatte.[4]

[3] Durchschlag des Leserbriefes von Herrn Walter MÜLLER, Hitzacker, vom 15. November 1988 im Archiv des Verfassers.

[4] Broschüre ***Salzwedel,*** Köhring, Lüchow, S. 47. (Dort werden 300 Opfer angegeben, ein Erlebniszeuge verbürgt sich für die Zahl 340.)

Erste Herzverpflanzungen in deutschem KL?

In den deutschen Massenmedien tauchen regelmäßig Geschichten von Überlebenden der KL des Zweiten Weltkrieges auf. Bezeichnenderweise werden jedoch ähnliche Berichte von den ebenso schweren Schicksalen der zahlenmäßig weit größeren Gruppe der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen fast gar nicht gebracht. Besonders verwerflich wird es, wenn zudem der Inhalt solcher Berichte sich dabei allzu sehr von der Wahrheit entfernt. Dann wird auch der Beweggrund deutlich, warum dieser Artikel eigentlich geschrieben und veröffentlicht wurde.

Ein gutes Lehrbeispiel dieser Art erschien am 6. März 1977 in der Wochenzeitung ***Welt am Sonntag.*** In eine rührselige Geschichte um zwei jüdische Frauen - eine Großmutter, zu der Zeit 80 Jahre alt in Tel Aviv, Überlebende eines KL (dessen Name bezeichnenderweise nicht genannt wird), und ihre in Hamburg am Theater tätige Enkelin - wird folgendes verpackt:

»Vor genau 32 Jahren ist Ilona SUGAR aus einem deutschen KZ befreit worden, als schwerkranke Frau. Sadistische NS-Ärzte hatten mit ihr medizinische Experimente gemacht. Sie hatten ihr das Herz nach rechts, die Leber nach links verpflanzt - ohne Narkose, Vivisektion nannte man das. Bis zum heutigen Tag hat Frau SUGAR keinen Pfennig Wiedergutmachung aus Deutschland erhalten.. .«

Bei allem Respekt vor der sicher hohen Kunst deutscher Ärzte: Daß bereits während des Zweiten Weltkrieges eine erfolgreiche Herzverpflanzung vorgenommen wurde, wobei die Patientin noch mehr als 30 Jahre später lebte, wurde bisher nicht bekannt. Und das sei auch noch ohne Narkose und ohne Herz-Lungen-Maschine geschehen!

Jeder medizinisch etwas Gebildete weiß, daß solch eine erfolgreiche Herzverpflanzung damals gar nicht möglich war, insbesondere nicht unter den Bedingungen in einem KL. Er erinnert sich auch, wie schwierig es noch Jahrzehnte später für ausgesuchte Expertengruppen mit höchster medizinischer Technik war, Herzverpflanzungen vorzunehmen.[1] Doch wenn etwas auch medizinisch absolut unmöglich ist - wie z. B. das Überleben bei den angeb-

[1] Die erste erfolgreiche Herztransplantation wurde am 3. Dezember 1967 im Groote-Schuur-Spital in Kapstadt von einer Chirurgengruppe unter Leitung von Prof. Dr. Christian BARNARD durchgeführt. Der Patient verstarb 18 Tage nach der Operation. In den folgenden 20 Jahren bis 1987 sind rund 5500 Herzen in aller Welt verpflanzt worden. Die zu diesen Operationen unabdingbar notwendige Herz-Lungen-Maschine stand ab 1954 zur Verfügung. Wie die ***Welt am Sonntag*** vom 6. März 1977 schrieb, sei das Herz der Patientin auf die rechte Seite verpflanzt worden. Ein solcher Eingriff hat auch wenig Sinn,

lich abgehackten Kinderhänden im Ersten Weltkrieg so wird es doch geglaubt und erfüllt seinen Zweck als Greuelpropaganda.

Zudem: Wenn nur ein bißchen an dieser Geschichte wahr wäre, würde sie mit absoluter Sicherheit schon vorher größte Schlagzeilen gemacht haben und zu einem klassischen Wiedergutmachungsfall geworden sein. So hat sich hier ein medizinisch unkundiger - oder von der Dummheit seiner Leser überzeugter - Schreiberling, dessen Name vorsichtigerweise gar nicht genannt wird, etwas aus den Fingern gesogen, bei dem der oberflächliche Leser von Mitleid gerührt wird, sich schuldbewußt an die schlimmen KZs und die noch böseren »NS-Ärzte« darin erinnert und dadurch einen neuen Stups in Richtung Umerziehung erhält. Weil »Tel Aviv/Hamburg« über dem Artikel steht, wagt auch keiner der voll inzwischen konditionierten (= abgerichteten) Leser irgendeinen Zweifel.

Daß die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften wegen dieser »seelischen Desorientierung« der Jugendlichen durch ***Welt am Sonntag*** gegen diese vorgegangen wäre, wurde bisher nicht bekannt.

Keine Morde in Theresienstadt

Die ganze Stadt Theresienstadt in Nordböhmen, etwa 30 km südlich von Aussig, war im Zweiten Weltkrieg ein jüdisches Ghetto, in das vor allem prominente und arbeitsunfähige Personen kamen. In der Öffentlichkeit wird immer wieder der Eindruck erweckt, daß in diesem Konzentrationslager schlimme Zustände mit Mord und Quälereien geherrscht hätten, daß etwa die genannten 33 000 Todesopfer solche der NS-Gewalt gewesen seien.[1]

So schreibt zum Beispiel die ***FAZ*** über Gustav Felix FLATOW, den deutscher Olympiasieger im Turnen von 1896, daß ihn »die Nationalsozialisten wegen seines jüdischen Glaubens im Konzentrationslager Theresienstadt umbrachten«. Das trifft nicht zu. FLATOW starb dort, etwa siebzigjährig, wurde aber nicht »umgebracht«. Sein Sohn Stefan hatte lange geglaubt, »die Asche seines Vaters sei zusammen mit der von 30000 anderen Häftlingen von den Nazis in die Eger gekippt worden«, bis der Journalist Volker KLUGE, langjähriger Pressesprecher des Nationalen Olympischen Komitees (NOK) der DDR und Sportchef der ehemaligen FDJ-Zeitung ***Junge Welt*** das Grab von Gustav Felix FLATOW in Theresienstadt entdeckte.[2]

Daß in Theresienstadt noch erträgliche Zustände geherrscht haben - wenn man die damaligen Umstände berücksichtigt geht aus Berichten hervor, die der »Delegierte des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz aus seiner Tätigkeit im Lager Theresienstadt April-Mai 1945« nach Genf meldete.'

Der Delegierte hebt in seinem Bericht vom 23. April 1945 - also schon zur Zeit des beginnenden Chaos der letzten Kriegswochen - hervor, wie allen seinen Wünschen von der Lagerleitung Rechnung getragen wurde, er vor dem jüdischen Altestenrat frei sprechen konnte. »Zwei Stunden lang konnte ich ohne Einspruch seitens der mich begleitenden deutschen Offiziere und Zivilpersonen alles besichtigen, was im Laufe meines Besuches vom 6. Apnl meine Aufmerksamkeit geweckt hatte. Durch diesen absolut uneingeschränkten Besuch der Gebäude der Stadt und der angegliederten Baracken habe ich einen ähnlichen Eindruck gewonnen wie bei unserem Besuch am 6. April und bin der Uberzeugung, daß für die Besichtigung keine besonderen Vorbereitungen getroffen wurden. Die Einwohner von Theresienstadt verbringen ihre Tage so, wie festzustellen wir dreimal die Gelegenheit hatten. Zur Zeit werden die Juden anderer Lager nach Theresienstadt geleitet. Sie kommen natürlich in einem jammervollen Zustand hier an, aber alles ist vorbereitet, um ihnen rasch den Lebensstandard derer zu verschaffen, die vor ihnen gekommen sind.«[4]

Im Bericht vom 22. Mai 1945 heißt es: »Nachdem ich mich am 30. April in Theresienstadt aufgehalten hatte, kehrte ich am 2. Mai zurück, um mich hier einzurichten. Ich reiste am 10. Mai ab, als meine Aufgabe beendet war. Trotz des Beschlusses der Protektoratsregierung vom 5. Mai, Theresienstadt (Ghet-

[1] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 10. 10. 1991.

[2] Matthias KRAUSE, »Vom Naziopfer zum Kronzeugen der Berliner Bewegung«, in: ***Frankfurter Allgemeine 'Zeitung,*** 23.3. 1993. Dort ist auch die Rede von der »Hölle Theresienstadt«, der Stefan FLATOW »nur knapp entkam«.

[1] Internationales Komitee vom Roten Kreuz (Hg.), ***Die Tätigkeit des IKRK Zugunsten der in den deutschen Konzentrationslagern inhaftierten Zivilpersonen (1939-1945),*** Genf, 3. April 1947, Serie II, Nr. 1, übersetzt vom Internationalen Suchdienst, Bad Arolsen 1974, S. 130-133.

[4] Ebenda, S. 131.

to und Festung) der ausschließlichen Autorität des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz zu unterstellen, bestand diese Lage tatsächlich schon am 2. Mai, da mir die Kommandanten der beiden Gefängnisse ihre Befugnisse übertragen hatten. Entgegen meinen im Bericht vom 23. April dargelegten Befürchtungen hatte kein Internierter Theresienstadt verlassen.

Andererseits ist die von den Reichsbehörden geplante Uberstellung von 300 Personen (Prominente des Ghettos) an einen >sicheren< Aufenthaltsort nicht durchgeführt worden: FRANK hat Wort gehalten. Auf Grund seiner Anordnungen und gemäß seinem Versprechen sind 12863 Juden aus anderen Konzentrationslagern im Laufe des Monats April nach Theresienstadt überstellt worden.

Mit Ausnahme des von den Deutschen beschäftigten Gärtners, der von einer deutschen Kugel getötet wurde, und eines jüdischen Internierten, der durch eine russische Granate in seinem Bett ums Leben kam, ist in Theresienstadt kein Internierter eines gewaltsamen Todes gestorben.«[5] Diesem Bericht eines unabhängigen Delegierten des IKRK aus dem Jahre 1945 kann man wohl glauben.

[5] Ebenda, S. 132.

In einem Leserbrief an die *FAZ* (6. 11. 1991) erwähnt Heinz GOMANN, Lienz (Österreich), den letzten Satz des vorstehenden Berichtes. Der Vater seiner damaligen Verlobten sei Häftling in Theresienstadt gewesen. Der Bericht des IKRK »stimmt auch überein mit dem, was der Vater meiner Verlobten aus Theresienstadt schrieb«, stellt GOMANN fest. Er setzt dann noch hinzu, was in diesem Zusammenhang auch interessant ist: »Am 8. Mai 1945 wurde Theresienstadt an die Tschechen übergeben, und auch das Rote Kreuz verließ das Lager, Der Bundespräsident [VON WEIZSÄKKER war 1991 in Theresienstadt] und auch Sie [die *FAZ* im Artikel über Theresienstadt vom 10. 10. 1991] erwähnten nicht, daß die Tschechen nach Übernahme von Theresienstadt viele deutschsprachige Häftlinge grausam massakrierten. Auch der Vater meiner Verlobten wurde nach dem 8, Mai 1945 von den Tschechen ermordet.«

Das Konzentrationslager Theresienstadt in tschechischer Hand.

Die Wahrheit ist also die, daß KL-Insassen in Theresienstadt nicht von den Deutschen, sondern von den Tschechen nach der >Befreiung< ermordet wurden. Daran erinnert wohl noch keine Gedenktafel!

Angebliche Kreuzigungen im KL Dachau

Zu den falschen Aussagen nach dem Zweiten Weltkrieg gehört auch die Behauptung der Kreuzigungen von Häftlingen im KL Dachau. So wollen zwei frühere Insassen in Dachau »mehrmals gesehen haben, wie diese Hinrichtung (die Kreuzigung) angewandt worden ist«.[1] Dieser Bericht aus dem Jahre 1953 wurde unkritisch auch später abgedruckt,[2] und zwar in einem Buch, das ausdrücklich die »kirchliche Druckerlaubnis, München, 13.9. 1971, GV 7000/71/1, Dr. Gerhard GRUBER, Generalvikar«, erhielt.

Das »Institut für Zeitgeschichte« in München, deswegen und mit dem Hinweis auf diese Literaturstellen angeschrieben, antwortete darauf mit Schreiben vom 28. Dezember 1988: »Unsere Nachforschungen haben ergeben, daß in der sehr umfangreichen Literatur über das KZ Dachau, vor allem in den zahlreichen Zeugenberichten von ehemaligen Häftlingen dieses Lagers, unter denen ja auch viele katholische Geistliche deutscher und fremder Staatsangehörigkeit waren, nirgends etwas davon berichtet wird, daß in Dachau solche Kreuzigungen vorgenommen worden seien, wie sie auf dem von Ihnen in Kopie übersandten Blatt beschrieben werden.

Eine Anfrage bei der Leitung der KZ-Gedenkstätte Dachau bestätigte dies. Auch dort ist von solchen Kreuzigungen in Dachau nichts bekannt.

Falls es solche Kreuzigungen gegeben hätte, hätte sich eine solche Aufsehen erregende Tötungsart, noch dazu, wenn sie vor Zeugen vorgenommen worden wäre, sicher schnell innerhalb des Lagers herumgesprochen, und es wäre später darüber berichtet worden.

Wir müssen annehmen, daß der in der übersandten Kopie zitierte Bericht von Pierre BARBET nur auf Gerüchten beruht. Die Namen der Zeugen, die als Häftlinge in Dachau solche Kreuzigungen gesehen haben wollen, werden ja auch nicht genannt, sondern nur ein angeblicher Protokollant.«

Ein Kommentar erscheint überflüssig. Dennoch sollte bedacht werden, daß solche Greuelmärchen einseitig zu Lasten Deutschlands und seiner Verantwortlichen systematisch verbreitet und ungeprüft nachgedruckt werden, ohne daß sich heutige amtliche Stellen, etwa die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPS) in Bonn, darum kümmern.

[1] Pierre BARBET, ***Die Passion Jesu Christi in der Sicht des Chirurgen,*** Karlsruhe 1953, S. 126 ff.

[2] Alfred LÄPPLE, ***Die Bibel - heute,*** Martin Lurz, München 1978.

Zum Tod der Prinzessin Mafalda

Tausende ausländischer Kriegsgefangener und Insassen von Konzentrationslagern kamen im Zweiten Weltkrieg bei anglo-amerikanischen Bombenangriffen ums Leben (mehr als 700 allein bei der Bombardierung der Möhne-Talsperre in der Nacht zum 17. Mai 1943). Später wurden diese Getöteten oft als durch die >Nazis< ermordet beschrieben. Ein solches prominentes Opfer war die italienische Prinzessin MAFALDA (1902-1944) im Konzentrationslager Buchenwald.

Italien wurde 1861 Königreich. Der seit 1900 regierende König VIKTOR EMANUEL EL war ab 1896 mit der Prinzessin HELENE VON MONTENEGRO verheiratet. Dieser Ehe entstammten fünf Kinder, darunter die 1902 geborene Prinzessin MAFALDA. Sie hatte 1925 den in Italien als Liebhaberarchitekten lebenden Prinzen PHILIPP VON HESSEN[1] geheiratet. Dieser wurde 1933 Oberpräsident[2] der Provinz Hessen-Nassau.



Prinzessin MAtALDA VON SAVOYEN (1902-1944).

Nach dem Verrat Italiens im Sommer 1943 und dessen Übertritt zur Feindseite wurde Prinz PHILIPP, der sich zu dieser Zeit in Deutschland befand, verhaftet und in das KL Flossenbürg eingeliefert. Seine Gemahlin, die durch die Heirat deutsche Staatsangehörige geworden war, wurde von Rom nach Berlin geflogen, dort verhaftet und in das KL Buchenwald gebracht.[5] Dort wurde sie in einer Sonderbaracke für bevorzugte Häftlinge untergebracht, wo auch Rudolf BREITSCHEID und dessen Frau lebten. Gerald REITLINGER stellt die unzutreffende und groteske Behauptung auf, daß MAFALDA im Lagerbordell gewohnt habe.[4]



Prinz PHILIPP VON HESSEN (1896-1980).

Über den Tod von Prinzessin MAFALDA sind verschiedene falsche Darstellungen im Umlauf. Hervorgetan hat sich dabei vor allem der amerikanische Journalist W. L. SHIRER,[5] der durch sein zahlreiche falsche Angaben

[1] Prinz PHILIPP VON HESSEN war ein Neffe des letzten deutschen Kaisers WILHELM II. und Urenkel der englischen Königin VICTORIA.

[1] Oberpräsident wurde ¡n Preußen ab 1808/15 der höchste staatliche Verwaltungsbeamte einer Provinz genannt. Durch die Neuaufbau Verordnung vom 27. II. 1934 wurden die Oberpräsidenten die ständigen Vertreter der Reichsregierung in ihrem Verwaltungsgebiet.

[5] Einzelheiten hierzu bei: Edmund THEIL, ***Kampf um Italien***, LangenMüller, München 1983, S. 131-136.

[1] Gerald REITLINGER, ***Die*** .f.f - ***Tragödie einer Epoche***, Desch, München-Wien-Basel 1957, S. 245.

[s] William L. SHIRER lebte von 1925 bis 1940 in Deutschland, und sein Haß gegen alles Deutsche war grenzenlos. In Look vom 26.1. 1943 schrieb er über die Deutschen: »They are all guilty, punish them.« (Sie sind alle schuldig, bestraft sie.)

enthaltendes Buch *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches'* von sich reden machte. Darin schrieb er (S. 336), daß HITLER Prinzessin MAFALDA durch die SS in Buchenwald habe umbringen lassen, gewissermaßen als Vergeltungsakt für VIKTOR EMANUELS Ubertritt (sprich: Verrat, H. W.) zu den Alliierten. In einem späteren Buch[7] wiederholte er die gleiche unwahre Aussage.



Rudolf BREITSCHEID (1874-1944) war einer der führenden Köpfe der Sozialdemokratie in der Weimarer Zeit. Im Pariser Exil arbeitete er am Widerstand gegen HITLER, weshalb er von Vichy an Deutschland ausgeliefert wurde.

Besonders raffiniert ist die Ausdrucks weise von Eugen DOLLMANN in seinem Buch *Dolmetscher der Diktatoren*< »Prinzessin MAFALDA, die später in Buchenwald starb...« Der unbefangene Leser wird deren Tod sicher den Deutschen anlasten.

Die wirklichen Tatsachen sind der Zeitgeschichtsforschung aber bekannt: Am 24. August 1944 flogen die Anglo-Amerikaner einen ihrer schweren Terrorangriffe auf deutsche Städte, diesmal vor allem auf Weimar. Dabei wurde auch Buchenwald angegriffen und ein Teil des Lagers getroffen. Zahlreiche Häftlinge und Angehörige des Lagerpersonals kamen zu Tode. Prinzessin MAFALDA hatte zusammen mit dem SPD-Politiker Rudolf BREITSCHEID und dessen Frau, die freiwillig ihrem Mann ins Lager gefolgt war, in einem offenen Splittergraben vor dem Angriff Schutz gesucht. Sie erlitt schwere Verbrennungen und verstarb in der anschließenden Operationsnarkose.[9] Nach Äußerungen von Häftlingen wurde »Rudolf BREITSCHEID als Toter unter Steinen und Erdmassen aufgefunden«,[10] während seine Frau schwer verwundet und bewußtlos ausgegraben wurde, aber überlebte.

Prinz PHILIPP VON HESSEN wurde nach der »Befreiung« 1945 von den Amerikanern noch für zwei Jahre in ein Arbeitslager eingesperrt.

[6] William L. SHIRER, ***Aufstieg und Fall des Dritten Reiches,*** Kiepenheuer und Witsch, Köln 1961, S. 336.

[7] William L. SH!RER, ***Das Jahrzehnt des Unheils,*** Scherz, München 1986, S. 225.

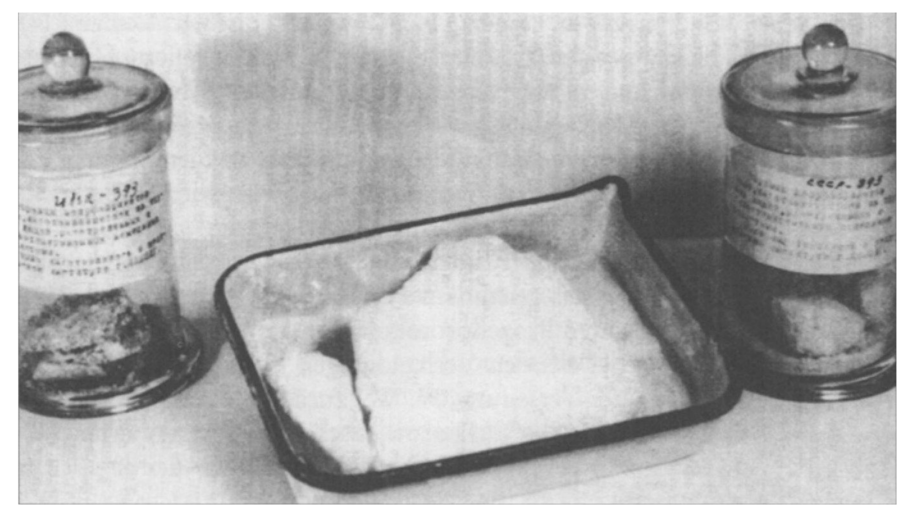
[s] Eugen DOLLMANN, ***Dolmetscher der Diktatoren,*** Hestia, Bayreuth 1963, S. 23.

[9] Annelore LESER (Hg.), ***Das Gewissen entscheidet,*** Berlin-Frankfurt/M. 1962, S. 63.

[10] Ebenda. Der Tod BREITSCHEIDS durch Luftangriff der Alliierten am 24. 8. 1944 wird auch angegeben in: ***Neue Deutsche bibliographie,*** Berlin 1955, S. 580; in: ***Mun^inger Archiv,*** Internationales Biographisches Archiv, Blatt vom 16.12. 1967 - Lieferung 50/67 - P-562a; in: ***Die Zeit,*** 8. 11. 1974; in: ***Lexikon der deutschen Geschichte,*** Alfred Kröner, Stuttgart 1977; in: ***Die Gegenwart,*** 24.3.1946 (»In memoriam Rudolf Breitscheid«, Dabei steht die Aussage eines Mithäftlings, der bezeugt, daß BREITSCHEID Opfereines Luftangriffs wurde); in: ***Die Welt,*** 2. 11. 1974 (dort wird bestätigt,daß BREITSCHEID am 24. August 1944 durch Luftangriff zu Tode kam. Frau BREITSCHEID erlitt Brandwunden).

Seife aus Menschenfett?

Vor dem Nürnberger Tribunal trug am 19. Februar 1946 der sowjetische Ankläger SMIRNOW mit vielen Einzelheiten vor, daß im Anatomischen Institut von Danzig unter Prof. Dr. SPANNER ab Sommer 1943 Seife aus Leichen von KZ-Häftlingen hergestellt worden sei. Töpfe mit angeblich so hergestellter Seife wurden vorgeführt, Zeugenaussagen dazu wurden vorgetragen.[1] Außerdem sei aus menschlichen Knochen Mehl zur Düngung[2] hergestellt und menschliche Haut gegerbt worden.[3] Die Presse griff das weltweit auf (z.B. *Süddeutsche Zeitung, 22.* 2. 1946) und wiederholte es immer wieder. Noch am 27. Februar 1985 sprach die Bundestagsabgeordnete VOLLMER (Grüne) im Bundestag über »diese typisch-deutsch-gründliche Vernichtung und Ver-



Die von den Sowjetrussen in Nürnberg vorgelegten >Beweisstücke* bezüglich der Seife aus Menschenfett.

arbeitung von Millionen Juden und Polen und Zigeunern und Kommunisten und Homosexuellen und Behinderten in den Gasöfen von Auschwitz bis zur fabrikmäßigen Verarbeitung ihrer Körperbestandteile, von Haaren und Goldzähnen und sogar des Körperfetts für Wehrmachtseife«.[4] Am 4. Mai 1985 berichtete die *Westfälische Rundschau-,* »Aus Auschwitz brachte WEINBERGER eine Kiste Toilettenseife mit, die dort aus den Leichen der Umgebrachten produziert worden war.« Am 10. April 1985 brachte die Zeitschrift

[1] Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.), ***Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher,*** Nürnberg 1947, Bd. VII, S. 656-660.

[2] Ebenda, S. 648.

[5] Ebenda, S. 656.

[4] Stenographischer Bericht Deutscher Bundestag, 122. Sitzung, 27. 2. 1985, S. 9028.

[5] Erich KERN, ***Meineid gegen Deutschland,*** Schütz, Göttingen 1968, S. 152-163; vgl. auch: Hellmuth AUERBACH, »Seife aus Judenfett«, in: Wolfgang BENZ (Hg.), ***Legenden, Lügen, Vorurteile,*** Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1992, S. 185 f.

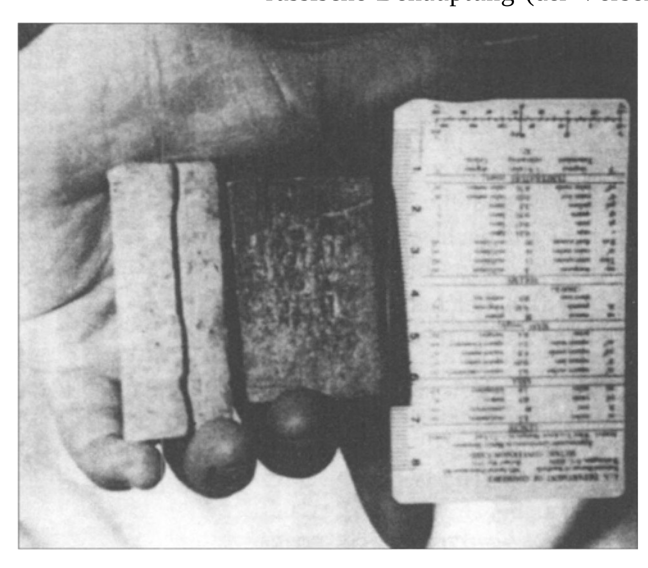
[6] ***National-Zeitung*** Nr, 33,9.8. 1985, S. 7.

Neues Leben (Nr. 15,1985) ein Gedicht von F. BOLGER, in dem es heißt: »Denkt an die Siederei bei Gdansk in Polen, wo man aus Leichen Seife kochte und Menschen mordete, um Rohstoff zu gewinnen.«

Diese Seifen-Geschichte ist eine Lüge. Tatsache ist, wie amtlich festgestellt wurde, daß keine Menschen aus deutschen KZs >verseift< wurden. Gegen Prof. Dr. SPANNER wurde aufgrund der oben genannten Vorwürfe 1948 von der Staatsanwaltschaft Flensburg ein Ermittlungsverfahren geführt, das jedoch eingestellt wurde, »nachdem die Ermittlungen ergeben hatten, daß seinerzeit Seife aus Menschenleichen im Anatomischen Institut der Medizinischen Akademie in Danzig nicht hergestellt worden ist«. (Schreiben der Staatsanwaltschaft beim Landgericht Flensburg vom 25. Januar 1968') Dasselbe stellte das »Institut für Zeitgeschichte* in München am 23. Juli 1985 durch seinen Mitarbeiter Hellmuth AUERBACH fest: »Wir haben im Jahre 1960, als uns von verschiedenen Seiten die Frage nach der Seifenherstellung gestellt wurde, einige der Herren, die seinerzeit an der Medizinischen Akademie in Danzig gelehrt haben, gebeten, sich zu diesen Gerüchten zu äußern. Die Antworten, die wir erhielten, bezeichneten alle die russischen Behauptungen als unbegründet. Wir erfuhren, daß wegen dieser Angelegenheit gegen den speziell beschuldigten Professor von der Oberstaatsanwaltschaft Flensburg ein Ermittlungsverfahren eingeleitet, im Sommer 1948 jedoch wieder eingestellt worden sei, weil alle Anschuldigungen hätten widerlegt werden können.«[6]

Im KZ-Museum Stutthof wurden noch in den achtziger Jahren angeblich aus Menschenfett gefertigte Seifenstücke ausgestellt.

Als ein Zeichen für die Unbegründetheit des Vorwurfs der Seifenherstellung führt AUERBACH in der genannten Feststellung auch an: »Nach dem Register des veröffentlichten Prozeßprotokolls (des EMT Nürnberg, H. W.) ist der Gerichtshof weder bei den Verhandlungen noch im Urteil auf die russische Behauptung (der Verseifung, H. W.) zurückgekommen.«[6]



Die sowjetische Behauptung von der Verseifung ist eine Neuauflage der englischen Propagandalüge aus dem Ersten Weltkrieg. So berichtete die Londoner ***Times*** am 16., 17., 18., 20. und 21. April 1917 über eine angebliche deutsche Abfallverwertungsgesellschaft, die aus gefallenen deutschen Soldaten Stearin, Ol, Tierfutter u. ä. mache.

»Am 17. April 1917 erschien in den ***Times*** ein Bericht..., der eine lange und ausführliche Beschreibung einer Fabrik der Deutschen Abfallverwertungs-Gesellschaft bei Koblenz enthielt, wo Züge voller nackter, in Bündel zusammengeschnürter Leichname deutscher Soldaten ankommen und in großen Kesseln gesotten werden, um dar-

aus Stearin und raffiniertes Öl zu gewinnen.«[7] Trotz sofortigen deutschen Dementis befaßte sich am 30. April 1917 das britische Unterhaus damit, wobei die Regierung in ihrer Antwort bewußt offenließ, ob das Gerücht stimme. Am 22. Oktober 1925 veröffentlichte dann die ***Times*** einen Bericht über eine Ausführung des britischen Generals CHARTERIS, der im Weltkrieg in Frankreich an der Spitze der Nachrichtenabteilung gestanden hatte, wonach die Geschichte von der Verwertung toter Soldaten erfunden und in die Presse lanciert worden sei. Das britische Unterhaus befaßte sich am 24. November 1925 erneut mit diesem Gerücht, wobei von Sir Austen CHAMBERLAIN klargestellt wurde, daß es »jeder Grundlage entbehre«, und er setzte hinzu: »Ich hoffe, daß dieses falsche Gerücht nicht wieder aufgetischt werden wird.«[8]

Die Lüge von der Verseifung von KZ-Häftlingen kommt auch in einem Buch von François BONDY vor,[9] in dem die Aussage von Nadine GORDIMER {Nobelpreisträgerin für Literatur 1991) wiedergegeben ist: »Soll ich vergessen, daß die Deutschen aus meinen jüdischen Mitmenschen Seife gemacht haben?« Solche unsinnigen Lügen kann man mitunter noch heute lesen. Besonders eifrig betätigte sich Simon WIESENTHAL bei der Verbreitung dieser Legende.[10]

Und der Filmregisseur Artur (>Atze<) BRAUNER stellte noch 1995" in einem Appell zum 8. Mai die Herstellung von Seife aus dem Menschenfett jüdischer Häftlinge in NS-Konzentrationslagern als unbestreitbare Tatsache hin. Eine Verfolgung oder gar Bestrafung wegen offensichtlich falscher Behauptungen erfolgte nicht, und die betreffende Zeitung nahm auch dazu keine Richtigstellung vor, so daß in der Öffentlichkeit der falsche und Deutschland belastende Vorwurf stehen blieb.

Es bedurfte massiver öffentlicher Proteste, daß in den neunziger Jahren das israelische Auktionshaus >Zodiak Stamps< die Versteigerung von einem Stück angeblicher >Juden-Seife< für einen Aufrufpreis von rund 400 Mark zurückstellte. Das Stück mit der deutschen Aufschrift >Reines Judenfett< war dem Versteigerer von einem Mann namens Mosche YAHALOM übergeben worden, der sie von seinem Vater, einem Holocaust-Uberlebenden, >geerbt< habe und nun in finanzieller Not sei. Der Holocaust-Fachmann Yehuda BAUER wandte sich gegen die Behauptung, aus den Leichen von Häftlingen sei Seife hergestellt worden; ein solches Gerücht sei von den >Nazis< zur Demütigung der Juden ausgestreut und von den Häftlingen geglaubt worden.

[7] Arthur PONSONBY, ***Lügen in Kriegszeiten,*** London 1928, dt. Ausgabe: Georg Stilke, Berlin 1930, S. 113.

s Ebenda, S. 112-124.

' François BONDY, ***So sehen sie Deutschland. Staatsmänner, Schriftsteller und Publizisten aus Ost und West nehmen Stellung,*** Seewald, Stuttgart ²1970, S. 264.

[10] Siehe: Beitrag Nr. 263, »Simon Wiese nthal und seine Legenden«.

[11] Artur BRAUNER u. a., »Wider das Vergessen, denn wie sollte man vergessen«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 6. 5. 1995.

Frau Antje VOLLMER machte einen Rückzieher, Auf die Anfrage eines Herrn Johannes HOLST antwortete sie am 10. Mai 1985 unter anderem: »Über die Verarbeitung zu >Wehrmachtseife< habe ich keine Dokumente, es ist davon nur immer wieder berichtet worden, ohne daß ich die genaue Quelle angeben könnte.. .« So einfach kann man es sich machen! ⇦
Brief abgedruckt in: FZ (Hg.), ***Vorsicht Fälschung,*** FZ, München 1991, S. 212.

Ilse Koch und die Lampenschirme aus Menschenhaut

Zu den seit den ersten Nachkriegsjahren weltweit publikumswirksam verbreiteten Greuelberichten aus deutschen Konzentrationslagern gehören die Meldungen über die Lampenschirme aus Menschenhaut, die angeblich Ilse KOCH (1906-1967), die Frau des Kommandanten des Konzentrationslagers Buchenwald, für sich aus der Haut von Häftlingen habe anfertigen lassen. Schon 1983 erschien ein Buch eines amerikanischen Historikers,[1] das aufgrund gründlicher Untersuchung belegte, daß diese Vorwürfe unbegründet waren. Obwohl 1994 eine weitere Auflage dieses Buches herauskam, werden die unzutreffenden Behauptungen weiter in der Öffentlichkeit geäußert.[2]

[1] Arthur L. SMITH jr,, *Die Hexe von Buchenwald, Der Fall Ilse Koch,* Böhlau, Köln 1994.

Der amerikanische Verfasser beschreibt ausführlich die Vorgeschichte des Falles Ilse KOCH. Ihr Mann, Karl KOCH, wurde im Dezember 1941 als Lagerkommandant abgelöst, wegen Mordes an Häftlingen und Korruption angeklagt, von einem SS-Gericht 1944 zum Tode verurteilt und am 5. April 1945 erschossen. Seine ebenfalls angeklagte Frau wurde freigesprochen.

Nach der Einnahme des Lagers Buchenwald durch die Amerikaner am 11. April 1945 wurden auch Reporter zugelassen, die reißerische Gerüchte von Lampenschirmen, Fotoalben und Buchdeckeln aus Menschenhaut sowie von präparierten Schrumpfköpfen verbreiteten. Diese Gerüchte wurden dann auf Ilse KOCH konzentriert und um sexuelle Ausschweifungen erweitert.

Die im Juni 1945 von Amerikanern verhaftete Frau wurde am 14. August 1947 von einem US-Militärgericht in Dachau nach einem groß in den Medien begleiteten spektakulären Schauprozeß, der rechtliche Grundprinzipien verletzte, zu lebenslanger Haft verurteilt. »Weder Lampenschirme noch Photoalben wurden jemals als Beweismaterial während des Prozesses vorgezeigt.«[3] Später ergab sich, daß das besagte Photoalbum »eindeutig nicht aus tätowierter Menschenhaut hergestellt« war.[4] Schon am 8. Juni 1948 setzte General CLAY, Kommandeur der US-Truppen in Deutschland, der vorher zahlreiche Todesurteile gegen deutsche Soldaten bestätigt hatte, im Bewußtsein, daß das Urteil ungerecht war, das Strafmaß für Ilse KOCH auf vier Jahre herab und die Freilassung am 17. Oktober 1949 an. Bezeichnenderweise wurde diese Entscheidung,

[3] SMITH, aaO. (Anm. 1), S. 223.

[4] Ebenda, S. 224.

[2] So von der ***Westfalenpost***, zitiert in: »KZ Buchenwald. Der Schwindel geht weiter«, in: ***National-Zeitung,*** 29. 1. 1999. Im Februar 2003 wurde in Freiburg i. Br. das Theaterstück ***Die Kommandeure*** von Gilla KREMER über Ilse KOCH aufgeführt. Die lokale ***badische Zeitung*** schrieb unter dem Titel » So etwas wie ein Monster« dazu: »Sie ließ sich aus der Haut eines Bettgefährten tätowierte Lampenschirme schneidern, spazierte ohne Unterwäsche über das Lagergelände und ließ begehrliche Blicke mit tödlichem Auspeitschen bestrafen.« Vgl. auch: »Schon wieder Lampenschirme aus Menschenhaut«, in: ***National-Zeitung,*** 28. 2. 2003.

die dann noch große Proteste weltweit erregte und selbst US-Präsident TRUMAN beschäftigte,[5] aus Furcht vor der Öffentlichkeit offiziell erst am 23. September 1948 bekanntgegeben. Es hieß in der amtlichen Verlautbarung des US-Heeresministeriums: »Die ursprünglich lebenslängliche Haftstrafe wurde auf vier Jahre verkürzt. Es konnte nicht überzeugend nachgewiesen werden, daß sie Insassen zur Tötung selektiert hatte, um ihre tätowierte Haut zu bekommen. Ferner konnte nicht hinreichend bewiesen werden, daß sie Gegenstände aus Menschenhaut besaß.«[6]

[5] Arthur L. SMITH, ebenda, S. 155.



Ilse KOCH bei ihrem Prozeß.

Auf Druck der Öffentlichkeit wurde noch im September 1948 in den USA eine Kommission unter Senator Homer R. FERGUSON gebildet, die Ende des Jahres Kritik an der Haftverkürzung übte und zur Abschiebung des unangenehmen Falles an deutsche Stellen eine enge Zusammenarbeit mit deutschen Gerichtsbehörden empfahl, um »Ilse KOCH erneut den Prozeß zu machen«.[7]

Als Ilse KOCH am 17. Oktober 1949 aus dem von den Alliierten betriebenen Landsberger Gefängnis entlassen wurde, wurde sie gleich im Gefängnishof von deutschen Polizisten wegen Anstiftung zu mehrfachem Mord verhaftet. Vom 27. November 1950 lief ein großer Schauprozeß in Augsburg gegen sie, in dem sie am 15. Januar 1952 wegen mehrfacher Anstiftung zum Mord zu lebenslanger Haft verurteilt wurde. Ausdrücklich wurde erklärt, daß sie nach Ansicht des Gerichts nicht mit dem sogenannten »Tätowierungskomplex« in Zusammenhang stehe. Es könne nicht bewiesen werden, daß in Buchenwald irgendein Häftling wegen seiner Tätowierung ermordet worden sei. Auch der Historiker SMITH ist abschließend der Meinung, sie sei »keineswegs schuldig im Sinne der Anklage« gewesen.[3] Anträge des Verteidigers Dr. SEIDL auf Revision des Urteils wie auf Begnadigung wurden abgelehnt. Am 2. September 1967 beging Ilse KOCH Selbstmord in ihrer Gefängniszelle in Aichach.

Im Mai 1976 erklärte der schon lange pensionierte General CLAV rückblikkend zu dem Fall: »Ein unternehmungslustiger Reporter, der zuerst ihr Haus betreten hatte, hatte ihr den schönen Namen ?Die Hexe von Buchenwald« *(The Bitch of Buchenwald* gegeben; außerdem hatte er einige weiße Lampenschirme gefunden, über die er schrieb, sie seien aus Menschenhaut gemacht. Dieser Reporter wurde ihr zum Verhängnis. Es stellte sich zwar heraus, daß es sich um Ziegenhaut handelte.«[9]

Die jahrelangen Prozesse um »die meistgehaßte Frau der Welt«[ic] gaben immer wieder den Medien Anlaß zu wilden Horrorgeschichten, die als wichtige Argumente bei der Beschuldigung der Deutschen wie für deren eigene Vergangenheitsbewältigung benutzt wurden. Rolf Kosick

[6] Ebenda, S. 146.
[7] Ebenda, S. 174.
[s] Ebenda, S. 1.
[5] Ebenda, S. 227.
[10] *Newsweek,* 18. 9. 1967.

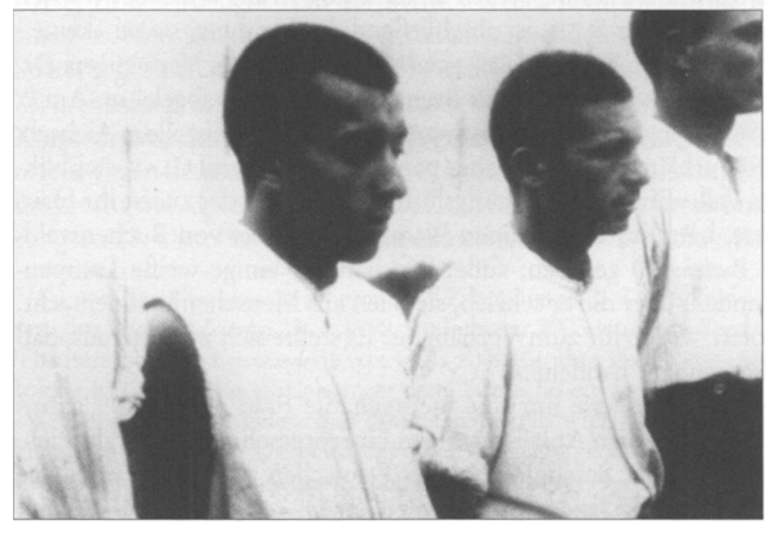
Zum Schicksal der Zigeuner

In den letzten Jahren wird das Schicksal der Zigeuner - heute meist Sinti und Roma nach ihren größten Stämmen genannt - im Zweiten Weltkrieg zunehmend erwähnt und ihre »rassische Verfolgung« hervorgehoben. Bundeskanzler KOHL[1] sprach von »etwa 500 000« in NS-KL ermordeten »Sinti und Roma«. Dabei gab das Bundeskanzleramt auf Anfrage nach der Quelle für diese Zahl an, dort bekannte Schätzungen der Opferzahl reichten »von rund 280 000 bis 800 000 ermordeten Sinti und Roma«, und der Kanzler habe einfach »die Mitte der bekannten Schätzungen« genannt.[2]

[1] Bundeskanzler KOHL am 7.11. 1985 vor dem Bundestag, ebenso Bundespräsident Roman HERZOG am 16. 3. 1997 in Heidelberg.

[2] Brief des Chefs des Bundeskanzleramtes vom 6. 12. 1985, Kopie beim Verfasser.

Eine ältere Frau aus dem Volk der Sinti wird von einem NS-Arzt in Begleitung eines Polizisten befragt.



Burgenländische Roma im Konzentrationslager Dachau. Sehr viele wurden bereits im Jahre 1938 eingesperrt.

Angepriesen als das »erste wissenschaftliche Geschichtswerk« über dieses Volk, erschien 1972 ein Buch über die Zigeuner in den USA,[3] das 1981 auch auf deutsch herauskam.[4] Dabei wurde aus dem US-Titel *The Destiny of Europe's Gjpsies* {Das Schicksal von Europas Zigeunern) verfälschend und Deutschland belastend schon *Sinti und Rom — Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat* gemacht. Das neutrale Wort >Schicksal< war zur »Vernichtung' geworden. In Wirklichkeit handelte das Buch von der Geschichte der Zigeuner und ihres Volkes, nicht nur von dessen behaupteter Vernichtung,

Eine Aufzählung der Zigeuner in den verschiedenen Ländern Europas für 1939 ergibt in diesem Buch als Summe 936 000,[5] wohl eine untere Grenze ihrer Zahl für ganz Europa zur damaligen Zeit,

1990 veröffentlichte die weltweit gelesene *New York Times*[b] einen Artikel von Jan F. HANCOCK, worin behauptet wird, daß mehr als eine Million Zigeuner im Dritten Reich ermordet worden seien und diese Abschätzung durch weitere Forschung wohl noch erhöht werden müsse. Als Verfasser und Zeitungsredaktion nach den Quellen für diese Zahl gebeten wurden, antworteten sie nicht, und ein berichtigender Leserbrief wurde von der Zeitung nicht gebracht.

Zwei Jahre später veröffentlichte dieselbe *New York Times* einen Beitrag,[7] in dem die gegenwärtige Zahl der europäischen Zigeuner mit 10,3 Millionen angegeben wird. Gegenüber rund 20 000 vor dem Zweiten Weltkrieg lebten um 1980 rund 50000 Zigeuner in Deutschland.[8]

Wenn diese Zahlen stimmen sollen, und die hohen Zahlen von Zigeunern in den Ostblockstaaten, vor allem auf dem Balkan und in der früheren Tschechoslowakei weisen darauf hin, bleibt zu fragen, woher diese große Zahl bei aller zugegebenen Fruchtbarkeit dieses Volkes in den letzten 50 Jahren hergekommen sein kann, wenn gleichzeitig behauptet wird, daß das NS-Regime die von ihm nicht ermordeten Zigeuner größtenteils habe sterilisieren lassen. Vor der weiteren Angabe offizieller Zahlen sollte eine objektive Erforschung vorgenommen werden, insbesondere, weil auch schon von nicht unbedeutender Stelle[9] die Forderung erhoben wird, daß Deutschland heute wegen der Vorkommnisse im Zweiten Wehkrieg verpflichtet sei, die restlichen Millionen Zigeuner aufzunehmen.[10]

In diesem Zusammenhang bezeichnend und aufschlußreich ist die Entwicklung und Bewertung der Zahl der Zigeuneropfer nach dem Zweiten

[3] Donald KENRICK und Grattan PUXON, ***The Destiny of Europe's Gjpsies,*** Basic Books Inc., New York 1972.

[1] Dieselben, ***Sinti und Roma — Die Vernichtung eines Volkes im NS-Staat,*** übersetzt von Astrid STEGELMANN, herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1981.

[5] Ebenda, S. 183 f.

[4] Jan F. HANCOCK, in: ***New York Times,*** 20. 8. 1990, S. A 14.

[7] Stephen KINZER, in: ***New York Times,*** 27. 9. 1992, S. E 5.

[8] ***Der Spiegelte.*** 41, 1980, S. 96.

' So u. a. in der ***New York Times,*** 27. 9. 1992, Seite E 16, in einem Editorial.

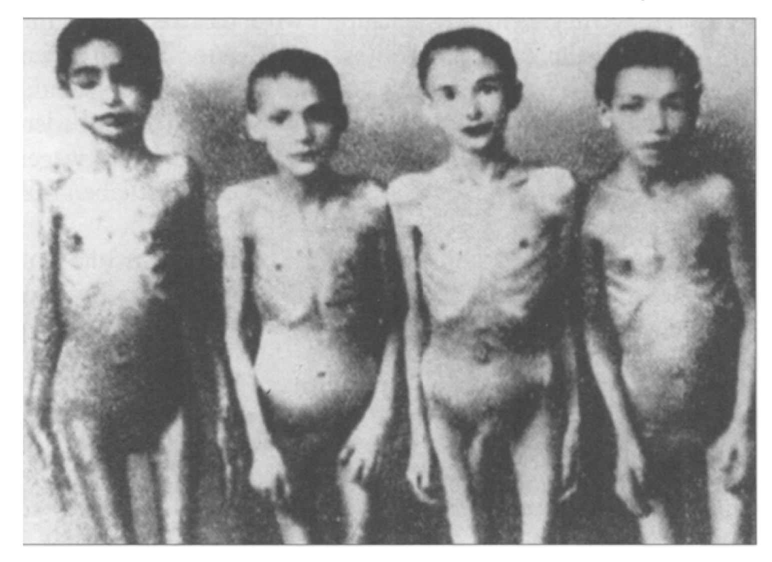
[10] Wörtlich unter der Überschrift »Gypsies and Germans, Wronged«: »But any new (asylum) laws ought grant a special dispensation to people like the Gypsies in acknowledgement of Nazi crimes,« (»Zigeuner und Deutsche, Unrecht behandelt«. »Aber alle neuen [Asyl-JGesetze sollten in Anerkennung der NS-Verbrechen eine besondere Ausnahmeregelung für Personen wie die Zigeuner zugestehen.«)

Weltkrieg.[11] Am 22. Februar 1950 schrieb das baden-württembergische Landesamt für Wiedergutmachung in einem Runderlaß (E 19-202/1330): »Die Prüfung der Wiedergutmachungsberechtigung von Zigeunern und Zigeunermischlingen nach den Vorschriften des Entschädigungsgesetzes habe zu dem Ergebnis geführt, daß der genannte Personenkreis überwiegend nicht aus rassischen Gründen, sondern wegen seiner asozialen und kriminellen Haltung verfolgt und inhaftiert worden sei.«

Die in Hamburg erscheinende Zeitschrift ***Kriminalistik*** schrieb im Mai 1954 mit Hinweis auf eine offizielle Veröffentlichung des Bayerischen Landeskriminalamtes: »Während des Dritten Reiches wurde eine Anzahl zigeunerischer Personen wegen ihrer teils asozialen, teils kriminellen Lebensweise als polizeiliche Vorbeugungshäftlinge in KZ-Haft genommen. Erst im Jahre 1945 wurde auch die familienweise Einweisung von Zigeunern in KZ-Lager verfügt. Inwieweit und unter welchen Umstanden hierbei Zigeuner ihr Leben lassen mußten, kann mangels konkreter Unterlagen nicht festgestellt werden. Soweit jedoch bekannt, wurden auch viele Zigeuner ein Opfer von Seuchen, die zum Teil auf die mangelhafte Unterbringung in Lagern, zum Teil aber auch auf die persönliche und angeborene Unsauberkeit der Betroffenen selbst zurückzuführen ist. Eine rassische Verfolgung schlechthin muß aber im Gegensatz zu der Judenverfolgung verneint werden.«

Am 7. Januar 1956 entschied der Bundesgerichtshof (Az.: IV ZR 211/55), daß die Deportation von 2500 Zigeunern im Jahre 1940 als sicherheitspolitische Maßnahme, und nicht als Rassenverfolgung zu werten sei. Im Urteil heißt es: »Die nach 1933 von seiten der nationalsozialistischen Gewalthaber gegen die Zigeuner ergriffenen Maßnahmen unterscheiden sich nicht samt und sonders von ähnlichen auch vor dem Jahre 1933 getroffenen Handlun-

[11] Material hierzu bei: Udo WALENDY, ***Historische Tatsachen Nr. 23. Zigeuner bewältigen 1/2 Million,*** Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1985.



Viele Sinti und Roma sollen Sterilisiert worden oder - wie die abgebildeten Sinti-Zwillingspaare - Opfer medizinischer Menschenversuche gewesen sein. Die Kluft zwischen der geschätzten Bevölkerung der Zigeuner zu Beginn des Krieges und der inzwischen in den Medien genannten Opferzahl wirft viele Fragen auf.

gen zur Bekämpfung des Zigeunerunwesens.« Und weiter wird angeführt: »Die Zigeuner neigen zur Kriminalität, besonders zu Diebstählen. Es fehlen ihnen vielfach die sittlichen Antriebe zur Achtung von fremdem Eigentum, weil ihnen wie primitiven Urmenschen ein ungehemmter Okkupationstrieb zu eigen ist.«

Am 1. März 1961 entschied auch das Oberlandesgericht München (Az.: 9 EU 475/59), daß bei den kriegsbedingten Deportationen von Zigeunern keine Rassenverfolgung vorgelegen habe, und schrieb in die Begründung: »Sie lebten in offenen Lagern, verlassenen Judenvierteln oder auf dem Lande bei Bauern, meist recht primitiv, aber doch frei. Sie wurden verschiedentlich auch zur Arbeit in Rüstungswerken oder auch zum Straßen- und Stellungsbau herangezogen und zwangsverpflichtet. Daß sie solche Arbeit unter Aufsieht und unter einem gewissen Zwang verrichten mußten, lag in der Natur der Sache. Die Arbeit war aber aus diesem Grunde allein noch keine Zwangsarbeit unter haftähnlichen Bedingungen, da die Arbeitsverpflichteten außerhalb ihrer Arbeitszeit im allgemeinen in ihrer Freiheit nicht beschränkt waren. .. Mißhandlungen sind zweifellos vorgekommen, besonders wenn sich einzelne weniger arbeitsfähig oder arbeitswillig zeigten. Gelegentlich wurden die Zigeuner auch von Polizei, SS oder Wehrmachtsdienststellen festgenommen und kürzere oder längere Zeit in Gefängnissen oder geschlossenen Lagern festgehalten. Dies geschah jedoch nicht, um sie aus Gründen der Rasse zu verfolgen, sondern weil sie ziel- und planlos umherzogen, sich über ihre Person nicht ausweisen konnten oder für Spione gehalten wurden.«

Diese Zeitdokumente seien nur als Belege für die Beurteilung in damaliger Zeit angeführt und geben nicht die Meinung des Verfassers wieder.

In Büchern, Lexika und Zeitungen wurden dann bis in die siebziger Jahre Zahlen von rund 2000 Zigeunern als bedauernswerte Opfer des Zweiten Weltkrieges angegeben. [12] Erst dann kamen plötzlich und ohne Begründung wie ohne Angabe von Quellen viel größere Opferzahlen ins Gespräch, meist um 500000, so in *Die Weit* (18. 6. 1978), *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (8. 4. 1980), *Rheinischer Merkur! Christ und Welt* (18. 4. 1980), *Spiegel {(i.* 10. 1980).

Im Jahre 1992 wurden in einem Übersichtsartikel[13] nur wenige Zahlen genannt: Im Mai 1940 seien 2500 Sinti - offenbar aus dem Reich - nach Polen deportiert; im Dezember 1941 seien rund 5000 Sinti und Roma vom Balkan und aus dem Reich im Ghetto Lodz konzentriert und getötet worden; in Osteuropa sei es dann zu Massenerschießungen gekommen; im März 1943 sei eine Konzentration »zigeunerischer Personen« in Auschwitz erfolgt, die 23 000 Menschen umfaßte, von denen 21000 den Tod gefunden hätten. Dann folgt ohne nähere Angaben: »Die Gesamtzahl der im Rahmen des NS-Völkermordes ermordeten >Zigeuner< wird zwischen 220 000 und 500 000 Personen geschätzt.« Später wurden 50 000 Opfer angegeben.[14] Offenbar liegt in dieser Frage noch erheblicher Forschungsbedarf vor.

[12] Einzelheiten z. B. in: ***Unabhängige Nachrichten*** Nr. 4, 1986, S. 7.

[13] Michael ZIMMERMANN, »Zigeuner«, in: Wolfgang BENZ (Hg.), ***Legenden, Lügen, Vorurteile,*** Deutscher Taschenbuchverlag, München 1992, S. 227-230; weitere Einzelheiten in: ders., ***Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma,*** Essen 1989.

[14] Michael ZIMMERMANN, in: ***Frankfurter Rundschau,*** 13. 2. 1997.

Gefangene unter Stalin und Hitler

Manche Häftlinge der NS-Konzentrationslager hatten das schwere Schicksal, daß sie nach ihrer Befreiung 1945 wieder in alliierten Konzentrationslagern gefangen gehalten wurden. Mehrere solcher Fälle für das Lager SachsenhausenOranienburg beschreibt der spätere Bundeswehroberst Gerhan SCHIRMER in seiner Broschüre ***Sachsenbausen-Workuta. Zehn Jahre in den Fängen derSonjets***.[1] Auch Juden traf solches Mißgeschick. Einige haben die Lagerbedingungen vor und nach 1945 verglichen. Zwei Beispiele seien angeführt.

1. Der vor 1945 und dann von 1945 bis 1950 in Sachsenhausen inhaftierte jüdische Facharzt für Augenkrankheiten Dr. med. Fritz HIRSCHFELD schrieb über seine Erlebnisse 1964 in einem Brief an seinen früheren Mitgefangenen :[2] »Konzentrationslager Sachsenhausen, ein Schandfleck des 20. Jahrhunderts, eingerichtet unter dem Naziregime, fortgeführt nach 1945 durch die Sowjets. Die Insassen während der Gewaltherrschaft HITLERS waren politisch Andersdenkende und Juden. Bei den Sowjets gab es unter den >politisch Festgehaltenen«, wie sie sie nannten, keinerlei Gruppen, die unter politischen oder wirtschaftlichen Gesichtspunkten festgesetzt wurden, sondern die Auswahl war eine willkürliche unter allen Schichten der Bevölkerung, auch dem Alter nach von 14 Jahren bis Mitte der Siebziger.

Das Leben im Lager war hart, sehr hart sowohl bis 1945 wie nachher bis 1950. Jeder sehnte sich danach, in ein Arbeitskommando eingeteilt zu werden, da dadurch die Verpflegung etwas besser wurde. Die Rationen waren bis 1945 etwas reichlicher. Es herrschten infolgedessen unter den Sowjets von 45-50 viel mehr Infektionskrankheiten, vor allem die Tuberkulose breitete



Das NS-Konzentrationslager Sachsenhausen wurde von den Sowjetrussen fortgeführt (hier Aufnahme aus dem Jahre 1949. Von 60000 Gefangenen soll mindestens jeder fünfte ums Leben gekommen sein.

[1] Gerhan SCHIRMER, *Sachsenbausen-Workuta. Zehn jähre in den Fangen der Sowjets,* Graben, Tübingen 1992, S. 7 ff.

[2] Anlage zum Brief von Dr. med. Fritz HIRSCHFELD vom 22.4. 1964 aus Tegernsee an Oberst Gerhan SCHIRMER, wiedergegeben in: SCHIRMER, ebenda, S. 47.

sich schnell aus, wie auch infektiöse Leberkrankheiten usw. Die Zahl der Toten war infolgedessen von 45-50 im Lager sehr hoch, Beerdigungen in Massengräbern - Kalkgruben- ohne Kennzeichen, ohne Benachrichtigung der Angehörigen.

Zwar sind die Vergleiche immer etwas Relatives, eines ist aber sicher, der Aufenthalt in Sachsenhausen von 1945-50 unter den Sowjets war noch quälender und härter als unter dem Hitlerregime.«

2. Der in Ehningen lebende frühere Sachsenhausen-Häftling Ferdinand LUKAS aus Znaim hielt in einer eidesstattlichen Versicherung folgendes fest.[3] »In den Jahren 1948-49 war ich im Lager Oranienburg/Sachsenhausen interniert. Am 19. 1. 1950 wurde ich entlassen.

In diesem Lager lernte ich einen Mitinsassen namens Hubert MARX kennen. Er stammte aus Köln und war Altkommunist. Als solcher wurde er 1933 verhaftet und verbrachte alle 12 Jahre des 3. Reiches in diesem KZ.

1945 wurde er nach seiner Befreiung durch die Sowjets als höherer Polizeidienstgrad in einer brandenburgischen Kleinstadt, ich glaube, es war Wittenberge, eingesetzt. Wegen verschiedener Schwarzmarktgeschäfte wurde er verhaftet und landete wieder in Sachsenhausen.

Hier erzählte er uns als gesprächiger Mensch aus seinem Leben. Natürlich fragten wir ihn, wie es im NS-KZ gewesen sei. Da wir furchtbar unter Hunger litten und schon zu Skeletten abgemagert waren, wollten wir vor allem wissen, wie die Verpflegung vor 1945 gewesen sei. Hierzu berichtete er, daß sie im KZ Sachsenhausen damals, außer in den letzten Kriegsmonaten, nicht gehungert hätten.

Selbstverständlich fragten wir auch nach den Massenmorden, von denen wir nach Kriegsende so viel und Entsetzliches hören mußten. Dazu sagte er, daß es solches im Lager Sachsenhausen nicht gegeben habe. Eine geheime Durchführung im Lager hielt er für ausgeschlossen. Die Insassen hätten es bemerken müssen. Von Gaskammern oder von Genickschußanlagen berichtete er nichts.

Er erzählte auch etwas, was wir ihm zunächst nicht glauben wollten: Er benannte uns die Baracke, in der das Lagerbordell für Häftlinge gewesen sei.«

In umgekehrter Reihenfolge, erst in Rußland, dann in Deutschland, erlebte Margarete BUBER-NEUMANN (21.10.1901-6.11.1989) sowjetische und deutsche Konzentrationslager. In erster Ehe mit Rafael BUBER, dem Sohn Martin BUBERS, verheiratet gewesen, ging sie, seit 1921 Kommunistin, 1933 mit ihrem zweiten Mann Heinz NEUMANN nach Moskau. Nach dessen Ermordung 1937 im Rahmen der Säuberungen der Partei unter STALIN kam sie in ein sowjetisches KZ, wurde 1940 von STALIN an Deutschland ausgeliefert und war bis Kriegsende im KZ Ravensbrück. Besonders in ihrem Buch *Als Gefangene bei Stalin und Hitler* vergleicht sie die Verhältnisse in russischen und deutschen Lagern, wobei die russischen weniger gut abschneiden.[4]

[3] Die am 2. Dezember 2002 amtlich beglaubigte Eidesstattliche Versicherung liegt dem Verfasser vor.

[4] Margarete BUBER-NEUMANN, ***Als Gefangene bei Stalin und Hitler,*** Busse und Seewald, Herford 1985 (Neuauflage, zuerst 1949).

KL-Biographien als Fälschungen entlarvt

Im Jahre 1995 veröffentlichte der Schweizer Binjamin WILKOMIRSKI das Buch ***Bruchstücke?*** Darin behauptete der Verfasser, als Kind lettischer jüdischer Eltern die NS-Vernichtungslager überlebt zu haben, später in einem Krakauer Waisenhaus untergekommen und erst 1948 von seinen Pflegeeltern in der Schweiz adoptiert worden zu sein. Insbesondere schilderte er seine Erlebnisse als jüdischer Junge im Konzentrationslager Majdanek, Dabei brachte er publikumswirksam »eine bislang unbekannte Anhäufung gräßlicher Szenen, die manche Kritiker von einer literarischen Gewaltpornographie sprechen ließen«.[3] Das Buch erschien in mehreren Auflagen, auch als viel verbreitetes Taschenbuch, wurde in zwölf Sprachen übersetzt, erhielt viele lobende Besprechungen als empfehlenswerter Zeitzeugenbericht, und der Autor hielt zahlreiche Vorträge zu dem Thema, auch an Hochschulen.

Erst vier Jahre später war es dann ganz offenkundig, daß der ganze Inhalt der blühenden und zum Teil perversen Phantasie des Autors entsprungen war. Am 12. Oktober 1999 zog der Suhrkamp-Verlag offiziell das Buch zurück.

Richtig ist, daß WILKOMIRSKI - mit bürgerlichem Namen heute Bruno DOESSEKER - weder im Osten geboren wurde, noch im Kriege überhaupt in einem Konzentrationslager war. Nach Angaben der Vormundschaftsbehörde der Stadt Biel wurde er am 12. Februar 1941 in Biel in der Schweiz als uneheliches Kind von Yvette GROSJEAN geboren. Der Lebensweg des kleinen Bruno GROSJEAN von Biel über ein Adelbodener Kinderheim bis zur Adoptionsfamilie DOESSEKER, deren Namen er dann bekam, ist regelmäßig dokumentiert und »aufgrund der summarischen Aktenlage rekonstruierbar«, so das Amt, das sich auch auf einen bestätigenden Bericht von Bruno GROSJEANS Vormund stützen konnte. Seit Oktober 1945 war der Junge dann als Pflegekind bei seinen späteren Adoptiveltern DOESSEKER polizeilich gemeldet.[1]

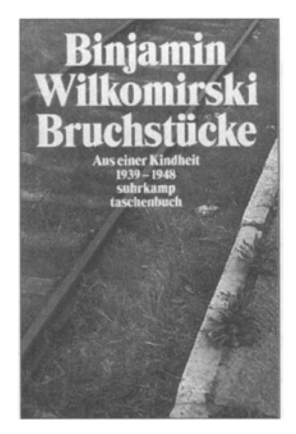
Schon früh erhob der Schweizer Schriftsteller Daniel GANZFRIED den Vorwurf der Fälschung gegen das Buch,[4] den dessen Verfasser jedoch energisch bestritt und mit allerlei Ausflüchten abzuwehren versuchte. »Nachdem WILKOMIRSKI in einer Mitteilung an seine Verleger im vergangenen Herbst (1998, H. W.) noch vermutet hatte, die amtlichen Dokumente seien durch >Mani-

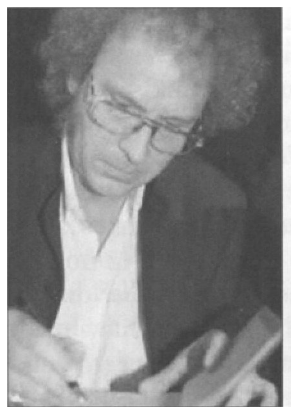
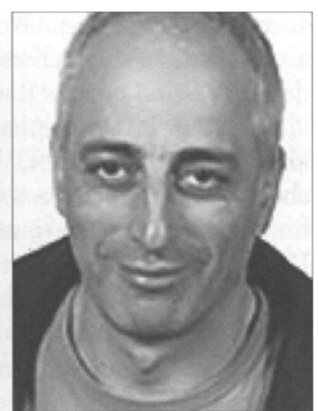
[1] Binjamin WILKOMIRSKI, ***Bruchstücke. Aus einer Kindheit 1939-1948,*** Jüdischer Verlag im Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1995.

[2] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 13. 10. 1999.

[5] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 19. 2. 1999; Daniel GANZFRIED, ... ***alias Wilkomirski. Die Holocaust-Travestie,*** Jüdische Verlagsanstalt, Berlin 2002.

[4] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 12. 12. 1998; Daniel GANZFRIED, in: ***Welhvoche,*** 27. 8. 1998.



Von links: Die im Suhrkamp-Verlag erschienenen *Bruchstücke des* Binjamin WILKOMIRSKI; Bruno DoESSEKER/Binjamin WILKOMIRSKI, der Auschwitz und Majdanek nur als Tourist kennt, und Daniel GANZFRIED.

pulation und Austausch von Papieren« von »anderen beteiligten Personen, die aber heute nicht mehr am Leben sind«, verfälscht worden, erklärte sein Rechtsanwalt Rolf SANDBERG im Gespräch mit dieser Zeitung, die behördlichen Dokumente seien zwar korrekt, möglicherweise liege aber ein Fall von Kindesvertauschung vor. Ein Sprecher der (Schweizer, H. W.) Behörde hingegen erklärte in der schweizerischen Nachrichtensendung >10 vor 10<, Anzeichen für eine Kindesvertauschung gebe es nicht«,[5] und wies damit die durchsichtigen Ausflüchte des Verfassers zurück.

Die Echtheit des Buches wurde 1998 auch von anerkannten Historikern, so von Raul HII.BERG, Aleida ASSMANN und Omer BARTOV, angezweifelt. Dennoch wurde es weiter vertrieben,

Über das endgültige Aus für das Buch schrieb im Herbst 1999 die E4Z:[6] »Mehr als ein Jahr ist vergangen, seit der schweizerische Schrifsteller Daniel GANZFRIED gegen Binjamin WILKOMIRSKIS Erinnerungsbuch *Bruchstücke den* Vorwurf der Fälschung erhob. WILKOMIRSKI, mit bürgerlichem Namen Bruno DOESSEKER, habe die Konzentrationslager nur als Tourist gesehen. Nun hat der Historiker Stefan MÄCHLER, der auf die Flüchtlingspolitik der Schweiz spezialisiert ist und von WILKOMIRSKIS Agentur mit einem Gutachten beauftragt war, GANZFRIEDS Thesen bestätigen können. Von WILKOMIRSKIS Behauptungen, die Schreckensszenen seiner Kindheit im Vernichtungslager Majdanek mit >fotographischer Genauigkeit« wiedergegeben zu haben, bleibt nach MÄCHLERS Expertise nichts übrig.«

Geschickt hatte sich somit der Verfasser ein bei der herrschenden historischen Korrektheit gängiges Thema und eine günstige Zeit der Veröffentlichung herausgesucht, so daß sich ein Bestseller ergab. »Aber in der Erhöhung der Dosis, die dem Leser einen Voyeurismus des Unheils aufzwang, mag

[5] Wie Anm. 3.

[6] Wie Anm. 2.

auch der Erfolg seinen Grund haben. Zudem konnte es, als es 1995 erschien, als Zeitkritik an der Schweiz gelesen werden, die gerade unter dem Eindruck der Diskussion um das Raubgold stand.«[7]

In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, daß der junge US->Historiker< Daniel GOLDHAGEN, Verfasser des von Fachleuten heftig kritisierten Buches *Hitlers willige Vollstrecker. Ganz gewöhnliche Deutsche und der Holocaust,* sich für das Machwerk eingesetzt und zur deutschen Taschenbuchausgabe den Umschlagtext beigesteuert hatte. Die *FAZ* konnte es sich nicht verkneifen, dazu in ihrem ausführlichen Bericht über die Rücknahme des Buches abschließend zu bemerken: »Nur von einem würde man in diesen Tagen gerne noch etwas hören: von dem Autor, der den Umschlagtext für die Taschenbuchausgabe verfaßte: >Dieses fesselnde Buch belehrt auch jene, die mit der Literatur über den Holocaust vertraut sind. Es wird jeden tief bewegen.« Sein Name ist Daniel GOLDHAGEN.«[8]



Daniel J. GOLDHACEN.

In der Tat hat das Buch sicher Hunderttausende von Lesern tief bewegt. Es hat ihnen unter der Versicherung, die reine Wahrheit zu liefern, ein - wie sich nun herausgestellt hat - völlig frei erfundenes und einseitig verzerrtes Bild der damaligen Wirklichkeit vorgespiegelt. Unter dem ausdrücklichen Anspruch historischer Genauigkeit wurde eine Fälschung vorgelegt, von interessierten Kreisen gefördert und möglichst weit verbreitet, sehr zum politischen Schaden für die Schweiz und für Deutschland. Auch als die Fälschung ruchbar wurde, haben die dafür Verantwortlichen, vor allem der Verfasser, noch möglichst lange versucht, die Wahrheit zu unterdrücken und die >Auschwitz-Keule< gegen die Kritiker anzuwenden. Glücklicherwiese waren diese hartnäckig genug und haben nicht locker gelassen. Schließlich mußte die Fälschung sogar vom Verlag zurückgezogen werden. Über wohl berechtigte strafrechtliche Folgerungen - der Tatbestand der Volksverhetzung dürfte auch zu untersuchen sein - wurde bisher nichts bekannt.

»Menschen, die sich fälschlicherweise als Holocaust-Opfer ausgeben, sollten nach Ansicht des Schweizer Schriftstellers David GANZFRIED als Betrüger vor Gericht gestellt werden«, meint dazu die *Neue Zürcher Zeitung.*[9] GANZFRJED fordere auch, daß Verlage, die mit erfundenen Holocaust-Erinnerungen Geld gemacht haben, diese Summen wohltätigen Organisationen spenden sollten. GANZFRIED habe in der in New York erscheinenden deutsch-jüdischen Zeitung *Aufbau* geschrieben: »Das bis heute anhaltende Schweigen der jüdischen Organisationen [zum Fall WILKOMIRSKI, H. W] muß uns alarmieren... Es

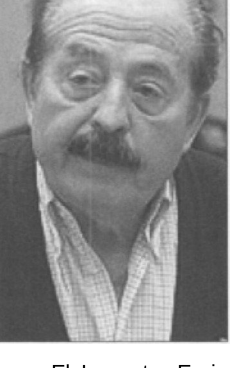
[7] Ebenda.

[8] Ebenda; siehe auch: Hans-U. PIEPER, »Alles frei erfunden«, in: *Criticón,* Nr. 160, 1998.

[9] ***Neue Zürcher Zeitung,*** 29. 11. 1999,

scheint, als wäre ihnen in Sachen Auschwitz die Wahrheit egal, solange sich die Wirkung dergestalt einstellt, daß sie ihre Art der Nachlaßverwaltung von sechs Millionen Toten legitimiert.«[9]

Eine frühere Fälschung einer KL-Biographie war schon 1996 ans Licht gekommen, als bewiesen wurde, daß das Buch *The Painted Bind* von Jerzy **KosiNSKi**[10] mit angeblichen KL-Erlebnissen ein reines Phantasieprodukt war und sein Verfasser entgegen seinen Versicherungen nie als Häftling in einem Konzentrationslager gewesen war.[11]



El Impostor Enric MARCO,

Ein ähnlicher spektakulärer Fall flog im Mai 2005 zur Zeit der 60Jahrfeiern des Kriegsendes auf.[12] Der damals 84jährige Spanier Enric MARCO hatte 1978 seine angebliche Leidenszeit als Häftling Nr, 6448 im Konzentrationslager Flossenbürg in dem Buch *Memoria del Infierno {Erinnerung an die Hölle*[n] veröffentlicht, darüber in Hunderten von Interviews berichtet und zahllose Vorträge dazu gehalten. Jahrelang wirkte er als Vorsitzender des spanischen Verbandes der Überlebenden des Lagers Mauthausen, der Vereinigung >Amical de Mauthausen<. Noch am 27. Januar 2005 hatte er vor dem spanischen Parlament zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz gesprochen und dabei die Selektionen eindrücklich geschildert. Er nahm dann an den Feierlichkeiten zur Befreiung des Konzentrationslagers Ravensbrück teil. Anfang Mai 2005 war er als Gast in Österreich, um in Mauthausen des Befreiungstages mit zu gedenken. Als Zeitzeuge war er in dem kurz vorher in Österreich gedrehten und aus öffentlichen Geldern stark geförderten Antifa-Film *Letzte Hoffnung Spanien* (weltweit als *Spain was their last Hope* zur Vorführung vorgesehen) über den Kampf spanischer Rotfrontier und ihr anschließendes Schicksal in deutschen Konzentrationslagern aufgetreten.

Nachdem der Historiker Benito BERMEJO erdrückende Beweise dafür vorgelegt hatte, daß MARCO nicht, wie er versichert hatte, 1941 von den Vichy-Behörden aus Marseille an Deutschland ausgeliefert worden war und nie als Häftling eines deutschen KZ zu leiden gehabt hatte, mußte der Spanier am 11. Mai 2005 vor der Presse zugeben, daß er während der Kriegszeit nie in Flossenbürg oder einem anderen deutschen Konzentrationslager gewesen war und daß seine als von ihm persönlich erlebt geschilderten Berichte frei erfunden waren. Anscheinend ist MARCO, nachdem er auf kommunistischer Seite am Spanischen Bürgerkrieg teilgenommen und 1939 sich nach Frankreich abgesetzt hatte, 1941 freiwillig zur Arbeit nach

[10] Jerzy KOSINSKI, ***The Painted Bird,*** New York 1965.

[11] James Park SLOAN, ***Jery Kosinski,*** New York 1996.

[u] Lorenz JÄGER, »Don Wilkomirski«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 13. 5. 2005, S. 28.

[13] Enric MARCO, ***Erinnerungen an die Hölle***, 1978.

Deutschland gekommen, hat gegen Bezahlung auf einer Kieler Werft gearbeitet und ist 1943 wieder nach Spanien zurückgekehrt.[14]

Der vorher hochgeehrte und mit Orden dekorierte Fälscher brauchte nach seiner Entlarvung außer dem Verlust seiner Ehrenämter in den Anttfa-Vereinigungen nichts zu befürchten, insbesondere keine Anklage wegen Volksverhetzung.

Ein halbes Jahr vorher war in Australien schon ein »Neo-Wilkomirski«[ls] aufgeflogen. Der australische Verlag UWA Press mußte das Buch ***Stolen Soul*** (Gestohlene Seele) vom Markt nehmen. Der Verfasser, der sich Bernard HOLSTEIN nannte, hatte darin behauptet, die wahre Geschichte seiner Kindheit in Auschwitz zu erzählen, wo er das Opfer medizinischer Versuche gewesen sei und im Widerstand mitgearbeitet habe. In Wirklichkeit, wie sich bei Nachforschungen des Verlages ergab, besaß der Autor den bürgerlichen Namen Bernard BROUGHAM, war der 69jährige in Australien geboren, dort 1942 katholisch getauft worden, nicht in einem KL gewesen und nun Koch in einem Bergwerk. Er hatte sich die KL-Nummer, mit der er öffentlich für seine Geschichte warb, selbst auf den Arm tätowieren lassen. Er war mit Lesungen aus seinem Buch vor Schülern aufgetreten, die das »Holocaust Institute« in Yokine eingeladen hatte.

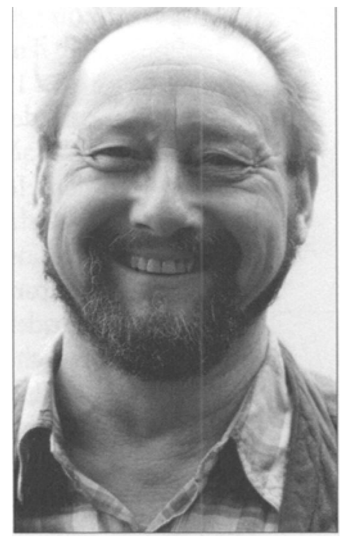
Weniger spektakulär, aber ebenso bezeichnend ist der Fall der jüdischen Schauspielerin Frania GLASSMANN, der Mutter der berühmten Sängerin Myriam FUKS.[16] Frau GLASSMANN behauptete immer, sie sei von der Gestapo in ein deutsches Konzentrationslager verschleppt worden und habe in einem dunklen Keller des Lagers ihre erste Tochter, Myriam FUKS ältere Schwester, zur Welt gebracht, die sie dann monatelang bis zur Befreiung durch die Amerikaner 1945 vor den Deutschen habe verstecken können. In Wirklichkeit gibt es ein Foto von ihr, das sie mit dem Kleinkind auf den Knien auf einer Wiese sitzend aus dem Jahre 1944 mit der Aufschrift auf der Rückseite: »In Erinnerung an die glücklichen Tage in Bennshausen« zeigt. Wie Nachforschungen der Tochter ergaben, war ihre Mutter nie in einem Konzentrationslager, sondern arbeitete zur fraglichen Zeit unter anscheinend annehmbaren Bedingungen bei einem mittelständischen Unternehmen im thüringischen Bennshausen, Dort lernte sie einen Niederländer kennen und brachte im örtlichen Krankenhaus das gemeinsame Kind zur Welt. Am 3. August 2005 strahlte das ARD-Fernsehen um 23 Uhr den bereits 1998 von dem jüdischen Regisseur Daniel SYRKIN gedrehten, aber dann wegen seiner möglichen Auswirkungen sieben Jahre lang zurückgehaltenen Film ***Meine Mutter und die Na%is*** über das Schicksal dieser Frau aus.

[14] »Erfundene KZ-Haft«, in: ***National-Zeitung,*** 20. 5. 2005.

[15] 1. J., »Neo-Wilkomtrski«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung***, 5. 11. 2004.

[14] ***National-Zeitung,*** 12. 8. 2005.

Auch gegen das Buch ***Ab heute singst du nicht mehr mit, Aufzeichnungen einer Kindheit***[17] *von* Conny Hannes MEYER, das vom Verlag als »authentische Aufzeichnungen aus einem Konzentrationslager« beworben wird, erhoben sich Ende März 2006 erhebliche Zweifel.[18] Der 1931 geborene Verfasser will ab 1942 oder 1943 im KL Mauthausen als zehnjähriges Kind unregistriert gewesen sein. Das Mauthausen-Archiv kann das nicht bestätigen; der Verfasser hat früher erklärt, er sei von 1939 bis 1945 in einem Wiener Heim gewesen; sein Biograph hat sieben verschiedene von dem Theatermacher MEYER autorisierte Lebensläufe aufgeführt, »weil es mir dezidiert nicht möglich war zu ermitteln, welches die richtige Version war«. MEYER selbst erklärte, sein Buch erhebe »keinerlei Anspruch auf Authentizität der Zeit oder des Ortes oder der Fakten.«



Man muß wohl auch weiterhin mit dem rechnen, was Lorenz JÄGER mit den Worten feststellte: »In größeren Abständen taucht im literarisch-politischen Leben ein merkwürdiger, halb lächerlicher, halb unheimlicher Typus auf: der falsche Uberlebende der nationalsozialistischen Untaten.«[12] Und er findet schnell Verlage, die ohne Prüfung auf Stichhaltigkeit aus seinen Phantasien Bestseller machen. Strafrechtliche Maßnahmen haben solche Verlage nicht zu fürchten.

Wenn dagegen rechte Verleger ihrer »Sorgfaltspflicht« nicht nachkommen, schlägt sofort die orletisierte[19] politische Justiz in Deutschland scharf zu und verhängt mehrjährige Haft.



Conny Hannes MEYER hat keinen Grund mehr zum Lachen; seine infame Fabulisierung wurde enttarnt. *Unten:* MEYERS Buch *Ab beute singst du nicht mehr mit. Aufzeichnungen einer Kindheit.*

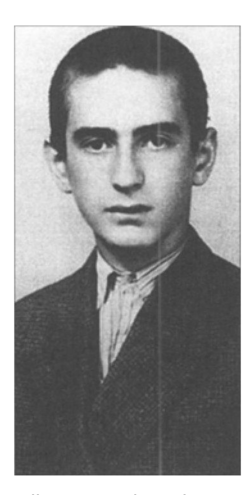
[17] Conny Hannes MEYER, ***Ab heute singst du nicht mehr mit. Aufzeichnungen einer Kindheit,*** Molden, Wien '2006.

[18] Anne Catherine SIMON, »ES ist meine Geschichtet« in: ***Die Presse,*** 1. 4. 2006; dazu auch: ebenda, 31.3. 2006.

[19] Neue Wortbildung nach dem Mannheimer Richter ORLET, der nach einem Bewährungsurteil gegen Günter DECKERT vom 22. 6. 1994 unter dem Druck der aufgebrachten Öffentlichkeit vorzeitig in den Ruhestand versetzt wurde.

Elie Wiesel - »Ein unredlicher Kronzeuge«

Unter diesem Titel veröffentlichte Prof. Dr. Roben FAURISSON bereits 1987[1] einen Hinweis auf Falschaussagen über Auschwitz von Elie WIESEL, dem damals in Paris lebenden jüdischen Friedensnobelpreisträger von 1986. WIESEL gilt in der Öffentlichkeit weithin als wesentlicher Zeuge für den Holocaust an den Juden, insbesondere für die Gaskammern. Er hat sich unter anderem im deutschen Historikerstreit nach 1986[2] sowie in der Diskussion um den 8. Mai 1995[3] zu Wort gemeldet und sich dabei gegen eine Historisierung, das heißt eine objektive wissenschaftliche Aufbereitung, der mit dem Holocaust zusammenhängenden Fragen und für das einseitige moralische Erinnern ausgesprochen.



Elie WIESEL im Alter von 15 Jahren - kurz vor seiner Deportation.

WIESEL veröffentlichte seine Erlebnisse als Häftling im KL Auschwitz auf jiddisch 1956, auf französisch 1958.[4] In beiden Büchern ist von Gaskammern keine Rede, sondern nach der damals noch gängigen Auffassung der Massenvernichtung von Menschen im KL Auschwitz in Feuergruben beschreibt er diese. So heißt es dort (Seite 57 der französischen, Seite 53/54 der deutschen Fassung): »Nicht weit von uns stiegen Flammen aus einer Grube empor, gewaltige Flammen. Man verbrannte dort etwas. Ein Lastwagen fuhr an die Grube heran und entleerte sich seiner Ladung: es waren kleine Kinder, Säuglinge! Ja, ich habe es mit eigenen Augen gesehen, Kinder in den Flammen.« Naturwissenschaftlich Gebildete können das schwer nachvollziehen, da diese Art der Verbrennung physikalisch unmöglich ist: In einer Grube kann mangels Sauerstoff kein großes Feuer brennen. Die ergreifende Schilderung muß wohl der Phantasie entstammen.

Über Babi Jar in der Ukraine, wo die Deutschen im Zweiten Weltkrieg Tausende von Juden exekutiert haben sollen,[3] was von Revisionisten bestrit-

[1] Robert FAURISSON, »Ein unredlicher Kronzeuge«, in: ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart,*** Nr. 2, 1987, S. 11-14; derselbe ebenso in: Ernst GAUSS (Hg.), ***Grundlagen %ur Zeitgeschichte,*** Grabert, Tübingen 1994, S. 107.

[2] U. a. in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 10. 12, 1986 und Fernsehinterview, zitiert von Horst MÖLLER, »ES kann nicht sein, was nicht sein darf«, in: Piper Verlag (Hg.), ***Historikerstreit,*** Piper, München 1987, S. 322.

[3] U. a. beim Elie-WIESEL-Symposium in Stuttgart, 7.-10. 5. 1995, vgl. ***Allgemeine jüdische Wochen^itung,*** Nr. 10/95, 18. 5.1995, S. 8; ***Stuttgarter Nachrichten,*** 23. 4. 1995.

[4] Elie WIESEL, ***IM Nuit,*** Les Editions de Minuit, Paris 1958, jiddisch 1956.

[s] Literatur bei Herbert TIEDEMANN, »Babi Jar: Kritische Fragen und Antworten«, in: Ernst GAUSS (Hg.), ***Grundlagen zurZeitgeschichte,*** Graben, Tübingen 1994, S. 375-399; Udo WALENDY, ***Historische Tatsachen Nr. 51,*** Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1992.

ten wird,[6] berichtet WIESEL: »Später erfuhr ich von einem Zeugen, daß der Boden dort monatelang unaufhörlich bebte und von Zeit zu Zeit Blutfontänen daraus hervorschossen,«[7] Auch diese beiden angeführten Vorgänge sind physikalisch und physiologisch (Blutgerinnung) unmöglich und können deswegen nicht wahr sein.

Über Buchenwald berichtet WIESEL, daß »täglich 10000 Personen in den Tod geschickt« worden seien[8] - was nachweisbar nicht der Fall war, eine Übertreibung um mehrere Zehnerpotenzen.

Erwähnenswert ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß bei der deutschen Übersetzung des oben genannten Erlebnisberichtes von WIESEL über Auschwitz an 13 Stellen das französische >*crematoire*< (Krematorium) durch das deutsche >Gaskammer(n)< ersetzt wurde, also dem Text ein ganz anderer Sinn durch die Übersetzung gegeben wurde. Es ist anzunehmen, daß dem gut deutsch sprechenden Verfasser diese Änderung nicht verborgen geblieben ist, sie vielleicht sogar mit seinem Einverständnis oder gar in seinem Auftrag erfolgt ist. Denn um 1962, in der Zeit des großen Frankfurter Auschwitz-Prozesses, als die deutsche Ausgabe erschien, war inzwischen allgemeine Ansicht geworden, daß die Massenvernichtung mittels Gaskammern in Auschwitz erfolgt sei, und da wurde anscheinend der frühere Erlebnisbericht aktualisiert. Die englische Ausgabe von 1986 bedient sich wieder der richtigen Übersetzung, hat also keine >Gaskammern< aufgeführt. Nur den Deutschen wurde anscheinend die Gaskammer-Version des Buches geboten. Daß in der deutschen Ausgabe auch von WIESEL für Buchenwald Gaskammern angegeben wurden, die nachweislich nicht existiert haben, rundet die Sache ab.'

Interessant in diesem Zusammenhang und besonders im Hinblick auf die Vorträge und Reden WIESELS über die »Befreiung« zum 8. Mai 1995 ist, daß er und sein Vater 1945, als sich die Sowjets Auschwitz näherten, es vorzogen, mit den abziehenden Deutschen nach Westen zu gehen, anstatt, wie ihnen freigestellt war, auf die Befreiung durch die Russen zu warten.[10] Wahrschein-

[6] Ebenda.

[7] Elie WIESEL, ***Paroles d'étranger,*** Edition du Seuil, Paris 1982, S. 86, zitiert bei: Robert FAURISSON, »Ein unredlicher Kronzeuge«, in: ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart,*** Nr. 2, 1987, S. 12.

* Elie WIESEL, »Author, Teacher, Witness«, in: ***Time,*** 18. 3. 1985, S. 79.

5 Elie WIESEL, ***Die Nacht zu begraben, E/ischa,*** Bechtle, München-Esslingen ca. 1962, Übersetzung von Curt MEYER-CLASON. Siehe: Beitrag Nr. 461, »Übersetzer fälschen ¡m Dienst der Umerziehung«.

[10] Elie WIESEL, ***Die Nacht,*** Gütersloher Verlagshaus Mohn, Gütersloh 1980, S. 108. Vgl. Robert FAURISSON, in: Ernst GAUSS (Hg.), ***Grundlagen zur Zeitgeschichte,*** Graben, Tübingen 1994, S. 107; H. WAGNER, in: ***Die Welt,*** 23. 3. 1995, S. 7.

lich entschlossen sie sich zu diesem für manche heutige Zeitgenossen wohl erstaunlichen Schritt in der durchaus richtigen Erkenntnis, so die besten Uberlebenschancen zu haben, was die Zukunft auch bewies. Den in Auschwitz bis zur Ankunft der Roten Armee verbliebenen Häftlingen dürfte es mindestens teilweise so ergangen sein, wie manchen der in Mitteldeutschland aus deutschen Konzentrationslagern freikommenden Juden, die von den Russen gleich wieder inhaftiert und noch jahrelang festgehalten wurden, wobei viele umkamen. Namentliche Beispiele hierzu aus Sachsenhausen führt Oberst Gerhart SCHIRMER an.[11] *Die Welt*[12] bestätigte das: »Tausende von KZ-Häftlingen, die von der sowjetischen Armee 1945 befreit wurden, sind anschließend in den sowjetischen GULag verschleppt worden. Viele von ihnen seien in den sowjetischen Lagern umgekommen.«

Ehe WIESEL tat also gut daran, mit seinen deutschen KL-Wächtern vor den anrückenden Russen zu fliehen, allerdings sprach er davon anläßlich der >Befreiungsfeiern< 1995 unseres Wissens nicht mehr.

Im übrigen betätigte sich WIESEL als ein Prediger von Haß statt von Frieden. Der besonders von den deutschen Medien und Politikern als Vertreter der Völkerverständigung und der Friedensliebe über alle Grenzen hinweg, als »Botschafter für die Menschheit..., des Friedens, der Sühne und der menschlichen Würde« sowie als eine »herausragende Stimme für das Weltgewissen« gefeierte Friedensnobelpreisträger WIESEL hat als wohl überzeugter Zionist auch dazu in scharfem Gegensatz Stehendes erklärt, was nicht verschwiegen werden sollte. So rief er in seinem Buch *Legends of our Time*[n] zu dauerndem Haß gegen die Deutschen auf, indem er unter anderem schrieb:

»Jeder Jude sollte irgendwo in seinem Inneren eine Zone des Hasses - des gesunden männlichen Hasses - bereithalten für das, was der Deutsche personifiziert und was in dem Deutschen weiterbesteht. Etwas anderes zu tun wäre Verrat an den Toten.«

Dennoch erhielt WIESEL 1986, auch auf Vorschlag von 83 Abgeordneten des Deutschen Bundestages, den Friedensnobelpreis. Die Pariser Tageszeitung *Le Monde*[14] schrieb aus diesem Anlaß, daß diese Auszeichnung gerade zur rechten Zeit komme. Denn: »Wir haben in den letzten Jahren erlebt, daß namens eines angeblichen »historischen Revisionismus« Thesen - vor allem französischer Herkunft - erarbeitet wurden, die darauf abzielen, die Existenz der nazistischen Gaskammern und darüber hinaus vielleicht sogar des Völkermords überhaupt in Frage zu stellen.« Der Nobelpreis soll also zur »politischen Aufklärung« instrumentalisiert werden.

Die Katholische Akademie Stuttgart veranstaltete vom 7. bis 10. Mai 1995 dennoch ein Symposium zum Werk und zur Ehrung Ehe WIESELS.

[11] Gerhart SCHIRMER, ***Sachsenhausen — Workuta. Zehn Jahre in den Fängen der Sowjets,*** Graben, Tübingen Ä1993, S. 8.

[11] ***Die Weit***, 15. 3. 1995, S. 4.

1} Elie WIESEL, ***Legends of our Time,*** Avon Books, New York 1968, S. 177 ff.

[14] *LeMonde*, 17. 10. 1986, S. 1, »Ein beredter Nobelpreisträger«.

Die Erinnerungen des Elie Wiesel

Zum Schicksal der Juden im Zweiten Weltkrieg liegen viele Zeugenaussagen vor, und in den großen KZ-Strafprozessen, zum Beispiel beim Auschwitz* oder Majdanek-Prozeß, spielten mangels beweiskräftigerer Dokumente oder Tatsachen die Angaben Überlebender die Hauptrolle bei der Belastung. Vielen Aussagen gegenüber ist jedoch Skepsis geboten. Manche konnten als unzutreffend nachgewiesen werden. Die Spitze des betreffenden Eisberges stellten die lange als wahre Schilderungen der Judenverfolgungen gewerteten und deswegen weltweit verbreiteten und in zahlreiche Sprachen übersetzten Bücher von Jerzy KOSINSKI, *The Painted BirdJ* und von Binjamin WILKOMIRSKI, *Bruchstücke?* dar, die erst nach Jahren als reine und streckenweise perverse Phantasieerzeugnisse ihrer Verfasser entlarvt wurden, die nie im Konzentrationslager waren. Bei den nachweisbar falschen und die Deutschen belastenden Darstellungen über die Vorkommnisse in den Konzentrationslagern hat sich besonders Elie WIESEL hervorgetan. Für mehrere Beispiele sei auf einen anderen Beitrag verwiesen,[3]

In seinem aufsehenerregenden Buch *Die Holocaust-Industrie"'* über die Erpressungen besonders Deutschlands und der Schweiz von Seiten jüdischer Vereinigungen übt der New Yorker Politologe Norman G. FINKELSTEIN scharfe Kritik an manchen Zeugenaussagen zum Holocaust. Da die deutschen Nachkriegsregierungen nur an Juden, die in Ghettos oder Lagern gewesen seien, Entschädigungen zahlte, habe man sich geholfen: »Viele Juden konstruierten sich deshalb eine entsprechende Vergangenheit. >Wenn jeder, der behauptet, ein Überlebender der Lager zu sein, wirklich einer ist<, pflegte meine Mutter auszurufen, >wen hat HITLER dann umgebracht?<«" Deshalb hätten bereits »viele Wissenschaftler Zweifel an der Zuverlässigkeit der Aussagen Uberlebender geäußert«, und FINKELSTEIN führt als Beispiele Raul HILBERG und Deborah LIPSTADT an.[6]

Er hebt dann ausdrücklich einige Erklärungen Ehe WIESELS hervor, den er auch an anderer Stelle als den Hauptverantwortlichen für die »Vermarktung

1 Jerzy KOSINSKI, ***The Painted liird,*** New York 1965; dazu: James Park SLOAN,/«^- ***Kosinski,*** New York 1996,

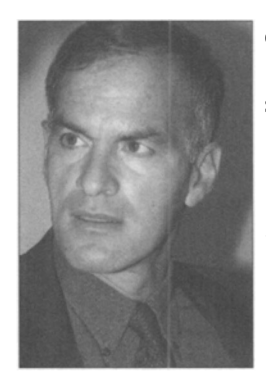
: Binjamin WLLKOMLRSKI, ***Bruchstücke,*** Jüdischer Verlag im Suhrkamp-Verlag, Frankfurt/M. 1995; dazu: Beitrag Nr. 260, »KZ-Biographien als Fälschungen enttarnt«.

3 Siehe: Beitrag Nr. 261, »Elie Wiesel - »ein unredlicher Kronzeuge««.

* Norman G. FINKELSTEIN, ***Die Holocaust-Industrie. Wie das Leiden der Juden ausgebeutet wird,*** Piper, München-Zürich 2000.

> Ebenda, S. 85.

4 Ebenda, S. 85 f.



Norman G. FINKELSTEIN, geb. 1953.

[8] Siehe: Beitrag Nr. 260, »KL-Biographien als Fälschungen entlarvt«

des Holocaust« angreift. Es heißt zunächst allgemein: »Neben den Unzulänglichkeiten der Erinnerung dürfte es noch weitere Gründe geben, die die Aussagen mancher Überlebender des Holocaust als zweifelhaft erscheinen lassen. Da Uberlebende mittlerweile wie weltliche Heilige verehrt werden, wagt man nicht, sie in Frage zu stellen. Absurde Behauptungen läßt man kommentarlos durchgehen.« Und dann schreibt FINKELSTEIN: »In seinen gefeierten Memoiren erinnert Elie WIESEL sich, daß er kurz nach seiner Befreiung aus Buchenwald, gerade achtzehn Jahre alt, . . . >die Kritik der reinen Vernunft (lachen Sie nicht) in Jiddisch.. .< (las). Abgesehen von WIESELS Bekenntnis, daß er zu jener Zeit… >keine Ahnung von der jiddischen Grammatik< (hatte), wurde die Kritik der reinen Vernunft nie ins Jiddische übersetzt.«[7]

Im zweiten Kapitel seines Buches »Schwindler, Geschäftemacher und die Geschichte« deckt Finkelstein eine überaus interessante »literarische Beeinflussung WILKOMIRSKIS«[8] durch Elie WIESEL auf und führt als Beleg zwei Passagen aus WILKOMORSKIS ***Bruchstücken*** und WIESELS ***The Jews of Si/ence:***

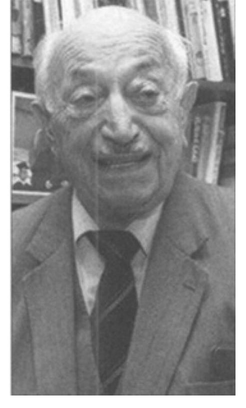
»WILKOMIRSKI: >Ich sah ihre weit aufgerissenen Augen, und mit einem Schlage war mir klar: Diese Augen wußten alles, sie hatten alles gesehen, was auch meine Augen gesehen hatten, diese Augen wußten unendlich viel mehr als alle anderen in diesem Land. Es waren Augen, die ich kannte. Tausendfach hatte ich sie gesehen, im Lager und auch später. Es waren auch Karolas Augen. Mit diesen Augen hatten wir Kinder uns damals alles erzählt, Sie wußte es auch, ihr Blick grub sich in meine Augen bis ins Herz.< (***Bruchstücke***, 130)

WIESEL: >Die Augen - ich muß dir von ihren Augen erzählen. Ich muß mit ihnen beginnen, denn ihre Augen gehen allem anderen voraus, und in ihnen ist alles enthalten. Der Rest kann warten. Es wird nur bestätigen, was du schon weißt. Doch ihre Augen - ihre Augen sind in einer An unzerstörbarer Wahrheit entflammt, die brennt und sich nicht aufzehrt. In ihrem Angesicht schweigst du beschämt, du kannst nur den Kopf senken und das Urteil annehmen. Die Weh so zu sehen, wie sie ist, das ist alles, was du dir wünschst. Du bist ein erwachsener Mann, ein kluger und erfahrener Mann, und doch bist du plötzlich von Ohnmacht ergriffen und schrecklich ausgelaugt. Jene Augen erinnern dich an deine Kindheit, daran, daß du ein Waisenkind warst, sie bringen dich dazu, daß du jeden Glauben an die Kraft der Sprache verlierst. Jene Augen verneinen den Wen der Worte; sie lassen das Bedürfnis nach Sprache schwinden. < (***The Jews of*** Silence[New York; 1966], 3) WIESEL besingt »die Augen« noch auf weiteren eineinhalb Seiten. Seine literarische Könnerschaft paßt zu seiner Meisterschaft in Dialektik. An einer Stelle bekennt WIESEL: >Ich glaube an die Kollektivschuld, im Gegensatz zu manchen Liberalen.< An anderer Stelle gibt er zu: Jch glaube nicht an eine Kollektivschuld« (WIESEL, ***Against Siltnce,*** Bd. II, 134; WIESEL, ***Und das Meer*** 258, 389).«

[7] Ebenda, S. 86. In einer Fußnote zu dieser Stelle in der deutschen Ausgabe fügt der Piper-Verlag hinzu, daß diese Stelle in der englischen Originalausgabe unberechtigt scharf angegriffen worden sei. Die Kritiker hätten sich jedoch insofern geirrt, als es eine Teil ausgabe von KANTS ***Kritik der praktischen Vernunft*** auf Jiddisch gab, jedoch nicht eine solche der ***Kritik der reinen Vernunft,*** von der WIESEL behauptete, sie auf jiddisch gelesen zu haben.

Simon Wiesenthal und seine Legenden

Der am 31. Dezember 1908 in Buczacz inGalizien als Sohn eines wohlhabenden jüdischen Zuckerhändlers geborene Simon WIESENTHAL hat wie kaum ein anderer zur Verbreitung von Legenden zur Zeitgeschichte beigetragen. Er erhielt für sein Wirken die höchsten Orden der Bundesrepublik Deutschland und wurde im August 1980 vom US-Präsidenten Jimmy CARTER als erfolgreichster »Nazi-Jäger« - etwa im Majdanek-Prozeß - mit einer vom Kongreß verliehenen besonderen Goldmedaille ausgezeichnet. Das >Simon-Wiesenthal-Zentrum< in Los Angeles trägt seinen Namen.



Der >Nazi-Jäger« Simon WIESENTHAL (1908-2005), der insgesamt zwölf oder mehr Konzentrationslager überlebt haben will, war selbst in jüdischen Kreisen nicht unumstritten.

Wegen dieser weltweiten Bekanntschaft erweisen sich die von ihm verbreiteten Unwahrheiten als besonders gefährlich und langlebig. Eine Richtigstellung ist daher angebracht. Daß er sich in seinen Erklärungen vielfach mit falschen Federn schmückte, etwa bei der Auffindung Adolf EICHMANNS oder von KZ-Bewachern, brachte die Fernsehsendung »Panorama« zum Beispiel am 8. Februar 1996. Gegen diese öffentliche »Hinrichtung« wandte sich sein Freund Arno LUSTIGER.[1] Über WIESENTHALS einander widersprechende Angaben zu seinem Schicksal während des Zweiten Weltkrieges und über manche seiner unzutreffenden Aussagen berichtete der Amerikaner Mark Weber.[2] Österreichs Bundeskanzler Bruno KREISKY warf WIESENTHAL schon 1975 vor, daß er statt, wie von ihm behauptet, Partisan gegen die Deutschen gewesen zu sein, »Kollaboration mit der Gestapo« geübt habe, beschuldigte ihn, daß er sich »Mafia-Methoden« bediene, und sprach ihm jede »moralische Autorität« bei der Anklage Deutscher ab. »Ich mag den WIESENTHAL nicht«, erklärte er 1986, man müsse ihm »das Handwerk legen«.[3]

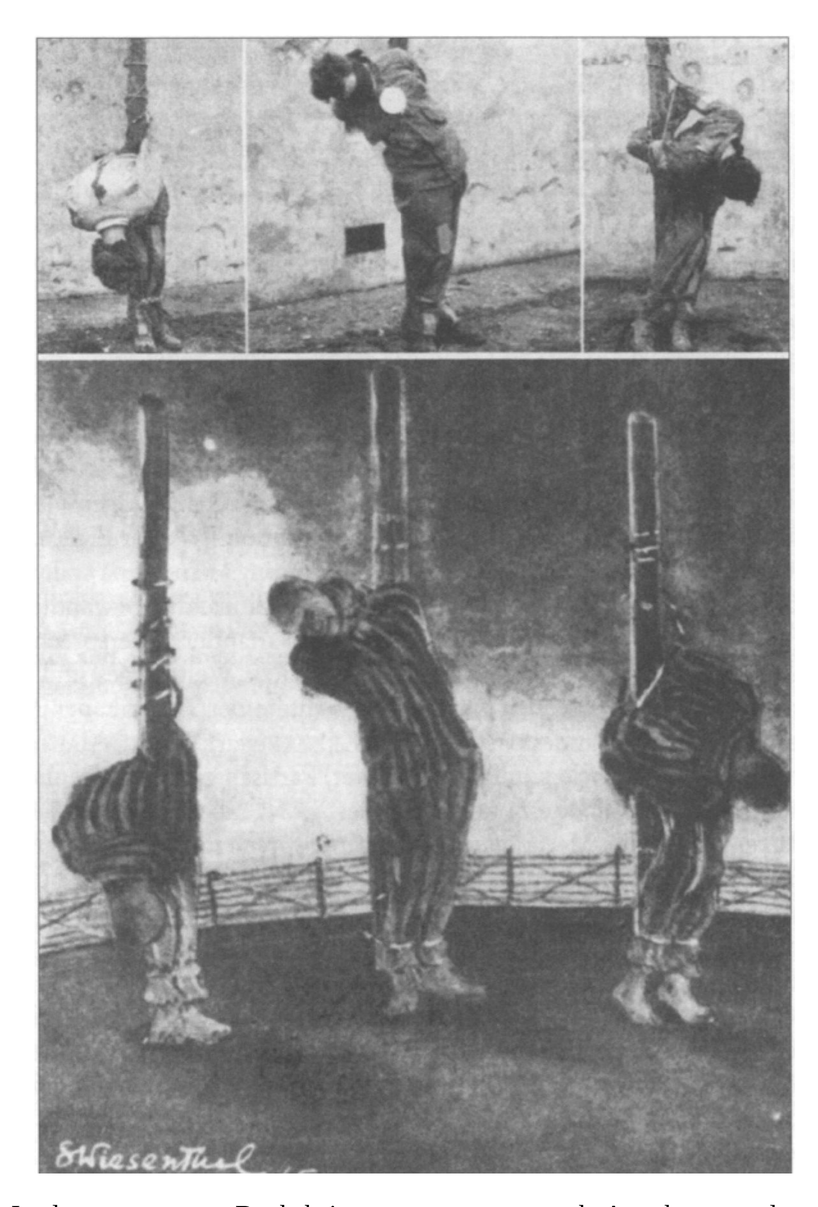
Schon bei seinen frühen Veröffentlichungen blieb Simon WIESENTHAL manchmal nicht beider Wahrheit. So brachte er, nachdem er am 5. Mai 1945 aus dem Konzentrationslager Mauthausen befreit worden war, in seinem 1946 erschienenen Buch ***Mauthausen*** mit eigenen Zeichnungen über die Leiden der dortigen Häftlinge ein Bild, das drei an Pfähle gebundene Insassen zeigt, die von Deutschen auf diese Weise zu Tode gequält worden sein sollen. Später stellte sich heraus, daß diese Zeichnung mit geringfügigen Änderungen offensichtlich von Fotographien kopiert war, die 1945 in der US-Zeitschrift ***Life*** erschienen waren und drei von den Amerikanern hinter deren Linien gefangene und erschossene Deutsche darstellten.

[1] Arno LUSTIGER, »Versuch einer Hinrichtung«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 14. 2. 1996, S. 35.

Mark WEBER, »Die Geschichte eines >Nazi-Jägers<« in: ***Code'Hr.*** 6,1990, S. 56-59.

[3] Zitiert in: »Muß ich denn den Wiesenthal lieben?« in: ***Deutsche Wocbenzeitung,*** 9. 5. 1986.

Die von Simon WIESENTHAL angefertigten Zeichnungen für sein Buch *KZ Mauthausen,* Als Vorlage dienten die in der US-Zeitschrift *Life* veröfffentlichten Fotos von drei standrechtlich erschossenen deutschen Soldaten. Abgedruckt ist die Fälschung unter anderem in: FZ (Hg.), *Vorsicht Fälschung!,* FZ, München 1999.



In dem genannten Buch bringt WIESENTHAL auch Angaben aus dem angeblichen >Totenbett-Geständnis< des letzten Kommandanten des KL Mauthausen, Franz ZIEREIS, wonach in dem nahen Nebenlager Hartheim vier Millionen Menschen mit Kohlenmonoxid ermordet worden seien und daß die Deutschen in Polen, Litauen und Lettland weitere zehn Millionen Bewohner getötet hätten. Im Jahre 1983 erklärte er in einem Interview in der amerikanischen Tageszeitung *USA Today,* er sei im Lager Mauthausen »einer der 34 Überlebenden von 130 000 Häftlingen« gewesen.

In ***Der neue Weg,*** der Zeitung der österreichischen jüdischen Gemeinde, behauptete er 1946 in mehreren Artikeln, daß die Deutschen Seife aus toten KZ-Häftlingen hergestellt hätten, und förderte damit die Legende, die auf deutschen Seifenstücken eingedruckten Buchstaben »RIF« bedeuteten »Reines Judenfett«, während das in Wirklichkeit die Abkürzung für »Reichstelle für industrielle Fette< war. So schrieb er in einem Artikel unter der Uberschrift »RIF«: »Die furchtbaren Begriffe »Transport für Seife« hörte man zuerst Ende 1942. Es war im Generalgouvernement, und die Fabrik befand sich in Galizien, in Belzec. Von April 1942 bis Mai 1943 wurden 900 000 Juden in dieser Fabrik als Rohmaterial verwendet.« Die Leichen seien zu verschiedenen Rohmaterialien verarbeitet worden, und dann »wurde der Rest das übriggebliebene Fettzeug, zur Herstellung von Seife verwendet«.

Richtig ist jedoch, daß, als diesen unter anderem beim Nürnberger Prozeß vom sowjetischen Anklagevertreter SMIRNOW am 19. Februar 1946 erhobenen Vorwürfen von Historikern - so vom angesehenen »Institut für Zeitgeschichte« in München - wie von der Staatsanwaltschaft Flensburg nachgegangen wurde, es sich herausstellte, daß sie völlig unbegründet und offensichtlich blühender Phantasie entsprungen waren.[4]

Ebenfalls im Jahre 1946 beschrieb WIESENTHAL, der Ingenieur sein wollte, in einem solchen Artikel unter dem Titel »Seifenfabrik Belzec« eine besonders phantasievolle Methode, die dort angeblich von der SS zur Massenvernichtung angewandt worden sei: »Die Leute, zusammengepreßt und von der SS angetrieben, Letten und Ukrainer, gehen durch die offene Tür in das »Bad«. Fünfhundert Personen gingen auf einmal hinein. Der Boden der »Badekammer« bestand aus Metall, und Brauseköpfe hingen von der Decke herab. Wenn der Raum voll war, schaltete die SS die 5000 Volt elektrischen Strom in den Metallfußboden. Gleichzeitig floß Wasser aus den Brauseköpfen. Ein kurzer Schrei, und die Hinrichtung war vorbei. Ein SS-Oberarzt namens SCHMIDT stellte, durch das Guckloch schauend, fest, daß die Opfer tot waren. Die zweite Tür wurde geöffnet, und das Leichenkommando kam herein und beseitigte schnell die Leichen. Der Raum stand dann für die nächsten 500 bereit.«[5]

Uber eine ähnliche phantastische Vorrichtung zur Massentötung im KL Belzec hatte schon gegen Endes des Krieges und in den Jahren danach, als die Vergasung noch nicht als Hauptmethode der Massentötung angesehen wurde, Stefan SZENDE geschrieben.[6]

Zur Person WIESENTHALS urteilte im Jahre 1996 Eli ROSENBAUM, der im US-Justizministerium für Fragen der »Nazi-Jagd« zuständig war, mit den Worten: »Er ist inkompetent, egomanisch, ein Verbreiter falscher Informationen, Er hat die Uberlebenden betrogen. Er hat uns alle betrogen.«[7]

Simon WIESENTHAL starb am 20. September 2005. Rolf Kosiek

[4] Hellmuth AUERBACH, »Seife aus Judenfett«, in: Wolfgang BENZ (Hg.), ***Legenden, Lügen, Vorurteile,*** Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1992, S. 185 f.; siehe, auch Beitrag Nr. 256, »Seife aus Menschenfett?«.

[5] Zitiert von WEBER, aaO. (Anm. 2), S. 58.

[6] Stefan SZENDE, ***Der letzte Jude aus Polen***, Europa, Zürich-New York 1945, S. 290 ff.; siehe auch: Beitrag Nr. 247, »Die »Menschenmühle« von Belzec«.

[7] Zitiert unter dem Stichwort »Wiesenthal, Simon«, in: FZ (Hg.), ***Prominente ohne Maske neu,*** FZ, München 2001, S. 219.

Risse im Wallenberg-Denkmal



Der >Judenretter< Raoul WALLENBERG (1912-1947). Porträt im National Art Museum Schweden. Er unterhielt enge Beziehungen zu Karl COERDELER und übermittelte Botschaften des deutschen Widerstands nach England.

Das Gerangel um deutsche Entschädigungszahlungen an ehemalige jüdische Zwangsarbeiter, das Ende der neunziger Jahre für Dauer-Schlagzeilen sorgte, war reich an Ungereimtheiten. Auch heute kann niemand sagen, ob und in welchem Umfang das Geld eigentlich bei den richtigen Empfängern angekommen ist. Kontrolle fand im größten Finanztransfer des 20. Jahrhunderts nicht einmal ansatzweise statt. Anzeichen für Mißbrauch und unrechtmäßige Bereicherung traten auf. So mußte Anfang 2006 der Präsident der für die Verteilung entsprechender deutscher Gelder eingerichteten Stiftung in Warschau wegen Veruntreuung der ihm anvertrauten Summen entlassen werden, nachdem sein Vorgänger wenige Jahre vorher schon aus demselben Grund sein Amt hatte abgeben müssen.

Ein Detail ist besonders brisant. Nach den Banken und Versicherungskonzernen sah sich zur Jahreswende 1998/1999 nämlich auch die schwedische Industriellen-Familie WALLENBERG dem Vorwurf ausgesetzt, sie habe sich an jüdischem Besitz bereichert.

Bekanntlich galt der prominenteste Sproß der Familie, Raoul WALLENBERG, bislang als »Schutzengel< der europäischen Juden während des Zweiten Weltkrieges. WALLENBERG, der selbst einen jüdischen Urgroßvater hatte, verhandelte 1944 im Auftrag der schwedischen Regierung in Budapest über die Ausstellung von Schutzpässen für ungarische Juden; 15 000 Juden soll WALLENBERG so vor der Deportation in Konzentrationslager bewahrt haben, ehe er 1945 von den Sowjets als >US-Spion< verhaftet wurde und sich die Spur von ihm in Rußland verlor.[1]

Im Zusammenhang mit den gigantischen, viele Milliarden betragenden Entschädigungszahlungen, die deutsche und europäische Firmen Ende der neunziger Jahre unter dem Druck der dazu angeleiteten Massenmedien an frühere jüdische Zwangsarbeiter zahlten, bekam die WALLENBERG-Legende Kratzer. Denn eine Untersuchungskommission, die zwei Jahre lang über den Verbleib jüdischen Vermögens in Schweden forschte, fand heraus, daß sich auch WALLENBERGS Familie an jüdischem Eigentum bereichert hat. Vor Kriegsende sollen Wertpapiere in den Besitz der Familie gelangt sein, die zuvor Juden gehörten. Auch Gold, das von jüdischen KZ-Insassen stammte, sollen die WALLENBERGS erworben haben.

Der Vorsitzende der Forschungskommission, Rolf WIRTEN, kommentierte das Ergebnis seiner Recherchen auffallend zurückhaltend: »Heute, 50 Jahre danach, können wir nur bedauernd feststellen, daß Fragen der Moral kein größeres Gewicht beigemessen wurde.«

Das ist eine dezente Umschreibung. Denn die Kommission will Anhaltspunkte dafür gefunden haben, daß die WALLENBERGS vor Kriegsende über

[1] Über WALLENBERGS Ende siehe: »Wallenberg war ein Doppelagent«, in ***Der Spiegel*** Nr. 40, 1996, S. 196-212.

ihre damalige Privatbank, die Enskilda-Bank, deutsche Rentenwerte in größerem Umfang gegen amerikanische getauscht haben. Auch sei es wahrscheinlich, daß in verschiedenen Tochterunternehmen schwedischer Firmen, an denen die CALLENBERGS seinerzeit Anteile besessen hätten, jüdische Zwangsarbeiter beschäftigt gewesen seien.

Der WALLENBERG-Clan ist noch heute Anteilseigner zahlreicher schwedischer Firmen. Das Kapitalpolster ist mithin dick genug, um auch etwaige Entschädigungsforderungen ehemaliger NS-Geschädigter zu verkraften. Abseits der rein finanziellen Fragen bietet der vorliegende Fall freilich auch einen unschönen Anschauungsunterricht dafür, mit welcher Skrupellosigkeit bestimmte Kreise über Jahrzehnte hinweg unter den unterschiedlichsten Umständen ihre private Bereicherung betrieben haben: zuerst auf Kosten von ausländischen Zwangsarbeitern und NS-Opfern und heute unter Einsatz der Entschädigungskeule.

Karl Richter





Von oben: Deporation von Juden 1944 in Budapest (Bundessarchiv).
Unten: WALLENBERGS Hospital für Juden in Budapest.

Judentransporte in die Schweiz Januar 1945



Der israelische Historiker Yehuda BAUER.

Während des ganzen Zweiten Weltkrieges haben an verschiedenen Orten in Europa Verhandlungen zwischen deutschen und alliierten oder jüdischen Stellen über die Ausreise von Juden aus dem deutschen Machtbereich stattgefunden. Viele tausend jüdischer Zivilisten gelangten auf Grund solcher Abmachungen aus Ghettos oder Konzentrationslagern in die Freiheit. Der israelische Historiker Yehuda BAUER schrieb darüber eine materialreiche Monographie unter dem Titel *Freikauf von Juden?*[1], worin besonders ausführlich das Schicksal der ungarischen Juden behandelt wird. Über die in den ersten Monaten des Jahres 1945 erfolgte Ausreise vieler Juden aus Bergen-Belsen liegt die eidesstattliche Erklärung eines Stuttgarter Bürgers vor, die eigenes Erleben in diesem Zusammenhang schildert. Sie hat folgenden Wonlaut:[2]

»Ich erkläre hiermit an Eides Statt, gleichwertig einer Zeugenaussage, daß ich Ende Januar 1945 durch reinen Zufall in einem als Lazarettzug (Rot-Kreuz-Zug) eingesetzten Austauschzug mit dem dienstlichen Auftrag eines Offizierskuriers der Deutschen Wehrmacht von Augsburg bis Ulm im Dienstabteil des Transportleiters auf meiner Kurierdienst-Fahrt mitfahren konnte.

Es ist bekannt, daß der Eisenbahn-Verkehr damals bereits unter den schweren Luftangriffen gelitten hat und nur noch unregelmäßig bewältigt werden konnte.

In dem Austauschzug mit mindestens 20 ziemlich neuen Waggons wurden 1500 (in Worten: eintausendfünfhundert) jüdische Menschen (Kinder, Frauen, Männer, Greise) - so wurde mir gesagt - vom Lager Bergen-Belsen, welchen Ort ich damals zum ersten Mal hörte, nach Konstanz (Deutsches Reich) - Kreuzlingen (Schweiz) transportiert. Im unmittelbaren Grenzbereich sind sie gegen 2000 (in Worten: zweitausend) deutsche, verwundete Kriegsgefangene in Zusammenarbeit mit dem Internationalen Roten Kreuz ausgetauscht worden.

Auf meine Frage an den Transportleiter, ob solche Austauschzüge bekannt seien, erfuhr ich, daß dieser Diensthabende jede Woche einen Austauschtransport durchzuführen hatte. Er bestätigte mir bejahend, daß in mindestens 10 Wochen 15000 (in Worten: fünfzehntausend) jüdische Menschen und 20 000 (in Worten: zwanzigtausend) deutsche, verwundete Kriegsgefangene in Freiheit kamen.

Er bemerkte bei diesem Gespräch, er könne sich kaum denken, daß dies der einzige Austauschvorgang sei.

Als ich in Ulm/Donau den Bahnsteig verließ - ich wurde sogar zum einfachen Frühstück eingeladen, das gegen 6 Uhr morgens von etwa 40 Helferinnen der NS-Frauenschaft gegeben wurde, was ich jedoch wegen der Zeitnot

[1] Jehuda BAUER, ***Freikauf von Juden? Verhandlungen zwischen dem nationalsozialistischen Deutschland und jüdischen Repräsentanten von 193} bis 1945,*** Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1996.

[2] Kopie der eigenhändig unterschriebenen Erklärung liegt dem Verfasser vor. Der Unterzeichner bestätigte mit Schreiben Anfang 1998 noch einmal die Richtigkeit der Aussage.

dankend ablehnte -, sah ich im Vorbeigehen an der langen Waggonreihe mehrere Transportteilnehmer, denen die Freiheit in einem Schweizer Lager winkte. Sie waren, den Umständen der Kriegsendphase gemäß, absolut ordentlich gekleidet. Ihr äußerer Habitus, bezogen auf die Ernährungslage, war nicht besser, aber auch nicht schlechter als mein eigener. Schließlich kannte der deutsche Soldat - erst recht Ende Januar 1945 - keine gute, eben eine ausreichende Ernährung noch.

Ich betone, daß mein Erinnerungsvermögen an dieses Ereignis absolut und in der Tat ungetrübt ist.

In je einem »Offenen Brief< teilte ich diese Wahrheit dem Bundespräsidenten, Herrn VON WEIZSÄCKER, und dem Bundeskanzler, Herrn KOHL, nach dem 8. Mai 1985 deshalb mit, um gegen die sinnwidrige Einseitigkeit und gegen unwahre Darstellungen einzutreten. Erst recht, weil solche Vorgänge ganz einfach nicht verschwiegen werden dürfen.

Dieser eidesstattlichen Erklärung füge ich nichts hinzu und betone, daß ich auch nichts weggelassen habe. Es ist die lautere, die reine Wahrheit.«

Yehuda BAUER berichtet ¡n seinem ***Freikauf von Juden?*** ausführlich über Einzelheiten der Verhandlungen zum Austausch von Häftlingen, Im Jahre 1944 gab es Gespräche von SS-Angehörigen mit jüdischen oder Schweizer Vertretern in der Schweiz, an denen mehrmals, so am 3, November 1944 oder 15. Januar 1945, Heinrich HIMMLER persönlich teilnahm. Dieser erklärte dabei, »er habe ungefähr 600 000 Juden, die er, ohne HITLER um Erlaubnis bitten zu müssen, freilassen könnte, wenn er als Gegenleistung dafür Lastwagen oder andere Güter erhielte«.[3] Schon am 5. November 1944 fand im Hotel Baur in Zürich eine Verhandlung statt, die selbst BAUER als »ziemlich erstaunlich« fand: »Ein offizieller Vertreter der amerikanischen Regierung traf mit einem hohen SS-Offizier auf neutralem Boden zusammen, allem Anschein nach, um humanitäre Fragen zu besprechen. Die Begegnung war ein Verstoß gegen die offizielle Linie der amerikanischen Politik, der zufolge mit den Deutschen ausschließlich über deren bedingungslose Kapitulation gesprochen werden durfte. In der Tat ist mir keine vergleichbare Aktion seitens der Amerikaner während des Zweiten Weltkrieges bekannt.«[4] Das Ergebnis war gering: »Doch die Amerikaner waren nicht gewillt, die sichere Aussicht auf einen vollständigen Sieg durch humanitäre Maßnahmen zu gefährden.[5] Auch Großbritannien blockierte den Austausch jüdischer Häftlinge.[6] BAUER erwähnt dann einzelne Austauschzüge 1944/45, auch ausTheresienstadt/nach der Schweiz. An anderer Stelle wird von einem Zug von »1368 Geretteten« aus dem Lager Bergen-Belsen berichtet.[8]

[1] BAUER, aaO. (Anm. 1), S. 354.

[4] Ebenda, S. 356.

[5] Ebenda, S. 357

[6] ***Jüdische Allgemeine,*** 5. 8. 1999, S. 15.

[7] BAUER, aaO. (Anm. 1),S. 363.

[e] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung Magazin,*** 7. 6. 1996.

Zur Ausstellung über »Verbrechen der Wehrmacht<

Die Wanderausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« und der zugehörige Sammelband *Vernichtungskrieg*[1] wollten ab 1995 ganz bewußt den Eindruck erwecken, daß es nicht nur in der Wehrmacht einzelne Verbrecher gab, sondern daß die ganze Wehrmacht eine verbrecherische Institution gewesen ist. Niemand wird bestreiten, daß es in einer Millionenarmee wie der Deutschen Wehrmacht Verbrecher gab, keiner kann bezweifeln, daß es in einem blutigen und erbittert jahrelang geführten Krieg wie dem Zweiten Weltkrieg zu verbrecherischen Ausschreitungen kam. War aber die Wehrmacht als solche »verbrecherische 1945/46 wurden im Nürnberger Prozeß der dort angeklagte Generalstab und das Oberkommando der Wehrmacht ausdrücklich freigesprochen.

Nun berufen sich die Autoren von Ausstellung und Buch auf Dokumente weitgehend aus der ehemaligen Sowjetunion und dem ehemaligen Jugoslawien. Es soll hier nicht auf die Frage der Echtheit dieser Dokumente eingegangen werden, sie wird verschiedentlich in Zweifel gezogen,[2] sondern auf den Hintergrund. Es wird behauptet, die Wehrmacht habe im Osten und Südosten einen »Rasse- und Vernichtungskrieg« geführt und zu diesem Zweck Jugoslawien und die Sowjetunion überfallen. Spätere Ausschreitungen der sowjetischen und jugoslawischen Soldaten und Partisanen seien deshalb al-

[1] Hannes HEER u. Klaus NAUMANN (Hg.), ***Vernichtungskrieg,*** Hamburg 1995.

[2] Siehe dazu u. a. Rüdiger PROSKE, ***Wider den Mißbrauch der Geschichte der deutschen Soldaten zu politischen Zwecken,*** v. Hase und Koehler, Mainz 1996; ders., ***Vom Marsch durch die Institutionen Zum Krieg gegen die Wehrmacht,*** v. Hase und Koehler, Mainz 1997; Meinrad VON Ow, ***Verbrechender Wehrmacht.*** Eigenverlag, München ^2004,



Wegen zahlreicher Fehler sprich: Fälschungen (»Die Bilder allein sagen nichts über den Mörder aus«, *Der Spiegel,* 48, 2001) mußte REEMTSMAS Ausstellung über Verbrechen der Wehrmacht 1999 zurückgezogen werden. Ab 1995 sahen in 33 Städten (hier in Kiel) knapp eine Million Besucher die eindeutig zum Zweck der Umerziehung zusammengestellte Ausstellung.



Bereits in den ersten Kriegswochen wurden die Soldaten der Deutschen Wehrmacht mit der brutalen Kampfführung der Sowjets konfrontiert. »Die Rote Armee kämpfte fanatisch und brutal«, schreibt Andreas NAUMANN in: *Freispruch für die Deutsche Wehrmacht, Crabert,* Tübingen 2005, S. 288. Ein Beispiel: Am 1. Juni 1941 wurden rund 180 deutsche Kriegsgefangene in der Nähe von Brontki erschossen. Die Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42 hat Franz W. SEIDLER in: *Verbrechen an der Wehrmacht,* Pour le Mérite, Selent 998, eindrucksvoll dokumentiert.

lenfalls bedauerliche Überreaktionen gegen diese deutschen Ausschreitungen. Das geht so weit, daß man sogar den offensichtlichen Kunstraub durch die Sowjetunion und Polen einfach damit rechtfertigt, schließlich habe ja Deutschland den Krieg angefangen.

Dem steht die Tatsache gegenüber, daß mit den neueren Veröffentlichungen die These vom deutschen »Überfall« auf die »friedliebende« Sowjetunion immer mehr ins Wanken gerät. Mindestens aber sollte folgendes klar sein: Durch STALINS Pakt mit Deutschland sollte nicht etwa der Friede gesichert werden, sondern STALIN wollte die nichtkommunistischen Staaten zum Krieg gegeneinander hetzen und dabei als lachender Dritter« profitieren, was er ja mit der Annexion halb Polens, der Baltenstaaten, Bessarabiens, der Nordbukowina und von Teilen Finnlands 1939/40 nach einem eindeutigen Angriffskrieg gegen Polen und später Finnland auch getan hat.

Es soll nicht bestritten werden, daß im Osten (und Südosten) ein »anderer« Krieg geführt wurde als im Westen. Aber dieser harte und sicher auch oft grausame Krieg im Osten war keine deutsche Erfindung. Joachim HOFFMANN hat in seinem Buch ***Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945***[3] ausführlich dargelegt, daß die sowjetische Kriegsdoktrin {und man kann hinzufügen: die sowjetische Kriegstradition, die aus dem Bürgerkrieg kam) von vornherein die »westliche Tradition des ritterlichen Krieges ohne Haß« ablehnte. HITLER hat zwar mit dem »Kommissarbefehl« (der allerdings gerade aus den Erfahrungen des ideologischen Krieges des Kommunismus kam) diese Art der Kriegführung selbst aufgegriffen, aber auch hier legt HOFFMANN dar, daß

[3] Joachim HOFFMANN, ***Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,*** Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995.

[4] Ebenda, S. 215 ff.
* Ebenda, S. 87 f.
[6] Adam RAYSKI, ***Zwischen Thora und Partei,*** Frei burg i.Br. 1987, S. 57 u. 99 f.

von sowjetischer Seite der Vernichtungskrieg schon am 22. Juni 1941 begann, als der Kommissarbefehl noch nicht bekannt sein konnte/ Vom ersten Kriegstag an wurden deutsche Kriegsgefangene ermordet, erlebten die vorrückenden deutschen Truppen zum Beispiel in Lemberg, daß die Sowjets vor dem Rückzug Kriegsgefangene, aber auch politische Häftlinge oft auf grausamste Art in großer Anzahl ermordeten. Diese Greueltaten riefen dann deut-



Im Hof des Lemberger Gefängnisses. Vor dem Einrücken der Deutschen am 30. Juni 1941 liquidierten die Sowjets 423 politische Häftlinge, darunter Kinder und junge Frauen. (Foto: Bundesarchiv}

sche Reaktionen, sicher auch manchmal überzogene oder falsche hervor - das war ja auch wohl oft der Zweck der sowjetischen Greuel, die meist nicht einfach Taten der Wut und Rache, sondern wohlberechnet waren, um deutsche Reaktionen zu provozieren.[5] Übrigens waren die Aktionen der (oft kommunistisch, d. h, letzten Endes sowjetisch geleiteten) Partisanen im Westen, besonders in Frankreich und Italien, auch berechnet, um harte Reaktionen der Besatzungsmacht hervorzurufen. Das gilt ebenso für das »berühmte« Attentat in Rom in der Via Rassella, das zu den Massenerschießungen von Geiseln in den Ardeatinischen Höhlen führte. Der polnisch-jüdische Kommunist Adam RAYSKI gibt diesen Zweck der Aktionen der »Resistance« in seinem Buch[6] auch zu.

In der Sowjetunion waren diese Repressalien erzeugenden Terrormaßnahmen um so notwendiger, als zunächst die deutschen Truppen vielfach als Befreier von der Bevölkerung begrüßt wurden, jedenfalls durch ihr gutes Verhalten Sympathien gewannen. Das hat ein so unverdächtiger Zeuge wie der Dichter Jochen KLEPPER in seinem Kriegstagebuch bezeugt.[7] Sein Buch *Überwindung. Tagebücher und Aufzeichnungen aus dem Krieg* ist ein großes Loblied auf die Wehrmacht, deren Offiziere sich übrigens sehr für ihn eingesetzt hatten.[8] Zwar haben zweifellos anschließend nationalsozialistische Funktionäre

[7] Jochen KLEPPER (1903-1942), vor allem berühmt durch seine Romane, war mit einer Jüdin verheiratet. Als Gatte einer Jüdin wurde er dann für >wehrun würdig- erklärt, mußte sehr gegen seinen Willen die Wehrmacht verlassen und hat später aus Furcht, daß seine Frau und deren Tochter aus erster Ehe nach Auschwitz deportiert werden könnten, mit ihnen zusammen Selbstmord begangen.

durch eine falsche Besatzungspolitik zu einem teilweisen Stimmungsumschwung in der russischen und ukrainischen Bevölkerung geführt, aber trotzdem haben bekanntlich rund eine Million Sowjetbürger mit der Waffe auf deutscher Seite gekämpft, also auf der Seite, die angeblich einen Vernichtungskrieg gegen sie führte, eben doch vermutlich, weil ihnen die NS-Besatzung als das kleinere Übel gegenüber dem Sowjetregime erschien.

Die zweifellos harten, sicher oft die Falschen treffenden Maßnahmen der Wehrmacht müssen auf dem Hintergrund der ermordeten, oft grausam gefolterten Kameraden gesehen werden. Das gilt auch für den Krieg auf dem Balkan. Der Krieg der neunziger Jahre in Bosnien und Kroatien hat uns erneut gezeigt, welche Art der Kampfführung dort leider üblich war und ist. Auf deutscher Seite hat der ehemalige Bürgermeister von Wien (und nach 1945 von Addis Abeba) und »Sonderbeauftragter Südost« Hermann NEUBACHER auf die Problematik des Partisanenkrieges auf dem Balkan hingewiesen.[9] Aus jugoslawischer Sicht hat der enge Mitarbeiter TITOS, Milovan DJILAS, diesen grausamen Krieg geschildert und dabei die Wehrmacht durchaus rühmend erwähnt.

Alle diese Hintergründe berücksichtigen aber die Vertreter der These von der »verbrecherischen Wehrmacht« nicht. Sie beachten auch nicht, daß keine Armee im 20. Jahrhundert in ähnlicher Situation anders gehandelt hat. Die Tendenz der Ausstellung und die Menge der bewußten Fälschungen erscheinen nicht mehr erstaunlich, wenn man die kommunistische Vergangenheit des Leiters der Ausstellung »Verbrechen der Wehrmacht«, Hannes HEER, Angehöriger des verbotenen SDS, zur Kenntnis nimmt. Darüber berichtet das angeführte Buch von PROSKE.[11]

Über die Ausstellung siehe: Beitrag Nr. 444, »Fälschung bei Anti-Wehrmachtausstellung«, und Nr, 445, »Die Lügen der Anti-Wehrmachtausstellung«.

[8] Jochen KLEPPER, ***Überwindung, Tagebücher und Aufzeichnungen aus dem Kriege,*** Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1959.

[9] Hermann NEUBACHER, ***Sonderauftrag Südost, 1940—45,*** Musterschmidt, Göttingen [2]1957, S. 142 f. u. 144 ff.

[10] Milovan DJILAS, ***Der Krieg der Partisanen, Jugoslawien 1941-1945,*** Molden, Wien-München-Zürich 1978, z.B. S. 306, 322 u. 569 f. Siehe auch: Beitrag Nr. 399, »Die Deutsche Wehrmacht im Urteil«; Götz EBERBACH, ***Geschichte, wie sie nicht im Schulbuch steht,*** Graben, Tübingen 1996.

[11] PROSKE, aaO. (Anm. 2), S. 71 ff.

Professor Dr, ALFRED DE ZAYAS, Chicago, zur Anti-Wehrmachtausstellung, in: *Criticón* Nr, 154, April-Juni 1997, S. 71 f.: 

»Ich habe die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht« in München gesehen und halte sie für eine miserable Geschichtsklitterung. Wissenschaftlich ist sie mangelhaft. Moralisch ist sie eine Farce. Sie gehört weder in die Universität noch in die Paulskirche... Diffamierung und üble Nachrede verletzen die Menschenwürde. Artikel 17 des Internationalen Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte besagt: »Niemand darf... rechtwidrigen Beeinträchtigungen seiner Ehre und seines Rufes ausgesetzt werden.« Die pauschale Diffamierung der Wehrmacht stellt eine Verletzung dieses Menschenrechts dar, nicht nur gegenüber ehemaligen Angehörigen der Wehrmacht und ihren Familien, sondern auch gegenüber allen Deutschen der Kriegsgeneration. Anständige Menschen sollten sich dieser Diffamierungskampagne widersetzen, denn wenn die Menschenrechte verachtet werden, leiden schließlich alle.«

Wie sich Legenden über die SS fortpflanzen

[1] Gerald REITLINGER, ***Die SS — Tragödie einer deutschenEpoche,*** Kurt Desch, München-Wien-Basel 1957, S. 158.



Felix Martin STEINER (1896-1966).

Unter den Divisionen der Waffen-SS gab es eine, die aus Angehörigen von acht Nationen bestand. Sie hieß zunächst »Germania« und erhielt ihren endgültigen Namen »Division Wiking« am 21. Dezember 1940. Ihr erster Kommandeur war der spätere SS-Obergruppenführer und General der Waffen-SS Felix STEINER. Er war schon im Ersten Weltkrieg Frontsoldat gewesen und erhielt am 10. August 1944 die Schwerter zum Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit dem Eichenlaub. Insgesamt zählte die Division rund 20000 Mann, von denen 1200 bis 1500 europäische Ausländer waren.

in dem Buch von Gerald REITLINGER *Die SS - Tragödie einer deutschen Epoche*[1] heißt es auf Seite 158 zur Freiwilligen-SS-Division >Wiking<: »Die ursprünglichen Wikinger erwarben sich ihre ersten Lorbeeren am 29. Juni 1941 bei Tarnopol in Galizien. Aber es war nicht gerade der Idealismus von Paneuropäern, der dazu führte, daß HEYDRICHS Befehlshaber der Vernichtungskommandos den Wikingern so dankbar waren für das, was sie vollbracht hatten. Der Bericht der Einsatzgruppen vom 11. Juli meldet, daß »sechshundert Juden in Zborow, zwischen Tarnopol und Lwow von der Waffen-SS als Vergeltungsmaßnahme für russische Greueltaten erschossen wurden«.«

Hierbei muß erstaunen, daß in dem Bericht einer deutschen Einsatzgruppe »Lwow« statt »Lemberg« angeführt sein soll, was kaum denkbar ist und auf eine Fälschung hinweist. Auch ist in dem Bericht nur von der »Waffen-SS«, nicht von »»Wiking« die Rede. In einer Anmerkung dazu in REITLINGERs Buch heißt es, daß ein ehemaliger »Division-Verpflegungsoffizier« namens Hans FANSLAU 1947 deshalb angeklagt, aber freigesprochen worden sei, da er mit »dem Massaker« nichts zu tun hatte. Da weder von der Division »Wiking« noch von der sonstigen Waffen-SS ein Angehöriger wegen dieses angeblichen Verbrechens jemals angeklagt worden ist[2] - abgesehen von der unklaren Sache um FANSLAU (siehe oben) -, ist die Sache sehr zweifelhaft.

Mit Bezug auf diese Stelle bei REITLINGER schrieb dann George H. STEIN in *Geschichte der Waffen-SS*»So ermordete knapp 2 Wochen nach der deutschen Invasion der Sowjetunion die SS-Division »Wikings 600 galizische Juden »als Vergeltung für sowjetische Greuel«.« Mit Bezug auf diese Stelle bei STEIN schreibt dann H. HÖHNE in *Der Orden unter dem Totenkopp* »Zwei Wochen nach Beginn des Rußlandfeldzuges erschossen Soldaten der Division »Wiking« 600 galizische Juden in Vergeltung sowjetischer Untaten.«

Offenbar aufgrund einer dieser Stellen hieß es knapp zehn Jahre später in Heft 50 der Schriftenreihe *Das III. Reich - der II. Weltkrieg"* - allerdings unter Ersetzung von »1941« durch »1942«, was für die Güte des Chefredakteurs Dr. Christian ZENTNER spricht: »Als im Juli 1942 aus erbeuteten sowjetischen Befehlen hervorging, daß vielerorts deutsche Gefangene en bloc er-

[1] ***Der Freiwillige,*** Nr. 2, 1987, S. 19.

' George H. STEIN, ***Geschichte der Waffen-SS,*** Droste, Düsseldorf 1967, S. 245.

[4] Heinz HÖHNE, ***Der Orden unter dem Totenkopf Die Geschichte der SS,*** Fischer Bücherei, Ausgabe 12, 1969, Bd. 2, S. 490.

[5] Christian ZENTNER (Hg.), ***DasIII Reich - der 11. Weltkrieg,*** John Jahr, Hamburg 1975/78, Heft 50, S. 455.

schossen wurden, reagierten Soldaten der Waffen-SS mit blinder Vergeltung... So erschossen Soldaten der >\Yiking< 600 russische Juden »zur Vergehung«.«

Als ein früherer Angehöriger der »Wiking« das las und allem diesen nachging,[6] kamen ihm erhebliche Zweifel. Er schrieb an den Verlag des letztgenannten Buches, mußte nach einem Jahr noch einmal daran erinnern und erhielt dann die Antwort, daß man in einem kommenden Sonderheft Nr. 12 über die *Waffen-SS im zweiten Weltkrieg* darauf und insbesondere »auf die Legende von den 600 erschossenen Juden eingehen« werde. Man sei für den Hinweis sehr dankbar und gebe eine Kopie des Briefes an Dr. ZENTNER weiter.

Das angekündigte Heft brachte aber eine solche Stellungnahme nicht. Dafür erschien die Angabe über die 600 von »Wikingern« erschossenen Juden erneut im Jahre 1985 in dem von demselben Dr. ZENTNER oder seinem Redaktionsbüro zusammengestellten Buch ***Der Zweite Weltkrieg*** nachdem auch der ***Stern***[8] im Jahre 197/ ebenso diese Geschichte gebracht hatte. So pflanzen sich die Legenden fort, und Richtigstellungen werden der Öffentlichkeit vorenthalten.

Ausführlich widerlegt Andreas NAUMANN den auch von der HEER-REEMTSMAschen Anti-Wehrmachtausstellung erhobenen Vorwurf des Massenmordes der Waffen-SS in Tarnapol.[9] Richtig ist, daß Hunderte von Juden vor dem Einrücken der Deutschen durch rachsüchtige Einheimische in Tarnopol getötet worden waren.

[6] Günter BERNAU, »Einer schreibt vom anderen ab, doch es bleibt gelogen!« in: ***Der Freiwillige,*** Nr. 2, 1987, S. 19.

[7] Christian ZENTNER (Hg.), ***Der Zweite Weltkrieg — Texte-Bilder—Karten-Dokumente-Chronik,*** Delphin, München 1985, S. 510.

[8] ***Stern,*** Nr. 27, 1977.

[9] Andreas NAUMANN, ***Freispruchfiir die Deutsche Wehrmacht,*** Graben, Tübingen 2005, S. 395 f.



Die Wehrmacht war an den Pogromen von Tarnopof unbeteiligt, sie war vielmehr bestrebt, wie von Walter POST aufgezeigt, die Racheakte der Einhermischen gegenüber Juden nach Kräften zu unterdrücken. Im Urteil im SS-Einsatzgruppenprozeß stellte der US-Militärgerichtshof II übrigens fest, »daß Ausschreitungen in Tarnopol stattgefunden hatten, daß 600 Juden ermordet worden waren. .. getötet durch die Bevölkerung«,

Falsche Beschuldigungen gegen die Waffen-SS[1]

Die 38 Divisionen der Waffen-SS wurden im Zweiten Weltkrieg besonders an Brennpunkten der Fronten eingesetzt und haben auch im Urteil der Siegermächte Bewundernswertes geleistet. Hunderttausende europäischer Freiwilliger kämpften in ihren Reihen gegen den Bolschewismus. Auch deswegen galt den Frontsoldaten der Waffen-SS der besondere Haß der Umerzieher nach 1945. Mit falschen und unberechtigten Beschuldigungen wurde die Waffen-SS in Nürnberg 1946 zur verbrecherischen Organisation erklärt,[2] und noch immer geistern durch die Massenmedien ungerechtfertigte Vorwürfe gegen diese tapfer kämpfende Truppe. Selbst noch nach 50 Jahren werden erfundene Spielfilme inszeniert oder gezeigt mit dem Ziel, diese Soldaten zu diffamieren und das deutsche Volk durcheinander und schließlich gegeneinander zu bringen,[3]

In den ersten Nachkriegsjahren war allgemein, bekannt, wie unberechtigt diese Vorwürfe waren. Bundeskanzler ADENAUER stellte sich ausdrücklich vor die Waffen-SS und nannte ihre Angehörigen »Soldaten wie andere auch«.[4] Der SPD-Vorsitzende Kurt SCHUMACHER gab für sie eine Ehrenerklärung ab.[5] Der kriegsblinde Hans WISSEBACH war CDU-Bundestagsabgeordneter und ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS. Er und SPD-Abgeordnete nahmen gern an den Treffen der HIAG, der >Vereinigung der Angehörigen der ehemaligen Waffen-SS«, teil, die, ungestört und von den betreffenden kommunalen Spitzenbeamten willkommen geheißen, bis in die neunziger Jahre in vielen deutschen Städten stattfinden konnten.

In der Öffentlichkeit wird seit Jahren zunehmend mit falschen Behauptungen gegen Kameradschaftstreffen[6] polemisiert, werden Tagungslokale gekündigt, werden Lügen über die Waffen-SS verbreitet. Einige seien hier angeführt:

[1] Zur Klärung des oft falsch ausgelegten und mißbrauchten Begriffes >Waffen-SS< sei die Trennung von Einsatzkommandos und Wachmannschaften betont und festgehalten, daß die Soldaten der Waffen-SS unter dem Kommando des Heeres gegen den äußeren Feind des Reiches eingesetzt wurden.

- Nachzulesen bei: Friedrich GRIMM, ***40 Jahre Dienst am Recht. Politische]ustiz- Die Krankheit unserer Zeit,*** K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf 1974,

[3] Siehe: Beitrag Nr. 101, »Lebensborn e. V. - eine Organisation der Fürsorge«.

[4] Ahnlich in: Felix STEINER, ***Die Armee der Geächteten,*** K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf "1971, S. 10 u. 254.

[s] Ebenda, S. 254.

[h] 1985 fand in Nesselwang ein Treffen ehemaliger Angehörigen des 1. Panzer-Korps statt. In der US-Zeitschrift B ***'nai B 'rith Messenger*** hieß es prompt, die ehemaligen Soldaten hätten dabei ihre »Nazi-Uniformen« getragen; was nicht stimmt.

1. Seit den Nürnberger Prozessen wird die Vergeltungsaktion im tschechischen Lidice für den Mord an Reinhard HEYDRICH wahrheitswidrig der Waffen-SS angelastet. Tatsache ist jedoch, daß bei der Aktion keine Einheit der Waffen-SS beteiligt war, sondern daß die Erschießungen von einer Einheit der tschechischen Protektorats-Gendarmerie durchgeführt wurden. Dabei hatte eine Kompanie der Schutzpolizei den Ort am 9. Juni 1942 für die Exekution der 173 Männer abgeriegelt. Zur Außensicherung war das Heeres-Ersatz-Bataillon 480 eingesetzt. Nach den vorgefundenen Beweisen war die Vergeltungsmaßnahme völker- und kriegsrechtlich berechtigt; die Frauen und Kinder waren vorher aus dem Ort Lidice evakuiert worden.[7]



Die Opfer der Vergeltungsaktion im Gymnasium von Lidice, westlich von Prag.

[1] Waldemar SCHÜTZ (Hg.), ***Lexikon. Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert. Kultur und Zeitgeschichte,*** Rosenheim 1990, S. 255; Christian ZENTNER U. Friedemann BEDÜRFTIG, ***Das Große Lexikon des Dritten Reiches,*** Südwest, München 1985, S. 353; dies., ***Das Große Lexikon des Zweiten Weltkrieges,*** Südwest, München 1988, S. 340 f.; Lothar GREIL, in: ***Leitheft,*** Nr. 23/24, S. 18 f.; Erich KERN, ***Das andere Udice,*** Weisermühl, Wels 1950. - In einem Schreiben vom 14. 8, 1961, unterzeichnet von Dr. H. MOMMSEN, bestätigt das Institut für Zeitgeschichte, München: »Betr.: Vernichtung Lidices am 10. 6. 1942. Auf Ihre Anfrage teilen wir folgendes mit:

1. An der Ausrottung des Dorfes und der Ermordung der Bevölkerung waren keine SS-Einheiten unmittelbar beteiligt. Vielmehr wurde die Abriegelung des Dorfes und die Gefangensetzung der Bevölkerung von Einheiten der Sicherheitspolizei unter Führung von Oberst Max ROSTOCK vorgenommen. Die Exekutionen wurden von 30 Gendarmen der Prager Ordnungspolizei durchgeführt. An der endgültigen Zerstörung des Ortes hat der Arbeitsdienst mitgewirkt. Über die Herkunft der Pioniere, die für die Sprengungen, u, a. der Kirche, eingesetzt wurden, läßt sich hier nichts ermitteln.

2. Es handelte sich demnach nicht um Verbände der Waffen-SS, sondern der Sipo, die dem SD unterstellt waren... « ***Die »Klein-Debatte« im Bundestag über angebliche Kriegsverbrecher) der Waffen-SS,*** Sonderdruck aus: ***Der Freiwillige,*** 1989, S. 13 f.

2. Am 26. Juni 1987 schrieb die *Frankfurter Allgemeine. Zeitung* in einem übernommenen dpa-Bericht über das Wiener Riesenrad im Prater unter einem entsprechenden Bild u. a.: »Das Rad überstand Bombenangriffe, nicht aber die Kämpfe um Wien zwischen der abziehenden Waffen-SS und der Roten Armee. Der ganze Prater wurde von der SS in Brand gesteckt...« Das ist volkommen falsch und entstammt wohl allein dem Wunsch, die Waffen-SS zu belasten. Eine Richtigstellung brachte der Leserbrief von Lothar PIONTEK, Paderborn, in der *FAZ* vom 14. Dezember 1987: »Einheiten der Waffen-SS haben zwar in und um Wien im April gekämpft, aber das Pratergelände nicht betreten, da dort die 6. Panzerdivision des Heeres im Einsau war.«

3. Im selben Leserbrief wird eine Angabe aus dem *FAZ-Magazin* vom 16. Oktober 1987 als Legende aufgedeckt. In einem Bericht über Budapest wird auf Seite 52 des Magazins ein Erlebnis zweier Männer beim Durchstöbern von unterirdischen Gängen unter der Burg im Jahre 1947 beschrieben, und es heißt dann: »In der Hand eine Taschenlampe, immer ängstlicher werdend, gehen wir die Gänge entlang, wir stolpern über irgendein Blechgefäß, einen Stahlhelm, an den Wänden eine dicke Rußschicht, auf dem Boden Knochen, verkohlte Knochen, ehemalige verwundete deutsche Soldaten. Später hörten wir, daß die SS-Truppen bei einem Ausbruchversuch die Zurückgelassenen mit einem Flammenwerfer in Brand gesetzt hatten,..« Ein ganz bösartiges, unzutreffendes Gerücht, das keiner Prüfung standhält, doch vielleicht aus den Praktiken der Sowjettruppen stammen könnte, wird als angebliche Wahrheit dem unbedarften Leser unterschoben.

4. Ein beliebtes Mittel, ungerechtfertigte Belastungen in der Öffentlichkeit vorzunehmen, ist das Vortäuschen von Zusammenhängen, die in Wirklichkeit gar nicht bestanden. So schrieb die *FAZ* am 3. Oktober 1987 in einer Meldung über eine Entscheidung des Bayerischen Obersten Landesgerichtes gegen Generalmajor a. D. Otto Ernst REMER: »Bei dem Verfahren war es um Äußerungen auf einem Treffen ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS in Nesselwang im Jahre 1985 gegangen.« Dadurch wurde der Eindruck erzeugt, daß die nach Ansicht des Gerichts jüdische Mitbürger beleidigenden Äußerungen auf dem SS-Treffen gefallen und den Veranstaltern anzulasten seien. Tatsache war jedoch, daß REMER ZU der genannten Veranstaltung gar nicht eingeladen gewesen war, den Versammlungsraum nicht betreten hatte, sondern sich in dem für jedermann zugänglichen Wirtsraum des Gasthofes aufgehalten hatte.

5. Aus der Luft gegriffen ist auch die angebliche »Sprengung des Berliner S-Bahn-Tunnels« unter dem Landwehrkanal. Seit Beendigung der Kampfhandlungen in der Reichshauptstadt wurde folgende Lügenmeldung immer wieder verbreitet; »Während der Kämpfe in den letzten Kriegstagen in Berlin hat »die SS< den Berliner S-Bahn-Tunnel unter dem Landwehrkanal gesprengt

mit der Folge, daß Tausende, die darin Schutz gesucht hatten, durch die eindringenden Wassermassen ertrunken sind.« Als ein Leser der ***Zeitschrift für Modelleisenbahnen,*** Heft 1/90, die Wiederholung dieser Lüge las, wollte er endlich wissen, auf welche Quellen bei dieser Nachricht Bezug genommen wurde. Die ersten Briefe wurden zunächst nicht beantwortet; erst nach mehrmaligem Nachfassen stellte sich heraus, daß keine Quelle genannt werden konnte. Ende Oktober 1992 erhielt er dann nach fast drei Jahren von einem der Beteiligten einen Brief, in dem sich dieser für sein Handeln entschuldigte und wörtlich schrieb: »Seinerzeit habe ich mich fahrlässigerweise auf die allgemeine Geschichtsbeschreibung verlassen, die von einer Sprengung durch die SS spricht.«[8]

Dem Zeitungsmann gebührt Achtung, daß er seinen Fehler eingestand im Gegensatz zu den wohl meisten, die lieber mit einer Lüge leben.

6. Zu den Vorwürfen wegen angeblicher Verbrechen der Waffen-SS in Oradour und Tulle siehe die besonderen Beiträge.[9]

Den Gipfel der unberechtigten und diffamierenden Urteile über die Deutsche Wehrmacht erreichte der zeitweise als SPD-Kulturstaatsminister in der ersten Regierungsperiode Gerhard SCHRÖDERS tätige Michael NAUMANN, sicher nicht zufällig ab 1968 im später verbotenen Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) als Funktionär aktiv gewesen: Für ihn war die Wehrmacht eine »Tötungsmaschinerie« und »ein marschierendes Schlachthaus, das sich selbst intakt hielt, indem es jeden ungehorsamen Soldaten erschoß«."[3] Insbesondere versuchte er, den Engländern klarzumachen, daß auch die bei ihnen als ritterliche Gegner angesehenen Generale wie Erwin ROMMEL und seine Stabsoffiziere Teile dieser schlimmen Maschinerie gewesen seien und die Briten immer noch ein falsches Bild vom >Wüstenfuchs<und seinen Männern hätten.

Im selben ideologisch beschränkten Geist antwortete ein Mitarbeiter der ***Panorama***-Redaktion des Norddeutschen Rundfunks mit Schreiben vom 22. Januar 1999 einem die Wehrmacht in einem Brief in Schutz nehmenden Bundesbürger: »Die Wehrmacht war Komplize des größten Verbrechens in der Menschheitsgeschichte. Die heutigen Freunde der Wehrmachtsaktionen können sich freuen, daß es keine Wehrmacht mehr gibt - sonst wären sie Unterstützer einer kriminellen und terroristischen Vereinigung.«'[1]

'***Recht und Wahrheit,*** Nr. 1-2, 93, S. 11; ***Leitheft,*** Nr. 60, 1992, S. 20 f.

* Siehe: Beitrag Nr. 236, »Der Fall Oradour«, Nr. 237, »Das Massaker von Tulle«, u. Nr. 267, »Wie sich Legenden über die SS fortpflanzen«.

[10] Zitiertin: ***Welt am Sonntag,*** 24.2. 1999, ebenso in: ***Deutsche Wochenzeitung,*** 26. 2. 1999.

[11] Kopie des Briefes im Archiv des Verfassers,

Keine Massenerschießungen in Simferopol 1941

Seit den Nürnberger Prozessen wird den NS-Einsatzgruppen und der Deutschen Wehrmacht vorgeworfen, beim Ostfeldzug viele Hunderttausende von Juden im Rahmen einer allgemeinen und systematischen Juden Vernichtung hinter der Front erschossen zu haben. In seinem Standardwerk von 1999 schreibt Raul HILBERG: »Alle diese Einheiten zusammen töteten etwa 500 000 Juden in fünf Monaten.«[1] Jörg FRIEDRICH gibt 700 000 an,[2] und Jürgen FÖRSTER nennt gar eine Opferzahl von 1,5 Millionen Sowjetmenschen.'

Diese Zahlen sind anscheinend zu hoch, und die vorgekommenen Massaker haben dazu teilweise nicht Deutsche als Täter. In seiner umfassenden Studie zu den Vorwürfen gegen die Deutsche Wehrmacht im Rußlandkrieg[4] geht Andreas NAUMANN diesen Beschuldigungen unter Berücksichtigung des neueren Forschungsstandes nach.[5] Er beweist einmal, daß die Wehrmacht im allgemeinen nicht in Aktionen zur Judenvernichtung verwickelt war, und zeigt zum anderen auf, daß die bisher meist genannten Opferzahlen solcher Maßnahmen zu erheblichen Anteilen - wenn nicht gar zur Mehrheit - Opfer des sowjetischen NKWD vor dem Rückzug der Roten Armee sowie der Vergeltungs- und Racheakte einheimischer Heimatschutzverbände und ukrainischer und weiß russischer Milizen beinhalten und damit nicht den Deutschen zugeschrieben werden können.

Als ein Beispiel von mehreren ausführlich untersuchten für die Fragwürdigkeit der Opferzahlen behandelt NAUMANN den Fall Simferopol.[6] In diesem Ort auf der Krim hatten im Herbst 1941 der spätere Generalfeldmarschall Erich VON MANSTEIN in der Vorbereitung auf den Sturm auf Sewastopol sein Hauptquartier der 11. Armee und die Einsatzgruppe D unter Otto OHLENDORF das ihre. Der im 13 Kilometer entfernten Sarabus sitzende Ortskommandant soll nach einem im MANSTEIN-Prozeß vorgelegten »Dokument« am 14. November 1941 dem Befehlshaber des rückwärtigen Armeebereiches

[1] Raul HLLBERG, ***Die Vernichtung der europäische» Juden***, Frankfurt/M. 1999, S. 312,

[2] Jörg FRIEDRICH, ***Das Gesetz des Krieges. Dos deutsche Heer in Rußland 1941-1945,*** München 2003, S. 451.

[5] Jürgen FÖRSTER, »Die Sicherung des Lebensraumes«, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), ***Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg,*** Bd. 4, ***Der Angriff auf die Sowjetunion***, Stuttgart 1983, S. 1030 ff.

[4] Andreas NAUMANN, ***Freispruch für die Deutsche Wehrmacht. >Unternehmen Barbarossa< erneut auf dem Prüfstand,*** Grabert, Tübingen 2005.

[5] Siehe insbesondere Ralf OGOREK, ***Die Einsatzgruppen und die »Genesis der Endlösung«,*** Berlin 1996.

[6] NAUMANN, aaO. (Anm. 4), S. 494-501.

(Korück) der 11. Armee mitgeteilt haben: »Die verbliebenen 11000 Juden wurden durch den SD exekutiert.« Doch davon hatte im ganzen zuständigen Armeeoberkommando (AOK) einschließlich VON MANSTEINS niemand etwas gehört, wie dieser in seinem Prozeß glaubhaft versicherte, was ihm sogar abgenommen wurde. Andere Ortskommandanten meldeten Umsiedlungen von Juden.

Folgendes kommt hinzu. Am 5. Januar 1942 waren sowjetische Einheiten im Hafen von Eupatoria an der Westküste der Krim im Hinterland der deutschen Front gelandet. Nach Meldung des Ortskommandanten stellte sich ein Teil der Bevölkerung auf die Seite der Roten Armee, deutsche Dienststellen wurden überfallen, Verwundete ermordet. Ein deutsches Infanterie-Regiment und ein Pionier-Bataillon schlugen den Aufstand in zwei Tagen nieder. Unter den Gefangenen befanden sich rund 1200 Partisanen, die aus den verschiedenen sowjetischen Völkerschaften bestanden, darunter auch Juden. Wie das geltende Völkerrecht es vorsah, wurden diese Partisanen erschossen.

Wenige Tage später wurde am 12. Januar in der Hauptstadt Simferopol eine Razzia durchgeführt, bei der zahlreiche Partisanen, Feindgruppen, Fallschirmjäger in Zivil sowie Kommunisten und Juden verhaftet wurden. »Wann genau und wo dann die Exekution stattgefunden hat, ist unbekannt. In einer Einsatzmeldung des SS-Kommandos von Anfang Januar heißt es lakonisch: >Über 300 Juden erfaßt und exekutiert, Zahl der Exekutierten auf nahezu 10000 Juden gestiegen.« Dem wäre zu entnehmen, daß die Exekutionen in mehreren Schüben und zu unterschiedlichen Zeiten erfolgten. Es wird sich somit nicht um eine Massenexekution gehandelt haben, was erklärt, warum man im AOK nichts davon wußte. Dieses konnte vielmehr davon ausgehen, daß es sich um abgelieferte Freischärler und Partisanen verdächtige gehandelt hat. Dann wäre in der Zahl 10000 alles enthalten, was in den vorangegangenen Wochen seitens der Truppe erfaßt und als verdächtig an die Sammelstelle zur Weitergabe an die SS abgeliefert wurde.«[7]

Bei dem Fall Simferopol handelte es sich daher offenbar »um den klassischen Fall einer Strafaktion durch die Besatzungsmacht nach Art. 50 Haager Landkriegsordnung. Es wurde scharf durchgegriffen und eine Anzahl von Einwohnern exekutiert, die bei der Landung der Rotarmisten Hilfsdienste geleistet hatte«.[8] Generalfeldmarschall VON MANSTEIN erklärte hierzu mit Recht: »Jede militärische Führung wird im Kriege gezwungen sein, einen Aufstand in einem besetzten Gebiet rücksichtslos niederzuschlagen..., wenn sie den Krieg nicht verlieren will. Kein militärischer Führer wird seine Soldaten dadurch halb wehrlos machen, daß er ohne Repressalien oder Strafe einen Angriff aus dem Hinterhalt duldet, bis dann der Gegner jede Kriegsregel



Erich VON MANSTEIN. Im April 1942 gründete Botschafter Werner Otto VON HENTINC in Simferopol einen "Russisch-deutschen Ausschuß zur Feststellung sowjetrussischer Greueltaten an deutschen und russischen Soldaten«, Die Gründung war unter anderem auf die Klage zahlreicher ukrainischer Bürger erfolgt, die über die Ermordung ihrer Angehörigen durch den NKWD oder andere Ausschreitungen von Sowjet russischen Soldaten bei deutschen Militärstellen Bericht erstattet hatten.

[7] NAUMANN, ebenda, S. 498.
[8] Ebenda, S. 499.

* Zitiert ebenda, S. 498.

und Humanität verletzt. Das Völkerrecht kann nicht den einen schützen und den anderen preisgeben.«[9]

Zu den Judenerschießungen und der Anzahl der Exekutionen erklärte VON MANSTEINS britischer Anwalt Reginald T. PAGET gegenüber der Anklage: »In einem Fall konnten wir die Zahlen überprüfen. Es wird behauptet, bzw. der SD selbst behauptet, im November in Simferopol 10 000 Juden getötet zu haben, und meldete die Stadt judenfrei. Durch eine Reihe von Gegenproben konnten wir beweisen, daß die Judenerschießung in Simferopol an einem einzigen Tag stattgefunden hatte, nämlich am 16. November 1941. Der Ort der Hinrichtung lag 15 km von der Stadt entfernt. Die Zahl der Opfer kann nicht höher als 300 gewesen sein, und diese 300 waren aller Wahrscheinlichkeit nach nicht Juden, sondern eine Sammlung verschiedenartiger Elemente, die im Verdacht standen, zur Partisanenbewegung zu gehören.«[10]

[10] Zitiert ebenda, S. 500.

Auch bei den Vergeltungsmaßnahmen in Eupatoria handelte es sich nicht um eine Maßnahme gegen Juden. Jörg FRIEDRICH urteilt: »Mancher Ähnlichkeit wegen hat die Nürnberger Anklage das Eupatoria-Unternehmen als Judenvernichtung aufgefaßt. Das ist es nicht gewesen. Es handelte sich um Vergeltung an der nichtjüdischen Gemeinde für den Abfall der Stadt.«[11]

[11] FRIEDRICH, aaO. (Anm. 2), S. 649.

Damit ergibt sich, daß es sich bei Simferopol nicht um Maßnahmen zur Ermordung unschuldiger Juden oder anderer Teile der Zivilbevölkerung drehte, sondern um Aktionen, die völkerrechtswidrig und grausam handelnde Partisanen heraufbeschworen hatten. Diesen muß daher die Schuld an etwaigen unschuldigen Opfern zugewiesen werden. Die Deutsche Wehrmacht handelte korrekt und nach den Bestimmungen des Völkerrechts. »Selbst als bekannt wurde, daß die bei Feodosia zurückgelassenen deutschen Schwerverwundeten bestialisch ermordet worden waren, hat das AOK an der dortigen Bevölkerung keine Vergeltung geübt, nachdem die Vernehmungen ergeben hatten, daß dafür überwiegend die Rote Armee verantwortlich war. Ebenso wie in Feodosia fand man später auch in Kertsch und Eupatoria die eigenen Verwundeten gemeuchelt vor.«[12]

[12] Zitiert von NAUMANN, aaO. (Anm. 4), S. 501.

Zur Lage der auf der Krim von Partisanen schwer bedrängten deutschen Einheiten erklärte später VON MANSTEIN: »Zeitweise konnte der Verkehr auf den Straßen nur in der Form von Geleitzügen aufrechterhalten werden. Im übrigen kämpften die Partisanen, wie überall im Osten, mit äußerster Hinterlist und Grausamkeit. Sie beachteten keine Regeln des Völkerrechts. Zum Schutz der Truppe wie auch der friedlichen Bevölkerung blieb nichts anderes übrig, als nach dem Kriegsgesetz mit jedem gefangenen Partisanen zu verfahren.«[1J]

[13] Zitiert ebenda.

Das oben erwähnte Dokument von der Massenexekution von 11000 Juden bei Simferopol ist wahrscheinlich eine der vielen Fälschungen, die im Zusammenhang mit der Siegerjustiz nach 1945 zur ungerechtfertigten Belastung deutscher Soldaten vorgelegt wurden. Rolf Kosiek

Division der Waffen-SS erschoß keine Hiwis

Am 3. Januar 1991 veröffentlichte der *Pfälzische Merkur* unter der Überschrift »Erinnerung an ein Drama - Hohn der Menschenwürde« einen längeren Bericht, in dem behauptet wurde, daß im Winter 1944/45 Angehörige der »bekannten Infanterie-Division »Götz von Berlichingen<« (sie!) 64 »Volksdeutsche«, die als »Hiwis« (Hilfswillige} bei dieser Einheit eingesetzt gewesen wären, erschossen hätten, weil diese den Kampf einstellen und »ihre Waffen niederlegen« wollten. Ein »Heimatforscher« Helmut LAMBERT habe eine Tafel mit dem entsprechenden Hinweis auf dem früheren Soldatenfriedhof in Altheim angebracht.

Der Vorsitzende der Truppenkameradschaft der 17. SS-Panzer-Grenadier-Division >Götz von Berlichingen< - denn diese war gemeint -, Max WIND, erkundigte sich nach der Quelle für diese Behauptung und erhielt von LAMBERT schriftlich die Antwort, daß er diesen Vorgang von seiner Tante erfahren habe, die inzwischen verstorben sei.

WIND konnte auf das vollständig erhaltene Kriegstagebuch seiner Division und auf in Freiburg im Archiv des Militärgeschichtlichen Forschungsamts (MGFA) liegende Kriegsgerichtsakten verweisen, in denen nichts von derartigen Erschießungen enthalten ist. Das Original dieses Kriegstagebuches mit rund 7500 Dokumenten auf fast 10 000 Seiten liegt ebenfalls in Freiburg und wurde von WIND und GÜNTHER in Auszügen im Schild-Verlag, München, unter dem Titel ***Kriegstagbuch Götz von Berlichingen*** 1993 veröffentlicht. Die vorliegenden monatlichen Stärkemeldungen der genannten Division belegen, daß diese überhaupt keine Hiwis hatte.

Am 7, Mai 1991 brachte dann der *Pfälzische Merkur* nach einigem Hin und Her auf Verlangen der Truppenkameradschaft folgende »Berichtigung zu >Erinnerung an ein Drama««:

»In unserer Ausgabe Nr. 2 vom 3. Januar 1991 brachten wir o.g. Artikel und müssen nachträglich feststellen, daß dieser in verschiedenen Teilen nicht der Wahrheit entspricht.

Die in diesem Artikel genannte Panzer-Grenadier-Division >Götz von Berlichingen« hatte nach vorgelegten Unterlagen überhaupt keine >Hiwis< = Hilfswillige, so daß auch keine >von den eigenen Kameraden ermordet« worden sein können. Diese Tatsache geht eindeutig aus den erhalten gebliebenen Unterlagen über diese Division hervor, die im Militär-Archiv in Frei burg liegen; ebenso liegen dort die Unterlagen über das Kriegsgericht dieser Division.

Zu den Kameradentreffen der >Götz von Berlichingen« kommen auch Vertreter der amerikanischen Division, die zu der fraglichen Zeit gegen die Götz gekämpft hat. Diese und andere US-Quellen bescheinigen der genann-

ten deutschen Einheit, daß sie außerordentlich tapfer und sauber gekämpft, daß von ihr kein einziges Kriegsverbrechen bekannt geworden ist und daß sie hohes Ansehen erworben hat.

Weiterführende Literatur: Jean-Claude PERRIGAULT u. Rolf MEISTER, *Götz von Berlicbingen,* 2 Bde., Heimdal, Bayeux 2004 u. 2005.

Da die >Götz von Berlichingen< lange in der Gegend vom Rimling, Habkirchen, Niedergailbach, Bolchen und an weiteren Orten unserer Heimat heftige und für beide Seiten verlustreiche Kämpfe ausgetragen hat, wollen wir überlegen, ob wir darüber unseren Lesern aus heimatgeschichtlichen Gründen fundierte Berichte bringen sollen.«

Durch die Beharrlichkeit der Truppenkameradschaft und eine günstige Aktenlage konnte auf diese Weise eine nach fast 50 Jahren verbreitete Geschichtsfälschung aufgedeckt und richtiggestellt werden, wofür den Beteiligten großer Dank gebührt.

⇨ »Nur eine niedrige und schäbige Gesinnung kann einer so unerhörten seelischen Barbarei fähig sein, den Millionen Toten des letzten Weltkrieges und ihren Angehörigen über die Opfer hinaus auch noch den Sinn der Opfer rauben zu wollen.«

Alfons GORBACH, der spätere österreichische Bundeskanzler, am 3. Dezember 1954 vor dem Wiener Parlament.

⇨ »Oberleutnant d. R. SCHMIDT/SPD (der spätere Bundeskanzler Helmut SCHMIDT, H. W.) erklärte, daß er persönlich niemals mit der Waffen-SS in Berührung gekommen sei, jedoch müsse er als alter Kriegskamerad aus seiner Fronterfahrung heraus sagen, daß er immer das Gefühl der besonderen Zuversicht gehabt habe, wenn eine Division der Waffen-SS neben seiner Einheit lag. Leider verwechselte man die ehemalige Waffen-SS mit der Geheimen Staatspolizei und belastete sie mit der Schuld anderer Runenträger. Ihre Angehörigen dürften nur unter dem Gesamtthema »Deutscher Soldat« gesehen werden,

Kameradschaft will helfen, und so haben ihn, den Redner, die sozialen Nöte zur Politik und zur SPD gebracht. Von 123 Bundestagsabgeordneten der SPD sind 61 ehemalige Soldaten. Vielleicht halte gerade diese Tatsache die SPD von dem Phrasenhaften der europäischen Schwärmerei ab. Man soll sich abgewöhnen, von der SPD als von einer Partei der Pazifisten zu sprechen. Die SPD wünsche sich die Wiederbewaffnung Deutschlands unter anderen Bedingungen. Nur nach deutschem Recht Verurteilte sollten nicht wieder Soldat werden.«

Wiking-Ruf, September 1953, im Bericht über ein HIAG-Treffen am 7. 8.1953 im Winterhuder Fährhaus in Hamburg.

>Geiselerschießung< in Czenstochau

Als Kriegsverbrechen wird heute oft der Deutschen Wehrmacht die Gefangennahme von Geiseln und deren Erschießung bei Partisanenanschlägen auf deutsche Truppen vorgeworfen. Viele untadelige deutsche Soldaten wurden deswegen nach dem Krieg zu hohen Strafen verurteilt. Manche sitzen noch heute in Haft. Dabei wird vergessen, daß diese zwar grausame Methode in einem brutalen Partisanenkrieg wohl die einzige Möglichkeit ist, in gewissem Maße von Uberfällen abzuhalten, und daß sie deswegen bis zum Verhältnis 1:10 auch völkerrechtlich sowie kriegsrechtlich erlaubt und anerkannt war. Die Deutschen haben sich dabei an das übliche Kriegsrecht gehalten, die Alliierten manchmal nicht, ganz abgesehen von den Exzessen der Roten Armee.[1]

Ein bezeichnendes Beispiel dafür, wie sorgfältig die Deutschen mit diesem Instrument des Völker- und Kriegsrechts in den besetzten Gebieten umgingen, ist aus dem polnischen Gzenstochau aus dem Herbst 1943 überliefert. Der noch lebende Zeitzeuge[2] war als Offiziersanwärter an der dortigen Luftkriegsschule (LKS) 9, an der u.a. der bekannte Münchener Professor Karl HAUSHOFER in Geopolitik unterrichtete.

Der damals junge Soldat berichtet:[3] »Jetzt warten wir auf das Erscheinen des Professors. Da wird plötzlich die Tür aufgerissen. Unser Lehrgangsleiter, Hauptmann WOLLWEBER, eilt erregt nach vorn und teilt uns mit, daß HAUSHOFER, wenige 100 m von der LKS entfernt, soeben mit mehreren Pistolenschüssen hinterrücks zusammengeschossen worden sei; man wisse nicht, ob er durchkomme. Kalte Wut und ohnmächtiger Zorn ergreift uns ob dieses feigen Attentats. Dessen ungeachtet, gehen die Unterrichtsstunden bis mittag weiter.

In der Zwischenzeit ließ der deutsche Stadtkommandant sofort alle in Frage kommenden Häuserblöcke abriegeln; sie wurden vergeblich durchsucht. Der oder die Täter blieben unauffindbar. An den verschiedensten Stellen der Stadt wurde auf Anschlägen für die Bevölkerung mit Beginn der Dämmerung Ausgangssperre unter den üblichen Androhungen verhängt. Falls der Attentäter sich nicht stellte, würden innerhalb *22* Stunden die folgenden zehn namentlich aufgeführten Geiseln (die zur Vorbeugung gegen solche Überfälle vorher in Haft genommen waren, H. W.) im Morgengrauen erschossen.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 307, »US-Erschießungsquote über 1 *zu* 100«.

[2] Werner SCHULZ, Anschrift dem Verfasser bekannt, der auch mit ihm korrespondiert hat.

[5] Werner **SCHULZ**, »Das gab es auch«, in: ***Deutsche Monatshefte***, Nr. 12, 1985, S. 10 f.

Für die entsetzte Bevölkerung verstreicht die gesetzte Frist nur allzu rasch, ohne daß sich der Täter stellte. In der Ferne hört man ganz früh die Schüsse, die zu einem seit Jahrhunderten erprobten, unbarmherzigen Ritual des Kriegsrechts gehören. Wir spüren bei unseren freizeitlichen Stadtgängen die wachsende Feindschaft und den glühenden Haß der stolzen und nationalbewußten Polen, die nun um ihre, von uns Deutschen ausgesuchten, Männer und Söhne von Rang und Namen trauerten.

Drei Tage nach der Exekution lesen wir, liest die baß erstaunte Bevölkerung Czenstochaus auf frisch befestigten Vordrucken der deutschen Kommandantur:

1. Die vor drei Tagen angesetzt gewesene Exekution ist nicht vollzogen worden,

2. Alle zehn Geiseln leben; sie sind zum Zeitpunkt dieser Bekanntgabe gesund und wohlbehalten zu ihren Familien in die Freiheit ohne jeden Vorbehalt entlassen worden,

3. Das Befinden des Professors HAUSHOFER hat sich gebessert; er bittet ausdrücklich, das an ihm vollzogene Attentat nicht an der unschuldigen Bevölkerung zu vergelten.

4. Die deutsche Kommandantur hofft, daß sich das bis zum Attentat bestehende gutmenschliche Achtungsverhältnis zwischen Besatzungsmacht und Bevölkerung wieder einstellen möge.

Befreit und dankbar atmet alles auf. Uns Soldaten erfüllt diese selbstbewußte, menschliche Tat eines tapferen Kommandanten mit besonderem Stolz. Das unerbittliche Kriegsrecht ist um ein vorbildliches Beispiel humanitären Handelns bereichert. ..

Was hatte sich vor drei Tagen wirklich ereignet? Nur soviel ist sicher: Der Leutnant, der das Peleton kommandierte, trat vor - und befahl >Legt an!< - >Feuer!< Keine Geisel wurde getroffen, alle standen, weil die Gewehre vorher mit Platzpatronen geladen worden waren. Ein neuer kurzer Befehl des Offiziers, Die vorher unterrichteten Soldaten gingen froh auf die fassungslos staunenden Geiselopfer zu, befreiten sie von ihren Handfesseln und luden sie auf denselben Wagen, mit dem sie hergefahren waren. An einem unbekannten, wohlpräparierten Ort wurden sie ausgeladen. Streng bewacht, aber mit äußerster Aufmerksamkeit wurden sie von den Deutschen drei Tage und Nächte lang ausgezeichnet behandelt und versorgt. Am vierten Tag entließ man sie bedingungslos zu den Ihren in die Freiheit.«

So etwas kam also bei der Deutschen Wehrmacht auch vor, die heute oft unberechtigterweise diffamiert und beschuldigt wird. Ob die Alliierten einen derart feigen Überfall auf einen ihrer führenden Leute im besetzten Gebiet genau so ungesühnt gelassen hätten, muß wohl stark bezweifelt werden, wurde doch schon allein der Besitz von Waffen im eroberten Bereich mit dem Tode bestraft.

»Russen am Erzkogl erschossen«

Neben den großen Umerziehungslügen bestimmen auch viele kleine das heutige Geschichtsbild der Zeit des Dritten Reiches, und auch sie gilt es der historischen Wahrheit wegen aufzuklären.

Ein Beispiel erlebte ein früherer deutscher Kompanieführer, als er 1956 zum ersten Male wieder das Semmeringgebiet in Osterreich besuchte, in dem seine Einheit in den letzten Kriegswochen eingesetzt gewesen war.[1] Dabei besuchte er auch das Englederhaus, in dem 1945 sein Kompanie-Gefechtsstand untergebracht gewesen war. Mit der Wirtin kam er ins Gespräch, die seinerzeit vor Beginn der Kämpfe mit ihrer Familie von dort zum Schutz evakuiert worden war, und er erzählte ihr, daß er als Soldat hier im Hause gewesen sei. Sie erwähnte einiges, was bei ihrer Rückkehr im Hause gefehlt habe, was zum Teil geklärt werden konnte. Das Folgende beschrieb der Offizier so:

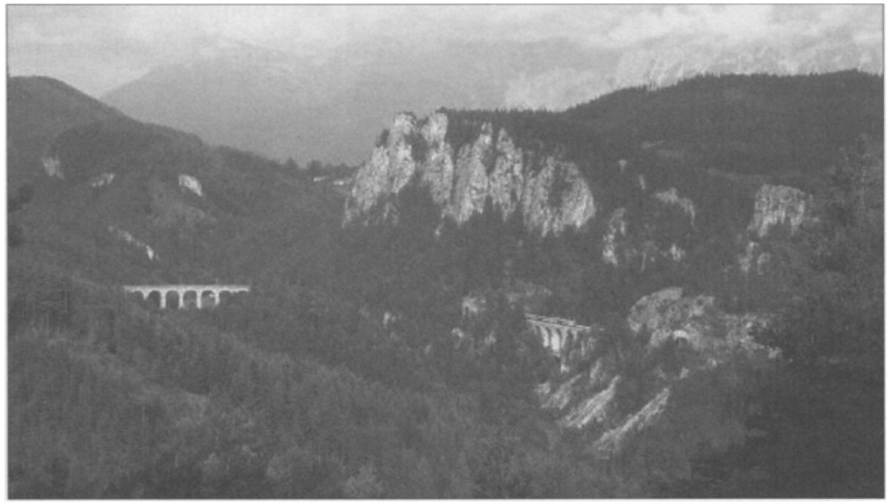
»Dann aber kam die ganz große Anklage!

>Und am Erzkogl vorn sind Russen erschossen worden.<

Ich mußte anscheinend ein recht verdutztes Gesicht gemacht haben, denn sie bekräftigte sofort: >Ja, die sind erschossen worden.«

Ergänzend berichtete sie, daß ihr Mann nach der Rückkehr aus der Evakuierung in der Erzkogl-Stellung eine russische Pelzmütze gefunden habe, »hinten mit einem Einschußloch«. Man konnte deutlich heraushören, die Russen seien von deutschen Soldaten dort liquidiert worden. So entstand eine Kriegsgreuel-Lüge, vielleicht ohne böse Absicht, aber immerhin interessant genug, um in die Greuel-Giftküche zu gelangen. Ich versuchte, der mit der Materie nicht vertrauten Frau die damalige Situation darzustellen, was sich am 17, April 1945 >da vorn am Erzkogl« tatsächlich ereignete.

[1] Karl DITTRICH, »Da vorn am Erzkogl sind Russen erschossen worden!« in: ***Die Kameradschaft,*** Innsbruck, September 1991,



Der Erzkogl im Semmering-Massiv. Heutige Aufnahme.

Die Sowjets hatten vom Steilhang herauf mit einer Übermacht meinen 2. Zug überrumpelt, so daß sich dieser zurückziehen mußte, um eine günstigere Abwehrposition zu erreichen. Mit wenigen beherzten Männern, dabei auch einige Gebirgsartilleristen von der nahegelegenen VB-Stelle, starteten wir einen Gegenangriff, der den Russen, die sich schon im sicheren Besitz des Erzkogls dünkten, die beabsichtigte Verwirrung brachte, Sie waren von dem plötzlichen Angriff derart überrascht, daß sie zwischen Felsen und Bäumen mit viel Geschrei hin- und hersprangen, nach vorn und wieder nach rückwärts, von ihren Führern mit unartikulierten Rufen angefeuert.

Daß dabei zurückweichende Soldaten, hinter den nächsten Bäumen Schutz suchend, auch von hinten getroffen werden konnten, war nabeliegend.

Nach dem Gefecht zählte ich 16 tote Russen, die im Nahkampf, tapfer und verbissen kämpfend, gefallen sind. Dies ist die reine Wahrheit! Ich sah einen russischen Soldaten in einer kleinen Mulde liegen, der schwerverwundet dort hineingeschleppt worden war und bereits einen Brustverband trug, anschließend aber doch starb.

Eine Kriegsgreuel-Lüge war entstanden, sicher eine kleine, fast unbedeutende Lüge im Vergleich mit den Lügen über Guernica, Katyn, Marzabotto, Oradour und vielen anderen!

Es bleibt zu erwähnen, daß die Kampfgruppenführung Volkssturmmänner zum Erzkogl beordert hatte, mit dem Auftrag, die gefallenen Russen, zusammen mit den vier am Vortag auf dem Sonnwendstein gefallenen Sowjetsoldaten, auf dem Absatz knapp unter dem Erzkogl-Gipfel zu begraben. Sie dürften wohl nach dem Krieg von der russischen Besatzungstruppe exhumiert und auf einen Sowjetfriedhof in Niederösterreich überführt worden sein... Die 7 toten Kameraden meiner Kompanie und ein gefallener Geb.-Art. Unteroffizier wurden auf dem Heldenfriedhof in Semmering bestattet.«

Ebenfalls am 17, April 1945 musizieren sowjetische Panzermänner in Wien, wo es praktisch keinen organisierten Widerstand mehr gab.

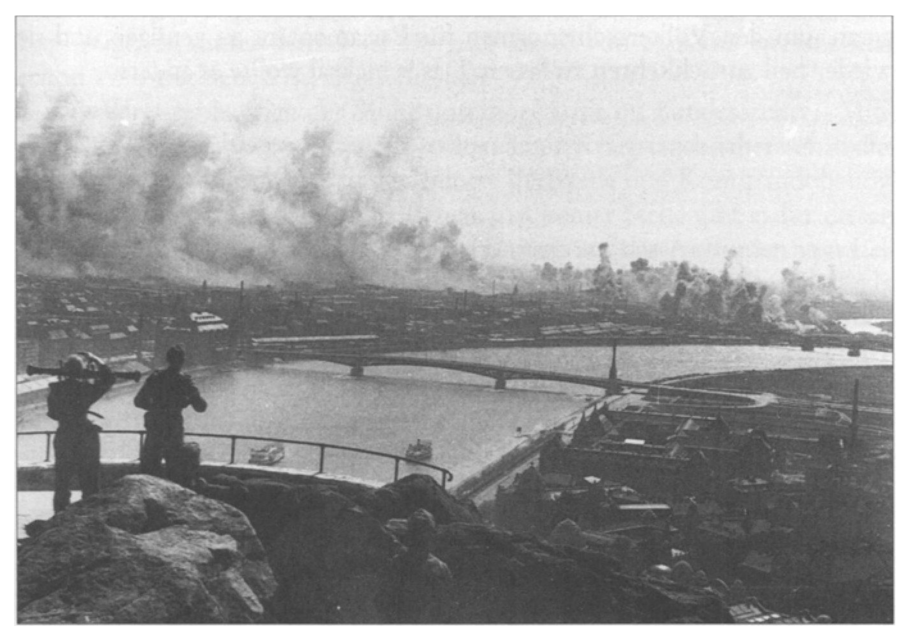
Deutsche ermordeten keine sowjetischen Parlamentäre

Als Ende Dezember 1944 zwei sowjetische Parlamentärgruppen aus dem eingeschlossenen und von deutschen und ungarischen Einheiten noch immer verteidigten Budapest nicht zurückkehrten, meldete die sowjetische Nachrichtenagentur *Tass* am 31. Dezember 1944, die Unterhändler seien »provokativ und hinterhältig« von den Verteidigern ermordet worden. Das wurde in der Folgezeit von Historikern kritiklos übernommen und als ein Beweis für die Verbrechen der Deutschen gewertet.

Die Tatsachen sind aber ganz anders. Den Nachforschungen des 1956 in die Schweiz emigrierten Ungarn Dr. Peter VON GESZTONY und dem Bericht des am Geschehen unmittelbar beteiligten damaligen deutschen Unteroffiziers und späteren Oberförsters Ing. Josef BADER aus Mühlbach am Mannhartsberg in Niederösterreich ist es zu verdanken, daß schließlich das wahre Geschehen an den Tag kam.[1]

[1] *National-Zeitung,* \7. 3. 1995.

Danach ereignete sich folgendes: Als Ende Dezember 1944 Budapest völlig eingeschlossen war und nur noch die Innenstadt verteidigt wurde, die Sowjets ihre zur Belagerung angesetzten 20 Divisionen schnell anderenorts einsetzen wollten, entschlossen sie sich, den Verteidigern durch Unterhändler ein Ultimatum zu überbringen, das sie zur Kapitulation aufforderte, anderenfalls mit Vernichtung der Verteidiger wie der Bevölkerung und Zerstö-



US-amerikanischer Bombenangriff auf Budapest im Winter 1944/45. Blick vom Cellert-Berg auf die Einschläge eines amerikanischen Bombenteppichs im Stadtteil Csepel. Aus: Helmuth Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild,* Herbig, München [5]1999.

rung der Stadt drohte. Durch Lautsprecher und Flugblätter angekündigt, machten sich zwei je dreiköpfige Parlamentärgruppen, jeweils unter der Leitung eines Hauptmanns, am 29. Dezember 1944 auf den Weg, nachdem eine Stunde vorher, um 10 Uhr, das Feuer eingestellt worden war. Die eine Gruppe fuhr von Vesce im PKW und geriet vor Erreichen der deutschen Stellungen auf eine Mine, wobei der Hauptmann STEINMETZ und der Fahrer getötet, ein Leutnant schwer verletzt wurde. Die andere Gruppe unter Hauptmann OSTAPENKO war von Budaörs zu Fuß gekommen, konnte ihre Aufgabe erfüllen und wurde dann von dem deutschen Unteroffizier BADER, der sie auch empfangen hatte, zurückgeleitet. Uber den Rückweg berichtete BADER: »Wir hatten vorne keine Fahrzeuge, deshalb mußten wir zu Fuß gehen. Als wir uns der HKL (Hauptkampflinie, H. W.) näherten, gerieten wir in feindliches Granatwerferfeuer. Meinen Vorschlag, in Deckung zu gehen, lehnte der Hauptmann ab. Da erklärte ich ihm, ich sei kein Selbstmörder. Ich nahm ihm und den beiden Chargen die Augenbinden ab, wünschte ihnen alles Gute und entließ sie in das Niemandsland.« Aus seiner Deckung mußte BADER dann beobachten, wie die für Hauptmann OSTAPENKO tödliche Granate einschlug. Nach dem Ende des Granatwerferfeuers versuchte BADER noch, dem getroffenen Russen zu helfen, konnte aber nur noch dessen Tod feststellen: Granatsplitter der sowjetischen Batterie hatten dem Unterhändler eine tödliche Kopfverletzung zugefügt.

Daß beide sowjetische Gruppen ausfielen und nicht mehr zu ihrer Truppe zurückkehren konnten, war also nicht Schuld der Deutschen und schon gar nicht böswillig von ihnen verursacht, sondern die Deutschen hatten alles getan, um den Völkerrechtsnormen für Parlamentäre zu genügen und sie wieder heil zurückkehren zu lassen. Das Schicksal wollte es anders.

>Leibstandarte< erschoß nicht 4000 Gefangene

In seinem Buch *Der große Rausch*[1] *— ein Erlebnisbericht eines Frontbericht' erstatters der >SS-Leibstandarte Adolf Hitler<* (LAH) über den Rußlandkrieg - beschreibt Erich KERN Grausamkeiten sowjetischer Truppen an deutschen Gefangenen und Volksdeutschen und führt anschließend eine angebliche deutsche Vergehungsaktion bei Neu-Danzig an:[2] »Am nächsten Mittag kam der Befehl an die Division: Auf Grund der unmenschlichen Grausamkeiten der Roten Armee im Abschnitt unserer Einheiten werden die Gefangenen der letzten drei Tage als Vergeltungsmaßnahme erschossen! Das Leben von viertausend Mann war verspielt.« Und er schildert dann eine Exekution.

Mehrere Historiker haben diese nur an dieser einen Stelle erwähnte Maßnahme als Kriegsverbrechen der Deutschen aufgegriffen und sie in die Literatur eingeführt, offenbar ohne die Richtigkeit nachgeprüft zu haben. Nachforschungen ergaben, daß die Schilderung von KERN offenbar erfunden ist. In der mehrbändigen Kriegsgeschichte der Leibstandarte heißt es zum »Kampfraum Nowo Danzig«:[3]

»Mehrere namhafte Zeitgeschichtler des In- und Auslandes lasten der Leibstandane an, während der eben dargestellten Kämpfe bei Nowo Danzig in einer - auf höheren Befehl angeblich durchgeführten - Vergeltungsaktion 4000 Sowjetsoldaten erschossen zu haben.«

Die Herren REITLINGER, STEIN, WEINGARTNER, WYKES und andere haben, ohne Nachprüfung der Fakten, von einer eher romanhaft geschriebenen Reportage, die unter dem Titel *Der große Rausch* von E. KERN verfaßt und schon 1948 erschienen ist, abgeschrieben.

Der Verfasser hat sich der Mühe unterzogen, die im Bundesarchiv - Militärarchiv - m Freiburg vollständig vorhandenen Kriegstagebücher der in diesem Raum zur fraglichen Zeit gewesenen Verbände und Kommandobehörden nebst deren Anlagen durchzusehen. An keiner Stelle gibt es für diesen Zeitraum (16.-18. August 1941) einen Hinweis auf das Auffinden von Leichen mißhandelter deutscher Soldaten und auch keinen Befehl an die Leibstandarte, eine irgendwie geartete Vergeltungsaktion durchzuführen. Noch beweiskräftiger als das Ergebnis dieser Nachforschung in den Archiven dürfte indes die Tatsache sein, daß kein einziger der Soldaten der LAH, die sich in russischer Kriegsgefangenschaft befunden haben, von den russischen Kriegsge-

[1] Erich KERN, ***Dergroße Rausch,*** Thomas, Zürich 1948; Lizenzausgabe Lothar Leberecht, Waiblingen 1950; K. W. Schütz, Pr. Oldendorf 1971.

[2] Ebenda, Ausg. 1950, S. 44; Ausg. 1971, S. 48 f.

[3] Rudolf LEHMANN u. R. TIEMANN, ***Die Leibstandarte 1933-1945,*** Bd. II, 1980, S. 115 f.



Die im Jahre 1933 aus der Leibwache HITLERS gebildete Leibstandarte SS iAdolf Hitler, wurde erst nach dem Polenfeldzug in die Waffen-SS übernommen. Sie nahm ab 1941 in Divisionsgröße am Rußlandfeldzug teil.

richten zu diesen angeblichen Erschießungen im Raum Nowo Danzig vernommen, geschweige denn deswegen angeklagt worden ist. Es ist nicht anzunehmen, daß den russischen Behörden eine solche Greueltat selbst in den Wirren des Jahres 1941 verborgen geblieben wäre. Der Autor von ***Der große Rausch,*** Erich KERN, weist darauf hin, sein Buch sei eine >Reportage-, eine freie Darstellung des Autors (also keine Dokumentation).

Die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, mit der Aufklärung von NS-Gewaltverbrechen befaßt, beantwortete eine diesbezügliche Anfrage wie folgt: »Über eine Exekution von ungefähr 4000 sowjetischen Kriegsgefangenen durch die Leibstandarte Adolf Hitler zwischen dem 16. und 18. August 1941 liegen hier keine Erkenntnisse vor.«

Anläßlich einer weiteren Betrachtung dieses Falles wurde ebenfalls wohl zu Recht festgestellt: »Die Sowjetunion hat auch noch in den ganzen 70er Jahren durch eigens hierfür geschaffene Kommissionen in allen je von deutschen Truppen betretenen Teilen ihres heutigen Machtbereiches eingehende Befragungen der Bevölkerung durchgeführt, um möglicherweise bis dahin unbekannt gebliebene deutsche Verstöße gegen die Kriegsgesetze und die von ihr selbst nicht anerkannten und befolgten internationalen Konventionen aufzudecken. Es bedarf keines Hinweises auf die damit verfolgten politischen Absichten. Für die oben dargestellte Behauptung haben sich bei dieser ganzen Aktion keinerlei Anhaltspunkte ergeben. Sie ist frei erfunden.«[4]

[4] ***HLAG-Kalender*** 1985.

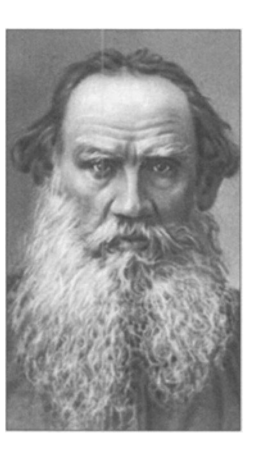
Deutsche schändeten nicht Tolstois Grab

Der berühmte russische Dichter Graf Lew Nikolajewitsch TOLSTOI, Verfasser unter anderem von *Krieg und Frieden* und *Anna Karenina,* wurde am 9. September 1828 auf dem Gut seines Vaters im Dorf Jasnaja Poljana geboren und dort nach seinem Tod 1910 beigesetzt. Dieses Dorf liegt rund 200 km südlich von Moskau im ehemaligen Gouvernement Tula. Mit dem Grabe TOLSTOIS, dem Herrenhaus, einem Museum und wertvollen Sammlungen aus der Zeit, da der Dichter hier arbeitete, war das Dorf nach TOLSTOIS Tod eine Art Nationalheiligtum der Russen geworden. Unter den Bolschewisten war es anschließend jedoch schon arg vernachlässigt worden.

Während des deutsch-russischen Krieges kam Jasnaja Poljana im Herbst 1941 in den Frontbereich, als die Wehrmacht auf Tula vorrückte. Am 30. November 1941 eroberten deutsche Truppen - die 2, Schützenbrigade unter Oberst RODT von der 2. Panzerarmee unter GUDERIAN[1] - das Dorf. An dieser Stelle wurde ein vorgeschobener Gefechtsstand eingerichtet. Das Gutshaus wurde geschont, und es wurde dafür Sorge getragen, daß an dem wertvollen Inventar nichts geschah. Im Dezember 1941 mußte das Gut des großen Schriftstellers von den sich zurückziehenden Deutschen wieder geräumt werden.

Nach dem Abzug der Deutschen verbreiteten die Sowjets die Mär, die Deutschen hätten TOLSTOIS Grabmal geschändet und das Nationalheiligtum verwüstet, und die Weh nahm das in ihrem Deutschenhaß willig auf. Der sowjetische Außenminister MOLOTOW soll 1942 dazu erklärt haben: »Dieses berühmte Denkmal der russischen Kultur haben die nazistischen Vandalen

[1] Leserbrief von Dr. Hans Chr. **RIEDELBAUCH**, Bad Kreuznach, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 7. 8. 1992.

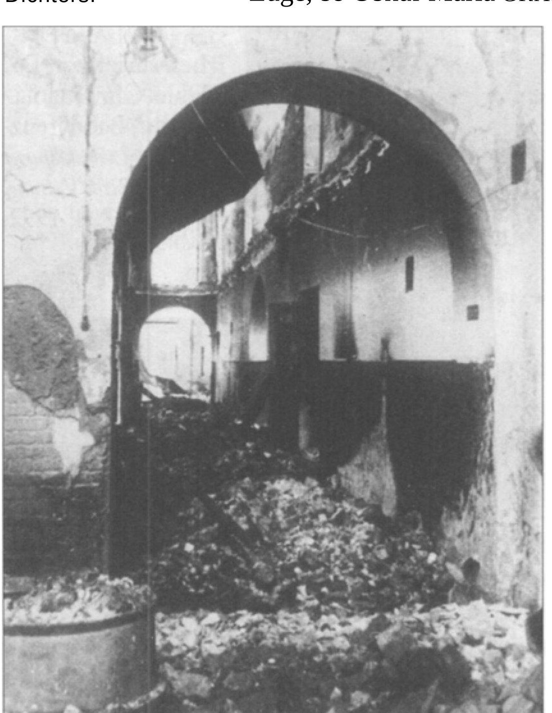


Leo **TOLSTOI**



TOLSTOIS Gut in Jasnoja Poljana, dessen >Museum< drei Wochen lang deutschen Truppen als Unterkunft diente, während das >Schloß< der Familie **TOLSTOI** vorbehalten blieb.

Zerstörungen in Jasnaja Poljana, aber nicht im Haus des Dichters.



zertrümmert, geschändet und schließlich in Brand gesetzt. Das Grab des großen Schriftstellers wurde von den Okkupanten besudelt.«[2] Deutsche Emigranten beteiligten sich schon während des Krieges an der Verbreitung dieser Lüge, so Oskar Maria GRAF in den USA. Johannes R. BECHER fehlte später in diesem Chor aus der DDR nicht, und auch die unter dem Namen Anna SEGHERS schreibende Mainzer Jüdin Netty REILING stimmte mit ein.

Noch am 1. August 1992 hieß es in einem sonst ganz informativen Aufsatz von Kerstin HOLM in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung?* »Im Zweiten Weltkrieg geriet Jasnaja Poljana für wenige Wochen in die Hände deutscher Besatzer, Seit jener Zeit sind gut hundert Gebrauchsgegenstände, überwiegend aus dem Besitz von TOLSTOIS Frau Sofie ANDREJEWNA, verschwunden. An einem schönen Mahagonischrank kann man noch die Stelle erkennen, an der die hier einquartierten Truppen die Plakette >Für den Bedarf des Oberkommandos der SS VON REICHENAU< angebracht hatten.«

Was dagegen Wahrheit ist, hat der vertrauenswürdige und hier unmittelbar betroffene General Heinz GUDERIAN schon 1950 in seinen ***Erinnerungen eines Soldaten***[4] geschrieben: »Wir hatten uns in Jasnaja Poljana, dem Gut des Grafen TOLSTOI, einen vorgeschobenen Gefechtsstand eingerichtet, den ich am *2.* Dezember aufsuchte. Jasnaja Poljana lag dicht hinter dem Regimentsgefechtsstand **des** I.R. >G.D.<, **7 km** südlich Tula, Das Gut bestand aus zwei Wohngebäuden, dem >Schloß- und dem »Museums beide im Landhausstil der zweiten Hälfte des XIX. Jahrhunderts gehalten, und aus einer Reihe von Wirtschaftsgebäuden, Ich bestimmte das >Schloß< zum ausschließlichen Gebrauch der Familie TOLSTOI, Im >Museum< wurde unsere Unterkunft eingerichtet. Soweit noch Möbel und Bücher aus **ToLSTOischem** Besitz vorhanden waren, wurden sie in zwei Zimmer zusammengetragen und die Türen versiegelt. Wir begnügten uns mit einfachen, selbstgezimmerten Möbeln aus rohen Brettern. Die Heizung erfolgte mit Holz aus dem nahen Walde. Kein Möbelstück wurde verheizt, kein Buch oder Schriftstück berührt. Alle gegenteiligen russischen Behauptungen der Nachkriegszeit gehören ins Reich der Fabel. Ich habe das Grab TOLSTOIS selbst besucht. Es befand sich in guter Verfassung. Kein deutscher Soldat hat es berührt. Bis zum Verlassen des Gutes ist es dabei geblieben. Leider hat sich die russische Propaganda der haßerfüllten Nachkriegszeit nicht vor gröblichsten Entstellungen der Wahrheit gescheut, um unser angebliches Barbaren-

[2] So in der Verlagsmitteilung zum Buch von A, STERZL {siehe Anm. 5). - Kerstin HOLM, »Die Herren von Jasnaja Poljana«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 1. 8. 1992.

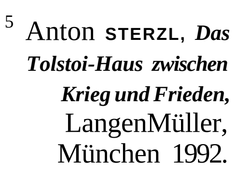
[4] Heinz GUDERIAN, ***Erinnerungen eines Soldaten,*** Kurt Vowinckel, Neckargemünd 1950, [4]1960, S. 233.

tum zu beweisen. Es leben aber noch genug Zeugen für die Richtigkeit meiner Darstellung. Wohl aber hatten die Russen die Umgebung des Grabes des Schriftstellers vermint.«

Es hat also insbesondere weder einen Diebstahl von »hundert Gebrauchsgegenständen« gegeben, noch ist ein »Oberkommando der SS«, noch ein solches unter »VON REICHENAU« dort aufgetaucht. General GUDERIAN und sein Stab haben sich sogar - ganz im Gegensatz zum Brauch alliierter Besetzer - mit dem kleineren »Museum« begnügt und das »Schloß« der Familie überlassen, haben die vorhandenen Möbel nicht benutzt und dafür Sorge getragen, daß an den wertvollen Gegenständen nichts geschah. Sie haben das Kulturgut vorbildlich behütet - in vollem Gegensatz zur Praxis der Alliierten in Deutschland.

Anfang der neunziger Jahre hat Dr. Anton STERZL in seiner Monographie ***Das Tolstoi-Haus ¡zwischen Krieg und Frieden***[5] die Darstellung GUDERIANs voll bestätigt und überzeugend nachgewiesen, wie korrekt sich die Deutschen bei ihrem Aufenthalt auf TOLSTOIS Gut benommen haben. Aus zahlreichen Augenzeugenberichten, Tagebuchnotizen, Briefen und militärischen Unterlagen hat er die bolschewistische Greuelpropaganda widerlegt und bewiesen, daß alle Vorwürfe gegen die deutschen Truppen haltlos sind. Beispielsweise schrieb der Stabsarzt a. D, Dr. LEHMANN-BRAUNS an den Verfasser: »Wir haben uns ganz korrekt benommen, wie sich das auf dem Besitz des großen Dichters und für uns deutsche Soldaten geziemte. Von uns ist nicht ein einziger Bilderrahmen oder irgendein Wertstück verheizt oder zerstört worden.«[6]

Die Erhaltung und Beschützung des ToLSTOischen Museums läßt sich mit der ebenfalls durch deutsche Soldaten vorgenommenen Rettung der Kunstschätze des Klosters von Monte Cassino[7] in Italien vor der sinnlosen Bombardierung durch die Alliierten vergleichen.[8]


5 Anton STERZL, ***Das Tolstoi-Haus zwischen Krieg und Frieden,*** LangenMüller, München 1992.

6 Ebenda, S.164.

7 Siehe: Beitrag Nr. 199, »Wer plünderte in Monte Cassino?«

B Siehe: Beitrag Nr. 197, »Monte Cassino irrtümlich von Alliierten bombardiert?«



Eine bezeichnende Aufnahme: Leo TOLSTOIS Urenkelin Sophie im (vertrauensvollen) Gespräch mit deutschen Soldaten während der Besatzungszeit. (Alle Abbildungen aus: Anton STERZL, *Das Tolstoi-Haus zwischen Krieg und Frieden,* Langen-Müller, München 1992,

Geschichtsfälschung in Gefangenenpost

Am 22. Februar 1995 berichtete das *Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF)* in seiner Sendung »Kennzeichen D< über angebliche Verbrechen der Deutschen Wehrmacht. Unter der Moderation von Gustav TRAMPE wurden unter anderem von Schauspielern Briefe deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion vorgelesen, in denen sich die Deutschen gegenüber ihren Angehörigen gemeinster Kriegsverbrechen selbst beschuldigten.

Das *ZDF* erwähnte dabei jedoch nicht, daß diese Briefe von den Gefangenen durch Hunger und Folter erpreßt worden waren. Sie waren zwar echt - das ist das Teuflische daran -, das heißt, wirklich von den armen Gefangenen in der Sowjetunion so geschrieben worden, aber ihr Inhalt ist falsch, er ist wahrheitswidrig von den Deutschen damals erpreßt worden. Es ist kein Zufall, daß diese Briefe, die jetzt aus sowjetischen Archiven freigegeben wurden, gar nicht abgeschickt worden waren, sondern nur als Beweise angeblicher deutscher Kriegsverbrechen von den Sowjets hatten benutzt werden sollen. Und das *ZDF* hat solchen Schwindel - bewußt oder unbewußt - mitgemacht und in fast schon pathologischer Selbstbezichtigung einem großen Zuschauerkreis üble Geschichtsfälschungen zu Lasten der Deutschen als angebliche Wahrheit vorgesetzt.

In einem Brief an den Intendanten des ZDF hat K.-H. BITTERLING aus Emmerich die Richtigstellung dieser Vorgänge erbeten, wie zu erwarten war, ohne Erfolg. In seiner Begründung[1] schreibt er:

»Bei einem Erfahrungsaustausch über das Kriegsgefangenenerleben - mein Vater bis 1955 in sowjetischer, ich selber in englischer Kriegsgefangenschaft - berichtete mein Vater: >In der sowjetischen Kriegsgefangenschaft war es lange Zeit an der Tagesordnung, daß sowjetische Politruks (= politische Offiziere, H, W.) im Zusammenwirken mit der deutschen Lager-Antifa u. a. auch an ihn herangetreten waren, er solle bekennen, er habe zugesehen, aber nichts dagegen unternommen, als Soldaten seiner Kämpft nippe unter Befehl ihrer Vorgesetzten Juden und sowjetische Kriegsgefangene erschossen haben!<

Die Anzahl der Ermordeten wurde von der deutschen Lager-Antifa vorgegeben. Zunächst weigerte sich mein Vater, daraufhin wurde er eine Woche lang ohne Essen und Trinken in ein Erdloch gestellt, Bretter mit einigen Luftlöchern wurden oben draufgenagelt. Sein Lebenserhaltungstrieb ließ ihn einen durch die Antifa diktierten Brief an seine Ehefrau schreiben. Dies geschah im Jahre 1946. Dieser Brief kam bei meiner Mutter nie an. Durch die Sendung des Herrn TRAMPE kam zutage, diese Briefe waren vor 50 Jahren auf Befehl Moskaus erpreßt und im Archiv gelagert worden. Heutzutage erhebt sich die Frage, wer hatte Interesse und Einfluß, diese Briefe ans Tageslicht zu bringen?... Es gab tatsächlich für STALIN Erklärungszwänge seinen alliierten

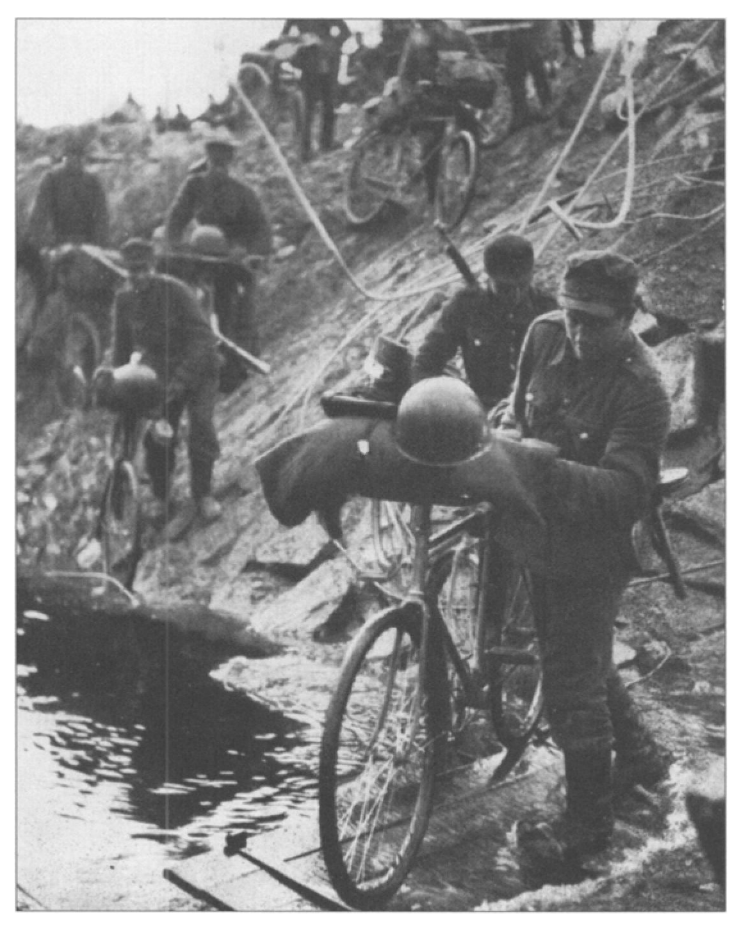
[1] K.-H. BITTERLING, Emmerich, Leserbrief, in: ***Soldat im Volk,*** April 1995, S. **100.**

Verbündeten gegenüber, wo die 20 Millionen Kulaken (= russische Bauern, H. W.) geblieben seien, die er in den dreißiger Jahren - laut SOLSCHENIZYN - nicht etwa im Gulag verschwinden ließ, nein, er ließ sie regelrecht verhungern, den Rest erschießen. STALIN oder seinen Komplizen bot sich das unerschöpfliche Heer der deutschen Kriegsgefangenen an, sich durch von ihnen abgepreßte Bekennerbriefe an Angehörige schuldfrei zu stellen. Zu den zahlreichen Vorbereitungen zum heutzutage propagierten >Befreiungstag 8. Mai 1945< geschieht etwas ganz Abartiges: Dieses in der >Kennzeichen-D<-Sendung bekanntgemachte Institut entblödet sich nicht, Schauspieler aus den aus Moskau herbeigeschafften Geheimdokumenten zitieren zu lassen. Die bedauernswerten deutschen Gefangenen werden von ihren Enkeln regelrecht durch den Dreck gezogen. Vermutlich wissen diese Schauspieler nicht, weshalb diese Briefe je geschrieben wurden. Sie denken auch nicht darüber nach, wieso diese Briefe direkt aus dem Geheimarchiv in Moskau kommen, nicht aber von den Angehörigen, an die sie gerichtet waren.«

Deutsche setzten Rovaniemi nicht in Brand

Von Beginn des Rußlandfeldzuges am 22. Juni 1941 an hatten die finnischen Truppen an der Seite der Deutschen gegen die Sowjets gekämpft. Als 1944 die Rote Armee weiter nach Westen drängte und ein deutscher Sieg unwahrscheinlich wurde, trat der finnische Präsident RYTI, der sich für ein Weiterkämpfen an deutscher Seite ausgesprochen hatte, zurück. Sein Nachfolger wurde am 4. April 1944 der angesehene Marschall MANNERHEIM, der im August Verhandlungen mit Moskau aufnahm, über die die deutsche Regierung informiert wurde. Am 5. September 1944 trat ein finnisch-sowjetischer Waffenstillstand in Kraft.

Nach dem Waffenstillstandsabkommen zwischen Finnland und der Sowjetunion vom 19. September 1944: Finnische Infanterie im Einsatz gegen die einstigen deutschen Verbündeten.



Wenige Tage vorher war der Oberbefehlshaber der deutschen Lapplandarmee, Generaloberst RENDULIC, in Helsinki bei MANNERHEIM gewesen, der dem deutschen Heerführer zum Abschied noch erklärte: »Ich muß Ihre Truppen immer gegen meine englischen Freunde in Schutz nehmen, die es nicht glauben wollen, wenn ich ihnen von dem herzlichen Verhältnis erzähle, das zwischen Ihrer Armee und dem finnischen Volk herrscht. Ich kann nur feststellen, daß es, solange deutsche Truppen in Finnland sind, nie die geringste Differenz zwischen den Truppen unserer Armeen gab und niemals die kleinste Reibung zwischen den deutschen Truppen und der Bevölkerung.«[1]

Die Sowjets hatten in den Waffenstillstandsbedingungen gefordert, daß Finnland für den raschen Abzug der deutschen Truppen sorge. Im Oktober 1944 waren die Absetzbewegungen der Lapplandarmee noch in vollem Gange. In Rovaniemi, der Hauptstadt Finnisch-Lapplands und Endpunkt der

[1] Zitiert in: ***Die Kameradschaft,*** April 1997, S. 1.



Rovaniemi nach dem Brand.

Eisenbahnlinie aus dem Süden, lagen am 15. Oktober 1944 noch deutsche Einheiten. Auf dem Bahnhof stand ein Munitionszug. Als er in der folgenden Nacht explodierte, setzte das Feuer die nächsten aus Holz bestehenden Häuser in Brand, und in der Folge brannte die ganze Stadt, vorwiegend aus Holzhäusern gebaut, ab. Es hieß damals und ging dann in die Geschichtsbücher ein, daß die abziehenden deutschen Truppen Rovaniemi eingeäschert hätten, obwohl Generaloberst RENDULIC und der deutsche Standortkommandant der Stadt das von vornherein bestritten. Als eine deutsche >Untat< ging dieser Fall um die Welt und belastete auch etwas das Nachkriegsverhältnis der Finnen zu den Deutschen.

1996 erschien in Finnland ein Buch,[2] in dem in allen Einzelheiten auf mehreren Seiten' dargestellt ist, daß und wie ein finnischer Stoßtrupp den Munitionszug sprengte. Ausdrücklich heißt es von den berichtenden Finnen: »Wir erreichten eine unbeschädigte Stadt.« Der finnische Feldwebel Reino KARHU als Truppführer und der die Ladung anbringende Soldat REISKA werden namentlich genannt.[4]

Damit ist wieder ein schwerer Vorwurf gegen deutsche Truppen und ihr Verhalten auf besetztem oder befreundetem Gebiet hinfällig geworden. Es ist bedauerlich, daß es dazu mehr als 50 Jahre benötigte.

In dem Schreiben des Staatspräsidenten der Finnischen Republik, Generalfeldmarschall VON MANNERHEIM, an den »Führer des Großdeutschen Rei ches und Obersten Befehlshaber der deutschen Wehrmacht Adolf HITLER«





Von oben: Generaloberst RENDULSC und Marschall VON MANNERHEIM.

[2] Erkki KEROJÄRVI, ***Vedin miekaila paasikiven iinjaa,*** 1996.

[3] Deutsche Ubersetzung dieser Seiten 104 f. in: ***Die Kameradschaft,*** April 1997, S. 1 f.

[1] Ebenda.

vom September 1944, daß Finnland aus dem Bündnis mit Deutschland ausscheiden müsse, heißt es:



Der Rückzug der deutschen Truppen aus Finnland begünstigte den Vormarsch der Roten Armee. Der Sturm auf das deutsche Reichsgebiet von Osten konnte beginnen.

»Die ungünstige Entwicklung der allgemeinen Kriegslage beschränkt immer mehr die Möglichkeiten Deutschlands, in den sicher noch zu erwartenden Augenblicken der höchsten Not uns rechtzeitig und in genügendem Umfang die Hilfe zu geben, die wir dringend brauchen werden und die Deutschland, meiner Auffassung nach, uns aufrichtig leisten möchte... Schon die Überführung von einer einzigen deutschen Division nach Finnland beansprucht eine Zeitdauer, in der unser Widerstand gegen die feindliche Übermacht zusammenbrechen kann, und daß die genügende Anzahl deutscher Divisionen lediglich für den Fall hier in Finnland dauernd bereitgestellt werden, erlaubt, wie ich gut verstehe, die Lage nicht. Schon der russische Großangriff im Juni hat meinen Einsatz erschöpft. Wir können uns einen solchen Blutverlust nicht mehr erlauben, ohne das ganze weitere Bestehen der kleinen finnischen Nation zu gefährden. .. Ich möchte besonders unterstreichen, daß, auch wenn das Schicksal Ihren Waffen nicht den Erfolg gönnen sollte, Deutschland noch weiterleben wird. Eine ähnliche Behauptung kann im Falle Finnlands nicht vertreten werden. Wenn dieses Volk von kaum vier Millionen militärisch besiegt ist, kann man kaum bezweifeln, daß es verschleppt oder ausgerottet werden würde... Unsere Wege trennen sich wahrscheinlich sehr bald, aber die Erinnerung an unsere deutschen Waffenbrüder wird hier weiterleben. In Finnland waren die Deutschen ja gewiß nicht Vertreter einer fremden Gewaltherrschaft, sondern Helfer und Waffenbrüder. .. Ich kann Ihnen bezeugen, daß während der ganzen vergangenen Jahre in Finnland auch nichts passiert ist, das uns dazu hätte verleiten können, in den deutschen Truppen Eindringlinge oder Erdrücker zu sehen. Ich glaube, daß das Verhältnis der deutschen Armee in Nord-Finnland zu der lokalen Bevölkerung und zu den heimischen Behörden als ein unter ähnlichen Verhältnissen vielleicht einzig dastehendes Beispiel von korrekten und herzlichen Beziehungen in unsere Geschichte eingehen wird. . . Ich kann und will unsere Waffen, die uns so freigebig geliefert wurden, niemals aus eigenem Willen gegen Deutsche wenden...« MANNERHEIM schließt mit den Worten »In Verehrung und Dankbarkeit«.

[5] Zitiert in: ***Die KameradschaftNr.*** 12, 1997, S. 4.

Genfer Konvention - Was ist Kriegsverbrechen?

Zur Beurteilung der allierten Kriegsverbrechen im Ersten Weltkrieg haben wir im Beitrag Nr. 30, »Haager Landkriegsordnung« die entsprechenden Artikel, »betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landeskrieges« ausgeführt. Selbstverständlich hatten im Zweiten Weltkrieg die genannten Haager Artikel noch ihre Gültigkeit.

Während die Haager Landkriegsordnung die Rechte und Pflichten der Militärs in einem Konflikt festgelegt hatte, beschrieben die Genfer Konventionen von 1909 und 1929 (sowie - nach dem Zweiten Weltkrieg - von 1949) die Grundpflichten zum Schutz der Opfer. Die Rot-Kreuz-Abkommen von Juli 1929 »Zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Heere im Felde« (60 Vertragsparteien) und das »Abkommen über die Behandlung von Kriegsgefangenen« (53 Vertragsparteien) waren als Reaktion auf die im Ersten Weltkrieg entstandenen humanitären Probleme im Zusammenhang mit kriegesgefangenen Soldaten abgeschlossen worden.

In einem anderen Beitrag[1] haben wir das Thema Repressalie und Geiselerschießungen behandelt. Repressalien wurden erst durch die Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 in deren Artikeln 33 und 34 verboten.

Schließlich sei auf das 1925 verabschiedete und noch heute gültige Genfer Abkommen hingewiesen, das »die Verwendung von erstickenden, giftigen oder ähnlichen Gasen sowie von bakteriologischen Mitteln im Kriege« untersagt. Dieses Abkommen war nach dem Ersten Weltkrieg zum Schutz der Zivilbevölkerung notwendig geworden, da der Luftkrieg die Möglichkeit der Bombardierung von Städten eröffnete.

In seinem Artikel 8 II (b) hatte das Statut des Nürnberger Gerichtshofs Kriegsrechtsverletzungen, also Kriegsverbrechen, eingegrenzt: »Solche Verletzungen umfassen, ohne jedoch darauf beschränkt zu sein, Mord, Mißhandlungen oder Deportation zur Sklavenarbeit oder für irgendeinen anderen Zweck von Angehörigen der Zivilbevölkerung von oder in besetzten Gebieten, Mord oder Mißhandlungen von Kriegsgefangenen oder Personen auf hoher See, Töten von Geiseln, Plünderung öffentlichen oder privaten Eigentums, die mutwillige Zerstörung von Städten, Märkten oder Dörfern oder jede durch militärische Notwendigkeit nicht gerechtfertigte Verwüstung.« Dabei meinten die Nürnberger Juristen offensichtlich nur die Besiegten...[2]

[1] Siehe Beitrag Nr, 306, »Zu Recht und Praxis von Geiselerschießungen«,

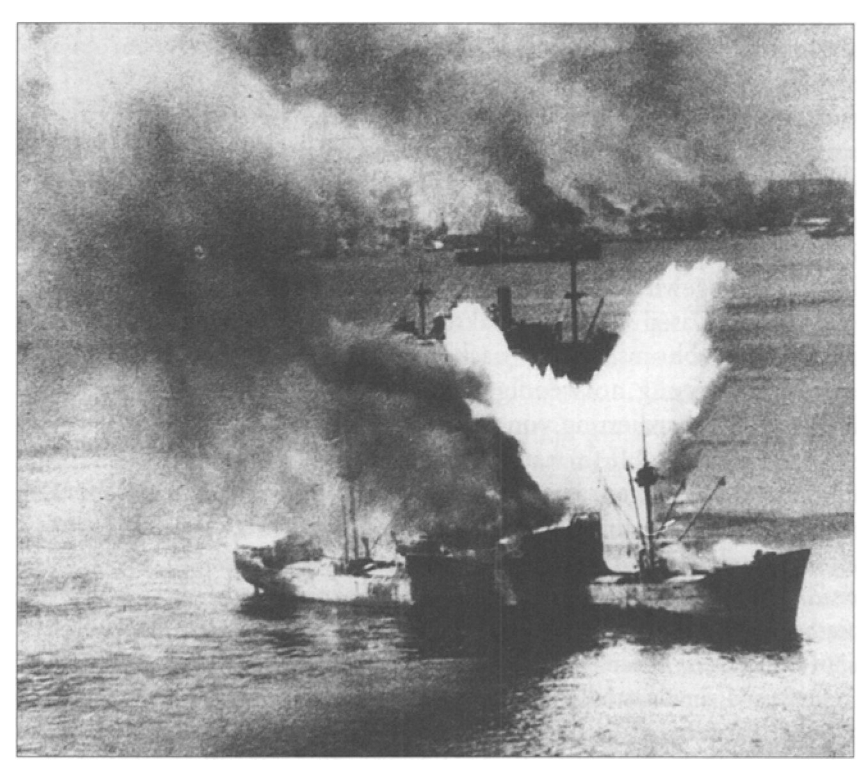
[2] Über Problembereiche des Kriegsverbrechens siehe vor allem die he raus ragende Studie von Armin STEINKAMM, »Grundlagen und Entwicklung des Kriegsvölkerrechts und ausgewählte Kategorien der Kriegsverbrechen«, in: Franz W. SEIDLER u. Alfred M. DE ZAYAS, *Kriegsverbrecheri,* Mittler, Hamburg-Berlin-Bonn 2002.

Amerikaner über US-Kriegführung

Jahrelang zog der frühere Kommunist Hannes HEER mit seiner die deutschen Soldaten unberechtigt diffamierenden Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« durch deutsche Städte. In mehreren Fällen wurden ihm Fälschungen und sinnverdrehende Einseitigkeiten nachgewiesen.[1] Dennoch haben sich führende Politiker, vor allem der Linken, für diese Ausstellung eingesetzt.

In diesem Zusammenhang ist es interessant, was ein Amerikaner über die amerikanische Kriegführung im Zweiten Weltkrieg geschrieben hat.

Edgar L. JONES war während des ganzen Zweiten Weltkrieges Kriegskorrespondent an der amerikanischen Pazifikfront und weiß daher, worüber er urteilt. Im Februar 1946 schrieb er in der renommierten Monatszeitschrift ***The Atlantic Montbfy*** einen selbstkritischen Aufsatz, in dem es unter anderem



Rabaut im Nordosten von Neuguinea diente der japanischen Flotte als Hauptliegeplatz. Bevor die Amerikaner im Sommer 1944 die auf Reede liegenden Versorgungsschiffe zerbombten, besprühten sie aus der Luft sämtliche umliegenden Plantagen mit Gift. Aus: H. Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild*, Herbig, München [4]1995.

[1] Franz W. SEIDLER, ***Verbrechen an der Deutschen Wehrmacht, Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42,*** Pour le Mérite, Selent 1997, insbesondere S. 11 ff.; Focus, Nr, 16, 14. 4, 1997, S. 45; ***Focus,*** Nr. 18, 28. 4. 1997, S. 36; siehe: Beitrag Nr. 445: »Fälschung bei Anti-Wehrmachtausstellung«.

hieß: »Wir Amerikaner haben vom internationalen Standpunkt aus gesehen einen gefährlichen Hang, nämlich anderen Nationen gegenüber die Einstellung von höherer Moral einzunehmen. .. Was glauben die Zivilisten denn, welche Art von Krieg wir geführt haben? Wir haben kalten Bluts Gefangene niedergemacht, wir haben Lazarette pulverisiert, Rettungsboote versenkt, feindliche Zivilisten getötet oder verwundet, Verwundeten den Garaus gemacht, Sterbende mit Toten zusammen in ein Loch zusammengelegt.[2] Im Pazifik haben wir die Schädel unserer Gegner zerschlagen, sie abgekocht, um aus ihnen Tischgarnituren für unsere Bräute zu machen, und haben ihre Knochen ausgemeißelt, um Brieföffner aus ihnen zu verfertigen. Wir haben unsere Phosphorbombenwürfe und unsere Morde an der Zivilbevölkerung mit dem Abwurf von Atombomben auf zwei unverteidigte Städte gekrönt und haben so zur Zeit einen unbestrittenen Rekord im Massenmord erreicht.

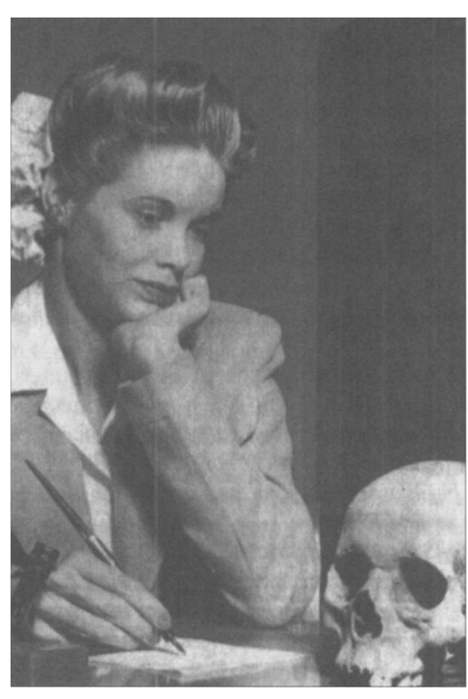


Amerikanische B-26-Bomber im Bombenkrieg. Seit dem US-Kriegseintritt 1917 wird der Krieg kriminalisiert, verwandelt sich in eine ^Polizeiaktion< gegen einen absoluten Feind, gegen den die äußersten Gewaltmittel zu Recht angewandt werden können«. (Alain DE BENOIST)

Als Sieger haben wir uns das Recht angemaßt, unsere Feinde für ihre Kriegsverbrechen vor Gericht zu ziehen; aber wir sollten Realisten genug sein zu begreifen, daß wir in einem Dutzend Anklagepunkten für schuldig erklärt würden, wenn man uns wegen Bruchs der Kriegsgesetze vor Gericht stellte. Wir haben einen ehrlosen Krieg geführt, denn die Moral stand im Denken des kämpfenden Soldaten erst an letzter Stelle. Je härter die Schlacht, um so weniger Raum bleibt für edle Regungen. Und im Pazifikkrieg haben wir die Menschheit den düstersten Grad der Bestialität erreichen sehen.

Man kann nur sagen, daß kein amerikanischer Soldat, auch nicht einer von hundert, ungerechtfertigte Greuel mit Überlegung begangen hätte; aber dasselbe muß auch den Deutschen und Japanern zugestanden werden. Die Notwendigkeiten des Krieges haben uns oft zu Dingen gezwungen, die man Verbrechen nennt, und in gewissem Grade mag man die Masse tadeln für jene Form des Wahnsinns, die den Krieg hervorgerufen hat... Wir haben die

[1] US-Soldaten sollen Verwundete auch im ersten Golfkrieg gegen den Irak zugeschüttet haben. Vgl. Ramsey CLARK, ***Wüstensturm. Amerikanische Kriegsverbrechen gegen den Irak,*** 1991.



»Arizona-Kriegsarbeiterin schrieb an ihren Marinefreund einen Dankesbrief für den Japaner-Schädel, den er ihr geschickt hatte.« Aus: *Life, 22.* 5. 1944.

Leichen toter Feinde verstümmelt, wir haben ihnen die Ohren abgeschnitten und die Goldzähne ausgebrochen, um »Souvenirs' zu haben, wir haben sie beerdigt und ihnen dabei die Geschlechtsteile in den Mund gesteckt, aber derartige Verstöße gegen alle Moralgesetze gehören zu einem Teil der noch unerforschten Gebiete der Psychologie des kämpfenden Menschen.«[1]

Zwei Dinge erscheinen an diesem Bericht besonders wesentlich: einmal die geschilderten Greueltaten[4] aus der amerikanischen Truppe, die dennoch nicht zu einer Ausstellung »Verbrechen der US-Army im Zweiten Weltkrieg, - und in Korea und Vietnam« geführt haben, wobei selbst HEER und Genossen bisher nicht behauptet haben, daß deutsche Soldaten aus den Knochen gefallener Feinde Souvenirs angefertigt und diese in die Heimat geschickt hätten.

Zum anderen ist die Begründung des US-Autors für diese offensichtlichen Verbrechen interessant: Er spricht weder von einer bestimmten Weltanschauung oder einer besonderen Gemeinheit des amerikanischen Volkes, sondern führt die »Psychologie des kämpfenden Menschen« an, sicher eine sehr einseitige, aber wohl nicht völlig falsche Begründung. Es fehlt natürlich die Erwähnung der >Motivation< zu den Verbrechen durch die alliierte Kriegspropaganda und (das hat zweifellos gerade im Pazifikkrieg eine Rolle gespielt) die Grausamkeit der >anderen Seite«, die wiederum zu Exzessen der jeweiligen Feinde führte - was aber auf dem Balkan und in Rußland durch die Brutalitäten der Partisanen für deutsche Soldaten nicht weniger bestimmend war.

Weiterführende Literatur:

Mansur KHAN, ***Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege,*** Graben, Tübingen [2]2001.

Gerd SUDHOLT, ***Ungesühnt!,*** Druffel, Inning [2]2006.

Charles A. LINDBERGH, ***Kriegstagebuch 1938-1945,*** Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1972, insbesondere S. 404-449.

[J] Zitiert nach: Maurice BARDECHE, ***Nürnberg oder die Falschmünzer,*** Karl-Heinz Priester, Wiesbaden 1957, S. 200 f. Neuauflage: Verlag für ganzheitliche Forschung, Viöl 1994. Vgl. auch: Alfred DE ZAYAS, ***Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle. Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzumgen im Zweiten Weltkrieg,*** Universitas, München 1980.

[4] Siehe für weitere Beispiele Beitrag Nr. 280, »Lindbergh über die alliierte Kriegführung«.

Lindbergh über die alliierte Kriegführung

Der Amerikaner Charles A. LINDBERGH, 1902 in Detroit geboren, wurde bekannt, als er 1927 als erster den Atlantik im Alleinflug von New York nach Paris überquerte. Dem weltberühmten Flieger wurde 1932 sein Sohn geraubt und ermordet. LINDBERGH besuchte zahlreiche Länder, auch Deutschland nach 1933 und die Sowjetunion. Als führendes Mitglied der »America First<-Bewegung wandte er sich gegen den Kriegseintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg. Als dann die USA 1941 nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor und der Kriegserklärung Deutschlands doch in den Krieg eintraten, meldete er (der Oberst der US-Luftwaffe war, später Brigade-General) sich sofort zum Einsatz, Auf Veranlassung von US-Präsident ROOSEVELT wurde ihm aber die Teilnahme als Mitglied der Luftwaffe verwehrt. Henry FORD, der Begründer und Chef der Fordwerke, nahm ihn daraufhin in seinen Betrieb auf, wo LINDBERGH beim Einfliegen neuer Flugzeugtypen eingesetzt wurde. Schließlich durfte er - wenn auch nur als Zivilist - neue Flugzeuge im pazifischen Kampfgebiet unter Kriegsbedingungen



Charles LINDBEKGH besuchte Deutschland erstmals im Jahre 1936. *Rechts:* Truman SMITH, der US-Militärattache in Berlin.

erproben. Dort kam er mehrfach zum Kriegseinsatz. LINDBERGH führte ein Kriegstagebuch über seine Tätigkeit bei Ford, im Pazifik und in Deutschland, das er sofort nach Ende des europäischen Krieges aufsuchen konnte. Aus diesem Tagebuch[1] stammen die folgenden Auszüge über LINDBERGHS Erlebnisse auf dem pazifischen Kriegsschauplatz.

21. Juni 1944: »Der General berichtet von der Tötung eines japanischen Soldaten. Ein Sergeant im technischen Dienst beklagte sich vor einigen Wo-

[1] Charles A, LINDBERGH, ***Kriegstagebuch 1938-1945,*** Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1972, S. 404-449.

chen,... daß er nie eine Chance bekommen habe, mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, er wolle doch wenigstens einen Japaner getötet haben, ehe er heimkomme. Er wurde zu einer Patrouille ins Feindgebiet mitgenommen... Die Patrouille machte einen Gefangenen. Man brachte den Japaner zu dem Sergeanten und sagte, jetzt hätte er die Gelegenheit, einen zu töten. »Aber ich kann ihn doch nicht töten, er ist gefangen und wehrlos!« »Teufel, hier ist Krieg, wir zeigen dir, wie man den Schweinekerl umbringt!« Einer der Soldaten bot dem Japaner eine Zigarette und Feuer an, und als er zu rauchen anfing, legte man ihm den Arm unter das Kinn und schlitzte ihm die Kehle von Ohr zu Ohr auf. Der General, billigte den Vorgang. Man betrachtete mich mit einer Mischung aus toleranter Verachtung und Mitleid, als ich der Methode widersprach... Die Schweinekerle machen doch dasselbe mit uns, man kann sie nur so behandeln.««

26. Juni 1944: »... Wir sprachen von Kriegsgefangenen und darüber, daß nur wenige Japaner in Gefangenschaft geraten. »Oh, wir könnten mehr gefangennehmen, wenn wir wollten«, erwiderte einer der Offiziere, »aber unsere Jungens machen nicht gern Gefangene.« »Wir hatten drunten bei. .. zweitausend, aber nur ein- oder zweihundert wurden eingeliefert. Mit den anderen gab es einen Unfall. Die anderen geben sich nicht so leicht gefangen, wenn sie hören, daß ihre Kameraden auf den Flugplatz geführt und mit MGs niedergemacht werden.« »Oder wenn ein paar andere mit erhobenen Händen herauskommen und dann umgelegt werden«, mischte sich ein anderer Offizier ein. »Ach nehmen sie die.. . sie fanden einen ihrer Männer stark verstümmelt



LINDBERGH (2. v. l.) mit Kriegskameraden seiner Einheit auf Emirau Island im Südpazifik. Über seine Bombereinsätze meinte er: »Man drückt auf einen Knopf, und schon fliegt der Tod nach unten, und nichts kann widerrufen, was man getan hat. Die Karten sind verteilt. Wenn dort, wo diese Bombe auftritt, Leben war, hat man es ausgelöscht.«

auf. Seitdem machten sie nicht mehr viele Gefangene.« Schließlich sprach man über... Fallschirmabsprünge. Alle Piloten bestanden darauf, daß es völlig in Ordnung sei, feindliche Piloten abzuknallen, die mit dem Fallschirm »ausgestiegen« waren.«

28. Juni 1944:»... Wir sprachen wieder über Gefangene und Souvenirs. Ich bin über die Haltung unserer amerikanischen Soldaten schockiert. Sie haben keinen Respekt vor dem Tod, vor dem Mut der feindlichen Soldaten oder vor vielen selbstverständlichen anständigen Dingen im Leben, Sie denken sich nichts dabei, die Leichen gefallener Japaner auszuplündern, und nennen sie dabei »Schweinekerle«. Während einer Diskussion sagte ich, ganz gleich, was die Japaner getan hätten, könnte ich nicht einsehen, wie wir behaupten könnten, einen zivilisierten Staat zu vertreten, wenn wir sie zu Tode folterten. »Na, einige unserer Jungen schlagen ihnen die Zähne ein, aber gewöhnlich töten sie sie zuerst«, sagte einer der Offiziere in einer halben Entschuldigung.«

13. Juti 1944:»... Einmal wandte sich das Gespräch den Abscheulichkeiten zu, die von den Japanern und unseren eigenen Leuten begangen wurden. Es wurde offen zugegeben, daß einige unserer Soldaten japanische Gefangene folterten und manchmal genau so grausam und barbarisch waren wie die Japaner selbst... Sie behandelten den japanischen Soldaten mit weniger Achtung, als sie einem Tier erweisen würden, und diese Handlungen werden von fast jedermann gebilligt.«

21. Juli 1944:»... Was bei uns Mut ist, ist bei den Japanern Fanatismus (in der Terminologie der US-Offiziere, H. W,), Wir behaupten, daß ihre Greueltaten zum Himmel schreien, während wir unsere eigenen vertuschen und sie als Vergeltung für japanische Taten billigen. Ein japanischer Soldat, der einem amerikanischen Soldaten den Kopf abschlägt, ist ein ostasiatischer Barbar, der »weniger wert ist als eine Ratte. Ein amerikanischer Soldat, der einem Japaner die Kehle durchschneidet, »tut das, weil er weiß, daß die Japaner so mit seinen Kameraden umgegangen sind«.«

22. Juli 1944 (Heftige Kämpfe): »Nach dem ersten Bericht wurde ein Gefangener gemacht, ein Infanterieoberst sagte mir aber später, es habe keine gegeben. »Unsere Jungens machen einfach keine Gefangenen.««

24. Juli 1944 (LINDBERGH besucht das Kampfgebiet, er findet viele tote Japaner): »Einige der Körper waren so zerfetzt, daß nur wenige Bruchstücke übrig geblieben waren. Einer der Offiziere neben mir sagte: »Wie ich sehe, war die Infanterie wieder bei ihrer Lieblingsbeschäftigung.« Das heißt, alle Zähne mit Goldfüllungen waren als Souvenirs herausgeschlagen worden!...

Unten lagen die Leichen von fünf oder sechs japanischen Soldaten, teilweise waren sie mit einer Wagenladung Abfall zugedeckt, den unsere Soldaten auf sie geworfen hatten. Nie hab ich mich meines Volkes mehr geschämt als in diesem Augenblick.«

(Sie finden verschiedene von den Japanern benutzte Höhlen, H. W.): »Eine war offensichtlich als Lazarett verwendet worden. Eine der Leichen am Boden lag noch teilweise zugedeckt auf einer Bahre. Das war offensichtlich die Höhle, wo die Japaner dem Bericht zufolge sich ergeben wollten, worauf ihnen unsere Soldaten sagten: »Zum Teufel, geht wieder hinein und kämpft es aus!««



Siehe Tagebucheintragung vom 30. August 1944. Auf der Insel Tinian beseitigten die Amerikaner gefallene Japaner mit Bulldozern. Aus: H. Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild,* Herbig, München "1995.

11. August 1944: »Wir sprechen über die Frage der japanischen Gefangenen. Ich sagte, ich hielte es für einen Fehler, eine Kapitulation nicht anzunehmen. .. dadurch... würden viele amerikanische Soldaten am Leben bleiben... Die meisten Offiziere stimmten mir (nicht sehr begeistert) zu, sie erklärten aber, unsere Infanteristen sehen es nicht so. »Nehmen Sie zum Beispiel das 41. Regiment, es macht keine Gefangenen, die Männer prahlen damit.< >Die Offiziere wollten Gefangene, um sie zu verhören, aber sie konnten keine bekommen. Erst als man für jeden eingelieferten Gefangenen zwei Wochen Urlaub in Sidney anbot, bekam man mehr, als man brauchen konnte.« >Als sie aber keinen Urlaub mehr gewährten, kamen auch keine Gefangenen mehr. Die Jungens sagten, sie könnten keine fangen.«

>Die Aussies (Australier) sind noch schlimmer. Erinnert ihr euch, als sie die Gefangenen mit dem Flugzeug nach Süden bringen sollten? Einer der Piloten sagte, man habe sie einfach über den Bergen hinausgeworfen und dann gemeldet, sie hätten unterwegs Harakiri begangen.«

»Erinnerst du dich, als unsere Truppen das japanische Lazarett nahmen? Als sie damit fertig waren, lebte niemand mehr.«

>Die Japse haben das bei uns auch gemacht. »Man kann die Aussies auch nicht allzusehr tadeln. Sie fanden einige ihrer Leute kastriert auf, aus anderen waren Steaks herausgeschnitten.«

>Sie haben einen Ort erobert, wo die Japaner tatsächlich das Fleisch kochten.< Erst gestern war am Anschlagbrett ein Staffelbulletin angeschlagen worden. Auf Biak seien mehrere Japaner (die seit Monaten von jedem Nachschub abgeschnitten waren; H. W.) dabei gefaßt worden, als sie das Fleisch eines ihrer eigenen Kameraden brieten.«

30. August 1944 (LINDBERGH ist auf der Insel Tarawa, der ersten Insel, die von den Amerikanern in harten Kämpfen zurückerobert wurde, er sieht die Gräber der gefallenen US-Soldaten, H. W.): »Die japanischen Gräber, es sind mehrere Tausend, sind unbezeichnet. Die Toten wurden in ein Loch geworfen, das durch einen Bulldozer ausgehoben wurde, dann wurden... Korallen darübergeschoben.,. Der mich begleitende Offizier, der bald nach der ersten Landungswelle kam, sagte mir, daß die Marineinfanterie nur sehen eine Kapitulation japanischer Soldaten auf der Insel annahm. Der Kampf war erbittert, wir hatten schwere Verluste gehabt, und im allgemeinen war man darauf aus, die Feinde zu töten und keine Gefangenen zu machen. Selbst wenn man Gefangene machte, so berichtete der Offizier, stellte man sie in Reih und Glied auf und fragte, wer Englisch spreche. Die, die Englisch sprachen, wurden zu Verhören mitgenommen, >die anderen nahm man einfach nicht mit<.«

Über die Lage in den berüchtigten >Rheinwiesenlagern< nach der Kapitulation im Mai 1945 schreibt ein kanadischer Historiker:

»Ab er sich zwischen den lebenden Toten in dem ehemaligen amerikanischen Lager behutsam seinen Weg über den zerschundenen Boden suchte, dachte Hauptmann JULIEN: >Das ist ja wie Buchenwald und Dachau.< Er hatte mit seinem Regiment, dem Troisième Régiment de Tirailleurs Algeriens, gegen die Deutschen gekämpft, weil sie Frankreich in Schutt und Asche gelegt hatten, aber eine Rache wie diese hatte er sich nie vorstellen können. Der morastige Boden war »bevölkert mit lebenden Skeletten*, von denen einige starben, während er zuschaute, andere kauerten sich unter Fetzen von Pappe, die sie verzweifelt festhielten, obwohl es ein heißer Julitag war. Frauen starrten aus Erdlöchern zu ihm hinauf. Hungerödeme trieben ihren Bauch zu einer grausigen Karikatur von Schwangerschaft auf, alte Männer mit langem grauen Haar versuchten schwach, ihm mit dem Blick zu folgen, Kinder von sechs oder sieben Jahren sahen ihn mit leblosen Augen an, gezeichnet mit den Ringen des Hungers. Julien wußte kaum, wo er anfangen sollte. In diesem Lager von 32 000 Menschen in Dietersheim konnte er nicht die kleinste Menge Lebensmittel finden. Die beiden deutschen Ärzte, KURTH und GECK, versuchten im »Lazaretts die vielen sterbenden Patienten zu versorgen, die auf schmutzigen Decken ausgestreckt unter dem heißen Julihimmel lagen zwischen den Spuren des Zelts, das die Amerikaner mitgenommen hatten.«
James BAQUE, ***Der geplante Tod,*** Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1990, S. 104.

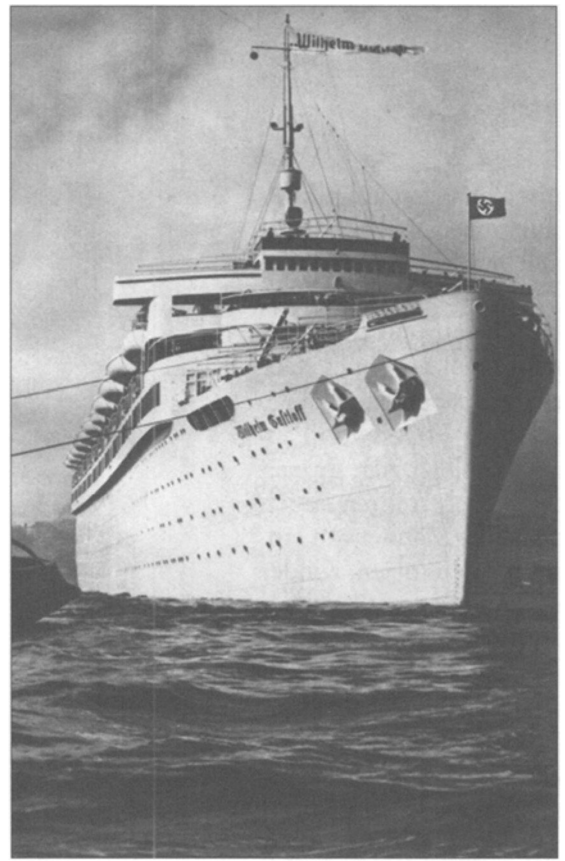
Die größte Schiffskatastrophe aller Zeiten

Millionen von Kinobesuchern ließen sich 1997 durch den Hollywood-Katastrophenschinken *Titanic* zu Tränen der Rührung hinreißen. 1517 Passagiere riß der Ozeanriese bei seiner Jungfernfahrt im April 1912 mit sich in die Tiefe - bis dahin die größte Schiffskatastophe der christlichen Seefahrt.

Inzwischen haben die Turbulenzent des 20. Jahrhunderts diesen traurigen Rekord längst eingestellt. Als größte Schiffskatastrophe aller Zeiten gilt heute die Versenkung des Flüchtlingsschiffes »Wilhelm Gustloff< am 30. Januar 1945 in der eisigen Ostsee. 5000 Menschen, vor allem Frauen, Kinder und Verwundete aus den deutschen Ostgebieten, sollen dabei ums Leben gekommen sein.

Doch inzwischen weiß man, daß auch dieser Rekord des Grauens noch weit hinter der Realität liegt. Ein Überlebender der »Gustloff<-Katastrophe, Heinz SCHÖN, hat viele Jahre lang nachrecherchiert, wertete in- und ausländische Quellen aus, befragte Zeugen. Für ihn steht fest, daß beim Untergang des vormaligen KdF-Dampfers nicht 5000, sondern mehr als 9000 Passagiere ums Leben kamen. Nach zwei Tagen Einschiffung seien nämlich die Schiffslisten ausgegangen, auch seien die Schreibkräfte völlig überfordert gewesen. »Es wurde nicht mehr eingetragen, sondern nur noch gezählt«, erinnert sich der Zeitzeuge, der seinerzeit als Zahlmeisterassistent auf dem Unglücksdampfer tätig war. Am Ende hätten sich insgesamt 10582 Menschen an Bord befunden.[1]

Die »Wilhelm Gustloff<. Nur 1200 Überlebende konnten gerettet werden.



Nachdem die »Wilhelm Gustloff< von den Torpedos eines sowjetischen U-Bootes getroffen worden war, sank das Schiff innerhalb einer Stunde. Schon in den ersten Minuten nach den Treffern ertranken in den unteren Decks Hunderte. Nur rund 1200 in den eisigen Ostseefluten treibende Schiffbrüchige konnten gerettet werden. Daß sich die Traumfabrik Hollywood auch dieser Schiffskatastrophe einmal annimmt, ist eher unwahrscheinlich. Denn die Opfer waren >nur< Deutsche.

Karl Richter

Weiterführende Literatur:

Heinz SCHÖN, ***Die >Gustloff<-Katastropbe,*** Motorbuch, Stuttgart 1994; Christopher DOBSON (u.a.), ***Die Versenkung der >Wilhelm Gust/offr,*** Ullstein, Berlin 1989.

[1] Mü, »>Gustlofft riß 9000 in den Tod«, in: ***National-Zeitung,*** 19. 3. 1999.

Die Alliierten und Giftgas im Zweiten Weltkrieg

Die USA und Großbritannien haben den Einsatz von Giftgas im Zweiten Weltkrieg geplant und vorbereitet. Deutschland war im Versailler Diktat 1919 neben dem Gebrauch auch die Herstellung und Einfuhr von »erstickenden, giftigen oder anderen Gasen oder ähnlichen Flüssigkeiten, Stoffen oder Mitteln« (Art. 171) streng untersagt worden.

Das Deutsche Reich war nach dem Ersten Weltkrieg um ein allgemeines Verbot chemischer Kampfstoffe ständig bemüht. Schon auf der Seeabrüstungskonferenz 1921/1922 in Washington (USA, England, Frankreich, Japan, Italien) wurde die Frage des Gaskrieges heftig diskutiert. Eine Einigung konnte aus verschiedenen Gründen nicht erzielt werden. Im Juni 1925 wurde in Genf erneut über das Thema verhandelt. Es kam zur Unterzeichnung des sogenannten Genfer Gaskriegsprotokolls. Von 44 Mächten haben 38 bis Ende 1935 das Protokoll unterzeichnet. 21 Staaten haben ohne Vorbehalt, 17 mit Vorbehalt zugestimmt. 28 Staaten hatten bis Ende 1935 ratifiziert; nicht ratifiziert wurde es von 10 Staaten, darunter die USA und Japan, die Tschechoslowakei, Luxemburg und verschiedene südamerikanische Staaten. Das Deutsche Reich ist ohne jeden Vorbehalt beigetreten.

Die USA entwickelten nach dem Ersten Weltkrieg Gaswaffen weiter unter der Leitung von General Arnos A. FRIES,[1] der als Chef des »Chemical Warfare Service« seit 1919 in zahlreichen Veröffentlichungen für chemische Kampfstoffe eingetreten ist. US-Chemiker priesen die »humane« chemische Kriegführung als Segen für die künftige Welt, wie auch die USA auf der ersten Haager Friedenskonferenz 1899 ein Abkommen gegen den Einsatz von Giftgas abgelehnt hatten, da es sich nach ihrer Meinung um eine »humane« Waffe handele.[2]

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs hatten beide Seiten Giftgasgranaten. Gasbomben für die Luftwaffe gab es anscheinend nicht in Deutschland. »Der Wehrmacht war der Gaseinsatz verboten. Auch die Gasanwendung als Vergeltungsmaßnahme unterlag der persönlichen Genehmigung HITLERS. . . Es bestand die strenge Weisung, Kampfstoffe nur innerhalb des Reichsgebietes zu lagern.«[3] HITLER hat im Laufe des Krieges mehrfach Vorschläge unter anderem aus dem Generalstab strikt abgelehnt, Giftgas einzusetzen, auch gegen Partisanen im Osten.[-1] Es kam zu keinem deutschen Giftgaseinsatz im Zweiten Weltkrieg an irgendeiner Front.

Zwischenfall in Polen

Ein erster Giftgaszwischenfall im Zweiten Weltkrieg ereignete sich am Freitag, dem 8. September 1939, abends vor Jaslo im südlichen Polen.[5] Polnische

[1] Hugh R. SLOTTEN in: *The Journal of American History,* 77. Jg., Nr. 2, September 1990; vgl. auch: Bernd SCHÄFER, »Als Giftgas noch Wunderwaffe war«, in: *Frankfurier Allgemeine Zeitung,* 2. 1. 1991, sowie ***Der Spiegel,*** Nr. 43, 24.10. 1988, S. 81-85.

[2] Günther W. GELLERMANN, *Der Krieg, der nicht stattfand,* Bernard & Graefe, Koblenz 1986, S. 134.

[3] Ebenda,

* Ebenda, mancherorts.

[5] Ebenda, S. 135 ff.; kurz erwähnt bei: Fritz HAHN, *Waffen und Geheimwaffen des deutschen Heeres 1933—**1945,*** Bernard & Graefe, Koblenz 1986, S. 235.

Truppen hatten versucht, die am Ortseingang von Jaslo gelegene Eisenbetonbrücke über die Jasiolka mit Hilfe von Lostminen[6] zu sprengen. Als deutsche Soldaten des 1. Gebirgs-Pionier-Bataillons 82 die Hindernisse auf der Brücke wegräumen wollten, ereignete sich eine weitere Explosion. Es wurden dann bei den beteiligten Pionieren 14 Gelbkreuzkranke festgestellt, von denen zwei starben. Eine Kommission des deutschen Oberkommandos kam nach Untersuchung des Vorfalls zu dem Ergebnis, daß die Polen nur in Ermangelung anderen Sprengstoffes Giftgasminen eingesetzt hätten. Eine deutsche Vergeltungsmaßnahme wurde nicht angeordnet. Es konnte bewiesen werden, auch durch später gefundene Dokumente, daß es sich bei den Lostminen um Kampfstoffe englischer Fertigung handelte.[7]



Eines der Opfer der Giftgasexplosion von Jaslo, der Pionier HEIDENBERGEN.

Churchills Giftgasabsichten

1940 hatte Großbritannien für den Fall einer deutschen Invasion in England den Einsatz von Giftgas vorgesehen. Sir John DILL, Chef des britischen Empire-Generalstabs, drängte in einem Memorandum vom 15. Juni 1940 darauf, »der Gasanwendung durch den Feind zuvorzukommen, indem wir bei unserer Verteidigung gegen den Einmarsch die Initiative ergreifen, auch wenn Deutschland oder Italien bis dahin noch nicht mit der chemischen Kriegführung begonnen haben sollte«.[8] Der britische Premier CHURCHILL befahl am 30. Juni 1940 General ISMAY die Vorbereitung zum Giftgaseinsatz und erklärte dabei ausdrücklich; »Meiner Ansicht nach braucht man nicht so lange

[6] ***Lost:*** Bezeichnung für Senfgas, abgeleitet von den ersten Buchstaben der Namen der Chemiker LOMMEL und STEINKOPF. Senfgas lief seit dem Ersten Weltkrieg auch unter der Bezeichnung >Gelbkreuz< (beim deutschen Heer in Flaschen mit gelbem Kreuz markiert). Es ist Dichlordiäthylsulfid und führt zu schweren Hautschädigungen. Es wurde erstmals am 13. Juli 1917 bei Ypern von deutschen Truppen eingesetzt, wo es 87 feindliche Soldaten tötete und 2490 mehr oder weniger schwer vergiftete.

[7] GELLERMANN, aaO. (Anm. 2), S. 137, mit weiteren Quellen.

[8] Ebenda, S. 141.

zu warten, bis der Gegner zu solchen Kampfmitteln greift.«[9] In seiner Monographie über chemische Kampfstoffe im Zweiten Weltkrieg urteilt Günther W. GELLERMANN wohl richtig: »CHURCHILL war im Fall einer deutschen Landung ohne Rücksicht auf die nachteiligen Folgen für England zum Gaseinsatz entschlossen.«[10] GELLERMANN meint, daß diese Haltung CHURCHILLS »wenig verantwortlich« sei. Das ist eine sehr verharmlosende Formulierung,

CHURCHILL bot im April 1942 STALIN eine Lieferung von 1000 t Senfgas an. STALIN verzichtete auf diese Lieferung, er wollte statt dessen 5000t Chlorprodukte.[11] Daraus konnte man nämlich die verschiedensten Kampfstoffe herstellen.

Am 10. Mai 1942 erklärte CHURCHILL in einer Rundfunkrede zu - unzutreffenden - Gerüchten, »daß die Deutschen wegen der Erfolglosigkeit ihrer Angriffe Giftgas gegen die Armeen und die Völker Rußlands einsetzen könnten«: »Da wir unsere Hunnen kennen, haben wir unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet nicht vernachlässigt,,. Ich möchte klarstellen, daß im Falle eines unprovozierten Angriffes auf unsere sowjetischen Verbündeten mit Gas.,. wir uns so verhalten werden, als wären wir selbst mit Gas angegriffen worden... Wir werden unsere Luftüberlegenheit im Westen dazu einsetzen, Gas in der größten Menge gegen Städte und Gemeinden in Deutschland einzusetzen.«[12]

[9] GELLERMANN, ebenda.
[10] Ebenda, S. 142.
[11] Ebenda, S. 150.
[12] Ebenda.

Die Giftgas-Katastrophe von Bari

Jahrzehntelang war es ein gutgehütetes alliiertes Geheimnis und blieb bis heute ohne offizielle Stellungnahme, daß die USA 1943 große Mengen des



Der Angriff auf die anglo-amerikanischen Giftgas-Transportsebiffe im Hafen von Bari führte zur Vernichtung von 19 Schiffen. Da nur wenige Menschen in die Angelegenheit eingeweiht waren, erhielten die Opfer nicht die entsprechende wirksame Behandlung.

giftigen Senfgases nach Europa verschifften, die dann unter anderem zur »Katastrophe von Bari« führten:[13] Das US-Handelsschiff >John Harvey<, 10617 BRT, kam am 28. November 1943 unter Kapitän Edwin F. KNOWLES von Baltimore her im süditalienischen Hafen Bari an. Es hatte 540 Tonnen[11] Senfgasbomben an Bord, von dem nur sieben begleitende US-Soldaten unter Leitung von Oberleutnant Howard BECKSTRÖM etwas wußten - nicht jedoch Kapitän oder Mannschaft. Am Abend des 2. Dezember 1943 griffen deutsche JU 88-Bomber den mit mehr als 30 US-Transportern überfüllten Hafen von Bari an, versenkten 19 Schiffe und beschädigten 8[15] weitere schwer - nahezu ein zweites »Pearl Harbor<. Dabei fing die >John Harvey< Feuer, explodierte und sank, so daß das Giftgas freigesetzt wurde. Alle Wissensträger kamen bei der Explosion ums Leben, Die USA schwiegen, so daß tagelang keine fachgerechte Behandlung der übrigen Vergifteten erfolgte, wodurch viele unnötig umkamen. Nach alliierten Angaben[16] wurden 628 Soldaten und Seeleute vergiftet, von denen 96 starben. Die Anzahl der durch Senfgas umgekommenen Zivilisten wurde damals vertuscht, indem man »Verbrennungen«, »Bronchitis« oder »Lungenkomplikationen« angab.[17] »CHURCHILL befahl dem britischen medizinischen Personal, die Ursache der Verluste zu verschweigen.«[18] Erst 1974 gaben die Engländer Akten über den Hergang frei.

Verbrechen der Anglo-Amerikaner

Der deutsche Wissenschaftler Fritz HAHN hat in einem Archiv in Washington Pläne" der USA für einen Gaskrieg gegen Deutschland aus den vierzi-

[13] Ebenda, S. 160-164; kurz in: Fritz HAHN, aaO. (Anm. 5), S. 235; ausführlich im *Spiegel Nr.* 43, 24. 10. 1988, S. 81-85; vgl, ebenfalls Janusz PIEKALKIEWICZ, *Luftkrieg 1939-1945,* Wilhelm Heyne, München [J]1986, S. 652 f.; Glenn B. INFIELD, *Disaster at Bari,* Macmillan, New York 1971.

[14] So GELLERMANN, aaO. (Anm. 2), S. 160. In Janusz PIEKALKIEWICZ, aaO. (ebenda), S. 652, sind es »etwa 100 Tonnen Gelbkreuz-Gas (schweres Senfgas) in Bomben, jede 45,5 Kilogramm schwer«. Das für seine Fehler und Einseitigkeit bekannte *Große Lexikon des Zweiten Wettkriegs* (hg, von Christian ZENTNER und Friedemann BEDÜRFTIG, Südwest, München 1988) gibt auf Seite 67 verharmlosend 60 Tonnen Senfgas an, ebenso HAHN, aaO. (Anm. 5), S. 235.

[15] So GELLERMANN, aaO. (Anm. 2), S. 163. Bei PIEKALKIEWICZ, aaO. (Anm. 13), S. 652, sind »19 Transporter mit 73343 BRT vernichtet und 7 schwer beschädigt«.

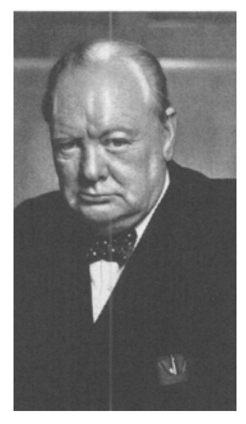
[16] So GELLERMANN, ebenda; bei PIEKALKIEWICZ, aaO. (Anm. 13), S. 653, gab es »617 Vergiftete, von denen 83 sterben«, bei HAHN, aaO. (Anm. 5), S. 235, gab es »83 Tote und 534 schwerverletzte Amerikaner«, dasselbe bei ZENTNER/BEDÜRFTIG, aaO. (Anm. 14), S. 67.

[17] GELLERMANN, ebenda; die anderen Darstellungen geben keine Zahl an.

[18] GELLERMANN, ebenda.

[19] *Der Spiegel* 24. 10. 1988, S. 81.

ger Jahren gefunden. Von Italien und von England aus sollten nach einem zu erwartenden »Ersteinsatz von Gas durch die Achsenmächte« in »einer 15-Tage-Operation« 30 deutsche Großstädte mit Senfgas und/oder dem besonders giftigen Phosgen eingenebelt werden. In Punkt 4 dieses Planes wurde unter »Mögliche Ergebnisse des Angriffs« mit 5,6 Millionen Toten und weiteren 12 Millionen Betroffenen in Deutschland gerechnet. Dabei sollten die süddeutschen Großstädte München, Augsburg, Nürnberg, Stuttgart und Karlsruhe vom US-Luftstützpunkt Foggia, rund 100 Kilometer nördlich des genannten Bari, die übrigen von England aus angegriffen werden. Je Quadratmeile sollten 100 Flugzeuge 4000 Bomben mit je 100 Pfund Senfgas oder 600 Bomben mit je 1000 Pfund Phosgen abwerfen. Insgesamt hatten die Alliierten 140000 Tonnen Giftgas gelagert.[20]



Winston CHURCHILL waren moralische Bedenken völlig fremd.

Erst 1981 kamen nähere Einzelheiten über Englands Giftgaspläne heraus. Der BBC-Reporter Roben HARRIS[21] hatte bei Recherchen über bakteriologische Waffen amtliche Dokumente darüber gefunden. Danach hat Großbritanniens Kriegspremier CHURCHILL den britischen Generalstab, insbesondere Generalstabschef General Hastings LIONEL, beauftragt: »Ich wünsche, daß eine kaltblütige Einschätzung darüber vorgenommen wird, ob es günstiger für uns wäre, Giftgas einzusetzen... Wenn wir dies tun, dann sollte es hundertprozentig sein!« Er wollte »die Angelegenheit in der Zwischenzeit von vernünftigen Leuten« behandelt wissen, nicht von »psalmodierenden uniformierten Defätisten, die einem hin und wieder über den Weg laufen«.[22]

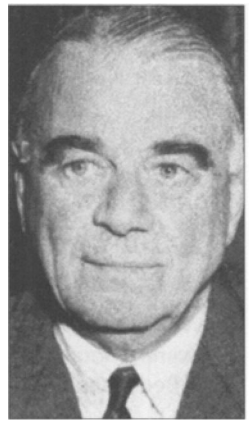
CHURCHILL brüstete sich sogar damit: »Wir können die Städte an der Ruhr und viele andere Orte so einsprühen, daß die meisten Menschen in ständige medizinische Behandlung gehen müssen.«[23] Moralische Bedenken schob er mit dem Hinweis auf die Anwendung von Giftgas im Ersten Weltkrieg beiseite.

Nach Angaben des japanischen Historikers Yoshiaki YOSHIMI[24] haben die USA in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges auch einen massiven Chemiewaffenangriff auf Japan erwogen. Nach seinen Entdeckungen in einem Archiv im US-Staat Maryland sei ein plötzlicher Einsatz von Chemiewaffen vorgeschlagen worden, »der leicht fünf Millionen Menschen tötet«. Die dann eingesetzten beiden Atombomben forderten rund 200 000 Todesopfer.

[20] Ebenda, S. 85.
[31] Londoner *Times,* 1. 5. 1981; deutsch u. a.: *Stuttgarter Nachrichten,* 2. 5. 1981; *Deutschland Journal,* Mai 1981; *National-Zeitung,* 16. 9. 1988.
[22] *Der Spiegel,* 24. 10. 1988, S. 85.
[23] *Stuttgarter Nachrichten,* 2. 5. 1981.
[24] *Die Welt,* 8. 7.1991.

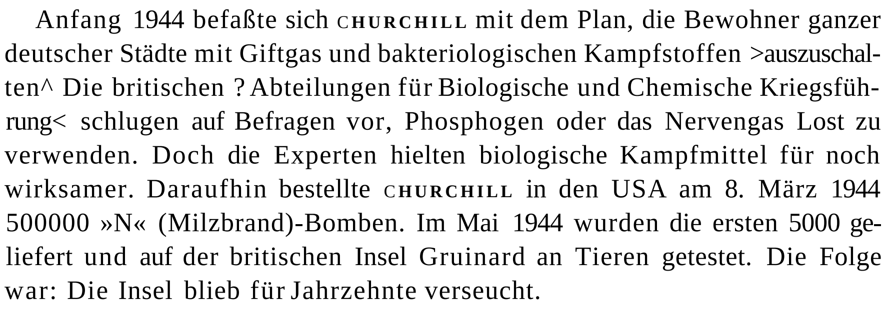
Churchills Giftgaspläne im Zweiten Weltkrieg

Am I. Juli 1940 hatte CHURCHILL General Hastings ISMAY angewiesen, sich mit dem »Einweichen« der Küste mit Senfgas im Fall einer Landung der Deutschen zu befassen.[1] Gegenüber General THORNE bekannte er wörtlich; »Ich kenne keine Skrupel mit Ausnahme des einen: daß ich nichts Unehrenhaftes tun möchte«. »Das Vergasen von Deutschen scheint er also nicht als etwas Unehrenhaftes zu betrachten«, meinte dazu sein Sekretär John COLVILLE.[1]



General Hastings Lionel Lord ISMAV (1887-1965).

Im November 1943 lief im italienischen Bari[2] ein amerikanischer Konvoi ein, der am 3. Dezember von 88 deutschen Kampfflugzeugen angegriffen wurde. Neun Schiffe wurden schwer beschädigt, 18 versenkt, darunter das Schiff >John Howards Es brach auseinander, wobei rund 600 Tonnen Senfgas und Dutzende Tonnen Nervengas frei wurden, die die britische Regierung in den USA bestellt hatte. Es kam zu einem Desaster, bei dem über tausend Menschen starben. Die Angelegenheit wurde als Lungenentzündungsseuche vertuscht und geheimgehalten. Erst englische Dokumente und Bücher wie ***Disasterat Bat?*** brachten das ganze Ausmaß des Debakels ans Licht der Öffentlichkeit.



Anfang 1944 befaßte sich CHURCHILL mit dem Plan, die Bewohner ganzer deutscher Städte mit Giftgas und bakteriologischen Kampfstoffen >auszuschalten^ Die britischen ?Abteilungen für Biologische und Chemische Kriegsführung< schlugen auf Befragen vor, Phosphogen oder das Nervengas Lost zu verwenden. Doch die Experten hielten biologische Kampfmittel für noch wirksamer. Daraufhin bestellte CHURCHILL in den USA am 8. März 1944 500000 »N« (Milzbrand)-Bomben. Im Mai 1944 wurden die ersten 5000 geliefert und auf der britischen Insel Gruinard an Tieren getestet. Die Folge war: Die Insel blieb für Jahrzehnte verseucht.

Für Bombardierungen mit diesem Teufelszeug waren u.a. Wilhelmshaven, Stuttgart, Frankfurt (M), Hamburg, Berlin und Aachen vorgesehen. Von einer 15tägigen Bombardierung erwartete man 5 600 000 Tote und 12 Millionen Verletzte.

Im Juli 1944 verfaßte Winston CHURCHILL für seinen Generalstabschef Hastings ISMAY eine Denkschrift über eine mögliche Vergasung bzw. Verseu-

[1] John COLVILLE, ***DommngStreet Tagebücher 1939-1945,*** Siedler, Berlin 1988, S. 137.

[2] Siehe: Beitrag Nr, 282, »Die Alliierten und Giftgas im Zweiten Weltkrieg«.

[3] Glenn B. INFIELO, ***Disaster at Bari,*** Macmilian, New York 1971; D. M. SANDERS, »The Bari Incident«, in: ***United States Nava! Institute Proceedtngs*** 93, Nr. 9 (Sep. 1967), S. 35-39; George SOUTHERN, ***Poisonous Inferno: World War II Tragedy at Bari Harbour,*** Airlife Publishing, Shrewsbury 2002.

chung deutscher Städte. Sie wurde erst im September 1985 entdeckt und in der Nr, 6, 1985, der Zeitschrift ***American Heritage*** veröffentlicht:

»Ich möchte, daß Sie sich mit der Giftgasfrage eingehend befassen.,. Es ist unsinnig, bei dieser Angelegenheit moralische Überlegungen anzustellen, da im letzten Krieg alle Giftgase eingesetzt haben, ohne daß es deshalb zu Protesten von Seiten der Moralisten und der Kirche kam. Damals (im Ersten Weltkrieg, H. M.) galt die Bombardierung offener Städte allerdings als verboten, heute führen alle solche Fliegerangriffe als Selbstverständlichkeit durch. Es handelt sich ganz einfach um eine Mode, vergleichbar mit der Entwicklung der Rocklänge bei Frauen. ..

Ich möchte, daß man nüchtern überprüft, was der Einsatz von Giftgasen bringen würde... Man darf sich nicht die Hände binden lassen durch dumme Prinzipien, ob diese im Ersten Weltkrieg galten oder in diesem Krieg gelten...

Wir könnten die Städte des Ruhrgebiets und viele andere deutsche Städte [mit Gas] so überströmen, daß die meisten Einwohner einer ständigen ärztlichen Behandlung bedürften... Wir werden vielleicht einige Wochen oder gar Monate abwarten müssen, bis ich Sie darum bitte, Deutschland mit Giftgasen zu überströmen. Sollten wir es tun, dann aber richtig! Bis dahin möchte ich, daß diese Frage von vernünftigen Leuten untersucht wird, und nicht von einer Gruppe von Psalmensängern in Uniform und Miesepetern, wie hier und da anzutreffen.«

Hat CHURCHILL nun einen Gasangriff befohlen, wie behauptet wird? Bei der Kabinettssitzung am 6. Juli 1944 befahl er tatsächlich seinen Stabschefs in betrunkenem Zustand, die genannten deutschen Städte mit Giftgas zu »tränken«.[4] In einer seltenen Demonstration von Mut wurde CHURCHILL von den Stabschefs schließlich überstimmt. Als CHURCHILL General Hasting ISMAY befragte, ob ein Angriff mit Senfgas die Ruhrgebietsstädte »so weit bedecken kann, daß der größte Teil der Bevölkerung medizinischer Behandlung bedarf«, antwortete der General, daß ein solcher Giftgasangriff keine kriegsentscheidende Bedeutung mehr habe. Da sich auch EISENHOWER dagegen aussprach, gab CHURCHILL seinen teuflischen Plan auf.[5]

Daß es nicht mehr zum Gifteinsatz kam, ist dem Zusammenbruch der Wehrmacht an der Ost- und Westfront zu verdanken. Die Bombardierung kriegswichtiger Ziele wurde nun überflüssig. Dies aber war gleichzeitig der Auftakt zu einem Ersatzunternehmen. Nun wurden die Bomberverbände überwiegend nur noch zur Vernichtung aller bis dahin noch verschont gebliebenen deutschen Großstädte eingesetzt. Allein über dem Ruhrgebiet fielen in dieser Zeit mehr Bomben als im gesamten Krieg über England.

Hans Meiser

[4] 6. Juli 1944 (PRO file PREM. 3/89) und Tagebuch des Admirals A. B. CUNNINGHAM (Brit. Library. Dept of Manuscripts, Additional MS 52575, Bd. XIX). Siehe auch: Olaf GROEHLER, ***Bombenkrieg gegen Deutschland,*** Berlin 1990, S. 330 ff.

[4] »Ich weiß gar nicht, was dieses zimperliche Getue um Gaseinsätze soll. Ich jedenfalls bin ein großer Verfechter von Giftgaseinsätzen gegen unzivilisierte Horden«, meinte CHURCHILL am 14. 5. 1947 in der Albert Hall, London.

Milzbrand-Verseuchung Deutschlands

Neben radioaktiver Verseuchung und Vergasung deutscher Wohngegenden wurde in London nach Kriegsbeginn auch an Massentötungen Deutscher durch Bakterien gearbeitet. Der BBC-Reporter Robert HARRIS fand 1981 Dokumente mit den Plänen zur bakteriologischen Verseuchung weiter Gebiete Deutschlands und zeigte dieses Material im Frühjahr 1981 einem schockierten britischen Fernsehpublikum.[1] Danach begannen englische Forscher im Chemical Defence Establishment in Porton Down bereits 1941, zu Versuchen die Hebrideninsel Gruinard vor der Westküste Schottlands mit Milzbrandbakterien[2] zu verseuchen, so daß die Insel jahrzehntelang unbewohnbar geworden und für jeden Besuch streng gesperrt war. Bomben mit den tödlichen Milzbranderregern, die sogenannten >Anthraxbomben< ***[Bacillus anthratis*** = Milzbrand), sollten an einem Tag von etwa 2700 alliierten Flugzeugen auf die deutschen Großstädte Aachen, Hamburg, Berlin, Frankfurt und Stuttgart abgeworfen werden. Die Zahl der Toten wurde dabei auf rund drei Millionen geschätzt.[3] Diese deutschen Städte wären nach Ansicht von Fachleuten bei durchgeführter Verseuchung Jahrzehnte lang nicht bewohnbar gewesen.[4]

Aber in den ersten Kriegsjahren fehlten den Briten die technischen Voraussetzungen, genügend Anthrax-Bomben herzustellen. Diese wurden jedoch in der zweiten Kriegshälfte in den USA in großer Menge angefertigt. Als dann ausreichend Material vorhanden war, hielt man den Krieg schon für entschieden, und die britischen Militärs rieten deshalb von einer Anwendung der Anthrax-Bomben ab. Der US-Historiker Barton J. BERNSTEIN von

[1] Londoner ***Times,*** 1. 5. 1981; deutsch u. a. in: ***Stuttgarter Nachrichten, 2.*** 5. 1981 und 13. 10. 1981; ***Deutschland-Journal,*** Mai 1981; ***National-Zeitung,*** 16. 9. 1988; ***Code,*** Nr. 5, 1987, S. 62.

[1] Milzbrand ist eine von Tieren (Rinder, Schafe, Ziegen, Schweine) auf Menschen übertragbare Infektionskrankheit (Zoonose), die zu einer starken schwarzroten Schwellung der Milz (>Milzbrand<) führt. Der Erreger ist ein Sauerstoff verbrauchendes ***{aerobes),*** grampositives und Sporen bilden des Stäbchen. Die sehr widerstandsfähigen Sporen halten sich jahrelang und können neue Keime bilden. Bei Menschen gibt es Hautmilzbrand, wenn Sporen durch die Haut dringen, Darmmilzbrand bei Sporenaufnahme mit der Nahrung und Lungenmilzbrand bei Einatmung von Sporen. Der Lungenmilzbrand ist immer innerhalb weniger Wochen tödlich.

[3] ***Deutschland-Journal,*** Mai 1981.

[4] Der Direktor des britischen Instituts für die chemische Kriegführung, Dr. Rex WATSON, erklärte 1981: »Auch Berlin wäre noch heute unbewohnbar«, wenn die geplante Bombardierung stattgefunden hätte. In: ***Stuttgarter Nachrichten,*** 13. 10.1981.



Die vor der Küste Schottlands gelegene Insel Cruinard mit bezeichnender Tafel. »Es ¡st absurd, in dieser Frage Moral ins Spiel zu bringen«, meinte CHURCHILL. Zitiert in: *Der Spiegel*, 41, 1999.

der Stanford-Universität in Kalifornien stellte in einer Studie dazu ausdrücklich fest, daß der von britischen Militärs 1944 geplante und von Premierminister CHURCHILL durchaus erwogene Einsatz der Milzbrand-Bomben letztlich an Verzögerungen bei der Produktion der Bomben in den Vereinigten Staaten gescheitert sei.[5]

Doch CHURCHILL war damals vom schnellen Kriegsende noch nicht überzeugt und wollte entgegen seinen Beratern von seinen Vergasungs- und Milzbrandbombenplänen[6] nicht gleich ablassen. Für diese »Menschlichkeit« erhielt er 1955 den Karlspreis der Stadt Aachen, die es heute gar nicht mehr gäbe, wenn es nach seinen Plänen gegangen wäre.

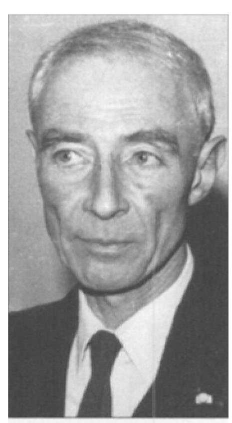
Über eine weitere US-Giftmaßnahme im Zweiten Weltkrieg informierte der US-Geheimdienst CIA die Weltöffentlichkeit am 8. März 1977:[7] Dem damaligen deutschen Minister ohne Geschäftsbereich und ehemaligen Reichsbankpräsidenten Hjalmar SCHACHT habe der US-Geheimdienst während des Krieges vergiftete Nahrungsmittel zukommen lassen, damit SCHACHT erkranke und ausfalle.

[5] ***Code,*** Nr, 5, 1987, S. 62, wobei der britische ***Guardian*** zitiert wird.

[6] Siehe dazu: Beitrag Nr. 283, »Churchills Giftgaspläne im Zweiten Weltkrieg«, Nr. 285, »Deutsche mit radioaktivem Strontium töten«, und Nr. 282, »Die Alliierten und Giftgas im Zweiten Weltkrieg«.

[7] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 10. 3. 1977 mit AP-Meldung vom 9. 3. 1977.

Deutsche mit radioaktivem Strontium töten





Von oben: Robert OPPENHEIMER (1904—1967) und sein Mitarbeiter Edward TEUER (1908-2003).

Eine folgenschwere Fälschung der Geschichte liegt vor, wenn zu verurteilende Taten nur einer Seite - der der Besiegten - veröffentlicht und angeklagt, die der anderen Seite jedoch verschwiegen und geheimgehalten werden. Erst Ende der achtziger Jahre kamen durch erstmalig veröffentlichte Dokumente weitere »Verbrechen« der Sieger und entsprechende Planungen ans Licht, die aber meist schnell dem Bewußtsein der Öffentlichkeit entzogen wurden.

So haben schon sieben Monate vor dem Eintritt der USA in den Zweiten Weltkrieg US-Wissenschaftler im Frühjahr 1941 vorgeschlagen und diskutiert, Nahrungsmittel in Deutschland und Japan radioaktiv zu verseuchen,[1] so daß die Betroffenen nach wenigen Wochen daran qualvoll gestorben wären.

In einem Artikel aus Stanford (Kalifornien) heißt es dazu:[2] »Wie der Geschichtsprofessor Barton J. BERNSTEIN in der kalifornischen Universität Stanford berichtete, belegen nun freigegebene Regierungsdokumente, daß bereits im Frühjahr 1941 ein Plan diskutiert wurde, wie Milch- und Getreidevorräte in den möglichen Feindländern mit radioaktiven Substanzen verstrahlt werden könnten. ,, Ursprünglich hatte sich die Physikergruppe, die von dem Nobelpreisträger Arthur COMPTON geleitet wurde, für die vorrangige Entwicklung von Atombomben und atomgetriebenen Schiffen ausgesprochen..,

Der Physiker COMPTON habe 1942 in einem Brief an den Nationalen Ausschuß für Rüstungsforschung geschrieben, daß die Deutschen innerhalb weniger Monate über Bomben verfügen könnten, die radioaktives Material in tödlicher Dosis ausstreuen. ,.

Auf dem Höhepunkt des Krieges sei 1943 der Plan von der Verseuchung feindlicher Nahrungsvorräte wieder aufgegriffen worden. Der Leiter des Atombombenprojektes »Manhattan« in Los Alamos, Robert OPPENHEIMER, verlangte absolutes Stillschweigen über den Plan und informierte nicht einmal COMPTON. OPPENHEIMER soll erklärt haben: >Wir sollten uns erst an dieses Projekt heranwagen, wenn wir die Nahrung für wenigstens eine halbe Million Menschen verstrahlen können.«

Der Plan sah die Verseuchung der Milchvorräte mit Strontium[1] vor. Innerhalb von zwei Monaten wären die Betroffenen an Knochenmarkzersetzung qualvoll gestorben. Ausreichend wäre bereits eine geringe Menge von mehreren Dutzend Kilogramm, die vom Flugzeug abzuwerfen oder in das Feindland zu schmuggeln gewesen sei. OPPENHEIMER habe das Projekt ge-

[1] ***Die Welt,*** 18. 7. 1985.

[2] ***Nordbayeriscbe Zeitung,*** 18. 5. 1985, Nr. 163, S. 7; Kopie des Artikels auch in: Udo WALENDY, ***Historische Tatsachen*** Nr. 29, 1985, S. 34.

meinsam mit dem Physiker Edward TELLER. , . weiterverfolgt.. . Schließlich sei das Projekt jedoch an technischen Schwierigkeiten gescheitert.«

Nach dem Zweiten Weltkrieg haben die USA Strahlungsversuche an mindestens 700 Menschen mit oder ohne deren Einwilligung vorgenommen. 1986 veröffentlichte ein Unterausschuß des US-Repräsentantenhauses[4] einen Bericht unter dem Titel »Amerikanische atomare Versuchstiere: drei Jahrzehnte Strahlenexperimente an US-Bürgern«, wonach unter anderen Obdachlose, Strafgefangene, Betagte und Krebskranke radioaktiver Strahlung ausgesetzt wurden. Im einzelnen führt der Ausschuß auf:

Von 1945 bis 1947 wurde 18 für unheilbar erklärte Menschen in amerikanischen Kliniken Plutonium injiziert;

- von 1946 bis 1947 wurden an der US-Universität Rochester sechs Patienten mit gesunder Niere Uransalze eingespritzt;

- von 1963 bis 1965 wurden mehrere Menschen in der Umgebung eines Versuchsreaktors in Idaho auf radioaktiv verseuchte Wiesen geschickt und angehalten, Milch von Kühen zu trinken, die auf der verstrahlten Weide gegrast hatten;

- in etwa derselben Zeit enthielt die Nahrung von 57 Menschen im Atomwaffenversuchszentrum von Los Alamos Zusätze von Uran und radioaktivem Mangan;

- von 1963 bis 1971 wurden bei 131 Häftlingen der Staatsgefängnisse von Washington und Oregon die Hoden Röntgenstrahlen ausgesetzt.

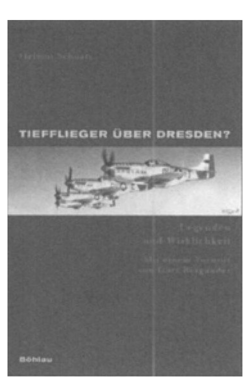
Damit wollte die US-Atomenergiekommission untersuchen, wie lange radioaktive und hochgiftige Teilchen zur Wanderung im Körper von Menschen brauchen.

Die Auftraggeber und die Ausführenden wurden anschließend nicht strafrechtlich belangt, während deutsche Ärzte wegen >Menschenversuchen< während des Zweiten Weltkrieges nach 1945 hart bestraft wurden.

[3] Das chemische Element Strontium hat die Atomnummer (Ordnungszahl) 38 im Periodischen System. Es besteht aus einem Gemisch von Isotopen (chemisch gleich reagierende Atome mit verschiedener Neutronenzahl und deswegen verschiedenem Atomgewicht) mit Atomgewicht von 81 bis 95 und hat ein mittleres Atomgewicht von 87,62. Von den radioaktiven Strontium-Isotopen ist Strontium 90 wegen seiner langen Halbwertszeit (Zeit, in der jeweils die Hälfte einer vorhandenen Menge radioaktiv zerfällt) von 27,7 Jahren gefährlich, da es - wie auch das radioaktive Jod 131 und Cäsium 137 - leicht vom menschlichen Körper aufgenommen wird. Es wird vor allem in den Knochen abgelagert und angereichert; das Knochenmark wird durch die Strahlung zerstört, so daß keine roten Blutkörperchen mehr gebildet werden können und Leukämie eintritt.

[4] ***Welt am Sonntag,*** 29. 10. 1986.

Keine Tiefflieger in Dresden?



H. SCHNATZ, *Tiefflieger über Dresden? Legenden und Wirklichkeit,* *Böhhiu, Köln-Weimar- Wien 2000.*

Uber den alliierten Vernichtungsangriff auf Dresden am 13./14. Februar 1945 wurde in den letzten Jahrzehnten viel Verfälschendes geschrieben. Die Historiker sind sich heute nicht einig darin, wie hoch die Opferzahl liegen dürfte - die Stadt war in der Schlußphase des Krieges vollgestopft mit Flüchtlingen aus dem Osten, die nirgendwo registriert oder aktenkundig geworden waren. Wenn heute immer wieder die wohl unrealistische Opferzahl von 30000 aufscheint, dann muß man wissen, daß sich diese Zahl anscheinend nur auf die - anhand von Eheringen oder Dokumenten - identifizierten Opfer bezieht. Die Dunkelziffer der namenlos Verglühten, Verbrannten, Erstickten war mit Sicherheit um ein Vielfaches höher.

Bereits geraume Zeit vor dem 60. Jahrestag der Ereignisse wurde Dresden erneut Zielscheibe einer Geschichtsklitterung. Der pensionierte Geschichtslehrer Helmut SCHNATZ und der Journalist Götz BERGANDER veröffentlichten im Jahre 2000 ein Buch, in dem sie die Behauptung aufstellen, die bei den Angriffen im Februar 1945 von der Zivilbevölkerung zahlreich bezeugten Tieffliegerangriffe amerikanischer Jagdflieger habe es in Wirklichkeit nicht gegeben.[1]

Als die beiden Autoren ihr Buch in Dresden öffentlich vorstellten, war der Unmut verständlicherweise groß. Denn Hunderte, ja Tausende von Zivilisten, schon ausgebombt und auf der Flucht vor der Brandhölle, erinnerten sich noch gut daran, was sie seinerzeit erlebten. Sie alle sahen sich nun von den beiden Autoren brüskiert.

Dabei sind die alliierten Tieffliegerangriffe auf flüchtende Zivilisten vielfach bezeugt und in der Fachliteratur seit Jahrzehnten unumstritten. So heißt es etwa in dem 1998 in dritter Auflage erschienenen Standardwerk ***Europa im Bombenkrieg***[1] aus der Feder des Luftkriegsexperten Maximilian CZESANY:

»Als sich die zehntausend Überlebenden des nächtlichen Infernos, die auf die Elbwiesen und in den »Großen Garten< geflüchtet waren, endlich in Sicherheit wähnten, gerieten sie in den »dritten Schlag«. Auf die Elbwiesen hatten sich auch viele Kranke, die aus dem brennenden Johannstädter-Krankenhaus kamen, aber auch Verwundete aus den Lazaretten gerettet. Sie alle fielen nun den Bordwaffen und Bomben zum Opfer.«

Bei dem britischen Publizisten und Historiker Alexander MCKEE (***Dresden 1945 - Das deutsche Hiroshima,*** Wien-Hamburg 1983) findet sich der folgende

[1] H. SCHNATZ, ***Tiefflieger über Dresden? Legenden und Wirklichkeit.*** Mit einem Vorwort von G. BERGANDER, Köln 2000.

- Maximilian CZESANY, *Europa im Bombenkrieg,* Graz T988; ders., *Alliierter Bombenterr* ***Der anglo-amerikanische Luftkrieggegen die Zivilbevölkerung Europas,*** Druffel, Leoni 1986.

Augenzeugenbericht: »Während wir uns buchstäblich in das Gras einkrallten, sah ich persönlich zumindest fünf amerikanische Jabos, die aus einer Höhe von ungefähr 120 bis 150 Metern mit ihren Geschützen das Feuer gegen die Zivilbevölkerung eröffneten.«

Solche Berichte von Augenzeugen sind Legion.[3] Auch Hannelore KOHL, Frau des ehemaligen Bundeskanzlers Helmut KOHL, wäre 1945 als 12jährige in Döbeln zwischen Leipzig und Dresden beinahe Opfer alliierter Tiefflieger geworden.

Abermals: Wer dabei war, weiß, was er in der blutigen Schlußphase des Zweiten Weltkrieges erlebt hat. Selbst alliierte Quellen machen keinerlei Hehl daraus, daß die Piloten der Bomberbegleitkommandos damals >freie Jagd< hatten. So heißt es beispielsweise in den 1985 in New York herausgegebenen *Bomber Command War Diaries* - also den Kriegstagebüchern des alliierten Bomber-Kommandos - mit Blick auf die amerikanischen Angriffe auf Dresden im März 1945 wörtlich:

»Part of the American Mustang-fighter escort was ordered to strike traffic on the roads around Dresden to increase the chaos.« Zu deutsch: »Ein Teil der amerikanischen >Mustang< Jägereskorte hatte den Befehl, den Verkehr auf den Straßen um Dresden lahmzulegen, um das Chaos zu vergrößern.«

Ist das alles erfunden oder Einbildung hysterisch gewordener Opfer? Buchautor Helmut SCHNATZ hätte es gerne so. Doch die Realität war anders, das belegen Tausende persönlicher Erinnerungsberichte und selbst die Kriegsakten des Gegners von ehedem. An den alliierten Tieffliegerangriffen auf die deutsche Zivilbevölkerung in Dresden und anderenorts gibt es nichts zu deuteln.

Das Problem hegt denn auch nicht so sehr in der historischen Wahrheit, die in diesem Fall relativ klar zutage liegt, sondern in der volkspädagogischen Absicht des Historikers SCHNATZ. Denn die Tendenz seiner Thesen liegt auf politisch korrekter Linie und paßt ins Bild der etablierten Geschichtsschreibung: Während angebliche deutsche Untaten mit zunehmender zeitlicher Entfernung vom Geschehen ins Ungemessene wachsen, schrumpfen die Verbrechen der Gegner an Deutschen allmählich zur Bedeutungslosigkeit zusammen, Das ist aber ein schäbiges Spiel, das im Dresdener Fall besonders leicht zu durchschauen ist,

Karl Richter

[3] Siehe zum Beispiel: Franz KUROWSKI, ***Das Massaker von Dresden und der anglo-amerikanischt Bombenterror 1944-1945,*** Druffel, Berg 1995, S. 100 ff.; David IRVING, ***Der Untergang Dresdens,*** Heyne, München -'1979, S. 173 f.; Hubertus VON TOBIEN, ***Feuers/um über Dresden,*** Frieling, Berlin 2001, S. 79-84; Egon KUNZE, »Bombenterror gegen Dresden«, in: ***Zeit-Fragen,*** 24. 2, 2003; ders., »Grausam«, in: ***Junge Freiheit,*** 11.2. 2005; Helga KLINGEMANN, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 18. 3. 2002; Gerhard MARTIN, ebenda.

Zur Zerstörung Crailsheims 1945

Am Abend des 20. April 1945 wurde die hohenlohische Stadt Crailsheim von dem angreifenden 22. US-Infanterieregiment durch Beschuß mit Spreng- und Phosphorgranaten sowie durch angeforderte Jagdbomberunterstützung weitgehend zerstört, obwohl kein nennenswerter Widerstand geleistet worden war. Die meisten Städte der Umgebung waren ohne größere Zerstörungen und nach kurzem Kampf eingenommen worden. In der vom Feldgeistlichen des US-Regiments geschriebenen Geschichte der Einheit[1] wird die Zerstörung Crailsheims damit begründet, daß drei US-Soldaten unter Führung eines Leutnants JONES am 20. April, zu Ubergabeverhandlungen in die Stadt geschickt, von deutschen Soldaten erschossen worden seien: »Es war eine feige und nutzlose Geste seitens der Deutschen, und es war die wütende Vergeltung eines Kampfbataillons, das die Heimtücke eines besiegten Gegners zu hassen gelernt hatte. Eine Stadt starb und erinnerte sich an einen Leutnant JONES.«

Auf einem heimatgeschichtlichen Abend in Crailsheim wurde diese Quelle vorgetragen, die Presse berichtete ausführlich darüber[2] und brachte später das betreffende Kapitel aus der US-Regimentsgeschichte.[3] Doch diese Behauptung des US-Kaplans stimmt nicht, es wurden keine US-Unterhändler erschossen. Ausführliche Recherchen des Crailsheimers Armin ZLEGLER, in einem Buch zusammengefaßt,[4] ergaben nach Auswertung von deutschen und amerikanischen Archiven und Aussagen von Zeitzeugen beider Seiten, auch des damaligen führenden US-Offiziers, dagegen folgendes: Der Versuch der 10. US-Panzerdivision, von dem schon am 7. April 1945 kampflos eingenommenen Bad Mergentheim in kühnem Vorstoß nach Crailsheim durchzubrechen dann nach Westen umzuschwenken und bis Heilbronn starke deutsche Einheiten einzukesseln, scheiterte, als die US-Truppen sich am 10. April 1945 nach erster Besetzung Crailsheims vor deutschen Angriffen zurückziehen mußten. »Eine letzte Möglichkeit, in diesem Krieg noch einen dramatischen Erfolg zu erzielen, war in eine Niederlage verwandelt worden. Damit war der Name Crailsheim in der US-Armee psychologisch negativ besetzt.«[5]

In den folgenden Tagen erlebte die Stadt Crailsheim immer wieder Jagd-



Einmarsch der Amerikaner in Crailsheim am 21. April 1945.

[1] William S. BOICE, *History of the Twenty-second United States Infantry,* Phoenix 1959.

[2] *Hoben/ober Tageblatt,* 21.2. 1995.

[3] *Hohenhher Tageblatt,* 20. 4. 1995.

[4] Armin ZIEGLER, *Crailsheim 20. April 1945. Hin zeitgeschichtlicher Beitrag,* Robert Baier, Crailsheim 1996.

[5] Ebenda, S. 38.

bomber-Angriffe. Bis zum 20. April hatte deswegen der größte Teil der Bevölkerung die Stadt verlassen. Die wenigen noch vorhandenen deutschen Soldaten verließen am 20. April die Stadt. Am Abend befahl der deutsche Stadtkommandant die Räumung.



Schloß Crailsheim 1945. Beide Abbildungen aus: Folker FÖRTSCH, *Warum Crailsheim 1945 zerstört wurde.* Bater, Crailsheim 2005.

Ab Mittag des 20. April gingen die Amerikaner gegen Crailsheim vor. Da keine weißen Fahnen gehißt waren und ein US-Spähtrupp um 19.30 Uhr - fälschlicherweise - starke SS-Einheiten in der Stadt meldete, wurde der Artilleriebeschuß verstärkt und Phosphorgranaten eingesetzt. Der bei Schießereien dann im regulären Kampf gefallene Leutnant Walter Edward JONES - er war das einzige Todesopfer des angreifenden 1. US-Bataillons - gab dafür keinen Anlaß mehr. Es hat keine Übergabe-Verhandlung mit dem Bürgermeister stattgefunden, weder dieser noch sein Stellvertreter waren noch in der Stadt. Insbesondere wurde kein Parlamentär erschossen.

Zusammenfassend urteilt Armin ZEGLER: »Er (BOICE) entschied sich für die Festschreibung einer heroischen Legende, die nicht der Wahrheit entspricht, offensichtlich zur Rechtfertigung für die aus militärischer Sicht allein nicht mehr zu begründende Zerstörung einer Stadt, die sich dann auch noch als unverteidigt erwies... Hieraus läßt sich keine Schuld der damaligen Crailsheimer an der Zerstörung ihrer Stadt ableiten. Der Vorwurf, daß die Stadt Crailsheim selbst schuld an ihrer Zerstörung sei, entbehrt jeder Grundlage. Er ist, wie mir amerikanische Militärhistoriker sagten, absurd.«[6]

»Der Grund für die Zerstörung der Stadt vom 20. April 1945 durch das I. Bataillon des 22. US-Infanterieregiments ist vielmehr in folgenden Tatsachen zusehen: Die Feindaufklärung hatte nachmittags gemeldet, daß in Crailsheim keine weißen Fahnen zu sehen waren, ein Spähtrupp hatte um 19.20 Uhr gemeldet, daß in der Stadt viele SS-Truppen seien, und der Versuch der Amerikaner, mit dem Bürgermeister Kontakt aufzunehmen, war gescheitert. Die US-Truppe tat daraufhin das, was ihrer gewohnten - auf dem Weg nach Crailsheim oft praktizierten - Kampfführung entsprach: Es wurde Jabo-Unterstützung angefordert, die Artillerie beschoß die Stadt - zuerst mit normalen Granaten, dann mit Phosphorgranaten - bis die deutschen Truppen sich aus der Stadt zurückzogen. Erst dann rückte die Infanterie mit Panzerunterstützung nach. Der Tod des Leutnants JONES war kein auslösendes Moment für das längst geplante und damals angelaufene militärische Vorgehen der Amerikaner. Es gab kein schuldhaftes Verhalten der Crailsheimer Bürger.«[7]

[6] Ebenda, S. 79.

[7] Ebenda, S. 81 f.

Der Fall Nemmersdorf

So lautet die offizielle Bezeichnung, mit der die Wehrmacht-Untersuchungsstelle (WUSt) den Vorgang benennt, über den der Amerikaner Alfred M. DE ZAYAS[1] als Beispiel alliierter Völkerrechts-Verletzungen schreibt: »Am 20. Oktober 1944 eroberten Spitzen der sowjetischen Armee das ostpreußische Dorf Nemmersdorf südlich von Gumbinnen. Wenige Tage später besetzten deutsche Truppen die Ortschaft wieder. Nach Schilderung der ersten deutschen Soldaten, die dann in Nemmersdorf eintrafen, waren die Ortsbewohner zum Teil grausam ermordet worden.«

Nemmersdorf war der erste deutsche Ort, den sowjetische Truppen im Zweiten Weltkrieg eroberten. In diesem Dorf tobte sich die durch Propaganda aufgepeitschte russische Soldateska zuerst gegen deutsche Zivilisten aus, die auf entsetzliche Weise von ihrem Leben >befreit« wurden.

Von den erwähnten deutschen Truppen, die Nemmersdorf zurückeroberten - es waren Einheiten des Fallschirmjäger-Regiments 16 (Ost) -, liegen Tagebuchaufzeichnungen des Regiments-Kommandeurs, des späteren Bundeswehr-Obersten Gerhart SCHIRMER, vor.[2] Oberst SCHIRMER berichtet, daß sein Regiment, dem Panzer-Korps >Hermann Göring« unterstellt, den Auftrag erhielt, den Raum um Nemmersdorf zurückzuerobern. Wörtlich heißt es:

»Dann griffen wir an. Die Pak wurden feuerbereit geschoben. Wir kämpften uns von Haus zu Haus und erreichten die Linie Kirche-Angerappfluß an der Brücke. Dann halfen uns Stukas (RUDEL).- Bis zum Abend hatten wir Nemmersdorf in Besitz. Das Bild, das sich der Kampftruppe bot, war furchtbar. Die Frauen waren nackt an die Scheunentore genagelt - wie Christus am Kreuz. Schrecklich mißbraucht und verstümmelt, die Kinder und Männer erschlagen und gräßlich zugerichtet... Kurz nach der Einnahme habe ich Nemmersdorf selbst gesehen. Es war entsetzlich. An den Scheunen- und sonstigen Toren angenagelte Frauen und Kinder, fürchterlich verstümmelt.«

Unabhängig vom Bericht des Obersten a. D. SCHIRMER liegt ein Bericht von Johann WALZ, Hohenfels bei Stockach, vor, der nach schweren Rückzugsgefechten aus Tilsit durch Nemmersdorf gekommen war. In den Wirren des Kampfes kam er erst hinter dem Dorf zur eigenen Truppe, um sogleich wieder mit einem Spähtrupp die Lage zu erkunden. Aus diesem Erleben, bei dem er für kurze Zeit neben einem Kameraden

[1] Alfred M. DE ZAYAS, *Die Wehrmacht-Untersuchungsstelle - Unveröffentlichte Akten über alliierte Völkerrechtsverletzungen im Zweiten Weltkrieg,* Universitas, München 1980, S. 39.

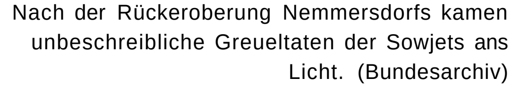
[2] Die Aufzeichnungen liegen dem Verfasser vor.

Die sowjetrussischen Truppen wurden durch EHRENBURGS (Mitte) Mordaufrufe richtig aufgepeitscht.





Ermordete Kinder von Nemmersdorf, wie sie deutsche Soldaten bei der Rückeroberung im Herbst 1944 vorfanden. (Bundesarchiv)



Nach der Rückeroberung Nemmersdorfs kamen unbeschreibliche Greueltaten der Sowjets ans Licht. (Bundesarchiv)



Wie in Nemmersdorf wütete die entmenschte sowjetische Soldateska auch in anderen Orten, etwa in Metgethen bei Königsberg.

vorne lag, schreibt er selbst, daß er »schreckliche Beobachtungen machen mußte. Aus der Ferne mußten wir zusehen, wie das furchtbare Gemetzel in Nemmersdorf vor sich ging. Es war ein furchtbares Geschrei von Frauen und Kindern, und im Feuerschein konnten wir sehen, wie die besoffenen Russen die Kinder an Wagenrädern totschlugen, den Frauen die Brüste abschnitten und an Scheunentore nagelten. Anderen wurden die Hände abgehackt, also das Furchtbarste, was man sich nur denken kann, dieses Gemetzel von Nemmersdorf,,. Kurze Zeit darauf kamen die Fallschirmjäger von Oberstleutnant SCHIRMER und vertrieben die Russen.,. Ich selbst wurde dann von einem russischen Scharfschützen durch Lungenschuß verwundet.«

Das Verhalten der russischen Soldaten darf nicht verwundern, wenn wir STALINS - er war der gute Onkel Joe von Präsident ROOSEVELT - Einstellung zu deutschen Frauen erfahren.

Nachdem STALIN im Gespräch mit DJILAS für das Recht des russischen Soldaten zu Vergewaltigungen Partei ergriffen hatte, sagte er zu ihm: »Sie haben sich die Rote Armee ideal vorgestellt. Und sie ist nicht ideal und kann es auch nicht sein, selbst wenn sie nicht einen gewissen Prozentsatz von Verbrechern enthielte - wir haben die Tore unserer Strafanstalten aufgemacht und alle in die Armee gesteckt. . . Die Rote Armee ist nicht ideal. Wichtig ist,

daß sie die Deutschen bekämpft - und sie kämpft gut, alles andere spielt keine Rolle.«[3]

Da die deutsche Medien- und Umerziehungsindustrie allzu gern von deutscher Schuld und Scham redet, aber Untaten an Deutschen herunterspielen möchte, sei nachstehend nochmals auf eine Aussage von Alfred M. DE ZAYAS[4] hingewiesen:

»Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Vorgänge im Dorf Nemmersdorf am 20./21. Oktober, weil >Nemmersdorf< für die Geschichte der deutschen Fluchtbewegung eine wichtige Rolle spielte und neben Katyn wohl auch eines der besten belegten Beispiele russischer Greueltaten im Zweiten Weltkrieg ist. Den ostpreußischen Bauern jedenfalls wurde es zum Inbegriff unaussprechlicher Angst. Nemmersdorf war keineswegs der einzige Ort, in dem Angehörige der Roten Armee Gewalttaten begingen, aber was sich dort abspielte, hat die Flucht nicht nur der Ostpreußen, sondern auch die der Schlesier und der Pommern beschleunigt...

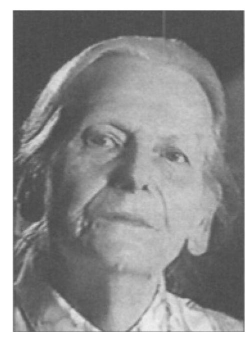
Die qualvollen Geschehnisse sind sämtlich belegt: Am 5. Juli 1946 erklärte der ehemalige Stabschef der Vierten Armee in Ostpreußen Generalmajor Erich DETHLEFFSEN: >Als im Oktober 1944 russische Verbände in der Gegend Gr. Waltersdorf (südostw. Gumbinnen) die deutsche Front durchbrachen und vorübergehend bis Nemmersdorf vorstießen, wurde in einer größeren Anzahl von Ortschaften südlich Gumbinnen die Zivilbevölkerung - z. T. unter Martern wie Annageln an Scheunentore - durch russische Soldaten erschossen. Eine große Anzahl von Frauen wurde vorher vergewaltigt... Dabei sind auch etwa 50 französische Kriegsgefangene durch russische Soldaten erschossen worden. Die betreffenden Ortschaften waren 48 Stunden später wieder in deutscher Hand. Die Vernehmungen lebendgebliebener Augenzeugen, ärztliche Berichte über die Obduktion der Leichen und Photographien der Leichen haben mir wenige Tage später vorgelegen.«

Ein anderer Augenzeuge legte unter Eid die folgende Aussage ab, die später in Nürnberg von der Verteidigung als Beweismaterial vorgelegt wurde: >Am Straßenrand und in den Höfen der Häuser lagen massenhaft Leichen von Zivilisten, die augenscheinlich nicht im Laufe der Kampfhandlungen durch verirrte Geschosse getötet worden, sondern planmäßig ermordet waren, Unter anderem sah ich zahlreiche Frauen, die man nach der Lage der verschobenen und zerrissenen Kleidungsstücke zu urteilen, vergewaltigt und danach durch Genickschuß getötet hatte; zum Teil lagen daneben auch die ebenfalls getöteten Kinder.«

Karl PoTREK, ein Zivilist aus Königsberg, der zum Volkssturm eingezogen und sofort zur Verstärkung in den Raum Gumbinnen-Nemmersdorf geschickt worden war, berichtete später: »Hinter diesem freien Platz steht wiederum ein großes Gasthaus Roter Krug. An diesem Gasthaus stand längs der Straße eine Scheune. An den beiden Scheunentüren waren je eine Frau, nackt in

[3] Milovan DJILAS, *Gespräche mit Stalin*, S. Fischer, Frankfurt/M. 1962, S. 142.

[4] Alfred M. DE ZAYAS, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen*, C. H. Beck, München, 1977, S. 80 f.



Gerda MEKCZULAT überlebte schwerverletzt als einzige das Massaker von Nemmersdorf. (Foto: *ZDF)* »Als ich zu mir kam, hörte ich die Kinder schreien und Gewehrschüsse. Dann war alles still.«

gekreuzigter Stellung, durch die Hände angenagelt. Weiter fanden wir dann in den Wohnungen insgesamt 72 Frauen einschließlich Kinder und einen alten Mann von 74 Jahren, die sämtlich tot waren, fast ausschließlich bestialisch ermordet bis auf nur wenige, die Genickschüsse aufwiesen«.«

Wir schließen den »Fall Nemmersdorf« mit den Gedanken des sowjetischen Offiziers Lew KOPELEW,[5] die mit dem Mordbefehl des Ilja EHRENBURG[6] »Tötet, tötet, tötet...« eine gewisse Erklärung jener Unmenschlichkeit geben. Am Schluß des Kapitels »In Ostpreußen« schreibt KOPELEW: »... und wir alle - Generäle und Offiziere - verhalten uns nach EHRENBURGS Rezept. Welche Rache lehren wir: deutsche Weiber aufs Kreuz legen, Koffer, Klamotten wegschleppen. Die Deutschen fliehen vor uns (zu den Engländern und Amerikanern). Und stell dir vor, was wird später aus unseren Soldaten, die zu Dutzenden über eine Frau herfielen? Die Schulmädchen vergewaltigten, alte Frauen ermordeten?. . . Das sind Hunderttausende von Verbrechern, künftigen Verbrechern, grausame und dreiste mit den Ansprüchen von Helden.«

Zum sowjetischen Terror gegen Deutsche schreibt der Militärhistoriker Joachim HOFFMANN in seinem Standardwerk:

»Tötungen als schwerwiegendstes Delikt geschahen auf mannigfache Art und Weise. Flüchtlingstrecks wurden von Panzern niedergewalzt oder zusammengeschossen. Männer, aber auch viele Frauen nach der Vergewaltigung, durch herabspringende Tankisten und Infanteristen erschossen, erschlagen oder erstochen. Uberall in Häusern und auf Straßen wurden Zivilpersonen ermordet, in manchen Gebäuden, Forsthäusern, Scheunen und Schuppen bisweilen auch lebendigen Leibes verbrannt. Männer, die ihre Frauen und Töchter vor der Vergewaltigung zu schützen versuchten, wurden in der Re-

[5] Lew KOPELEW, *Aufbewahren für alle Zeit,* Hoffmann und Campe, Hamburg 1976, S. 114.

[6] Ilja EHRENBURG, sowjetischer Schriftsteller und Propagandist, 1891 geboren in Kiew, 1967 gestorben in Neu Jerusalem (bei Moskau), entstammt einer jüdischen Familie, floh 1909 nach Paris, 1918 in die Sowjetunion, wardann in Paris, Berlin, nahm am Spanischen Bürgerkrieg auf der Seite der Roten **teil,** war im Zweiten Weltkrieg in Moskau propagandistischer Wegbereiter der von Rotarmisten verübten Verbrechen an Deutschen.



Reste zerstörter Trecks. »Die russischen Piloten hatten den Befehl, jede Flüchtlingskolonne zu beschießen, >da dort Soldaten zu vermuten) seien.« (Heinz SCHÖN)

gel ebenso getötet wie Frauen, die sich gegen eine Gewalttat zur Wehr setzten. Immer wieder wird von sadistischen Sexualmorden berichtet und manchmal sogar von der Schändung zuvor schon Ermordeter. Im Zuge einer sogenannten »Entnazifizierung« wurden Mitglieder der NSDAP und deren Gliederungen oder sonstige »Faschisten«, etwa Ortsbauernführer, erschossen, vielfach auch Beamte und Angestellte der Zivilverwaltung und natürlich Angehörige der Polizei, überhaupt Uniformträger des öffentlichen Dienstes, einerlei ob Eisenbahner, Postbeamte, Feuerwehrleute, Förster, ferner Angehörige des Reichsarbeitsdienstes oder der Organisation TODT, darüber hinaus sehr oft auch sogenannte »Kapitalisten« wie Gutsbesitzer, Bauern, Ladeninhaber, Hausbesitzer, ferner alle, die, wie Hitlerjungen, in irgendeiner Weise als potentielle »Partisanen« angesehen wurden, und sehr oft die Bewohner von Häusern, in denen deutsche Soldaten oder Waffen gefunden worden waren. Formale Grundlage war der von dem Volkskommissar fur Innere Angelegenheiten der UdSSR, BERIJA, herausgegebene Befehl Br. 0016 des NKWD vom 16. Januar 1945. Die Sowjets erschossen oder erschlugen während der Deportationen der »mobilisierten Deutschen« *{mobilizovannycb nemcev)* alle jene, die aus Kräftemangel nicht Schritt zu halten vermochten, und in den Folterkellern des NKWD starben viele der Verhörten unter unmenschlichen Torturen. Bisweilen wurde, wie die Beispiele Nemmersdorf 1944 und Metgethen 1945 erweisen, die Einwohnerschaft ganzer Ortschaften, Männer, Frauen und Kinder, einfach nur deswegen massakriert, weil es sich bei ihnen um Deutsche gehandelt hat. Für das zügellose Treiben der aufgehetzten sowjetischen Soldateska gab es keine feststehende Regel.«[7]

[7] Joachim HOFFMANN, ***Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,*** Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 252 f. 2002 erschien das Video ***Nemmersdorf 1944 - Die Wahrheit über ein sowjetisches Kriegsrerbrechen.*** Augenzeugenberichte in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 3. 12. 2001.

Man muß es einen Treppenwitz der Weltgeschichte nennen, daß eben diese Sowjetunion beim sogenannten »EMT«, dem Rachetribunal von Nürnberg, auf der Seite der Ankläger saß, statt selbst unter Anklage zu stehen.

⇨ Daß Reichspropagandaminister GOEBBELS das »Wüten der sowjetischen Bestien« in Nemmersdorf und in umliegenden Dörfern hochputschte, ist unumstritten. Zu behaupten, daß Nemmersdorf das Werk der Reichspropaganda war, ist ein wahnwitziger Schritt, den Guido KNOPP trotzdem wagte. In seiner Reihe »ZDF-History« vom 25. November 2001 meinte er: »Aussagen von Zeitzeugen lassen vermuten, daß die NS-Propaganda die Verbrechen nicht nur instrumentalisiert, sondern zum Teil auch inszeniert hat.«
Helmut HOFFMANN, angeblich einer der ersten Soldaten vor Ort, wurde als Zeitzeuge bemüht: »Wenn da geschrieben wurde, es sind Frauen gekreuzigt oder angenagelt worden - das ist ungeheurer Blödsinn. Da ist auch keine Frau vergewaltigt worden. So wie sie dalagen..,, das hat man nachträglich gemacht. Man hat ihre Kleider hochgezogen und auch runtergezogen.«

Alliierte Besetzung der Stadt Bamberg

Viele Vertreter der »öffentlichen« (besser: »veröffentlichten«) Meinung sprechen heute davon, daß jedenfalls die »anständigen« Deutschen 1945 »befreit« wurden. Andere geben immerhin zu, daß man im Osten bei den Russen, Tschechen und Polen wohl besser nicht von »Befreiung« sprechen solle, sind aber der Meinung, der Einmarsch der Westalliierten sei doch eine Befreiung gewesen. Leider gibt es darüber nur wenige gründliche Untersuchungen und Darstellungen, und die Zeitzeugen sterben aus. Es soll nun am Beispiel der Stadt Bamberg von einem damaligen Erlebniszeugen dargestellt werden, wie sich in einer durchschnittlichen deutschen Stadt der Ubergang zur amerikanischen Besatzung ereignete.

Als im April 1945 die amerikanischen Truppen anrückten, standen kaum noch deutsche Verbände zur Abwehr zur Verfügung. Die Einheiten der Bamberger Garnison waren schon im Maingebiet gegen die Amerikaner eingesetzt und aufgerieben worden, der Volkssturm war praktisch unbewaffnet, bestand außerdem fast nur aus alten, oft kranken und fast immer völlig kampfunwilligen Männern. Trotzdem sollte Bamberg verteidigt werden. Die Regnitzbrücken wurden gesprengt, und einige wenige, oft kriegsversehrte Soldaten leisteten Widerstand, als die Amerikaner von Osten her (!) in die Stadt eindrangen. Als sich deutsche Soldaten ergaben, wurden sie zunächst ausgeplündert, dann stundenlang mit »Scheinexekutionen« schikaniert.[1] Als die Amerikaner an der Regnitz durch die Sprengung der Brücken aufgehalten

[1] Rudolf ALBAR, *Die letzte» und die ersten Tage, hamberger Kriegstagebuch 1944/46,* Fränkischer Tag, Bamberg 1953, S. 80 f.



Die 45. US-Infanteriedivision setzte in Bamberg vielfach Phosphorgranaten ein und löste damit starke Brände aus, die erst nach vier Tagen unter Kontrolle gebracht werden konnten. Am 14. April 1945 war die Stadt Bamberg »befreit«. Zahlreiche Bamberger verloren an diesen Tagen Hab und Cut.

und vom anderen Ufer aus beschossen wurden, zwangen sie die Gefangenen, die sie mißhandelt und zudem - wie mehrere Geschäfte - ausgeplündert hatten, US-Uniformen anzuziehen und als Kugelfang zu dienen. Ein deutscher Gefangener wurde auf diese Weise verwundet.[2]

[2] Rudolf ALBAR, ebenda, S. 88 f.

Die Amerikaner setzten dann den Oberbürgermeister Dr. BÖHM ab, verhafteten ihn und ernannten einen neuen Oberbürgermeister (Luitpold WEEGMANN, der bis 1933 schon Oberbürgermeister gewesen war). Eine seiner ersten Amtshandlungen war, daß er auf Geheiß der Amerikaner zwei kriegsgefangene russische Offiziere, die sich durch Methylalkohol vergiftet hatten, ausgraben lassen mußte, damit sie ein militärisches Begräbnis erhalten konnten.[3]

Ebenda, S. 108.

Im übrigen hatte die Bevölkerung unter den amerikanischen Soldaten zu leiden. Es wurde geplündert, vor allem waren die Amerikaner scharf auf Uhren, so daß man sich erzählte, >USA< bedeute >Uhrensammlerarmee<. Man konnte Soldaten sehen, die an jedem Arm drei oder vier Armbanduhren trugen. Wenn man sich bei den Offizieren über den Raub der Uhren (oder anderer Wertgegenstände) beschwerte, dann bekam man im besten Fall die Anwort: »Nennen sie Namen, Rang und Einheit des Soldaten, wir werden der Sache nachgehen!« (Das war natürlich unmöglich, denn die »Befreier« hatten sich nicht vorgestellt.) Im schlimmsten Fall wurde man »wegen Verleumdung der US-Army« inhaftiert, denn »ein US-Soldat stiehlt nicht!« (persönliche Erlebnisse). Es kam aber auch zu zahlreichen Vergewaltigungen, vor allem durch schwarze Soldaten, In einem Fall wurde der Vater des Opfers niedergeschossen, die Tochter dreimal vergewaltigt.[4] In acht Wochen wurden 37 Körperverletzungen durch Besatzungssoldaten gemeldet, wobei viele Fälle nicht bekannt geworden sein dürften, ebenso wie viele Vergewaltigungen. Beliebter »Sport« der Soldaten war es, Leute, die die »Sperrstunde« übertreten hatten, die etwa 2,5 Meter hohe Uferböschung hinunterzuwerfen. Zwei 12jährige Mädchen, die von ihren Eltern zum Einkauf geschickt waren, wurden von einem Posten »aus Spaß« in die Beine geschossen.[5]

[4] Ebenda, S. 116 f.

Ebenda, S. 121 f.

Aber nicht nur die einfachen >GIs« plünderten, auch die Offiziere. Die Familie des HITLER-Attentäters Graf STAUFFENBERG wohnte in Bamberg. Sie war nach dem Attentat in >Sippenhaft< genommen worden. Die Gestapo hatte den Schmuck der Familie »beschlagnahmt«, die Amerikaner »übernahmen« ihn - und gaben ihn nun keineswegs zurück. Auch als sich der US-General WEDEMEYER (er kannte die Familie aus der Zeit vor dem Krieg, als er Gast an der deutschen Kriegsakademie gewesen war) für die Familie einsetzte, kam der Schmuck nur teilweise zurück, etwa ein Drittel blieb »verschwunden«.[6] Ähnlich erging es dem Silber der Bamberger Synagoge, das nach der berüchtigten »Reichspogromnacht« am 8./9. November 1938 ebenfalls in Gestapohände gekommen war. Hier bemühte sich der neue Landrat und spätere Bundesjustizminister Dr. Thomas DEHLER um Rückgabe, aber eben-

* Ebenda, S. 34 f.

so »interessierten« sich hohe amerikanische Offiziere für diese wertvollen »Souvenirs«/ Ein ausländischer Konsul hatte zwei Vollblut-Araber amerikanischen Offizieren zur Verfügung gestellt. Plötzlich waren Pferde und Offiziere verschwunden. Eines Tages fand der Diplomat in der amerikanischen Soldatenzeitung ***Stars and Stripes*** ein Foto seiner Pferde mit der Unterschrift: »Diese beiden wundervollen Beutepferde konnte der Gefreite Soundso aus Deutschland über den Atlantik bringen.« Der Diplomat klagte nun auf Schadenersatz. Erst wurde ihm eine Entschädigung in Reichsmark angeboten. Als er ablehnte, bekam er nichts/

Schlimm waren die Ausschreitungen der nun befreiten ausländischen Arbeiter, die auch mehrere Morde begingen und denen die Amerikaner weitgehend freie Hand ließen/ Es muß betont werden, daß es sich dabei nicht um »Racheakte« handelte, sondern meist um einfache Raubmorde.

Natürlich wurden nun auch »Nazis« - oder wen man dafür hielt - verhaftet und zum Teil lange interniert. Die Verhaftung geschah oft unter Mißhandlungen und Demütigungen. In der kleinen bei Bamberg gelegenen Stadt Scheßlitz wurde der Ortsgruppenleiter erst vor der Familie verprügelt, man drückte auf seinem entblößten Oberkörper Zigaretten aus, dann wurde er gezwungen, im Garten ein Grab zu graben, er mußte sich hineinlegen und wurde dann »nur« von den Amerikanern »vollgeschissen«. Der 15jährige Jungvolkführer des Ortes wurde auch verhaftet, in ein in Hessen liegendes Internierungslager gebracht und dann »schon« nach 3 Monaten entlassen, er mußte natürlich zu Fuß nach Hause laufen. (Persönliche Information.)

In Bamberg wurden von 465 städtischen Beamten 225 entlassen, von 384 Angestellten 103 und von 468 städtischen Arbeitern »nur« 46, da ja »untergeordnete Arbeit« gnädigerweise auch für »Nazis« erlaubt war. Von den Verhafteten wurden viele nach Monaten entlassen - »Inhaftierung unbegründet«! Der Grund war eine Denunziation oder auch einfach Unwissenheit der Amerikaner, die z. B. im »Kreisbeauftragten des Gaststättengewerbes« einen bedeutenden NS-Funktionär sahen (er wurde anderthalb Jahre eingesperrt!). Ein Oberabteilungsleiter der Feuerwehr wurde »nur« sechs Monate eingesperrt (er war nie in der Partei gewesen).[10]

Dafür wurden die 800 Häftlinge des Bamberger Amtsgerichts nun befreit, neben politischen auch alle kriminellen Häftlinge. Der von den Amerikanern eingesetzte neue Direktor berichtete auf Ehrenwort, daß es vorher in der Haftanstalt nie zu Übergriffen gegen die Häftlinge gekommen sei. Das habe auch der spätere kommunistische Stadtrat GEYER bestätigt, der dort selbst als politischer Häftling einsaß. Nun hätten etwa fünfzig tschechische Häftlinge, denen es vorher nicht schlecht gegangen sei, eine Schreckensherrschaft begonnen. Viele der bisherigen Wachtmeister seien halbtot geschlagen worden, und das mehrere Tage hintereinander, zum Teil mehrmals am Tag, aber auch nachts. Auch Kriegsgefangene, darunter siebzehnjährige Jungen,

[7] Rudolf ALBAR, ebenda, S. 126 ff.

[e] Ebenda, S. 123.

'Ebenda, S, 118 ff.

[10] Ebenda, S. 132 f.

wurden ähnlich mißhandelt. Die Tschechen erklärten, sie hätten von den Amerikanern acht Tage lang »freie Hand« erhalten. Sie plünderten auch entsprechend in der Stadt. Schließlich wäre es sogar den Amerikanern zu viel geworden, und sie hätten das Gefängnis bewachen lassen. Diese Wachmannschaften vergnügten sich, allerdings in erster Linie mit weiblichen Häftlingen, ein Wachtmeister mußte dazu gelegentlich unfreiwillig sein Schlafzimmer zur Verfügung stellen.[11]

[11] Rudolf ALBAR, ebenda, S. 123 ff.

Neben echten politisch Verfolgten kamen nun auch kriminelle Häftlinge unter dem Vorwand, »politisch verfolgt gewesen zu sein«, zu Amt und Würden. Unter anderem mußte ein Mann in der Stadtverwaltung angestellt werden von dem sich herausstellte, daß er 23 Vorstrafen hatte. Das war aber kein Einzelfall. Der König der Hochstapler war der 37jährige Fritz HERTEL, der es zum Bankdirektor, Vorsitzenden des Prüfungsausschusses und zum zweiten Bürgermeister brachte. Er hatte zwölf Vorstrafen (unter anderem Betrug, Diebstahl, Urkundenfälschung) und war ohne die bürgerlichen Ehrenrechte. Es hat zum Teil Jahre gedauert, bis diese Leute entlarvt und entfernt wurden,[12] Das war die »Befreiung« 1945. (Die Quellen sind meist aus dem Archiv des ***Fränkischen Tag,*** der Bamberger (Lizenz-) Zeitung, also keineswegs von »Rechtsradikalen«.}

[11] Ebenda, S. 131 f.

Die Menschen damals waren natürlich froh, daß der Krieg vorbei war. Politische Gegner des NS freuten sich auch, daß sie nun wieder offen politisch tätig werden konnten - aber befreit haben sich wohl die wenigsten Deutschen gefühlt, sondern besiegt. Daß die geschilderte Praxis der US-Truppen gegen die Haager Landkriegs Ordnung und das geltende Völkerrecht verstieß, sei der Vollständigkeit halber erwähnt.

Weitere Beispiele mit überzeugender Schilderung des Benehmens der Angehörigen der amerikanischen Streitkräfte in den ersten Tagen nach ihrem Einmarsch finden sich in Ernst von Salomons ***Fragebogen.13***

[13] Ernst VON SALOMON, ***Der Fragebogen,*** Rowohlt, Hamburg 1951.

So heißt es dort Seite 527 ff. von einem bayerischen Dorf: »Ich traf den Doktor. Er bestätigte mir die Ereignisse der Nacht. Besonders schlimm hätten die Militär-Polizisten gehaust... »Sechs Vergewaltigungen in einer Nacht«, sagte er, »echte Vergewaltigungen nach meinem Befund.« Er sagte, nach sieben Uhr abends hätten die Militärpolizisten Treibjagd auf alle Frauen und Mädchen gemacht, die sich noch außer ihrem Haus befunden hätten ,.. Der Doktor sagte: »Ja, das ist merkwürdig, in Amerika scheint es keine Uhr zu geben, Sie nehmen den Leuten auf der Straße die Armbanduhren ab, alte und neue, gute und schlechte! Meine alte Zwiebel haben sie mir auch weggenommen.««

»Aber der Sache mit den Uhren wollte ich auf den Grund gehen«, und VON SALOMON geht zum US-Kommandanten: »Ein Offizier trat in die Tür... Da sah ich, daß der Offizier im Knopfloch seiner linken Brusttasche nicht weniger als fünf Armbanduhren eingeknüpft trug. ..«

Ermordung deutscher Kriegsgefangener

Während seit 1945 große Summen für die Erforschung angeblicher oder wirklicher Untaten durch Deutsche ausgegeben wurden, wird die Ermittlung von Verbrechen an Deutschen und an Ausländern, die Deutschland im Zweiten Weltkrieg unterstützten, wesentlich weniger gefördert. Zwar wurden während der Zeit des Kalten Krieges von Amts wegen einige Forschungen auf dem Gebiet der Vertreibungsverbrechen durchgeführt, doch die Ermittlungen von Untaten der westlichen Sieger erfolgten fast ausschließlich durch private Untersuchungen. Manches wird eher durch Selbstdarstellung der Sieger bekannt - zum Beispiel die Ermordung der Hunderte von Angehörigen der Wachmannschaften des Konzentrationslagers Dachau durch US-Soldaten[1] - als durch Arbeiten deutscher Historiker. Die Forschung durch Deutsche auf diesem Gebiet wird allgemein nicht gern gesehen.

Im folgenden werden beispielhaft einige Kriegsverbrechen der Amerikaner aufgelistet, wie sie sich zumeist allein im Bereich der Waffen-SS-Division »Götz von Berlichingen< bei deren Rückzug zwischen dem Saargebiet und dem Alpenraum ereigneten.[2]

[1] ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart,*** Nr. 2, 1987, S. 14-20.

[1] ***Kameraden*** Nr, 4, 1998, S. 11 f.

Zollhaus Erdung: Hier geriet am 15. 3. 1945 ein Spähtrupp des 3. Pionierbataillons in Gefangenschaft. Als Unterscharführer SCHÜTZ Angaben über seine Einheit verweigerte, bekam er mehrere Pistolenschüsse in Arme und Beine, an denen er verstarb.

Quelle: Augenzeuge Unterscharführer SCHUSTER, 3. Pionier-Bataillon 17.

Buchenbusch: Am 15. 3. 1945 sahen US-Leutnant WAREN und US-Leutnant BRADSHAW angeblich tote Deutsche liegen. Als einer, offensichtlich nur verwundet, mit den Augen blinzelte, wurde er von Leutnant WAREN erschossen. Am selben Tag erschoß er noch einen Deutschen, der sich bereits ergeben hatte.

Quelle: Eigene Aussage Leutnant WAREN, 7. US-Regiment.

Bliesbriicker Berge: Am 15. 3. 1945 beobachtete Rottenführer HUGSDORF vom sIG-Zug 13./38, wie ein Nachrichtenmann beim Flicken einer Leitung die Hände hob und auf englisch rief: »Ich ergebe mich!« Trotzdem wurde er von einem Amerikaner erschossen.

Quelle: Augenzeuge Rottenführer HUGSDORF, 13./38.

Steinalben: Am 21. 3. 1945 wurden auf dem Friedhof des Ortes zunächst neun Angehörige der Division >Götz von Berlichingen<, die sich bereits ergeben

hatten, erschossen. Sechs Mann trieb man auf der R 270 bis in die Nähe der Geiselbergmühle und tötete sie durch Genickschüsse. Zwei Mann überlebten dieses Massaker und erreichten schwer verletzt den Ort Heltersberg. Einer davon war Alfred W. Verwandte des Alfred W. nahmen dort die Verwundeten auf, und mit ärztlicher Hilfe wurden sie wieder gesund.
Quelle: ***Die Rheinpfalz*** 5. 4. 1955.

Tiefinbacb: Ostern 1945 wurde auf einer Wiese hinter dem Ziegler-Hof ein Unterscharführer »nach Art von Wildwest« nach der Gefangennahme erschossen.

Quelle: Uwe JACOBI, ***Das Kriegsende.***

Höcbstberg: Am Osterdienstag 1945 wurden drei namentlich bekannte Soldaten durch das Dorf geführt und kurz darauf erschossen.
Quelle: Dorfbewohner von Höchstberg.

Herbolzheim: Am 4.4.1945 sollte ein gefangener deutscher Soldat ein amerikanisches Kfz putzen. Als er sich weigerte, wurde er erschossen. Beim Friedhof zwischen Hof Lamminger und Henninger lagen sieben Mann mit Kopfschuß, die nach der Gefangennahme erschossen worden waren.
Quelle: Adolf ECKERT, Herbolzheim, und weitere Einwohner.

Kressback Am 6. 4. 1945 wurden sechs gefangene SS-Männer in einem Schuppen des Bauern SCHUH durch Genickschuß getötet.
Quelle: Augenzeuge Lehrer SPAHMANN, Kressbach.

Stuppacb: Nach den Kampfhandlungen am 6. 4, 1945 wurde festgestellt, daß rund 30 Gefangene mit Draht gefesselt worden waren und eingeschlagene Schädel und Kopfschüsse aufwiesen.

Quelle: Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge und Bürgermeisteramt Stuppach vom 2. 7.1952.

WillenbacherHof Am 10.4.1945 meldete Hauptmann BREUER im offenen Funkspruch an die Division »Götz von Berlichingens daß am selben Tag von den Amerikanern rund 10-20 verwundete SS-Männer nach der Gefangennahme erschossen worden seien.

Quelle: Augenzeuge Hauptmann BREUER, von der 10. VGD zur >GÖtz von Berlichingen< versetzt.

Lampoldshausen: Zwischen dem 10. und 13.4. 1945 wurden im Ort 13 Soldaten nach der Gefangennahme erschossen: Neben dem Hause OTT ein Soldat (Theodor SAUTER). In der Scheune ROSENBERGER verhörten die Amerikaner drei versprengte deutsche Soldaten und erschossen sie anschließend im Riedle. Am 13.4. 1945 verhörten die Amerikaner in der Scheune BECK sechs Gefangene und erschossen sie anschließend im Waldstück Fuchsberg. Drei versprengte Soldaten erschossen sie auf dem Gaisberg bei Karl FÖRCH.
Quelle: Bürgermeister und Pfarrer, Einwohner des Ortes und Unterlagen des Suchdienstes.

Weipertshausen: Nach den Kampfhandlungen am 9.4.1945 wurde ein SS-Mann in die GROSSsche Scheune geführt und dort erschossen. Einige Amerikaner zwangen Frauen in die GROSSsche Wohnung und vergewaltigten sie dort.
Quelle: Augenzeuge Bürgermeister KELLER.

Waldhausen: Am 11, 4. 1945 wurden zehn (gefangene) deutsche Soldaten von Amerikanern erschossen. Die Pfarrer von Langenelz und Oberneudorf sollen zugegen gewesen sein.
Quelle: Einwohner von Waldhausen.

Schwabach: Anfang April 1945 mußten drei Mann (eine MG-Bedienung) vor dem Giebel eines Hauses eine Grube ausheben, sich hineinstellen und wurden erschossen.
Quelle: Augenzeuge Oberschütze GRUCHOT 11./37.

Hermersberg: Nach dem Kampf bei Hermersberg am 11.4.1945 fand man etwa 15 tote Soldaten mit Drahtschlingen um den Hals. Ein Augenzeuge erzählt, daß sich einige Soldaten ihre Gräber selbst schaufeln mußten, bevor sie erschossen oder erschlagen wurden.
Quelle: ***Heilbronner Stimme,*** 30. 4. 1985, Bekanntmachung der Stadt Niedernhall Nr. 46 vom 14. 11. 1980.

Jungholzhausen: Am 15. 4. 1945 besetzte die K-Kompanie des 254. US-Infanterieregiments das kleine Dorf Jungholzhausen über dem Kochertal. 15 deutsche Pioniere wurden von den unerwartet einmarschierenden Amerikanern überrascht und gefangengenommen. Ohne langes Fragen ordneten die US-Soldaten sie der SS zu; eine Waffen-SS-Einheit hatte ihren Gefechtsstand in der Nähe. Die Soldaten wurden geschlagen und mißhandelt, schließlich bei Einbruch der Dunkelheit zu einer Betonmauer geführt und von hinten niedergeschossen. Einige überlebten, weil sie sich tot stellten und versteckten. Die Berichte der ersten Überlebenden, die sich wieder zu eigenen Einheiten

durchgeschlagen und im nächsten Kompaniegefechtsstand gemeldet hatten, stießen zunächst auf Unglauben: »Amerikaner tun so etwas nicht«, war die erste Reaktion eines deutschen Offiziers.

Quelle: Lokalzeitung von 30. 4. 1985 und Historiker BLUMENSTOCK.[3]

[3] Siehe: Beitrag Nr, 292, »Gefangenenmorde bei Junghol zhausen«.

Nürnberg: Der Kampf in und um Nürnberg dauerte vom 17. bis 22. 4. 1945. Nach Aussagen von Zeitzeugen wurden gefangene deutsche Soldaten umgebracht. Da dies an verschiedenen Stellen in der Stadt geschah, kann die genaue Anzahl nicht festgestellt werden. Bekannt ist, daß rund 200 Tote nach Bensheim gebracht und dort beerdigt wurden. Das dazu eingesetzte Gräberkommando stellte fest, daß eine große Anzahl Toter zertrümmerte Schädel oder Schüsse in den Hinterkopf hatte.

Quelle: Friedhofsunterlagen in Bensheim, Feststellungen von Suchdienstbearbeitern.



Der Kampf in und um Nürnberg war besonders erbittert.

Nürnberg: Der Rentner Josef SUTER beobachtete am 18. 4. 1945 von seinem Fenster aus, wie SS-Soldaten, die vorher in der Lederer Brauerei gefangengenommen worden waren, auf den israelitischen Friedhof geführt und dort erschossen wurden. Er gibt keine genaue Zahl an.
Quelle: Polizeiprotokoll vom 13. 12. 1945 in Nürnberg.

Pfaffenhofen: Die Amerikaner ließen im April 1945 15 Gefangene vor ihren Panzern hergehen. Am Ortsausgang schössen sie sämtliche Soldaten nieder. Quelle: ***Regensburger Woche*** vom 23. 8. 1956 und Schreiben der Gemeinde Eberstetten vom 24. 11. 1959.[4]

[4] Ausführliche Darstellung in: Beitrag Nr. 291, »Die Morde von Eberstetten«.

Webling: Am 29. April 1945 erschossen US-Soldaten den Hofbesitzer FURTMAYER und 17 SS-Männer. Später wurde festgestellt, daß es sich insgesamt um 43 Soldaten gehandelt hat.

Quelle: Die englische Zeitschrift *After the Battie* Nr. 27, 1980.

Oberpframmern: Am 1. 5. 1945 gerieten acht versprengte SS-Männer und Gendarmeriebeamte aus Glonn in Gefangenschaft. Am Ortsrand mußten sie auf Befehl eines angetrunkenen US-Offiziers Gruben ausheben und wurden anschließend mit Genickschuß getötet.

Quelle: Der evangelische Geistliche Dr. Wilhelm FELDNER. Vorgang liegt unter Az, 9250/6 21 109/65 beim Bundesminister der Justiz.

Einen weiteren ähnlichen Fall berichtet der Ritterkreuzträger der Luftwaffe Major Klaus HÄBERLEN, Er war in Oberbayern in US-Gefangenschaft geraten. »Am Morgen mußten alle Gefangenen antreten, wobei wir erleben mußten, wie zwei blutjunge Waffen-SS-Kameraden entdeckt und sofort durch zwei GIs in ein Wäldchen hinter der Scheune gezerrt wurden. Kurz darauf fielen zwei Schüsse, die beiden Amis kamen alleine zurück. Diese beiden Jungen wurden ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren ermordet.«[5]

[5] Klaus HÄBERLEN, ***Erzählung eines Lebens in drei Epochen,*** Ulm 1998, S. 171

Hätten sich deutsche Soldaten derartiger Kriegsverbrechen schuldig gemacht, wären sie nach Kriegsende zur Rechenschaft gezogen und, wenn überführt, in der ersten Nachkriegszeit mit der Todesstrafe belegt worden.

Die Morde von Eberstetten

Nicht nur die Sowjets ermordeten in völkerrechtswidriger Weise Zivilisten und wehrlose Gefangene. Auch von den Streitkräften der Westmächte wurden nach ihrem Einmarsch 1945 zahlreiche Kriegs verbrechen durch Ermordung Unbewaffneter verübt. Es war keine >Befreiung<. Ein Beispiel sei angeführt.

Am Samstag, dem 28. April 1945, erreichten gegen 14 Uhr amerikanische Panzerspitzen, denen sich morgens gegen 10 Uhr die bayerische Stadt Pfaffenhofen an der Ilm (nördlich von München) kampflos ergeben hatte, von dort kommend die nahe Ortschaft Eberstetten, heute ein Ortsteil Pfaffenhofens. In Eberstetten befanden sich neben anderen Wehrmachtangehörigen seit dem Morgen des Tages auch 20 junge SS-Männer, wahrscheinlich meist Volksdeutsche. Alle hatten die Waffen niedergelegt. Als die Amerikaner einrückten, konnten fünf SS-Leute fliehen, die anderen 15 ergaben sich waffenlos den Amerikanern auf einem Bauernhof (Daniel).

Kurz darauf wurden die SS-Männer auf Panzer geladen, die mit ihnen wieder rückwärts aus dem Dorf fuhren. Etwa 100 Meter vom Dorfrand mußten die Deutschen absitzen und in die anliegenden Wiesen gehen. Nach rund 50 Metern wurden die waffenlosen Gefangenen von hinten von drei oder vier weißen Amerikanern mit Maschinenpistolen zusammengeschossen und liegengelassen.[1] Ein Augenzeuge, der inzwischen verstorbene Schreinermeister Georg WALTER aus Eberstetten, berichtete über diesen Meuchelmord:[2]

»Ich befand mich mit noch einem Pfaffenhofener Bürger, der auch seinen Sohn bei sich hatte, auf dem Dachboden meines Anwesens. Ich beobachtete, wie plötzlich amerikanische Fahrzeuge mit aufsitzenden deutschen Soldaten zurückfuhren und am Ortsrand etwa 100 Meter von mir hielten. Die Amis befahlen mittels Gebärden, abzusetzen und nach links in die Wiese zu laufen. Darauf eröffneten sie mit Maschinenpistolen von hinten das Feuer auf die deutschen Soldaten. Nach geraumer Zeit kam nochmals ein Jeep angefahren, auf dem sich noch drei Gefangene befanden. Diese wurden von den Amis nach rechts in die Wiese geschickt und ebenfalls mit einer MP-Salve von hinten getötet. Darunter befand sich auch ein etwa 40jähriger verwundeter und gehbehinderter Soldat aus einem Lazarett, der in Eberstetten von einem Sanka' abgeholt werden sollte. Gestützt auf seine zwei Kameraden wurde er zum Hinrichtungsort geführt.

Ein angeschossener Soldat rief noch eine Stunde lang um Wasser und um Hilfe. Doch kein Eberstettener durfte Hilfe bringen. Nach einer weiteren Stunde passierte ein nachfolgender amerikanischer Verband die Stätte des Grauens. Ein weißer Amerikaner hörte das Wimmern des letzten Überlebenden. Er beendete es kurzerhand mit einem Kopfschuß aus seiner Pistole.

[1] Berichte und Schreiben im Stadtarchiv Pfaffenhofen, für deren freundliche Überlassung dem Stadtarchiv verbindlichst gedankt wird.

[2] Aussage des inzwischen verstorbenen Georg WALTER aus Eberstetten, zitiert inr ***National-Zeitung,*** 9. 12. 1988.

[1] Abkürzung für >Sanitätskraftwagen*.

Erst am dritten Tag durften wir auf Geheiß eines amerikanischen Kommandeurs die Toten begraben. Zuvor sammelte ich die Soldbücher, Brieftaschen und Wertsachen ein. Die Toten beerdigten wir in einem naheliegenden Aushub, der von einem deutschen Funkwagen stammte. Ich übergab die Soldbücher, Brieftaschen und Uhren dem Bürgermeister SEBALD.«

Als SEBALD wenige Tage nach diesem Meuchelmord wegen seiner Parteizugehörigkeit als Bürgermeister von den Amerikanern abgesetzt wurde, übergab er die Sachen der Ermordeten seinem Nachfolger Josef WALTER in einer Kiste, die dieser aufbewahrte. Etwa acht Tage später erschien bei WALTER ein amerikanischer Offizier (»Käpten«), der nach Waffen suchte, dabei die Kiste sah und nach dem Inhalt fragte. Als ihm dieser mitgeteilt wurde, nahm er die Kiste mit und lehnte die Bitte, sie zur Benachrichtigung der Hinterbliebenen zurückzulassen, kategorisch ab. Seitdem fehlt von der Kiste und dem Inhalt jede Spur, so daß niemand weiß, wer die Ermordeten waren.

Der Name der schuldigen US-Einheit, die schnell weiterzog, konnte nicht ermittelt werden. Die Anordnung zur Beerdigung kam von einem anderen US-Verband.

Am 25. Januar 1952 wurden die in dem Massengrab ohne Särge bestatteten Soldaten vom Volksbund Deutscher Kriegsgräberfürsorge auf einen Soldatenfriedhof bei Regensburg überführt. Bei der Exhumierung fand man zwei Eheringe, aus deren Gravierung sich offenbar später ergab, daß es sich bei den Überführten um »SS-Unterscharführer August KLEBER, SS-Rottenführer WANITZKE und 13 unbekannte Tote« handelte, die »zur SS-Division Götz von Berlichingen« gehörten,[4]

Am Samstag, dem 3, Mai 1980, wurde ein von der Stadtverwaltung am Ortseingang von Eberstetten errichtetes Steinkreuz zur Erinnerung an diese Mordtat eingeweiht, das die Inschrift trägt: »In den Wirren der letzten Kriegstage kamen unweit dieser Stelle 17 Soldaten auf tragische Weise ums Leben.«[5] Die ganze Wahrheit über den Tod der blutjungen Deutschen ist das leider nicht.



Gedenkstätte in Eberstetten. *Oben:* Entwurf von Sepp HAUTMANN für ein Steinkreuz.

[1] So im Schreiben des Volksbundes Deutscher Kriegsgräberfürsorge an die Stadt Pfaffenhofen vom 26.4.1978. In: Heinrich STREID, ***Stadt Pfaffenhofen,*** Ausgabe 1979, S. 383, heißt es: »August WEBER und WANITZKE, Angehörige der SS-Division >Götz von Berlichingen<, sowie 13 unbekannte Tote«. In einigen Berichten wie auch auf dem Erinnerungskreuz ist von 17 Erschossenen die Rede.

[s] Pressebericht mit Foto vom Steinkreuz aus Pfaffenhofen vom 6. 5. 1980 im Stadtarchiv Pfaffenhofen,

Gefangenenmorde bei Jungholzhausen

Nach der Genfer Konvention dürfen Kriegsgefangene, die sich ergeben haben, weder gefoltert noch ausgeplündert, erst recht nicht getötet werden. Die Ermordung wehrloser Gefangener gilt zu Recht als Kriegsverbrechen. Dennoch haben sich die Alliierten, besonders gegen Kriegsende, als keine Vergeltung mehr zu befürchten war, vielfach dieses Verbrechens schuldig gemacht, auch Angehörige der westlichen Truppen.[1] Ein solcher gut belegter Massenmord von Seiten der amerikanischen Streitkräfte geschah im April 1945 bei Langenburg in Hohenlohe.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 296, »Das Massaker von Lippach«, und Nr. 291, »Die Morde von Eberstetten«.

In der zweiten Aprilwoche des Jahres 1945 stieß die als »Gangster-Division« berüchtigte 63. US-Infanterie-Division von Westen gegen das württembergische Hohenlohe vor. Das erstmals am 9. April von US-Panzern beschossene Dorf Jungholzhausen bei Langenburg wurde ab 12. April von einer SS-Jägerkompanie aus Leoben in der Steiermark verteidigt. Am Sonntag, dem 15. April, fand am frühen Abend um und im Dorf ein heftiger Kampf statt, den die Amerikaner für sich entschieden, die viele Deutsche, Pioniere und SS-Männer, gefangennahmen. Die Sieger schlugen ihr Quartier beim Bürgermeister BAUMANN auf, dessen Familie in den Keller geflüchtet war.

»Vom Kellerfenster aus sieht der 15jährige Jörg BAUMANN mit eigenen Augen, wie die GIs am Abend des 15. April auf der Dorfstraße die deutschen Kriegsgefangenen ermorden.

Jörg BAUMANN: >Die Amerikaner ließen die Deutschen immer in Vierer-Gruppen mit erhobenen Händen vor sich laufen. Dann erschossen sie die Gefangenen mit ihren MPs von hinten durch Kopfschüsse.« Dieses Kriegsverbrechen kann BAUMANN nie vergessen, >Ich habe nichts verblümt«, betont der rechtschaffene Bauer mit Nachdruck, »Ich will sagen: So war es!<

Am anderen Tag liegen die Toten im ganzen Ort herum. >Sie hatten keine Waffen. Alle waren von hinten erschossen«, berichtet Pauline BAUMANN (1924, Tochter des Bürgermeisters).

Auf Anordnung der Amerikaner muß Bürgermeister BAUMANN die männliche Bevölkerung zum Sammeln der Leichen einteilen.

»Die kommen alle in ein Massengrab«, heißt es zunächst. Für die Grube ist bereits ein Platz ausgewiesen. Aber ein US-Offizier winkt ab. »Nix Massengrab. Die kommen alle fort.« Die Leichen werden auf Lasmagen geladen und nach Bensheim transportiert. Die Schätzungen über die Zahl der Leichen schwanken zwischen 30 bis 33 (BLUMENSTOCK) und 60, wie man im Dorf sagt.«[2]

Mindestens einer der Ermordeten war Sanitäter und trug deutlich sichtbar das Rote Kreuz.

Nachdem das geschilderte Verbrechen Jahrzehnte lang ungesühnt geblieben war, behandelte das *Haller Tagblatt* in einer Sonderausgabe[1] den Fall. Der

[2] »Die andere Seite«, in: **Uwe JACOBI**, ***Das Kriegsende. Svenen 1944¡45 in Heilbronn, im Unterland und in Hohenlohe,*** Heilbronner Stimme, Heilbronn 1985, S. 90.

pensionierte US-Oberstleutnant George FINLEY war davon erschütten und informierte »höchste« Stellen in Washington.[4] Daraufhin befaßten sich im Herbst 1996 Beamte der Stuttgarter Dienststelle der amerikanischen Kriminalpolizei CID (Criminal Investigation Division) mit dem Fall.[5] Sie hörten sich auch die Aussagen zweier Überlebender - Pioniere - des Massakers an, von denen sich der eine, Herbert KESSLER, dreieinhalb Tage in einem Backofen versteckt halten und dann, von Einheimischen umgekleidet, nach Hause durchschlagen konnte. Der andere, Heinrich WEBER, hatte sich beim ersten Schuß fallen lassen und sich dann, an der Hüfte angeschossen, totgestellt, um sich nach Einbruch der Dunkelheit durch die Front zu deutschen Einheiten bei Weipertshausen durchzuschlagen. Dort wollte man seine Schilderung zunächst nicht glauben, weil man der Meinung war: »Amerikaner tun so etwas nicht!«



Heinrich WEBER zeigt, wo seine Kameraden und er niedergeschossen wurden. Foto: KoziOL, aus: *Haller Tagblatt,* Nr. 255, 4. 11. 1996, S. 24.

Die Untersuchungen ergaben, daß von der Gesamtzahl von 63 getöteten Deutschen mindestens 13, vielleicht bis 48 deutsche Soldaten, die sich ergeben hatten und schon entwaffnet waren, an jenem Abend in Jungholzhausen von Amerikanern erschossen wurden. »Keine vernünftigen Zweifel können daran aufkommen, daß für die Erschießungen am 15. April 1945 Angehörige der >K<-Kompanie des 254. US-Infanterie-Regiments verantwortlich sind. Die CID-Beamten haben Kopien aus dem Kriegstagebuch erhalten, in dem die Besetzung der Ortschaft so beschrieben wird: >... die Einheit stieß nach Jungholzhausen vor, kam dort um 18 Uhr 25 an und nahm es nach einem sehr heftigen Kampf mit einer Kompanie von 70 SS-Angehörigen. In zweistündigem Gefecht wurden 48 Feinde getötet und 18 gefangengenommen.« Auf deutscher Seite wurden 65 Tote gezählt... Bekannt ist, daß am 15. April 1945 das Kommando über die Kompanie wechselte, wann das an diesem Tag geschah, ist offen. Oberleutnant Harvey H. CARROW, 0554141, folgte Hauptmann James R. HYDE, 01315173.«

[1] ***Ha/kr Tagblatt,*** Sonderausgabe, 23. 2. 1995, S. 36.

[4] ***junge Freiheit,*** Nr. 42,11. 10. 1996, S. 18.

[5] ***Hailer Tagblatt,*** Nr. 255, 4. 11. 1996, S. 24.

Ermordung deutscher Gefangener bei Spitze

Gegen jedes Völkerrecht haben neben den Sowjets auch westalliierte Truppen im Zweiten Weltkrieg in vielen Fällen gefangengenommene wehrlose deutsche Soldaten nachträglich ermordet. Darüber liegen in diesem Buch mehrere Berichte vor.[1] Ein weiterer Fall ereignete sich im April 1945 bei Bergisch Gladbach.[2]

Der kleine Ortsteil Spitze nordöstlich von Bergisch Gladbach war im Laufe des 13. April 1945 von fast allen Seiten durch Einheiten der 97. und 78. US-Infanterie-Division eingeschlossen worden. Eine vorher dort gelegene deutsche Flakbatterie war inzwischen abgezogen. Im Rahmen des Rückzugs bei der Einengung des Ruhrkessels hatte ein deutsches 8,8 cm-Geschütz an der Straßengabelung bei Spitze Stellung bezogen.

Am Abend des 13. April kamen aus Richtung Bergisch Gladbach einige US-Panzer, die von dem Geschütz unter der Leitung eines jungen Leutnants beschossen wurden, wobei mindestens ein Panzer vernichtet wurde. Die übrigen drehten ab. Nachts zogen sich die deutschen Soldaten auch zurück. Einwohner von Spitze beseitigten noch am Abend die Panzersperre und hängten weiße Fahnen an mehreren Häusern des Ortes auf. Während der Nacht schossen US-Panzer und -Artillerie mehrfach in das Dorf und beschädigten mehrere Häuser schwer.

»Schon früh um 6 Uhr am 14. April stürmten US-Panzer mit Infanterie in den Ort, durchsuchten alle Häuser und trieben die Bewohner, darunter mehrere französische Fremdarbeiter, die bei dortigen Bauern arbeiteten, zusammen. Aus dem Keller einer Gaststätte holten sie 20 Flaksoldaten und Polizisten, darunter einen Offizier, die aber nichts mit der Aktion des Vortages zu tun hatten, sondern dort das Kampfende abwarten wollten. Nach der Aussonderung der Fremdarbeiter standen die Deutschen, etwa 80 Personen, lange Zeit mit erhobenen Händen an der Wand der dortigen St. Jakobus-Kapelle. Man befürchtete Schlimmes. Die Franzosen redeten beschwichtigend auf die Amerikaner ein, erzählten von der guten Behandlung durch ihre Arbeitgeber und bestritten auch die Teilnahme der Zivilisten an der Verteidigung der Straßengabelung. Man trennte die Zivilisten von den Uniformierten...

Die deutschen Soldaten wurden auf der Straße in Richtung Bergisch Gladbach weggeführt, als Gefangene, wie man glaubte. Einige hundert Meter weiter schwenkte die Gruppe auf eine Wiese zur Rechten, stellte sich in Reihe auf und wurde durch MG-Feuer erschossen, der Offizier, etwas abseits stehend, als letzter. Zwei Tage später befahl ein US-Offizier den Ortsbewohnern, die Leichen zu bestatten. Durch die Sorgfalt des Pfarrers, der für jeden Toten in einem Beutel Erkennungsmarken, Papiere und Wertsachen getrennt sicherte, konnten die Ermordeten, zunächst in einem Reihengrab, später in würdi-

[1] Siehe: Beitrag Nr. 296, »Das Massaker von Lippach«, Nr. 291, »Die Morde von Eberstetten«, Nr. 389, »Amerikaner lassen Deutsche verhungern«, Nr. 230, »Verbrechen der Tito-Banden«.

[2] Hans STAHLBERG, »Bericht über die Ermordung von mindestens 21 deutschen Soldaten und Polizisten in Bergisch Gladbach-Spitze am 14. April 1945«, in: ***Der Freiwillige,*** 41. Jahrgang, Nr. 7, Juli 1995, S. 6.

gen Einzelgräbern auf dem Dürscheider Friedhof beigesetzt werden. Dazu kamen noch einige Tote, die man in den nächsten Tagen fand.«[2]

Als ein Bürger aus der Nähe des Ortes ab 1961 wiederholt Strafanträge über die Staatsanwaltschaft, den Justizminister von Nordrhein-Westfalen und den Petitionsausschuß des Bundestages stellte, erfolgte als Antwort der US-Justizbehörden stets, es lasse sich nicht mehr mit hinreichender Sicherheit feststellen, welche US-Einheit damals bei Spitze eingesetzt und für das Massaker verantwortlich gewesen sei. Daß dieser Vorwand nicht stimmt, beweist der Heimatkalender für Bergisch Gladbach von 1995, der in Übersetzung die täglichen >After-Action-Reports<, praktisch das Kriegstagebuch, der dort kämpfenden US-Truppen mit genauen Ortsangaben bringt.

Am Karfreitag, 14. April 1995, wurde unter großer Anteilnahme der Bevölkerung ein Gedenkstein an dieses Massaker neben der St. Jakobus-Kapelle von der Spitzer Dorfgemeinschaft aufgestellt, finanziert durch eine entsprechende Geldsammlung in der Umgebung. Der schlichte Stein trägt oben ein Kreuz, dem Eisernen Kreuz nachempfunden, und die sehr zurückhaltende Inschrift: »Zum Gedenken an jene 24 Soldaten, die hier in Spitze am 14. April 1945 ihr Leben lassen mußten. St. Jakobus bitte für sie! Spitzer Dorfgemeinschaft 1995«.

Rolf Kosiek

Mord an drei gefangenen SS-Männern

Im Gegensatz zu den Sowjets hatten die Westalliierten die Haager Landkriegsordnung und die Genfer Konvention zur Kriegführung anerkannt und unterschrieben. Dennoch kamen bei ihnen immer wieder schwere Verstöße gegen diese vor, insbesondere gegen Kriegsende, als die alliierten Streitkräfte keine Vergeltung oder Gegenmaßnahmen durch die deutschen Truppen mehr zu fürchten brauchten. Viele Fälle von Erschießung wehrloser Gefangener wurden belegt, einige werden in diesem Buch angeführt.[1] Ein weiteres Beispiel sei nachfolgend behandelt.

Im April 1945 hatten die amerikanischen Truppen den Hersbrucker Raum besetzt. Im Wald oberhalb von Engelthal hielten sich drei versprengte 18- und 19jährige Angehörige der Waffen-SS auf. Da sie zu ihrer Einheit keine Verbindung mehr hatten und schließlich Hunger bekamen, gingen sie ins Tal zu dem Ort Offenhausen, der von den Amerikanern besetzt war, und ergaben sich dort. Sie wurden ins Schulhaus gebracht, wo schon eine Reihe anderer gefangener Soldaten und einige Zivilisten festgehalten wurden.

Nach dreitägiger Gefangenschaft wurden die drei SS-Männer am 21. April 1945 von einem US-Kommando abgeholt und vor einem Jeep mit amerikanischen Soldaten in den Wald getrieben. Dort wurden sie von hinten erschossen. Einige beherzte Bürger von Offenhausen fuhren später mit einem Leiterwagen zum Wald und schafften die toten SS-Angehörigen ins Dorf zurück, wo sie in einem gemeinsamen Grab auf dem Kirchenfriedhof von den Offenhausener Bürgern Konrad HAAS und Peter BIRKMANN bestattet wurden. Ein Birkenkreuz wurde errichtet und mit drei Stahlhelmen geschmückt. Danach sorgte eine Flüchtlingsfrau aus dem Ort, die ihre Heimat und Familie verloren hatte, für das Grab.

Als um 1955 Männer der HIAG Hersbruck von dem Grab und der Ermordung ihrer Kameraden erfuhren, forschten sie in Offenhausen nach. Auf dem Dachboden des Hauses des Gemeindeschreibers fand man dann die Soldbücher und persönliche Sachen der Ermordeten. Daraufhin konnte man die Angehörigen zweier Toten, Ernst KUNZMANN aus Schwabach vom Jahrgang 1925 und Günter SPERLING aus Hamburg vom Jahrgang 1926, ermitteln, die auf diese Weise an das Grab ihrer Söhne geführt werden konnten. Die Angehörigen des dritten Erschossenen, des 19jährigen Rudolf GOSSANER aus Jägerndorf im Sudetenland, konnten nicht ermittelt werden.[2]

[1] Siehe: Beitrag Nr. 291, »Die Morde von Eberstetten«, Nr, 292, »Gefangenenmorde bei Jungholzhausen«, Nr. 293, »Ermordung deutscher Gefangener bei Spitze«.

• Ausführlichere Darstellung mit Bild der Grabstätte in: ***Der Freiwillige,*** 41. Jg., Nr. 4, April 1995, S. 25,

Die Morde von Haar

In den letzten Kriegswochen kam es immer wieder vor, daß alliierte Truppen, auch solche der Westmächte, gefangene deutsche Soldaten erschossen, obwohl das schon damals als Kriegsverbrechen galt. Ein solches Verbrechen spielte sich auch in der Gemeinde Haar südöstlich von München am 1. Mai 1945 ab. Dem Haarer Bürger Günther HAUSER ist dafür zu danken, daß er dem Vorgang nachging, als er 1985 hörte, daß in dem Ort sechs deutsche Soldaten »gefallen< seien, ohne daß von dortigen Kämpfen berichtet wurde. Durch Zufall stieß er auf mehrere Augenzeugen der Bluttat, veröffentlichte nach längeren Untersuchungen das Ergebnis und machte dem Verfasser weitere Mitteilungen.[1] Bezeichnenderweise weigerte sich die *Süddeutsche Zeitung* einen entsprechenden Bericht aufzunehmen. Der verantwortliche Ressortleiter schrieb[2] an Herrn HAUSER: »Nach genauerer Lektüre Ihres Manuskriptes über die beiden Gräber auf dem Haarer Friedhof bin ich zu der Überzeugung gekommen, daß es sich nicht für eine Veröffentlichung in der *Süddeutschen Zeitung* eignet. Meines Erachtens gehen Sie etwas leichtfertig mit dem Begriff »Kriegsverbrechern um, insbesondere angesichts der vielfachen und ungleich schlimmeren Greueltaten, die deutsche Soldaten an ihren Kriegsgegnern verübt haben...«

In Ergänzung einer ersten Veröffentlichung[3] schrieb Herr HAUSER:[4] »Am 30. April 1945 waren bereits amerikanische Einheiten in die Münchner Innenstadt eingedrungen. HITLER hatte am Nachmittag Selbstmord begangen. Sein Tod wurde erst am kommenden Tag im Rundfunk bekanntgegeben.

In Haar hielt sich noch eine Anzahl deutscher Soldaten auf, die aber sehr bald in Richtung Ebersberg abzogen. Eine kleine Gruppe von sechs Soldaten der Waffen-SS, bis auf einen 40jährigen lauter junge Burschen, blieb im Ort und übernachtete im >Pflegerhaus< an der Wasserburger Landstr. 15. Als am Morgen des 1. Mai die amerikanischen Truppen in Haar ankamen, waren nur noch die sechs SS-Männer im >Pflegerhaus< zurückgeblieben. Wie die Befragung der Augenzeugen übereinstimmend ergab, haben die deutschen Soldaten mit Sicherheit nicht auf die Amerikaner geschossen. Sie verließen mit erhobenen Händen das Haus und wurden von den US-Soldaten, nachdem diese ihre Zugehörigkeit zur Waffen-SS erkannt hatten, auf die andere Straßenseite getrieben. Dort, am Anfang der Leibstraße, wurden die sechs

[1] Briefe vom 19. 9. 1998 und 7. 10. 1998 an den Verfasser.

[1] Brief vom 5.12. 1989 an Günther HAUSER, Kopie beim Verfasser.

[3] Günther HAUSER, in Regionalzeitung ***Hallo - Landkreis Ost,*** 4. 1. 1990.

* Günther HAUSER, »Die Amerikaner bestanden auf bedingungsloser Kapitulation«, in: ***Hallo - Landkreis Ost,*** 7. 6. 1990.

der Reihe nach aufgestellt und mit automatischen Waffen erschossen,., Unter den Ermordeten befand sich auch der 19jährige Emil OTTERSTETTER aus der Pfalz. .. Gegen den Willen der Mutter hatte er sich in seinem jugendlichen Idealismus freiwillig zur Waffen-SS gemeldet und war zum Sanitäter ausgebildet worden. Wie aus den Briefen an seine Familie hervorgeht, hat er wahrscheinlich an keiner Kampfhandlung teilgenommen. Zuletzt lag OTTERSTETTER mit Erfrierungen im Lazarett.«

In der namentlich unterschriebenen schriftlichen Erklärung einer damals jungen Augenzeugin vom 14. März 1990 heißt es:[5] »Ich wohnte bei meinen Eltern, Leibstr. 13. In der Nacht zum 1. Mai beherbergten Nachbarn im Haus nebenan (Ecke Leib-Wasserburger Straße) sechs (sieben?) Soldaten. Es war bekannt (Rundfunk), daß am 1. Mai die amerikanischen Truppen Haar erreichen würden. Mein Vater machte unseren Nachbarn darauf aufmerksam und riet ihm, die deutschen Soldaten weiterzuschicken oder sie zumindest zu veranlassen, ihre Uniformen verschwinden zu lassen. Dieser Rat wurde jedoch nicht befolgt. Vielmehr hielten sich die Soldaten in ihren Uniformen zusammen mit den Nachbarn im Garten auf. Am frühen Vormittag dieses Tages ging ich zur Molkerei, die im Hause des jetzigen Welcome war (etwa 100 m von unserer Wohnung entfernt), um unsere Ration Magermilch zu holen. Auf dem Heimweg hörte ich bereits die Panzer auf der Wasserburger Landstraße, von München kommend, und sah sie in die Leibstraße einbiegen, anhalten, die Soldaten auf die gegenüberliegende Seite der Straße treibend, die sich am Gartenzaun aufstellen mußten. Ich sah voll Entsetzen, wie die Amis (es waren auch Farbige dabei) mit Maschinengewehren (Pistolen?) die Soldaten niedermähten. Die Panzer fuhren dann sofort weiter in Richtung Unterführung nach Eglfing.«

Ein anderer Augenzeuge, der damals 17jährige Hans AMANN aus der Leibstraße 18, erinnerte sich,[6] daß »5 oder 6 Mann der Waffen-SS« am Abend des 30. April an seinen Gartenzaun kamen und dann beim Nachbarn im Keller übernachteten. Morgens hörte er die Amerikaner einrücken: »Nun, als die Amerikaner von Westen her in die Leibstraße kamen, hatten sie scheinbar[1] einen der SS-Männer gesehen. Sie stürmten sofort das Haus, um auch die restlichen Männer herauszuholen. Ich stand direkt auf der Straße, mit meinem Milchkübel in der Hand, als unfaßbar Schreckliches geschah:

Die Amis führten die SS-Soldaten auf die gegenüberliegende Straßenseite (ich weiß den Platz noch auf den Quadratmeter). Einer von den Gefangenen

[5] Für die Überlassung dankt der Verfasser Herrn HAUSER.

[6] Gemeinde Haar (Hg.), ***Die Gemeinde Haar - Eine Chronik,*** Fred Förster, Gertraud Wildmoser, Alfred Wildmoser, Haar 1998. Bezeichnenderweise wurde in dieser Chronik wörtlich aus den Veröffentlichungen des Herrn HAUSER zitiert, ohne diese Zitate als solche zu kennzeichnen und ohne zu erwähnen, daß Herr HAUSER dieses Kriegsverbrechen aufgedeckt und die Augenzeugen gefunden hatte.

sagte scheinbar etwas Unrechtes, da schlug ihm schon ein Ami-Soldat den Gewehr-Kolben auf den Kopf.

Was dann kam, war keine Sache von Minuten, sondern von Sekunden:

Ein Truck, das ist die Bezeichnung für amerikanische Armee-Lastwagen, welche am Führerhaus ein Maschinen-Gewehr montiert haben, fuhr plötzlich vor.



»Gefallen am 1. Mai 1945 in Haar.,,«, Foto: Günther HAUSER,

Ich weiß noch, daß meine Nachbarin, damals em junges Mädchen in meinem Alter, mit Englisch-Kenntnissen, vermitteln und helfen wollte. Sie erklärte, daß diese SS-Leute sogenannte Pflicht-SS-Soldaten seien, die man unter Zwang zur Waffen-SS befohlen habe. Aber sie wurde nur abgewiesen. Auch zu mir, ich stand ganz in der Nähe, sagte einer der Amis ziemlich böse: >Go home!<

Im nächsten Augenblick sah ich oben am Lastwagen Pulverdampf und hörte MG-Geknatter. Ich habe mitangesehen, wie die Deutschen umfielen, und hörte dann plötzlich meine Mutter schreien.«

Die Ermordeten wurden am 3. Mai 1945 auf dem Gemeindefriedhof in Haar begraben.

Auf dem inzwischen verwitterten Grabstein steht unzutreffenderweise: »Gefallen am 1. Mai 1945 in Haar«, und dann folgen die Namen von fünf Soldaten.[8]

In diesen Zusammenhang gehört die Tatsache, daß offenbar 1945 Kommandeure von US-Regimentern in Deutschland den Befehl ausgaben, keine SS-Männer gefangenzunehmen. So schrieb ein amerikanischer Geschichtsdoktorand in einem Brief an einen ehemaligen SS-Angehörigen:[9] »Bezüglich amerikanischer Kriegsverbrechen stimme ich zu, daß US-Truppen SS-Gefangene ermordeten. Einige amerikanische Kriegsveteranen haben davon berichtet. Diese Amerikaner erzählten mir, daß ihre Einheiten niemals SS-Gefangene machten, ,. Im US-National-Archiv befinden sich Originalkopien von zwei niedergeschriebenen Kampf-Orders von US-Regiments-Kommandeuren, die ihren Truppen befahlen, keine SS gefangenzunehmen.« Zu Recht fragt der Briefempfänger, warum deutsche Historiker diese Dokumente nicht zur Kenntnis nehmen und solche Kriegsverbrechen anprangern.

[7] Hier muß es wohl wie auch im folgenden statt »scheinbar« »anscheinend« heißen.

! ***Der Freiwillige,*** Nr. 7/8, 1992, S. 66 f., bringt die Namen und ein Interview mit Günther HAUSER.

' Helmut GÜNTHER, »Mordbefehle«, in: ***Der Freiwillige,*** Nr. 10, 1996, S. 16.

Das Massaker von Lippach

In den letzten Kriegstagen des Jahres 1945 geriet der kleine Ort Lippach nördlich von Lauchheim (etwa 10 Kilometer ostwärts der Kreisstadt Aalen im östlichen Baden-Württemberg) zwischen die Mahlsteine des Krieges. Die auf dem Rückzug befindlichen deutschen Truppen nahmen kurz Quartier, zogen aber bald nach Süden ab. Am 21. April 1945 kam als letzte Nachhut eine rund 300 Mann starke Einheit der Waffen-SS und bezog Verteidigungsstellung am Ortsrand und im vorgelagerten Gelände. Es waren vorwiegend junge Soldaten zwischen 16 und 18 Jahren,

Am Sonntag, dem 22. April, rollten amerikanische Panzer, von Norden kommend, an und beschossen das Dorf. Die eingesetzten deutschen Soldaten erkannten nach kurzem Versuch der Verteidigung bald die Zwecklosigkeit eines Widerstandes gegen Panzer, und die Truppe zog sich in südliche Richtung zurück. Dabei - so schreibt der Chronist - seien 36 Soldaten gefallen. Dies stimmt leider nicht hinsichtlich des Wortes »gefallen«, denn die meisten wurden nachweislich von amerikanischen Soldaten ermordet.

Augenzeugen aus Lippach berichten, daß gegen 13 Uhr die Amerikaner in das Dorf einrückten und offenbar nicht allen deutschen Soldaten ein rechtzeitiges Absetzen gelungen war. Dann versuchten einige der deutschen Soldaten, über die Gärten zu entkommen, was aber nur wenigen gelang. Einer dieser Männer wurde auf der Flucht erschossen, ein anderer gefangengenommen. Die folgenden Ereignisse wurden von einem Dorfbewohner beobachtet: Der Soldat wurde bei seiner Gefangennahme so brutal geprügelt, daß er mehrfach zusammenbrach. Als er sich nicht mehr erheben konnte, wurde ihm mit dem Gewehrkolben der Schädel eingeschlagen und anschließend ein Seitengewehr durch die Brust gestoßen, welches den Körper bis ins Erdreich durchdrang.

Am Nachmittag, gegen 16 Uhr, trieben etwa 20 bis 25 betrunkene schwarze Soldaten unter Gejohle und Musikbegleitung sechs junge deutsche Soldaten vor sich her. Sie wurden mit erhobenen Händen die Dorfstraße entlang zum Friedhof gejagt. Ein Augenzeuge berichtet, daß sie ab und zu in den Straßengraben geprügelt wurden, aus dem sie sich dann, blutig geschlagen, wieder mühsam aufrappelten. Wo der Weg zum Friedhof die Stationen des Kreuzweges erreicht, feuerten die Amerikaner mehrfach in die Luft und schlugen dann den sechs deutschen Soldaten die Schädel ein. Tags darauf wurden die Toten geborgen: Sie hatten nur eingeschlagene Köpfe, aber keine Schußwunde.

Im Hause Nr. 51 eines Landwirts wurden zwei gefangene Soldaten von betrunkenen Negern in die Scheune des Bauern geführt. Dort legte man sie auf den Tisch der Kreissäge in der Absicht, sie bei lebendigem Leib zu zersägen. Als dies wegen Stromausfalls mißlang, schossen die Bewacher die bei-

den Deutschen einfach über den Haufen. Einer verstarb nach einigen Stunden, der andere wurde für tot gehalten und in die Hecke hinter dem Gehöft geworfen. Dort wurde er, von Schüssen durchsiebt, gefunden und notdürftig verbunden. Nach Aussage einer Lippacherin veranlaßte am folgenden Tag ein amerikanischer schwarzer Offizier, daß der Schwerverwundete in ein Lazarett kam.

Gegen Abend verließen die US-Truppen den Ort bis auf einige Soldaten, darunter auch der schon genannte Offizier. Dieser Offizier veranlaßte die Bergung und Beerdigung der Toten. Auf der Schafweide fand man noch etwa 10 tote deutsche Soldaten; keiner habe eine Waffe gehabt, dagegen war die Hälfte mit einem Kopfschuß niedergestreckt. Am Ortsausgang, Richtung Baldern, lagen weitere vier unbewaffnete deutsche Soldaten auf freiem Feld, viele Meter von ihren Schützenlöchern entfernt. Die Waffen lagen noch in ihrer Stellung, die Soldaten waren von hinten erschossen worden.

Der Vollständigkeit halber sei noch berichtet, daß an diesem Sonntag, dem 22. April 1945, in Lippach etwa 20 Frauen im Alter zwischen 17 und 40 Jahren von Angehörigen der US-Truppen vergewaltigt wurden. Darunter waren auch einige schwangere Frauen. Dieses Geschehen, dazu sechsunddreißig tote deutsche Soldaten, von denen einige brutal ermordet wurden, wurde Jahrzehnte lang weitgehend verschwiegen.

Der erwähnte Vorgang hatte ein Nachspiel: »Pershing-General HADDOCK besucht Massaker-Grab« waren die örtlichen Schlagzeilen im August 1986. Dieser General, Kommandeur der US-Pershing-Einheiten in Europa, hörte von diesem Fall und »ließ in den USA nachforschen. Die Fakten sind unbestritten; ein Verfahren gegen die US-Soldaten hat es übrigens nie gegeben«. {*frankfurter Kundschau,* 16. 8. 1986) General HADDOCK sprach sein Bedauern über die Vorgänge von 1945 aus. Derartige Exzesse kämen leider in jedem Krieg vor, das Geschehen ließe sich aber leider nicht rückgängig machen. Er könne, über Gräber hinweg, nur um Freundschaft bitten.

Soweit gut und richtig, doch mit einem wesentlichen Unterschied: Deutsche Soldaten - wäre (!) so etwas vorgekommen - hätten vor einem deutschen Kriegsgericht wie auch vor der alliierten Rachejustiz die Todesstrafe erhalten; amerikanische Soldaten aber gingen und gehen straffrei aus. Und das deutsche Fernsehen zeigt in den weitaus überwiegenden Fällen nur Deutsche als Täter, selbst wenn dafür die geschichtliche Wahrheit verbogen werden muß.

Quellen: Aussagen mehrerer Ortsbewohner, Namen dem Verfasser bekannt; ***Sturmfeder, Gmünder Literaturzeitschrift*** Nr. 3, 1. Jg., April-Mal 1981, S. 58-66; ***Der Freiwillige,*** Nr. 4, 1982, S. 16 **f.;** ***Schwäbische Post,*** Aalen, 20. 4. 1985; ***Aalener Volkszeitung,*** Aalen, 26. u. 30. 11. 1985; ***Südmährisches Jahrbuch 2004*** mit einem Erlebnisbericht; ***National-Zeitung,*** 28. 10. 2005.

Das Massaker von Webling 1945

Ein weiteres Beispiel für die völkerrechtswidrige Ermordung deutscher Kriegsgefangener nach Niederlegung der Waffen durch reguläre US-Truppen ist das Massaker von Webling am 29. April 1945, dem 48 Soldaten, vor allem Angehörige der Waffen-SS, zum Opfer fielen. Auch dieses Verbrechen ist, obwohl die Verantwortlichen genau bekannt sind, bisher nicht gesühnt.

Am Morgen des 29. April 1945 besetzte eine Einheit der Waffen-SS - Angehörige des SS-Bataillons zur besonderen Verwendung RF-SS[1] -, die bis zum 27. April in Augsburg gelegen hatte, aus Richtung Dachau kommend, eine von anderen Einheiten einige Wochen vorher angelegte Verteidigungsstellung bei dem Weiler Webling rund 10 km nordöstlich von Dachau nahe der Straße Dachau-Aichach.

Als am Vormittag dieses Tages Amerikaner des 222. Infanterieregiments der 42. Infanteriedivision (Regenbogen-Divison) des XV. Korps der 7. US-Armee[2] sich näherten, sollen sie beschossen worden sein. Sie nahmen darauf den Weiler unter MG- und Artilleriefeuer. Die US-Infanterie ging dann durch das offene Tal gegen die Höfe vor, wobei sie nach deutschen Angaben nicht, nach amerikanischen Angaben etwas beschossen worden sein soll. Insgesamt fiel ein Amerikaner bei dieser ganzen Aktion.

Ein Engländer beschrieb später nach genauen Befragungen an Ort und Stelle den dann folgenden Vorgang/ wobei er auch einige von den Amerika-

[1] Sie gehörten zum Ersatztruppenteil FHA Berlin. Die Einheit war ab 21. April in Augsburg in Bereitschaft zusammengezogen worden. Es handelte sich also um Waffen-SS-Angehörige, insbesondere nicht um Bewachungsmannschaften des KL Dachau.

[2] Befehlshaber des betreffenden 1, Bataillons des 222. Infanterieregiments war Lt. Col. Walter J. FELLENZ, Kommandeur der 42. Infanterie-Division war Brigadegeneral Henning LINDER, In dem Buch ***Vernichtet, Verschollen, Vermarktet. Kunstschätze im Visier von Politik und Geschäft*** von Klaus GOLDMANN und Günter WERMUSCH (Mut, Asendorf 1992) heißt es auf Seite 115 f.: »Zum Militärgouverneur des Bundeslandes Salzburg war der Chef der 42. Infanterie-Division, Generalmajor Harry John COLLONS, ernannt worden. Seine Soldaten und Offiziere, die am linken Uniformärmel einen regen bögenfarbenen Streifen trugen, genossen recht zweifelhaften Ruf, obgleich ihre militärischen Erfolge unbestritten waren: >Einer schießt, zwei plündern, und drei malen Regenbogen«, war ein geflügeltes Wort unter den Angehörigen der Division selbst.« - Laut ***Miinchener Merkur vom*** 28.4.1990 durften frühere Angehörige der Regenbogen-Division vor Münchener Gymnasiasten Vorträge halten, deutsche Soldaten der Wehrmacht natürlich nicht. Zu General COLLINS siehe auch Beitrag Nr. 317, »Amerikaner rauben Goldzug, Fürstenschatz und Bankgold«.

[3] Andrew MOLLO in der englischen Quartalszeitschrift ***After the Battie,*** Heft 27, 1980, S. 29-33.



Das Massaker von Webling bei Dachau wird in der englischen Literatur als *»incident«* (Zwischenfall) hingestellt. *Oben* werden die Soldaten der Waffen-SS durch Soldaten der 42. US-Division gefangengenommen. Dann wurden sie ermordet und verscharrt *(rechts).*

Beide Fotos aus: FZ, *Vorsicht Fälschung,* München 1991.

nern damals aufgenommene Fotos brachte. Es heißt in diesem Bericht unter anderem:

»Da die Amerikaner einen ihrer Kameraden verloren hatten, waren sie gereizt, als sie den Bauernhof betraten... In diesem gespannten und gefährlichen Augenblick tauchten die französischen Kriegsgefangenen (die bei den einheimischen Bauern gearbeitet hatten, H. W.) aus dem Versteck auf und versicherten den Amerikanern, daß die in den Kellern versteckten Leute Zivilisten und nicht SS-Leute waren. Der erste SS-Mann, der sich ergab, war einer der zwei Offiziere, die das SS-Sonderkommando befehligten, Freiherr VON TUCHSESS aus Augsburg, der die Gruppe von 17 Mann befehligte. Nach der Aussage unseres jetzt achtzigjährigen deutschen Zeugen wurde der SS-Offizier sofort von einem amerikanischen Soldaten mit einem Werkzeug aus der Schützengrabenarbeit mit solcher Wucht auf den Kopf geschlagen, daß sein Schädel entzweigespalten wurde.

Nachdem sich diese Gruppe ergeben hatte, mögen die Amerikaner vielleicht das andauernde, unregelmäßige Schießen auf der Anhöhe für eine üble List gehalten haben, jedenfalls wurden die 17 Waffen-SS-Leute vor der Böschung aufgestellt und erschossen. ..«

Die Diskussion der Fotos, die das Zusammentreiben der übrigen deutschen Soldaten, ihre sauber abgelegten Waffen und später die Erschossenen zeigen, und ihrer Unterschriften beweist, daß die SS-Angehörigen sich ergaben und dann ermordet wurden. »Nach Auskunft unserer deutschen Zeugin hinterließen die Amerikaner einen toten amerikanischen Soldaten, einen SS

Offizier, mit gespaltenem Schädel, einen zweiten toten SS-Offizier und 41 tote SS-Leute, aber keine Gefangenen zurück.«

Die Toten wurden von Einheimischen, französischen Fremdarbeitern und im Weiler untergekommenen geflüchteten Volksdeutschen aus Ungarn bei Webling beerdigt, dann provisorisch in Einzelgräber auf dem Waldfriedhof Dachau beigesetzt und Ende 1945 durch die deutsche Kriegsgräberfürsorge möglichst in ihre Heimatorte zur Beerdigung überführt.

Da die Wehrpässe der Ermordeten von Einheimischen verwahrt wurden, konnten Angehörige der Toten benachrichtigt werden. In den betreffenden Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Dachau, z. B. vom 30. Oktober 1945,[4] heißt es, ohne daß auf den wirklichen Vorgang der Ermordung eingegangen und indem ein Tod im Kampf angedeutet wird: »Er ist bei den Kämpfen um Dachau am 29. April 1945 gefallen und mit 47 seiner Kameraden in einem Massengrab bestattet worden.« In einem Brief der Nachfolgerin der Wehrmachtauskunftstelle (WASt), der Deutschen Dienststelle für die Benachrichtigung der nächsten Angehörigen von Gefallenen der ehemaligen Deutschen Wehrmacht, vom 14. April 1980 zu diesem Fall wird ebenso, die Wahrheit verbergend, mitgeteilt: »Am 29. 4. 45 fielen bei Kampfhandlungen mit amerikanischen Truppen in Dachau-Webling 48 Angehörige der Waffen-SS; sie wurden auf dem Gemeindegebiet in einem Massengrab beigesetzt.« Demnach wurden dort insgesamt 48 SS-Angehörige ermordet.

Am 27, Oktober 1989[5] wurde von der Kreisgemeinschaft der HIAG (Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen SS-Angehörigen) unter Beteiligung örtlicher Vereine und Fahnenabordnungen von Veteranengruppen bei Webling ein Gedenkstein an das Massaker errichtet. Auf dem Stein stand unter einem schlichten Kreuz die Inschrift: »Zum Gedenken an die 43 Soldaten der Waffen-SS, die hier am 29. 4, 1945 ermordet wurden, nachdem sie ihre Waffen niedergelegt hatten.«

Spätere Proteste gegen diesen Stein und seine nur die Wahrheit (mit den damals bekannt gewesenen 43 Toten war die anscheinend wirkliche Zahl von 48 sogar noch untertrieben worden) verkündende Inschrift erreichten[6] es, daß der Stein einige Jahre danach wieder entfernt werden mußte. Dafür wurde später ein einfacher Granitblock aus dem Zillertal zum Gedenken dort niedergelegt.

Dagegen wurde für den Attentäter Georg ELSER, durch dessen Bombe im Bürgerbräukeller in München am 8. November 1939 mehrere Personen -

[4] Kopie des Schreibens im Archiv des Verfassers.

[5] *Der Freiwillige,* Nr. 7/8, 1990, S. 44.

[6] *Der Freiwillige,* Nr. 7, 1995, S. *27.*

[7] »Hitler-Attentäter geehrt«, dpa, in: *Haller Tagblatt,* 8. 4. 1995.

allerdings nicht HITLER - ums Leben kamen, im Heidenheimer Ortsteil Schnaitheim ein Gedenkstein mit beschrifteter Metalltafel, die auch ein Reliefbild ELSERS enthält, aufgestellt, und Baden-Württembergs Ministerpräsident TEUFEL lobte dessen Tat bei dessen 50. Todestag: Er habe »vorbildlichen Widerstand geleistet«.[7] Ob das die Angehörigen der bei dem Attentat durch ELSERS Bombe Getöteten auch meinen, dürfte bezweifelt werden.

Der amerikanischen Regenbogendivision, die für das Massaker von Webling verantwortlich ist, werden noch weitere derartige Taten vorgeworfen. Einheiten von ihr haben am 1. Mai 1945 in Haar im Landkreis München sechs gefangene SS-Angehörige umgebracht,[8] in Oberpframmern im Landkreis Ebersberg weitere fünf deutsche Soldaten und drei Gendarmeriebeamte. Auf dem Friedhof in Bensheim an der Bergstraße sollen mehr als 300 Angehörige der SS-Division »Götz von Berlichingen< mit zertrümmertem Schädel beigesetzt worden sein, die bei Kämpfen um Nürnberg bei dieser US-Division in Gefangenschaft gerieten.'



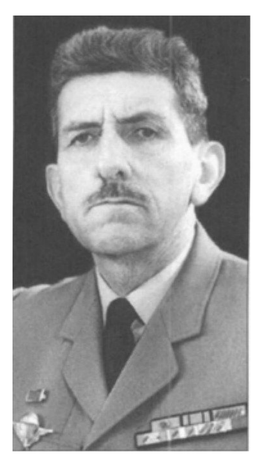
Die >Götz von Berlichingen< stieß, wie andere Divisronen auch, überall auf zerstörte Rückzugsstraßen - hier in Süddeutschland. Die amerikanischen Jabos beherrschten den Himmel. Aus: PERIGAULT U. MEISTER, *Götz von Berlichingen,* Bd. 2, Heimdal, 8ayeux 2002.

[8] Siehe: Beitrag Nr. 295, »Die Morde von Haar«.

' ***Der Freiwillige,*** aaO. (Anm. 6).

Französische Kriegsverbrechen in Rom und anderenorts

Durch eine nach 1995 in Deutschland an zahlreichen Orten gezeigte Ausstellung[1] sollte der Eindruck erweckt werden, daß die Deutsche Wehrmacht in großem Maße Verbrechen im Zweiten Weltkrieg begangen habe und sich ihre Angehörigen als Mörder und Plünderer im besetzten Feindesland benommen hätten. Daß dies nicht der Fall war, haben viele Proteste von verschiedenen Seiten gegen diese Ausstellung und Nachweise zahlreicher Fälschungen gezeigt. Die Ausstellung mußte zurückgezogen und überarbeitet werden. Auch zahlreiche Urteile von ausländischen Militärs über die Wehrmacht haben die Haltlosigkeit solcher Vorwürfe bewiesen. Bei dieser standen auf Plünderung oder Vergewaltigung harte Strafen, die auch in den seltenen Fällen, die vorkamen, angewandt wurden. Deutsche Soldaten haben sich nicht solcher Verbrechen schuldig gemacht, wie sie nachweislich von alliierten Truppen verübt wurden.



Jacques MASSU (1908-2002) gehörte LECLERCS berüchtigter 2. DB (Panzerdivision) an. Kämpfte im Indochina-Krieg bis zum Debakel von Dien Bien Phu. 1966-69 Oberbefehlshaber der französischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Am 4. Juni 1944 marschierten die Alliierten und mit ihnen ein französisches Expeditionskorps (Corps Expéditionnaire Français) unter General JUIN in das unverteidigte und zur »offenen Stadt« erklärte Rom ein. Anschließend wurden dort alle greifbaren Frauen, die nicht rechtzeitig in die Berge hatten flüchten können, >marokkinisiert< - wie man damals sagte -, das heißt, sie wurden vergewaltigt. Opfer waren zehnjährige Mädchen ebenso wie siebzigjährige Greisinnen. Der Papst, damals Pius XII., bat den französischen Befehlshaber, General JUIN, deswegen zu sich, um ihm die Beschwerden über das verbrecherische Verhalten der französischen Verbände vorzutragen.[2] Alle diese Vergewaltigungen seien straffrei geblieben, klagte der Papst. General JUIN erklärte darauf, daß ihm das alles bekannt sei, aber nach französischem Kriegsrecht (!) stehe den farbigen Truppen für drei Tage das Recht zum Schänden der Frauen und zum Plündern zu. Unseres Wissens hat sich dafür noch kein französischer Staatschef entschuldigt.

[1] Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944«, erarbeitet von Mitarbeitern des »Hamburger Instituts für Sozialforschung<; Eröffnung Anfang März 1995 im Kulturzentrum Kampnagel in Hamburg, Mai/Juni in der Humboldt-Universität in Berlin bzw. Potsdam, September in Stuttgart, Oktober/November in Wien, in den folgenden Jahren an weiteren Orten, zurückgezogen im Herbst 1999, neu eröffnet 2001. Begleitband gleichen Namens ¡m Verlag Hamburger Edition; Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung,* 6. 4. 1995, S. 37.

[2] Ignazio SILONE, *Notausgang,* Kiepenheuer u. Witsch, Köln 1966.

[1] Siehe Beitrag Nr. 303, »Plünderung Freudenstadts und Karlsruhes 1945«, u. Nr. 299, »Französische Massenvergewaltigungen in Italien 1945«.

Über die grausame und vor allen Dingen sinnlose Vernichtung von Freudenstadt sowie die dortigen ähnlichen Vergewaltigungen durch farbige französische Truppen im Frühjahr 1945 wird an anderer Stelle im vorliegenden Band- berichtet.



Französische Soldaten im Kampf mit deutschen Soldaten 1944 in Italien,

Noch schlimmer als in Rom und Freudenstadt waren die französischen Verbrechen nach dem Zweiten Weltkrieg in Algerien. Die Jahre des Krieges (1956-1962) in diesem Lande gehören zu den dunkelsten Kapiteln m der jüngeren Geschichte Frankreichs."[1] Die Kriegführung war ein Rückfall in die Barbarei. Die Einheimischen führten zwar einen heimtückischen und grausamen Kampf gegen die französische Besatzungsmacht, die seit 1830 im Lande herrschte, was aber nicht alle Gegenmaßnahmen entschuldigt. Die französischen Militärs glaubten sich ähnlicher Mittel bedienen zu dürfen. Der Fallschirmjägergeneral Jacques MASSU, ein alter Haudegen mit Indochina-Erfahrung, hat als Kommandeur der 10. Fallschirmjäger-Division Verdächtige 1956/57 grausam foltern lassen. Er hat seine Folterungen mit erstaunlicher Offenheit beschrieben/ Eine Bestrafung für diese Kriegsverbrechen erfolgte nicht.

Auch von algerischer Seite wurde dazu Stellung genommen, Hafid KERAMANE hat ein *Schwarzbuch Algerien* herausgegeben.[6] Es enthält Ungeheuerlichkeiten und Grausamkeiten, die fast nicht zu glauben sind. Man muß sich allerdings darüber im klaren sein, daß nur Verbrechen der einen Seite besprochen werden. Man sollte aber ein Wort beherzigen: »Verbrechen bleiben Verbrechen, gleich, wer sie verübt hat.« Man sollte vor allem nicht Deutschen nie stattgefundene Verbrechen anlasten und gleichzeitig die wirklichen der anderen Seite verschweigen.

[4] Alfred GROSSER, ***Frankreich und seine Außenpolitik, bis heute,*** Carl Hanser, München-Wien 1986.

[5] ***Krieg und Frieden,*** Pawlak, Herrsching 1976, Bd. 1, Teil 2,5. 601 ff.

[6] Hafid KERAMANE, ***Schwarzbucb Algerien. Dokumente,*** Rütten u. Loening, Hamburg 1961; siehe auch: Rainer H. A. KLEINPAHS, »Ein anderer 8. Mai 1945«, in: ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart,*** Nr. 3, 2000, S. 15 f.

Französische Massenvergewaltigungen in Italien 1944

Die deutschen Soldaten, die von ausländischen Fachleuten als die disziplinierTesten der Welt beurteilt werden, dürfen heute im In- und Ausland diffamiert und verleumdet werden, und viele untadelige Heerführer und Offiziere wurden nach 1945 wegen angeblicher Kriegsverbrechen zum Tode verurteilt. Dagegen wurden alliierte Truppen und ihre Führer selbst wegen schändlichster Kriegsverbrechen nicht belangt. So kamen bei französischen Einheiten im Zweiten Weltkrieg von ihren Vorgesetzten ausdrücklich genehmigte Massenvergewaltigungen mehrfach vor, zum Beispiel in Freudenstadt[1] und Stuttgart[2] 1945, aber auch besonders schwerwiegend in Mittelitalien in der zweiten Maihälfte 1944.

Bis zum Frühjahr 1944 hatte die deutsche Front in Italien an der Gustav-Linie mit dem Monte Cassino monatelang die Alliierten aufhalten können. Unter diesen war auch das französische Expeditionskorps (CEF, Corps Expéditionnaire Français) unter General JUIN,[3] das vor allem aus Nordafrikanern bestand. Bei der am 12. Mai 1944 beginnenden dritten Cassino-Schlacht sollte es in einem Frontabschnitt am Garigliano-Fluß endlich die deutschen Linien durchbrechen, den Flußübergang erkämpfen, ins Gebirge vorstoßen und weiter ins Liri-Tal und zur Via Cässilina vordringen.

Der französische Oberkommandierende JUIN, selbst im algerischen Bone geboren und mit der Gefühlswelt seiner Marokkaner bestens vertraut, erließ als Vertreter der auf ihre Kultur stolzen »Grande Nation« am Tage vor dem Angriff den folgenden, in der deutschen Wehrmacht undenkbaren Tagesbefehl, um seine Soldaten anzuspornen: »Jenseits der Berge findet ihr, wenn ihr kommende Nacht den Feind getötet haben werdet, ein Land, das reich ist an Frauen und Wein. Euer General gelobt euch feierlich: Wenn ihr den Feind besiegt, gehören euch die Häuser, die Frauen und der Wein für 50 Stunden. 50 Stunden könnt ihr tun und lassen, was ihr wollt!«[4] Und das wurde bei der Bevölkerung eines Landes erlaubt, das seit einiger Zeit Verbündeter der Alliierten war.

Eine zunächst von den Franzosen vorgesehene disziplinlose und rechtlose Zeit von 70 Stunden war vom US-Oberkommando auf diese 50 Stunden herabgesetzt worden.

Den Alliierten gelang dann der Durchbruch, und die Marokkaner brachen in die Täler hinter der früheren Front ein. An den folgenden beiden Tagen erlebte die italienische Bevölkerung der Umgebung der Stadt Cassino und in der Provinz Frosinone die Hölle. Nach offiziellen Berichten sollen 60000 Vergewaltigungen in den mehr als dreißig Ortschaften der Gegend vorgekommen sein.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 303, »Plünderung Freudenstadts 1945«.

[2] Siehe: Beitrag Nr. 365, »Französische Verbrechen in Stuttgart 1945«.



[3] Alphonse JUIN (1888-1967), 1941 Oberbefehlshaber der Vichy-Truppen in Nordafrika, ging 1942 zu den freifranzösischen Truppen über, kommandierte 1943/44 die französischen Truppen in Italien, wurde 1944 Generalstabschef, 1952 Marschall und 1953 Oberbefehlshaber der NATO-Streitkräfte Europa Mitte.

[4] »Auch Italiener wurden »befreit'« in: *Kameraden* Nr. 1/2, 2006, S. 2.

Rund 20 Jahre später berichtete die deutsche Illustrierte *Stent* darüber:' »Die Marokkaner tobten sich wie eine Horde entfesselter Wüstlinge gegen die terrorisierte und vom Krieg so schwer heimgesuchte Bevölkerung aus. Sie vergewaltigten Mädchen und Frauen von 12 bis 80 Jahren, sie nahmen keine Rücksicht auf körperliches Befinden, und sie vergingen sich sogar an Kranken, Schwangeren und Geistesgestörten. Nur wenige Mädchen entgingen der mehrmaligen Vergewaltigung, denn die marokkanischen Truppen durchstöberten alles, vom Keller bis zum Dach... Die älteste Einwohnerin von Ausonia, eine 84jährige, starb während der Vergewaltigung. An einem anderen Ort wurden zwei elfjährige Mädchen zu Tode geschändet. Zwei Schwestern, die aus ihren Häusern geflohen waren, fielen den Marokkanern in einer Waldlichtung in die Hände. 200 Mann fielen über sie her. Das eine Mädchen starb, das andere mußte ins Irrenhaus gebracht werden, Männer, die sich der Schändung ihrer Frauen und Töchter widersetzten, wurden erschlagen oder - bestenfalb - an die Bettpfosten gefesselt, um ohnmächtig zuzusehen, wie die Soldaten Alphonse JUINS ihre Gier austobten.«

[s] *Stern,* Nr. 52, 1965.

Eine angesehene italienische Zeitung schrieb zwei Jahre nach dem grauenvollen Geschehen:[6] »Vier Tage mußten die Frauen die schrankenlose Gewalt der farbigen Truppen erdulden. Auch viele Männer wurden vergewaltigt, darunter der alte Pfarrer von Esperia, der sogleich nach der viehischen Tat starb.« Nicht einmal die Nonnen des Ordens vom kostbarsten Blut (Ordine del Preziosissimo Sangue) in Vallecorsa wurden verschont.[7]

[6] Ezio BAGNO, in: ***La Stampa,* *29.*** 11. 1946.

Eine andere Zeitung brachte auf ihrer Titelseite einen Bericht, in dem es hieß:[8] »Wer wußte bis vor einigen Tagen in Rom schon, was in der zweiten Maihälfte 1944 in Esperia, Pontecorvo, Ausonia, Sant'Elia geschehen ist?.. . Es war eine wilde, mitleidslose Jagd. Die Häuser wurden eines nach dem anderen durchwühlt, die Wälder durchkämmt, die Flüchtlinge belagert, Frauen und Kinder fielen reihenweise kurz nacheinander oder gleichzeitig um, mit erhobenen Armen, die schutzlosen, von furchtbaren Wunden gezeichneten Leiber wurden von Krämpfen geschüttelt, die Gesichter waren entstellt und blutig von den Schlägen. .. Berge und Täler widerhallten von Seufzern und Schreien; in den Zeltunterkünften eines ganzen Regiments störten herzzerreißende Schreie vergewaltigter und mißhandelter Mädchen den Schlaf der französischen Offiziere.«

[7] Erich PRIEBKE, ***Autobiographie. >Vae victisr,*** Eigenverlag, Rom 2003, S. 923.

[s] Corrado CALVO, in: ***IiMessaggero,*** 29. 11. 1946, zitiert in: PRIEBKE, ebenda, S. 922 f.

Diese abscheulichen Vorgänge kamen auch in der italienischen Abgeordnetenkammer am 7. April 1952 zur Sprache.[7] So erlebten viele Italiener die »Befrei ung< von den Deutschen.

General JuiN wurde wegen dieses bewußten Kriegsverbrechens, für das ein deutscher Offizier von den Alliierten zum Tode verurteilt worden wäre, nicht etwa belangt, sondern anschließend befördert, er wurde französischer Marschall und später NATO-Oberbefehlshaber. Rolf Kosiek

General Leclercs Kriegsverbrechen

Es ist allgemein bekannt, daß der französische General LECLERC am 8. Mai 1945, dem Tag der Kapitulation der deutschen Wehrmacht, in Bad Reichenhall zwölf französische Freiwillige der Division >Charlemagne< ohne Gerichtsurteil erschießen Heß - ein Kriegsverbrechen.[1] Erst spät kam heraus, daß seine Division auf ihrem Weg von der Normandie bis ins Berchtesgadener Land noch zahlreiche weitere Kriegsverbrechen beging und zu verantworten hat, ohne daß je einer der Täter zur Verantwortung gezogen worden wäre. Im Gegenteil: Hauptschuldige machten große Karriere im Nachkriegsfrankreich.

Wie Studiendirektor a. D. Friedrich POHL berichtete,[2] hat sich der französische Geschichtsforscher Daniel GUERAIN mit diesem heißen Eisen befaßt, im Zuge seiner Nachforschungen deutsche und französische Zeitzeugen befragt und die Orte der Kampfhandlungen aufgesucht. Er hat seine Erkenntnisse in dem Buch ***Die Kehrseite der Legende, Geschichte einer Befreiung*** niedergeschrieben.

Der Historiker gibt die Berichte von Augenzeugen, auch aus der französischen Division, wieder. Sie berichten von zahlreichen, oft grausamen Morden an deutschen Gefangenen, besonders an Angehörigen der Waffen-SS. So hätten zum Beispiel Soldaten der Division Leclerc deutsche Gefangene mit Benzin übergossen und verbrannt. Auch auf dem Flughafen Le Bourget bei

[1] Siehe: Beitrag Nr. 304, »Die Erschießungen von Bad Reichenhall«.

[2] Friedrich Karl POHL, in: ***Soldat im Volk,*** November 2000, S. 270 f.

[3] Daniel GUÉRAIN, ***L'Envers de la Légende. Histoire d'une libération,*** Bonneville 2002.



Die französischen Generale DE GAULLE, LECLERC und JUIN am 26. August 1944 im Pariser Bahnhof Montparnasse. Am darauffolgenden Tag fand das Massaker an den deutschen Kriegsgefangenen auf dem Pariser Flughafen Le Bourget statt.

París sei es zu einem Massaker an Hunderten von deutschen Kriegsgefangenen gekommen, die durch LECLERCS Panzer niedergewalzt wurden.[4] Besonders brutal sei dabei der damalige Leutnant Robert GALLEY vorgegangen. Der französische Soldat Albert BISSOM schildert, wie es bei Andelot[5] (Departement Haute-Marne) zu heftigen Kämpfen der französischen Einheit mit deutschen Truppen gekommen sei. Die Franzosen erlitten Verluste, doch dann brach der deutsche Widerstand zusammen. Eine große Zahl von »Boches«, wie der Soldat sich ausdrückte, ergab sich: »Schon nähern sich weitere 500 Kriegsgefangene. »Wartet, Kerls!< ruft Leutnant GALLEY. .. Er läßt die Deutschen in eine Scheune treiben, setzt seine Panzer davor und befiehlt über sein Mikrofon: »Turm nach links, Stop! Handgranate! Feuer!« Die Granate explodiert... inmitten des Haufens der Boches. Die Splitter zerreißen ihre Körper, Körperteile kleben an den Balken der Scheune. Wir erledigen mit dem Maschinengewehr alle, die noch leben. Heute ist der Tag der Rache!«

Obwohl sich Leutnant GALLEY noch weiterer Kriegsverbrechen schuldig machte und, wie Studiendirektor POHL berichtet, sich dieser Schandtaten offen im Fernsehen rühmte, konnte er Minister unter DE GAULLE, POMPIDOU und GISCARD D'ESTAING werden und als Schatzmeister der Partei des französischen Staatspräsidenten CHIRAC tätig sein.[5]

Uber die berühmt-berüchtigte Division LECLERC schrieb später ein früherer Angehöriger: »Diese Division hat bei den Franzosen einen schmeichelhaften und weitgehend ungerechtfertigten Ruf gehabt und wird ihn bestimmt noch lange Zeit haben. Sie ist Bestandteil des gaullistischen Mythos, und solange dieser lebendig bleibt, wird die »Armee LECLERC« viele andere verdienstvollere und weniger glückliche Einheiten in der Geschichte überstrahlen. .. Die 2. DB (2. Panzerdivision), die zur Pflege des Lothringer Kreuzes in Operationen von hohem Prestigewert, aber geringem Risiko (wie die von Paris, Straßburg und Berchtesgaden) hineinkatapultiert wurde, hat unter allen Umständen von der erdrückenden Macht der Amerikaner profitiert und aus diesen leichten Siegen einen ziemlich widerlichen Überlegenheitskomplex gezogen. Mit den Federn des amerikanischen Pfaus und der aufgesetzten LECLERC-Aura geschmückt, konnte sich selbst der schlechteste Freiwillige praktisch alles leisten und sogar jede andere französische Militäreinheit verachten, beispielsweise durch die Weigerung, Offiziere, die nicht der 2. DB angehörten, zu grüßen. . . Vor und nach der Einstellung der Feindseligkeiten beging die 2. DB in Bayern Ausschreitungen und Plünderungen in solchem Ausmaß, daß die angewiderten Amerikaner selbst bereits nach einem Monat deren Ausweisung aus ihrer Besatzungszone forderten.«[6]

Über die französischen Kriegsverbrechen an der deutschen Bevölkerung in Stuttgart berichtet ein anderer Beitrag.[7]

[4] Philippe GAUTIER, ***Deutschenangst— Deutschenhaß,*** Graben, Tübingen 1999, S. 135-139; siehe auch: Beitrag Nr. 301, »Massenmorde an Gefangenen in Paris«.

[5] Siehe: Beitrag Nr. 302, »Das Massaker von Andelot«.

[6] GAUTIER, aaO. (Anm. 4), S. 137 ff.

[7] Beitrag Nr. 365, »Französische Verbrechen in Stuttgart 1945«.

Massenmorde an Gefangenen in Paris

Nachdem die später durch ihre angeblichen »Ruhmestaten« bei der Besetzung Süddeutschlands berühmt gewordene 2. Panzerdivision des französischen Generals LECLERC[1] am 25. August 1944 das von den Deutschen kampflos übergebene Paris »befreit« hatte, fanden dort völkerrechtswidrige Massenmorde an deutschen Soldaten statt, die sich bereits ergeben hatten. Ein besonders schweres Kriegsverbrechen geschah auf dem Pariser Flugplatz Le Bourget, wo Hunderte von deutschen Kriegsgefangenen durch LECLERCS Panzer niedergewalzt und anschließend in Massengräbern verscharrt wurden. Der Franzose Philippe GAUTIER bringt in seinem Buch ***Deutschenangst - Deutschenhaß*** die ungekürzte Aussage eines ehemaligen Angehörigen dieser Division. Darin heißt es wie folgt:[2]

»Am 25. August 1944 habe ich, damals noch Zivilist, die vier deutschen Landser gesehen, die von LECLERCS Männern (Infanteristen aus dem >regiment de marche du Tchad«) ermordet wurden. Diese vier Soldaten, bereits ältere Männer mit grauen Haaren, wurden möglicherweise bei der Kapitulation des Majestic-Hotels gefaßt, doch wahrscheinlicher bei der Übergabe des Hotels Napoleon in der Avenue Friedland, genau gegenüber dem Bürgersteig, wo sie erschossen worden sind. An diesen Tagen hat es zweifellos viele andere standrechtliche »Hinrichtungen« in Paris gegeben.

Am 27. August 1944 fand bei der Aufgabe des Flughafens Le Bourget wahrscheinlich der größte Massenmord an deutschen Kriegsgefangenen durch Franzosen statt: ein deutsches Bataillon von rund 800 Mann! Im offiziellen Buch der Division wurde dezent festgehalten: »Die 2. DB: ... GAUDETS Panzer nehmen den Kampf aus nächster Nähe wieder auf, und das Gelände wird unerbittlich gesäubert.«

Dem Vorfall habe ich nicht beigewohnt, da ich der 4. Einheit des 12. Panzerregiments, die diesen Massenmord verübte, erst im Dezember zugeteilt wurde. Die Einzelheiten hat mir mein Panzerführer erzählt, der einer der Ausführenden gewesen war und (immerhin) erschüttert blieb. Seiner Darstellung zufolge sei der damalige Regimentsführer, Oberst ROUVILLOIS, völlig unerwartet eingetroffen, als die Aktion auf dem Höhepunkt stand, und er habe geschrien: »Hören Sie auf, GAUDET! Was machen Sie da!«

Der Kapitän, in vollem blutrünstigen Rausch und überhaupt nicht bereit zu gehorchen, habe seinen Vorgesetzten zum Teufel geschickt, der sich lieber entfernt habe. Als einzige Sanktion begnügte sich letzterer, GAUDET das ihm in Aussicht gestellte Kreuz der Ehrenlegion erst im Januar 1945 zu verleihen. Dreißig Jahre später hatte ich die Gelegenheit, meinen Ex-Obersten, inzwischen General im Ruhestand, zu treffen. Ich fragte ihn, mir (wenn möglich) den Bericht von einem Massenmord an Kriegsgefangenen auf dem Flug-

[1] Über weitere Kriegsverbrechen dieser französischen Einheit und ihres Kommandeurs siehe: Beitrag Nr, 304, »Die Erschießungen von Bad Reichen hall«, u. Nr. 302, »Das Massaker von Andelot«.

[2] Philippe GAUTIER, ***Deutschenangst - Deutschenhaß. Entstehung, Hintergründe, Auswirkungen,*** Grabert, Tübingen 1999, S. 135 ff.

hafen Le Bourget zu dementieren. Er starrte mich einen Augenblick an, wurde ganz bleich und gab Fersengeld, ohne ein Wort zu sagen.

Den jungen Zivilisten, die sich wie ich (trotz allem) bei der 2. DB (2. Panzerdivision) verpflichten wollten, wurde zwar nicht offiziell, so doch als nützlicher Rat empfohlen: »Laßt euch nicht gefangennehmen, denn wir machen keine Gefangenen.«

Angesichts der zahlreichen Kapitulationen am Ende gab es trotzdem einige tausend Kriegsgefangene, die am Leben gelassen wurden, die aber furchtbar mißhandelt und, entgegen der Genfer Konvention, aller ihrer persönlichen Gegenstände, Auszeichnungen, Papiere, Trauringe, Stiefel usw. beraubt wurden. Jede Einheit hatte sozusagen ihren eigenen Gewaltstil. Mein Regiment galt als relativ (!) anständig. Man müßte Veteranen vom 1. Marineinfanterie-Panzerregiment, vom Marschregiment des Tschad und insbesondere vom 501. Panzer regime nt ausfindig machen, die bereit wären zu sprechen. Vor allem Veteranen des letzten Regiments wandten mit großem Eifer ihre Devise an: ? Welche töten!<

Bis auf das Verbrechen von Reichenhall, das allmählich bekannt wird, hat die 2. Panzerdivision in Deutschland keine blutigen Schandtaten verübt, die mit denen der 1, Armee in Freudenstadt vergleichbar wären. Dagegen hat sie sich dort völlig frei und ungestraft einer Unmenge von Ausschreitungen und Plünderungen hingegeben, die m an nie vollständig wird auflisten können. Vom letzten der Freiwilligen bis General LECLERC (der, wie von Ernst VON SALOMON in ***Der Fragebogen*** berichtet, die Gemälde seines Quartiergebers stahl, P. G.), hat die 2. Panzerdivision mit Ausnahme vielleicht des (etwas menschlicheren) 12. Afrikajäger-Regiments, auf schändliche Weise geplündert und gestohlen.«

Keine dieser völkerrechtswidrigen Taten wurden je gesühnt. Die Täter wurden im Gegenteil geehrt, die beteiligten Einheiten genossen hohes Ansehen in Frankreich.

»Alle Verbrechen der »Alliiertem dürfen, so scheint es, nicht Gegenstand von Nachforschungen und Rechtsverfolgungen werden. Es ist sogar möglich, daß gerade ihre Aufdeckung gerichtlich belangt wird - kraft des seit 1945 herrschenden Grundsatzes: Die Straftat des Besiegten ist immer ein unverjährbares Verbrechen. Die Straftat des Siegers ist dagegen immer straffrei und lobenswert. . .«[3]

[3] Philippe GAUTIER, aaO. (Anm. 2), S. 137.

Das Massaker von Andelot

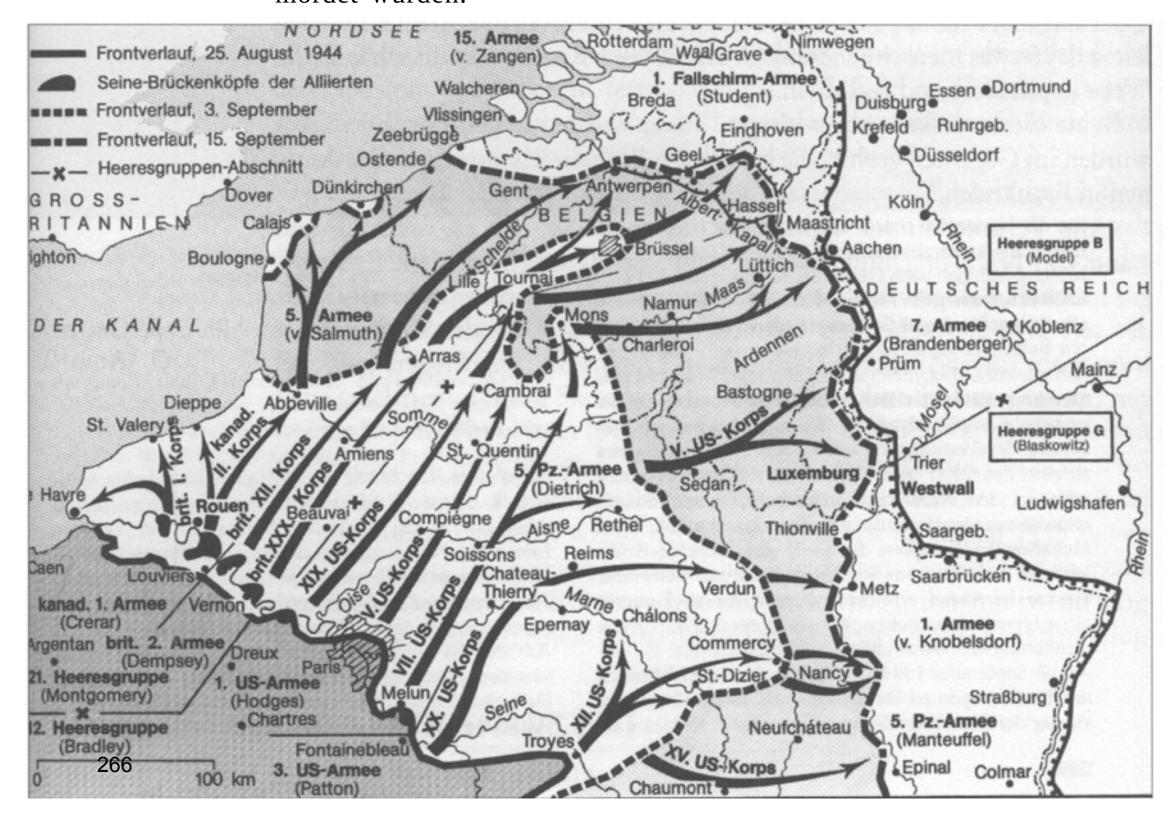
Nach der Befreiung von Paris am 25. August 1944 setzten die Alliierten ihren Vorstoß in Richtung Norden und Osten fort. Die Panzerverbände der Amerikaner (XU., XV. und XX. US-Korps) sowie die berühmt-berüchtigte[1] 2. französische Panzerdivision unter General LECLERC drängten unaufhaltsam der Reichsgrenze entgegen.

In der Nähe von Chaumont (Departement Haute-Marne) eroberte die 2. Abteilung des zur 2. Panzerdivision gehörenden RMT (Regiment Marche du Tschad) am 12. September 1944 das Dorf Andelot, wo fünfzehnhundert Soldaten der Wehrmacht stationiert waren, nach nur anderhalbstündigen Kämpfen. Nach deutschen Quellen beliefen sich die Verluste der Wehrmacht auf rund sechzig Tote und etwa achthundert Gefangene. Französische Quellen, vor allem Fahrten- und Kriegstagebücher von Offizieren des 3. RMT, sprechen von ganz anderen Zahlen m bezug auf die deutschen Verluste, nämlich von dreihundert bis sechshundert Toten, gegenüber sechs (!) auf französischer Seite.

Dieses Mißverhältnis machte einen aus Andelot gebürtigen pensionierten Deutschlehrer, Daniel GUERAIN, stutzig. Er stellte Nachforschungen an, befragte Zeugen[2] und kam zu dem Ergebnis, daß am besagten 12. September 1944 dreihundert bis sechshundert entwaffnete deutsche Soldaten auf Befehl des Panzerkommandanten Robert GALLEY in einer Scheune des Dorfes ermordet wurden.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 300 und Nr. 303.

[2] Daniel GUERAIN, *Lf cbemin k plus long,* Paris 1997.



Nach der ¡Befreiung! von Paris drängten die alliierten Panzerverbände Richtung deutsche Grenze. Am unteren Rand der Karte befindet sich Chaumont. Aus: Janusz PIEKALKIEWICZ, *Die Invasion, Frankreich 1944,* Bechtermünz, Augsburg 1998,

Philippe GAUTIER[3] bringt einen Auszug aus dem Kriegstagebuch eines unmittelbar beteiligten Franzosen, Albert BISSON, der den Massenmord an den deutschen Gefangenen bestätigt:

»Wir ziehen in einigen Kilometern Entfernung an Chaumont vorbei und greifen Andelot nachmittags um 1 Uhr an. Unsere 105 mm-Artillerie gibt ein paar Schüsse auf das Dorf. Mit dem Fernglas beobachten wir, wo unsere Granaten einschlagen. Die deutschen Geschütze schlagen wirkungsvoll zurück. Wir rücken weiter vor und erreichen den Ortseingang, Eine Straßenschlacht beginnt. In kleinen Gruppen ergeben sich die Boches, Da sind fünfhundert zusammen, bald fast tausend. Sie werden entwaffnet und nach hinten geschickt. Wir rücken weiter vor. Gewehrschüsse knallen von allen Seiten; dazwischen Mörsergranaten, die uns auf die Schnauze fallen. Wir durchsuchen Haus für Haus und kommen mit Gefangenen raus. Ein paar Meter weiter nimmt Capitaine SARAZAC den Obersten gefangen, der die Garnison befiehlt. Die Landsleute dieses überzeugten NS-Anhängers kommen allmählich aus ihren Löchern und ergeben sich. Wir haben bereits mehrere Tote und Verwundete. Wir müssen uns dafür rächen.

Schon nähern sich weitere fünfhundert Kriegsgefangene. »Wartet, Kerls!< ruft Leutnant GALLEY, der einen Panzer des 501. RCC befiehlt. Er läßt sie in eine Scheune treiben, setzt seine Panzer davor und befiehlt über sein Mikrofon: »Turm nach links, Stop! Sprenggranate! Feuer!< In einem unglaublichen Getöse explodiert die Granate mitten in diesem Haufen Boches. Ihre Gliedmaßen fliegen durch die Luft und bleiben an den Balken des Gebäudes kleben. Wer nicht tot ist, wird mit dem Maschinengewehr niedergemäht...

Abends um fünf Uhr ist das Dorf vollständig erobert. Die Dorfbewohner empfangen uns herzlichst. Am Abend gehen wir in einen Steinbruch in Stellung. Bilanz: tausendfünfhundert Gefangene, fünfhundert Tote und fünf eroberte LKWs. Diese Verluste haben ein Infanteriezug und eine Panzereinheit zugefügt.«





Oben: Robert GALLEY 1944 als Leutnant; *unten:* 2004 in Andelot beim 60. Jahrestag der Befreiung) von Andelot.

Es mußten also über fünfzig Jahre vergehen,[4] bis dieses Kriegsverbrechen an die Öffentlichkeit kam.

Dieser Robert GALLEY (Jahrgang 1921), der sich mit 19 freiwillig in DE GAULLES »Freie Französische Streitkräfte< (FFL) verpflichtete, ist nicht irgendwer. Nach dem Krieg heiratete er Jeanne, Marschall LECLERCS vierte Tochter, und startete eine glänzende politische Laufbahn in der gaullistischen Partei, Von 1968 bis 1974 gehörte er allen fünf Kabinetten an, jeweils als Woh-



[1] Philippe GAUTIER, ***J^e racisme anti-allemand,*** Detern a, Paris 2002, S. 192 f.

[4] Daniel GUERAIN, in: Franz W. SEIDLER u. Alfred M. DE ZAYAS, ***Kriegsverbrechen in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert,*** Mittler, Hamburg-Berlin-Bonn 2002, S. 213 f.



Der Panzer von Robert GALLEY,

nungsbau-, Wissenschafts-, Post-, Verkehrs- und Verteidigungsminister. Von 1968 bis 2002 war er außerdem Abgeordneter in der Nationalkammer für das Departement Aube und von 1972 bis 1995 Bürgermeister der Stadt Troyes.

Am 12. September 2004 fanden in Andelot Feierlichkeiten anläßlich des 60. Jahrestags der Befreiung des Dorfes statt - Robert GAULEY durfte nicht fehlen und wurde gebührend gefeiert. In seiner Ansprache erinnerte er vor allem an seinen Freund, den Regimentsadjutanten Roger DESCHAMPS, der bei den einstündigen Kämpfen fiel. Über die ermordeten deutschen Kriegsgefangenen fiel natürlich kein Wort. ***Le Journal de la Haute-Marne*** berichtete am nächsten Tag ausführlich:[5] »>Ich habe hier die gleiche Festtagsstimmung vorgefunden wie [im Juni, M. K.] in der Normandie<, bemerkte die Tochter von Marschall LECLERC nach den Feierlichkeiten. Festliche Stimmung und viel Emotion, als die Schüler von Andelot die Marseillaise ***a eapella*** vorgetragen haben. Eine Darbietung, die mit herzlichem Beifall bedacht wurde.«

Es blieb aber nicht bei diesem einen Kriegs verbrechen, in das Leutnant GALLEY unmittelbar verwickelt war. Man spricht, so GUERAIN,[6] von weiteren Verstößen gegen Haager Landkriegsordnung und Genfer Konvention, die sich GALLEY zuschulden kommen ließ: »Am Ufer der Orne ließ er einen Priester, in dem er einen verkleideten SS-Mann vermutete, ohne Gerichtsverfahren mit Benzin übergießen und anzünden. Bei Alengon machte das Regiment auf seine Initiative keine Gefangenen; alle Deutschen, die sich ergeben wollten, wurden erschossen. Bei Ecouche walzten französische Panzer Getreideschuppen nieder, in denen sich deutsche Soldaten versteckt hatten. Die Soldaten wurden unter den Panzerketten zermalmt. In einem anderen Dorf ließ GALLEY Angehörige der Ostlegionen, die in deutschen Diensten standen, fesseln und anzünden, weil sie angeblich eine Französin vergewaltigt hatten. Um den Vormarsch nicht zu beeinträchtigen, ließ er mehrmals deutsche Gefangene erschießen, deren Rücktransport Probleme bereiten könnte; dazu gehörten insbesondere alle Verwundeten, Bei Herbstheim im Elsaß sonderte GALLEY am 2, Dezember 1944 unter den versammelten Kriegsgefangenen alle Männer aus, die ihren Dienstrang oder ihre Zugehörigkeit zur Waffen-SS kaschierten, und befahl ihre Erschießung. Es waren etwa 200 Männer von 800.«

Michael Klotz

[5] hnp://journaldela-hautemarne.com/news/archive story.php/aid/5779/Andelot

[6] GUERAIN, aaO. (Anm, 4).

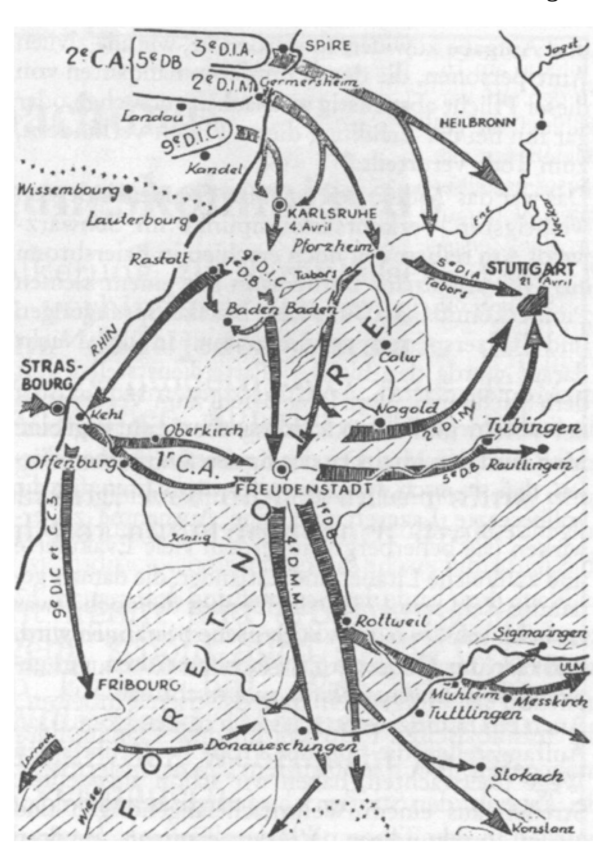
Weiterführende Literatur:
Daniel GUERAIN, L'E*nvers de la liegende. Historie d'une liberation,* Bonneville 2002.

Plünderung Freudenstadts und Karlsruhes 1945

Nach 1945 saßen die Siegermächte über die Deutschen zu Gericht und verurteilten viele deutsche Soldaten wegen angeblicher Kriegsverbrechen, vor allem, um von den eigenen Kriegsverbrechen abzulenken, die zudem sofort unter eine Amnestie fielen.

Ein Kriegsverbrechen besonders schändlicher Art, wie es sich die deutschen Truppen in beiden Weltkriegen nicht ein einziges Mal zuschulden kommen ließen, stellte die tagelange Plünderung und Brandschatzung der Lazarettstadt Freudenstadt im Schwarzwald durch französische Truppen im Aprd 1945 dar.[1] Dieses Verbrechen blieb bis heute ungesühnt. Insbesondere wurde kein Fall bekannt, daß von der französischen Truppenführung ernsthaft gegen die Ausschreitungen eingegriffen wurde.[2]

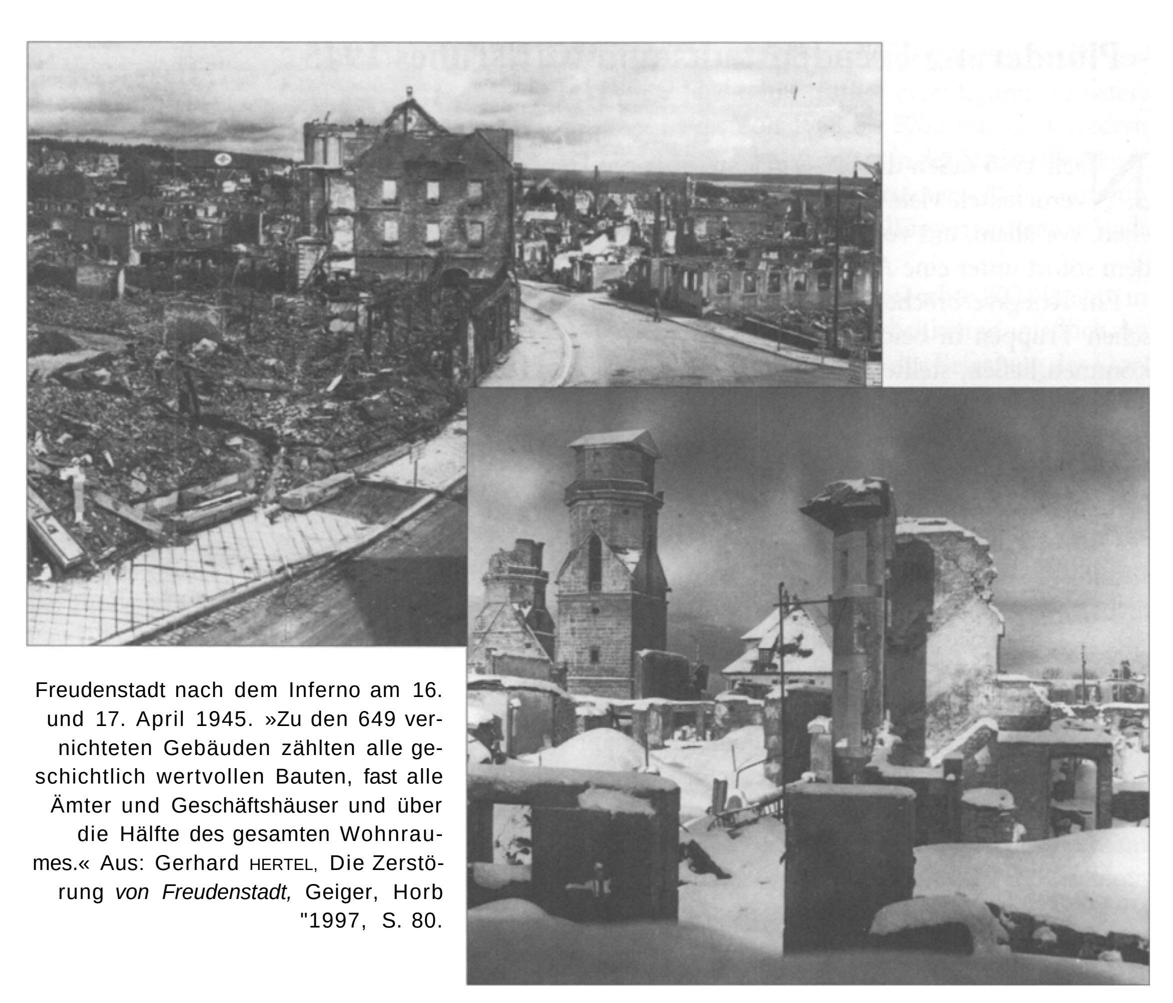
Obwohl die Lazarettstadt Freudenstadt völlig von deutschen Truppen entblößt war und nicht verteidigt wurde - was der alliierten Aufklärung nicht entgangen sein konnte - sowie zur offenen Stadt erklärt war, begann



Diese französische Darstellung vom 29. April 1945 zeigt die Bedeutung, die Freudenstadt für den Kriegspia n des Generals Jean Dt LATTRE DE TASSIGNY hatte, als »strategischer Knotenpunkt, Drehscheibe aller Straßen, die von dort ausstrahlen gegen den oberen Neckar, die Donau und Konstanz«.

[1] Hans ROMMEL, *Vor Zehn Jahren, 16./17. April 1945. Wie es zur Zerstörung von Freudenstadt gekommen ist,* Oskar Kaupert, Freudenstadt 1955; kürzere Berichte in: *Deutsche Wochen-Zeitung,* 20. 11. 1954; *ELSA* Nr. 34, 1975; Leserbrief von Josef W. NEIDLINGER, Frankfurt, in: *Nassauische Landeszeitung,* 20. 2. 1982; Anzeiger der NotVerwaltung des Deutschen Ostens Nr. 2, März/ April 1982, 11. Jg.

[2] ROMMEL, ebenda, S. 31.



Freudenstadt nach dem Inferno am 16. und 17. April 1945. »Zu den 649 vernichteten Gebäuden zählten alle geschichtlich wertvollen Bauten, fast alle Ämter und Geschäftshäuser und über die Hälfte des gesamten Wohnraumes.« Aus: Gerhard HERTEL, Die Zerstörung *von Freudenstadt,* Geiger, Horb "1997, S. 80.

am Montag, dem 16. April 1945, gegen 14 Uhr 30 von selten der bis kurz vor die Stadt vorgerückten französischen Truppen eine Beschießung mit Spreng- und Brandgranaten. Dazu kam am Spätnachmittag ein schwerer Bombenangriff. Das Trommelfeuer auf die unverteidigte Stadt dauerte den Tag und die folgende Nacht über an, so daß der schmucke Schwarzwaldort größtenteils in Schutt und Asche sank.

Nach dem Ende der Beschießung drangen am 17. April ab 9 Uhr die farbigen Soldaten des 3. marokkanischen Spahi-Regiments unter dem damaligen, Major (später General) Christian DE CASTRIES kampflos in die Stadt ein. Ihnen und nachfolgenden französischen Einheiten wurde Freudenstadt von der französischen Führung für drei Tage und drei Nächte zur Plünderung freigegeben: Noch am fünften Tag nach der Besetzung wurden Einwohner bei Tage auf den Straßen von französischen Soldaten ausgeraubt. Planmäßig wurden in den Tagen nach dem Einmarsch von den Franzosen Brände ge-

legt, besonders an die Behördengebäude und Häuser früherer NSDAP-Mitgüeder, nach rund acht Tagen auch noch am Rathaus. Dabei wurde nicht nur das Löschen verboten, sondern deutsche Löschwillige wurden mit Waffengewalt an der Schadensbegrenzung gehindert.

Manche Freudenstädter, die das Bombardement in ihren Kellern überstanden hatten, wurden von plündernden Soldaten erschossen, viele Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt wie 1944 in Mittelitalien und in Rom. Insgesamt waren 70 Todesopfer zu beklagen. Verantwortliche Ortskommandanten waren gleich nach der Besetzung Major DELEUZE, vom folgenden Tag an für fast eine Woche Hauptmann DE L'ESTRANGE und ab 23. April Major CAMPIGNEUILLES, dessen Sicherheitsoffizier GUYOT viele Grausamkeiten an deutschen Zivilisten auf dem Gewissen hat.

[3] Zitiert in: ***ELSA***, aaO. (Anm. I)

Wenige Tage später meldete der französische Heeresbericht, daß die Armee des Generals DE LATTRE DE TASSIGNY, ZU dem das Regiment DE CASTRIES gehörte, eine »glorreiche Schlacht bei Freudenstadt« geschlagen habe. Als dann selbst aus den Reihen französischer Offiziere Zweifel an dieser Darstellung aufkamen, erklärte der Stab von General DE LATTRE DE TASSIGNY entschuldigend, daß vor dem französischen »Angriff« auf Freudenstadt Angehörige eines deutschen Freikorps den vorrückenden Franzosen große Verluste beigebracht hätten und ein französischer Parlamentär von Deutschen erschossen worden sei. Beides entsprach nachweislich nicht den Tatsachen. Ehrlicher war wohl General DE LATTRE DE TASSIGNY, als er erklärte: »Die Zerstörung von Freudenstadt war nur unsere gerechte (!) Revanche für die elsässische Stadt Hagenau, die von deutschen Truppen dem Erdboden gleichgemacht wurde.« Tatsache war jedoch, daß Hagenau im Verlaufe schwerer Kämpfe vorher mehrfach den Besitzer gewechselt hatte und dabei von deutscher und alliierter Artillerie schwer zerschossen worden war, was somit mit dem unverteidigten und kampflos eingenommenen Freudenstadt gar nicht zu vergleichen war. In seinen Erinnerungen[4] hat DE LATTRE DE TASSIGNY die »Kämpfe« um Freudenstadt - wohl wegen dieser Peinlichkeiten - kaum erwähnt.



Christian DE CASTRIES (1902-1991).

[4] Jean DE LATTRE DE TASSIGNY, ***Histoire de ia 1ère Arméefrançaise,*** Paris 1949, S. 520 f.

Die Freigabe Freudenstadts zur Plünderung war ein klarer Verstoß gegen bindende Vorschriften der Haager Landkriegsordnung. Darin heißt es in Artikel 46: »Das Privateigentum darf nicht eingezogen werden,« und in Artikel 47: »Die Plünderung ist ausdrücklich untersagt.« Auch eine Rachehandlung wegen der angeblichen, vorher den Franzosen zugefügten Verluste oder wegen der Zerstörung Hagenaus ist dort untersagt. In Artikel 50 wird ausgesagt: »Keine Strafe in Geld oder anderer Art darf über eine ganze Bevölkerung wegen Handlungen einzelner verhängt werden, für welche die Bevölkerung nicht als mitverantwortlich angesehen werden kann.« Nicht ein einziges Mal ist in beiden Weltkriegen von deutschen Kommandostellen irgendein Ort zur Plünderung und zu Vergewaltigungen freigegeben worden wie offenbar für die farbigen Franzosen als »Belohnung* Freudenstadt.

Nicht viel besser benahmen sich die einrückenden Franzosen 1945 in Karlsruhe, was in der Schrift ***Karlsruhe 1945***[5] von Josef Werner mit den Aussagen vieler Erlebniszeugen dargestellt wurde. Darin heißt es über die Vorgänge nach dem 4. April 1945 in der badischen Hauptstadt: »Mit der Brandschatzung am Marktplatz hatte es eine besondere Bewandtnis. Diese Häuser wurden offensichtlich angezündet, um von der »Eroberung« der ersten deutschen Großstadt durch die Franzosen in wirkungsvollen Bildern berichten zu können.«[6] Ein Augenzeuge berichtet: »Man hat hier eindeutig Brände nach Kampfhandlungen vortäuschen wollen. Auf den Panzern standen Kameraständer, von denen fotographiert und gefilmt wurde.«[7] Ein anderer Augenzeuge sah, wie dann »französische Truppen formiert durch die Kaiserstraße zogen und in Höhe der in Brand gesetzten Gebäude gefilmt wurden«.[8] Am 6. April wurde für den folgenden Tag eine Ausgangssperre in Karlsruhe verfügt und durch Anschläge bekanntgemacht. Am Morgen des 7. April wurden mehrere Häuserblöcke in der Innenstadt am Marktplatz, an der Kaiser- und Lammstraße, in Brand gesetzt - und dann kam General DE GAULLE, der sich vor solcher Kulisse pressewirksam ablichten ließ »im Herzen der brennenden Stadt Karlsruhe«. Er schrieb in seinen Memoiren,[9] er habe am 7, April in »stolzer Genugtuung« den Rhein überschritten: »Danach stattete ich der furchtbar zerstörten badischen Hauptstadt einen Besuch ab.« Daß ein Teil der Zerstörung nur ihm zu Ehren nach den Kämpfen vorgenommen worden war, verschwieg er.

Auch in Karlsruhe wurde tagelang geplündert und geschändet. So berichtete der Augenzeuge Eduard FINK:[10] »Jeder Vorübergehende wird - oft mit vorgehaltener Waffe - angehalten und körperlich durchsucht. Uhren, Ringe, Wertsachen werden ihm rücksichtslos abgenommen. Den Frauen werden außer Armbanduhren auch Broschen abgenommen. Nachmittags spielt sich das gleiche Theater in den Wohnungen ab. Auch alle Fahrräder, Radios, Fotoapparate und Waffen werden aufgestöbert und mitgenommen. Fortwährend ziehen einzelne Truppen von Haus zu Haus.« Dabei taten sich vor allem »Kolonialsoldaten aus Marokko, Algerien und Tunesien«[11] hervor - wie nach 1918 wurden bewußt Farbige zur Demütigung der Deutschen und zur Schändung deutscher Frauen von den Franzosen am Rhein eingesetzt. Allein in der Landesfrauenklinik in Karlsruhe wurden 276 Schwangerschaftsunterbrechungen nach Vergewaltigungen vor allem im April und Mai 1945 vorgenommen.[12]

Wäre nur einmal solch eine Plünderung einer Stadt von deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg verübt worden, so würde die Welt noch heute davon widerhallen. Aber von den alliierten Kriegsverbrechen weiß kaum noch jemand etwas, sie stehen in keinem deutschen Schulbuch, wo angebliche deutsche Verbrechen breitgetreten werden, und wurden nie gerichtlich verfolgt. Auch eine offizielle Entschuldigung erfolgte von der verursachenden >Kulturnation< nicht.

[5] Josef WERNER, *Karlsruhe 1945. Unter Hakenkreuz Trikolore und Sternenbanner,* G, Braun, Karlsruhe 1985, [2]1986.

[6] Ebenda, S. 104.

[7] Ebenda.

[8] Ebenda.

[9] Ebenda. S. 105.

[10] Ebenda.

[11] Ebenda.

[12] Ebenda, S. 114.

Die Erschießungen von Bad Reichenhatl

Die Haager Landkriegsordnung und das Völkerrecht verbieten die nachträgliche grundlose Erschießung von Kriegsgefangenen. Dennoch wurde dieses Kriegsverbrechen in den letzten Monaten des Zweiten Weltkrieges, als die späteren Sieger keine Vergeltung mehr von dem zerfallenden Deutschland zu fürchten brauchten, viele Male auch von den Westalliierten verübt. Mehrere derartige Fälle werden in anderen Beiträgen dokumentiert.[1] Alle diese Verbrechen blieben bisher ungesühnt, weil nur die Sieger über den Besiegten urteilten.

Ein besonders schändliches derartiges Verbrechen trug sich am 8. Mai 1945 in Bad Reichenhall zu. Verantwortlich dafür war der französische General LECLERC, der sich schon vorher in Frankreich wie bei seinem Zug durch Süddeutschland zahlreicher Kriegsverbrechen hatte zuschulden kommen lassen, u. a. in Germersheim, im Schwarzwald, in Neu-Ulm und im Chiemgau, insbesondere auch im oberbayerischen Siegsdorf. Es wurde von dem Gewerkschaftler und langjährigen SPD-Stadtrat Fritz HOFMANN in seinem Heimatbuch *Die Scbreckensjahre von Bad Reichen ha Ii* dokumentiert.[2] Unter der Überschrift »Elf Franzosen wurden in Karlstein erschossen« heißt es dort unter anderem:

»Nachdem am 29, April 1945 die Reste der 38. SS-Panzergrenadierdivision »Nibelungen' versuchten, den amerikanischen Streitkräften den Ubergang über die Amper- und Isarbrücken bei Moosburg zu versperren, wurde ein Teil des dieser Division zugeteilten Sturmbataillons der französischen SS-Division 'Charlemagne< versprengt. Die 11 Franzosen von Karlstein gehörten dieser Einheit an, Pater GAUME - ein früherer Missionar in Dahomey - war Augenzeuge der Erschießung.

Nach dem Bericht in der Zeitschrift des Kameradenkreises ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS *Der Freiwillige,* 19. Jahrgang, Heft 9, September 1973, >Der Fall Karlstein< von Dr. Erich KOPP, gab Pater GAUME an eine der Familien nachstehende Erklärung: >Nachdem vom Stab der Division der Befehl kam, die Gefangenen kurzerhand ohne Urteil zu erschießen, gab mir Pater FOUQUET, der Divisionsgeistliche, den Auftrag, ihnen in ihrer letzten Minute beizustehen. Der junge Leutnant, der das Hinrichtungskommando hatte, gehörte nicht meiner Einheit an, und ich kenne ihn nicht. Völlig bestürzt über den erhaltenen Befehl, fragte er aber, ob er sich nicht weigern solle. In seiner Gewissensnot wollte er sein Möglichstes tun, um den Männern die letzte Stunde zu erleichtern, und ging vor der Erschießung mit ihnen zur Kommunion.

Das Erschießungskommando wurde von einer anderen Einheit gestellt, und die 12 Mann wurden nach Karlstein gebracht. Einer der Gefangenen

[1] Siehe u. a.: Beitrag Nr. 309, »Ernest Hemingway - Nobelpreisträger und Mörder«, Nr. 296, »Das Massaker von Lippach«, Nr. 291, »Die Morde von Eberstetten«, Nr. 307, »US-Erschießungsquote über 1 zu 100«, Nr. 292, » Gefangenenmorde bei Jungholzhausen«.

[2] Fritz HOFMANN, ***Die Schreckensjahre von Bad Reichenhall***, zitiert in: Franz SCHÖNHUBER, ***Ich war dabei,*** LangenMüller, München-Wien 1981, S. 338-341.

lehnte den kirchlichen Beistand ab, drei andere erklärten, für ihre Familien keine letzte Nachricht abzugeben. Unter den übrigen war mindestens einer, der seine Familie bat, seinen Mördern zu verzeihen.

Die Erschießung geschah in drei Etappen zu je vier Mann. Die letzten sahen so alle ihre Kameraden fallen. Alle weigerten sich, ihre Augen verbinden zu lassen, und fielen mit dem Ruf: >Es lebe Frankreich!« Unter den letzten waren Leutnant BRIFFAULT und SS-Grenadier PAYRAS. Gemäß den mir erteilten Befehlen ließ ich die Leichen liegen, aber ich wandte mich an amerikanische Soldaten, die in der Nähe lagen, und empfahl ihnen die Bestattung der Toten, was einige Zeit später geschah.«

Folgende kurzgefaßte Erklärung gab später Pater FOUQUET, der ehemalige Divisionsgeistliche der 2. gaullistischen Panzerdivision ab: >Der Erschießungsbefehl wurde im Divisionsstab erteilt, und zwar von einem Offizier, dessen Namen ich nicht kenne, im Anschluß an ein Telefongespräch mit dem General LECLERC.

Die französischen SS-Angehörigen hatten eine besonders arrogante Haltung. Sie hatten einen französischen Offizier, der ihnen vorgeworfen hat, sie hätten die Uniform der >Boches< angezogen, geantwortet, daß er sich in der Uniform der Amerikaner wohl auch ganz wohlfühle.«

Nach diesen weiteren Erkundigungen befanden sich unter den zwölf Gefangenen auch solche, die aus dem Lazarett kamen. Eine fotografische Aufnahme läßt den Verwundetenschein erkennen, der wehrmachtsgerecht am Knopfloch befestigt war. Ferner befand sich unter ihnen ein junger Freiwilliger von 17 Jahren (!), Sie hatten sich den Amerikanern kampflos ergeben, die sie zusammen mit anderen deutschen Kriegsgefangenen in der Kaserne der Gebirgsjäger in Bad Reichenhall einsperrten. Auf die Nachricht, daß ihre Bewacher von gaullistischen Truppen abgelöst werden sollten, beschlossen sie die Flucht. Es gelang ihnen auch, durch die Umzäunung der Kaserne in ein nahegelegenes Wäldchen zu entkommen. Aber die Flucht wurde entdeckt, und sie wurden kurz darauf von 2 gaullistischen Kompanien umzingelt und unter starker Bewachung zurückgebracht.

Am Nachmittag des 8. Mai wurden sie auf LKWs nach Karlstein, das heißt an der Straße nach Kugelbach, gebracht. Eines der Opfer hatte Durst, aber man verweigerte ihm jeden Schluck Wasser. Als man sich anschickte, den Männern in den Rücken zu schießen, protestierten sie heftig, worauf sie das Recht erhielten, sich frontal zu stellen.

Die Leichen blieben tatsächlich auf dem Platz liegen und wurden erst drei Tage später von amerikanischen Soldaten bestattet. Hier war ein amerikanischer Militärgeistlicher zugegen, der die Toten segnete. Sodann wurden auf die Gräber Holzkreuze mit dem Namen der Erschossenen gesetzt, Bewohner eines in der Nähe liegenden Bauernhofes konnten sich später noch sehr gut an den Vorfall erinnern, konnten aber keine genauen Einzelangaben

machen. Sie hatten wohl erraten, was gespielt wurde, als sie die Vorbereitungen bemerkten, hatten sich aber dann versteckt. Sie wollten nicht Zeugen dieses Vorgangs werden, da sie damals befürchteten, hierdurch recht unangenehmen Folgen entgegensehen zu müssen.«

Wie HOFMANN noch anführt, fanden die Erschießungen am 8. Mai gegen 17 Uhr statt, nur wenige Stunden vor dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes.

Nicht endgültig geklärt werden konnte, ob es sich um 11 oder 12 Erschießungen handelte und wer den verbrecherischen Befehl gab. Einen Hinweis gibt SCHÖNHUBER:[3] »Des Rätsels Lösung könnte das Bild bedeuten, das der Autor HOFMANN seinem Bericht beigefügt hat {siehe Bildteil). Es zeigt General LECLERC, Vicomte de Hautecloque, in einer US-Montur, ausgerüstet mit einem Spazierstock a la MONTGOMERY. Die Begleitoffiziere trugen dagegen die Uniform der französischen Armee. Somit erklärt sich wohl auch die trotzige Äußerung, die wahrscheinlich Untersturmführer DAFFAS LECLERC gegenüber getan hat: >Sie scheinen sich aber in Ihrer amerikanischen Kleidung auch ganz wohl zu fühlen!« Der Gedanke drängt sich auf, daß der gekränkte und für seine hochfahrende Art bekannte General selbst den Hinrichtungsbefehl gab. Er hatte ja auch die Gefangenen selbst verhört.«

[3] SCHÖNHUBER, ebenda, S. 341 f.

Während jeder deutsche Polizist, der während des Zweiten Weltkriegs lediglich einen abgeschossenen alliierten Flugzeugpiloten abgeführt hatte, nach 1945 zum Tode verurteilt wurde, wenn dem Piloten ohne seine Beteiligung etwas passierte, geschah dem General LECLERC wegen dieses offensichtlichen Mordes nichts.

General LECLERC und die dreizehn französischen Freiwilligen in Bad Reichenhall.

SCHÖNHUBER erhielt in Bad Reichenhall vom Vorsitzenden des Krieger- und Veteranenvereins von 1840, Heinrich LICHTMANNEGGER, Angaben über das weitere Schicksal der Toten,[4] Die Leichen wurden am 2. Juli 1949 exhumiert und in einem Sammelgrab beerdigt. Am 6. Juli 1963 wurden sie wieder umgebettet und bekamen ein Wandgrab neben dem Grabmal zur Erinnerung an die im Ersten Weltkrieg gefallenen Reichenhaller Bürger. Auf dem Grabkreuz steht fälschlicherweise »gefallen«. Acht der Toten gelten immer noch als »vermißt«, weil sie ihren Namen nicht nannten,[5] vermutlich, weil sie ihre Angehörigen in Frankreich vor Repressalien schützen wollten.

'' Ebenda, S. 342.

[5] Persönliche Mitteilung von Walter HELD.

[6] SCHÖNHUBER, aaO. (Anm. 2), S. 343.

[7] Ebenda, S. 344.



Der Ort der Hinrichtung mit dem 1981 aufgestellten Kreuz.

Als der Kriegerverein vorschlug, am Ort der Erschießung ein in Bayern übliches Marterl aufzustellen, kam es Anfang der achtziger Jahre zu einem unwürdigen Vorgang: Im Reichenhaller Rathaus »war von geheimnisvollen »Winken« aus Bonn und dann wieder aus München die Rede, man solle die »Sache« nicht weiterverfolgen«.[6] Es wurde dann im Herbst 1981 doch aufgestellt. Die Inschrift lautet: »Hier starben am 8. Mai 1945 12 Soldaten der Division Charlemagne. Franzosen und Deutsche haben sich über den Gräbern der Toten versöhnt. Mögen die Völker der Welt sich nie mehr als Feinde begegnen.«[7]

Bis zur Gegenwart findet jährlich um den Jahrestag der Erschießung eine Gedenkfeier am Tatort statt, zu der auch zahlreiche Franzosen anreisen, darunter auch der Kommandeur der damaligen Einheit, Ritterkreuzträger Henri FENET. Die Gedenkansprache hielt mehrere Jahre Oberstleutnant a.D. Walter HELD. Am 4. Mai 1997 führte er unter anderem an:

»Hier sind nämlich gleich zwei echte Greueltaten geschehen zum Unterschied von tausenden Vorkommnissen, die im Krieg bedauerlicherweise immer und überall passieren teils aus Angst, im Affekt, aus Überschreitung der Notwehr, Fehleinschätzung der Lage oder was immer. Hier hatte das Verbrechen Methode und war der Schlußpunkt einer ganzen Serie, für die General LECLERC verantwortlich zeichnete. In Paris marschierte er bei der Befreiung neben DE GAULLE stolz über die Champs Elysees, während seine Soldaten

hinter ihm den deutschen Stadtkommandanten, General VON CHOLTTTZ, vor sich hertrieben; er hatte Paris... unversehrt übergeben. Dafür wurde er nun bespuckt, geschlagen und gedemütigt (gesehen bei *ARTE*). - Als nächstes taucht sein Name in der Stadtchronik von Germersheim auf, wo die Schrecken der Plünderung und Vergewaltigungen beschrieben sind; ebenso im Schwarzwald, in Neu-Ulm und im Chiemgau, in Siegsdorf machte er mit seiner Horde nur für eine Nacht Quartier, das reichte aber für eine Orgie der Gewalt, an deren Folgen sogar eine 72jährige Frau starb und der ortsansässige Arzt Wochen zu tun hatte. Dann folgte ein Wettlauf mit den Amerikanern zum Obersalzberg, wo man wenigstens noch BORMANN oder GÖRING ZU fassen hoffte. Die Amis nahmen den Gefangenen nur die Waffen weg und schnitten die Schulterstücke ab - als Zeichen, daß für sie der Krieg zu Ende war. Sie schickten sie zu Fuß auf der Straße nach Oberteisendorf ins Auffanglager. Auf dem Wege dorthin wurden vier Soldaten der Waffen-SS von einem französischen LKW herab zusammengeschossen und, da zwei sich noch bewegten, angehalten und ihnen mit dem Gewehrkolben die Schädel eingeschlagen. Im Juni fand man in einem zugeschütteten Bombentrichter bei Lindach noch 20 mit Genickschuß getötete Soldaten - 14 Angehörige der Waffen-SS, 6 konnten nie identifiziert werden.«



Die ermordeten französischen Freiwilligen der Division >Charlemagne< wurden in Bad Reichenhall in einem Sammelgrab mit Gedenktafel beerdigt.

Geiselerschießungen in Reutlingen am 24. 4.1945

Wegen Teilnahme an befohlenen Geiselerschießungen während des Krieges wurden nach 1945 mehrfach deutsche Offiziere zu hohen Strafen verurteilt. Beispiele sind die Fälle KAPPLER **oder** PRIEBKE. **Die Verurteilungen erfolgten, obwohl die Geiselerschießungen nach damaligem Völkerrecht wegen vorheriger Anschläge oder Verbrechen von Seiten der Partisanen berechtigt und damit juristisch gedeckt waren. Dagegen wurden Geiselerschießungen durch die Alliierten nicht gesühnt, auch wenn sie juristisch nicht berechtigt waren. Ein solcher Fall ereignete sich im Sommer 1945 im württembergischen Reutlingen.**[1]

Im Zuge ihres Vormarsches in Süddeutschland hatten die französischen Truppen im April 1945 **die Stadt Reutlingen am Fuße der Schwäbischen Alb besetzt. In der Nacht vom** 22. **auf den** 23. **April kam zwischen** 22 **und** 24 **Uhr ein französischer Unteroffizier mit seinem Motorrad ums Leben. Wie spätere deutsche Untersuchungen ergaben, wurde er das Opfer eines selbstverschuldeten Unfalls. Mit dem Fall befaßte sich der »Reutlinger Geiselprozeß« von** 1950/51 **um den damaligen Reutlinger Oberbürgermeister** KALBFELL.

Trotz zumindest unklarer Rechtslage kam es sofort nach dem Unfall zu Repressalien von seiten der Besatzungsmacht und dann noch zu vier unberechtigten Erschießungen. Die restlose Aufklärung der darum bemühten Personen wurde dadurch erschwert, daß bezeichnenderweise eine Einsicht in die französischen Unterlagen nicht gewährt wurde, über die eine Sperrfrist von 100 Jahren verhängt worden sei, wie auch die Bemühungen um Einsicht in die Prozeßakten größtenteils erfolglos blieben.

Kurt IMHOFF[1] **beschreibt den danach ermittelten Ablauf mit folgenden Worten: »Am Tage nach dem Tod des französischen Soldaten, am 23. April 1945, ließ die französische Militärregierung mehrere Personen festnehmen, die nahe der Stelle wohnten oder sich aufhielten, wo der Unteroffizier ums Leben kam. Einige der Verhafteten wurden nach einem Verhör freigelassen und kurz darauf erneut verhaftet. Nachdem die Ehefrauen von einigen der Verhafteten, eine davon in Begleitung eines ehemaligen französischen Zwangsarbeiters als Fürsprecher, um die Freilassung ihrer Männer gebeten hatten, wurden sechs Reutlinger am frühen Nachmittag des 24. April 45 wieder freigelassen.**

[1] Kurt IMHOFF, »Die Reutlinger Geisel-Erschießungen vom 24. April 1945«, ¡n: *Der Freiwillige,* Nr. 5, 2000, S. 10 f.; Gerhard JUNGE, *Schicksale 1945 - Das Ende des '¿weiten Weltkrieges im Kreis Reutlingen-,* Elisabeth TIMM, Studie des Ludwig-Uhland-' Instituts der Universität Tübingen, herausgegeben im Auftrag der Tübinger Vereinigung für Volkskunde, beide zitiert bei IMHOFF.

Oberbürgermeister KALBFELL erklärte zum Tod des französischen Soldaten und zur geforderten Sühneleistung, daß der französische Sicherheitsoffizier, Capitaine Max ROUCHE, ihn am 24. April um 12.00 Uhr vorgeladen habe. Dann habe ROUCHE ihm mitgeteilt, daß ein französischer Soldat »ermordet worden sei< und die »Stadt binnen einer Stunde eine Buße von 200 000 Reichsmark zu entrichten habe«. Von einer Erschießung sei dabei nicht die Rede gewesen.

Nach der fristgerechten Ubergabe des Geldbetrages forderte die französische Militärregierung die Lieferung von Kühlschränken, Steppdecken und Bettwäsche innerhalb von 3 Stunden. Nach der Beschlagnahme der geforderten Gegenstände wurden diese auch den Franzosen übergeben.

In dieser Atmosphäre allgemeiner Unsicherheit und Rechtlosigkeit folgte am 24. April auf Anordnung des Ortskommandanten die Erschießung von vier Reutlinger Bürgern.

Die Exekution sollte eine Sühnemaßnahme für die angebliche Ermordung des französischen Unteroffiziers darstellen.«

Die vier Geiseln wurden am 24, April 1945 gegen 16 Uhr von einer französischen Militärabordnung, begleitet vom Stadtpfarrer KEICHER und dem französischen Militär geistlichen, zum Schönen Weg unterhalb der Achalm gebracht und dort erschossen. Die Leichen wurden bis zum anderen Tag an der Stelle liegengelassen, dann von Angehörigen der städtischen Friedhofsverwaltung in die Leichenhalle überführt und einige Tage später auf dem Friedhof >Römerschanze< begraben.

Bei den vier Erschossenen handelte es sich um:

- den Oberfeldarzt der Reserve Dr. Wilhelm EGLOFF, 60 Jahre alt, Vater von fünf Kindern. Er soll Angehöriger der Allgemeinen SS gewesen und nach Zeugenaussagen mit der Armbinde des Deutschen Roten Kreuzes erschossen worden sein;
- den Schreinermeister Jakob SCHMID, 64 Jahre alt, Vater von sieben Kindern, Mitglied der Reutünger SA;
- den Architekten Wilhelm SCHMID, 38 Jahre alt. Der Oberscharführer der Waffen-SS war in Reutlingen im Urlaub nach einem Lazarettaufenthalt wegen Verwundung im Osten;
- den Redakteur Ludwig OSTERTAG, 54 Jahre alt, Vater von sieben Kindern, Schriftleiter der ***Reutlinger Zeitung.***

Zu Recht weist IMHOFF darauf hin, daß Wilhelm SCHMID als Verwundeter und der kriegsgefangene Sanitätsoffizier Dr. EGLOFF unter dem besonderen Schutz der Genfer Konvention standen, die die Franzosen hier schwer verletzten.

Zur Rechtslage und Praxis von Geiselerschießungen

Im Zusammenhang mit dem PRIEBKE-Prozeß in Rom und den Exekutionen von Geiseln 1944 bei den Ardeatinischen Höhlen wird oft die Erschießung von Geiseln nach Anschlägen als Verbrechen dargestellt, auch im Zusammenhang mit der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«. Nun war eine Geiselerschießung unter bestimmten Umständen damals keineswegs eine völkerrechtswidrige Repressalie. Sie wurde erst durch die Genfer Konvention über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten vom 12. August 1949 in deren Artikeln 33 und 34 verboten. Geiselerschießungen wurden auch von den Alliierten im und nach dem Zweiten Weltkrieg durchgeführt.

Die führenden englischen, französischen und amerikanischen Völkerrechtler hielten - zumindest bis 1945 - im Krieg Repressalien gegen Unbeteiligte und auch Erschießungen für zulässig.[1]

[1] Hans LATERNSER, *Verteidigung deutscher Soldaten*, Bonn 1950, S. 70 ff., 123 ff., 193 ff.

Im britischen ***Manualof Military Law*** (Handbuch des Militärrechts), Auflage von 1929, heißt es in den §§ 386 und 458:

»Wenn entgegen der Pflicht der Bewohner, friedlich zu bleiben, von einzelnen Bewohnern feindselige Handlungen begangen werden, so ist ein Kriegführender gerechtfertigt, wenn er die Hilfe der Bevölkerung anfordert, um die Wiederkehr solcher Handlungen zu verhüten, und in ernsten und dringenden Fällen, wenn er zu Repressalien greift.

Wenn auch eine Kollektivbestrafung der Bevölkerung für die Handlung von Einzelpersonen, für die sie nicht gesamtverantwortlich angesehen werden kann, verboten ist, so können Repressalien gegen eine Örtlichkeit oder Gemeinschaft für die Handlung ihrer Einwohner oder Mitglieder, die man nicht namhaft machen kann, notwendig sein.«



Geiselerschießung durch Wehrmachtsoldaten im Rußlandfeldzug - in den meisten Fällen damals keine völkerrechtswidrige Handlung.

In § 454 heißt es dazu: »Repressalien sind eine äußerste Maßnahme, weil sie in den meisten Fällen unschuldigen Personen Leiden auferlegen. Darin indessen besteht ihre zwingende Kraft, und sie sind als letzte Mittel unentbehrlich.«[2]

Die amerikanischen ***Rules of Land Warfare*** (Regeln des Landkrieges) bringen in ihren §§ 358 und 359:

»Geiseln, die für den erklärten Zweck, zum Schutz vor ungesetzmäßigen Handlungen der feindlichen Streitkräfte oder der feindlichen Bevölkerung zu dienen, genommen und festgehalten worden sind, können, wenn die ungesetzlichen Handlungen trotzdem begangen werden, bestraft oder getötet werden.«[3]



Herbert KAPPLER 1948 auf dem Weg zum Gericht in Rom. (Foto: DPA)

Sowohl im Südost-Prozeß (Fall Nr. VII) des amerikanischen Militärgerichts in Nürnberg als auch im belgischen Verfahren gegen Generaloberst Alexander VON FALKENHAUSEN, den deutschen Militärbefehlshaber von Belgien 1940-44, wurde die Anordnung von Repressalien und Geiselerschießungen gegen die Zivilbevölkerung als nicht völkerrechtswidrig anerkannt.

Das belgische Militärgericht in Brüssel - Urteil vom 9. März 1951 - hob hervor: »In Anbetracht der Tatsache, daß.,, das Bestehen dieser Handhabung durch den Wortlaut der Regelungen, die nicht nur in den deutschen Heeren während des 2. Weltkrieges in Kraft waren, sondern noch heute in den Heeren anderer Großmächte bestehen, hinreichend erwiesen ist,.. . müssen die angeordneten Repressalhinrichtungen als gerechtfertigt angesehen werden.« Und das italienische Tribunale Supremo Militare (Oberster Militärgerichtshof) erkannte dasselbe am 13. März 1950 gegen General WAGNER an.[4] Auch im Prozeß gegen Herbert KAPPLER stellte 1948 das italienische Militärgericht fest, daß Geiselerschießungen als Vergeltungsmaßnahme nach internationalen Kriegsgesetzen rechtmäßig seien.[5]

[2] Rudolf ASCHENAUER, ***Der Fall Reder,*** Vowinckel, Berg 1978, S. 107 f.

[J] Ebenda, S. 112, und LATERNSER, aaO. (Anm. 1), S. 127.

[4] Rudolf ASCHENAUER, ***Der Fall Kappler,*** Damm, München 1967, S. 7, wo auf eine Reihe von exemplarischen Fällen von Geiselerschießungen der letzten 130 Jahre und internationale Stimmen dazu verwiesen wird.

' Anneliese KAPPLER, ***Ich hole Dich heim. Die Affäre Kappler,*** Eigenverlag, Soltau 1990, S. 70.

Besonders Vertreter Italiens, dessen Richter 1996/97 über Erich PRIEBKE zu Gericht saßen, haben mehrfach Geiselerschießungen nach viel weniger blutigen Anlässen vorgenommen.

So ließ am 26. Oktober 1911 der Befehlshaber des italienischen Invasionsheeres, General CANEVA, nach der Einnahme von Tripolis als Repressalie für einige aus dem Hinterhalt erschossene italienische Soldaten rund 4000 Libyer, auch Frauen, Kinder und Greise, niedermachen und ganze Dörfer vernichten.[6]

Im Mai 1936 wurden wegen eines Attentats auf den italienischen Oberbefehlshaber im Abessinienkrieg und damaligen Vizekönig von Äthiopien, Marschall Rodolfo GRAZIANI (1882-1955), der nur verwundet wurde, Tausende (Angaben von 3000 bis 8000) von Abessiniern innerhalb von 24 Stunden von den Italienern getötet.[7]

Inden Jahren 1941 bis 1943 führten die Italiener in Griechenland Geiselerschießungen mit Quoten bis 1:100 durch.[8] Darüber berichtet ein griechisches Weißbuch. In Albanien ordneten Italiener Erschießungsquoten bis zu 1:200 an.[9]

Auch die Westalliierten nahmen im Zweiten Weltkrieg und danach Geiselerschießungen vor. Am 2. September 1944 sind beim französischen Annecy (Haute-Savoie) sechs deutsche Offiziere und 34 Soldaten und bei Habere weitere 40 Deutsche als Repressalie für angebliche Greueltaten eines auf deutscher Seite kämpfenden Russenbataillons erschossen worden.[10]

Im FALKENHAUSEN-Dokument Nr. 74 des Internationalen Militärtribunals in Nürnberg wird die Erschießung von 8 bis 12 Deutschen für einen getöteten alliierten Offizier beim Anmarsch der Amerikaner auf Treseburg im Ostharz erwähnt.[10]

Als der US-General Maurice ROSE nahe Schloß Hamborn bei Paderborn im März 1945 den Soldatentod fand - nicht hinterrücks ermordet wurde -, wurden von den Amerikanern 110 unbeteiligte gefangene deutsche Soldaten und Hitlerjungen erschossen oder erschlagen."

In zahlreichen weiteren Fällen wurden 1945 auch rasch zusammengesammelte Deutsche von Alliierten erschossen, ohne daß nachträglich noch genau erkennbar ist, ob hier einzelne Truppenteile einfach gemordet haben oder ob eine >normale< Geiselerschießung stattgefunden hat. In keinem dieser Fälle wurden die alliierten Offiziere oder Soldaten deswegen zur Rechenschaft gezogen, geschweige denn verurteilt.

In Reutlingen wurden am 24. April 1945 vier Bürger von den Franzosen als Geiseln verhaftet, weil angeblich ein französischer Offizier niedergeschlagen worden sei. Es waren dies der Chefarzt des Reutlinger Lazaretts, ein Redakteur, ein verwundeter Architekt und ein Schreinermeister. Sie wurden ~ dann ohne weitere Verhandlung erschossen. Der Arzt trug dabei die durch die Genfer Konvention geschützte Uniform eines Sanitätsoffiziers. Der ka-

[6] *Wiener Kronen-Zeitung* 28. 12. 1976, *Sal^burger Volksblatt* 15. 1. 1977.

[7] Ebenda; KAPPLER, aaO. (Anm. 5), S. 69.

* Ebenda.

[9] Ebenda.

[10] Prof. Dr. Karl SLEGERT, *Repressalien, Requisition und höherer Befehl*, Gottinger Verlagsanstalt, Göttingen 1953.

[11] *Paderborner Zeitung* 4. 4, 1992; siehe: Beitrag 307, »US-Erschießungsquote über 1 zu 100«.

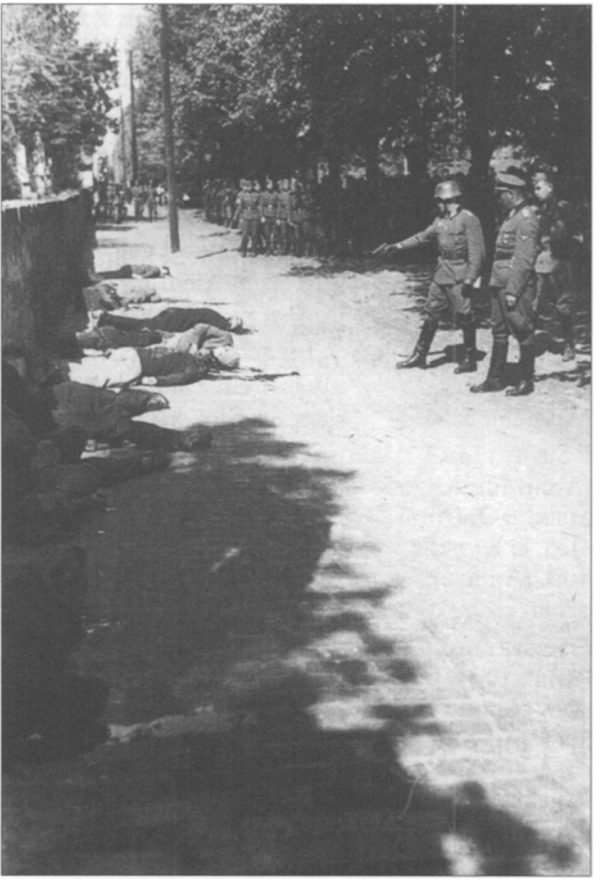
tholische Pfarrer, der sie begleitete, schilderte, daß sie aufrecht und tapfer in den Tod gingen.[12]

In Markdorf im Kreis Uberlingen hielt am 2. Mai 1945 eine französische Patrouille einen Zivilisten an und wollte ihn ausplündern. Der Zivilist zog eine Pistole und verwundete zwei Franzosen und entfloh. Nun verlangte der französische Ortskommandant vom Bürgermeister zehn Bürger, die zur Abschreckung als Geiseln erschossen werden sollten. Da sich der Bürgermeister weigerte, ließ der Offizier vier auf dem Heimweg befindliche deutsche Soldaten festnehmen und erschießen. Hinzu gebracht wurde ein weiterer Soldat, der vermutlich ebenfalls auf dem Weg in die Heimat war und der von den Franzosen bereits getötet worden war. Eine der Geiseln war auch nach der dritten Salve noch nicht tot und wurde von dem französischen Offizier durch Genickschuß getötet. Solch ein »Gnadenschuß', der allgemein üblich war, wurde in der Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944< ebenfalls als Foto dargestellt und in vielen Presseorganen als Beispiel besonderer Wehrmachtgrausamkeit gezeigt (zum Beispiel in den *Stuttgarter Nachrichten).*[u]

[11] Siehe: Beitrag Nr. 305, »Geiselerschießung in Reutlingen am 24. 4. 1945«; Erich KERN, *Werbrechen am deutschen Volk. Dokumente alliierter Grausamkeit 1939—1949,* K.W. Schütz, Göttingen 1964, S. 277 f. Siehe auch: KAPPLER, aaO. (Anm. 5), S. 68.

[u] KERN, ebenda, S. 279 f.

In Appenweier ließ der französische Leutnant COLETTE einen Lehrer, einen Apotheker und den »untergetauchten« Juden Robert GOLDMANN erschießen. Er hat es später damit begründet, daß die Bevölkerung »»eine feindliche Haltung« gezeigt habe, ohne daß konkrete Tatbestände vorlagen. Die Angehörigen von GOLDMANN konnten Jahre später eine gerichtliche Untersuchung in Frankreich erreichen. Die Mittäter Leutnant COLETTES wurden sofort außer Verfolgung gesetzt, »»weil sie nur Befehlen gefolgt hätten« (genau dieses Argument läßt man bekanntlich bei deutschen Sol-



Die Gnadenschußszene an der Friedhofsmauer von Pancevo am 22. 4. 1941, die in der Anti-Wehrmacht-Ausstellung die Grausamkeit der Deutschen Wehrmacht dokumentieren sollte. Im übrigen hat der polnische Historiker Bogdan MUSIAL die Hintergründe der Hinrichtung in Pancevo sehr überzeugend dargelegt.

daten nicht gelten), COLETTE selbst wurde zu einer Strafe von einem Jahr Gefängnis verurteilt - und diese Strafe fiel sofort unter eine Amnestie![14]

In der Stadt Soldin in der Neumark hatte ein Deutscher einen russischen Soldaten, der seine Frau vergewaltigen wollte, niedergeschossen. Daraufhin ließ der russische Kommandant 120 Männer, darunter einen 15jährigen Jungen, teils erschießen, teils mit Gewehrkolben erschlagen. Die Toten wurden ohne Grab verscharrt. Erst 1995 gestatteten die polnischen Behörden, daß die Toten eine Gedenkstätte erhielten, die dann unter Beteiligung zahlreicher Polen, unter anderem eines polnischen Kinderchors, von alten Soldinern 1995 eingeweiht wurde.[15]

Hohe und angesehene alliierte Generale, vor allem französische, haben 1944/45 mehrfach Geiselerschießungen angedroht, so General LECLERC am 25. November 1944 in Straßburg im Verhältnis 1:5,[1(1] General DE LATTRE DE TASSIGNY in Stuttgart im Verhältnis 1:25.[17] In einem Aufruf der französischen Militärverwaltung vom 11. Juli 1945 - also Monate nach Kriegsende - wurde in Deutschland eine Erschießungsquote von 1:10 festgelegt.[18] Amerikaner haben im Harz sogar Geiselerschießungen im Verhältnis 1:200 angekündigt."

Im Südost-Prozeß gegen deutsche Generale (EMT-Prozeß Nr, VII) sind alliierte Androhungen von Geiselerschießungen aus Stuttgart 1:25, aus Birkenfeld 1:10, aus Markdorf 1:30, aus dem Südharz 1:200 erwähnt worden.[20]

Im süddeutschen Saulgau gab die französische Besatzungsmacht am 27. April 1945 kurz nach dem Einmarsch bekannt: »Falls ein französischer Soldat oder ZiviÜst getötet oder nur verwundet wird, werden 200 deutsche Geiseln erschossen. Im Wiederholungsfall wird außerdem ein Viertel der Stadt, in dem die Tat erfolgte, niedergebrannt«.[21]

Im schwäbischen Leutkirch wurde am 28, April 1945 bekanntgegeben »Wenn ein Deutscher auf Franzosen schießt oder sonst das Geringste passiert, werden 5 Häuser angezündet und 100 Deutsche erschossen. Ich hafte mit meinem Leben für die Durchführung dieser Anordnungen, Der Bürgermeister.«[22]

Im Verordnungsblatt der Stadt Berlin ließ der erste demokratische Bürgermeister WERNER am 1. Juli 1945 - Monate nach Kriegsende - veröffentlichen: »Jeder, der einen Anschlag auf einen Angehörigen der Besatzungstruppen oder einen Träger öffentlicher Funktionen unternimmt oder aus politischer Feindschaft eine Brandstiftung verübt, reißt außerdem 50 ehemalige Mitglieder der Nazi-Partei mit sich in den Abgrund. Ihr Leben ist zugleich mit dem Leben des Attentäters oder Brandstifters verwirkt.«[23]

Der britische Generalfeldmarschall Bernard MONTGOMERY drohte 1943 nach der Einnahme Benghasis im Dezember 1942 an, für jeden ermordeten Engländer Geiseln im Verhältnis 1:10 erschießen zu lassen,[24]

[14] Ebenda, S. 285.

[15] Günter KAUFMANN (Hg,), ***Rotschaft der Gefallenen. Briefe aus dem 2. Weltkrieg,*** VGB, Berg 1996, S. 151 ff.

[16] LATERNSER, aaO. (Anm. 1), S. 124 ff.; ASCHENAUER, aaO. (Anm. 4), S. 8.

[17] LATERNSER u. ASCHENAUER, ebenda.

[18] ASCHENAUER, aaO. (Anm. 4), S. 8.

[W] LATERNSER, aaO. (Anm. 1),S. 193 ff.; ASCHENAUER, aaO. (Anm. 4), S. 8.

[20] SIEGERT, aaO. (Anm. 10).

[21] ASCHENAUER, aaO. (Anm. 4), S. 8; KAPPLER, aaO. (Anm. 5), S. 68.

[22] SIEGERT, aaO. (Anm. 10); ASCHENAUER, aaO. (Anm. 4), S. 8; KAPPLER, aaO. (Anm. 5), S. 68.

[23] SIEGERT, aaO. {Anm, 10); KAPPLER, aaO. (Anm. 5), S. 69.

[24] SIEGERT; aaO. (Anm. 10), S. 17.

US-Erschießungsquote über 1 zu 100

Der Deutschen Wehrmacht wird oft vorgeworfen, daß sie in ihrem Kampf gegen die gnadenlosen Morde der völkerrechtswidrig vorgehenden Partisanen als Abschreckungsmaßnahme Erschießungsquoten von 1 zu 10 (selten mehr) angewendet habe. Alliierte haben jedoch mit viel höheren Quoten vergolten, auch in offensichtlich unbegründeten Fällen.

Ein Beispiel ereignete sich im März 1945 beim Schloß Hamborn nahe Paderborn in Westfalen. Dort war der US-amerikanische General Maurice ROSE von einem regulären deutschen Soldaten im Kampf erschossen worden. Der feindliche Rundfunk schob die Tat jedoch gar nicht existierenden »Werwolf-Partisanen« zu, die den General »hinterrücks ermordet« hätten.



US-General Maurice ROSE.

Zur Vergeltung liquidierten die Amerikaner 110 gar nicht an dem Tod des Generals beteiligte gefangene Deutsche. Die ***Paderborner Zeitung*** schrieb darüber nach Jahrzehnten zum Hergang der Tat: »Der deutsche Panzerkommandant steckte seinen Kopf aus der Turmluke, winkte mit der Maschinenpistole und forderte die drei Amerikaner auf, ihre Waffen niederzulegen. Die Begleiter folgten. ROSE trug als General seine Pistole in einer Tasche, die er aufknöpfen wollte. In diesem Augenblick knatterte die Maschinenpistole des Panzerkommandanten. Der Deutsche hatte die Bewegung des US-Generals offenbar mißverstanden. Maurice ROSE stürzte auf die Straße, er war sofort tot. Seinen Begleitern gelang die Flucht.«

Und zu den Vergeltungsmaßnahmen gibt die genannte Zeitung an: »In blinder Wut erschossen die Amerikaner insgesamt 110 unbeteiligte gefangene deutsche Soldaten, Hitlerjungen waren darunter und ältere Männer des Volkssturms. Hinter dem Friedhof in Etteln kamen *27* um. Durch Genickschuß, berichten Augenzeugen. 18 weitere Leichen wurden in Dörenhagen hinter einer Hecke gefunden, erschlagen! Man ließ die Leichen der Deutschen tagelang liegen. Die Amerikaner gestatteten deutschen Zivilisten nicht, die Toten zu begraben.«

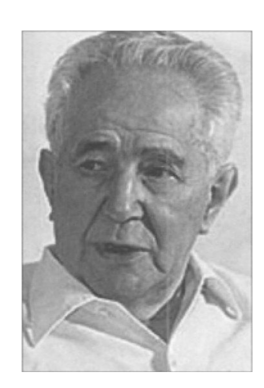
Im Patton-Museum im Fort Knox (USA) ist der Vorgang um den Tod ROSES zwar korrekt wiedergegeben, die als Folge davon von den amerikanischen Truppen verübte Vergeltungsaktion wird jedoch dort nicht erwähnt. Dieses offensichtliche Kriegsverbrechen der Amerikaner ist ebensowenig gesühnt, oder in der Weltpresse kritisiert, oder gar angeprangert worden wie andere.[2]


[1] ***Paderborner Zeitung,*** 4, 4. 1992.

[2] Siehe: Beitrag Nr. 296, »Das Massaker von Lippach«, Nr. 291, »Die Morde von Eberstetten«, Nr, 295, »Die Morde von Haar«, Nr. 294, »Mord an drei gefangenen SS-Männern«.

Wie Djilas einen >Schwaben erledigte«

Der frühere jugoslawische Partisanenführer Milovan DJILAS fiel bei TITO in Ungnade, schrieb dann einige Bücher,[1] die im deutschen Sprachraum mehrere Auflagen, auch als Taschenbuch, erlebten, über seine Vergangenheit und die Verhältnisse im kommunistischen Jugoslawien und Moskau und hielt danach zahlreiche Vorträge als eingeladener und angesehener Redner unter anderem in Österreich und der Bundesrepublik. Anläßlich eines Aufenthaltes in Wien wurde er von einem Österreicher wegen zugegebener Kriegsverbrechen bei der dortigen Staatsanwaltschaft angezeigt. Das Verfahren wurde aber eingestellt, da Kriegsverbrechen an Deutschen während des Zweiten Weltkrieges nicht strafbar sind. Bezeichnenderweise wurde gegen den Anzeigeerstatter Walter N. daraufhin eine Akte bei der österreichischen Staatspolizei angelegt.



Milovan DJILAS
im Alter (1911-1995).

In seinem Buch *Der Krieg der Partisanen*[2] berichtet Milovan DJILAS zum Beispiel darüber, wie er einen entwaffneten, wehrlosen gefangenen Volksdeutschen Soldaten abschlachtete - zweifellos ein Kriegsverbrechen, das, hätte solches ein deutscher Soldat an einem alliierten Angehörigen verübt, jenen nach 1945 um Kopf und Kragen gebracht hätte und ihm noch heute einen Prozeß mit harter Verurteilung - ganz abgesehen von schwerer Diffamierung in den Medien - einbringen würde.[3]

DJILAS schreibt: »Wir waren noch nicht sehr weit vorgedrungen..., als wir im Wald an einer Quelle... auf zwei Deutsche stießen. Unsere Vorhut. .. hatte die Deutschen bereits entwaffnet... die beiden einfach bei der Quelle sitzen lassen. .. Ich blieb stehen und fragte den einen auf deutsch: >Wo sind die deutschen Soldaten?« Mit erhobenem Arm beschrieb dieser einen Kreis und antwortete in gutem Serbisch: »Überall, ringsum.« Dies steigerte meine Empörung über die Fahrlässigkeit der Unsrigen, aber auch über die Ruchlosigkeit der deutschen Soldaten - einheimischer Schwaben, Offensichtlich waren es Soldaten der 7. SS-Division >Prinz Eugen«... Ich nahm mein Gewehr von der Schulter. ,., versetzte dem Deutschen mit voller Wucht einen Schlag auf den Kopf. Der Gewehrkolben brach ab, der Deutsche fiel auf den Rücken, Ich zog mein Messer und schnitt dem Deutschen mit einem Zug die Kehle durch. Dann reichte ich das Messer Raja NEDELJKOVIC, einem politischen Aktivisten..., damit er den zweiten erledige. NEDELJKOVIC machte sich über den Deutschen her, der zappelte, aber bald still dalag. Daraus entstand die Mär, ich hätte den Deutschen im Nahkampf abgeschlachtet. In Wirklichkeit waren die Deutschen wie gelähmt - wie sich Gefangene meistens verhielten - und machten nicht einmal den Versuch, sich zu wehren oder zu fliehen.«

' Milovan DJILAS, *jähre der Macht,* dtv, München; *Das Dorf im Dreiländereck,* Ullstein, Berlin; *Der Krieg der Partisanen. Memoiren 1941—1945,* Fritz Molden, Wien 1978.

[2] Milovan DJILAS, *Der Krieg der Partisanen, Memoiren 1941-1945,* ebenda, S. 374.

[1] Man vergleiche den ähnlichen Fall eines verübten und stolz berichteten Kriegsverbrechens des später sogar mit dem Nobelpreis geehrten Ernest HEMINGWAY, tn: Beitrag Nr. 309, »Ernest Hemingway - Nobelpreisträger und Mörder«.

Ernest Hemingway - Nobelpreisträger und Mörder

Ernest HEMINGWAY wurde 1899 als Sohn eines Arztes (der später Selbstmord verübte) in Oak Park bei Chicago geboren. In seinem bewegten Leben war er Redakteur in Chicago, Korrespondent im Nahen Osten und in der Schweiz, Reporter in der Pariser Boheme und Stierkämpfer in Cordoba. Er fuhr auf Tiefsee-Fischfang, jagte Großwild in Afrika, trat als Boxer im Schwergewicht auf, fungierte als Berichterstatter auf der roten Seite im Spanischen Bürgerkrieg, war in China und durchkreuzte zwei Jahre die Karibik. 1944 begleitete er als Berichterstatter eine US-Infanteriedivision in Frankreich und betätigte sich als Führer beim französischen Maquis.' Nach 1945 trieb es ihn weiter in der Welt umher. 1950 wurde er von der *New York Times* der »bedeutendste Schriftsteller. .. der größte seit SHAKESPEARE« genannt, und er erhielt 1954 den Nobelpreis, weil er »einen neuen Stil moderner Literatur gestaltet« habe. Er endete 1961 nach vier Ehen durch Selbstmord.

Der notorische Deutschenhasser Ernest HEMINGWAV (hier im Jahre 1959, als er den Matador Antonio ORDONEZ durch Spanien begleitete: »Der einzige Ort, wo man Leben und Tod sehen konnte, das heißt gewaltsamen Tod, war die Arena, da die Kriege vorbei waren. ..«).

In seiner literarischen Arbeit schilderte er Fischer, Boxer, Stierkämpfer, Abenteurer, Verbrecher und Bohemiens als »Helden«. Seine bekanntesten Werke sind *Fiesta, Wem die Stunde schlagt* und *Der alte Mann und das Meer,*[2] - Soweit der große und gefeierte HEMINGWAY, den auch das Fernsehen als dankbares Thema immer wieder brachte. Ein persönlicher Brief von HEMINGWAY an seinen Freund Charles SCRIBNER vom 27. August 1949' weist ihn aber als einen ganz anderen Menschen aus, diesmal als gemeinen Mörder, der nur durch den Umstand vor keinen irdischen Richter kam, daß er der Siegerpartei angehörte.

[1] »Maquisc französische Untergrundbewegung.

[1] Franz LENNARTZ, ***Ausländische Dichter und Schriftsteller,*** Kröner, Stuttgart 1955, S. 300.

[J] Ernest HEMINGWAY, ***Selected Letten 1917-1961***, herausgegeben von Carlos BAKER, Charles Scribner's Sons, New York 1981, S. 672. Deutsche Ubersetzung als ***Ausgewählte Briefe,*** Hamburg 1983.

HEMINGWAY schreibt in seinem Brief: »Einmal habe ich einen rotzigen SS-Kraut[4] gekillt, der, als ich ihm sagte, daß ich ihn umlege, wenn er mir nicht seine Straßenzeichen ***(bis escape route signs)*** verrate, mir sagte: Du wirst mich nicht umbringen, weil ihr Angst habt und weil ihr eine degenerierte Mischrasse seid. Außerdem wäre es gegen die Genfer Konvention. Bruder, da irrst du dich aber, sagte ich und schoß ihm dreimal in den Bauch und schoß ihm dann, als er in die Knie sackte, eins oben drauf, so daß sein Hirn aus dem Munde kam oder aus der Nase.«

Auf Seite 697 seiner ***Ausgewählten Briefe***[1] schildert HEMINGWAY in einem anderen Brief, wie er einem einzelnen deutschen Soldaten, »ein Junge etwa so alt wie mein Sohn Patrick zu der Zeit«, der auf dem Fahrrad flüchtete, »durch das Rückgrat geschossen hat«. Uber die Zahl seiner Opfer äußerte sich HEMINGWAY mehrfach in seinen Briefen, so auf Seite 601: »Ich habe es ganz akkurat und genau jetzt, daß ich 122 getötet habe«, oder auf Seite 697: »Ich habe 122 sicher getötet außer den ungewissen Fällen.«

Ab 1999 beging die Schwarzwaldstadt Triberg jährlich eine >HEMINGWAY-Woche< mit einer > HEM ING w AY-Matinee< und einem >HEMINGWAY-Cocktail<. Im Hotel Wehrle wurde ein »HEMINGWAY-Menü< serviert, und der »Triberger HEMINGWAY~Preis< wurde 2002 für den Sieger im Schreibwettbewerb »Amerikaner in Deutschland< ausgesetzt. Das geschah alles, weil der Schriftsteller von Paris aus im August 1922 einmal nach Triberg zum Angeln gekommen war und obwohl er über eine Mahlzeit in einem Oberprechtaler Gasthof höhnvoll und mit Spott geschrieben hatte: »Es gab hier eine ordentliche Mahlzeit, vom Wirt selbst aufgetragen, der unerschütterlich wie ein Ochse aussah. Seine Frau hatte ein Kamelgesicht und genau die unverwechselbare Kopfbewegung und den Ausdruck äußerster Stupidität, die man nur bei Trampeltieren und süddeutschen Bauersfrauen beobachten kann.«

Als im Sommer 2002 in einem Flugblatt[5] auf diese Tatsachen in Triberg hingewiesen wurde, griff das sogar die ***frankfurter Allgemeine Zeitung*** auf und schrieb zutreffend:[6] »Auf der Seite der Verlierer hätte er deswegen vor einem Kriegsgericht mit der Todesstrafe rechnen müssen. Doch Verbrechen des Siegers seien nun einmal Heldentaten.«

Der Triberger Bürgermeister Gallus STROBEL hat gegen die Verantwortlichen des aufklärenden Flugblattes Strafanzeige wegen übler Nachrede und Verleumdung erstattet.[7] Das Verfahren wurde eingestellt.[8]

[4] >Kraut< Deutscher im Jargon der US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg.

[5] Flugblatt der Deutschlandbewegung, »Triberg ehrt einen Mörder«, 2002.

[6] Alfred BEHR, »Triberg feien einen gefährlichen Mann«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 19. 7. 2002, S. 7.

[***Freies Forum,*** Nr. 3, 2002, S. 7.

[s] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 19. 9. 2002.

Morde dänischer Widerständler

Wie in anderen von der deutschen Wehrmacht im Zweiten Weltkrieg besetzten Ländern wurden auch in Dänemark, das den Krieg sehr glimpflich überstand, während der Besatzungszeit zahlreiche Morde von Widerstandskämpfern an Landsleuten verübt, die als Unterstützer der Besatzungsmacht oder gar als deutsche Spione angesehen wurden. Nachträgliche Untersuchungen dieser oft sehr umstrittenen Fälle wurden sehr erschwert. Alle Akten, die sich mit den etwa 500 »Liquidierungen* dänischer »Kollaborateure* durch die Widerstandsbewegung in der Besatzungszeit befassen, wurden vom Staat für 60 Jahre unter Verschluß genommen: ein bemerkenswertes Vorgehen für einen angeblich demokratischen und auf Transparenz ausgelegten Rechtsstaat. Der tragische Fall einer Verwechslung wird in einem anderen Beitrag dokumentiert.[1]

Einen anderen solchen Mord brachte 1985 eine sechsteilige Fernsehserie in die Öffentlichkeit.[2] Wenige Monate vor Kriegsende wurde die 27jährige Schwedin Jane HORNEY im Januar 1945 auf einem Fischkutter im Oresund von dänischen Widerstandskämpfern ermordet, ihre Leiche wurde ins Meer geworfen. Ihr wurde vorgeworfen, eine gefährliche Spionin gewesen zu sein. Der Befehl zu ihrer Hinrichtung sei von höchsten Kreisen der dänischen Widerstandsbewegung gekommen. Der frühere dänische Minister Prode JACOBSON, ein angesehener Vertreter der Widerstandskämpfer, erklärte, es sei damals notwendig gewesen, die Frau auszuschalten.



Jane HORNEY. Die Schwedin wurde am 20. 1. 1945 von danischen kommunistischen Widerstandskämpfern ermordet.

Das wird allerdings von anderen Kreisen angezweifelt. Der frühere Polizeichef von Malmö, Alf ELIASSON, gelangte bereits 1957 zu der Erkenntnis, daß die Schwedin im Gegensatz zu den Vermutungen der Widerständler keine deutsche Agentin gewesen und daher schuldlos ermordet worden sei. Der schwedische Fernsehchef Ingvar NENGTSSON warf den dänischen Partisanen vor, sie wollten mit ihrem Ruf nach Verhinderung der Sendung nur ihre eigene Geschichtsschreibung aufrechterhalten. Der Bruder der Ermordeten vermutete sogar, daß seine Schwester erst nach Kriegsende umgelegt worden sei, weil manches aus ihrem Wissen für die dänische Widerstandsbewegung peinlich hätte werden können.

Die in dänisch-schwedischer Gemeinschaftsherstellung gedrehte Fernsehserie löste massive Proteste unter den dänischen Widerstandskreisen aus. Sie verlangten nach einer Zensur und forderten die Absetzung der Serie wegen angeblich notwendiger Rücksichtnahme auf die an der Liquidierung beteiligt

[1] Siehe: Beitrag Nr. 452, »Mord durch Widerstandskämpfer bleibt straffrei«.

[1] Beschrieben in: *Deutscber Anzeiger,* 29. 11. 1985.

Der tragische Fall Jane HORNEY erregt immer noch die Gemüter in Schweden, wie die Fernsehserie aus dem Jahre 1985 zeigte. Beide nebenstehende Zeichnungen von Alf LANNERBACK sind Dokumente zum Fall, die von der Svenska Militärhistoriskt Bibliothek 2002-2005 herausgegeben wurden.





gewesenen Kameraden, die nun ein Recht darauf hätten, daß alte Wunden nicht wieder aufgerissen würden.

Der amtierende dänische Justizminister NINN-HANSEN weigerte sich damals denn auch beharrlich, die Archive zu öffnen, und verwies auf die amtlich beschlossene Geheimhaltungsfrist bis zum Jahre 2005.

Dieser Fall macht wieder deutlich, wie wenig von einer Gleichheit vor dem Gesetz gesprochen werden kann: Während deutsche Täter auch nach mehr als einem halben Jahrhundert mit der ganzen Härte des Gesetzes verfolgt werden, genießen Mörder auf seilen der Sieger Straffreiheit und können jeder Rücksichtnahme gewiß sein. Der Sieger schreibt nicht nur die Geschichte, sondern hält auch Gericht - aber einseitig: nur über die Besiegten.

Uber 7000 Flüchtlingskinder starben in Dänemark

Im Frühjahr 1999 erregte eine Studie der dänischen Oberärztin Kirsten LYLLOFF großes Aufsehen, Die Medizinerin hatte sich über die hohe Zahl von deutschen Säuglings- und Kindergräbern auf dem Friedhof ihres früheren Wohnortes Aalborg gewundert und war dem Schicksal der deutschen Flüchtlinge nachgegangen, die 1945 über die Ostsee aus dem deutschen Osten auf der Flucht vor den Sowjets nach Dänemark gekommen waren. Dabei stieß sie auf erschreckende Zahlen und Berichte, die weitgehend unbekannt oder aus der Öffentlichkeit verdrängt waren.[1]

Insgesamt waren in den ersten fünf Monaten des Jahres 1945 200000 bis 250 000 deutsche Flüchtlinge, zu 85 Prozent Frauen und Kinder, vor den Sowjets nach Dänemark entkommen. Sie waren zunächst in Schulen oder Versammlungshäusern untergebracht, bevor sie dann in 142 Lager eingewiesen wurden. Allein 1945 sind davon 13 492 Personen gestorben. Mehr als 7000 davon waren Kinder unter fünf Jahren, von denen die meisten neben Unterernährung oder Flüssigkeitsmangel »durchaus heilbaren Krankheiten« wie Magen- und Darminfektionen oder Scharlach zum Opfer fielen. Die dänische Ärzteschaft weigerte sich, den in den Lagern internierten Flüchtlingen bis 1949 medizinische Hilfe zu gewähren, ebenso das Rote Kreuz.

Der Ärzteverband in Kopenhagen meinte später dazu, daß die damalige Abweisung aller Bitten um ärztliche Hilfe »auch durch noch so gute Entschuldigungen nicht zu rechtfertigen ist«. Dabei hatten die Dänen den Zweiten Weltkrieg gut überstanden. Die deutsche Besatzungsherrschaft war sehr milde, so daß keinerlei Rachegefühle berechtigt waren. Die Dänen hatten wegen ihrer Zustimmung zur kampflosen Besetzung des Landes durch die Deutschen im Frühjahr 1940 nach dem Krieg Mühe, von den siegreichen Alliierten nicht als Kollaborateure angesehen zu werden. Das war auch wohl der Hauptgrund für die unverständliche damalige Haltung der Ärzte, Die Oberärztin Frau LYLLOFF enthüllte die nüchterne Überlegung der damaligen dänischen Ärzteschaft: »Offiziell erklärte der Ärzteverband, es schade dem dänischen Verhältnis zu den Alliierten, wenn man deutschen Flüchtlingen helfe.« Deswegen mußten so viele Flüchtlinge, die glücklich den Russen entkommen waren, noch im freien Dänemark sterben. Nun meinte die Kopenhagener Tageszeitung ***Politiken,*** es sei »erschreckend und inhuman« gewesen, daß unter den Flüchtlingstoten mehr als 7000 Kiemkinder waren, denen neben ausreichender Nahrung vor allem jede medizinische Hilfe jahrelang verweigert wurde.

[1] »Warum 7000 Kinder sterben mußten«, in: ***Hamburger Abendblatt,*** 26. 5, 1999,

Dänische Verbrechen an Deutschen

Nicht nur in der Sowjetunion, in Jugoslawien oder in Frankreich waren kriegsgefangene Deutsche nach dem 8. Mai 1945 vielfach schlimmsten Unterdrückungen ausgesetzt, sondern auch bei den angeblich »liberalem Dänen. Systematisch, konnte vor einigen Jahren ein dänischer Zeithistoriker enthüllen, wurden deutsche Gefangene nach Kriegsende von ihren dänischen Bewachern beim Minenräumen verheizt.[1]

[1] Siehe: Beitrag Nr. 313, »Minensuchen mit bloßen Händen in Dänemark«.

Das Kriegsverbrechen, das der Jurist und Historiker Helge HAGEMANN in seinem Buch *Under Tvang* (»Unter Zwang<) enthüllte, wurde von der sogenannten »dänischen Brigade* begangen, einer Einheit dänischer Freiwilliger, die während des Krieges in Schweden ausgebildet worden waren. Nach Kriegsende griff sie auf die noch im Lande befindlichen gefangenen Wehrmachtsoldaten zurück und ließ sie - übrigens mit ausdrücklicher Billigung des britischen Militärs, das auch deutsche Gefangene beim Minenräumen in der Nordsee einsetzte - entlang der gesamten dänischen Küste Minen räumen.

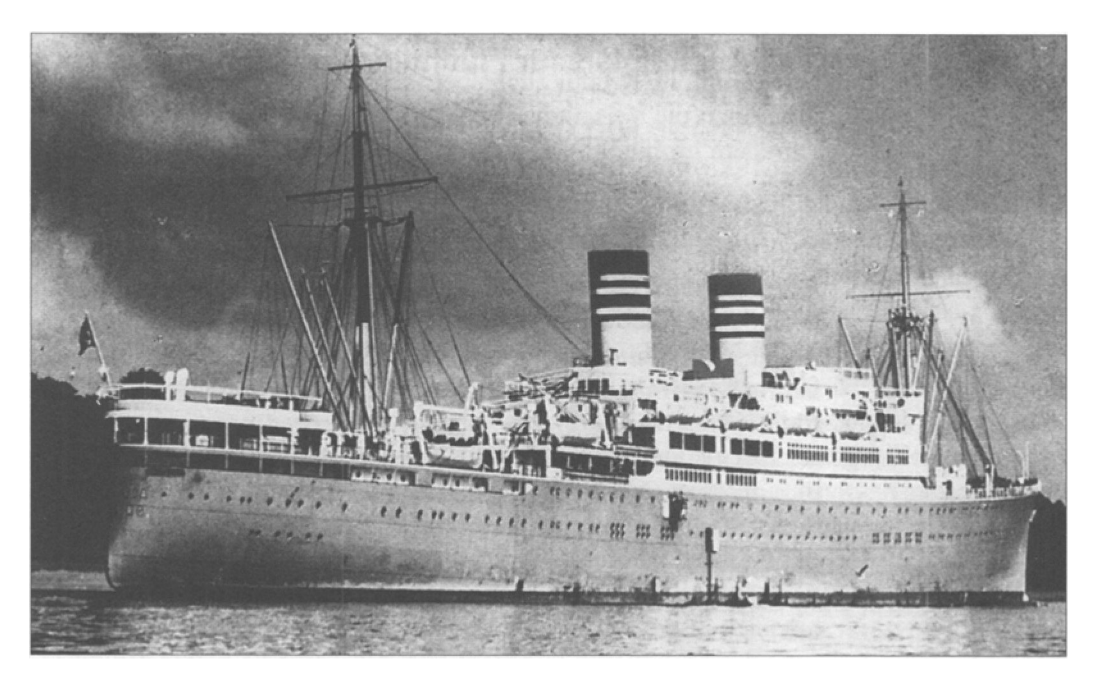
Von 1942 an hatte die Wehrmacht Dänemark in die Planungen für den »Atlantikwall« einbezogen. Im Zuge der Arbeiten waren zum Schutz gegen eine etwaige alliierte Landung rund 1,5 Millionen Landminen verlegt worden. Ansonsten gehörte das kleine Königreich zu jenen Ländern in Europa, die vom Krieg so gut wie verschont blieben - keine alliierten Bombardements, kein Hunger. Die Bevölkerung stellte sich mit den Deutschen gut.

Nach dem 8. Mai 1945 mußten die in Dänemark gefangenen deutschen Landser für die stillschweigende Kollaboration der Dänen büßen. Die dänische Legion« kannte kein Erbarmen: Ungenügend instruiert, ließ sie Wehrmachtangehörige teils mit bloßen Händen nach Minen graben oder trieb sie in Kettenformation durch minenverseuchtes Gelände. Fast täglich gab es tödliche Detonationen. »Die Deutschen«, erinnert sich ein ehemaliger Bewacher, »sammelten danach herumliegende Arme und Beine ein. Die Leichen steckten sie in Säcke und brachten sie zum nächsten Friedhof.«

Organisiert wurden die verbrecherischen Räumeinsätze von Poul Christian Florian-Larsen HAGEMANN, einem Major der »dänischen Brigade«. Er war der Vater von Buchautor HAGEMANN. Dieser gesteht heute: »Mein Vater war ein Kriegsverbrecher. Ich schäme mich für ihn.«

HAGEMANN sieht sich seit der Veröffentlichung seiner Studie dem Haß vieler Landsleute gegenüber, die ihn für einen »Nestbeschmutzer« halten. Aber HAGEMANN bleibt dabei: »Wir müssen uns zu diesem schrecklichen Abschnitt unserer Geschichte bekennen.«

Dem damaligen Haß einiger Dänen auf Deutsche fielen im übrigen nicht nur gefangene Wehrmachtsoldaten beim Minenräumen zum Opfer, sondern auch Tausende deutscher Flüchtlinge, die es in den Wirren des Kriegsendes -



Das Lazarettschiff >Pretoria!, wenn auch durch drei Bombenangriffe beschädigt, brachte 35 000 Flüchtlinge nach Dänemark.

meist auf der Flucht aus dem Osten - nach Dänemark geschafft hatten. Als die Waffen endlich schwiegen, mußten sie schnell erkennen, daß sie auch in Dänemark nicht etwa >befreit<, sondern auf schlimmste Weise drangsaliert wurden.

In Zahlen: Rund 250 000 deutsche Flüchtlinge wurden nach dem 8. Mai 1945 in dem kleinen skandinavischen Land unter meist menschenunwürdigen Umständen interniert. Unter ihnen befanden sich mindestens 10000 Kinder. Rund 7000 von ihnen starben in den folgenden Jahren, weil ihnen von den dänischen Behörden systematisch Nahrung und medizinische Versorgung vorenthalten wurden.[2]

Die Kinderärztin Kirsten LYLLOFF, die seit den neunziger Jahren das Schicksal deutscher Flüchtlingskinder in Dänemark untersuchte, ist sich ganz sicher: Die Kinder der deutschen Vertriebenen wurden »nicht als Opfer, sondern als Feinde« behandelt. Die dänischen Behörden hätten »kalt, herzlos und rachsüchtig« gehandelt, um die Deutschen und ihre Kinder möglichst schnell wieder loszuwerden, sie von der eigenen Bevölkerung zu isolieren - und sicherzustellen, daß sie »um jeden Preis« weniger Essen bekämen und schlechter medizinisch versorgt würden als die am schlechtesten lebenden Dänen. Zentrales Motiv: »ethnischer Haß der Bevölkerung gegen alles Deutsche«.

Das Drama der deutschen Flüchtlingskinder ist für Kirsten LYLLOFF eine »humanitäre Katastrophe«. Allein 3000 Kinder im Alter von bis zu einem Jahr verhungerten. »Den Müttern war die Milch versiegt. Für jedes Kind war

[2] Siehe: Beitrag Nr. 311, »Über 7000 Flüchtlingskinder starben in Dänemark«.

von den dänischen Behörden (trotz genügend im Lande vorhandener Lebensmittel, K. R.) nur ein halber Liter Kuhmilch pro Tag vorgesehen. Weil die Dänen die Verteilung den Deutschen in den Lagern überließen, war es vor allem für die Schwächsten ein täglicher Kampf ums Überleben.«

Die Gefangenen durften die Lager bis zur Erlaubnis der Rückkehr nach Deutschland, meist 1947, nicht verlassen. Deshalb starben nicht nur Tausende der Jüngsten an Milchmangel, sondern auch mindestens 4000 Kinder im Alter zwischen einem und fünf Jahren. Kirsten LYI.LOFF über die Ergebnisse ihrer Studie (die sie unter dem Titel ***Kind oder Feind?*** veröffentlichte):

»Sie kamen zumeist an Krankheiten wie Keuchhusten, Masern oder Durchfall ums Leben - also Krankheiten, die bei gewöhnlicher Versorgung nicht tödlich enden.« Und: »Die allgemeinen Lebensumstände nach dem Krieg reichen als Erklärung nicht aus.« Denn unter den rund 30000 polnischen, ukrainischen und baltischen Flüchtlingen, die ebenfalls vor der Roten Armee nach Dänemark geflohen waren, habe es kaum Tote gegeben. Sie seien gut versorgt worden. Die Kinderrationen in den Lagern der Deutschen betrugen dagegen nur die Hälfte der benötigten Kalorien. In den ersten Monaten nach dem Krieg gab es ausschließlich Schwarzbrot als Nahrung.

Sechzig Jahre lang kündeten von der Tragödie hinter dänischen Stacheldrahtzäunen nur die vielen Kindergräber auf den Friedhöfen. Dank Forschern wie Kirsten LYLLOFF und Helge HAGEMANN weiß man inzwischen, daß auch die Dänen, die sich traditionell viel auf ihre Toleranz zugute halten, nicht nur eine, sondern Tausende Leichen im Keller haben - deutsche.

Karl Richter

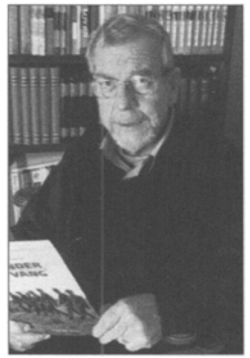
⇨ Dänen lebten im Zweiten Weltkrieg besser als Deutsche

»Von verschiedenen Seiten wurde immer wieder beanstandet, daß die Dänen beträchtlich höhere Rationen hatten als die Deutschen, und gefordert, daß durch die Herabsetzung der dänischen Rationen weitere Lebensmittel für Deutschland frei gemacht würden. Immer wieder wehrte der Reichsbevollmächtigte diese Forderungen ab, indem er darauf hinwies, daß die Produktionsfreudigkeit der dänischen Landwirtschaft durch Kürzung der eigenen Rationen der Bauern und der Rationen ihrer Verwandten in den Städten katastrophal beeinträchtigt werden und daß ein Teil der verringerten Produktion auch noch im Schwarzhandel verschwinden würde, den es bisher angesichts der ausreichenden Versorgung der Bevölkerung fast nicht gab. Infolge der Abwehr aller Herabsetzungsforderungen blieben die dänischen Rationen bis zum Kriegsende ungekürzt. Das bedeutet, daß die Dänen nicht nur besser lebten als die Deutschen, sondern sogar besser als die Bewohner des nicht besetzten und scheinbar vom Kriege unberührten Schweden!«

Aus: Siegfried MATLOK (Hg.), *Dänemark in Hitlers Hand*, Husum, Husum 1988, S. 79.

Minensuchen mit bloßen Händen in Dänemark

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht vom Mai 1945 und dem Ende des Zweiten Weltkrieges in Europa hätten die deutschen Kriegsgefangenen eigentlich in die Heimat entlassen werden müssen. Doch viele wurden noch jahrelang in den Gewahrsamsländern zurückgehalten, mußten Zwangsarbeit leisten oder wurden gar zu Himmelfahrtskommandos eingesetzt. Zu letzteren gehörte der Einsatz deutscher Kriegsgefangener zum Minenräumen in den dänischen Dünen. Zu diesem düsteren Kapitel ist im Herbst 1998 das Buch ***Under Tvang*** (>Unter Zwang<) des dänischen Juristen und Historikers Helge HAGEMANN erschienen. In Deutschland berichtete das Magazin ***Focus*** darüber.[1] Nach HAGEMANNS zehnjährigen Nachforschungen kamen mindestens 250 gefangene deutsche Soldaten beim Minenräumen in Dänemark nach Kriegsende ums Leben, etwa ebenso viele wurden dabei schwer verletzt. Es handelte sich nach seinem Urteil dabei um ein Kriegsverbrechen.



Helge HAGEMANN.

[1] Torsten SCHULZE, »Tödlicher Einsatz«, in:Focus Nr. 49, 1998, S. 74 ff.

Im Zuge des Baus des Atlantikwalls gegen eine westalliierte Invasion hatte die deutsche Besatzungsmacht 1942 rund 1,5 Millionen Landminen an den dänischen Küsten verlegt. »Sollen die Deutschen ihre Minen selbst wegräumen«, hatte die führende dänische Tageszeitung ***Politiken*** nach der Niederlage der Deutschen gefordert.

In diesem Geist hatte die sogenannte »dänische Brigade«, eine während des Zweiten Weltkrieges im unbesetzten Schweden ausgebildete dänische Einheit, unter Leitung von Major Poul Christian Florian-Larsen HAGEMANN, dem Vater des Buchautors, deutsche Gefangene nach Kriegsende zum Zwangseinsatz an der gesamten Westküste Jütlands zwischen Kap Skagen im Nor-



Gefangene deutsche Soldaten marschieren in Kettenformation die Minenfelder an der dänischen Küste ab. (Abb. dieses Beitrags aus: Torsten SCHULZE, S. Anm. 1)

den und der Insel Rom im Süden verpflichtet, obwohl die Genfer Konvention eindeutig bestimmt, daß Kriegsgefangene nicht zu lebensgefährlichen Arbeiten herangezogen werden dürfen. HAGEMANNS Urteil darüber: »Dänemark hat sich eines Kriegsverbrechens schuldig gemacht.« »Mit Billigung der britischen Befreier schickten die Dänen Wehrmachtsoldaten in die Minenfelder. Ungenügend instruiert, mußten sie nach den Sprengsätzen graben. Die Dänen schreckten nicht zurück, die Kriegsgefangenen in Kettenformationen durch lebensgefährliche Terrains schreiten zu lassen, Folge: fast täglich tödliche Detonationen.«[1] »Die Deutschen sammelten danach herumliegende Arme und Beine ein. Die Leichen steckten sie in Säcke und brachten sie zum nächsten Friedhof«, berichtete ein früherer dänischer Bewacher und Zeitzeuge im Herbst im Fernsehen.-



Mit bloßen Händen werden die Minen geräumt.

Mit bloßen Händen mußten die Minen im Dünensand aufgespürt und unschädlich gemacht werden. In den frühen Morgenstunden des 22. Juli 1945 explodierten 480 untereinander vernetzte Minen auf einmal. Fünf deutsche Soldaten waren sofort tot, zwei weitere starben an den erlittenen Verletzungen. »Das waren die schrecklichsten Wochen meines Lebens«, erklärte der noch lebende Walter RRIELITZ. Der Theologe war während des Krieges Adjutant von General Hermann VON HANNEKEN gewesen, dem Wehrmachtbefehlshaber in Dänemark, und wurde von den deutschen Kriegsgefangenen zum Vertrauensmann gewählt. Er erlebte täglich die Angst der in die Minen gejagten Deutschen vor den Einsätzen: »Die jungen Soldaten wußten morgens nicht, ob sie abends heil in ihre Baracken zurückkehren.«[4] Weil er auf den Friedhöfen die Grabreden für die umgekommenen Männer halten mußte, hatte er das Glück, nicht selbst nach Minen suchen zu müssen.

[2] Torsten SCHULZE, ebenda, S. 76.

[3] Zitiert ebenda.

[1] Zitiert ebenda.

⇨ Auf eine Anfrage der östereichischen Abgeordneten OFNER und HAIGERMOSER vom 12. Dezember 1997 (unter Nr. 3465/J) antwortete der Präsident des Nationalrats: »Nach britischer Auffassung handelte es sich wegen der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches nicht um Kriegsgefangene im Sinne der Genfer Konvention, sondern - da sie unter >quasi-eigenem< Kommando belassen wurden - um >Surrendered Enemy Personneh (SEP). Dadurch erhielten sie keine Bezahlung für ihre Arbeit, hatten keinen sie vertretenden Sprecher, ihr persönlicher Besitz konnte ohne Bestätigung eingezogen werden.,, Wegen der mit diesem Status verbundenen Ungleichbehandlungen von Kriegsgefangenen und SEP wurde das EKRK im September 1946 auch im Außenministerium in London vorstellig.,, Am 20.2.1947 teilte das Außenministerium mit, daß die SEP vom humanitären Standpunkt nicht diskriminiert würden.«

Die Tragödie von 5000 deutschen Offizieren

Im Sommer 1945 wurden Zigtausende deutscher Soldaten, die sich in Mitteldeutschland, in der Tschechei oder in Österreich nach dem Westen zu den Amerikanern durchgeschlagen hatten, von diesen an die Sowjets ausgeliefert und damit viele in den sicheren Tod getrieben. Zur Begründung wurde angegeben, daß deutsche Soldaten, die sich auf einem den Sowjets zugesagten Teil Deutschlands den Westalliierten ergeben hätten, vereinbarungsgemäß der Roten Armee auszuliefern gewesen seien.

War das schon angesichts der bekannten Mentalität und Gefangenenbehandlung der Sowjets ein nur mit einem notdürftigen rechtlichen Mäntelchen verbrämtes Kriegsverbrechen der westalliierten Truppen zur Dezimierung der Deutschen, so fehlt bei dem im folgenden Geschilderten selbst diese Entschuldigung.

Im August 1945 übergaben die Amerikaner in Erfurt den Sowjets rund 5000 deutsche Offiziere, die bei den Kämpfen am Atlantikwall in Westeuropa den Alliierten in die Hände gefallen waren und bis zum August 1945 in einem Kriegsgefangenenlager in Attichy in Frankreich interniert gewesen waren. Ihr Schicksal war, daß sie in Mitteldeutschland beheimatet waren. Anstatt sie wie andere Gefangene einfach zu entlassen und jeden für sich selbst sorgen zu lassen, lieferten die Amerikaner sie geschlossen an die Sowjets aus, wobei sie sich nach den inzwischen bekannt gewordenen Praktiken der Russen ausrechnen konnten, was mit diesen Unglücklichen geschehen würde und dann auch geschah,

»Die Sowjets hatten den ihnen übergebenen Kriegsgefangenen zugesagt, sie nach kurzer Registrierung in ihre Heimat zu entlassen. Schreiben wäre zwecklos, da sie früher zu Hause wären als die Post. Nach drei Tagen wurde das bisher mehr oder weniger offen gelassene Lager in Erfurt von sowjetischen Soldaten umstellt, die Insassen zum Bahnhof getrieben, hier zu je siebzig in Güterwagen eingeschlossen und mit unbekanntem Ziel abtransportiert. Nun waren sie für lange Zeit für die Umwelt verschollen.«[1]

Ein Ende Juli 1946 - also rund ein Jahr später - mit anderen im Kreis Jüterbog-Luckenwalde von deutschen Volkspolizisten verhafteter und den Sowjets übergebener früherer von den Westalliierten Gefangener und von diesen inzwischen Entlassener kam dann in die Horn-Kaserne in Franfurt/Oder, Dort zog, wie er sah, wenige Tage später ein »riesig langer Zug ziemlich heruntergekommener Männer ins Lager ein: Jene Fünftausend, die der Amerikaner in Erfurt den Sowjets vor einem Jahr übergeben hatte. Ich fand unter ihnen einige alte Freunde, die mir über ihren bisherigen Leidensweg berichteten. Von Erfurt aus seien sie in das ehemalige Konzentrationslager Oranienburg-Sachsenhausen nahe Berlin gebracht worden, wo die Sowjets

[1] Ernst FLAR.DT, »Die Tragödie der Fünftausend«, in: ***Alte Kameraden*** Nr. 2, 1986, S. 10.

ihnen immer wieder auf Fragen erklärten, sie würden in Kürze nach Hause entlassen. Es bestand praktisch Schreibverbot.«

Die Neu verhafteten seien dann in die noch von gefangenen deutschen Offizieren angeführten Hundertschaften der Internierten eingereiht worden, wohl, um die inzwischen durch Tod eingetretenen Ausfälle zu ersetzen. Bei einer großen »Fleischbeschau« durch russische Lagerärztinnen seien dann rund 1500 nicht mehr Arbeitsfähige bis zum Hauptmannsrang aufwärts ausgesondert und bald entlassen worden:

»Alle anderen vom Major an aufwärts bis zum Oberst ohne Rücksicht auf ihren Gesundheitszustand, ebenso die Arbeitsfähigen der niederen Offiziersränge wurden nach wenigen Tagen zu je siebzig in Güterwaggons eingesperrt, die Türen zugenagelt. Dies ohne Verpflegung und Wasser!... Als die Waggontüren nach drei Tagen das erste Mal in Riga geöffnet wurden, fielen bereits die ersten Toten aus den Türöffnungen heraus. Sie waren an Entkräftungen, vor allem an Wassermangel gestorben, darunter auch zwei Kameraden aus dem Kreis Jüterbog-Luckenwalde.« Die Fahrt sei dann nach Osten in den Archipel Gulag bis ans Eismeer und in den Fernen Osten gegangen. »Nur wenige sind in den fünfziger Jahren wieder nach Hause gekommen.«

Über weitere schwere Schicksale deutscher Kriegsgefangener nach Kriegsende berichtet Ludwig PETERS in seinem umfassenden Werk *Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.*[1]

In seiner Rede zum 24. Jahrestag der Oktoberrevolution am 6. November 1941 in Moskau erklärte STALIN auf der Festsitzung des Moskauer Sowjets zum Schicksal, das er den Deutschen zugedacht hatte: »Wenn die Deutschen einen Vernichtungskrieg wollen (was eine unberechtigte Unterstellung war, H. W.), so werden sie ihn bekommen. Von nun an wird es unsere Aufgabe, die Aufgabe der Völker der Sowjetunion, die Aufgabe der Kämpfer, der Kommandeure und der politischen Funktionäre unserer Armee und unserer Flotte sein, alle Deutschen, die in das Gebiet unserer Heimat als Okkupanten eingedrungen sind, bis auf den letzten Mann zu vernichten. Keine Gnade den deutschen Okkupanten! Tod den deutschen Okkupanten... Um aber diese Ziele verwirklichen zu können, gilt es,... alle deutschen Okkupanten. .. bis auf den letzten Mann auszutilgen.«[3]

[1] Ludwig PETERS, ***Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen. Wir haben Euch nicht vergessen!,*** Grabert, Tübingen 1995.

[3] zitiert in: Joachim HOFFMANN, ***Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,*** Wehrwissenschaften, München 1995, S. 236.

Über deutsche Zwangsarbeiter in der UdSSR

Deportationen aus der Zivilbevölkerung sind, insbesondere nach Ende des Krieges, im Völkerrecht verboten. Dennoch wurden nach 1945 Massenverhaftungen von Deutschen, vor allem im Osten, und ihre Verbringung zur Zwangsarbeit in der Sowjetunion durchgeführt.

Hunderttausende von Deutschen und Deutschstämmigen wurden in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges sowie in der ersten Zeit der sowjetischen Besatzung als Zwangsarbeiter in die UdSSR deportiert. Verläßliche Zahlen über diese vermutlich größte Bevölkerungsverschleppung der Geschichte gibt es nicht. Schätzungen reichen bis zu 800000 Verschleppten.

Ihr Schicksal war den etablierten Medien im Gedenkjahr 2005 kaum eine Notiz wert. Dabei gibt es amtliche Dokumente - vor allem aus der früheren Sowjetunion und den Ländern, die von der Deportation deutscher Zwangsarbeiter betroffen waren, in Hülle und Fülle -, anhand derer sich auch 60 Jahre nach den Ereignissen ein verläßliches Gesamtbild der Tragödie zeichnen läßt.

In Rußland selbst reichte die Geschichte der Volksdeutschen bis ins Mittelalter zurück. Leicht hatten es die >Fritzen<, wie deutsche Bauern, Siedler und Beamte im russischen Osten genannt wurden, nie in all den Jahrhunderten. Selbst dort, wo sie von der zaristischen Obrigkeit ins Land gerufen wurden -wie unter PETER DEM GROSSEN und Zarin KATHARINA -, fanden sie in der neuen Heimat meist Mühsal, häufig auch offene Feindseligkeit vor. Endgültig zerstörten dann Weltkriege, Revolution und Kommunismus vieles von dem, was Fleiß und Ausdauer in Jahrhunderten geschaffen haten. Eine Zahl nur: Ende des 19. Jahrhunderts wurden 14,4 Millionen Hektar Land im Zarenreich von Deutschen bewirtschaftet - drei Millionen mehr als die gesamte Agrarfläche des Deutschen Reiches im Jahre 1937.

Der russische Historiker Pawel POLJAN stellte 1999 eine Forschungsarbeit über die Mobilisierung und Internierung von Zwangsarbeitern durch die Sowjetunion vor, die mit zu den gründlichsten Untersuchungen auf diesem Gebiet in den letzten Jahren gehört. Und POLJAN beschönigt nichts, rechnet keine Opferzahlen herunter, leugnet begangenes Unrecht nicht.

Seine Arbeit belegt: STALINS Politik dem besiegten Deutschland gegenübern war von Anfang an auf gezielten Raub menschlicher Arbeitskraft ausgerichtet. Wurden die auf russischem Territorium siedelnden Deutschen bereits ab 1941, als die Wehrmacht einmarschierte, systematisch umgesiedelt, so planten die Sowjets spätestens ab 1943 auch die Verschleppung deutschsprachiger Bevölkerungsteile, die sich bislang nicht in ihrem Zugriff befunden hatten. Manche der von der Roten Armee >befreiten< Länder wie Polen und Jugoslawien machten sich zu willigen Vollstreckern der Deportations-

politik, andere wie Rumänien protestierten in Moskau und bei den Westalliierten - ohne Erfolg.



Lawrenti P. BEKIJA, Chef von STALINS Geheimdienst.

Vom 3. Februar 1945 datiert ein Befehl aus dem sowjetischen Oberkommando, wonach »alle zur körperlichen Arbeit fähigen deutschen Männer im Alter von 17 bis 50 Jahren« zu »mobilisieren« seien. Hatten die Aufgegriffenen im >Volkssturm< gedient, so sollten sie als Kriegsgefangene gelten und in die sowjetischen Gefangenenlager gebracht werden. Die übrigen Deutschen sollten in Arbeitsbataillonen von jeweils 750 bis 1200 Mann organisiert und vor allem in der Ukraine und in Weißrußland zur Zwangsarbeit eingesetzt werden.

Für die Betroffenen machten derlei bürokratische Spitzfindigkeiten kaum einen Unterschied. Denn bei ihrem Vormarsch im daniederliegenden Deutschland plünderten die Sowjets nicht nur, was ihnen in die Hände fiel, sie griffen auch beinahe wahllos alle auf, die nicht rechtzeitig flüchten konnten. Wenige Wochen nach dem Befehl vom 3. Februar, am 22. Februar 1945, berichtete Geheimdienstchef BERIJA an STALIN, daß die »Mobilisierung* der deutschen Zivilbevölkerung im vollen Gange sei. Und wieder einige Wochen später, am 10. April, wurde erstmals Vollzug gemeldet: Allein bis zu diesem Zeitpunkt waren bereits mehr als 97 000 Deutsche in die Sowjetunion verschleppt worden.[1]

Dabei waren die Deutschen zunächst nur einer unter mehreren ethnischen Bestandteilen des sowjetischen Raubprogrammes. Unter den 215540 Personen, die bis Anfang Mai 1945 festgenommen wurden, waren >nur< 138 200 Deutsche, die übrigen stammten aus Polen, Ungarn, der Slowakei, ja selbst aus Italien und der Sowjetunion selbst. Auch kam nur ein Teil der Aufgegriffenen schließlich zum Arbeitseinsatz in die UdSSR - fast ein Viertel nämlich, etwa 62 000, verblieb in den Lagern an der Front, und etliche Tausend starben auf den unmenschlichen Transporten.

Abseits der »wilden< Abtransporte gingen die Sowjets im Zuge ihrer Besatzungspolitik bald zur nächsten Etappe von Internierungen über. Jetzt wurden gezielt Personen verhaftet und abtransportiert, die bei Wehrmacht, Partei oder Zollverwaltung gedient hatten. Auch Lehrer, Zeitungsredakteure, kurz: Alle, die sich in irgendeiner Weise als »feindliche Elemente* klassifizieren ließen, mußten jetzt damit rechnen, von den kommunistischen Schergen abgeführt zu werden. Dazu reichte es aus, beispielsweise »Tochter eines Großgrundbesitzers«, »Händler« oder »Ausbeuter« zu sein.

Nicht nur im Reichsgebiet selbst, auch in den übrigen von der Roten Armee besetzten Gebieten wüteten der sowjetische Geheimdienst NKWD und seine Greifkommandos. In Polen, der Tschechoslowakei und Südosteuropa waren die Volksdeutschen praktisch vogelfrei und konnten ohne Gerichtsverhandlung deportiert werden - sofern sie nicht ohnehin schon der Rache der kommunistischen Terrorbanden zum Opfer gefallen waren. Auch hier nennt

' Siehe dazu auch: Michael KRONER, ***Die Deportation von Deutschen in die Sowjetunion, Zwangsarbeiter in der sowjetischen Wirtschaft (1945—1949)*** (- Eckartschrift Nr. 178), Osterreichische Landsmannschaft, Wien 2005; Eva DONGA-SYLVESTER, Günter CZERNETZKY u. Hildegard TOMA (Hg.), ***»Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!«, Deutsche im Gulag 1956-1956,*** Stocker, Graz 2000; Stefan KARNER, »Deutsche als Zwangsarbeiter«, in: ***Frankfurter A llgemeine Zeitung,*** 4. 12. 2003, S. 8.

POLJAN bestürzende Zahlen: Allein zwischen Januar und März 1945 seien 111831 Deutsche aus Südosteuropa abtransportiert worden; mehr als 67000 aus Rumänien, vor allem aus Siebenbürgen, fast 32000 aus Ungarn, über 12500 aus Jugoslawien. Und allein aus Oberschlesien und Ostpreußen fielen in den drei Monaten zwischen Februar und April 1945 77741 Deutsche den sowjetischen Häschern zum Opfer,

Hinter den bestürzend genauen Zahlen verbergen sich Hunderttausende menschlicher Einzelschicksale, von denen oft nicht mehr übrigblieb als eine Nummer, ein dürftiger Vermerk in irgendeiner Transportliste, Die Züge, mit denen die Deutschen in die Sowjetunion gebracht wurden, bestanden durchschnittlich aus vierzig bis fünfzig Waggons, die mit jeweils vierzig bis fünfzig Personen gefüllt waren - Männern, Frauen und Kindern. Die Fahrten nach Osten zogen sich oft wochenlang hin. Während dieser Zeit wurde in den überfüllten Waggons gelitten und gestorben, Verpflegung und Hygiene waren katastrophal.

Das Los der Verschleppten war schrecklich. Je nach Deportationsgebiet starben bis zu 50 Prozent der Opfer, an Krankheit, Unterernährung, Überanstrengung oder infolge der katastrophalen medizinischen und sanitären Verhältnisse, Wer überlebte, kam oft erst nach Jahren wieder frei, kaum einer ohne bleibende körperliche und seelische Schäden.

POLJANS Untersuchung zeigt: Auch Deutsche litten unter der Willkür der Sieger. Eine materielle Entschädigung für die Überlebenden, so der Historiker, werde es aufgrund der schlechten Finanzsituation im postkommunistischen Rußland zwar wohl nicht geben. Aber seine Schuld zu bekennen und sich offiziell für das an den Deutschen begangene Unrecht zu entschuldigen, dazu sei sein Land verpflichtet.



Arbeitszone in Stalingrad ca. 1949. Aus: Eva DON CIA-SYLVESTER u, a., siehe Anm, 1.

Karl Richter

US-Offizier stahl Quedlinburger Domschatz

Einen besonderen Fall amerikanischen Kunstraubes stellt der Diebstahl des ehemaligen Quedlinburger Domschatzes dar, der Jahrzehnte später für Millionen Dollar von dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgekauft werden mußte - ein Rechtsskandal sondergleichen!

Mit über 50 prächtigen Stücken, reichverzierten Evangeliaren sowie Reliquiaren und andere kostbaren Schmucksachen, zählt der Schatz des Quedlinburger Domes, der früheren Stiftskirche St. Servatius, zu den wertvollsten erhaltenen Kirchenschätzen Deutschlands. Viele Stücke stammen aus der Zeit der Sachsenkaiser, also aus der ersten Zeit des deutschen Königstums. Um ihn im Zweiten Weltkrieg vor Zerstörung zu schützen, war er in einen Bergwerksstollen ausgelagert worden, der bewacht wurde. 1945 übernahmen US-Truppen die Bewachung.



Joe MEADOR, Oberleutnant beim 87, Artillerie-Bataillon, Kunstgeschichtler und -dieb.

Deren Leiter, der amerikanische Oberleutnant Joe T. MEADOR, hatte Kunst studiert und erkannte den Wen des Schatzes.[1] Er wählte mit Kennerblick die zwölf wertvollsten Teile aus und sandte sie dann ganz normal mit der Feldpost an seine Mutter in Texas. Don übergab er später Teile des Schatzes seiner Bank als Sicherheit für einen Kredit für sein Geschäft. Im Banktresor wurden die einmaligen Kunstgegenstände dann gefunden. Ein US-Offizier im Dienst beging damit 1945 nicht nur einen gemeinen Diebstahl, sondern auch ein Verbrechen gegen die Kultur, indem er die bedeutendsten Teile eines wertvollen Kirchenschatzes verschwinden ließ, sich selbst aneignete. Für die rechtmäßigen Besitzer und die deutsche Öffentlichkeit galten die fehlenden Stücke - unersetzliche Kostbarkeiten wie das ganz in Gold getriebene Samuhel-Evangeliar - seit dieser Zeit als in den Kriegswirren verloren oder zerstört.

Einige Jahre nach MEADORS Tod (1980) versuchten seine Geschwister Teile des ihnen zugefallenen wertvollen Erbes zu Geld zu machen, Sie benutzten dunkle Kunstmarktverbindungen, um erstmals 1988 das kostbarste Stück des Diebesgutes, das Samuhel-Evangeliar, eine Handschrift aus dem 9. Jahrhundert und heute eines der Hauptwerke der frühmittelalterlichen Buchmalerei, für neun Millionen Dollar der Stiftung Preußischer Kuhurbesitz anzubieten. Die damals noch vorhandene Spaltung Deutschlands verhinderte jedoch zu dem Zeitpunkt das Geschäft.

Nach der kleinen Wiedervereinigung Deutschlands wurde das Stück dann im April 1990 der Kulturstiftung der Länder (KSL) angeboten, wobei drei Millionen Dollar als >Finderlohn< gefordert wurden. Der Generalsekretär der Stiftung, Klaus MAURICE, ging angesichts des Wertes des Stückes notgedrungen darauf ein und vereinbarte Ratenzahlung. Nach Zahlung der ersten beiden Raten in Höhe von 1,75 Millionen Dollar konnten die unrechtmäßi-

[1] *Die Welt,* 31.10. 1992.

gen Besitzer in den Vereinigten Staaten ausgemacht und die restlichen Stükke in Texas beschlagnahmt werden.

Wer nun allerdings meint, daraufhin wäre das Diebesgut dem rechtmäßigen Besitzer, der Lutherischen Kirche von Quedlinburg, übergeben und die Erpresser wären bestraft worden, hat vom geltenden Recht in den USA keine Ahnung. Ein komplizierter Rechtsstreit zwischen der Quedlinburger Kirche, die nun von der KSL unterstützt wurde, und den MEADOR-Erben begann, wobei der amerikanische Staat sich aus der ganzen Angelegenheit heraushielt, insbesondere sich auch nicht für den Diebstahl durch den Offizier in seinen Diensten entschuldigte.

Die MEADOR-Erben beriefen sich darauf, daß sie ihr >Erbe< doch »guten Glaubens« angetreten hätten, obwohl sie genau wußten, daß ihr Bruder den Schatz gestohlen hatte, hatten sie sich doch nach Deutschland und an die dafür interessierten Stellen gewandt. Texanisches Recht begünstigte sie als Besitzer. Schließlich gab es anscheinend für die deutschen Vertreter nur eine Möglichkeit, um zu verhindern, daß die restlichen Stücke des Domschatzes für immer auf dem internationalen Kunstmarkt in privaten Händen verschwanden: Sie mußten im Januar 1991 einem außergerichtlichen Vergleich zustimmen. Darin erklärte sich die KSL bereit, für den gesamten gestohlenen Schatz noch einmal 912500 Dollar an die Erben des Diebes zu zahlen. Daraufhin kehrten die restlichen Stücke nach über 45 Jahren am 29. April 1992 nach Deutschland zurück. Von Oktober 1992 waren sie bis 30. Mai 1993 auf der Ausstellung >Der Quedlinburger Schatz wieder vereint« im Berliner Kunstgewerbemuseum zu sehen.

Statt den Räuber und die Hehler, die jahrzehntelang das kostbare kirchliche Gut verborgen und damit der Öffentlichkeit vorenthalten hatten, zu bestrafen und solches Tun an den Pranger zu stellen, haben der amerikanische Staat und die dortige Öffentlichkeit nicht nur nicht sich entschuldigt oder Wiedergutmachung angeboten, sondern es zugelassen, daß 2 662 500 Dollar vom deutschen Eigentümer erpreßt wurden, indem man schamlos das kulturelle Interesse der deutschen Stellen ausnutzte.

Was wäre wohl passiert, wenn ein einfacher deutscher Soldat - geschweige denn ein hochrangiger Offizier - eines solchen privaten Raubes überführt worden wäre oder seine Nachkommen nachträglich aus dem Diebstahl solches Kapital hätten schlagen wollen? Die Welt würde noch widerhallen von solcher Barbarei der Deutschen und der Wehrmacht. Für die als Weltbeglükker und Friedens bringer angetretenen Amerikaner ist ein solcher berechtigter Vorwurf gar kein Thema.[2]

[1] ZDF-Sendung »Die Sieger und das Nazi-Gold«, 5. 9. 2005 um 0 Uhr 15.

Amerikaner raubten Goldzug, Fürstenschatz, Bankgold und Handschriften

Nach der Haager Landkriegsordnung ist das Plündern und Ausrauben der Zivilbevölkerung durch Angehörige einer Besatzungsmacht verboten. Die Alliierten hielten sich 1945 nicht daran und »befreiten< viele deutsche Zivilisten von Schmuck, Uhren, Ringen, Fahrrädern und anderen Wertsachen. Aber sie raubten auch große Schätze, die ihnen in die Hände fielen, und vor allem Angehörige der US Army bereicherten sich persönlich daran. Über mehrere solcher Fälle berichtete das ZDF-Fernsehen[1] am 5. September 2005 - ausgerechnet - zur späten Nachtstunde um 0,15 Uhr.

1. Der ungarische Goldzug

Kurz vor Kriegsende war ein »von flüchtenden ungarischen Faschisten auf die Reise geschickter«,[2] mit Schmuck, Teppichen, Gemälden und anderen wertvollen Kunstschätzen mit Eigentumsvermerken aus dem Besitz ungarischer Juden beladener >Goldzug< im Salzburger Land den Amerikanern in die Hände gefallen und beschlagnahmt worden. Der Inhalt der 24 Eisenbahnwagen wurde zunächst in eine Salzburger Kaserne gebracht. Schon dabei wurde von den Wachmannschaften einiges gestohlen. Der US-General Harry J, COLLINS, Chef der 42. US-Division und Kommandant der US-Truppen in Salzburg und Oberösterreich, wegen seiner Vergangenheit als Filmschauspieler >Holywood-Harry< genannt, residierte nach Kriegsende auf einem nahen Schloß und ließ sich aus dem >Goldzug< wertvolles Geschirr (komplettes Tafelservice für 45 Personen) und Kunstgegenstände dorthin bringen. Später war nicht mehr aufzuklären, was er davon bei seiner Rückkehr 1948 in die USA persönlich mitnahm. Er starb 1963, es kam nie zu einem Verfahren wegen des Raubes.

Der Inhalt des Zuges hatte damals einen Schätzwert von 200 Millionen Dollar (heute ungefähr 2 Milliarden Dollar). Früh erhobene Wünsche ungarischer Juden, das wegen der vorhandenen Eigentumsvermerke leicht zuzuordnende Gut betrachten zu dürfen und den rechtmäßigen Eigentümern zurückzugeben, wurden von der Besatzungsmacht, insbesondere von General Mark CLARK, dem US-Hochkommissar für Österreich zurückgewiesen. Wahrheitswidrig wurde alles als nicht identifizierbar (***unidentificahle***) erklärt. Später wurde der Rest in New York versteigert, wobei sich noch ein Ertrag von 2 Millionen Dollar erwirtschaften ließ. Alles übrige blieb verschollen.

In einem Schreiben vom 6. Januar 1949 an das US-Außenministerium stellte die mit der Sicherung der Kunstgegenstände in Österreich beauftragte amerikanische Beamtin Eve TUCKER über ähnliche Vorkommnisse unter anderem

[1] Zweites Deutsches Fernsehen, Reihe >History<, »Die Sieger und das Nazi-Gold«, am 5. 9. 2005 um 0 Uhr 15.

[1] *Salzburger Nachrichten,22,* 10. 1999; siehe auch: Hans JANITSCHEK, »US-Truppen raubten Judengold«, in: *Kronen-Zeitung,* 16. 10. 1999.

fest: »Die Salzburger Goldmünzen-Sammlung wurde geplündert, als sie unter Aufsicht der Militärabteilung in Hallein stand; verschiedene Lastwagenladungen wurden durch General CLARK aus Schloß Kleßheim für seine Quartiere nach Wien gebracht; sieben Gemälde wurden aus der Mine von Lauffen gestohlen, darunter ein RUBENS und ein VAN DYCK, während sie unter Aufsicht von US-Personal standen; sieben wertvolle Stiche, vier davon von DÜRER, wurden aus der Salzmine von Alt-Aussee gestohlen.«[2] Das sei alles mit Wissen der jeweiligen Vorgesetzten erfolgt, die nichts dagegen unternommen hätten. Als sie versucht habe, die Diebstähle aufzudecken, »sei ihr von ihren Vorgesetzten jedesmal bedeutet worden, sie handle sich größere Probleme ein«.[2]

2. Der Familienschatz des Fürstenhauses Hessen

Während des Zweiten Weltkrieges war der Familienschatz des Fürstenhauses Hessen, Kronen, Diademe, viele Juwelen und andere Schmuckstücke, zunächst in einem Frankfurter Banktresor eingelagert gewesen. Da dieser Aufenthaltsort wegen der zunehmenden Bombardierungen gegen Kriegsende zu unsicher erschien, wurde der ganze Schatz in einen Keller unter dem großen Turm des Schlosses Kronberg am Taunus verbracht und dort eingemauert, wozu noch eine besondere Blendmauer erstellt wurde. 1945 beschlagnahmte die US Army das Schloß, und es wurde ein Offiziersclub unter der Leitung einer US-Offizierin und ihres Geliebten eingerichtet. Durch Zufall untersuchte ein US-Soldat die Mauer, brach sie auf und fand den Schatz. Mit ihm bedienten sich die beiden Vorgesetzten an den Wertsachen, nahmen vieles aus dem Schatz und verkauften es bei mehreren Reisen in der Schweiz und in USA. Als die Sache aufflog, kam es 1946 zu einem spektakulären



Drei US-Offiziere auf der Anklagebank: Captain Kathleen NASH, Major David WATSON und Colonel Jack DURANT. Die hessischen Kronjuwelen im Wert von 250 Millionen Dollar, die sie im Schloß Kronberg gestohlen hatten, verkauften sie, in Einzelteile zerlegt, in der Schweiz. Es fehlt weiterhin ein Teil der Beute.

Prozeß, bei dem die drei Angeklagten Haftstrafen von 3 bis 15 Jahre erhielten. Große Teile des Schatzes blieben jedoch verschwunden, der Rest wurde an das Fürstenhaus zurückgegeben.

3. Das Gold der Reichsbank

1945 fanden US-Einheiten bei ihrem Vormarsch in Deutschland das von Berlin nach Thüringen ausgelagerte Gold der deutschen Reichsbank. Die Soldaten entwendeten viele Goldbarren. Der Vorgang wurde dann von der US-Armee vertuscht und wie anderes unter den Teppich gekehrt.

4. Raub des Quedlinburger Domschatzes

Der wertvolle mittelalterliche Quedlinburger Domschatz mit unersetzlichen und einmaligen Kunstwerken war von besorgten Deutschen vor den Bombenangriffen in eine Höhle ausgelagert worden, US-Truppen übernahmen 1945 seine Bewachung. Ihr Anführer, der US-Offizier Joe T. MEADOR, ein Kunststudent, erkannte den Wert des ihm anvertrauten Schatzes und schickte davon eine Reihe von Teilen mit der Post in seine Heimat in Texas, wo er die Kunstgegenstände einer Bank als Sicherheit für einen Kredit zugunsten seines Geschäftes in ihren Tresor übergab. Als er 1980 verstarb, erbte seine Schwester die noch vorhandenen Stücke des Schatzes, den diese dann dem Kunstmarkt anbot. Im Jahre 1990 konnten restliche Teile unter abenteuerlichen Umständen von der deutschen Kulturstiftung der Länder (KSL) für den Quedlinburger Dom für fast 3 Millionen Dollar als >Finderlohn« zurückgekauft werden. Ein texanisches Gericht sprach der Schwester die Summe als rechtmäßig zu. Mehrere Teile des Domschatzes fehlen noch. Räuber und Hehlerin wurden nicht nur nicht bestraft, sondern durften sich des Wertes sowie des >Finderlohns< erfreuen.'



Ein Teil des Quedlinburger Domschatzes: das >Samuhel-Evangeliar< aus dem 8. Jahrhundert.

[5] Siehe dazu Beitrag Nr. 316, »US-Offizier stahl Quedlinburger Domschatz«<.



US-Besatzer mit Kriegsbeute (Nachbildungen der Insignien KARLS DES GROSSEN).

Selbst US-Hochkommissar Lucius D. CLAY kam in Versuchung. Er schrieb dem Pentagon, er wolle die Briefmarkensammlung des Reichspostmuseums in »den Vereinigten Staaten vermarkten«. Sein Vorhaben scheiterte offenbar am Einspruch einer höheren Instanz, Die acht wertvollsten Marken der Sammlung, darunter eine Blaue Mauritius, landeten später im Tresor des amerikanischen Zolls. Siehe: *Der Spiegel*, Nr. 25, 2001, S. 153.

5. Weiterer Kunstraub

Über den Raub einer Reihe weiterer deutscher Kunstschätze durch alliierte Besatzungsangehörige berichtete Jochen ARP unter der Überschrift »Der Raub des Jahrhunderts« in der ***Jungen Freiheit**** Er führte unter anderem an: Im Februar 1996 wurden drei Originalhandschriften Martin LUTHERS dem Kulturhistorischen Museum Magdeburg aus den USA zurückgegeben. Das Manuskript von Robert SCHUMANNS 2. Sinfonie in C-Dur opus 61 wurde am 1, Dezember 1994 bei Sotheby's in London versteigert, nachdem es 50 Jahre lang verschollen war. Zwei DüRER-Porträts waren von plündernden US-Soldaten 1945 aus dem Schloß Schwarzburg in die USA geschafft worden und konnten an den Weimarer Museumsdirektor SCHEIDIG nach einem Gerichtsbeschluß zurückgegeben werden, während andere wertvolle Gemälde u. a. von LENBACH, Caspar David FRIEDRICH, Lukas CRANACH d. A. sowie eine wertvolle Münzsammlung aus demselben Schloß verschwunden blieben. Die von Weimar in einen Bunker bei Jena gebrachten Zinksärge GOETHES und SCHILLERS waren offensichtlich im Sommer 1945, wahrscheinlich noch unter US-Besatzungsherrschaft, aufgebrochen worden; die sechs auf GOETHES Brust befindlichen Orden waren gestohlen. »Ende 1945 plünderten Angehörige der 83. US-Infanteriedivision Kunstdepots im St. Florian-Kloster in Österreich und entführten auf fünf LKW wertvolle Gemälde, antike Möbel sowie einen keltischen Goldschatz.« »Aus der Universitäts-Bibliothek Leipzig stahlen US-Kulturoffiziere eine Schrift des ARISTOTELES, die sich seit 1431 im Besitz der Universität befand, sowie eine GuTENBERG-Bibel samt 250 Originalbriefen an ERASMUS VON ROTTERDAM.« Britische Truppen plünderten 1945 das Schloß Glückburg bei Flensburg und entwendeten unter anderem

[4] Jochen ARP, »Der Raub des Jahrhunderts«, in: ***Junge Freiheit,*** Nr. 8, 14. 2. 1997.

den Familienschmuck: des dorthin geflüchteten Herzogs von Mecklenburg. Die Briten brachen auch die Sarkophage in der Krypta des Schlosses mit den Leichen der Vorfahren der schleswig-holsteinischen Herzöge auf und zerrten auf der Suche nach Schmuck die Mumien heraus. Aus anderen Herrenhäusern Schleswig-Holstein oder dem Schloß in Bückeburg transponierten britische Truppen die wertvollen Möbel und Kunstwerke ab, die nie wieder auftauchten. Auch hochrangige englische Heerführer bedienten sich: So nahm der Chef des britischen Generalstabs, Feldmarschall Sir Alan BROOK, mit anderen hohen Offizieren kostbare Werke der Bibliothek von Schloß Cecilienhof in Potsdam mit, wie auch Lord PORTAL, Marschall der Royal Air Force, oder der Herzog von CUNNINGHAM, Flottenadmiral der Royal Navy, ihre Privatbibliotheken auf diese Weise ergänzten. Mehr als 200 auf Anordnung von US-Hochkommissar Lucius D. CLAY im Dezember 1945 in die USA geschaffte Gemälde aus dem Kaiser-Friedrich-Museum in Berlin mußten im März 1948 auf Druck der Öffentlichkeit und nach Unterstützung durch einige US-Senatoren, insbesondere Senator FULBRIGHT, wieder nach Deutschland zurückgebracht werden.

6. Diebstahl des Hildebrandliedes

Die Handschrift des Hildebrandliedes, des ältesten germanischen Heldenlieds in deutscher Sprache, war im Zweiten Weltkrieg aus der Landesbibliothek Kassel vor Bombenangriffen in das ruhigere Bad Wildungen wie auch die kostbare Willehalm-Handschrift gebracht worden.

Don wurden beide Handschriften 1945 beim Einmarsch der Amerikaner gestohlen.

In einem 2003 erschienenen Buch[5] werden unter anderem dieser Raub und das weitere Schicksal der Handschriften genau verfolgt. Es gelang der Verfasserin sogar, den Namen des Diebes, eines US-Offiziers, zu ermitteln. Darüber hinaus bringt sie auch viele weitere Einzelheiten zum US-Kunstraub in den ersten Nachkriegsjahren durch Angehörige der amerikanischen Besatzungstruppen, wobei auch »amerikanische Soldaten bis in die höchsten Ränge«[6] beteiligt waren. Rolf Kosiek

Handschrift des *Hildebrandliedes,* der einzigen erhaltenen Überlieferung germanischer Heldendichtung in deutscher Sprache - ein besonders wertvolles Dokument, da die germanische Heldendichtung ursprünglich fast ausschließlich für die mündliche Überlieferung gedacht war.

[5] Opritsa D. POPA, ***Bibliophiles and Bibliothieves. The Search for the Hildebrandlied and the Willehalm Codex,*** de Gruyter, Berlin-New York 2003.

[6] Besprechung des POPA-Buches von Konrad WIEDEMANN, »Für ein paar Dollar mehr«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung*** Nr. 21, 26. 1. 2004, S. 30.

Die Gefangennahme der Reichsregierung

Ähnlich unwürdig wie die Behandlung des Generalfeldmarschalls MILCH verlief die Verhaftung der Angehörigen der neuen deutschen Reichsregierung unter Großadmiral Karl DÖNITZ. Diese bestand seit dem 1. Mai 1945 in Flensburg-Mürwik und arbeitete nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht mit einer alliierten Kommission zusammen, die auf dem Schiff >Patria< im Hafen untergebracht war, war also praktisch von den Alliierten anerkannt worden, Sie versuchte vor allem, ein Chaos in Deutschland zu verhindern, und hatte insbesondere gleich den Alliierten ihre Hilfe bei der Aufklärung der Vorgänge in den Konzentrationslagern angeboten. Als derartige Vorfälle bekannt wurden, »ordnete DÖNITZ sofort Maßnahmen an, um begangene Verbrechen durch das deutsche Volk selbst aufklären und sühnen zu lassen. Um eine gerechte und gleichmäßige Urteilsfindung zu gewährleisten, erließ er eine Anordnung, in der das Reichsgericht mit der Untersuchung und Aburteilung aller Greueltaten in den Konzentrationslagern beauftragt wurde. Diese Anordnung legte er EISENHOWER[1] mit dem eingehenden Bericht und der dringenden Bitte vor, das Reichsgericht alsbald in den Stand zu setzen, die Aufgabe durchzuführen. DÖNITZ hat keine Antwort erhalten.«[2] Anscheinend lag den Alliierten nicht nur nichts an gründlicher deutscher Untersuchung der Vorwürfe bezüglich der Konzentrationslager, sondern sie wollten eine deutsche Untersuchung verhindern.'

Als amtierender Reichspräsident erhielt Großadmiral DÖNITZ am 22. Mai 1945 in Mürwik die Aufforderung, mit seinen militärischen Spitzen, Generaloberst JODL und Admiral VON FRJEDEBURG, am folgenden Morgen auf der >Patria< zu erscheinen, was er zutreffend gleich als die bevorstehende Gefangennahme deutete. Diese fand am 23. Mai 1945 dann auch auf der >Patria< statt.

Als beteiligter Regierungschef beschrieb Lutz Graf SCHWERIN VON KROSIGK in seinen Erinnerungen den zur gleichen Zeit am 23. Mai 1945 stattfindenden Überfall auf die unter seiner Leitung gerade tagende amtierende Reichsregterung folgendermaßen: »Ging es auf der >Patria< noch einigermaßen gesittet zu, so spielte sich die Verhaftung im Verwaltungsgebäude in weniger schöner Form ab. Kurz nach Beginn der Kabinettssitzung, zu der ich täglich um 10 Uhr Minister, Staatssekretäre und hohe Offiziere des OKW zusammenholte, sprangen bewaffnete englische Soldaten in das Zimmer. »Hände hoch! Ausziehen!« Wir mußten uns mit dem Gesicht an die Wand stellen und wurden körperlich durchsucht. Als nichts undurchforscht blieb, drang mir das Blut zu Kopf. Der neben mir stehende General VON TROTHA merkte, daß ich im Begriff stand, mich umzudrehen und mit der Faust zuzuschlagen, und raunte mir zu: »Keep smiling!« Die Warnung nützte und rettete mir wahr-

[1] General EISENHOWER war damals Oberbefehlshaber der Alliierten in Europa.

[2] Lutz Graf SCHWERIN VON KROSIGK, *Es geschah in Deutschland. Menschenbilder unseres Jahrhunderts*, Rainer Wunderlich, Hermann Leins, Tübingen-Stuttgart, 1951, S. 376.

[5] Siehe: Beitrag Nr. 238, »Die Reichsregierung und die KL«.





Die Gefangennahme der Reichsregierung am 23. Mai 1945 in Flensburg-Mürwik durch britisches Militär. Eine skandalöse körperliche Durchsuchung fand statt (siehe Bild links). Daraufhin übernahmen die Siegermächte die Regierungsgewalt.

scheinlich das Leben. Diese Behandlung widerfuhr auch einigen Offizieren und Sekretärinnen, die sich zusammen in ihren Arbeitsräumen befanden. In alliierten Zeitungen erschienen Abbildungen über das Decollete mit der Bemerkung, man habe das Herrenvolk in den Betten überrascht. Das war eine Tendenzlüge. Im Verwaltungsgebäude gab es keine Betten.

Auf dem Hof zusammengetrieben, mußten wir lange, die Arme hinter dem Kopf verschränkt, dastehen, von der Bevölkerung angestarrt, von den Photographen der Alliierten geknipst. FRIEDEBURG, der, von der >Patria< kommend, im Vorüberfahren das Schauspiel sah, nahm sich das Leben; seine Leiche wurde geplündert. Ein Engländer trat zu mir und richtete mir von Mr. WARD, dem Berichter-

statter des BBC, mit dem ich mich zweimal lange unterhalten und der viel Verständnis gezeigt hatte, einen Gruß aus. WARD wollte unter den obwaltenden Verhältnissen nicht selbst kommen; ich ließ ihm sagen, das sei auch besser, denn ich würde ihm gesagt haben, daß ich die Engländer bis heute für Gentlemen gehalten hätte. Die Aktion wurde mit einem gewaltigen Aufwand von Panzern, Infanterie und Militärpolizei von der 11. Englischen Panzerdivision durchgeführt, deren Namen in der deutschen Armee einen guten Klang hatte.,,

Generaladmiral Hans-Georg VON FRIEDEBURC,



Ich weiß nicht, ob die Wegnahme aller Wertgegenstände, der JODL die Bezeichnung »organisierte Plünderung« gab, auch auf Anordnung von oben beruhte. Ich bat, mir zwei Erinnerungsstücke zu belassen, die goldene Uhr, die mein Vater lebenslang getragen hatte, und das silberne Zigarettenetui, das ich von meinem gefallenen Bruder bei seiner Hochzeit mit seinem eingeritzten Namen von ihm erhalten hatte. Alle Sachen, wurde mir gesagt, würden mich in der Gefangenschaft von Lager zu Lager in einem Beutel begleiten. Er



Albert SPEER, Großadmiral Karl DÖMITZ und Generaloberst Alfred JoDl (von links) werden verhaftet.

war schon im ersten Lager nicht da und ist auch nie aufgetaucht. Meine Briefe, in denen ich mich nach dem Verbleib erkundigte, blieben unbeantwortet.«[4] Einen ähnlichen Bericht gab der ebenfalls beteiligte damalige Adjutant von Großadmiral DÖNITZ, Korvettenkapitän Walter LÜDDE-NEURATH.[5]

Ausgeplündert, gedemütigt und mißhandelt mußten die rechtmäßigen deutschen Regierungsangehörigen in ihre lange Haft gehen.

RIN VON KROSIGK, *Memoiren,* Seewald, Stuttgart 1977, S. 252 f.; ähnlich in: Lutz Graf SCHWERIN VON KROSIGK, aaO. (Anm. 2), S. 379.

[5] Walter LÜDDE-NEURATH, ***Regierung Dönitz, Die letzten Tage des Dritten Reiches,*** Druffel, Leoni [4]1980, S. 113-117,

Die Gefangennahme des Generalfeldmarschalls Milch

Ein Beispiel für die unwürdige Behandlung hoher deutscher Militärs durch die Alliierten bildete die Gefangennahme des Generalfeldmarschalls MII.CH. Erhard MILCH wurde am 30. März 1892 in Wilhelmshaven geboren. Er war im Ersten Weltkrieg Jagdflieger, dann im Grenzschutz in Ostpreußen und ab 1920 in der Flugzeugindustrie tätig, ab 1926 im Vorstand der Deutschen Lufthansa, 1933 wurde er als GÖRINGS Stellvertreter Reichskommissar für die deutsche Luftwaffe, 1935 General der Flieger, 1939 Generaloberst und am 19. Juli 1940 Generalfeldmarschall. Im Juni 1944 legte er wegen Differenzen mit HITLER seine Ämter als Staatssekretär und Generalluftzeugmeister nieder. Im Januar 1945 verlor er sein Amt als Generalinspekteur der deutschen Luftwaffe, da ihm die Mißerfolge der deutschen Luftabwehr gegenüber den alliierten Bomberflotten angelastet wurden.[1]



Generalfeldmarschall Erhard MILCH (1892-1972). MILCH war bis (anuar 1945 Generalinspekteur der deutschen Luftwaffe. Am 17. 7. 1947 wurde er in Nürnberg zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Strafe wurde 1951 auf 15 Jahre herabgesetzt. MILCH wurde am 4. 7. 1954 vorzeitig aus der Haft entlassen.

Anfang Mai 1945 hielt er sich im Schloß von Sierhagen bei Neustadt in Schleswig-Holstein auf, was allgemein bekannt war. Er wußte, daß seine Gefangennahme bevorstand, und hatte seine Dienstuniform mit allen Auszeichnungen aus beiden Kriegen angelegt. Am 4. Mai 1945 wurde er dort von britischen Soldaten gefangengenommen und in ein Restaurant in Neustadt in Holstein gebracht. Ein englischer Feldwebel teilte MILCH mit, daß es sein Kommandeur schätze, wenn man vor ihm strammstehe. MILCH, der nach einem schweren Autounfall Invalide war, erwiderte: »Dann lassen Sie sich von mir nicht davon abhalten, Haltung anzunehmen, wenn Sie wollen!«[2]

Als der englische General MILLS-ROBERTS erschien, fauchte dieser MILCH an, daß alle deutschen Generale Verbrecher seien. »Plötzlich riß ihm der Brite den Marschallstab aus der Hand, und bevor MILCH sich verteidigen konnte, begann er, ihn wie von Sinnen auf den Hinterkopf zu schlagen. MILCH taumelte und stürzte zu Boden. Er rief. >Herr General! Ich bin Offizier - Feldmarschall !< Aber der Hagel von Schlägen hörte nicht auf; aus einer Reihe von Wunden an der Schädelbasis blutend, begann MILCH das Bewußtsein zu verlieren. Durch den Nebel vor seinen Augen sah er, wie die anderen Soldaten ihre Waffen auf ihn richteten. Der Stab zersplitterte und brach entzwei. Der Brigadegeneral ergriff eine leere Sektflasche, die auf dem Tisch stand, und hob sie hoch, um damit weiterzuschlagen. Der Schlag traf MILCHS Unterarm mit solcher Gewalt, daß ein Arzt noch mehrere Tage danach einen schweren Bluterguß feststellte.«[2]

In einem Jeep brachte man MILCH dann in die Unterseebootschule. Vier Mann packten ihn an Händen und Füßen und trugen ihn, Gesicht nach unten, in das Depot. Es war bereits voll mit deutschen Gefangenen, toten und

[1] Ludwig PETERS, *Volkslexikon Drittes Reich*, Graben, Tübingen 1997, S. 536.

[2] David IRVING, *Die Tragödie der deutschen Luftwaffe*, Ullstein, Frankfun/M.-Berlin-Wien 1970, S. 17 ff. mit ausführlicher Darstellung.

schwerkranken, denen die Briten dann zuriefen: »Das ist Euer Feldmarschall - dem verdankt ihr alles!« Ein paar britische Unteroffiziere wechselten sich daraufhin darin ab, den invaliden Feldmarschall von hinten zu treten und zu schlagen. Der dolmetschende Feldwebel schrie: »Soll ich denen meine Waffe geben?« MILCH antwortete: »Tun Sie, was Sie nicht lassen können. Ich weiß jetzt, wem ich in die Hände gefallen bin!« Ein englischer Offizier nahm MILCHS Mütze, warf sie in die Halle und befahl: »Geh und hol deine dreckige Mütze!« MILCH rührte sich nicht. Etwa später hob ein älterer englischer Feldwebel die Mütze auf, bürstete sie ab, gab sie MILCH zurück und flüsterte: »I beg your pardon, Sir.« (Entschuldigung, mein Herr.)[3]

»Die beiden Kanoniere, die ihn (MILCH) gefangengenommen hatten, kehrten unterdessen nach Sierhagen zurück und durchsuchten seine Unterkunft nach Wertsachen, in ihre Taschen stopften sie zwei goldene Uhren, seinen massiv goldenen Feldmarschallstab und ein goldenes Zigarettenetui mit Widmung von Hermann GÖRING. Bis vor kurzem war MILCH erster Mann nach GÖRING in der Luftwaffe gewesen.«[3]

Damit erging es MILCH wie vielen anderen deutschen Soldaten. Sie wurden ihrer persönlichen Habe und besonders wertvoller Erinnerungsstücke beraubt. Später tauchten diese manchmal in Antiquitäten und Versteigerungen auf: ein Beweis für die hohe »Kultur» der Befreier.[4]

Lieutenant-Brigadier Derek MILLS-ROBERTS.



Als MILCH 1948 noch im Nürnberger Gefängnis saß, kam Ende des Jahres ein Oberstleutnant der britischen Royal Air Force zu ihm und sagte, er sei auf persönliche Veranlassung des englischen Königs GEORGE VI. gesandt worden, um sich für das Verhalten britischer Soldaten an jenem Maitag des Jahres 1945 zu entschuldigen.[5]

Zu seinen Lebzeiten erhielt MILCH seinen Marschallstab nicht zurück. Unter der Überschrift »General schlug zu, Marschallstab zerbrach« brachte die Berliner *BZ* die Meldung, daß das Londoner Auktionshaus Philips den Marschallstab des 1972 verstorbenen Generalfeldmarschalls MILCH versteigern wollte. Der Marschallstab habe sich im Nachlaß des britischen Generals MILLS-ROBERTS befunden, der ihn dem deutschen Offizier auf dem Kopf zerschlagen habe. Das Auktionshaus hoffe, den Marsch allst ab für rund 31000 Mark versteigern zu können.

[3] IRVING, ebenda, S. 19.

[4] Siehe: Beitrag Nr. 318, »Die Gefangennahme der Reichsregierung«, und Nr. 320, »Ordenklau der Alliierten«,

[5] IRVING, aaO. (Anm. 2), S. 19, mit Hinweis auf MUCHS Tagebuchaufzeichnung vom 5, 10. 1948.

[b] Berliner *BZ*, 10. 12. 1985. Zitiert in: Gerhard FREY, ***Deutschlands Ausplünderung***, FZ, München 1993, S. 217.

Orden-Klau der Alliierten

Wie gemein die Alliierten die deutschen Kriegsgefangenen vielfach behandelten und ihre Verhöre mit Prügelszenen übelster Art verbanden, ist hinreichend dokumentiert.[1] Selbst hochrangige Heerführer wurden demütigend behandelt, und sogar die Reichsregierung wurde unter mehr als entwürdigenden Umständen am 23. Mai 1945, in Flensburg verhaftet.[2] Dagegen achtete der deutsche Soldat den gefangenen Gegner und wahrte die Würde gegenüber dem hohen Rang des Gegenübers, etwa beim deutsch-französischen Waffenstillstand vom Juni 1940 im Wald von Compiegne[5] oder bei der Gefangennahme des polnischen Führers des Warschauer Aufstands von 1944 General BOR-KOMOROWSKT.[4]

Viele deutsche hohe militärische Führer wurden bei Kriegsende von den Alliierten ausgeplündert. So wurde dem Großadmiral und amtierenden Reichspräsidenten Karl DÖNITZ der Marschallstab geraubt. Er verschwand und tauchte in den achtziger Jahren bei einem Juwelier wieder auf, der ihn interessierten Käufern feilbot.

Bei einer Versteigerung in London kam im Jahre 1985 auch der Marschallstab von Generalfeldmarschall Erhard MILCH, dem Schöpfer der deutschen Luftwaffe in den dreißiger Jahren, unter den Hammer. Damals wurde wieder daran erinnert, daß der britische General MLLLS-Ro BERTS, dem sich MILCH ergeben hatte, 1945 dem deutschen Marschall den Marschallstab entrissen und ihn MILCH auf dem Kopf in zwei Stücke zerschlagen hatte. Der Silberknauf fand sich später im Nachlaß des Briten.[5] Der dem Reichsmarschall Hermann GÖRING entwendete Marschallstab wird in der US-amerikanischen Militärakademie Westpoint als »Siegesbeute« in einer Vitrine gezeigt.

Ende 1991 ging durch die Presse,[6] daß der südafrikanische Botschafter in Bonn das Eichenlaub mit Schwertern des Generalfeldmarschalls Ewald VON KLEIST an dessen Schwiegertochter Christa VON KLEIST übergeben habe. Der deutsche Heerführer hatte diesen Orden vor seiner völkerrechtswidrigen Auslieferung durch die Briten an die **TiTo**-Partisanen einem jungen britischen Offizier zur Verwahrung übergeben. Er ging wohl dabei davon aus, daß ein britischer Offizier kein Ordensräuber sei. Doch dieser nahm den ihm anvertrauten Orden mit nach Rhodesien, wo die Auszeichnung nach seinem Tode an seinen Sohn überging. Erst Jahrzehnte später und nach von KLEISTS Tod in sowjetischer Haft 1954 kam der Orden über die genannten diplomatischen Kanäle an die Familie zurück.

Im Oktober 1987 entdeckte Oberstleutnant Heinz Alexander DAMEROW bei einem privaten Besuch des Castle Air Museums in Merced in Kalifornien in einer roten Lederhülle die Ritterkreuz-Urkunde des damaligen Hauptmanns Gerhart SCHIRMER, der als pensionierter Bundes wehr oberst in Süd-

[1] Z. B. in: Ernst VON SALOMON, ***Der Fragebogen,*** Rowohlt, Hamburg 1961 (viele Auflagen), S. 559-562.

[2] Walter LÜDDE-NEURATH, ***Regierung Dönitz Die letzten Tage des Dritten Reiches,*** Druffel, Leoni [4]1980, S. 113-117; siehe: Beitrag Nr, 318, »Die Gefangennahme der Reichsregierung«,

[3] Siehe: Beitrag Nr. 47, »Zweimal Compiegne - 1918 und 1940«.

[4] Siehe: Beitrag Nr. 163, »Deutscher Sieger ehrt polnischen Stadtkommandanten«, und Nr. 169, »Der Warschauer Aufstand 1944«.

[5] Siehe: Beitrag Nr. 319, »Die Gefangennahme des Generalfeldmarschalls Milch«.

[6] ***National-Zeitung,*** 13. 12. 1991.

deutschland lebte.[7] Dessen Mutter war die Urkunde 1945 in Sachsen entwendet worden, SCHIRMER selbst war bis 1956 in sowjetischer Haft, insbesondere in Sachsenhausen und Workuta.[8]

Private Bemühungen von DAMEROW und SCHIRMER auf Rückgabe der Urkunde brachten keinen Erfolg. Das dann eingeschaltete Bundesministerium für Verteidigung wies darauf hin, daß an eine Rückführung kaum zu denken sei, da zwei US-Gesetze die Herausgabe von >Beutegut< aus dem Zweiten Weltkrieg untersagten. Beim »Verbündetem bestehe also keine Aussicht auf Rückgabe des Diebesgutes.

Noch 1990 hatte das Bundesministerium mitgeteilt, daß keine Hoffnung bestehe, die Urkunde auf diplomatischem Wege aus den USA zu bekommen Bei den Gesprächen kam auch ein wesentlicher Grund zur Sprache: Militaria-Stücke werden in den USA heiß begehrt und hoch gehandelt. Die Ritterkreuz-Urkunde hat einen Verkehrswert von 15000 Dollar.

Nachdem der Museumsdirektor persönlich Oberst SCHIRMER in Deutschland besucht hatte, mehrere Persönlichkeiten eingespannt worden waren, darunter der Schriftsteller J. BUFFER aus Los Angeles, kam es 1990 doch zur Rückgabe: Am 6. Oktober 1990 wurde Oberst a.D. SCHIRMER auf der Jahrestagung der Ordensgemeinschaft der Ritterkreuzträger die Verleihungsurkunde vom kalifornischen Museumsdirektor, Mr. R. LEMS, wieder übergeben, SCHIRMER hatte vorher zustimmen müssen, daß die Urkunde nach seinem Ableben einem deutschen oder wieder dem kalifornischen Museum übergeben wird.

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, daß Oberst SCHIRMERS Verleihungsurkunden des Deutschen Kreuzes in Gold und des Eichenlaubs zum Ritterkreuz heute noch in London und Moskau liegen,[7] In diesen Fällen besteht bisher keine Aussicht, die geraubten Privatstücke zurückzuerhalten.

In diesen Zusammenhang gehört der oft überlieferte >Uhrenklau< auch der amerikanischen Truppen. Ein Waffen-SS-Angehöriger, der sich mit seiner Artillerieeinheit am 2. Mai 1945 bei Schwerin, ohne daß es noch zu einem Kampf gekommen war, den Amerikanern ergeben hatte, berichtete: »Die Batterie wurde, noch voll bewaffnet, von amerikanischen Vorhuten wie von Verkehrspolizisten eingewiesen. Bei einem Halt in einer Ortschaft geschah etwas für uns sehr Überraschendes, Es »stürzten sich< amerikanische Soldaten auf unsere Fahrzeuge und nahmen uns, »watch! watch!< schreiend, die Armbanduhren ab. Offiziere beobachteten diesen Vorgang aus einiger Entfernung, ohne den geringsten Versuch zu unternehmen, ihn zu verhindern. Von den Russen hat man solches erwartet, von den Amerikanern nicht.«[9]



Oberst Gerhart SCHIRMER (1913-2005).

[7] *Der deutsche Fallschirmjäger*, Nr. 6, 1990, S. 5.

[8] Gerhart SCHIRMER, *Sacbsenhausen-Workuta. Zehn Jahre in den Fängen der Sowiets*, Grabert, Tübingen 1992.

* Ferdinand LUKAS, »Deutsche Kriegsgefangene«, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 30. 3. 1990.



US-Captain mit gestohlenen Orden und Ehrenzeichen.

Der Tod Heinrich Himmlers

Über HIMMLERS Tod las man bis ins Jahr 2005 die folgende gängige Meinung: »Sein Versuch, inkognito zu fliehen, endete in britischer Gefangenschaft und mit Selbstmord.«[1] Es gab zwar eine Reihe von Ungereimtheiten und Widersprüchen, in die sich die einzelnen Augenzeugen des angeblichen Selbstmords von HIMMLER verstrickt hatten, aber der Freitod selbst wurde nicht - zumindest nicht öffentlich - in Frage gestellt. Wohl auch angesichts der tatsächlichen und behaupteten Verbrechen schien aus HIMMLERS Sicht ein rasches Ende einem langwierigen Prozeß mit sicherer Verurteilung vorzuziehen gewesen zu sein,

[1] Zitiert nach Heinrich HIMMLER, in: ***Meyers Enzyklopädisches Lexikon in 25 Bänden,*** Bd. 12: Hf-Iz, Mannheim 1974, S. 39 f.

Alliierte Propagandisten und Zeitgeschichtler beeilten sich, HIMMLER als einen feigen SS-Mann darzustellen, der, mit einer Augenklappe in der Uniform eines Feldwebels der Wehrmacht verkleidet, versuchte, der Gefangennahme zu entgehen. Als ihm dies nicht gelang, habe er sich durch seinen Selbstmord wie ein Feigling aus dem Leben verabschiedet und seine Männer und die Organisation der SS im Stich gelassen, die von ihm vor allem unter historischen Gesichtspunkten eine entschiedene Verteidigung ihrer Taten und Absichten erwartet hatten. Angeblich hätten die Soldaten der britischen Gewahrsamsmacht nicht verhindern können, daß der Reichsführer SS eine Blausäurekapsel zerbiß.

Was ist aus HIMMLERS letzten Tagen verbürgt? Nachdem er HITLER zum letzten Mal am 20. April 1945 in Berlin zum Geburtstag gratuliert hatte, setzte sich HIMMLER nach Norden ab. Am 26. April verlegte er sein Hauptquartier nach Schwerin, von dort traf er am 30. April und am 4. Mai in Plön mit Großadmiral DÖNITZ, dem Nachfolger HITLERS, zusammen. Zwei Tage später enthob DÖNITZ ihn in Flensburg aller seiner Ämter. Am 10. Mai verließ HIMMLER in Begleitung von 14 Mann Flensburg in Richtung Süden und gelangte am 12. Mai unter Zurücklassung der Fahrzeuge bei Neuhaus an der Oste auf die südliche Seite der Elbe. Am 18. Mai traf er in Bremervörde ein, wo er vier Tage später zusammen mit seinen Adjutanten Werner GROTHMANN und Heinz MACHER in britische Gefangenschaft geriet.

An diesem 22. Mai gab HIMMLER sein Vorhaben einer Flucht in Richtung Süden auf und teilte seinen Adjutanten mit, er wolle sich in britische Gefangenschaft begeben und zum geeigneten Zeitpunkt seine Identität preisgeben. Gegen 17 Uhr wurden die drei einer englischen Patrouille übergeben, der gegenüber sich Heinrich HIMMLER als »Feldwebel Heinrich HITZINGER von der Geheimen Feldpolizei« ausgab, auf dessen Namen er gefälschte Papiere bei sich trug. Er verbrachte die letzte Nacht seines Lebens unter strenger Bewachung in einer Mühle und wurde am nächsten Morgen um 7 Uhr in das zivile Intermerungslager Westertimke, von dort über Fallingbostel und Sol-




Links: Heinrich HIMMLER, seit Januar 1929 Reichsführer SS. Nach dem Anschlag vom 20. Juli 1944 wurde er Befehlshaber der Reservearmee. *Rechts:* HIMMLERS Begleiter Werner GROTHMANN und Heinz MACHER.

tau nach Barnstedt/Kolkhagen bei Lüneburg verbracht. Die Angaben über die Ankunft schwanken zwischen 12 und 14 Uhr.[2] Der offiziellen Version zufolge habe sich HIMMLER gegen 16 Uhr dem Lagerkommandanten Captain SELVESTER ZU erkennen gegeben. Nach Ankunft zweier Verhörexperten im Majorsrang und einem Unterschriftenvergleich sei gegen 17 Uhr die »offizielle« Identifizierung erfolgt. Inzwischen war HIMMLER zweimal gründlich untersucht worden, beim letzten Mal nackt, wobei sein kurzes Haar gekämmt und sämtliche Körperöffnungen nach verborgenen Kapseln und dergleichen abgesucht wurden - ohne Befund, Danach wurde Oberst Michael MURPHY vom Hauptquartier der 2, Armee in Lüneburg über den Gefangenen informiert. Dieser sei gegen 20 Uhr in Barnstedt angekommen und fuhr HIMMLER, als er diesen in Unterhemd, Unterhose, Socken und in eine Decke gewickelt mitnehmen wollte, äußerst barsch an: »Los, du Schweinehund, Dir zeigen wir's noch!«[3] Nach einer erneuten Leibesvisitation fuhr man eine Stunde später ab,

[2] Joseph BELLINGER, ***Himmlers Tod. Freitod oder Mord? Die letzten Tage des Reichsführers - SS,*** Arndt, Kiel 2005, S. 238 f.

[3] Ebenda, S. 249. Wie sich die Zeiten ändern. Als sich ein niedergedrückter NAPOLEON III. dem preußischen König ergab und am 2. 9. 1870 von BISMARCK in aller Herrgottsfrühe empfangen und bis zur Weiterfahrt in ein Gespräch einbezogen wurde, schrieb BISMARCK darüber seiner Frau: »Unsere Unterhaltung war schwierig, wenn ich nicht Dinge berühren wollte, die den von Gottes gewaltiger Hand Niedergeworfenen schmerzlich berühren mußten.« Zitiert nach: Alfred Richard MEYER (Hg.), ***Soldatenbriefe großer Männer,*** Deutsche Buchvertriebs- und Verlags-Gesellschaft, Berlin [3]1942, S, 217. Auch NAPOLEON III. war gemäß der deutschen Volksmeinung die »frevelhafteste Kreatur auf Gottes Erdboden«.

kam aber angeblich erst gegen 22 Uhr 40 Uhr in Lüneburg in der Uelzener Straße 31a an - bei eine Strecke von nur 15 Kilometern. HIMMLERS Wunsch, MONTGOMERY oder CHURCHILL zu sprechen, wurde nicht entsprochen.

Telephonisch hatte man die Ankunft in Lüneburg angemeldet. Der stämmige Sergeant-Major Edwin AUSTIN, im Zivilleben Londoner Müllmann, der schon bei dem ungeklärten Tod des SS-Obergruppenführers und Generals der Waffen-SS Hans-Adolf PRÜTZMANN, des Leiters der Organisation >Wehrwolf<, am **15.** Mai im gleichen Raum in der Uelzener Straße 31a zugegen gewesen war, wurde aus einem Kino beordert. Dr. Charles WELLS, Hauptmann und Offizier der Sanitätstruppe, wurde ebenfalls einbestellt. Als HIMMLER eintraf, wurde er aus dem Wagen gezerrt und in ruppiger Weise ins Haus und dann in das Erkerzimmer gestoßen, wo er angeblich zum vierten Mal durchsucht werden sollte, da man immer noch eine Zyankali-Kapsel bei ihm

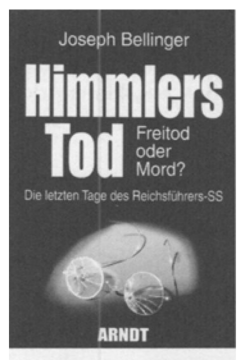




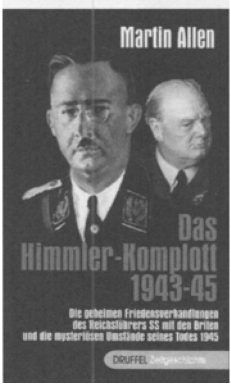
Oben: Die Stelle an der Oste, wo HIMMLER und seine Begleiter an einem britischen Kontrollposten verhaftet wurden. *Unten:* Das ehemalige Hauptquartier der 2. britischen Armee in Lüneburg, Uelzener Straße 31a. In dem Erkerzimmer im Erdgeschoß sollte das Verhör stattfinden. Beide Abbildungen aus; Joseph BELLINGER, aaO. (Anm, 2).

vermutete. Bei dieser Untersuchung bat der britische Arzt HIMMLER zuletzt, seinen Mund zu öffnen. Als er eine blaue Kapsel bemerkt haben will, soll HIMMLER ihm die Hand weggeschlagen und auf die Kapsel gebissen haben. Zehnminütige Rettungsversuche seien erfolglos geblieben.

Vieles an dieser Version ist widersprüchlich: Zeitangaben unterscheiden sich um bis zu drei Stunden. Für jede einzelne Szene gibt es mehrere Varianten. So räumte AUSTIN in einem Zeitungsinterview im Jahre 1953 ein, er habe HIMMLER mit einem kleinen, prallgefüllten Sandsack in der Hand hinter der Tür des verdunkelten Verhörraumes erwartet und diesen beim Eintreten bewußtlos geschlagen, um zu verhindern, daß er auf die vermutete Giftkapsel beißen konnte. Auf einigen Aufnahmen der Leiche Heinrich HIMMLERS ist deutlich ein gebrochenes Nasenbein sowie eine fremde Brille zu erkennen. Selbst britische Historiker und Journalisten zumeist jüdischer Herkunft fragten sich, ob AUSTIN HIMMLER nicht mit einem Knüppel oder der bloßen Faust totgeschlagen habe. Verständnisvoll hätte man Nachsicht geübt, denn es sei absolut nachvollziehbar gewesen, daß der wackere Müllmann in einer moralischen Anwandlung beim Anblick dieses »Unholds« die Millionen Opfer der Konzentrationslager hat rächen wollen und Selbstjustiz verübte.[4]



HIMMLERS Leichnam wurde am folgenden Tage obduziert, ohne daß das Ergebnis der Leichenöffnung veröffentlicht worden wäre. Sein Leichnam wurde sofort an einem unbekannten Ort verscharrt.



Mit seiner akribischen Studie über »Himmlers Tod« hat der kanadische Historiker Joseph BELLINGER ein faktengespicktes Buch vorgelegt und die Widersprüche in den einzelnen Darstellungen genau herausgearbeitet.[5]

Wenige Tage vor Drucklegung des Buches von BELLINGER wurde im Mai 2005 in London die englische Ausgabe des Buches ***Das Himmler-Komplott 1943-45*** von Martin ALLEN veröffentlicht. Darin beschreibt dieser die bis dahin unbekannten Friedensinitiativen des Reichsführers SS. Die eigentliche Sensation bestand aber darin, daß er im Herbst 2003 vier im Jahr zuvor vom britischen Staatsarchivs freigegebene Dokumente gefunden hatte, die die Ermordung HIMMLERS durch den britischen Auslandsgeheimdienst nachwiesen.

Das erste dieser Dokumente entstammte einer Abteilung des britischen Außenministeriums, die sich während des Krieges mit sogenannter Schwarzer Propaganda und der Sabotierung deutscher Friedensbemühungen befaßt hatte: der Verbindungsabteilung zur Politischen Kriegführungsexekutive (PWE) des Geheimdienstes. Darin schrieb John WHEELER-BENNETT, damals Verbindungsmann zur PWE und später regierungsoffizieller Historiker, an den Agenten Sir Robert Hamilton Bruce LOCKHART »persönlich und geheim«: »Im Nachgang zu unserem Treffen gestern Vormittag. Ich habe einige sehr ernste Überlegungen zu Little H angestellt. Wir können HIMMLER nicht gestatten, in einer aller Voraussicht nachkommenden Untersuchung Stellung zu nehmen, oder sogar zulassen, daß er durch die Amerikaner verhört wird.

[4] So Willi FRISCHAUER, ***Himmler: The Evil Genius of the Third Reich***, Belmont Books, New York 1962, S. 9.

[5] Siehe Anm. 2.





Von links: Robert Hamilton Bruce LOCKHART, Brendan BRACKEN, Hans-Adolf PRUTZMANN,

Wir haben daher Sorge dafür zu tragen, ihn zu eliminieren, sobald er uns in die Hände fällt. Bitte widmen sie sich der Angelegenheit, damit schnellstmöglich Maßnahmen ergriffen werden können, denn wir dürfen hier keine Zeit verlieren.« Handschriftlich vermerkte LOCKHART am Fuße des Schreibens: »Einverstanden. Ich habe für Herrn INGRAMS eine vierzehntägige Abwesenheit arrangiert.«[6] Man war sich auf Seiten der Briten sicher, HIMMLER aufgrund von Hinweisen deutscher Agenten alsbald festnehmen zu können. Am gleichen Tag entschied sich HIMMLER, von Flensburg aus in Richtung Süden zu fahren.

Als der Reichsführer SS im Erkerraum des Hauses Uelzener Straße 31a ums Leben kam, waren weder Oberst MURPHY noch Dr. WELLS anwesend. Keine vier Stunden später, gegen 2:50 Uhr morgens, sandte ein gewisser »Mr. THOMAS« ein verschlüsseltes Telegramm an LOCKHART: »Weisungsgemäß haben wir HH letzte Nacht erfolgreich in Lüneburg abgefangen, bevor er verhört werden konnte. Wie befohlen, wurden Schritte unternommen, um ihn für immer zum Schweigen zu bringen. Ich gab Anweisung, daß meine Anwesenheit in Lüneburg in keiner Weise aktenkundig werden darf, und wir können abschließend sagen, daß das HH-Problem vom Tisch ist.«[7]

Am 27, Mai 1945 erklärte der britische Informationsminister Brendan BRAKKEN - der Chef des Pendants zum GoEBBELSschen Propagandaministerium - in einem vertraulichen Schreiben an den Earl of SELBORNE die Hintergründe der Aktion: »Mein lieber Top [SELBORNES Spitzname], was die gute Nachricht vom Tod des kleinen H betrifft, glaube ich, ist es zwingend notwendig, daß wir eine absolute Nachrichtensperre über die genauen Umstände des Todes dieses höchst üblen Mannes verhängen. Ich bin sicher, es hätte verheerende Auswirkungen für das Ansehen unseres Landes, wenn öffentlich bekannt würde, daß wir unsere Hände beim Tod dieses Mannes im Spiel hatten. Ich bin ebenso sicher, daß ein solcher Zwischenfall Komplikationen in unseren Beziehungen zu unseren amerikanischen Brüdern hervorrufen würde: Sie dürfen unter keinen Umständen entdecken, daß wir >Little H< ausra-

[6] Akte FO 800/868, NA, Kew, London, zitiert nach: Martin ALLEN, ***Das Himmler-Komplott 1943-1945. Die geheimen Friedensverhandlungen des ReichsführersS.S' mit den Briten und die mysteriösen Umstände seines Todes 1945,*** Druffel, Stegen 2005, S. 385.

[1] Ebenda, zitiert nach ALLEN, ebenda, S. 397.

diert haben, insbesondere, seit wir wissen, daß sie so scharf darauf waren, ihn selbst zu vernehmen. Ich bin der Auffassung, daß das SOE/PWE-Komitee nun aufgelöst werden kann, auch wenn MALLET noch mit W. S. [Walter SCHELLENBERG] in Schweden in Verhandlungen steht. Vielleicht könntest du mich deine Ansicht über diese Angelegenheit wissen lassen.«[8]

[8] Akte HS 8/944, NA, Kew, London. Alle Dokumente zitiert nach: Martin ALLEN, aaO. (Anm, 6), S. 398.

Die hier zitierten Dokumente lassen keinen Zweifel daran, daß der britische Geheimdienst im Auftrag der Regierung einen der meistgesuchten Männer der Geschichte in verbrecherischer Weise, und ohne ihn einem ordentlichen Gericht zu überantworten, hinrichten ließ. Welches eigene Geheimnis war so wichtig, daß man die Person tötete, die in sämtliche wichtigen Aktionen des Dritten Reiches eingeweiht war oder gar an deren Spitze stand?



An einzelnen von Oberst M. MURPHY geschossenen Fotos zeigt BELLINGER, daß HIMMLERS Nase seine starke Rechtsabweichung« aufweist, was auf einen Nasenbeinbruch hindeutet.

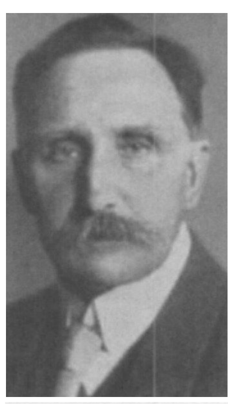
Fünf Wochen nach Erscheinendes ***Himmler-Komplotts*** am 23. Mai 2005 kam es zum Skandal. Der ***Daily Telegraph*** wollte die Rechte zur seriellen Vermarktung des Buches erwerben und bat das britische Staatsarchiv, die entscheidenden Dokumente bezüglich der Ermordung HIMMLERS von einer forensischen Graphologin, Schrift- und Papierexpertin überprüfen lassen zu können. Und dann passierte etwas in der Geschichte von Staatsarchiven wohl Einmaliges. Das Staatsarchiv übergab Privatleuten die hochbrisanten diesbezüglichen Akten, anstatt sie selbst zu untersuchen. Schon nach wenigen Tagen konnten von der Dokumentenspezialistin Dr. Audrey GILES alle zentralen Dokumente als »Fälschungen« entlarvt werden. Während in England zunächst der Autor Martin ALLEN vom ***Daily Telegraph*** als Urheber der Fälschungen massiv ins Rampenlicht gestellt wurde, ging die ***Bild-Zeitung*** gar von »Nazis« als Fälschern aus. Die eigentlich naheliegenden Fragestellungen und Schlußfolgerungen wurden weltweit weder gestellt noch gezogen, nämlich: Wer hatte Gelegenheit, die Akten unbeaufsichtigt zu manipulieren, und wem hätte dies genutzt? Der ***Daily Telegraph*** oder die britische Regierung wäre auch noch 60 Jahre nach der Ermordung dieses besonderen Gefangenen in Erklärungsnotstand geraten, zumal Martin ALLEN mit der Ermordung Prof. Dr. Karl HAUSHOFERS noch einen weiteren Mord des britischen Geheimdienstes im Zusammenhang mit den Nürnberger Prozessen in seinem genannten Buch aufdecken konnte. Bis Mai 2006 wurde weder von Scotland Yard, das in diesem Fall die kriminologischen Untersuchungen leitet, noch vom britischen Staatsarchiv selbst ein Abschlußbericht vorgelegt.

»Am 1. 1. 2006 bestätigte das britische Staatsarchiv schließlich selbst die Feststellungen Martin ALLENS, indem es weitere, bislang geheime britische Dokumente über Winston CHURCHILL freigab. Der Premierminister hatte auf einer Kabinettskonferenz bei Kriegsende erklärt, daß man jederzeit »mit ranghohen deutschen Nationalsozialisten verhandeln könne, wenn diese das wollten - wie seinerzeit etwa der Reichsführer SS, Heinrich HIMMLER, Ziel solcher Verhandlungen könne es allerdings nur sein, diese Nazis später fertig zu machen«.[9]

Olaf Rose

[9] Olaf ROSE, »»Sie dürfen unter keinen Umständen herausfinden, daß wir den »kleinen H< ausradiert haben. . .< der Skandal des britischen Staatsarchivs und des ***Daily Telegraph*** um das neue Himmler-Buch von Martin Allen«, in: ***Deutsche Geschichte, Europa und die Welt,*** 17. Jg., Nr. 1, 2006, S. 23 ff.

Zum Tode Karl Haushofers





Von oben: Karl (1869-1946) und sein Sohn Albrecht HAUSHOFER (1903-1945).

In den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts war der Generalmajor a. D. der bayerischen Armee und Professor an der Münchener Maximilians-Universität Dr. Karl HAUSHOFER eine bekannte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens. Im Januar 1924 hatte er die erste Nummer seiner ***Zeitschrift für Geopolitik*** herausgegeben, und als väterlicher Freund und akademischer Lehrer des damals jungen und unbekannten Rudolf HESS hatte er auf dessen intellektuelle Entwicklung beträchtlichen Einfluß gehabt. Seine angeblichen Beiträge für die >Lebensraumpolitik< der NSDAP wurden dagegen wohl beträchtlich überschätzt.

Weltgeschichtliche Bedeutung erlangte er im Zusammenhang mit dem Englandflug von Rudolf HESS am 10. Mai 1941. Der Stellvertreter des Führers in der NSDAP hatte sich Anfang September 1940 an seinen akademischen Mentor Karl HAUSHOFER gewandt, von dessen ausgezeichneten Verbindungen zur britischen Aristokratie, zu Wissenschafts- und Politikkreisen er wußte. HAUSHOFER fädelte die Kontaktaufnahme von HESS mit Lord HAMILTON ein, den er als deutschfreundlichen und friedenbejahenden engen Vertrauensmann des britischen Königs GEORGE VI. kannte. Er konnte nicht wissen, daß der britische Geheimdienst seinen Schriftwechsel und den seines Sohnes abgefangen hatte und mit fingierten Rückschreiben beantwortete. HAUSHOFER war mit dem gesamten, von deutscher Seite aufrichtigen Briefwechsel vertraut und wußte daher sowohl um die Absichten als auch um die Friedensvorschläge der deutschen Seite, insbesondere um die Redlichkeit der Bemühungen von Rudolf HESS. Im Hartschimmelhof, seinem Landsitz am Ammersee, hatte er Durchschläge dieser Korrespondenz über das Kriegsende hinaus aufbewahrt.

Dies wußten sowohl der englische als auch der amerikanische Geheimdienst. An einem Septemberabend 1945 wurde Karl HAUSHOFER - dessen Sohn und ebenfalls Mitwisser der Geheimverhandlungen um einen friedlichen Ausgleich mit England, Professor Dr. Albrecht HAUSHOFER, am 22. April 1945 von der SS in Berlin ermordet worden war - von drei Beamten des amerikanischen Geheimdienstes OSS, eines Vorläufers der CIA, am Ammersee aufgesucht und verhört.

»HAUSHOFER wußte Erstaunliches zu berichten, was zu den vermuteten deutschen Welteroberungsplänen gar nicht passen wollte. Beispielsweise habe HITLER der britischen Regierung 1941 einen umfassenden Friedensplan vorgelegt, den HAUSHOFERS Sohn Albrecht persönlich mit Samuel HOARE besprochen habe, dem englischen Botschafter in Spanien... Dies und anderes konnte er auch durchaus dokumentarisch belegen.«[1]

Nicht ohne guten Grund also verlangte man gegen Ende des »Gesprächs« die Herausgabe sämtlicher noch in seinem Besitz befindlicher Dokumente.

[1] Stefan SCHEIL, ***1940/41. Die Eskalation des Zweiten Weltkriegs,*** Olzog, München 2005, S. 14.

Man hatte allerdings den Umfang der rund 18000 Dokumente unterschätzt und mußte am nächsten Morgen noch einmal mit einem Lastwagen vorfahren, um das gesamte HAUSHOFERsche Archiv abtransportieren und nach Washington verbringen zu können.- Don wurden am 14. Dezember 1945 zentrale Dokumente der deutschen Friedensbemühungen dem Aktenberg entnommen und verschwanden für immer.

Sein persönliches Wissen und auch die Tagebücher waren HAUSHOFER verblieben; dies sollte ihn sein Leben kosten. Dr. SEEDL, vor dem Nürnberger Militärtribunal Verteidiger von Rudolf HESS und Hans FRANK und späterer Justizminister des Freistaats Bayern, beantragte die Vernehmung von Prof. HAUSHOFER als Zeuge der Verteidigung und konnte dies in der Nachmittagssitzung des Gerichtshofes am 7. März 1946 auch durchsetzen.[3] Dieser Umstand muß die Briten in helle Aufregung versetzt haben. Ivone KIRKPATRICK, ein hoher Beamter des Foreign Office, des britischen Außenministeriums, und späterer Hochkommissar für Deutschland, schickte am 10. März 1946 zwei Beamte des britischen Geheimdienstes unangemeldet und inkognito in die amerikanische Zone, um den Entlastungszeugen für Rudolf HESS vorab zu vernehmen und gegebenenfalls notwendig erscheinende Schritte zu unternehmen. Die beiden Briten waren die letzten, die HAUSHOFER und seine Frau auf dem einsamen Anwesen lebendig gesehen haben.

Zwei Tage später berichteten sie auftragsgemäß in einem Memorandum, abgeschickt aus der Schweiz, ihrem Auftraggeber KIRKPATRICK, HAUSHOFER habe nichts weiter über das in Frage stehende Thema gewußt: »Als Antwort auf unsere Instruktionen teilen wir Ihnen mit, daß das Problem, das mit diesem Mann und dem IMT [dem Internationalen Militärtribunal] zusammenhängt, aus dem Weg geräumt wurde.«[4]

Am selben Tag, dem 12. März, fand der zweite Sohn der HAUSHOFERS, Heinz, seine Eltern in etwa einem Kilometer Entfernung vom Wohnhaus an einem kleinen Bachlauf in einem Waldstück des weitläufigen Anwesens; seine Mutter Martha hing an einem Baum, neben ihr der Vater, zusammengekrümmt am Boden liegend. In den Wirren der frühen Nachkriegszeit konnten keine kriminologischen und forensischen Untersuchungen durchgeführt werden, schon gar nicht, wenn der Verdacht sich gegen die Besatzungsmächte gerichtet hätte. Später wurde festgestellt, daß der Tod von Karl HAUSHOFER durch Zyankali herbeigeführt worden war.

Im elterlichen Haus fand Heinz zudem zwei Abschiedsbriefe, aus denen hervorzugehen schien, daß die Eltern Selbstmord begangen hatten. Eine ungelenke Lageskizze sollte wohl beim Auffinden der Leichen behilflich sein. Da Heinz HAUSHOFER der erst vor wenigen Jahren freigegebene Inhalt der Geheimdienstkorrespondenz KIRKPATRICKS nicht bekannt war, mußte man innerhalb der Familie von einem Selbstmord ausgehen.

Obwohl ALLEN in seinem Buch *Churchills Friedensfalle* quellengestützt nachwei-

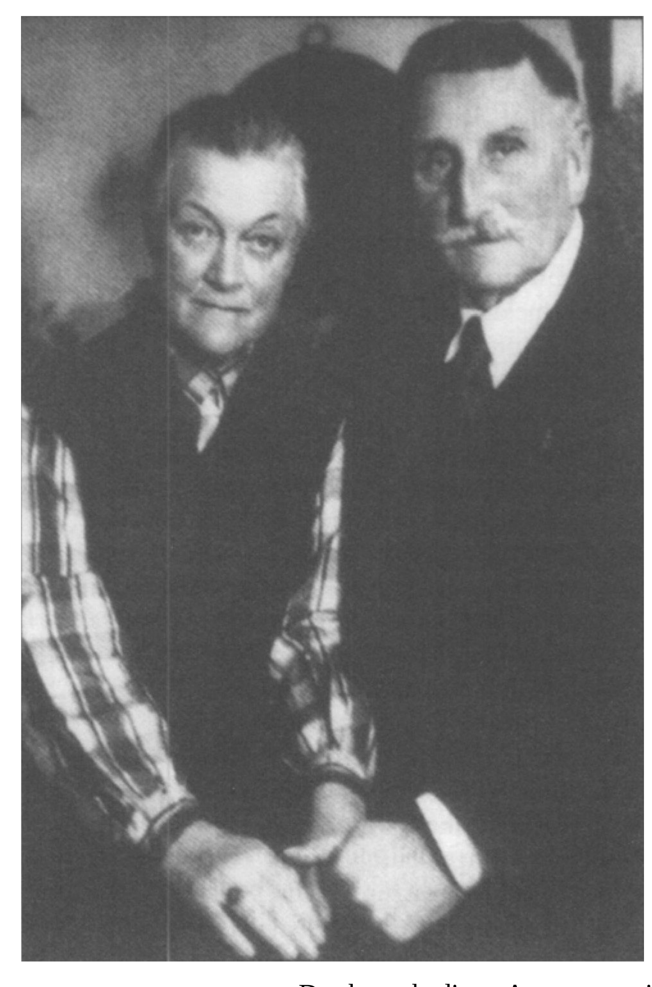
: H.M., »Rückkehr der >Geopolitik<. Vor 80 Jahren erschien erstmals Karl Haushofers >Geopolitik<« in: ***Deutsche Geschichte, Europa und die Welt,*** 15. Jg., Nr. 69, Februar 2004, S. 57 f.

[3] SCHEIL, aaO, (Anm. 1), S. 15.

[4] Memorandum an Ivone KIRKPATRICK vom 12. 3. 1946, FO 371/60508, National Archive Kew, London. Abgedruckt in: Martin ALLEN, ***Churchills Friedensfalle. Das Geheimnis des Heß-Fluges 1941,*** Druffel, Stegen 2003, S. 21. Als Dokument abgedruckt im Bonusteil und Hauptfilm von Olaf ROSE und Michael VOGT, ***Geheimakte Heß. Geschichte und Hintergründe der gescheiterten deutsch-englischen Friedensverhandlungen,*** 2004.

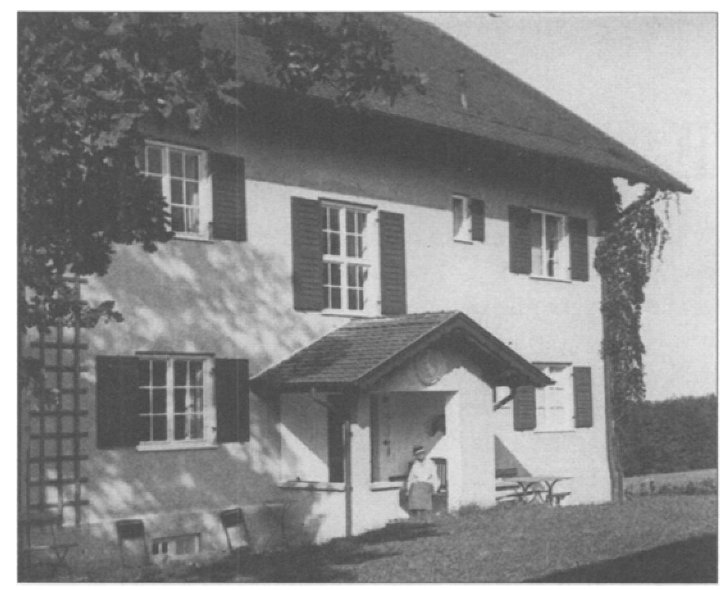
sen konnte, daß der britische Geheimdienst »das Problem HAUSHOFER« mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit durch Mord »aus dem Weg geräumt hatte«, beharrte man in der deutschen Forschung auf der Selbstmordversion. Auch die Tatsache, daß der aufgefundene Abschiedsbrief von Karl HAUSHOFER mehrere Eigentümlichkeiten aufwies, darunter ein fehlendes Datum, die Verwendung von mindestens drei verschiedenen Federn und mehrerer Tintensorten, änderte daran nichts. Der Verfasser erhielt ein Schreiben des Berliner Professors Dr. Ernst HAIGER, Autor einer Arbeit über HAUSHOFER, in dem jener nachdrücklich am Selbstmord HAUSHOFERS festhielt, da sich dieser seit dem 12. Mai 1941, insbesondere aber seit der Gewißheit des Ablebens seines Sohnes und wissenschaftlichen Nachfolgers Albrecht, mit Selbstmordgedanken getragen habe. Unerklärlich bleibt bei dieser These, warum HAUSHOFER sich ausgerechnet an dem Tag entleibt haben soll, an dem er von den beiden britischen Geheimdienstlern aufgesucht wurde, hatte er doch für einen Selbstmord inzwischen fünf Jahre und nach dem Ableben seines Sohnes fast ein ganzes Jahr Zeit gehabt. Ein weiteres Argument spricht gegen einen Selbstmord zu diesem Zeitpunkt: Selbst wenn FIAUSHOFER suizidale Absichten gehegt hätte oder vielleicht sogar gerade weil er sich mit diesen trug, hätte der von zwei Kriegen und den Schicksalsschlägen des Lebens geprägte Mann sicherlich noch einige Tage mit dem Selbstmord gewartet, um seinem Freund HESS, dem in Nürnberg die Todesstrafe drohte, als Entlastungszeuge mit seinem Wissen um die wahren Hintergründe und Motive des Englandfluges beizustehen.

Karl HAUSHOFER und seine Frau Martha, geb. MAYER-DOSS.



Doch auch diese Argumentation drang nicht durch. Als es im größten Skandal der britischen Archivgeschichte 2005 zunächst so ausgesehen hatte, als hätte Martin ALLEN für sein Buch *Das Himmler-Komplott* zentrale Akten bezüglich der Ermordung Heinrich HIMMLERS durch den britischen Geheimdienst gefälscht, meldete sich auch Professor HAIGER wieder zu Won. Bereits am 22. Oktober 2004 hatte er an das damalige Public Record Office, das inzwischen in Nationalarchiv umgenannte britische Staatsarchiv, in London

[5] Martin ALLEN, ***Das Himmler-Komplott 1943—45,*** Druffel, Stegen 2005.



Der Hartschimmelhof, HAUSHOFERS Wohnhaus in der Nähe des Ammersees. In etwa einem Kilometer Entfernung vom Wohnhaus fand Heinz HAUSHOFER am 12. März 1946 die Leichen seiner Eltern.

geschrieben und dieses dringend ersucht, die Dokumente, die die Ermordung HAUSHOFERS nahelegten, auf ihre Echtheit zu untersuchen. Keine vierzehn Tage später erhielt er die kühl-reservierte Antwort des Staatsarchivs, nach der alle dort lagernden und in diesem Fall korrekt zitierten Dokumente zweifelsfrei echt seien. Im Juli 2005, nachdem zumindest vier Dokumente der HIMMLER-Ermordung nach vorheriger Ausleihe sich als gefälscht erwiesen hatten, drängte der Berliner Gelehrte die Archivverantwortlichen erneut, die in Frage stehenden HAUSHOFER-Dokumente einer Überprüfung zu unterziehen.[6] Um die wenigen HTMMLER-Dokumente als Fälschung zu entlarven, benötigte eine forensische Graphologin lediglich einige Tage. Die mit der Überprüfung der HAUSHOFER-Akten betrauten Abteilungen von Scotland Yard arbeiten inzwischen seit mehr als einem halben Jahr an der Prüfung der wenigen Blätter, die die Ermordung HAUSHOFERS anzeigen. Es könnte sein, daß man sich dort inzwischen bewußt ist, daß diese Dokumente im Jahre 2004 mit einer hochauflösenden digitalen Fernsehkamera mit Time-Code so präzise aufgenommen worden sind, daß jeder Stockflecken, die Fasern des Papiers, geprägte Briefköpfe, Schreibmaschinenband und Tintenverlauf genau zu erkennen sind und zu vergrößern wären. Diese Aufnahmen wurden viermal im Fernsehen gesendet und sind auf der DVD ***Geheimakte*** Heß erhältlich. Die Originalbänder liegen bei einem Notar. Sollten auch in diesem Fall die Untersuchungen der Briten ergeben, daß es sich bei den wenigen Schriftstücken wieder um »Fälschungen« oder »Kopien« handelt, würde ein Vergleich mit den Fernsehaufnahmen ergeben, daß diese Fälschungen erst nach dem Jahre 2004 dem Archiv untergeschoben worden sind. Vielleicht läßt man sich deswegen so viel Zeit bei der Abfassung des Abschlußberichts. Olaf Rose

[6] Kate CONOLLY u. Ben FENTON, »Archiveswere alerted ab out fake Nazi files«‹«, in: ***Daily Telegraph,*** 12, 7. 2005. Zum Verhalten des National Archive siehe auch: Olaf ROSE, »Sie dürfen unter keinen Umständen herausfinden, daß wir den »kleinen H< ausradiert haben.,. Der Skandal des britischen National archivs und des ***Daily Telegraph*** um das neue Himmler-Buch von Martin Allen«, in: ***Deutsche Geschichte. Huropa und die Welt,*** 17. Jg., Nr. 1,2006, S. 23 ff.

Flugkapitän Hanna Reitsch



Flug-Kapitän Hanna REITSCH (1912-1979).

Hanna REITSCH verfaßte:

Fliegen mein Leben. Erinnerungen, Herbig, München 1951, 89 Tsd. 1986; Heyne-Taschenbuch Nr. 5839; Ullstein-Buch Nr. 34537.

Das Unzerstörbare in meinem Leben, Herbig, München 1979, [1]"1984; Heyne-Taschenbuch Nr. 5628.

Höhen und Tiefen, Herbig, München 1978.

Ichflog in Afrika für Nkrumahs Ghana, Herbig, München 1979.

Ein besonders eindrucksvolles Beispiel für die hinterhältigen Verhörmethoden des US-Militärs gegenüber angesehenen deutschen Gefangenen bildet die Behandlung der herausragenden Flugpionierin Hanna REITSCH. Wie viele andere mußte die untadelige Frau schlimmste Demütigung und große Not erleben.

Eine Biographie der am 29. März 1912 in Hirschberg/Schlesien geborenen Hanna REITSCH ist nicht in wenigen Seiten wiederzugeben. Doch kann man die Vielfalt ihres Lebens in drei Sinngebungen umreißen: Das ist die Liebe zur Familie, zur Heimat und zur Fliegerei. Berühmt, sogar bis in die Lexika, wurde sie als Fliegerin.

Hanna REITSCH lernte das Fliegen auf der heimatlichen Segelflugschule Grunau in Niederschlesien. 1932 errang sie mit 20 Jahren als erste Frau einen Segelflug-Weltrekord. Neben ihrem Medizinstudium war sie aber stets - mit ihren eigenen Worten - ein >Vogelmensch<, als der sie unter anderem Südamerika, Finnland und Libyen besuchte und weitere Rekorde errang. »Jeder Versuchsflug diente dem Leben anderer und dem Ansehen Deutschlands«, sagte sie. So blieb es nicht aus, daß sie auch Pilotin für Motorflugzeuge wurde und 1937 als erste Frau das Patent zum >Flugkapitän< erhielt.

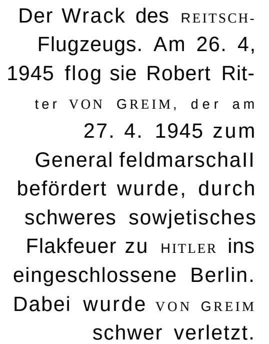
Während des Krieges führte sie in verstärktem Maße Testflüge durch, vor allem mit dem Raketenflugzeug >Me 163 B< und in Peenemünde mit der bemannten >V 1<. Auch an der Ostfront war sie im Einsatz und flog im April 1945 Feldmarschall Ritter VON GREIM mit einem Fieseier Storch ins belagerte Berlin zu HITLER. Als einzige Frau erhielt sie das EK I. sowie das Militärflieger-Abzeichen in Gold mit Brillanten. Am Tage der Kapitulation geriet sie wie andere Soldaten in amerikanische Gefangenschaft und durchlebte seelisch und körperlich schwerste Zeiten. Von der Art und Weise amerikanischer Vernehmungsmethoden wird nachstehend ein Kapitel gebracht, das Hanna REITSCH mit US-Captain COHN durchzustehen hatte:

»Ich hätte nichts zu enthüllen, sagte ich klar, und hätte nichts gegen mein Land und seine Regierung auszusagen, da brauche er sich gar keine Hoffnungen zu machen. Ich sah, daß ihm vor Wut das Blut in den Kopf stieg, und hatte das Gefühl, dem unangenehmsten Menschen gegenüberzusitzen, dem ich bisher begegnet war. Meine Worte und mein Gesichtsausdruck mußten ihm meine grenzenlose Verachtung verraten haben,., Jetzt ereiferte er sich und sagte aufgeregt und laut, ich solle nicht so dumm sein, so kurzsichtig und töricht, um aus einem falschen Treuekomplex heraus die dargebotene Chance abzuschlagen. Er ließ mich zu keinem einzigen weiteren Wort mehr kommen, sondern sagte mit schneidender Härte: »Ich warne Sie vor dieser Dummheit. Denken Sie an Ihr ganzes weiteres Leben!« Hanna REITSCH läßt sich

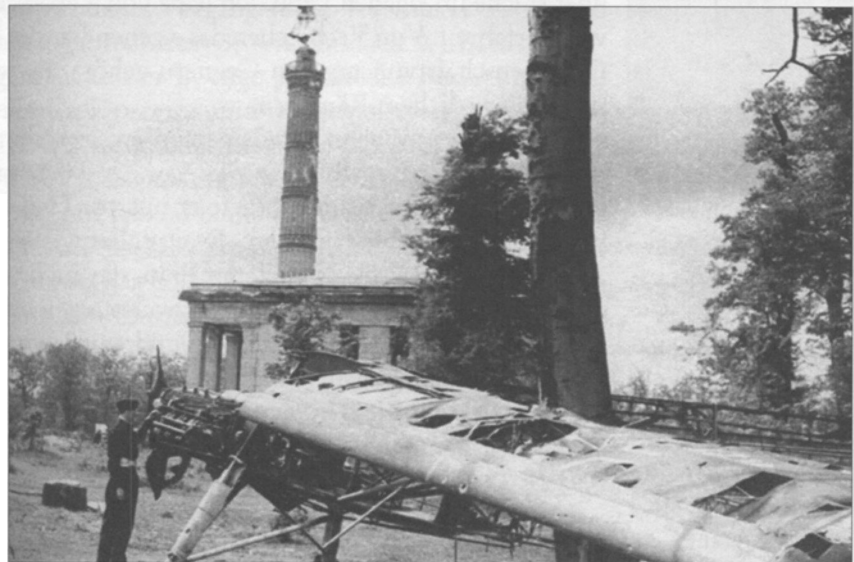
Hanna REITSCH, die bereits 1934 sämtliche Frauenrekorde im Segelfliegen hielt und 1937 mit dem völlig neu konstruierten Hubschrauber >Focke FW61 < in einer Höhe von 2439 Metern flog, wurde 1941 von HITLER und GÖRINC in der Neuen Reichskanzlei empfangen.







Der Wrack des REITSCH-Flugzeugs. Am 26. 4, 1945 flog sie Robert Ritter VON GREIM, der am 27. 4. 1945 zum General feldmarschall befördert wurde, durch schweres sowjetisches Flakfeuer zu HITLER ins eingeschlossene Berlin. Dabei wurde VON GREIM schwer verletzt.



weder mit Schokolade >umstimmen-, noch ist sie bereit, die >Geschenke< des Besatzer-Offiziers anzunehmen, als da waren: Schuhe, Strümpfe, Parfüm, Puder, Lippenstift u. a. Auch lehnt sie es, das üble Theater längst durchschauend, ab, sich von einer Friseurin die Haare herrichten zu lassen.

Zwangsläufig ungepflegt, >mit Wollsocken, kaputten Schuhen, strähnig glatten Haaren< und nach einem >Wutanfall< COHNS, tritt die Fliegerin schließlich vor die Presse: »Hinter einem Pult stand Captain COHN und forderte mich auf englisch auf, vor ihn hinzutreten. Ich war ganz ruhig, schaute aber gelassen zum Fenster hinaus, während er die mir vom Vortage bereits bekannten Schmei-



Melitta Gräfin Schenk VON STAUFENBERG (1903-1945). Sie wurde am 8. April 1945 bei Straßkirchen von einem US-Jagdflugzeug abgeschossen.

cheleien über mich vor den anderen wiederholte. Dann bat er mich, ganz offen die Fragen, die mir gestellt wurden, zu beantworten. Erste Frage: Wie ich diesen Verbrecher Adolf HITLER beurteilen würde. Meine Antwort: Wenn Sie unser Staatsoberhaupt als Verbrecher bezeichnen, wunderte ich mich, daß Ihre Staatsoberhäupter mit ihm Verträge abgeschlossen und sich mit ihm zusammengesetzt haben, Sie sollten diese Frage besser an jene richten...

Zweite Frage: Ob ich nicht mit meinem Einsatz für Adolf HITLER gegen mein Gewissen gehandelt hätte, nur gezwungenerweise? Meine Antwort: Nein, vollkommen freiwillig. Im übrigen habe ich für mein Land genauso selbstverständlich gekämpft wie Sie für das Ihre. Vor dieselbe Situation gestellt, würde ich ganz genauso wieder handeln, wie ich es tat und wie es in jedem Land der Welt als ehrenhaft gelten würde. Dritte Frage: Was sagen Sie zu den Verbrechen, die Adolf HITLER begangen hat? Antwort: Ich weiß von einem ungeheuer tragischen Krieg, der auf allen Seiten viele Opfer forderte. Wer und was diesen Krieg verursacht hat, kann ich noch nicht beurteilen. Von Verbrechen aber hört man immer eher über jene anderer Länder als über solche im eigenen Land. Ich habe von Verbrechen in anderen Ländern vieles erfahren. Von Verbrechen des eigenen Landes habe ich erst seit meiner Gefangenschaft von unseren Gegnern gehört. Es war im Raum auffallend still, außer etlichem Räuspern.

Captain COHN, sehr nervös geworden, legte eine Pause ein, in der ich rasch wieder hinausgeführt wurde. Vor der Tür, vor der mich zwei Wachtposten in Empfang nahmen, sagte er mit vor Haß funkelnden Augen: >Das werden Sie Ihr Lebtag bereuen.« Es war alles wie ein böser Spuk.<«

Aus dem Leben dieser tapferen Frau, die auch nach der Kriegsgefangenschaft viele Rekorde errang und Auszeichnungen erhielt, gibt es noch viel zu berichten. Sie flog in allen Erdteilen und wurde von Persönlichkeiten höchsten Ranges empfangen und geehrt, so von Präsident KENNEDY, Wernher VON BRAUN und Nato-General STEINHOFF. Nach einem ungewöhnlich reichen, aber auch schweren Leben starb Flugkapitän Hanna REITSCH am 24. August 1979 in Hamburg. Ihre Persönlichkeit war und bleibt Vorbild.

Neben Hanna REITSCH und Elly BEINHORN verdient eine weitere Fliegerin, genannt zu werden. Frau Melitta Gräfin Schenk VON STAUFENBERG, geb. SCHILLER, wurde 1937 als zweite Frau in Deutschland zum Flugkapitän ernannt, flog vor allem den Sturzkampfbomber Ju 87 (Stuka) und die Ju 88 bei der Luftwaffenerprobungsstelle Rechlin und der Technischen Akademie der Luftwaffe in Berlin-Gatow und wurde mit über 2500 Sturzflügen nur von Hans-Ulrich RUDEL übertroffen. 1943 erhielt sie als vierte Frau das EK II.

Sie war Diplom-Ingenieur, reichte im Krieg noch eine Dissertation ein, entwickelte unter anderem Flugvisiere, wurde am 8. April 1945 von einem US-Jäger abgeschossen und verstarb wenige Stunden nach dem schwerverletzt überstandenen Absturz.

Literatur: »Hanna Reitsch, des Ikarus deutsche Schwester«, Dokumentation von Robert H. DRECHSEL, in: ***Deutsche Dokumente,*** 1/1980.

Gerhard BRACKE, ***Melitta Gräfin Stauffenberg. Das lieben einer Testpilotin,*** Langen-Müller, München 1990; Nachruf in: Gert SUDHOLT (Hg.), ***Deutsche Annalen 1980,*** Druffel, Leoni 1980, S. 256 ff.

Hat Rost van Tonningen Selbstmord begangen?

Nach 1945 mußten viele Ausländer, die in ihrer Heimat mit der deutschen Besatzungsmacht zusammengearbeitet hatten, dafür bitter büßen. Besonders schwer traf es solche Persönlichkeiten, die schon vor dem Krieg die NS-Weltanschauung vertreten hatten. In Holland gehörte dazu Meinoud Marinus ROST VAN TONNINGEN, über dessen Tod falsche Berichte vorherrschen, die es richtigzustellen gilt.

Dr. Meinoud Marinus ROST VAN TONNINGEN, der 1894 in Niederländisch Indien (heute Indonesien) als Sohn eines Kolonialoffiziers geboren wurde, hatte nach dem Studium der Technik an der Universität Leiden noch Staats- und Wirtschaftswissenschaften studiert. Er war dann am Internationalen Gerichtshof in Den Haag tätig und hatte danach lange im Dienste des Völkerbundes gestanden. Nach einer Tätigkeit in einer großen niederländischen Bank war er Anfang der dreißiger Jahre in den Dienst des Völkerbundes zurückgekehrt, um im Auftrag dieses Vorgängers der Vereinten Nationen an der Sanierung der zusammengebrochenen österreichischen Wirtschaft zu arbeiten. Bei dieser Gelegenheit trat er in enge persönliche Beziehungen zu dem österreichischen Diktator DOLLFUSS und versuchte erfolglos, zwischen diesem und Adolf HITLER zu vermitteln. Er schied aus dem Völkerbundsdienst aus und kehrte in die Niederlande zurück. Dort trat er 1936 der Nationalsozialistischen Bewegung in Holland bei und wurde schließlich ihr stellvertretender Führer. Er galt als radikaler Anhänger HITLERS und HIMMLERS und als Konkurrent des Führers der holländischen Nationalsozialisten MUSSERT. Bereits vor dem deutschen Einmarsch in den Niederlanden wurde er von der niederländischen Regierung interniert, obwohl er versucht hatte, durch Intervention bei HITLER eine Invasion der Niederlande zu verhindern. Als die Kämpfe 1940 begannen, wurde er nach Frankreich verschleppt, wo er von den deutschen Truppen unter dem späteren Feldmarschall ROMMEL befreit wurde. In der Zeit der deutschen Besetzung unterstützte er in verschiedenen Funktionen die neue holländische Verwaltung und versuchte, zum Teil im Gegensatz zu den Besatzungsbehörden, die wirtschaftlichen Härten der Besatzung zu mildern. Schließlich Offizier der Waffen-SS-Division >Landstorm Nederland<, wurde er 1945 gefangengenommen. Amtlich wurde mitgeteilt, daß er in der Haft in Scheveningen Selbstmord begangen habe, und so wird es auch in der Regel in der Literatur überliefert, zum Beispiel in dem (sonst sehr guten und objektiven) Buch von Prof. SEIDLER über die Kollaboration.[1]



Meinoud Marinus ROST VAN TONNINCEN (1894-1945).

Die Witwe, Frau Florentine S. ROST VAN TONNINGEN-HEUBEL, die nie

[1] Franz W. SEIDLER, *Die Kollaboration 1939-1945,* München-Berlin 1995, S. 458 ff

vomTod ihres Mannes benachrichtigt wurde, berichtet dagegen, daß ihr Mann ermordet worden sei. Er sei in das Gefängnis von Scheveningen eingeliefert und schweren Mißhandlungen ausgesetzt worden, sie nennt dabei Namen der Folterer. Sie schreibt unter anderem: »Man band ihm einen Strick um den Penis, um ihn damit über den Flur zu schleifen... Vor allem die Nächte waren entsetzlich. Die Bewacher... feierten wahre Bacchanalen (sic!), bei denen mein Mann das >Festobjekt< war. Dabei machten sie furchtbaren Krach,... erzählten mir die Mitgefangenen. . . Nackend mußte mein Mann... das >Wilhelmus-Lied< (die niederländische Nationalhymne, H. W.) singen und Haltung annehmen... Täglich wurden Hakenkreuze auf den Boden gezeichnet, die dann durch die betrunkenen Bewacher voll gespuckt wurden. Mein Mann mußte dann unter heftigen Schlägen... mit seiner Zunge den ganzen Boden im schnellsten Tempo wieder sauber lecken... Das Geschrei in dem Gefängnis, auch von allen Mitgefangenen, die in etwas geringerem Ausmaß dasselbe ertragen mußten, war so furchtbar, daß die Polizei beschloß, dort einzudringen, um besonders meinen Mann herauszuholen. Von diesem Plan scheint etwas bekannt geworden zu sein... Als mein Mann nach einer furchtbaren Nacht wieder aus der Zelle getrieben wurde,... hat ein Bewacher ihn plötzlich angegriffen, ihm mit dem Gewehrkolben den Schädel zerschmettert und ihn danach über ein Geländer... in die Tiefe gestürzt.« Das geschah am 6. Juni 1945. Sie nennt dann noch zwei Zeugen.[2]

Nach Jahren erfuhr die Witwe, daß ihr Mann in einem Massengrab beigesetzt worden sei. Gesuche, den Platz des Massengrabes ihr anzugeben oder eine Überführung zu genehmigen, wurden von Königin, Kabinett und Gerichten abgelehnt und so lange verzögert, bis das Massengrab ausgeräumt war.[3]

In den Krisenzeiten sind solche als Selbstmorde getarnten Morde nicht selten. Frau ROST VAN TONNINGE-HEUBEL bringt viele Einzelheiten, so daß ihr Bericht nicht unwahrscheinlich klingt. Die Ermordung wurde auch durch Johann WILDSCHUT, im Krieg Mitglied der niederländischen Widerstandsbewegung und bis 1945 Insasse des KZ Sachsenhausen, am 3. Oktober 1990 im niederländischen Fernsehen »Nederland 3< bestätigt, ebenso durch die Journalistin Jeannette JOOSTEN in einem Artikel im ***NRC-Handelsblatt*** am 22. September 1990. Frau ROST VAN TONNINGEN-HEUBEL selbst wurde ebenfalls längere Zeit inhaftiert und schwer mißhandelt, lediglich die Intervention eines Geistlichen rettete ihr Leben.

[1] Florentine S. ROST VAN TONNINGEN-HEUBEL, ***Auf der Suche nach meinem Ebering,*** Remer-Heipke, Bad Kissingen, o. J., S. 264 f.

[3] Ebenda, S. 320 f.

Schweden lieferte Deutsche den Sowjets aus

Im Dezember 1945/Januar 1946 lieferte das im Kriege neutral gebliebene Schweden rund 3000 Deutsche, seit Monaten dort internierte Soldaten, vor allem Angehörige der 121. ostpreußischen Infanterie-Division und der Sturmgeschütz-Brigade 190, sowie 167 Balten, die sich auch nach Schweden gerettet hatten, mit brutaler Gewalt an die Sowjets aus.[1] Polizisten nahmen den Internierten vorher mit Gewalt die Ringe ab. Die Schweden hatten vom Lager Rinkaby bis zum Bahnhof einen Laufgang aus Stacheldraht gebaut - wie in einem Zirkus für Raubtiere - und trieben die sich verzweifelt Wehrenden dann auf die russischen Schiffe. Mindestens ein Drittel der so ausgelieferten Deutschen kam anschließend in sowjetischen Lagern um; die ausgelieferten Balten wurden zumeist sofort von den Sowjets liquidiert.

Die schwedische sozialdemokratisch geführte Regierung unter Per Albin HANSSON hatte erstmals am 15. Juni 1945 geheim den Beschluß zu der von Moskau geforderten Auslieferung der über die Ostsee geflüchteten deutschen Soldaten gefaßt. Nach Protesten im Volk hat sie ihn am 14. November 1945 bestätigt, worüber der Schwede ENQUIST in seinem Buch ***Die Ausgeliefererten***[1] schrieb: »Die Frage wurde rasch erledigt, das russische Schiff war ja bereits unterwegs, und nun konnten die teuren und lästigen Lager endlich aufgelöst werden.«

Um die gleiche Zeit verweigerte das kleine und schutzlose Liechtenstein den Sowjets standhaft und erfolgreich die Auslieferung der auf sein Gebiet bei Kriegsende von Österreich übergetretenen Hunderte von Kosaken - und setzte sich damit durch, so daß alle Betroffenen gerettet wurden und später nach Südamerika auswandern konnten.

Am 23. November 1945 befaßte sich dann auch der schwedische Reichstag mit dieser Auslieferung, und der Abgeordnete JANSEN brachte die Empörung vieler Landsleute gegen das geplante Völkerrechtsverbrechen der sozialistischen Regierung mit den Worten zum Ausdruck: »Herr Präsident, ich möchte nun sagen, daß wir bisher in dem Glauben gelebt haben, daß unser Land ein abendländischer Rechtsstaat war mit dem, was dazugehört und was daraus folgt. Sollte aber diese Auslieferung erfolgen, so ist ein Grundpfeiler in dieser Auffassung über unser Land erschüttert worden. Das, was passieren wird, ist etwas, was wir als eine national unverzeihliche Handlung bezeichnen müssen.«[3]

Wegen der nach der ersten Übergabe am 30. November wachsenden Unruhe im Lande stimmte das schwedische Kabinett am 4. Dezember 1945 ein drittes Mal über die Auslieferung der ins Land Geflüchteten ab, die gegen Kriegsende der Hölle im Baltikum und in Ostdeutschland in letzter Stunde auf dem Seeweg über die Ostsee nach Schweden entkommen waren.

Dabei stimmten die drei parteilosen Minister gegen, alle sozialdemokrati-

[1] Per Olof ENQUIST, ***Die Ausgelieferten,*** Hoffmann und Campe, Hamburg; Walter SCHIEI.KE, ***Geschichte der 121. ostpreußischen Infanterie-Division 1940-1945,*** Otto Kieser, Münster; Zenta MAURINA, ***Nord und südliches Gelände,*** Maximilian Dietrich, Memmingen 1962; ***Süddeutsche Zeitung,*** Weihnachtssondernummer 24. 12. 1965.

[2] Per Olof ENQUIST, ebenda, S. 157; Erlebnisbericht von Bernhard WALTER, »Angst auf Schwedisch«, in: ***Deutsche Geschichte,*** Nr. 80, Dez. 2005, S. 54 ff.

[3] Aus dem schwedischen Parlamentsprotokoll zitiert in: ***Deutschland-Magazin,*** Oktober/November 1970, S. 30.

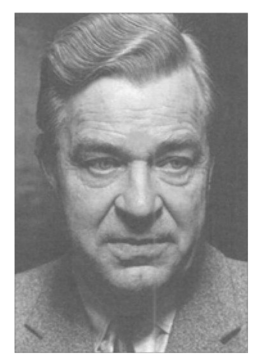
sehen Minister - und damit die Mehrheit - jedoch für die Auslieferung, die dann trotz vieler Proteste seitens des Parlaments, der Armee, der Kirche und der Bevölkerung vollzogen wurde.

Ab 1. Juli 1945 (bis Ende 1947) war der Sozialist Gunnar MYRDAL Handelsminister im schwedischen Kabinett HANSSON, war bei der erwähnten Reichstagssitzung dabei und stimmte im November und Dezember 1945 mit für die Auslieferung der Deutschen und der Balten an die Sowjets. Er gehörte dann auch demselben Kabinett an, das die verbrecherische Auslieferung anschließend durchführte.

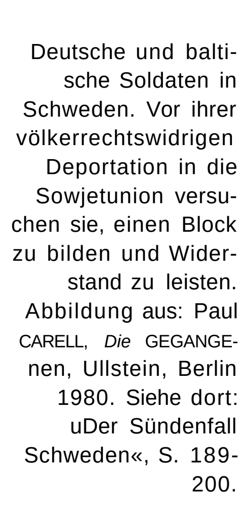
Obwohl dies alles bekannt war und ausdrücklich erneut öffentlich hervorgehoben wurde,[4] versagte es sich der Börsenverein des Deutschen Buchhandels trotz vieler Proteste seitens des Heimkehrerverbandes und vieler Einzelner nicht, ausgerechnet diesem Gunnar MYRDAL 1970 den Friedenspreis des deutschen Buchhandels zuzuerkennen, und Bundespräsident Gustav HEINEMANN, vorher in aller Deutlichkeit auf die geschilderten Ungeheuerlichkeiten hingewiesen, fand es nicht unter seiner Würde, bei der Verleihung an diesen Mann dabei zu sein, ebensowenig der damalige Bundesinnenminister Hans-Dietrich GENSCHER. Börsenverein wie Präsidialkanzlei stritten wider besseres Wissen die oben beschriebene Tatsache der Mittäterschaft MYRDALS an dem Verbrechen einfach ab.

Als dann bei der Feierstunde am Sonntag, dem 27. September 1970, in der Frankfurter Paulskirche bei MYRDALS salbungsvoller und von Moral triefen-

[4] *Deutschland-Magazin*, September 1970, Oktober-November 1970.



Der Wirtschaftswissenschaftler Gunnar Myrdal (1898-1987). Er erhielt zusammen mit seiner Frau Alva 1970 den Friedenspreis des Börsenvereins des deutschen Buchhandels,





Deutsche und baltische Soldaten in Schweden. Vor ihrer völkerrechtswidrigen Deportation in die Sowjetunion versuchen sie, einen Block zu bilden und Widerstand zu leisten. Abbildung aus: Paul CARELL, *Die* GEGANGENEN, Ullstein, Berlin 1980. Siehe dort: »Der Sündenfall Schweden«, S. 189-200.



Die schwedische Polizei treibt die internierten Soldaten auf das Deportationsschiff. Mehrere Gefangene flüchten sich in den Selbstmord oder verstümmeln sich. Abbildung aus: Paul CAREU, *Die Gefangenen,* Ullstein, Berlin 1980.

der Rede ein junger Deutscher aus Hamburg aufstand und den Gefeierten laut nach der Auslieferung der 3000 deutschen Soldaten fragte, verlor MYRDAL sichtlich die Nerven und schrie - nun gar nicht mehr friedfertig der Zwischenrufer sei »dumm und unwissend«.[5] Dieser wurde dann schnell mit Gewalt aus dem Saal entfernt, worüber die sonst bei solch einem Vorfall sehr aufgebrachten Journalisten sich gar nicht aufregten. Bezeichnenderweise spielten die westdeutschen Massenmedien - bis auf die *Frankfurter Rundschau*[6] - diesen Vorfall und die berechtigten Vorwürfe gegen MYRDAL herunter oder verschwiegen sie ganz, wie auch den vor der Paulskirche anläßlich der Feierstunde verteilten Sonderdruck des *Deutschland-Magazins.*

In den schwedischen Medien wurde dieser Fall anschließend jedoch behandelt, und ausgerechnet dort gab MYRDAL seine Beteiligung am Auslieferungsbeschluß unumwunden zu, strafte damit also den Börsenverein und den Bundespräsidenten Lügen.[7]

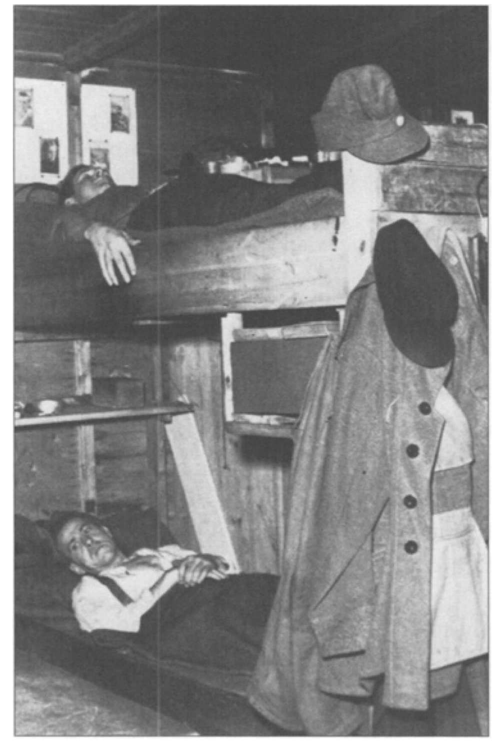
So schrieb *Expressen* (1. 10. 1970) von einem Auftritt MYRDALS im Fernsehen: »Gunnar MYRDAL war zum Beispiel überzeugt, daß er richtig handelte, als er für die Auslieferung stimmte. Der Sturm im Volk war nicht intellektuell (!) begründet, sagte er, und erzählte, daß damals der traditionelle Russenhaß im Hintergrund stand.« Das *Sydsvenska Dagbladet* (1. 10. 1970) berichtete unter der Schlagzeile »Gunnar MYRDAL: es war richtig« über denselben Fernsehauftritt und schrieb: »Es war richtig, die Balten auszuliefern. Heute würde ich genauso handeln, unterstrich Gunnar MYRDAL, Handelsminister 1945 bis 1946 und folglich mitverantwortlich für den Beschluß, der einen großen Sturm in der Öffentlichkeit hervorrief.« Und die Stockholmer Illustrierte *SE*

[5] ***Deutschland-Magazin,*** Oktober-November 1970, S. 29.

[6] ***Frankfurter Rundschau,*** 28. 9. 1970.

[7] ***Deutschland-Magazin,*** Dezember 1970, S. 12.

(8. 10. 1970) übte sogar in einem ausführlichen Leitartikel ihres Redakteurs Rune MOBERG unter der Überschrift »Ein Schandfleck, Herr MYRDAL!« deutlich Kritik an dem Friedenspreisträger. Zusammenfassend hieß es dort: »Wir Schweden müssen endlich erkennen, daß die Balten-Auslieferung ein Schandfleck ist. Es finden sich nun Fleckmittel, die den Fleck noch größer, fetter und häßlicher machen. Die Selbstgefälligkeit von MYRDAL ist solch ein Mittel.«



Vor der Deportation waren die Soldaten im Lager Ranneslätt in einen Hungerstreik getreten - ohne Erfolg.

Nur führende Deutsche empfanden es nicht als Schande und Würdelosigkeit, solch einen Mann auch noch zu ehren. Nichts hinderte später Linke daran, MYRDALS Friedenspropaganda zugunsten der Sowjetunion zu folgen und seine >Friedensordnung< zu unterstützen. Neben der Verleihung des Aachener Karls-Preises an CHURCHILL 1955 war MYRDALS Ehrung der Gipfel von Ehrvergessenheit und Würdelosigkeit nach 1945.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch der Inhalt eines geheimen Telegramms, das der deutsche Gesandte in Stockholm am 28. Oktober 1941 an das Auswärtige Amt für den Reichsaußenminister von Stockholm aus sandte:[8] »König von Schweden ließ mich heute zu sich kommen und bat mich, dem Führer in der sowjetrussischen Frage folgendes zu übermitteln:

Schon seit Ausgang des letzten Weltkrieges habe der König eingesehen, welch große Gefahr Bolschewismus nicht nur für den Norden, sondern auch für ganz Europa gewesen sei und immer noch bedeute. Deshalb möchte König ganz offen seinen warmen Dank dafür aussprechen, daß der Führer sich entschlossen habe, diese Pest niederzuschlagen. Zu dem schon erreichten großen Erfolg lasse König dem Führer seine besten Glückwünsche übermitteln.

Gleichzeitig versicherte König, daß der weitaus größte Teil seines Volkes seine Ansicht in dieser Frage teile.

Seine Bestrebungen und seine Arbeit würden immer zum Ziel haben, die noch Zweifelnden zu seiner Ansicht zu bekehren. Auch fügte der König hinzu, daß ihm die Aufrechterhaltung des guten Verhältnisses zwischen Deutschland und Schweden sehr am Herzen liege.

König bat mich um besonders vertrauliche Behandlung vorstehender Mitteilung, um jedes Bekanntwerden in der Öffentlichkeit zu vermeiden.

Zum Schluß der Unterredung gab König Hoffnung Ausdruck, daß seine Regierung die Frage des Verbots Kommunistischer Partei alsbald zu einem günstigen Erfolge bringen werde.«

Derselbe König (GUSTAV ADOLF, König von 1907 bis 1950) setzte sich 1945 nicht gegen die Auslieferung der Deutschen und Balten ein.

[8] Text in: ***Akten zur Deutseben Auswärtigen Politik, 1918-1945,*** Serie D, Band XIII/ 2,15. September bis 11. Dezember 1941, S. 577 f., Dokument Nr. 430.

Britisches Massaker und Auslieferung der Kosaken 1945

Viele deutsche Heerführer und Militärs wurden nach 1945 wegen angeblicher Kriegsverbrechen von den Siegern verurteilt und hingerichtet. Die Verbrechen alliierter Täter durften jedoch nicht angeklagt werden und wurden nicht gesühnt. Eines der großen alliierten Verbrechen gegen die Menschlichkeit war das im Sommer 1945 von britischen Streitkräften verübte Massaker an den Kosaken und die mit Gewalt erzwungene Auslieferung zigtausender von ihnen an die Sowjets, die deren sicheren Tod bedeutete.

In voller Kenntnis der sowjetischen Anschauung, daß russische Kriegsgefangene aus deutschen Lagern und erst recht russische Hilfswillige (Hiwis) bei der Wehrmacht als Kollaborateure und Verräter bei der Rückkehr in die Sowjetunion zu liquidieren seien, hatten CHURCHILL und ROOSEVELT in Jalta' am 11. Februar 1945 STALIN bereitwillig zugesagt, nach Kriegsende alle in ihrem Bereich befindlichen sowjetischen Bürger der Roten Armee auszuliefern. Das umfaßte allerdings nicht die Kosaken und deren deutsches Rahmenpersonal. Schon im Herbst 1944 waren erste Transporte Zehntausender russischer Kriegsgefangener aus England nach Murmansk erfolgt,[2] weitere im März und April 1945 auch nach Odessa, wo es am 18. April 1945 zu Massakern des sowjetischen Geheimdienstes an den Zurückkommenden kam.[1] Die Briten sahen zu.

Am 9. und 10. Mai 1945 ergaben sich die aus Norditalien und Jugoslawien nach Österreich gezogenen Kosaken, insgesamt rund 30 000 Personen, insbe-

[1] Letzte Kriegskonferenz der Großen Drei vom 4. bis 11.2. 1945 auf der Krim.

[2] Nikolai TOLSTOY, *Die Verratenen von Jaita. Englands Schuld vor der Geschichte,* LangenMüller, München 1978, S. 162 ff.

[3] Ebenda, S. 178-183.



Die Entwaffnung des Kosakenkorps der Deutschen Wehrmacht am 27. Mai 1945 nach Kriegsende in Kärnten. Nur ein paar Tage später wurden sie von den Briten an das sowjetische NKWD ausgeliefert.



Die mit brutaler Gewalt durchgeführte Auslieferung der Kosaken durch die Briten hat der russische Maler S. G. KOROLKOFF sehr ausdrucksreich wiedergegeben. Sein Gemälde »Verrat an den Kosaken bei Lienz« entstand 1957.

sondere das 15. Kosaken-Kavallerie-Korps, den Briten und lagerten mit mehreren tausend Kaukasiern im Drautal um Lienz und weiter östlich. Nach erst guter Behandlung wandelte sich entgegen zunächst von **selten** der Engländer erfolgter Versprechungen, daß keine Auslieferung erfolge, allmählich der Ton: Die Kosaken wurden etwa ab 20. Mai als Kriegsgefangene bezeichnet, mußten am 27. Mai ihre Waffen abgeben. Am 23. Mai vereinbarten in Wien Vertreter des britischen Oberkommandos und der Roten Armee die Auslieferung aller Kosaken und ihrer Angehörigen an die Sowjets.[4] Am 28. Mai hatten sich alle Kosaken-Offiziere nach dem britischen Versprechen, daß sie abends wieder bei ihren Truppen sein würden, auf dem Kasernenhof von Peggetz einzufinden.

Die rund 1475 Angetretenen wurden auf 60 britische Lastwagen geladen, zwischen die sich dann später britische Panzer einreihten. Östlich von Oberdrauburg wurde dem kommandierenden General DOMANOW der Kosaken-Division vom britischen Brigadegeneral Geoffrey MUSSON mitgeteilt, »daß ich strikten Befehl erhalten habe, die gesamte Kosaken-Division an die Sowjetbehörden auszuliefern: Es tut mir leid, Ihnen dies sagen zu müssen, doch ich habe kategorischen Befehl erhalten. Guten Tag«.[5]

Zwei Tage vorher hatte MUSSON auf einer Konferenz seiner Bataillonskommandeure in Oberdrauburg diesen den Plan mitgeteilt, die Kosaken zu täuschen, ihre Offiziere von den Truppen zu trennen, die ohne jene führerlos seien und dann einfacher ausgeliefert werden könnten. Dabei sei dann soviel Gewalt wie nötig anzuwenden.[6] Hauptverantwortlich für die Entscheidung zur Auslieferung sollen der britische Brigadegeneral Toby Low und MAO MILLAN, damals Minister für den Mittelmeerraum, gewesen sein. Der englische Feldmarschall ALEXANDER und der amerikanische General EISENHOWER sollen

1 Erich KERN, ***General Pannwitz und seine Kosaken,*** Plesse, Göttingen ^{2}1964, S. 177.

5 TOLSTOY, aaO., S. 237-241.

6 Ebenda, S. 243 ff. Erlebnisberichte zur Auslieferung bei: Friedrich Kübler, ***Kosaken mit uns im Kampf gegen Stalin und den Bolschewismus,*** Kübler, Herrenalb 1990.

am 20./21. Mai vereinbart haben, die Kosaken nicht auszuliefern, sondern sie in den Bereich der 12, amerikanischen Armee zu überfuhren.[7]

Die Kosakenoffiziere wurden bei Judenburg den Sowjets ausgeliefert. Einige begingen vorher Selbstmord. Die Briten hörten in der folgenden Nacht und am nächsten Tag viele Gewehrsalven, mit denen die Sowjets Kosakenoffiziere erschossen. Ein Teil kam in den sowjetischen Gulag, einige überlebten und berichteten später im Westen.

Der deutsche Kosaken-General, Generalleutnant Helmuth VON PANNWITZ (1898-1947), seit Dezember 1942 Träger des Eichenlaubs zum Ritterkreuz, der im Januar 1945 zum »Obersten Feldataman aller Kosakenheere< gewählt worden und Kommandeur des vorher in Jugoslawien eingesetzten 15. Kosaken-Kavallerie-Korps war, ergab sich am 10. Mai bei Völker markt den Briten, Er erhielt vom englischen Stab die Versicherung, daß er mit seinen Kosaken nicht an die Sowjets ausgeliefert werde,[8] Er wurde am 26. Mai mit 144 deutschen Offizieren festgesetzt. Zwei Tage später begann die Auslieferung. Viele von ihnen konnten fliehen, auch VON PANNWITZ wurde von britischen Offizieren die Gelegenheit zur Flucht geboten. Er lehnte jedoch ab, weil er sich von seinen Truppen und deren Schicksal nicht trennen wollte. Er wurde am 28, Mai mit rund 800 Angehörigen des deutschen Rahmenpersonals, von denen 169 die Gefangenschaft überlebten, an die Sowjets in Judenburg übergeben, wo er die Kosakengenerale DOMANOW, KRASNOW und SCHKURO wieder traf. Er wurde mit diesen und anderen Kosaken-Offizieren am 16. Januar 1947 nach langem Aufenthalt in der berüchtigten Ljublanka in Moskau gehenkt.

Ab 30. Mai wurden auch die Mannschaften und die vielen zivilen Angehörigen der Kosaken an die Sowjets ausgeliefert. Die Briten gingen dabei mit brutaler Gewalt gegen die im Lager mit Frauen und Kindern verbliebenen Kosaken vor und machten dabei rücksichtslos auch von der Schußwaffe Gebrauch. Viele Frauen sprangen mit ihren Kindern von einer Brücke in die Drau. Tagelang dauerte die Räumung des Lagers und der Abtransport nach Judenburg mit vielen Todesopfern. Rund 2500 Kosaken liegen in einem Massengrab auf dem Kosakenfriedhof in Lienz-Peggetz in Osttirol.

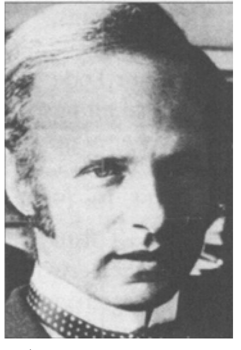
Ähnlich erging es dem russischen General WLASSOW und seiner aus russischen Freiwilligen bestehenden WLASSOW-Armee, die er im Rahmen der deutschen Wehrmacht 1944 aufgestellt hatte. Er hatte sich im Mai 1945 den Amerikanern bei Prag ergeben und wurde von diesen mit seinen Soldaten am 12, Mai den Sowjets ausgeliefert. Er wurde am 2. August 1946 in Moskau öffentlich hingerichtet.

Auch später erfolgten durch die Westalliierten noch Auslieferungen aus den Reihen der mehrere Millionen früherer Sowjetbürger, die sich bei Kriegsende in westlicher Hand befanden. Zu den letzten derartigen Maßnahmen gehörte die Aktion >Eastwind<, mit der Briten und Amerikaner noch am 8. und 9. Mai 1947 Russen von Italien aus an die Sowjets auslieferten.[9]



Helmuth VON PANNWITZ, Andrej WLASSOW und Nikolai TOLSTOY.

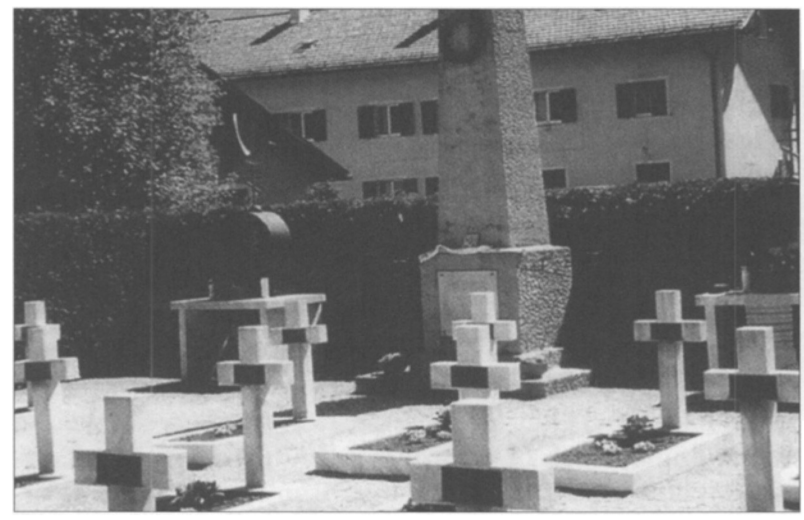




[1] Hermann SCHREIBER, »Erster Kriegsverbrecherprozeß in England«, in: ***Heimkehrer,*** 15. 10. 1988, S. 10.

[8] Ebenda.

* TOLSTOY, aaO. (Anm. 2), S. 680.





Der Kosakenfriedhof in Lienz-Peggetz. Rechts: PANNWITZ-Gedenktafel.

Nach jahrzehntelanger Verdrängung dieses Kriegsverbrechens kamen die schrecklichen Vorgänge 1986/90 wieder an die Öffentlichkeit. Zum einen wurde VON PANNWITZ am 23. April 1986 von der russischen Militärstaatsanwaltschaft auf Antrag seiner Enkelin Vanessa VON BASSEWITZ rehabilitiert.[10] Zum anderen klagte 1988 der inzwischen 75jährige und zum Lord ALDINGTON geadelte sowie als Minister im Kabinett MACMILLAN hervorgetretene Toby Low, 1945 Brigadegeneral im Stab des britischen 5. Armeekorps der 8. Armee unter Feldmarschall ALEXANDER, gegen Nikolai TOLSTOY, einen Nachkommen des bekannten Dichters. TOLSTOY hatte 1986 das Buch ***Der Minister und die Massaker*** veröffentlicht und in einer weiteren Schrift ALDINGTON wegen dessen Beteiligung an der Auslieferung der Kosaken als Kriegsverbrecher bezeichnet. Es gebe »überwältigende Beweise« dafür, daß ALDINGTON bei der gewaltsamen Abschiebung der 70000 Kosaken und Jugoslawen »die Verübung eines schwerwiegenden Knegsverbrechens organisiert hat, wissend, daß die barbarischen und unehrwürdigsten Seiten seiner Handlung durchweg von dem Oberkommando mißbilligt und nicht autorisiert waren und in Kenntnis des grausamen Schicksals, das die Repatriierten erwartete«.[11] Ein Londoner Gericht sprach dem Briten im November 1989 Schadensersatz in Höhe von 1,5 Millionen Pfund zu, wozu TOLSTOY auch noch die Gerichtskosten von einer Million Pfund tragen mußte. TOLSTOYS Beschwerde gegen das Urteil wurde abgelehnt, eine Berufung wurde nicht zugelassen.[12]

Die Verantwortlichen für das grauenhafte Massaker an den Kosaken und für deren Auslieferung in den sicheren Tod wurden also nie zur Rechenschaft gezogen. Kein Beteiligter an dem Mord Tausender wurde je verurteilt. Dem anscheinend Hauptverantwortlichen wurde sogar von britischen Gerichten Schadensersatz gegen einen für die historische Wahrheit eintretenden Schriftsteller zugesprochen.

Rolf Kosiek

[10] Oliver STEIN, »Der schlesische General Helmuth von Pannwitz«, in: ***Alte Kameraden,*** Nr. 1/2, 1997, S. 4f.

[11] Gina THOMAS, »Wer trägt die Schuld am Tode von Kosaken und Jugoslawen?« in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung*** 14. 10. 1989.

[12] G. T., »Tolstoy kann nicht Berufung einlegen«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 23. 7. 1990,

Weiterführende Literatur:

Werner H. KRAUSE, ***Kosaken und Wehrmacht,*** Stocker, Graz 2003.

Kosaken aus den USA Moskau ausgeliefert

Die Tragödie der Kosaken im Mai/Juni 1945 in Kärnten und Osttirol ist in den letzten Jahren verschiedentlich von den Medien behandelt worden, und es gibt Monographien zu diesem Kriegsverbrechen der Briten, für das niemand zur Rechenschaft gezogen wurde.[1] Unter Bruch fester Zusagen wurden rund 30000 Kosaken mit ihren deutschen Offizieren samt vielen Frauen und Kindern von britischen Truppen mit Gewalt den Sowjets, und damit dem sicheren Tod, ausgeliefert. Um die 3000 starben schon vor der eigentlichen Auslieferung bei dem brutalen Gemetzel der Engländer oder gingen in den Freitod durch Erhängen in den umliegenden Wäldern oder durch Sprung in die Drau. Der Kosakenfriedhof in Lienz-Peggetz enthält einen Teil dieser Opfer.[2] Ein ähnliches Verbrechen beging Schweden durch Auslieferung von rund 3000 dorthin geflüchteter deutscher Soldaten sowie 167 Balten im Dezember 1945/Januar 1946 an die Sowjets.[1] Tausende deutscher Soldaten wurden 1945 von den Amerikanern an der Elbe der Roten Armee ausgeliefert, von denen viele die sowjetischen Lager nicht überlebten. Daß es auch anders ging, bewies das kleine Fürstentum Liechtenstein, das 1945 alle Forderungen der Sowjets nach Auslieferung von etwa 500 in das Land geflüchteter Russen eines Sonderverbandes der Deutschen Wehrmacht unter General SMYSLOWSKI ablehnte und es diesen ermöglichte, später in westliche Länder, vor allem nach Argentinien, auszureisen.[4]

Weithin unbekannt ist jedoch, daß im Sommer 1945 kriegsgefangene Kosaken sogar aus den USA den sowjetischen Truppen ausgeliefert wurden,[5] was auch in diesen Fällen das sichere Todesurteil bedeutete.

Aus einigen im Jahre 1980 vom US-Außen- und Verteidigungsministerium freigegebenen Akten geht das Schicksal von 153 Kriegsgefangenen der WLASSOW-Armee hervor, die bereits in die Vereinigten Staaten transportiert worden

[1] Erich KERN, *General Pannwitz und seine Kosaken*, Schütz, Pr. Oldendorf [3]1971; Nicolai TOLSTOY, *Die Verratenen von Jalta. Englands Schuld vor der Geschichte*, LangenMüller, München [3]1985; H. D. von KALBEN U. C. WAGNER, *Die Geschichte des XV. Kosaken-Kavallerie-Korps*, Beitrag Nr. 326, »Britisches Massaker und Auslieferung der Kosaken 1945«.

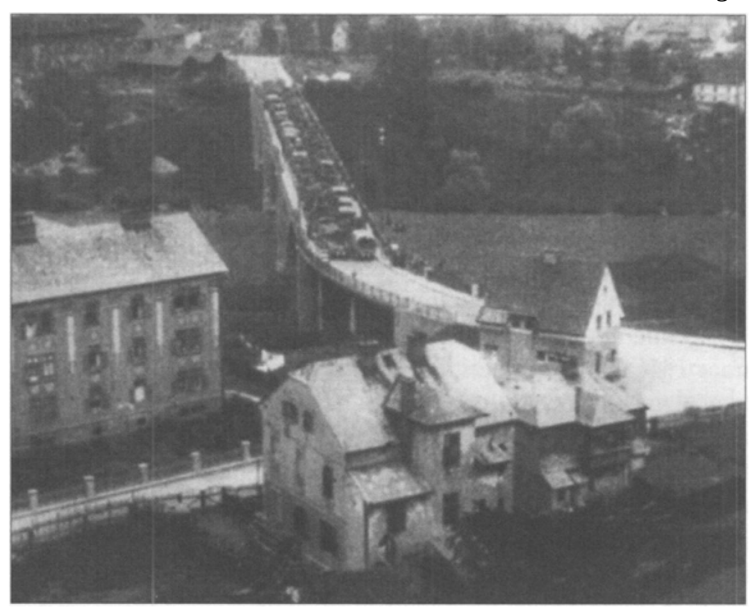
[2] *Nachrichten der Kameradschaft des XV. Kosaken-Kavallerie-Korps*, Nr. 67, August 1991, S. 29; *Freies Forum*, Nr. 1, 1990, S. 11.

[3] Per Olof ENQUIST, *Die Ausgelieferten*, Hoffmann und Campe, Hamburg; siehe auch: Beitrag Nr. 325, »Schweden lieferte Deutsche den Sowjets aus«.

[4] H. VON VOGELGESANG, *Kriegsende in Liechtenstein*, 1985; ders., *Nach Liechtenstein - in die Freiheit*, 1980.

[5] *Bayern-Kurier*, 15. 3. 1980; F. M., »USA - Keine Zuflucht«, in: *Der Heimkehrer*, 15. 4. 1980, S. 3.

waren und sich dort im Gefangenenlager Fort Dix in New Jersey in Sicherheit wähnten, Sie hatten sich nach Kriegsende an Präsident TRUMAN mit der Bitte gewandt, in den USA bleiben zu dürfen, da ihnen in Rußland der sichere Tod drohe. Das Bittgesuch, das von der Presse aufgegriffen wurde, erzeugte große Anteilnahme im Lande, weshalb die Regierung die Erledigung zunächst hinausschob. Man war sich in den zuständigen Ministerien einig, daß bei einer Auslieferung die Gefangenen in der Sowjetunion sofort liquidiert würden. In einer schriftlichen Aufzeichnung des damaligen US-Verteidigungsministers Henry STIMSON heißt es, man sollte wissen, »daß wir für eine Massentötung ***(big killing)*** durch die Russen verantwortlich sind«, wenn eine Abschiebung erfolge. Der damalige US-Botschafter in Moskau, Avereil HARRIMAN, setzte sich für den Verbleib der Russen in den USA ein. Er hatte aus Moskau berichtet, daß durch die Stadt zahlreiche Züge mit Repatriierten führen, die anschließend wegen Desertion im Krieg erschossen würden. Das Außenministerium hatte sich mit dem Hinweis auf die Genfer Konvention, die Exekutionen von Gefangenen verbietet, um die Betroffenen bemüht.



Die US-Army übergab am 29. Mai 1945 gefangene Kosaken an die Rote Armee im österreichischen Judenburg. Aus Angst vor sicheren Repressalien stürzten sich mehrere von der Brücke. Aus: Hubertus KNABE, *Tag der Befreiung!'*, Propyläen, Berlin 2005.

Angesichts der Hinweise auf eine dennoch drohende Auslieferung veranstalteten die **WLASSOW**-Soldaten am 29. Juni 1945 in Fort Dix einen Aufstand in der Absicht, von ihren Bewachern erschossen zu werden. Es wurden aber nur neun Gefangene leicht verwundet. Am folgenden Tag unterschrieb Präsident TRUMAN den Befehl zur Auslieferung der 153 Männer. Sieben konnten dann in den USA bleiben, weil sie keine sowjetischen Staatsbürger waren.

Am 6. September 1945 wurden die Russen gegen ihren Widerstand in den USA eingeschifft und nach ihrer Landung in Europa an die bayerische Grenze bei Hof gebracht. Dort wurden sie Vertretern der Roten Armee übergeben. Drei hatten sich in der Zwischenzeit erhängt, fünfzehn weitere konnten am Selbstmord durch Erhängen gerade noch gehindert werden. Das dürfte ihren Tod jedoch nur um kurze Zeit hinausgeschoben haben. Rolf Kosiek

Weiterführende Literatur:

Joachim HOFFMANN, ***Die Tragödie der »Russischen Befreiungsarmee« 1944/45,*** Herbig, München 2003.

Die >Exodus<-Tragödie

Großbritannien sieht sich gern als Freund und Beschützer der Juden und hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem scharfen Richter über antisemitische deutsche Vorgänge ernannt. Verdrängt werden dabei die oft mit brutalen Methoden durchgeführten britischen Maßnahmen zur Verhinderung jüdischer Einwanderung nach Palästina in den dreißiger und vierziger Jahren. Ein besonderes Kapitel dabei ist die Tragödie um das Auswandererschiff >Exodus- im Jahre 1947.

Die ursprünglich für höchstens 700 Passagiere vorgesehene >Exodus 1947< (früher President Garfield< genannt) war am 13. Juni 1947 im südfranzösischen Hafen Port-de-Bouc bei Marseille eingelaufen und wurde im geheimen dann von jüdischen Kreisen ausgerüstet. Nach Verlegung des Schiffes in den Hafen von Sete waren bis 10. Juli insgesamt 4554 jüdische Auswanderer, die aus Deutschland in ein Lager bei Marseille eingeschleust waren, eingeschifft, darunter 1282 Frauen. Am 12. Juli 1947 stach es in See und nahm bald Fahrt Richtung Palästina auf.

Nachdem britische Kriegseinheiten das Schiff am 13. Juli entdeckt hatten, befahl der sozialistische britische Außenminister BEVIN (1881-1951) des Kabinetts ATTLEE einen Tag später den Einsatz von Marinesoldaten gegen die Einwanderer, der am 17. Juli unter der Bezeichnung >Unternehmen Oase< durchgeführt wurde: Wenige Seemeilen vor Haifa brachten der britische Kreuzer >Ajax< und fünf Zerstörer die >Exodus< auf. Dabei wurde das Schiff mehrmals von Zerstörern gerammt, wobei ihm ein Leck unter Wasser geschlagen wurde. Dann enterten bewaffnete Marinesoldaten Seiner Majestät unter einem Hagel von Kartoffeln und Dosen das Schiff, wobei sie den Widerstand auch mit Gewehrfeuer auf die Besatzung und die Passagiere erwiderten. Zwei Menschen wurden dabei getötet, mehr als 25 verletzt. Als die Briten Herr des Schiffes waren, wurde es nach Haifa geschleppt, wo die jüdischen Passagiere mit Gewalt, statt ins Gelobte Land entlassen zu werden, auf die drei britischen Schiffe >Ocean Vigour<, >Empire Rival< und >Runnymede Park< gebracht wurden. Am 22. Juli waren die Flüchtlinge gegen ihren Willen wieder auf dem Seeweg nach Frankreich.

Am 29. Juli 1947 kamen die drei Transportschiffe erneut vor Port-de-Bouc an, doch alle Passagiere weigerten sich, von Bord zu gehen, auch als französische Beamte ihnen in Frankreich Asyl anboten. Paris weigerte sich allerdings, Londons Forderung zu erfüllen, die Juden mit Gewalt von den Schiffen und an den Strand zu holen. In der Sommerhitze lagen die Schiffe mit den Menschenmassen an Bord, teilweise in Käfigen untergebracht, dann wochenlang auf der Reede, bis nach Hungerstreiks und Zusammenstößen die britische Regierung befahl, daß die Schiffe unter dem Schutz mehrerer

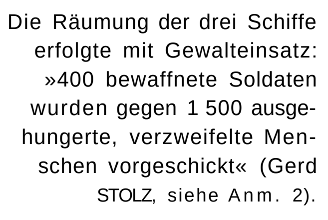


Zerstörer am 22. August 1947 von Südfrankreich aus nach Westdeutschland in See gingen. Am 6. September 1947 langten sie in Cuxhaven an, von wo sie nacheinander in Tagesabständen nach Hamburg geleitet wurden.

Als die »Ocean Vigour< als erstes Schiff am 8. September am Hamburger Kai 29 entladen werden sollte, durften Presseleute keine Aufnahmen machen. Dafür standen 1000 britische Soldaten mit Stahlhelmen und Gummiknüppeln, einige auch mit Gewehren und MGs, bereit. Die ultimative Aufforderung zum Verlassen des Schiffes wurde erst fast eine Stunde lang nicht befolgt. Nach mehreren Stunden wurden die letzten über hundert Personen mit Gewalt von Bord geholt.

Am nächsten Tag wiederholte sich bei der >Empire Rival< die erzwungene, zum Schluß

Die »ExoduS<-Flüchtlinge in Lübeck vor ihrem Abtransport in die Lager Pöppendorf und Am Stau.



Die Räumung der drei Schiffe erfolgte mit Gewalteinsatz: »400 bewaffnete Soldaten wurden gegen 1 500 ausgehungerte, verzweifelte Menschen vorgeschickt« (Gerd STOLZ, siehe Anm. 2).





Jüdische Flüchtlinge im Lager Pöppendorf. Anfang November 1947 wurde dieses geräumt, nachdem mehrere britische Panzerwagen vor das Lager gefahren waren.

gewaltsam durchgesetzte Entladung des Schiffes: »Die Flüchtlinge werden mit Gewehren herausgetrieben, und bei manchen ist eine ganze Reihe von britischen Soldaten nötig, um sie von Bord zu bringen. Schreie ertönen, man sieht an den Köpfen Spuren von Schlägen. Auch Frauen müssen mit Gewalt an Deck gebracht werden,«[1]

Als am 11. September die >Runnymede Park« in Hamburg festmachte, weigerten sich alle Flüchtlinge, von Bord zu gehen. Mit Wasserwerfern und Gummiknüppeln gingen dann Hunderte britischer Soldaten vor, so daß mancher Passagier später bewußtlos fortgetragen werden mußte.[2]

Anwesende, auch ausländische Journalisten erhoben scharfen Protest, amerikanische und andere Pressevertreter nannten in einem Telegramm an den amtierenden US-Präsidenten Harry TRUMAN diese Vorgänge einen »brutalen Akt schrecklicher Grausamkeit«.[3]

Die Tausende jüdischer Flüchtlinge wurden dann mit der Eisenbahn nach Lübeck gebracht, wo sie in Lagern wie »Pöppendorf« und >Am Stau« untergebracht wurden, die kurz vorher von deutschen Flüchtlingen geräumt worden waren. Britisches Militär bewachte die Lager. Im November wurden die Juden in winterfeste Gebäude, in Kasernen bei Wilhelmshaven und Emden, transportiert. Von dort gelangten viele, auch illegal, über liberalere US-Behörden in der amerikanischen Zone Deutschlands sowie über Frankreich im Jahre 1948, vor allem nach Gründung des Staates Israel, ans Ziel ihrer Wünsche im Gelobten Land.[4]

Über das englische Konzentrationslager für Juden auf Mauritius berichtet ein anderer Beitrag.[5]

[1] *Lübecker Nachrichten,* 10. 9. 1947.

[2] Gerd STOLZ, »Britische Sturheit trieb die Deutschland Entronnenen in das Land des Holocaust zurück«, in: *Allgemeine jüdische Wochenzeitung,* Nr. 27, 8. 1". 1993.

[3] Ebenda.

[4] Samuel KATZ, *Tage des Feuers. Das Geheimnis des Irgun,* Athenäum, Königstein 1981, S. 226-236; Günther SCHWARBERG, *Die letzte Fahrt der Exodus: Das Schiff, das nicht ankommen sollte,* Steidl, Göttingen 1988.

[5] Siehe: Beitrag Nr. 388, »Britisches Juden-KZ auf Mauritius 1940-45«.

BBC trieb Kriegspropaganda

Während in England wohl kaum jemand glaubte oder heute noch glaubt, daß die *British Broadcasting Corporation (BBC)* im Zweiten Weltkrieg nur wahrheitsgemäß berichtete und sich jeder Propaganda enthielt, wird in Deutschland, auch von führenden Medien, noch der Glaube hochgehalten, daß es eine unabhängige, nur der Wahrheit verpflichtete BBC-Berichterstattung gegeben habe, die als neutrale historische Quelle angesehen werden konnte. Das unterstrich zum Beispiel der Artikel »Labyrinth mit Erfolgsgeschichten« in der *FAZ,*[1] der vom »legendären Ruf« der *BBC* schwärmt, sie als »Stimme der Vernunft im Propagandagetöse eines GOEBBELS« bezeichnet und sie als »unverzichtbare Informationsquelle« über die damalige Zeit wertet. Eine ausführliche Richtigstellung brachte dazu der Leserbrief von Thilo BODE, München, in der *FAZ*[2] einige Wochen später.

Tatsache ist, daß inzwischen selbst von Engländern einschlägige Bücher über ihre Propaganda im Zweiten Weltkrieg erschienen sind/ Diese beweisen, daß der gesamte britische Informationsfluß für die Öffentlichkeit in Großbritannien und der Welt entscheidend und zensierend gesteuert wurde, wobei - Thilo BODE weist darauf auch hin - die Vorüberlegungen hierzu bereits 1935 begannen.

Von CHURCHILL ist das Wort bekannt: »Die Wahrheit im Krieg ist ein so kostbares Gut, daß sie immer von einer Leibwache von Lügen umgeben sein sollte.«" Nach dieser Devise arbeiteten die Briten nicht nur beim Soldatensender Calais unter Sefton DELMER für deutsche Hörer. Auch der eigene Rundfunk unterstand voll der Regierung und war deren Anweisungen verpflichtet. So hatte das Londoner Ministry of Information »volle Gewalt« nach BALFOUR[5] über die *BBC* und konnte sicher sein, daß »die Schlüsselfiguren« bei diesem Sender »wußten, welches die Ziele der Regierung waren, mit ihnen im Prinzip einig gingen und ihnen daher vertraut werden konnte, daß sie diese Ziele forderten«.[6] Laut Aussagen des Nachrichtendirektors der *BBC,*

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 12. 1992.

[2] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 7. 1, 1993.

[3] Siehe: Michael BALFOUR, *Propaganda in War 1939A5,* Rout ledge and Kega n P London 1979; Clive **PoNTiNG,** *1940 -Myth and Reality,* Ellic HOWE, *Die Schwarbe Propaganda,* Beck, München 1989; Sefton DELMER, *Die Deutschen und ich,* Nannen, Hamburg 1962; ders., *Trail Sinister,* Secker and Warburg, London 1961; ders., *Black Boomerang,* Secker and Warburg, London 1962.

[4] BALFOUR, ebenda, S. 429.

[5] Zitiert von Thilo BODE, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 7. 1. 1993.

[6] BALFOUR, aaO. (Anm, 3), S. 80.

S. W. SMITHERS,[7] war das Material für die *BBC* »vorzensierte Information«. Der *BBC,* die formal unabhängig blieb, wurden zwei »advisers« (Berater) zugeordnet, denen die »supreme direction« (oberste Leitung) über die Nachrichtensendungen übertragen war. Daneben gab es einen besonderen »Director of Propaganda« beim Sender. »Vom September 1939 an war die *BBC* Teil des Systems der Regierung, die Nachrichtengebung zu managen.«[3] Diese Steuerung umfaßte alle Bereiche der aktuellen Nachrichten, nicht nur zu eigenen Verlusten, sondern auch im Zusammenhang mit bewußten Falschmeldungen wie zu Katyn, Pearl Harbor, zum 20. Juli 1944. Ausdrücklich wird von den Briten bestätigt, daß manches »in bewußter Nachahmung von GOEBBELS« und seinen erfolgreichen Methoden geschah.[9] Um so unverständlicher ist es - und es kann wohl nur mit der deutschen Sucht nach weiterer Vergangenheitsbewältigung und dem Kriechen vor den früheren Siegermächten erklärt werden wenn immer noch versucht wird, in Deutschland die *BBC* von jeder Propagandatätigkeit reinzuwaschen. »Der größte Erfolg der britischen Kriegspropaganda im Zweiten Weltkrieg ist ganz offenbar die von wenigen irdischen oder überirdischen Glaubenssätzen übertroffene Langlebigkeit des Mythos einer blütenweißen *BBC,* deren Sendungen im Krieg allein der Verbreitung der lauteren Wahrheit gedient hätten«, urteilt Thilo BODE,[2] und er bemerkt zu Recht abschließend in seinem Leserbrief: »Es bleibt schwer begreiflich, warum unkritische Bewunderer so treu an einem Trugbild festhalten, das ihre einstigen Verfertiger selbst langst aufgegeben haben.«

In ihrem Sinn für das Praktische hatten die Briten durchaus erkannt: »Das Mikrophon ist in Kriegszeiten nicht der Platz für Leute, die gegen den Krieg sind.«[10]

»Viele haben es ausgesprochen und geschrieben, daß CHAMBERLAINS erster Grund, nach München zu gehen, gewesen ist, für einen unvermeidlichen Krieg Zeit zu gewinnen! Er wäre in der Tat ein ungeeigneter Premier gewesen, wenn er das nicht im Sinn gehabt hätte.«

Keith FELLING, *The Life of Nevilk Chamberimn,* London 1946, S. 359.

[7] Zitien von Thilo BODF,, aaO. (Anm. 5).

' PONTING, aaO. (Anm. 3), S. 154 u. 156,

[9] Zitiert von Thilo BODE, aaO. (Anm. 5).

[10] BALFOUR, aaO. (Anm. 3), S. 87.

Britischer Aufruf zur Greuelpropaganda

Ein wichtiger Teil der alliierten Akten aus der Kriegszeit wird immer noch geheim gehalten, damit die London, Washington oder Moskau belastenden Dokumente noch nicht der Öffentlichkeit bekannt werden und diese allein von deutscher Schuld unterrichtet bleibt. Das gilt insbesondere für Unterlagen der britischen psychologischen Kriegführung im Zweiten Weltkrieg, deren Hauptaufgabe die Erfindung von Greuelmärchen über die Deutschen war. Nachdem die englische Greuelpropaganda im Ersten Weltkrieg - etwa mit den angeblich von Deutschen abgehackten Händen belgischer Kinder[1] oder der Verseifung deutscher Gefallener[3] - so gut gewirkt hatte, betrieb man sie von London aus im Zweiten Weltkrieg in noch größerem Ausmaß[3] und hörte damit auch bei Kriegsende nicht auf.[4] Unverständlicherweise stellen sich deutsche Politiker und Historiker bis heute freiwillig in den Dienst dieser das friedliche Zusammenleben der Völker vergiftenden Lügenpropaganda und nehmen auch inzwischen erfolgte Richtigstellungen einfach nicht zur Kenntnis.

Ein wichtiges Dokument der diesen Fall betreffenden britischen Kriegspropaganda wurde bereits 1958 veröffentlicht, aber von der offiziellen deutschen Geschichtsschreibung einfach übergangen. Das Londoner Informationsministerium sandte den folgenden Brief mit Datum vom 29. Februar 1944 an höhere Beamte und wichtige Personen der öffentlichen Meinungsbildung:[5]

»Sir, ich bin vom Ministerium angewiesen, Ihnen den folgenden Rundbrief zu übersenden: Es ist oft die Pflicht guter Bürger und frommer Christen, ein Auge zuzumachen gegenüber Besonderheiten jener, die mit uns verbündet sind.
Aber es kommt die Zeit, da solche Besonderheiten, während sie noch in der Öffentlichkeit geleugnet werden, berücksichtigt werden müssen, wenn eine Stellungnahme von uns gefordert wird. Wir kennen die vom bolschewistischen Diktator angewandten Herrschaftsmethoden in Rußland selbst, und zwar durch die Artikel und Reden des Premierministers persönlich im Verlauf der letzten zwanzig Jahre. Wir wissen, wie die Rote Armee sich in Polen

[1] Siehe: Beitrag Nr. 33, »Die abgehackten Kinderhände in Belgien«.

[2] Londoner ***Times,*** 16., 17., 18., 20. u. 21. 4. 1917; Arthur PONSONBY, ***Lügen in Kriegszeiten,*** Georg Stilke, Berlin 1930, S. 112-124.

[3] Elic HOWE, ***Die schwarze Propaganda,*** Beck, München 1983.

[4] Friedrich GR(MM, ***Politische Justiz - die Krankheit unserer Zeit,*** Bonner Universitätsdruckerei Gebr. Scheur, Bonn 1953, S. 146 ff.; Neuauflage: K. W. Schütz, Pr. Oldendorf 1974, S. 146 ff.; s. ders., ***Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Anwalts,*** Druffel, Leoni 1961, S. 246 f.

5 Edward J. ROZEK, ***Allied Wartime Diplomacy. A Pattern in Poland,*** John Wiley and Sons, New York, u. Chapman and Hall, London 1958, S. 209 f.

1920 verhielt und in Finnland, Estland, Litauen, Galizien und Bessarabien erst kürzlich.

Wir müssen sogar in Rechnung stellen, wie die Rote Armee sich sicherlich verhalten wird, wenn sie Zentraleuropa überrennen wird. Wenn nicht Vorsichtsmaßnahmen in Angriff genommen werden, dann werden die augenscheinlich unvermeidlichen Schrecken, die sich ergeben, eine unpassende Belastung auf die öffentliche Meinung in unserem Lande werden. Wir können die Bolschewisten nicht reformieren, um sie - und uns - vor den Konsequenzen ihres Handelns zu retten. Die Enthüllungen des letzten Viertels eines Jahrhunderts geben lediglich nicht überzeugende Leugnungen wieder. Die einzige Alternative zur Leugnung ist, die öffentliche Meinung von dem gesamten Thema abzulenken.

Erfahrung hat gezeigt, daß die beste Ablenkung eine gegen den Feind gerichtete Greuelpropaganda ist. Unglücklicherweise ist die Öffentlichkeit nicht mehr so empfänglich wie in den Tagen der »Leichenfabriken«, »der verstümmelten belgischen Kinder« und »der gekreuzigten Kanadier«. Ihre Zusammenarbeit ist daher ernsthaft erbeten, um die öffentliche Aufmerksamkeit von den Taten der Roten Armee abzulenken, und zwar durch die volle Unterstützung der verschiedenartigsten Anklagen gegen die Deutschen und Japaner, welche bereits vom Ministerium in Umlauf gebracht worden sind und weiter in Umlauf gebracht werden. Ihre zum Ausdruck gebrachte Anschauung in diesen Dingen möge andere überzeugen.

Ich bin Ihr sehr ergebener Diener

gez. H. HEWET, Assistant Secretary

Das Ministerium kann in keinerlei Korrespondenz über diese Mitteilung, welche nur verantwortlichen Persönlichkeiten eröffnet werden sollte, eingehen.«

Dieses Schreiben beweist in aller Deutlichkeit, daß den Briten die Grausamkeit der Sowjets genau bekannt war, wie sie ja mehrfach vor allem von CHURCHILL in der Zwischenkriegszeit angeklagt worden war. Anstatt aber nun als »gute Bürger und fromme Christen« dafür zu sorgen, daß diese Greuel von Mitteleuropa ferngehalten wurden, fielen die Engländer nicht nur dem Verteidiger Mitteleuropas vor den Bolschewisten in die Arme, sondern dichteten diesem eine die Verbrechen der Roten Armee noch übersteigende Menge von Greueln - auch in den KZs - an, um das etwa noch vorhandene Gewissen ihrer eigenen Bürger bei Bekanntwerden der Wahrheit über die sowjetischen Methoden zu beruhigen. Diese teuflische Methode wurde dann in großem Stil durchgeführt - und sie belastet Deutschland bis auf den heutigen Tag. Und Deutsche entblöden sich nicht, sie selbst überall zu wiederholen und andere um Vergebung für Taten zu bitten, die Deutsche gar nicht begangen haben. Es wird Zeit, daß alle Deutschen diese Zusammenhänge erfahren, auch wenn Berliner amtliche Stellen und Hochschulhistoriker das weiterhin gern verschweigen möchten.

Der gefälschte Freisler-Brief

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde eine Anzahl von Dokumenten in Fälscherwerkstätten der Alliierten gefertigt oder verfälscht, um führende deutsche Persönlichkeiten und Deutschland im allgemeinen zu belasten. Dazu gehören auch »Schlüsseldokumente«, so mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit das **HossBACH**-Protokoll, das Wannsee-Protokoll und die angeblichen Niederschriften der Rede HITLERS vom 22. August 1939 vor hohen Militärs.

Eine vergleichsweise unbedeutende, aber dennoch bezeichnende Fälschung stellt der angebliche Brief Roland FREISLERS, des Präsidenten des Volksgerichtshofes, an Reichsleiter BORMANN über Ernst JÜNGER dar.' In dem auf den 1. Dezember 1944 datierten Schreiben teilt FREISLER BORMANN mit, daß ein beim Volksgerichtshof anhängiges Verfahren »in Sachen des Schriftstellers und Hauptmanns i. R. Ernst JÜNGER« auf fernmündlichen Befehl des Führers »niedergeschlagen worden ist« und in der Anlage drei Aktenbände mitgesandt würden, denn »der Führer wünscht sofortige Vorlage«. JÜNGER sei »insbesondere wegen angeblicher defaitistischer Äußerungen während seiner Zeit im Stab des Militärbefehlshabers Frankreich und seiner Schrift ***Die Marmorklippen*** aus dem Jahre 1939 zur Anzeige gebracht worden«.

[1] Frank SCHIRRMACHER, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 23. 10. 1992, Nr. 247.

Die Entdeckungsgeschichte des Briefes ist ebenso kennzeichnend wie verdächtig. 1986 veröffentlichten ihn, anscheinend unabhängig voneinander, der durch Entlarvungsskandale bekannt gewordene Schriftsteller Rolf HOCHHUTH und JÜNGERS Biograph Dr. Horst MÜHLEISEN, dieser im ***Rheinischen Merkur,***[1] jener im ***frankfurter Allgemeine Zeitung-Magazin}*** HOCHHUTH erklärte später, er habe den Brief - offenbar in Kopie - von Ernst JÜNGER selbst erhalten; MÜHLEISEN erhielt eine Kopie von einem Rainer HACKEL, der der fragenden Öffentlichkeit dann in einem Leserbrief an die ***Frankfurter Allgemeine Zettung*** vom 14. März 1986 mitteilte: »Ein Bekannter meines Freundes fand das wichtige Dokument im Bundesarchiv in Koblenz. Es war ein Zufallsfund... Der wirkliche Entdecker des Dokuments ist mir namentlich nicht bekannt. Er ist - ohne eine Anschrift zu hinterlassen - zu einem Studienaufenthalt in die Vereinigten Staaten gereist.«

[3] Horst MÜHLEISEN, »Im Segelboot über das Bermuda-Dreieck«, in: ***Rheinischer Merkur/ Christ und Welt, Tb. 1.*** 1986.

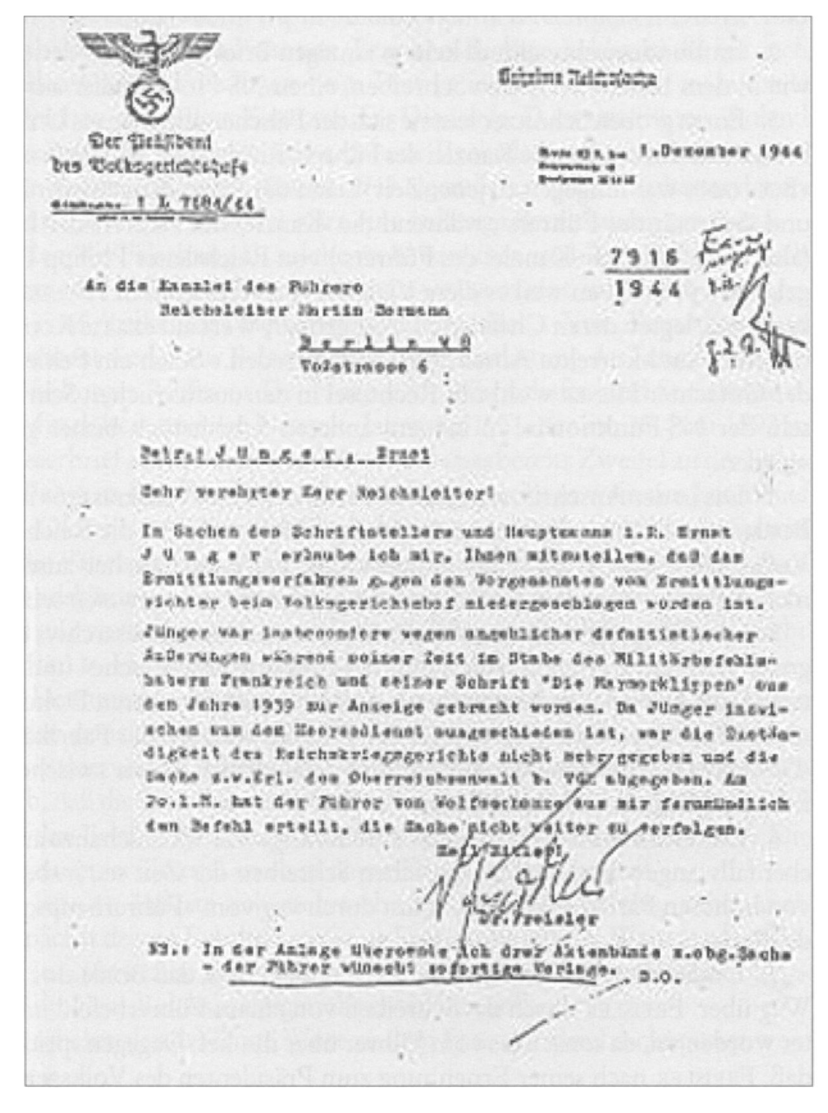
[1] Rolf HOCHHUTH, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung***, 25. 1. 1986.

Das Bundesarchiv hat schon 1986 die »Entdecker« aufgefordert, Näheres zur Fundgeschichte zu erklären, allerdings ohne Erfolg.

Josef FIENKE, ein Mitarbeiter des Bundesarchivs, hat dann 1992 das Schreiben - die angebliche Kopie - und die Umstände der Herkunft sorgfältig untersucht und entdeckte gleich eine ganze Reihe von Merkwürdigkeiten und offensichtlichen Fehlern, die dem Fälscher unterlaufen sind. Ein Original konnte weder im Bundesarchiv, noch in der Staatlichen Archivverwaltung der DDR, noch im Münchener Institut für Zeitgeschichte, noch im Berliner

Document Center aufgespürt werden. Für eine Fälschung sprechen nach dem Gutachten des Bundesarchivs:

1. Das auf dem Dokument angegebene Geschäftszeichen 1 L 7684/44 kann es nicht gegeben haben. Nachweisbar wurden die Nummern der Serie L in zeitlicher Reihenfolge vergeben. »Eine am 25. November 1944 eingegangene Anklage erhielt das Geschäftszeichen 1 L 471/44, eine am 21. November 1944 eingegangene Anklage erhielt das Geschäftszeichen 1 L 463/44… Da die angebliche Anklage gegen Ernst JÜNGER vor dem 1. Dezember 1944 hätte eingehen müssen, ist das Geschäftszeichen 1 L 7864/44 mit Sicherheit unrichtig, auch eine Verdoppelung von Ziffern erscheint unwahrscheinlich.«



Geheime Reichssache

Der Präsident
des Volksgerichtshofs

1 L 7684/44

1. Dezember 1944

7316
1944

An die Kanzlei des Führers
Reichsleiter Martin Bormann
Berlin W 8
Voßstrasse 6

Betr.: J ü n g e r , Ernst

Sehr verehrter Herr Reichsleiter!

In Sachen des Schriftstellers und Hauptmanns a.D. Ernst J ü n g e r erlaube ich mir, Ihnen mitzuteilen, daß das Ermittlungsverfahren gegen den Vorgenannten vom Ermittlungsrichter beim Volksgerichtshof niedergeschlagen worden ist.

Jünger war insbesondere wegen angeblicher defaitistischer Äußerungen während seiner Zeit im Stabe des Militärbefehlshabers Frankreich und seiner Schrift "Die Marmorklippen" aus dem Jahre 1939 zur Anzeige gebracht worden. Da Jünger inzwischen aus dem Heeresdienst ausgeschieden ist, war die Zuständigkeit des Reichskriegsgerichts nicht mehr gegeben und die Sache z.w.Erl. dem Oberreichsanwalt b. VGH abgegeben. Am 30.1.M. hat der Führer von Wolfsschanze aus mir fernmündlich den Befehl erteilt, die Sache nicht weiter zu verfolgen.

Heil Hitler!

Dr. Freisler

NB.: In der Anlage übersende ich drei Aktenbände z.obg.Sache – der Führer wünscht sofortige Vorlage. D.O.

Von links: Roland FREISLER, Ernst JUNGER (im Jahre 1942) und Martin BORMANN,





2. Im Bundesarchiv gibt es keinen einzigen Brief FREISLERS, dessen Kopf, wie in dem hier betrachteten Schreiben, einen NS-Hoheitsadler aufweist.

3. Einen groben Schnitzer leistete sich der Fälscher offenbar aus Unkenntnis bei der Anschrift: »An die Kanzlei des Führers Reichsleiter Martin BORMANN«. »BORMANN war hingegen zu jener Zeit >Leiter der Partei-Kanzlei< der NSDAP und »Sekretär des Führers«, während die »Kanzlei des Führers der NSDAP< (also nicht lediglich »Kanzlei des Führers«) von Reichsleiter Philipp BOUHLER geleitet wurde. Eben weil es diese Vielzahl von Kanzleien in HITLERS Umgebung gab, legten deren Chefs und Leiter großen Wert auf exakte Kompetenztrennung und korrekte Anschriften und Anreden.« Solch ein Fehler, meint der Gutachter HENKE wohl mit Recht, sei in den ausführlichen Schriftwechseln der NS-Funktionäre in keinem anderen Schriftstück bisher gefunden worden.

4. Die in der Anschrift angegebene Hausnummer »Voßstrasse 6« ist falsch. BORMANNS Dienststelle war in der Voßstraße 4, während die Reichskanzlei Voßstraße 6 war - ein feiner Unterschied, der dem Fälscher anscheinend nicht bekannt war, dem Büro FREISLERS sicher vertraut gewesen sein dürfte.

5. »Auffällig« ist nach Ansicht des Gutachtens des Bundesarchivs auch der große Abstand zwischen dem Stempel »Geheime Reichssache« und der Datumszeile. Ein solcher Abstand sei bei anderen vergleichbaren Dokumenten nicht feststellbar. Offenbar wollten die Fälscher »den bei der Fabrikation des »Dokuments« entstandenen überproportional großen Raum zwischen Blattrand und Datumszeile ausfüllen«.

6. Das Gutachten meint, »die Formulierung »von Wolfsschanze aus« ist... ebenfalls ungewöhnlich«. In amtlichen Schreiben der Zeit sei, insbesondere von höheren Parteifunktionären, fast durchweg vom »Führerhauptquartier« die Rede.

7. Undenkbar ist nach Ansicht des Bundesarchivs, daß BORMANN auf dem Weg über FREISLER durch das Schreiben von einem Führerbefehl unterrichtet worden sei, da sonst alles vom Führer über ihn lief. Dagegen spricht auch, daß FREISLER nach seiner Ernennung zum Präsidenten des Volksgerichtsho-

fes im August 1942 »nicht einmal einen Termin für einen Antrittsempfang bei HITLER erhalten« habe.

8. Im höchsten Grade sei es unwahrscheinlich, daß HITLER die drei Aktenbände zum Fall Ernst JÜNGER - wie im Schreiben angegeben - angefordert habe, nachdem er angeblich bereits beschlossen hatte, die Untersuchung nicht weiterzuverfolgen.

In einem Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 28. Oktober 1992 stellte der leitende Ministerialrat a. D. Günter METZ ferner fest, daß die im FREISLER-Brief verwendete Bezeichnung »Hauptmann i. R.« wohl auch für eine Fälschung spreche. Der Zusatz »i. R.« (im Ruhestand) werde meist fälschlich verwendet, »denn die in einem öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis stehenden Personen (Beamten, Richter, Soldaten) dürfen nach bestehenden Gesetzen die ihnen beim Eintritt in den Ruhestand zustehende Amtsbezeichnung mit dem Zusatz >außer Dienst< (a. D.) weiterführen. Roland FREISLER dürfte die schon damals gegebene Rechtslage gekannt haben, ganz abgesehen davon, daß Ernst JÜNGER 1944 eigentlich nicht im Ruhestand war: Hauptmann d. R. (der Reserve) wäre eine zulässige Bezeichnung gewesen.«

Nachdem die Fälschung als solche wohl bewiesen ist, bleibt die Frage nach dem Motiv der Fälscher. Frank SCHIRRMACHER meint in seinem oben genannten FAZ-Artikel, das bleibe »völlig mysteriös... Vor allem aber taugt das Dokument weder zur Belastung noch zur Entlastung des Schriftstellers«.

Der Freiburger Professor Dr. Hugo OTT, Wirtschafts- und Sozialhistoriker des Mittelalters und der Neuzeit, Jahrgang 1931, der am 30. Juni 1992 in einem Leserbrief an die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* bereits Zweifel an der Echtheit des FREISLER-Briefes geäußert hatte, schrieb in einem weiteren Leserbrief vom 27, Oktober 1992 in derselben Zeitung: »Ich gehe jetzt einen Schritt weiter: die Fälschung hat ihren Stellenwert in der Stilisierung JÜNGERS zum Widerstandskämpfer. Das >cui bono< ist mir schon lange deutlich gewesen. Ich kann mir vorstellen, daß Ernst JÜNGER daran unbeteiligt ist. Um so mehr aber dürfte Dr. Horst MÜHLEISEN ZU fragen sein.«

Diese Deutung hat allerhand für sich. Anscheinend geht es einigen Leuten darum, den genialen und nach Jahren der Verfemung wieder auch öffentlich geehrten konservativen Schriftsteller als Widerständler zu vereinnahmen. Dazu paßt auch, daß die französische Zeitschrift *Le Magazine littéraire* im Sommer 1992 zweimal den Brief aufgriff, seine Echtheit verteidigte und dabei Professor Dr. OTT wegen seiner Zweifel an eben dieser Echtheit heftig angriff.

Ernst JÜNGER äußerte sich mehrfach zum Inhalt des Briefes, nahm auch wohl zunächst dessen Echtheit an: Seine Entlassung aus der Wehrmacht nach dem 10. Juli 1944 habe ihn wohl vor den schärferen Volksgerichtshof bringen und ihn dem Reichskriegsgericht entziehen sollen.

Noch scheint also das letzte Wort zu dem FREISLER-Brief nicht gesagt worden zu sein.

Die Mär vom gehunfähigen Hitler

Der frühere deutsche Botschafter Ulrich VON HASSEL schreibt in seinen Tagebuchaufzeichnungen von 1943, »die noch während des Krieges nach und nach in die Schweiz geschleust worden sind, um dort zu »Tatsachenberichten«[1] aufbereitet zu werden«:[2] »Erstaunliches berichtet H. H. (Hans HOLTZENDORFF) aus eigener Anschauung: HITLER sei bei Dnjepropetrowsk im Flugzeug angekommen, herausgehoben worden und, gestützt auf zwei Leute, weitergewankt (ebenso nachher zurück). In der Debatte mit den versammelten höheren Offizieren, die die Aufgabe der Stellung verlangten, habe er über Bedenken eines Teilnehmers einen solchen Wutanfall bekommen, daß er ihm die Achselstücke abgerissen habe.«

Der hier zitierte Hans Graf VON HOLTZENDORFF schrieb später das Buch ***Handsknecht und Hofnarr***Darin kritisierte er in einer Anmerkung auf Seite 265 VON HASSEL, führt dann aber dennoch den vollen Wortlaut VON HASSELS an, wozu er einleitend ausführt: »HASSEL hat mich in seinen nach dem Krieg veröffentlichten Tagebuchaufzeichnungen allerdings in einige Verlegenheit gebracht. Tatsächlich aber habe ich ihm die Geschichte mit HITLER erzählt, jedoch war ich nicht selbst mit dabei.«

Die Richtigstellung ehrt ihn. Denn Tatsache ist, daß zu dem fraglichen Zeitpunkt des HITLER-Besuches am 17. Februar 1943 auf dem Flugplatz Saporoshje-Ost südlich von Dnepropetrowsk Graf VON HOLTZENDORFF bereits seit Wochen als 1. Ordonnanzoffizier bei einem höheren Flakstab in Frankreich eingesetzt war,[2]

Trotz der schon 1971 erfolgten Richtigstellung wurde die unzutreffende Aussage VON HASSELS in einer erweiterten Ausgabe seiner Tagebuchaufzeichnungen im Jahre 1988[4] erneut in voller Länge gebracht. Man wollte wohl weiter den Eindruck erwecken, daß die Deutsche Wehrmacht und insbesondere die Truppe im Osten von einem kranken und unbeherrschten Oberbefehlshaber geführt worden sei.

Wie das Geschehen damals wirklich ablief, hat ein zu dieser Zeit auf dem betreffenden Flughafen Saporoshje-Ost eingesetzter Offizier z.b.V. unter Angabe weiterer Zeugen beschrieben, die teilweise noch leben.[2] Auf mehreren Fotos sieht man, wie HITLER, ohne »aus dem Flugzeug gehoben« zu werden, auf einer steilen Leiter die Maschine verläßt, mit festem Schritt auf wartende Personen zugeht, freistehend mit Offizieren spricht und zu einem Kraftwagen geht. Als Zeitzeuge schreibt der erwähnte Offizier zu VON HASSELS Mär: »Dabei waren aber neben vielen Angehörigen der auf dem Platz liegenden Verbände und Einheiten auch der Fliegerhorstkommandant, Major RAU, und der Flugleiter Hauptmann FISCHER. .. Auf die vielseitigen Widersprüche näher einzugehen, erübrigt sich. Die Fotos, aufgenommen teils von

[1] Ulrich VON HASSEL, ***Vom anderen Deutschland,*** Atlantis, Zürich 1946, S. 248, Fischer Bücherei Nr. 605, Frankfurt/ M.-Hamburg 1964, S. 273.

[2] Karl DITTRLCH, in: *Luftwaffen-Herne,* Nr, 2,1992, S. 29.

[3] Hans Graf VON HOLTZENDORFF, ***Landsknecht und Hofnarr,*** Muster-Schmidt, Göttingen 1971.

[4] Ulrich VON HASSEL, ***Die Hassel-Tagebücher 1938-1944. Aufzeichnungen vom anderen Deutschland.*** Nach der Handschrift revidierte und erweiterte Ausgabe, herausgegeben von Friedrich Freiherr VON HILLER VON GAERTRINGEN, Siedler, Berlin 1988, S. 381.

der Fliegerhorst-Bildstelle, teils von Unteroffizier BERGMANN, sollen mithelfen, eine ungeschickt gezielte Falschmeldung zu entlarven. BERGMANN und viele andere Zeugen, unter ihnen auch Hptm. FISCHER, leben noch heute.

War es Zufall, daß die Sowjets am 21, Februar 1943, also wenige Tage nach dem Rückflug HITLERS am 19. Februar, einen Panzer-Vorstoß bis ins Vorfeld unseres Flugplatzes fuhren? Oder war der Russe über dessen Anwesenheit informiert? Die Panzer kamen allerdings zu spät und konnten innerhalb weniger Tage durch Panzerjagdkommandos aus Saporoshje aufgerieben werden (siehe ***Lw-Revue*** 2/1991, S 34).«

Nicht uninteressant dürfte schließlich die Aussage von Flugkapitän Hans BAUR sein, HITLERS langjährigem Piloten, der erst im Februar 1992 zu diesem Thema befragt wurde. BAUR, der am 17. Februar 1943 die FW 200 nach Saporoshje-Ost geflogen hatte, war unmittelbarer Zeuge bei dem Empfang auf dem Flugplatz. Er wies die Darstellung VON HOLTZENDORFFS zurück und betonte, daß HITLER nicht nur an diesem Tag, sondern bis 1945 ohne Stock und ohne menschliche Unterstützung gegangen sei.

Wir schließen uns der Beurteilung des Zeugen Karl DITTRICHS[2] an: »Es geht mir nicht um eine ideologische Auseinandersetzung mit diesen Autoren, auch nicht um eine nachträgliche Glorifizierung HITLERS, sondern ganz schlicht und einfach um die Entlarvung einer Unwahrheit.«



Ulrich VON HASSEL (1881-1944) trat 1908 in den diplomatischen Dienst ein. Als Gesandter war er 1926-1930 in Kopenhagen und 1930-1932 in Belgrad, 1932-1938 als Botschafter in Rom. Nach seiner Entlassung 1938 trat er in Widerstandskreise ein.



HITLER verläßt auf nahezu halsbrecherischer Treppe das Flugzeug. Ein Offizier bietet ihm dabei hilfreich die Hand.

HITLER geht mit festem Schritt auf Generalfeldmarschall Erich VON MANSTEIN

Die >Erschießung< russischer Fremdarbeiter auf Helgoland

Im Jahre 1995 gab die Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde St. Nicolai, Helgoland, mit Unterstützung der dortigen Ortsgemeinde die Broschüre *Die Zerstörung Helgolands. April 1945* heraus. Sie wurde auch im Rathaus verkauft, besaß also »halbamtlichen Charakter* und wurde insbesondere auch von vielen Kurgästen und Besuchern gelesen.

Im Vorwort zu dieser Broschüre schreibt die Herausgeberin, Frau Pastorin Elisabeth WALLMANN, unter anderem:[1] »Gedacht werden soll im Zusammenhang mit dem Angriff auch an die Zwangsarbeiter und die russischen Kriegsgefangenen, die zum Teil jahrelang abseits von der Bevölkerung auf Helgoland lebten. Eine Zeugin erinnerte, daß am 19, April die russischen Gefangenen durch den Bunker geführt wurden. Sie wurden mit einem Schiff nach Tönning gebracht und von dort aus nach Ladelund an der dänischen Grenze. Dort wurden sie erschossen und in einem Massengrab begraben.« Damit wurde ein Kriegsverbrechen der Deutschen behauptet.

Ebenso werden, zwar im Sinne der herrschenden politischen Geschichtsschreibung, aber unzutreffend, die völlige Zerstörung Helgolands durch den britischen Luftangriff im April 1945, der anschließende Versuch der Engländer, die ganze Insel in die Luft zu sprengen, und die jahrelange Benutzung Helgolands als Übungsgelände für den Bombenabwurf der Royal Air Force als Folgen der deutschen »Luftangriffe auf London, Coventry und andere englische Städte« hingestellt.[2] Zur Richtigstellung dieser falschen Folgerung sei auf die ausführliche Literatur hingewiesen, in der, auch aus britischen Quellen, überzeugend dargelegt wird, daß der Luftkrieg gegen die Zivilbevölkerung eindeutig nicht von Deutschland, sondern von den Westalliierten ausging, und von diesen jahrelang vor dem Zweiten Weltkrieg schon geplant und durch entsprechende Rüstungen und Anweisungen genau vorbereitet war.[3]

Ein Helgoländer Kurgast, Herr Günter STÜBIGER aus Baden-Württemberg, der die Broschüre erworben hatte, wandte sich im August 1995 brieflich an den Bürgermeister von Helgoland und bat um Änderung der Angaben über

[1] Evangelische Lutherische Kirchengemeinde Helgoland St. Nicolai (Hg.), ***Die Zerstörung Helgolands April 1945,*** S. 5 der ersten und zweiten Auflage.

[2] Ebenda, S. 6.

[3] Siehe u, a. Dr. Horst BOOG, »Bombenkrieg, Völkerrecht und Menschlichkeit im Luftkrieg«, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), ***Die Soldaten der Wehrmacht,*** München [2]1998, S. 256-323; Konrad PINGEL, »Der Luftkrieg im Zweiten Weltkrieg«, in: ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart,*** Nr. 3, 1999, S. 15-27.

die Erschießung, nachdem er sich durch Schreiben an die Gemeinde Ladelund vergewissen hatte, daß dort von diesen Gefangenen und ihrer angeblichen Erschießung nichts bekannt war - auch nicht einmal gerüchteweise, so daß mit ziemlicher Sicherheit angenommen werden konnte, daß die Behauptung von der Erschießung der Russen nicht der Wahrheit entsprach. Es erfolgte keine Reaktion. Statt dessen lag 1996 eine zweite Auflage der Broschüre vor, die das Vorwort der ersten Auflage unverändert aufwies.

Dann schrieb Herr STÜBIGER im Mai 1996 erneut an den Helgoländer Bürgermeister BAUMANN, erinnerte an sein erstes Schreiben, das in Kopie auch dem Kurdirektor zugegangen war, und bat höflich um Antwort - wieder vergeblich. Im Juni verlangte Herr STÜBIGER bei einem neuen Aufenthalt auf Helgoland eine Unterredung mit dem Bürgermeister, der sein Schweigen mit einer Krankheit entschuldigte und erklärte, daß Frau Pastorin WALLMANN von der Erschießung durch einen »Zeugen der Insel« erfahren habe. Dessen Name wurde jedoch nicht genannt. Er habe seinerzeit in Ladelund von dem Massenmord erfahren. Die Pastorin habe zugesagt, weiter zu recherchieren. Wenn sie keine weiteren Zeugen für die Ermordung finde, »werde sie in einer eventuellen weiteren Auflage dies aus dem Vorwort herausnehmen«.

Herr STÜBIGER, dem 1996 Bürgermeister BAUMANN eine weitere Antwort versprochen hatte, die aber nicht gegeben wurde, wies nun in einem weiteren Schreiben im August 1997 darauf hin, daß er bereits im ersten Brief auf die Unwahrheit der Behauptung von der Ermordung der Kriegsgefangenen hingewiesen habe, und bat nun darum, über das Ergebnis der weiteren Nachforschungen von Pastorin WALLMANN informiert zu werden.

Am 15. Oktober 1997 antwortete Bürgermeister BAUMANN und schickte die inzwischen erschienene dritte Auflage der Broschüre, in der es nun im Vorwort hieß, daß nach dem Abtransport der Gefangenen »ihr Verbleib nicht weiter verfolgt« werden konnte.

Es folgte jedoch weder ein Wort des Bedauerns über die frühere offensichtlich falsche Behauptung noch eine ausdrückliche Richtigstellung in der neuen Auflage.[4]

So wurde die Legende von den angeblich erschossenen russischen Kriegsgefangenen still und heimlich begraben, nachdem sie zunächst vielen Lesern der ersten und zweiten Auflage der Broschüre als Tatsache nahegebracht worden war. Wenn nicht Herr STÜBIGER hartnäckig der Sache jahrelang nachgegangen wäre, würde die Deutschland belastende Falschmeldung mit ziemlicher Sicherheit noch heute mit dem Segen der Helgoländer Kirchen- und Ortsgemeinde unter den Kurgästen verbreitet werden und in die Geschichte eingehen. Selbst im Sommer 1999 lagen noch Exemplare der ersten beiden Auflagen mit der Unwahrheit zur allgemeinen Ansicht auf Helgoland aus und verbreiteten eine die deutsche Vergangenheit verzerrende, unzutreffende Behauptung.

[4] Briefwechsel zwischen Herrn STÜBIGER und der Gemeinde Helgoland befindet sich bei dem dem Verfasser bekannten Herrn STÜBIGER.

Sex im Führer-Sonderzug

Nach 1945 sind viele Greuelmärchen über und um HITLER verbreitet worden.[1] Die sexuelle Phantasie mancher Schreiberlinge machte auch vor dem Führerhauptquartier nicht halt, und diese Phantastereien wurden dann als historische Quelle bewertet, verbreitet und meist sehr wohlwollend rezensiert.

Ein Beispiel ist das *Tagebuch aus dem Krieg* von Felix HARTLAUB,[2] das in seinem Kapitel »Führerhauptquartier 1942-1945«[3] manches Unsinnige enthält. Einige Beispiele mögen genügen. So heißt es vom Sonderzug des Führers: »Die Nacht haben es einige wieder toll getrieben... Bei dem Kriegsverdienstkreuz erster Klasse, das aus dem niedlichen Schwanenpelz-Pantöffelchen herausgefallen ist, kennt er (der Schlafwagenschaffner) den Besitzer genau, aber was soll er mit dem Schlüpfer machen, der um die blaue Lampe gewickelt war? Na, wie es auch immer gewesen sein mag, jedenfalls das Amüsemang war mal wieder ganz einseitig beim Lametta.«[4]

Interessant ist, daß in einer Neuauflage[5] weitere Sexorgien geschildert werden. Die Frage ist, da der Autor 1945 vermißt wurde, warum diese nicht in der ersten Auflage - etwa im Gesamtwerk von 1955 - gebracht wurden. Ist hier - wie beim *Tagebuch der Anne Frank* - nachträglich erweitert« worden?

Der langjährige Adjutant im Führerhauptquartier Richard SCHULZE-KOSSENS schrieb als Leserbrief[6] zu einer Besprechung der Neuauflage des HARTLAUB-Buches[7] als unmittelbar Beteiligter an dem damaligen Geschehen folgende Richtigstellung, die wohl für sich spricht: »Ich habe oft genug in Abstimmung mit dem Reichsverkehrsministerium die Fahrpläne für den Sonderzug - von dem bei Felix HARTLAUB die Rede ist - und die Zugeinteilung festgelegt. Nie ist ein Obergefreiter HARTLAUB in diesem Zug gewesen und niemals mitgefahren, seine Schilderungen darüber sind schlicht erlogen. Mich wundert, daß in der nunmehr erfolgten Neuauflage plötzlich sexuelle

[1] Z. B. Hermann RAUSCHNING, ***Gespräche mit Hitler,*** Europa, Zürich 1940; Werner MASER, ***Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin,*** Olzog, München o. J. (2004).

[1] In: Felix HARTLAUB, ***Das Gesamtwerk. Dichtungen, Tagebücher,*** herausgegeben von Geno HARTLAUB, S. Fischer, Frankfurt/M. 1955.

[3] In: HARTLAUB, ***Gesamtwerk,*** ebenda, S. 129-196; Neuauflage unter dem Titel: ***Im Sperrkreis,*** Fischer, Frankfurt/M. 1984.

[4] Ebenda, S. 190.

[s] HARTLAUB, ***Im Sperrkreis,*** aaO. (Anm. 3)

[6] In: ***Stuttgarter Zeitung,*** 10. 9. 1984.

[7] In: ***Stuttgarter Zeitung,*** 4. 8. 1984.

Orgien im Sonderzug geschildert werden, die nie stattgefunden haben. So etwas kann nur einer behaupten, der weder die Zugeinteilung noch die Sicherheitsbestimmungen darin kannte. Sollten diese Schilderungen, die in der ersten Auflage wegen der »Prüderie der **ADENAUER**-Zeit< weggelassen wurden, nun die Auflage steigern helfen?

Entgegen der Behauptung des Obergefreiten Felix HARTLAUB über »sexuelle Vorkommnisse« muß ich sagen, daß die dort erwähnten »Küchenbullen« aus einem älteren, verheirateten Chefkoch - wegen seiner kleinen Figur »Krümel« genannt - bestanden, der von der Mitropa zum Führer-Sonderzug abkommandiert war, und einem Hilfskoch. Das waren also die an der angeblichen Orgie beteiligten »Küchenbullen«. Stabshelferinnen und Stenotypistinnen[8] waren im Zug nicht vorhanden, es reisten meistens nur zwei - verheiratete - HLTLER-Sekretärinnen mit. Das war die ganze weibliche Belegschaft.

Zu jenen »Auf-Teufel-komm-heraus verhängten Bahnabteilen, in denen morgens die Ritterkreuze aus den Schwanenpelz-PantÖffelchen fielen«, sei bemerkt, daß nie Ritterkreuzträger oder andere Gäste im Sonderzug mitfuhren, und was »die blauen Lampen in den Abteilen betraf, die wegen der schummerigen Beleuchtung mit Schlüpfern verhängt waren<, so muß ich wiederum enttäuschen, weil es in den Abteilen nämlich keine blauen Lampen gab!

Und wenn er über den 20. Juli 1944 vom Landmann schreibt, der beim »Knall der Bombe im Pflügen aufhört und ein Schwarm Tauben aufflattert«," dann muß ich dazu erklären, daß das Hauptquartier,[10] gegen Luftangriffe getarnt, mitten in einem Wald lag und in der Nähe weder gepflügt wurde und auch keine Tauben aufflattern konnten, weil es keine Tauben gab, die erschrocken hätten auffliegen können.«

Zu der Rezension der Neuauflage des HARTLAUB-Buches in der ***Stuttgarter Zeitung,***[7] in der es heißt, »daß trotz aller Generals-Memoiren und aller historischen Untersuchungen keiner, außer Felix, weiß, wie es im ersten Kreis der Hölle rings um die Wolfsschanze zugegangen ist«, schreibt SCHULZE-KOSSENS wohl treffend,[6] man müsse »diese Behauptung mit Recht als unverfroren bezeichnen. Sicher wußte HARTLAUB gar nicht, wie viele Sperrkreise es gab, und bestimmt ist er nie im Sperrkreis 1 gewesen, in dem HITLER mit seinem engsten Stab lebte und arbeitete«. Als Gesamturteil meint SCHULZE-KOSSENS wohl zu Recht: » Ich habe selten so viel Unwahres und Erfundenes gelesen, wie in dem besprochenen Buch, das eher unter dem Titel hätte veröffentlicht werden sollen: »Wie der kleine Moritz sich das Hauptquartier vorstellt.««[6]

Dem ist nichts anderes hinzuzufügen als das Bedauern, daß solcher Unsinn immer wieder aufgelegt und von der »freien Presse« gelobt wird.

! In: HARTLAUB, ***Gesamtwerk,*** aaO. (Anm. 2), S. 189.

[9] Ebenda S. 164.

[10] Hier bei Rastenburg, Ostpreußen.

Speers Attentatsversuch - ein Märchen

Der frühere Reichsminister Albert SPEER gab bei seiner Vernehmung in Nürnberg[1] an, daß er im Februar 1945 den Plan gehabt hätte, HITLER in der Reichskanzlei durch Einleitung von Giftgas zu töten. In seinen ***Erinnmmgen***[2] schildert er auf drei Buchseiten seine damaligen (angeblichen) Überlegungen noch ausführlicher. Er gibt an, daß er zur Vorbereitung dieses Attentats Verbindung mit dem Leiter der Munitionsfertigung, Dieter STAHL, aufgenommen habe, der für die Beschaffung des Giftgases Tabun sich einsetzen wollte. SPEER schreibt: »Ich verfolgte meine Absicht weiter, denn sie schien das einzige Mittel zu sein, nicht nur HITLER, sondern während einer der nächtlichen Gesprächsstunden gleichzeitig BORMANN, GOEBBELS und LEY aus dem Weg zu räumen.« Dann legte er insbesondere dar, wie »der Zufall« - die Höherlegung des Luftschachtes - seinem Plan Anfang März 1945 ein Ende bereitete.

Ein beteiligter Offizier des Führerhauptquartiers , dem Verfasser persönlich bekannt und inzwischen verstorben, gab dazu folgende Schilderung ab:

Albert SPEER nach seiner Entlassung.



»Bei einer Lagebesprechung in der Berliner Reichskanzlei hatte etwa im Februar 1945 GÖRINGS Fahrer seinen Horch nahe dem Ansaugstutzen für die Frischluftzufuhr des unterirdischen Lageraumes geparkt und, weil es kalt war, den Motor laufen lassen. Der für Gerüche empfindliche HITLER befahl mir nachzusehen, woher die eindringenden Gase kamen, und ich veranlaßte draußen dann GÖRINGS Fahrer, den Wagen etwas weiter weg zu fahren, damit die Auspuffgase nicht mehr in den Ansaugstutzen gelangen konnten.

Nach meiner Rückkehr in den Lageraum und meiner Berichterstattung wies mich HITLER dann an, dafür zu sorgen, daß der Ansaugstutzen einige Meter höher endete, damit in Zukunft keiner der im Lageraum Befindlichen sich auf solche Weise vergiften könne. Ich habe dann den Stutzen mit einem Rohr mehrere Meter höher enden lassen.

Kurz darauf hörte Albert SPEER von diesem Vorfall - und hat ihn dann wohl nach dem Krieg zu seinen oben genannten Aussagen aus gesponnen. Bei einem Besuch in seinem Heidelberger Heim nach dem Krieg und nach seiner Entlassung aus Spandau habe ich ihn auf diese Angelegenheit angesprochen, und er gab mir gegenüber die Lüge auch zu.«

[1] Internationaler Militärgerichtshof Nürnberg (Hg.), ***Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher,*** Nürnberg 1948, Bd. XVI, S. 542 f., Verhör am 20. 6. 1945.

[2] Albert SPEER, ***Erinnerungen,*** Propyläen, Berlin [7]1970, S. 437 ff.

Shirers Falschaussagen: Hilferding und Breitscheid nicht enthauptet

Zu den im Nachkriegsdeutschland weitverbreiteten und oft zitierten Werken über die NS-Zeit gehören die Bücher des amerikanischen >Historikers* William L. SHIRER, der von 1925 bis 1940 in Deutschland lebte, insbesondere sein Hauptwerk *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, zu* dessen deutscher Ausgabe bezeichnenderweise Golo MANN die lobende Einleitung schrieb.[1] Sein revisionistischer US-Kollege David L, HOGGAN urteilt darüber: »Diese sogenannte endgültige Geschichte besteht in Wirklichkeit aus einem Labyrinth von Irrtümern, veralteten Informationen und Entstellungen«.[2]



William L, SHIRER, *Aufstieg und Fall des Dritten Reiches, Kiepenheuer und Witsch, Köln 1961.*

Selbst die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* (Nr. 1, 1962) übten massive Kritik an diesem Buch: »Aller Wahrscheinlichkeit nach werden Zehntausende von amerikanischen Lesern ihr Bild von den Vorgängen im Deutschland der letzten Dezennien aus der Lektüre dieses Buches gewinnen. Deshalb ist es wichtig, daß die bedenklichen Mängel der Arbeit herausgestellt werden:

1. Die Gesamtansicht des Autors von der deutschen Geschichte ist in kaum glaublichem Maße primitiv, so daß sich ihm viele der wichtigsten Fragen gar nicht stellen, welche sich dem Historiker beim Studium der nationalsozialistischen Zeit eigentlich aufdrängen müßten.

2. Die erforderliche Ausgewogenheit in der Behandlung des Gegenstandes fehlt völlig. Ihr Wert ist vielmehr durch höchst auffällige Lücken beeinträchtigt, und zwar gerade auf denjenigen Teilgebieten, auf welchen für die geschichtliche Erforschung des Nationalsozialismus noch Dringendes nachzuholen wäre.

3. Viele Interpretationen des Verfassers verraten eine ganz erstaunliche Unfähigkeit, in das eigentliche Wesen eines modernen totalitären Systems einzudringen.

4. Das Buch hält mit dem gegenwärtigen Stand der historischen Forschung auf dem behandelten Gebiet in keiner Weise Schritt.«

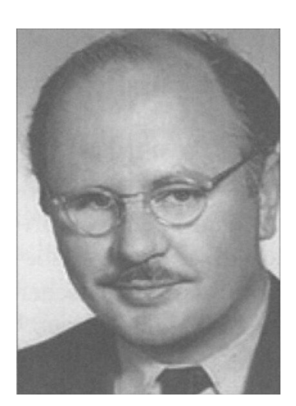
Es braucht kaum betont zu werden, daß die falschen Behauptungen in den meisten Fällen zu einer Belastung Deutschlands beitragen.

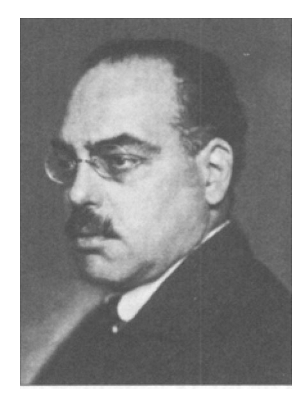
[1] William Lawrence SHIRER, ***Aufstieg und Fall des Dritten Reiches,*** Kiepenheuer und Witsch, Köln 1961; Original: ***The Rise and Fall of the Third Reich, a Histoiy of Nazi Germany,*** New York 1960.

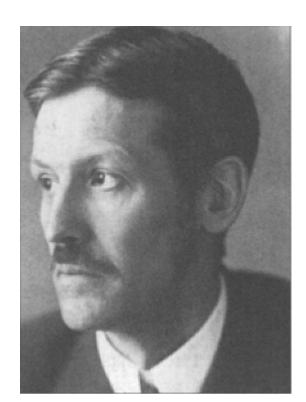
[1] David L. HOGGAN, ***Der erzwungene Krieg,*** Grabert, Tübingen [15]1997, S. 883.

[3] William L. SHIRER, ***Das Jahrzehnt des Unheils,*** Scherz, München 1986, S. 409. Besprechung in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 15. ***12.*** 1986.

Von links: William L. SHIRER (1904-1993), Rudolf HILFERDING (1904-1941) und Rudolf BREITSCHEID (1874-1944).







Einen besonders krassen Fehler erlaubte SHIRER sich in dem Buch ***Das Jahrzehnt des Unheils***.[3] Er schreibt dort, daß Rudolf HILFERDING (1877-1941), der frühere sozialdemokratische Reichsfinanzminister (1923 und 1928/29) und Marxismustheoretiker, der 1933 emigrierte, und Rudolf BREITSCHEID (1874—1944), der ehemalige preußische Innenminister (1918/19) und SPD-Reichstagsabgeordnete (1920-1933), der ebenfalls 1933 ins Exil ging, nach ihrer Verhaftung in Paris 1940 durch die Gestapo nach Berlin gebracht und dort enthauptet worden seien.

Das trifft nicht zu.[4] Richtig ist, daß HILFERDING im Pariser Sante-Gefängnis einen Selbstmordversuch unternahm, an dessen Folgen er dann am 12. Februar 1941 verstarb. BREITSCHEID wurde nach seiner Verhaftung in das Konzentrationslager Buchenwald gebracht, wo er in einer Sonderbaracke für bevorzugte Häftlinge mit seiner Frau jahrelang lebte, die ihm freiwillig ins Lager gefolgt war. Am 24. August 1944 kam er zusammen mit vielen anderen Häftlingen sowie Angehörigen des Lagerpersonals bei einem schweren alliierten Luftangriff auf Weimar und das Lager dort ums Leben, Im Lager Buchenwald erinnert eine Gedenktafel daran.

In den beiden oben genannten Büchern[5] behauptet SHIRER auch wahrheitswidrig, daß die im Lager Buchenwald nach dem Verrat Italiens 1943 inhaftierte italienische Königstochter MAFALDA, Gemahlin des Prinzen PHILIPP VON HESSEN, von der SS auf HITLERS Befehl umgebracht worden sei. Richtig ist jedoch, daß die Prinzessin bei demselben Luftangriff auf Weimar und das Lager schwer verwundet wurde und bei der anschließenden Operation verstarb.[6]

Rolf Kosiek

[4] Richtigstellung in einem Leserbrief von Otto ZAHN, Mainz, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung***, 12. 1. 1987.

[5] SHIRER, aaO. (Anm. 1), S. 336, und aaO. (Anm. 3), S. 225.

[6] Siehe auch: Beitrag Nr. 255, »Zum Tode der Prinzessin Mafalda«.

Plünderer in London 1940

Nach 1945 wurden die nach Beginn des Zweiten Weltkriegs in Deutschland verschärften Gesetze zum Schutze der Bürger heftig kritisiert und vielfach als unmenschlich bezeichnet, unter anderem auch die Vorschriften zur Bestrafung von Plünderern, die während eines Fliegeralarms oder in zerbombten Wohnungen, aus denen die Bewohner hatten ausziehen müssen, ihre schändliche Tat begangen hatten. Darauf stand die Todesstrafe. Deswegen und auch wegen des Einsatzes der ehrenamtlichen Luftschutzwarte, die vielfach von Angehörigen der Hitler-Jugend unterstützt wurden, kam es in Deutschland verhältnismäßig selten zu solchen Delikten,

Ein viel größeres Ausmaß hatten offenbar in London und anderen britischen Großstädten schon im Herbst 1940 die Plünderungen während und nach Luftangriffen angenommen, obwohl die Vergeltungsschläge der deutschen Luftwaffe bei weitem nicht die Größenordnung erreichten, welche die alliierten Flächenbombardements auf deutsche Wohngebiete annehmen sollten, insbesondere bei den »Tausend-Bomber-Einflügen« ab 1943. Die britische Presse rief damals dennoch in einer Reihe von Artikeln zu scharfen Maßnahmen gegen das offensichtlich verbreitete Unwesen der Plünderer in London auf und forderte auch energisch die Todesstrafe für diese. So schrieb eine englische Zeitung am 26. November 1940 als Einleitung zu einem entsprechenden Beitrag: »Hängt einen Plünderer und stoppt dieses Verbrechen. Geldstrafen und Gefängnisstrafen haben nichts bewirkt, um jenen Fledderern das Handwerk zu legen, die sogar Leichen in den Ruinen von kleinen Häusern ausplündern...«[1]

Wenn solche Zustände schon im Jahre 1940 nach den vergleichsweise harmlosen deutschen Bombenangriffen auf London und auf wenige andere britische Großstädte in Großbritannien eingerissen waren, was wäre dann wohl in England geschehen, wenn die Briten solche Terrorangriffe wie die Deutschen - etwa in Hamburg oder in Dresden - hätten erdulden müssen? Dieser Vorfall beweist zusammen mit den späteren Vorwürfen gegen Deutschland wieder einmal nur die ganze Heuchelei der angelsächsischen Anklagen gegen deutsche Maßnahmen, die als dann auch erfolgreiche Reaktionen auf entsetzlichste, durch die alliierten Flächenbombardements erzeugten Notzustände kaum zu umgehen waren und dann auch sich als erfolgreich erwiesen.

[1] Zit, nach: Ludwig PETERS, ***Volkslexikon Drittes Reich,*** Grabert, Tübingen 1994, S. 694, Stichwort »Plünderungen«.

Roosevelt vernachlässigte Warnungen


William C. BULLITT.

Der Sonderbeauftragte ROOSEVELTS für Europa in der Vorkriegszeit, William C. BULLITT, hat nicht wenig dazu beigetragen, Polen der Unterstützung der USA zu versichern, Frankreich gegen das Reich einzunehmen und damit die Völker Europas 1939 in den Zweiten Weltkrieg zu treiben. In den folgenden drei Jahren lernte er jedoch STALIN wirklich kennen und warnte dann ROOSEVELT vor diesem und den falschen sowie verharmlosenden Ansichten vieler US-Politiker über Moskaus Diktator.

Ein besonderes Zeugnis ist der viele Seiten lange Brief BULLITTS vom 29, Januar 1943 aus dem Marineministerium in Washington an den US-Präsidenten.[1] Nach ausführlichen Darlegungen über die Gefährlichkeit der von STALIN weiterhin verfolgten Politik der Weltrevolution und dessen Ziele in Ost- und Mitteleuropa fordert BULLITT Überlegungen zur Rettung Europas vor den Bolschewisten, denn sonst werden »wir einen großen Krieg nicht für die Freiheit, sondern für die sowjetische Diktatur geführt haben«.

Dann schreibt er weiter in richtiger Erkenntnis der Lage: »Wenn Deutschland zusammenbricht, müssen wir 1. in der Lage sein, auf die eine oder die andere Art das Einströmen der roten Amöbe nach Europa zu verhindern; 2, in den besetzten und befreiten Ländern in Europa demokratische Regierungen einzusetzen, die in gegenseitiger Zusammenarbeit stark genug sein werden, die erforderliche Verteidigung gegen das Vordringen der Sowjetunion zu stellen.

Kein einzelner Staat in Osteuropa kann stark genug gemacht werden, um dem Einströmen der Sowjetunion ohne die Hilfe anderer Staaten zu widerstehen. Die Kombination von schwachen Staaten wird unzureichend sein. Eine Zusammenballung von Schwäche ist keine Stärke.

Wir sind deswegen verpflichtet, in den besetzten und befreiten Ländern Regierungen aufzustellen, nicht nur demokratische Verwaltungen einzusetzen, sondern auch den Grund zu demokratischen Regierungen in Europa zu legen, die stark genug sind, die Demokratie in Europa zu bewahren und die Bolschewisten davon abzuhalten, die Nazis als die Herren Europas zu ersetzen.

Diese Aufgabe ist außerordentlich schwierig, und sie wird nicht nur die vereinten und zielgerichteten Anstrengungen aller Stellen der amerikanischen Regierung, sondern auch die volle Mitarbeit der britischen Regierung erfordern: Leider sind die Engländer - genau wie viele Amerikaner - im Banne einer Vorstellung, die, als Politik übernommen, zu einer solchen Schwächung und Erregung Europas führen würde, daß die sowjetische Herrschaft leicht herbeizuführen wäre. Viele britische Funktionäre sagen, sie wollten jedes

[1] Kopie des vollständigen Originalbriefes und Übersetzung im Archiv des Verfassers.

Volk auf dem europäischen Kontinent völlig abrüsten, das entwaffnete Europa unvereinigt und den Frieden in Europa durch die Garantie Europas durch die Vereinigten Staaten, Großbritannien und die Sowjetunion aufrechterhalten - diese alle voll bewaffnet. ..

Das ist nicht die alte britische Politik des Gleichgewichts der Kräfte in Europa, sondern ein neues Gleichgewicht der Impotenz. ,,

Eine Garantie Europas durch die sowjetische Regierung würde nur dann praktischen Wert haben, wenn hinter der Ostgrenze Europas eine entsprechende Macht stünde, bereit, um der Roten Armee entgegenzutreten. Der Vormarsch der Sowjetunion ist nie durch irgendein schriftliches Abkommen behindert worden - von der Frühzeit der bolschewistischen Revolution bis zu den Tagen der Nichtangriffspakte mit Finnland und Polen, gebrochen durch STALIN 1939, und den Nichtangriffspakten mit Estland, Lettland und Litauen, gebrochen durch STALIN 1940. Das Eindringen der Sowjets findet seine Grenze in bewaffneter Macht, nicht in sowjetischen Versprechungen...

Wenn wir erkennen lassen, daß wir die Absicht haben, Europa zu entwaffnen und die Sowjetunion gerüstet zu lassen, werden wir den Ruf der Anständigkeit und der Vernunft ruinieren, den wir in Europa haben. Wir können die christliche Zivilisation in Europa nicht in Ehren der Gnade der kommunistischen Diktatur ausliefern.,,

Wenn die Sowjetunion genau wie Europa abgerüstet werden könnte, könnte ein Argument vorgetragen werden (bestenfalls ein unkluges Argument), eine angelsächsische bewaffnete Diktatur über die ganze Erde zu errichten. Aber die Sowjetunion kann nicht abgerüstet werden. Da dies so ist, kann Europa nicht zu einem militärischen Vakuum gemacht werden, in das die Sowjetunion einströmen kann. Europa darf nicht zu einer militärischen Null



Rotarmisten im Nahkampf mit aufgepflanzem Bajonett. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte die Rote Armee jedoch vor allem mit modernstem Kriegsmaterial - auch amerikanischer Herkunft. Im Rahmen des amerikanischen Pacht-und-Leihgesetzes lieferten die USA zwischen Oktober 1941 und Kriegsende über 15 Millionen Tonnen Kriegsmaterial im Wert von 11 Milliarden Dollar an die Sowjetunion und machte diese damit noch stärker. BULLITTS Befürchtungen aus dem Jahre 1943 waren also wohlbegründet.

gemacht werden, sondern zu einer großen Ziffer, die in der Lage ist, sich selbst gegen die Sowjetunion zu verteidigen...

Das integrierte und demokratische Europa ist ein wesentliches Element zum Aufbau eines dauerhaften Friedens. Wenn ein solches Europa erreicht werden kann, sollte es - als Einheit - eine der Mächte werden, die sich mit den Vereinigten Staaten, Großbritannien, der Sowjetunion, China usw. in weltweiten Abkommen zur Erhaltung des Friedens zusammenfinden.

Diese Weltabkommen werden müßig sein, wenn nicht der Unterbau solide ist - gerade so, wie der Völkerbund und der KELLOGG-BRIAND-Pakt müßig waren, weil der Unterbau durch den Vertrag von Versailles unsolide war. Es war, als der Vertrag unterzeichnet wurde, offensichtlich, daß der Vertrag der Hund war und der Völkerbund der Schwanz und daß der Schwanz nicht mit dem Hund wackeln konnte.. .Wirwerden niemals wieder so viel Einfluß auf Großbritannien und die Sowjetunion haben wie heute. Heute hängen sie mit ihrem Leben von uns ab. Wir sind der reiche Onkel. Sie sind die Bettler, Unser Einfluß auf Großbritannien und die Sowjetunion wird im direkten Verhältnis zu unserer Annäherung an den Sieg über Deutschland abnehmen. Am Tage der Kapitulation Deutschlands wird unser Einfluß auf die Sowjetunion den Nullpunkt erreichen - wenn die Sowjetunion nicht im Krieg mit Japan sein wird.

Die Szene in WILSONS Schlafzimmer am 7, April 1919 gibt uns eine ungeheure Lehre. Er sagte zu seinen Freunden, die er an sein Bett gerufen hatte, er habe die >George Washington« nach Brest kommen lassen für den Fall, daß er heim wolle, und er war im Begriff, dem Finanzminister Anweisung zu geben, alle Darlehen und Kredite für die Alliierten anzuhalten. Und daß er die Absicht habe, LLOYD GEORGE, CLEMENCEAU und ORLANDO ZU sagen, er werde den Vertrag nicht unterzeichnen, wenn er nicht umgeschrieben würde, da durch ein Verfahren jesuitischer Auslegung sie die 14 Punkte in einen Vertrag nicht des Friedens, sondern des Krieges umgedeutet hatten. Und daß, würden sie den Vertrag nicht umschreiben, er nach Amerika abreisen und sie als Feinde des Friedens anklagen werde.

Und dann - das Telegramm von Carter GLASS, das besagte, er habe soeben alle durch England, Frankreich und Italien geforderten Darlehen gegeben, um ihren Bedarf für die nächsten drei Monate zu decken. Und das Telegramm TUMULTYS, die Abreise WILSONS aus Paris werde durch das Land als Gereiztheit und Fahnenflucht betrachtet. Und die Gewalttätigkeit des Senats, Und die Angriffe gegen ihn in der gesamten französischen und britischen Presse.

Der arme WILSON mußte sich am Ende der Tatsache stellen, daß ihm keine Waffe geblieben war außer einer, die er höchst ungern gebrauchte, weil er durch die Zerstörung des Vertrags auch den Völkerbund zerstören würde, den er liebte. Sein Rückgrat war gebrochen, und er kämpfte nicht mehr. Er konnte nichts anderes mehr tun, als den Vertrag anzunehmen und, da er ihn unterzeichnet hatte, sich vorzumachen, es sei der Vertrag, den er hatte zu-

Stande bringen wollen, und daß, selbst wenn er nicht ganz recht war, der Völkerbund es richten werde: der Schwanz würde mit dem Hund wedeln. Dann die Niederlage des Vertrags durch eine Koalition aus Liberalen, die den Vertrag haßten, weil er genau das war, was WILSON am Abend des 7. April darüber gesagt hatte, und Isolationisten, die WH.SON und den Völkerbund haßten. Vor der Friedenskonferenz meinte WILSON, seine Macht hege in seiner moralischen Autorität.

In jenen tragischen Apriltagen von 1919 weckte ihn die erschreckende Tatsache, daß seine Macht die materielle der Vereinigten Staaten zum Erfüllen der materiellen Bedürfnisse der Alliierten gewesen war und - seit diese Bedürfnisse gedeckt waren und nicht mehr verzweifelt offen lagen - seine Macht vorüber war.

Menschen sind zu mancher Zeit Herren ihres Schicksals. Sie haben jetzt Ihre Macht - und während Sie sie haben, müssen Sie Gebrauch davon machen. Sie werden sie an dem Tag des Zusammenbruchs Deutschlands verlieren. WilSON hätte sein eigenes Programm vor dem Waffenstillstand 1918 schreiben können. Sie dürften Ihres - jetzt - schreiben können.

Wenn Sie STALINS Einwilligung bekommen können, 1. gegen Japan in den Krieg einzutreten oder uns Plätze in den Seeprovinzen benutzen zu lassen, 2, schriftlich zu versprechen, daß er kein europäisches Land (nach dem bekannten Verfahren) annektiert, 3. die Komintern aufzulösen, dann werden Sie einen größeren Schlag für Freiheit, Demokratie und Frieden geführt haben als jemals vorher...

Es gibt nur eine sichere Garantie, daß die Sowjetunion nicht über Europa hereinbricht - die frühere Ankunft der amerikanischen und britischen Armee an den Ostgrenzen Europas. Dies festzustellen heißt zu sagen, was als Widersinn erscheint, wenn die Voraussetzung gilt, daß wir die Ostgrenzen Europas nur erreichen können, indem wir durch Frankreich, Italien und Deutschland marschieren. Es dürfte jedoch möglich sein, die Grenze vor der Roten Armee zu erreichen, wenn wir unseren Angriff gegen die Achse nicht auf dem Wege über Frankreich, sondern über Saloniki und Konstantinopel führen.

Den Frieden am Ende dieses Krieges zu gewinnen wird mindestens so schwierig sein wie das Gewinnen des Krieges. Das genaueste Nachdenken, das sorgfältigste Planen und die konzentriertesten Anstrengungen sind jetzt nötig, wenn wir eine Welt der Freiheit, der Demokratie und des Friedens errichten wollen.«

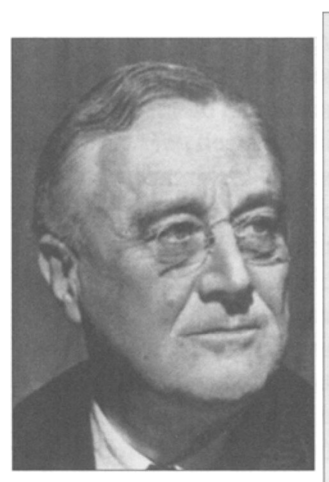
Wahrlich prophetische Worte - die leider von ROOSEVELT nicht beachtet wurden, die von der kommunistisch durchsetzten US-Administration hintertrieben wurden, die für einen Oberbefehlshaber wie General EISENHOWER viel zu hoch waren. Europa mußte Generationen darunter leiden. Daß man die Entwicklung durchaus voraussehen konnte und verhindern hätte können, zeigt dieser aufschlußreiche Brief BULLITTS.

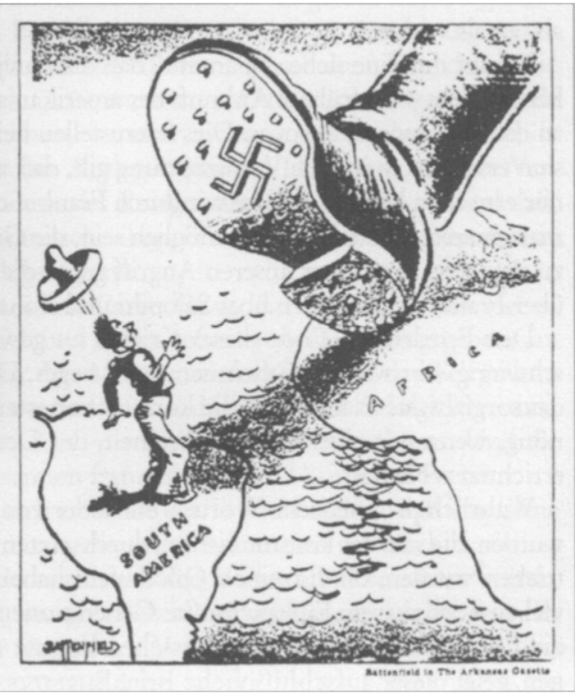
Roosevelts Karte deutscher Aufteilung Amerikas

Das amerikanische Volk war nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Europa während der Jahre 1939 bis 1941 - wie auch im Ersten Weltkrieg - mehrheitlich gegen eine Beteiligung der USA an den europäischen Auseinandersetzungen. US-Präsident ROOSEVELT arbeitete jedoch im Gegensatz zu seinen Äußerungen spätestens seit seiner Quarantäne-Rede vom Oktober 1937 an einem Eingreifen der Vereinigten Staaten in die abendländischen Konflikte und schürte die Gegensätze. Dazu bediente er sich auch bewußter Lügen, die von vielen seiner geschichtlich nicht sehr bewanderten Landsleute geglaubt wurden.

Insbesondere machte er den naiven Amerikanern in ihrem Land Angst vor einer deutschen Invasion in den USA, die militärtechnisch zu der damaligen Zeit überhaupt nicht möglich war. Die zahlreichen wirtschaftlich erfolgreichen und auch politisch einflußreichen Volksdeutschen in Südamerika seien die »fünfte Kolonne« der »Nazis« auf dem Boden der Neuen Welt und müßten deswegen ausgeschaltet werden,[1] Die südamerikanischen Staaten wurden unter Druck gesetzt, gegen die dort lebenden Deutschen vorzugehen, und mehr als 4000 von diesen wurden an die USA ausgeliefert und dort für die Kriegszeit in Konzentrationslagern gefangengehalten.

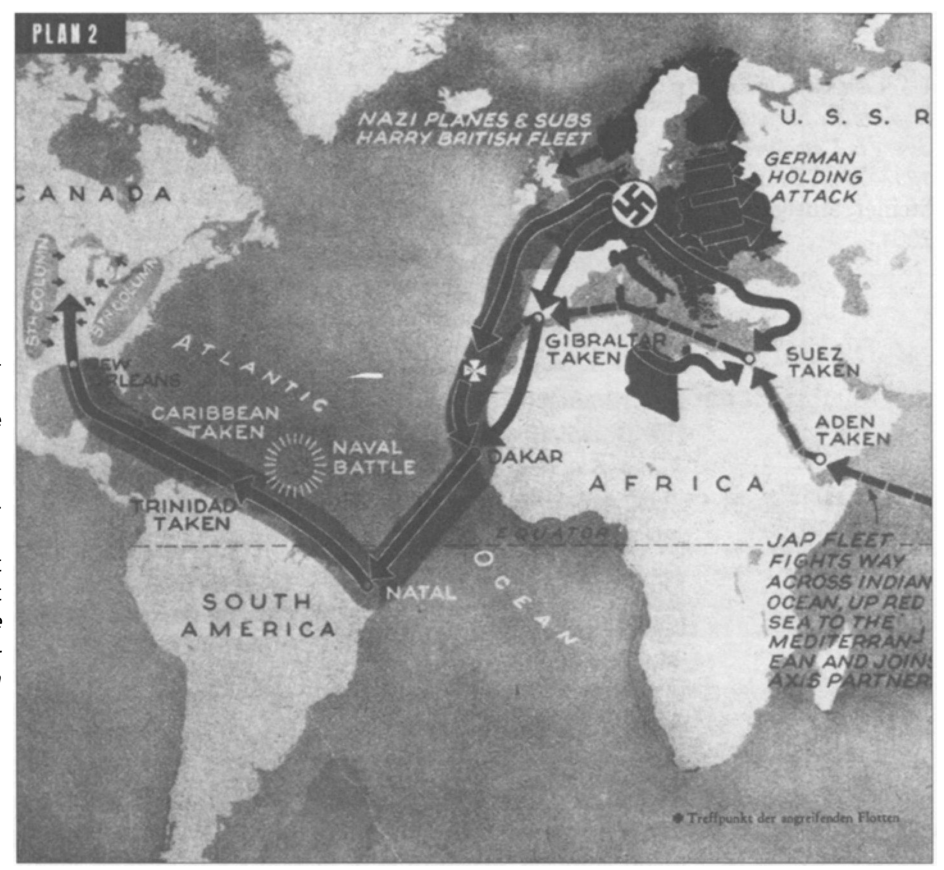
[1] Max Paul FRIEDMANN, ***Nays & Good Neighbors. The United States Campaign against the Germans of Latin America in World War II,*** Cambridge University Press, Cambridge 2003.





US-Präsident Franklin Delano ROOSEVELT. *Rechts:* Mit allen Mitteln wurde von amerikanischer Seite versucht, Ängste beim Volk zu schüren und somit einen Kriegseintritt als unumgänglich hinzustellen. (Karikatur zum Buch von Uwe LUBKEN, siehe S. 368).

Mit einer weiteren Karte, dem angeblichen Plan einer deutschen Aggression gegen die USA, versuchte die ROOSEVELT-Administration, die amerikanische Öffentlichkeit zu mobilisieren. Diese Karte erschien damals in der Zeitschrift *Life.* Abgedruckt u.a. in; FZ, *Die wahren Schuldigen am Zweiten Weltkrieg,* München 1992.



»Geheime deutsche Flugplätze seien in Kolumbien entdeckt worden, von denen jederzeit der Panamakanal angegriffen werden könne, gab Präsident ROOSEVELT im September 1941 im Rundfunk bekannt. HITLERS Kundschafter, so führte er weiter aus, warteten in zahlreichen Brückenköpfen im Süden der Neuen Welt, um von dort aus gegen die Vereinigten Staaten zu marschieren.«[2]

Wenige Wochen später setzte er mit einer weiteren Lüge zu HITLERS angeblichen Welteroberungsplänen nach und überbot noch die ersten unberechtigten Unterstellungen: »Am **27.** Oktober 1941, auf dem Höhepunkt der Schlacht auf dem Atlantik und einen guten Monat vor dem japanischen Überfall auf Pearl Harbor, schockierte Präsident ROOSEVELT seine Landsleute mit einer Enthüllung: Er habe eine geheime Karte erhalten, so erklärte er in einer Rede, aus der nichts weniger hervorgehe als HITLERS Programm für eine neue Weltordnung. Danach sollten die südamerikanischen Republiken in fünf Nazi-Satellitenstaaten und die vorhandenen Religionen in einen Nazikuh verwandelt werden.«[3]

[2] Klaus A. LANKHEIT, »Der Zweck heiligt die Mittel«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** **2.** 3. 2004, S. 9.

[3] Klaus SCHWABE, »Roosevelts Karte«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** **8.11.** 2005.

Die Karte war nach heutigen Erkenntnissen eine Fälschung des britischen Geheimdienstes und wurde vom US-Präsidenten, der sicher über die wahre Lage informiert war und daher die Unsinnigkeit derartiger Vorwürfe kannte, bewußt eingesetzt, um seine isolationistischen Gegner in Senat und Repräsentantenhaus zum Schweigen zu bringen und die amerikanische Öffentlichkeit zum Eintritt in den Krieg reif zu klopfen.[4] Das gelang dann im Dezember 1941 bekanntlich nach dem japanischen Angriff auf Pearl Harbor auch schließlich.

Rolf Kosiek

[4] Uwe LÜBKEN, *Bedrohliche Nähe. Die USA und die nationalsozialistische Herausforderung in Lateinamerika 1937-1945,* Franz Steiner, Stuttgart 2004.

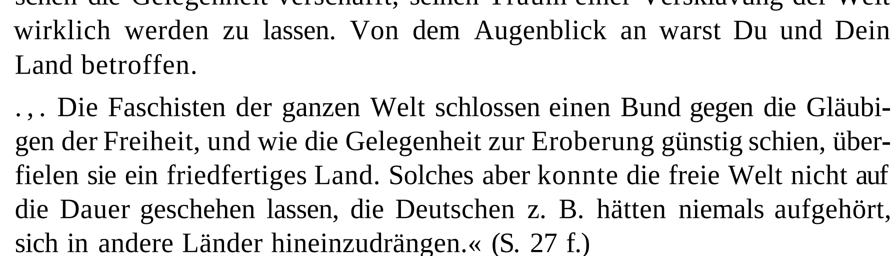
Amerikanische Lügen für die US-BesatzungsSoldaten
Ein Beispiel westlicher Desinformation

»... Seit 1933 nach HITLERS Machtübernahme wurde der deutsche junge Mann sorglich und gründlich zur Welteroberung, zum Töten und Verrat erzogen (S. 7)...

Die Deutschen hörten nur das, was die Nazis sie hören und lesen lassen wollten. Unter anderen ihnen vorgetragenen Märchen hielten sie unerschüttert an dem Glauben fest, die deutsche Luftwaffe habe New York bombardiert und z. T. zerstört, Polen habe die Deutschen angegriffen, und England und Amerika hätten Krieg gewollt, um Deutschland zu zerstören (S. 10).
Deutschland hat sich wiederum auf einen seiner alldeutschen bluttriefenden Eroberungs- und Beutezüge begeben. Unter >alldeutsch< verstehen die Deutschen ihren Traum der Welteroberung... Du als intelligenter Amerikaner weißt sowieso, warum Du in diesem Krieg Deinen Mann stehst. Aber auch die Geschichte bestätigt Dir Deine Überzeugung vom guten Recht und der Würde unserer Sache. Die Geschichte beweist Dir, daß deutsche Angriffslust und deutscher Eroberungswille nichts Neues sind. Durch Jahrhunderte konnte sich die deutsche Streitsucht nur gegenüber den nächsten Nachbarn geltend machen. Aber seit kurzem wurde dank der modernen Erfindungen und dank der Möglichkeit, die Entfernungen auf der Erde zu überwinden, dem Deutschen die Gelegenheit verschafft, seinen Traum einer Versklavung der Welt wirklich werden zu lassen. Von dem Augenblick an warst Du und Dein Land betroffen.



Uwe LÜBKEN, *Bedrohliche Nähe,* Stuttgart 2004.



... Die Faschisten der ganzen Welt schlossen einen Bund gegen die Gläubigen der Freiheit, und wie die Gelegenheit zur Eroberung günstig schien, überfielen sie ein friedfertiges Land. Solches aber konnte die freie Welt nicht auf die Dauer geschehen lassen, die Deutschen z. B. hätten niemals aufgehört, sich in andere Länder hineinzudrängen.« (S. 27 f.)

(Aus: *Pocket Guide to Germany,* zit. in: Hans BERNHARDT, *Deutschland im Kreuzfeu großer Mächte,* Schütz, Pr. Oldendorf 1988, S. 320)

Die Legende vom >braven Soldaten Schimek<

soll angeblich in Polen wie ein Heiliger verehrt werden, und Papst JOHANNES PAUL II. habe über ihn gesagt: »Er war Österreicher, er hieß Otto SCHIMEK und bekam während des Krieges den Befehl, auf die Zivilbevölkerung zu schießen. Er widersetzte sich und wurde getötet. Sein Grab ist diesem Volk geblieben, und er hat sich großen Ruhm erworben, so daß ich sagen möchte: Den Ruhm eines Diener Gottes!«[1]

Die historischen Tatsachen sind jedoch anders: Otto SCHIMEK war das 13. Kind einer Wiener Familie. Er wurde mit 17 Jahren zur Wehrmacht eingezogen und fiel immer wieder durch Disziplinlosigkeiten auf. Seme Schwester behauptete, er habe sich in Jugoslawien geweigert, eine Frau mit Kind zu erschießen. Auch später in Polen habe er sich geweigert, unschuldige Menschen zu erschießen. Er sei deswegen zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Auf seinem Grabstein stehe »1944 von der Wehrmacht erschossen, weil er sich weigerte, auf polnische Menschen zu schießen«.[2] Die Zentralstelle der Landesjustizverwaltung in Ludwigsburg berichtete nach Befragung der Schwester in ähnlichem Sinne.

In der Zwischenzeit wurden Angehörige von SCHIMEKS Truppeneinheit ermittelt, darunter sein Kompaniechef, der Leutnant Johannes KLEIN. Dieser berichtete, daß sich SCHIMEK mehrfach unerlaubt von der Truppe entfernt habe, er habe ihn persönlich einige Male zurückgebracht. Als SCHIMEK durch einen Granatsplitter leicht verwundet worden war, habe er ihn persönlich zum Hauptverbandsplatz geschickt, wo SCHIMEK aber nicht ankam. Drei Wochen später wurde der Flüchtige in Zivil von der Feldgendarmerie aufgegriffen und von einem Standgericht wegen unerlaubten Entfernens von der Truppe nach dem damaligen Militärrecht verurteilt und hingerichtet. Die Berichte über seine heroische Befehlsverweigerung hätten mit der Wahrheit nichts zu tun.

Der Divisionspfarrer der deutschen 88. Infanteriedivision, der aushilfsweise SCHIMEKS Division betreute, der spätere Studiendirektor Josef SEUFERT, schrieb zu dem Fall: »Auf meine Frage erklärte er (SCHIMEK, H. W.) mir, daß er nicht verstehen könne, warum er wegen einer solchen Lappalie (unerlaubter Entfernung von der Truppe, also Fahnenflucht, H. W.) zum Tode verurteilt worden sei. Er sprach auch von Fahnenflucht, weil er Angst um sein Leben hatte.« Von einer Weigerung, auf polnische Menschen zu schießen, sei nicht die Rede gewesen.

[1] Pater Lothar GROPE SJ, in: ***Europäische Sicherheit*** Nr. 1, 1995, S. 49 f,

[2] Ebenda,

Die Ludwigsburger Zentralstelle stellte 1973 fest, daß einige Umstände dagegen sprächen, daß SCHIMEK wegen der Weigerung, Polen zu erschießen, verurteilt worden sei, denn die Bevölkerung sei evakuiert gewesen. Der österreichische Militärprovikar Franz GRUBER ging ebenfalls der Legende nach und veröffentlichte einen Beitrag unter der bezeichnenden Überschrift »Der Fall Otto SCHIMEK - Abschied von einer Legende«.[3] Er zitiert darin die Arbeit der Historikerin Dr. Friederike HILLEBAND-GRILL. Diese schrieb unter anderem zu dem Fall: »Es zeigte sich, daß die behauptete Erschießung einer Gruppe von Zivilpersonen, die übrigens auch von seiten polnischer Stellen nicht belegt werden können, durch die fragliche Einheit in der Gegend unwahrscheinlich erscheint, weil das Einsatzgebiet größtenteils von Bevölkerung geräumt worden war. Ein Umstand, den amtliche Zeugenaussagen ehemaliger Angehöriger der 544. Division erhärteten, die nur in Details voneinander abwichen. Im Entscheidenden jedoch stimmten sie überein, nämlich darin, daß keine Erschießungen von Zivilpersonen stattfanden, SCHIMEK sich hingegen mehrfach von der Truppe entfernt hätte.«

Es ist also nichts mit der Legende des braven Antifaschisten. Übrig bleibt nur der Fall eines Deserteurs, der Angst um sein Leben hatte.

In diesem Zusammenhang sei zitiert, wie die enstprechenden Verhältnisse bei der Sowjetarmee geregelt waren, die bezeichnenderweise selten in der deutschen Öffentlichkeit kritisiert werden: »Die Felddienstordnung von 1940 gab den russischen Kommandeuren unbegrenzte Macht über ihre Leute. Sie bestimmte unter anderem: >Der Führer ist verpflichtet, gegen Feiglinge alle Zwangsmaßnahmen, bis zum Gebrauch der Waffe auf der Stelle, anzuwenden.« Praktisch bedeutete dies, daß der unbotmäßige Untergebene von seinen Vorgesetzten auf der Stelle erschossen werden konnte. Urlaub gab es während des Krieges bei den russischen Streitkräften so gut wie überhaupt nicht. 1941 wurden Strafbataillone geschaffen, die nur für gefährliche Aufgaben eingesetzt wurden: Säubern von Minenfeldern, selbstmörderische Angriffe auf feindliche Stellungen usw. Manchmal wurden die Männer sogar unbewaffnet in die Schlacht geschickt: Die Funktionäre der NKWD im Rükken der Truppe sorgten dafür, daß nie einer zurückblieb. Der Soldat hatte immer nur die Wahl, entweder vom Feinde oder von dem Kommissar hinter ihm getötet zu werden. Wie man auf russischer Seite mit dem Leben der Soldaten umsprang, machte eines Tages Marschall SCHUKOW General EISENHOWER deutlich: »Wenn wir an ein Minenfeld kommen, greift unsere Infanterie genau so an, als wäre es nicht dort.««

[3] Franz GRUBER, »Der Fall Otto Schimek - Abschied von einer Legende«, in: ***Lies*** (Mitteilungen der österreichischen Militärseelsorge), Nr. 3, 1983.

[1] Erich SCHWINGE, ***Bilanz der Kriegsgeneration,*** N. G. Elwert, Marburg [L3]1987, S. 53.

>Die Tagebücher< der Anne Frank

Der jüdische Kaufmann Otto FRANK emigrierte 1933 mit seiner Familie von Frankfurt nach Amsterdam. Als **die** Wehrmacht 1940 Holland eroberte, gelang es der Familie, sich ab 1942 in einem Hinterhaus zu verbergen. 1944 wurden sie verraten und in Konzentrationslager abgeführt. Die Familie kam dort um, darunter auch die Tochter Anne, die, 1929, geboren, im Marz 1945 im Lager Bergen-Belsen nach Überführung aus Auschwitz an Typhus starb; nur der Vater überlebte. Nach seiner Rückkehr nach Amsterdam wurden ihm Tage buch auf **Zeichnungen** seiner Tochter, **die** versteckt und gefunden worden waren, übergeben, 1947 veröffentlichte der Vater diese Aufzeichnungen. Seither zählen sie zu den »bewegendsten Selbstzeugnissen von Opfern der Judenverfolgung, In Übersetzungen, im Theater und in der Filmversion wurde das Tagebuch der Anne FRANK weltberühmt«.[1] Weltweit erschienen mehr als 15 Millionen Exemplare.

Aber es gab auch kritische Stimmen. »Seit der ersten Veröffentlichung der Tagebücher von Anne Frank... wurden immer wieder - besonders in den siebziger Jahren - Fälschungsvorwürfe gegen die Tagebücher bzw. an deren Authentizität erhoben. Erste Vorwürfe dieser Art erschienen 1957[2] in einer schwedischen Zeitung«, moniert Juliane WETZEI, in ihrem Beitrag über das besagte Tagebuch in dem von Wolfgang BENZ herausgegebenen Buch ***Landen, Lügen, Vorurteile?***

Gründe für Zweifel an der Authentizität des Textes gab es allerdings zuhauf. Zunächst einmal räumte Otto FRANK ein, »das Wesentliche« mit einigen Streichungen, die angeblich in erster Linie Privates sowie Äußerungen über Annes Mutter und andere Mitbewohner nebst Passagen aus dem Intimleben der Teenagerin betrafen, herausgegeben zu haben. Zudem hatte er alles aus dem überlieferten Material »abgeschrieben«, wobei er das sogenannte

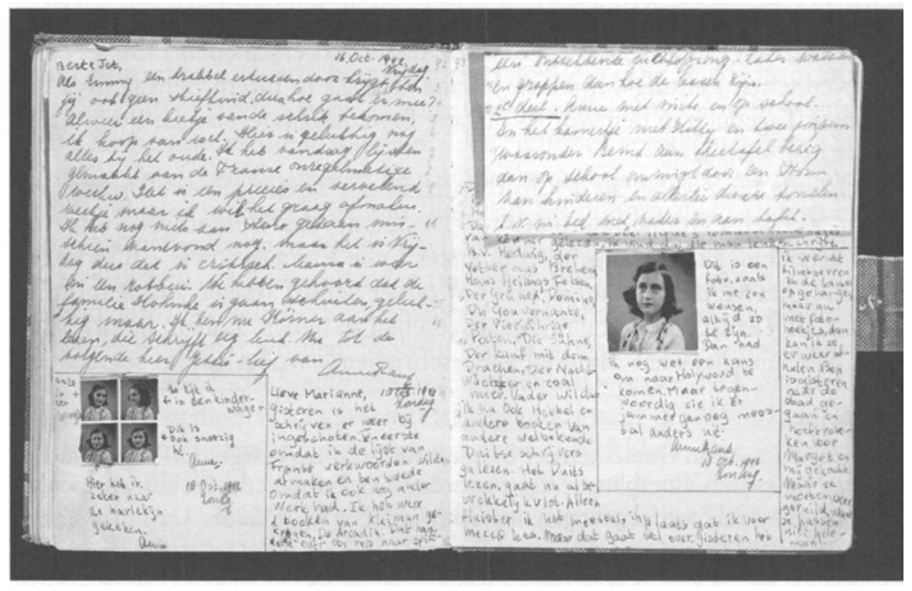
[1] »Blaue Paste«. Ein Gutachten des Bundeskriminalamts belegt: im »Tagebuch der Anne Frank« ist nachträglich redigiert worden. Die Echtheit des Dokuments wurde damit weiter in Zweifel gezogen, in: ***Der Spiegei,*** Nr, 41, 1980, S. 121 f.

[2] Im Jahre 1957berichtete die schwedische Zeitschrift ***Fria Ord,*** daß der jüdische Journalist MEYER LEWIN gegen den Vater von Anne FRANK wegen Urheberrechtsverletzungen der Bühnenfassung geklagt hatte, in der auch von ihm verfaßte Dialoge vorkamen, die im »Tagebuch< als Original ausgegeben wurden, vgl. Fred BLAHUT, »Anne Frank - The Untold Story«, in: ***The Barnes Review,*** Vol. VII, No 1, Jan./Feb. 2001,5.51 f.

[3] Juliane WETZEL, »Anne Frank-Tagebuch«, in: Wolfgang BENZ (Hg.), ***legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte,*** Deutscher Taschenbuch Verlag, München1^, S. 24.

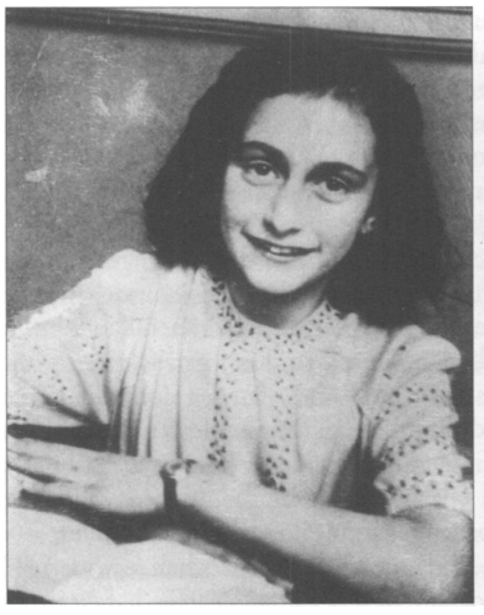
Original unter Verschluß hielt. Als wäre dies nicht genug, boten neben diesen Streichungen grammatikalische und orthografische 'Korrekturen« durch Dritte Anlaß für die immer noch kursierenden Fälschungsanschuldigungen. Hinzu kam, daß diese 'Überarbeitungen« »bei den Übersetzungen in andere Sprachen unterschiedlich übernommen wurden und dadurch Ausgaben mit inhaltlichen Abweichungen in den verschiedenen Ländern auf den Markt kamen.«[4] Auch und gerade in der deutschen Übersetzung wurden holländische Ausdrücke 'mißverstanden« und der Text um einige Passagen mit antideutschen Aussagen bereinigt, um den deutschen Leser nicht vor dem Kopf zu stoßen. Man ist hier zwangsläufig geneigt zu fragen: pure Rücksichtnahme oder befremdlicher Geschäftsinn?

Aber der Erfolg war dennoch zunächst äußerst mäßig. Die deutsche Übersetzung, die im Kleinverlag Lambert Schneider 1950 erschien, hatte eine Auflage von weniger als 5000 Exemplaren, die sich überaus zäh und zumeist nur an Büchereien verkauften. Erst als eine Bühnenfassung Mitte der fünfziger Jahre in den USA und kurz danach in über 30 Staaten aufgeführt wurde, verlegte in Deutschland der S. Fischer Verlag 1955 Anne FRANKS Aufzeichnungen als Taschenbuch in Lizenz.



Eine Kladde des Anne FRANK-Tagebuches, im Anne FRANK-Museum,

[4] Ebenda, S. 25. Es scheint eine bemitleidenswerte Strategie der Mitarbeiter um Wolfgang BENZ ZU sein, die Quellen selektiv zu nutzen; in diesem Artikel gibt es keinen Hinweis auf das Gutachten des Bundeskriminalamtes von 1980 (s. Anm. t) über Kugelschreibereintragungen im Original und das spätere Fehlen dieser Seiten im niederländischen Gutachten, obwohl ein Exemplar des *Spiegei* auch an der Technischen Universität Berlin, an der Frau WETZEL damals arbeitete, zugänglich gewesen sein dürfte.



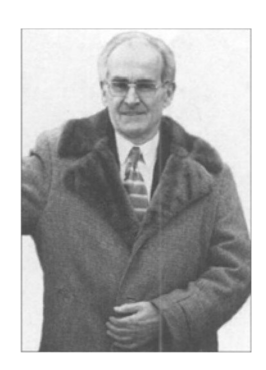


Anne FRANK (1929-1945). **Links:** Das Anne FRANK-Haus in Amsterdam.

»1958 erheben sich erstmals in Deutschland öffentlich Zweifel an der Echtheit des >Tagebuches<. Geäußert von dem Lübecker Studienrat Lothar STIELAU und dem Landwirt Heinrich BUDDEBERG. Otto FRANK erstattet Strafanzeige.«[5] Das Interessante an dem bis 1961 dauernden Prozeß wegen Stielaus Zweifel vom 10. Oktober 1958 in der Lübecker Schulzeitung *Der OZDW* ist nicht der Vergleich, den beide Parteien schließen mußten und der sehr zum Nachteil von Otto FRANK ausfiel, sondern sind die zwei Sachverständigen-Gutachten, Die vom Gericht beauftragte Graphologin Minna BECKER kam zu dem Schluß, daß die Aufzeichnungen von ein und derselben und damit von Anne FRANKS Hand seien. Das Gutachten einer Lektorin für Niederländisch kam allerdings zu ganz anderen Ergebnissen; von einem >Tagebuch' im klassischen Sinn könne keine Rede sein, da sich in dem besagten Poesiealbum aus dem zweiten Halbjahr 1942 nur kreuz-und-quer-Eintragungen befänden. Allein der 28. September komme auf acht verschiedenen Seiten vor. Seltsam seien auch die vielen unbeschriebenen Blätter angesichts der zu diesem Zeitpunkt bereits herrschenden chronischen Papierknappheit. Daneben gab es noch zwei Kladden mit Eintragungen vom 22. Dezember 1943 bis zum 1. August 1944. Zwischen den letztgenannten Kladden existiert eine erhebliche Lücke, so daß eine Kladde als verschollen gilt. Besonders auffälig war ein Konvolut von über 300 Blättern Durchschlagpapier. Die meisten Eintragungen fanden sich hier noch einmal, allerdings erheblich dramatischer, gefährlicher, teilweise lebensbedrohender. Laut Otto FRANK soll Anne hier ihre gesammelten Erlebnisse und Überlegungen noch einmal aufgezeichnet haben. Eigentümlich ist dabei nur, daß Anne FRANK in ihrem >Tagebuch< über

[5] Gerd KNABE, ***Die Wahrheit über das Tagebuch der Anne Frank,*** Winkelberg, Knüllwald 1994, S. 22.

diesen zeitraubenden parallelen Vorgang kein Wort verliert. Zu guter Letzt überdauerte noch eine Kladde mit »Geschichten«. Aus diesem 800 Seiten starken Konglomerat stellte Otto Frank mit einigen holländischen Helfern *Das Tagbuch der Anne Trank* zusammen.[6]



Robert FAURISSON war einer der ersten, der die Authentizität des »Tagebuches< von Anne FRANK bestritt.

Am 24. März 1977 empfing Otto FRANK in seinem Hause bei Basel den französischen Historiker Prof. Robert FAURISSON, der die Echtheit des »Tagebuches« bestritten hatte. Dieser legte dem Vater der Autorin eine Reihe von historischen und technischen Ungereimtheiten vor. Angeblich hätten die Untergetauchten im Hinterhaus tagsüber peinlich das Verursachen jeglichen Lärms vermeiden müssen. Sie seien umhergeschlichen, hätten kaum husten noch das WC benutzen dürfen, da die Mauern so dünn gewesen seien und jedes Geräusch den Argwohn des Publikums im Laden des Vorderhauses hätte erwekken können. Dennoch »dröhnt bei den Eingeschlossenen tagtäglich der Staubsauger, rasselt der Wecker, werkeln Tischler, erklingt das Radio; werden Türen geknallt, wird donnernd gelacht, gestritten, geschrieben, geheult, getost. Und das nicht nur an den Wochenenden, wenn das Vorderhaus leer ist«.[7]

Auf diese zahlreichen Widersprüche angesprochen, erwiderte Otto FRANK dem französischen Historiker: »Herr FAURISSON, Sie haben theoretisch und wissenschaftlich recht, und ich stimme Ihnen 100%ig bei... Was Sie mir angaben, war tatsächlich unmöglich. Aber in der Praxis haben sich doch die Dinge so abgespielt.«[8]

Durch diese Ungereimtheiten bestärkt, vertrat im Sommer 1976 auch der Hamburger Rentner Ernst RÖMER die Auffassung, das Tagebuch sei eine Fälschung. »Und wie viele andere seiner Gesinnungsgenossen landete er dafür, von Otto FRANK angezeigt, vor Gericht. Auch RÖMERS erste Instanz verlief nicht anders als aus den früheren Fällen gewohnt (Geldstrafe)... RÖMERS zweite Instanz jedoch wird den Schmähern neuen Stoff liefern. Um das Entstehungsdatum des Anne FRANK-Werks absichern zu lassen, hatte das Hamburger Landgericht das Bundeskriminalamt (BKA) eingeschaltet.«[9] Weigerte sich Otto FRANK noch 1978, die Tagebücher seiner Tochter durch das weltweit renommierte Londoner Institut Heymer & Cox kostenlos überprüfen zu lassen,[10] gewährte er den Sachverständigen des BKA in der Schweiz Einsicht. »Überraschendes Ergebnis: Ein Teil der ins Original geschriebenen Einfügungen, die bislang stets als schriftgleich mit dem übrigen Text galten, sind mit Kugelschreiberpaste geschrieben, entstammen also der Zeit nach

[6] Gerd KNABE, ebenda, S. 22

[7] Ebenda, S. 23

[8] Ebenda.

[9] »Blaue Paste«, in: ***Der Spiegel,*** Nr. 41, 6. 10. 1980, S. 121.

[IC] Er war vielleicht schon vorgewarnt, denn dort waren bereits die Mussolini-Tagebücher als Fälschungen entlarvt worden.

1951 - Einführungsjahr des Kugelschreibers«, mußte 1980 in einem Bericht über den Prozeß selbst das Hamburger Nachrichtenmagazin ***Der Spiegel*** einräumen.[11] Das Gutachten erlaubte noch weitergehende Schlußfolgerungen, es legte sogar nahe, »daß sämtliche Aufzeichnungen erst nach 1950 angefertigt wurden, mithin das >Tagebuch- insgesamt nicht authentisch ist«.[12]

Die Hamburger Graphologin Minna BECKER hatte 1960 anläßlich des Verleumdungsprozesse gegen STIELAU in Lübeck die Einheit der gesamten schriftlichen Hinterlassenschaft bekundet: »Die Schrift der Tagebuchaufzeichnungen in den drei festen Büchern - Tgb. I, II und III - einschließlich aller Aufzeichnungen und Zusätze auf den eingeklebten Zetteln in Tgb. I sowie die Schrift auf den 338 Seiten der losen Seitenpapierblätter - LB - einschließlich aller auf diesen vorgenommenen Verbesserungen und Einführungen ist mit der Handschrift der Anne FRANK identisch.«[13]

Ausgaben des >Tagebuches





Der Spiegel schlußfolgerte daraufhin messerscharf: »Wenn aber die Handschrift der ursprünglichen Notizen identisch wäre mit dem Schriftbild der Einführungen, müßte ein Erfinder am Werk gewesen sein.. .«,[14] um im gleichen Satz die Logik an den Nagel zu hängen: ».,. was angesichts der strittigen Beweiskraft der Graphologie auch jetzt nicht ernsthaft zu behaupten ist«.[15] 1960 war die Beweiskraft der Graphologie eben dieser Graphologin so beweiskräftig gewesen, daß der Lübecker Studienrat Lothar STIELAU aus dem Schuldienst entfernt wurde.

Dennoch räumt ***Der Spiegel*** zusammenfassend ein: »Sicher ist gleichwohl, daß das, was die Welt bewegte, nicht durchweg aus Anne FRANKS Hand stammte. Bei der Herausgabe ist das Tagebuch durch zahlreiche Manipulationen verändert worden. Eine Originalfassung wurde nie veröffentlicht. Statt dessen entwickelten die Editoren, vorweg der Mitte dieses Jahres verstorbene Otto FRANK, ein Uberengagement, das sich wohl nur aus den belastenden Zeitumständen erklären läßt.«[16] Wie läßt sich bloß das handzahme Mitgefühl und Verständnis des ansonsten so bissigen Hamburger Magazins in diesem Fall erklären?

Nach Bekanntwerden dieses Gutachtens platzten in der Bundesrepublik Deutschland in der Folgezeit gleich mehrere Prozesse gegen Angeklagte, die die Echtheit der Tagebücher in Frage stellten. Otto FRANK starb wenige Monate später. Im Nachtrag zur dritten Auflage seiner ***Vergangenheitsbewältigung*** stellte Armin MÖHLER erleichtert fest: »Einer der großen Mythen der Ver-

[11] ***Der Spiegel,*** aaO. (Anm. 9).
[12] Ebenda.
[15] Zitiert nach: ebenda.
[14] Ebenda., S. 121 f.
[15] Ebenda, S. 122.
[16] Ebenda; siehe auch: Caroll Ann LEE, ***Otto Frankes Geheimnis,*** Piper, München 2005.

gangenheitsbewältigung ist zusammengebrochen: der um das Tagebuch der Anne FRANK, Die Kenner wußten schon lange, daß da etwas nicht stimmt. Der *Spiegel* vom 6. 10. 1980 hat in einem ausführlichen Artikel die Katze aus dem Sack gelassen,. ,«[17]

Er sollte sich zu früh gefreut haben. Nach dem Tode Otto FRANKS gelangten die Originale der Tagebücher ins >Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie<, das Niederländische Staatliche Institut für Kriegsdokumentation, das nun seinerseits ein Gutachten im >Gerechteleijke Laboratorium< (Gerichtslaboratorium des Justizministeriums) in Auftrag gab, das sich jahrelang hinzog.[18] Das Ergebnis dieser Begutachtung war eine 792 Seiten umfassende deutsche Ausgabe des Gegengutachtens unter dem Titel *»Die* Tagebücher der Anne Frank«,[19] in der alle Varianten der bisherigen Ausgaben vereinigt waren.

Seiner kritischen Studie über das Tagebuch der Anne FRANK stellte Gerd KNABE 1994 Beteuerungen verschiedener Ausgaben als Motto voran:

So heißt es 1955: »... die Wahrheit, die ganze Wahrheit.« 1988: »... erstmals eine vollständige und getreue Wiedergabe...« Und 1991: »... die endgültige deutsche Fassung,..«

Sollten in Zukunft die Seiten wieder auftauchen, auf denen in blauer, schwarzer und grüner Kugelschreiberpaste Korrekturen angebracht wurden, wird dies sicherlich nicht zu einer erneuten Infragestellung der Authentizität der Tagebücher führen. Vielmehr ist mit milliardenschweren Schadensersatzklagen gegen die Kugelschreiberindustrie zu rechnen, da durch diese Aufzeichnungen bewiesen ist, daß die Paste nicht erst 1951 in einem amerikanischen Laboratorium erfunden wurde, sondern bereits im Kriege durch ein hochbegabtes jüdisches Kind in einem >Achterhuis< in der Amsterdamer Prinsengracht 263.

Anne FRANK war ein Kind mit einem tragischen Kriegsschicksal, das sie mit Millionen anderer Kinder vieler Nationen geteilt hat; insbesondere zio-

[17] Armin MÖHLER, *Vergangenheitsbewäliigung,* Sinus, Krefeld '1980 S. 123; ähnlich in: ders., ***Der Nasenring,*** Langen Müller, München 1996, S. 254 f.

" Frau WETZEL erweckte ¡n ihrem Beitrag den Eindruck, als sei das 1981 in Auftrag gegebene Gutachten auch in selben Jahr herausgegeben und als sei dort die Echtheit der Tagebücher zweifelsfrei bestätigt worden; vgl. WETZEL, aaO. (Anm. 3), S. 25. In Wirklichkeit benötigte man bis zum Jahre 1986 für die Fertigstellung des Gutachtens. Man räumte ein: »Keiner von diesen sieben Begutachter [sic!] kann als Spezialist auf dem Gebiet der Judenverfolgung oder Anne FRANK gelten.« Diese kommen daher zu dem eher mageren Ergebnis, daß das Tagebuch »mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit echt« sei. Fast alle Kugelschreiber-Korrekturen waren inzwischen verschwunden; siehe auch: Hartmut **LÜCK,** »Spur eines Kindes«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 1. 8. 1986.

1' Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie - Niederländisches Staatliches Institut für Kriegsdokumentation (Hg.), *Die Tagebücher der Anne 1 rank,* S. Fischer, Frankfurt/M. 1988 (zweite Auflage 1993).

nistische jüdische Kreise legen heute auf die Authentizität der Tagebücher keinen gesteigenen Wen mehr, da Anne FRANK ihnen zu »universalistisch«, also zu wenig »jüdisch« ist. Man erwog daher auch kürzlich ernsthaft, die »Heiligsprechung« aufzuheben und die Jungmädchen texte wegen des »»begrenzten Interesses an jüdischen Themen« »aus dem Kanon wichtiger Holocausttexte zu entfernen«.[20] Olaf Rose

[20] Peter NOVICK, ***Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord,*** Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart-München [2]2001, S. 163.

Doppelagent Willy Brandt?



Willy BRANDT im Jahre 1945: Paßbild im norwegischen Armeeausweis.

Kurt SCHUMACHER, Vorsitzender der wiedergegründeten SPD nach dem Krieg und im Bundestag Oppositionsführer, hielt Konrad ADENAUER einmal vor, »Kanzler der Alliierten« zu sein. Doch das gilt erst recht für einen prominenten SPD-Politiker, der nach 1969 ebenfalls Bundeskanzler war: Willy BRANDT.

Daß BRANDT, der die Jahre zwischen 1940 und 1945 im schwedischen Exil verbrachte, während des Krieges eng mit dem britischen und amerikanischen Geheimdienst (OSS) zusammenarbeitete, ist schon seit längerem bekannt. Doch vor einer Reihe von Jahren tauchte im amerikanischen Nationalarchiv eine unbekannte Akte auf, aus der hervorgeht, daß BRANDT auch über den Zweiten Weltkrieg hinaus und vermutlich intensiver, als bisher angenommen, für den OSS arbeitete.

Die Akte datiert vom 24. Mai 1945 und enthält einen Bericht über vier kommunistische Parteiführer in Norwegen. BRANDT informierte die Amerikaner, die eine kommunistische Unterwanderung des skandinavischen Landes befürchteten, über die Tätigkeit der KP-Zelle und wies darauf hin, daß die kommunistische Agitation unter der norwegischen Arbeiterschaft bereits Fortschritte gemacht habe.

Bislang ging die Forschung davon aus, daß sich das Verhältnis zwischen BRANDT und den Amerikanern ab Herbst 1944 abkühlte. Im Licht des neuen Dokumentenfundes kann davon keine Rede mehr sein, zumal ein OSS-Sachbearbeiter an den Rand der Akte noch einen Vermerk schrieb, in dem BRANDTS Dienste ausdrücklich als wertvoll bezeichnet werden (»durch und durch mit den norwegischen Angelegenheiten vertraut«).



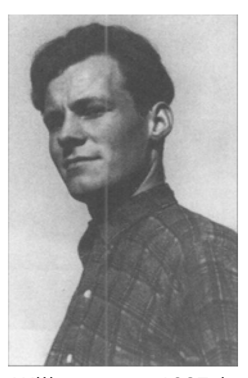
Peter KLEIST, *Wer ist Willy Brandt? Eine Antwort in Selbstzeugnissen,* Rosenheim [4]1976.

Im Licht der neuen Aktenfunde stellt sich die Frage, wann BRANDTS Kooperation mit dem OSS tatsächlich endete, Oder versorgte der spätere Bundeskanzler, der wegen seines Verrats erpreßbar war, den US-Geheimdienst noch länger mit Informationen? Tatsache ist, daß die Amerikaner BRANDT nach seiner Rückkehr nach Deutschland als eifrigen Umerzieher besonders schätzten und unterstützten, hatte er dem US-Gesandten in Stockholm doch schon 1944 den Vorschlag unterbreitet, den größten Teil Ostpreußens mit Königsberg an Polen auszuliefern, möglicherweise, um sich von seiner Vergangenheit reinzuwaschen. Denn diese wies - in den Augen der Amerikaner - einige grobe Schönheitsfehler auf. So argwöhnten westliche Geheimdienstler nicht ohne Grund, BRANDT habe eine Zeitlang mit dem Sowjetgeheimdienst NKWD zusammengearbeitet.

Die pikanten Details finden sich im Aktenmaterial eines ehemaligen Obersten aus der KGB-Registratur, der mit seinen ins Ausland geschmuggelten Dokumenten 1992 zunächst beim britischen Geheimdienst Zuflucht suchte.

In London firmierte der Mann unter dem Codenamen >Curb<. Den bundesdeutschen Verfassungsschützern lieferte er in den neunziger Jahren präzise Hinweise auf das sowjetische Agentennetz in Deutschland. Mindestens 50 Verratsfälle konnten dank >Curbs< Hinweisen aufgedeckt werden. In Geheimdienstkreisen gilt die Quelle deshalb als absolut »nachrichtenehrlich«.

Nur: >Curb< ließ sich nicht nur über das sowjetische Agentennetz aus, sondern versetzte auch der bundesdeutschen Ikone Willy BRANDT einige herbe Kratzer, weshalb sowohl der seinerzeitige Verfassungsschutzchef FRISCH als auch führende SPD-Politiker, die Akteneinsicht hatten, striktes Stillschweigen über die »Curb<-Dokumente bewahrten. Penibel zeichnete der Informant aus London nach, wie BRANDT jahrelang mit den Sowjets kooperiert hatte.



Willy BRANDT 1937 in Barcelona. Er wollte vom »Schauplatz des Widerstandes« berichten. Aus: Willy BRANDT, *Erinnerungen,* Propyläen, Frankfurt/M. 1989.

Der Beginn der Zusammenarbeit fällt demnach in das Jahr 1941, als BRANDT, 27jähriger Exilant und leitender Aktivist der Sozialistischen Arbeiterpartei, in Stockholm von STALINS Agenten kontaktiert wurde. BRANDT habe dabei, heißt es bei »Curb<, eifrig eigene Vorschläge unterbreitet. Doch der NKWD hatte andere Pläne. Er schickte den deutschen Exilanten ins Nachbarland Norwegen, wo er Nachrichten über die deutschen Besatzungstruppen sammeln sollte.

BRANDT sammelte. Mehrere technische Informationen und Quellen berichte aus seiner Feder sind allein dem Schlachtschiff >Tirpitz< gewidmet, das 1944 bei Tromsö in der Nähe von Narvik vor Anker lag und bei einem britischen Bomberangriff im November zerstört wurde. 1204 deutsche Seeleute kamen dabei ums Leben. Auch für den NKWD war das schwerbewaffnete Kriegsschiff von erheblichem Interesse. Die britischen Bomber kamen sowjetischen womöglich nur zuvor, die sich auf BRANDTS hochbrisante Detailinformationen hätten stützen können.

Es blieb nicht bei den Berichten über die >Tirpitz<. Neun Monate lang, alle zwei Wochen, traf sich BRANDT mit den sowjetischen Agentenführern. Zumindest einmal, berichtet >Curb<, habe der Mann aus Lübeck für seine Spitzeldienste die Summe von 500 Kronen erhalten. Ein Doppel der Quittung verblieb beim KGB und sollte nach dem Krieg die Wiederaufnahme der Kontakte mit BRANDT »erleichtern<.

In Bonn wurden in den neunziger Jahren alle Anfragen wegen der sensationellen >Curb<-Dokumente mit eisernem Schweigen beantwortet. Einzelheiten erfuhr offenbar bereits SCHRÖDER-Vorgänger Helmut KOHL, der an die Verfassungsschützer ebenfalls die Parole »Stillhalten< ausgab. Und nach der rot-grünen Machtübernahme 1998 drangen erst recht keine belastenden Einzelheiten mehr an die Öffentlichkeit. Die Ikone Willy BRANDT sollte unbeschädigt bleiben.

Karl Richter

Deutschland muß vernichtet werden

Diese Sprache des Hasses ist der Titel des Buches von Theodore N. KAUFMAN *Germany must perish)* KAUFMAN war Präsident der amerikanischen Friedens Vereinigung »American Federarion of Peace<. Er schrieb das Buch noch vor dem offiziellen Kriegseintritt der USA im Jahre 1941. Es bot ein trauriges Zeugnis von Hetze und Verleumdung, deren Gift noch heute weiterwirkt. Weitere Bücher dieser Art erschienen damals in den USA.[2]



Theodore N. KAUFMAN, *Germany must perish*, Eigenverlag, New York 1941.

Daß Deutschland in der Kulturwelt dagegen als »Land der Dichter und Denker« bekannt war und große Maler und Musiker hervorbrachte, verschweigt er ebenso wie die Tatsache, daß Deutschland nie die USA bedrohte und überhaupt nicht in der Lage war, sie anzugreifen.

Man darf diese ungewöhnliche Hetzschrift nicht isoliert betrachten. Nordamerika hatte schon im Ersten Weltkrieg eine noch nie erlebte Antideutschenhetze in Szene gesetzt. Präsident WILSON ernannte 1917 den 1876 geborenen George CREEL zum Chef der Kriegspropaganda. CREEL war Journalist im schlechtesten Sinne des Wortes. Er hat das gesamte Lügenrepertoire aufgeboten, das dann auch im Zweiten Weltkrieg gängig war. Das kaiserliche Deutschland strebe die Weltherrschaft an! Deutschland wolle die ganze Welt versklaven! CREEL sprach auch vom allgemeinen Entsetzen über die deutsche Kriegführung. Die deutsche Alleinschuld am Krieg hatte er schon 1917 seinen Landsleuten eingetrichtert. Die Alliierten kämpften natürlich für Humanität, Völkerrecht und Zivilisation. Eine intensive Propaganda gegen das Reich wurde mit Büchern, Filmen und Kurzvorträgen gemacht. Berüchtigt waren die >College-Vier-Minuten-Redner<, die in rund einer Million Kurzvorträgen intensive Kriegspropaganda betrieben.[1]

Wiedergegeben seien die übelsten Sätze von KAUFMAN, mit denen dem amerikanischen Volk, das im Gegensatz zu seinem Kriegspräsidenten F. D.

[1] Theodore N. KAUFMAN, ***Germany must perish,*** Argyle Press, Newark, New York, 1941; deutsche Übersetzung u. a. von Erich TEICH, Bochum, o. J. Erste deutsche Übersetzungen erschienen kurz nach Veröffentlichung der amerikanischen Ausgabe auf Veranlassung von Reichspropagandaminister Dr. Joseph GOEBBELS in deutschen Zeitungen, so am 24, Juli 1941 auszugsweise im ***Völkischen Beobachter,*** und im September 1941 als Broschüre.

[2] In den Kriegsjahren erschienen weitere deutschfeindliche Bücher in den USA, so u. a. Louis NLZER, ***What to do with Germany? (Was sollen wir mit Deutschland machen<)*** 1943/44, woraus Zitate im Beitrag Nr. 344, »Nizer: Was sollen wir mit Deutschland tun?« gegeben sind.

[3] Erwin WEIS, ***USA-Propaganda gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg,*** Essener Verlags-Anstalt, Essen 1943.

ROOSEVELT den Krieg nicht wollte, 1941 ein unsinniger Haß gegen die Deutschen eingeimpft wurde. Das Buch ist aber zugleich auch entlarvend für die Drahtzieher eines menschenverachtenden und politisch verlogenen Denkens, das wie im Ersten Weltkrieg auch im Zweiten die öffentliche Meinung in den USA zum Kampf gegen Deutschland umpolte,[4] das die USA weder bedrohte, noch angegriffen hatte, noch je dazu in der Lage war:[5]

»Der jetzige Krieg ist kein Krieg gegen Adolf HITLER. Genausowenig ist er ein Krieg gegen die Nazis. Er ist ein Krieg von Völkern gegen Völker; von zivilisierten Völkern, die Licht im Bewußtsein tragen, gegen unzivilisierte Barbaren, die die Dunkelheit lieben. Von Völkern jener Nationen, die voller Hoffnung in einen neuen und besseren Abschnitt des Lebens vorwärtsdrängen wollen, gegen die Völker einer Nation, die mit Begeisterung ins finstere Mittelalter zurückkehren wollen. Es ist ein Kampf zwischen der deutschen Nation und der Menschheit. HITLER ist für diesen Deutschen Krieg nicht mehr Schuld zuzuschreiben als dem Kaiser für den letzten. Oder als BISMARCK. vor dem Kaiser. Diese Männer waren nicht die Urheber oder Führer von Deutschlands Kriegen gegen die Welt. Sie spiegeln nur die jahrhundertealte angeborene Lust der deutschen Nation nach Eroberung und Massenmord wider.«[6] (S. 5)

»Und es gibt eine und nur eine solche totale Strafe: Deutschland muß für immer beseitigt werden! Als Tatsache - nicht als Wunschbild!« (S. 7)

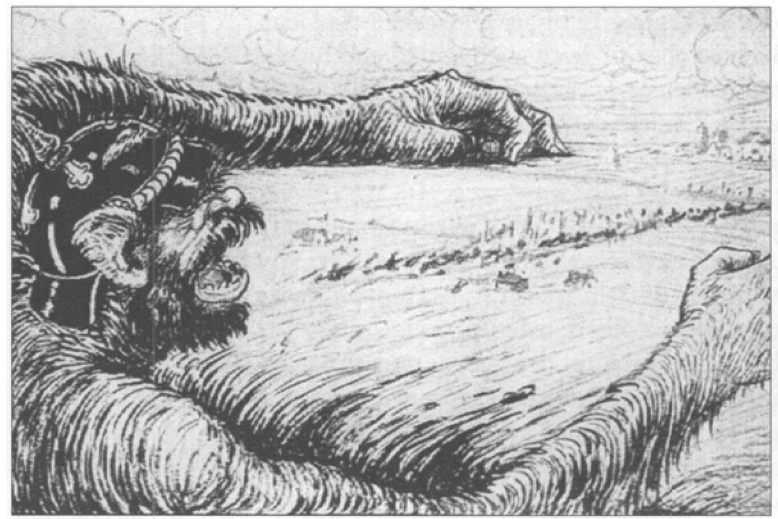
[4] Einen Versuch, KAUFMAN als Einzelgänger und sein Buch als bedeutungslos und wirkungslos hinzustellen, nahm u. a. Wolfgang BENZ vor, »JudenVernichtung als Notwehr«, in: ***Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,*** 29. Jg. 1981, S. 615-630; ders., in: Wolfgang BENZ (Hg.), ***Legenden, Lügen, Vorurteile,*** Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1999, S. 88 ff.'

[4] Wie ungeheuer die Antideutschenhetze in den USA noch vor Beginn des Zweiten Weltkrieges war, erfahren wir aus polnischen Akten, die 1939 in Warschau erbeutet und 1940 vom Auswärtigen Amt ¡n Berlin veröffentlicht wurden; siehe u. a.: **POTOCKI**-Berichte (Beitrag Nr. 145, »Der Potocki-Bericht«.)

[6] Zu: »Lust der deutschen Nation nach Eroberung und Massenmord... « Der Verfasser hat ein schwaches Gedächtnis. Erinnern wir uns an den Spanisch-amerikanischen Krieg von 1898. Die Volksstimmung in den USA war damals kriegerisch, und die Hetze der Presse war einmalig. Die ***Post*** schrieb: »Ein neues Bewußtsein ist über uns gekommen - das Bewußtsein unserer Stärke - und mit ihm ein neuer Appetit - das Verlangen, unsere Kräfte zu zeigen.«[7]

Der amtierende Präsident Theodore ROOSEVELT (1858-1919) schrieb damals: »This country needs a war!« (Dieses Land braucht einen Krieg!). Th. ROOSEVELT kämpfte selbst an der Spitze von Freiwilligen, den sogenannten >Rauhreitern<, auf Kuba gegen die Spanier.

[7] Foster Rhea DULLES, ***Amerikas Weg zur Weltmacht 1898 bis 1950,*** Deutsche Verlags-Anstah, Stuttgart 1957, S. 44.





Der Deutsche als >wilde Bestie« war ein beliebtes Motiv der westalliierten Propaganda, sowohl *links* im Ersten Weltkrieg als auch *rechts* im britischen *Punch* vom 18. Oktober 1939. Beide Zeichnungen aus: F2, *Vorsicht Fälschung,* München 1991.

»Das deutsche Volk in solcher Analogie mit einer wilden Bestie zu verbinden ist kein geschmackloser Vergleich. Ich empfinde gegenüber diesem Volk persönlich nicht mehr Haß, als ich gegenüber einer Herde wilder Tiere oder einem Schwarm giftiger Kriechtiere empfände.« (S. 16)

»Die Deutschen sind ein abscheuliches Volk! Sie denken und träumen nichts anderes als Niederträchtigkeiten... Ihr Land zu Heben bedeutet für sie jedes andere Land zu verachten, zu verhöhnen und zu beleidigen. Sie sind kaum in der Lage etwas anderes zu tun, als zu hassen und zu lügen.« (S. 23)

»Weil es vor Tausenden von Jahren keine Anstrengungen unternommen hat, zivilisiert zu werden wie seine Nachbarn, ist Deutschland heute ein Außenseiter unter allen zivilisierten Nationen. Die Entwicklungen, für deren Aufnahme andere Nationen Tausende von Jahren benötigten, können nicht von Deutschland plötzlich über Nacht aufgenommen werden. Infolgedessen wird Deutschlands Weiterbestehen unter ihnen in zunehmendem Maße schädlich für die besten Interessen der zivilisierten Nationen.« (S. 80)

Wie verlogen KAUFMAN schreibt, zeigt der Absatz, in dem er dem damals in Deutschland gesungenen Horst-WESSEL-Lied einen falschen Text unterstellt, der im fernen Amerika geglaubt wurde und Furcht wie Haß hervorrief:

»,., an ihrer Stelle steht jene braungehemdete Legion, die jenes ruhmreiche Horst-WESSEL-Lied singt: heute Europa, morgen die ganze Welt! Aufgeklärte Vernunft mit pervertierten Sängern eines Welt-Grab-Gesanges, komponiert von einem Trunkenbold, geschrieben in einem Bordell und gewidmet einem Zuhälter?« (S. 85)

Dann folgen kriminelle Überlegungen zum »Tod für Deutschland«, die im Strafrecht Mord genannt werden. Allein das Vorhaben wäre nach Ansicht des späteren Siegertribunals von Nürnberg schon zu ahnden:

»So finden wir, daß es keinen Mittelweg gibt; keinen Akt der Vermittlung, keinen Kompromiß, auf den man sich einigen kann, keine politische oder wirtschaftliche Teilhabe, die erwogen werden kann. Letztendlich gibt es keine andere Lösung außer der einen: daß Deutschland für immer von dieser Erde verschwinden muß!« (S. 87)

»Wenn ein einzelner einen vorbedachten Mord begeht, muß er darauf gefaßt sein, daß er dadurch sein eigenes Leben verwirkt hat. Wenn eine Nation einen vorbedachten Mord an ihren Brudernationen begeht, muß sie darauf gefaßt sein, ihr eigenes Leben als Nation verwirkt zu haben. In diesem Punkt sind die Gesetze der Menschen und Gottes eindeutig: >Auge um Auge, Zahn um Zahn und Leben um Leben«.« (S. 88)

»Um das Ziel einer Auslöschung der Deutschen zu erreichen, wäre es nur erforderlich, etwa 4800000 zu sterilisieren - eine Zahl, die Männer über 60 und Frauen über 45 wegen ihrer begrenzten Fortpflanzungsfähigkeit ausschließt. Was die der Sterilisation zu unterwerfenden Männer betrifft, so wären die Armee-Gruppen als organisierte Einheiten am leichtesten und schnellsten zu behandeln. Nimmt man 20000 Chirurgen als eine willkürliche Zahl an und geht davon aus, daß jeder mindestens 25 Operationen am Tag ausführen kann, würde es nicht mehr als höchstens einen Monat dauern, um ihre Sterilisation durchzuführen. Naturgemäß wird, je mehr Arzte verfügbar sind, und viel mehr als die 20000 von uns erwähnten wären verfügbar, betrachtet man alle Nationen, aus denen sie rekrutiert werden könnten, um so weniger Zeit benötigt werden.« (S. 92)

Diese letztgenannten Bestrebungen von KAUFMAN sind nach 1945 nicht unmittelbar durchgeführt worden, aber manche Praktiken der Nachkriegspolitik, die zum Geburtendefizit und zur Ausländerüberfremdung in Deutschland führten, weisen in die gleiche Richtung und können zu dem gleichen Ergebnis führen. KAUFMAN schlug vor:

»Deutschland hat seinen Krieg verloren. Es bittet um Frieden. Die dringenden Forderungen des triumphierenden Volkes, daß Deutschland für immer verschwinden muß, machen es für die Führer zur Pflicht, Massensterilisation der Deutschen als das beste Mittel zu wählen, um sie für immer auszulöschen. Sie gehen wie folgt vor:

1. Entwaffne die deutsche Armee sofort und vollständig und lasse alle Kriegsausrüstungen von deutschem Gebiet entfernen.

2. Stelle alle deutschen Versorgungs- und Schwerindustrie-Werke unter schwere Bewachung, und ersetze deutsche Arbeiter durch solche alliierter Nationalität.

3. Teile die deutsche Armee in Gruppen ein, konzentriere sie in scharf abgegrenzte Gebiete, und sterilisiere sie insgesamt.

4. Erfasse die Zivilbevölkerung, sowohl männliche wie weibliche, in Gebiets-Sektoren, und bewirke die Sterilisation.

5. Teile die deutsche Armee (nach Abschluß der Sterilisierung) in Arbeitsbataillone, und setze ihre Arbeitskraft zum Wiederaufbau jener Städte ein, die sie zerstört haben.

6. Teile Deutschland auf, und verteile sein Land; die beigefügte Landkarte gibt eine gewisse Vorstellung von möglichen Grenzberichtigungen, die in Verbindung mit Deutschlands Auslöschung gemacht werden können.

7. Beschränke sämtlichen zivilen Reiseverkehr über die festgesetzten Grenzen hinaus, bis die ganze Sterilisation abgeschlossen ist.

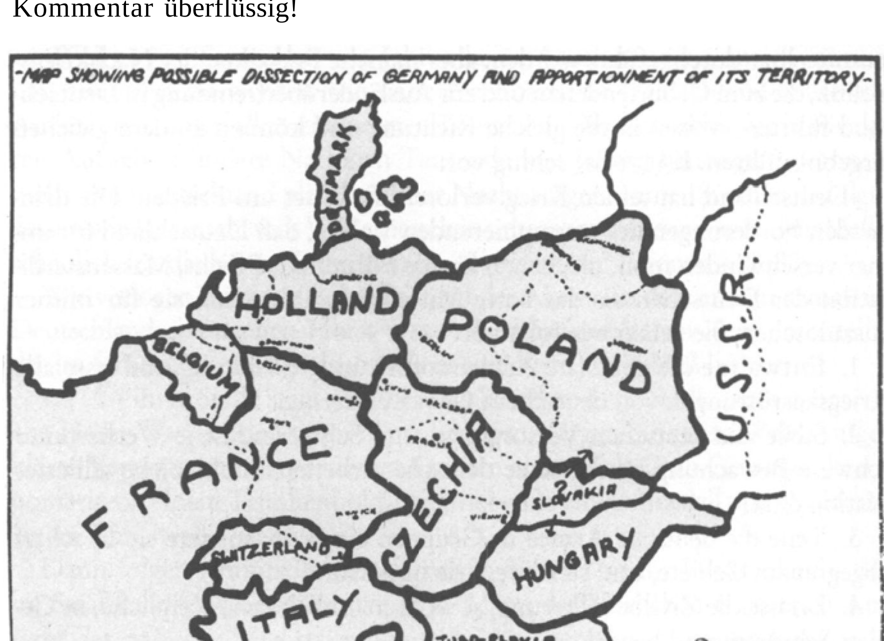
8. Zwinge die deutsche Bevölkerung der aufgeteilten Gebiete, die Sprache ihres Gebietes zu lernen und innerhalb eines Jahres die Veröffentlichung sämtlicher Bücher, Zeitungen und Aufzeichnungen in der deutschen Sprache zu beenden, ebenso wie die Sendungen im deutschsprachigen Rundfunk zu beschränken und die Unterhaltung deutschsprachiger Schulen aufzugeben.

Theodore N. KAUFMAN (1910-1978).



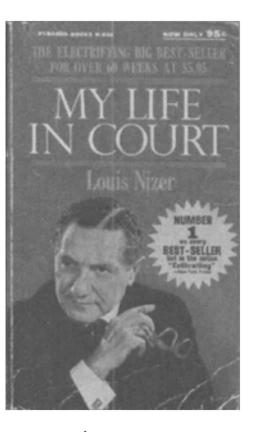
9. Laß eine Ausnahme bei der sonst unnachgiebig strengen Durchsetzung der vollständigen Sterilisation zu, indem von solcher Behandlung nur jene Deutsche ausgenommen werden, deren Verwandte als Bürger verschiedener Siegernationen die finanzielle Verantwortung für ihre Auswanderung und ihren Lebensunterhalt sowie die moralische Haltung solcher Personen übernehmen. So gerät in Vergessenheit, daß ein Deutschland einmal existiert hat.« CS. 94)

KAUFMAN fügte seinem Buch die folgende Karte seiner Wunschvorstellungen über die völlige Aufteilung Deutschlands unter dessen Nachbarn bei: Kommentar überflüssig!



Nizer: Was sollen wir mit Deutschland machen?

Louis NIZER, Mitglied der B'nai-B'rith-Loge,[1] schrieb 1943/44 sein Buch *What to do with Germany?*[2] über Deutschland. Soviel Unsinn und Lüge darin auch zu finden sind, so darf man doch nicht daran vorbeigehen, denn die falschen Ansichten der Amerikaner über Deutschland sind zum Teil in diesem Buch begründet, das Pflichtlektüre für ROOSEVELTS Kabinett war und von General EISENHOWER, dem alliierten Oberbefehlshaber in Europa 1944/45, in 100000 Exemplaren an seine Truppen verteilt wurde.



Louis NIZER (1902-1994) war nicht nur ein Prominenten-Anwalt, sondern auch ein Bestseller-Autor.

NIZER sieht in den Deutschen »Millionen von Mördern« und meint, daß diese »Verbrecherbande ein ganzes Volk umfaßt« (S. 7). Wenn dies nur die Ansicht eines Irren gewesen wäre, brauchte man sich nicht damit zu befassen. Leider wurden und werden aber solche unsinnigen Äußerungen geglaubt, und sie beeindrucken Zeitgenossen, die sich von jedem Zerrbild beeinflussen lassen, wenn es nur in grellen Farben die Sinne zu betören versteht.

In Beantwortung der Frage »Was sollen wir mit Deutschland machen?« nennt NIZER folgende Möglichkeiten (S. 7-13): 1. Ausrottung, 2. Zuchtwahl, 3. politische Aufteilung und 4. Zwangsverschickung. Wir finden diese Überlegungen im »MORGENTHAU-Plan« wieder, der, im September 1944 bereits von ROOSEVELT und CHURCHILL gebilligt, zunächst 1945/46 die alliierte Besatzungspolitik in Westdeutschland maßgeblich bestimmte. NIZER untermauert seine Vernichtungsthesen mit dem Propagandatrick, Deutschland wolle die Welt erobern (S. 12). Dabei stammt der Spruch »all over the world« nun wirklich nicht aus der deutschen Sprache. Daß dagegen die Schlachtflotte der USA 1907-1909 zur Demonstration ihrer Stärke die Welt umfuhr, war gewiß kein Zeichen bloßer Friedensliebe.[3] Doch nehmen wir aus NIZERs Buch nur wenige Zeilen, um die historischen Lügen aufzuzeigen:

Auf Seite 25 steht: »Die Deutschen vernichteten die lateinische Zivilisation im Jahre 378 in der Schlacht bei Adrianopel.« Die Geschichte lehrt dagegen, daß 378 die Goten den römischen Kaiser VALENS dort besiegten, also weder »die Deutschen« noch »die lateinische Zivilisation« sind richtig, wobei

[1] Am 13. 10. 1843 wurde von dem in Hamburg geborenen Heinrich JONAS (in USA nannte er sich Henry JONES) in New York die jüdische Freimaurerloge B'nai B'rith (>Söhne des Bundes«) gegründet. In den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wurden auch im Deutschen Reich derartige Logen gegründet, von denen es 1932 im Reich 103 gab (nach: ***Allgemeine Jüdische Wochenzeitung,*** 3. 7. 1987). Es dürfen nur Juden eintreten. Siehe auch: Jürgen HOLTORF, ***Die verschwiegene Bruderschaft,*** Wilhelm Heyne, München 1983, S. 188.

[2] Louis NIZER, ***What to do with Germany?,*** USA 1943/44; deutsche Übersetzung: ***Was sollen wir mit Deutschland machen***?, Braschaat (Belgien), o. J.

[3] Life, ***Länder und Völker. Die Vereinigten Staaten,*** 1966.

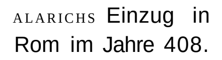
die Frage angebracht ist, was damals Rom in Thrakien (dem heutigen Bulgarien) verloren hatte.[4]

Auf Seite 26 heißt es bei NIZER: »Vier Jahrhunderte nach Adrianopel setzte KARL DER GROSSE die deutsche Tradition fort..weil Krieg von frühester Jugend an ihre Leidenschaft ist. Plündern und Freude an Eroberungen waren die treibenden Kräfte. Aber KARL DER GROSSE hat die Zielaufgabe gestellt. Er gedachte, die Welt zu erobern. . . Er führte jedes Jahr einen Krieg. Seine hervorragenden Gaben wurden zur Ausrottung seiner Nachbarn eingesetzt und zur Ausplünderung ihrer Besitzungen. Die Deutschen folgten ihm mit fanatischer Ergebenheit für die gleichen Grundsätze, die sie anfeuerten, dem Kaiser zu folgen und in unserer Generation dem HITLER.«

Auf Seite 54 faßt NIZER zusammen: »Es ist nicht der Staatslenker des Tages, sei es KARL DER GROSSE, KAISER FRIEDRICH ROTBART, FRIEDRICH WILHELM, der Große Kurfürst, der Kaiser (WILHELM II.) oder HITLER, der den Krieg gegen die Menschheit geführt hat. Es ist das deutsche Volk. Bedingt durch jahrhundertealte falsche Unterweisung - einer wahnsinnigen Philosophie, einer widersinnigen Blut-und-Boden-Rassentheorie, eines mystischen Heidentums -, sind die deutschen Menschen fortwährend die ErzverschwÖrer gegen die Zivilisation. Sie haben sich vorsätzlich verschworen, sie zu zerstören und die gesamte Menschheit ins Sklaventum zu überführen.« Daß KARL DER GROSSE als Frankenkaiser auch ein Ahnherr der Franzosen war, wird geflissentlich unterschlagen.

Soviel Falsches lasen ROOSEVELT und EISENHOWER, empfahlen es ihren Mitarbeitern und vergifteten damit die US-Bevölkerung; es ist daher kein Wunder, wenn die Amerikaner so falsche Vorstellungen von Europa haben. Haß macht blind, sonst würde NIZER geschwiegen haben, da die USA doch

[4] Veit VALENTIN, *Reader's Digest Illustrierte Weltgeschichte*, Das Beste, Stuttgart-Zürich-Wien 1968, S. 206.



ALARICHS Einzug in Rom im Jahre 408.



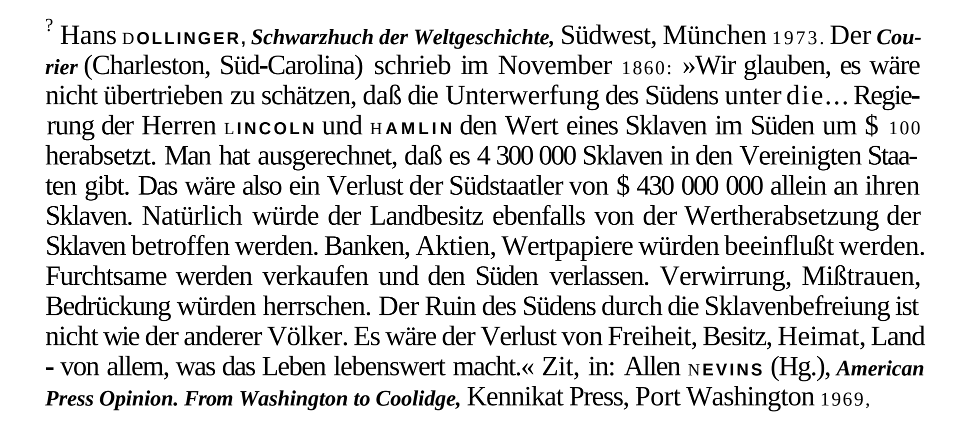
in ihrer lediglich 300jährigen Geschichte außer gegen die Indianer Kriege gegen Mexiko, Spanien, Deutschland im Ersten Weltkrieg (trotz Neutralitätserklärung), gegen Deutschland, Italien und Japan im Zweiten Weltkrieg und danach in Korea, Vietnam, Afghanistan, im Irak und anderenorts geführt haben. Und was Eroberungen anbetrifft, so haben die Amerikaner bekanntlich den Indianervölkern, die sie fast ausgerottet haben, ihr Land genommen und sie in Reservate eingesperrt.



Die sogenannte »Schlacht am Wounded Knee<, bei der Dakota-Indianer unter SITTING BULL durch Schnellfeuerkanonen der US-Armee niedergemetzelt wurden.

Wenn NLZER von Unterdrückung durch Deutsche schreibt, vergißt er die Versklavung von Millionen Negern in den USA, die zwar ein gutes Geschäft bedeutete, aber für alle Zeiten eine Schande für jeden US-Bürger ist. »George WASHINGTON bezahlte selbst nach dem gesetzlichen Verbot des Sklavenhandels im Jahre 1808, als noch mindestens eine weitere Viertelmillion Sklaven aus Afrika bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts nach Amerika eingeschmuggelt wurde, rund 500 Dollar für einen Sklaven für seine Pflanzungen. Und noch im Jahre 1860 kostete ein gesunder Negersklave 1800 Dollar in bar.«[5]

Diese kurze Auflistung von NIZERS Falschaussagen und von Gegenargumenten, die um ein Mehrfaches verlängert werden könnte, mag hier genügen. Sie beweist schon die ganze Verlogenheit und den Haß, unter dem nicht nur das deutsche Volk, sondern viele Länder Europas nach 1945 zu leiden hatten.



[5] Hans DOLLINGER, ***Schwarzhuch der Weltgeschichte,*** Südwest, München 1973. Der ***Courier*** (Charleston, Süd-Carolina) schrieb im November 1860: »Wir glauben, es wäre nicht übertrieben zu schätzen, daß die Unterwerfung des Südens unter die… Regierung der Herren LINCOLN und HAMLIN den Wert eines Sklaven im Süden um $ 100 herabsetzt. Man hat ausgerechnet, daß es 4 300 000 Sklaven in den Vereinigten Staaten gibt. Das wäre also ein Verlust der Südstaatler von $ 430 000 000 allein an ihren Sklaven. Natürlich würde der Landbesitz ebenfalls von der Wertherabsetzung der Sklaven betroffen werden. Banken, Aktien, Wertpapiere würden beeinflußt werden. Furchtsame werden verkaufen und den Süden verlassen. Verwirrung, Mißtrauen, Bedrückung würden herrschen. Der Ruin des Südens durch die Sklavenbefreiung ist nicht wie der anderer Völker. Es wäre der Verlust von Freiheit, Besitz, Heimat, Land - von allem, was das Leben lebenswert macht.« Zit, in: Allen NEVINS (Hg.), ***American Press Opinion. From Washington to Coolidge,*** Kennikat Press, Port Washington 1969,

Der Hooton-Plan

Bereits mitten im Krieg legten vor allem die USA konkrete Planungen für das Nachkriegsdeutschland offen. Die ethnische Zerstörung des deutschen Volkes wurde zum gemeinsamen Nenner, zum Hauptkriegsziel der Alliierten erhoben, schon deshalb, um mit den Sowjetrussen ein koordiniertes Handeln in bezug auf Deutschland zu vereinbaren. ROOSEVELTS Sonderbeauftragter Wendeil WIELKIE, der entsprechende Verhandlungen mit STALIN führte, forderte nämlich im Jahre 1943 »die Abschaffung völkischer Exklusivität«.[1]



Earnest Albert HOOTON (1887-1954).

Dieselbe Zielsetzung stellte im selben Jahr der amerikanische Professor für Anthropologie Earnest Albert HOOTON (1887-1954) in der New Yorker Zeitung *PM's Daily* auf.[2] HOOTON, der kein Unbekannter war, wird in der Internet-Heimseite der Harvard-Universität mit folgenden Worten vorgestellt:[3] »HOOTON war eine führende Autorität seiner Zeit in Sachen ^rassische Anthropologie*, Körperbau und -verhalten, kriminelle Anthropologie, menschliche Entwicklung und die Methoden und die Statistiken der körperlichen Anthropologie.«

Der in besagtem Zeitungsartikel[4] formulierte **>H00T0N**-Plan< kann als >Rahmenplan< zur Umvolkung Deutschlands bezeichnet werden.

Zunächst stellt HOOTON Allgemeines zum Verhalten einer Nation fest und äußert die Ansicht, daß nicht nur äußere Einflüsse (sprich Umerziehung) erforderlich seien, um eine nachhaltige Veränderung dieses Verhaltens zu bewirken, sondern auch biologische Maßnahmen. Und er stellt sodann die Grundforderung auf:

»Um den Circulus vitiosus der Wechselwirkung eines militaristischen Staates und den räuberischen Neigungen seiner Bürger zu brechen, müssen der erstere zerstört und die letzteren neutralisiert oder hinausgezüchtet werden. Da der Staat der Mechanismus für das Wirksamwerden von Gruppenaggressionen ist, muß seine Zerstörung solche Aggressionen am wirkungsvollsten vereiteln und es gleichzeitig leichter machen, mit der Kultur und biologischen Qualität der Bevölkerung individuell umzugehen. Allgemeines Opera-

[1] Wendell L. WIELKIE, *One World*, Simon & Schuster, New York 1943. In ihrer Ausgabe vom 14. 2, 1992 hat die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* auf die Äußerung von ROOSEVELTS Sonderbeauftragten hingewiesen.

[2] Earnest Alben HOOTON, »Breed War Strain Out Germans, and Should We Kill the Germans - Application to Post-War-Germany. Basic Postulats, General Objective Measures«, in: *PM's Daily* (New York), 4. 1, 1943.

[3] www.peabody.harvard.edu/archives/hooton.html

[4] Faksimile des HOOTON-Artikels in: Hermann FRANZIS, *Die Zerstörung des politischen Standorts Deutschlands,* Hohenrain, Tübingen 1998, S. 354 f.

tionsziel [ist], den deutschen Nationalismus und die deutsche aggressive Ideologie zu zerstören unter Bewahrung und Fonerhaltung wünschenswerter deutscher biologischer und soziologischer Leistungsfähigkeiten.«
Als Maßnahmen zur Erreichung dieses Zieles regt HOOTON an:
»1. Hinrichtung oder lebenslängliche Verurteilung aller Führer der Nazipartei; dauerhafte Verbannung aller Berufsoffiziere.

2. Verwendung der gegenwärtigen Masse der deutschen Armee für eine Dauer von 20 oder mehr Jahren als Arbeitskräfte zum Wiederaufbau in zerstörten Gebieten der Kriegsalliierten in Europa und anderswo. Diese Arbeitskräfte sollten nicht als Kriegsgefangene oder Sträflinge behandelt werden, sondern als bezahlte Angestellte (überwacht und mit eingeschränkter Bewegungsfreiheit von ihrem Beschäftigungsort). Sie können bei guter Führung in den Genuß der Einbürgerung kommen. Ledige Männer sollten Frauen des Landes ihres Aufenthalts oder Einbürgerung heiraten dürfen. Die Familien von bereits verheirateten Männern sollten für eine Reihe von Jahren in Deutschland verbleiben, aber eventuell die Erlaubnis erhalten, sich mit den Vätern zu vereinigen. Die letzteren dürfen nicht die Erlaubnis erhalten, nach Deutschland zurückzukehren. Das Ziel dieser Maßnahme ist unter anderem eine Reduzierung der Geburtenrate von reinrassigen« Deutschen, die Neutralisierung der deutschen Aggressivität durch deren Herauszüchtung und die Destabllisierung von indoktrinierten Personen.

3. Fragmentierung des Deutschen Reichs in mehrere Staaten (wahrscheinlich in seine ursprünglichen Einzelstaaten, M. K.), wobei jeder einzelne im Rahmen von in angemessenen Abständen seitens der Alliierten durchgeführten Inspektionen seine eigene Form einer nichtfaschistischen Regierungsweise wählen sollte. Das Ziel dieser Maßnahme ist es, den nationalen Rahmen für eine vereinte deutsche Aggression zu zerstören.

4. Während der Phase der Überwachung und Besetzung der Einzelstaaten durch militärisches und ziviles Personal der Alliierten Förderung von Ehen zwischen Besatzungspersonal und deutschen Frauen sowie deren dauernde Niederlassung in Deutschland. Während dieser Phase sollte auch die Immigration und Niederlassung von insbesondere männlichen Ausländern in den deutschen Einzelstaaten gefördert werden.«

Es erübrigt sich zu sagen, daß die bundesdeutschen Politiker die Vorgaben des **HOOTON**-Plans, einer Art Zwangsjacke, inzwischen bestens umgesetzt haben. Man denke unter anderem an den Ausspruch der Grünen: »Laßt uns mit den Deutschen nicht allein!« Die gesamte Fehlentwicklung in der Ausländerpolitik seit den siebziger Jahren, die sträfliche Vernachlässigung einer vernünftigen und lebensnotwendigen Familienpolitik tragen nun ihre >Früchte< und stellen die Existenz des deutschen Volkes in Frage. Michael Klotz

Sebastian Haffners Aufruf zum Massenmord

Sebastian HAFFNER (1907-1999), geboren als Raimund PRETZEL, wanderte wegen der wachsenden Gefährdung seiner jüdischen Frau 1938 von Berlin nach England aus und ließ sich dort als anerkannter Journalist und Publizist nieder, der zu Fragen der deutschen Politik und Geschichte kritische Stellung nahm. So wirkte er propagandistisch gegen das NS-Regime und vertrat unter anderem den Standpunkt, daß BISMARCKS Einigungskriege die Ursache des >Übels< gewesen seien. Aus dieser Zeit (Ende 1939) entstanden übrigens seine Aufzeichnungen, die nach seinem Tod unter dem Titel *Geschichte eines Deutschen* erschienen.

Daß HAFFNER sich propagandisch betätigte und im Sinne der *balance of power*-Politik seines Gastgeberlandes schrieb, mag einleuchten. Daß er aber in den Kriegsjahren in einem Zeitungsartikel sogar zum Massenmord an Deutschen aufrief, überrascht schon.

Der amerikanische Historiker Mark WEBER stieß auf besagten HAFFNER-Artikel durch Zufall.[1] Bei der Durchsicht einzelner Nummern des *Völkischen Beobachters* aus dem Jahre 1942 in der Washingtoner Kongreßbibliothek fand er in der Ausgabe vom 11. Dezember 1942, Seite 1, eine offizielle Reaktion auf den PLAFFNER-Artikel. Dieser war ein paar Monate zuvor, im August-Heft der Londoner Zeitschrift *World Review,* erschienen. Für WEBER war es dann ein leichtes, den Originalartikel in der Kongreßbibliothek zu finden,-

Die Lösung der deutschen Frage sah HAFFNER in einer Rückführung Deutschlands in den christlichen europäischen Kulturkreis, den es 1933 verlassen habe. Für eine solche Wiedereinbindung, die einen alliierten Sieg voraussetzte, hatte HAFFNER konkrete Vorstellungen, die in die gleiche Kerbe wie die ein Jahr zuvor veröffentlichten Pläne eines Theodore KAUFMAN[1] hauten:

»Glücklicherweise ist der »harte Kern< der Nazirevolutionäre in der >SS< konzentriert und daher leicht zu liquidieren. Die >SS< ist in jeder Beziehung die menschliche Komponente des Nazismus. Sie ist die Trägerin des nazistischen Gedankenguts. Freilich wird ihre Auslöschung nicht die Idee an sich töten können, aber doch ihre aktive politische Kraft für die entscheidenden nächsten zehn Jahre. Dadurch wird der Weg für einen Wiederaufbau Europas mit Deutschland frei. Nur die Ausrottung muß vorangehen...

[1] Siehe: Mark WEBER, »Sebastian Haffner rief 1942 zum Völkermord auf«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart.*

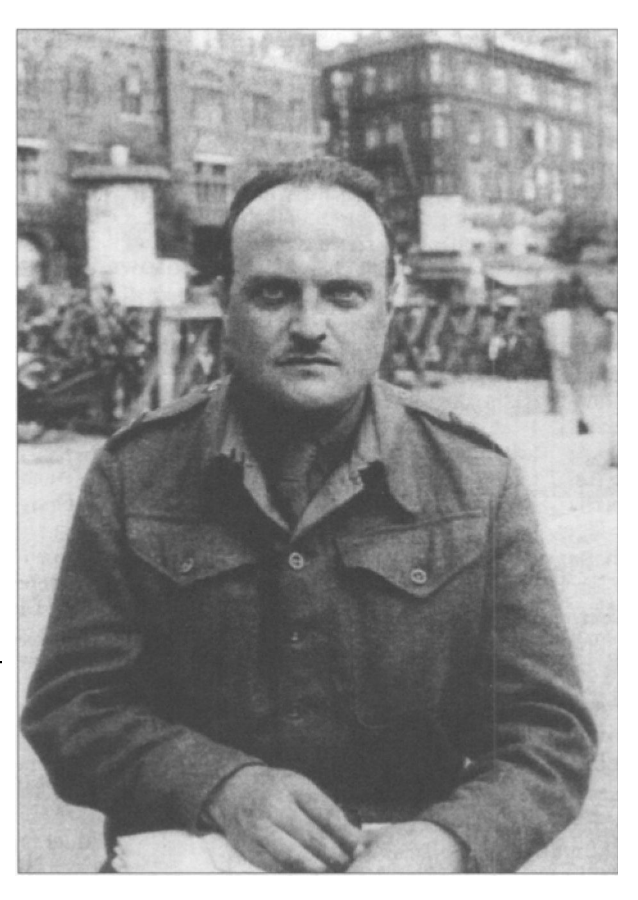
[2] In seiner Dissertation, *Der traurige Patriot, Sebastian Haffner und die Deutsche Frage,* Bebra Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005, geht Ralf BECK auch auf Sebastian HAFFNERS Aufsatz von August 1942 ein.

[3] Siehe: Beitrag Nr. 343, »Deutschland muß vernichtet werden«.

Das ist nun eine durchaus grausige Angelegenheit. Aller Wahrscheinlichkeit nach müssen mehr als 500000 junge Männer hingerichtet werden, sei es nach einem kriegsgerichtlichen Schnellverfahren (jede Massenjustiz ist summarisch) oder sogar ohne eine solche Zeremonie. Selbst wenn man ihre tatsächliche Tötung vermeiden und statt dessen aus der ›SS‹ eine Reihe von Zwangsarbeiterdivisionen für lebenslängliche internationale Strafarbeit bilden will, dann bedeutet das nichts anderes als ihren lebendigen Tod.. .«[4]

Sebastian HAFFNER wurde wegen dieser offensichtlichen Aufforderung zum Völkermord zu keinem Zeitpunkt zur Rechenschaft gezogen. Die Nürnberger Justiz hat dagegen bestimmte Maßstäbe angewandt und Julius STREICHER wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« zum Tode verurteilt, weil er antijüdische Artikel in seinem Stürmer veröffentlicht hatte. Mark WEBER bemerkt dazu: »Niemals hat aber STREICHER zur *Tötung* von Juden aufgefordert oder zur Tötung von irgend jemand anderem aufgrund seiner Rasse, Religion oder Zugehörigkeit zu einer Organisation.«[5]

Es ist auch bezeichnend, daß sämtliche der herrschenden politischen Korrektheit unbequemen Internetseiten, die sich mit HAFFNERS Aufsatz kritisch befassen, inzwischen gelöscht worden sind. Michael Klotz

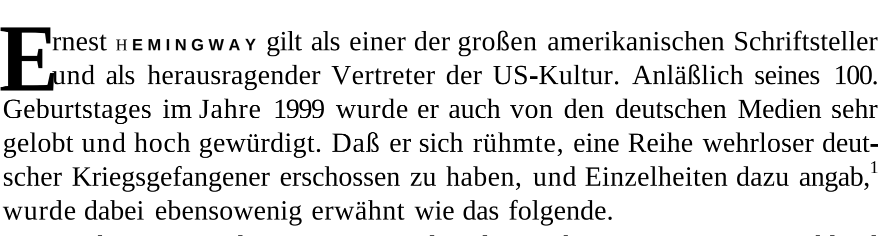


Sebastian HAFFNER als Reporter des britischen *Observer.* In einer von der polnischen Botschaft in London erstellten Charakterisierung HAFFNERS heißt es, er zeige »eine starke Verworrenheit und ein Schwanken von einem Extrem ins andere«. Aus: *Der Spiegel,* Nr. 27, 2002, S. 151.

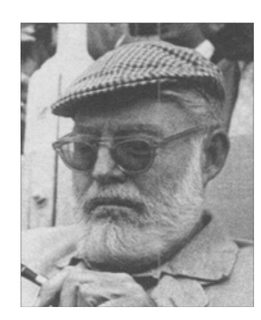
[4] In einer Rezension von Ralf BECKS Buch (aaO., Anm. 2), in: ***Junge Freiheit***, 10. 2. 2006, S. 15, schreibt Doris NEUJAHR: »HAFFNERS Phantasien über zu errichtende Zwangsarbeitslager entsprechen im übrigen exakt den Schilderungen aus NS-Konzentrationslagern.«

[5] Mark WEBER, aaO. (Anm. 1), S. 20.

Hemingway ruft zur Sterilisation der Deutschen auf



Ernest HEMINGWAY gilt als einer der großen amerikanischen Schriftsteller und als herausragender Vertreter der US-Kultur. Anläßlich seines 100. Geburtstages im Jahre 1999 wurde er auch von den deutschen Medien sehr gelobt und hoch gewürdigt. Daß er sich rühmte, eine Reihe wehrloser deutscher Kriegsgefangener erschossen zu haben, und Einzelheiten dazu angab,[1] wurde dabei ebensowenig erwähnt wie das folgende.



»Jäger, Trinker, Liebhaber und genialer Geschichtenerzähler - Ernest **HEMINGWAY** gilt als einer der größten Schriftsteller. .. und er ist zum Mythos geworden«, befand der Fernsehsender ***ARTE*** in seiner Programm-Zeitschrift (Nr. 1/2006). Von **HEMINGWAYS** Deutschenhaß war (natürlich) kein Wort.

Im Jahre 1942 - die USA waren damals erst kurzzeitig mit Deutschland im Kriegszustand - veröffentlichte der spätere Nobelpreisträger das Buch *Men at War* mit sehr deutschfeindlichen Aussagen in der Einführung. Grundsätzlich spricht er sich darin für eine Sterilisation der Deutschen aus, ähnlich wie um dieselbe Zeit Theodore N. KAUFMAN.[2]

Wörtlich heißt es bei HEMINGWAY:[3]

»Als jener Krieg (der Erste Weltkrieg, H. W.) gewonnen wurde, hatte Deutschland tatsächlich so zerstört werden müssen, daß wir es für hundert Jahre nicht mehr zu bekämpfen hätten oder gar für immer, wenn es richtig gemacht worden wäre.

Das läßt sich wahrscheinlich nur durch Sterilisation erzielen, ein Eingriff, der kaum schmerzhafter als eine Impfung ist und leicht zur Pflicht gemacht werden kann. Alle Mitglieder der NS-Organisationen müßten diesem Eingriff unterzogen werden, falls wir einen Frieden anstreben, der nicht bloß ein frischer Luftzug zwischen zwei Kriegen ist. Die Art und Weise, wie wir den Krieg gewinnen und den Frieden aufzwingen werden, spielt überhaupt keine Rolle, wenn wir nicht zu dieser Maßnahme greifen: Ein neuer Krieg wird nämlich ausbrechen, sobald die besiegten Nazis ihn haben vorbereiten können. Und sie werden es immer schaffen, da die Eroberer bestimmten Regeln folgen, die Deutschen aber keine kennen. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt wäre es aber nicht angezeigt, sich zum Fürsprecher der Sterilisation zu machen, das würde den Widerstand, dem die Regierung und die alliierten Truppen vor Ort begegnen, nur noch verstärken. Deshalb trete ich nicht dafür ein. Ich bin dagegen. Nichtsdestoweniger liegt hier die Endlösung.«

Wegen dieser Empfehlung wurde der Schriftsteller nicht kritisiert, auch nicht der Volksverhetzung geziehen.

1 Siehe: Beitrag Nr. 309, »Ernest Hemingway - Nobelpreisträger und Mörder«.

2 Theodore N. KAUFMAN, ***Germany must perish,*** Argyle Press, Newark, New Jersey, 1941, deutsch u, a, von Erich TEICH, ***Deutschland muß ausgelöscht werden,*** Bochum o. J. Auszüge siehe: Beitrag Nr. 343, »Deutschland muß vernichtet werden«.

3 Zitiert von Philippe GAUTIER, ***Deutschenangst - Deutschenhaß,*** Grabert, Tübingen 1999, S. 304.



Erste Nachkriegszeit

Vorwort • Erste Nachkriegszeit

Nicht lange nach Kriegsbeginn war man sich im Lager der deutschen Kriegsgegner darüber einig, daß Deutschland im Falle einer Niederlage nicht mehr in der Lage sein sollte, sein innen- und außenpolitisches Geschick selbst zu bestimmen. Man wollte aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit des ersten großen Krieges lernen. Trotz der zahlreichen Gebietsabtretungen, der Aushungerung der Bevölkerung, der erzwungenen Anerkennung der deutschen Alleinkriegsschuld sowie der irrwitzigen Reparationszahlungen war es nach 1918 nicht gelungen, den Volkscharakter auszuhöhlen, die deutschen >Sekundärtugenden< lächerlich zu machen und damit eine Art Selbstkastration der europäischen Mitte einzuleiten. Im Gegenteil: Nach dem Regierungsantritt HITLERS wurden sowohl in den sechs Jahren Friedenszeit als auch im darauffolgenden Krieg Leistungen hervorgebracht, die die Welt in basses Erstaunen versetzten.

Man hatte in den Propagandazentralen der alliierten Koalition erkannt, daß es diesmal mit der militärischen Niederlage des Deutschen Reiches nicht allein sein Bewenden haben sollte. Der politische, wirtschaftliche und auch moralische Kredit, den die Deutschen in vielen Teilen der Welt gewonnen hatten, sollte grundlegend zerstört werden. Dazu bedurfte es nicht nur täglicher Greuelhetze in den eigenen Zeitungen, mit erheblichem finanziellen Aufwand wurden auch zahlreiche bedeutende Massenmedien neutraler Staaten so beeinflußt, daß der deutsche Standpunkt dort keine Stimme mehr besaß.

Wichtiger war allerdings, daß auch die Besiegten nach dem Krieg langsam, aber sicher die Sichtweise der Sieger akzeptieren und übernehmen würden. Dabei setzte der als ***>reeducation<***, als »Umerziehung« bezeichnete politisch-psychologische Massenversuch auf eine Tugend, die sowohl im deutschen Volkscharakter als auch in der deutschen Philosophie erheblich stärker ausgeprägt war als in den meisten anderen Staaten: der Idealismus. Man wollte sich die natürliche Abneigung der Deutschen gegen jede Form von Ungerechtigkeit zunutze machen. Man setzte dabei auf das rhetorische Geschick zahlreicher Emigranten, die in den Schaltstellen der lizenzierten Tages- und Wochenzeitungen sowie auf den Intendantenstühlen der Radiosender plaziert wurden. Täglich lasen nun die Deutschen von Greueltaten, von viehischer Haltung von Millionen Menschen in Konzentrationslagern, von Massenvernichtung unerwünschter Personen und anders rassiger Menschen, von Kriegsverbrechen und barbarischen Verbrechen einzelner, kurz: von dem verbrecherischen Charakter der deutschen Regierung und der genetischen Deformation des eigenen Volkes. Geschickt verknüpfte man dabei rassentheoretische Darlegungen und propagandistische Aussagen der Führung des

Dritten Reiches vor dem Kriege mit Bildern, Filmen und schriftlich niedergelegten Zeugenaussagen aus dem Kriege, die deutlich zu machen schienen, daß mit dem Kriegsausbruch 1939 das umgesetzt werden sollte, was angeblich bereits lange geplant war. Die > Wucht der Bilden, die in den befreiten Konzentrationslagern gefilmt und dann im Nürnberger Prozeß und in allen Wochenschauen gezeigt wurden, verschlug nicht nur den Hauptangeklagten in Nürnberg den Atem. Wenn schon GÖRING, SPEER und SAUCKEL von diesen Verbrechen nichts gewußt haben wollten, um wieviel weniger konnte ein Durchschnittsdeutscher beurteilen, ob es sich bei den Leichenbergen in Mauthausen, Dachau oder Ravensbrück um Ermordete oder um Opfer von Seuchen oder um Tote handelte, die dem Zusammenbruch des Transportsystems gegen Ende des Krieges geschuldet waren. Außerdem: Durfte man angesichts solcher Bilder überhaupt noch derartige Fragen stellen?

Der Idealismus forderte angesichts dieser > Tatsachen« vielerorts eine Selbstreinigung des Deutschen, und dies um so mehr, als man von seiten der Sieger darüber hinaus alles tat, alliierte Verbrechen nicht zu erwähnen. Die Terrorbombardements, die durch den Anblick der Ruinenfelder und Trümmerwüsten nicht zu leugnen waren, wurden als verdiente Reaktion auf deutsche Untaten hingestellt. Durch die völlige Kontrolle der Massenmedien war es kein Problem, die Verbrechen, die im Verlauf des Krieges an Deutschen begangen worden waren, totzuschweigen und zur Mundpropaganda degenerieren zu lassen.

Das politische Vakuum, das nach der sogenannten >Stunde Null< mehr als vier Jahre dauern sollte, und die damit verbundene politische Bevormundung der entmachteten deutschen Behörden stellten sicher, daß von dieser Seite keine Fragen gestellt wurden oder eigene Untersuchungen durchgeführt werden konnten.

So war die Vertreibung von zig Millionen Ostdeutscher lediglich ein logistisches Problem, waren die Besatzungsverbrechen der vier Okkupationsmächte, waren die jüdischen Mordkommandos, Rache- und Terrorgruppen weder für die deutsche Presse noch für die Polizei ein Thema, wurde über amerikanische Folter- und Internierungslager ebenso wenig gesprochen wie über die Umwandlung von deutschen in sowjetische Konzentrationslager.

Die täglichen Sorgen ums Überleben ließen den größeren Teil der Menschen gegenüber der politischen Vergangenheitsbewältigung abstumpfen. Statt der eigenen wurde den Deutschen eine fremde Sicht der geschichtlichen Ereignisse aufgezwungen.

Olaf Rose

Aussagen zu den deutschen Ostprovinzen

Die Aufnahme Polens in die NATO und die 2004 anschließende in die Europäische Union haben erneut Anlaß geboten, auf das bisher ungesühnte Verbrechen der Vertreibung von mehr als fünfzehn Millionen Deutschen aus Ostdeutschland und dem Sudetenland nach Kriegsende 1945 sowie auf den völkerrechtswidrigen Raub der deutschen Ostprovinzen hinzuweisen, die bis dahin seit vielen Jahrhunderten unbestreitbar und auch völkerrechtlich unbestritten deutschen Siedlungsraum darstellten. Das vereinte Europa sollte auf keinen Fall auf offensichtlichem Rechtsbruch und auf millionenfachen ungesühnten Verbrechen aufgebaut werden.

Insbesondere ist darauf hinzuweisen, daß Polen erst im September 1945 die westlich der Oder gelegene Stadt Stettin und deren Umland besetzte: eine eindeutig völkerrechtswidrige Maßnahme, die auch in offenem Widerspruch zur Potsdamer Erklärung der Siegermächte von 1945 stand, wonach die polnische Verwaltung nur das Land östlich der Oder und Neiße umfassen solle.

Es ist falsch, wenn heute von Politikern und Massenmedien immer wieder behauptet wird, die deutsch-polnische Grenzfrage sei völkerrechtlich geregelt, eine Abtretung Ostdeutschlands und des Sudetenlandes sei endgültig erfolgt. Richtig ist, daß es einen solchen Abtretungsvertrag bisher nicht gibt, daß auch der 2 + 4-Vertrag von 1990 keinen solchen darstellt.

Richtig ist vielmehr, daß das Bundesverfassungsgericht mehrfach in den siebziger Jahren und noch in einem Urteil vom 21. Oktober 1987 vom Fortbestehen des Deutschen Reiches - mindestens in den Grenzen vom 31. 12. 1937 - ausging und feststellte, daß 1945 keine Annexion deutschen Landes durch die Alliierten erfolgte. Was es bedauerlicherweise gab, ist eine schrittweise Aufgabe der Betonung der deutschen Ansprüche durch deutsche Regierungsvertreter. Das ändert aber an der Rechtslage nichts.

In diesem Zusammenhang ist auch an die eindeutigen und in ihrer Klarheit nicht zu übertreffenden Äußerungen deutscher Regierungen und Politiker aus den ersten Nachkriegsjahren zu erinnern. Aus der Fülle vorliegender Erklärungen[1] seien nachfolgend einige herausgegriffen.

[1] Quellen: Hans Edgar JAHN, ***Die Deutsehe Frage von 1945 bis beute. Der Weg der Parteien und Regierungen,*** v. Hase u. Koehler, Mainz 1985; Unabhängige Bürgerinitiative Nürtingen (Hg.), ***Fakten, Fehler, Folgen,*** Nürtingen o. J. (ca 1968).

»Deutschland wird nie die Oder-Neiße-Grenze, wie sie von den vier Siegermächten in Potsdam festgelegt wurde, als deutsche Grenze anerkennen.«
Kurt SCHUMACHER, SPD-Vorsitzender, in Köln im Oktober 1945.

»Der Protest gegen die jetzt bestehende tatsächliche Ostgrenze ist von mir in allen meinen Reden laut und nachdrücklich erhoben worden.«
Konrad ADENAUER am 27. Oktober 1946.



Der Präsident des Parlamentarischen Rates, Konrad ADENAUER, im Gespräch mit den beiden SPD-Poiitikern Kurt SCHUMACHER und Carlo SCHMIO. Alle drei bezogen eindeutige Standpunkte in bezug auf die deutschen Ostgebiete gegen einen Verzicht.

»Wir haben immer wieder festgestellt, Deutschland ist das ganze Gebiet, das seinerzeit durch die Weimarer Verfassung als deutsches Staatsgebiet errichtet worden ist.«

Carlo SCHMID (SPD) vor dem Parlamentarischen Rat am 12. Oktober 1948.

»Die polnisch besetzten und verwalteten Gebiete östlich der Oder und Neiße sind Teile der sowjetischen Besatzungszone und gehören zu Deutschland. Die interne Abmachung zwischen Sowjetrußland und Polen ist weder für die Alliierten bindend noch für die Deutschen moralisch verpflichtend.«
SPD-Wahlkampfprogramm 1949.

»Ablehnung der Oder-Neiße-Linie als deutsche Ostgrenze.«
Programm des SPD-Parteivorstandes für den Bundestag in Bad Dürkheim im September 1949.

»Lassen Sie mich nun zu den Fragen übergehen, die uns in Deutschland außerordentlich am Herzen liegen und die für unser gesamtes Volk Lebensfragen sind. Es handelt sich um die Abkommen von Jalta und Potsdam und die Oder-Neiße-Linie. Im Potsdamer Abkommen heißt es ausdrücklich: Die Chefs der drei Regierungen - das sind die Vereinigten Staaten, England und Sowjetrußland - haben ihre Ansicht bekräftigt, daß die endgültige Bestimmung der polnischen Westgrenze bis zur Friedenskonferenz vertagt werden muß.
Wir können uns daher unter keinen Umständen mit einer von Sowjetrußland und Polen später einseitig vorgenommenen Abtrennung dieser Gebiete abfinden. Diese Abtrennung widerspricht nicht nur dem Potsdamer Abkommen, sie widerspricht auch der Atlantik-Charta vom Jahr 1941, der sich die Sowjetunion ausdrücklich angeschlossen hat. Wir werden nicht aufhören, in

einem geordneten Rechtsgang unsere Ansprüche auf diese Gebiete weiter zu verfolgen.«
Bundeskanzler Konrad ADENAUER in seiner ersten Regierungserklärung im Deutschen Bundestag am 20. September 1949.

»Es ist an der Zeit festzustellen, daß die Sozialdemokratische Partei 1945 längere Zeit die einzige gewesen ist, die sich in Deutschland und vor der Weltöffentlichkeit gegen die Oder-Neiße-Linie gewandt hat.«
Kurt SCHUMACHER (SPD-Fraktionsvorsitzender) in der Aussprache zur Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag am 21. September 1949,

»Herr Abgeordneter REIMANN, Sie haben eben ausgesprochen, daß die Oder-Neiße-Linie die Friedenslinie ist. Seitdem gestern hier sämtliche Parteien gesprochen haben, haben sie übereinstimmend die Oder-Neiße-Linie als deutsche Grenzlinie abgelehnt. Das möchte ich hier einmal feststellen. Es ist eine Provokation der überwältigenden Mehrheit dieses Hauses, wenn Sie derartige Ausführungen machen. Ich rufe Sie deswegen zur Ordnung.«
Der amtierende Bundestagspräsident Dr. KÖHLER am 21. September 1949 im Deutschen Bundestag, als Max REIMANN (KPD) für die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie sprach.



»Niemals Oder-Neiße-Linie«: Wahlplakat der CDU 1948.

»Der Herr Abgeordnete REIMANN hat erklärt, wenn die katholische Regierung in Polen noch bestünde, würde ich die Revision der Oder-Neiße-Linie nicht fordern. Ich bitte den Herrn Präsidenten, den Abgeordneten REIMANN wegen dieser Beleidigung zur Ordnung zu rufen. Ich habe weiter im Namen der Bundesregierung folgende Erklärung abzugeben: Wir bedauern, daß dieser Saal und diese Rednertribüne durch eine solche Rede des Abgeordneten REIMANN, die den deutschen Interessen absolut zuwiderläuft, entweiht worden sind. Die Bundesregierung erachtet es weder mit ihrer Stellung und ihrer Verantwortung noch mit ihrer Würde vereinbar, in Zukunft solche Reden anzuhören.«
Bundeskanzler Konrad ADENAUER vor dem Deutschen Bundestag am 21. September 1949 auf die Rede Max REIMANNS.

»Die Bundesrepublik Deutschland ist allein befugt, für das deutsche Volk zu sprechen. Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an. Das gilt insbesondere auch für Erklärungen, die in der Sowjetzone über die Oder-Neiße-Linie abgegeben worden sind.«
Erklärung der Bundesregierung vom Oktober 1949.

»Die Entscheidung über die zur Zeit unter polnischer Verwaltung stehenden deutschen Ostgebiete kann und wird erst in einem mit Gesamtdeutschland

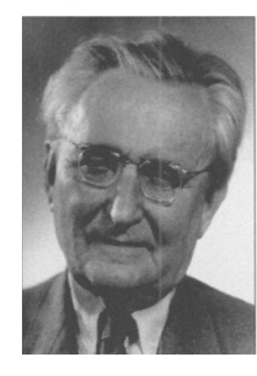
abzuschließenden Friedensvertrag erfolgen. Die deutsche Bundesregierung wird sich niemals mit der allen Grundsätzen des Rechts und der Menschlichkeit widersprechenden Wegnahme dieser rein deutschen Gebiete abfinden.«

Erklärung des Bundeskabinetts zum Görlitzer Abkommen am 9, Juni 1950.

»In der von einer Delegation der sogenannten provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und der Regierung der Republik Polen unterzeichneten Vereinbarung vom 6. Juni 1950 wird die Völker- und staatsrechtlich unhaltbare Behauptung aufgestellt, daß zwischen der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands und Polen eine sogenannte Friedensgrenze festgelegt worden ist. Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. Niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben und eine Politik des Verzichts zu betreiben.

Die Regelung dieser wie aller Grenzfragen Deutschlands, der östlichen wie der westlichen, kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung als ein Vertrag der Freundschaft und guten Partnerschaft mit allen Nationen baldigst geschlossen werden muß. Die Mitwirkung an der Markierung der Oder-Neiße-Linie als angeblich »unantastbarer« Ostgrenze Deutschlands, zu der sich die sogenannte provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereitgefunden hat, ist ein Beweis für die beschämende Hörigkeit dieser Stelle gegenüber einer fremden Macht.«

Paul LÖBE {1875-1967).



Gemeinsame, Erklärung des Deutschen Bundestages durch Alterspräsident Paul LÖBE (SPD) vom 13. Juni 1950.

»Die Oder-Neiße-Linie ist längst nicht nur das Problem der deutschen Grenzen, sondern die Oder-Neiße-Linie ist auch das Problem des Rückkehr- und Heimatrechtes der Ostvertriebenen, zu dem wir uns bekennen müssen.«

SPD-Fraktionsvorsitzender Kurt SCHUMACHER im Deutschen Bundestag am 13. Juni 1950.

»Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie... in der Mißachtung des Schicksals und des Heimatrechts der Vertriebenen Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. Der Deutsche Bundestag spricht allen, die für diese Verbrechen verantwortlich sind und die Einverleibung Deutschlands in das Fremdherrschaftssystem betreiben, das Recht ab, im Namen des deutschen Volkes zu handeln.«

Entschließung des Deutschen Bundestages vom 14. September 1950.

»Das deutsche Volk sieht in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ein-Verbrechen an Deutschland und gegen die Menschlichkeit. «

Herbert WEHNER im Bundestag, 14. September 1950.

»Ich erkläre: Die deutsche Sozialdemokratie hat 1945 als erster Faktor Deutschland und der Welt erklärt: Die Oder-Neiße-Linie ist unannehmbar als Grenze. Ich erkläre weiter: Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei kann bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen will. Wir lehnen es ab, uns in die Politik des Nationalverrats und des Verrats an Menschheitsideen durch die pseudobürgerlichen Satelliten in der Zone und durch die Sowjets verstricken zu lassen.«

SPD-Vorsitzender Kurt SCHUMACHER in Berlin am 1. März 1951.





Von oben: Ernst REUTER (1889-1953), 1948-1953 Regierender Bürgermeister von Berlin; Erich OLLENHAUER (1901-1963), 1952-1961 Vorsitzender der SPD.

»Die Oder-Neiße-Linie wird kein Deutscher anerkennen. Das geschieht niemals. Stettin und Breslau und Königsberg, das sind deutsche Städte. Diese Heimat wollen unsere Vertriebenen zurückhaben. Zurückgewinnen wollen und müssen wir diese Stücke deutscher Heimat.«

Berlins Regierender Bürgermeister Ernst REUTER (SPD) am 17. Juli 1951 in Berlin.

»Keine deutsche Regierung und keine deutsche Partei können bestehen, die die Oder-Neiße-Linie anerkennen.«

SPD-Vorsitzender Kurt SCHUMACHER am 17. August 1951 auf einer Kundgebung vor den Messehallen in Berlin.

»Keine deutsche Regierung wird je in der Lage sein, die Oder-Neiße-Linie anzuerkennen.«

Memorandum von Bundeskanzler Konrad ADENAUER an US-Präsident EISENHOWER vom 29. Mai 1953.

»Entsprechend den zahlreichen Erklärungen des Bundestages und der Bundesregierung wird das deutsche Volk die sogenannte Oder-Neiße-Grenze niemals anerkennen.«

Regierungserklärung Konrad ADENAUERS am 20. Oktober 1953.

»Die Bundesrepublik kann und darf ein Teilungsdiktat nicht anerkennen, ohne die Verfassung zu brechen.«

Willy BRANDT im Bundestag, 18. August 1961.

»Breslau, Oppeln, Gleiwitz, Hirschberg, Glogau, Grünberg: das sind nicht nur Namen, das sind lebendige Erinnerungen, die in den Seelen von Generationen verwurzelt sind und unaufhörlich an unser Gewissen klopfen. Verzicht ist Verrat, wer wollte das bestreiten. Hundert Jahre SPD heißt vor allem hundert Jahre Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker.
Das Recht auf Heimat kann man nicht für ein Linsengericht verhökern - niemals darf hinter dem Rücken der aus ihrer Heimat vertriebenen und geflüchteten Landsleute Schindluder getrieben werden.«
Erich OLLENHAUER, Willy BRANDT, Herbert WEHNER (SPD) zum Schlesiertreffen am 7. bis 9. Juni 1963 in Köln.

»Das Recht kann nicht nur für eine bestimmte Gruppe von Völkern, es muß für alle gelten. Die Vertreibung von Millionen Deutscher aus ihrer seit Jahrhunderten angestammten Heimat hat keine Rechtsrealitäten geschaffen. Aus Unrecht kann niemals Recht werden. «

Bundeskanzler Ludwig ERHARD in Bonn am 22. März 1964.

»Nichts wird hinter dem Rücken der Vertriebenen geschehen. Kleinmütige halten uns entgegen, daß unser Vorschlag dazu führen könnte, deutsche Positionen aufzugeben. Das ist grundfalsch. Wir selber werden doch unsere Vorschläge erarbeiten. Wir werden kein deutsches Lebensrecht preisgeben.«

SPD-Kanzlerkandidat BRANDT im *Münchner Merkur* am 16. September 1965.

»Am Ende dieses Weges muß nach der Überzeugung der Bundesregierung ein Friedensvertrag stehen, der von einer in freien Wahlen gebildeten gesamtdeutschen Regierung frei verhandelt und geschlossen wird. In diesem Vertrag - und nur in ihm - können und müssen die endgültigen Grenzen Deutschlands, das nach gültiger Rechtsauffassung in seinen Grenzen vom 31. 12. 1937 fortbesteht, festgelegt werden.«

Regierungserklärung von Bundeskanzler Ludwig ERHARD am 18. Oktober 1965.

»Der deutsche Rechtsstandpunkt ist etwas, das für die Versöhnung zwischen benachbarten Völkern nicht außer acht gelassen werden darf; sonst wird die Versöhnung oder das Streben nach Versöhnung zu einer Art von Heuchelei, denn Versöhnung ohne Recht ist ja eine Art der Unterwerfung.«

Herben WEHNER im Süddeutschen Rundfunk, 1965.

»Die bedingungslose Hinnahme dessen, was eindeutig zu Lasten Deutschlands vorentschieden wurde, jene immer wieder von uns geforderte extreme Vorleistung, wäre eine Mißachtung des Rechtsempfindens, die keine Regierung ihrem Volke zumuten kann.«
Willy BRANDT, 29. April 1967.

Unterdrückung der Vertreibungsverbrechen

Nach rund sechs Jahrzehnten seit den damaligen Geschehnissen werden die den Deutschen vorgeworfenen Verbrechen aus der Kriegszeit in den Massenmedien noch immer hervorgehoben, und im Fernsehen werden zu den besten Sendezeiten herzergreifende Schilderungen darüber gezeigt. »Die Holocaust-Werbeindustrie boomt.«[1] Es gebe »geistesgegenwärtige Werbefachleute. . die dem Totschlagwort erst den richtigen >Drive< geben, weil sie begriffen haben, daß, für kurze Zeit jedenfalls noch, aus dem Holocaust so richtige PR-Knüller gemacht werden können«. Entsprechende Denkmäler und Erinnerungsstätten werden mit vielen Millionen Euro »vom Bund bezahlt«.[2] Schon 1979 schrieb der angesehene Marburger Jurist Prof. Dr. Erich SCHWINGE über die »Holocaust-Kampagne«.[5]

Im krassen Gegensatz dazu wurden und werden die Verbrechen an Deutschen in der Öffentlichkeit kaum behandelt, meist verharmlost oder in ihren Opferzahlen herabgesetzt wie etwa bei den Opfern des Terrorangriffs auf Dresden, die oft von Hunderttausenden auf 35000 - wohl die Zahl der identifizierten Opfer - oder sogar 25000 und damit stark herabgesetzt werden.


Heinrich WINDELEN (1921-).

Ein besonderes Beispiel bietet die amtliche Behandlung der Zahl der deutschen Vertreibungsopfer. Die entsprechende Dokumentation, die in den siebziger Jahren im Auftrag der Bundesregierung zusammengestellt wurde, blieb nach Fertigstellung auf Anordnung eben dieses rot-gelben Auftraggebers skandalöserweise rund ein Jahrzehnt unter Verschluß und damit der Öffentlichkeit wie der Forschung vorenthalten. Erst nachdem 1982 eine andere Partei an die Regierung kam, wurde die Dokumentation dem historisch Interessierten zugänglich gemacht. Der frühere Bundesvertriebenenminister Heinrich WINDELEN schrieb dazu als unmittelbar daran Beteiligter in einer Richtigstellung:[4]

»Der wahre Sachverhalt ist folgender: In der Kabinettssitzung vom 25. Juni 1969 beantragte ich als letzter Bundesvertriebenenminister, >das ihm und anderen Stellen vorliegende Material über Verbrechen und Unmenschlichkeiten, die an Deutschen im Zuge der Vertreibung begangen worden sind, zusammenzustellen und auszuwerten«. Der damalige Außenminister Willy BRANDT lehnte dies ab, weil er eine Belastung des Deutsch-Polnischen Verhältnisses befürchtete. In Verhandlungen mit seinem Staatssekretär Dr. DUCK-

[1] So der Untertitel eines entsprechenden kritischen Artikels »Der Wirbelmacher« von Eva MENASSE, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 3. 12. 2002.

[2] Ebenda.

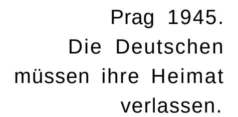
[3] Erich SCHWINGE, *Bilanz der Kriegsgeneration. Ein Beitrag zur Geschichte unserer Zeit,* N. G. Elwert, Marburg 1979,[13]1987, S. 1.

* Heinrich WINDELEN, Leserbrief, in: *junge Freiheit,* 1. 11. 2002.

wiTZ erreichte ich schließlich doch, daß dem Bundesarchiv am 16. juli 1969 der Auftrag erteilt wurde, eine Dokumentation der Vertreibungsverbrechen zu erarbeiten. Über deren Veröffentlichung sollte nach Fertigstellung entschieden werden. Die Dokumentation ergab, daß rund 2,2 Millionen Deutsche als >Nachkriegsverluste< anzunehmen sind.

Eine Gleichsetzung dieser Zahlenangaben mit der Gesamtheit der Todesopfer aus den Vertreibungsgebieten verbiete sich. Das Ergebnis dürfe nicht vergessen lassen, daß eine weitaus größere Zahl von Deutschen Opfer von Gewalttaten wie Vergewaltigungen und Mißhandlungen geworden sei, die nicht unmittelbar zum Tode führten. Die Dokumentation wurde 1974 abgeschlossen. In der Bundestagssitzung vom 25. September 1974 richtete ich unter anderen folgende Frage an die Bundesregierung: >Ist die Bundesregierung bereit, der Öffentlichkeit.., eine zusammenfassende Darstellung im Zusammenhang mit dem II. Weltkrieg geschehener Verbrechen an Deutschen vorzulegen - gegebenenfalls, warum nicht?« An diesem Fragenkomplex beteiligte sich eine große Zahl von Abgeordneten der CDU/CSU. Für die Bundesregierung antwortete der Parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, BAUM (FDP). Er war der Meinung, daß unsere junge Generation über diesen leidvollen Komplex der deutschen, der europäischen, der Weltgeschichte hinreichend informiert sei, ohne daß es dazu einer solchen Dokumentation bedürfe. An dieser Auffassung hielt die SPD/FDP-Bundesregierung trotz wiederholter Nachfragen bis an ihr Ende fest. Erst




Prag 1945. Die Deutschen müssen ihre Heimat verlassen.



Vertreibung der Deutschen aus Brünn 1945.

Minister Dr. ZIMMERMANN (CSU) der Regierung KOHL gab die Dokumentation frei.«

Aber eine wirksame Vertretung der Rechte der deutschen Vertriebenen gab es auch unter der anschließenden KOHL-Regierung nicht. Als Beweis sei dazu eine tschechische Stellungnahme angeführt:

»Wie der tschechische Außenminister ZIELENIEC anläßlich eines Interviews mit der *Frankfurter Rundschau* vom 28. 9. 1994 erklärte, hat die deutsche Regierung die Frage der Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen oder die Aufhebung der BENESCH-Dekrete (Konfiskation) noch nie >aufgetischt«, und noch niemals seien diese Probleme Gegenstand von Verhandlungen mit Herrn KINKEL (damaliger deutscher Außenminister, R. K.) gewesen.

Mit Bestürzung muß somit festgestellt werden, daß die Konfiskation des gesamten Eigentums der Sudetendeutschen im Werte einer dreistelligen Milliardenzahl sowie die verletzten Völker- und Menschenrechte noch keinen Eingang in die schuldigen Schutzmaßnahmen gefunden haben.«[5]

In dem Zusammenhang muß auch anklagend darauf hingewiesen werden, daß mehr als 60 Jahre nach der Vertreibung der Ost- und Südostdeutschen noch kein zentrales Denkmal oder Mahnmal für dieses ungeheure Geschehen in Deutschland errichtet wurde und sich trotz großer Bemühungen der Betroffenen immer wieder massiver Widerstand gegen solch ein längst überfälliges Vorhaben erhebt.

Rolf Kosiek

[5] Herbert SCHMIDL, in: Rolf-Josef ELBICHT (Hg.), ***50 Jahre Vertreibung. Der Völkermord an den Deutschen,*** Hohenrain, Tübingen 1995, S. 272 f.

Vom Sterben schlesischer Priester

Über die gewaltsame Annexion Ostdeutschlands durch Sowjets und Polen und die Vertreibung der Deutschen aus den Gebieten jenseits der Oder-Neiße-Demarkationslinie wird gelegentlich berichtet. Jedoch das Leid der Menschen vom Säugling bis zum Greis, die unzähligen Vergewaltigungen der Mädchen und Frauen, die Plünderungen von Dörfern und Städten werden als Vergangenheit betrachtet und sollen nach herrschender Meinung möglichst vergessen werden. Wenn aber ohne Unterlaß von deutschen »Verbrechen« geredet wird (von den Polen verübter Raub und Mord werden nur »Vergehen« genannt), dann dürfen die Verbrechen an Deutschen auch nicht vergessen werden.

Ein ganz dunkles Kapitel für Polen und die Siegermacht UdSSR sind Verbrechen an Menschen, die deutlich erkennbar Männer der Kirche waren und keinerlei militärische Funktion ausübten. Wie die »Befreier« 1944/45 in ihrer Brutalität keinen Unterschied zwischen jung und alt kannten, so nahmen sie auch keine Rücksicht auf Geistliche. Da schützte keine Soutane, sondern Pfarrer bekamen die Kugel, wenn sie im Wege standen, wie tausend andere auch.

So starben nach amtlichen Angaben von Winfried KÖNIG, Apostolischer Visitator der Priester und Gläubigen aus dem Erzbistum Breslau, allein im schlesischen Raum 1945 81 Geistliche eines gewaltsamen Todes: erschossen, erschlagen, verbrannt oder verhungert. Aus Nieder-, Mittel- und Oberschlesien seien hier für alle Ermordeten zum Gedächtnis ihres Martyriums einige Fälle genannt. Dies gehört auch zur Geschichte der Sieger, wovon in der Weltöffentlichkeit nichts bekannt ist, weil es ja nur Deutsche waren. Die nachfolgend wiedergegebenen Schicksale sind auch Beispiele,[1] die gegen die Ansicht von einer »Befreiung« Deutschlands 1945 sprechen.

GÖRUCH, Leo - Pfarrer von Tempelfeld, Krs. Ohlau, geb. 15. 2. 1903, erschossen 12. 2. 1945.

Pfarrer GÖRUCH versuchte im Januar 1945 seine Gemeinde zum Bleiben zu bewegen, als von der Partei die Parole zur Flucht ausgegeben wurde. Ein Teil mit Pfarrer GÖRLICH blieb. Die Russen kamen am 4, 2, 1945, mit ihnen alle Schrecknisse, Grausamkeiten, Vergewaltigungen. Pfarrer GÖRLICH, umringt von den dort verbliebenen, verängstigten Frauen und Mädchen, wurde von den Russen umhergetrieben, bald in die Kirche eingeschlossen, bald in Kellern und Gehöften untergebracht. Immer der Gewalt der Russen ausgeliefert, die ihr Unwesen mit den weiblichen Personen - oft vor aller Augen - trieben,.. Seine Schwägerin, die alles miterlebt hat, berichtet u. a.: »... Die erste und letzte Nacht in diesem Hause waren aufregend durch die Einbrü-

che der Russen, die mit ihren Taschenlampen über uns krochen und ihre Opfer unter den Frauen und Mädchen wählten. Es gab fürchterliche Szenen, da sich mein Schwager bei allzu großer Nachgiebigkeit und Ängstlichkeit der Mädchen aktiv ins Mittel legte, er forderte immer wieder auf: >Laßt euch doch erschießen, warum habt ihr davor Angst? Besser der Tod als dies!« . .. Der Offizier in der weißen Weste kam nach einiger Zeit zurück, noch wilder, geradezu schäumend - seitdem sehe ich in ihm eine Personifikation Luzifers -, suchte sich drei Opfer unter den Mädchen aus, mit denen er noch in der Nacht in einem Wagen nach Tempelfeld fuhr und dort sadistische Orgien gräßlichster Art feierte. Die drei Mädchen kehrten am nächsten Morgen über die Felder zu uns zurück.

Im Morgengrauen sah ich mehrmals aus dem Fenster, wir sorgten uns wieder um meinen Schwager und Onkel Bernhard. Mehrmals wunderte ich mich über eine liegende Gestalt vor der Haustür. Ich hielt sie für den Wachtposten, der dort schlief, wunderte mich allerdings, daß er sich bei dem nassen, schmierigen Winterwetter keinen anderen Platz gewählt hatte. Schließlich kam Onkel Bernhard zu mir und sagte: >Sie müssen sich auf das Schlimmste gefaßt machen« - und nach einigem Zögern: >lhr Schwager liegt tot auf dem Hofe.« Er lag dicht vor der Haustür, um die linke Hand den Rosenkranz geschlungen... Wir umstanden ihn tief erschüttert.. .«

ARNOLD, Christoph — Dekanats-Erzpriester, Geistlicher Rat, Pfarrer von Günthersdorf, Kreis Bunzlau, geb. 15. 3. 1892, erschossen 23. 2. 1945.

Als er seine Schwester vor Vergewaltigung schützen wollte, wurde er in den Keller seines Pfarrhauses geschleppt und dort erschossen. Seine Leiche konnte erst an seinem 30. Priester-Weihetage unter einem Schutt- und Gerümpelhaufen in einer Kirchhofsecke aufgefunden und am Feste des hl. ALOIsrus (21. 6. 45) unter großer Anteilnahme der Gemeinde zur letzten Ruhe gebettet werden. Einem Augenzeugenbericht entnehmen wir wie folgt:

»Am Mittwoch, dem 21. Februar, kamen am frühen Morgen Russen und verlangten Schnaps. Da wir nur Wein, darunter auch Meßwein, hatten, nahmen sie davon und gingen wieder. Diese kamen mehrere Male und waren dabei sehr rabiat, sie legten oftmals dem Herrn Geistl. Rat die Pistole an die Brust, gaben Schüsse im Hause ab, durchsuchten alles und ließen manches mitgehen. So ging es den ganzen Tag über bis zur Dämmerung.

Mittwochabend kamen wieder eine Anzahl Russen herein, als ich eben einige Kirchenkerzen, welche wir im Schuppen verborgen hatten, hervorholte. Da es gleich sehr laut zuging und auch geschossen wurde, blieb ich vorsichtshalber im Schuppen zurück. Es war ein furchtbarer Lärm, sie stürmten die Treppe hinauf und hinunter. Ich hörte Herrn Rat ausrufen: >Das ist ja schrecklich, so was!« Inzwischen hatte sich im Pfarrhaus alles beruhigt, und ich lief davon in die Wirtschaft des Bauern BAUM, WO wir uns, wie verabre-

det, treffen wollten, falls wir vertrieben werden sollten. Dort erfuhr ich, daß Frl. ARNOLD bereits dort nach mir gefragt hatte und daß der Herr Rat erschossen worden sei. Als Herr Rat ausrief: >Das ist ja schreckliche, wollten zwei Russen Frl. ARNOLD vergewaltigen, daraufhin schleppten sie Herrn Rat in den Keller und erschossen ihn. Währenddessen wurde das Fräulein oben festgehalten. Als sie im Keller suchte, fand sie Herrn Rat bereits tot vor. Sie konnte ihm nur noch die Augen zudrücken und ihm die Hände falten. Der tödliche Einschuß war an der Schläfe zu sehen,,.«

GoeRlicH, Franz - Pfarradministrator von Breslau-Lohbrück, geb. 14. 2. 1911, gest. 8. 3. 1946.

Er starb an den Folgen eines Uberfalb. In einem Bericht heißt es:

»An einem August-Sonntag 1945 war Kuratus GOERLICH eben aus seiner Pfarrkirche in Groß-Mochbern bei Breslau (Lohbrück), wo er den Abendgottesdienst gefeiert hatte, gekommen und saß mit seiner Wirtschafterin, Frl. GULDE, in der Küche beim Abendbrot. Es muß gegen 8 Uhr gewesen sein. Draußen tobte ein gewaltiger Sturm, so daß sie gar nicht hörten, wie russische Banditen die Pfarrhaustür mit Gewalt einschlugen. Plötzlich standen sie jedenfalls in der Küche und fielen über die beiden her. Sie schlugen sie zu Boden. In der Nacht gegen halb zehn erwachte Kuratus GOERLICH aus seiner Bewußtlosigkeit. Er war an Händen und Füßen gefesselt, und ¡n seinem Munde hatte er ein Handtuch als Knebel, Er konnte sich diesen Knebel mit den gefesselten Händen entfernen und sich auch die Fußfesseln lösen. Dann tastete er sich zur Küche und zum Pfarrhaus im Dunklen hinaus und wankte zu den Schwestern hinüber, die ihm die Handfesseln lösten. Dann brach er erschöpft zusammen.

Am nächsten Morgen stellte man im Pfarrhaus fest, daß Frl. GULDE tot neben ihm in der Küche gelegen hatte. Sie war ein Opfer dieses gewalttätigen Überfalls geworden.«

GUZY, Johannes - Geistl. Rat, Pfarrer von Freystadt/Nrd. Schle., geb. 24. 5. 1873, erschossen 21. 2. 1945.

Über seinen Tod berichtet eine Augenzeugin:

»Am 16. 2. 1945 kamen zwei russische Offiziere vormittags in das Altersheim der Grauen Schwestern in Freystadt N/Schl. und belästigten die Schwestern. H. H. Erzpriester GUZY kam gegen Mittag aus der Stadt, wo er sich eine Wohnung gemietet hatte, ins Altersheim und betrat das Refektorium, wo sich die Sr. Oberin und die beiden Russen aufhielten. Der eine von ihnen fragte den Herrn Erzpriester, ob er katholisch sei und wie katholisch, ob römisch-katholisch, und verlangte einen Ausweis. Als der Erzpriester keinen vorweisen konnte, schoß der Russe ihn mit einer Pistole nieder. Das Geschoß durchschlug den Oberkiefer, wirkte aber nicht gleich tödlich. In ei-

nem Krankenfahrstuhl konnte der Schwerverletzte von den Schwestern in seine Wohnung gebracht werden, wo er am *21.* 2. nach Empfang der hl. Sterbesakramente seinem Leiden erlag.«

KI.EHR, Leopold - Pfarrer von Striegau, geb. 31. 1. 1900, erschossen Anfangjuni 1945. Erst im Oktober 1945 fand man seinen Leichnam am Kreuzberge bei Striegau mit Reisig verdeckt.

In einem Bericht heißt es:

»... Schon mehrmals waren die Wohn- wie auch Haus- und Kellerräume des Herrn Pfarrers KLEIIR im Mai von den Russen geplündert worden. Dabei waren die anwesenden Personen, wie Eltern und die Schwester der Mutter des Pfarrers schwer mißhandelt worden (die Schwester 50 Jahre alt, öfter dabei vergewaltigt). Im Juni kamen dann auch wieder einmal solche Horden, und zwar diesmal auch Zivilrussen, und verlangten Meßwein, Der Vater des Pfarrers gab ihnen auf Anweisung seines Sohnes einige Flaschen, welche ihnen aber zu wenig waren. Darauf schlugen die Russen sofort auf den alten Herrn mit einem spitzen Gegenstand auf den Kopf ein, daß dieser blutüberströmt zusammenbrach. Der Pfarrer wollte seinem alten Vater zu Hilfe eilen, daraufhin wurde auch er geschlagen, und man band ihn an einen Baum mitten auf dem Kirchplatz. Von einem russischen Soldaten wurde er bewacht, die anderen gingen nach der Stadt zurück, kamen aber nach kurzer Zeit wieder. Führten unter Bewachung unseren Pfarrer nach dem Kreuzberg, wo sie ihn erst verprügelt und dann sofort erschossen haben. Auf alle Anfragen bei der Kommandantur durch die Herren Kapläne, wo unser Pfarrer geblieben wäre, bekamen wir keine Auskunft. Erst nach ungefähr vier Monaten fanden ihn deutsche Frauen beim Holzsammeln unter Laub und Sträuchern verscharrt...«

HAASE, Alfons - Pfarrer aus Oppau, Krs. Landeshut, geb. 6. 6. 1878, gest. 1. 9. 1945 im Gefängnis Landeshut an den Folgen der Schläge durch die polnische Miliz,

In dem Bericht eines Leidensgefährten heißt es: »,.. Ich sah 13- bis 14jährige polnische Milizsoldaten deutsche Greise und Frauen dahertreiben, mit Ohrfeigen und Faustschlägen traktieren, daß man nur noch mit Mühe an sich halten konnte. Russische Militärstreifen drangen in die Häuser, raubten, plünderten und vergewaltigten...

Ich selbst aber war in der Badezelle beim Wasserholen mit Pfarrer HAASE zusammengestoßen. Das zerschlagene Gesicht und die schlappe zittrige Haltung ließen mich nichts Gutes ahnen. Meine Worte: >Ich bin der Lehrer aus'm Buckelt, Herr Pfarrer! Sie kennen mich doch? Wie kommen Sie hierher?« blieben unbeantwortet.

»Nicht sprekken!« erscholl eben das Kommando. Mit einem scheuen Blick

und einem rasch und heimlich gewechselten Händedruck taumelte Pfarrer HAASE zur Tür. Wortlos und im Laufschritt mußte jeder in seine Zelle, denn Kolbenhiebe und Liegetouren haben diesbezüglich manchen belehrt...

Um den 15. August ungefähr nachmittags 6.30 Uhr wurde Pfarrer HAASE aus Oppau fast zu Tode geprügelt. Von unserer Zellentür am Ende des Stockwerkes konnte man durch den Späher den langen Flur bis zum Treppenaufgang übersehen. Schwache Hilferufe, lautes Gestampf und Gebrüll lockten mich sofort an den Späher, denn ich hatte Wache. Man exerzierte mit Pfarrer HAASE zunächst 2-3 Minuten am Treppenaufgang, Augenscheinlich konnte der bejahrte Mann die Treppe nicht so schnell laufen, wie man es sonst gewohnt war. Es war immer ratsam, dem nachfolgenden Posten auf der Treppe möglichst außer Armlänge zu bleiben. Unter Kolbenstößen und mit Fußtritten wurde er in die Ecke gejagt. Dann vertrieben sich diese zwei Milizer, wie es scheint, damit die Zeit, daß sie immer stoßend und treibend den Pfarrer 5-6mal den halben Gang entlang prügelten. Nach jedem erzwungenen Lauf stellte man ihm aber absichtlich das Bein und half gleichzeitig von hinten nach. War er gestürzt, so brachte man ihn unter Gelächter, Flüchen, Toben, Schlägen und Tritten möglichst rasch wieder auf die Beine. 10- 15mal brachte man ihn zum Hinstürzen. Die Beweglichkeit des älteren Herrn ließ merklich nach. Man hatte den Eindruck: Der Mann ist so herzkrank, daß die körperliche Spannkraft einfach keine schnellere Beweglichkeit zuläßt...«

Abschließend soll der vielen Millionen Opfer des letzten Weltkrieges gedacht werden und damit auch der mehr als zwei Millionen getöteter deutscher Vertriebener, unter denen sich 1225 000 aus den deutschen Ostgebieten befanden. Das muß den »satt und politisch impotent« gemachten Deutschen (so CHURCHILLS Wunsch) immer wieder einmal ins Gedächtnis zurückgerufen werden. Bis heute gibt es bezeichnenderweise noch kein zentrales bundesdeutsches Ehren- oder Erinnerungsmal für die Vertriebenen. Als ein solches im Jahre 2005 in Thüringen nach Kauf eines entsprechenden Grundstückes und Gewährung der Baugenehmigung von einem privaten Verein errichtet werden sollte und schon im Bau war, wurde dagegen in regionalen Massenmedien so lange polemisiert, bis die dadurch verängstigte Behörde die Genehmigung für die Errichtung eines solchen Kreuzes zurückzog,

[1] Johannes KAPS, ***Vom Sterben scblesischer Priester 1945/46. Ein Ausschnitt aus der schlesisehen Passion,*** Wienand, Köln [3]1990; siehe auch: Beitrag Nr. 351, »Mord an schlesischen Priestern 1945«.

Mord an schlesischen Priestern 1945

Bei dem vieltausendfachen Mord an wehrlosen deutschen Zivilisten durch Angehörige der Roten Armee ab 1944 im östlichen Deutschland mußten auch viele Priester und Pfarrer ihr Leben lassen. Ihr geistliches Gewand schützte sie nicht davor, wie alles Deutsche von den Rotarmisten oder den in ihrem Gefolge einziehenden Polen übel mißhandelt und in vielen Fällen ermordet zu werden. In der Dokumentation *Vom Sterben schlesischer Priester 1945/46*[1] ist das Schicksal von mehr als 80 solcher gewaltsam ums Leben gekommener Geistlicher allein aus der Provinz Schlesien festgehalten worden, die pflichtgemäß bei ihren Gemeinden geblieben waren und den Einmarsch der Sowjets wie die anschließende polnische Besatzungsherrschaft erlebt hatten. Die Berichte beinhalten teilweise eine ausführliche Darstellung mit den Aussagen von Augenzeugen. In den anderen ostdeutschen Provinzen spielten sich ähnliche Tragödien ab, von denen die nachwachsende Generation viel zu wenig erfährt, weil diese Schicksale von den deutschen Massenmedien gar nicht oder nur sehr selten erwähnt werden. Aus der Fülle des Materials seien zwei bezeichnende Beispiele herausgegriffen.

Der Pfarrer von Krehlau im niederschlesischen Kreis Wohlau, Regierungsbezirk Breslau, der am 1. September 1909 geborene und am 5. April 1936 geweihte Rudolf SABISCH, war beim Einfall der Russen im Januar 1945 nicht geflohen, weil ein Teil seiner Gemeindemitglieder in ihrem Heimatort verblieben war und er sie nicht allein lassen wollte. In einem Augenzeugenbericht über sein Schicksal heißt es:[2] »Unter diesen Frontzuständen verging langsam die erste Woche. Die Wut der Feinde wurde spürbar immer größer. Sie fand ihren Höhepunkt in den Nachmittagsstunden des 29. Januar 1945, als unser Seelsorger, Pfarrer SABISCH, kurzerhand vor unseren Augen niedergeschossen wurde. Die Kugel (Pistole) ging am rechten Auge vorbei, zerriß die Mundhöhle und kam am Hals hinter dem linken Ohr wieder heraus. Der Pfarrer sank sofort um, die Blutlache sammelte sich am Fußboden, Es hatte den Anschein, daß der Tod des Pfarrers bald eintreten würde. Arztliche Hilfe war in dieser Zeit für Deutsche unmöglich. Die Schwestern ließen es dafür an aufopfernder Pflege nicht fehlen. Aber auch sie hatten unter den Frontumständen sehr viel zu leiden. Man plünderte ihnen das ganze Haus und bedrängte sie von allen Seiten. Eine Woche darauf mußten sie sogar unter

[1] Johannes KAPS, ***Vom Sterben schlesischer Priester 1945/46. Ein Ausschnitt aus der schlesischen Passion,*** Wienand, Köln [3]1990; für weitere Beispiele siehe: Beitrag Nr. 350, »Vom Sterben schlesischer Priester«.

[1] KAPS, ebenda, S. 86 f.

russischem Befehl das Haus innerhalb von zehn Minuten geräumt haben. Ein jeder mußte sofort fest zufassen, um das Allernotwendigste mitzunehmen. Die Kranken und Gebrechlichen, unter ihnen unser verwundeter Pfarrer, wurden nun zur kalten Winterzeit auf die Straße gesetzt, bis uns endlich in der Nachbarschaft ein kleines Haus, das auch ausgeplündert und voller Unrat war, angewiesen wurde. Dort führten wir nun wochenlang ein mühseliges Leben. Zu essen hatten wir wenig, der Raum für all die vielen war bei weitem nicht ausreichend. Die Kranken mußten übereinander hocken. Unter diesen schlimmen Verhältnissen fing nun bald ein großes Sterben an. Auch der verwundete Pfarrer siechte langsam dahin, und bewußtlos ging er seiner Auflösung entgegen. Zehn Tage nach seiner Verwundung, am 8. Februar 1945, starb nun in den frühen Morgenstunden der Pfarrer Rudolf SABISCH als Opfer pflichttreuer Berufsauffassung. Sein Leichnam wurde noch am selben Tage auf den Friedhof gebracht und in einem alten Priestergrab beigesetzt. Ein Priester konnte weder beim Sterben noch bei der Beerdigung zugegen sein. Für die Zurückgebliebenen begann nun eine verlassene, trostlose Zeit. Schutzlos waren wir alle der Willkür der Feinde ausgesetzt, bis sich langsam nach Monaten die Wut legte...«

Als ein Beispiel für die Zustände der ersten Monate unter polnischer Besetzung im Sommer 1945 sei für Niederschlesien das Schicksal des Pfarrers von Bunzlau, Ehrenerzpriester Paul SAUER, geboren am 26. September 1892, geweiht am 19, Juni 1921, angeführt. Auch er war nicht geflohen, sondern hatte in der vorher wegen ihrer Tonwaren berühmten, rein deutschen Stadt von rund 22 000 Einwohnern bei den Zurückgebliebenen als ihr Seelsorger ausgeharrt. Unter dem völlig aus der Luft gegriffenen Vorwurf, Mitarbeiter in einer geheimen Organisation »Freies Deutschland« zu sein, wurde er verhaftet:' »Nachdem Ingenieur KÜHNE und andere Deutsche vor allem der geistig höher stehenden Schichten in Bunzlau von der polnischen Miliz in Haft genommen worden waren, wurde Ende April auch Erzpriester Paul SAUER verhaftet. Als Grund gab man an, daß er Waffen besitze und Listen über Aufstellung der Mitglieder dieser berüchtigten Organisation habe. Da aber eine solche Organisation überhaupt nicht bestanden hat und nur ein Vorwand für alle Inhaftierungen war, mußte Pfarrer SAUER solche Behauptungen natürlich strikt ablehnen. Er wurde daraufhin nach eingehender Haussuchung verhaftet. Fast zwei Monate verbrachte er unter schwersten Mißhandlungen im polnischen Milizgefängnis, wo man ihn langsam verhungern ließ. An seinem silbernen Priesterjubiläum (21.6.1946) hörte man ihn im Keller noch laut beten. Danach wurde es stille um ihn, und am 24. Juni brachte man ihn als Sterbenden ins St.-Josefs-Stift. Dort ist er wenige Stunden nach seiner Einlieferung unter den Gebeten der Schwestern in die ewige Heimat gegan-

[3] KAPS, ebenda, S. 88.

gen. Der St.-Johannes-Tag wurde sein Sterbetag. Er gehört zu den Märtyrern der Russen- und Polenzeit. Weit über seinen Bezirk hinaus war er bekannt und beliebt. In den verworrenen Februartagen des Jahres 1945 blieb er ruhig auf seinem Posten. Er ließ seine Gemeinde nicht im Stich. Er fürchtete weder Kugel noch Schläge, um seine ihm anvertraute Kirche und Gemeinde zu verteidigen. Katholiken und Protestanten, Gläubige und Ungläubige kamen in sein Pfarrhaus, um sich bei ihm Trost und seelische Kraft zu holen. Es war ihm gelungen, die Kirche und das Pfarrhaus vor jeglichen Kriegseinwirkungen zu schützen. Viele der geplünderten Kirchen konnten aus dem erhaltenen Reichtum der Bunzlauer Pfarrkirche durch Erzpriester SAUER wieder mit Paramenten und Kirchengeräten ausgestattet werden.«

In dem Augenzeugenbericht eines Leidensgenossen heißt es:[4] »Ich selbst war seit Februar 1945 im Pfarrhaus gewesen und hatte alles aus nächster Nähe miterlebt. Auch ich wurde am 18. Juni 1946 verhaftet, kam in eine Einzelzelle wie auch Pfarrer SAUER, ja, hatte sogar die Zelle neben ihm. .. Am 22. Juni wurde er nochmals zum Verhör nach oben geschleppt, und ich wurde ihm zu einer Aussage gegenüber gestellt. Ich sah ihn zum erstenmal nach seiner Verhaftung, aber auch zum letztenmal. Er war völlig abgemagert, hatte schneeweißes Haar und einen langen Bart bekommen. Er selbst konnte mich nicht mehr erkennen. Wie furchtbar waren dann die zwei folgenden Tage für ihn. So ganz verlassen und sich seiner hoffnungslosen Lage bewußt, stieß er oft verzweifelnde Rufe aus wie: >Ach, mir kann keiner helfen, und wie vielen habe ich geholfen!' Am 24. Juni gegen 5 Uhr nachmittags war er von seiner Lagerstatt heruntergefallen und rief und bat, man möchte ihm aufhelfen. Als nach längerer Zeit dann ein Posten erschien, merkte er wohl, daß Pfarrer SAUER bereits im Absterben war. Es wurde sofort ein polnischer Arzt gerufen, und kurze Zeit darauf wurde er auf einer Tragbahre hinausgetragen und im Auto zum Hilfskrankenhaus der katholischen Schwestern gebracht. Trotzdem ihm bald ärztliche Hilfe zuteil wurde und die Schwestern ihn in aller Eile zu erwärmen versuchten, war es zu spät..,«

»Ein geistlicher Mitbruder, der Ep. SAUER am 26. 4. 1946, also kurz vor seiner Verhaftung besucht und gesprochen hat, bezeugt, daß Ep. SAUER damals rüstig und frisch war und einen durchaus gesunden Eindruck machte.«

Ein Vorhang des Schweigens und Vergessens hat sich vor diesen Geschehnissen niedergelassen. Die polnischen Amtskollegen haben damals nicht eingegriffen. Sie verdrängen heute diese Vorgänge, während an Märtyrer aus der Zeit der deutschen Besatzung immer wieder erinnert wird. Auch der Vatikan unterstützt diese einseitige Überlieferung, besonders seit der Zeit des polnischen Papstes JOHANNES PAUL II, Um so notwendiger ist eine Richtigstellung dieses verzerrenden Geschichtsbildes.

[4] KAPS, ebenda, S. 88 f.

Das Massaker von Nachod

Während des ganzen Zweiten Weltkrieges blieb die Bevölkerung des »Protektorats Böhmen und Mährens der >Resttschechei<, weitgehend von den Auswirkungen des Krieges verschont, brauchte keine Soldaten zu stellen, hatte genügend zu essen, verdiente gut an deutschen Aufträgen, und es kamen kaum Sabotageakte vor. Um so unverständlicher waren die in aller Öffentlichkeit im Mai 1945 an den wehrlosen deutschen Zivilisten und Gefangenen im Sudetenland begangenen Massenmorde.



Erich KERN, *Das andere Lidice,* Welsermühl, Wels 1950.

In den Maitagen des Jahres 1945 sowie in den folgenden Wochen verübten tschechische Zivilisten und Bewaffnete in aller Öffentlichkeit zahlreiche Massaker an der sudetendeutschen Bevölkerung und an deutschen Soldaten. Die Morde in Aussig und der Brünner Todesmarsch sind Beispiele. Ein solcher Vorgang spielte sich auch in Nachod ab, wo Hunderte deutscher Gefangener getötet wurden.[1] Nach Meldung der Tschechischen Presseagentur ***CFK*** ermittelte die Staatsanwaltschaft im bayerischen Hof in diesem Fall.

In seiner Dokumentation ***Das andere Lidice***[2] hat Erich KERN Unterlagen auch zu diesem Fall zusammengestellt. So berichtet dort der Augenzeuge Ehrenhard ADAM, daß in Nachod 220 Angehörige der Waffen-SS von der tschechischen Zivilbevölkerung bestialisch umgebracht worden seien: »Die SS-Leute wurden von den Frauen mit Messern und Dolchen erstochen, mit Knüppeln und Gewehrkolben erschlagen, Körper, die noch Leben zeigten, wurden mit Benzin übergössen und verbrannt. Eine gewisse Frau ZINKE aus Nachod, Kamenskeho 33, hat sich dabei besonders hervorgetan.«

Hin weiterer Zeuge aus Deutschland berichtete von einem Gespräch mit einem Täter von Nachod, einem Angehörigen der damaligen tschechoslowakischen Polizei namens SPACEK. Dieser zeigte dem Zeugen über 100 Fotos von der Ermordung von 400 bis 500 deutschen Soldaten und Zivilisten, SPACEK habe dem Zeugen mitgeteilt, daß am 9. Mai 1945 eine deutsche Panzerabteilung unter Führung des Majors WESSELY über die schlesische Grenze nach Nachod gekommen sei, wo sich rund 10000 Tschechen auf dem Stadtplatz versammelt gehabt hätten. Sie verlangten von den Deutschen, sich zu ergeben. Der deutsche Kommandant sei von der Zivilbevölkerung brutal mißhandelt worden. Auf einem weiteren Bild habe man Ihn nach der Mißhandlung nicht mehr erkennen können. »Das nächste Bild zeigt Panzergrenadiere, wie sie beim Aussteigen abgeschossen wurden. Die Oberkörper hin-

[1] Adolf WOLF, »Das Massaker von Nachod«, in: ***Deutscber Ostdienst*** (DOD) Nr. 48, 3. 12. 1999, S. 8 f.

[2] Erich KERN, ***Das andere Lidice,*** Weisermühl, Wels 1950.

gen über dem Panzerturm. Dann zeigte er mir Bilder, wo deutsche Soldaten in Reihen aufgeschichtet waren, dann erzählte er mir, daß in Nachod in Kasernen und Krankenhäusern ca. 400 Mann stationiert waren.«

SPACEK habe auch berichtet, daß sich deutsche Zivilisten, auch Frauen, in ein Waldstück entlang der Mettau geflüchtet hatten. Es wurde von Tschechen umstellt. Nach Tagen des Hungers und der Verzweiflung kam ein Teil herausgekrochen. Aber auch diese wurden abgeschossen. Davon zeigte der Tscheche ebenfalls Bilder.

Auf die Frage, warum die Tschechen das getan hätten, habe SPACEK geantwortet: »Jeder Tscheche kann so viel Deutsche umbringen, wie er will. Im Radio und in den Zeitungen wird ständig verlangt: >Tod allen Deutschen. Schlagt sie tot, wo ihr sie trefft.« Ich bin schon befördert und zum Helden der Nation vorgeschlagen worden.«

Die tschechische Zeitung ***Krhonski noviny*** (>Riesengebirgszeitung<) befaßte sich 1999 auf einer ganzen Seite mit den Geschehnissen in Nachod und rief dazu auf, daß sich Zeugen melden sollten. Die Angaben einiger beteiligter Tschechen wurden veröffentlicht {einige Texte, s. Anm.l).

Dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist seit langem ein Massengrab rund 750 Meter vom Nachoder Schloß entfernt an der Straße zum Dorf Kramolna bekannt. Es sollen darin 25 bis 140 deutsche Opfer beerdigt sein. Nach anderen Angaben[1] sollen sich in Nachod drei gemeinsame Massengräber am Schloß mit 190 bis 200 Toten befinden.

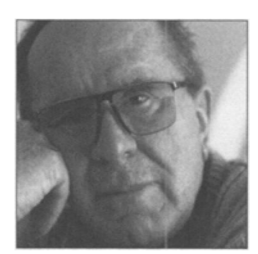
Uber die damaligen Vorgänge in Prag in den Maitagen 1945 schrieb der tschechische Schachweltmeister Ludek PACHMANN aus eigener Erfahrung: »Die Furien der Hölle - hier waren sie losgelassen. Wenn es die Hölle auf Erden gibt, dann gab es sie nach dem 5. Mai 1945 in Prag. An den Straßenkandelabern meiner geliebten Stadt hingen an den Füßen aufgeknüpfte SS-Männer als menschliche Fackeln. Vom Kopf hinauf brennend. Umgeben von lachendem, sich daran ergötzenden Pöbel, der sich jetzt für die begangenen Untaten der Deutschen rächen wollte. Bewaffnete Banditen, die sich 'Partisanen« nannten, holten willkürlich deutsche Mitbürger aus ihren Häusern. An der Einmündung zur Wassergasse hingen drei nackte Leichen, bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt, die Zähne restlos herausgeschlagen, der Mund nur noch ein blutiges Loch. Andere Deutsche mußten ihre toten Landsleute in die Stefangasse schleifen. >Tojsou prece vasi bratri, ted' jepolibetje!« - >Das sind doch eure Brüder, küßt sie.« Und so mußten die noch lebenden Deutschen mit zusammengepreßten Lippen die Toten küssen. Greise, Frauen, Kinder wurden verstümmelt, totgeprügelt. Vergewaltigungen, barbarische Grausamkeiten. Schreckens-Furien der Hölle. Hier waren sie losgelassen.«[4]

[5] Tonias SLANEK, ***Perztkuüon 1945,*** 1996, S. 841 f.

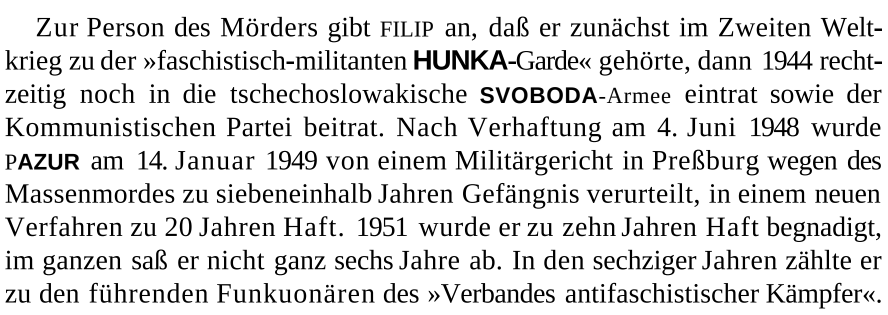
[4] Ludek PACHMANN, in: ***Hör Zu,*** Nr. 45, 5. 11.1982, S. 24.

Der Massenmord in Prerau 1945

Die völkerrechtswidrige Vertreibung der Sudetendeutschen 1945/46 war von einer ganzen Reihe von Massenmorden begleitet, denen insgesamt rund 250000 Deutsche zum Opfer fielen.[1] Zu diesen Massakern gehört auch das wenig bekannte von Prerau (Prerov). Der tschechische Schriftsteller Ota FILIP beschrieb es mit folgenden Worten[2] nach dem tschechischen polizeilichen Protokoll vom 19. Juni 1945: »Am Nachmittag des 18. Juni 1945 machte in Prerov ein Zug halt, der 265 im Herbst 1944 aus der Slowakei nach Nordböhmen transportierte Karpatendeutsche zurück in ihre Heimat bringen sollte. Für 71 Männer im Alter von 14 bis 80 Jahren, für 120 Frauen und 74 Kinder war Prerov Endstation. Im Morgengrauen des 19. Juni 1945 lagen sie alle im Massengrab. Ihr Mörder, Leutnant Karol PAZUR, Nachrichtenoffizier im Stab der 4. Division der SVOBODA-Armee,[3] hat in den späten Nachmittagsstunden des 18. Juni 1945 die Karpatendeutschen aus ihrem Zug geholt. Zwanzig Soldaten mit Maschinengewehren trieben sie unter PAZURS Kommando nach Lovesice, unweit vom Prerover Bahnhof. Dort wurden alle 265 Karpatendeutsche in Gruppen von hinten niedergemetzelt. Die Personalausweise der Ermordeten befahl Leutnant PAZUR im Massengrab zu verbrennen. Die Wertgegenstände der Toten, Geld, Uhren und Juwelen, verteilte der Mörder unter seinem Mordkommando, zur Belohnung durften die Mordschützen auch noch den Zug plündern, der die Karpatendeutschen nach Haus bringen sollte.«



Ota FILIP (geb. 1930).



Zur Person des Mörders gibt FILIP an, daß er zunächst im Zweiten Weltkrieg zu der »faschistisch-militanten HUNKA-Garde« gehörte, dann 1944 rechtzeitig noch in die tschechoslowakische SVOBODA-Armee eintrat sowie der Kommunistischen Partei beitrat. Nach Verhaftung am 4. Juni 1948 wurde PAZUR am 14. Januar 1949 von einem Militärgericht in Preßburg wegen des Massenmordes zu siebeneinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, in einem neuen Verfahren zu 20 Jahren Haft. 1951 wurde er zu zehn Jahren Haft begnadigt, im ganzen saß er nicht ganz sechs Jahre ab. In den sechziger Jahren zählte er zu den führenden Funkuonären des »Verbandes antifaschistischer Kämpfer«.



[1] Bekannt sind unter anderem und vor allem der »Brünner Todesmarsch« und die Massaker in Aussig.

[2] Ota FILIP, »Untaten an Deutschen aus dem Jahre 1945 nicht mehr verschweigen«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** Nr. 222, 24. 9. 1997, S. 15.

[3] Die SVOBODA-Armee, genannt nach General Ludvik SVOBODA, geb. 1895 in Mähren. Er war im Ersten Weltkrieg bei der Tschechischen Legion (siehe: Beitrag Nr. 48, »Greuel der tschechischen Legion«), war dann tschechischer Offizier, ging 1939 in den Untergrund, führte eine Brigade in der Roten Armee, war nach 1945 Verteidigungsminister und wurde unter Alexander DUBCEK Staatspräsident.

Damit gehörte PAZUR zu den wenigen tschechischen Massenmördern, die wegen ihrer Untaten überhaupt belangt wurden.

FILIP bringt in dem genannten Aufsatz weitere Beispiele für ähnliche Bluttaten, die polizeilich dokumentiert und dem damaligen Prager Innenministerium amtlich zur Kenntnis gebracht wurden; dort hatte man jedoch an einer Bestrafung und Verfolgung kein Interesse und ließ die Akten in den Archiven verschwinden, wo sie erst Ende der neunziger Jahre wieder aufgefunden wurden. Rolf Kosiek



In Aussig veranstalteten tschechische Fanatiker Ende Juli 1945 ein Massaker an über 2000 Deutschen. Frauen und Kinder wurden in die Elbe geworfen und dann von Soldaten als Zielscheibe benutzt. »In das Wasserreservoir am Marktplatz warf man ebenfalls Deutsche hinein, und sobald sie wieder hochkamen, drückte man sie mit Stangen unter das Wasser.« (SPD Poiitiker und Zeuge Alois ULIMANN).



Eine ähnliche Szene: In Landskron (Böhmen) wurden die Deutschen von einer johlenden Menschenmenge in einen Löschteich geworfen, und dann wurde auf sie geschossen.

Der befohlene Massenmord in Postelberg 1945

In der heutigen Diskussion der Umstände bei der grausamen Venreibung der Deutschen aus dem Sudetenland 1945 mit rund 250000 Todesopfern wird von tschechischer Seite meist von spontanen, unkoordinienen Ausschreitungen gesprochen, die von berechtigten Rachegefühlen verursacht worden seien. Richtig ist jedoch, daß es sich im Sommer 1945 maßgeblich um einen von oben befohlenen, unter Mitwirkung des tschechischen Staates und seines Militärs sowie dessen Stäbe vollzogenen Völkermord handelte, der das Sudetenland, in dem mehr als drei Millionen Deutsche und deren Vorfahren seit 800 Jahren in geschlossener Siedlung lebten, und das übrige Böhmen und Mähren deutschenfrei machen sollte.

Der Beweis dafür kann seit dem Jahre 2005 besonders überzeugend anhand des grauenhaften Massakers von Postelberg, einer kleinen Onschaft nahe Saaz im westlichen Böhmen, geführt werden. Dort und in Saaz wurden vom 2. bis 6. Juni 1945 etwa zweitausend Deutsche, auch viele Kinder - teilweise mit bestialischen Methoden - ermordet.' Prager amtliche Stellen versuchten später bis in die Gegenwart, das Verbrechen zu verbergen oder gar zu rechtfertigen.

Erst rund 60 Jahre nach den als >Völkermord< zu bezeichnenden Verbrechen wurden amtliche tschechische Akten einer Untersuchungskommission aus dem Jahre 1947 zu dem Verbrechen von 1945 zugänglich, ins Deutsche übersetzt[2] und teilweise in einem Sonderheft des ***Heimatbriefes Saazerland*** veröffentlicht.[3]

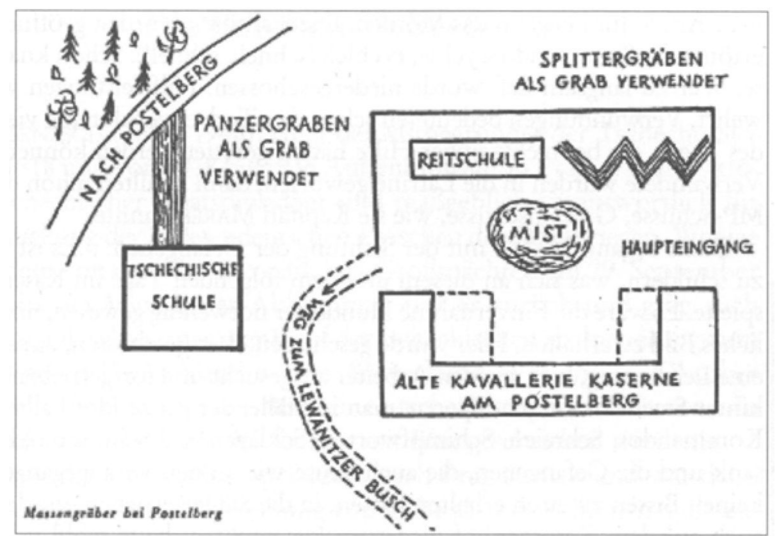
Aus den Dokumenten ist zweifelsfrei zu entnehmen, wer die Ausführenden und die Befehlsgeber waren und welche entscheidende Rolle der Regierung in Prag bei dem Massaker von Postelberg zukam. Nicht auf eigene Faust handelnde Bewaffnete, sondern Offiziere der tschechischen Armee gaben die Befehle und hatten die Vorgänge in der Hand. Generale in Prag hatten befohlen, die Deutschen aus Postelberg und Saaz zusammenzutreiben und viele von ihnen zu töten. Alle Beteiligten waren sich sicher, dabei in Erfüllung der Absichten der - bürgerlichen - tschechischen Regierung unter BENESCH ZU handeln, »im Sinne der Intentionen der Regierung und des Ministeriums der nationalen Verteidigung«, wie es ein Abgeordneter als Mitglied der Untersuchungskommission des Sicherheitsausschusses der Verfassunggebenden Nationalversammlung Ende Juli 1947 am Schluß des Verfahrens ausdrückte.

In dem Bericht in der ***FAZ***[2] heißt es: »Die rechtliche und moralische Bewertung des Massenverbrechens machte den Mitgliedern der Kommission, nach dem stenographischen Protokoll der Untersuchung zu urteilen, kein Kopfzerbrechen. Einem Kommissionsmitglied hätte es gefallen, wenn die verhörten Täter geständig gewesen wären. >Wie anders wäre die Situation,

[1] Ausführlicher Bericht in: Arbeitsgemeinschaft zur Vertretung der Interessen der Sudetendeutschen (Hg.), ***Dokumente %ur Austreibung der Sudetendeutschen,*** Aufstieg, München 1965, S. 105-110; Erlebnisdarstellung von Uta REIFF, Augsburg, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 16. 8. 2005.

[1] Johann Georg REISSMÜLLER, »Um das Terrain von Deutschen zu säubern«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 12. 7. 2005, S. 5.

[3] ***Sonderausgabe Genozid,*** Verlag Heimatbrief Saazerland, Forchheim 2005.



Kartenskizze zum Postelberger Massenmord im Juni 1945. Siehe dazu Auszüge aus dem erschütternden Bericht des Oberamtsrichters Dr. Franz FREYER (nächste Seite).

wenn sie offen gesagt hätten, wie die Sache war: So aber suchen sie Ausflüchte und wecken so den Verdacht, daß ihre Sache nicht anständig war.< Einem anderen Abgeordneten in der Untersuchungskommission ging es darum, daß >wir aus der Sache mit Ehre herauskommen«. Das Volk sei ohne Unterschied der politischen Partei oder des Standes damit einverstanden, daß »diese Sachen durchgeführt werden«. Ähnlich steht in einem Bericht von Mitarbeitern des Prager Innenministeriums vom 2. Juli 1947 an den Innenminister, >daß sich damals an diesen Exekutionen alle beteiligten, unabhängig von der politischen Richtung«.«

In einem anderen dieser Dokumente kommt zum Ausdruck, daß die Personen, die diese »Maßnahmen getroffen haben, das in der festen Überzeugung taten, daß das der Nation dient«.

Andere Stellen der Akten unterstreichen, daß das nationalistische Motiv maßgebend und schon lange vorher eine Rolle gespielt hatte. So berichtete der Vorsitzende der ersten tschechoslowakischen Verwaltung von Saaz nach Kriegsende, daß einer der beteiligten Offiziere ihn gefragt habe, ob er wolle, daß Saaz tschechisch werde. Seine Antwort: »Ich sagte: Selbstverständlich, darauf warten wir schon 300 Jahre.« Ein Mitglied der Untersuchungskommission urteilte bei der Befragung eines Offiziers über das Zusammentreiben der Deutschen: Eine Konzentrierung sei durchgeführt worden, »um das Terrain von Deutschen zu säubern«.

Aus den Akten geht also klar hervor, daß die Ausmordung der Deutschen lange vorher geplant, vom ganzen Volk begrüßt und mitgetragen sowie von der Regierung BENESCH veranlaßt worden war. Um so trauriger ist es, wenn Prag heute noch an den verbrecherischen BENESCH-Dekreten festhält und jede Wiedergutmachung dieses Menschheitsverbrechens verweigert. Rolf Kosiek

Vollständiger Wortlaut unter anderem unter: **www.Wintersonnenwende,com**

Bericht des Oberamtsrichters Dr. Franz FREYER aus dem Jahre 1951. Aus: ***Dokumente zur Austreibung der Sudetendeutschen. Überlebende kommen Wort,*** aaO. (Anm. 1), S. 107 f.

»... Am 5. Juni begann das Morden. Die Stalltüren wurden geöffnet und dann ertönte das Kommando >rychle, rychle!< (schnell, schnell). Schon knallten Schüsse. Wer zu langsam lief, wurde niedergeschossen. Hilfeleistungen wurden verwehrt, Verwundungen bedeuteten schon den Tod, es verbluteten viele im Laufe des Tages, die bei rechtzeitiger Hilfe hätten gerettet werden können. Tote und Verwundete wurden in die Latrine geworfen, dann knallten schon die üblichen MP-Schüsse, Gnadenschüsse, wie sie Kapitän MAREK nannte.

Dann begann MAREK mit der Sichtung der Gefangenen.. .Es ist nicht leicht zu schildern, was sich an diesem und dem folgenden Tage im Kasernenhof abspielte. Es wäre die Einvernahme Hunderter notwendig gewesen, um ein verläßliches Bild zu erhalten. Hier wurde geschlagen, dort geschossen, da schleifte man eine Leiche weg, hier wurden Arbeiter ausgesucht und fortgetrieben, die kamen hinter Stacheldraht, jene sperrte man in Ställe, der ganze Hof hallte wider von Kommandos, Schreien, Schimpfworten, Schlägen und Schüssen. Als die Sonne sank und die Gefangenen, die auch heute wie an den vorangegangenen Tagen keinen Bissen zu essen erhalten hatten, in die Ställe getrieben wurden oder sich auch auf dem Kasernenhof niederstrecken mußten, hatte wohl jeder mit dem Leben abgeschlossen und war bereit, mannhaft zu sterben. Die Opfer des Tages sind nicht gezählt worden. In der Nacht knallten wieder unablässig nah und fern die Maschinenpistolen.

Der 6. Juni war der Tag des Kindermordes. Zunächst wieder endloses Einteilen und Aufstellen von Arbeitsgruppen... Auch sie hatten drei Tage lang kein Essen erhalten. Fünf schlossen sich unauffällig einer Arbeitergruppe an, um auf die Weise der Gefangenschaft zu entrinnen. Aber schon in Postelberg wurden sie aufgegriffen und dann dem Kapitän MAREK vorgeführt. Zitternd vor Erregung verfolgten Männer und Knaben die entsetzliche Szene, die ihnen vorgeführt wurde und auf die sie durch den Ruf: >Eine Äußerung des Mißfallens, und es wird geschossen!« vorbereitet wurden. Die fünf Knaben wurden zur Reitschule geführt, der Hosen entkleidet und die Züchtigung begann. Ein widerlicher Anblick, wie sich die Tschechen hindrängten, um nur einige Schläge anbringen zu können...

Nach einer halben Stunde nahmen einige Tschechen, die Gewehre im Arm, bei den Knaben Aufstellung. Ein Posten rief: AVer einen Fluchtversuch unternimmt, wird erschossen, so wie jetzt diese Knaben erschossen werden sollen.« Er konnte es also selbst nicht glauben, daß es mit dem Erschießen Ernst ist. Die Knaben wandten ängstlich die Köpfe, dann drehten sie sich um. Zwei der Tschechen legten auf kurze Distanz auf den ersten Knaben in der Reihe an, schon krachen ihre Schüsse, und der Knabe sinkt zu Boden. Sein Blut rötet die Wand... Der zweite Knabe in der Reihe läuft den Henkern entgegen, will ihnen die Gewehrläufe in die Höhe schlagen. Die Mörder hatten schon repetiert, und der zweite Knabe stürzt im Feuer zu Boden. Mörtel stäubt auf, wieder rötet Blut die Wand. Die anderen Knaben fügen sich heldenhaft ihrem Schicksal. Der Dritte ruft nach seiner Mutter, ehe er zusammenbricht. Der Vierte bleibt nach der Salve stehen, schaut stumm in die neuerlich erhobenen Läufe und sinkt erst nach den zweiten Schüssen zu Boden. Auch der Fünfte wird niedergeschossen. Die Knaben waren vielleicht 15 Jahre alt...«

Die Benesch-Dekrete

Eduard BENESCH (1884-1948), einer der Mitbegründer der Tschechoslowakei 1918 und von 1918 bis 1935 Außenminister in Prag, war ab Oktober 1935 tschechischer Staatspräsident und maßgeblich verantwortlich für die Unterdrückung der Sudetendeutschen zwischen den Weltkriegen. Wenige Tage nach dem von den vier europäischen Großmächten am 29. September 1938 vereinbarten Münchener Abkommen trat er zurück und ging nach London, wo er als selbsternannter Kopf der tschechischen Exilregierung zum Widerstand gegen Deutschland wirkte. So verkündete er am 27. Oktober 1944 über den Londoner Sender ***BBC*** seinen tschechischen Landsleuten: »In unserem Land wird das Ende des Krieges mit Blut geschrieben werden!«



Eduard BENESCH (1884-1948).

Im Mai 1945 kam er als Staatspräsident nach Prag zurück und war dann führend an der grausamen Vertreibung von mehr als drei Millionen Sudetendeutschen beteiligt, wobei rund 250 000 Menschen den Tod fanden. In seiner Rede am 3. Juni 1945 in Tabor forderte er die Tschechen auf: »Werft die Deutschen aus ihren Wohnungen, macht Platz für unsere Menschen - wir hätten das schon im Jahre 1918 erledigen wollen, aber damals hielten uns die Briten die Hände gebunden. Jetzt aber wollen wir das erledigen.«

Amtliche Grundlage für die völkerrechtswidrige Vertreibung wurden die von ihm in der Zeit vom Mai 1945 bis zum Mai 1948 erlassenen sogenannten »**BENESCH**-Dekrete«, die jeder europäischen Rechtsordnung und dem damals geltenden Völkerrecht hohnsprechen.[1] Das gilt insbesondere für das berüchtigte Gesetz Nr. 115, das Straffreiheitsgesetz vom 8. Mai 1946, von den Tschechen verharmlosend als »Amnestiegesetz« bezeichnet, das alle die grausamen Verbrechen, die im Zusammenhang mit der Venreibung der Deutschen verübt wurden, als rechtmäßig erklärte und straffrei stellte.[2]

Diese Dekrete gelten heute noch. Sie wurden bisher nicht aufgehoben. Im Gegenteil: Das Abgeordnetenhaus des Prager Parlaments hat am 24. April 2002 nach kurzer Debatte ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen

[1] Voller Text in: Gerhoch REISEGG ER, ***Weg mit den Benesch-Dekreten!,*** Grabert, Tübingen 2004, S. 97-191; auch in: Sudetendeutscher Rat e.V. (Hg.), ***Dokumente zur Vertreibung der Sudelendeutschen,*** München 1992.

[2] Der entscheidende § 1 des Gesetzes Nr. 115 lautet: »Eine Handlung, die in der Zeit vom 30. September 1938 bis zum 28. Oktober 1945 vorgenommen wurde und deren Zweck es war, einen Beitrag zum Kampf um die Wiedergewinnung der Freiheit der Tschechen und Slowaken zu leisten, oder die eine gerechte Vergeltung für Taten der Okkupanten oder ihrer Helfershelfer zum Ziel hatte, ist auch dann nicht widerrechtlich, wenn sie sonst nach den gehenden Vorschriften strafbar gewesen wäre.«

eine von allen Parteien, einschließlich der Kommunisten, vorbereitete Erklärung zu den BENESCH-Dekreten verabschiedet. Darin heißt es, nachdem schon im Vorspruch erklärt worden ist, daß man allgemein Bestrebungen zurückweise, »Fragen aufzuwerfen, die mit dem Ende und den Folgen des Zweiten Weltkriegs zusammenhängen«, wahrheitswidrig, daß »2. die Nachkriegsgesetze und Dekrete des Präsidenten der Republik sich realisiert haben (konsumiert wurden) in der Zeit nach ihrer Veröffentlichung und heute auf ihrer Grundlage keine neuen Rechtsbeziehungen entstehen können, 3. die rechtlichen und Eigentumsverhältnisse, die aus ihnen hervorgegangen sind, unbestreitbar, unantastbar und unveränderbar sind«.[1]

[3] Zitiert in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 22. 4. 2002.

Mehrfach wurde dazu aus Prag erklärt, die BENESCH-Dekrete brauchten nicht mehr aufgehoben zu werden, da sie inzwischen »obsolet«, unwirksam, geworden seien, Sie ständen auch dem damals angestrebten, im Jahre 2004 erfolgten Beitritt Prags zur Europäischen Union nicht im Wege.

Das trifft aber nicht zu. In seinem im Auftrag der Sudetendeutschen Landsmannschaft erstellten Gutachten vom 7. Oktober 2002 zu der Frage »Entfalten die BENESCH-Dekrete und das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 (Straffreiheitsgesetz) noch heute eine diskriminierende Wirkung, die dem Völkerrecht und dem Recht der Europäischen Union entgegensteht?« kommt der Würzburger Völkerrechtler Prof. Dr. Dieter BLUMENWITZ zu dem Ergebnis, daß die BENESCH-Dekrete eben nicht durch Zeitablauf »obsolet« geworden sind. Es heißt in der Zusammenfassung des Gutachtens:

»1. Die BENESCH-Dekrete, auf deren Grundlage 1945/46 3,2 Millionen Deutsche ausgebürgert und entrechtet wurden, sind nicht obsolet. Aufgehoben wurden nur jene Dekrete, die unmittelbar der Durchführung der Vertreibung dienten oder die Ansiedlung der neuen Bevölkerung regelten. Alle staatsangehörigkeits- und eigentumsrechtlichen relevanten Präsidialdekrete sind weiterhin in der Sammlung geltender tschechischer Gesetze enthalten und nach tschechischer höchstrichterlicher Rechtsprechung auch Grundlage der neuen Rechtsordnung. (DREITHALER-Entscheidung des Verfassungsgerichts). Alle das Eigentum und den staatsangehörigkeitsrechtlichen Status betreffenden Dekrete gelten fort und müssen angewendet werden, wenn die tschechische Gesetzgebung, Verwaltung oder Rechtsprechung auf sie verweisen. Bedeutsame Beispiele für diese >Nachbefolgung< sind die nach 1991 erlassenen Restitutionsgesetze. Nach der Entscheidung des tschechischen Obersten Gerichtshofes vom 29. Juni 2000 müssen die Dekrete der Nachkriegszeit nicht nur nachbefolgt, sondern auch >nachvollzogen< werden: Zivilverfahren müssen ausgesetzt und Enteignungsverfahren nach altem Recht abgeschlossen werden…

4. Durch die tschechische Behauptung, die Restitution sei seit 1996 abgeschlossen, läßt sich die Diskriminierung nicht dem zeitlichen Anwendungsbereich des Gemeinschaftsrechts entziehen. Zahlreiche Restitutionsfälle sind

zur Zeit noch anhängig. Der UN-Menschenrechtsausschuß hat in der Vergangenheit immer wieder die Restitutionsgesetzgebung kritisiert, die Tschechische Republik aufgefordert, gesetzliche Regelungen zu ergänzen und neue Antragsfristen einzuräumen. Die Konfiskation des sudetendeutschen Eigentums, die bei der Restitution bislang unberücksichtigt blieb, hat sich keineswegs bereits 1945 und 1946 zur Gänze vollzogen. Sie ist nach wie vor völkerrechtswidrig, und die Vermögensfrage ist >offeni. Der Vergleich mit den SBZ-Enteignungen (1945-1949) geht schon deshalb fehl, weil hier die Opfer durch den Staat, in dessen Hände die Vermögenswerte gelangt sind, entschädigt wurden,

5. Der UN-Menschenrechtsausschuß hat in einer Reihe von eindrucksvollen Entscheidungen (Fälle SIMUNEK, ADAM, BLAZEK, DES FOURS WALDERODE und BRÖK) die Diskriminierung durch die tschechische Restitutionsgesetzgebung verdeutlicht. Die Erkenntnisse beruhen auf Art. 26 des UN-Menschenrechtspaktes, der nach der Rechtsprechung des EuGH zur Konkretisierung der europäischen Grundrechte herangezogen werden darf.

6. Das in der Tschechischen Republik fortgeltende Straffreiheitsgesetz verstößt gleichermaßen gegen europäische wie weltweit geltende Menschenrechte. Der Respekt vor den Opfern gebietet die uneingeschränkte Verpflichtung des tschechischen Staates, Verbrechen gegen die Menschlichkeit auch nach längerer Zeit noch aufzuklären und zu ahnden...

8. Die Beziehungen der Tschechischen Republik zu einer Reihe von europäischen Staaten sind heute durch das tschechische Bekenntnis zur Nachbefolgung der BENESCH-Dekrete so belastet, daß die Ziele der gemeinsamen Außenpolitik in einer immer engeren Union der Völker Europas und deren Kohärenz gefährdet erscheinen. Die deutsch-tschechische Erklärung vom 21. Januar 1997 ist gerade nicht der Schlußstrich unter die gemeinsame Vergangenheit, sondern eine Grundlage für eine künftige ge-



Vertreibungsverbrechen als Bildsequenz, gezeigt im *Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF).*

deihliche Entwicklung, die durch das demonstrative Festhalten der tschechischen Seite an den Dekreten gefährdet ist. Noch gravierender ist die durch die Nachbefolgung der BENESCH-Dekrete veranlaßte Nichtanerkennungspolitik, die die tschechische Republik gegenüber dem Fürstentum Liechtenstein, das Mitglied des Europäischen Wirtschaftsraumes ist, seit 1945 betreibt.«

Zu einem ähnlichen Urteil kommt der Tübinger Völkerrechtler Prof. Dr, Martin NETTESHEIM in seinem Gutachten »Der EU-Beitritt Tschechiens: Die BENESCH-Dekrete als Beitrittshindernis?« vom 1. Oktober 2002 im Auftrag der Staatskanzlei des Freistaats Bayern. In den zusammenfassenden Ergebnissen urteilt er:

»3. Die Beitrittsreife der Tschechischen Republik leidet aber darunter, daß sich in ihrer Rechtsordnung geltende Bestimmungen finden, die Ausdruck einer integrationsfeindlichen politischen Wertentscheidung sind. In den BENESCH-Dekreten drückte sich die Entscheidung des tschechoslowakischen Normgebers aus, ein zukünftiges Zusammenleben von Tschechen und Slowaken mit den Angehörigen der beiden betroffenen nationalen Minderheiten sei nicht erträglich. Die BENESCH-Dekrete sind damit Niederschlag einer politischen Grundhaltung, die sich in schärfster Weise gegen das Miteinander verschiedener Nationalitäten richtet. In ihnen spiegelt sich zugleich ein scharfes und schwerwiegendes Urteil über Loyalität, Treue und Gemeinschaftsfähigkeit der betroffenen Minderheiten wider, ohne daß auf die Umstände des Einzelfalles abgestellt würde. Sie stigmatisieren damit nicht nur die von Vertreibung und Rechtsentzug betroffenen Personen, sondern wirken zukunftsgerichtet und stellen damit ein Integrationshindernis dar.

4. Die Beitrittsreife der Tschechischen Republik leidet ferner darunter, daß das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 weiterhin Geltung beansprucht. Dieses Gesetz sieht vor, daß Straf- und Gewalttaten, die >zum Zwecke gerechter Vergeltung« gegen Angehörige nationaler Minderheiten begangen wurden, rechtmäßig sind. Es widerspricht den an den beitrittswilligen Staat zu richtenden rechtsstaatlichen Anforderungen, wenn das im Zuge einer völkerrechtswidrigen Vertreibung begangene Unrecht auch im Fall von Mord und ungeachtet der Umstände des Einzelfalls nicht verfolgt wird...«

In einem weiteren Gutachten im Auftrag der Bayerischen Staatsregierung, das von dem Bonner Völkerrechtler Prof. Dr. Rudolf DOLZER im Oktober 2002 vorgelegt wurde, heißt es in der Zusammenfassung:

»1, Die Vertreibung der Sudetendeutschen war im Mai 1945 nach Kriegsende das primäre politische Ziel der tschechoslowakischen Regierung. Von London aus hatte die Exilregierung BENESCH zuvor aktiv auf die Venreibung hingearbeitet und die drei Siegermächte in diese Richtung gedrängt...

2. ... Die Sowjetunion hat noch 1989 ihre eigene Vertreibungspolitik als barbarisch bezeichnet. Vor diesem Hintergrund erscheint es heute als ana-

chronistisch, daß die Prager Regierung vor ihrem Beitritt in die Europäische Union an ihrem Standpunkt der Rechtmäßigkeit und Legitimität der Vertreibung festhält.

3. Die Prager Regierung kann sich bei ihrer Rechtfertigung der Vertreibung in der nach dem Krieg erfolgten Weise nicht auf die drei Siegermächte berufen. Gegenüber der Bundesrepublik Deutschland können die Absprachen von Potsdam mangels deren Zustimmung keine rechtliche Wirkung entfalten,,.

6. Das völkerrechtliche Fremdenrecht hat 1945 eine Massenausweisung fremder Staatsangehöriger auf der Grundlage einer kollektiv fingierten Schuld nicht zugelassen, Verboten war darüber hinaus die Inhumanität der erfolgten Vertreibung. Damit finden die völkerrechtlichen Regeln der Wiedergutmachung Anwendung.

7. Die Tschechoslowakei - und heute die Tschechische Republik - waren und sind völkerrechtlich auch verantwortlich für die Akte der Gewalt, die von paramilitärischen und privaten Einheiten und Personen im Laufe der Vertreibung begangen wurden - dies gilt insbesondere für die Phase der sog. wilden Vertreibungen zwischen Kriegsende und Juli 1945. Die Prager Regierung kannte das Vorgehen dieser Gruppen, hat sie indirekt gebilligt und hat nichts dagegen unternommen.

8. Die BENESCH-Dekrete, die sich auf die Venreibung beziehen, stellen sich völkerrechtlich als Teilakte der illegalen Vertreibung dar und sind damit notwendig ihrerseits als rechtswidrig zu bezeichnen,

9. Darüber hinaus verstoßen gegen das Völkerrecht insbesondere die während der Vertreibung erfolgten Akte der Tötung, der Körperverletzung, des Entzugs des Eigentums und die Einstufung entsprechender Straftaten als rechtmäßig.

10. Keine in Frage kommende Norm des Völkerrechts kann die erfolgte Vertreibung und die diesbezüglichen BENESCH-Akte rechtfertigen. Auch auf die nach 1945 erfolgten Vereinbarungen über die Reparationspflicht Deutschlands kann sich Prag nicht berufen, da die tschechoslowakischen Maßnahmen von diesen Abmachungen nicht gedeckt waren.

11. Die Bundesrepublik hat sich nach 1945 immer wieder konsequent auf die Rechtswidrigkeit der Vertreibung berufen. Unter diesen Umständen kann sich die Tschechische Republik gegenüber der Bundesrepublik auch heute nicht auf den Zeitablauf seit 1945 berufen und die Vertreibung und die dazu gehörigen BENESCH-Akte als historische Akte bezeichnen, die heute gegenüber der Bundesrepublik als gegenstandslos zu betrachten wären. ..

13. Würde die Bundesrepublik die Vertreibung nicht anläßlich des Beitritts Prags in die EU zum Gegenstand der Erörterung machen, so wäre sie später völkerrechtlich daran gehindert, die entsprechenden Verträge erneut zu erörtern...

14. Die politischen Absprachen zwischen der Bundesrepublik und der Tschechischen Republik aus dem Jahre 1997 über die künftige Ausgestaltung der Beziehungen haben sich nicht als tragfähig erwiesen. Prag hat den damals vereinbarten politischen Rahmen im Jahre 2002 mit einer Reihe von Äußerungen über den Stand der Beziehungen zur Bundesrepublik eindeutig verlassen. Insoweit ist zum jetzigen Zeitpunkt auch die Bundesrepublik wieder rechtlich und politisch frei in der Festlegung des eigenen Standpunkts...

16. Das Aufgreifen des Anspruchs der Bundesrepublik auf Wiedergutmachung kann bilateral oder im vorgesehenen Rahmen der Beitrittsverhandlungen erfolgen. Die Art und Weise der Erörterungen der weiteren Gestaltung der Beziehungen sowie die inhaltliche Ausrichtung steht im politischen Ermessen der Bundesrepublik. Das Nichteinhalten der Absprachen von 1997 durch Prag legt es aus der Sicht der Bundesrepublik nahe, das Thema der Rechtswidrigkeit der Vertreibung erneut aufzugreifen und nunmehr mit stärkerem Nachdruck zu verfolgen.«

Als ein Beispiel für die noch heute geltende Wirksamkeit der BENESCH-Dekrete sei angeführt, daß der amtierende tschechische Innenminister Stanislav GROSS sich im Juni 2002 bei einem anhängigen Rückerstattungsverfahren der Erben des 1946 verstorbenen Grafen Hugo SALM-REIFFERSCHEIDT ausdrücklich auf eines dieser Dekrete bezog.[4] Im Frühjahr 2002 hat das Kreisgericht im nordböhmischen Tetschen (Decin) in dem Rechtsstreit um ein Miethaus die Verwirklichung eines der umstrittenen BENESCH-Dekrete angeordnet.[5]

Bisher ist Prag von seiner »anachronistischen« Haltung noch nicht abgerückt, obwohl selbst das Europäische Parlament in seiner Sitzungsperiode im November 2002 in einer Entschließung insbesondere und ausdrücklich das Straffreiheitsgesetz beanstandete und erklärte, »daß das Gesetz Nr. 115 vom 8. Mai 1946 vom Standpunkt moderner Rechtsstaadichkeit keine Existenzberechtigung hat«. Weiter wurde darin festgestellt, daß »ethnisch bestimmte Maßnahmen, die zu kollektiver Vertreibung und zur Zerstörung kultureller Werte führen, eklatant gegen europäische Grundrechte und die gemeinsame Rechtskultur der Europäer verstoßen«. Im Gegensatz dazu rechnete das Prager Außenministerium sogar in einer zur internationalen Verbreitung, insbesondere für die Europa-Politiker, vorgesehenen Dokumentation die verbrecherischen BENESCH-Dekrete »zum Fundament der Europäischen Union« und verstieg sich in völliger Verkehrung der Rechtsgrundsätze zu der Behauptung, nicht die Beibehaltung der Dekrete, sondern die Forderung nach ihrer Aufhebung stelle die »Grundlagen der Union und den Gedanken der europäischen Integration selbst in Frage«.[1]

Dessen ungeachtet wurde bei dem Kopenhagener Gipfel der Staats- und Regierungschefs der EU im Dezember 2002 zur Vorbereitung des Beitritts Tschechiens zur EU diese Frage der Gültigkeit der BENESCH-Dekrete gar nicht

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 14, 6, 2002. Das tschechische Innenministerium hat 2006 den Erben des Grafen das Recht auf ihren Besitz unter Berufung auf das BENESCH-Dekret Nr. 33/1945 erneut abgesprochen. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 4. 2006.

[5] *Passauer Neue Presse,* 7. 5. 2002.

[6] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 25. 5. 2002.

näher angesprochen, Prag die Aufnahme auch bei Weitergeltung der BENESCH-Dekrete in Aussicht gestellt und dann auch zum 1. Mai 2004 vollzogen.

Kurz vor der Aufnahme in die EU beschloß das tschechische Parlament am 24. Februar 2004 mit der großen Mehrheit von 118 gegen 14 Stimmen ein Gesetz zur Ehrung von BENESCH, das nur aus dem Satz besteht: »Eduard BENESCH hat sich um den Staat verdient gemacht.« Diese Ehrung war bis dahin nur dem ersten Staatspräsidenten Tomas G. MASARYK gewährt worden. Dennoch protestierte die Bundesregierung nicht gegen diese besonders gegenüber den vertriebenen Sudetendeutschen provokative Handlung, die aber auch als eine Herausforderung der übrigen Staaten der Europäischen Union angesehen werden konnte. Die zweite Kammer des tschechischen Parlaments, der Senat, stimmte am 24. März 2004 zwar gegen diese Ehrung, wurde aber am 13. April 2004 durch die Abgeordnetenkammer überstimmt, so daß das Gesetz nach Unterzeichnung durch den Präsidenten in Kraft treten konnte.

Weiterführende Literatur:
Rolf-Josef EIBICHT, *50 Jahre Vertreibung,* Hohenrain, Tübingen 1995.



Die sudetendeutschen Heimatvertriebenen und ihre Abnahmeländer (Ergebnis der Volkszählung vom 13. 9. 1950).

Tschechische Bereicherung durch Enteignung Deutscher

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wurden 1945/46 die rund 3,5 Millionen Sudetendeutschen durch die völkerrechtswidrigen BENESCH-Dekrete[1] entschädigungslos enteignet und fast alle von ihnen aus ihrer von ihren Vorfahren seit vielen Jahrhunderten besiedelten Heimat vertrieben. Ihr Eigentum an Grund und Boden, Geldmitteln sowie an beweglichen Gütern fiel an den tschechischen Staat, der dadurch eine enorme Einnahme hatte. Dieser Raub des Eigentums von Millionen Menschen wurde damals auch von den Tschechen, die wie kaum ein anderes Volk den Zweiten Weltkrieg sehr gut ohne große Verluste und ohne Hunger überstanden hatten, durchaus als solcher gesehen sowie als allgemeine Bereicherung anerkannt - und sogar gefeiert. Die Spitzen der neuen Regierung in Prag, Staatspräsident Eduard BENESCH (1884-1948) und Ministerpräsident Zdenek FLERLLNCER (1891-1971), hatten diese völkerrechtswidrigen Maßnahmen eingeleitet und setzten sich für deren radikale Durchführung ein. Ihre die Menschenrechte verletzende Handlungsweise versuchten sie durch die Bezugnahme auf die Siegermächte, insbesondere auf das Potsdamer Protokoll, vor der Welt zu rechtfertigen.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 355, »Die Benesch-Dekrete«.

In *Keesing's Archiv der Gegenwart* heißt es dazu unter dem 2. Juli 1945: »Ministerpräsident FIERLINGER stellte fest, daß die Sowjetunion die baldige Venreibung der deutschen und ungarischen Minderheiten aus der Tschechoslowakei, besonders soweit es sich um illoyale Elemente handle, voll und ganz unterstütze.. . Man müsse darauf sehen, daß die Tschechen und Slowaken von nun an die unbestrittenen Herren ihres Landes werden. Dies gelte auch für den Fürsten von Liechtenstein, der ein unabhängiger Fürst auf tschechischem Boden sein wolle und glaube, daß er sich den tschechischen Gesetzen nicht unterzuordnen brauche. Die Zeit sei gekommen, um ein für allemal mit dieser Gesetzlosigkeit Schluß zu machen.

Am Vonag (1. Juli) hatte laut *Exchange* eine unübersehbare Menschenmenge auf dem Weißen Berg die Konfiskation der deutschen und ungarischen Güter und Bauernhöfe gefeiert. Der Regierungssprecher gab bei diesem Anlaß bekannt, daß die beschlagnahmten landwirtschaftlichen Besitzungen insgesamt einen Vorkriegswert von 100 Mrd. ckr {tschechischen Kronen) hätten.«

Die Größe dieser Summe wird erst deutlich, wenn man sie zum Beispiel mit einem Jahresetat des ganzen tschechisch-slowakischen Staates aus der Vorkriegszeit, etwa mit der Summe von 7,6 Milliarden ckr (Tschechenkronen) des Staatsbudgets für 1934, vergleicht. Dann erkennt man, welchen gewaltigen Wertzuwachs Prag sich nach Ende des Zweiten Weltkrieges durch die Enteignung der Deutschen und Ungarn allein im Bereich der Landwirtschaft widerrechtlich verschaffte. Hinzu sind noch die weiteren viele Milliarden

Kronen ausmachenden Einnahmen aus Produktionsstätten und -mitteln sowie Geldvermögen und Immobilien der Vertriebenen zu rechnen.

In einer im wesentlichen auf Angaben aus dem *Statistischen Jahrbuch der Tschechoslowakischen Republik* von 1938 beruhenden Denkschrift der Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen« vom Jahr 1947 an den bayerischen Ministerpräsidenten Dr. EHARD[2] wird das von den Sudetendeutschen bei ihrer Vertreibung zurückgelassene Nationalvermögen angegeben. Die von Fachleuten errechnete Summe beträgt mit Stichtag 8. Mai 1945 den Wert von 22,4 Milliarden Dollar. Dabei wurden erhebliche weitere Beträge wie der deutsche Anteil am Vermögen des Fiskus und der Selbstverwaltungskörperschaften, die Bodenschätze, Kunstsammlungen und Büchereien, das umlaufende Papiergeld, die Deckung des Bargeldes, die Arbeitsleistung der ab 1945 zwangsverpflichteten deutschen Arbeitskräfte nicht berücksichtigt. »Nach den von dem tschechischen Wirtschaftspublizisten HAJDA (*Pritomnost* 1927) veröffentlichten Verhältniszahlen waren u.a. 66 % des tschechoslowakischen Steinkohlebergbaus, 80% des Braunkohlebergbaus, 70% der Hütten- und Stahlwerke, 90% der Textilmaschinenindustrie, 80% der Zementindustrie, 90 % der Musikinstrumentenindustrie, 80 % der Kunstseideindustrie, 100% der Seideindustrie, 100% der Posamentenindustrie, 70% der Schwerchemie, 90 % der Porzellanindustrie, 85 % der Glasindustrie, 89 % der gesamten Textilindustrie in deutscher Hand. Allein an Grund und Boden verloren die Sudetendeutschen 1 150000 ha Wald und 1650000 ha landwirtschaftlichen Besitz,«[3]



Die Pollauer Berge in Mähren waren für ihre fruchtbaren Böden bekannt.

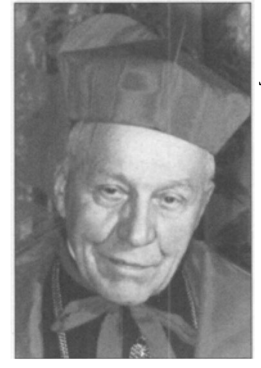
Dennoch lehnen bundesdeutsche Regierungen unter massiver Verletzung ihrer Sorgfaltspflicht seit Ende der sechziger Jahre des 20. Jahrhunderts die Vertretung der berechtigten Heimat- und Eigentumsansprüche der vertriebenen Sudetendeutschen gegenüber Prag ab und verzichten bis zur Gegenwart auf Forderungen nach Rückgabe oder Wiedergutmachung dieser enormen Werte. Sie hofften dabei vergeblich auf Versöhnung, mußten im Gegenteil immer neue Provokationen Prags, etwa durch die tschechischen Ehrungen des für die Vertreibung verantwortlichen BENESCH, hinnehmen. Rolf Kosiek

[2] Angaben in: Arbeitsgemeinschaft zur Wahrung sudetendeutscher Interessen (Hg.), ***Dokumente zur Vertreibung der Sudetendeutschen,*** Aufstieg, München 1965, S. 553 f.

[3] Ebenda, S. 553.

Prager Erzbischof verteidigt Vertreibung von 1945

Wie in Polen[1] waren auch in der Tschechei 1945 maßgeblich katholische Priester bis hin zum Kardinal in wenig christlicher Weise an den Vertreibungsverbrechen und an der Entdeutschung des Sudetenlandes beteiligt. So war »der katholische Priester Monsignore SRAMEK als Ministerpräsident der damaligen Prager Regierung einer der Hauptmotoren der ethnischen Säuberung«.[2]



Josef BERAN (1888-1969).

Noch zwei Jahre nach den grauenhaften Pogromen von 1945 an den Sudetendeutschen verteidigte der tschechische Erzbischof BERAN von Prag dieses Jahrhundertverbrechen als eine für den tschechischen Staat »imperative Notwendigkeit« und sprach sich gegen die Rückgabe deutschen Eigentums an die Eigentümer aus.[3] Sein Bedauern über die Enteignung kirchlichen Hab und Guts durch die Kommunisten bezog sich ausdrücklich nicht auf die Güter des »Deutschen Ritterordens« und der »Zisterzienser«, die unter die BENESCH-Dekrete fielen, die der Kirchenfürst anerkannte.

In der angesehenen schweizerischen unabhängigen Tageszeitung *Die Tat*[3] gab deren Prager Korrespondent ein entsprechendes Interview mit Erzbischof BERAN an den betreffenden Stellen wie folgt wieder:

»Erzbischof BERAN versicherte, daß weder der Transfer der Sudetendeutschen noch die Konfiskation ihres Eigentums Haßgefühlen entspringen. Er anerkannte die Härte, die dies für die einzelnen bedeute, doch wäre es ungerecht, ja unmoralisch, über dem Einzelschicksal das eines ganzen Volkes zu vergessen und zu übersehen, daß auch die Forderung nach Wiedergutmachung ein integrierender Bestandteil der Gerechtigkeit sei. Soll deutsches bewegliches Eigentum freigegeben, um in mühseligen Verhandlungen wieder gefordert zu werden?« fragte der anscheinend sehr materialistisch eingestellte Erzbischof. »Individuelle Ubergriffe sind sicherlich vorgekommen, ja, selbst Einzelfälle, die sich in nichts von den Missetaten der SS-Männer unterscheiden. Doch waren es Einzelfälle, die ausnahmslos verurteilt wurden; aber auch diese, sicherlich bedauernswerten Vorkommnisse, sind anders zu beurteilen. Sie waren nicht das Ergebnis planmäßiger Grausamkeit, sondern die Reaktion auf Taten, die einfach als unmenschlich zu bezeichnen sind. Die Furcht, daß sich die Irredenta - von der sich der Erzbischof schon 1929 persön-

[1] Franz SCHOLZ, *Zwischen Staatsräson und Evangelium. Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen,* Josef Knecht, Frankfurt 1989; ders., *Kritische Bemerkungen eines Zeitigen. Kollektivschuld und Vertreibung,* Josef Knecht, Frankfurt 1995, S. 225-251.

[2] »Sudetendeutsche Theologen referieren in Prag«, in: *Deutsche Tagespost,* 17. 6. 1993,

[3] *Die Tat,* 25. 3. 1947, S. 1 f.

lich in Stuttgart überzeugen konnte - wiederholen würde, macht den Transfer zur imperativen Notwendigkeit.«

Nationalistischer und unchristlicher als dieser Erzbischof kann wohl kaum jemand denken: Die blutige Vertreibung wird zum harmlosen >Transfer<; die mehr als 240000 Vertreibungstoten des Sudetenlandes werden zu >Einzelfallen<, für die er entschuldigende Gründe anführt; die Entwurzelung und Austreibung eines ganzen Volksstammes von 3,5 Millionen Menschen und der Raub einer ganzen deutschen Provinz, uralten deutschen Siedlungslandes,

Insgesamt wurden 3,5 Millionen Sudetendeutsche aus ihrer angestammten Heimat vertrieben (Foto: R. KLEBOE)



werden mit einer angeblichen »imperativen Notwendigkeit« des tschechischen Staates begründet.

Dieser haßvolle Chauvinismus des Erzbischofs äußerte sich auch in den Worten, mit denen er den damals gerade vollzogenen Mord der Kommunisten an dem früheren ersten Ministerpräsidenten der Slowakei, dem katholischen Priester Tiso, guthieß und abfällig über die Slowaken urteilte: »Die Slowaken sind wie Kinder, die um so hartnäckiger auf der Erfüllung ihrer Wünsche bestehen, je mehr man sie von der Unerfüllbarkeit zu überzeugen trachtet.«[4]

1990 erklärte der Nachfolger BERANS im Amt, der damalige Erzbischof von Prag, Kardinal Frantisek TOMASEK: »Viele der drei Millionen Sudetendeutschen hätten das Land unbehindert verlassen dürfen«[5] - ein kaum zu überbietender Zynismus angesichts der Geschehnisse von 1945.

[4] *Die Tat,* **ebenda,** S. 2.

[5] Abendzeitung, 13./14. 1. 1990.

Jugoslawische Behörden ordnen Grabschändung an

Nach dem Rückzug der deutschen Truppen aus besetzten Gebieten im Zweiten Weltkrieg wurden vor allem im Osten deutsche Soldatenfriedhöfe vielfach geschändet und zerstört, wie auch viele deutsche örtliche Friedhöfe in dem von Russen oder Polen besetzten Ostdeutschland. Diese barbarische Praxis wurde auch nach Kriegsende fortgeführt. Daß sie sogar von den entsprechenden kommunistischen Regierungen angeordnet wurde, war zwar vermutet, konnte jedoch lange Zeit nicht bewiesen werden. In den neunziger Jahren ist nun ein Dokument veröffentlicht worden, in dem 1945 der damalige kommunistische Innenminister Kroatiens, Vicko KRSTULOVIC, die Zerstörung der deutschen (sowie der italienischen, ungarischen und der Ustascha-) Kriegsgräber und Friedhofsanlagen anordnete. Es hat den folgenden Wortlaut in deutscher Übersetzung:[1]

»Föderativer Staat Kroatien, Ministerium für innere Angelegenheiten, Nr. 2.811/45, Zagreb, 6. Juli 1945. Gegenstand Entfernung der Kriegsgräber des Okkupators.

1. An die Gebietsvolksausschüsse Dalmatiens, Istriens und Sloweniens.

2. An die Kreisvolksausschüsse der Bezirke Sava, Kroatisches Küstenland, Kordun, Lika, Banija, Zagreb, Varazdin, Bjelovar, Mosalvina.

3. An den vorläufigen städtischen Volksausschuß Zagreb.

Der faschistische Okkupator bezahlte mit zahlreichen Opfern seinen Versuch, unsere Völker auszurotten. Der blutige Tribut, den er bezahlen mußte, war ungeheuer, weil der Okkupator jede Gelegenheit wahrnahm, um gegen unsere Völker zu ergrimmen und seine Banden in Wut zu versetzen. So sammelte der Okkupator seine Gefallenen, überführte sie auf besonders eingerichtete Friedhöfe, wo er sie bestattete, in besonderen Paraden und unter der Teilnahme einheimischer Verräter. Daher blieben nach der Vertreibung des Okkupators geräumige, herausfordernd plazierte und sorgfältig behütete Friedhöfe des Okkupators, während die Gebeine unserer Kämpfer ***(boraca)*** irgendwo verstreut sind, ohne irgendein äußeres Zeichen. Daher ist im Hinblick auf diese Friedhöfe folgendermaßen zu verfahren:

1. Mauern, Zäune und anderes, welches sich auf dem Gelände befindet, auf welchem begraben sind: Deutsche, Italiener, Ungarn und Ustaschas, sind zu entfernen.

2. Außere Zeichen auf einzelnen Grabhügeln, wie Kreuze, Tafeln, konfessionelle und andere Zeichen sind zu entfernen, so daß der gesamte Boden, der für den Friedhof bestimmt war, einzuebnen ist.

[1] ***Die Kameradschaft,*** **Nr. 12, Dezember 1996, S. 5.**

3. Von einzelnen Grabstätten, welche sich außerhalb des geschlossenen Friedhofes befinden und vermischt mit anderen Gräbern sind, sind nur die äußeren Zeichen zu entfernen.

4. Leichen dürfen in keinem Falle berührt, Gräber dürfen nicht geöffnet oder umgegraben werden.

5. Wo sich Gräber befunden haben, dürfen keine weiteren Toten bestattet werden. Diese Flächen können für Pflanzenschulen für Blumen, Friedhofspflanzen und ähnliche Zwecke verwendet werden.

6. Das von Gräbern entfernte Material darf nicht auseinandergetragen werden. Holz wird auf einem Platz gesammelt, die Inschriften und Zeichen sind zu tilgen, nach Bedarf ist das Holz zu verwenden, während Gedenksteine »national« zu verwenden sind, wobei alle Spuren zu entfernen sind, die vorher eingemeißelt oder daraufgeschrieben waren. Von allen diesen Maßnahmen sind die Gräber der »Domobranen« ausgenommen.

Selbstverständlich muß dabei auf eine Weise vorgegangen werden, daß nicht der Eindruck entsteht, daß es sich um einen Racheakt handelt, sondern unter dem Gebot, daß durch diese Entfernung nichts mehr an den faschistischen Terror *(zulum)* erinnern darf.

Tod dem Faschismus - Freiheit dem Volke. Minister KRSTULOVIC e. h.«

Dieses erstmals von Prof. Dr. Anton SCHERER veröffentlichte Dokument bestätigt, auf welcher Seite im Kriege die Barbaren standen. Deutscherseits wurden im allgemeinen Soldatenfriedhöfe der Feinde beachtet und gepflegt, vor den Grabmälern hoher Feinde, etwa vor dem des Marschalls PILSUDSKI in Krakau, zog sogar eine deutsche Ehrenwache auf.[2]

Prof. SCHERER fügte dem vorstehenden, von ihm übersetzten Dokument noch eine Bemerkung hinzu, in der es unter anderem heißt:

»Es ist anzunehmen, daß Verordnungen über die Schleifung von »feindlichen« Kriegsgräbern nicht nur in dem »Föderativen Staate Kroatien« (so die im Juli 1945 amtliche Bezeichnung) erlassen wurden. Nur ist das vorliegende Dokument das einzige, das wir kennen.

Ich möchte auch in diesem Zusammenhang feststellen, daß auch nach zuverläßlicher jugoslawischer Quelle »ungeheure Mengen an Archivmaterial«, die unmittelbare Nachkriegszeit betreffend, vernichtet wurden. Das sagt niemand anderer als der Leiter der jugoslawischen Archive, Dr. Miodrag ZECEVIC, am 24. Juli 1987 in der Belgrader Tageszeitung ***Borba*** (S. 3). Nur haben das offenbar weder die deutschen und österreichischen Zeitgeschichtler noch ihre donauschwäbischen »Nachschreiber« bisher zur Kenntnis genommen. Der Artikel erschien unter dem Titel »Pogubna istorijska amnezija« (»Verhängnis-

[2] ***Die Wehrmachtberichte 1939-1945,*** dtv, München 1985, Bd, 1, S. 11 u. 13; siehe: Beitrag Nr. 169, »Der Warschauer Aufstand 1944«, mit Foto der deutschen Ehrenwache.

voller geschichtlicher Gedächtnisverlust«)! Ich habe auf diesen Artikel, der lange vor dem jugoslawischen Bürgerkrieg erschienen ist, auch in einem spontan gehaltenen Korreferat an der Belgrader Universität hingewiesen, und zwar im Zusammenhang mit der Schwierigkeit, donauschwäbische Geschichte objektiv zu erforschen. (Manipulation auf beiden Seiten.) Vor allem griff ich - in Belgrad - den jugoslawischen Historiker KACAVENDA an, der, wie andere auch, die Donauschwaben mit der Division >Prinz Eugen« gleichsetzte usf. Nach meinen Ausführungen sagte mir selbst ein serbischer Akademiker, daß er von der Vernichtung jugoslawischen Archivmaterials nichts gewußt habe.

Die von Dr. ZECEVIC gemachte Mitteilung hatte ihren Ausgangspunkt in der Ausgliederung der Archivmaterialien der Kommunistischen Partei Jugoslawiens, bezogen auf Josip Broz TLTO, und Z. spricht von einem >***arhivski skarndal nepoznat u svetu***<, von einem Archiv-Skandal, sonst unbekannt auf der Welt. Nur noch die Russen hätten die Partei-Dokumente ausgegliedert, aber alle anderen Archive der Welt bildeten geschlossene Einheiten. Für uns von Bedeutung ist seine Aussage von der massenhaften Vernichtung von Unterlagen aus der Zeit nach 1944.

Was nun den Punkt 4 der Verordnung des kroatischen Innenministers betrifft, daß es nicht erlaubt sei, Gräber zu öffnen, so möchte ich doch festhalten, daß zumindest in zivilen donauschwäbischen Friedhöfen Grüfte aufgebrochen wurden, weil man annahm, daß man dort Goldringe oder Goldzähne finden könnte. Ich habe solche Grüfte nicht nur gesehen, sondern zum Beispiel auf dem evangelischen Friedhof in Jarek (Backi Jarak), der unmittelbar an das Gelände grenzt, auf dem sich die Massengräber der verstorbenen donauschwäbischen Lager-Internierten befinden, auch fotographiert.««

Rolf Kosiek

Zum Schicksal der Jugoslawiendeutschen

Während das Schicksal der großen ostdeutschen Stämme der Ost- und Westpreußen, Brandenburger, Schlesier und der Sudetendeutschen durch die Millionen Vertriebenen aus diesen Gebieten im Restdeutschland noch einigermaßen bekannt ist, gibt es kaum ein Wissen um den Völkermord an den Donauschwaben, obwohl eine entsprechende amtliche Dokumentation bereits 1961 erschien.' Dazu werden falsche Darstellungen, insbesondere von jugoslawischer Seite, verbreitet.[2] Eine kurze Schilderung dieses Schicksals gehört daher auch zu den Richtigstellungen zur Zeitgeschichte.

Nach der Rückdrängung der Türken besiedelten die habsburgischen Herrscher im 18, Jahrhunden das Land zu beiden Seiten der mittleren Donau von der Raab bis zum Eisernen Tor vorwiegend mit Süddeutschen. Diese 1918 rund 1,5 Millionen Donauschwaben lebten bis zum Ende des Ersten Weltkrieges im ungarischen Landesteil der Habsburger Monarchie und wurden im Diktat von Trianon 1920 auf Ungarn, Rumänien und den neuen, später Jugoslawien genannten Staat aufgeteilt. Das Schicksal der Siebenbürger Sachsen in Rumänien und der Ungarndeutschen war nach 1945 auch sehr hart, am weitaus schlimmsten traf es jedoch die Jugoslawiendeutschen.



Arbeitskreis Dokumentation in der Donauschwäbischen Kulturstiftung (Hg.), Verbrechen *an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermordes,* München 1998.

1944 lebten in Jugoslawien 540 000 Volksdeutsche. Diese ganze Volksgruppe wurde dann Opfer eines grausamen Völkermordes: Heute gibt es praktisch keine Deutschen mehr in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens.

Als die deutschen Truppen sich ab Herbst 1944 aus Jugoslawien zurückziehen mußten, flüchteten viele alteingesessene Volksdeutsche mit ihnen. Ein Teil von ihnen hatte schon vorher rechtzeitig evakuiert werden können. Einschließlich der als Soldaten eingezogenen Männer befanden sich Ende 1944 rund 340 000 Deutsche Jugoslawiens außerhalb ihrer Heimat. Für die 200 000 Verbliebenen setzte ab Oktober 1944 eine gnadenlose Verfolgung ein. Tausende deutscher Zivilisten wurden von den jugoslawischen Partisanen ermordet, die restlichen wurden in Arbeits- und Vernichtungslagern, teilweise bis 1948, eingekerkert. Mehr als 12000 Personen wurden nach Weihnachten

[1] Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.), ***Dokumentation der Vertreibung der Deutseben aus Ost-Mitteleuropa***, Bd. V, ***Das Schicksal der Deutschen in Jugoslawien***, Düsseldorf 1961. Spätere Dokumentationen sind u. a.: Arbeitskreis Dokumentation in der Donauschwäbischen Kulturstiftung (Hg.), ***Leidensweg der Deutschen im kommunistischen Jugoslawien***, Bd. I - IV, München 1991-1995; ders. (Hg.), ***Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-1948. Die Stationen eines Völkermordes,*** München 1998, '2000.

[1] Anton SCHERER, ***Irrtümer, Manipulationen und Fälschungen im neuesten Werk über die Deutschen in Jugoslawien,*** Donauschwäbisches Bibliographisches Archiv, Graz 1997.

1944 in die Sowjetunion zur Zwangsarbeit deportiert. Viele Kinder wurden in Heimen slawisiert. Zwischen 1953 und 1960 wurde rund 53000 Deutschen die Aussiedlung in die Bundesrepublik Deutschland gestattet. Von der ganzen Volksgruppe verblieben dann noch etwa 10000 Volksdeutsche in Jugoslawien.

Durch den Beschluß des Antifaschistischen Rates der Nationalen Befreiungjugoslawiens (AVNOJ) vom 21. November 1944, der auf eine ähnliche Verfügung der Partisanen von Jajce vom 21. November 1943 zurückgeht, wurden alle Deutschen in Jugoslawien von dem TlTO-Regime zu Feinden Jugoslawiens und für rechtlos erklärt, völlig enteignet, aus ihrem Besitz vertrieben und zur Sklavenarbeit gezwungen.[1] Artikel I dieser Verordnung lautet: »Mit dem Tag des Inkrafttretens dieses Beschlusses gehen in das Eigentum des Staates über: 1. Sämtliches Vermögen des Deutschen Reiches und seiner Staatsbürger, das sich auf dem Territorium von Jugoslawien befindet. 2, Sämtliches Vermögen von Personen deutscher Volkszugehörigkeit mit Ausnahme derjenigen Deutschen, die in den Reihen der Nationalen Befreiungsarmee und der Partisaneneinheiten Jugoslawiens gekämpft haben oder Staatsbürger neutraler Staaten sind und sich während der Okkupation nicht feindlich verhalten haben. 3. Sämtliches Vermögen von Kriegsverbrechern und ihrer Helfershelfer ohne Rücksicht auf ihre Staatsbürgerschaft und das Vermögen einer jeden Person, die durch Urteil der Zivil- und Militärgerichte zum Vermögensverlust zugunsten des Staates verurteilt wurde.«[4]

Sorgfältige Nachforschungen der Landsmannschaften ergaben die folgende zahlenmäßige Aufstellung der Opfer unter den Jugoslawiendeutschen:[5]

Von den 540000 Deutschen Jugoslawiens fielen zwischen Oktober 1944 und April 1945 rund 200 000 Zivilisten unter das TlTO-Regime. Schon von Juli 1941 bis Oktober 1944 wurden durch Partisanenüberfälle 1500 Zivilisten bestialisch ermordet. Von Oktober 1944 bis Juni 1945 sind durch Erschießungen und andere Mordpraktiken sowie durch die »Aktion Intelligenzija< etwa 9500 Menschen umgekommen. Von den 170000 internierten Zivilpersonen gingen, insbesondere in den berüchtigten Todeslagern, so in Sterntal bei Pettau oder Tüchern bei Cilli, von Oktober 1944 bis März 1948 51000 Deutsche meist durch Hunger und Seuchen elend zugrunde. Überlebende wurden 1945-48 nach Österreich abgeschoben. Von den Ende 1944/Anfang 1945 zur Zwangsarbeit in die Sowjetunion deportierten mehr als 8000 Frauen und 4000 Männer sind mindestens 2000 unter den herrschenden Umständen zugrunde gegangen. Damit sind von den 200 000 in Jugoslawien 1944 verbliebenen Volksdeutschen mindestens 64 000, und damit fast ein Drittel, dem Völkermord anheimgefallen. Einzelheiten zu diesem Verbrechen sind auch in dem Gutachten zum Völkermord[6] angeführt.

Der Würzburger Völkerrechtler BLUMENWITZ kommt in seinem Gutachten vom 31. Oktober 2001 zu dem Ergebnis: »Die in Jugoslawien zwischen 1944 und 1948 gegen die gesamte, seit Generationen (und schon lange vor der

[3] Arbeitskreis Dokumentation in der Donauschwäbischen Kulturstiftung (Hg.), ***Stationen eines Völkermords, Die Deportation von Deutschen aus dem vormaligen Jugoslawien 1944/45-1949 in die Sowjetunion,*** München 2006, S. 3 f.

[4] Zitiert nach: Dieter BLUMENWITZ, ***Rechtsgutachten über die Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944—1948,*** Donauschwäbisches Archiv, München 2001, S. 17 f.

[5] Arbeitskreis aaO. (Anm. 3), S. 19.

[6] BLUMENWITZ, aaO, (Anm. 4), S. 19-23.

Einverleibung dieser Gebiete in Jugoslawien) dort bodenständige deutsche Bevölkerungsgruppe ergriffenen Maßnahmen, die neben Massentötungen die kollektive Enteignung und Entrechtung, die Internierung und Vertreibung sowie die zwangsweise ethnische Umerziehung von Kindern umfaßten, ergeben im Sinne der Völkermordkonvention der Vereinten Nationen vom 9. Dezember 1948 den objektiven und subjektiven Tatbestand des Völkermordes.«

Dieser Völkermord wurde bisher nicht gesühnt, die Verantwortlichen



wurden nicht zur Rechenschaft gezogen. Als der für dieses Verbrechen Hauptverantwortliche Trro 1980 starb, eilten bundesrepublikanische Politiker, angeführt vom amtierenden Bundespräsidenten CARSTENS, zu seiner Trauerfeier und gaben dem Massenmörder an Deutschen die letzte Ehre.[7] Rolf Kosiek

7 siehe auch: Roland KALTENEGGER, ***Titos Kriegsgefangene,*** Stokker, Graz 2001.

Vergewaltigungen in Wien 1945

Als 1945 die Verteidigung des Reiches zusammenbrach und die Alliierten im Osten und Westen die deutschen Grenzen überschritten hatten, kam es zu millionenfachen grausamen Vergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch die entfesselte Soldateska. »Für Deutschland in den Grenzen von 1937 ist von mindestens zwei Millionen Vergewaltigungsopfern auszugehen. Europaweit dürften sicher über vier Millionen Frauen Opfer von Sexualverbrechen der Roten Armee und ihrer Verbündeten, der Tito-Partisanen und der polnischen Milizionäre, geworden sein.«[1] Zigtausende Frauen kamen dabei zu Tode. Auch im Westen kamen solche Exzesse vor, zum Beispiel durch französische Truppen in Freudenstadt und Stuttgart.[2] Der russische Kriegspropagandist Ilja EHRENBURG hatte durch seine Aufrufe zu Mord und Vergewaltigung wesentlich zu den Bestialitäten der Roten Armee beigetragen.[3]

In neuerer Zeit wird im Rahmen der einseitigen Vergangenheitsbewähigung zunehmend versucht, diese dokumentarisch eindeutig belegten geschichtlichen Tatsachen zu verharmlosen, zu leugnen oder sogar auf den Kopf zu stellen.

Ein kennzeichnendes Beispiel findet sich in dem Bericht der österreichischen Zeitung ***Proßl*** vom 13. März 2005 über die »Befreiung« Wiens 1945 durch sowjetische Truppen, Unter Bezugnahme auf einen damaligen russischen Offizier, der mit seinen Truppen »Wien befreit hatte«, wird ohne richtigstellenden Kommentar mitgeteilt, es seien nach der Eroberung der Stadt durch die Rote Armee Vergewaltigungen gar nicht nötig gewesen, weil die Wiener Frauen sexuell so ausgehungert gewesen seien, daß sie die Sowjetsoldaten mit offenen Armen empfangen hätten.[4]

Dadurch wird die geschichtliche Wirklichkeit vollkommen verfälscht und das Leiden der Tausende Wiener Frauen verhöhnt. In unglaublicher Art wird die menschliche Würde dieser Opfer verletzt und werden die noch Lebenden von ihnen beleidigt, ganz abgesehen von der so oft beschworenen »Beleidigung und Verunglimpfung Verstorbener«, wenn es um nichtdeutsche Opfer geht.

[1] Heini NAWRAHL, in: Franz W. SEIDLER U. Alfred M. DE ZAYAS (Hg.), ***Kriegsverbrecher! in Europa und im Nahen Osten im 20. Jahrhundert,*** Mittler, Hamburg 2002, S. 122.

[2] Siehe: Beitrag Nr. 303, »Plünderung Freudenstadts und Karlsruhes 1945«, Nr. 365, »Französische Verbrechen in Stuttgart 1945«, Nr. 299, »Französische Massenvergewaltigungen in Italien 1944«.

[1] Ausführliche Beispiele in: Joachim HOFFMANN, ***Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,*** Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 132-138 und 206-212.

[4] Bericht darüber von Wilhelm HILLEK, in: ***National-Z.eitung,*** 3. 6. 2005, S. 5.

Die geschichtliche Wirklichkeit ist dagegen: Nach ausländischen, aber auch nach österreichischen Schätzungen wurden 1945 allein in Wien rund 100 000, im ganzen sowjetisch besetzten Österreich etwa 200000 Frauen vergewaltigt. Es ist eine üble Geschichtsfälschung, 60 Jahre nach dem damaligen Geschehen dieses Massenverbrechens so, wie von ***Profil*** vorgenommen, zu verharmlosen und die Tatsachen auf den Kopf zu stellen. Daß solches in einer österreichischen Zeitung geschieht, ist nur mit der auch in der Alpenrepublik vollkommen gelungenen Umerziehung weiter Kreise zu erklären.

Im Gegensatz zu diesen Massenvergewaltigungen, derer sich auch französische Truppen mehrfach zuschulden kommen ließen,[5] haben die Angehörigen der deutschen Wehrmacht Disziplin gezeigt und keine solchen Kriegsverbrechen verübt. Sie sind eben nicht, wie im Rahmen der **HEER-REEMTSMASchen** Ausstellung ungerechtfertigt behauptet wurde, plündernd und vergewaltigend durch Europa gezogen, sondern haben sich dem Völker- und Kriegsrecht gemäß verhalten.

Das beweist nicht zuletzt eine umfangreiche Untersuchung der Berner Historikerin Birgit BECK,[4] die erstmals die Verfahren der deutschen Kriegsgerichte gegen Sexualstraftäter während des Zweiten Weltkrieges aufgearbeitet hat. Dabei kam sie zu dem Ergebnis, daß die deutsche Führung niemals derartige Übergriffe duldete oder gar guthieß, geschweige denn als Kriegstaktik bewußt einsetzte. Sehen wurden sie unter den rund 5000 bis 1944 abgeurteilten Fällen verharmlost, die bei den etwa 1,5 Millionen Urteilen der deutschen Militärgerichtsbarkeit nur einen sehr geringen Anteil ausmachten. Es wurden meist hohe Strafen ausgesprochen, teilweise sogar allein aufgrund der Aussagen einheimischer Opfer oder Zeugen. Rolf Kosiek

[5] Siehe; Beitrag Nr. 362, »Massenvergewaltigungen am Kriegsende«, Nr. 367, »Besät zungsterror 1945 im Kreis Tübingen«,

[b] Birgit BECK, ***Wehrmacht und sexuelle Gewalt. Sexualverbrechen vor deutschen Gerichten 1939-1945,*** Ferdinand Schöningh, Paderborn 2004; Besprechung von Johannes HÜRTER, »Keine Straffreiheit«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** Nr. 213, 13. 9. 2005, S. 8.

Massenvergewaltigungen am Kriegsende

Eines der Tabuthemen in der deutschen Öffentlichkeit sind heute die Massenvergewaltigungen deutscher Frauen und Mädchen durch alliierte Truppen gegen und nach Kriegsende. Sie werden, wenn überhaupt, in der »politisch korrektem Literatur meist nur beiläufig behandelt. Es scheint, daß man den Eindruck erwecken will, daß es sich dabei nur um einzelne, durch die deutsche >Schuld< erklärliche Ausschreitungen gehandelt habe, Ausschreitungen, wie sie in jedem Krieg vorkommen. In einem Film und in einem darauf beruhenden Buch[1] ist von den beiden - keineswegs aus dem »rechten Lager< kommenden - Herausgeberinnen das Ausmaß der Vergewaltigungen vor allem im Osten untersucht und dokumentiert worden.

Durch sorgfältige Hochrechnungen kommen die Herausgeberinnen zu dem Ergebnis, daß allein in Berlin mindestens 100000 Frauen von Angehörigen der Roten Armee vergewaltigt wurden, 40 Prozent davon mehrfach. 10000 kamen dabei ums Leben oder hatten dauernde gesundheitliche Schäden. Eine weitere Hochrechnung ergab für die ostdeutschen Vertreibungsgebiete in den Grenzen von 1937 und die spätere DDR rund zwei Millionen vergewaltigte Frauen, darunter 240000, die daran verstarben. Da Westpreußen, der Warthegau, das Sudetenland und die südosteuropäischen Vertreibungsgebiete in dieser Arbeit nicht erwähnt werden, dürfte die Gesamtzahl noch erheblich höher liegen.[2] Die Herausgeberinnen schreiben mit Recht, daß das Thema tabuisiert wurde, »»für angesehene Wissenschaftler eine unaussprechliche Tatsache« - also ein Tabu.

Bekanntlich wurde der angesehene, inzwischen verstorbene russisch-jüdische Prof. Lew KOPELEW, der als russischer Offizier damals solche Ausschreitungen verhindern wollte, wegen »Mitleid mit dem Feind« zu zehn Jahren Lagerhaft verurteilt. Das zeigt, daß solche Ausschreitungen mindestens »wohlwollend geduldet«, wenn nicht gar angeordnet wurden.'



Zwei Rotarmisten bedrängen 1945 eine deutsche Frau,

[1] Heike SANDER U. Barbara JOHR (Hg.), ***BeFreier und Befreite. Krieg, Vergewaltigung,*** Kindler, München '1992.

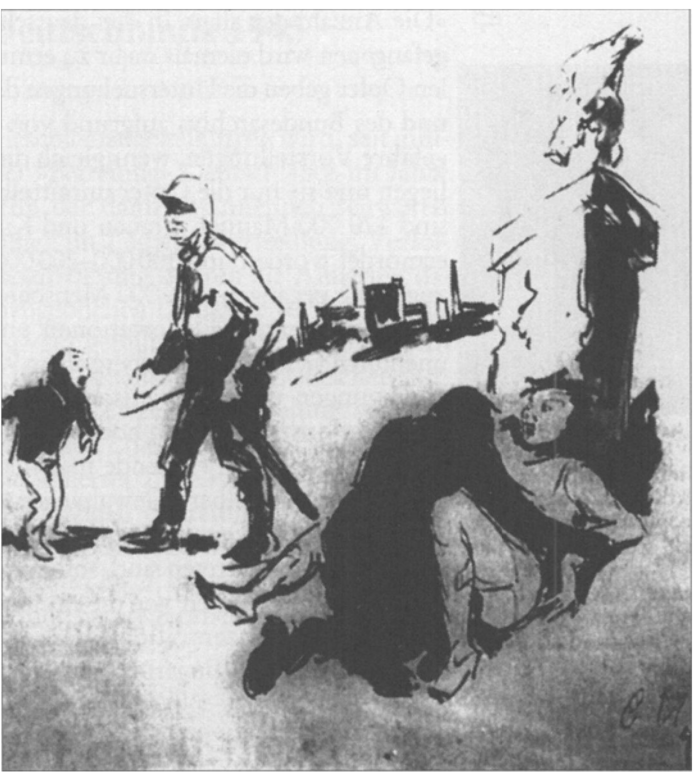
[3] Ebenda, S. 52 ff.

[1] Lew KOPELEW, ***A upewahren für alle Zeit,*** Hoffmann und Campe, Hamburg 1976.

[1] Alexander SOLSCHENIZYN, ***Der Archipel Culag,*** Bd. 1., Scherz, Bern 1974, S. 32 f.

Auch der große russische Schriftsteller Alexander SOLSCHENIZYN schreibt im ersten Band seines ***Archipel Gulag,***[4] daß die Vergewaltigung und anschließende Ermordung deutscher Mädchen fast als kriegerische Tat gegolten habe. Er hatte ja ebenso den Einmarsch der Roten Armee in Ostpreußen als Artillerieoffizier miterlebt und darüber auch in seinem Versepos ***Ostpreußische Nächte***[5] berichtet.

STALIN selbst machte jugoslawischen Kommunisten in Moskau heftige Vorwürfe, als sie sich gegen sowjetische Vergewaltigungen im j befreiten «Jugoslawien wandten, und versuchte, diese humorvoll herunterzuspielen: »Kann er nicht verstehen, wenn sich ein Kämpfer, der durch Blut, Feuer und Tod gegangen ist, mit einem Weib einen Spaß erlaubt oder eine Kleinigkeit mitgehen läßt?«[6]



>Nachts hörte man die Schreie der Frauen. Es war ein furchtbares Schreien.« (Anna B. aus Stuttgart). Zeichnung: Otto HERRMANN, 1945. Aus: Sonja HOSSEINZADEH, *Nur Trümmerfrauen und Ami-Liebchen?,* Silberburg, Tübingen 1988.

Aber nicht nur die durch Ilja EHRENBURG und seine Haßtiraden[7] aufgehetzte Rote Armee sowie die Partisanen in Jugoslawien, Polen und der Tschechei haben sich der Massenvergewaltigung schuldig gemacht, sondern auch Einheiten der Westalliierten. Besonders bei den französischen Kolonialtruppen, kam es mehrfach zu solchen Kriegsverbrechen, zum Beispiel in Freudenstadt,[8] aber auch in Stuttgart[9] und anderenorts.[10]

Ein besonderes Kapitel mit vielen Beispielen widmet Claus NORDBRUCH den Massen **Vergewaltigungen** in seinem Werk über den nachkriegsdeutschen »Aderlaß«.[11]

[5] Alexander **SOLSCHENIZYN**, ***Ostpreußische Nächte,*** Luchterhand, Neuwied 1976.

[6] Milovan DJILAS, ***Der Krieg der Partisanen, Memoiren 1941-1945,*** Fritz Molden, Wien-München-Zürich-Innsbruck 1978, S. 548.

[7] Siehe: Beitrag Nr. 191, »Ilja Ehrenburg und die deutsche Presse«.

' Siehe: Beitrag Nr, 303, »Plünderung Freudenstadts und Karlsruhes 1945«.

' Siehe: Beitrag Nr. 365, »Französische Verbrechen in Stuttgart 1945«.

[10] Siehe: Beitrag 299, »Französische Massenvergewaltigungen in Italien 1945«.

[11] Claus NORDBRUCH, ***Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigung für Deutsche,*** Grabert, Tübingen 2001, S. 124-132,

⇨ »Die Anzahl der allein in den deutschen Ostprovinzen ermordeten Kriegsgefangenen wird niemals mehr zu ermitteln sein. Doch über die Zahl der zivilen Opfer geben die Untersuchungen des Bundesministeriums für Vertriebene und des Bundesarchivs aufgrund von Einwohnerstatistiken wenigstens ungefähre Vorstellungen, wenngleich die Schätzungen an der unteren Grenze liegen und sie nur die Opfer unmittelbarer Verbrechen umfassen. Demnach sind 120 000 Männer, Frauen und Kinder größtenteils von Sowjetsoldaten ermordet worden und 100000-200000 weitere in Gefängnissen und Lagern zugrunde gegangen. 200000 Menschen starben während der ab 3. Februar 1945 einsetzenden Deportationen und in der sowjetischen Sklaverei und unendlich viele - in Königsberg allein 90 000 - an den unmenschlichen Lebensbedingungen unter sowjetischer Militärverwaltung in der nachfolgenden Okkupationszeit. Extrem hoch war auch die Rate derer, die ihrem Leben aus Verzweiflung selbst ein Ende machten. Die ungeheuren Menschenverluste, die durch unmittelbare Gewaltanwendung oder in den Gefängnissen, Konzentrations-und Vernichtungslagern in Polen, Jugoslawien und in der Tschechoslowakei eingetreten sind, sollen in diesem Zusammenhang dabei ebenso außer Betracht bleiben wie die mindestens 65 000 Zivilpersonen, die in den sowjetischen Konzentrationslagern der Besatzungstruppen an Hunger und Seuchen zugrunde gingen.«

Joachim HOFFMANN, ***Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,*** Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 253 f..



Die NS-Cegnerin Ruth ANDREAS-FRIEDRICH (1901-1977) berichtet in ihrem 1947 erschienenen Tagebuch *Schattenmann* von Massenvergewaltigungen, denen befreundete Frauen ausgesetzt waren.

Zur >Befreiung< Deutschlands 1945

In gegenwärtigen Rückblicken und Geschichtsdarstellungen wird, seit einiger Zeit zunehmend, häufig von der »Befreiung« Deutschlands im Jahre 1945 gesprochen. Doch abgesehen von der dann beginnenden schweren Leidenszeit für die allermeisten Deutschen im Zug von Vertreibung, Verfolgung, Verurteilung, Enteignung, Entnazifizierung stellten die Alliierten damals selbst in aller Klarheit in ihrer maßgeblichen Direktive JCS 1067 - am 23. März 1945 von US-Präsident ROOSEVELT gebilligt und von seinem Nachfolger TRUMAN bestätigt - als Prinzip ihrer Behandlung der Deutschen fest: »Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, sondern als eine besiegte Feindnation. Der Zweck ist... die Besetzung Deutschlands zum Zweck der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele.«[1]

Ein bezeichnendes Dokument der damaligen »Befreiung« ist die alliierte Bekanntmachung, wofür in Zukunft die Todesstrafe verhängt werde, aus der Nummer 1 (19. April 1945) der ***frankfurter Presse,*** die von der 12. alliierten Heeresgruppe für die deutsche Bevölkerung herausgegeben wurde. Sie lautet:

»Mit dem Tod wird bestraft
Um die Sicherheit der Alliierten Streitkräfte zu gewährleisten und die öffentliche Ordnung im besetzten Gebiet wieder herzustellen, hat die >Militärregierung Deutschland - Kontrollgebiet des Obersten Befehlshabers« eine Reihe von Verordnungen erlassen. Wir bringen eine Liste von Verbrechen, die mit dem Tode oder einer anderen Strafe, nach dem Ermessen des Gerichts der Militärregierung, bestraft werden können. Eine weitere Liste strafbarer Handlungen, die mit einer Strafe, jedoch nicht mit der Todesstrafe geahndet werden können, wird in einer weiteren Folge der *Frankfurter Presse* veröffentlicht. Die folgenden Handlungen können mit dem Tode bestraft werden:

Bewaffneter Widerstand

1. Spionage; 2. Verbindung mit den feindlichen Streitkräften oder mit irgendeiner Person im feindlichen Gebiet, das von den Alliierten Streitkräften nicht besetzt ist, es sei denn, daß die Verbindung auf behördlich genehmigtem Weg erfolgt; 3. Übermittlung von Nachrichten, weiche die Sicherheit oder das Eigentum der Alliierten Streitkräfte gefährden, oder die Unterlassung der Anzeige solcher Nachrichten, falls deren Besitz nicht erlaubt ist, und unerlaubte Mitteilungen in Geheimschrift oder Chiffre; 4. Bewaffneter Angriff auf oder bewaffneter Widerstand gegen die Alliierten Streitkräfte; 5. Handlungen und Unterlassungen in Widerspruch zu oder in Verstoß gegen

[1] Text der Direktive JCS 1067 u. a. in: *Jalta-Potsdam und die Dokumente der Zerstörung Europas,* Graben, Tübingen 1985, S. 77-99; der zitierte Satz befindet sich auf S. 80.

die Bedingungen, welche die Alliierten Deutschland anläßlich seiner Niederlage oder Übergabe auferlegt haben, oder gegen irgendwelche Vorschriften, in Ergänzung dieser Bedingungen.

Auch Vorschubleistung bestraft

6. Handlungen oder Betragen zur Unterstützung oder Hilfeleistung für irgendwelche Nation, die sich mit einer der Vereinten Nationen im Kriegszustande befindet, oder zugunsten der NSDAP oder einer sonstigen, von den Alliierten Streitkräften aufgelösten oder verbotenen Organisation. Dies gilt auch für die Veröffentlichung und Verbreitung von Schrift- oder Drucksachen zugunsten der Vorgenannten, für den Besitz solchen Materials zum Zwecke der Veröffentlichung und Verbreitung sowie für herausforderndes Zeigen von Fahnen, Uniformen oder Abzeichen derartiger Organisationen;

7. Tötung eines Angehörigen der Alliierten Streitkräfte oder Angriff auf einen solchen; 8. Fälschliches Sich-Ausgeben als Angehöriger der Alliierten Streitkräfte oder unbefugtes Tragen von Uniformen der Alliierten Streitkräfte; 9. Ungesetzlicher Besitz oder Verfügungsmacht über Feuerwaffen, Munition, Sprengstoff oder sonstiges Kriegsmaterial oder Sende-Geräte irgendwelcher Art, welche zur Nachrichten-Übermittlung geeignet sind; 10. Ungesetzlicher Gebrauch von Feuer- oder anderen gefährlichen Waffen, Munition, Sprengstoff oder ähnlichem Kriegsmaterial; 11. Vorschubleistung zum Entkommen irgendeiner von den Alliierten Behörden verhafteten Person, oder Beistandsleistung oder Verbergung solcher Personen nach ihrem Entkommen.

Todesstrafe für Plündern

12. Beihilfe für irgendeinen Angehörigen der deutschen oder der mit Deutschland verbündeten Streitkräfte zwecks Vermeidung seiner Gefangennahme; 13. Störung des Beförderungs- oder Nachrichtenwesens oder des Betriebs öffentlicher Werke oder gemeinnütziger Einrichtungen; 14. Sabotage irgendwelchen Kriegsmaterials der Alliierten Streitkräfte oder irgendwelcher Anlagen oder Eigentums, welche für die militärischen Operationen oder die Militärregierung notwendig oder nützlich sind; 15. Vorsätzliche Zerstörung, Entfernung, störende Einwirkung auf oder Verheimlichung von Akten oder Archiven irgendwelcher Art, gleichgültig ob öffentlicher oder privater Natur; 16. Plündern, Brandschatzung oder Beutemachen, Beraubung oder Schändung von Toten oder Verwundeten; 17. Vorsätzliche störende Einwirkung auf oder absichtliche Irreführung irgendeines Angehörigen der Alliierten Streitkräfte oder einer anderen in deren Auftrage handelnden Person, soweit dies deren dienstliche Tätigkeit betrifft; 18. Aufhetzung zu oder Teilnahme an Aufruhr oder öffentlichen Unruhen; 19. Diebstahl oder schwindelhafter Erwerb von Eigentum der Alliierten Streitkräfte oder eines Angehörigen dersel-

ben; 20. Jeder andere Verstoß gegen das Kriegsrecht oder jegliche Hilfeleistung für den Feind oder Gefährdung der Sicherheit der Alliierten Streitkräfte.«

Und diese Androhungen wurden bei Erfüllung des Tatbestandes auch verwirklicht, insbesondere bei Waffenfunden.

Ein weiteres Dokument der 'Befreiung« ist die Verordnung über das Grüßen der 'Befreier« durch die deutsche Zivilbevölkerung. So wurde mehr als acht Wochen nach Kriegsende nach früheren offenbar nicht so erfolgreichen Erlassen die Tübinger Bevölkerung energisch aufgefordert, den französischen Militärfahrzeugen endlich Reverenz zu erweisen. Die entsprechende Bekanntmachung hatte den folgenden Wortlaut:

»Nr. 177. Grußpflicht[2]

1. Von der Militärregierung wurde festgestellt, daß die deutsche Bevölkerung die amtlichen französischen Wagen, auch Regimentsfahnen, nicht grüßt. Es wurde daher von der Militärregierung angeordnet, daß alle Männer Fahnen oder offizielle Fahnen zu grüßen haben; Frauen haben eine korrekte Haltung einzunehmen. Die Wagen sind am blau-weiß-roten Fähnchen erkenntlich.

2. Die hohe Persönlichkeit der französischen Generale erfordert von der deutschen Bevölkerung besondere Zeichen der Ehrerbietung. Jeder Wagen eines Generals ist an einem Fähnchen erkenntlich, das die Sterne des Dienstgrades trägt und auf dem linken Vorderflügel des Wagens befestigt ist. Die Bevölkerung hat den Wagen der Generale Platz zu machen, die Männer haben zu grüßen. Die deutsche Polizei ist angewiesen, die strikte Ausführung dieser beiden Anordnungen, die am 19. Juli 1945 in Kraft treten, zu überwachen.«

Tübingen, den 19. Juli 1945

Der k. Landrat Der Oberbürgermeister

Anschließend folgte der Text in französischer Sprache.

Ähnlich demütigende Anordnungen für die deutsche Bevölkerung wurden für Stuttgart erlassen. Wird man dabei nicht an den den Deutschen gemachten Vorwurf der 'Herrenmenschen« Europas oder an oft kritisierte Bräuche der Kolonialmächte gegenüber Eingeborenen erinnert? Waren die einheimischen Zivilisten in den von Deutschen besetzten Ländern während der Kriegszeit auch gehalten gewesen, Wehrmachtfahrzeuge zu grüßen?

[2] Bekanntmachung Nr. 117 der Stadtverwaltung und des Landratsamtes. Aus: ***Nachricbtenblatt der Militärregierung für den Kreis Tübingen,*** 20. 7. 1945.

Keine Befreiung Deutschlands 1945

Seitdem der 1985 amtierende Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER in seiner Rede zum 40. Jahrestag des 8. Mai 1945 von diesem als einem »Tag der Befreiung« gesprochen hat - damals noch unter weitgehendem Protest vieler Bürger -, ist diese Bezeichnung in der Öffentlichkeit immer mehr von den politisch führenden Kreisen und den Medien gefördert und verwendet worden, so daß sie zum entsprechenden Jahrestag 2005 in Deutschland bereits allgemein benutzt wurde.

Sie ist aber falsch, verzerrt die historische Wirklichkeit und verharmlost das schwere Schicksal, das die meisten Deutschen ab 1945 traf. Daß Minderheiten wie die in Deutschland und in den von Deutschen besetzten Gebieten Verfolgten und insbesondere die Insassen von Konzentrationslagern ihre Befreiung begrüßten und heute daran erinnern, ist verständlich. Doch für die allermeisten damaligen Deutschen bedeutete dieser Tag - trotz des ersehnten Endes des Krieges mit seinen täglichen Ängsten - den Beginn einer großen Katastrophe.

Tatsachen, die die Deutschen nach dem 8. Mai 1945 - und damit nach dem Ende des eigentlichen Krieges - betrafen, sind:

- 12 Millionen Soldaten gerieten - oft für Jahre - in Gefangenschaft,
- 3 Millionen Gefangene überlebten die alliierten Lager nicht.
- Hunderttausende Zivilisten wurden zu Zwangsarbeit deportiert.
- 17 Millionen Menschen verloren Heimat und Besitz.
- 2,5 Millionen Personen kamen bei der Vertreibung ums Leben.
- Mehrere Millionen Zivilisten starben an der auferlegten Hungersnot.
- 2 Millionen Frauen und Mädchen wurden vergewaltigt,
- 240 000 Frauen überlebten die Vergewaltigungen nicht.
- Deutschland verlor ein Drittel seines Siedlungsgebietes in Ost und West.
- Das Reich wurde zerschlagen und zerstückelt, das Land Jahre besetzt.







In seinem erschütternden Buch *Tag der Befreiung?* (s. Anm. 4) hat Hubertus KNABE auf das persönliche Schicksal zahlreicher >Befreiter< in Mitteldeutschland hingewiesen. *Von links:* Arno ESCH, Jurastudent aus Rostock und Mitglied der Liberalen Partei, wurde von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet und am 24. Juli 1951 in Moskau erschossen; Erwin KÖHLER, Bürgermeister von Potsdam und Mitglied der CDU, wurde wegen angeblicher Spionage in der Sowjetunion erschossen; Herbert KEKWIN, Jahrgang 1932 (!), wurde von der sowjetischen Geheimpolizei verhaftet, sein weiteres Schicksal ist unbekannt. usw. usw.

Wahre Befreier morden, rauben, plündern, vergewaltigen, demontieren, zerstückeln auch nicht, führen keine jedes Recht verhöhnenden Schauprozesse durch und üben keine jahrzehntelange Besatzungsherrschaft aus, wie es die Deutschen erdulden mußten.

Selbst die Sieger erklärten damals in ihrer Direktive JCS 1067, die von US-Präsident ROOSEVELT am 23. März 1945 zur Behandlung Deutschlands und der Deutschen gebilligt und von seinem Nachfolger Harry S. TRUMAN bestätigt wurde, um dann bis zum 14. Juli 1947 in Kraft zu bleiben:

»Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zweck der Befreiung, son dern als eine besiegte Feindnation. Der Zweck ist... die Besetzung Deutschlands zum Zweck der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele.«[1]

Ähnlich hieß es für das angeblich »befreite« Österreich im Befehl Nr, 1 der dortigen Amerikanischen Militärregierung vom 4. Mai 1945: »Die alliierten Streitkräfte rücken in Österreich als Sieger ein, weil Österreich als wesentlicher Bestandteil des Deutschen Reiches gegen die Vereinten Nationen gekämpft hat.«[2]

Joachim HOFFMANN, Wissenschaftlicher Direktor am Militärgeschichtlichen Forschungsamt in Freiburg, schrieb in seinem Standardwerk über ***Stalins Vernichtungskrieg?*** »Wenn in der deutschen Öffentlichkeit, der doch alle Informationsmöglichkeiten zu Gebote stehen, andererseits jedoch eine Stimmung um sich greift, nach der die Deutschen von den Armeen der stalinistischen Sowjetunion »befreit« worden seien, so gibt es hierfür keine Entschuldigung, wird die historische Wirklichkeit damit doch geradezu auf den Kopf gestellt. Denn nicht als »Befreierin« ist die Rote Armee eingedrungen, auch wenn die mancherorts errichteten Siegesdokumente dies heute suggerieren sollen; und wohl von niemandem in Deutschland wurde sie damals als Befreierin empfunden. Die Soldaten STALINS kamen eigenen Parolen zufolge nicht als Befreier, sondern als gnadenlose Rächer. Alle gegenteiligen Behauptungen der heutigen Zweckpropaganda gehören in das Reich der Fabel und kommen einer glatten Verdrehung der historischen Tatsachen gleich.«

Das Schlagwort von der »Befreiung von der Nazi-Diktatur« war eine durchsichtige Kriegspropaganda STALINS, die später von Walter ULBRICHT und dessen SED-Regime in der Sowjetzone weiterverwendet wurde. Im Zuge der verstärkten einseitigen Vergangenheitsbewältigung wurde es dann - auch unter wesentlicher Förderung durch die kommunistische Antifa sowie durch die mit dieser zusammenarbeitenden 68er - 1985 vom amtierenden Bundespräsidenten Richard VON WEIZSÄCKER - damals noch unter heftigem Protest der Mehrheit der Westdeutschen - in die politische Debatte eingeführt und daran anschließend immer mehr von Politikern und Medien der Bundesrepublik übernommen. Es stellt jedoch die geschichtliche Wirklichkeit von 1945 auf den Kopf und ist ein Beweis für die einseitige Verzerrung und Verfälschung der deutschen Geschichte.[4] Rolf Kosiek

[1] Der Wortlaut der ganzen Direktive z. B. in: Wigbert GRABERT (Hg.), ***jaita - Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas***, Graben, Tübingen 1985, S. 77-99.

[2] Zitiert u. a. von Wilhelm HILLEK, in: ***National-Zeitung,*** 3. 6. 2005, S. 5.

[3] Joachim HOFFMANN, ***Statins Vernichtungskrieg 1941—1945,*** Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 13 f.

[4] Hubertus KNABE, ***Tag der Befreiung? Das Kriegsende in Ostdeutschland,*** Propyläen, Berlin 2005; Paul Berlin (Hg.), ***8. Mai - Befreiung oder Katastrophe?,*** FZ, München 1995.

Französische Besatzungsherrschaft in Stuttgart

Am 21./22. April 1945 konnten französische Truppen, darunter die vierten tunesischen Jäger und marokkanische Einheiten, überraschend einen Tag vor dem geplanten US-Einmarsch Stuttgart besetzen und sich dort bis zum 7. Juli 1945 aufhalten, bis sie sich schließlich wachsendem amerikanischen Druck beugen und die Stadt räumen mußten. Für die Zivilbevölkerung wurden diese Wochen eine besondere Leidenszeit.[1] Tagelange Plünderungen erfolgten. »So wurden Tausende von Frauen vergewaltigt, Tausende von Männern bei Razzien der Besatzungsmacht willkürlich festgenommen und in Gefangenschaft abgeführt.«[2]

Die als erste »Bekanntmachung der Militärregierung* in allen Stuttgarter Stadtteilen angeschlagene Verordnung besagt unter anderem:[3]

»1. Sollte auf einen Soldaten der Besatzung geschossen werden, werden 25 Deutsche erschossen, ohne Rücksicht darauf, von wem (Wehrmacht, HJ, Zivil) geschossen wird.

2. Auf jeden Zivilisten, der nach der Bekanntmachung auf der Straße von 20 Uhr bis 6.30 Uhr morgens angetroffen wird, wird geschossen.

3. Waffen, Munition, Rundfunkgeräte, Photoapparate und Feldstecher sind gegen Ablieferungsschein bei den Polizeirevieren abzugeben.

4. Wirtschaften, Gasthäuser und andere öffentliche Gebäude müssen geschlossen werden.

5. Alle Angehörigen deutscher Truppen, die sich in der Gemeinde befinden, müssen dem Ortskommandanten Stuttgart, Feuerseeplatz 6, ausgeliefert werden.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 366, »Französische Verbrechen in Stuttgart 1945«.

[2] Pastor Siegfried BASSLER, in: !r *Heslacher Blättle,* 13. Jg., Sept. 1995.

[3] *Stuttgarter Zeitung,* 25. 4. 1995. Serie »Stuttgart vor 50 Jahren«, in: *Stuttgarter Zeitung,* April-Juli 1995.

Bekanntmachungen an die Tübinger Bevölkerung

Nr. 19.

Aufhebung der Verdunklungsvorschriften

Die bisherigen Verdunklungsvorschriften werden mit sofortiger Wirkung

aufgehoben.

Tübingen, 8. Mai 1945 Der stv. Oberbürgermeister

Nr. 20.

Beschwerdestellen

Die Deutsche Bevölkerung, die aus dringenden Gründen den unmittelbaren Schutz der franz. Truppen braucht, kann sich an eine der nachstehend aufgeführten franz. Dienststellen wenden:

1. Tübingen, Schwärzlocherstr. 19
2. Tübingen, Schloß
3. Tübingen, Grabenstraße 31
4. Tübingen, Hindenburgpl. 7
5. Tübingen, Kelternstraße 28
6. Tübingen, Steinlachstr. 17
7. Tübingen, Zanker b. Westbahnh.
8. Derendingen, Derendingerstr. 81

Tübingen, den 8. Mai 1945 Der stv. Oberbürgermeister

Nr. 21.

Meldepflicht beim Arbeitsamt

Zum Arbeitseinsatz haben sich alle männlichen Personen der Jahrgänge 1929 und 1930 bis spätestens Samstag, den 12. Mai 1945 auf dem Arbeitsamt (Rathaus, Eingang Haaggasse) zu melden.

Zugleich werden hiermit alle männlichen Angehörigen der Jahrgänge 1885 bis 1930, die ihre Meldepflicht bis zum 12. Mai 1945 nicht vollzogen und sich dadurch dem Arbeitseinsatz entzogen haben, mit dem Entzug der Lebensmittelkarten bestraft.

Tübingen, den 8. Mai 1945 Der stv. Oberbürgermeister

Nr. 22.

Ausgehverbot

Auf Befehl der Militärregierung bleibt es bis auf weiteres beim bisherigen Ausgehverbot für die deutsche Zivilbevölkerung

von 20 Uhr abends bis 6^30 Uhr morgens.

Tübingen, 10. Mai 1945 Der stv. Oberbürgermeister

Eine ähnliche Bekanntmachung erfolgte am 10. Mai 1945 in Tübingen. Auch hier war die Lebensmittelkarte ein Druckmittel.

6. Es ist verboten, a) die Grenzen des Stadtkreises zu überschreiten, b) Fahrräder zu benutzen,

7. Die arbeitsfähigen männlichen Einwohner der Jahrgänge 1890 bis 1929 haben sich für die Beseitigung der Panzersperren umgehend auf den Polizeirevieren mit geeigneten Arbeitsgeräten einzufinden.«

Bei der Siegesfeier anläßlich der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8, Mai 1945 wurden in den Klassenzimmern der Lerchenrainschule Hammel gebraten und die gesamten Schulakten verbrannt,[4]

In einem Bericht »Stuttgart vor 50 Jahren« heißt es zum 25. April 1945 über die >Franzosenzeit<: »Die Suche nach untergetauchten deutschen Soldaten nimmt rabiate Formen an. Die Franzosen veranstalten Massenrazzien. In der Stadtchronik heißt es: »Wahllos werden aus Häusern und von Straßen weg Tausende zusammengetrieben und nach stundenlangem Warten in der Archivstraße und in den an den Gebäudekomplex des Gerichts angrenzenden Straßen in langen Kolonnen in Marsch gesetzt.« Selbst Antinazis und Mitglieder von Widerstandskreisen kommen in Gefangenschaft.

Gestern hat der bisherige Oberbürgermeister STRÖLIN vom französischen Kommandanten MERCADIER einen Waffenschein bekommen - zu seiner persönlichen Sicherheit. Kurz danach ist er nach der Rückkehr von einem Gespräch mit französischen und amerikanischen Militärs verhaftet und zunächst ins Reichsbahnhotel, heute dann ins Gefängnis von Kitzingen gebracht worden. Mehr als drei Jahre wird er in Haft bleiben.«[5]

Ein Mittel der Rache und Vergeltung war auch die Lebensmittelzuteilung, Hatte im Kriege die deutsche Bevölkerung nicht zu hungern brauchen, so wurde trotz genügend vorhandener Lebensmittel von der französischen Besatzungsmacht als eine Strafmaßnahme die Kalorienration für die deutsche Bevölkerung zunächst auf 1046 Kalorien pro Tag, in der nächsten Zuteilungsperiode gar auf 970 Kalorien herabgesetzt.

Als die Franzosen im Juni 1945 einsehen mußten, daß sie die Stadt vor den Amerikanern verlassen mußten, versuchten sie, noch alles herauszuholen, was nicht niet- und nagelfest war. Selbst Betten, Operations- und Röntgengeräte aus den Krankenhäusern wurden abtransportiert. Am 22. Juni 1945 erging folgender Befehl:[6] »Jede deutsche Familie hat abzuliefern: einen Zivilanzug, Jacke, Weste, Hose, Hut, ein Hemd, eine Unterhose, 2 Taschentücher, 1 Paar Socken, 1 Paar Schuhe, alles in bestem Zustand.« Der neue Stuttgarter Oberbürgermeister Arnulf KI.ETT konnte keine Milderung des Befehls erreichen, der besonders für die Bombengeschädigten kaum zu erfüllen war. Rund 50 000 abgelieferte Anzüge wurden u. a. nach Frankreich geschafft.

Als die Trikolore am 7. Juli 1945 auf der Villa Reitzenstein, der französischen Kommandantur, eingeholt wurde, atmete die Stuttgarter Bevölkerung auf und hoffte auf eine bessere Zeit unter den einrückenden Amerikanern.

[4] BASSLER, aaO. (Anm. 2).

[5] Wie Anm. 3.

[6] Ebenda.

Französische Verbrechen in Stuttgart 1945

Nach 1945 wurden viele deutsche Soldaten - die allermeisten ohne Berechtigung - wegen Kriegsverbrechen angeklagt und oftmals rechtswidrig hart bestraft. Alle Alliierten erließen dagegen Amnestievorschriften für ihre Untergebenen, so daß alliierte Kriegsverbrechen nicht verfolgt und gesühnt werden konnten. Die Brutalitäten der Sowjets in Ost- und Mitteldeutschland waren zu zahlreich und offenkundig, um geleugnet werden zu können. Aber auch die Westalliierten, insbesondere Vertreter der französischen »Grande Nation«, erlaubten sich Übergriffe, die in dieser Art und Anzahl niemals von deutschen Soldaten in den beiden Weltkriegen begangen wurden. Diese alliierten Verbrechen wurden oftmals kaum in weiteren Kreisen bekannt und werden heute in der Öffentlichkeit weithin verschwiegen, während pauschale Beschuldigungen gegen Deutsche noch zunehmen. Dadurch wird der Eindruck erweckt, deutsche Soldaten wären Barbaren gewesen und die Alliierten hätten sich weniger Kriegsverbrechen zuschulden kommen lassen als Angehörige der Wehrmacht. Genau das Gegenteil ist jedoch der Fall: Der deutsche Soldat war diszipliniert, als Besatzungssoldat sogar oft beliebt, während Alliierte teilweise unmenschlich hausten. Die tagelange Freigabe des Schwarzwaldstädtchens Freudenstadt zur Plünderung und Vergewaltigung für französische farbige Truppen im April 1945 ist ein Beispiel.[1] Ähnliche Verbrechen leisteten sich die Franzosen 1945 in Stuttgart, das sie kampflos besetzt hatten.

Ein glaubwürdiges Zeugnis dafür - weil von einem alliierten Augenzeugen aufgezeichnet - ist der Bericht des damaligen US-Verbindungsoffiziers Major Charles LINCOLN[2] zur französischen 3. Algerischen Division in Stuttgart über die ersten Tage nach dem französischen Einmarsch in die unverteidigte württembergische Hauptstadt. Der Verfasser versichert ausdrücklich zu Beginn seines Buches: »Die hier berichteten Tatsachen, so unglaublich sie auch scheinen mögen, beruhen auf Wahrheit.«

Von seiner ersten Fahrt im April 1945 durch das gerade von den Franzosen besetzte Stuttgart schreibt der US-Offizier:[3] »Dann hörten wir Schreie - aus dem Haus kamen zwei französische Soldaten, die ein junges Mädchen trugen. Der eine hatte ihre Handgelenke, der andere die Fußknöchel umfaßt. Als sie vor dem Lastwagen standen, schwenkten sie sie ein paarmal hin und her und warfen sie dann hinein. Im Lastwagen stand lachend ein Soldat.

Wieder wurden zwei Mädchen herausgeschleppt. Einer der Deutschen, der die Matratzen geschleppt hatte, erkannte in der ersten seine Tochter. Er stürzte sich auf die Soldaten. Ein Franzose holte mit seinem Gewehr aus, und der Deutsche sank blutüberströmt zu Boden. Das Mädchen wurde auf den Lastwagen geworfen. Ein viertes und fünftes Mädchen wurden herausgeschleppt.« Nur mühsam konnte der Amerikaner seine mit Recht über sol-

[1] Siehe: Beitrag Nr. 303, »Plünderung Freudenstadts und Karlsruhes 1945«.

[2] Charles LINCOLN, ***Auf Befehl der Militärregierung,*** Moderne Verlags-GmbH, München 1965. Für den Hinweis darauf danken wir Herrn G. EBERBACH.

[3-5] Ebenda, S. 36 f., 39 f. u. 42 f.

ches Verhalten der Franzosen empörten Untergebenen daran hindern, hier einzugreifen.

Am nächsten Tag sah der US-Offizier vor dem Hotel >Zeppelin< gegenüber dem Stuttgarter Hauptbahnhof folgendes:[4] »Eine junge Frau kam die Straße entlang. Der Posten vor dem Hotel hielt sie an und fragte nach ihrem Personalausweis. Es schien etwas nicht in Ordnung zu sein, denn er begleitete sie ins Hotel. Es verging kaum eine Minute, bis er wieder herauskam und Posten bezog... In der Zwischenzeit war ein junges Mädchen am Hotel vorbeigekommen und angehalten worden. Sie zeigte ihren Paß, und als sie ins Hotel beordert wurde, erhob sie Einwände. Der Posten packte sie grob am Arm und zerrte sie hinein. Ein paar Minuten später kam er wieder heraus - und ich fing an zu verstehen. Jedesmal kam ein anderer heraus.

Wir warteten ungefähr eine Stunde, und in dieser Zeit wurden ungefähr fünfzehn Mädchen in das Hotel gebracht, und zwar jedesmal von einem anderen Soldaten.., Ein junges Mädchen stürzte aus dem Hotel heraus direkt auf uns zu. Der Rock wehte um die Beine, und sie rannte, so schnell sie konnte. Ich befahl Franklin, ihr zu folgen, und als wir sie eingeholt hatten, sprang ich aus dem Jeep und faßte sie am Arm. Sie riß sich los und stellte sich mit dem Rükken gegen eine Mauer. Wut stand in ihren Augen, Wut und Verachtung.

»Die weibliche Bevölkerung war auf diese Heimsuchung nicht genügend vorbereitet, und so kam es an sehr vielen Stellen in Hunderten von Fällen zu Akten der Vergewaltigung, von denen selbst Frauen mit über 60)ahren und Mädchen unter 16 Jahren nicht bewahrt blieben.« Stadtrat Prof. GAUP (Stuttgart), in: Heike SANDER U. Barbara JOHR, ***BeFreier und Befreite,*** Fischer, Frankfurt/M. 2005.

>Ich möchte Ihnen helfen.< >Mir helfen!« Sie spie die Worte aus. >Was helfen? Vergessen? Feine Alliierte haben Sie, Mr. American! Sie wollen also helfen. Wenn ich es Ihnen glauben könnte, würde ich Sie um Ihre Pistole bitten. Ich will nur noch sterben.« Sie drehte sich weg und rannte weg. Ich ging nachdenklich zu meinem Jeep zurück und stieg ein.«

Von einer folgenden Besprechung bei den führenden französischen Militärs der Stadt berichtet der US-Major:[5] »Zu meiner Linken saß ein Capitaine, der nur so sprudelte vor Kameraderie. Er versorgte mich ausgiebig mit ***vin ordinäre,*** von dem fünfzehn Flaschen aufgekorkt auf dem Tisch standen: >Letzte Nacht hätten Sie dabei sein sollen, Major. Das war eine Nacht! Das war eine Nacht! So etwas habe ich noch nie erlebt, GOEBBELS, der gute Dr. GOEBBELS, warnte die deutsche Armee, alle ihre Frauen würden vergewaltigt werden, wenn sie dem Feind erlaubten, die deutschen Grenzen zu überschreiten. Jetzt frage ich Sie, sollten wir den lieben Dr, GOEBBELS Lügen strafen? Kommen Sie heute nacht mit uns?« >Ich habe einen anderen Sinn für Humor,<

Ein Major gegenüber lehnte sich herüber: >Ihr Amerikaner seid alle gleich - ihr macht euch so viel Sorgen um euer >image< vor der Welt. Vergangenen Monat wurden in Frankreich dreizehn amerikanische Soldaten wegen Vergewaltigung[6] gehenkt!« »Das zeigt den Unterschied zwischen uns. Wenn wir einen Mann dabei erwischen, hängen wir ihn auf - ihr schaut zu und lacht.<« Die französischen Offiziere schritten also nicht gegen die völkerrechtswidrigen Brutalitäten ihrer Untergebenen ein, sondern beteiligten sich sogar daran.

[6] Man warf den alliierten Truppen vor, daß sie in den ersten Wochen nach der Invasion 1944 viel mehr Vergewaltigungen in Frankreich verübt hätten als die Deutschen dort in ebenso vielen Jahren ihrer Besetzung des Landes.

Später an diesem Tage fuhr der US-Offizier »eine ganze Weile durch die Stadt. Das Bild hatte sich nicht verändert. Garagentore wurden aufgebrochen, (französische) Soldaten zogen in Gruppen durch die Stadt, studierten auf den an der Haustür hängenden Listen das Alter der Mädchen in den Häusern und gingen hinein, wenn sie gefunden hatten, wie sie wollten. Ich war erstaunt darüber, wie viele der Soldaten weißhäutig waren. Des Rätsels Lösung war, daß gut die Hälfte der Truppen aus Frankreich stammte«[7] Auch die weißen Franzosen beteiligten sich also an den Vergewaltigungen.

Der französische Kommandeur General GUILLAUME, daraufhin angesprochen, stellte dieses menschen- und völkerrechtswidrige Treiben nicht etwa ab, sondern herrschte den US-Offizier, der darüber Berichte angefertigt hatte, an:[3] »Ich dulde nicht, daß weiterhin Berichte über das Verhalten meiner Truppe gemacht werden... Meine Truppen sind keine Engel. Meine Truppen sind keine Jungfrauen. Meine Truppen sind Soldaten der französischen Nation.« Und das Treiben ging wochenlang so weiter. Keiner der Marodeure und Vergewaltiger wurde zur Rechenschaft gezogen.

7~9 LINCOLN, aaO. (Anm. 2), S. 45, 53 u. 61.

10 Volker KOOP, *Besetzt. Französische Besatzungspolitik, in Deutschland,* be.bra, Berlin 2005. Besprechung von Herbert ELZER, »Rabiates Auftreten«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 29. 11.2005.

Wenige Tage später wurde gegenüber der Villa Reitzenstein das frühere Haus des Gauleiters als ein französischer Offiziersclub eingerichtet. Im Erdgeschoß wurde ein Tanzsaal mit einer Bar eingerichtet, »während alle anderen Räume mit einem Doppelbett, einem großen Spiegel und einem Stuhl ausgestattet werden sollten«, ein »etwas eigenartiges Meublement eines >Offiziersclubs<«, wie der US-Offizier wohl zu Recht meinte/

Sechzig Jahre nach den damaligen Untaten erschien ein Werk über diese französische Besatzungspolitik mit vielen Einzelheiten.[10]

In den Tagen der Besetzung Stuttgarts 1945*

"Unter sehr wertvoller Mithilfe der weiblichen Kriminalpolizei, die sich der unglücklichen Opfer der Gewaltakte warmherzig und psychologisch klug annahm, konnte ich an die Arbeit gehen, die Tatbestände solcher Vergewaltigungen auf Grund glaubhafter Schilderungen und wertvoller Zeugenaussagen soweit aufzudecken, dass daraus die Berechtigung abgeleitet werden konnte, den unglücklichen Opfern durch die Unterbrechung der Schwangerschaft in einer guten Frauenklinik Hilfe zu gewähren.

Es ergab sich im Laufe der Monate, dass viele Frauen und Mädchen in Verzweiflung gerieten, ihrem Leben freiwillig ein Ende zu machen suchten, und dass namentlich bei verheirateten Frauen die Ehemänner sich energisch dagegen wehrten, einen Bastard in ihrer Familie grosswerden zu lassen. Wollte man nicht untätig zusehen, wie solche Frauen und Mädchen in verzweifelter Stimmung ihr Leben wegwarfen, so musste man ihnen helfen. Oefters wurde mir von Frauen gesagt, dass ihre Männer sie aus dem Hause gewiesen haben mit der leidenschaftlichen Drohung, sie nicht vorher wieder in ihr Haus aufzunehmen, ehe sie nicht die Folgen der Gewalttat beseitigt hätten.(...)

In dieser mir sozial sehr wichtig erscheinenden Arbeit wurde ich allmählich dadurch gehindert, dass von kirchlicher Seite die Bedenken über Zulässigkeit eines solchen Eingriffes immer stärker geäussert wurden. Namentlich konnte sich die katholische Kirche nach der Fuldaer Bischofskonferenz nicht mehr bereit erklären, meinem Vorgehen zuzustimmen. Mein Versuch, beim Episkopat in Rottenburg Verständnis zu finden und die Zustimmung zu erhalten, gelangen nicht. Man hatte zwar volles Verständnis für die bedauernswerte Lage der Opfer solcher Vergewaltigungen, betonte aber doch mit aller Bestimmtheit, dass die augenblickliche Notlage und das Mitleid mit den Opfern nicht dazu führen dürften, ein keimendes Leben zu vernichten.(...)"

Auszug aus dem Bericht von Prof. Dr. GAUP, Leiter des Gesundheits- und Wohlfahrtswesens Stuttgart, Abgedruckt in: Heike SANDER und Barbara JOHR, *Befreier und Befreite,* Fischer, Frankfurt/M. 2005.

Besatzungsterror 1945 im Kreis Tübingen

Die brutale Art, mit der die sowjetische Soldateska 1944/45 gegen die ostdeutsche Bevölkerung vorging, ist weithin bekannt. Weniger geläufig ist, daß sich auch westliche Alliierte,[1] vor allem französische farbige Einheiten, bei der Besetzung Deutschlands schwere Kriegsverbrechen und eindeutige Verstöße gegen die Genfer Konventionen zuschulden kommen ließen. Auf das schändliche und einer Kulturnation unwürdige Verhalten der 1945 in Süddeutschland einmarschierenden französischen Truppen gegenüber der deutschen Zivilbevölkerung wird in anderen Beiträgen hingewiesen, in bezug auf insbsondere Freudenstadt[2] und Stuttgart[1].

Wie der jüdische Propagandist Ilja EHRENBURG im Zweiten Weltkrieg die Rote Armee gegen die deutsche Bevölkerung aufgepeitscht hatte,[4] so hatte der französische General DE LATTRE DE TASSIGNY in seiner Direktive vom 5. April 1945 zur moralischen Vorbereitung seiner Armee auf den Einmarsch in Deutschland mit unzutreffenden Unterstellungen zum Haß aufgerufen: »Ein tiefes, unerbittliches Haßgefühl diktiert die schmerzende Seele Frankreichs ihrer deutschen Boden siegreich betretenden Armee: einen natürlichen Haß gegen den grausamen Feind unserer Freiheit und unserer Kultur, einen legitimen Haß gegen eine Nation, die gierig ist, die Welt zu unterwerfen,«[5]

Dabei waren die Deutschen weder Feinde der französischen Freiheit noch solche seiner Kultur - eher Bewunderer -, noch wollten sie die Welt erobern oder unterwerfen. Frankreich hatte am 3. September 1939 Deutschland den Krieg erklärt, ohne von diesem bedroht oder angegriffen zu sein.

Über das Verhalten der französischen Truppen im Kreis Tübingen, keinem besonders herausragenden und deswegen beispielhaften Gebiet in Südwestdeutschland, liegt ein eingehender Bericht über die ersten Tage der Besetzung vor.[6] Danach belief sich die Zahl der festgestellten, meist von

[1] Siehe: Beitrag Nr, 289, »Alliierte Besetzung von Bamberg«, und Nr, 365, »Französische Verbrechen in Stuttgart«,

[2] Siehe: Beitrag Nr. 303, »Plünderung Freudenstadts und Karlsruhes 1945«.

[3] Siehe; Beitrag Nr. 364, »Französische Besatzungsherrschaft in Stuttgart«.

[1] Joachim HOFFMANN, ***Stalins Vernichtungskrieg 1941-1945,*** Verlag für Wehrwissenschaften, München 1995, S. 132-141.

[5] Zitiert bei: Henri AMOUROUX, ***Im Page n'est pas encore tournée,*** Robert Laffont, Paris 1993, S. 267.

[6] Wolf gang SANNWALD (Hg.), ***Einmarsch, Umsturz, Befreiung. Das Kriegsende im Landkreis Tübingen, Frühjahr 1945,*** Schwäbisches Tagblatt, Tübingen 1995. Ausführlich zitiert auch von Philippe GAUTIER, ***Deutschenangst-Deutschenhaß,*** Grabert, Tübingen 1999, S. 144-149.

Marokkanern und Senegalesen der französischen Armee verübten Vergewaltigungen in den einzelnen Ortschaften auf: Entringen 1, Pfäffingen 30, Poltringen 12, Reusten einige, Bodelshausen 2, Dettenhausen 16, Dusslingen 97, Gomaringen 75, Stockach 27, Jettenburg mehrere, Mähringen eine Reihe, Wankheim 20, Mössingen 220, Belsen 20, Oschingen 11, Talheim drei Viertel der Frauen und Mädchen von den 836 Einwohnern, Nehren 10-20, Remmingsheim 2, Wolfenhausen 3, Rottenburg mehrere, Baisingen mehrere, Ergenzingen zahlreiche, Oberndorf mehrere, Seebronn 2, Weiler mehrere, Wendelsheim 15, Wurmlingen mehrere, Tübingen rund 300, Bebenhausen mehrere, Hagelloch 5, Hirschau 20, Kilchberg 18, Pfrondorf 9, Unterjesingen 29. Nach einem Bericht von Professor Dr. August MAYER war allein von April bis August 1945 bei 900 Vergewaltigungsfällen eine medizinische Versorgung oder ein chirurgischer Eingriff in der Universitätsfrauenklinik in Tübingen erforderlich.[7]

Proteste mutiger Deutscher, auch von Vertretern der Kirchen, nutzten meist wenig. Sehen war ein Entgegenkommen wie in Beben, wo am Abend des 23. April 1945 der Ortskommandant die Frauen und Mädchen im Schulgebäude zusammenzog und einen »europäischem Doppelposten davor stellte, um sie vor marodierenden farbigen Angehörigen der besetzenden Einheit zu schützen.[8] Als diese Truppe abgezogen war, überfielen in den Nächten vom 26. bis 29. April 1945 Marokkaner das Dorf erneut, wobei etwa 20 Frauen und Mädchen vergewaltigt wurden. Der örtliche Pfarrer vermerkte in seinem Tagebuch: »Marokkaner überfielen das wehrlose Dorf bei Nacht, schossen wie wild, schrien und heulten, raubten, schlugen Fenster und Türen ein, bedrohten mit Gewehren die Männer, vergewaltigten etwa 20



Mai 1945: Etienne METZGER, der Stadtkommandant von Tübingen, mit Elisabeth NOELLE-NEUMANN. (Letztere war für die Ausstellung >Der Weihnachtsberg< in Tübingen verantwortlich.) Aus: Hermann WERNER, *Tübingen 1945,* Theiss, Stuttgart 1986.

[7] SANNWALD, aaO. (Anm. 6), S. 196.
[8] Ebenda, S. 100.



Der Oberkommandierende der französischen Streitkräfte, General Pierre KOENIC, besucht 1946 Tübingen.

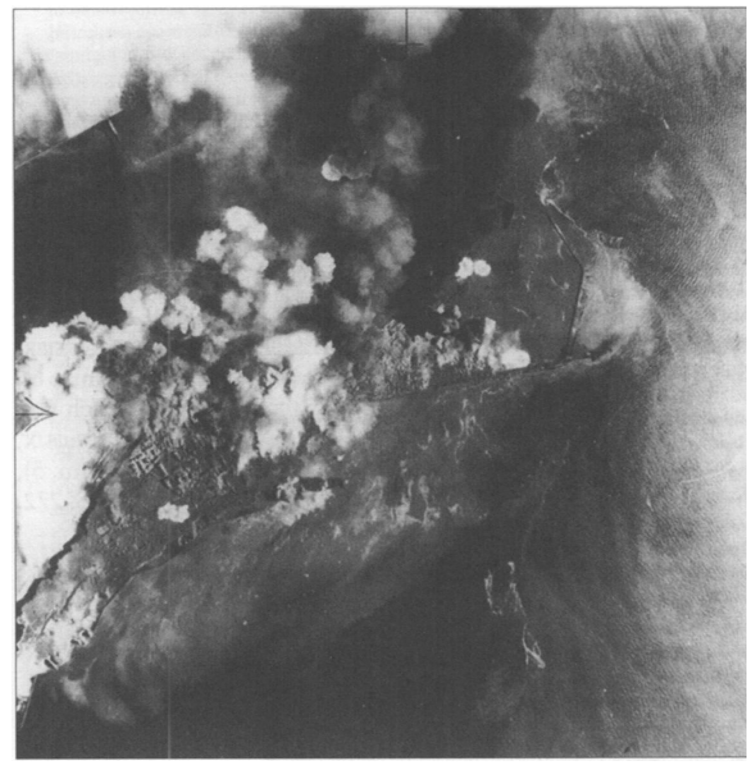
Frauen und Mädchen, plünderten, stahlen.«' Daneben kamen fast überall Plünderungen und schandbare Demütigungen der deutschen Zivilisten vor. »Allein in dem kleinen Dorf Dettenhausen wurden beschlagnahmt oder gestohlen: 129 Taschen- und Armbanduhren, 39 Fotoapparate, 9 Ferngläser, 146 Radioapparate, 4 Autos, 8 Motorräder, 18 Fahrräder, 28 Herrenmäntel, 53 Herrenanzüge, 128 Herrenhemden, 72 Herrenunterhosen, 123 Paar Schuhe, 163 Paar Socken, 462 Taschentücher, 414 Damenstrümpfe, 121 Bettbezüge, 11 Leintücher, 290 Handtücher, 520 Stück Geflügel, 62 Hasen, 2 Schafe, 1 Kalb, 3 Ziegen, 1420 Eier, 1250 Liter Most.«[10]

Die Verhältnisse in Deutschlands Südwesten wurden so schlimm, daß sich die gleichzeitig im Norden Württembergs vorrückenden Amerikaner zum Eingreifen veranlaßt sahen. So telegraphierte der US-General DEVERS - damit ein sicher unverdächtiger und beweiskräftiger Zeitzeuge - an den französischen General DE LATTRE DE TASSIGNY: »Ich konnte gerade feststellen, daß die Lage in Stuttgart chaotisch ist; Vergewaltigungen können ungehindert geschehen, Güter, die für die Alliierten etwas bedeuten, werden geplündert und zerstört. Ihre Truppen sind überhaupt nicht mehr im Griff. Sie werden die französischen Truppen sofort aus Stuttgart zurückziehen.«[11]

[B] Ebenda.
[10] Ebenda, S. 48.
[11] Zitiert von Philippe GAUTIER, aaO. (Anra. 6), S. 150, auch von Henri AMOUROUX, aaO. (Anm. 5), S. 272.

Briten wollten Helgoland auslöschen

Helgoland mit seiner wechselhaften Geschichte seit dem ersten kulturellen Höhepunkt zur Bronzezeit ist heute ein beliebtes Reiseziel von jährlich Hunderttausenden von Besuchern. Nur wenigen ist heute noch bekannt, daß nach dem Willen der britischen Besatzungsmacht die Insel nach 1945 ganz verschwinden sollte. Das früher dänische Helgoland wurde 1807 von Briten besetzt, 1814 den Engländern zugesprochen und gelangte erst 1890 im Helgoland-Sansibar-Vertrag an Deutschland. 1919 mußten die starken Befestigungen aufgrund des Versailler Diktats geschleift werden, sie wurden ab 1935 erneuert. Auf der Insel dichtete 1841 HOFFMANN VON FALLERSLEBEN das Deutschlandlied.



Helgoland unmittelbar nach dem Luftangriff am 18. April 1945. Aus: E. Wallmann, *Die Zerstörung Helgolands*, Helgoland 1995.

Während des Zweiten Weltkrieges bombardierten die Anglo-Amerikaner mehrfach das Eiland, insbesondere wurde noch kurz vor Kriegsende am 18. April 1945 der Ort Helgoland von rund eintausend viermotorigen Bombern vollständig zerstört. Nach der Besetzung am 14. Mai 1945 durch englische Truppen vertrieben diese die letzten Einwohner der Insel, weil die Briten, denen Helgoland als beherrschender Punkt für die deutsche Nordseeküste schon immer ein Dorn im Auge gewesen war, sie für ihre Royal Air Force als Übungsziel für Bombenabwürfe vorgesehen hatten, um sie dabei möglichst ganz zu beseitigen. Mit vielen Tonnen Bomben wurde versucht, das frühere >Heiligland< verschwinden zu lassen. Als dieses nach zwei Jahren immer noch bestand, zündeten die Briten am 18. April 1947 gegen große Proteste insgesamt 6700 Tonnen auf der ganzen Insel - in deren unterirdischen Schutzräumen, U-Boot-Bunkern und früheren Depots - verteilten Sprengstoff. Einige Teile des Eilands, vor allem von der Steilküste und im Südwesten, flogen in die Luft. Doch ein Rest blieb zurück und diente dann weiterhin als Bombenziel.

In all den Jahren hatten die auf rund 150 norddeutsche Gemeinden verteilten Helgoländer Forderungen nach dem Ende der Zerstörung der Insel und nach ihrer Rückkehr erhoben. Sie drangen zunächst nicht durch, und ein hoher alliierter Politiker erklärte noch 1949, die Existenz der Insel gefährde Europa.[1] Als es einem Sonderausschuß der Helgoländer gelang, ihre Wünsche bis vor das britische Unterhaus zu bringen, lehnte dieses die Vorschläge der Wiederbesiedlung rundweg ab. Auch die Vereinten Nationen und der Papst wurden eingeschaltet, wenn auch erfolglos.

Ende 1950 entschloß sich ein Kreis um den späteren Helgoländer Bürgermeister Henry Peter **RICKMERS** zu einer spektakulären öffentlichen Aktion. Gegen das strenge Verbot der britischen Besatzungsmacht, die Insel anzulaufen oder gar zu betreten, landeten am 20. Dezember 1950 heimlich mit einem Kutter von Cuxhaven aus die Heidelberger Studenten Georg VON HATZFELD und René LEUDESDORFF (1928-) trotz schwerer See bei Windstärke sieben auf der Insel und hißten dort die schwarz-rot-goldene Flagge und die Europa-Fahne. Nach gezielten Vorbereitungen erfuhr diese Aktion, an der auch Hubertus Prinz zu LÖWENSTEIN (1906-1984) maßgeblich beteiligt war, eine große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit und moralische Unterstützung durch den Bundestag. Trotz scharfer Reaktion der Briten und Androhung weiterer Bombardierung blieben die mutigen Männer zwei Tage auf der völlig zerstörten Insel. Nach ihrer gefeierten Rückkehr setzten sie nach Weihnachten mit weiteren Helgoland-Begeisterten ein zweites Mal zur Insel über. Zum Jahreswechsel waren mehr als ein Dutzend Deutsche auf der Insel und entzündeten einen großen Holzstoß von der Plattform des einzig noch erhaltenen Turmes.[2]

Anschließend wurden die beiden Männer vom Bundestagspräsidenten Hermann EHLERS in Bonn empfangen und geehrt. Der Bundestag forderte noch im Januar 1951 einstimmig die Freigabe der Insel für ihre deutschen Bewohner. Es sollte aber noch länger als ein Jahr dauern, bis die Engländer sich dazu bereit erklärten, am 1. März 1952 die Insel an die Bundesrepublik Deutschland zurückzugeben, Sie warfen anschließend ihre Bomben auf den nahen unbewohnten Knechtsand. Nach und nach konnten anschließend die Helgoländer in ihre Heimat zurückkehren und den völlig zerstörten Ort wie den Hafen wieder aufbauen. LEUDESDORFF schrieb über diese Tat das Buch ***Wir befreiten Helgoland?*** Erst bei seinen Recherchen zu dem Bericht kam an die Öffentlichkeit, daß der damalige britische Hohe Kommissar Sir Ivone KIRKPATRICK. auf die Besetzung hin sich gegen weitere Bombenabwürfe gewandt hatte, weil er befürchtete, »to get a new Palestine on a lower level« (ein neues Palästina auf niedrigerem Niveau zu bekommen).[4]

Durch diese mutige und aufsehenerregende Tat der beiden Studenten gelang der erste Schritt zur Wiedervereinigung der verschiedenen durch Besatzungswillkür auseinandergerissenen Teile Deutschlands.[5] Rolf Kosiek

[1] Zitiert von Hermann KRIEG, in: »Bomben auf Helgoland«, in: ***Junge Freiheit,*** Nr. 11, 18. 3. 1996.



Georg VON HATZFELD **und René** LEUDESDORFF,

[2] Karl FELDMEYER, »Der besessene Besetzer«, in: ***Frankfurter Atigemeine Zeitung,*** 16, 12. 2005, S. 9.

[3] René LEUDESDORFF, ***Wir befreiten Helgoland,*** Husum" 1987.

[4] Zitiert von FELDMEYER, aaO. (Anm, 2)

[5] Näheres zur Geschichte Helgolands u. a. in: E. **LüTH**, ***Helgoland,*** 1962; B. KREBS, ***Helgoland,*** 3 Bde., 1985-1988.

Zum Schicksal Ezra Pounds und Knut Hamsuns

Die Alliierten kamen aus Ost und West 1945 nach Deutschland nicht nur nicht als »Befreier« und Vertreter der Menschlichkeit, sondern auch über die anderen vorher von Deutschen besetzten Länder ergoß sich anschließend eine heute vielfach vergessene Woge von Haß, Rache und Vergeltung gegen die »Kollaborateure«, die vorher mit der Besatzung zusammengearbeitet hatten.[1] In manchen Ländern kamen wie in Deutschland nach Kriegsende im »schrecklichsten Frieden der Weltgeschichte« mehr Menschen um als während der Kämpfe. Das traf besonders viele Intellektuelle, die sich auf die Seite des Reiches gegen den Bolschewismus oder den Kapitalismus gestellt hatten. Zwei beispielhafte Fälle sind der amerikanische Lyriker Ezra POUND und der norwegische Nobelpreisträger Knut HAMSUN.

[1] Paul SERANT, *Die politischen Säuberungen in Westeuropa*, Stalling, Oldenburg-Hamburg o. J.

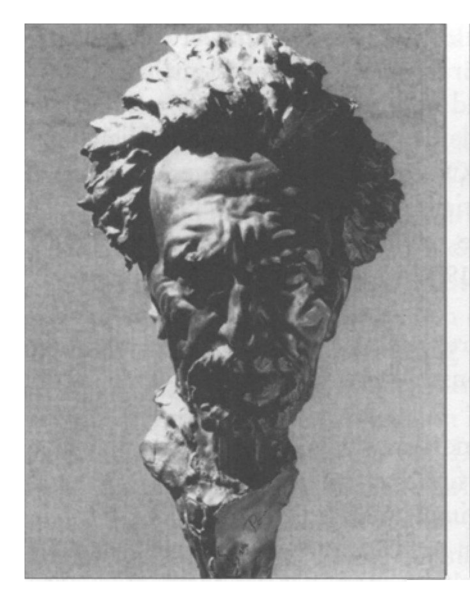
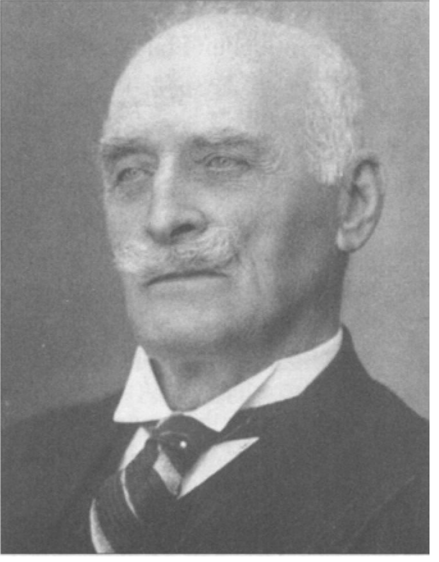
Ezra POUND (1885-1972), im US-Staat Idaho geboren, lebte nach dem Studium der Romanistik 1909-1918 in London, 1919-1921 in Paris und anschließend bis 1945 in Rapallo. Als einer der größten Dichter des 20. Jahrhunderts wirkte er vor allem durch seine »Cantos« bestimmend auf die englischsprachige Lyrik. Von Italien aus unterstützte er, auch in Rundfunkansprachen, den Faschismus und wandte sich gegen den Bolschewismus sowie gegen dessen Verbündete ROOSEVELT und CHURCHILL.

Bei Kriegsende stellte er sich den Amerikanern in Ligurien. Diese verbrachten ihn in ihr Konzentrationslager (Disciphnary Center) Coltano bei Pisa, steckten ihn dort in eine Todeszelle und sperrten ihn dann wochenlang wie ein Raubtier in einen drei mal drei Meter großen Eisenkäfig ein, auf den tagsüber die Sonne unbarmherzig brannte und der nachts beleuchtet blieb. In der Ecke stand ein Latrineneimer, dem Blick der US-Soldaten ausgesetzt. Niemand durfte mit ihm sprechen. Die Bevölkerung der umliegenden Orte zog an seinem Käfig vorbei, schmähte ihn und spie ihn an.[2] »Sie hatten mich in einen Gorillakäfig gesperrt und fütterten mich wie ein Raubtier. Aber wer kann essen, wenn ihm die Sonne auf dem Kopfe brennt? Daß ich immer der Sonne ausgesetzt war, wurde zur schlimmsten Plage.« Dort schrieb POUND seine *Pisan Cantos,* auch einen Canto noch auf den toten MUSSOLINI. Viele halten gerade diese Gesänge für sein Meisterwerk.

[2] Ebenda, S. 241.

Da er nicht sterben sollte, weil man ihm in den USA den Prozeß machen wollte, wurde er nach einigen Wochen in ein Zelt geschafft, blieb jedoch schärfstens isoliert. Erst nach Monaten durfte ein Verteidiger zu ihm.

Da der Dichter sich geistig nicht brechen ließ, verzichtete man in den USA bei einem Prozeß ab Ende 1945 auf ein Urteil: Ein vom Gericht bestellter Gutachter erklärte ihn aufgrund seiner Gedichte für »geistesgestört«. Dreizehn Jahre sperrte man ihn dann zusammen mit psychopathischen Schwerverbrechern und Senilen in ein Irrenhaus für Kriminelle, in das St. Elizabeth's

Links: Ezra POUND (Porträtbüste von Arno BREKER); *rechts:* Knut HAMSUN.

Hospital in Washington, ein. POUND sprach nicht mehr, dichtete aber weiter. 1948 erschienen seine *Pisaniscben Gesänge.* 1949 erhielt er von einer Jury unter T. S. ELIOT einen Dichterpreis. Erst 1958 kam er auf internationale Proteste hin, an denen sich vor allem wieder T. S. ELIOT beteiligte, frei.

Nach diesen furchtbaren Jahren ging POUND nach Europa zurück, fand zuerst Zuflucht in Südtirol auf Schloß Brunnenburg bei Meran und lebte dann an der Riviera, in Süditalien und zuletzt in Venedig, wo er, inzwischen Ehrenbürger von Triest, auf San Michele, der Toteninsel der Lagunenstadt, begraben wurde. Am 15. Mai 1973 wurde dem Verehrer des Cid im spanischen Dorf Medinaceli ein Denkmal gesetzt.[3]

Ähnlich erging es dem Norweger Knut HAMSUN (1859-1952), der 1920 den Nobelpreis für seinen Roman ***Segen der Erde*** erhalten hatte und zu den meistgelesenen Schriftstellern, vor allem in Deutschland, der Vorkriegszeit gehörte. Nach einem ruhelosen Wanderleben mit mehreren Notjahren als Arbeiter in den USA (1883-1885 und 1886-1888) veröffentlichte er scharfe Kritiken am amerikanischen Geistesleben und nach seinem ergreifenden Erstlingswerk ***Hunger*** (1888) beeindruckende Romane mit großer Naturverbundenheit. Er stand in den dreißiger Jahren Vidkun QUISLINGS Partei >Nasjonal Samling< nahe, erließ 1940 beim deutschen Einmarsch einen Aufruf an seine Landsleute zugunsten des Reiches, trat in einer Audienz bei HITLER für die Abberufung des Reichskommissars TERBOVEN aus Norwegen ein und schrieb noch am 7, Mai 1945 einen ehrenden Nachruf auf HITLER.

Dafür wurde der 86jährige fast erblindete und taube Greis nach dem Abzug der Deutschen 1945 verhaftet, des Hochverrats angeklagt, enteignet, von seiner Frau, die ins Gefängnis geworfen und zu drei Jahren Zwangsarbeit

[1] Miguel SERRANO, »Ein Denkmal für Ezra Pound«, in: ***National-Zeitung,*** 9. 5. 2003, S, 14.

verurteilt wurde,[4] getrennt, nach vielen Verhören, in denen er bei seiner deutschfreundlichen Haltung blieb, für Monate in eine psychiatrische Klinik in Oslo gesteckt, wo er entwürdigend behandelt wurde, 1947 vor Gericht gestellt, vor dem er sich in freier Rede bewundernswürdig verteidigte, und im folgenden Jahr vom norwegischen Obersten Gericht zu einer hohen Geldstrafe verurteilt. Der bis zuletzt geistig klare und regsame Neunzigjährige schrieb dann, wieder auf seinem Hofe, noch über diese Erlebnisse das Buch ***Auf überwachsenen Pfaden*** (1948, deutsch 1950).[5] Bei seiner Beisetzung deckte die norwegische Flagge seinen Sarg.[6]

Später wurde entschuldigend erklärte, man habe beide Dichter durch die Zuerkennung des Irreseins vor der sonst sicheren Todesstrafe wegen Hochverrats schützen wollen.[7]

Erst allmählich bekennen sich seine Landsleute wieder zu dem großen Schriftsteller, und seit einigen Jahren findet er erneut zunehmende öffentliche Anerkennung auch in seinem Heimatland.

In der Bundesrepublik fand dagegen nach 1945 ein Schriftsteller und >Philosoph' wie Theodor ADORNO (1903-1969), Vertreter der neomarxistischen »Frankfurter Schule«, großen Anklang und wurde Namensgeber eines von der Stadt Frankfurt gestifteten Preises, obwohl er zum Beispiel am 26. September 1943 aus dem Exil an seine Eltern schrieb: »Fast muß man bitten, daß es (mit der Beendigung des Krieges) nicht zu schnell geht; daß nicht ein politischer Zusammenbruch erfolgt, der den Deutschen die offene militärische Niederlage erspart und sie doch nicht so am eigenen Leibe fühlen läßt, was sie angerichtet haben... Ich habe nichts gegen die Rache als solche, wenn man auch nicht deren Exekutor sein möchte - nur gegen die Rationalisierung als Recht und Gesetz. Also: möchten die Horst Güntherchen in ihrem Blut sich wälzen und die Inges den polnischen Bordellen überwiesen werden, mit Vorzugsscheinen für Juden.« Und am 1. Mai 1945 äußerte er sich befriedigt: »Alles ist so eingetreten, was man sich jahrelang gewünscht hat, das Land vermüllt, Millionen von Hansjürgens und Utes tot.«[3] Er gilt heute als >Gutmensch<.

Rolf Kosick

[4] SERANT, aaO. (Anm. 1), S. 273.

[Ä] S. S. NILSON, ***Knut Hamsun und die Politik,*** 1964; R. FERGUSON, ***Knut Hamsun,*** 1990; Marie HAMSUN, ***Der Regenbogen,*** List, München 1954.

[6] Magret BOVERI, ***Der Verrat im XX. Jahrhundert,*** Hamburg, 1956, Bd. 1, S. 139.

[1] Frank SCHIRRMACHER, »Doktor Faustus. Hamsun, Pound und Deutschlands Zusammenbruch«, in: ***FAZ,*** 4, 4. 1995.

[3] Theodor ADORNO, ***Briefe an die Eltern,*** 2003; zitiert in: ***Nation Europa,*** Nr. 9, 2005, S. 22 f.



In Kalifornien befreundete sich ADORNO (Mitte) mit der Schauspielerin Lily Latte und dem Regisseur Fritz LANG.

Hunger als Nachkriegswaffe

In den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg wurde von den Alliierten systematisch der Hunger als Waffe zur Umerziehung der Deutschen eingesetzt. Man ließ nicht nur Hunderttausende gefangener deutscher Soldaten nach Kriegsende - besonders auf den berüchtigten Rheinwiesenlagern[1] - verhungern und erließ strenge Verbote, Nahrung den Gefangenen zukommen zu lassen,[2] sondern belegte auch die Zivilbevölkerung mit einer Hungersnot, obwohl genügend Nahrung vorhanden war oder hätte beschafft werden können. Und im Jahr nach Kriegsende wurde die Hungersnot noch bewußt vergrößert. So wurden zum Beispiel die Hochseefischerei und die Herstellung synthetischer Fette den Deutschen nach 1945 jahrelang verboten. Hunderttausende Menschen starben an Entkräftung, insbesondere in dem kalten Winter 1946/47, als die Kohlenzuteilung verringert wurde. Die geförderte-Kohle mußte größtenteils ans Ausland abgeliefert werden. Die nach Kriegsende herbeigeführte Not geht unter anderem aus der am 15. Juni 1947 - über zwei Jahre nach Kriegsende - auf der Ärztekammertagung in Bad Nauheim verabschiedeten »Resolution der deutschen Ärzte zur deutschen Ernährungslage« hervor, die folgenden Wortlaut hat:

»Die deutsche Ärzteschaft appelliert an das Weltgewissen, den bereits weit fortgeschrittenen körperlichen Verfall des deutschen Volkes nicht weiter zuzulassen. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung lebt zur Zeit von Rationen, die nur ein Drittel des international anerkannten Mindestbedarfs ausmachen. Selbst die Zulagen der Schwerarbeiter reichen nur aus, das Leben zu erhalten, nicht aber, um die geforderte Arbeit zu leisten. Diese bestehende chronische Unterernährung hat bereits zum weitgehenden Abbau der Körpersubstanz des Deutschen geführt und nicht nur seine körperliche Leistungskraft extrem herabgesetzt, sondern auch seine geistige Spannkraft vermindert und sein seelisches Gefüge verändert. Der hungernde Mensch ist antriebslos, reizbar, überkritisch und untauglich für Aufbau und staatsbürgerliche Betätigung. Die Ärzteschaft warnt vor den Gefahren, die diese unvermeidbaren physiologischen Folgen des chronischen Hungerns in jedem davon betroffenen Volk für die übrige Welt, für die Ethik, für die Sicherheit der übrigen Menschheit in sich bergen.

Die deutsche Ärzteschaft ruft aus ärztlicher Verantwortung heraus die Hilfe der Welt an für Neuaufbau und sofortige entscheidende Aufbesserung der Ernährung. Sie hält folgende Sofortmaßnahmen für durchführbar: Zulassung Deutschlands zum Walfang und zur Hochseefischerei, Ermöglichung synthetischer Fettherstellung, Herstellung der nötigen Düngemittel, Transitverarbeitung von Ölkuchen. Die deutsche Ärzteschaft ist der Ansicht, daß noch vor diesen Maßnahmen eine großzügige Lebensmittellieferung von au-

[1] James BACQUE, ***Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen und französischen Lagern 1945/46***, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1989.

[2] Ebenda, S. 83; siehe auch: Beitrag Nr. 389, »Amerikaner lassen Deutsche verhungern«.



Hungernde Deutsche um einen Pferdekadaver 1945. In der US-Zone betrugen die Lebensmittelrationen 1000 Kalorien am Tag, in Wuppertal sogar nur 850. In Hamburg gingen die Hafenarbeiter gegen den Hunger in den Streik. In den Städten begannen der Schwarzmarkt und der Tauschhandel zu blühen, zumal man mit dem vorhandenen Geld nichts anfangen konnte.

ßen die bereits verlorene Arbeitsfähigkeit des deutschen Volkes wiederherstellen muß. Danach muß dem deutschen Volk die Möglichkeit zurückgegeben werden, aus eigenem Export von Fertigwaren den unentbehrlichen Import zu finanzieren. Die deutsche Landwirtschaft war nie in der Lage, den Nahrungsmittelbedarf zu decken; unter den heutigen Verhältnissen einer auf verminderten Raum zusammengedrängten, vermehrten Bevölkerung und einer unzureichenden Versorgung mit Düngemitteln, Saatgut und technischen Ausrüstungen ist sie es weniger denn je.

Die deutsche Ärzteschaft ist überzeugt, daß dem deutschen Volk der Anspruch auf Leben als primitivstes Menschenrecht zuerkannt wird. Eine gesunde und ausreichende Ernährung darf keinem Volk vorenthalten werden. Die Humanität gebietet, entgegenstehende Interessen diesem unabdingbaren und unwandelbaren Menschenrechte unterzuordnen.«

Schon im und nach dem Ersten Wehkrieg war durch die von England gegen Deutschland verhängte Hungerblockade, die bis 1919 zur Erzwingung der deutschen Unterschrift unter das Versailler Diktat aufrechterhalten wurde, eine große Anzahl Deutscher gestorben. So schrieb die ***Londoner Times*** am 18. Januar 1919: »Letzten Monat nahmen etwa 3000 Ärzte an einem außergewöhnlichen Treffen in Berlin teil, das durchgeführt wurde von den Professoren RUBNER, KRAUS, CZERNY, HAMEL, KUTTNER u. a., die sich bemühten nachzuweisen, daß die >Verluste in der deutschen Zivilbevölkerung während des Kriegs auf Grund der Blockade sich auf 763 300 belaufen.« Zwei Monate später berichtete die Londoner ***Lancet*** am 8. März 1919, daß Professor RUBNER erklärt habe, daß sich »die Zahl der auf Nahrungsmittelknappheit zurückzuführenden Toten um etwa 800 000 bewegt«.[3]

[1] S. L. BANE U. R. H. LUTZ, ***The Blockade of Germany after the Armistice 1918-1919,*** Stanford University 1942, S. 699 u. 726.

Alliierte verbieten Verständigung

Der Deutschen Wehrmacht werden vielfach unberechtigte Vorwürfe wegen ihrer Handlungen in den besetzten Ländern gemacht, wenn sie auf die Notwendigkeiten des andauernden Krieges Rücksicht nehmen mußte. Die deutschen Soldaten hatten in den meisten Ländern während des Krieges ein gutes Verhältnis zur Bevölkerung. Im Gegensatz dazu verboten die Alliierten nach Ende des Krieges im Frieden in der ersten Nachkriegszeit ihren Truppen jede Verständigung und Versöhnung mit den besiegten Deutschen und setzten die Politik der >Non-Fraternisation< für einige Zeit durch. In dem einschlägigen, zunächst geheimgehaltenen US-Handbuch[1] zur Besatzungspolitik heißt es unter anderem:

»Definition: >Non-Fraternisation< ist die Vermeidung des Sich-Einlassens mit Deutschen in alle Arten von Freundschaft, Leutseligkeit oder Vertraulichkeit, weder im einzelnen noch in Gruppen, weder im amtlichen noch im nichtamtlichen Umgang.«[2]

»Es wird keine Fraternisation zwischen alliierten Personen und den deutschen Beamten oder der Bevölkerung geben. Diese Politik der Non-Fraternisation ist notwendig, um das Verhältnis zwischen den Besatzungsmächten und ihnen nachdrücklich zu betonen und ihre Bemühungen zu verhindern, die Ziele unserer Eroberung zu vereiteln.«[3]

»Heirat mit Deutschen oder Personen aus anderen Feindstaaten ist verboten. . ,

Folgendes muß verboten werden: deutsche Wohnungen zu besuchen; mit Deutschen zu trinken; ihnen die Hand zu geben; mit ihnen zu spielen oder Sport zu treiben, ihnen Geschenke zu geben oder von ihnen anzunehmen; an deutschen Tanz- oder anderen Gemeinschafts Veranstaltungen teilzunehmen; Deutsche auf der Straße, in Theater, Gasthäuser, Hotels oder irgendwo (außer im amtlichen Auftrag) zu begleiten; mit Deutschen zu diskutieren oder zu argumentieren, insbesondere über Politik oder die Zukunft Deutschlands.«[4]

Ein besonderes Dokument der Heuchelei und Geschichtsfälschung ist die Begründung des Fraternisatiortsverbots, die der für die Briten in deren Besatzungszone zuständige Oberbefehlshaber in Deutschland, Feldmarschall MONTGOMERY, in einer Botschaft an die deutsche Bevölkerung vom 10. Juni 1945 gab:[5]

»Ihr habt Euch oft gewunden, warum unsere Soldaten Euch gar nicht beachten, wenn Ihr ihnen zuwinkt oder auf der Straße Guten Morgen wünscht und warum sie nicht mit Euren Kindern spielen. Unsere Soldaten handeln gemäß ihren Befehlen. Ihr habt dieses Verhalten nicht gerne. Auch unsere Soldaten nicht, da wir von Natur aus ein freundliches und entgegenkommendes Volk sind. Aber der Befehl war notwendig, und ich will Euch erklä-

[1] ***Handbook governing Policy and Procedere for the Military Occupation of Germany*** des ¡***Supreme Headquarters Allied Expeditionary Forcec,*** hg. >by command of General Eisenhower< von W, B. Smith, (durchgesehene Ausgabe vom April 1945) vollständige Ausgabe im Archiv des Verfassers; ausführlichere Zitate in: ***Jalta—Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas,*** Graben, Tübingen 1985, S. 73 ff.

[2] Ebenda, Punkt 629.

[3] Ebenda, Punkt 630.

[4] Ebenda, Punkt 632.

[5] ***Keesing's Archiv der Gegenwart,*** XV. Jahrgang 1945, Essen 1949, S. 266.

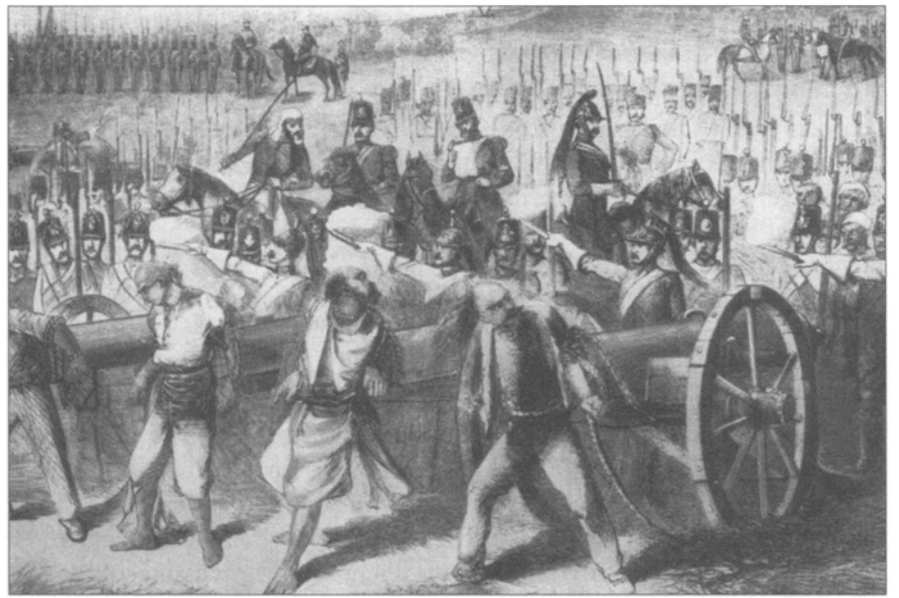
ren, warum. Im Weltkrieg von 1914, der durch Eure Führer begonnen wurde, wurden Eure Armeen im Felde geschlagen (was nicht stimmt, H. W.). Eure Generale ergaben sich, und Eure Führer gestanden im Vertrag von Versailles zu, daß Deutschland für den Krieg verantwortlich war. Die Kapitulation fand jedoch in Frankreich statt. Es kam zu keinen Kampfhandlungen auf deutschem Boden. Dies veranlaßte Eure Führer, das Märchen zu verbreiten, daß Eure Wehrmacht niemals geschlagen wurde; in der Folge lehnten Eure Führer auch den Paragraphen über die Kriegsschuld des Vertrages von Versailles ab. Sie versicherten Euch, daß Deutschland weder für den Krieg verantwortlich war, noch besiegt wurde. Dies glaubten viele von Euch, weil Ihr niemals Kriegshandlungen in Eurem Lande erlebt hattet. Als Eure Führer abermals diesen Krieg mutwillig auslösten, habt Ihr ihnen Beifall gezollt. Abermals wurden Eure Armeen nach Jahren von Zerstörung und Elend geschlagen. Dieses Mal sind die Alliierten entschlossen, daß Ihr Eure Lektion lernen sollt, und zwar nicht nur, daß Ihr geschlagen wurdet, was Ihr jetzt wohl wissen müßt, sondern auch, daß Ihr als Nation schuld am Beginn des Krieges wart. Denn wenn dies Euch und Euren Kindern nicht klargemacht wird, mögt Ihr Euch noch einmal durch Eure Beherrscher dazu verleiten lassen, einen neuen Krieg zu führen. Während des Krieges wollten Eure Beherrscher es Euch nicht wissen lassen, was die Welt über Euch dachte. Viele von Euch scheinen zu denken, daß Ihr, sobald unsere Soldaten eintrafen, mit diesen gleich freund sein könntet, als ob nichts geschehen wäre. Aber dazu ist zu viel geschehen. Unsere Soldaten haben ihre erschossenen Kameraden gesehen, ihre Wohnstätten in Ruinen, ihre Frauen und Kinder hungrig. Unsere Soldaten haben schreckliche Dinge in vielen Ländern gesehen, wo Eure Beherrscher Krieg führten. Ihr denkt, daß nicht Ihr, sondern Eure Führer für diese Dinge verantwortlich sind. Aber diese Führer sind aus dem deutschen Volke gewachsen. Die Nation ist verantwortlich für ihre Führer. Solange sie erfolgreich waren, habt Ihr frohlockt, gefeiert und gelacht. Das ist der Grund, weshalb unsere Soldaten sich Euch gegenüber nicht freundlich verhalten. Wir haben dies befohlen, um Euch, Eure Kinder und die ganze Welt vor einem neuen Krieg zu bewahren. Dies wird nicht stets so bleiben, denn wir sind ein christliches Volk, das gerne vergibt. Wir schätzen es, zu lachen und freundlich zu sein. Aber es ist unser Ziel, das Übel des nationalsozialistischen Systems zu zerstören. Es ist noch zu früh, um gewiß zu sein, daß wir dieses Ziel erreicht haben. Ihr sollt dies Euren Kindern vorlesen, wenn sie alt genug sind, und dazu sehen, daß sie es verstehen.«



Feldmarschall Bernhard MONTGOMERY, von Mai 1945 bis Juni 1946 Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen in Deutschland.

Was für ein >von Natur aus freundliches und entgegenkommendes Volk« die Engländer sind, zeigten sie unter anderem:

• im September 1807 bei der Beschießung Kopenhagens, um die Auslieferung der dänischen Flotte zu erzwingen (man spricht seitdem von ***to copenbagen);***



Hinrichtung aufständischer Sepoys in Indien: Die Verurteilten wurden vor Kanonen gebunden und in >die Luft geblasen<. Aus: *Raubstaat England,* s. Anm. 6. Abgedruckt in: Claus NORDBRUCH, *Völkermord an den Herero in Deutsch-Südwestafrika?,* Graben, Tübingen 2004, S. 194.

- nach der Niederschlagung des »Großen Aufstandes< der Inder 1857/58, als sie die Rebellenführer vor Kanonenrohre banden und durch >Blow away< töteten;[6]
- im Jahre 1882 bei der Beschießung Alexandriens - die Welt war über die barbarische Grausamkeit bestürzt - und allgemein bei der brutalen Verwirklichung der auf den Briten Cecil RHODES zurückgehenden Idee eines britischen Kolonialreiches von Kairo bis Kapstadt;
- in den Jahren 1899 bis 1902 im Burenkrieg bei der Einrichtung der ersten Konzentrationslager für burische Frauen und Kinder;
- 1942 bis 1945 bei der Bombardierung von Hamburg, Köln, Pforzheim, Dresden und vieler anderer deutscher Städte;
- 1945 bei der Auslieferung Zehntausender von Kosaken und deutscher Gefangener an die Sowjets und damit in den sicheren Tod.

[6] Cigaretten-Bilderdienst (Hg.), ***Raub-Staat England,*** Hamburg 1941, S. 6.

Daß MONTGOMERY in seiner Botschaft auch die damals schon längst widerlegte These von der Kriegsschuld Deutschlands am Ersten Weltkrieg (Art. 231 des Versailler Diktats) aufwärmte, beweist, daß keine Lüge zu dumm war, um sie gegen Deutschland zu verwenden.

»Man muß zwischen Eroberung und Raub deutlich unterscheiden. Immer trat [in der Weltgeschichte] ein stärkeres Volk, eine überlegene Führung auf und setzte mit seinem Sieg neue Maßstäbe für eine neue Weltkultur. Von Kultur in diesem Sinne kann beim englischen Weltreich keine Rede sein. Es wurde nicht erobert, sondern zusammengeraubt.«[7]

[7] Claus NORDBRUCH, ***Völkermord an den Herero in Deutscb-Südwestafrika?,*** Grabert, Tübingen 2004, S. 192.

Israelisches Mordkommando in Deutschland 1945

In den ersten Jahren nach Ende des Zweiten Weltkrieges operierten verschiedene jüdische Mordtrupps in Deutschland, die femeartig Hunderte ehemaliger SS-Angehöriger ermordeten. Die Alliierten ließen diese Liquidierungen zu. Der israelische Dokumentarschriftsteller Michel BAR-ZOHAR brachte darüber 1968 ein Buch heraus,[1] aus dem auch der ***Spiegei***[2] ausführlich zitierte. Das Material stammte aus dem Archiv der zionistischen Geheimorganisation >Haganah<[3] sowie aus Berichten Beteiligter.

Der britischen Palästina-Brigade, die im Rahmen der britischen 8. Armee gegen die deutsche Wehrmacht in Nordafrika und anschließend in Italien eingesetzt gewesen war, gehörten drei jüdische Regimenter an. Diese sammelten sich bei Kriegsende in der Nähe von Tarvis im Kanaltal, das, südwestlich von Villach gelegen, nach dem Diktat von St, Germain vom 10. September 1919 trotz überwiegend deutscher Bevölkerung an Italien abgetreten werden mußte. Von dort wollten sie als Rächer in Deutschland eindringen. Als die Briten das untersagten und die Truppe bei Triest gegen Tito-Partisanen einsetzten, stellten Israel KARMI und andere Haganah-Angehorige verschiedene Kommandos auf, die illegal in Deutschland eindrangen,

»Als britische Soldaten verkleidet, schwärmten die Rächer aus. Vor der Abfahrt lasen sie Broschüren der Jewish Agency über HIMMLERS Todesfabriken. .., >damit wir uns anheizen«.«[4] Bemerkenswert ist, »daß man den Mitgliedern der Brigade vor der Überquerung des Brenners die >Zwölf Gebote für hebräische Soldaten auf deutschem Boden< vorlas, dessen erstes lautete: >Denkt an eure sechs Millionen ermordeten Brüder<«,[5] wobei zu fragen ist, woher schon Anfang Mai 1945 diese Zahl bekannt sein konnte.

Aus verschiedenen Quellen, auch über alliierte Geheimdienste, verschafften sich die Kommandos die Anschriften ihrer Opfer, vor allem SS-Offiziere. Diese wurden aufgesucht und folgten auch meist bereitwillig den angeblichen britischen Offizieren, bis diese außerhalb der jeweiligen Ortschaft ihre wahre Identität offenbarten: »Wenn wir das Dorf oder die Stadt verlassen hatten«, so berichtete Schalom GILD'AD später,[6] »gaben wir uns dem Nazi zu erkennen, verlasen die Liste seiner Verbrechen und das Todesurteil«, das dann an abgelegenem Ort brutal vollzogen wurde. Besonders in Österreich beunruhigten bald häufigere Leichenfunde die Bevölkerung, Die britischen Militärbehörden ermittelten zwar, fanden aber natürlich die Täter nicht, denn »einige Offiziere zogen es vor, die Augen zu schließen«, wie BAR-ZOHAR angibt,[7]

Die Zahl der Opfer dieser Kommandos wird in dem Buch mit zwischen 50 und 300 angegeben, genauere Zahlen waren anscheinend nicht zu bekommen.

[1] Michel BAR-ZOHAR, ***Les vengeurs,*** Librairie Arthème Fayard, Paris 1968.

[2] ***Der Spiegel,*** Nr. 52, 23. 12. 1968; ebenso in: ***Deutsche Wochen-Leitung,*** 3.1. 1969, S. 16.

[3] Militärische Untergrundbewegung der Juden in Palästina 1920-1948.

[4] ***Der Spiegel,*** aaO. (Anm. 2).

[5] Hannsjoachim W. KOCH, ***Der Volksgerichtshof. Politische Justiz im 3. Reich,*** Universitas, München 1988, S. 627.

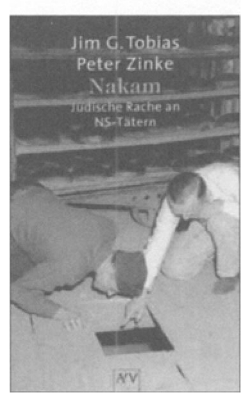
[6] ***Der Spiegel,*** aaO. (Anm. 2).

[7] BAR-ZOHAR, aaO. (Anm. 1).

»Der Anblick eines Deutschen genügte, um unsere Rachegelüste zu wekken«, gab Sam HALEVI an. »Wenn ein Radfahrer an unserem Dodge vorbeifuhr, öffneten sich ruckartig die Wagentüren, der Mann stürzte unter die Räder und wurde zermalmt.«[8]

Andere Vergeltungstrupps mordeten europaweit. Sie holten mit gefälschten Papieren SS-Angehörige aus alliierten Gefangenenlagern, ermordeten kroatische Ustascha-Mitglieder, spürten bei Turin einen polnischen Arzt auf, der SS-Männern die Blutgruppen-Tätowierung unkenntlich gemacht hatte: Hierfür gab BAR-ZOHAR als Mindestzahl 1000 Opfer an.[9]

Einen Massenmord wollte die Geheimgruppe >Nakam< (Rache) aus Lubhn im April 1946 an den 36 000 gefangen gehaltenen SS-Angehörigen in einem alliierten Nürnberger Konzentrationslager verüben. Die Inhaftierten sollten an mit Arsen vergiftetem Brot sterben. Nach wochenlangen entsprechenden Vorbereitungen scheiterte die Durchführung schließlich nur daran, daß die Nachtwächter einer Großbäckerei die Mordbuben für Diebe hielten und deren Tun vereitelten. Doch rund 2000 mit Arsen versehene Brotlaibe kamen zur Ausgabe an die Gefangenen, von denen etwa 4300 Krämpfe und Bauchschmerzen bekamen und - was später dementiert wurde[10] - Hunderte an den Folgen in Krankenhäusern gestorben sein sollen.[11] Eine Strafanzeige wegen versuchten Mordes gegen die noch lebenden Angehörigen der >Nakam<-Gruppe Joseph HARMATZ und Leipke DISTEL wurde im Jahre 2000 von der Staatsanwaltschaft Nürnberg-Fürth wegen Verjährung eingestellt,[12] eine Beschwerde dagegen abgelehnt.[13]



Oben: Michael BAR-ZOAR. Unten: Jim C. TOBIAS U. Peter ZINKE, *Na kam - jüdische Rache an NS-Tätern.*

Weitere ähnliche Planungen zur Vergiftung von Trinkwasser deutscher Städte wurden dann von der Haganah-Führung untersagt, wie auch ein schon angelaufenes Unternehmen zur Ermordung aller in Spandau einsitzenden in Nürnberg Verurteilten 1949 von der israelischen Regierung verboten wurde. Ein weiteres Beispiel eines alliierten Mordkommandos wird in einem anderen Beitrag behandelt.' Die Angehörigen dieser rechtswidrigen Mordgruppen wurden nicht nur nicht zur Rechenschaft gezogen, wie es sich in jedem rechtsstaatlichen Gemeinwesen gehört hätte. Sie machten im Gegenteil in Israel Karriere, wurden zum Beispiel Generale der israelischen Armee wie Schlomo SCHAMAR, Meir SOREA oder Chaim LASKOW oder Kommandeur der Militärpolizei wie Israel KARMI.

[8] ***Der Spiegel,*** aaO. (Anm. 2).

[9] Siehe: Beitrag Nr. 373, »Alliierte Mörderkommandos in Deutschland nach 1945«.

[10] ***Nürnberger Zeitung, 22.,*** 23. u. 24. 9. 1999; Fernsehsendung des RTL am 3. 9. 1999 mit Interviews und Bekenntnissen von HARMATZ und DIESTEL.

[11] ***Unabhängige Nachrichten,*** Nr. 10, 1999, S. 9 f.

[12] AZ.: Zs 686/001; ***Nürnberger Zeitung,*** 9. 5. 2000; ***Recht und Justiz*** Juni 2000.

[13] Schreiben des Generalstaatsanwalts beim Oberlandesgericht Nürnberg vom 26. 6. 2000, Az.: 402 Js 42245/99.

Israelische Terrorgruppen nach 1945

In und nach dem Zweiten Weltkrieg kämpften verschiedene jüdische Gruppen der >Haganah<' im Nahen Osten für einen selbständigen israelischen Staat, wobei sie auch Terror und Massenmord nicht ausließen. Dabei tat sich ein Mann hervor, der Führer der Irgun[2] wurde: Menachem BEGIN, der spätere israelische Regierungschef.' Er ließ unter anderem 1946 das King-David-Hotel in Jerusalem in die Luft sprengen. Dort befand sich damals das britische Hauptquartier. Dabei kamen mehr als 92 Menschen ums Leben, mehr



Kommandant Menachem BEGIN küßt die Fahne des Irgun Zewäi Leumi.

[1] Haganah, hebräisch Vereinigung, nationale militärische Untergrundbewegung der Juden in Palästina von 1920-1948, die nach der Staatsgrün du ng im israelischen Heer aufging. Vgl. ***Lexikon des Judentums,*** 1971.

[1] Irgun = Irgun Zewäi Leumi, abgekürzt EZEL. Nationalmilitärische Organisation. Seit 1939 kämpferische jüdische Untergrundbewegung gegen die britische Mandatsregierung. Sie war radikaler als die Haganah. Zunächst von Wladimir JABOTINSKY, seit 1943 von Menachem BEGIN geführt. Selbstauflösung 1949. Vgl. ***Lexikon des Judentums, 1971,***

[5] Menachem BEGIN wurde 1913 in Brest-Litowsk geboren und verstarb 1992 an den Folgen eines Herzinfarkts. Im Dezember 1979 erhielt er (zusammen mit SADAT) den Friedensnobelpreis. Ein halbes Jahr später gab er den Befehl - mitten im Frieden -, als rein vorbeugende Maßnahme den irakischen Atommeiler OSIRAK durch Luftangriff zu zerstören, was dann auch erfolgte. 1982 ließ er israelische Truppen in den Libanon einmarschieren.

als bei der Kristallnacht 1938 in ganz Deutschland. Die britische Mandatsverwaltung ließ steckbrieflich nach BEGIN fahnden; auf seinen Kopf waren 20 000 Mark ausgesetzt,[4] Er wurde nicht gefunden.

Es gab auch eine jüdische Untergrundgruppe, die den individuellen Terror predigte, die nach Abraham STERN benannte >Stern-Bande<. Bereits 1944 ermordete sie den britischen Kolonialminister Lord MOYNE.[5] Damals war STERN schon tot, er war von der Polizei erschossen worden. Der ihm folgende >Vorsitzende< der Killergruppe war Yitzhak SCHAMIR, der spätere israelische Außenminister und Ministerpräsident.

Ein Aufsehen erregendes Verbrechen einer israelischen Gruppe war der Mord an dem schwedischen Grafen Folke BERNADOTTE (1895-1948) am 17. September 1948 in Jerusalem. Der Graf war als Vermittler der UNO im Nahost-Konflikt tätig. Die Mörder blieben zunächst unbekannt. 1988 wurde nach Ablauf der Verjährungsfrist in der Presse^ über die Täter berichtet. Der Mord wurde beschlossen von Professor Israel ELDAD und einem Mann namens Jitzschak JEZERNITZKI, der sich später Yitzhak SCHAMIR nannte, der spätere Außenminister und Regierungschef (1986-1992). Auch der *Spiegel* berichtete über den Mord an BERNADOTTE. Nach Ablauf der israelischen Verjährungsfrist bekannte sich der jüdische Journahst NADEL als Mittäter: Vier namentlich genannte Mitglieder der >Sternbande< waren die Mörder gewesen.

Auf den deutschen Physiker und Raketenbauer Heinz KLEINWÄCHTER[8] wurde im Februar 1963 ein Mordanschlag in Lörrach durch den Mossad, den israelischen Geheimdienst, verübt. Im November 1963 explodierte ein an den Raketenbauer Wolfgang PILZ[9] adressiertes Schreiben in den Händen sei-

[4] Nach einer Darstellung in der ***Welt,*** 10, 3, 1992, war auf seine Ergreifung eine Prämie von 10 000 englischen Pfund ausgesetzt.

[5] Lord MOYNE, ein Freund CHURCHILU, war im britischen Kabinett damals Kolonialminister. Er wurde als britischer RegierungsVertreter im Mittleren Osten nach Kairo entsandt. Am 6. 11. 1944 wurde er von jüdischen Terroristen in Kairo ermordet. Vgl. Arnold SCHOENENBERG, ***Der Nahe Osten rückt näher!,*** Isar, Landshut 1957.

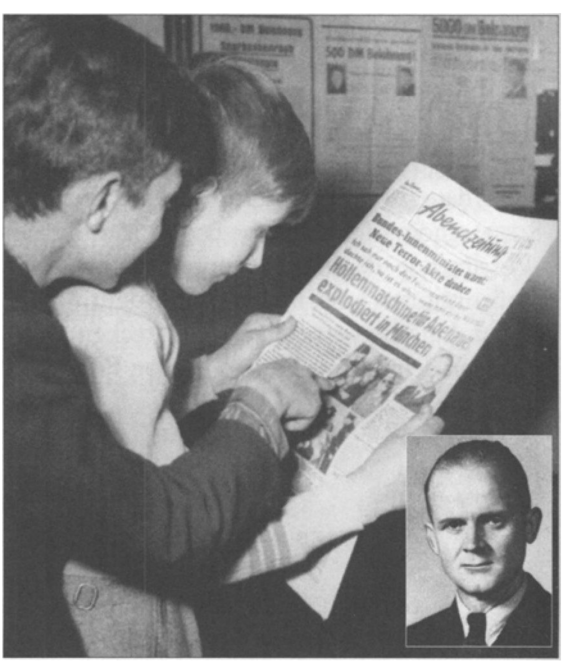
[6] Vierzig Jahre nach der Ermordung des Grafen BERNADOTTE in Jerusalem wurde auch in der deutschen Presse über die Bluttat berichtet, z. B. ***Stuttgarter Zeitung,*** 15. 9. 1988, ***Der Spiegel*** Nr. 40, 28. 9. 1988; ***Kölnische Rundschau,*** 12. 9. Í988. BERNADOTTE hatte den Auftrag der UNO, im ersten jüdisch-arabischen Krieg 1948 zu schlichten.

[7] ***Der Spiegel,*** Nr. 40, 28. 9. 1988; ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 15. 10. 2005.

[s] Heinz KIEIN WÄCHTER, der nach dem 2. Weltkrieg in Ägypten arbeitete. Im Februar 1963 versuchte der Mossad einen Mordanschlag auf ihn, dem er nur knapp entging. Vgl. Erich FOLLATH, ***Das Auge Davids,*** Goldmann, München 1980.

[9] Wolfgang PILZ, Raketenbauer, der im Zweiten Weltkrieg in Peenemünde an der V2 gearbeitet hatte. Nach dem Krieg baute er für die Franzosen die Rakete »Veroñique<. Später ging er nach Ägypten. Am 27. November 1963 erhielt er einen eingeschriebenen Luftpostbrief, den seine Sekretärin Hannelore WENDE öffnete. Dabei explodierte eine Sprengladung, und Frau WENDE verlor ihr Augenlicht.





Oben: Das an Bundeskanzler ADENAUER adressierte Sprengpaket. *Rechts:* Die beiden jungen Werner BREITSCHOPP und Bruno BEYERSDORF mit einem Extrablatt der *Abendzeitung. Bild im Bild:* Das Opfer, Sprengmeister Karl REICHERT. Alle Abbildungen aus: Henning SIETZ, *Attentat auf Adenauer,* Siedler, Berlin 2003.

ner Sekretärin, die dabei ihr Augenlicht verlor. Nicht vergessen werden darf in diesem Zusammenhang auch der Versuch von Mossad-Angehörigen, Bundeskanzler ADENAUER im März 1952, als die Gespräche um die Wiedergutmachung liefen, durch ein Bombenattentat zu töten: In München wurden zwei Buben von einem Unbekannten aufgefordert, gegen ein Trinkgeld ein Päckchen zur Post zu bringen. Den beiden Jungen fiel die Anschrift mit ihren orthographischen Fehlern auf, sie schöpften Verdacht und trugen es zur Polizei. Don hat der 46jährige Brand- und Sprengmeister Karl REICHERT das Paket zu öffnen versucht, wobei es ihn zerriß. Er verstarb noch an Ort und Stelle. Durch ein Phantombild wurde der Täter in Paris gefaßt, und alle Spuren der Tat wiesen nach Israel hin. Von Paris wurden der israelische Terrorist und seine Kumpane ausgewiesen. ADENAUER verzichtete auf eine Anklage und Untersuchung, denn was war schon das Leben eines deutschen Beamten wert?[10]

Am 8. Juni 1967 griffen israelische Jagdbomber das amerikanische Fernmeldeaufklärungsschiff 'Liberty im östlichen Mittelmeer an, das dabei beschädigt wurde. Anschließend erzielte ein israelisches Schnellboot einen Torpedotreffer. Die Besatzung des amerikanischen Schiffes hatte 34 Tote und 75 Verwundete.[11]

[10] Henning SIETZ, ***Attentat auf Adenauer,*** Siedler, Berlin 2003.

[11] ***Krieg und Frieden, Weltgeschichte von 1945 bis zur Gegenwart,*** Pawlak, Herrsching 1976, Bd. 1, S. 625,

Auch das Unternehmen >Zedern< von 1978 muß in diesem Zusammenhang genannt werden. Dieses Vorhaben war ein sogenannter Gegenschlag für die Ermordung von 35 Israelis durch Palästinenser.[12] Als Folge dieser Opfer gab es mindestens 700 Tote und 160000 Heimatvertriebene auf palästinensischer Seite. Fragt man nach der Verhältnismäßigkeit der Mittel, so ergeben sich sonderbare Verhältnisse.

Als der 17jährige Jude Herschel GRYNSZPAN den deutschen Diplomaten Ernst VOM RATH 1938 in Paris erschossen hatte, kam es zur Kristallnacht, bei der 91 jüdische Menschen getötet und 267 Synagogen in Brand gesteckt worden sein sollen. Dieses Vorgangs wird jährlich ausführlich gedacht.

Im Juni 1982 ereignete sich ein ähnlicher Fall: Der israelische Botschafter in London, Shlomo ARGOV, wurde angeschossen. Ohne den Täter zu kennen, gab der damalige israelische Ministerpräsident Menachem BEGIN den Befehl, den Libanon anzugreifen. Darüber schrieb Dietrich STROTHMANN in der nicht als antisemitisch verschrieenen *Zeit*[13] »Blinde Rache - Der Sturm kam prompt, ausgeführt mit brutaler Schonungslosigkeit und schon drei Stunden nach dem Londoner Attentat. Erst warfen die Bomber nahe Beirut ihre todbringende Last ab, auf Stellungen palästinensischer Guerillas wie auf Zivilisten. Auf den ersten Luftangriff über hundert tote Araber, darunter Frauen und Kinder. Und der Kreislauf der Gewalt fordert noch mehr Opfer: Weitere israelische Bombenangriffe, dann palästinensische Vergeltungsschläge mit Raketen und Granaten auf israelische Dörfer, daraufhin israelische Gegenschläge auf libanesische Städte und Siedlungen mit Flugzeugen und Geschützen - bis schließlich die israelische Armee einrückte. Der Krieg ist da, der Waffenstillstad, der nicht einmal ein Jahr hielt, endgültig zerbrochen. Es sieht alles wie nach einem sorgfältig vorbereiteten, kühl kalkulierten Plan aus. Anders als bei dem spontanen Litani-Unternehmen vom März 1977, bei dem die palästinensischen Partisanen vor den vorwärtsstürmenden Israelis Richtung Norden entweichen konnten, sollen ihnen diesmal Landungen südlich Beiruts den Fluchtweg abschneiden. Und anders als im Juli 1981, als bei einem einzigen Vergeltungsschlag auf die libanesische Hauptstadt fast dreihundert Menschen getötet und annähernd achthundert verletzt wurden, soll dieses Mal *tabula rasa* gemacht werden.«

In dem Buch *Les vengeurs*[14] von Michel BAR-ZOHAR über Mordkommandos wird David FRANKFURTER, ein jugoslawischer Jude, als der erste Rächer bezeichnet. Dieser hat den Landesgruppenleiter Schweiz der NSDAP, Wilhelm GUSTLOFF, 1936 in Davos ermordet. FRANKFURTER wurde deswegen in einem am 8. Dezember 1936 begonnenen Prozeß in Bern am 12. Dezember 1936 zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt,[14] aus dem er 1945 entlassen wurde. Ein anderes Buch beschreibt die Ermordung des lettischen SS-Mannes Herbert CUKURS am 23. Februar 1965 in Brasilien.[15]

[13] >Unternehmen Zedern< war das Codewort der israelischen Armee für eine militärische Invasion im Libanon. Diese Invasion war schon lange geplant. Ein Palästinenser-Überfall auf Israelis wurde zum Anlaß genommen. Die Israelis hatten 35 Tote, darunter auch Kinder. Die Palästinenser hatten dabei mindestens 700 Tote. Vgl. ***Der Spiegel,*** Nr. 12-13, 1978.

″ ***Die Zeit***, Nr. 24, 1982.

[14] Michel BAR-ZOHAR, ***Les vengeurs,*** Librairie Artheme Fayard, Paris 1968.

[15] Anton KÜNZLE u. Gad SHIMRON, ***Der Tod des Henkers von Riga,*** Bleicher, Gerlingen 1999; siehe auch: »Auch Henker sterben«, in: ***jüdische Allgemeine Zeitung,*** Nr. 18, 1999, S. 19.

Alliierte Mörderkommandos in Deutschland nach 1945

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 ruhten offiziell die Waffen in Europa. Der Krieg sollte eigentlich zu Ende sein, doch nicht nur in Siegerprozessen wurde er weiter gegen zahlreiche Deutsche geführt, sondern alliierte Todesschwadronen begannen, im besetzten Deutschland auch zu morden. Beispiele israelitischer Mordkommandos werden in einem anderen Beitrag behandelt.[1]

Über ein weiteres solches Kommando, das von England ausging, berichtete die Wiener *Neue Kronen Zeitung?* indem sie schrieb: »>Ich bin stolz auf das, was ich getan habe<, hat Peter MASON ZU einer von ihm geleiteten geheimen Kommando-Aktion gegen NS-Verbrecher in Deutschland in der *Sunday Times*[3] zu Protokoll gegeben. Er habe 16 Menschen getötet und bereue nichts, sagt MASON in seiner spektakulären Enthüllung.

Mit dem Auftrag, die Ermordung britischer Agenten im Zweiten Weltkrieg zu rächen, war MASON nach Deutschland gegangen. Vor allem sollten Nazi-Kriegsverbrecher liquidiert werden, die nicht bekannt genug waren, um im Nürnberger Prozeß angeklagt zu werden.

Mit zwei weiteren Agenten, die Kriegsverbrecher aufspürten, war das Spezialkommando in Deutschland drei Jahre (1945 bis 1948) aktiv. Meist saßen die Betroffenen in Kriegsgefangenenlagern. MASON holte sie unter dem Vorwand, sie müßten vor einem Tribunal aussagen, ab. In einem Versteck konfrontierte der Agent sie mit ihren Vergehen und erschoß die NS-Verbrecher.« Das entspricht amerikanischer Westernjustiz der Todesstrafe ohne Gerichtsurteil.

Nach Schätzungen des Historikers Morris BECKMAN soll eine Sondereinheit der britischen Armee, die »Jüdische Brigade«, bis zu 1500 ehemalige Angehörige der SS ohne Gerichtsverfahren »hingerichtet« haben. Die Verantwortlichen für diese Morde wurden nie zur Rechenschaft gezogen, sie galten sogar als besondere Helden.

Im Fernsehprogramm >VOX Spiegel-TV-Spezial« wurde am 4. Februar 2006 um 21.55 Uhr eine Dokumentation über diese Morde an deutschen Kriegsgefangenen und Zivilisten gebracht, wobei Täter, wie besonders einer mit Namen CARNY, sich stolz zu ihren Verbrechen bekannten.

[1] Siehe; Beitrag Nr. 371, »Israelisches Mordkommando in Deutschland 1945«.

[1] ***Neue Kronen Zeitung,*** 5.1. 1998; zitiert auch in: ***Die Kameradschaft,*** Nr. 3, März 1998, S. 4.

[5] Die ***Sunday Times*** ist ein vielgelesenes Londoner Wochenblatt.

Fall Gaus beim Nürnberger Tribunal

Es trifft zu, was H. SAUNDERS[1] schreibt, daß in Nürnberg 1945/46 bei der alliierten Siegerjustiz zu keiner Stunde wirklich Recht gesprochen wurde. Die Angeklagten mußten sich in diesem Verfahren (und auch in den nachfolgenden zwölf Prozessen der US-Tribunale) bei ihrer Verteidigung auf ihr Gedächtnis verlassen. Sie konnten sich nicht - wie die Vertreter der Anklage - auf Dokumente stützen,[3] da diese ihnen vorenthalten wurden. Geurteilt wurde auf Grund erst nach den vorgeworfenen Taten festgesetzten Rechts und damit im eklatanten Verstoß gegen das grundlegende abendländische Rechtsprinzip: *»Nulla poena sine lege«* (Keine Strafe ohne Gesetz). Rechtsetzer, Ankläger und Richter entstammten derselben Partei, den Alliierten. Berufung war nicht möglich. Es gab sogar Sippenhaft[3] in Nürnberg: Wegen Verhandlungs- und Haftunfähigkeit seines greisen Vaters Gustav wurde Alfried KRUPP VON BOHLEN UND HALBACH angeklagt, verurteilt und bis 1951 inhaftiert.

Ein Ereignis, das die Nürnberger Rachejustiz grell beleuchtet, ist der Vorfall um den ehemaligen Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt,

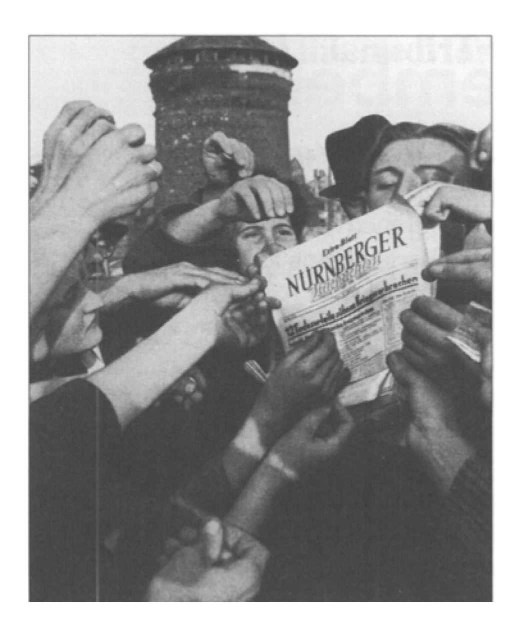


Alfried KRUPP VON BOHLEN UND HALBACH studiert Akten in der Anklagebank. Aus: Richard LOBSIEN, *Sieger-Tribunal,* Arndt, Kiel 2005.

[1] Hrowe H. SAUNDERS, ***Forum der Rache,*** Druffel, Leoni 1986, S. 321; Neuauflage: Kiel 2005.

[1] Freda UTLEY, ***Kostspielige Rache***, H. H. Nölke, Hamburg '1952, S. 171.

[3] Werner MASER, ***Nürnberg,*** Econ-Verlag, Düsseldorf 1977, S. 583.





Links: Der >Prozeß< wurde bewußt zum Medienspektakel inszeniert.
Rechts: Robert M. KEMPNER wirkte in Nürnberg als Vertreter des Hauptanklägers TAYLOR, Selbst die Lizenzpresse bezeichnete ihn als »Menschenjäger«,

Ministerialdirektor Dr. Friedrich GAUS. Er war in Berlin als Völkerrechtler für Verträge und deren Formulierung zuständig gewesen.

Angeklagt war auch der Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Ernst VON WEIZSÄCKER, der nach dem Außenminister der höchste Beamte im Auswärtigen Amt gewesen war. Er durfte als einziger einen amerikanischen Verteidiger, Mr. Waren MAGEE aus Washington, haben. Sein deutscher Verteidiger war Rechtsanwalt Helmut BECKER.[4] Dieser fragte nun im Kreuzverhör den seinen Mandanten VON WEIZSÄCKER belastenden Zeugen GAUS, ob er seine Aussagen unter einem von irgendeiner Seite ausgeübten Zwang gemacht habe, »GAUS verneinte. BECKER warnte ihn eindringlich, er stehe unter Eid und möge seine Antwort genau überlegen. GAUS blieb bei seinem Nein,«[5]

Dann müsse er, sagte BECKER, ZU seinem Bedauern das Protokoll der Vernehmung von GAUS durch KEMPNER[5] verlesen, das VON WEIZSÄCKERS ameri-

[4] Helmut BECKER war der Sohn des früheren preußischen Kultusministers (1921 und 1925-30) Carl Heinrich BECKER (1876-1933). Ernst VON WEIZSÄCKERS Hilfsverteidiger war einer seiner Söhne, Richard VON WEIZSÄCKER, der 1984 Bundespräsident wurde.

[5] Lutz Graf SCHWERIN VON KROSIGK, ***Memoiren,*** Seewald, Stuttgart 1977, S. 281.

[6] Robert M. KEMPNER, geboren am 17. 10. 1899 in Freiburg/Br., war bis 1933 Justitiar im preußischen Innenministerium, emigrierte als Jude 1933 nach Italien und Frankreich, 1939 in die USA, wurde dort juristischer Berater der US-Regierung und war 1945 bis 1948 als Ankläger bei den Nürnberger Prozessen tätig. Er starb am 15. 8. 1993 in Königstein/Taunus. Er wurde nicht wegen Nötigung belangt. Bei seinem Tod erklärte Berlins Regierender Bürgermeister DIEPGEN: »Berlin war stolz auf ihn!«

kanischer Verteidiger auf irgendeine Weise in seinen Besitz gebracht hatte. »In dem Verhör hatte KEMPNER dem ängstlichen GAUS stark zugesetzt und ihm, der während des Dritten Reiches RIBBENTROPS juristischer Berater gewesen war, schließlich die Auslieferung an Rußland angedroht. Als GAUS in panischem Entsetzen den Ankläger anflehte, dieser möge doch an seine Frau und seine Kinder denken, erklärte KEMPNER, für solche Bitten sei es zu spät, das hätte GAUS sich eher überlegen sollen, jetzt heiße es: mitgegangen, mitgefangen, mitgehangen. Erst als der völlig verzweifelte Mann unter Tränen bat, doch Mitleid mit ihm zu haben, zeigte ihm KEMPNER den Rettungsweg. Er solle sich der Anklagebehörde als Zeuge gegen seine früheren Kollegen zur Verfügung stellen. Zwei Tage nach dieser Vernehmung durch KEMPNER war GAUS aus der Haft entlassen worden. Wenige Tage später unterschrieb er seine berüchtigte Kollektivschulderklärung für die deutschen Beamten. Seitdem arbeitete er im Vorzimmer KEMPNERS für die Anklage. Nachweisbar äußerte GAUS in den Vernehmungen, die vor der Haftentlassung lagen, andere Ansichten als in den Aussagen, die später von ihm gemacht wurden. Er mußte für seine Freilassung teuer bezahlen.

Es war schrecklich, als BECKER seine Verlesung schloß und sich an GAUS wandte, ob er immer noch behaupten wolle, nicht unter Zwang vor dem Gericht ausgesagt zu haben. Beide Hände vor dem Gesicht geschlagen, saß der große Jurist totenblaß und zusammengesunken da und schwieg. Er könne auf die Antwort verzichten, sagte BECKER. Es war eine moralische Hinrichtung.«[7]

Viele deutsche Beamte und Militärs, die sich nicht ebenso als falsche Zeugen mißbrauchen lassen wollten, wurden von den Westalliierten an den Osten ausgeliefert und kamen dort meistens um.

Andere unterschrieben die von ihnen verlangten, in Wirklichkeit unzutreffenden Aussagen und erhielten dadurch in vielen Fällen die Freiheit. Etablierte Historiker scheuten sich nicht, diese so erpreßten Äußerungen als historische Quellen und Belege zu werten, Otto DIBELIUS, ab 1925 Generalsuperintendent der Kurmark, ab 1945 Bischof von Berlin und Brandenburg, 1949-61 Vorsitzender des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), urteilte über die Nürnberger Rachejustiz 1945/46: »Als Christen weigern wir uns rundweg, die Nürnberger Urteile als gerecht anzunehmen, Diese Urteile sind nichts anderes als eine Vergeltungsmaßnahme, die ein besiegtes Volk gegen seinen Willen über sich ergehen lassen muß, und das Völkerrecht wird in ihnen durch brutalen Egoismus der modernen Staaten mit Füßen getreten. Ein neues, barbarisches Zeitalter hat begonnen. Es ist möglich, daß viele der Nürnberger Verurteilungen verdiente Vergeltungsmaßnahmen waren. Andere dagegen können nur als Grausamkeitshandlungen angesehen werden, die einen Mangel an Intelligenz beweisen. Zu dieser Zahl rechne ich in erster Linie das über Ihren Gatten sowie über v. WEIZSÄKKER ausgesprochene Urteil.«[8]

[7] Wie Anm. 5, S. 281 f.

[8] Brief von Bischof Otto DIBELIUS an Gräfin SCHWERIN VON KROSIGK, veröffentlicht in der schweizerischen Zeitung *Der Bund*, Bern, am 16. 5. 1949, auch in: Maurice BARDECHE, ***Nürnberg oder die Falschmünzer***, Karl Heinz Priester, Wiesbaden 1957, S. 38.

Nürnberger Siegerjustiz setzte kein Recht

Im Nürnberger Rachetribunal der Sieger 1945/46 wie in den zwölf Nachfolgeprozessen wurde von den Gerichten gegen fundamentale europäische Rechtsnormen verstoßen, indem unter anderem für Taten bestraft wurde, die zum Zeitpunkt ihres Begehens nicht unter Strafe standen, indem Verfasser des Gerichtsstatuts, Ankläger und Richter derselben einen Partei angehörten und keine unabhängigen Richter vorhanden waren, indem keine Berufung oder Revision möglich war, indem die Verteidiger in ihren Möglichkeiten stark behindert wurden. So war Nürnberg die schwere Verhöhnungdes Rechts, auch, weil die anklagenden und richtenden Sieger sich teilweise derselben oder schwererer Verbrechen hatten zuschulden kommen lassen, als sie den Deutschen vorwarfen.

In einem fachkundigen Urteil zum Nürnberger Prozeß und seinen juristischen Grundlagen heißt es: [1]

[1] Richard PEMSEL, ***Hitler — Revolutionär, Staatsmann, Verbrecher?,*** Grabert, Tübingen 1986, S. 170 f.

»Sind die entscheidenden Aspekte auf diese Weise verdeutlicht, dann darf nicht mit der Feststellung gezögert werden, daß das Londoner Statut vom 8. 8, 1945 fundamentale Rechtsgrundsätze in so schwerwiegender Weise verletzt hat, daß der Nürnberger Prozeß als Rechts-Verfahren im verpflichtenden Sinne des Wortes nicht anerkannt werden kann. Das Statut hat den obersten aller Rechtsgrundsätze verletzt, daß ein Gericht neutral sein muß und nicht durch eine Partei gestellt werden darf. Es hat rückwirkende Straftatbestände geschaffen, es hat nur die Verfehlungen der einen Seite untersucht und zur Erörterung zugelassen, und es hat die Waffengleichheit von Anklage und Verteidigung zu wenig gewahrt. Diese Problematik, die im einzelnen dargestellt wurde, war während der Entstehungsgeschichte des Nürnberger Prozesses durchaus bekannt und angesprochen worden. Dabei hatten übermächtige Zeitumstände das juristische Gewissen überlagert. So kam ein Verfahren zustande, das man - kraß gesprochen - in einem Rechtsstaat und zu ruhigen Zeiten nicht einmal für erträglich erachten würde, wenn es darum ginge, den Zusammenstoß zweier Radfahrer abzuhandeln,.. So ist der Nürnberger Prozeß ein politischer Prozeß und in der Bewertungsskala irgendwo zwischen den beiden Eckpunkten, einem Erschießungskommando und einem ordentlichen Verfahren, einzuordnen.«

Erstmalig wurden hier auch ganze Organisationen, wie Sicherheitsdienst (SD) und Geheime Staatspolizei (Gestapo), und Truppenteile, wie die SS, als verbrecherische Organisationen verurteilt, obwohl es nur individuelle Schuld gibt. Das ist auch mit ein Grund, warum die Nürnberger Siegerjustiz nicht als Recht betrachtet werden kann. Daß sie auch für die Bundesregierung und damit für die Bundesrepublik Deutschland nicht als Recht angesehen werden kann, hat schon 1961 der damalige Bundesjustizminister Fritz

SCHÄFER klargestellt. Das betreffende Schreiben ist nachfolgend in Faksimile wiedergegeben.

Der Bundesminister der Justiz

- 9250/1 II - 25 244/60 -

Bonn, den 2. Januar 1961
Postfach
Tel. 20171
Hausruf 223

Betr.: Rechtswirkung des Urteils im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß gegen die Waffen-SS

Bezug: a) Ihre Schreiben vom 14. Juni und 30.September 1960
b) mein Schreiben vom 19. November 1960

Das Urteil des Internationalen Militärgerichtshofs in Nürnberg vom 1. Oktober 1946, durch das die SS einschließlich der Waffen-SS zu einer verbrecherischen Organisation erklärt worden ist, hat nach dem Recht der Bundesrepublik k e i n e Rechtswirkungen für die ehemaligen Angehörigen der SS und der Waffen-SS. Das Urteil hat nur deklaratorische Bedeutung. Niemand kann auf Grund dieses Urteils wegen seiner bloßen Mitgliedschaft in der SS strafrechtlich verfolgt werden. Eine Strafverfolgung ist nach den in der Bundesrepublik geltenden Gesetzen nur möglich, wenn sich ein Mitglied der SS persönlich einer Straftat schuldig gemacht hat.

Ich darf Sie weiter darauf hinweisen, daß die Bundesrepublik - aus hier nicht näher zu erörternden Erwägungen - eine ausdrückliche, vertragliche Anerkennung der von alliierten Militärgerichten in Deutschland gefällten "Kriegsverbrecherurteile" - dazu gehört auch das Urteil des IMT vom 1. Oktober 1946 - vermieden hat. Dies ergibt sich aus §§ 6 und 7 des Überleitungsvertrages in der Fassung der Bekanntmachung vom 30. März 1955 (Bundesgesetzbl. II, S. 405).

Nach internationalem Recht, d.h. nach Völkerrecht, ist die Rechtslage nicht anders. Wie die Frage nach dem Recht der sowjetisch besetzten Zone zu beurteilen ist, kann ich Ihnen nicht sagen. Mir ist jedoch nicht bekannt geworden, daß in der sowjetisch besetzten Zone jemand allein deshalb Verfolgungen oder Nachteilen ausgesetzt ist, weil der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg die SS als verbrecherische Organisation erklärt hat.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Im Auftrag
Schätzler

Beglaubigt
Regierungsangestellte

Nürnberger Siegerjustiz verhöhnte das Recht

Im Nürnberger >Hauptkriegsverbrecherprozeß< 1945/46 wie in den zwölf Nachfolgeverfahren wurde von den alliierten und amerikanischen Tribunalen gegen grundlegende europäische Rechtsnormen verstoßen. Zu den in Nürnberg praktizierten offenkundigen Rechtsverstößen gehörte vor allem die Nichtbeachtung folgender allgemein anerkannter Grundprinzipien:

1. >*Nullapoena sine lege*< (Keine Strafe ohne Gesetz): Niemand darf wegen einer Handlung bestraft werden, die zur Zeit der Tat nicht strafbar war. Die Nürnberger Anklagepunkte I: Verschwörung gegen den Frieden, II: Verbrechen gegen den Frieden, und IV: Verbrechen gegen die Menschlichkeit, galten bis dahin gar nicht als strafbedrohte Handlungen,

2. Gewaltenteilung bzw. Unabhängigkeit der Richter. Geradezu grotesk war die Tatsache, daß die Verfasser des Nürnberger Gerichtsstatuts, die Ankläger und die Richter alle nur einer Partei, der der vier Sieger, angehörten und erkennbar ihrem Haß auf die Besiegten freien Lauf ließen, statt dem Recht zu dienen. Es war kein neutrales internationales Gericht.

3. Gleichheit vor dem Gesetz. In Nürnberg durften nur solche Personen angeklagt werden, die »im Interesse der europäischen Achsenmächte«, also Deutschlands und seiner Verbündeten, gehandelt hatten, jedoch keine, die im Namen der Alliierten Verbrechen begangen hatten.

4. Möglichkeit der Berufung, In Nürnberg war keine Berufung oder Revision zugelassen. Die Strafen wurden sofort nach den Urteilssprüchen vollstreckt, auch die Todesstrafen.

5. Strafgesetze müssen allgemein gelten. Das Nürnberger >Recht< war ein reines Ausnahmerecht, das niemals vorher und niemals nachher angewendet



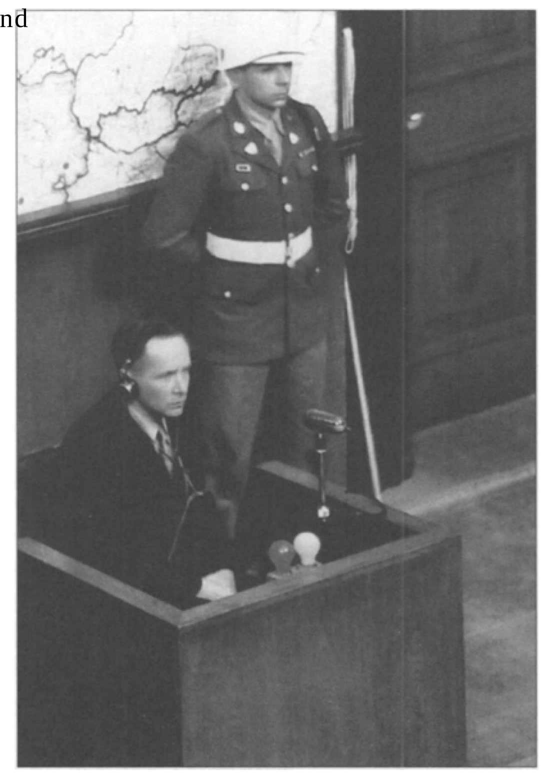
Die Verteidigung der in Nürnberg Angeklagten wurde massiv behindert. Hier Alfred SEIDL (Bild Mitte), der Verteidiger von Rudolf HESS und Hermann FRANK, Er sprach dem Internationalen Militärtribunal jede Zuständigkeit ab. Aus: Richard LOBSIEN, *Sieger-Tribunal,* Arndt, Kiel 2005.

wurde, obwohl auch dann ähnliche Tatbestandsmerkmale vorlagen. Das Nürnberger »Recht* war nur für die Aburteilung der Besiegten von 1945 geschaffen.

6. Urteile müssen >*sine ira et studio*< (ohne Haß und Eifer) gefällt werden. In Nürnberg urteilten die Richter in vollem Siegerhaß und Siegerrausch über wehrlose Besiegte unter dem Druck der von den Siegern mittels vieler Lügen erzeugten Weltpropaganda. Es fand eindeutig Rechtsbeugung statt.

7. Die Verteidigung muß sich für die Angeklagten ungehindert einsetzen können. In Nürnberg wurde die Verteidigung massiv behindert, eingeschüchtert, teilweise sogar bedroht, in Einzelfällen wurden Verteidiger verhaftet und für einige Zeit festgesetzt. Ihre Arbeitsbedingungen waren unzumutbar. Ihnen wurden fast alle technischen Mittel vorenthalten.

8. Entlastendes, entschuldigendes und die Tat verständlich machendes Material muß vorgelegt werden können und gewertet werden. In Nürnberg wurde umfangreiches entlastendes Material nicht zugelassen sowie den Verteidigern vorenthalten. Insbesondere durfte das Versailler Diktat als Ursache der politischen Entwicklungen zum Dritten Reich hin nicht von der Verteidigung genannt werden.



Die Anklage baute unter anderem auf den erfolterten Höss->Geständnissen< auf. Rudolf Höss, der ehemalige Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz-Birkenau, hier im Zeugenstand, wußte nach eigener Aussage bezeichnenderweise nicht, was in dem Vernehmungsprotokoll stand, obwohl er dieses unterschrieben hatte.

9. >*Tu quoquer*. Eine Seite wird entlastet, wenn sie der anderen dieselbe Tat nachweisen kann. In Nürnberg durften von der Verteidigung Kriegsverbrechen der Sieger nicht erwähnt werden.

10. Fairer Prozeß mit Wertung von Beweisen. In Nürnberg war der Gerichtshof nicht an allgemeine Beweisregeln gebunden, sondern sollte ein schnelles und nichtformelles Verfahren anwenden, sollte keine Beweise für allgemein anerkannte Tatsachen erheben, sondern sie »von Amts wegen zur Kenntnis nehmen«. Aussagen alliierter Greuelpropaganda wurden - weil angeblich allgemein bekannt und damit »offenkundig* - als Tatsachen unterstellt, die nicht bewiesen zu werden brauchten. Damit begann der Mißbrauch des Prinzips der Offenkundigkeit.

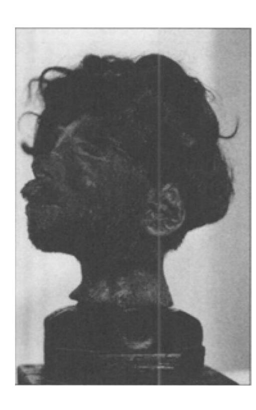
11. Ausreichende Verteidigung. In Nürnberg war für jeden Angeklagten - mit wenigen Ausnahmen - nur ein Verteidiger - trotz der Schwierigkeit und des Umfangs der Materie - zugelassen.

12. Möglichkeit der Ablehnung des Gerichts oder einzelner Richter wegen Befangenheit. Nach dem Statut für Nürnberg konnte keine solche Ab-

lehnung erfolgen. Auch offensichtlich von Haß getriebene und Rechtsbeugung übende Richter durften urteilen und haben geurteilt.

13. Recht nach den betreffenden Regeln des Landes. In Nürnberg wurden die den europäischen Juristen ungewohnten Regeln der anglo-amerikanischen Prozeßführung dem Verfahren zugrunde gelegt.

14. Persönliche Schuld statt Kollektivschuld. Obwohl es auch im Völkerrecht nur eine Schuld des einzelnen für von ihm begangene Taten gibt, wurden ganze Organisationen (z. B. die SS, der SD, die Gestapo) als verbrecherische Institutionen verurteilt und eingestuft. Es wurde sogar Sippenhaft angewandt, so im Fall X (KRUPP-Prozeß), in dem statt des verhandlungsunfähigen Vaters Gustav KRUPP VON BOHLEN UND HALBACH dessen Sohn Alfried angeklagt, verurteilt und für drei Jahre inhaftiert wurde.



Das in Nürnberg vorgelegte »Beweisstücke Schrumpfkopf eines Menschen sollte ähnlich wie die angeblichen (Lampenschirme aus Menschenhaut« die Verbrechen der Nationalsozialisten dokumentieren, In Wirklichkeit stammte der Kopf aus einem Völkerkundemuseum. Aus: Richard LOBSIEN, *Sieger-Tribunal,* Arndt, Kiel 2005.

15. Freie Zeugenaussage. In Nürnberg wurden Zeugen massiv beeinflußt, mit der Auslieferung an die Sowjets - was sicheren Tod bedeutete - für den Fall nicht genehmer Aussagen bedroht (so Zeuge Dr. GAUS) und zu nachweisbar falschen Erklärungen veranlaßt.

Daß einem US-Verteidiger im KRUPP-Prozeß die Einreise nach Deutschland verweigert wurde, daß am 16. Januar 1948 im KRUPP-Prozeß sechs Verteidiger wegen angeblicher Mißachtung des Gerichts (Contempt of Court) im Gerichtssaal verhaftet, ohne Anhörung drei Tage in Haft gehalten und dann zu einer Freiheitsstrafe von drei Tagen Haft verurteilt wurden, wirft weiteres bezeichnendes Licht auf diese Willkür- und Terrorjustiz der Alliierten. Daß das Versailler Diktat als Begründung der politischen Entwicklung in Deutschland zur Weimarer Zeit und für die Machtübernahme HITLERS von der Verteidigung nicht einmal erwähnt werden durfte, zeigt das ganze schlechte Gewissen und die Verlogenheit dieser alliierten Justiz«.

Schon vor Jahrzehnten (Schreiben vom 2.1. 1961) hat der Bundesjustizminister klargestellt, daß das in Nürnberg verkündete >Recht< nicht als Recht anerkannt werden kann. Nicht von ungefähr wurden die meisten der in Nürnberg verhängten Zeitstrafen - außer bei den 'Hauptkriegsverbrechern« - bald von den Alliierten selbst erheblich abgemildert und größtenteils erlassen.

Der größte Schaden, den der Nürnberger Prozeß angerichtet hat, liegt mit dann, daß er mit seinen zahlreichen Dokumenten, die teilweise unter harter Folter erpreßt waren, von allzu vielen deutschen Autoren als geschichtliche Quelle angesehen wurde und wird. Das ist grundsätzlich falsch. Es handelte sich um einen Strafprozeß, in dem auch historische »Fakten« nur insoweit aufgenommen wurden, als sie von den Nürnberger Juristen für die jeweiligen problematischen Vorwürfe von Bedeutung waren und die Angeklagten belasteten. Alles, was darüber hinausging, blieb unbeachtet. Es ist also nicht so, daß gewissermaßen die »Weisesten der Welt« in den Nürnberger Prozessen eine geschichtswissenschaftliche Darstellung abgegeben hätten. Es blieb, vom System des Strafprozesses her, alles außer Betracht, was nicht der Bela-



Der 30. August 1946 war ein besonderer Tag für die Nürnberger Ankläger: Sie traten zum letzten Mal vor Gericht auf. Aus diesem Anlaß posierten sie vor der Kamera. *Von links:* Auguste CHAMPETIER DE RIBES (Frankreich), Thomas DODD (USA), David MAXWELL-FYEE (Großbritannien), Roman RUDENKO (UdSSR) und Telford TAYLOR, der Hauptankläger aus den USA.

stung der damaligen Angeklagten dienen konnte. Darin liegt der Grund für die große Einseitigkeit der deutschen Nachkriegsgeschichtsschreibung: Das System der Nürnberger Prozesse wurde fortgesetzt. Es wurde die oberste Regel der Geschichtsschreibung vernachlässigt, jedenfalls zunächst einmal nichts anderes zu tun, als aufzuzeigen, »wie es eigentlich gewesen sei« (Leopold VON RANKE um 1830). Die politischen und militärischen Zusammenhänge wurden in Nürnberg grundsätzlich vernachlässigt, und seitdem haben große Teile der heutigen Geschichtswissenschaft, soweit sie die Zeit von 1870 bis 1945 betrifft, nicht den Charakter einer wahrheitsgemäßen, umfassenden Darstellung des wirklichen Geschehens, sondern den Charakter eines Strafprozesses mit dem Ziel, Deutschland zu belasten.

Die in Nürnberg erfolgte Rechtsbeugung wurde schon früh von mutigen Journalisten bloßgestellt. Am 22. Januar 1948 brachte die Hamburger Wochenzeitung ***Die Zeit*** den mit dem Kürzel »Tgl.« (= Richard TÜNGEL) gezeichneten Artikel »Nürnberger Recht«, der die Nürnberger Siegerjustiz schonungslos anprangerte. Die Schärfe des Beitrags veranlaßte die ZEIT/Journalistin und spätere Herausgeberin, das Blatt unter Protest zu verlassen. Erst im Sommer 1955 kam sie zur ***Zeit*** zurück, nachdem sie einige Jahre aus den USA für die ***Weit*** berichtet hatte. Es heißt in dem Artikel unter anderem:
»Wir haben zu vielem, was in Nürnberg unter Verantwortung der Anklagebehörde geschieht, bisher geschwiegen. Wir haben geschwiegen zu dem, was sich in dem Zeugenflügel des Gerichts abspielt, wir haben geschwiegen zu den Drohungen und Einschüchterungen, denen Zeugen ausgesetzt sind und die unserer Gerichtsverfassung nicht entsprechen.

Wir haben geschwiegen, als Zeugen uns berichteten, daß man sie veranlassen wollte, unrichtige Protokolle zu unterschreiben, die den Aussagen nicht glichen, für die man sie vereidigt hatte. Wir haben geschwiegen, obgleich wir wußten, daß unschuldige Zeugen monatelang in Haft gehalten worden sind - es war ein amerikanischer Richter, der dies im Generalprozeß festgestellt hat. Wir haben auch geschwiegen, als der Ankläger zur Verteidigung dieses Verfahrens vor dem Gericht eine ausweichende Aussage machte. Wir haben zu den Methoden jenes Herrn KEMPNER geschwiegen, den der angesehenste Journalist Europas, Herr ÖERL, in den ***Basler Nachrichten*** einen Menschenjäger nannte, ohne daß dem - soweit wir wissen - öffentlich widersprochen worden sei. Aber jetzt, nachdem sechs deutsche Anwälte des Krupp-Prozesses, im Gerichtssaal verhaftet worden sind; jetzt, da die gleiche Verhaftung dem Rechtsanwalt ACHENBACH droht, wenige Tage bevor der Fall seines Mandanten zur Verhandlung kommt, jetzt können wir nicht mehr schweigen. Jetzt handelt es sich nicht mehr um die Anklagebehörde, sondern um das Gericht.

Wir wollen nicht noch einmal uns den Vorwurf machen lassen, daß wir feige zusehen, wenn unserer Meinung nach das Recht verletzt wird. Wir klagen an. Wir, die wir HITLER und sein »Drittes Reich« immer gehaßt, wir, die wir gefordert haben, daß die Schuldigen des Nazisystems streng bestraft werden sollen, wir sehen uns gezwungen, dafür einzutreten, daß in Nürnberg Recht geschieht. Sechs deutsche Anwälte sind verhaftet worden. Nach dem amerikanischen Gerichtsverfahren ist dies zulässig - in Deutschland geschah das gleiche nur vor den Sondergerichten des »Dritten Reiches«.

Aber handelt es sich in Nürnberg eigentlich um ein Gericht der Vereinigten Staaten? Das Tribunal des MILCH-Prozesses hat dies bejaht. Andere Nürnberger Militärgerichte stehen auf dem Standpunkt, sie seien internationale Gerichte, die vom Alliierten Kontrollrat eingesetzt sind. Dennoch spricht bei jedem in Nürnberg im Namen der Vereinigten Staaten eröffneten Verfahren der Gerichtsmarschall jedes der nur von amerikanischen Richtern besetzten Gerichte vor Beginn jeder Sitzung, neben der Fahne der Vereinigten Staaten stehend, die Worte: »Gott schütze die Vereinigten Staaten von Amerika.« Wenn aber diese Gerichte trotzdem international sein sollen, könnte dann nicht auch deutsches Recht in dem Verfahren berücksichtigt werden?

Die sechs Anwälte haben dagegen protestiert, daß Belastungszeugen in Abwesenheit der Angeklagten von einem ***Commissioner***, einem Beauftragten, vernommen werden können. Ist dies nach den Erfahrungen im Zeugenflügel, nach den Erfahrungen, die freiwillige Zeugen mit der Anklagebehörde gemacht haben, nicht verständlich? Sollte nicht die Rechtsfindung höher stehen als eine Verfahrens **Ordnung,** und sollte man nicht darüber hinwegsehen, wenn untadelige deutsche Anwälte in begreiflicher Erregung zugunsten ihrer Mandanten die amerikanische Gerichtsordnung dem Buchstaben nach verletzen?

Der amerikanische Anwalt CARROLL hat dem Frankfurter Vertreter der ***New York Herold Tribüne*** gegenüber erklärt, die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse seien eine »tragische Verhöhnung der amerikanischen Justiz<. Wir hoffen, daß der Antrag, den er beim Supreme Court der Vereinigten Staaten stellen will, diese Prozesse für ungültig zu erklären, wenigstens dazu führen wird, daß von hoher unparteiischer Stelle die Methoden der Anklagebehörde überprüft werden, damit das deutsche Volk Vertrauen zu den Nürnberger Verfahren gewinnen kann.«

Weiterführende Literatur:

Richard PEMSEL, ***Hitler: Revolutionär - Staatsmann - Verbrecher?,*** Grabert, Tübingen 1986, insbes. S. 73-90.

Werner MASER, ***Nürnberg. Tribunal der Sieger,*** Econ, Düsseldorf-Wien 1977,

Gerhard BRENNECKE, ***Die Nürnberger Geschichtsentstellung,*** Hochschullehrer-Zeitung, Tübingen 1970, Neuauflage: Grabert, Tübingen 2006.

David IRVING, ***Nürnberg. Die letzte Schlacht,*** Grabert, Tübingen [3]2005.

Hans MEISER, ***Das Tribunal. Der größte Justiz-Skandal der Weltgeschichte,*** Grabert, Tübingen 2005.

Hrowe H. SAUNDERS, ***Forum der Rache,*** Druffel, Leoni 1986, S. 321; Neuauflage: Arndt, Kiel 2005.

Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN, ***Als Zeuge in Nürnberg,*** Arndt, Kiel 1987.

»Obwohl eindeutig auf dokumentarischer Grundlage bewiesen worden ist, daß HITLER nicht verantwortlicher - wenn überhaupt verantwortlich - für den Krieg von 1939 gewesen ist, als der Kaiser es 1914 war, stützte man sich nach 1945 in Deutschland auf das Verdikt der deutschen Alleinschuld, das von der Wahrheit genauso weit entfernt liegt wie die Kriegsschuldklausel des Versailler Vertrages.- Das Kriegsschuldbewußtsein (nach 1945) stellt einen Fall von geradezu unbegreiflicher Selbstbezichtigungssucht ohnegleichen in der Geschichte der Menschheit dar. Ich jedenfalls kenne kein anderes Beispiel in der Geschichte dafür, daß ein Volk diese nahezu wahnwitzige Sucht zeigt, die dunklen Schatten der Schuld auf sich zu nehmen an einem politischen Verbrechen, das es nicht beging - es sei denn jenes Verbrechen, sich selbst die Schuld am Zweiten Weltkrieg aufzubürden.«

US-Historiker Harry Elmer BARNES, Columbia Universität New York, zitiert von Hellmut DIWALD, in: *Deutschland-einig Vaterland,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1990, S. 78 f.

Ein Beispiel alliierter Siegerjustiz

In einem einmaligen und in der gesamten Weltgeschichte vorher und nachher nicht vorkommenden Beispiel alle Rechtsnormen verhöhnender Siegerwillkür wurden ab 1945 in Deutschland Prozesse gegen deutsche Politiker und Militärs vorgenommen. Frühere Bundesregierungen lehnten die Anerkennung dieses Rechtes ab. Zunehmend entblöden sich Deutsche jedoch nicht, diese Rachetribunale als Recht anzuerkennen. Als ein bezeichnendes Dokument für die alliierte Rechtsverhöhnung bei der Urteilsfindung wie beim Strafvollzug der Sieger in den Nachkriegsjahren sei die folgende Schilderung eines Wehrmachtangehörigen wiedergegeben, die von einem damals beteiligten US-Bürger Jahrzehnte nach den Vorgängen in einem empfehlenswerten Erinnerungsbuch[1] abgedruckt wurde.

[1] Joseph HALOW, ***Siegerjustiz Dachau. Die US-Schauprozesse. Ein Amerikaner stellt richtig,*** Druffel, Berg 1993, Faksimile im Anhang ohne Seitenangabe; zit. auch in: Georg FRITZ, ***Das Jahr 1945. Ein deutscher Patriot Zwischen Zusammenbruch und Neubeginn,*** Druffel, Berg 1995, S. 199-205.

»Protokoll über die Aussage des Soldaten Gustav PETRAT

Ich, Gustav PETRAT, geboren 12. November 1924 in Wirballen, Litauen, zur Zeit in Landsberg am Lech, gebe hiermit eine eidesstattliche Erklärung ab, nachdem ich darüber informiert wurde, daß diese dem Militärgouverneur der US-Besatzungszone eingereicht werden soll. Mir ist bekannt, daß jede falsche Aussage schwer bestraft wird.

1. Im Mai 1944 wurde ich wegen meiner Verwundung zum Wachpersonal des KL Mauthausen versetzt, wo ich als Hundeführer der 16.Wachkompanie zugeteilt wurde. Mein Dienstgrad war Rottenführer (Unteroffizier) der Waffen-SS.

2. Am 10. Mai 1945 wurde ich von amerikanischen Soldaten in Ried bei Mauthausen gefangengenommen und in das Lager Tittling eingeliefert. Schon bei der Ankunft wurde ich mit Peitschen, Fäusten und Füßen mißhandelt, wie es zur damaligen Zeit bei den neu eingelieferten Gefangenen üblich war.

3. Untergebracht wurde ich, wie viele andere auch, auf einem Kartoffelfeld im Freien, wo wir allen Witterungseinflüssen preisgegeben waren. Die ersten drei Tage bekamen wir nichts zu essen, und vom vierten Tage an teilte man uns für 20 Gefangene ein Brot und für zwei Mann einen Liter Suppe zu. Unter diesen Umständen lebte ich einige Wochen bis zu meiner totalen Unterernährung, so daß es mir kaum möglich war, mich vom Fleck zu rühren,

4. Am 26. Mai 1945 hatte ich dort meine erste Vernehmung, die eine der denkwürdigsten meiner ganzen Gefangenschaft ist. Noch ehe ich die erste Frage vorgelegt bekam, wurde ich schon dermaßen geschlagen, daß ich zusammenbrach. Nachdem es mir trotz meines geschwächten Zustandes und mit den nötigen Fußtritten seitens der Vernehmer gelungen war, hochzukommen, begann erst die eigentliche Vernehmung. Man legte mir Fragen vor, die ich beim besten Willen nicht beantworten konnte. Ich sollte angeben, wo sich die Führer vom KZ Mauthausen befänden. Es war mir unmög-

lich, Auskunft zu geben, da ich es wirklich nicht wußte und ich als kleiner Rottenführer dies auch gar nicht wissen konnte. Meine Antwort löste einen Hagel von Schlägen aus. Die zweite Frage betraf mich selbst. Man fragte mich, wie viele Häftlinge ich erschossen und erschlagen habe, worauf ich wahrheitsgemäß und mit reinem Gewissen antwortete: >Keinen einzigen.« Danach zog einer der Vernehmer eine Pistole und drohte mir, mich umzulegen, wenn ich nicht sofort die Wahrheit sage. Er meinte, daß ich ja doch aufgehängt werde. Ich sagte ihm nochmals, daß ich nur die Wahrheit gesagt habe und daß er mich ruhig umlegen könnte, dann wäre ich wenigstens von dem ganzen Schwindel befreit. Darauf nochmals Schläge, und mit einem Stoß ins Kreuz flog ich zur Tür hinaus.

5. Am 9. Juni 1945 wurde ich mit weiteren 80 Gefangenen in das Internierungslager Moosburg gebracht. Am 7, September hatte ich in Moosburg meine zweite Vernehmung, wo mir die gleichen Fragen vorgelegt wurden wie im Lager Tittling. Auch dort bekam ich Schläge mit einer Peitsche. Diese bestand aus einem etwa 30 cm langen Holzgriff, woran Lederriemen befestigt waren. Da ich die Fragen negativ beantworten mußte, sagte man mir, daß es noch andere Mittel und Wege gäbe, um mich zur Wahrheit zu zwingen. Darauf entfernte sich der Vernehmer aus dem Vernehmungszimmer und brachte nach einigen Minuten einen zweiten Vernehmer. Da ich auch bei diesem die an mich gestellten Fragen verneinen mußte, weil ich mir keiner Tötung bewußt war, schlug er mit Fäusten auf mich ein und drohte mit >Aufhängen« und >Erschießen«. Nachdem ich bei meiner Aussage blieb, wurde ich in meine Unterkunft wieder zurückgebracht. Am 10. Februar 1946 wurde ich in das Internierungslager Dachau überwiesen.

6. Hier wurde ich zweimal vernommen. Bei der Vernehmung am 21. Juni 1946 wurden mir Erklärungen vorgelesen, in denen ausgesagt wurde, daß ich im KZ Mauthausen acht Häftlinge erschossen hätte. Dies sollte ich unterschreiben, was ich aber strikt verweigerte, weil ich niemals einen Häftling erschossen habe. Nach wiederholter Aufforderung, doch zu unterschreiben, wurde ich mit Füßen getreten und mit Fäusten ins Gesicht geschlagen. Dann legte man mir ein Papier zur Unterschrift vor, in dem es hieß, daß ich niemals von amerikanischen Vernehmern und Soldaten geschlagen wurde. Ich lehnte ab. Erst nach erneuten Schlägen und der Androhung, daß ich das Zimmer nicht verlassen werde, bis ich meinen Namen darunter setzte, und der Drohung, daß sie meinen Starrsinn schon zu brechen wüßten, unterschrieb ich. Ich hatte in meinem Leben noch nie mit dem Gericht zu tun gehabt und hatte Angst, daß man mir das Leben noch schwerer machen würde.

7. Im Januar 1947 begannen im Sonderlager Dachau die sogenannten >Bühnenschauen«. Ich wurde dreimal den Häftlingen gegenübergestellt, doch hat mich kein einziger von ihnen im geringsten belastet. Der Leiter der »Bühnenschau«, Mr. ENTRESS, machte die Häftlinge darauf aufmerksam, daß ich viele

Häftlinge erschossen und erschlagen haben soll, worauf aber nur Gelächter ertönte. Ich war zu dieser Zeit 22 Jahre alt. Mit 19 Vi Jahren kam ich als Hundeführer nach Mauthausen.

Ein ehemaliger prominenter Häftling, Dr. SANNER, äußerte, er kenne mich nicht, aber wenn ein Hundeführer Häftlinge erschlagen oder erschossen hätte, wäre dies bestimmt im Lager bekannt gewesen. Dieser mich entlastenden Aussage schlossen sich noch viele andere ehemalige Häftlinge an.

8. Mitte Juli 1947 wurde ich mit meinen sieben Mitangeklagten das erste Mal unserem Offizialverteidiger, Major William A. OATES, vorgestellt. Auf seine Frage, ob ich wüßte, weshalb und von wem ich angeschuldigt würde, konnte ich nur antworten, daß ich mir keiner Schuld bewußt bin und auch nie damit gerechnet habe, daß man mir einen Prozeß machen würde, da ich ja niemand mißhandelt oder getötet hatte. Major OATES sagte mir, daß er auch nichts wisse, keinen Einblick in die Belastungspapiere der Anklage bekomme und sich deswegen an meine Angaben, die allgemeine Anklageschrift und an die Aussagen der Belastungszeugen beim Prozeß halten müsse. Da nur der Ankläger über die Akten verfügte und mein Verteidiger keinen Einblick bekam, war ihm natürlich die Verteidigung sehr schwer gemacht. Major OATES versprach, alles zu tun, was in seiner Macht stand. Auch gab ich ihm die für mich wichtigen Zeugen an, die auch in Dachau interniert waren.

9. Am 15. Juli 1947 erhielt ich eine allgemeine Anklageschrift und kam mit meinen Mitangeklagten in den Bunker 1, Lager Dachau. Es war unmöglich, sich dort mit der Beschaffung von Entlastungsmaterial zu befassen. Man war von der Außenwelt abgeschnitten. Briefe an Angehörige oder Bekannte, in denen etwas über Zeugen oder den kommenden Prozeß stand, wurden so beschnitten, daß der Empfänger nur noch Streifen erhielt, aus denen er nichts entnehmen konnte. Schon aus diesem Grunde war es mir unmöglich, Entlastungsmaterial für mich heranzuschaffen. Anforderungen von Sonderbriefen an Zeugen oder Vormeldungen zum Verteidiger waren zwecklos. Man hat schon im kleinen damit angefangen, das Beschaffen von Entlastungsmaterial unmöglich zu machen. Auch war die Zeit bis zum Verhandlungsbeginn ohnehin zu kurz, um noch irgendwelches Material zu beschaffen.

10. Am 6. August 1947 begann die Verhandlung, die bis zum 21. August 1947 dauerte.

1L Die Belastungszeugen hatten jede Unterstützung der Anklagebehörde. Wenn sie des Meineids überführt waren, sprang der Ankläger - Mr. LUNDBERG - auf, griff die Verteidigung an, daß sie die Zeugen einschüchtere und als Lügner hinstellen würde.

12. In Wirklichkeit war es umgekehrt. Entlastungszeugen wurden vom Ankläger durch Anbrüllen eingeschüchtert und als unwahr hingestellt. Es kam vor, daß Entlastungszeugen von ausländischen Ex-Häftlingen bedroht und auch geschlagen wurden, so daß diese kein Interesse mehr hatten, sich

der Verteidigung zur Verfügung zu stellen. Sie befürchteten, daß man auch ihnen etwas zur Last legen würde. Nicht unberechtigt, denn den ausländischen Häftlingen, die gegen alles, was deutsch war, voller Haß- und Rachegedanken waren, konnte man dies zutrauen.

13. Im Prozeß-Saal befanden sich polnische, jugoslawische und jüdische Häftlinge als Zuhörer. Sie übten den sogenannten Informationsdienst aus, d. h., alles, was im Laufe der Verhandlung erörtert worden war, teilten sie in den Gerichtspausen ihren Kameraden, die noch auf die Vernehmung warteten, mit. Diesen war es dann möglich, die Belastungen auf Grund ihrer Kenntnisse zu festigen und die Entlastung, die sowieso gering war, ganz zunichte zu machen. Aus diesem Grunde war es auch möglich, daß bei den Entlastungen immer das Gleiche zum Vorschein kam.

14. Den Belastungszeugen wurden vom Ankläger oder dessen Dolmetscher die von uns ausgefüllten Fragebogen vorgelegt. Somit konnte sich jeder genaue Daten heraussuchen, um den Angeklagten zu belasten, ohne dabei fürchten zu müssen, falsche Angaben zu machen. Trotzdem kam es vor, daß sie sich im Kreuzverhör widersprachen. Nachdem die Zeugen aber unter dem Schutz des amerikanischen Gerichts standen, hatten sie auch bei Meineid nichts zu befürchten. Dies hat sich ja wiederholt bewiesen.

15. Wir als Angeklagte hatten kein Recht, unsere Meinung zu äußern. Zu Beginn des Prozesses wurden wir vom Verteidiger darauf aufmerksam gemacht, daß wir uns beim Prozeß ganz ruhig zu verhalten hätten und die Fragen, die wir gerne an die Zeugen gerichtet haben wollten, auf einen Zettel schreiben und seinem Dolmetscher Mr. BARR geben sollten. Ich verstand den größten Teil der Ausführungen beim Prozeß nicht, da ich Litauer bin und die deutsche Sprache nur wenig beherrsche. Ich mußte mich immer erst in den Gerichtspausen bei meinen Mitangeklagten erkundigen, wessen man mich beschuldigte.

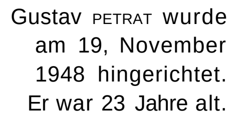
16. Ein Schlußplädoyer wurde seitens des Verteidigers nicht gehalten. Am 21, 8.1947 wurde ich zum Tode verurteilt. Das Urteil wurde am 26. 6. 1948 bestätigt.

Landsberg/Lech, den 10. September 1948 gez. Gustav PETRAT.

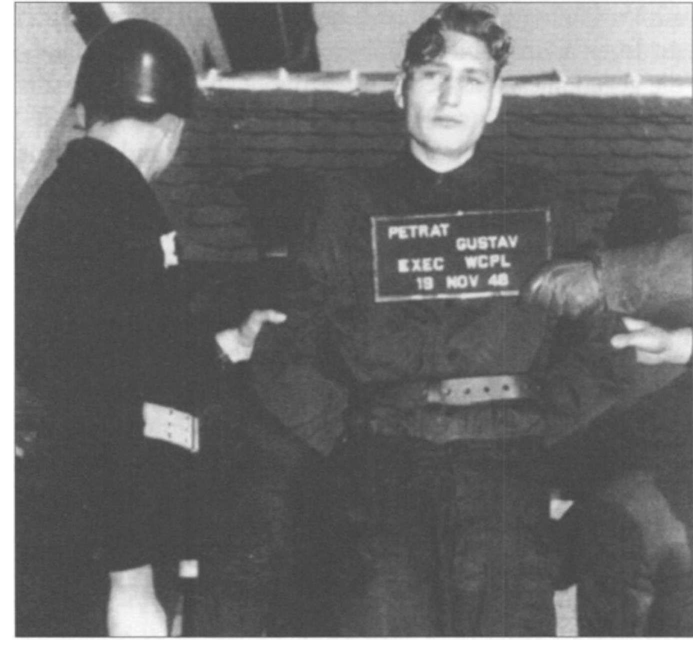
Unterschriftsbeglaubigung:

Ich bestätige hiermit, daß die obige die richtige Unterschrift von Gustav PETRAT ist. Lloyd A. WILSON, Captain CMP, Gefängnisdirektor. Amtlicher Stempel des Kriegsverbrechergefängnisses Landsberg.«

Soweit die Erklärung, der man wohl Glauben schenken darf. In den US-Vernehmungen ging es also nicht anders zu als bei den berüchtigten Methoden der GPU und des NKWD der Sowjets. Trotz dieser Eingabe und der offenbaren Unbegründetheit des Schuldspruchs wurde das Urteil im November 1948 vollstreckt, indem Gustav PETRAT durch den Strang zu Tode



Gustav PETRAT wurde am 19, November 1948 hingerichtet. Er war 23 Jahre alt.



gebracht wurde wie viele seiner ebenfalls unschuldig Mitangeklagten. So wurde den Deutschen die »westliche Wertegemeinschaft< nahegebracht.

Ähnliche brutale und natürlich jedem Völkerrecht widersprechende Gangstermethoden seitens der vernehmenden Amerikaner berichtet auch Ernst **VON SALOMON**.[j] Insbesondere schreibt er:[3] »Ich lief und spürte den Kolbenhieb nur halb, der mich ins Kreuz hatte treffen sollen. Der Sergeant packte mich am Arm, wie er alle am Arm gepackt hatte dicht vor der Schwelle, er riß mich zur Tür hinein, er stieß mich gleichzeitig dabei vor, so daß ich stolperte, dann trat er mich mächtig in den Hintern.,. Der Offizier brüllte mich an: >You are Nazi!< Ich sagte: »Nein«. Im selben Augenblick knallte er mir eine Ohrfeige auf die rechte Backe... Der Offizier schrie auf deutsch: »Schuhe ausziehen!« Ich bückte mich, um die Schuhe auszuziehen, dabei nahm ich natürlich die Hände wieder herunter. Im gleichen Augenblick fielen sie über mich her... Jetzt spürte ich Zähne im Mund, sie hatten sich ganz leicht gelöst, sie schwammen wohl im Blut. Ich wurde hochgerissen, ich lag und wurde von ihnen sogar hochgerissen, ich taumelte, ich stand, ich wurde sogar gestützt, höchst liebreich gestützt, rechts und links...

Ich wischte mir das Blut aus dem Mundwinkel, die Zähne hatte ich ausgespuckt, ich tastete mit der Zunge die Löcher im Kiefer ab... Ich sagte langsam und deutlich: »You are no Gentleman!<

Der Offizier lachte schallend los. Er knallte sich auf die Schenkel vor Vergnügen und schrie: »No, no, no! We are Mississippi-Boys!««

So handelten westliche »Kulturbringer«.

[1] ERNST VON SALOMON, in: ***Der Fragebogen,*** Rowohlt, Hamburg 1951, u. a. S. 558-573.
[3] Ebenda, S. 559 ff.

Zur Rechtswirksamkeit der Nürnberger Urteile

Die Siegerjustiz von Nürnberg 1945-1948 war reine Besatzungswillkür und verstieß gegen grundlegende europäische Rechtsprinzipien. Diese Rechtsprechung wurde von der Bundesregierung auch nie anerkannt. Sie mußte allerdings nach Besatzungsrecht hingenommen werden.

Auf die entsprechende Frage nach der Rechtswirkung der Urteile des Nürnberger EMT-Prozesses antwortete der Bundesminister der Justiz mit Schreiben vom 9. August 1984[1] wie folgt:

»Das Nürnberger Internationale Militärtribunal ist aufgrund von Absprachen der Siegermächte errichtet worden. Mangels gesamtstaatlicher Organisation Deutschlands zur Zeit seiner Spruchtätigkeit hat sich für deutsche Behörden und Gerichte die Frage einer formellen Anerkennung der Nürnberger Verfahren damals nicht gestellt. Auch später ist von der Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland eine formelle Anerkennung der Nürnberger Verfahren nie ausgesprochen worden. Lediglich im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich ist in Artikel 6 des L Teils des Überleitungsvertrag vom 26. Mai 1952 (23. Oktober 1954 BGBl. 1955 II S. 301,405} der Versuch unternommen worden, die Frage der sogenannten Kriegsverbrecherurteile zu lösen; aber auch diese Urteile, die nicht mit den IMT-Urteilen identisch sind, sind von der Bundesrepublik Deutschland nicht formell anerkannt, sondern nur hingenommen worden.

Gesetzliche Grundlagen über eine Anerkennung der Nürnberger Urteile und ihre verbindliche Rechtswirkung bestehen in der Bundesrepublik Deutschland nicht. Das schließt aber nicht aus, daß die Nürnberger Urteile für die Zukunft des Völkerstrafrechts und damit auch für das gehende Völkerrecht von Bedeutung sind und insoweit über die Artikel 25 und 26 GG in die Verfassungsordnung der Bundesrepublik Deutschland einwirken.«

Eine ähnliche Aussage des Bundesjustizministers darüber, daß es keine Rechtswirkungen der alliierten Verurteilung der Waffen-SS - und der anderen »von alliierten Militärgerichten in Deutschland gefällten »Kriegsverbrecherurteile< - für die Bundesrepublik Deutschland gibt, stammt schon von 1961.[2] Ausdrücklich wird dort darauf hingewiesen, daß die Bundesrepublik die Anerkennung der alliierten Urteile - »dazu gehört auch das Urteil des IMT vom 1. Oktober 1946 - vermieden hat«.

Rolf Kosiek

[1] Schreiben des Bundesministers der Justiz vom 9. 8. 1984 (i. A.: Adlerstein), Az.: 4030/6 II- 0-25 614/84; Kopie im Besitz des Verfassers.

[2] Siehe Faksimile im Beitrag Nr. 375, »Nürnberger Siegerjustiz setzte kein Recht«.

Zum Sowjetmord im Walde von Katyn

Am Karfreitag, dem 13. April 1990, gestand die Sowjetregierung endlich offiziell ein, daß der frühere sowjetische Geheimdienst NKWD unter STALIN die rund 15 000 polnischen Offiziere in Katyn[1] und anderenorts 1940 ermordet habe. In der Nacht vom 3. auf 4. April 1990 wurden die die Deutschen dieses Verbrechens bezichtigenden Tafeln in Katyn entfernt. Polens Staatschef JARUSELSKI legte am 14. April 1990 an der Gedenkstätte Katyn nach einem Besuch beim Kremlchef GORBATSCHOW einen Kranz nieder und hielt einen Totenappell mit militärischem Gepräge ab.[2]

[1] Siehe: Beitrag Nr. 183, »Sowjet-Mord im Walde von Katyn«.

[2] *Frankfurter Allgemeine Zeitung* 14./17. 4. 1990.

Am 14. Oktober 1992 gab die Moskauer Regierung die Originaldokumente zum Fall Katyn für die Weltöffentlichkeit frei. Darunter war unter anderem der Vorschlag des Volkskommissars für Innere Angelegenheiten, L. BERIJA, an STALIN vom März 1940, Nr. 794/5 und »Streng geheim«, mit dem Wortlaut:

»An Genossen STALIN

In den Gefangenenlagern des NKWD der UdSSR und in den Gefängnissen der westlichen Gebiete der Ukraine und Weißrußlands werden gegenwärtig eine große Anzahl ehemaliger Offiziere der polnischen Armee, ehemalige Mitarbeiter der polnischen Polizei und andere festgehalten

Ausgehend davon, daß sie alle eingefleischte und unverbesserliche Feinde der Sowjetmacht sind, hält es der NKWD der UdSSR für unausweichlich:

1. Die Angelegenheit der sich in Kriegsgefangenenlagern befindlichen 14 700 ehemaligen polnischen Offiziere, Beamten, Gutsbesitzer, Polizisten, Gendarmen und Gefängniswärter

2. und auch die Angelegenheit der verhafteten und sich im Gefängnis der westlichen Gebiete der Ukraine und Weißrußlands befindenden 11000 Mitglieder verschiedener konterrevolutionärer Gruppen zu behandeln und die höchste Strafe über sie zu verhängen - die Erschießung.

Im weiteren die Behandlung dieser Angelegenheit ohne die Vorladung der Verhafteten und ohne Eröffnung der Anklage durchzuführen.

Der Volkskommissar für Innere Angelegenheiten der Union der USSR
L. BERIJA.«

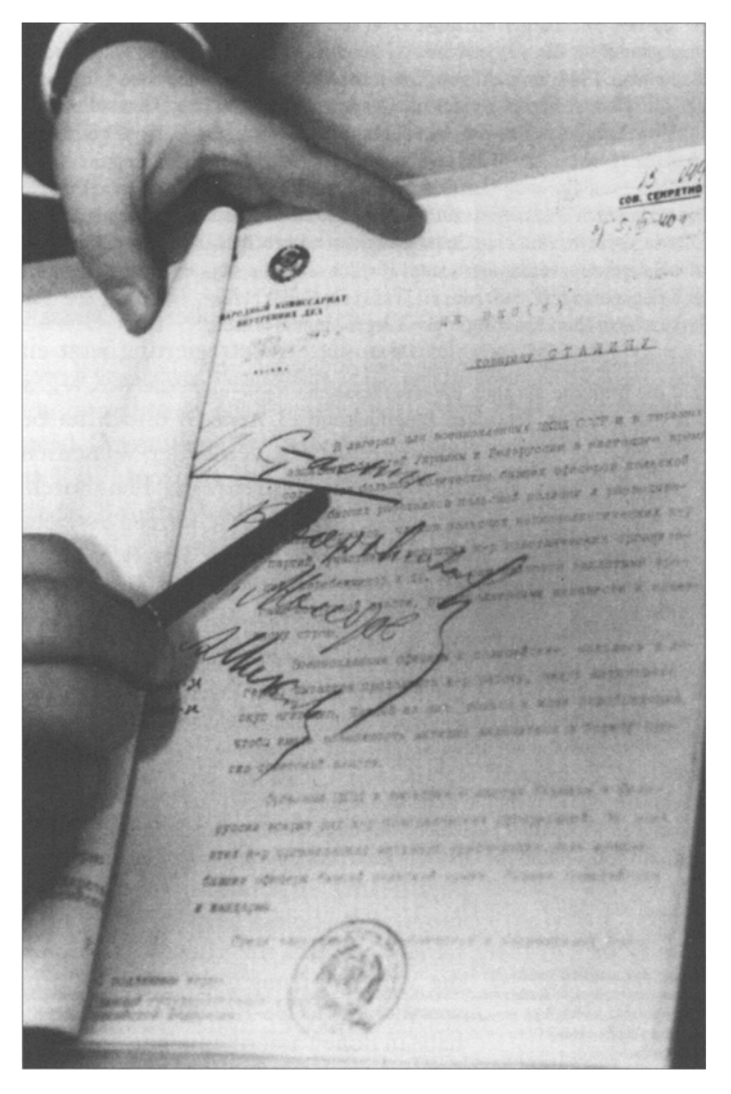


Im April 1990 empfängt der polnische Präsident Wojciech JARUSELSKI von GORBATSCHOW zwei Kassetten mit KATYN-Dokumenten.

In einem Schauprozeß in der Sowjetunion wurden, nachdem die Massengräber bei Katyn gefunden waren, wider besseres Wissen völlig unschuldige deutsche Offiziere und Soldaten des Massenmordes angeklagt, zum Tode verurteilt und gehängt. Die wahren Verantwortlichen wurden nie zur Rechenschaft gezogen.[3]

Nach 1997 wurde in Rußland das Schicksal der rund 35 000 deutschen Soldaten, die zwischen 1943 und 1953 zum Tode oder zu hohen Freiheitsstrafen, meist 25 Jahre Zwangsarbeit, verurteilt worden waren, wieder aufgerollt. Eine Abteilung zur Rehabilitierung ausländischer Staatsbürger wurde beim russischen Generalstaatsanwalt in Moskau unter der Leitung von Oberst Leonid KOPALIN eingerichtet. Der Gruppe stehen die russischen Archive zur Verfügung, und sie wird auf Antrag deutscher Personen tätig. Mehr als 10 000 Anträge gingen ein. Dabei zeigten die russischen Stellen oft mehr Entgegenkommen als deutsche Ämter oder Medien, Sehr spät erreichten so viele deutsche unschuldig in der Sowjetunion Verurteilte ihre Rehabilitierung.

Rolf Kosiek



Der von STALIN am 5. März 1940 unterzeichnete Befehl zur Ermordung des polnischen Offizierskorps in Katyn. Das Dokument tauchte ebenso wie der BERIA-Vorschlag im Oktober 1992 auf und wurde vom damaligen amtierenden russischen Präsidenten Boris JELZIN dem polnischen Präsidenten Lech WALESA überlassen. Abgedruckt in: Werner MASER, *Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler, und Stalin*, Olzog, München 2004.

[3] Siehe: Beitrag Nr. 380, »Deutsche wegen Katyn gehängt«.

Weiterführende Literatur:

Franz KADELL, ***Die Katyn-Lüge. Geschichte einer Manipulation. Fakten, Dokumente und Zeugen,*** Herbig, München 1991.

Deutsche wegen Katyn gehängt



Das Katyn-Memorial iri Baltimore.

Am 13. April 1990 gestand die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur *Tass* endlich ein, daß die Ermordung von rund 15 000 polnischen Offizieren im Jahre 1940 bei Katyn und anderenorts eines der »furchtbarsten Verbrechen des Stalinregimes« und damit eine Schuld der Sowjets sei. Die *Moskau News* (Nr, 5,1990), GORBATSCHOWS Sprachrohr für den Westen, schrieben: »Die Wahrheit über das Massaker von Katyn. Dokumente bestätigen das, was die Sowjetregierung jetzt eingestanden hat: Am Tode von 15000 polnischen Offizieren ist das NKWD schuld«, STALINS mörderischer Geheimdienst, Die Historikerin und Mitarbeiterin des Instituts für allgemeine Geschichte der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Natalja LEBEDJEWA, habe im Sonderarchiv der Hauptarchivverwaltung der UdSSR und im Zentralen Staatlichen Archiv der Sowjetarmee die entsprechenden Dokumente entdeckt.

Obwohl die Tatsache der sowjetischen Schuld schon 1943 klar erwiesen[1] und auch den Westmächten, insbesondere CHURCHILL und ROOSEVELT, bekannt war,[2] hieß es wahrheitswidrig 1945 in der Anklageschrift des Nürnberger Rachetribunals gegen Hermann GÖRING und andere Deutsche unter Punkt

[1] Siehe: Beitrag Nr, 183, »Sowjet-Mord im Walde von Katyn«.

[1] Hendrik VAN BERGH, ***Die Wahrheit über Katyn,*** Vowinckel, Berg 1986; Franz KARDELL, ***Die Katyn-lüge. Geschichte einer Manipulation,*** Herbig, München 1991; Czeslaw MADAJCYK, ***Das Drama von Katyn,*** Dietz, Berlin 1991. Im Jahre 1952 befaßte sich monatelang ein Sonderausschuß des US-Repräsentantenhauses mit dem Massenmord an den polnischen Offizieren in Katyn und stellte dann in seinem Abschlußbericht fest, daß ein großer Teil der von dem Ausschuß gefundenen Beweise für die Verantwortung der Sowjets an dem Massaker schon 1943 von den Verantwortlichen der US-Außenpolitik hätte beigebracht werden können. Doch damals habe in hohen amerikanischen politischen und militärischen Kreisen die seltsame Psychose geherrscht, daß »die militärische Notwendigkeit die Opferung loyaler alliierter und unserer eigenen Grundsätze« erfordert habe, um die Sowjetunion von einem Sonderfrieden mit Deutschland abzuhalten. Diese Einstellung sei aus Gründen, die dem Ausschuß unbekannt geblieben seien, auch noch nach dem Ende des Krieges vorhanden gewesen (u. a, in: ***Bremer Nachrichten,*** 10. 11. u. 24. 12. 1952). Die erst 1995 erfolgte Veröffentlichung bis dahin geheimgehaltener britischer Dokumente bewies, daß auch London von Anfang an die wahren Schuldigen von Katyn kannte. Das Wissen darum sei aber an der Themse geheimgehalten worden, um das Bündnis mit der Sowjetunion nicht zu gefährden und im Lande den Eindruck zu vermeiden, man sei mit einem kriminellen Regime verbunden. (»London wußte von den Morden von Katyn«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 13. 6. 1995) Die historische Wahrheit wurde also selbst noch jahrelang nach 1945 von den Westalliierten bewußt verfälscht, in diesem Fall geradezu auf den Kopf gestellt.

D »Mord und Mißhandlung von Kriegsgefangenen und anderen Angehörigen« der Alliierten: »Im September 1941 wurden 11 000 kriegsgefangene polnische Offiziere im Katyn-Wald in der Nähe von Smolensk getötet. Das deutsche Kommando und die Besatzungsbehörden, vornehmlich leiten- de Beamte der Polizei, der SS-Truppen und des Verbindungsstabes befahlen in der Zeit von 1941 bis 1943 die Erschießung der Kriegsgefangenen.« Und am 14. Februar 1946 trug der sowjetische Oberst Juri POKROWSKY in Nürnberg als Vertreter der Anklage das entsprechende (gefälschte) »Dokument USSR54« vor, worüber dann u. a. am 11. Mai und 3. Juni 1946 in Nürnberg verhandelt wurde.

Im Winter 1945/46 wurde in Leningrad mehreren deutschen Offizieren als angeblich für die Katyn-Morde Verantwortlichen der Prozeß gemacht, worüber die sowjetische Agentur TASS AM 30. Dezember 1945 berichtete. Zum Tode durch den Strang wurden verurteilt Karl Hermann STRUFFLING (STRÜFLING), Heinrich REMMLINGER, Ernst BÖHM, Eduard SONNENFELD, Herbard JANICKE, Erwin SKOTKI und Ernst GEHERER (GEHRER). 20 beziehungsweise 15 Jahre Zwangsarbeit erhielten Erich Paul VOGEL, Franz WIESE und Arno DIERF.[1]



1952 untersuchte eine US-Kommission in Frankfurt, im ehemaligen Gebäude der IG Farben, den Fall Katyn. *Hier:* Oberst Albert BEDENK, dessen Einheit 1941 beim deutschen Vormarsch als erste in die Gegend von Smolensk gelangt war, bei der Vereidigung. Auch damals - wie bereits 1946 - wurden Schuld vorwürfe gegenüber den Deutschen entkräftet. Trotzdem wurde der Weltöffentlichkeit die Wahrheit um Kalyn verschwiegen.

Wie sehr die Westalliierten trotz besseren Wissens die sowjetische Lüge im Rahmen der Umerziehung unterstützten und den Mord an den unschuldigen deutschen Offizieren billigten, beweist ein Artikel in den *Nordwest-Nachricbten. Herausgegeben von den britischen Militärbehörden* vom Freitag, dem 4. Januar 1946 (2. Jahrgang Nr. 1) auf der Titelseite. Dort heißt es unter der Überschrift »So war Katyn. Massenmord als Nazi verbrechen in Polen aufgedeckt«: »Die Nazischuld an dem Massenmord von Katyn wurde von einem deutschen Offizier vor dem Leningrader Gerichtshof zugegeben. Aus einer Gruppe von deutschen Offizieren, die in Leningrad unter der Anklage des Kriegsverbrechens vor Gericht stehen, beschrieb der Angeklagte DÜRE, wie russische Frauen, Kinder und Greise von den flüchtenden deutschen Truppen ermordet wurden, und erklärte, daß dabei im Walde von Katyn 15000 bis 20000 Menschen, darunter polnische Offiziere und Juden, von den deutschen Truppen erschossen und begraben wurden.« Unter der Zwischenüberschrift »Ein durchsichtiges Märchen« heißt es dann weiter: »Deutsche Stellen hatten am 12. April 1943 behauptet, daß deutsche Truppen die Massengräber von Katyn entdeckt hätten, und beschuldigten die russische Geheime Staatspolizei, diese Abscheulichkeit nach dem sowjetischen Einmarsch in Ost-Polen 1939 begangen zu haben.«

So wurde damals die Wahrheit, die man auch in London schon genau kannte, auf den Kopf gestellt, um die Deutschen zu belasten.

[5] Leserbrief von Friedebert VOLK, Usingen, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 2. 4. 1990; ***National-Zeitung,*** 15. 6. 1990.





Von oben; Wladyslaw SIKORSKI (1881-1943), Chef der polnischen Exilregierung in London, und der sowjetische Oberst Juri POKROWSKY, der in Nürnberg als Vertreter der Anklage das entsprechende (gefälschte) »Dokument USSR54« vortrug.

Selbst vor Morden scheuten die Alliierten nicht zurück, um die Lüge von Katyn möglichst lange aufrechtzuerhalten.[4] Der polnische Exil-Ministerpräsident SIKORSKI, der sich bei STALIN nachhaltig nach dem Verbleib der Tausende polnischer Offiziere erkundigt hatte und die Briten zur Anerkennung der Wahrheit drängte, kam bei einem bis heute ungeklärten Flugzeugabsturz am 4. Juli 1943 bei Gibraltar ums Leben, der wahrscheinlich vom britischen Geheimdienst ausgelöst wurde. Der tschechische Pilot konnte sich retten.' Der vom Warschauer Justizministerium mit der Aufklärung von Katyn beauftragte und fündig gewordene polnische Rechtsanwalt Roman MARTINI wurde 1947 in seiner Krakauer Wohnung ermordet. Seine Mörder wurden zwar gefaßt, konnten aber aus dem Krakauer Gefängnis entkommen. Der Russe KRIVOZHERTZOV, der die Deutschen 1943 auf das Massaker von Katyn hingewiesen hatte und nach Kriegsende nach England geflohen war, wurde Ende Oktober 1947 bei Bristol erhängt aufgefunden, angeblich »Selbstmord«. Der rumänische Gerichtsmediziner Prof. Dr. VASILIU, der 1943 der internationalen Kommission angehört hatte, die auf Einladung deutscher Stellen die Massengräber von Katyn untersucht hatte und zu dem Ergebnis gekommen war, daß die Erschießungen spätestens im Jahre 1940 und damit - weil die Deutschen erst 1941 nach Rußland einmarschierten - von den Sowjets vorgenommen waren, wurde 1948 verhaftet und kam in einem rumänischen Lager um. Andere Zeugen retteten ihr Leben nur durch einen Widerruf.

Bezeichnend ist, daß eine Dokumentation des polnischen Roten Kreuzes von 1943, wonach das Katyn-Massaker eindeutig ein Sowjet-Verbrechen sei, in einem britischen Archiv als >Top Secret< (streng geheim) gekennzeichnet und verborgen war, bis es der polnische Historiker Wladimierz KOWALSKI 1989 dort fand und noch im selben Jahr in der polnischen Wochenzeitung *Qdroddenie* veröffentlichtet

Auch STALIN war sich bewußt, daß die Briten SIKORSKI ermordet hatten, So schreibt DJII.AS: »STALIN unterstrich mehrmals, daß wir uns vor dem Intelligence Service und der englischen Doppelzüngigkeit in acht nehmen sollten, besonders was TITOS Sicherheit und Leben betraf, »Sie waren es, die General SIKORSKI in einem Flugzeug getötet und dann das Flugzeug sauber abgeschossen haben - kein Beweis, keine Zeugen.«[7]

Rolf Kosiek

[4] Franz KARDELL, in: ***Die Welt,*** 19. 5. 1990; derselbe, ***Die Katyn-Liige,*** aaO. (Anm. 2).

[5] David IRVING, ***Mord aus Staatsräson,*** Heyne, München 1979. So äußerte sich der US-Unterstaatssekretär Sumner WELLES: »Das war bestimmt Sabotage!«, zitiert bei: Franz KARDELL, ***Die Katyn-Lüge,*** aaO. (Anm. 2), S. 137. Beweise für den Mord an SIKORSKI bringt auch Ulrich HÖVELMANN, Dorsten, in Leserbrief »Warum Sikorski starb«, in: ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 26. 6. 1995.

[6] ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 17. 2, 1989; ***Die Welt,*** 17. 2. 1989 u. 19. 5. 1990; ***Der Schlesien*** 17. 9. 1990; ***Frankfurter Allgemeine Zeitung,*** 31. 8. 1990.

[7] Milovan DJILAS, ***Gespräche mit Stalin,*** S. Fischer, Frankfurt/M. 1962, S. 98.

Unschuldig in Landsberg hingerichtet

Mehr als 60 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges treibt die 'Kriegsverbrecherjagd< groteskere Blüten denn je - etwa im Fall PRIEBKE, durch die Ausstellung über angebliche Verbrechen der Wehrmacht, bei der Berichterstattung über den Nürnberger Prozeß oder bei der Weiterführung der Ludwigsburger Zentralstelle.

In den ersten Jahren nach dem Krieg wußte die große Mehrheit des deutschen Volkes um die Fragwürdigkeit der >Kriegsverbrecherurteile<, besuchte 1953 Bundeskanzler ADENAUER demonstrativ als 'Kriegsverbrecher' verurteilte und im Zuchthaus Werl einsitzende deutsche Offiziere, zum Beispiel den Generalmajor der Waffen-SS Kurt MEYER, verwandten sich katholische Bischöfe wie Kardinal VON GALEN und mehrere westdeutsche evangelische Landesbischöfe in mehrfachen Eingaben für die in Landsberg zum Tode verurteilten Soldaten. Auch viele Vertreter aller Parteien - außer der KPD - waren sich darin einig und traten für die Verurteilten ein[1] (siehe nachfolgende Resolution),

Als kennzeichnendes Beispiel für die amerikanische Rachsucht, die sich mit der großen Justizfarce von Nürnberg (Okt. 1945 - Okt. 1946) nicht begnügte, sondern noch weitere 12 Nachfolgeprozesse führte, sei der Fall des am 16. Mai 1947 von einem amerikanischen Militärgericht in Dachau wegen angeblichen >Mordes an einem alliierten Fliegen zum Tode durch den Strang verurteilten und am 26.11.1948 in Landsberg hingerichteten deutschen Leutnants Karl KIRCHNER aus Frankfurt/Main angeführt. Im >War Criminàls Príson No 1< (WCPL) Landsberg wurden zwischen 1945 und 1951 279 Personen gehenkt und 29 erschossen, darunter auch der Leutnant Karl KIRCHNER. Erst 1958 wurden die letzten Verurteilten entlassen.

Die *Wildeshauser Zeitung* (19, 1. 1951) berichtet darüber: »Am 10, Juni 1944 beschoß ein amerikanischer Jagdflieger im Frontgebiet bei Rugles (Nordfrankreich) im Tiefflug einen deutschen Sanitätswagen, der deutlich erkennbar das Zeichen des Roten Kreuzes trug. Durch den Beschuß wurden zwei auf dem Wagen befindliche verwundete deutsche Offiziere getötet. Das Jagdflugzeug wurde von deutscher Flak abgeschossen, der Flieger unverwundet gefangengenommen. Da er sich eines Verstoßes gegen die Genfer Konvention schuldig gemacht hatte, wurde er von dem damaligen Standortkommandanten von Rugles, Leutnant KIRCHNER, vor ein ordnungsgemäß besetztes Standgericht gebracht, das ihn zum Tode verurteilte. Auch KIRCHNER gehörte diesem Standgericht an.

Nach Bekanntgabe des Urteils wurde der Flieger standrechtlich erschossen. Sein Grab wurde auf Veranlassung KIRCHNERS durch ein Kreuz mit Namen gekennzeichnet.

[1] K. W. HAMMERSTEIN, ***Landsberg. Henker des Rechts,*** Abendland, Wuppertal 1952, S. 220 f.



Karl KIRCHNER.

Am 3. Juni 1948 wandte sich KIRCHNER in einem Brief an Landesbischof D. WURM unter genauer Darlegung des Falles mit Zeugenangaben und mit der Bitte, ihm bei der Wiederaufnahme des Verfahrens oder seiner Überprüfung behilflich zu sein. Die angestellten Ermittlungen ergaben auf verschiedenen Wegen, daß KIRCHNER ein anständiger Soldat war. Da auch die eidesstattlichen Erklärungen der beigebrachten Zeugen, darunter des ehemaligen Kommandanten der Sanitätsabteilung 12, Dr. DRIENDL, die Darstellung KIRCHNERS bestätigten, wandte sich Landesbischof D. WURM an Jugde Advocate EUCOM in Heidelberg - das Todesurteil gegen KIRCHNER war weder mündlich noch schriftlich begründet - mit der Bitte um Auskunft, aufgrund welcher Feststellungen das US-Militärgericht in Dachau gegen KIRCHNER die Todesstrafe ausgesprochen habe. Eine Antwort kam nicht. Statt dessen wurde KIRCHNER am 26. November 1948 in Landsberg hingerichtet.

Kurz vor seinem Tod berichtete KIRCHNER dem Landesbischof, daß sein ganzes entlastendes Material aus den Akten entfernt worden sei, um ihm die Möglichkeit einer Widerlegung der Anklage zu nehmen. Über die Art seiner Vernehmungen schrieb er: »Meine Vernehmungen in Dachau wurden bei stundenlangem Stillstehen durchgeführt, und wenn den Vernehmenden meine Angaben nicht recht waren, wurden sie unter ständigen Drohungen, mich sofort aufhängen zu lassen, einfach nicht protokolliert. Ganz systematisch wurde darauf hingearbeitet, die standgerichtliche Erschießung des Fliegers als einen von mir persönlich in Szene gesetzten Racheakt hinzustellen, obwohl alle Beweise dagegen sprachen.<«

Wie diesem Unschuldigen erging es leider vielen in den ersten Nachkriegsjahren unter der Siegerjustiz, Allein in Landsberg wurden mehr als 250 Deut-

Der Spöttinger Friedhof in Landsberg am Lech.





Am 21. 1. 2003 wurde der Spöttinger Friedhof auf Veranlassung des bayerischen Justizministeriums entwidmet. *Links:* der damalige Justizminister Manfred WEISS; *rechts:* der Leiter der Justizvollzugsanstalt Landsberg Heinz DÖSCHL. Aus: Heinrich PFLANZ, *Der Spöttinger Friedhof,* Eigenverlag, Landsberg ²2005.

sehe, meist untadelige Soldaten, hingerichtet. Die erste große Hinrichtungswelle gab es im Herbst 1947. Von Oktober 1948 bis Februar 1949 wurden fast jeden Freitag 10 bis 15 Männer gehenkt. Die letzten sieben Hinrichtungen fanden noch am 3. Juni 1951 statt, als in der bereits bestehenden Bundesrepublik die Todesstrafe längst verboten war. Die letzten Entlassungen erfolgten erst im Jahre 1958.[2]

Für die Freilassung der in Landsberg gefangen gehaltenen angeblichen Kriegsverbrecher setzten sich damals auch angesehene Politiker der Bundesrepublik ein. So bat am 9, Januar 1951 eine Abordnung des Deutschen Bundestages mit dessen Präsidenten Hermann EHLERS (CDU) und dem Völkerrechtler Carlo SCHMID (SPD) den US-Hochkommissar John MCCLOY, auch den Rest der Verurteilten freizulassen. Bundespräsident Theodor HEUSS hatte die Landsberger ausdrücklich in seiner Silvesteransprache am 31. Dezember 1950 erwähnt und gegrüßt. Am 6. April 1951 erklärte Bundeskanzler Konrad ADENAUER im Deutschen Bundestag, daß seine Regierung alles in ihrer Macht Stehende tue, »um das Los der Gefangenen zu erleichtern und ihnen baldmöglichst die Freiheit wieder zu verschaffen.«[3]

Um so unverständlicher ist es, daß im Jahre 2003 das bayerische Justizministerium daran ging, die mehr als 100 Gräber der in Landsberg getöteten »Kriegsverbrecher« auf dem neben dem Zuchthaus gelegenen Spött inger Friedhof unkenntlich zu machen und den Friedhof zu »entwidmen«. Obwohl der Landsberger Stadtrat mit großer Mehrheit die Erhaltung des Friedhofs beschlossen hatte, wurden am 13. Februar 2003 alle Namenstafeln auf den Holzkreuzen entfernt.[4] Auch die Kreuze sollen verschwinden.

[2] *National-Zeitung,* 24. 1.2003.

Ebenda.

[4] *Nationai-Zeitung,* 21. 2. 2003.'

Die Rotjacken von Landsberg

von Heinrich Pflanz

Die neuerlichen Angriffe des Herrn Posset veranlassen mich, daran zu erinnern, was der Landsberger Stadtrat und alle damals darin vertretenen Parteien im unmittelbaren Eindruck der Geschehnisse 1950 für eine Meinung zum WCP-Landsberg hatte.

RESOLUTION

Die unterzeichneten politischen Parteien der Stadt und des Kreises Landsberg a. Lech bitten die maßgebenden amerikanischen Dienststellen, die amerikanische Öffentlichkeit und besonders die amerikanischen Frauen, das Los der als Kriegsverbrecher verurteilten Deutschen im Landsberger Gefängnis zu ändern.

Der Danksagungstag des amerikanischen Volkes und das bevorstehende Weihnachtsfest lassen uns diese Bitte aussprechen, da die Bevölkerung von Stadt und Landkreis Landsberg die Not und das seelische Elend dieser seit fünf Jahren Inhaftierten mitleidet.

Es ist seelischer und moralischer Mord, was man den 28 zum Tode Verurteilten seit zwei und mehr Jahren angetan hat. Sie sind nicht einmal, sie sind in dieser Zeit von Woche zu Woche, in der sie auf die Vollstreckung des Todesurteiles warten müssen, seelisch immer wieder hingerichtet worden.

Wir appellieren an die Herzen der Frauen und Mütter des amerikanischenVolkes, wir appellieren an die Menschlichkeit der amerikanischen Behörden:

> schenk an Eurem Dansagungstage, schenkt zum Weihnachtsfest den Inhaftierten von Landsberg die Freiheit, schenkt den zum Tode Verurteilten das Leben, damit einkehre die vom deutschen Volk ersehnte Völkerverständigung der

Friede auf Erde!

Wenn sich die politischen Parteien Landsbergs mitten in der Hochspannung des Landtagswahlkampfes einmütig und einträchtig zusammengefunden haben, um das Los der Inhaftierten zu ändern und für diese zu bitten, wenn sie bitten, den Kindern die Väter und Mütter, den Frauen die Männer endlich wieder zu geben, so möge das amerikanische Volk daraus ersehen, daß unsere Bitte wirklich eine Herzenssache ist, eine Herzenssache nicht nur der Landsberger Bevölkerung, sondern eine Herzenssache des ganzen deutschen Volkes.

Landsberg a. Lech, den 18. November 1950

Bayern Partei
Ettmayr

Christlich-Soziale Union
Michel u. Lichtenstern

Sozialdemokratische Partei
Gg Merkt

Wirtschaftliche Aufbau-Vereinigung
Böker

Deutscher Gemeinschaftsblock der Heimatvertriebenen und Entrechteten BHE-DG
Dr. Falk

Weiterführende Literatur:

Rudolf ASCHENAUER, *Landsberg, ein dokumentarischer Bericht von deutscher Seite,* München 1951.

Alfred HEINRICH, *Landsberg. Leben und Sterben der letzten 7 Rotjacken,* Hildesheim 1951.

Ursula KONRAD, *Am Galgen von Landsberg,* Eigenverlag 1997.

Heinrich PFLANZ, *Das lnternierungslagerMosburg 1945-1948,* Landsberg '2001.

Ders., *Der Spöttinger Friedhof,* Eigenverlag, Landsberg ³2Q05.

Shigetosi WAKAKI, *Terrortribunal. Die Rechtsprechung der Sieger nach 1945,* FZ, München 1997,

Der >Fal1 Malmedy<

Malmedy ist eine Kleinstadt im Grenzland zwischen Deutschland und Belgien, die nach dem Ersten Weltkrieg vom Deutschen Reich abgetrennt wurde. Nach der Beendigung der Kämpfe im Zweiten Weltkrieg erlangte sie wegen eines unbedeutenden Vorfalls am 17, Dezember 1944 im Verlauf der Ardennenoffensive, bei dem 71 amerikanische Soldaten unter ungeklärten Umständen den Tod fanden, traurige Berühmtheit. Die US-Presse nahm diesen Vorfall nach der ersten Meldung am 20. Dezember 1944 noch im Kriege zum Anlaß einer außergewöhnlichen Kampagne, in der der deutsche Gegner, in diesem Fall die Waffen-SS, zu einer Gruppe kaltblütiger und blutrünstiger Mordbrenner hochstilisiert wurde. Der nach dem Krieg von amerikanischer Seite eingeleitete Prozeß gegen die vermeintlichen Täter wurde später zu einem der größten Justizskandale der westlichen Welt.

Doch zurück zu den wirklichen Ereignissen der Ardennenoffensive und zum Vorfall bei Malmedy, soweit er rekonstruier bar ist. Mit dieser Offensive Mitte Dezember 1944 versuchte HITLER ein letztes Mal, das Kriegsgeschehen zu wenden. Um die alliierten Landungstruppen zurückzuschlagen, plante er im Westen eine großangelegte Offensive. War die Lage an dieser Front erst einmal stabilisiert, so seine Überlegungen, hätte er den Rücken frei, um sich der Ostfront zuzuwenden. Um die amerikanische Luftüberlegenheit nicht zum Tragen kommen zu lassen, wartete die deutsche Heeresführung auf eine Schlechtwetterperiode.



16. Dezember 1944, die Ardennenoffensive: Noch einmal gingen deutsche Truppen zum Angriff über und errangen einen letzten befristeten Sieg über die Anglo-Amerikaner. PEIPEKS Truppen nähern sich Malmedy.

Zu den für diesen Angriff bereitgestellten Verbänden gehörte auch die 1. SS-Panzerdivision >Leibstandane Adolf Hitler«, in der Standartenführer (Oberst) Joachim PEIPER eine Panzereinheit, die sogenannte 'Kampfgruppe Peiper<, führte. Am 14. Dezember 1944 bezog die Kampfgruppe im Blankenheimer Wald, unweit der Grenze zu Belgien, ihren Bereitstellungsraum, aus dem sie zwei Tage später um 5 Uhr 30 bei neblig-trübem Winterwetter zum Angriff in Richtung Antwerpen antrat. Nach einem vielversprechenden Anfangserfolg stieß PEIPERS Kampfgruppe am 17. Dezember gegen 12 Uhr 30 südlich von Malmedy auf die Kreuzung von Baugnez und dort auf eine Lastwagenkolonne des 285. amerikanischen Feldartilleriebeobachtungsbataillons, die in Richtung St. Vieth fuhr. Die fünf deutschen Panzer eröffneten das Feuer, und die amerikanischen GIs sprangen in Panik aus ihren brennenden Fahrzeugen. Einige fielen, andere ergaben sich, wieder andere erwiderten das Feuer, und eine vierte Gruppe versuchte, in einen angrenzenden Wald zu fliehen. Die Besatzungen der deutschen Panzerspitze trieben die amerikanischen Gefangenen auf einer Wiese zusammen und befahlen ihnen, hier auf den Abtransport durch die nachfolgenden deutschen Hauptverbände zu warten. Als PEIPER wenig später den Schauplatz erreichte, war er ungehalten, daß seine Kampfwagen immer noch an der Kreuzung standen und die Amerikaner bewachten, da er mit ihnen in Richtung Engelsdorf vorstoßen wollte.



SS-Obersturmbannführer Jochen PEIPER, Kommandeur des Panzerregiments der =Leibstandarte<.

Zusammengefaßt und unter Berücksichtigung aller Informationen stellt sich das weitere Geschehen wie folgt dar: Beim Vormarsch auf Engelsdorf bedeuteten die Panzerbesatzungen den Kriegsgefangenen, sich unbewaffnet in Richtung der nachfolgenden deutschen Infanterie zu bewegen. Nachdem die Panzer abgezogen waren, sammelten sich die überlebenden Amerikaner, und zumindest ein Teil von ihnen nahm die zuvor weggeworfenen Waffen wieder auf. Statt der Infanterie näherte sich etwa 15 Minuten später die Vorhut der eigentlichen deutschen Panzergruppe. Da sie von den vorausgegangenen Ereignissen nichts wußte, hielt sie die auf einer Wiese jenseits der Straße laufenden Amerikaner für Angreifer, die niedergekämpft wurden. Bei diesem Schußwechsel gab es auf amerikanischer Seite weitere Tote. Die Überlebenden ergaben sich ein zweites Mal. Wieder rollten die deutschen Panzer weiter. Als später eine dritte Kolonne deutscher Kampfwagen die Kreuzung passierte und zwei Fahrzeuge in einen Straßengraben rutschen, nutzten die Amerikaner die Situation zu einem erneuten Fluchtversuch. Bei dem Versuch, diese Flucht zu stoppen, fielen noch einmal mehrere GIs. Das Undurchsichtige dieser Begebenheit wurde noch gesteigert durch die bezeugten Verhaltensweisen der gefangengenommenen Amerikaner. Mehrere Augenzeugen belegten, daß manche US-Soldaten trotz der auf Englisch und Deutsch gerufenen Haltebefehle versuchten, in den nahegelegenen Wald unterzutauchen. Andere nahmen die am Boden liegenden Waffen wieder auf und erwiderten das Feuer,

Manche Einzelheiten dieser tragischen Entwicklung sind bis heute ungeklärt, aber ein gezieltes, von Offizieren der >Leibstandarte< befohlenes Massaker an unbewaffneten amerikanischen Kriegsgefangenen gab es sicher nicht.

Dies war auch das Ergebnis einer ersten deutschen Untersuchung vom 26. Dezember 1944 und einer amerikanischen Militäruntersuchungskommission, die sich auf Berichte von Überlebenden und Geflohenen stützte. General EISENHOWER hingegen, dem dieser Bericht vorlag, erkannte sofort die propagandistischen Möglichkeiten. Die deutsche Seite erfuhr wenige Wochen später durch die Schweizer Presse von angeblich 150 ermordeten amerikanischen Gefangenen, In einer ersten Untersuchung konnte die deutsche Wehrmachtuntersuchungsstelle keine Hinweise für eine Erschießung Gefangener feststellen. Auch eine zweite, nach einer offiziellen amerikanischen Protestnote eingeleitete Untersuchung konnte in zweieinhalb Monaten nichts Belastendes finden. Inzwischen waren fast vier Wochen nach den Vorfällen die verschneiten und gefrorenen Leichen von 71 amerikanischen Soldaten bei der Straßenkreuzung bei Baugnez von belgischen Zivilisten aufgefunden worden. Da sich unter den Toten auch die Söhne eines amerikanischen Senators sowie eines Großindustriellen befanden, kam es in den USA zu einer außergewöhnlichen Pressekampagne. Darin wurde behauptet, die meisten der aufgefundenen Leichen wiesen Kopfschüsse auf, seien beraubt und als Gefangene auf Befehl erschossen worden. Als Täter wurde umgehend »die SS< ausgemacht.



Aufnahme der verschneiten und gefrorenen Leichen der US-Soldaten.

Die Wirklichkeit sah anders aus. Obwohl viele der US-Soldaten ihre >dog-*tags*<, die Erkennungsmarken, nicht um den Hals trugen, konnten alle sofort aufgrund der bei ihnen vorgefundenen Papiere, Fotos und der Geldbörsen mit Inhalt identifiziert werden. Kopfschüsse mit Schmauchspuren - Hinweis auf Erschießung Gefangener aus der Nähe - wies keine Leiche auf.

Im Gegensatz dazu hatten die Amerikaner nach den behaupteten Vorfällen von Malmedy mehrmals Massenerschießungen an deutschen Kriegsgefangenen sowohl der Waffen-SS als auch der Fallschirmjäger vornehmen lassen, was auch General PATTON mit Bedauern in seinem Tagebuch festhielt.

Ein weiteres, ja vielleicht das wichtigste Indiz, das gegen einen von der Waffen-SS oder im speziellen Fall von Standartenführer PEIPER ausgegebenen Befehl zur Gefangenenerschießung spricht, ist die Tatsache, daß PEIPER nach den Ereignissen an der Kreuzung von Baugnez mit seinen Panzern noch bis

in den Ort La Gleize vorgestoßen war, wo er über 150 weitere amerikanische Gefangene machte. Da das Wetter inzwischen wieder aufklarte, brachte man sich vor den feindlichen Fliegern in Gewölbekellern des Ortes in Sicherheit. Dort wurden die Gefangenen verhört und, als man sich zum Rückzug entschlossen hatte, sämtlich freigelassen. Hierbei handelte es sich um Soldaten des amerikanischen Majors Hal MCGOWN, der von PEIPER zwar mitgenommen wurde, aber noch in der Nacht entweichen konnte. MCGOWN hatte sich zuvor fünf Stunden lang mit PEIPER unterhalten. Nach dem Krieg flog der inzwischen als Oberstleutnant im Pentagon arbeitende Berufsoffizier MCGOWN sofort auf eigene Kosten nach Deutschland zurück, um im Prozeß PEIPER als »untadeligen Offizier« mit »anständigen, tapferen und aufrichtigen Männern« darzustellen, denen er die ihnen »zur Last gelegten Verbrechen in keiner Weise zutraue«.

Nach dem Zusammenbruch der Ardennen-Offensive machten PEIPER und seine Soldaten noch die Rückzugskämpfe in Ungarn und Österreich mit, vernichten bei Kriegsende ihre Panzer, schweren Waffen und Fahrzeuge und machen sich in kleinen Gruppen nach Deutschland auf. Am 22. Mai fiel der mit Ritterkreuz, Eichenlaub und Schwertern ausgezeichnete PEIPER in Bayern den Amerikanern in die Hände. Diese hatten inzwischen sämtliche Kriegsgefangenenlager nach Angehörigen des Panzerregiments der >Leibstandarte<, insbesondere der »Kampfgruppe Peiper«, abgesucht und diese in einem Sonderlager abgetrennt, von wo aus sie, rund 1100 Mann, in das Gefängnis in der Kleinstadt Schwäbisch Hall abtransportiert wurden. Dort warteten bereits Vernehmungsexperten der »War Crimes Commission< auf sie. Mit brutaler Gewalt und einer unglaublichen Variationsbreite von Foltern dritten Grades versuchten sie, vor allem ein Leutnant PEARL, von den zumeist noch blutjungen Soldaten Geständnisse von Gefangenenerschießungen beziehungsweise belastende Aussagen gegen die Offiziere der Waffen-SS zu erzwingen. Eine Reihe der Gequälten beging Selbstmord.

Schon am 9, Mai 1945 wurde den deutschen Soldaten allgemein der Kriegsgefangenenstatus widerrechtlich entzogen, wodurch das Rote Kreuz keinen Zugang mehr zu den Lagern und Gefängnissen hatte, die Essensration erheblich gekürzt und der Postverkehr kontrolliert oder eingestellt werden konnten. In den folgenden Wochen wurden die Angehörigen der Waffen-SS in Schwäbisch Hall in Isolationshaft gehalten, wurden sie, in blutverkrusteten Kapuzen gehüllt und gefesselt, zu und von den Verhören geschleppt, wurden von 139 Gefangenen 137 die Hoden zerquetscht, vielen Zigaretten auf dem Körper ausgedrückt, Zähne ausgeschlagen und Kiefer gebrochen, wurden die Gefangenen mehrmals mit Gummiknüppeln, mit Fäusten und Tritten blutig geschlagen, wurden Streichhölzer unter die Fingernägel getrieben und angezündet, wurden mit Baseballschlägern Knochen zertrümmert, wurde mit der Ermordung der Angehörigen gedroht, wurden sie massiv erpreßt,

und, fruchtete dies alles nichts, wurden in Gegenwart von angeblichen Priestern, die in Wirklichkeit Vernehmungsoffiziere waren, Scheinhinrichtungen durch Strangulation bis hin zur Bewußtlosigkeit vorgenommen. Und wenn all dies noch nicht zum >Geständnis< führte, wurden einfach Protokolle gefälscht und mit gefälschten Unterschriften versehen.

Am 16. Mai 1946 fand an symbolischer Stelle im ehemaligen Konzentrationslager Dachau die Prozeßeröffnung im >Case Malmedy« gegen genau 71 ehemalige Angehörige der 'Kampfgruppe Peiper< statt; zusätzlich wurden drei Generale der Waffen-SS mit vor Gericht gestellt.

Die Ankläger waren dieselben Männer, die vier Monate lang zuvor die deutschen Gefangenen gefoltert und verhört hatten. Die Richter galten aufgrund einer selbstgesetzten Vereinbarung der Siegermächte als »Internationales Gericht«, gegen das keine Berufung möglich war. Keiner der 74 Fälle wurde einzeln behandelt, also nach dem individuellen Grad der Schuld, sondern summarisch. In Wahrheit handelte es sich hier um ein amerikanisches Militärgericht, dessen Vorsitzender ein General war. Der einzige juristisch vorgebildete Offizier, Oberst Abraham ROSENFELD, bestimmte daher den Prozeßverlauf nach Belieben. Daß es keinerlei belastendes Material mit Ausnahme der erfolterten Geständnisse gab, die zudem in weiten Teilen wörtlich übereinstimmten und im Prozeß widerrufen wurden, störte die Anklage nicht weiter. Im Verlauf des Prozesses, der über weite Strecken gefilmt worden ist, wurde deutlich, unter welchen Voraussetzungen die 'Geständnisse< zustande gekommen waren. Die Verteidigung war in jeder Hinsicht, personell, materiell und finanziell, im Hintertreffen. Dennoch gelang es dem amerikanischen Verteidiger, Oberst Willis EVERETT, in zahlreichen Fällen, die Argumentation und die Beweise der Anklage zu entkräften. An der Urteilsfindung und am Strafmaß änderte dies freilich nichts.





Zwei im Malmedy-Prozeß Verurteilte, die entlassen wurden: SS-Unterscharführer Toni MOTZHEIM und der SS-Obersturmführer Werner STERNEBECK, der in der Bundeswehr Oberstleutnant wurde.

Als Vorbereitung auf den Nürnberger »Hauptkriegsverbrecherprozeß« und in der Absicht, dort die Waffen-SS insgesamt zur »verbrecherischen Organisation« erklären zu lassen, benötigte man einen Schuldspruch und ein hartes Urteil. Dieser politischen Vorgabe folgte das Dachauer Gericht uneingeschränkt. Am Ende wurden am 16. Juli 1946 von diesen 43 SS-Männer zum Tode, 22 zu lebenslänglichen und acht zu hohen Freiheitsstrafen verurteilt. Zur Urteilsfindung hatte das Gericht genau zwei Stunden und 20 Minuten benötigt. Das waren für jeden Angeklagten nicht einmal zwei Minuten. Keines der verkündeten Urteile wurde begründet, weder während der Urteilsverkündung noch zu einem späteren Zeitpunkt. Es handelte sich also um einen typischen Schauprozeß, wie man ihn sonst nur aus der Sowjetunion kannte: Die Ermittler bestimmen als Ankläger die Richtung und den Verlauf des Prozesses, die Richter urteilen nur noch über das Strafmaß.

Nachdem das Dachauer Urteil in Nürnberg vor dem »Internationalen Militärtribunal« seine Aufgabe erfüllt hatte, die 900 000 Soldaten der Waffen-SS

als Angehörige einer »verbrecherischen Organisation« deklariert worden waren und zugleich mit der UdSSR der neue große Feind ins Rampenlicht gerückt war, wurden in den USA Stimmen laut, die diese Prozesse untersuchen lassen wollten. Es folgten mehrere parlamentarische Untersuchungsausschüsse, von denen alle zu dem Ergebnis kamen, daß es sich bei dem Malmedy-Prozeß um eine juristische Farce mit Rechtsbeugung gehandelt habe. In einem der Ausschüsse wurde das mehrheitlich jüdische Vernehmungs- und Anklagepersonal sogar schlicht als >Verbrecherclique< bezeichnet.

Immerhin gelang es dem amerikanischen Verteidiger und seinen deutschen Gehilfen, einen Exekutionsstop für dieses Verfahren zu erwirken, so daß keiner der in Dachau Verurteilten in Landsberg wie so viele andere Unschuldige aus den anderen gleichzeitigen Prozessen der Alliierten gehängt wurde.

Jahrelang hing über den Verurteilten dennoch der schwere psychische Druck der jeden Freitag möglichen Hinrichtung im Hof des Zuchthauses in Landsberg, Erst nach und nach wurden ab 14. April 1948 und nach Einsatz deutscher Bischöfe die Todesurteile in Haftstrafen umgewandelt, bis zu Weihnachten 1956 mit PEIPER endlich auch der letzte der zu Unrecht Verurteilten dieses Prozesses »auf Parole« entlassen wurde. Das bedeutete keine Anerkennung eines Fehlurteils, sondern eine Begnadigung, die vom Begnadigten voraussetzte, daß er niemals und mit keinem Menschen über das, was ihm im Verlauf der Verhöre und im Prozess widerfahren war, sprechen durfte.[1]

PEIPER wurde sein Leben lang von sogenannten »Demokraten< und Antifaschisten gejagt, mehrmals aus dem Berufsleben verdrängt, bis er schließlich

[1] Sämtliche Zitate aus dem Dokumentarfilm von Alistair MCGILI. und Michael VOGT: *Über Galgen wächst kein Gras, XJS-Folterjustiz vom Malmedyprozeß bis A bu Ghraib,* Polarfilm, Gescher 2005. Weiterführende Informationen auch bei: Patrick AGTE, *Jochen Peiper. Kommandeur Panzerregiment Leibstandarte,* Kurt Vowinckel, Berg am Starnberger See 1998; Ralf TIEMANN, *Der Malmedy-Prozeß,* Osnabrück 1990.



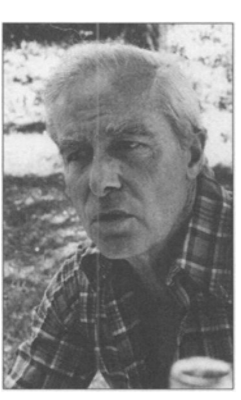


Dachau am 16. Julli 1946: PEIPER nimmt sein Urteil entgegen: Tod durch Erhängen. *Rechts:* PEIPEKS amerikanischer Verteidiger Oberst Willis EVERETT. Aus: Patrick ACTE, *Jochen Peiper,* Vowinckel, Berg 1998.



Links: Mit Straßenschmierereien (hier am 22. Juni 1976) begann die Hetzjagd in Frankreich gegen Jochen PEIPER. AUS: Patrick ACTE, *Jochen Peiper,* Vowinckel, Berg 1998.

Unten: eines der letzten Fotos von Jochen PEIPER.



nach Frankreich auswanderte, wo er am 14. Juli 1976 in Traves von Kommunisten in seinem Haus ermordet wurde.

Die Umstände der amerikanischen Foltermethoden in Deutschland nach Kriegsende rückten erst dann wieder ins Bewußtsein der Menschen, als dieselben Methoden im Jahre 2003 und später von den USA in Afghanistan, im Irak und auf Guantanamo angewandt wurden. Man mußte plötzlich erkennen, daß amerikanische Folterungen in von den USA besetzten Staaten seit 1945 Tradition haben, daß sie politisch vorbereitet oder gedeckt werden und daß diese Folterungen von besonders »geschultem« Personal ausgeführt werden.

Obwohl selbst in den USA parlamentarische Untersuchungsausschüsse die Methoden der Verhöroffiziere im »Fall Malmedy« angeprangert und schärfstens mißbilligt haben und die Ergebnisse des Prozesses für nichtig erklärt wurden, »klären« von der »Bundeszentrale« und den »Landeszentralen für politische Bildung« finanzierte Institute die Bevölkerung, insbesondere Schüler, in Deutschland immer noch mit folgenden Behauptungen »auf«: »>... bei der Niedermetzelung französischer Zivilisten in Oradour 1944[2] und bei der Ermordung amerikanischer Kriegsgefangener bei Malmedy im Dezember 1944 haben sich Angehörige der Waffen-SS in besonders eklatanter und unehrenhafter Weise schuldig gemacht. Diese und andere Greueltaten hatten zur Folge, daß der Internationale Militärgerichtshof in Nürnberg 1946 außer der Allgemeinen SS ausdrücklich auch die Waffen-SS nicht nur wegen allgemeiner Kriegsverbrechen, sondern auch wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zur »verbrecherischen Organisation« erklärte.«[3] »Legenden, Lügen, Vorurteile« heißt dieses Machwerk. Einen treffenderen Titel hätte man wahrlich nicht finden können.

Olaf Rose

[2] Siehe: Beitrag Nr. 236, »Der Fall Oradour«.

[3] Hellmuth AUERBACH, »Waffen-SS«, in: Wolfgang BENZ (Hg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Wörterbuch zur Zeitgeschichte,* Deutscher Taschenbuch-Verlag, München 1992, S. 209 ff., hier S. 212.

Japaner in US-Konzentrationslagern

In Deutschland wurden in den späteren Jahren des Zweiten Weltkrieges die meisten Juden in Konzentrationslagern interniert, nachdem schon vordem Krieg >Kriegserklärun gen <[1] von jüdischen Gruppen an das Reich erfolgt waren, die aber kaum eine Legitimation hatten, für »die Juden« zu sprechen. Vorher oder gleichzeitig griffen auch die Alliierten zum Mittel der Masseninternierung. Die über zwei Millionen Rußlanddeutschen wurden ab Juni 1941 von den Sowjets deportiert und unter furchtbaren Bedingungen meist nach Sibirien, größtenteils in Arbeitslager, gebracht, wobei viele Familien getrennt wurden.[2] Hunderttausende gingen dabei zugrunde.



Die japanische Vision von KZs für US-amerikanische Frauen machten sich die USA zu eigen und setzten sie um: 120 000 US-Bürger japanischer Abstammung wurden in Konzentrationslager gepfercht. Aus: FZ, *Vorsicht Fälschung!,* München 1991.

Auch die Westalliierten errichteten im Zweiten Weltkrieg Konzentrationslager, nachdem die Briten im Burenkrieg (1899-1902) solche für burische Frauen und Kinder eingeführt hatten. In Großbritannien wurden der Sympathie für den Nationalsozialismus verdächtigte Bürger - insbesondere die Anhänger Sir Oswald MOSLEYS **- jahrelang in Konzentrationslagern festgehalten. Im Frühjahr 1942 unterzeichnete US-Präsident Franklin D.** ROOSEVELT, **seit einigen Monaten mit Japan im Krieg, eine Verordnung, nach der die Amerikaner japanischer Abstammung in solchen Lagern interniert wurden, Rund 120 000 in den USA lebende Personen mit japanischen Vorfahren waren betroffen.**

[1] Z. B. am 24. 3, 1933 im britischen *Daily Express;* Erklärung des 25. Zionistenkongresses in Genf vom 16.-25. 8. 1939; Brief Chaim WEIZMANNS an Premierminister CHAMBERLAIN vom 29. 8. 1939. Vgl. Wolfgang BENZ (Hg.), *Legenden, Lügen, Vorurteile. Ein Worterbuch %ur Zeitgeschichte,* Deutscher Taschenbuch-Verlag, München '1992, Stichwort »Kriegserklärungen« der Juden an Deutschland, S. 122-126.

[1] J. B. BILKE, *Die Rußlanddeutschen,* 1970; Alfred EISFELD, *Die Deutschen in Rußland und in der Sowjetunion,* Eckartschriften Heft 97, Wien 1986; ders., *Die Rußland-Deutschen,* LangenMüller, München 1991; A. KAPPELER U. a. (Hg.), *Die Deutschen im Russischen Reich und im Sonjetstaat,* Bd. 1, Köln 1987; S. VON STEENBERG, *Die Rußland-Deutschen. Schicbai und Erleben,* Langen-Müller, München 1989; Wolfgang LEONHARD, *Die Revolution entläßt ihre Kinder,* Kiepenheuer und Witsch, Köln-Berlin 1957, S. 130 ff. u. 157.

Sie mußten meist in wenigen Stunden ihr Heim verlassen, durften nur mitnehmen, was sie tragen konnten. Die meisten waren praktisch enteignet worden, Sie wurden von bewaffneten Amerikanern in Zügen zu den >*Kelocation Camps*< genannten Konzentrationslagern im Westen der USA transportiert. Die Lebensbedingungen waren dort teilweise hart, Massenvernichtungen gab es jedoch nicht. Erst nach Kriegsende kamen die letzten wieder frei. Viele waren schon vorher entlassen - vor allem, wenn sie sich zur US-Army meldeten, Das aus Japanern bestehende 442. Regiment - in Italien eingesetzt - war die höchstdekorierte US-Einheit. Die Inhaftierung der Japaner war schon vor Kriegsanfang vorbereitet. Es wurden auch Amerikaner inhaftiert, die als Kinder von weißen amerikanischen Eltern adoptiert worden waren und keinerlei Beziehung zu Japan hatten, außer daß sie der Rasse des ostasiatischen Volkes angehörten![3]

Jahrzehntelang kämpften die Betroffenen um eine Rehabilitierung und um Wiedergutmachung für die jahrelange Freiheitsberaubung, 1980 kam eine Kongreßkommission in einer Studie zu dem Ergebnis, daß diese Masseninternierung auf Befehl der US-Regierung unter dem Vorwand eines Sicherheitsrisikos nicht gerechtfertigt gewesen sei, daß sie sogar »teilweise durch rassistische Vorurteile und Kriegszeit-Hysterie motiviert« war. Durch das »Oriental Exclusion-Gesetz« von 1924 war Asiaten das Recht verwehrt, amerikanische Bürger zu werden. Zur 200Jahrfeier der US-Verfassung hat das Repräsentantenhaus in Washington im September 1987 dann eine Resolution verabschiedet,[4] in der sich die amerikanische Nation bei den damals Inhaftierten entschuldigte und ihnen eine Entschädigung von 1,2 Milliarden Dollar zubilligte. Für jeden noch lebenden Inhaftierten - rund 60 000 an der Zahl - wurde eine Summe von 20 000 Dollar ausgesetzt. Dieser Beschluß war der Erfolg jahrelanger Bemühungen demokratischer Abgeordneter japanischer Herkunft. In den ersten Nachkriegsjahren wollte niemand an dieses Problem herangehen, und es wurde lange verdrängt. Der große amerikanische Fotograph Ansei ADAMS[5] **hat im Herbst 1943 Bilder aus dem Konzentrationslager Manzanar, Kalifornien, mit bis zu 10000 Internierten aufgenommen und darüber 1944 das Buch** *Born Free and Equal* **veröffentlicht. Es wurde damals in den USA sehr negativ aufgenommen. »Viele Exemplare wurden öffentlich verbrannt, so daß das Buch heute Seltenheitswert hat.«[6]**

Den mehr als 10000 in ähnlichen Lagern der USA 1942 bis 1945 inhaftierten Deutschen[7] wurde bisher trotz Bemühungen der Betroffenen noch keine Wiedergutmachung geleistet. Es ist kaum damit zu rechnen, daß eine solche noch je erfolgen wird. Und das ist auf dem Hintergrund der Tatsache zu sehen, daß die Deutschen den größten Anteil an der gegenwärtigen US-Bevölkerung ausmachen.

[3] John TOLAND, *Infamy,* New York 1982; Michi WEYLYN, *Years of Infamy. The Untold Story of American Concentration Camps,* New York 1976; Peter IRONS, *Justice at war. The Story of the Japanese American Internment Cases,* New York-Oxford 1983; Arthur ZICK, »Home at Last«, in: *National Geographic Magazine,* April 1986.

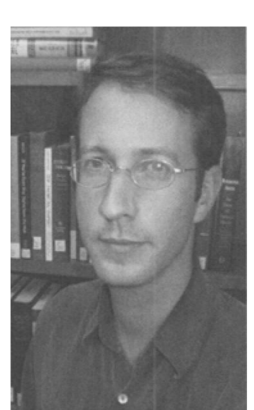
Die Welt, 1. 10. 1987.

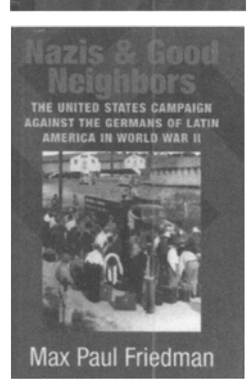
[5] Eine Darstellung des Fotographen Ansel ADAMS in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung Magazin,* Heft 713,29.11.1993.

[6] Kurt JOCHUM, Hattenhofen, in einem Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.* 11. 1993.

[7] Siehe: Beitrag Nr. 384, »KZ für Deutsche in USA 1942-45«.

KZ für Deutsche in USA 1942-45





Max Paul FRIEDMAN von der Universität Florida und sein Buch *Nazis & Good Neighbors*, das die Jagd der Amerikaner auf Deutsche in Südamerika behandelt.

Daß es während des Zweiten Weltkrieges in den USA Konzentrationslager für amerikanische Staatsbürger japanischer Herkunft gab, ist allgemein bekannt. Rund 120 000 von ihnen saßen im »Land der Freiheit« jahrelang hinter Stacheldraht.[1] Im November 1985 wurde von den in einer Vereinigung zusammengeschlossenen überlebenden Japanern in einem früheren Lager ein Gedenkstein aufgestellt, in dessen Inschrift die Bezeichnung *»concentration camp«* vorkommt. Die Forderung der Japaner nach Rehabilitierung und Entschädigung wurde inzwischen erfüllt: Der US-Kongreß entschuldigte sich im Jahre 1988 bei ihnen mit dem »Civil Liberties Act« und bewilligte eine Entschädigung von 20 000 Dollar je Person.[2]

Weithin unbekannt ist jedoch, daß auch mehr als 10000 Deutschamerikaner von 1942 bis Juni 1945 in solchen Lagern in Amerika interniert waren. Mit Familienmitgliedern belief sich die Zahl der rund 11000 Gefangenen auf etwa 24 000. Auch aus Südamerika waren auf Druck Washingtons 4058 Deutschstämmige an die USA ausgeliefert worden, die dann dort jahrelang in Baracken festgehalten wurden. Nach Forschungen des Historikers Max Paul FRIEDMAN hatten von ihnen nur acht Personen Verbindung zur NS-Spionage gehabt, was vielleicht zu einer Internierung berechtigt hätte.

Ein solches Lager war >Crystal City< in Texas nahe der mexikanischen Grenze, wo es im November 2002 zu einem ersten Treffen der Lagerinsassen und ihrer Nachkommen von 350 Deutschen und Japanern kam. Der Bürgermeister der heutigen Stadt entschuldigte sich in einer Ansprache vor der Gruppe für deren Leidenszeit an dem Ort.

Die Deutschstämmigen waren ab 1942 auf Grund des »Alien Enemy Act« von 1798 ziemlich willkürlich und ohne nähere Begründung verhaftet worden. Meist hatten sie seit Jahrzehnten in Amerika gelebt und sich nichts zuschulden kommen lassen, insbesondere keine Spionage für Deutschland betrieben oder Verbindung zur NSDAP gehabt. Auch aus Deutschland nach 1933 aus politischen Gründen Emigrierte befanden sich unter den Festgenommenen. Sie bekamen kein Verfahren und konnten keine Uberprüfung der Verhaftung erreichen. Der Historiker Arnold KRAMMER von der Texas A & M-Universität, der ein Buch über *Intolerance in America during World War II* veröffentlichte, meinte dazu: »Natürlich muß sich jedes Land, das sich im Krieg befindet, absichern - so wie Amerikaner in Deutschland in Hotels

[1] Siehe: Beitrag Nr. 383, »Japaner in US-Konzentrationslagern«.

[2] Alfons KAISER, »Im Niemandsland der Ignoranz«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 9. 5. 2005.

interniert wurden, .. Aber etwa 90 Prozent (der verhafteten Deutschamerikaner, R. K.) waren unschuldig und wurden trotzdem in der Hysterie des Krieges gefangengenommen.« Insgesamt gab es 46 Lager in den USA für Deutsche, Italiener, Japaner und Pazifisten.

Im allgemeinen war die Behandlung annehmbar, bis auf den Freiheitsentzug und die völlige Ungewißheit über das weitere Schicksal. Im Lager Crystal City wurden 255 Kinder geboren.

Eine Reihe in solchen Lagern Inhaftierter wurde auch gegen ihren Willen nach Kriegsende nach Deutschland zurückgebracht, wo sie teilweise erneut in Internierungslagern wie am Hohenasperg festgehalten wurden. Viele hatten nach ihrer Entlassung in den USA noch jahrelang als durch die Internierung Stigmatisierte Schwierigkeiten, wieder in einen Beruf zu kommen.

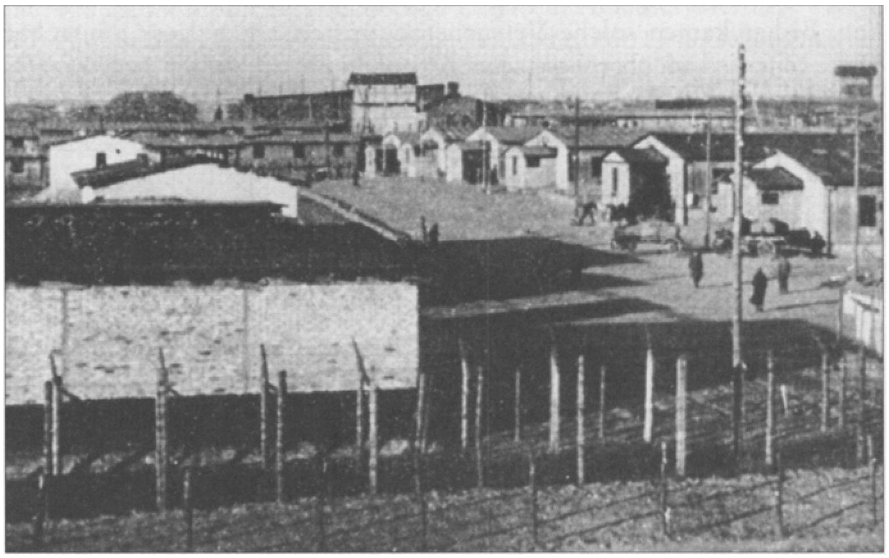
Von den Betroffenen wurden gegen Ende des vorigen Jahrhunderts mehrfach politische Initiativen für eine allgemeine Entschuldigung der US-Regierung oder Entschädigungen wie im vergleichbaren Fall der Japaner angestoßen. Bisher kamen solche Versuche zugunsten ehemaliger deutscher Gefangener jedoch über Gesetzentwürfe nicht hinaus.[3] Rolf Kosiek

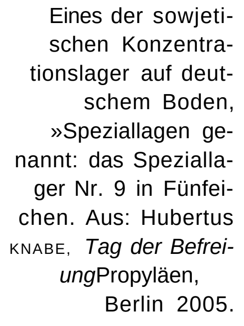
[1] Ebenda, mit der Schilderung von Einzelschicksalen; siehe auch: »Rehabilitierung der Deutschamerikaner?« in: *Der Spiegel,* Nr. 25, 2004,

Alliierte Konzentrationslager nach 1945

Im Mai 1945 mußte nach sechsjährigem heldenhaften Kampf die Deutsche Wehrmacht zu Lande, zu Wasser und in der Luft bedingungslos kapitulieren. Es wurde nicht - wie nach anderen Kriegen bei deutschen Siegen - ein ehrenvoller Waffenstillstand und später ein Friedensvertrag geschlossen. Alle Deutschen wurden rechtlos und der Willkür der Sieger ausgeliefert.

Es begann eine Menschenjagd ohne Beispiel. Millionen Soldaten aller Dienstgrade wurden zusammengetrieben und nach Rußland, Frankreich, England und in andere Länder zur Zwangsarbeit transportiert. Frauen und junge Mädchen wurden zu Tausenden nach Rußland verschleppt. In russischen, amerikanischen und französischen Lagern starben deutsche Soldaten zu Zehntausenden. Sie verhungerten oder wurden ermordet.





Eines der sowjetischen Konzentrationslager auf deutschem Boden, »Speziallagen genannt: das Speziallager Nr. 9 in Fünfeichen. Aus: Hubertus KNABE, *Tag der Befreiung*Propyläen, Berlin 2005.

Die Amerikaner errichteten in ihrer Zone überall Konzentrationslager (die verharmlosend als >Internierungslager< bezeichnet wurden), unter anderem in Heilbronn, Kornwestheim, Zuffenhausen, Ludwigsburg, in der Nähe von Augsburg und Nürnberg, ebenfalls in Moosburg und an anderen Orten Bayerns. Die berüchtigtesten Lager sind bei BACQUE[1] aufgezählt und beschrieben.

In der englischen Zone wurden bis Dezember 1945 über 70000 Personen eingesperrt.[2] Fast alle Funktionäre und Amtsträger der NSDAP wurden ebenfalls inhaftiert. Die meisten Wirtschaftsführer, Mitglieder von Behörden und

[1] James BACQUE, *Der geplante Tod,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1989, ^{6}1990.

[2] *Deutsches Ärzteblatt,* 10. 9. 1982.

Ministerien kamen ohne Gerichtsbeschluß in jahrelange Haft, insbesondere alle Personen mit einem >rat< im Titel (Studienrat, Gerichtsrat usw.). Die ganze deutsche Intelligenz sollte erniedrigt und dezimiert werden. Diese Art von Arrestierung wurde als »Automatic Arrest« bezeichnet. Insgesamt wurden nach Kriegsende so rund 800000 Zivilisten in den Westzonen eingesperrt.

Auch zahlreiche ausländische Diplomaten, Politiker, Militärs usw. wurden ähnlich rechtswidrig inhaftiert, zum Beispiel der griechische Finanzminister TZIRONIKGS, der bulgarische Gesandte in der Slowakei, BELINOFT oder der slowakische Staatspräsident Josef Tiso, der dann an die Tschechei ausgeliefert wurde, wo er in einem Schauprozeß ab Dezember 1946 zum Tode verurteilt und am 18. April 1947 in Preßburg gehenkt wurde. Eine eindrucksvolle Schilderung gab Ernst VON SALOMON in seinem *Fragebcgen*[3] über den von ihm verbüßten »Automatic Arrest«.

Der rumänische General Jon GHEORGHE[4] hat eigene Erfahrungen mit dem »Automatic Arrest« in mehreren süddeutschen Lagern der US-Truppen gemacht. Er hat in seinem gleichnamigen Buch[5] darüber berichtet. Er gibt unter anderem die Erlebnisse eines Ministerialdirektors E. wieder: »Als die Gruppe einige Stunden gefahren war, wurde sie in einem Lager in der Nähe von Ludwigsburg in Württemberg ausgeladen. Man führte sie in ein Zimmer. Dort mußten sie sich völlig entkleiden. Alles, was man an wertvollen Sachen noch fand, wurde herausgenommen. Dann befahl man ihnen, sich mit dem Gesicht zur Wand zu wenden und die Arme hochzuheben. Dann stürzten sich die Soldaten auf sie und schlugen sie mit Gummiknüppeln zusammen.. .«- Viele starben an dieser Behandlung.

Neben vielen anderen Ereignissen und Personen schildert uns General GHEORGHE auch die Geschichte des Obersten VON M. Diesen Oberst VON M. kannte der General schon aus seiner Berliner Zeit. In einem Lager (>Bärenkeller« genannt) in der Nähe von Augsburg fiel Oberst VON M. einem betrunkenen amerikanischen Sergeanten auf. Dem Sergeanten gefiel offenbar das Gesicht des deutschen Obersten nicht. Der Sergeant sorgte dafür, daß in die Papiere des Obersten der Vermerk »verdächtig« kam. Dieser Vermerk »verdächtig« machte von nun an dem Obersten das Leben zur Hölle. Zunächst kam er in ein Straflager bei Ludwigsburg. Bei der Ankunft mußte er sich nackt ausziehen. Daraufhin fielen zwei amerikanische Athletenfiguren über ihn her, gaben ihm Fausthiebe in die Magengegend, bis er ohnmächtig zusammenbrach. Sie übergössen ihn dann mit kaltem Wasser. Als er wieder zur Besinnung kam, schlugen ihm die Amerikaner sämtliche Zähne aus.[7]

Eine Erklärung für diese Behandlung gab man dem Obersten niemals. So kam er von Lager zu Lager, bis er in Dachau wieder mit dem rumänischen General zusammentraf. Nie wurde irgendwo gefragt, wessen er eigentlich verdächtig war. Wie ihm erging es vielen deutschen Soldaten, Beamten und anderen Zivilisten.[8] Von rechtsstaatlichen Verfahren war keine Spur.

[3] Ernst VO MON, *Der Fragebogen*, Rowohlt, Hamburg 1951.

[4] Jon GHEORGHE wurde jahrelang ohne Angabe von Gründen in amerikanischen Internierungslagern (= KZ) in Haft gehalten. Er war ehemaliger rumänischer Gesandter in Berlin.

[5] Jon GHEORGHE, *Automatic A rrest*, Druffel, Leoni 1956.

[6] Ebenda, S. 44.

[7] Ebenda, S. 204 f.

HOFF, *Arzt hinter Stacheldraht*, Askania, Lindhorst 1984; Landesverband der ehemaligen Besatzungsinternierten Baden-Württemberg (Hg.), *Die Internierung im Deutschen Südwesten*, Karlsruhe 1960; Claus NORDBRUCH, *Der deutsche Aderlaß*, Graben, Tübingen 2001, [2]2005, S. 180-203.

Britische Folterlager. Ein vergessenes Verbrechen

Im Gefolge des Golf-Krieges von 2003 erregten in den letzten Jahren die amerikanischen und englischen Folterungen im Irak die Weltöffentlichkeit. Neue Vorwürfe kamen 2006 hinzu. Anders stand es um die gleichen völkerrechtswidrigen alliierten, zahlenmäßig weit größeren Verbrechen an Deutschen im und nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie sind weitgehend vergessen. Erst Ende 2005 kamen nach Freigabe Londoner Akten über die erste Nachkriegszeit Einzelheiten über die britische Folterpraxis an Deutschen wieder einmal an die Öffentlichkeit.

1. Folterzentrum London

In der linksliberalen englischen Zeitung *The Guardian*[1] berichtete Ian COBAIN im November 2005 über neuerdings in England freigegebene amtliche Dokumente. Danach betrieb die britische Regierung im Zweiten Weltkrieg in London ein geheimes Folterzentrum unter Oberstleutnant Alexander SCOTLAND, durch das mehr als 3500 deutsche Gefangene gehen mußten. Viele Häftlinge wurden systematisch verprügelt, lange Zeit am Schlafen gehindert, mehr als 24 Stunden zu stehen gezwungen, extremen Temperaturen ausgesetzt, mit Hinrichtungen bedroht, mit Nahrungsentzug bestraft usw. Auch Erhängungen von Gefangenen kamen vor, die vorher »psychologisch fertig gemacht« waren und unter der Folter »Kriegsverbrechen« gestanden hatten. Belastungszeugen für Kriegsverbrecherprozesse wurden hier ebenfalls durch entsprechende Behandlung »vorbereitet«, so daß sie schließlich alles, was ihnen vorgelegt wurde, unterschrieben. Die Folterkammern, die in mehreren Herrenhäusern in Kensington Palace Garden, einer der reichsten Gegenden von London, untergebracht waren, wurden vor dem Roten Kreuz verborgen gehalten. Sie waren bis 1948 in Betrieb und »behandelten« nach 1945 auch eine Reihe deutscher Zivilisten,

In einer nachträglichen Untersuchung des englischen Geheimdienstes MI5 heißt es, daß der Kommandant des Folterzentrums sich eines »klaren Bruchs« der Genfer Konvention schuldig gemacht habe und mehrere der angewandten Methoden das Völkerrecht verletzt hätten. Bei höheren britischen Offizieren habe diese Praxis große Unruhe erzeugt, aber sie hätten wegen der auf diese Weise erpreßten nützlichen Informationen weggesehen. Eine Reihe von Dokumenten über diese Einrichtung ist aus durchsichtigen Gründen noch immer vom britischen Verteidigungsministerium gesperrt und unterliegt nach mehr als 60 Jahren weiterhin der Geheimhaltung,

[1] **Ian COBAIN, in:** *The Guardian,* **12. 11. 2005.**

2. Foltercamp Bad Nenndorf

Auch in der britischen Besatzungszone wurden deutsche Gefangene von Angehörigen der britischen Truppen an mehreren Orten jahrelang grausam und systematisch gefoltert. Im Dezember 2005 brachte die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*[2] **darüber einen AP-Beitrag aus London unter der Überschrift »Folterungen in der britischen Zone?« Das Fragezeichen sollte wohl den Inhalt etwas abschwächen. Es ist jedoch nicht berechtigt, da die dargestellten Tatsachen für sich sprechen.**

Die *FAZ* **berichtete über eine Abhandlung der Londoner Tageszeitung** *The Guardian vom* **17. Dezember 2005. Darin bezieht sich das britische Blatt auf kurz vorher aufgrund des Informationsfreiheitsgesetzes freigegebene Dokumente. Danach wurden in dem von der britischen Besatzungsmacht nach Kriegsende eingerichteten Gefangenenlager im alten Schlammbadehaus von Bad Nenndorf in Niedersachsen von 1945 bis 1947 vor allem ehemalige Mitglieder der SS und der NSDAP von den Wachmannschaften, die einer britischen Strafkompanie angehörten, systematisch gefoltert sowie mißhandelt und dem Hungertod preisgegeben. Insbesondere seien sie bei Verhören ausgepeitscht und geschlagen worden. Die Gefangenen seien willkürlich verhaftet worden, um mögliche Aufstände gegen die Besatzungstruppen zu verhindern. Unter ihnen hätten sich auch Geschäftsleute und Industrielle befunden. Das** *Westfalen-Blatt* **gab an, zwischen 1945 und 1947 seien hier 372 Männer und 44 Frauen mißhandelt worden. Andere Zeitungen versuchten, von den Verbrechen der Engländer abzulenken und deutsche Schuld zu finden, indem sie - wahrscheinlich aus der Luft gegriffen - erwähnten, in Bad Nenndorf seien Folterinstrumente der Gestapo benutzt worden.**[3]

[2] »Folterungen in der britischen Zone?« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 19. 12. 2005, S. 4.

[3] dpa-Meldung, in: *Westfalen-Blatt* Nr. 294,' 19.12. 2005.



Das Schlammbadehaus in Bad Nenndorf in Niedersachsen. Es ist bezeichnend, daß nicht wenige deutsche Medien in dem Fall >Bad Nenndorff krampfhaft deutsche Schuld zu entdecken versuchten und von »Gestapo-Folterinstrumenten« schrieben.

Die nun freigegebenen Dokumente enthielten auch die Ermittlungsergebnisse eines Inspektors von Scotland Yard, der für die britische Militärregierung in Deutschland einen Bericht über Bad Nenndorf verfaßte. Erwähnt sei darin ein Todesfall eines Lagerinsassen, der offenkundig an Unterernährung gestorben sei, obwohl gegen ihn persönlich nichts vorgelegen habe,



Oswald POHL (1892-1951) in Nürnberg, Er war Chef des Wirtschafts- und Verwaltungshauptamtes und Ministerialdirektor im Reichsinnenministerium.

Über die in Bad Nenndorf angewendeten brutalen Methoden zur Beschaffung gewünschter eidesstattlicher Erklärungen berichtete auch der im Mai 1946 gefangene, im Nürnberger POHL-Prozeß vor dem US-Militärgerichtshof III angeklagte SS-Obergruppenführer Oswald POHL (1892-1951) aus eigener leidvoller Erfahrung.[4] In seinem Buch über das Militärtribunal erwähnt der englische Historiker David IRVING, daß jenen »seine Kerkermeister vor der Unterzeichnung des Affidavits einer ausgesprochen fragwürdigen Behandlung ausgesetzt hatten. Man hatte ihn auf einen Stuhl gefesselt und bis zur Bewußtlosigkeit geprügelt; man hatte ihn ins Gesicht geschlagen und ihm Salz in die Wunden gerieben; seine Wächter hatten ihn mit Fußtrinen traktiert und mehrfach so lange erbarmungslos in die Zange genommen, bis er bereit war, jedes beliebige Affidavit, das ihm die Inquisitoren vorlegten, durch seine eidesstattliche Unterschrift zu beglaubigen«,[5]

Deutsche Insassen des britischen Internierten-Krankenhauses in Rotenburg/Wümme erlebten, wie im Juli 1946 Engländer aus Bad Nenndorf auf Tragbahren drei bewußtlose Deutsche einlieferten. Diese waren »völlig verquollen im Gesicht und alle Körperteile übermäßig angeschwollen und grünbraun verfärbt. Es war kaum Aussicht, daß sie am Leben bleiben würden«. Doch sie konnten gerettet werden. Sie kamen erst nach einiger Zeit zu sich und erzählten dann von den erduldeten Torturen in Bad Nenndorf.[6]

[4] Oswald POHL, »Letzte Aufzeichnungen«, in: Udo WALENDY (Hg.), *Historische Tatsachen,* Nr. 47, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1991, S. 35 ff.

[5] David IRVING, *Nürnberg. Die letzte Schlacht,* Grabert, Tübingen 1996, S. 322, POHL wurde am 3, 11. 1947 zum Tode verurteilt und am 8. 6. 1951 im Landsberger Zuchthaus gehängt.

[6] G. ADAM, »Jeder 2 Kekse - SS nichts - wegtreten«, in: *Der Freiwillige,* Nr. 10, 1986, S. 9, u. Nr. 11, 1986, S. 10.

Nachdem kirchliche Kreise, unter anderem der Bischof von Hildesheim, sich eingesetzt hatten, befaßte sich im Jahre 1947 eine offizielle Kommission des britischen Unterhauses mit den skandalösen Vorfällen im Lager Bad Nenndorf,[7] das Pfingsten 1947 von dem Abgeordneten STOKES persönlich aufgesucht wurde. Daraufhin wurde das Lager im August 1947 aufgelöst; und es gab im selben Jahr in London einen Prozeß gegen Angehörige der Lagermannschaft, wobei der objektive Tatbestand der Mißhandlungen der Gefangenen festgestellt wurde. Die überführten Schuldigen, Lagerkommandant Colonel STEVENS und seine Untergebenen, erhielten jedoch keine Bestrafung, außer daß der pensionsreife Lagerarzt Captain SMITH aus der britischen Armee entlassen wurde. Einzelheiten über das Folterlager und seine Bedingungen mit einem ausführlichen Bericht des an den Folgen der Nenndorfer Haft 1948 verstorbenen Heinrich STEINMEYER erschienen in der Illustrierten *Quick* 1952.[8] Doch bald wurden diese Verbrechen vergessen.


Hinter den Kulissen der Nachkriegszeit
Der Dritte Grad

Die Einleitung zum *Quick*-Artikel vom 9. 3. 1952 (Schlagzeile Seitenmitte) lautete: »Endlich haben die Alliierten einer Überprüfung der Urteile gegen wirkliche und angebliche Kriegsverbrechen zugestimmt. Wenn *Quick* sich zu diesem Zeitpunkt zur Veröffentlichung dieses Berichtes über Nenndorf entschließt, geschieht es, um den Richtern die ungeheure Verantwortung vor Augen zu halten, die in ihren Händen liegt, um ihnen ins Gedächtnis zu rufen, daß es nicht nur deutsche Kriegsverbrecher gab und daß hüben und drüben nicht mit dem gleichen Maß gemessen wurde.«

3. Hungerlager Staumühle

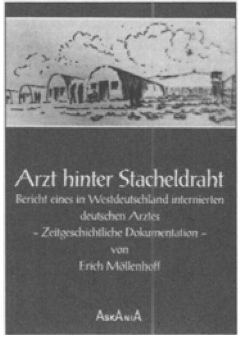
Es gab weitere britische Vernichtungslager, so das Lager Staumühle bei Hövelhof in der Senne nördlich von Paderborn, das durch viele Hungertote hervorstach. Hier verhungerte ein guter Bekannter des Verfassers, der im Sommer 1945 allein deswegen verhaftet und nach wenigen Wochen im Lager verstarb, weil er Ortsgruppenleiter in einer Stadt im Rheinland gewesen war.

Über die Folterungen und systematische Aushungerung in diesem Lager auch jahrelang nach Kriegsende berichtete später ausführlich der dort von 1945 bis 1948 tätige deutsche Lagerarzt Erich MÖLLENHOFF, der sich nach Jahr-

[7] Wolfgang KANIA, Rheinberg, Leserbrief »Ohne Fragezeichen«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 4. 1.2006, S. 3,

[8] »Hinter den Kulissen der Nachkriegszeit. Der Dritte Grad«, in: *Quick,* 5. Jg., Nr. 10,9. 3.1952, S. 28-31. Auszüge des *Quick*-Berichtes und Einzelheiten der Folterung Oswald POHLS bringt auch Johannes HEYNE, »Die britischen Folterungen in Bad Nenndorf«, in: *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung,* 9. Jg., Nr. 1, September 2005, S. 14-19.







Links: Erich MÖLLENHOFF, Selbstporträt, und sein Buch *Arzt hinter Stacheldraht,* Askania, Lindhorst 1984. Oben; Staumühle, Barackeninterieur mit Internierten. In vielen Fällen war Selbstmord der letzte Ausweg. Zeichnung: Erich MÖLLENHOFF, aaO., S. 132,

zehnten nicht mehr an das ihm abgepreßte Versprechen, nichts über seine Zeit im Lager zu berichten, halten zu müssen glaubte.[5] Zahlreiche Opfer liegen auf dem Friedhof in Hövelhof.

4. Folterstation Minden

Eine andere englische Folterstation befand sich in Minden an der Weser, Sie wurde vor allem durch die im März 1946 erfolgte tagelange Folterung des ersten Kommandanten des KL Auschwitz, Rudolf HÖSS, bekannt, die zu seinem »Geständnis« vom 15. März 1946 und zu seiner »eidesstattlichen Erklärung« (Affidavit Nummer NO-1210 in der alliierten Bezeichnung in Nürnberg) vom 5. April 1946 führte, daß in Auschwitz drei Millionen Menschen ermordet worden seien.

Höss beschreibt in seiner Autobiographie,[10] wie grausam es ihm bei seiner Verhaftung am 11. März 1946 in Holstein, danach in Heide und anschlie-

9 Erich MÖLLENHOFF, *Arzt hinter Stacheldraht,* Askania, Lindhorst 1984; vgl Karl HÜSER, *Unschuldig in Haft,* Bd. 10 von *Paderborner Historische Forschungen,* SH-Verlag, Köln 1999.

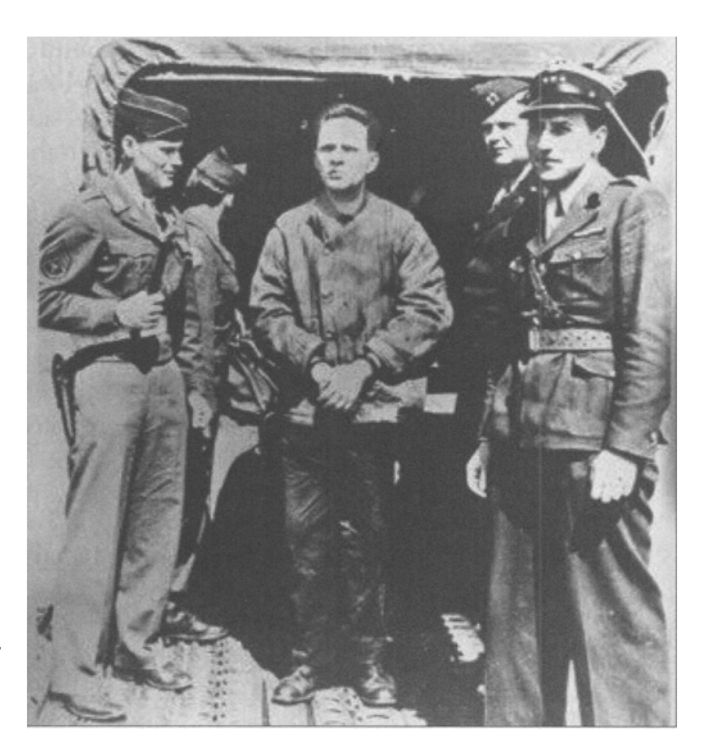
10 Rudolf HÖSS in: Martin BROSZAT (Hg.), *Kommandant in Auschwitz* Deutscher Taschenbuch-Verlag, München "1983, S. 149 f.; Robert FAURISSON, »Neue Erkenntnisse zur Frage der >Endlösung«, Wie die Briten zu dem Geständnis von Rudolf HÖSS, Kommandant von Auschwitz, gekommen sind«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* Nr. 1, 1987, S. 12-17,

ßend in Minden erging und daß er, schließlich körperlich völlig am Ende, kritiklos alles unterschrieben habe, was ihm von seinen Folterknechten vorgelegt worden sei.

Der Leitende Redakteur des *Spiegels,* Fritjof MEYER, faßte die Behandlung, die Höss erfuhr, in seiner Studie zu den Auschwitz-Opferzahlen wie folgt zusammen: »Nach drei Tagen Schlafentzug, gefoltert, nach jeder Antwort verprügelt, nackt und zwangsweise alkoholisiert, war die erste Vernehmung »unter schlagenden Beweisen« zustande gekommen, so berichtete auch Höss selbst: »Was in dem Protokoll drin steht, weiß ich nicht, obwohl ich es unterschrieben habe. Doch Alkohol und Peitsche waren auch für mich zuviel.«««[11] Dennoch wurden seine »Aussagen« als »Geschichtsquelle< gewertet und zur Grundlage der Geschichtsschreibung über Auschwitz gemacht.

Rudolf Höss bei seiner Überstellung. Er wurde am 11. März 1946 verhaftet, nachdem seine Frau und seine Kinder von den Briten entsprechend »eingeschüchtert« worden waren. Siehe: David IRVING, *Nürnberg. Die letzte Schlacht,* Graberl, Tübingen '2005, S. 314-322.

Auch einer seiner Peiniger, R. BUTLER, hat in einem Buch über diese Folterungen ausführlich berichtet.[12] Er stellt darin ebenso in Einzelheiten die Mißhandlung eines anderen Deutschen, des Gefangenen H. FRANK, in Minden durch britische Soldaten dar.[13]



Es ist bezeichnend, daß in einem 1983 erschienenen Sammelband von »Fachleuten« wie KOGON, LANGBEHN und RÜCKERL über Massentötungen durch Giftgas diese Aussagen von Rudolf Höss als Beweise angeführt werden, ohne daß dabei mit einem einzigen Wort erwähnt wird, daß sie nach furchtbaren Folterungen und unter weiteren Drohungen zustande kamen. Es heißt dort,[14] Höss' Aussage sei gar »der wichtigste Beweis« für die Vergasungen und - man kann es bei Kenntnis der wahren Umstände, die den genannten Autoren nicht unbekannt gewesen sein dürften, nur zynisch nennen - er habe sich als »außerordentlich mitteilsam« erwiesen.

[11] Fritjof MEYER, »Die Zahl der Opfer von Auschwitz«, in: *Osteuropa,* 52. Jg., Nr. 5, Mai 2002, S. 639.

[12] R. BUTLER, *Legions of Deatb,* Arrows Books Ltd., London 1986, S. 236 f.

[13] Ebenda, S. 238 f.

[14] Eugen KOGON u.a. (Hg.), *Nationalsozialistische Massentötungen durch Giftgas,* S. Fischer, Frankfurt/M. 1983, S. 195.

5. Foltergefängnis Hameln

Zu den berüchtigten Folterstationen der Briten gehörte auch das Gefängnis in Hameln an der Weser, wo viele unschuldige Gefangene zu Tode kamen, deren mehr als 200 Gräber Anfang März 1986 »in einer Blitzaktion im Morgengrauen«[15] beseitigt wurden, weil Angehörige und Freunde durch Besuche dort immer wieder an die Untaten der englischen Wachmannschaften und Henker erinnerten, was nicht sein sollte.

Im Gegensatz zu den Alliierten, die die unter Folter von ihren Gefangenen erpreßten »Geständnisse« und »eidesstattlichen Erklärungen« in nachfolgenden Prozessen als juristische Beweise anerkannten, wertete der NS-Volksgerichtshof unter Anwendung der Folter zustande gekommene Aussagen nicht und sprach nach Vorliegen von Folterungen Angeklagte frei. So berichtet der in das Attentat vom 20. Juli 1944 verwickelte Widerständler Fabian VON SCHLABRENDORFF **in seinem Buch** *Offiziere gegen Hitler,*[16] **wie er bei Beginn seiner Verhandlung vor dem Volksgerichtshof unter dessen Vizepräsidenten Dr.** KROHNE **am 16. März 1945 in Berlin erklärt habe,** »FRIEDRICH DER GROSSE **habe vor mehr als zweihundert Jahren die Folter in Preußen abgeschafft, gegen mich sei sie angewendet worden. Dann schilderte ich das gegen mich angewandte Verfahren im Einzelnen... Aber ich wurde nicht unterbrochen. .. Man hätte eine Stecknadel zu Boden fallen hören... Daraufhin ließ der Oberreichsanwalt die Anklage fallen. Der Volksgerichtshof sprach mich frei und hob den Haftbefehl auf.«**

In den beiden anderen westlichen Zonen wurde von Angehörigen der französischen und amerikanischen Besatzungsmächte 1945 und in den folgenden Jahren in vielen »Internierungslagern« in noch größerem Maße gefoltert, von den Praktiken der Sowjets in ihrer Zone - etwa in Sachsenhausen und Bautzen - ganz zu schweigen. Darüber liegen zwar seit Jahrzehnten ausführliche Beschreibungen vor,[17] aber in der Bevölkerung sind diese Vorgänge meist unbekannt, und die politisch korrekten Medien verschweigen sie, während sie den Deutschen vorgeworfene Verbrechen immer wieder vorbringen und diese dazu noch maßlos im Dienste der Umerziehung übertreiben,

Rolf Kosiek

[15] *Deister- und Weser-Zeitung,* 6. 3. 1986.

[16] Fabian VON SCHLABRENDORFF, *Offiziere gegen Hitler,* Europa, Zürich-Wien-Konstanz 1951, S. 216 f.; Fischer Bücherei, Frankfurt/M.-Hamburg 1965, S. 170.

[17] Landesverband der ehemaligen Besatzungsinternierten Baden-Württemberg (Hg.), *Die Internierung im Deutschen Südwesten,* Karlsruhe 1960; Rudolf ASCHENAUER, *Der Malmedy-Fall,* 1953; Lothar GREIL, *Die Wahrheit über Malmedy,* K.-W. HAMMERSTEIN, *Landsberg, Henker des Rechts-,* Heinrich PFLANZ, *Der Spöttinger Friedhof,* Eigenverlag, Landsberg [2]2005.

Britisches Juden-KZ auf Mauritius 1940-45

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs hatte sich Großbritannien, da die Türkei als Verbündeter der Mittelmächte zu den Verlierern gehörte, aus der Konkursmasse des Osmanischen Reiches unter anderem Palästina angeeignet, das damals fast ausschließlich von moslemischen Palästinensern bewohnt war. Zu Beginn des Zweiten Weltkrieges war das Land noch britisches Herrschaftsgebiet.

Da die Briten das Land früher sowohl den Arabern für deren Kriegseintritt gegen die Türkei im Ersten Weltkrieg als auch in der BALFOUR-Erklärung vom November 1917 den Juden zugesagt hatten, wehrten sich die Engländer in der Zwischenkriegs- und nachfolgenden Kriegszeit zeitweise gegen jüdische Einwanderer aus Europa ins Heilige Land. Sie wandten zur Unterbindung der Einwanderung auch heute gern verdrängte und in der Öffentlichkeit unbekannte Methoden an. Dazu gehörte neben der Verhinderung der Landung mit jüdischen Einwanderern beladener Schiffe in Palästina[1] auch der Rückgriff auf die schon in den Burenkriegen von ihnen eingerichteten Konzentrationslager nun für Juden.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 328, »Die Exodus-Tragödie«.

So verhafteten die Engländer 1940 knapp 1600 von ihnen gefaßte jüdische »illegale Einwanderer«, die vor allem aus Österreich und der Tschechoslowakei in den Vorderen Orient eingereist waren, und deportierten sie gegen deren Willen nach der kleinen Insel Mauritius. Die allen Briefmarkensammlern wegen der »blauen Mauritius« bekannte Insel liegt im Indischen Ozean rund 500 Kilometer östlich von Madagaskar, ging 1810 als Kolonie von Frankreich an England über und ist in der jüngsten Zeit zu einem beliebten Urlaubsziel geworden.

Auf Mauritius wurden die genannten Juden 55 Monate vom Dezember 1940 bis August 1945 in dem Konzentrationslager von Beau Bassin festgehalten. In dieser Zeit fanden 124 Häftlinge den Tod, die auf dem Lagerfriedhof von St. Martin beigesetzt wurden. Über dieses Schicksal im Lager von Beau Bassin berichtete Dr. Aaron ZWERGBAUM aus Jerusalem in der *Jüdischen Allgemeinen Zeitung*[2] **und schrieb unter anderem dazu: »Das Leben im »Detainment Camp« von Beau Bassin, das früher als Gefängnis gedient hatte, war von Leiden und Entbehrungen gekennzeichnet: Das tropische Klima war für Europäer beschwerlich, die Kost ungewohnt und oft völlig unzulänglich, es grassierten schwere Krankheiten wie Malaria, Avitaminosis und zu Beginn auch Typhus, die Unterbringung war schlecht - die Männer wohnten in kleinen Gefängniszellen, während die Frauen in einem besonderen »Women's Camp« in Wellblechbaracken zusammengepfercht waren. Das ärgste aber waren der Freiheitsentzug, die erzwungene Untätigkeit der meisten Insassen und die Ungewißheit in bezug auf die Zukunft.«**

BAUM, in: *Jüdische Allgemeine Zeitung, 3.* 3. 1989, S. 25.

Heute dient die Einrichtung wieder als Zentralgefängnis der Insel. Es wurde nicht bekannt, daß die Weltöffentlichkeit wegen dieses Konzentrationslagers Großbritannien Antisemitismus vorgeworfen hat und daß London eine Entschädigung an die betroffenen Personen auszahlte.

Großbritannien richtete während des Zweiten Weltkrieges auch im eigenen Land Konzentrationslager für Deutsche ein. *Der Spiegel* verwies darauf[3] im Zusammenhang mit dem Auftauchen der britischen Geheimakte über den Publizisten Sebastian HAFFNER (geboren als Raimund PRETZEL), der in einem solchen Lager vorübergehend gefangengehalten worden war. Entschuldigend meinte *Der Spiegel* dazu: »Der Bombenterror der Nazis hatte die Briten so aufgewühlt, daß Premierminister Winston CHURCHILL Pogrome befürchtete und deshalb über 20 000 Deutsche und Österreicher vorsichtshalber festsetzen ließ.«

Diese Aussage des Magazins ist in doppelter Hinsicht falsch und verlangt nach einer Richtigstellung. Einmal war die Inhaftierung von der britischen Regierung nicht als »Schutzmaßnahme« der Betroffenen vor möglichen Ausschreitungen von Seiten der englischen Bevölkerung gedacht, sondern sie galt ausdrücklich »feindlichen Personen«. Zum anderen setzte sie bereits wenige Tage nach CHURCHILLS Ernennung zum Regierungschef Mitte Mai 1940 ein - und damit Monate vor dem Beginn der ersten deutschen Bombenangriffe auf England.

»Als »Enemy Aliens« (feindliche Fremde) waren von den Verschleppungen (in die britischen Lager, H. W.) ab dem 12. Mai 1940 zunächst alle Männer in den »Schutzzonen« entlang der britischen Küste betroffen, dann landesweit alle Männer der sogenannten »Kategorie B« (zwischen dem 16. und 60. Lebensjahr); später auch die 60- bis 70jährigen, schließlich im Juni bis Anfang Juli die restlichen »Enemy Aliens«. Mitte Juni 1940 lag die Zahl der Internierten in Lagern wie Seaton, Kempton-Park, Huyton bei Liverpool, Wharf Mills und Mooragh bereits bei gegen fünfzehn tausend. Ab 22. Juni 1940 ging CHURCHILL daran, Internierte nach Kanada und Australien in dortige Lager »verschicken« zu lassen. Betroffen waren von den Zwangsmaßnahmen auch Engländer, die als »Nazi-Sympathisanten« galten, beispielsweise Aktivisten der Bewegung von Sir Oswald MOSLEY.«[4]

[3] *Der Spiegel,* Nr. 1, 2003, S. 50.

[4] Ernst K. BERG, »Churchills KZ - nur humanitäre Schutzmaßnahme?« in: *National-Zeitung,* 10. 1. 2003.



Internierte auf der Isle of Man, Deutsche und Österreicher auf dem Weg nach Port Erin 1940. Aus: *Der Spiegel,* Nr. 1, 2003.

Deutsche Kriegsgefangene in Großbritannien

Nach den internationalen Abkommen (Haager Landkriegsordnung, Genfer Abkommen) müssen Kriegsgefangene unmittelbar nach Kriegsende - auch vom Sieger - wieder in ihre Heimat entlassen werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden dagegen Millionen deutscher Soldaten, die meist erst nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 in alliierte Gefangenschaft gerieten, noch jahrelang von den Siegern in teilweise unmenschlicher Haft einbehalten und als billige Arbeitssklaven ausgenutzt. Viele verstarben in diesen Jahren in der Fremde, in der Sowjetunion Hunderttausende, und manche kamen erst nach mehr als zehn Jahren nach Kriegsende in die Heimat zurück.

Aber auch die Westalliierten machten sich dieses Verstoßes gegen internationales Recht schuldig. Die berüchtigten Rheinwiesenlager wurden vielen Deutschen zum Verhängnis.[1] Es dauerte teilweise mehrere Jahre, bis die keiner individuellen Schuld überführbaren und nicht abgeurteilten deutschen Gefangenen aus westlichen Ländern entlassen wurden. Sie wurden - auch ein Verstoß gegen die internationale Rechtsordnung und die Menschenrechte - nach ihrer Gesinnung eingeteilt und einer umfassenden politischen Umerziehung unterworfen. Der Zeitpunkt der Rückkehr wurde auch davon abhängig gemacht, ob sie ihren früheren idealen abschworen. Die »Unbelehrbaren« sollten auch Jahre nach 1945 noch weiter in Gefangenschaft bleiben. Eine bezeichnende Darstellung der Lage und Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen sowie ihrer Rechtsstellung in Großbritannien mehr als zwei Jahre nach Kriegsende - manche Gefangenen saßen bereits seit dem Afrikafeldzug von 1941 in britischer Gefangenschaft - gab der englische *Manchester Guardian* **vom 21. Mai 1947. Es heißt in dem betreffenden Artikel:**

»Ungefähr 297 800 deutsche Kriegsgefangene befinden sich zur Zeit im Vereinigten Königreich. Sie sind auf 250 verschiedene Lager verteilt. Die große Mehrheit wird - auf jeden Fall theoretisch - zu nützlicher Arbeit verwendet, was zum Teil ihre Zurückhaltung in England rechtfertigt. 67 Offiziere und 23 400 Unteroffiziere und Mannschaften sind beispielsweise im Rahmen von Arbeitskompanien eingesetzt, während 815 Offiziere und 245 300 Unteroffiziere und Mannschaften in Lagern, Hotels und Privatquartieren arbeiten. Ungefähr 15000 Männer werden monatlich repatriiert, und fast alle Kriegsgefangenen, die von Kriegsbeginn an bis zum Abschluß des tunesischen Feldzuges in Gefangenschaft gerieten, sollen bis Ende Juli in Deutschland sein.

Eine Kategorie Kriegsgefangene jedoch, die als C-Plus eingestuft ist, geht nicht nach Hause. Diese Gefangenen leben weiterhin hinter Stacheldraht und dürfen ihre Lager nur unter Bewachung verlassen.

Gemäß ihrer Einstellung zur Demokratie wurden die Kriegsgefangenen während des Krieges in Weiße, Graue und Schwarze eingeteilt. Anstelle die-

[1] Über die unmenschlichen Zustände in den Rheinwiesenlagern 1945 vgl. James BACQUE, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen undfranzösischen Lagern 1945/46,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1989; Ludwig PETERS, *Wir haben Euch nicht vergessen! Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen,* Grabert, Tübingen 1995; siehe außerdem: Beitrag Nr. 389, »Amerikaner lassen Deutsche verhungern«.

ses Systems setzte man späterhin ein verfeinertes mit den Einstufungen A, B und C.[2] Am 15. April (1947, H. W.) wurde im Unterhaus bekanntgegeben, daß sich in Großbritannien 7600 A, 240600 B, 32000 C und 1000 C-Plus-Leute (die schwärzesten der Schwarzen) befinden. Ein Überrest von rund 20 000 war offensichtlich noch nicht klassifiziert. Heute werden diese alphabetischen Klassifikationen mit ihren dazwischen liegenden Plus und Minus außer Kurs gesetzt, abgesehen von der Bezeichnung C-Plus. Alle Gefangenen werden jetzt in eine der beiden Klassen eingestuft, und sowohl die alten A- und B-Leute als auch eine ganze Anzahl der alten C-Leute sind für die Repatriierung freigegeben, während der Rest aus Sicherheitsgründen als >nichtrepatriierbar« bezeichnet wird. Der Kontrollrat für Deutschland und Österreich betrachtet den Rest als derart hoffnungslose Fälle, daß er ihre Zurückhaltung auf unbegrenzte Zeit für erforderlich hält.

[2] Die »Schwarzem oder >C-Männer< waren die »Unbelehrbaren«.



Deutsche Kriegsgefangene an einem Strand der Normandie (fuli 1944). Sie wurden in britische Gefangenenlager verschifft.

So haben wir also über 2000 Kriegsgefangene, die in Wirklichkeit politische Gefangene mit zeitlich nicht begrenzter Inhaftierung geworden sind. Allein in einem Lager in Schottland leben über 100 Männer, die nun mehr als 7 Jahre in britischen Händen sind.

Alle diese Angehörigen einer unglückseligen Minderheit sollen jetzt in einem Lager in Schottland zusammengefaßt werden-. Augenblicklich beherbergt das 165. POW-Camp in Watten bei Wick nahezu 1400 Deutsche, von denen ein Drittel in dem besonderen C-Plus-Camp untergebracht ist. Aber alle A- und B-Leute, die sich noch dort befinden, werden allmählich an andere Orte versetzt, so daß ein einziges »Nürnberg aller Nichtrepatriierbaren« in einem außerhalb des Blickfeldes der Öffentlichkeit liegenden Gebiet zurückbleibt, aus dem Fluchtversuche äußerst schwierig sind.

Diese politische Unterscheidung und die gesamte Umerziehung gehen auf die Verantwortung des Außen ministe riums zurück. Seitens des Kriegsministeriums wird das Watten-Camp als ein gutes Lager betrachtet, und meiner persönlichen Kenntnis nach haben die Deutschen über die Verwaltung, die Konzerte, Theateraufführungen, die monatliche Lagerzeitung, über gelegentliche Vorträge, über die Bücherei und den Nachrichtendienst nur Lobenswertes zu berichten. Als Mittelpunkt politischer Umerziehung für fanatische Nationalsozialisten hat es sich jedoch als ein erschütternder Fehlschlag erwiesen. Watten-Camp, das keinen ständigen Umerziehungsstab besitzt, ist fast 800 Meilen von London entfernt. Man lächelt heute über HITLERS Gedanken, die Normandieschlacht von Berlin aus zu lenken, doch die Überwachung des Außenministeriums über Watten ist kaum weniger weit entlegen.



Deutsche POWs (Prisoners of War, Kriegsgefangene) in England. Nach 1945 übergaben die USA England und Frankreich 1,75 Millionen deutsche Kriegsgefangene zur Zwangsarbeit.

Der >hoffnungslose< Nazi ist heute ein genau so hoffnungsloser Fall wie je. Mittels irgendeines seltsamen Geheimnisses ist die Einstufung einiger C-Plus-Leute nach B-Minus hin aufgebessert worden. Welche Bezeichnung man aber auch immer wählen mag, die meisten von ihnen verhalten sich politisch genau so ablehnend und antidemokratisch wie vorher und bemühen sich in vielen Fällen nicht einmal, ihre Ansichten zu verhehlen. Die augenblicklichen Verhältnisse in der britischen Zone Deutschlands vermitteln ihnen ein äußerst anschauliches Musterbeispiel der Demokratie. Die Briefe, die sie aus der Heimat erhalten, sind für sie in dieser Hinsicht aufschlußreich. Die Gefangenen sprechen offen von Hunger, Elend und bürokratischen Albernheiten und vergleichen das dann mit dem goldenen Zeitalter Vorkriegsdeutschlands unter HITLER.

In regelmäßigen Zeitabständen erscheint aus dem Süden einer der >Verhöroffiziere< des COGA, um die Einstufungen einer Prüfung zu unterziehen. Die Nazigefangenen betrachten diese Verhöre als eine Farce, obwohl die neu B-Minus-Eingestuften sicherlich keinen Grund zum Nörgeln hätten.

»Wir müssen hart mit Deutschland umgehen, und ich meine das deutsche Volk, nicht nur die Nazis. Entweder müssen wir das deutsche Volk kastrieren, oder man muß die Deutschen in einer Weise behandeln, daß sie nicht immerzu Leute in die Welt setzen, die so weitermachen wollen wie früher.« (Franklin Delano ROOSEVELT, zitiert von James BACQUE, aaO. (Anm. 1), S. 21.

»Wenn man uns nur einen britischen Offizier schicken würde, dann wäre es etwas anders«, beklagt sich ein ehemaliger U-Boot-Kommandant, »statt dessen kommt aber ein Pole, Tscheche oder deutscher Jude. Er stellt lächerliche Fragen, auf die ich nur lächerliche Antworten geben kann. Ob es mir leid täte, daß ich Mitglied der Partei gewesen sei? Oder ob die Demokratie besser als der Nationalsozialismus sei? Was ich auch immer darauf antworte, es bleibt sich völlig gleich.«

Diese Verhöroffiziere sind Anklagevertreter, Richter und Gericht in einer Person. Gegen das Ergebnis eines Verhörs kann Einspruch erhoben werden, was aber nur zu einem zweiten, ähnlichen Verhör führt.

Es ist eine Streitfrage, ob der Nationalsozialist automatisch außerhalb des Bereichs des natürlichen Rechts steht. Indem wir die Schlimmsten zusammenfassen, wird ihnen die Möglichkeit genommen, ihren bösen Einfluß auf kleinere, leicht beeinflußbare Gruppen in anderen Lagern weiterhin auszuüben.,.

Die Gefangenen, mit denen ich mich in Watten-Camp unterhielt, waren weder Raufbolde noch rohe Lümmel, sondern der bekannte Typ des jungen Deutschen, der so häufig durch sein Wesen und seine Unternehmungslust den britischen Besucher in der Vorkriegszeit gefesselt hat. Sie verhielten sich recht ablehnend, bemühten sich eifrig, ihre deutsche Ehre zu wahren, und waren von der Schande des Naziregimes keineswegs überzeugt. Bereute NAPOLEON **auf St. Helena? Oder war die sibirische Verbannung dazu angetan, die Liebe zum kaiserlichen Rußland zu wecken?...**

>Ich las in der Zeitung«, sagte mir ein U-Boot-Offizier, »daß Amerika einen Überschuß von Millionen t von Kartoffeln hat, die verkommen werden. Warum sendet man sie nicht nach Deutschland?«...

Ich fragte einen großen jungen Mann mit blondem Haar, der sich seiner C-Plus-Einstufung auch nicht ein bißchen schämte, warum er in die SS eingetreten sei. Er erzählte mir daraufhin, daß er Angehöriger der Leibstandarte gewesen sei und seine Familie immer in Leibregimentern gedient habe.

»Haben Sie des öfteren den Führer gesehen?« fragte ich.

»Hunderte von Malen!«

»Wie sah er aus? Eindrucksvoll oder ziemlich unbedeutend?«

»Er war prächtig!« *(wonderful).* **Das Gesicht des Jungen leuchtete vor Stolz. Genauso habe ich Angehörige vom Stabe** MONTGOMERYS[3] **über »ihren Meister« sprechen hören.**

»Ich hätte geglaubt«, wagte ich einzuwenden, »daß es für einen C-Plus-Gefangenen wie Sie besser wäre, zeitweise Demokrat zu werden, ihre Einstufung nach B aufzubessern und so nach Deutschland zurückzukehren. Sobald Sie einmal daheim sind, können Sie die Lage selbst prüfen und dann sehen, wo Ihre Aufgabe zu finden ist.«

»Aber wenn ich zu dieser Sorte Menschen gehört hätte, wäre ich nicht bei der Leibstandarte angenommen worden«, antwortete er höflich, aber bestimmt.«[4]

[5] Generalfeldmarschall MONTGOMERY war ROMMELS Gegner in Nordafrika und befehligte 1945 die britischen Truppen beim Angriff auf Deutschland.

[4] Ausführlichere deutsche Übersetzung in: *Leitheft* Nr. 125, 1997, S. 13-17.

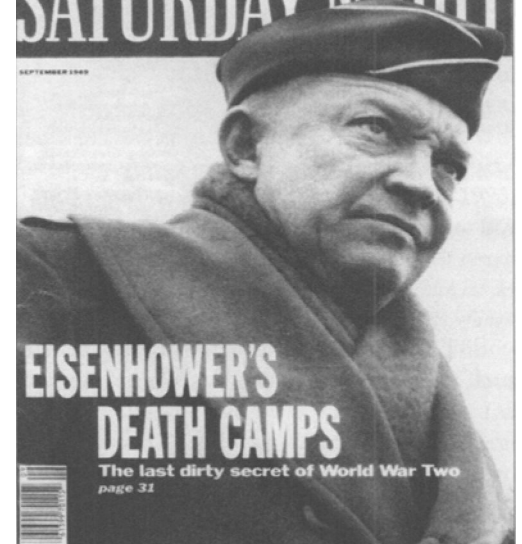
Amerikaner lassen Deutsche verhungern

Der kanadische Historiker James BACQUE **hat in seinem Buch** *Der geplante Tod*[1] **zahlreiche Beweise und Dokumente dafür gebracht, daß die West-" alliierten, insbesondere die Amerikaner, nach Kriegsende einen großen Teil der Millionen deutscher Gefangener bewußt und systematisch verhungern ließen. Während das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) zu den alliierten Gefangenen in deutschen Lagern während des Krieges Zugang hatte und Millionen von Paketen an diese befördern konnte, haben die Westalliierten sofort nach dem 8. Mai 1945 dem IKRK untersagt, ihre Lager mit deutschen Gefangenen zu besuchen und diesen Lebensmittel zukommen zu lassen.- Fadenscheinig wurde das damit begründet, daß es mit dem Verschwinden der Reichsregierung keine Schutzmacht für die Deutschen mehr gebe. Nur der kanadische Premierminister** MACKENZIE KiNg **protestierte dagegen, wenn auch erfolglos, daß den deutschen Kriegsgefangenen damit der einzige Rechtsschutz entzogen werde.-**[3]

Während die deutsche Bevölkerung schon stark hungerte und in den Rheinwiesenlagern Zehntausende deutscher Gefangener verhungerten, ließen die Amerikaner im Juni 1945 zwei Güterzüge voller Lebensmittel aus den gefüllten Lagerhäusern der Schweiz - vom IKRK nach Augsburg und Mannheim entsandt - von dort voll wieder in die Schweiz zurückfahren, wobei die US-Offiziere den verwunderten Schweizer Begleitern erklärten, daß ihre Vorratsdepots voll seien und die Deutschen keine weiteren Nahrungsmittel brauchten." Selbst als Max HUBER, **der damalige Präsident des IKRK, deswegen an das amerikanische Außenministerium schrieb und um Abhilfe bat, blieben die Amerikaner hart, und** EISENHOWER, **der US-Oberbefehlshaber in Deutschland, teilte (wahrheitswidrig) mit, daß gemäß der von der Armee mit dem Amerikanischen und Britischen Roten Kreuz getroffenen Vereinbarung die Verwendung von Lebensmitteln (des Roten Kreuzes) für Feindpersonen verboten sei.**

Dwight EISENHOWER widmete die kanadische Zeitschrift *Saturday Night* - auf Grund der Enthüllungen James BACQUES eine Sondernummer:

lager«.



[1] James BACQUE, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen undfranzösischen Lagern 1945—1946,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1989.

[2] Ebenda, S. 83.

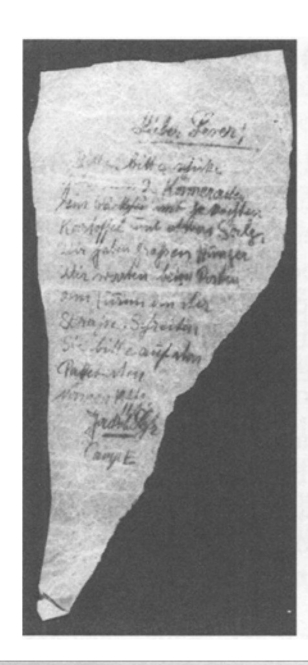
[3] Ebenda, S. 85.

[4] Ebenda, S. 90.

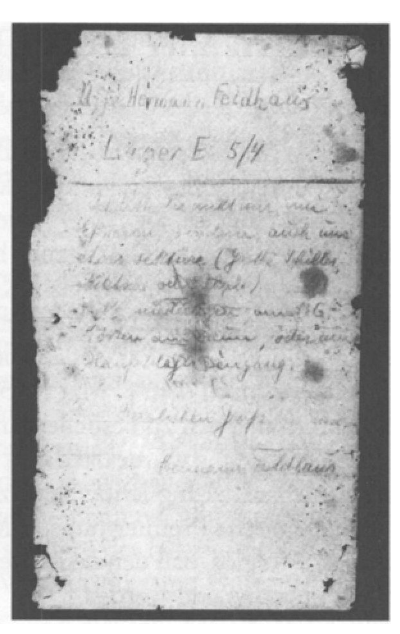
»Lieber Leser; Bitte, bitte, schicke für uns 2 Kameraden ein Päckchen mit gekochten Kartoffel'(n] und etwas Salz. Wir haben großen Hunger. Wir warten beim Posten am Turm an der Straße. Schreiben Sie bitte auf das Päckchen den Namen Uffz. Jakob Lohr Camp E.«

»Uffz. Hermann Feldhaus. Lager E 5/4. Ich bitte Sie nicht nur um Eßwaren, sondern auch um etwas Lektüre (Goethe, Schiller, Nietzsche oder. . , [unleserlich] Bitte niederlegen am MG-Posten am Zaun, oder am Hauptlagereingang. Herzlichen Gruß Hermann Feldhaus.«

Aus: James BACQUE, aaO. (Anm.I).



Lieber Leser,



Uffz. Hermann Feldhaus
Lager E 5/4



Eines der sogenannten Rheinwiesenlager, die nicht nur für Kriegsgefangene, sondern auch für Frauen, Kinder und Greise vorgesehen waren - hier bei Sinzig am Rhein.

Eine solche Verfügung enthielt die Vereinbarung aber überhaupt nicht.[5] EISENHOWER wollte eben Hunderttausende Deutscher dem Hungertod ausliefern.

Aber auch den darbenden Deutschen wurde von den »Befreiern< strikt verboten, aus ihren kargen Beständen den hungernden Kriegsgefangenen etwas abzugeben. Aufschlußreich hierzu ist eine Verfügung, die die betreffenden deutschen Stellen auf Anordnung der Besatzungsmacht weitergeben mußten und die im Wonlaut heißt:[6]

5 Ebenda, S. 93.

6 Abschrift liegt der Redaktion vor.

Der Regierungspräsident — **Koblenz, den 9. Mai 1945**

An den
Herrn Landrat
in Bad Kreuznach — **Durch Kurier**

Betrifft Lebensmittel für die Gefangenen

Die Militärregierung hat mich ersucht, bekanntzugeben, daß unter keinen Umständen unter der Bevölkerung Lebensmittel gesammelt werden dürfen, um sie deutschen Kriegsgefangenen zuzustellen. Wer dieses Gebot übertritt und gegebenenfalls unter Umgehung der Absperrung den Gefangenen trotzdem etwas zukommen läßt, setzt sich der Gefahr aus, erschossen zu werden. In besonderen Einzelfällen - Zuwendungen an nahe Verwandte - kann dies nur durch den Militärkommandanten vermittelt werden. Ich ersuche, hiernach alles daran zu setzen, etwaige Sammlungen zu unterbinden und die Bevölkerung in geeigneter Weise über diesen Tatbestand aufzuklären.

Im Auftrag
gez. Unterschrift

Der Landrat des Kreises Kreuznach — **(Eingangsstempel 16. Mai 1945)**
Bad Kreuznach, den 15. Mai 1945 — **Kreishauptamt o/o2**

An den
Herrn Amts-Bürgermeister in Langenlonsheim
Abschrift übersende ich zur genauesten Beachtung
Die Bevölkerung ist in geeigneter Weise aufzuklären, gez. Sieben

Die Amerikaner drohten also die Todesstrafe für die Abgabe von Nahrung an yerhungernde an: ein echter Ausfluß der »westlichen Wertegemeinschaft<!

Über die allgemeine Lage der deutschen Gefangenen nach Kriegsende gibt es eine Reihe ausführlicher Darstellungen.[7]

7 Paul CARELL U. Günter BÜDDECKER, *Die Gefangenen,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1995; Ludwig PETERS, *Wir haben Euch nicht vergessen! Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen.,* Graben, Tübingen 1995; Claus NORDBRUCH, *Der deutsche Aderlaß,* Graben, Tübingen 2001, Kapitel »In Kriegsgefangenenlagern«, S. 203-212.

Polnisches KZ Lamsdorf

Beim Wort »Konzentrationslager« denken die Deutschen - eigentlich alle Menschen dieser Zeit - an Dachau oder Sachsenhausen, an Auschwitz oder andere Lager der NS-Zeit. Über die vielen anderen Konzentrationslager in aller Welt wird meist geschwiegen. Sie sind kaum bekannt wie etwa die Lager der Amerikaner 1942-1945 für ihre Bürger japanischer und deutscher Abstammung[1] oder die Tatsache, daß die deutschen Lager - insbesondere Buchenwald und Sachsenhausen - bis 1950 noch als kommunistische Konzentrationslager[2] mit hohen Todesraten bestanden. Nicht zu vergessen sind auch die österreichischen Lager unter den Diktatoren DOLLFUSS und SCHUSCHNIGG 1934-1938. Von diesen »Anhaltelagern« war besonders Wollersdorf berüchtigt.

Wir dürfen vor allem die polnischen Konzentrationslager nach 1945 nicht vergessen. Eines der schlimmsten war das Lager Lamsdorf. Es ist fast nur jenen bekannt, die durch persönliches Schicksal als Heimatvertriebene eine Beziehung dazu haben.

Lamsdorf war ein deutsches Dorf im Kreise Falkenberg in Oberschlesien, etwa 60 km südwestlich von Oppeln. Hier befand sich eines der polnischen Vernichtungslager, in dem ab 1945 »zahllose« Deutsche umgebracht wurden.[3] Nach Feststellung des Lagerarztes Dr. ESSER in seinem Buch *Die Hölle im Lamsdorf*[4] **waren es 6488 Tote, darunter Greise, Frauen, Kinder und Säuglinge, erschlagen, erschossen, verbrannt oder verhungert. Die Zahlen sind nachgewiesen und beglaubigt.**

Die angesehene *Frankfurter Allgemeine Zeitung* **brachte am 5. September 1990 einen Artikel »Die Verbrechen im Lager Lamsdorf«, in dem es heißt:**

»Lamsdorf ist ein kleines Dorf im Kreise Falkenberg im westlichen Oberschlesien. Die deutsche Bevölkerung der Dörfer der Umgebung kam geschlossen in dieses Lager, das heißt, es handelte sich um Familien, Sippen und Nachbarn, die sich natürlich gut kannten, so daß von den wenigen Überlebenden sehr genaue Berichte über die Verhältnisse im Lager vorliegen. Insgesamt sind in dieses Lager mehr als 8000 Deutsche eingeliefert worden; der Tod von etwa 6500 zum Teil namentlich bekannten ist durch Zeugenaussagen belegt. Im wesentlichen handelt es sich um Frauen, Kinder und ältere Menschen. Die Berichte über die einzelnen Vorfälle in diesem Lager übersteigen jedes menschliche Vorstellungsvermögen. ..

Die Frage, ob das Lager ein autorisiertes war, wurde auch in dem Verfahren vor dem Schwurgericht bei dem Landgericht in Hannover verhandelt. Es heißt dort (Zitat): >Ob das Lager von der polnischen Regierung ausdrücklich eingerichtet worden ist, hat nicht aufgeklärt werden können. Es scheint eher, als ob polnische Partisanen - allerdings mit stillschweigender Duldung

[1] Siehe: Beitrag Nr. 383, »Japaner in US-Konzentrationslagern«, u. Nr. 384, »KZ für Deutsche in USA 1942-45«.

[2] Adrian PREISSINGER, *Todesfabriken der Kommunisten,* Türmer, Berg 1991; Gerhart SCHIRMER, *Sachsenhausen-Workuta. 10 Jahrein den Fängen der Sowjets,* Grabert, Tübingen 1992.

[3] Klaus ULIMANN, *Schlesien-Lexikon,* Adam-Kraft, München 1979.

[4] Heinz ESSER, *Die Hölle von Lamsdorf. Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager,* Laumann, Dülmen, 1977.

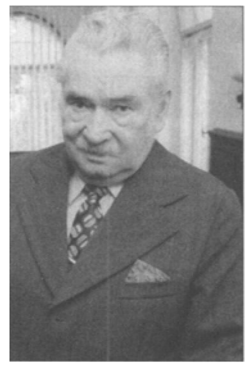
polnischer Regierungsstellen - dieses Lager von sich aus eingerichtet haben.< Letztlich kann diese Frage - offizielles Lager oder nicht - keine entlastende Wirkung haben. Das Lager hat von Juli 1945 etwa ein Jahr lang existiert. Die polnischen Behörden waren voll informiert. Es ist nachgewiesen, daß die inzwischen im Landkreis Falkenberg eingerichtete polnische Verwaltung jeden Eingriff und jede Hilfe für die Menschen im Lager ablehnte. Der katholische polnische Geistliche in Lamsdorf weigerte sich, den nach der Folter im Lager sterbenden Deutschen den letzten Trost und die Sakramente zu geben.«

Aus dem Buch *Die Hölle von Lamsdorf* **seien nachstehend zwei Kapitel auszugsweise wiedergegeben, die weitere Kommentare über dieses Lager sowie Gedanken über Humanität und Rechtsauffassung im damaligen Polen erübrigen.**



Heinz ESSER, *Die Hölle von Lamsdorf.*

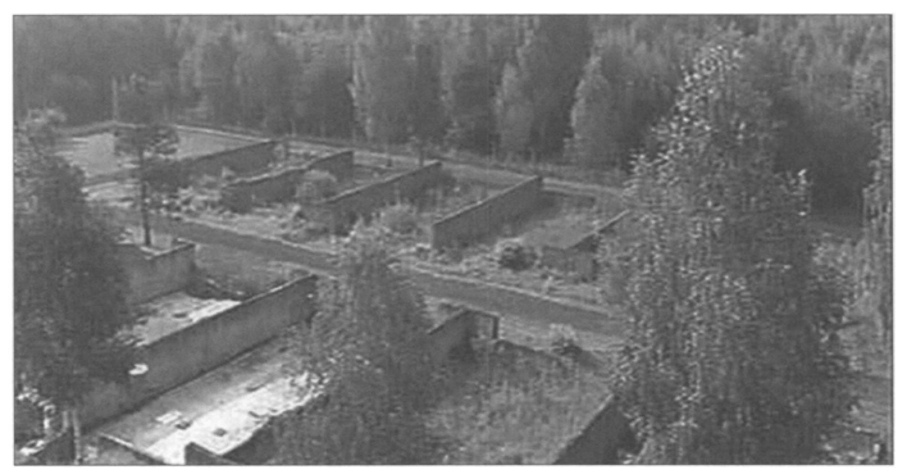
»Das Lagerleben vollzog sich etwa folgendermaßen: Frühmorgens war kurz nach dem Wecken um 5 Uhr Appell und sogenannter >Frühsport<. Während des Sports, den alle Männer ohne Rücksicht auf Krankheit oder Gebrechen und Alter, ja sogar Männer von 80-90 Jahren mitmachen mußten, wurde wieder geschlagen, getreten usw. Anlaß hierzu war meist die Tatsache, daß die Kommandos in polnischer Sprache gegeben wurden, die die meisten überhaupt nicht verstanden, oder weil die Männer gezwungen waren, in polnischer Sprache abzuzählen, wozu sie natürlich nicht in der Lage waren. Hierbei kam es zu Mißhandlungen, die überhaupt nicht zu beschreiben sind und die regelmäßig mit tödlichem Ausgang bei mehreren Menschen endeten. Die alten Männer, die jeglicher Sportbetätigung unfähig waren, wurden dabei fast alle in bestialischer Weise umgebracht. Nach solch einem >Frühsport< wurden in den ersten 4 Monaten durchschnittlich am Tage etwa 10 Tote vom Platze geschleppt. Manche der so Gequälten, die noch gar nicht tot waren, kamen dessen ungeachtet darauf ins Massengrab. Die übrigen Wachtposten sahen diesen Mordtaten ebenso wie ihr Kommandant GEBORSKI **lachend und höhnend zu. Dann wurden die Männer und Frauen in Arbeitskommandos eingeteilt.**



Czeslaw CEBORSKI, der ehemalige Kommandant des Vernichtungslagers Lamsdorf,

Am 15. September 1945 wurden 16 Männer vor einen Wagen gespannt und mußten unter ständigen Stockschlägen schwere Eisenteile im Nachbardorf holen. Sie konnten sich kaum halten vor Schwäche und Hunger. Unterwegs im Walde wurden auf diese Männer regelrechte Schießübungen veranstaltet, wobei die Hälfte der Unglücklichen unter Feuer in einen Teich gejagt wurde und darin ertrank. Die anderen, worunter sich auch der jetzt noch lebende Erhard SCH. **befand, kehrten blutüberströmt und sich nur mühsam vorwärtsschleppend zurück. Drei von ihnen hatten von den Schreckenserlebnissen die Sprache verloren. Einer schrie vor Schmerzen, weil er vier tiefe Bajonettstiche im Körper hatte. Er durfte nicht ins Revier oder ärztlich behandelt werden. Er erhängte sich in derselben Nacht neben der Schlafstelle eines Mithäftlings.**

Die Arbeit, die bei einer Verpflegung von etwa 200-300 Kalorien am Tage verrichtet werden mußte, unter Stock- und Peitschenhieben oder schwersten, blutigen Mißhandlungen, war schlimmer als Sklavenarbeit. Männer und Frauen, ohne Rücksicht auf ihren schlechten Ernährungs- und Kräftezustand oder auf bestehende Krankheiten, mußten 12 Stunden und länger in dürftiger und zerrissener Kleidung, voll Ungeziefer und eiternder Wunden, die nicht behandelt werden durften, bei allen Witterungslagen schwerste Arbeit verrichten. Diese Arbeiten wurden bei Regen und grimmigster Kälte rücksichtslos verlangt, bis die Menschen zusammenbrachen. Frauen und Männer mußten zu 10-12 den Pflug oder die Egge ziehen, mit Kartoffeln überladene schwere Pferdewagen oder Jauchefässer ziehen usw. Frauen, zarte und kranke, mußten sich mit den Männern ohne Schutz vor Regen und Kälte am Barackenbau betätigen und unmenschliche Lasten tragen, bis sie entkräftet




Die Hölle von Lamsdorf.

und blutüberströmt von den Schlägen zusammenbrachen. Sie mußten mit den Händen Hunderte von Leichen, die längst verwest waren, ausscharren und waren dabei stundenlang dem penetranten Verwesungsgeruch ausgesetzt. Dabei kam das Unglaubhafte vor, daß sie verweste Leichenteile mit dem Munde berühren oder Kot essen mußten.. .

Am Mittag des 4. Oktober 1945, der für sehr viele Männer und Frauen der Todestag wurde, brach in der Baracke 12 ein Brand aus, dessen Ursache nie geklärt wurde. Während in der Wachstube Orgien mit Wodka gefeiert wurden, wobei sich auch ein Brandsachverständiger mit Namen NOWACK in Gestalt eines polnischen Feuerwehroffiziers befand, entstand plötzlich ein Brand. Der Lagerkommandant GIMBORSKJ war mit seinen Milizianten an der Brandstelle, bevor die Gefangenen überhaupt ahnten, was geschehen war. Das Lager wurde sofort alarmiert. Durch Hetze, ungerechtfertigte Vorwürfe und Anschuldigungen, Fluchen und Treiben und Schläge wurde eine unvorstell-

bare Panik unter den an und für sich schon in Schrecken lebenden Männern und Frauen hervorgerufen. Alles sollte den Brand löschen, aber womit?

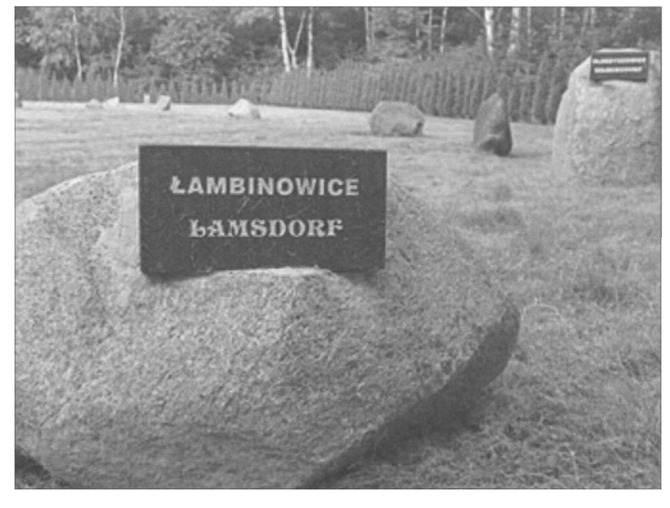
Etwa 30 Posten liefen mit vorgehaltenen Schußwaffen hinter den ratlosen, nach Löschmitteln suchenden Menschen, wobei sie einen Kordon um die Brandstelle bildeten und ihre Gewehre und Maschinengewehre schußfertig machten. Da fiel auch schon der erste Schuß als Signal zum Beginn eines furchtbaren Massakers. Man schoß nunmehr ununterbrochen und unterschiedslos auf jeden, der von der Hitze zurückgetrieben und in die Nähe des Postenringes kam. Es waren durchweg wohlgezielte, in voller Ruhe und Grausamkeit abgegebene Kopfschüsse, oft aus einer Entfernung von 1-3 m. Andere wurden bei lebendigem Leib in die Flammen getrieben. Die Posten munterten sich gegenseitig lachend auf und wetteiferten miteinander in ihren Abschußzahlen.



»Sie mußten mit den Händen Hunderte von Leichen, die längst verwest waren, ausscharren.. .< Die Gefahr, an Fleckfieber zu erkranken, war sehr groß.

Nach der Verbrennung der Baracke ging die Jagd auf Menschen im Lager weiter und damit auch das Erschießen. Überall und fernab von der Brandstelle lagen am nächsten Tage die Leichen der Erschossenen. Jeder, der einem Wachtposten begegnete, verlor sein Leben. So wurde der Sanitäter F., der die Rote-Kreuz-Binde deutlich sichtbar am linken Arm trug, auf dem Wege zu einem kranken Kinde, dem er etwas Suppe bringen wollte, von dem berüchtigten IGNAZ durch Genickschuß getötet. Ähnlich erging es einer alten Frau, die gerade bei mir zwecks Aufnahme ins Lazarett weilte. Diese nahm der berüchtigte IGNAZ aus dem Arztzimmer und erschoß sie am Rande eines Massengrabes...

Über die Zahlen der beim Barackenbrand verlorenen Toten gibt es genaue Feststellungen. Ich wurde mit vorgehaltener Pistole durch den Kommandanten GIMBORSKI gezwungen, dem grausamen Massenmorden zuzusehen und die Toten nach drei verschiedenen Richtungen hin entfernen zu lassen, um es den Uberlebenden unmöglich zu machen, zu einer annähernd richtigen Schätzung zu kommen. Ich habe die Toten, die in pa-



nikaniger Stimmung von Männern und Frauen verscharrt wurden, außer von den offiziell damit beauftragten Kommandos gezählt.«

Nach Aufzählung der Erschossenen und ihren Verletzungen Erlegenen stellt dann Dr. ESSER fest, daß dieser Massenmord bis heute keine Sühne fand. Versuche dazu wurden in der Bundesrepublik Deutschland von amtlichen Stellen verhindert. Hierzu schrieb die *Weit* vom 4. Mai 1979 unter der Überschrift »Die Morde von Lamsdorf bleiben ungesühnt« auszugsweise: »Der Hagener Staatsanwalt Karl-Heinz TOENGES mußte nach bald vierjährigen Ermittlungen die Akten über das polnische Vernichtungslager Lamsdorf beiseite legen. Der erste Versuch mit dem Ziel, auch Kriegsverbrechen der anderen Seite zu ahnden, war gescheitert. Der gewaltsame Tod von mehr als 6000 Oberschlesiern bleibt ungesühnt...

Von der *Welt* nach dem Stand der Bonner Beratungen über ein mögliches Strafverfolgungsersuchen befragt. .., betrachtet es die Bundesregierung als nicht sinnvoll, Warschau Beweismaterial über Straftaten bei der Vertreibung zuzuleiten, weil diese Taten nach polnischem Recht verjährt seien.,.

... daß eine Übergabe des in Hagen gesammelten Materials nicht sinnvoll sei, hätten auch »außenpolitsche Bewertungen< eine Rolle gespielt. Insgesamt beruhe die »Nichtweiterleitung dieses Materials also darauf, daß die Bundesregierung eine sinnvolle Politik machen will<...

Die Dokumentation der Bundesregierung über Vertreibungsverbrechen - sie enthält auch Aufzeichnungen des Arztes ESSER und genaue Schilderungen der begangenen Grausamkeiten - soll in Bonn weiterhin unter Verschluß gehalten werden.«

In einer Strafsache gegen einen Deutschen, der sich den Polen dienstbar gemacht hatte, wurde von einem Schwurgericht in Hannover im Dezember 1951 wegen schwerer Körperverletzung auf fünf Jahre Zuchthaus erkannt. In der Urteilsbegründung, die das allgemeine Lagerleben charakterisierte, hieß es unter anderem in Stichworten: »Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen; entsetzliche Prügelstrafen bzw. Todesstrafen; Vergewaltigungen der Frauen waren an der Tagesordnung; Verpflegung: mittags *1/2* Ltr. Wassersuppe, dazu morgens oder abends 3-4, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot (etwa 150 bis 200 Kalorien); wer polnische Kommandos nicht kannte oder falsche Zahlen nannte, erhielt Prügel; oft kam es vor, daß jemand hinfiel und nicht schnell wieder hoch kam, er von den Polen auf der Stelle totgeschlagen wurde; die Deutschen hatten nur das Nötigste mitnehmen können, dieses wurde ihnen auch noch abgenommen; viele Menschen starben infolge der hygienischen Zustände an Flecktyphus; auch von den Frauen wurde härteste Arbeit verlangt, die sonst nur von Tieren geleistet wird, zum Beispiel einen Pflug ziehen; die untere Grenze der Todesfälle war bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei 30 Toten.«

Die vorstehenden Berichte wurden von Polen als »Provokation< abgestrit-

ten, wie die nachstehenden Zeilen der *Westdeutschen Allgemeinen Zeitung* **zeigen: »Zu den Besonderheiten des »normalisiertem deutsch-polnischen Verhältnisses gehört es, daß gelegentlich trotz der offiziell verkündeten Aussöhnung die Schatten der Vergangenheit aktiviert werden. Zur Zeit kritisiert die polnische Presse die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft in Hagen als »Provokation«. In dem Verfahren geht es um die Ermordung von 6488 Deutschen, darunter 628 Kindern, von August 1945 bis September 1946 in dem polnischen Internierungslager Lamsdorf bei Oppeln in Oberschlesien. Durch das Verfahren wegen »angeblicher polnischer Verbrechen« solle - so das Warschauer Presseorgan** *Tryhuna Ludu* **- nur von den Untaten in Polen abgelenkt werden.«**

[5] *Westdeutsche Allgemeine Zeitung,* **Essen, Nr. 58/1980.**

Mit menschlichem Leid soll man keine Politik machen, dem wird jeder zustimmen. Wer die vorstehenden, belegten Berichte liest, wird mit Recht die Frage stellen, weshalb in den derzeitigen Medien unentwegt fragwürdige Erzeugnisse der Presse und Filmindustrie über angebliche deutsche Untaten gebracht, aber nachgewiesene Verbrechen an Deutschen verschwiegen werden und ungesühnt bleiben. Der mündige Bürger möge sich hierüber Gedanken machen.



Gedenkfeier in Lamsdorf.

Weiterführende Literatur:

Heinz NAWRATIL, *Vertreibungsverbrechen an Deutschen. Tatbestand, Motive, Bewältigung,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin [4]1986.

Bolko Freiherr VON RICHTHOFEN **U**. R. R. OHEIM, *Die polnische Legende. Von den Vertreibungsverbrechen bis zum Kriegsrecht. Das Schicksal der Deutschen unter polnischer Besetzung,* Arndt, Kiel 1982.

Alfred SCHICKEL, *Die Vertreibung der Deutschen, Geschichte — Hintergründe — Bewertungen,* Mut, Asendorf 1985.

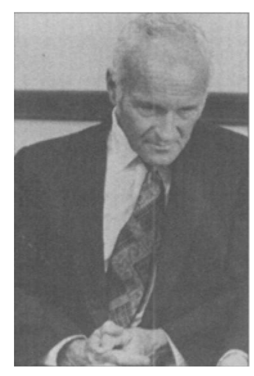
Heinz NAWRATIL, *Die deutschen Nachkriegsverluste, Materialien zur Zeitgeschichte* Nr. 33066,1987

Alfred DE ZAYAS, *Die Anglo-Amerikaner und die Vertreibung der Deutschen,* **C.** H. Beck, München [3]1978.

Alfred DE ZAYAS, *Zeugnisse der Vertreibung,* Sinus, Krefeld 1983.

US-Menschenversuche an Deutschen und Krebspatienten

Es dauerte ein halbes Jahrhundert, bis ein Nachruf in der Londoner *Times* eines der scheußlichsten Geheimnisse der Nachkriegsgeschichte ans Tageslicht brachte. Die Rede ist von Menschenversuchen des US-Geheimdienstes CIA an deutschen Kriegsgefangenen,



Sidney GOTTLIEB. Das Forschungsprojekt >MKUltra< wurde vom damaligen CIA-Direktor Allan DULLES im April 1953 ins Leben gerufen.

Verantwortlich für das ungeheuerliche Forschungsprojekt, das Anfang der fünfziger Jahre unter der Code-Bezeichnung >MKUltra< lief, war der US-Chemiker Dr, Sidney GOTTLIEB. Für die *Times* besteht kein Zweifel: »Was er und seine CIA-Schergen trieben, unterschied sich nur graduell von den Taten, die eine Reihe von Nazi-Wissenschaftlern 1946 in Nürnberg an den Galgen brachten.«

Die Fakten: Bis mindestens 1953 untersuchte GOTTLIEB im Rahmen des Drogenprogramms und anderer Forschungsprojekte des US-Geheimdienstes die Auswirkungen bewußtseinserweiternder Substanzen auf den menschlichen Organismus. Gerüchte, wonach es dabei zu zahlreichen Todesfällen gekommen sein soll, halten sich seit Jahrzehnten hartnäckig. Doch immer wieder verschwanden wichtige Zeugen auf obskure Weise.

Zum Beispiel Frank OLSON, einer der Mitarbeiter GOTTLIEBS, der 1953 aus dem Fenster eines New Yorker Hotels stürzte, nachdem er seiner Frau anvertraut hatte: »Wenn die Deutschen den Krieg gewonnen hätten, wären wir als Kriegsverbrecher vor Gericht gelandet.«



Frank OLSON im Jahre 1950.

Mit gutem Grund: GOTTLIEB führte seine Versuche nämlich an deutschen Kriegsgefangenen durch, Hank ALBARELLI, ein ehemaliger Mitarbeiter im Stab von US-Präsident Jimmy CARTER, der sich seit langem mit dem Fall befaßt, ist sich heute sicher: Schon im Januar 1951 kamen bei Versuchsreihen in der Nähe von Frankfurt am Main rund 30 Gefangene um. Die Männer, viele von ihnen ehemalige Angehörige der Waffen-SS, stammten zum Großteil aus den US-Gefangenenlagern Bretzenheim im Rhein-Main-Gebiet und Kuhweide in Österreich. ALBARELLI: »Insgesamt liefen die MKUltra-Versuche mit Sicherheit bis Ende 1953. Es ist also denkbar, daß im Gesamtverlauf mehrere hundert Menschen starben.«

Sidney GOTTLIEB wurde für seine Menschenversuche niemals zur Verantwortung gezogen. Kein Wunder: Bei seinen Opfern handelte es sich ja >nur< um besiegte >Krauts<.

Kostspieliger dagegen wurde es für die Verantwortlichen eines anderen Freilandexperiments an menschlichen Versuchsobjekten. Die Rede ist von Experimenten, die sich über zehn Jahre, von 1960 bis 1972, hinzogen, an krebskranken Patienten in mehreren amerikanischen Krankenhäusern. Die beklagte Universität von Cincinnati im US-Bundesstaat Ohio mußte 1999



Haus Waldhof am Rande von Kronberg/Taunus. Es wird vermutet, daß dort sowjetische Spione mit Artischocke-Techniken (mit Drogen, Hypnose und Folter) verhört wurden - also den Methoden, die nach Kriegsende an deutschen Kriegsgefangenen ausprobiert wurden.

Aus: Egmont KOCH u. Michael WECH, *Deckname Artischocke,* Bertelsmann, München 2002.

einem Vergleich zustimmen, der sie zur Zahlung von insgesamt 5,4 Millionen Dollar Wiedergutmachung an Hinterbliebene und ehemalige Patienten verpflichtete.

Die Versuche, bei denen Kranke systematisch radioaktiv verstrahlt wurden, wurden zu 60 Prozent vom US-Verteidigungsministerium finanziert, um die Auswirkungen der Atombombe auf Soldaten im Kriegsfall zu erforschen. Mindestens 90 Patienten waren von den Experimenten betroffen; bei wie vielen von ihnen die Bestrahlung zum Tod führte, konnte in dem Verfahren nicht mehr ermittelt werden.

Die Versuche von Cincinnati sind kein Einzelfall. Ebenfalls Ende der neunziger Jahre teilte das Washingtoner Energieministerium mit, daß zwischen Mitte der vierziger und den siebziger Jahren mehr als 400 Menschenversuche mit radioaktiven Materialien unternommen worden seien. Teils seien dabei ganze Landstriche radioaktiver Strahlung ausgesetzt worden, teils seien Regenwolken verstrahlt worden, um das Verhalten von atomarem >Fallout< besser beobachten zu können. Kenner der Materie sind sich heute darin einig, daß Hunderttausende, wenn nicht Millionen, von Amerikanern ohne ihr Wissen Opfer geheimer Strahlenexperimente wurden.

Bislang hat sich die US-Regierung für diese Experimente niemals verantworten müssen. Da die Versuche geheim verliefen, erfuhr die Öffentlichkeit in der Regel nichts darüber. In Zeiten des »Krieges gegen den Terror«, der seit 2001 zahlreiche Einschränkungen des Informationsrechts in den USA mit sich brachte, dürfte sich daran auch in Zukunft nichts ändern. Karl Richter

Weiterführende Literatur:

Egmont KOCH U. Michael WECH, *Deckname Artischocke,* Bertelsmann, München 2002.

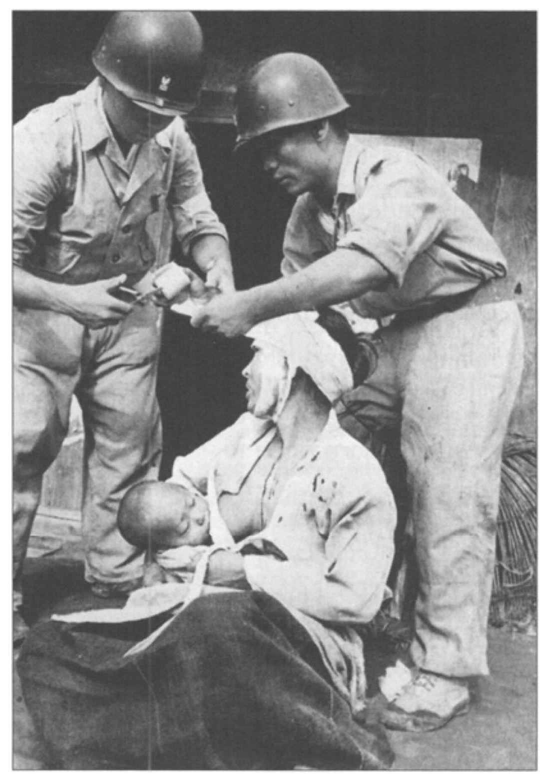
US-Kriegs verbrechen in Korea

Erst fast 50 Jahre nach dem Geschehen erfuhr im Herbst 1999 eine größere Öffentlichkeit, daß zu den US-Kriegsverbrechen an Zivilisten im Vietnamkrieg, etwa in My Lai,[1] auch solche im vorher abgelaufenen Korea-Krieg kommen. Wie Nachforschungen der Nachrichtenagentur *Assodated Press*[2] ergaben, haben US-Soldaten während des Koreakriegs in einem bisher undokumentierten Massaker Hunderte von südkoreanischen Zivilisten ermordet.

Vom 26, bis 29, Juli 1950 seien unter einer Eisenbahnbrücke in der Nähe des Ortes No Gun Ri rund 300 Zivilisten von Angehörigen der US-Streitkräfte ermordet worden. Weitere 100 seien bei einem vorangegangenen Luftangriff auf die Flüchtlinge umgekommen. Nach dem Luftangriff hätten die Bodentruppen auf die Flüchtlinge geschossen. Es sei ein »völlig unprovoziertes dreitägiges Massaker« gewesen. »Die amerikanischen Soldaten spielten mit unserem Leben wie Kinder mit Fliegen«, gab die damals zwölfjährige CHUN CHOON JA an.

Rund ein Dutzend ehemaliger US-Soldaten habe die Berichte der Südkoreaner bestätigt. Ehemalige Angehörige eines Regimentes der 1. Kavalleriedivision der US-Streitkräfte sagten nun dazu aus. Das Divisionskommando habe den Befehl ausgegeben: »Keine Flüchtlinge dürfen durch die Front. Es wird auf jeden geschossen, der dies versucht.« Für die benachbarte US-Division habe gegolten: »Zivilisten sind als Feinde zu betrachten.« Dabei handelte es sich um Südkoreaner, also Angehörige des Landesteils, dem die USA im Koreakrieg angeblich zu Hilfe kamen.

Jahrelang versuchten Uberlebende und Hinterbliebene von Opfern des Massakers, die Öffentlichkeit zu bewegen, und verlangten Wiedergutmachung. Sie stießen bei der Regierung in Washington wie bei den US-Streitkräften nur auf Ablehnung. Zwar ist es auch den amerikanischen Soldaten verboten, auf Flüchtlinge zu schießen. Doch in den USA gibt es ein Gesetz, das Betroffene gegen ausländische Ansprüche im Zusammenhang mit 'Kampfhandlungen« schützt. Die Frage ist aber, ob hier überhaupt 'Kampfhandlungen« vorlagen.



Der Koreakrieg, bei dem die Amerikaner vielfach Napalmbomben einsetzten, forderte große Opfer unter der Zivilbevölkerung.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 393, »US-Massenmord in My Lai«.

[2] Zitiert in: »Verschwiegenes US-Kriegsverbrechen«, in: *National-Zeitung,* 15. 10. 1999, S. 13.

US-Massenmord in My Lai

Der Vietnamkrieg (1964-1973) stellt für die USA in mancherlei Hinsicht ein trauriges Kapitel dar. Er wurde schon mit einer offensichtlichen Lüge von US-Präsident JOHNSON **begründet,[1] und in seinem Verlauf machten sich die amerikanischen Truppen so manches Kriegsverbrechens schuldig, das, hätten es Deutsche verübt, die ganze Welt hätte davon widerhallen lassen und sicher durch drakonische Strafen und hohe Wiedergutmachung gesühnt worden wäre. Nicht so im Falle der durchaus bekannten US-Kriegsverbrecher, die straffrei blieben und als angesehene Bürger weiterhin geachtet wurden.**

Eines der herausragenden Beispiele ist der Massenmord in My Lai in Vietnam vom 16. März 1968. Die sicher des Antiamerikanismus unverdächtige Fernsehzeitschrift *Hör* **zu schrieb dazu[2] in der Ankündigung einer Sendung vom 1. März 1998 im** *ZDF* **zum dreißigsten Jahrestag des Verbrechens folgendes:**



William L. CALLEY,

»Ein Massenmörder genießt in Columbus (US-Bundesstaat Georgia) sein Leben in öffentlichem Ansehen und Wohlstand. Sein Name William L. CALLEY **steht für eines der blutigsten Massaker der letzten Jahrzehnte: Am 16. März 1968 hatten 105 amerikanische Soldaten das vietnamesische Dorf My Lai umstellt, weil sie dort Vietcong vermuteten. Ein Irrtum: vom Feind keine Spur, doch 90 Minuten später war My Lai ausgelöscht. 507 Menschen starben, darunter 76 Babys, 173 Kinder und 60 Greise. US-Soldaten kamen nicht zu Schaden. Einzig Leutnant** CALLEY **wurde für das Kriegsverbrechen verurteilt: lebenslänglich, aber nur in erster Instanz, Berufung, Begnadigung - am Ende blieben drei Jahre Hausarrest, die** CALLEY **mit Freundin und Hund in seiner Wohnung verbrachte. Danach heiratete er, erbte das Juweliergeschäft >V.V,Vick< in Columbus. Für die Menschen seiner Stadt und viele Ex-Kameraden ist er ein Märtyrer - in Restaurants muß er nicht bezahlen, für Vorträge kassiert er 2000 Dollar. Seine Frau bringt die beiden Kinder im Mercedes zur Schule. Über die Vergangenheit mag** CALLEY **nicht reden. Er hat deswegen auch kein schlechtes Gewissen: »Verfolgt haben mich die Toten von My Lai nie.<« Das US-Magazin Life[3] veröffentlichte dazu einen ausführlichen Bericht, der vier Soldaten vor das Gericht brachte.**

Man vergleiche damit nur die Strafen für Major PRIEBKE **oder Hauptmann** KAPPLER, **die leiden mußten, weil sie Deutsche waren und unter ganz anderen Umständen hatten handeln müssen.**

[1] Vgl. Fritz WIRTH, »Eine Lüge, die 58 134 Amerikanern das Leben kostete«, in: *Die Weit,* 22, 1, 1998; Mansur KHAN, *Die geheime Geschichte der amerikanischen Kriege,* Graben, Tübingen 1998, S, 273-288.

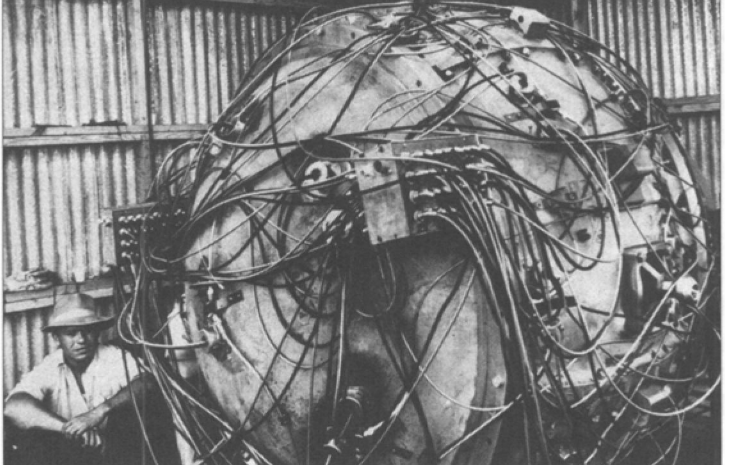
[2] *Hörzu* Nr. 8, 28. 2. bis 6. 3. 1998, S. 24.

[3] *Life,* 5. 12. 1969.

USA verheimlichen Atombombenversuche

Die Vereinigten Staaten wollen nach mehrfachen Androhungen durch US-Präsident BUSH den Iran mit einem Angriffskrieg überziehen, weil dieser angeblich im geheimen nukleare, chemische und biologische Massenvernichtungswaffen entwickle, wofür bisher jedoch noch keine Beweise vorgelegt werden konnten. Sogar mit einem Atomschlag wurde gedroht.

Washington spielt sich dabei als Strafrichter und Strafvollzieher für einen Tatbestand auf, den es selbst in weit größerem Maße in der Vergangenheit erfüllt hat. Es hat im Sommer 1945 zwei Atombomben militärisch unnütz auf Hiroshima und Nagasaki im kapitulationsbereiten Japan abgeworfen, wobei Hunderttausende von Zivilisten auf grausame Weise ums Leben kamen - zweifellos ein wirkliches Kriegsverbrechen. Es hat anschließend mit der Wasserstoffbombe die nuklearen Waffen weiterentwickelt. Es hat im Vietnamkrieg chemische und biologische Waffen eingesetzt und damit die Natur in weiten Gegenden zerstört und vielen Menschen schwere gesundheitliche Schäden beigebracht. Es hat im Balkankrieg und im Afghanistankrieg mit Uran gefüllte Geschosse verwendet und damit die Einsatzgebiete dieser Munition radioaktiv verseucht.



Test-Atombombe vor der Zündung in New Mexiko. (Foto: Stills)

Erst Jahre nach Ende des Kalten Krieges haben die USA zahlreiche bis dahin geheimgehaltene Atomversuche bekanntgegeben. Im Dezember 1993[1] gab die amerikanische Energieministerin O'LEARY in Washington 204 bis zu dem Zeitpunkt verheimlichte unterirdische Atomversuche in der Wüste Nevada aus den Jahren 1963 bis 1990 zu. Damit sei rund jeder fünfte der nach dem Zweiten Weltkrieg von den USA durchgeführten 1051 nuklearen Versuche verschwiegen worden. Die zum überwiegenden Teil kleinen und seismisch angeblich nur schwer zu registrierenden Atomversuche sollten weder gegen amerikanische Gesetze noch gegen den internationalen Teststoppvertrag verstoßen haben. Ebenso seien geheimgehaltene Plutoniumversuche an Menschen in den USA erfolgt. Zum ersten Mal machte sie auch genauere Angaben über die großen amerikanischen Plutoniumvorräte - insgesamt 89 Tonnen in Kernwaffen und Lagerhäusern. »Wir waren m eine Atmosphäre der Geheimhaltung eingehüllt und eingenebelt«, erklärte die Ministerin entschuldigend.

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 12. 1993.

Plante Stalin Holocaust?

Herrschender Geschichtsauffassung zufolge war der Antisemitismus des Dritten Reiches ein >singuläres<, einzigartiges Verbrechen. Wie sich allmählich herausstellt, ist auch dieses Dogma der Zeitgeschichtsschreibung schwer zu halten. HITLER **war beileibe nicht der einzige Judenhasser des 20. Jahrhunderts, und was seine Untaten angeht, hatte er einen großen Konkurrenten:** STALIN.

Die Geschichtsschreibung hat die Auffassung von der > Singularität der NS-Verbrechen in den letzten Jahren gründlich demontiert. Das von dem französischen Zeithistoriker Stephane COURTOIS **herausgegebene** *Sckwarzbuch des Kommunismus*[1] **spricht von rund 100 Millionen Toten, die der linken Utopie im 20. Jahrhundert zum Opfer fielen. Und schon vor geraumer Zeit bezifferte Alexander** SOLSCHENIZYN **die Opfer der leninistischen und stalinistischen Gewaltherrschaft auf rund 60 Millionen.**



Arno LUSTIGER, *Rotbuch. Stalin und die luden,* Aufbau, Berlin 1998.

Jetzt zeigt sich, daß STALIN **nicht nur einer der größten Schlächter des Jahrhunderts, sondern auch ein rabiater Antisemit war. Entlarvende Details des stalinistischen Judenhasses enthüllte** 1998 **der Publizist Arno** LUSTIGER **in seinem Werk** *Rotbuch. Stalin und die Juden.*[2] **Schon die Wahl des Titels - der an das** *Schwarzbuch* **von** COURTOIS **erinnert - soll deutlich machen, um welche Dimensionen des Verbrechens es dabei geht.**

Schon vor geraumer Zeit waren in russischen Archiven Dokumente aufgetaucht, die darauf hindeuteten, daß STALIN **nach dem Zweiten Weltkrieg seine eigene >Endlösung< der jüdischen Frage plante. Aber schon lange vor »Barbarossas nämlich im August 1939, beim Abschluß des Deutsch-sowjetischen Paktes, ließ der Sowjetdiktator** HITLER **über den deutschen Außenministerjoachim** VON RIBBENTROP **mitteilen, er werde »mit der jüdischen Vorherrschaft Schluß machen«.**

Nach 1945 soll dann nach neueren Quellenfunden in den Moskauer Archiven damit begonnen worden sein, die jüdische Bevölkerung der UdSSR systematisch zu erfassen, um sie später in einer großangelegten Umsiedlungsaktion zu neutralisieren. Der STALIN-**Günstling Dmitrij** TSCHESNOKOW **veröffentlichte 1952 angeblich eine Schrift mit dem programmatischen Titel** *Warum die Juden aus den Industriegebieten ausgesiedelt werden müssen?* **Und 1953 soll das Zentralkomitee der KPdSU sogar eine Petition prominenter Sowjetpolitiker lanciert haben, in der die Deportation der Juden ausdrücklich gefordert wird.**

[1] Stéphane COURTOIS (Hg.), *Schwarzbuch des Kommunismus,* Piper, München 1998.

[2] Arno LUSTIGER, R*otbucb. Stalin und die Juden,* Aufbau, Berlin 1998.

[3] Dmitrij TSCHESNOKOW, *Warum die Juden aus den Industriegebieten ausgesiedelt werden müssen.*

Arno LUSTIGER ist allen diesen Spuren nachgegangen. Den Wortlaut der Deportations- und Umsiedlungspläne bleibt sein Werk zwar schuldig. Tatsache ist aber, daß selbst Verbündete und Mitstreiter aus den Reihen der sowjetischen Juden - so etwa führende Mitglieder des 1942 ins Leben gerufenen »Jüdischen Antifaschistischen Komitees« - nach Kriegsende auf STALins Anweisung hin kurzerhand abgeurteilt und liquidiert wurden. Eine »zionistische Verschwörung« war für den roten Zaren Tatsache, und in den jüdischen Intellektuellen sah er »wurzellose Kosmopoliten«, die es zu bekämpfen galt.

LUSTIGERS R*otbuch* legt nur einen Schluß nahe: Lediglich STALINS Tod im Jahre 1953 verhinderte, daß den Juden in der UdSSR dasselbe blühte wie zahllosen anderen Bevölkerungsgruppen, die von den Kommunisten umgesiedelt, verpflanzt oder ausgerottet wurden. Krimtataren und Wolgadeutsche beispielsweise überlebten den roten Terror nur in der Diaspora, und die ukrainischen Bauern lieferte STALIN in den dreißiger Jahren einem mörderischen Hunger-Holocaust aus. Offenbar hatten die Juden nur Glück.

Karl Richter

Das Juden-Pogrom von Kielce

Jeder kennt die Ereignisse der sogenannten Kristallnacht von 1938, fast niemand das Pogrom in Kielce von 1946, obwohl mehr Juden an diesem einen polnischen Ort getötet wurden als in einer deutschen Stadt 1938. Während der Zeit der sowjetischen Besetzung des östlichen Polens 1939 bis 1941 wurden mindestens 600000 Juden aus diesem Gebiet ins Innere der UdSSR deportiert,[1] von denen viele umkamen. 1946 erlaubte Moskau mindestens 160000 Juden die Rückreise nach Polen.[2] »Die Polen erblickten in den Zurückkehrenden lästige Eindringlinge, die zum Teil wieder ihren alten Besitz in Anspruch nehmen wollten, so daß es zu offenen Pogromen kam. Das bekannteste war das Pogrom von Kielce am 4. Juli 1946, bei dem 42 Juden umgebracht worden sind.«[3]

Die polnische Stadt Kielce liegt zwischen Krakau und Warschau. Sie gehörte zu dem im Zweiten Weltkrieg ununterbrochen von Deutschen besetzten Teil Polens. Die rückkehrenden Juden waren also vor den Deutschen geflohen gewesen oder hatten deren Besatzung überlebt. Ihr Wiedererscheinen verstärkte einen bereits vorhandenen Antisemitismus in Polen. Die Tätlichkeiten in Kielce sollen ausgebrochen sein, nachdem ein Gerücht ausgebreitet worden war, daß dort lebende Juden ein polnisches Kind getötet hätten, um sein Blut für Passahbrot zu verwenden.[4] Die jüdische Presse[5] berichtete: »Ein Pogrom in Kielce beispielsweise forderte 50 Tote, darunter Frauen und Kinder.«

Einen Augenzeugenbericht über die Vorgänge in Kielce veröffentlichte die polnische Zeitung *Polityka*[b] **erstmals 1991. Danach seien am Morgen des 4. Juli 1946 zwei Frauen durch die Stadt gelaufen mit dem Ruf: »Die Juden morden polnische Kinder.« Eine Menschenmenge habe sich daraufhin zusammengerottet und sei, verstärkt durch die Belegschaft der Fabrik >Ludwikow<, zur Planty-Straße gezogen, wo jüdische Rückkehrer aus der Sowjetunion wohnten, und sei gegen diese tätlich geworden. Zur Niederschlagung des Pogroms entsandte Soldaten hätten sich mit den Gewalttätern solidarisiert, ebenso eingesetzte Miliz, Erst um 15 Uhr sei es gelungen, die aufgebrachte Menge zu zerstreuen. Doch noch an den drei folgenden Tagen hätten am Pogrom Beteiligte die durch Kielce fahrenden Züge kontrolliert und**

[1] Ulrich MÜLLER, *Fremde in der Nachkriegszeit. Displaced Persons — zwangsverschleppte Personen in Stuttgart und Württemberg-Baden 1945-1951,* Klett-Cotta, Stuttgart 1990, S. 58.

[2] Ebenda.

[3] *jüdische Allgemeine Wochenzeitung* zit, in: *Der Schlesier* 13, 9, 1991,

[4] *Polityka,* zit. in: *Ostpreußenblatt,* 17. 8. 1991, S. 5; auch in: *Der Schlesier,* 13. 9. 1991.





Links: Überlebende des Pogroms von Kielce. *Rechts:* Opfer werden beerdigt.

dabei angetroffene Juden ermordet. Neben den Toten gab es viele Verwundete. Die polnischen Ärzte des Kielcer Krankenhauses hätten die Mißhandelten zunächst nicht aufgenommen, da auch sie an das Gerücht von den Kindertötungen geglaubt hätten.

Somit sind 1946 in dieser Stadt unter den Augen der Ordnungskräfte nicht von einer bestimmten Gruppe, sondern von großen Teilen der Einwohnerschaft am hellichten Tage 40 bis 50 Menschen erschlagen worden. Weitere Pogrome, wenn auch nicht mit so vielen Opfern an einem Ort, fanden um die gleiche Zeit in anderen Gegenden Polens statt. Anscheinend wurden die Täter dafür nicht belangt. Diese Vorgänge waren mit ein wesentlicher Anlaß dafür, daß 1946 Zigtausende von Juden aus Polen nach Deutschland flüchteten, allein zwischen Juli und Oktober 1946 kamen 90000 polnische Juden in die amerikanische Zone.[7] Anfang 194/ gab es schätzungsweise 247 000 jüdische DPs (Displaced Persons) in Mitteleuropa, davon 184 000 in Deutschland, 44 000 in Österreich und 19 000 in Italien.' Weitere Antisemitismuswellen in Polen von 1957 und 1968 ließen die Anzahl der in Polen wohnenden Juden von 1946 noch 250 000[9] auf unter 35 000 zusammenschmelzen. Die meisten der Auswanderer lebten einige Zeit in der US-Zone Deutschlands in den UNRRA-Lagern, um dann allmählich nach Palästina oder vor allem in die USA auszuwandern.[10]

[s] Wie Anm. 3.

[6] Wie Anm. 4.

[7] Ulrich MÜLLER, *Fremde in der Nachkriegszeit,* aaO, (Anm. 1), S. 60.

' Ebenda, S. 61.

[9] Gerhard FREY jun., *Polens verschwiegene Schuld. Das ungesühnte Unrecht am deutschen Volk,* FZ, München 1990, S. 353.

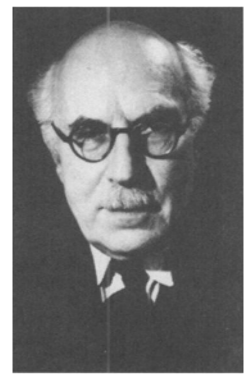
[10] Ulrich MÜLLER, *Fremde in der Nachkriegszeit,* aaO. (Anm. 1), S. 61-65.

Ein in Deutschland zu Unrecht vergessener Jude

Man verehrt in Deutschland die >Nazijäger< Elie WIESEL und Simon WIESENTHAL, obwohl vor allem der letztere umstritten war und wegen angeblich falscher Behauptungen auch von jüdischer Seite kritisiert wurde.[1] Und Daniel GOLDHAGEN, der das gesamte deutsche Volk als seit Generationen antisemitisch bezeichnet, ist allgemein bekannt und wird nach Deutschland eingeladen, um seine These zu vertreten.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 261, »Elie Wiesel - Ein unredlicher Kronzeuge«.

Vergessen ist dagegen ein Mann, der es wirklich verdient hätte, bis heute in Deutschland geehrt zu werden: Victor GOLLANCZ. Er wurde 1893 geboren, seine Eltern waren aus dem damals russischen Polen nach England ausgewandert. GOLLANCZ stand links, er wurde Verleger und kritisierte das nationalsozialistische Deutschland wegen dessen antisemitischer Politik in den Büchern seines Verlages und in Zeitschriftenartikeln. Aber bereits im Krieg trat er für eine faire Behandlung des deutschen Volkes ein. Er sprach sich zum Beispiel gegen die Forderung nach »bedingungsloser Kapitulation« aus.



Victor GOLLANCZ (1893-1967).

Nach Kriegsende besuchte er schon 1946 das kriegszerstörte Deutschland und war von dem Elend so erschüttert, daß er in seinem Buch *In Darkest Germany* (»Im dunkelsten Deutschland«) die Besatzungspolitik heftig als unmenschlich angriff.[2] Er schilderte die schlechte Emährungslage, die mangelnde Bekleidung und vor allem das fehlende Schuhwerk, die verzweiflungsvolle Wohnsituation, alles mit dokumentarischen Photos, und dann die »geplante Zerstörung« der deutschen Wirtschaft als Lebensgrundlage. Er beginnt diesen Abschnitt mit den Worten »Ich habe nun sechs Wochen in einem Irrenhaus gelebt!« In dem Abschnitt »Die Reeducation Deutschlands« schildert er, daß das Verhalten der englischen Besatzungsmacht oft genau so war, wie man es den Deutschen vorwarf. Am Schluß schildert er das deutsche Volk und sucht Sympathie für es zu wecken. Das Buch wurde nie in Deutschland veröffentlicht.

[2] Victor GOLLANCZ, *In Darkest Germany. The Record of a Visit*, London 1947.

Er gründete nun die Bewegung »Save Europe now!« (Rettet jetzt Europa!), mit der er eine vernünftige Deutschlandpolitik durchzusetzen und Hilfe für die hungernden Menschen zu organisieren versuchte. Das war sehr schwer. Selbst deutschen Kriegsgefangenen in englischen Lagern war es zunächst verboten, etwas von ihren knappen Rationen an ihre Angehörigen in Deutschland zu schicken, aber diese und andere Beschränkungen der persönlichen Hilfeleistung wurden auf Betreiben von GOLLANCZ aufgehoben. Er setzte sich auch sonst für die deutschen Kriegsgefangenen ein, obwohl er Pazifist war, ebenso für die deutschen Generale und Offiziere. So kritisierte er mit harten Worten die in der Öffentlichkeit im Bild gezeigte schlechte Behandlung des über siebzigjährigen und stark gehbehinderten Generalfeldmarschalls VON RUNDSTEDT.[3] Als GOLLANCZ Öffentlich angegriffen wurde, weil er, der

[3] Persönliche Mitteilung von General der Panzertruppen Heinrich EBERBACH.

Pazifist, sich für einen >Nazimarschall< einsetzte, antwortete er: »Das ist ein alter Mann, und ich wurde erzogen, daß man einem alten Mann mit Respekt begegne, und Sie sollten sich schämen, wenn Sie das anders sehen!« Er forderte die Entlassung aller Kriegsgefangenen und ein Ende der Kriegsverbrecherprozesse.[4] Selbst gegen den ELCHMANN-Prozeß sprach er sich aus, nicht, weil er Sympathie mit EICHMANN hatte, sondern, weil er dessen Entführung aus Argentinien als völkerrechtswidrig ansah. 1960 erhielt er den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, aber heute ist er in Deutschland vergessen, fast niemand kennt seinen Namen, es gibt kein Denkmal für ihn. Muß man eigentlich nur die Ausländer ehren, die Deutschland hassen oder verachten? Fast könnte man das meinen.

[4] Gerhard FREY (Hg.), *Prominente ohne Maske*, Bd. 2, *1000 weitere Lebensläufe bekannter Zeitgenossen*, FZ, München 1986, S. 114 f.

⇨ »Ich erinnere mich noch, mit welcher Qual während des Krieges Nacht für Nacht dieses furchtbare Verbrechen unwirklichen Denkens auf meinem Gewissen lastete. »Gestern«, so pflegte der Sprecher der BBC zu sagen, »haben wir soundso viele Tausend Bomben über Deutschland abgeworfen.« Doch, meine Freunde, wir haben die Bomben nicht über Deutschland abgeworfen. Diese Formulierung ist weiter nichts als eine stenographische Vereinfachung, ein bloßes Mittel zur Vermeidung einer genauen und sinnvollen Ausdrucksweise. Wir haben soundso viele tausend Bomben erstens auf einen bestimmten Streifen Landes geworfen, was nicht viel zu besagen hatte, zweitens auf gewisse Häuser und Brücken und Fabriken, was nur von relativer Bedeutung war, schließlich aber - und hierin lag die wesentliche, die schreckliche Wirklichkeit - auf soundso viele Tausende, Zehntausende, Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern. Und genauso sollten wir jetzt nicht an Deutschland als an irgendeinen abstrakten Begriff denken. Vielmehr handelt es sich um Millionen von Männern, Frauen und Kindern, Millionen von menschlichen Seelen. Und es liegt sogar eine Gefahr darin, in Begriffen von Millionen zu denken. Wir müssen, und zwar Tag für Tag, an einen einzigen, konkreten Menschen denken, der, Hunderte Meilen von uns entfernt, vielleicht in irgendeinem Bunker oder Keller haust, der hofft, so, wie wir hoffen, der fürchtet, so, wie wir fürchten, der kämpft, wie wir mit allen Schwierigkeiten des Lebens kämpfen. Es handelt sich um ein einziges konkretes menschliches Wesen, doch in millionenfachen Beispielen. Jeder von uns muß sich, soweit er nur irgend kann, dafür einsetzen, daß die Politik unserer Regierung zum Ausdruck des Wohlwollens wird, der Nächstenliebe im christlichen Sinne gegenüber jedem einzelnen Deutschen, der sich in unserer Obhut befindet.«
Victor GOLLANCZ, *Stimme aus dem Chaos*, Nürnberg 1949.

War US-Präsident Truman ein Antisemit?

Als 1948 BEN GURION **den Staat Israel ausrief, waren die USA das erste Land, das ihn diplomatisch anerkannte - eine knappe Viertelstunde nach der Proklamation. Treibende Kraft war US-Präsident Harry S.** TRUMAN, **während die Vereinten Nationen wegen der ständigen israelischen Gewalttätigkeiten mit dem neuen Staat zunächst überhaupt nicht einverstanden waren.**

TRUMAN **war in jahrelanger Kleinarbeit von der zionistischen Lobby in den USA weichgekocht worden. Als ihm die amerikanische Unterstützung für das Projekt Israel abgerungen wurde, war ihm offenbar alles andere als wohl dabei. Denn Jahrzehnte später tauchten sporadische Notizen aus** TRUMANS **Tagebuch auf, die ihn bestenfalls als Israelfreund wider Willen dastehen lassen.**

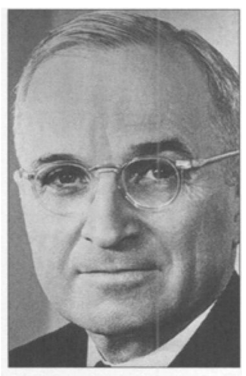
Unter dem 21. **Juli** 1947 **notierte** TRUMAN: **»Die Juden, finde ich, sind sehr, sehr selbstsüchtig. Sie bewegt es nicht, wie viele Esten, Letten, Finnen, Polen, Jugoslawen oder Griechen ermordet oder als DP (Displaced Persons, K. R.) mißhandelt werden, wenn sie nur als Juden ihre besondere Behandlung bekommen. Wenn sie aber Macht besitzen, ob physischer, finanzieller oder politischer Art, haben ihnen weder** HITLER **noch** STALIN **an Grausamkeit oder schlechter Behandlung des Underdogs etwas voraus. Kommt ein Underdog nach oben, spielt es keine Rolle, ob er den Namen eines Russen, Juden, Negers, Unternehmers, Arbeitnehmers, Mormonen, Baptisten trägt - er dreht durch.«**

Schon der Vergleich der zionistischen Lobby mit HITLER **und** STALIN **ist starker Tobak. Denn 1947, zwei Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg, galten**

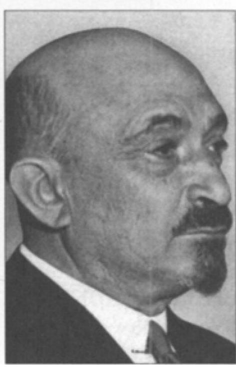


Harry TRUMAN bei seinem Amtseid. Gleich nach Übernahme der Regierungsgescbäfte stand der ROOSEVELT-Nachfolger unter dem Druck der zionistischen Lobby.

TRUMAN Juden in erster Linie als Opfer der >Shoah<. TRUMAN wußte es besser. Um die Vision des Judenstaates Wirklichkeit werden zu lassen, mordeten und brandschatzten jüdische Terrorbanden praktisch seit Kriegsende mit verbissener Grausamkeit, ermordeten englische Mandatsbeamte, verbreiteten Schrecken unter der arabischen Bevölkerung. Das Massaker von Deir Yassin und der Sprengstoffanschlag auf das »King Davide-Hotel sind auch nach Jahrzehnten unvergessen,







Von oben: Harry TRUMAN, Stephen WISE und Chaim WEIZMANN.

TRUMAN war, wie man weiß, ein >widerwilliger< Präsident. Als ROOSEVEI.T im April 1945 starb, mußte er als Vizepräsident nachrücken. Schon die ständigen Querelen mit dem republikanischen Kongreß machten ihm das Leben schwer, und in der Bevölkerung hatte er wenig Rückhalt. Die Hartnäckigkeit der Zionisten machte das Maß voll, aber in der Öffentlichkeit mußte er mitspielen. Diese wenig vorteilhafte Rollenverteilung bestätigte TRUMAN im übrigen noch 1976 in seinen Memoiren unter dem Titel *Piain Speaking.* Dort berichtet er, wie er im Entscheidungsjahr 1945 von der zionistischen Lobby weichgeklopft wurde, um grünes Licht für die Gründung des Staates Israel zu geben:

»Am 20. April 1945, acht Tage nach meinem Amtsantritt, wurde ich von Rabbi Stephen WISE, dem Präsidenten des Amerikanischen Zionistenrates, aufgesucht, der mich über die Gründe für den Wunsch des jüdischen Volkes nach einem eigenen Staat aufklären wollte. Ich sagte ihm, daß ich wohl Bescheid wüßte und mir auch ein eigenes Urteil über diese Frage bilden könnte. Der Rabbi warnte mich vor den sogenannten Experten aus dem Außenministerium, doch ich versicherte ihm noch einmal, daß ich mein eigener Experte sein wollte. Dann wollte mich Eddie JACOBSEN sprechen, und ich sagte ihm: »Eddie, ich freu' mich immer, dich zu sehen, doch versprich mir eins: kein Wort über das, was da drüben im Nahen Osten vor sich geht!< Und Eddie versprach es. Als er dann den »Oval Room< betrat, rannen ihm Tränen über die Wangen, und ich sagte ihm: »Eddie, youson of a bitch, du hast mir versprochen, nichts davon zu sagen<, und er antwortete: >Mister President, ich hab' ja nichts gesagt, doch jedes Mal, wenn ich an das schreckliche Schicksal der Juden da drüben denken muß, die seit Tausenden von Jahren heimatlos sind, und an den guten Dr. Chaim WEIZMANN, der alt und krank ist und sein ganzes Leben lang für die Errichtung einer Jüdischen Heimstätte geschuftet hat, dann muß ich noch mehr weinen. Übrigens ist Dr. WEIZMANN in New York und möchte dich sehen.« Dann sprachen wir über dies und jenes, und immer noch rannen Tränen an seinen Wangen hinunter. Derart weichgeklopft, ergriff ich den Hörer und verlangte Dr, WEIZMANN ZU sehen. Nur elf Minuten nach der Ausrufung des Staates Israel wurde dieser von den USA anerkannt. Danach besuchte mich Rabbi Stephen WISE, der Präsident des Zionistenrates, und sagte min >Gott hat Sie in Ihrer Mutter Leib gelegt, auf daß Sie nach zweitausend Jahren die Wiedergeburt Israels bewerkstelligen können.<« Karl Richter

Die deutsche Wehrmacht im Urteil

Nach einem Wort des Dichters Herbert BÖHME gilt: »Ein Volk ist immer soviel wert, wie es sich in seinen Toten ehrt.«[1] Das bezieht sich insbesondere auf die Gefallenen der großen Kriege des 20. Jahrhunderts, die in allen Staaten geehrt, in Deutschland dagegen oft diffamiert werden, indem die Erinnerungen an sie verdrängt, die Gedenkmaie für sie beschmiert und ihre Taten unberechtigt herabgesetzt werden. Im Ausland fanden und finden die deutschen Soldaten des 20. Jahrhunderts eher die ihnen gebührende Achtung als bei den nachgeborenen Deutschen, für die sie ihr Leben einsetzten und viele von ihnen es auch opferten. Zur Richtigstellung des in der deutschen Öffentlichkeit vor allem durch den Einfluß der 'Frankfurter Schule< und der 68er verzerrten Bildes seien im folgenden einige sachliche Urteile über die deutsche Wehrmacht angeführt.

Der israelische Generalstab hat vor Jahrzehnten für die Ausbildung seiner Truppen grundlegende Untersuchungen über die Armeen des 20. Jahrhunderts vorgenommen,-[2] Mehr als tausend Militärfachleute sind dabei zur Bewertung der verschiedenen Armeen befragt worden, welche Truppen sie für die besten hielten, welche Soldaten am diszipliniertesten gekämpft und welche die größte Initiative besessen hätten. Danach wurde eine Rangliste erarbeitet. Ab tapferste Soldaten in beiden Weltkriegen wurden die deutschen beurteilt, ebenso als die diszipliniertesten.

»Mehr als tausend Militärspezialisten sind zu der Frage der Qualität der verschiedenen Armeen eingehend befragt worden. Hohe Offiziere aller Nationen wie der verstorbene US-General MARSHALL, der französische General KOENIG und der britische Militärschriftsteller LIDDELL HART wurden an dieser Rundfrage beteiligt. Diese militärischen Sachkenner haben sich zu den Fragen geäußert, welche Armee sie für die beste hielten, welche Soldaten am tapfersten gekämpft und welche die größte Initiative besessen hätten. Nach diesen Gesichtspunkten erarbeiteten die Israelis eine Rangliste. Aus ihr ergibt sich, welche Einheiten und Formationen aufgrund ihrer kriegerischen Leistungen und ihrer Kampferfahrungen an der Spitze lagen. Als tapferste Soldaten beider Weltkriege wurden von den Israelis die Deutschen ermittelt. Es folgten die Franzosen für den Ersten und die Japaner für den Zweiten Weltkrieg. Die deutschen Streitkräfte wurden als die diszipliniertesten beider Kriege bezeichnet. Als Elite-Einheiten des Zweiten Weltkrieges wurden die US-Marines (Ledernacken), die britischen Kommandotruppen, die französische Fremdenlegion, die deutsche Waffen-SS und die sowjetische Arbeitermiliz hervorgehoben. Die Bewertung nach Punkten, die eine Höchstzahl von 100 Punkten zuließ, ergab die folgende Rangordnung:

[1] *Dich singe ich, Vaterland'.*, Türmer, Lochham 1970, S. 53.

[2] *Zeitgeschichte in Zitaten*, Türmer, Berg o.J., S. 123 f.; Felix STEINER, *Die Armee der Geächteten*, Plesse, Göttingen 1963, S. 209.



Im Ersten Weltkrieg

deutsche Armee	86 **Punkte**
französische Armee	65 **Punkte**
englische Armee	59 **Punkte**
türkische Armee	52 **Punkte**
amerikanische Armee	49 **Punkte**
russische Armee	45 **Punkte**

Im Zweiten Weltkrieg

deutsche Streitkräfte	**93 Punkte**
japanische Armee	**86 Punkte**
sowjetische Armee	**83 Punkte**
finnische Armee	**79 Punkte**
polnische Armee	**79 Punkte**
britische Armee	**62 Punkte**
amerikanische Armee	**55 Punkte**
französische Armee	**39 Punkte**
italienische Armee	**24 Punkte.**

Zahlreich sind die lobenden Urteile gegnerischer Truppenführer über die deutschen Soldaten. So vertraute der britische Feldmarschall Alan Francis Lord ALANBROOKE (1883-1963), 1941 **bis** 1946 **Chef des Empire-Generalstabs, am** 23. **Mai** 1940 **seinem Tagebuch an: »Die Deutschen sind ohne Frage die wunderbarsten Soldaten.«**[3]

[1] Zitiert in: Erich SCHWINGE, *Bilanz der Kriegsgeneration,* N. G. Elwert, Marburg [13]1987, S. 46.



Oben: Die Erfolge der Deutschen Wehrmacht gründeten sich nicht nur auf die Überlegenheit ihrer Panzer, Artillerie und Luftwaffe. Auch der technisch sehr gut ausgestattete und disziplinierte Infanterist spielte eine entscheidende Rolle.
Links: Deutsche Soldaten im Norden Stalingrads nach einem heftigen Kampf um eine Traktorenfabrik. Bis zu ihrer Einkesselung leisteten die deutschen Truppen, die den Großteil des Stadtgebietes erobert hatten und besetzt hielten, Großartiges.

Der Unterstaatssekretär im britischen Außenamt, Sir Alexander CADOGAN (1884-1968), **notierte am** 18. **Juni** 1941: **»Die Deutschen sind prächtige Kämpfer, und ihr Generalstab besteht aus wahren Meistern der Kriegskunst.«**[4]

Der englische Feldmarschall Harold Rupert Lord ALEXANDER (1891-1969), **alliierter Befehlshaber in Italien und im Mittelmeerraum, erklärte nach den ersten Schlachten um den Monte Cassino** 1943/44: **»Gegen einen weniger furchtbaren Feind wäre eine Operation, wie wir sie geplant hatten, erfolgreich gewesen. Ich glaube aber, wir hatten die bemerkenswerte Energie und Zähigkeit der Deutschen unterschätzt.« Und in einem Schreiben, das er am** 20. **März** 1944 **an** CHURCHILL **richtete, heißt es über die deutschen Soldaten: »Ich bezweifle, ob es auf der Welt eine zweite Truppe gibt, die das überstehen und nachher mit der gleichen Verbissenheit weiterkämpfen würde wie diese Leute.«**[5]



Ein britisches Panzerabwehrgeschütz unterhalb des zerstörten Klosters Monte Cassino, das von den Deutschen im Mai 1944 fünf Monate lang verteidigt wurde.

Der französische Marschall Jean DE LATTRE DE TASSIGNY (1889-1952) **äußerte im April** 1946 **gegenüber Carl Jacob** BURCKHARDT **über die deutschen Stalingradkämpfer: »Es hat in unserer Zeit noch einige ganz große Leistungen gegeben, zum Beispiel die Deutschen in Stalingrad. Sie standen für einen unsinnigen Befehl, einen irrsinnigen Befehl. Aber was sie geleistet haben, ist vorbildlich.«**[6]

Der amerikanische Panzergeneral George PATTON (1885-1945) **sagte im November** 1944 **zu einem gefangengenommenen deutschen Offizier: »Ich habe große Achtung für die deutschen Soldaten.« Und seine Bewunderung über die deutschen Truppen drückte er mit den Worten aus: »Sie besitzen eine stolze militärische Tradition; sie haben sich als geschickt in der Kriegskunst erwiesen.«**[7]

Der US-Generalstabschef George C. MARSHALL (1880-1959), **der die Invasion in der Normandie** 1944 **vorbereitete und später auch Staatsmann in verantwortungsvollen Amtern wurde, befand über die deutschen Soldaten: «Die Deutschen sind natürliche Kämpfer, das müssen wir zugeben, sie waren geborene Soldaten. Und sie waren hervorragend ausgebildet, sehr geschickt ausgebildet, vor allem, was das Unteroffizierkorps betraf. Und die Basis ihrer Disziplin war unerschütterlich.«**[8]

[4] Erich SCHWINGE, ebenda.

[5] Ebenda, S. 47.

[6] Ebenda, S. 49.

[7] Ebenda, S. 50.

[s] Ebenda.

Die Schlacht von Falaise in der Normandie im August 1944 (Gemälde von Frank WOOTON). Trotz der fürchterlichen Schläge aus der Luft (hier Raketenbomber vom Typ >Typhoon«) bricht die deutsche 2. Panzerdivision am 20. August 1944 durch die Front der Kanadier hindurch aus und hält sechs Stunden lang die Gasse für den Rückzug der Reste der 7. Armee offen.



Tapferkeitsauszeichnungen der Deutschen Wehrmacht

Von den rund 15 Millionen deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges wurden ausgezeichnet:

rund 2,5 Millionen mit dem Eisernen Kreuz II. Klasse (EKII)
rund 300000 mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse (EKI)
rund 17 000 mit dem Deutschen Kreuz in Gold
rund 900 mit dem Deutschen Kreuz in Silber
rund 7300 mit dem Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes
davon 883 mit dem Ritterkreuz mit Eichenlaub und 9 Ausländer
159 mit dem Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern und 1 Ausländer
27 mit dem Ritterkreuz mit Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten
1 mit dem Ritterkreuz mit Goldenem Eichenlaub mit Schwertern und Brillanten (Hans Ulrich RUDEL).

Von den Ritterkreuzverleihungen entfielen auf die Wehrmachtteile:
Heer 4780; Waffen-SS (dem Heer unterstellt) 465; Luftwaffe 1730;
Marine 318; zusammen 7293.

Weiterführende Literatur:

Ludwig PETERS, *Volkslexikon Drittes Reich,* Grabert, Tübingen [2]1994.

Ernst-Günther KRATSCHMER, *Die Ritterkreuzträger der Waffen-SS,* K. W. Schütz, Preußisch Oldendorf'1982.

Walther Peer FELLGIEBEL, *Die Träger des Ritterkreuzes des Eisernen Kreuzes 1939-1945,* Podzun Pallas, Wölfersheim 1993.

Ausländische Urteile über die deutsche Besatzungsmacht

Seit einiger Zeit ist es Mode geworden, die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges zu diffamieren und unberechtigt zu verurteilen. Der Deutschen Wehrmacht wird vorgeworfen, in einem »barbarischen Krieg« Europa mit »millionenfachem Mord« überzogen, ja wie ein »marschierendes Schlachthaus«[1] gewirkt zu haben. Ausländische Fachleute sind in dieser Frage oft gerechter als nachgeborene Deutsche, die wie zum Beispiel Manfred MESSERSCHMIDT, **Historiker am Militärgeschichtlichen Forschungsamt, oder die Nichthistoriker Fritz** WüLLNER, **Johannes** HEER **und Jan Philipp** REEMTSMA **aus mangelndem Wissen um die geschichtlichen Vorgänge oder falsch verstandener Menschlichkeit meinen, die unzutreffenden Vorwürfe der Umerziehung vertreten und die deutschen Truppen verurteilen zu müssen.**

Das Gegenteil solcher Belastungen ist richtig, wie die historischen Tatsachen und ebenso genügend Urteile von seiten der Gegner beweisen. Die deutschen Truppen, die im Zweiten Weltkrieg große Gebiete Europas erobert hatten und mehrere Jahre besetzt hielten, genossen auch als Besatzungsmacht im allgemeinen einen guten Ruf und verübten nicht solche Ubergriffe, Morde, Plünderungen und Vergewaltigungen, wie sie sich die sowjetischen, aber auch westalliierten Streitkräfte während dieses Krieges und nachher erlaubten.[2] Der angesehene Fachmann für Militärstrafrecht und Kriegsvölkerrecht Erich SCHWINGE **von der Universität Marburg hat in seinem Buch *Bundeswehr und Wehrmacht*[1] die folgenden Äußerungen über die deutschen Besatzungssoldaten zusammengestel lt.**

Nach dem Urteil des britischen Militärschriftstellers Captain Basil LIDDELL HART **habe sich die deutsche Wehrmacht von allen Besatzungsstreitkräften während des Krieges und danach am besten verhalten. Von den amerikanischen, kanadischen und australischen Truppen lägen schockierende Gegenbeispiele vor (besonders aus Italien, R. K.). Nach dem Bericht eines französischen Generals, der 1942 die befreiten russischen Gebiete besucht hatte, hätten sich die deutschen Soldaten auch der russischen Bevölkerung gegenüber einwandfrei verhalten.**

Im September 1951 urteilte LIDDELL HART **in Erwiderung auf einen Leitartikel der *Times* vom 22. September 1951: »Wenn man anläßlich von Besuchen in Westeuropa die Menschen nach ihren Erfahrungen während der deutschen Besetzung fragte, hörte man immer wieder, daß das Nazi-Regime verhaßt gewesen sei, das Verhalten der deutschen Armee aber sehr korrekt.« (zitiert in der** HART**-Biographie von Brian** BOND, **1977, S. 187)**

»Die deutschen Offiziere und Soldaten haben sich mit beachtlichem Takt aufgeführt.« per britische Schriftsteller Harold NICOLSON **am 22. April 1944**

[1] Staatsminister Michael NAUMANN, in: *Sunday Times* nach *Weit am Sonntag,* 14. 2. 1999, auch in: *Deutsche Wochen^eitung,* 26. 2. 1999.

[2] Siehe: Beitrag Nr. 361, »Massen**vergewaltigungen am Kriegsende«, u. Nr. 299, »Französische Massenvergewaltigungen in Italien 1944«.

[1] Erich SCHWINGE, *Bundeswehr und Wehrmacht,* Soldat im Volk, Bonn 1991, S. 30 ff.

in seinem Tagebuch als Erklärung der Führung der französischen Widerstandsbewegung in London, in: Harold NICOLSON, *Tlx War Years 1939-1945,* Bd. 2, New York 1967, S. 363)

»Die deutschen Truppen, die Frankreich besetzt hielten, genossen - was den persönlichen Kontakt zu der Bevölkerung anging - einen besseren Ruf als die amerikanischen Truppen, die Deutschland besetzt hielten.« (Ein US-Oberst als Zeuge vor dem US-Senat, zitiert in: Edward N. PETERSON, *The American Qccupation of Germany. Retreat to Victory,* Detroit 1977, S. 91)





Obert: Frankreich, Juli 1940. Deutsche Soldaten setzten sich sehr stark für Flüchtlinge ein, hier bei einer Verpflegungsstelle der NSV. *Unten:* Deutsche Soldaten verteilen (1942) warme Mahlzeiten an russische Kinder in einem Dorf. Beide Abbildungen aus: Helmut KARSCHKES (Hg.), *Menschlichkeit im Krieg,* Stocker, Graz 2000.

Der Botschafter Robert MURPHY, die rechte Hand von US-General Lucius CLAY während dessen Zeit als Militärgouverneur der US-Zone in Deutschland, schrieb, er habe bei seinen Reisen durch die vorher besetzten Gebiete nur Positives über die deutschen Truppen gehört. (Robert MURPHY, *Diplomat unter Kriegern,* 1964, S. 62 f.)

Ähnlich hielt Brian CROZIER in seiner DE GAULLE-Biographie fest, das Betragen der deutschen »wohldisziplinierten Besatzungstruppen« sei in Frankreich - besonders in den frühen Monaten - » betont korrekt« gewesen. (Brian CROZIER, *De Gaulle*, Bd. 1, 1973, S. 260)

Der amerikanische Diplomat George F. KENNAN schrieb, unter den chaotischen Zuständen des Juni 1940 habe die Bevölkerung in dem zusammengebrochenen Frankreich die deutschen Armeen durchweg diszipliniert erlebt. Sie sah die deutschen Soldaten »an Kreuzungen Nahrung und Wasser an Flüchtlinge verteilen, Lager und >Erste-Hilfe-Stationen< einrichten, die Al-

ten und Kranken auf ihren großen Diesellastern transportieren, Plünderern den Weg versperren«. (George F. KENNAN, *Impressionen eines Lebens,* 1990, S. 97)

Zutreffend urteilte SCHWINGE **abschließend, daß, wäre dem anders gewesen, es nach dem Krieg kaum zu der schnellen und großen Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen hätte kommen können. Weitere Hinweise auf die gute Führung der Deutschen in den besetzten Ländern geben die Tatsachen, daß die Widerstands- und Partisanentätigkeit gegen die Wehrmacht - außer im Osten - erst sehr spät in den besetzten Gebieten Unterstützung durch die einheimische Bevölkerung fand, daß Hunderttausende junger Männer dieser Länder als Freiwillige bei den deutschen Truppen dienten oder als Arbeiter freiwillig zur Arbeit nach Deutschland gingen.[4] Dieses gegenseitige Kennenlernen von Millionen über die alten Grenzen hinweg trug wesentlich mit dazu bei, den Gedanken der Einigung Europas zu verbreiten,**

Rolf Kosiek

[4] Helmut KARSCHKES (Hg.), *Menschlichkeit im Krieg,* Stocker, Graz 2000.

In seinem Buch *Deutschenangst— Deutschenhaß* **(Grabert, Tübingen 1999, S. 83 f.) bemerkt der Franzose Philippe** GAUTIER, **daß die Deutschen während der vierjährigen Besatzung in Frankreich das Kunststück vollbrachten, die schlimmsten Deutschenhasser zu entmutigen, »die ihren eigenen Augen nicht mehr trauten« - und er zitiert dabei Jean-Marc** DE FOVILLE *[L'entrée des Allemands à Paris, 14 juin 1940,* **Calmann-Lévy, Paris 1975, S. 228] über die deutschen Soldaten:**

»Sie sind korrekt: Sie nehmen Habachtstellung vor dem Grab des Unbekannten Soldaten ein. Sie sind korrekt: Sie bieten den Frauen in der Metro ihren Platz an. Sie sind korrekt: Sie sind alten Leuten und Kindern behilflich. Sie sind korrekt: Sie sprechen junge Mädchen nicht auf der Straße an, Sie sind korrekt: Sie respektieren Orden und Auszeichnungen. Sie sind korrekt: Sie sprechen von der Tapferkeit der französischen Soldaten. Sie sind korrekt... Darüber sind die Besiegten wohl am meisten überrascht: Sie hatten damit gerechnet, von einer Horde überfallen zu werden, die schnell zuschlägt, vergewaltigt, plündert, mordet. Statt dessen stehen sie disziplinierten Soldaten gegenüber, die eine etwas mechanische Höflichkeit, eme etwas eitle Courtoisie, eine etwas herablassende Freundlichkeit an den Tag legen, und werden ihr Auftreten einhellig als »Korrektkeit< bezeichnen. Manche werden von »Ritterlichkeit<, von »Ehrgefühl* oder gar von »Galanterie< sprechen... Doch der Refrain dieser ersten Tage, die Leier, die in den Warteschlangen, Ämtern und Cafés zu hören ist und bald auf der Titelseite der Zeitungen der Besatzungszone erscheinen wird, ist jenes »Sie sind korrekt<, Ausdruck der Erleichterung und Verwunderung eines Volkes, das an die Apokalypse geglaubt hatte.«



Die Wehrmacht in den besetzten Gebieten

Die berüchtigte Anti-Wehrmachtausstellung, die im November 1999 unter den nicht widerlegbaren Beweisen vielfacher Fälschungen und Verzerrungen zurückgezogen werden mußte, versuchte ab 1995, die deutsche Wehrmacht als verbrecherische Organisation hinzustellen, die sich insbesondere in den besetzten Gebieten während des Zweiten Weltkrieges schändlich und unwürdig gegenüber der jeweiligen einheimischen Bevölkerung verhalten habe.

Genau das Gegenteil ist richtig. Der deutsche Soldat benahm sich vorbildlich, wie auch alliierte Militärhistoriker bestätigen, und sein Verhalten hob sich vorteilhaft von dem der alliierten Truppen ab. Insbesondere gab es nicht nur keine solchen Aufrufe zum Haß gegen Zivilisten wie seitens des sowjetischen Propagandisten Ilja EHRENBURG **oder des französischen Generals** DE LATTRE DE TASSIGNY, **sondern Anweisungen zu korrektem Verhalten. Verstöße wurden scharf geahndet.**

Ein Beispiel eines deutschen Truppenbefehls sei angeführt:

**»Befehl an alle im Kaukasus eingesetzten Truppen
(bekanntzugeben bis zu den Kompanien)**

Die in den Kaukasus einrückenden Truppen haben:

1. die kaukasische Bevölkerung, außer wenn sie sich deutschfeindlich zeigt, wie befreundete Völker zu behandeln.

2. den Bestrebungen der Gebirgsbevölkerung, das Kollektiv-System aufzuheben und die Kolchose-Wirtschaft abzuschaffen, keine Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

3. die Wiedereröffnung der Gotteshäuser jeglicher Konfession und die Pflege der Gottesdienste, Sitten und Gebräuche zu erlauben.

4. das Eigentum zu achten und requirierte Güter zu bezahlen.

5. durch vorbildliches Verhalten das Vertrauen der Bevölkerung zu gewinnen, deren Mitarbeit in einem schwer zu kontrollierenden Gebirge militärisch von großer Bedeutung ist und das weitere Vorrücken der deutschen Truppen wesentlich erleichtern kann.

6. alle notwendigen harten Kriegsmaßnahmen der Bevölkerung gegenüber zu begründen.

7. insbesondere die Ehre der kaukasischen Frauen zu achten.

Für die Durchführung dieses Befehls sind alle Offiziere verantwortlich. Der Oberbefehlshaber der Heeresgruppe.«

Ehrenerklärungen für die deutschen Soldaten

Die HEER-REEMTSMASche Anti-Wehrmachtausstellung zog ab 1995 jahrelang durch deutsche Lande, um die Wehrmacht unberechtigt zu diffamieren, bis sie wegen zahlreicher erwiesener Fälschungen und unzutreffender Schuldzuweisungen in Ausstellungsstücken und im zugehörigen Katalog im Herbst 1999 zurückgezogen werden mußte. Über einzelne Fälschungen berichtet ein anderer Beitrag.[1] Mehrere ausführliche wissenschaftliche Widerlegungen der Aussagen dieses Machwerks des Hamburger-Instituts für Sozial Forschung< sind inzwischen erschienen.[2] In neuer Form wurde die Ausstellung 2001 dennoch wieder eröffnet.

In diesem Zusammenhang sei auf die ausdrücklichen Ehrenerklärungen führender deutscher Staatsmänner für die deutschen Soldaten hingewiesen. Für die Wehrmachtangehörigen des Zweiten Weltkrieges erklärte der amtierende Bundeskanzler Dr. Konrad ADENAUER in seiner Rede am 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag unter anderem: »Ich möchte heute vor diesem Hohen Haus im Namen der Bundesregierung erklären, daß wir alle Waffenträger unseres Volkes, die im Namen der hohen soldatischen Überlieferung ehrenhaft zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft gekämpft haben, anerkennen. Es muß unsere gemeinsame Aufgabe sein - und ich bin sicher, wir werden sie lösen - die sittlichen Werte des deutschen Soldatentums mit der Demokratie zu verschmelzen. Der kommende deutsche Soldat wird nur dann seiner deutschen und europäischen Aufgabe gerecht werden, wenn er von den Grundprinzipien erfüllt ist, auf denen die Ordnung unseres Staates ruht. Diese Ordnung sichert zugleich die ethischen Werte des Soldaten vor erneutem Mißbrauch.«



Paul HAUSSER (1890-1972), >Papa HAUSSER< genannt - eine herausragende Vater-Figur.

Als daraufhin aus Kreisen der Waffen-SS an den Bundeskanzler die Frage gestellt worden war, ob er in seiner Erklärung auch die Angehörigen der Waffen-SS einbeziehe, schrieb ADENAUER dem damaligen Sprecher der Angehörigen der Waffen-SS, dem Oberstgruppenführer a. D. Paul HAUSSER, am 17. Dezember 1952 die klaren Worte: »Sehr geehrter Herr Generaloberst!

[1] Siehe: Beitrag Nr. 444, »Fälschung bei Anti-Wehrmachtausstellung«, u. Nr. +45, »Die Lügen der Anti-Wehrmachtausstellung«.

[2] Z. B,: Walter POST, *Die verleumdete Armee. Wehrmacht und Anti-Wehrmacht-Propaganda,* Pour le Mérite, Selent 1999; Bogdan MUSIAL, »Bilder einer Ausstellung, Kritische Anmerkungen zur Wanderausstellung >Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944<«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* Nr. 4, 1999, S. 563-591; Krisztian UNGVARY, »Echte Bilder - problematische Aussagen. Die Ausstellung Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944««, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,* Nr. 10, 1999, S. 584-595.

Einer Anregung nachkommend, teile ich mit, daß die von mir in meiner Rede vom 3. Dezember 1952 vor dem Deutschen Bundestag abgegebene Ehrenerklärung für die Soldaten der früheren deutschen Wehrmacht auch die Angehörigen der Waffen-SS umfaßt, soweit sie ausschließlich als Soldaten



Die Einweihung des von Walter und Johannes KRÜGER entworfenen Tannenberg-Nationaldenkmals am 18. September 1927.

ehrenvoll für Deutschland gekämpft haben. Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr gez. ADENAUER.«[3]

Auch den deutschen Soldaten des Ersten Weltkrieges waren von der alliierten Kriegspropaganda während des Krieges Untaten und Verbrechen vorgeworfen worden, zum Beispiel das Abhacken von Kinderhänden in Belgien, Bald nach Kriegsende stellten selbst die Alliierten diese Greuelpropaganda richtig.[4]

Eine ausdrückliche Ehrenerklärung gab dann Reichspräsident Paul VON HINDENBURG anläßlich der Einweihung des Tannenberg-Denkmals in Ostpreußen am 18. September 1927 mit den Worten ab:[5] »Das Tannenberg-Nationaldenkmal gilt in erster Linie dem Gedenken derer, die für die Befreiung der Heimat gefallen sind. Ihr Andenken, aber auch die Ehre meiner noch lebenden Kameraden verpflichten mich dazu, in dieser Stunde und an dieser Stätte feierlich zu erklären: Die Anklage, daß Deutschland schuld sei an die-

[3] Zilien aus: *Die Kameradschaft,* Nr. 6, 1994, S. 6.

[4] Siehe: Beitrag Nr. 33, »Die abgehackten Kinderhände in Belgien«.

[5] Zitiert aus: *junge Freiheit,* November 1993, S. 19.

sem größten aller Kriege, weisen wir, weist das deutsche Volk in allen seinen Schichten einmütig zurück. Nicht Neid, Haß oder Eroberungslust gaben uns die Waffen in die Hand. Der Krieg war uns vielmehr das äußerste, mit den schwersten Opfern des ganzen Volkes verbundene Mittel der Selbstbehauptung einer Welt von Feinden gegenüber. Reinen Herzens sind wir zur Verteidigung des Vaterlandes ausgezogen, und mit reinen Händen hat das deutsche Volk das Schwert geführt.«

Bevor der Hamburger Historiker Fritz FISCHER **seine mit verfälschten Quellen und unzutreffender Auslegung[6] begründete Anklage Deutschlands für die Schuld am Ersten Weltkrieg 1961 veröffentlichte, hatten bereits französische und deutsche Historiker im Rahmen gemeinsamer Schulbuchempfehlungen am 11. Oktober 1951 im Institut für Europäische Geschichte in Mainz in ihrer »Deutsch-französischen Vereinbarung über strittige Fragen europäischer Geschichte« folgendes festgestellt:**

[6] Siehe: Beitrag Nr, 453, »Fritz Fischer und die Quellen«.

»Die deutsche Politik zielte 1914 nicht auf die Entfesselung eines europäischen Krieges... Die Verhandlungen der Staatsmänner fanden unter dem Druck einer öffentlichen Meinung statt... Der Artikel 231 des (Versailler) Vertrages war von seinen Verfassern so gemeint, daß er eine juristische Haftung Deutschlands für die von seinen Armeen angerichteten Schäden festhalten sollte, nicht aber ein moralisches Schuldbekenntnis.«[7]

[7] Siehe Anm. 5.

Gerechtigkeit auch für deutsche Soldaten

Alfons GORBACH, der spätere österreichische Bundeskanzler, erklärte am 3. Dezember 1954 vor dem Wiener Parlament:

»Nur eine niedrige und schäbige Gesinnung kann einer so unerhörten seelischen Barbarei fähig sein, den Millionen Toten des letzten Weltkrieges und ihren Angehörigen über die Opfer hinaus auch noch den Sinn der Opfer rauben zu wollen.«

Graf VON GALEN, der Bischof von Münster, erklärte am 5. Juni 1945:

»Wir wollen auch innig danken unseren christlichen Soldaten, jenen, die in gutem Glauben, das Rechte zu tun, ihr Leben eingesetzt haben für Volk und Vaterland und auch im Kriegsgetümmel Herz und Hand rein bewahrt haben von Haß, Plünderung und ungerechter Gewalttat. Gott der Herr, der Herzen und Nieren durchforscht, richtet nicht nach dem äußeren Erfolg, sondern nach der inneren Gesinnung und Gewissenhaftigkeit und wird das Gute belohnen, das Böse bestrafen nach Verdienst.«

Beide Äußerungen in: Erich SCHWINGE, *Bundeswehr und Wehrmacht,* Soldat im Volk, Bonn 1991, S. 23 u. 74.




Ukrainer über deutsche Soldaten

Die nun zahlreicher Fälschungen überführte Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944« des Hamburger »Instituts für Sozialforschung« war in den Medien planmäßig vorbereitet und unterstützt worden. Schon 1992 hatte die als Organ der 68er wirkende, der Umerziehung gewidmete *Zeit* geschrieben: »Was bald 50 Jahre nach Kriegsende immer noch fehlt, ist eine öffentliche Darstellung der größten Mord- und Terrororganisation der deutschen Geschichte: der deutschen Wehrmacht.«[1]

Die wahrheitswidrige »Botschaft«, die diese Ausstellung »herüberbringen« sollte, war, daß die deutsche Wehrmacht besonders im Gebiet der Sowjetunion einen »rassistischen Ausrottungskrieg« gegen die Zivilbevölkerung geführt habe. Auch wenn die Ausstellung nach einigen Jahren 1999 zunächst aus der Öffentlichkeit zurückgezogen werden mußte, weil ihre Fälschungen und Fehldeutungen zu offensichtlich waren, wird ihre Grundtendenz doch von vielen Medien weiterhin als richtig anerkannt und verbreitet. So schrieb die *Süddeutsche Zeitung* sinngemäß, als die Ausstellung vorläufig geschlossen werden mußte, man habe leider die falschen Bilder für eine richtige Aussage verwendet, was sie auch schon in ihrer ersten Stellungnahme zu den peinli-

[1] Zitiert von Dieter STEIN, »Optische Täuschung«, in: *junge Freiheit,* 20. 10. 1999, S. 1.

Eine beeindruckende Szene während des Rußland-Feldzuges.



chen Enthüllungen in der Überschrift »These richtig, Bilder falsch?« andeutete.[2]



In der Ukraine ebenso wie in den baltischen Republiken wurden die Deutschen vielfach als Befreier willkommen geheißen. Ukrainische Bauern erhielten bald Land aus aufgelösten Staatsgütern zugeteilt. Leider wurde mancher positiver Ansatz durch Maßnahmen seitens u.a. der Einsatzgruppen unwiederbringlich verspielt.

Wie denkt man in den früher von Deutschen besetzten Gebieten darüber? Was sagt ein angesehener ukrainischer Schriftsteller dazu? Anatolij STRELJANYI war stellvertretender Präsident des ukrainischen Pen-Clubs und forderte schon 1990, daß man die Schwarzmalerei vom bösen deutschen Soldaten doch endlich aufgeben solle. Aus eigener Erfahrung berichtete er:

Während der deutschen Besatzungszeit sei es seiner Familie besser gegangen als nachher, als die Sowjettruppen zurückgekommen seien. Seine Mutter habe unter der deutschen Herrschaft auf der Kolchose gearbeitet und dort für ihren Sohn und sich genug zu essen bekommen. Nachher hätten sie von ihrem Garten leben müssen, der obendrein noch besteuert wurde. »Meine Mutter hat keinen Augenblick daran gezweifelt, daß wir unter den Unsrigen schlechter leben würden als unter den Deutschen!« äußerte STRELJANYI. Er berichtete weiter: »Stellen Sie sich eine arme kleine ukrainische Hütte vor mit drei weiblichen Bewohnern, einer 35jährigen Frau mit ihren zwei Töchtern, eine 13, die andere 15 Jahre alt. Den ganzen Winter waren drei deutsche Offiziere bei ihnen einquartiert, drei gesunde Männer. Und keiner hat die Mädchen angerührt!«[5]

Ähnliches äußerte anläßlich des Kosovo-Konfliks von 1999 der radikale serbische Nationalist ARKAN (>der Tiger<) im Interview mit Reportern der ***Neuen Revue.***[4] Auf die Frage, ob er Söldner aus Rußland für den Kampf im Kosovo brauchen könne, erwiderte er: »Brauche keine Russen. Im Zweiten Weltkrieg haben die Deutschen vier Jahre Belgrad besetzt. Keine einzige Serbin wurde vergewaltigt. Dann haben uns die Russen befreit und vergewaltigten fast jede Frau in Belgrad. Das haben wir nicht vergessen.«[5]

Aber solche Berichte haben die Herren HEER und REEMTSMA und deren Propagandisten in Presse, Rundfunk und Fernsehen noch nie interessiert.

[2] Dominik WICHMANN, »These richtig, Bilder falsch?« in: ***Süddeutsche Zeitung,*** 16. 10. 1999, S. 17.

[3] Nach: ***Soldat im Volk,*** Dezember 1999, S. 321.

[4] ***Neue Revue,*** Nr. 19, 1999.

[5] Auch zitiert von Walter NEUNER, in: ***Die Kameradschaft,*** Nr. 9, 1999, S. 2.

Disziplin deutscher Soldaten in Norwegen

Seit der verstärkten Vergangenheitsbewältigung, die in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts einsetzte, und besonders seit der HEER-REEMTS-MAschen Anti-Wehrmachtausstellung, werden die Soldaten der Wehrmacht in deutschen Medien oft als Mörder, Räuber, Plünderer und disziplinlose Landsknechte dargestellt. Wie unberechtigt und ohne jeden Bezug zur Wirklichkeit diese Vorwürfe sind, beweisen auch Feindaussagen. Ein gutes Beispiel stellt eine mit dem Stempel »Vertraulich« versehene Analyse der US-Marine vom September 1940 über den deutschen Norwegen-Feldzug (10. 4.-10. 6. 1940) dar.[1]

Es heißt darin in Kapitel IX unter anderem zur allgemeinen deutschen Besatzungspolitik in Norwegen:

» 3. Entwaffnung und Entlassung der Soldaten. Die Deutschen haben keine Zeit versäumt, gefangene norwegische Soldaten zu entlassen, sobald sie entwaffnet waren. Das gilt besonders für Soldaten, die vor dem Ausbruch des Krieges kurzfristig einberufen worden waren. Reguläre Offiziere wurden bis etwa 1. Juni in Haft gehalten, und die wenigen Berufssoldaten wurden länger in Gefangenschaft gehalten als die anderen. Am 10. 5. waren nahezu alle Soldaten südlich von Trondheim entlassen (obwohl bei Narvik noch bis zum 10. 6. 1940 gekämpft wurde, R. K.).,.

5. Wiederaufbau der Kriegsschäden. Die Deutschen haben sofort begonnen, die Eisenbahnlinien, Straßen, Telefonleitungen usw. wiederaufzubauen. Sie waren besonders bemüht, zerstörte Brücken wiederherzustellen. Dazu wurden norwegische Arbeiter unter deutscher Aufsicht eingesetzt. Sie erhielten für diese Arbeit einen höheren Lohn, als jemals zuvor gezahlt wurde...

6. Deutsche Behandlung der Zivilisten. Das deutsche Militär war gegenüber der Zivilbevölkerung sehr rücksichtsvoll, nachdem deren Ortschaften eingenommen worden waren. Vor der Beschießung von Städten forderten sie die Bürger auf, die Stadt zu verlassen, und es wurden verhältnismäßig wenige Zivilisten getötet. Infolge der sehr strikten Disziplin wurden die Zivilisten von den Soldaten niemals belästigt.«[2]

In Kapitel X werden die »deutschen Streitkräfte in Norwegen« von den Amerikanern beurteilt:

»1. Disziplin. Die Disziplin der deutschen bewaffneten Streitkräfte kann nur mit dem Wort »großartig« (*magnificenl)* bezeichnet werden. Dies gilt für jeden, vom höchsten Offizier bis zum untersten Dienstgrad, und für alle Waffengattungen: Luftwaffe, Heer und Marine. Infolge dieser außerordentlichen Disziplin gab es keine Plünderungen, keine Ausschreitungen irgendwelcher An, außerhalb militärischer Operationen keine Verletzung von Zivil-

[1] Informationsbulletin der Dienststelle des Leiters der Marineoperationen, Marine-Nachrichtendienst, Marine-Ministerium der Vereinigten Staaten von Amerika, Vol. XVIII, No. 3, September 1940, »Deutsche Besetzung Norwegens«, mit Stempel »Vertraulich«. Kopie beim Verfasser.

[2] Ebenda, S. 109 f.

personen oder Beschädigung von deren Eigentum. Es gab keine Trunkenheit, kein Rowdytum irgendwelcher Art und keine Unruhen zwischen Soldaten, Seeleuten und Zivilisten.«[3]



Soldaten der Deutschen Wehrmacht in Norwegen.

Nach anerkennenden Worten zur Ausbildung, zum Mut und zur Einsatzbereitschaft wird die Moral der deutschen Soldaten bewertet:

»3. Moral. Da sie gut ausgebildet und diszipliniert waren, braucht man kaum noch zu sagen, daß ihre Moral hoch war. .. Alle, Offiziere und Mannschaften, wetteiferten darin, trotz Gegenwehr ihr gemeinsames Ziel zu erreichen. In vielen Fallen, wenn der Gegner zahlenmäßig überlegen war, griffen sie mit solch einem Mut an, daß sie ihre Gegner besiegten und zur Kapitulation zwangen. Hohe Offiziere waren oft unter der Angriffsspitze zu finden. Im Felde aßen die Offiziere das Gleiche wie ihre Soldaten, auch wenn sie nach dem Ende eines Gefechtes alles hätten haben können, was sie sich wünschten, Trotz der strikten Disziplin und dem übermäßigen Salutieren, Hackenschlagen usw. schienen die Streitkräfte demokratisch zu sein. Es gab eine feine Kameradschaft zwischen Offizieren und Soldaten unter der blinkenden äußerlichen Darstellung von Respekt.., Einer der besten Ausdrücke ihrer Moral ist ihr Singen. Einheiten aller Art bis zur Kompanie und in einem Falle ein ganzes Bataillon singen, wenn sie zu ihren verschiedenen Dienststellen marschieren. Auch darin waren sie gut ausgebildet.«[4]

Diese allgemeinen Urteile werden durch eingestreute Berichte des US-Botschafters in Norwegen untermauert. So heißt es, diesem »wurden bei seinen Reisen ins Land niemals Beschwerden seitens der Bevölkerung über die Behandlung durch die Besatzungssoldaten vorgetragen«.[5]

Während die in Norwegen eingesetzten französischen Alpenjäger in der amerikanischen Dokumentation auch gut bewertet werden, heißt es dort über die Engländer: »Die britischen Soldaten waren von schlechter Disziplin, Ausbildung und Moral und machten einen erbärmlichen ***{very poor)*** Eindruck.«[6]

Rolf Kosiek

[3] Ebenda, S. 111.

[5] Ebenda, S. 110.

[6] Ebenda, S. 115.

Zwei US-Generale über Deutschland

Dem amerikanischen General Dwight D. EISENHOWER (1890-1969) widmet David L. HOGGAN in seinem Buch *Das blinde Jahrhundert - Amerika, das messianische Unheil*[1] ein eigenes Kapitel mit der Uberschrift »Ike und die gefolterten Deutschen«. Es heißt darin: »>Ike< - wie EISENHOWER noch heute, sogar in Deutschland von vielen beinahe zärtlich genannt wird - sagte als Bolschewistenfreund dem sowjetischen General SCHUKOW, als sie 1945 bei Torgau an der Elbe den ersten militärischen Kontakt miteinander aufnahmen: »Wenn ich an irgendeinen unter der Folter langsam sterbenden Deutschen denke, sei es Mann, Frau oder Kind, macht mich das froh<.«

Der andere herausragende amerikanische General war George S. PATTON (1885-1945). Er war eine Persönlichkeit, die offenbar begriffen hatte, was gespielt wurde. Er sah Deutschland anders und schrieb im Juli 1945 an seine Frau Beatrice: »Berlin hat mich deprimiert. Wir haben das, was eine gute Rasse hatte sein können, vernichtet und sind dabei, mongolische Wilde an ihre Stelle zu setzen.« Und am 31. August 1945 erklärte er Beatrice: »Der Quatsch in den Zeitungen,.. ist behämmert... Dieses Geschreibsel kommt von den Juden, die sich rächen wollen. Die Deutschen sind tatsächlich das einzig anständige Volk, das es in Europa noch gibt.«[2]





Zwei amerikanische Heeresführer mit unterschiedlichen Qualitäten. *Links:* Dwight D. EISENHOWER, der bereits im September 1944 ein Fraternisationsverbot gegenüber den Deutschen verhängte. *Rechts:* George S. PATTON: »Ich habe große Achtung für die deutschen Soldaten. In Wirklichkeit sind die Deutschen das einzige anständige in Europa lebende Volk.« (Tagebucheintragung, 31. 8. 1945),

[1] David L. HoGGAN, *Das blinde Jahrhundert. ErsterTeil: Amerika - das messianische Unheil,* Graben, Tübingen 1984, T992, S. 301.

[2] David IRVING, *Krieg zwischen den Generälen. Das alliierte Oberkommando und die Invasion 1944,* Knaus, München-Hamburg 1983, S. 466 f.; *The Patton Papers, 1940-1945,* Houghton Mifflin Company, Boston.

Erziehung des deutschen Soldaten

Gewisse Kreise des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes in Freiburg/Berlin unter Prof. MESSERSCHMIDT versuchten seit den siebziger Jahren wie die ab 1995 durch viele Städte ziehende HEER-REEMTSMAsche Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944«, den deutschen Soldaten der Wehrmacht als Verbrecher hinzustellen. Dagegen ist anzuführen, zu welchen Zielen er von seiner Führung erzogen wurde. Diese kommen in den folgenden Richtlinien von 1934 zum Ausdruck.[1]

[1] Nach Major FOERTSCH, ***Wehrpflichtfibel,*** Offene Worte, Berlin o. J. (ca. 1935), S. 55 f.

»Die Pflichten des deutschen Soldaten

1. Die Wehrmacht ist der Waffenträger des deutschen Volkes. Sie schützt das Deutsche Reich und Vaterland, das im Nationalsozialismus geeinte Volk und seinen Lebensraum. Die Wurzeln ihrer Kraft liegen in einer ruhmreichen Vergangenheit, in deutschem Volkstum, deutscher Erde und deutscher Arbeit. Der Dienst in der Wehrmacht ist Ehrendienst am deutschen Volk.

2. Die Ehre des Soldaten liegt im bedingungslosen Einsatz seiner Person für Volk und Vaterland bis zur Opferung seines Lebens.

3. Höchste Soldatentugend ist der kämpferische Mut. Er fordert Härte und Entschlossenheit. Feigheit ist schimpflich, Zaudern unsoldatisch.

4. Gehorsam ist die Grundlage der Wehrmacht, Vertrauen die Grundlage des Gehorsams. Soldatisches Führertum beruht auf Verantwortungsfreude, überlegenem Können und unermüdlicher Fürsorge.

5. Große Leistungen in Krieg und Frieden entstehen nur in unerschütterlicher Kampfgemeinschaft von Führer und Truppe.

6. Kampfgemeinschaft erfordert Kameradschaft. Sie bewährt sich besonders in Not und Gefahr.

7. Selbstbewußt und doch bescheiden, aufrecht und treu, gottesfürchtig und wahrhaft, verschwiegen und unbestechlich soll der Soldat dem ganzen Volk ein Vorbild männlicher Kraft sein. Nur Leistungen berechtigen zum Stolz.

8. Größten Lohn und höchstes Glück findet der Soldat im Bewußtsein freudig erfüllter Pflicht. Charakter und Leistung bestimmen seinen Wert und Rang.

Berlin, den 25. Mai 1934

Der Reichspräsident	Der Reichswehrminister
(gez.) VON HINDENBURG	(gez.) VON BLOMBERG

Diese Pflichten des deutschen Soldaten muß jeder Soldat auswendig lernen. Sie sind nicht nur Richtschnur für seine Soldatenzeit, sondern für das ganze Leben!«

Rolf Kosiek

10 Gebote für die Kriegführung des deutschen Soldaten

Die folgenden 10 Gebote für die Kriegführung standen in jedem Soldbuch eines deutschen Soldaten im Zweiten Weltkrieg und wurden beachtet.

1. Der deutsche Soldat kämpft ritterlich für den Sieg seines Volkes. Grausamkeiten und nutzlose Zerstörungen sind seiner unwürdig.

2. Der Kämpfer muß uniformiert oder mit einem besonders eingeführten, weithin sichtbaren Abzeichen versehen sein. Kämpfen in Zivilkleidung ohne ein solches Abzeichen ist verboten.

3. Es darf kein Gegner getötet werden, der sich ergibt, auch nicht der Freischärler und der Spion. Diese erhalten ihre gerechte Strafe durch die Gerichte.

4. Kriegsgefangene dürfen nicht mißhandelt oder beleidigt werden. Waffen, Pläne und Aufzeichnungen sind abzunehmen. Von ihrer Habe darf sonst nichts weggenommen werden.

5. Dum-Dum-Geschösse sind verboten. Geschosse dürfen auch nicht in solche umgestaltet werden.

6. Das Rote Kreuz ist unverletzlich. Verwundete Gegner sind menschlich zu behandeln. Sanitätspersonal und Feldgeistliche dürfen in ihrer ärztlichen bzw. seelsorgerischen Tätigkeit nicht gehindert werden.

7. Die Zivilbevölkerung ist unverletzlich. Der Soldat darf nicht plündern oder mutwillig zerstören. Geschichtliche Denkmäler und Gebäude, die dem Gottesdienst, der Kunst, Wissenschaft oder der Wohltätigkeit dienen, sind besonders zu achten. Natural- und Dienstleistungen von der Bevölkerung dürfen nur auf Befehl von Vorgesetzten gegen Entschädigung beansprucht werden.

8. Neutrales Gebiet darf weder durch Betreten oder Überfliegen noch durch Beschießen in die Kriegshandlungen einbezogen werden.

9. Gerät ein deutscher Soldat in Gefangenschaft, so muß er auf Befragen seinen Namen und Dienstgrad angeben. Unter keinen Umständen darf er über Zugehörigkeit zu seinem Truppenteil und über militärische, politische und wirtschaftliche Verhältnisse auf der deutschen Seite aussagen. Weder durch Versprechungen noch durch Drohungen darf er sich dazu verleiten lassen.

10. Zuwiderhandlungen gegen die vorstehenden Befehle in Dienstsachen sind strafbar, Verstöße des Feindes gegen die unter 1-8 angeführten Grundsätze sind zu melden. Vergeltungsmaßregeln sind nur auf Befehl der höheren Truppenführung zulässig.

26 Gebote für Offiziers-Anwärter des Heeres 1940

Die Soldaten der Deutschen Wehrmacht dürfen im heutigen Deutschland nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes ungestraft als »Mörder in Uniform« bezeichnet werden. Die ab 1995 in vielen deutschen Städten gezeigte, von dem privaten Hamburger »Institut für Sozialforschung< finanzierte HEER-REEMTSMAsche Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« konnte jahrelang die Wehrmachtangehörigen diffamieren, bis sie 1999 wegen vieler Fälschungen und zahlreicher bewußter Verdrehungen zurückgezogen und überarbeitet werden mußte.

In welchem Geist dagegen die deutschen Offiziere im Zweiten Weltkrieg erzogen wurden, beweisen zum Beispiel die Regeln für Offiziers-Anwärter des Heeres, die im April 1940 vom Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesen des Heeres, dem damaligen Obersten und späteren Generalobersten Johannes FRIESSNER, der mit dem Eichenlaub ausgezeichnet wurde, erlassen wurden. Sie haben folgenden Wortlaut:[1]

[1] Zitiert in: ***National-Zeitung*** 15. 4. 2005, S. 11.

Offiziers-Anwärter des Heeres!

Auf Euren Weg gebe ich Euch folgende Berufs- und Lebensregeln mit. Sie behalten ewige Gültigkeit im Kriege und im Frieden:

1. Immer Vorbild sein in allen Lebenslagen, besonders in Krisen,
2. Sobald Euch eine Truppe anvertraut wird, prüft Eure Kenntnisse mit innerer Selbstbescheidung, bevor Ihr vor Euren Leuten sprecht, falls Ihr nicht Gefahr laufen wollt, gleich an Autorität zu verlieren,
3. Bringt alle Eure erzieherischen Eingriffe in Einklang mit Eurer eigenen mehr oder weniger vorhandenen Autorität.
4. Vermeidet einen zu scharfen Ton, er ist meist ein Zeichen von Unsicherheit.
5. Bevor Ihr anfangt zu befehlen, seht Euch Eure Leute genau an und versucht, den Menschen in ihnen zu erkennen, Menschenkenntnis ist die Voraussetzung richtiger Menschenbehandlung.
6. Befehle haben nur Sinn, wenn sie überzeugen.
7. Jeder Erziehungs- und Ausbildungsarbeit muß, um ihr überzeugende Kraft zu verleihen, der Zweck vorangestellt werden und die Begründung folgen, warum es so sein muß.
8. Haltet Kritiksucht von Euch fern. Sie entspringt meist taktloser Überheblichkeit. Ein Recht zu Kritik hat nur der, der den Beweis erbracht hat, daß er es besser kann.
9. Hört auf erfahrene Menschen und Kameraden. Aus Zuhören und Nachsinnen könnt Ihr nur Gewinn ziehen.
10. Seid zurückhaltend in Eurem Urteil über Dinge, die Ihr nicht voll

beherrscht; Ihr blamiert Euch sonst. Auch mancher Eurer Untergebenen weiß in manchen Dingen mehr als Ihr.

11. Bevor Ihr über einen Menschen urteilt, denkt immer daran, wie es einst in gleicher Lage um Euch selbst stand.

12. Handelt stets mit Vernunft und Herz, wenn Euch kostbare Menschenleben überantwortet sind, besonders im Kriege.

13. Bewahrt Euch stets den Mut zur reinen Wahrheit.

14. Steht immer zu Eurem Wort und Eurem Handeln, auch wenn es irrtümlich war.

15. Bewahrt stets den notwendigen Abstand von Vorgesetzten und Untergebenen. Das schützt vor schwierigen Lagen.

16. Seid jederzeit offen gegen Eure Vorgesetzten, aber dabei immer taktvoll, wie es dem Jüngeren grundsätzlich zukommt.

17. Lernt aus Tadeln und spielt nicht den Beleidigten, das läßt mangelnde Selbstdisziplin erkennen.

18. Nützt die flüchtige Zeit der Jugend zur eigenen Selbsterziehung und Heranbildung.

19. Haltet Euren Körper dauernd in Zucht und stählt ihn planmäßig bis ins Alter. Selbstbeherrschung und Enthaltsamkeit sind männlich, Nachgiebigkeit und Sich-gehen-lassen verächtlich.

20. Achtet immer auf eigene gute Haltung und tadellosen Anzug, auch wenn Ihr nicht im Dienst seid. Die geringste Vernachlässigung wird Eurem Ansehen abträglich sein.

21. Meidet übermäßigen Alkoholgenuß. Er ist meist die Ursache von Entgleisungen.

22. Macht keine Schulden; sie beeinträchtigen Euer freies Handeln und Eure Lebensfreude.

23. Seht Euch vor in Eurem Umgang. Ihr werdet nach ihm beurteilt.

24. Schärft Euren Verstand durch planmäßige Geistesarbeit auf den Gebieten der Allgemeinbildung und der Berufswissenschaften. Zeit hierzu, und wenn sie nur kurz sein kann, muß immer gefunden werden, Bildung ist geistige Disziplin. Ein ungebildeter Offizier ist nicht vollwertig.

25. Formt Eure Persönlichkeit im Studium großer Männer,

26. Bewahrt Euch bis zum letzten Atemzug den Glauben an die großdeutsche Idee und an Gott; dieser Glaube verleiht Euch innere Stärke besonders in Krisen des Lebens und vor allem während des Krieges, wo menschliche Kraft oft überansprucht wird.

Eine so große Zeit wie die unsere ist nur zu meistern in unbändigem Glauben.

FRIESSNER

Oberst und Inspekteur des Erziehungs- und Bildungswesens des Heeres.«

Rolf Kosiek

Wehrmacht entläßt Kriegsgefangene

Seit einiger Zeit wird versucht, die Deutsche Wehrmacht, die nicht einmal trotz Anklage bei der Nürnberger Rachejustiz der Sieger 1946 verurteilt wurde, im Ganzen als >Verbrecherorganisation< hinzustellen. So zog die von dem früheren Kommunisten und SDSler Hannes HEER zusammengestellte und geleitete und von dem linken privaten »Institut für Sozialforschung< (finanziert von Jan Philipp REEMTSMA) in Hamburg ausgerichtete Ausstellung über die »Verbrechen der Wehrmacht« ab 1995 jahrelang durch deutsche Städte und diffamierte mit Fälschungen und Pauschalierungen die deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges und deren Führung.

Im Gegensatz zu den Alliierten, die sich vieler Verstöße gegen das Völkerrecht wie gegen die Haager Landkriegsordnung schuldig machten, verhielten sich der deutsche Soldat und seine Führung fast ausnahmslos gemäß den internationalen Abmachungen und ehrenvoll gegenüber dem Gegner. Als Beispiele mögen die vorzeitigen Entlassungen der norwegischen und niederländischen Soldaten nach den entsprechenden Feldzügen 1940 dienen, obwohl der Krieg noch nicht beendet war, während die Alliierten völkerrechtswidrig Hunderttausende deutscher Soldaten nach 1945 noch jahrelang im Frieden in Haft behielten und als Arbeitssklaven ausbeuteten.

Am 9. April 1940 hatte die deutsche Besetzung Norwegens begonnen,[1] die der englischen nur um wenige Stunden zuvorgekommen war. Wenige Tage, nachdem die Alliierten am 1. Mai 1940 ihre Truppen aus dem südlichen Norwegen zurückgezogen hatten, während um Narvik (bis 8. Juni 1940) noch gekämpft wurde und bevor der nach England geflohene norwegische König HAAKON VII. am 9. Juni 1940 seinen Truppen die Einstellung der Kämpfe befohlen hatte, erging schon am 9. Mai 1940 der folgende Befehl HITLERS an den Oberbefehlshaber der deutschen Truppen in Norwegen:

[1] Siehe: Beitrag Nr. 172, »Zum Norwegenfeldzug«.

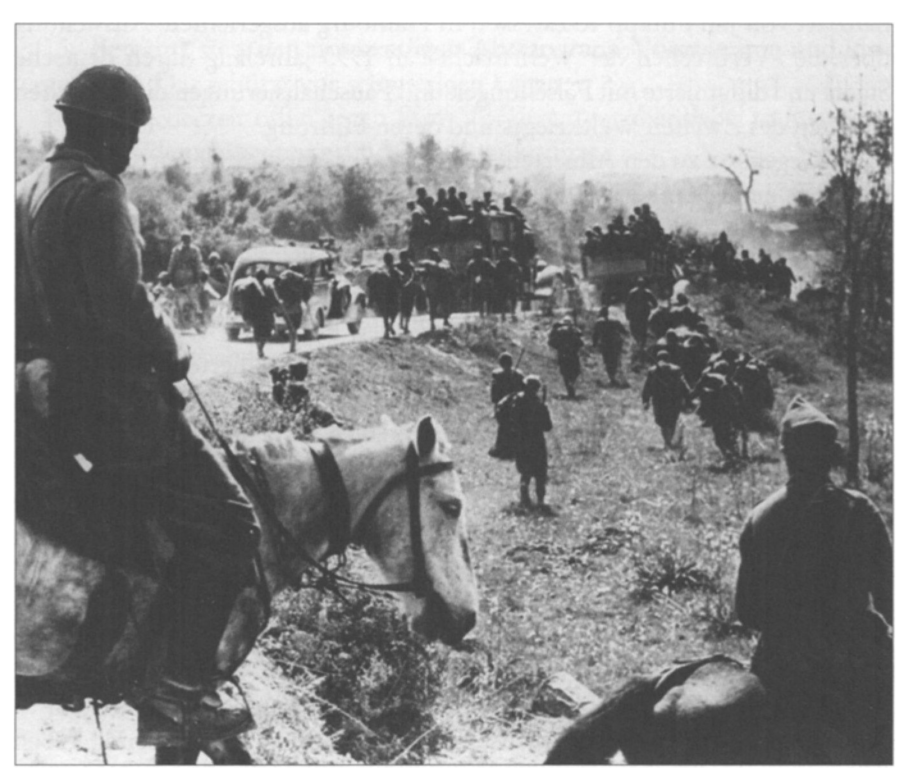
»Entgegen dem Willen des deutschen Volkes und seiner Regierung haben König HAAKON von Norwegen und sein Kabinett zum Krieg gegen Deutschland aufgefordert.

In diesem Kampf konnten folgende Feststellungen gemacht werden: Anläßlich des Krieges im Osten wurden von den Polen deutsche Soldaten, die das Unglück hatten, verwundet oder unverwundet in ihre Hände zu fallen, meist in der grausamsten Weise mißhandelt und zu Tode massakriert. Zum Unterschied muß von der norwegischen Armee festgestellt werden, daß sich in ihr nicht ein Fall einer solchen entwürdigenden Entartung der Kriegführung gezeigt hat.

Der norwegische Soldat hat alle feigen und hinterlistigen Mittel, wie sie bei den Polen an der Tagesordnung waren, verabscheut. Er hat offen und ehrlich gekämpft und unsere Verwundeten und Gefangenen nach seinem

besten Vermögen anständig behandelt, geachtet und versorgt. Die Zivilbevölkerung hat eine ähnliche Haltung bewiesen. Sie beteiligte sich nirgends am Kampf und nahm sich in fürsorglicher Weise unserer Verletzten an.

Ich habe mich daher entschlossen, in Würdigung dieser Umstände die Genehmigung zu erteilen, die gefangenen norwegischen Soldaten wieder in Freiheit zu setzen. Nur die Berufssoldaten müssen so lange in Haft behalten werden, bis die ehemalige norwegische Regierung ihren Aufruf zum Kampf gegen Deutschland zurückgezogen hat oder bis sich Offiziere und Soldaten



Ähnlich wie schon für Norweger, Niederländer und Flamen entließ die Wehrmacht nach Beendigung des Balkanfeldzugs die kriegsgefangenen Griechen nach Hause. Aus: Hellmuth Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild,* Herbig, München =1999.

durch feierliches Ehrenwort im einzelnen verpflichten, unter keinen Umständen an weiteren Kampfhandlungen gegen Deutschland teilzunehmen.«[2]

Der unterlegene Feind wurde also ehrenvoll, zuvorkommend und nach dem Völkerrecht behandelt, sein Kampf anerkennend gewertet.[3]

Ebenso schnell handelte die deutsche Führung in bezug auf Holland. Nach Beginn des Westfeldzuges am 10. Mai 1940 hatten die Niederlande bereits am

[2] Text u. a. in: Max DOMARUS, ***Hit kr. Reden 1932-1945,*** Bd. 2/1, Süddeutscher Verlag, München 1965, S. 1501.

[3] Siehe: Beitrag Nr, 404, »Zur Disziplin deutscher Soldaten in Norwegen«,

15. Mai 1940 kapituliert. Während die Kämpfe um Frankreich (bis zur Waffenruhe am 25. Juni 1940) noch tobten, richtete HITLER als Führer und Oberster Befehlshaber der Wehrmacht schon am 1. Juni 1940 an den Wehrmachtbefehlshaber in den Niederlanden folgenden Erlaß:

»Das deutsche Angebot zur Übernahme des Schutzes der Niederlande gegen die erwiesene Absicht der Westmächte, Holland zur Aufmarschbasis gegen das Ruhrgebiet zu machen, stieß bei der holländischen Regierung infolge ihres geheimen Einvernehmens mit den Westmächten auf vorsätzliche Ablehnung. Sie überantwortete damit Volk und Land den Schrecken eines Krieges, brachte sich aber selbst in Sicherheit außer Landes.

Die deutsche Wehrmacht hat in dem hierdurch notwendig gewordenen Kampfe mit der niederländischen Armee jede nur mögliche Rücksicht auf den Schutz der Bevölkerung und die Erhaltung des Landes genommen. Dieser Einstellung deutscherseits kam die Haltung sowohl des holländischen Militärs als auch der holländischen Zivilbevölkerung in hohem Ausmaße entgegen. Sie entsprach dem kulturellen und sittlichen Stande des uns Deutschen stammesgemäß verwandten niederländischen Volkes. Die verantwortlichen Einzelpersonen, die deutsche Fallschirmjäger in Gefängnisse gesperrt, wie Verbrecher behandelt und dann den Engländern ausgeliefert haben, werden zur Verantwortung gezogen werden.

Der holländische Soldat hat überall offen und ehrlich gekämpft und unsere Verwundeten und Gefangenen entsprechend gut behandelt. Die Zivilbevölkerung hat nicht am Kampf teilgenommen und ebenfalls die Gesetze der Menschlichkeit gegenüber unseren Verwundeten erfüllt. Ich habe mich daher auch für Holland entschlossen, die Genehmigung zur Freilassung der gefangenen holländischen Soldaten zu erteilen.

Die Hälfte der holländischen Armee wird mit sofortiger Wirkung entlassen. In erster Linie kommen holländische Wehrmachtangehörige in Frage, die in der Landwirtschaft, in Bergwerken, in der Nahrungsmittelindustrie, in der Bauindustrie und in verwandten Betrieben tätig sind. Die übrigen Angehörigen der holländischen Armee sollen allmählich demobilisiert werden, um die Wirtschaft nicht zu überlasten und Arbeitslosigkeit hervorzurufen. Sinngemäß gelten dieselben Bestimmungen für diejenigen holländischen Soldaten, die sich in Deutschland in Kriegsgefangenschaft befinden. Für die holländischen Berufssoldaten werde ich eine Entscheidung noch treffen.«[4]

1941 wurden auch die griechischen Gefangenen ebenso schnell entlassen, später auch Teile der russischen. Nicht entlassen wurden Franzosen und Belgier, aber der Krieg war ja auch noch nicht zu Ende.

[4] DOMARUS, aaO. (Anm. 2), S. 1519; auch DNB-Text vom 1. 6. 1940.

Freiwillige in der Waffen-SS

Im Nürnberger >Hauptkriegsverbrecher-Prozeß< wurde 1946 die gesamte SS aufgrund unberechtigter Vorwürfe (wie angeblich von ihr verübter Kriegsverbrechen in Oradour und Lidice) als Verbrecher-Organisation verurteilt. Obwohl Bundeskanzler Konrad ADENAUER und andere führende Parteivertreter auch für die Soldaten der Waffen-SS eine Ehrenerklärung abgegeben hatten, wurde die Waffen-SS in der Folgezeit, und bis in die Gegenwart im Rahmen der herrschenden politischen Korrektheit zunehmend, viel geschmäht und diffamiert. In Wirklichkeit war die Waffen-SS eine Elitetruppe, die ausschließlich an der Front eingesetzt wurde und im wesentlichen Freiwillige aus vielen Ländern umfaßte. Die Hunderttausende von Ausländern in der Waffen-SS waren meist idealistische Europäer und nahmen in ihren Einheiten ein vereintes Europa vorweg. Sie hatten sich vor allem freiwillig zum Kampf gegen den Europa bedrohenden Bolschewismus in die Reihen dieser Truppe gemeldet und sich bis zum Endkampf um Berlin tapfer eingesetzt. 30 Ausländer erhielten das Ritterkreuz, zwei das Eichenlaub.

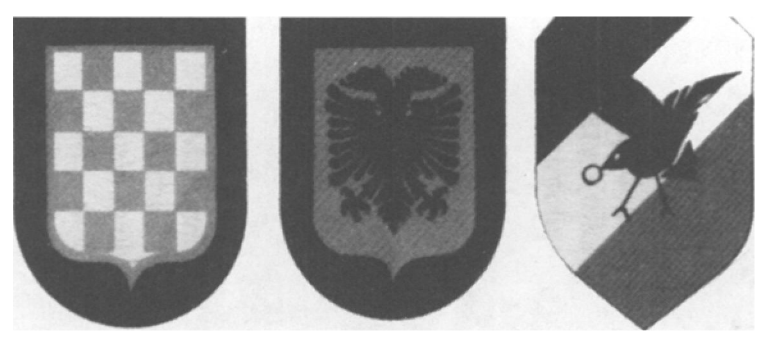
Allein schon die Zahlen sprechen für sich. In den 38 Divisionen der Waffen-SS mit ihren Ende 1944 rund 910000 Mann dienten insgesamt, aufgeschlüsselt nach Nationalitäten:[1]

Reichsdeutsche	400 000	Volksdeutsche	310 000
Ausländer	419 000		

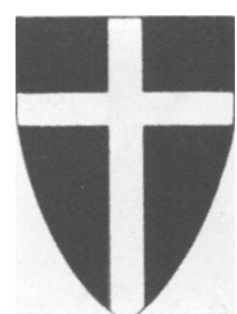
[1] Zahlen nach: Hans Werner NEULEN, ***Eurofaschismus und der Zweite Weltkrieg. Europas verratene Söhne,*** Universitas, München 1980, S. 169 f. Auch in: ***Die Kameradschaft,*** Januar/Februar 1989.

Flämische Freiwillige in den Straßen von Antwerpen.





Landesschilde von Freiwilligen- und Waffenverbänden der SS. *Von links:* »Handschart (kroat.), »Skanderbegt (alban.), »Hunyadi« (ungar.). *Unten:* Freikorps Danmark.



Die Ausländer kamen aus den folgenden Völkern:

a) Mittel-, West- und Nordeuropa

Holländer	40 000	Tschechen	5000
Flamen	22 000	Finnen	3000
Wallonen	16 000	Schweizer	1350
Franzosen	12 000	Schweden	300
Dänen	8000	Liechtensteiner	100
Norweger	8000	Engländer	100



b) Süd- und Südosteuropa

Bosniaken	18 000	Serben	4000
Albaner	16 000	Griechen	1000
Italiener	10 000	Spanier	800
Kroaten	8000	Portugiesen	50
Slowenen	6000		

c) Osteuropa und Asien

Ungarn	40 000	Rumänen	5000
Letten	35 000	Litauer	4000
Kosaken	35 000	Georgier	4000
Ukrainer	25 000	Bulgaren	3000
Esten	25 000	Inder	3000
Russen	20 000	Armenier	3000
Kaukasier	15 000	Uzbeken	2000
Tataren	10 000	Kirgisen	2000
Turkestaner	8000		

Darüber hinaus dienten Ausländer auch als Freiwillige in Ausländerverbänden der Wehrmacht wie in der spanischen »Blauen Division« (1941-1943), der »Spanischen Legion« (1943-1944) oder der »Legion Wallonie«.[2]

[2] Hans Werner NEULEN, *An deutscher Seite. Internationale Freiwillige von Wehrmacht und Waffen-SS*, Universitas, München 1985; Patrick AGTE, *Europas Freiwillige der Waffen-SS*, Munin, Reinsfeld 2000.



Lettische Freiwillige durchwaten kleineren Fluß während des Unternehmens »Barbarossas Aus: *Wenn alle Brüder schweigen,* Nation Europa, Coburg 1992.

Der Franzose André BAYLE, der sich mit sechzehneinhalb Jahren als Kriegsfreiwilliger zur Waffen-SS meldete, schreibt im Nachwort seines fesselnden Buches[1]

»Ich bin heute noch stolz darauf, Angehöriger der »Französischen SS-Freiwilligen Sturmbrigade< gewesen zu sein. Ich bedauere keine meiner damaligen Entscheidungen und Handlungen...

Bei der Erkennung der Gefahr hatte sich das ungstüme Europa folgsam und geeint erhoben, um den Bolschewismus bis hinter die Wolga zurückzuwerfen, und es hatte den Anschein, als würde er bis zum Eismeer besiegt werden. Doch konnte die Natur bei dieser Gelegenheit nicht gebändigt werden, so daß die Kräfte nicht ausgereicht haben, um ein Ende herbeizführen. Diesen Boden und diese Räume, dieses Klima und diese rauhe, gigantische Natur hätten wir besiegen können, wenn nicht folgenschwere Fehler gemacht worden wären, die jedesmal zu großem Unglück führen.

Europa bleibt trotz allem die einzig Antwort auf alle Tragödien, die unser Jahrhundert geprägt haben. Europa ist eine großartige Antwort auf de einstigen Bürgerkriege, und die heutigen Ereignisse bestätigen es jeden Tag aufs Neue. Ich habe ein reelles Europa erlebt und mit diesem modernen Kreuzzug gegen den Bolschewismus die begeisterndste Zeit in meinem Leben. Ich habe getan, was ich konnte, und würde nochmals alles tun, was ich kann. ..«

'André BAYLE, ***Von Marseille bis Nowosibirsk. Französische Freiwillige der Waffen-SS im Kampf für Europa,*** DVG, Rosenheim 1994.

1600 Deutsche in Dien Bien Phu

Man bezeichnet sie mitunter als >Europas letzte Söldner«, auch wenn sie in erster Linie unter den Farben der französischen Trikolore kämpfen: die Soldaten der französischen Fremdenlegion, die wie kaum eine andere Institution den Lebensinteressen Frankreichs verpflichtet ist. Ob im Tschad oder in Guyana, ob bei der Befreiung von Geiseln irgendwo in Schwarzafrika oder in der arabischen Wüste - stets sind es Fremdenlegionäre, die die Fahne Frankreichs hochhalten.

In den neunziger Jahren ist der Mythos der Legion um eine interessante Facette reicher geworden. Der Historiker Eckard MICHELS fand nämlich heraus, daß die Fremdenlegion lange Zeit hindurch gar nicht so >französisch< war, wie es die national eingefärbte Geschichtsschreibung unserer Nachbarn glauben machen möchte. Und: Das Rückgrat der legendären Truppe bildeten viele Jahre hindurch ausgerechnet Deutsche.



Ernst JUNGER trat 1913 der Fremdenlegion bei.

Daß immer wieder prominente >boches< den Weg in die Legion suchten und fanden, ist unter Experten längst bekannt - berühmte Beispiele sind etwa Ernst JÜNGER der sich 1913 als Unterprimaner anwerben ließ, nach Algerien kam und nach zwei Ausbruchsversuchen schließlich fongeschickt wurde, sowie der Porzellanfabrikant und SPD-Genosse Philipp ROSENTHAL, der sich 1939 der Legion verschrieb und gegen HITLER kämpfen wollte.

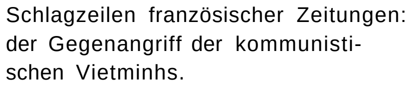
MICHELS' Studie weist nach: Nahezu hundert Jahre lang stellten Deutsche »quantitativ wie qualitativ die bei weitem wichtigste Nationalität in der Legion« dar. Schon bald nach dem Deutsch-französischen Krieg 1870/71 ergoß sich ein wahrer Strom von Deutschen in die Anwerbebüros der französischen Söldnertruppe - und das, obwohl das Verhältnis der beiden Länder nach dem Waffengang, der zur Gründung des Deutschen Reiches führte, weithin vergiftet war. Nicht weniger als 38 000 Deutsche traten zwischen 1871 und 1914 der Legion bei. Der >Erbfeind< stellte damit paradoxerweise das Rückgrat der französischen Elitetruppe.

Die meisten deutschen Fremdenlegionäre wagten den Schritt in die Legion aus wirtschaftlicher Not oder Verzweiflung über familiäre Probleme. Dazu kam nach dem Zweiten Weltkrieg ein weiteres Motiv, das erneut Tausende von Deutschen die Anonymität der französischen Auslandstruppe suchen ließ: die Furcht vor Repressalien in der >befreiten<, kriegszerstörten und demoralisierten Heimat sowie die Aussicht auf ein Ende von Gefangenschaft und Zwangsarbeit. Tausende von Angehörigen der Waffen-SS fanden so bei der Legion politisches und militärisches Asyl.[1]

Frankreich profitierte auf handfeste Weise von der rechtsrheinischen Blutzufuhr, indem es sich die militärischen Qualitäten der deutschen Legionäre beim Kampf um Indochina zunutze machen konnte. Von 20 000 deutschen

[1] In der französischen Besatzungszone wurden nach 1945 viele junge Männer auch teilweise mit Zwang oder unter Alkoholeinfluß für die Legion rekrutiert, so daß deutsche Stellen offen davor warnten.




Schlagzeilen französischer Zeitungen: der Gegenangriff der kommunistischen Vietminhs.

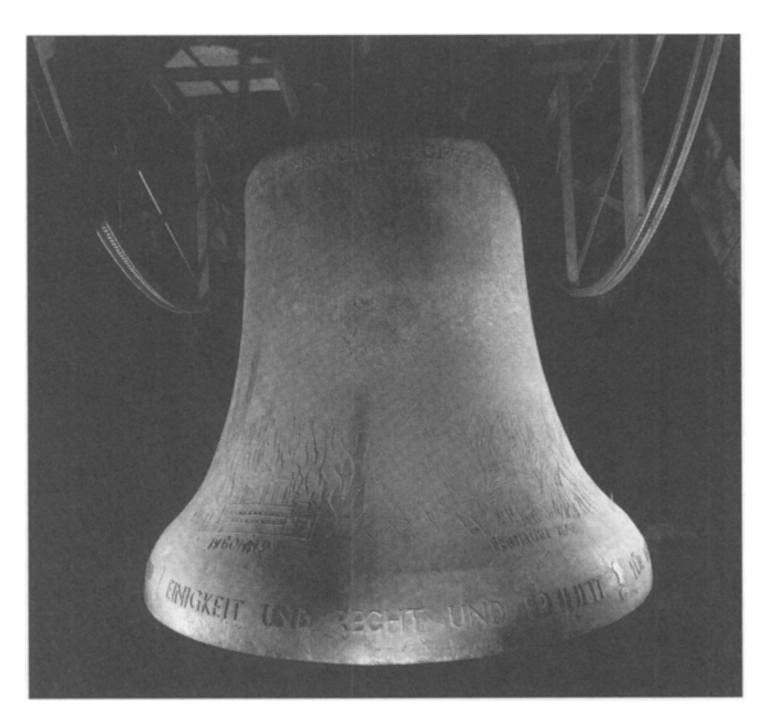
Rechts oben; Artilleriebeschuß auf Dien Bien Phu; *unten:* französische Soldaten in der Nähe des Schwarzen Flusses,





Angehörigen der Truppe kämpften 11000 um die französische Kolonie in Fernost. Allein unter den 3500 Söldnern, die die Dschungelfestung Dien Bien Phu - das >Stahngrad des weißen Mannes< - verteidigten, befanden sich 1600 Deutsche, von denen die meisten dort zugrunde gingen. In einigen Frontabschnitten war das deutsche Element so stark, daß die Befehle - der strikten französischen Sprachdisziplin zum Trotz - auf deutsch gegeben wurden.

Erst der Abzug Frankreichs aus Algerien im Jahre 1962 beendete das Kapitel der deutschen Vorherrschaft in der Fremdenlegion - ein ebenso tragisches wie ruhmvolles Kapitel der französischen Militärgeschichte, denn offiziell wurde der Blutzoll, mit dem sich Deutsche in den Annalen der französischen Weltpolitik verewigten, niemals gewürdigt. Karl Richter



Bundesrepublik Deutschland

Die sogenannte>Bürgerglocke<, 1987 für die Frankfurter Paulskirche gegossen. Sie trägt die ersten vier Zeilen der dritten Strophe der Nationalhymne sowie Daten und Symbole, die an besondere Ereignisse der deutschen Geschichte erinnern. Sie ertönt unter anderem an National- und besonderen Gedenktagen und mahnt an die Zusammenhörigkeit aller Deutschen.

Aus: E. KUHN, *Einigkeit und Recht und Freiheit,* Berlin-Frankfurt/M. 1991

Vorwort • Bundesrepublik

Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) entstand ein weltgeschichtliches Unikat. Nie zuvor wurde nach einem verlorenen Krieg ein Staatswesen mit einer solch gewaltigen historischen Hypothek - von fremden Mächten - aus der Taufe gehoben. Noch niemals zuvor wurde einem besiegten Staat jahrzehntelang ein Friedensvertrag vorenthalten. Noch niemals zuvor wurde ein Staat so lange nach dem Ende der Kampfhandlungen von feindlichen Truppen besetzt gehalten. Noch niemals zuvor wurde von den Siegermächten ein so radikaler Eliten- und Führungsaustausch vorgenommen, niemals zuvor jahrzehntelang auf die politische Führung, die neugegründeten politischen Parteien, die lizenzierte und kontrollierte Medienlandschaft sowie auf fast alle Bereiche des öffentlichen Lebens eine derartig umfassende Kontrolle ausgeübt. Niemals zuvor wurde die besiegte Bevölkerung unter Siegerstaaten aufgeteilt, die kurz nach Kriegsende ihre ursprüngliche Allianz in eine ständige thermonukleare Bedrohungsbalance umwandelten, Durch eine Umwertung aller politischen und moralischen Werte, die Jahrhunderte, wenn nicht Jahrtausende Gültigkeit gehabt hatten, entstand zum ersten Mal ein Staatsgebilde ex negativo, ein Gemeinwesen, welches sich im Laufe seiner Geschichte in immer stärkerer und inzwischen in fast selbstzerstörerischer Weise von dem staatsrechtlichen Vorläufer, dessen Erbe es antrat, abheben sollte oder wollte.

Gleichzeitig wurde aus dem gemeinsamen Rechtsvorläufer, dem Deutschen Reich, neben der BRD mit der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) ein zweiter, antagonistischer Staat erschaffen. Die beiden durch die Sieger gegründeten Staaten mußten ihr Territorium als strategisches Glacis und ihre Bevölkerung als Geiseln eines atomaren Erstschlages des jeweiligen Gegners für einen potentiellen, mörderischen Bruderkrieg zur Verfügung stellen; ihre Regierungen sorgten mit hohem propagandistischen Aufwand dafür, daß sowohl die Bevölkerung der BRD als auch die der DDR ihr gemeinsames Erbe, ihre Kultur, Sprache und Geschichte sowie das gemeinsame Überlebensinteresse verdrängten, um sich den jeweiligen Besatzungssystemen willig anzupassen. Goethe hatte im zweiten Akt seines ***Faust*** diese Lage folgendermaßen in Reime gefaßt:

Sie streiten sich, so heißt's, um Freiheitsrechte,
Genau besehen sind's Knechte gegen Knechte.

Um diesen Zustand nationaler Demenz herbeiführen zu können, wurde den Besiegten zunächst einmal aufgenötigt, die Ergebnisse der Schauprozesse in Nürnberg und an anderen Orten anzuerkennen und nicht revidieren zu dürfen. Die Beweiserhebung deutscher Verbrechen, die zu einem nicht geringen Teil auf falschen eidesstattlichen Erklärungen von Berufszeugen, auf

gefälschten, verkürzten oder falsch ausgelegten Dokumenten sowie auf erfolterten »Geständnissen« basierte, durfte auch durch Wissenschaft und Publizistik nicht hinterfragt oder anders dargestellt werden. Die Verbrechen an Deutschen wurden mit zwei Ausnahmen fast vollständig tabuisiert: Als man den deutschen Wehrbeitrag sowohl für den Kommunismus (DDR) als auch für den Liberalismus (BRD) benötigte, betonte man im Osten die alliierten Terrorbombardements, im Westen die abscheulichen Massenvergewaltigungen der Roten Armee.

Dennoch war es bis Mitte der sechziger Jahre nicht möglich, die Erinnerung der deutschen Erlebnisgeneration auszulöschen. Erst mit dem Generationenwechsel der 68er gelang es, die Lesart der westlichen Siegernationen Schritt für Schritt im Bewußtsein der Schüler und der nachfolgenden Generationen zu verfestigen. Da den Nachkriegsgenerationen die historische Erfahrung von Krieg, Not, Hunger sowie politischen und persönlichen Zwangslagen fehlte und sie zudem so gut wie nichts über die Verbrechen der Sieger erfuhren, konnte man ein simplifiziertes Schwarz-weiß-Gemälde des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges zeichnen und durchsetzen.

Neben den immer dreisteren und abenteuerlicheren Geschichtsklitterungen insbesondere des Fernsehens behandelt dieser Teil des Buches, der vor allem der Nachkriegsgeschichte der beiden deutschen Teilstaaten sowie der Zeit der deutschen Teilwiedervereinigung nach 1990 gewidmet ist, auch die Geburtsfehler der repräsentativen Demokratie. Nicht ohne Grund stimmten 12 der 65 Delegierten des Parlamentarischen Rates, darunter sechs Abgeordnete der CDU und die beiden Vertreter des Zentrums, am 8. Mai 1949 gegen die Annahme des Grundgesetzes.

1976 verfaßte der Politologe Kurt Sontheimer einen Artikel unter dem Titel »Parlamentarismus - wie lange noch?« Darin heißt es, daß die parlamentarischen Institutionen »sich auf lange Sicht nur dann werden behaupten können, wenn die Bürger die Überzeugung gewinnen, daß Parlamente nicht Schwatzbuden und politische Arrangierbüros für Eingeweihte sind, sondern Institutionen, in denen das Volk gewissermaßen das Beste in sich selbst wiedererkennt«.[1]

Die Wahlergebnisse, vor allem aber die Enthaltung der Wähler bei Kommunal- und Landtagswahlen, legen nahe, daß diese Form der sogenannten repräsentativen Demokratie kaum noch eine Zukunft haben dürfte: Die Verhinderung der Veröffentlichung abweichender Meinungen, das Erreichen des bereits unteren Mittelmaßes selbst auf Ministerrängen, die Korruption der »Volksvertreter« und Parteien auf allen Ebenen, die Selbstblockade der Bundesorgane durch die Installation eines überbordenden Föderalismus und vieles mehr spiegeln lediglich einen Sachverhalt wider: die Nichtbeachtung der politischen Vorstellungen der Mehrheit der Deutschen durch ihre »Repräsentanten«.

Olaf Rose

[1] Kurt SONTHEIMER, »Parlamentarismus - wie lange noch?« in: Meyers *Enzyklopädisches Lexikon, 9.* Auflage, Bd. 18, Seite 235 ff, hier S. 239.

Reparationen: Morgenthau-Plan, Demontagen, Kunstdiebstahl

Die Richtlinien der amerikanischen Besatzungspolitik für Deutschland nach 1945, die in der Direktive JCS 1067 festgelegt waren, atmeten den Geist des Finanzministers der Vereinigten Staaten von Amerika, Henry MORGENTHAU jr., »einer der führenden amerikanischen Juden«[1] jener Zeit. Der alles andere als deutschfreundlich eingestellte amerikanische Historiker Nicholas BALABKINS räumte ein, daß die Direktiven, wenn auch in leicht abgeschwächter Form, die offizielle Version des Morgenthau-Planes gewesen waren.[2] Nachkriegsdeutsche Zeitgeschichtler verschließen sich in der Regel dieser nüchternen Feststellung und meinen allen Ernstes, daß der MORGENTHAU-Plan, »insbesondere beim Thema Zerstückelung und zukünftige Wirtschaft Deutschlands, in der Geschichtsschreibung immer noch einen herausragenden Platz ein[nimmt], der ihm von seiner tatsächlichen Bedeutung her jedoch nicht zukommt«.[1] Trifft diese Behauptung zu? Diese Frage ist gerade unter dem Gesichtspunkt der Reparationen zu beantworten.

MORGENTHAU hatte US-Präsident Franklin D. ROOSEVELT davon überzeugt, mit den Deutschen *tough,* also hart, umzugehen. Er wollte die deutsche Frage ein für allemal gelöst wissen. Er beabsichtigte, gewissermaßen die Endlösung für Deutsche durchzuführen. Hierfür stellte er seinen nach ihm benannten Plan auf. Unter dem Gesichtspunkt der Reparationen bedeutete dies, Deutschland in einen entindustrialisierten, bevölkerungsarmen Agrarstaat umzuwandeln. Nach den Vorstellungen MORGENTHAUS galt es, Deutschland nicht nur völlig zu entwaffnen, sondern auch dessen gesamte Industrie abzubauen oder zu vernichten. Die Bergwerke und Kohlenschächte sollten geflutet werden. Auch hinsichtlich der zu erbringenden Reparationen hatte MORGENTHAU genaue Pläne: Sie sollten außer durch Zahlungen und Ablieferungen vor allem durch die Abtretung der vorhandenen deutschen Hilfsquellen (Bodenschätze) und Gebiete erfolgen, im einzelnen durch »Rückerstattung des Eigentums«, das die Deutschen in den besetzten Gebieten »geplündert« hätten, durch Abtretung deutscher Gebiete und deutscher Privatrechte auf industrielles Eigentum an die »Überfallenen Länder«, durch Abtransport und Verteilung der industriellen Anlagen und Ausrüstungen, durch Zwangsarbeit Deutscher außerhalb Deutschlands und durch Beschlagnahme aller deutschen Guthaben jedweder Natur außerhalb Deutschlands.[4]

Frankreich und Britannien hatten diese zerstörerische amerikanische Deutschlandspolitik mehr oder weniger übernommen. In der zunächst nur die amerikanische (nach der Potsdamer Konferenz die gesamtalliierte) Deutschlandpolitik bestimmenden Direktive JCS 1067 wurden auch die Maßnahmen zum industriellen Abbau genau dargelegt. Es wurden drei Formen des

[1] Rolf STEININGER, ***Deutsche Geschichte 1945-1961.*** Band 1, Frankfurt/M. 1983, S. 34.

[2] Vgl. Nicholas BALABKINS, ***Germany under direct controls. Economic aspects of industrial disarmament 1945-1948,*** New Brunswick 1964, S. 14.

[3] Rolf STEININGER, aaO. (ANM. 1), S. 34.

[4] Vgl. Helmuth K. G. RÖNNEFARTH u. Heinrich EULER (Hg.), ***Konferenzen und Verträge.*** Teil II, Band 4a: ***Neueste Zeit 1914-1959,*** Würzburg [2]1959, S. 231 f.



Henry MORGENTHAU. Sein Ziel: Deutschland in einen Kartoffelacker zu verwandeln.

Abbaus genannt: erstens Reparationen *»in kind«*, also die Demontage deutscher Fabriken und Maschinen, zweitens die völlige Zerstörung deutscher Produktionsmöglichkeiten und drittens die staatlich vorgeschriebene Vernachlässigung *(statutory neglect)* von Fabriken und Maschinen. Auch diese Maßnahmen zur Vernichtung der Existenzmittel des deutschen Volkes gehen direkt auf den MORGENTHAU-Plan zurück.

Am 21. Dezember 1945 wurde die Interalliierte Reparationsagentur (IARA) in Brüssel gegründet, die die Verteilung des nicht auf die Sowjetunion und Polen entfallenden Anteiles an den Reparationslieferungen der Westzonen festhalten sollte. In einem am 26. März 1946 unterzeichneten »Plan für Reparationen und das Niveau der deutschen Nachkriegswirtschaft in Übereinstimmung mit dem Berliner Protokoll« wurden schließlich der Umfang und die Art der Industriewerke festgelegt, die als Reparationen aus Deutschland entfernt werden sollten. Der amerikanische Historiker F. Roy WILLIS meinte bezüglich dieser Art des Raubbaus zu Recht, daß die Deutschen nichts anderes tun konnten, als wehrlos zuzuschauen, wie die Besatzungsmächte sich nach Gutdünken am deutschen Besitz vergriffen.[5]

[5] Vgl. F. Roy WILLIS, *The French in Germany 1945-1949*, Stanford 1962, S. 117.

Eine rechtliche Grundlage für die von den Siegermächten vollzogenen Demontagen hat es nie gegeben. Der Haager Landkriegsordnung (HLKO) zufolge waren die Zerstörung oder Wegnahme feindlichen Eigentums, außer in den Fällen, bei denen die Zerstörung oder Wegnahme durch die Erfordernisse des Krieges dringend bedingt werden, ausdrücklich verboten. Artikel 43 HLKO besagt: »Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.« Artikel 46 bestimmt, daß Privateigentum nicht eingezogen werden darf, und Artikel 47 verbietet ausdrücklich die Plünderung. Diese Bestimmungen sind unter anderem durch die Demontagemaßnahmen der Alliierten schwer verletzt worden. Praktisch haben die Sieger damit in ähnlicher Weise das Gleiche getan, was sie in Nürnberg während des »Internationalen Militärtribunals« Deutschland vorgeworfen haben und wofür Deutsche bestraft worden sind.[6]

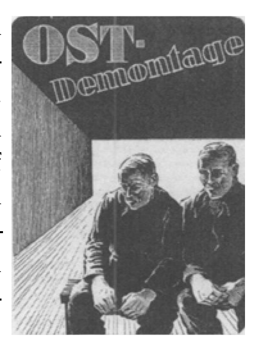
[6] Für detaillierte Angaben siehe: Claus NORDBRUCH, *Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigung fiir Deutsche*, Graben, Tübingen [2]2003.

Lediglich ein Friedensvertrag hätte Demontagen vereinbaren und gegebenenfalls rechtfertigen können. Einen solchen hat es zu dem Zeitpunkt der Zerstörung und Wegnahme jedoch nicht gegeben; bekanntlich ist bis heute kein Friedensvertrag ausgearbeitet und unterzeichnet worden. Zu »den vollständig verbotenen und zu demontierenden Produktionsanlagen gehörten nicht nur Fabriken, in denen Waffen, Munition und anderes Kriegsgerät hergestellt worden waren, sondern die gesamte Produktion von Rollen- und Kugellagern, der Bau schwerer Werkzeugmaschinen und Traktoren, die syn-

thetische Gewinnung von Benzin, Öl, Gummi (Buna) und Ammoniak. Ebenso sollten sämtliche Anlagen zum Bau von Seeschiffen und Flugzeugen aller Art der Demontage verfallen. Sogar die Erzeugung von Rohaluminium und Magnesium, der Bau von Funkgeräten und die Gewinnung von radioaktivem Material fielen unter das Verbot.«[7] Von den Demontagen waren außerdem Industriezweige betroffen, »die das Fundament der deutschen Industrie bildeten und die für den Wiederaufbau des Landes und auch Europas unentbehrlich waren, wie die Stahlproduktion, der Bau von Maschinen und Apparaten, die Automobil- und Elektroindustrie, die chemischen Werke und fast alle übrigen Bereiche der Erzeugung von Investitionsgütern«.[8] Auch alle seetüchtigen Schiffe waren dem sogenannten Interalliierten Büro für Wiedergutmachung abzuliefern. Das galt nicht nur für alle Kriegsschiffe - die im übrigen nicht dem Reparationskonto gutgeschrieben, sondern als Kriegsbeute angesehen wurden -, sondern auch für alle Schiffe der Handelsmarine. Noch viele Jahrzehnte nach diesem staatlich sanktionierten Diebstahl fuhren deutsche Schiffe, freilich unter anderem Namen, unter fremder Flagge auf allen sieben Weltmeeren - bis heute. Beispielsweise handelt es sich bei dem Dreimaster >Eagle< der amerikanischen Küstenwache, den angehende US-Offiziere zu Weltreisen benutzen und der am Unabhängigkeitstag gern zu Schau gestellt wird, um das Segelschiff »Horst Wessel« der deutschen Kriegsmarine.

[7] **Gustav STOLPER (u. a.),** ***Deutsche Wirtschaft seit 1870,*** Tübingen [2]1966, S. **211.**

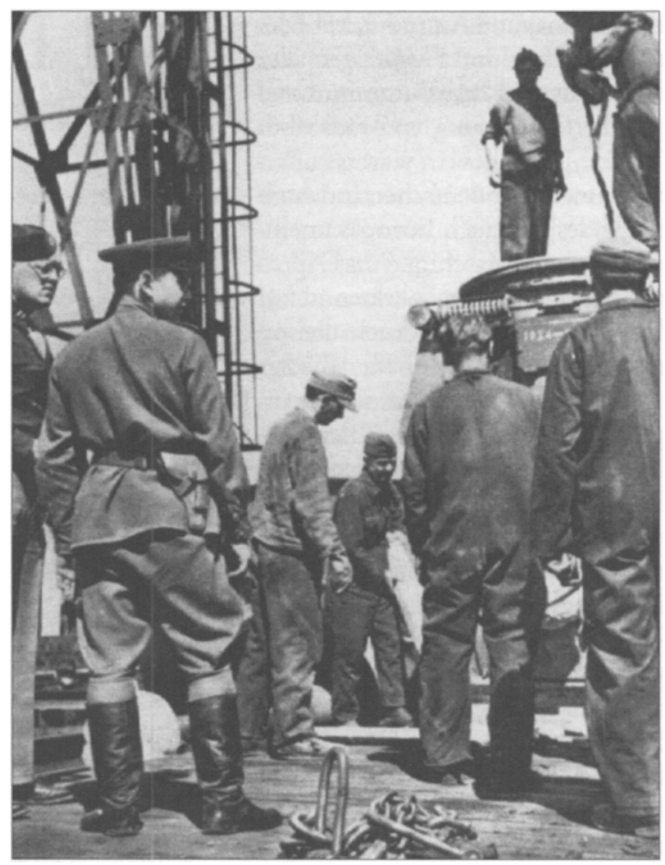
[s] Ebenda, S. 212.



Ostdemotage, eine 1948 vom SPD-Vorstand herausgegebene Broschüre. Der Umschlag zeigt zwei unbeschäftigte Arbeiter, die in einer nach sowjetischer Demontage leeren Fabrikhalle sitzen und enttäuscht zu Boden blicken.

Zu den ersten Demontagen ist es in Ostdeutschland gekommen. Bevor die Sowjets den Polen den größten Teil Ostdeutschlands zur Verwaltung übergaben und aus diesem abzogen, hatten sie zuvor mitgenommen, was sie konnten. Die Privatwohnungen wurden zum x-ten Mal durchwühlt und geplündert. Darüber hinaus wurden aber vor allem Maschinen und Einrichtungen aus den Betrieben abgebaut und entwendet. Das gesamte Ausmaß der Plünderung durch die Rote Armee läßt sich nicht in Zahlen wiedergeben, da die Plünderer natürlich über ihre Beute nicht Buch führten. Wohl kann man angesichts der Art und Weise, wie die Plünderungen vonstatten gingen, das Ausmaß der Demontage durch die Sowjets grob umreißen, Sie kannte keine Grenzen: Fußböden, Türrahmen, Lichtschalter, Waschbecken - alles wurde herausgerissen und verladen. Berge von elektrischem Gerät, wie z. B. Radioapparate und Schreibmaschinen, lagen, vor den Witterungsverhältnissen wochenlang ungeschützt, im Freien und wurden so unumkehrbar zerstört. Millionenschäden wurden durch diese Nachlässigkeit verursacht.[9] Manchmal wurden die Demontagen jedoch auch generalstabsmäßig durchgeführt: In Danzig beispielsweise mußten die Demontagearbeiten von der einheimischen deutschen Bevölkerung erbracht werden: »An jedem Morgen marschierte ein größerer Trupp dieser Menschen unter Bewachung zur Danziger Werft und zur Schichauwerft, um dort unter russischem Kommando Maschinen, Kräne usw. zu demontieren. Die Einrichtungen und Maschinen der Danzi-

Vgl. Johannes KAPS (Hg.), ***Die Tragödie Schlesiens 1945/46 in Dokumenten,*** München 1952/3, S. 60.



US- und SU-Besatzer überwachen gemeinsam die Demontage eines deutschen Kraftwerks. Aus: FZ, *Deutschlands Ausplünderung,* München 1993.

ger Werft wurden so gut wie restlos demontiert, die Schichauwerft teilweise, auf alle Fälle wurde der große Hammerkran abgebaut.«[10]

Ritterkreuzträger Assi HAHN berichtet, wie im Straflager Grünthal an der Wolga mit demontiertem Gut umgegangen wurde und welchen Nutzen hochwertige Geräte und Gebrauchsgegenstände bisweilen für das sowjetische Entwicklungsland hatten: »Im Sommer 1946 trafen täglich mindestens drei lange Beutezüge aus Deutschland im Werk ein, die wir entladen mußten. Wir haben den gesamten Betrieb der Deutschen Benzinuhren-AG und den der Gebrüder Sachsenberg aus Dessau ausgeladen. Vom elektrischen Schalter über die Toiletteneinrichtung bis zur schweren Maschine, an der teilweise noch ein Stück Mauer hing, war alles fortgeschleppt worden. Wenn ein neuer Zug ankam, stürzten sich sofort die Direktoren und Lageristen darauf und durchsuchten jeden Waggon sorgfältig, hauptsächlich nach Uhren. Vierunddreißig Badewannen, die wir ausgeladen hatten, schwammen zur Belustigung der Werkslehrlinge noch am gleichen Abend auf der Wolga, kenterten schließlich und versanken. Ich wurde vom Lagerverwalter in einen Schuppen geführt, in dem achtundzwanzig funkelnagelneue Junkers-Gasbadeöfen lagerten, und mußte erklären, was das für Apparate seien. Als ich dem Mann auseinandergesetzt hatte, daß die Ofen mit Gas geheizt würden, meinte er, dann seien sie ohne Wert, denn Gas gäbe es hier nicht. Damit aber der Schuppen leer und die Norm erfüllt wurde, haben wir nach Dunkelwerden die achtundzwanzig Badeöfen, sechs Kisten Benzinuhren und zwölf Wasserklosetts in die Wolga werfen müssen.«[11]

In Mitteldeutschland (Sowjetische Besatzungszone, SBZ) begannen die Sowjets umgehend mit dem Abbau nicht nur von ganzen Wohnungen, Büros und Fabriken, sondern auch von Infrastruktur, die ohne Zeitverlust in die Sowjetunion abtransportiert wurde. »Das besorgten sie so gründlich, daß

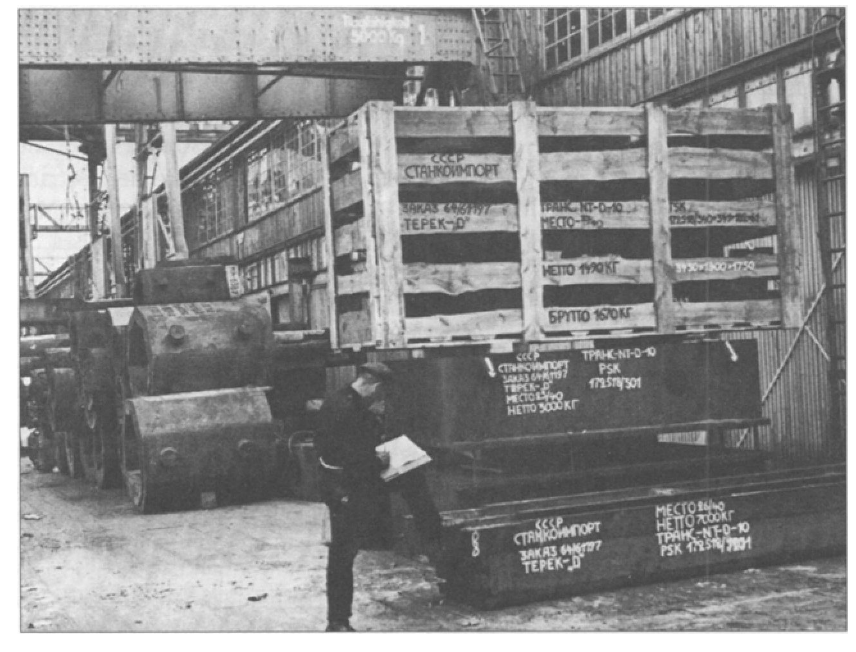
[10] Lastenausgleichsarchiv Bayreuth, Ost-Dok. 2, Nr. 44/469.

[11] Assi HAÜN, **LEB *spreche die Wahrheit. Sieben Jahre kriegsgefangen in Rußtand,*** Esslingen 1951, S. 205.

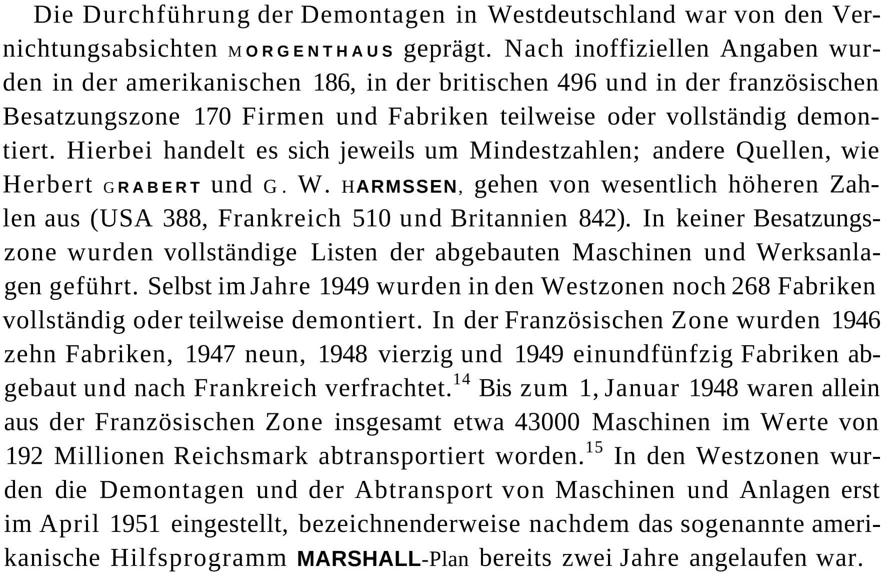
selbst die Schienenstränge der Eisenbahnen, die Isolatoren an den Hochspannungs- und Telegraphenleitungen, die Installationen in Wohnungen und Verwaltungsgebäuden nicht verschont blieben. Auf fast allen zweigleisigen Strecken wurde die zweite Spur samt den Schwellen nach dem Osten verfrachtet. Sogar einige eingleisige Strecken mußten auf ihre Schienen verzichten und stillgelegt werden. Ähnlich ging es anderen Produktionsanlagen. Ende 1947 besaß die sowjetische Besatzungszone nur ungefähr ein Fünftel des früheren Produktionspotentials der Eisenhütten und Walzwerke, der Elektroindustrie und des Maschinenbaus, rund ein Viertel der Kapazität für Fahrzeugbau, Feinmechanik und Optik und so gut wie nichts mehr auf dem Gebiet der Sperrholzindustrie.«[12] Der Geisteswissenschaftler und Publizist Kurt DÜWELL hat den wirtschaftlichen Gesamtverlust für Mitteldeutschland errechnet. Hiernach ergibt sich nach vorsichtigen Schätzungen durch Beuteaktionen, Demontagen und Reparationsnebenkosten, durch Entnahmen mittels Besatzungsgeld und Beschlagnahmen oder Rückkauf von SAG-Betrieben ein Betrag von mindestens 28,4 Milliarden Mark, wobei die Entnahmen aus den laufenden Produktionen ausdrücklich noch nicht enthalten sind. Die Höhe der Warenlieferungen belief sich auf weitere 34,7 Milliarden Mark. Zusammen mit 3,3 Milliarden Mark Preissubventionen »kommt man auf die astronomische Gesamtsumme von 66,4 Milliarden Mark an russischen Entnahmen aus der Wirtschaft der Sowjetischen Besatzungszone«.[13] Die tatsächliche Reparationsleistung Mitteldeutschlands allein an Demontage- und Enteignungsmaßnahmen an die Sowjetunion läßt sich genau nicht mehr erfassen.

[12] Gustav STOLPER (u, a.}, aaO. (Anm. 7),S. 215.

[13] Kurt DÜWELL, ***Entstehung und Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland (1945-1961). Eine dokumentierte Einführung,*** Köln-Wien 1981, S. 48.



Reparationsgüter ohne Kontrolle, ohne einen offenkundigen Plan wanderten in Kisten mit kyrillischen Buchstaben nach Osten, Einfach alles wurde mitgenommen. Zur Regelung der Reparationsquoten war am 14. Januar 1946 in Paris ein Abkommen über die Reparationsleistungen Deutschlands unterzeichnet worden. Wohlgemerkt: Der Gesamtwert der Reparationen, die das besiegte Deutschland zu leisten hatte, blieb offen. ..



Die Durchführung der Demontagen in Westdeutschland war von den Vernichtungsabsichten MORGENTHAUS geprägt. Nach inoffiziellen Angaben wurden in der amerikanischen 186, in der britischen 496 und in der französischen Besatzungszone 170 Firmen und Fabriken teilweise oder vollständig demontiert. Hierbei handelt es sich jeweils um Mindestzahlen; andere Quellen, wie Herbert GRABERT und G. W. HARMSSEN, gehen von wesentlich höheren Zahlen aus (USA 388, Frankreich 510 und Britannien 842). In keiner Besatzungszone wurden vollständige Listen der abgebauten Maschinen und Werksanlagen geführt. Selbst im Jahre 1949 wurden in den Westzonen noch 268 Fabriken vollständig oder teilweise demontiert. In der Französischen Zone wurden 1946 zehn Fabriken, 1947 neun, 1948 vierzig und 1949 einundfünfzig Fabriken abgebaut und nach Frankreich verfrachtet.[14] Bis zum 1, Januar 1948 waren allein aus der Französischen Zone insgesamt etwa 43000 Maschinen im Werte von 192 Millionen Reichsmark abtransportiert worden.[15] In den Westzonen wurden die Demontagen und der Abtransport von Maschinen und Anlagen erst im April 1951 eingestellt, bezeichnenderweise nachdem das sogenannte amerikanische Hilfsprogramm **MARSHALL**-Plan bereits zwei Jahre angelaufen war.

[14] Vgl. James BACQUE, ***Crimes and Mercies. The Fate of German Civilians under Allied Occupation, 1944-1950,*** London 1998, S. 96.

[15] Vgl. ***Handelsblatt,*** 22. 4. 1948, zitiert nach Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.), ***Dokumente deutscher Kriegs-*** *Schäden.* Bd. 1 u. 3, Bonn 1958/1962, S. 72.

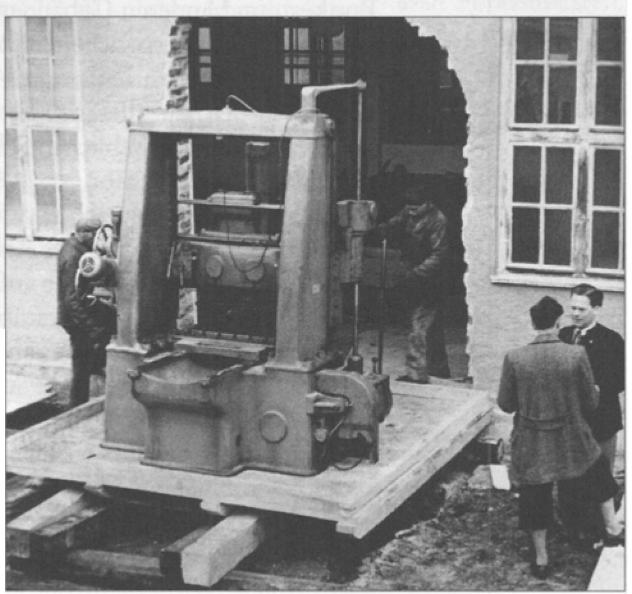
Es ist, wie dies zeitgeistkonform unentwegt geschieht, eine Augenwischerei zu behaupten, von den Demontagen seien hauptsächlich Rüstungsbetriebe betroffen gewesen. Die *Rbein-Neckar-Zeitung* vom 10. August 1948 bringt am Beispiel der Französischen Zone einige Hintergründe zur Demontage, aus denen sich ergibt, daß von den abgebauten Fabriken kaum 10 Prozent der Rüstungsindustrie zuzuzählen waren. Vor allem die Firmen der Uhrenindustrie (Hermle in Golsheim, Jäckle in Schwenningen, Müller in Mühlheim-Tutthngen, Junghans und Kern in Schramberg u. a.) waren unter den Leidtragenden. Besonders hebt die Zeitung hervor, »daß alle neueren Maschinen in den Betrieben bereits früher von den Franzosen abgebaut wurden. Nach der Demontage würde



Der britische Militärgouvemeur Brian ROBERTSON gab am 16. Oktober 1947 eine neue Demontageliste bekannt. 682 Betriebe (496 in der britischen, 186 in der US-amerikanischen Zone) sollten zum Abbruch kommen. Der Abbruch sollte innerhalb von zwei Jahren erfolgen und rund 30 000 Arbeiter »beschäftigen!. Es war vorgesehen, 25 Prozent der demontierten Einrichtungen in die Sowjetunion zu überführen; der Rest sollte den 18 Mitgliedsstaaten der Interalliierten Reparationsstelle zukommen. Das Petersberger Abkommen vom 22. November 1949 enthielt zwar wesentliche Einschränkungen des Demontage programms, ADENAU ER mußte aber im Gegenzug erhebliche Eingeständnisse machen, die SCHUMACHER drei Tage später zu seinem Spruch bewogen, ADENAUER sei »ein Kanzler der Alliierten«.







Demontage in Salzgitter im Jahre 1950. *Oben rechts:* Ein britischer Offizier heftet die Beschlagnahmeverfügung an das Tor eines Kohlenbergwerks.

Demontage einer Lehrenbohrmaschine 1948 in München (Foto: DPD).

die französische Zone nur noch über etwa 40 bis 50 Prozent der Kapazität des Jahres 1936 verfügen«. Die in London erscheinende Fachzeitschrift *Jeweller andMetalworker* berichtete am 1. Juli 1948 über die Jahresversammlung der britischen Uhrenindustrie. Hier heißt es, daß man über Frankreich viele der in Deutschland demontierten Uhrenwerke erhalten würde. Damit erhalte Britannien eine dringend benötigte »Atempause«, da mit dieser Maßnahme vorerst einmal die deutsche Konkurrenz ausgeschaltet würde.

Der angerichtete Schaden (durchschnittliche Kapazitätsverminderung) allein in den westdeutschen Besatzungszonen kommt einem Verlust von 1,3

Milliarden RM (Wert 1936) gleich[16] oder, wie es der spätere Bundespräsident Walter SCHEEL am 19. Juni 1954 bezifferte, allein in den drei Westzonen seien Werte in Höhe von etwa 6 Milliarden DM demontiert worden.[17] In der SB2 sind Maschinen als Kriegsbeute sowie laufende Reparationen von etwa 7 Milliarden US-Dollar entnommen worden.[18]

Bei allen Schätzungen sind die in astronomische Größen gehenden Neben- und Folgeschäden - sogenannte stille Reparationen - noch nicht berücksichtigt. Wir sprechen hier von Reparationen im Werte von wenigstens 20 Milliarden US-Dollar, die heute viele hundert Milliarden Dollar wert sind.[19] Beispielsweise mußte die Bundesrepublik Deutschland zu erheblich höheren Preisen amerikanische Kohle einkaufen, um den westdeutschen Bedarf zu decken, da die westdeutschen Bergwerke demontiert oder zwangsstillgelegt waren. Dasselbe gilt für die meisten anderen Zweige, so daß hier weitere Milliardenbeträge in unschätzbarer Höhe addiert werden müssen. Ferner dürfen nicht unerwähnt bleiben die vielfachen Sprengungen von Docks, Bunkern und anderen Gebäuden und Einrichtungen, die Zerbombung Helgolands, die ausgesprochenen Produktionsverbote (wie z. B. von Kugellagern, Chlor und synthetischem Ammoniak) oder die Vergeudung von Besatzungsausgaben, die allesamt der deutschen Gesamtwirtschaft, aber auch der deutschen Kultur erheblichen Schaden zufügten. Der deutsche Wirtschaftsexperte Wilhelm HASENACK fand 1951 mutige Worte, zu denen heute sich kaum ein Vertreter der deutschen Wirtschaft, geschweige denn aus der Politik, bereitfinden würde. In seiner Abschlußbewertung der alliierten Demontagepolitik meinte er, daß für sie auf den ersten Blick vielleicht sprechen könne, daß Deutsche im Kriege gegenüber Einzelnen oder ganzen Völkern unmoralisch gehandelt haben könnten und die Demontagen somit als Vergeltung zu verstehen seien. »Aber die Mißgriffe der Demontage deutscher Betriebe sind *nach* dem Kriege begangen worden; die hinter ihnen stehende Mentalität muß sich daher gefallen lassen, daß man doch noch *andere Maßstäbe* an sie legt als an menschliche und militärische Fehltritte, die im bösen Taumel des Krieges und in der durch ihn ausgelösten Gärung alles gesunden und normalen menschlichen Fühlens vorgekommen sind. Nach dem Kriege hatte die Menschheit auf eine Wiederkehr der besonnenen Urteilskraft und auf die Wiedererweckung der wirtschaftlichen Vernunft unter den Völkern gehofft.«[20] Diese sind bis heute nicht eingetreten und damit ergibt sich die Frage nach einer angemessenen Entschädigung für rechtswidrig zugefügte Schäden.

Zehn Jahre sollte es dauern, bis die vier alliierten Besatzungsmächte aus Österreich endlich abzogen. Am 15, Mai 1955 erhielt Österreich mit dem zwischen den Alliierten und ihm geschlossenen Staatsvertrag seine beschränkte Souveränität zurück. Dies war allerdings nicht ohne Gegenleistung geschehen. Die Sieger hätten, wie es im zeitgeistkonformen österreichischen Schrifttum immer wieder hervorgehoben wird, von Österreich keine Reparationen

[16] Vgl. Wilhelm TREUE, ***Die Demontagepolitik der Westmäebte nach dem Zweiten Weltkrieg,*** Hannover 1967, S. 89.

[17] Vgl. GERMANUS, ***Bilanz der Unterwerfung. Deutsche Entscheidungen morgen,*** Leoni 1967, S. 209.

[18] Vgl. Wilhelm HASENACK, **»BILANZ DER *Demontage«,*** in: Carl Brinkmann (u.a.) **(Hg.), *Jahrbuch für Sozialwissenschaft. Band 2,*** Göttingen 1951, S. 33.

" Vgl. James BACQUE, aaO. (Anm. 14), S. 175 f.

[20] Wilhelm HASENACK, aaO. (Anm, 18), S. 60.

verlangt. Dies ist falsch - keine *weiteren* Reparationen wäre zutreffender gewesen! Der Wert der entrichteten Reparationsleistungen läßt sich nur abschätzen. 1955, also zehn Jahre nach der »Befreiung«, hatte beispielsweise die steiermärkische Landesregierung eine Dokumentation namens *Steierische* ***Bewährung*** herausgegeben. Dort sind neben den entstandenen Kriegsschäden auch Höhe und Umfang der Demontagen und Plünderungen, auf die Steiermark bezogen, festgehalten, die sich auf der Grundlage von 1938 auf nicht weniger als 270 Millionen RM belaufen.[21]

Während der kurzen Zeit der Vereinigung mit Deutschland zum Großdeutschen Reich (1938 bis 1945) erlebte Österreich einen ungeahnten wirtschaftlichen Aufschwung. Riesige Industriezentren entstanden. Die »Reichswerke Hermann Göring< in Linz verarbeiteten steierisches und bayerisches Erz auf der Basis von Kohle, die aus dem Ruhrgebiet stammte. Angeschlossene Stickstoffwerke erzeugten Kunstdünger. Ein Aluminiumwerk, dessen Produktionsleistung weit über der österreichischen Nachfrage lag, war gebaut worden. Das in den dreißiger Jahren entdeckte Erdöl auf dem Marchfeld war mit gewaltigen Investitionen erschlossen worden. Außerdem hatte sich die deutsche Reichsregierung erfolgreich darum bemüht, die natürlichen Wasserkräfte Österreichs durch Neuanlagen von Stauseen und Kraftwerken für die Elektrizitätsgewinnung im großen Rahmen nutzbar zu machen. In wirtschaftlicher Hinsicht strahlte Österreich als eingebundener Teil Deutschlands heller denn je. Es war eine schier unermeßliche Fundgrube für alliierte Plünderer, Für Gesamtösterreich dürfte sich hochgerechnet ein Betrag von etwa 2 Milliarden Reichsmark Reparationen ergeben. Österreich hatte zehn Jahre lang die Besatzungskosten der vier Alliierten zu tragen, auf 30 Jahre 60 Prozent seiner Erdölförderung an die Sowjetunion abzuliefern, 150 Millionen Dollar *in natura* als Reparationen aufzubringen und war schutzlos der Ausplünderung des gesamten Landes ausgeliefert.

Weniger offensichtlich als die Demontagen war der alliierte Raub deutscher Kunstschätze aus dem gesamten Reich, dessen Umfang bis heute unschätzbar ist. Die Rote Armee hatte mehr als 2 Millionen Kunstwerke und Kulturgüter aus Deutschland in die Sowjetunion geschafft. Diese Zahl ergibt sich aus einer Bestandsaufnahme des Jahres 1957, die einen Uberblick über jene Kunstgegenstände aus Deutschland liefert, die von den sogenannten »Beutebrigaden der Roten Armee« geplündert und in die UdSSR überfuhrt wurden. Uber das Ausmaß der »privaten Beute« durch Rotarmisten gibt es ohnehin keine verläßlichen Angaben. Schon 1944 hatten die sowjetischen Streitkräfte die Erlaubnis erhalten, Pakete mit Beutegütern aus Deutschland in die Heimat zu schicken. Zehntausende Gemälde, Zeichnungen, Plastiken und Skulpturen, Millionen von Büchern und Archivalien verschwanden, in der gängigen Literatur als »Kriegsverluste« oder als »verschollen« deklariert, in die Sowjetunion. Es ist unmöglich, auch nur eine grobe Übersicht der

[21] Vgl. Nikolaus VON PRERADOVICH, »Österreich vor und nach Mai 1945«, in: ***Deutsche Geschichte,*** Heft 18/1995,5.41.

gestohlenen Kunstschätze wiederzugeben. Lediglich einige wenige ausgewählte Beispiele können das unvorstellbare Ausmaß dieses Raubes am gewachsenen Kulturbesitz der deutschen Nation darstellen.[22] Es sind keineswegs nur unbezahlbare kunsthistorischen Schätze, die die >Befreien in Ost und West aus Museen und Galerien stahlen und die dem deutschen Volkseigentum und dem deutschen Kulturgut verlorengegangen sind. Vor allem entwendeten oder vernichteten die Sieger unzählige und unersetzbare Kulturgüter aus dem privaten Bereich, wie zum Beispiel Bücher, Briefmarken- und Münzsammlungen, Bilder, Silberbestecke und Schmuck, Vernichtet wurden größtenteils auch Testamente, Grundbucheintragungen, Zeugnisse, Lehrbefähigungen, Diplome und Sparbücher. Wie viele Privatbibliotheken, Antiquitäten, familiäre Erinnerungsstücke, Orden und Ehrenzeichen und viele andere Schätze gerieten in die Hände der >Befreier«?

Wie die Rotarmisten bedienten sich auch die demokratischen Befreier skrupellos am deutschen Füllhorn. Der amerikanische Geistliche Ludwig A. FRITSCH gab unumwunden zu: »Millionen Tonnen an gestohlenen Gütern wurden als >Souvenirs< mit unseren Transportmitteln durch unsere U.S.-Post- und Zollämter nach Amerika gebracht. Das silberne Tafelgeschirr des letzten Kaisers, ein Geschenk der deutschen Städte zu seinem 25jährigen Regierungsjubiläum, wiegt allein sieben Tonnen, und der Oberst, der dieses herrliche Kunstwerk stahl und als Kriegstrophäe betrachtete, ist im Privatleben Rechtsanwalt!. . . Welch eine Fülle von Kunstschätzen aller Art war in jenem ersten Kulturland der schöpferischen Nation[en] in Museen, Schlössern, Gutshäusern und Privatsammlungen als das Eigentum der großen geschichtlichen Familien durch die Jahrhunderte gesammelt worden! Jede größere Stadt in Deutschland besaß so viele Kunstgegenstände wie sonst ein ganzes Land. Da gab es etwas zu plündern und zu stehlen!«[23]

[22] Eine gute Übersicht über das Ausmaß des Raubes und der Zerstörung deutschen Kulturgutes bieten die 1958/1962 vom Bundesministerium für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte herausgegebenen ***Dokumente deutscher Kriegsschäden.***

[23] Ludwig A. FRITSCH, ***Amerikas Verantwortung ßr das Verbrechen am deutschen Volk,*** Grabert, Tübingen '1969, S. 30 f.



Schloß Finckenstein im Kreis Rosenberg: Eines der vielen hundert deutschen Schlösser, die 1945 von den Polen ausgeraubt wurden. Aus: FZ, *Deutschlands Ausplünderung,* München 1993.

Die Alliierten machten in ihrer Raubgier und Zerstörungswut keinen Unterschied zwischen Denkmälern, Werken der Architektur, der Plastik, der Malerei, der Volkskunst und des Kunstgewerbes oder wertvollem Schriftgut verschiedenster Art, Büchern und anderen Erzeugnissen des Druckes, handgeschriebenen Urkunden und Akten. Gestohlen wurden beispielsweise der Holm-Schatz aus Eberswalde, der komplette Zyklus der spätgotischen Kirchenfenster der Marienkirche in Frankfurt/Oder, große Teile der Berliner Archäologischen Sammlung, des Ostasiatischen Museums sowie der Kunstakademie, der Schatz des Priamos (von Heinrich SCHLIEMANN entdeckte trojanische Kunstgegenstände), das vollständige Dresdner Kupferstich-Kabinett, bedeutsame Teile des Weimarer Museums, die Bibliotheken des Potsdamer Schlosses und der Reichskanzlei, die wohl prächtigste Waffensammlung Europas (Rüstkammer der Wartburg}, fast alle Kunstwerke aus der Sammlung des Schloßmuseums Gotha, nahezu der gesamte Bestand der nach Mitteldeutschland ausgelagerten Bremer Kunsthalle mit Tausenden Zeichnungen, Gemälden und Druckgraphiken von DÜRER, VAN GOGH, COROT, DELACROIX, RAFFAEL, RODIN und DEGAS.





DÜRERS Heiliger Petrus und Heiliger Antonius gehören zum geraubtem deutschen Kulturschatz.

Es waren zig Tonnen von >Souvenirs< die über den Atlantik oder in den Tiefen der Taiga auf Nimmerwiedersehen verschwanden. Teilweise wird das Beutegut allerdings Öffentlich ausgestellt, so zum Beispiel der Marschallstab von Reichsmarschall Hermann GÖRING, der als Trophäe in der amerikanischen Militärakademie West Point in einer Vitrine hinter Panzerglas ausgestellt ist. Oder die Schloßtreppe des Hohenzollernschlosses Kamenz (Schlesien), die heute im Kulturpalast in Warschau steht. Oder der Kunstraub von Gnissau (u. a. Originalmanuskripte von Friedrich HÖLDERLIN, Georg W. F. HEGEL und Friedrich Wilhelm SCHF.II.ING, Musikhandschriften mit Originalpartituren von Wolfgang Amadeus MOZART, Ludwig VAN BEETHOVEN und Sebastian BACH, Nachlässe von Alexander VON HUMBOLDT und HOFFMANN VON FALLERSLEBEN), der in Krakau in der Jagiellonska-Bibliothek zu besehen ist. Oder eine Reihe hochrangiger Gemälde und Zeichnungen aus Museen in Wuppertal, Krefeld, Essen, Düsseldorf, Frankfurt/M., Wien und Salzburg, die im Louvre in Paris ausgestellt sind. Seit Jahren versucht Sabine FEHLEMANN, die Direktorin des Von-der-Heydte-Museums in Wuppertal, die gestohlenen Kunstwerke wieder zurückzuerhalten - bislang ohne Erfolg.

Der große Teil des geraubten deutschen Kulturschatzes gilt jedoch als im Ausland »verschollen«. Teile tauchen immer wie-

der meist zufällig auf. So werden unersetzliche deutsche Kulturschätze auf Versteigerungen, wie zum Beispiel in London vom Auktionshaus Sotheby's, an Meistbietende weggegeben! Furore machte vor einigen Jahren die Nachricht, daß der gestohlene Quedlinburger Domschatz in den USA wiederaufgetaucht sei.[24] Der Schatz war seinerzeit von einem Gl gestohlen und nach dessen Tod an seine Verwandten »vererbt« worden. Diese wollten ihn jedoch nicht haben und verkauften ihn Anfang der neunziger Jahre für 2,7 Millionen US-Dollar der Bundesrepublik Deutschland. Einen der größten Schätze erbeuteten die Amerikaner im Kalibergwerk im thüringischen Merkers. Don lagene mit 220 Tonnen Gold der Großteil der Goldreserven des Deutschen Reiches. Darüber hinaus waren dort Milliardensummen an Reichsmark und ausländischen Währungen deponiert, sowie Hunderte von Kisten mit Tausenden von Kunstwerken, beispielsweise Gemälde von Albrecht DÜRER, Originalmanuskripte von Johann Wolfgang VON GOETHE und viele andere, die zum Schutz vor den Bombenteppichen tief in das Bergwerk eingelagert worden waren. Aller Wahrscheinlichkeit nach liegen noch heute die Goldreserven des Deutschen Reiches in Fort Knox.

[24] Siehe: Beitrag Nr. 316, »US-Offizier stahl Quedlinburger Domschatz«, und Nr. 317, »Amerikaner rauben Gold zug usw.«.

Der materielle Wert all dieser Schätze kann, wenn überhaupt, nur mit einem dreistelligen Milliardenbetrag ausgedrückt werden. Hinzu kommt jedoch der unschätzbare immaterielle Wert, wie dies der deutsche Publizist Günther WOLF erkannt und dargelegt hat: »Jedes Volk hat seine kulturelle Vergangenheit und Gegenwart. Beide sind Teil seiner nationalen Identität. Beraubt man ein Volk der Dokumente seiner kulturellen und historischen Überlieferung, ist das ein Angriff auf seine Identität.«[25]

Wie ist nun der hier dargestellte Bereich der Reparationen zu werten? ROOSEVELT hatte MORGENTHAUS Idee von der deutschen Kollektivschuld am Krieg aufgegriffen und stimmte dessen Plänen zu, Deutschland der strengsten Nachkriegsbehandlung zu unterziehen. Diese Pläne zur Vernichtung des Herzens Europas wurden im September 1944 während der Zweiten Konferenz in Quebec offiziell als Programm für das Nachkriegsdeutschland anerkannt.[26]

MORGENTHAU konnte in seinem Buch *Germany is our Problem* auf Seite XII dementsprechend mit Genugtuung schreiben: »Die grundlegenden Prinzipien des Programmes haben den amtlichen Standpunkt der Regierung der Vereinigten Staaten repräsentiert.« Diese Feststellung ist für die übrigen Siegermächte ebenso zutreffend - galt es doch, durch den Abbau der deutschen Industrie und durch die damit verbundene wirtschaftliche Entmachtung Deutschlands das Reich als politischen Faktor auf Dauer auszuschalten und damit die eigenen wirtschaftlichen und politischen Positionen auszubauen und zu festigen.[27]

Claus Nordbruch

[15] Günther WOLF, »Der große Kunstraub 1945/46«, in: Gerd SUDHOLT (Hg.), ***Deutsche Annale/! 1999. Jahrbuch des Nationalgeschehens,*** VGB, Berg 1999, S. 172.

[26] Vgl. Nicholas BALABKINS, aaO. (Anm. 2), S. 10.

[27] Für detaillierte Angaben: siehe Claus NORDBRUCH, ***Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigungfür Deutsche,*** Graben, Tübingen [2]2003.

Reparationen: Entführung deutscher Geisteselite

Die Alliierten beschränkten sich bei ihrer Plünderung Deutschlands 1945 keineswegs nur auf den Raub deutscher Patente und Kunstwerke oder die Demontage deutscher Industrieanlagen. Besonders interessiert waren die Sieger an den Schöpfern dieser unermeßlichen Schätze.[1] Der stellvertretende Kommandeur für die Verwaltung der US-Luftstreitkräfte in Europa, Generalmajor Hugh KNERR, legte dieses gewaltige Interesse der Alliierten mit einem Bekenntnis ab: »Die Besetzung deutscher wissenschaftlicher und industrieller Einrichtungen hat die Tatsache enthüllt, daß wir auf verschiedenen Gebieten der Forschung alarmierend rückständig sind. Wenn wir diese Gelegenheit nicht benutzen, den technischen Apparat und die Köpfe, die ihn entwickelt und geleitet haben, zu ergreifen, und wenn wir die deutschen Techniker nicht sofort wieder an ihre Arbeit setzen, werden wir mehrere Jahre lang im Rückstand bleiben.«[3] Folglich organisierten die Befreier auch und gerade die professionelle Jagd auf die Vertreter der deutschen Intelligenz. Es war eine genau geplante und rigoros ausgeführte Maßnahme, die mit der Vernichtung oder Neutralisierung der deutschen wissenschaftlichen Führungsschicht, der geistigen Elite Deutschlands, enden sollte.

[1] Für detaillierte Angaben siehe Claus NORDBRUCH, ***Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigungfür Deutsche,*** Tübingen [2]2003, S. 341 ff.

[1] Zitiert nach: Bernd RULAND, ***Werner von Braun. Mein Leben für die Raumfahrt***, Offenburg -1969, S. 262.

Bekanntlich hatten die Amerikaner bei Eintritt des Waffenstillstandes am 9. Mai 1945 auch große Teile Mitteldeutschlands und des Sudetenlandes besetzt. Die dort ansässigen Wissenschaftler und Techniker galt es selbstredend noch vor dem Abzug der US-Truppen zum 1. Juli 1945 für die eigenen Zwecke zu sichern. Folglich wurden in Thüringen und Sachsen Hunderte Repräsentanten der deutschen Intelligenz »überredet«, zunächst einmal in die amerikanische Zone überzuwechseln. Diese Aktionen liefen von April bis Juni 1945 auf Hochtouren, schließlich handelte es sich um überaus lohnende Menschenware. Im noch amerikanischen Bereich befanden sich wesentliche Vertreter der deutschen Creme de la creme aus Technik, Wissenschaft und Forschung: In Merseburg stand das Forschungszentrum für die Gewinnung synthetischen Kraftstoffs, in Jena lagen die Zeiss-Optikwerke und das revolutionäre Glaswerk Schott & Genossen, die Forschungslaboratorien der IG Farben waren in Wolfen in der Nähe von Bitterfeld, die Junkerswerke in Dessau, und nicht zu vergessen waren die Eliteschulen der Nation, die Universitäten Halle, Leipzig und Jena, sowie viele andere Firmen und Einrichtungen mehr.

Als der Termin des vereinbarten Abzuges immer näher rückte, wurden sich die Amerikaner - und die Briten, die den Großteil Mecklenburgs besetzt hielten und sich ebenso zum 1. Juli zurückziehen mußten - bewußt, daß der Schöpfungsreichtum der Deutschen viel zu umfangreich war, um ihn innerhalb weniger Wochen ausgiebig plündern zu können. Folglich galt es, in den Besitz der entsprechenden Menschen selbst zu kommen. Hierzu

wandte man vor allem Versprechen an: Arbeitsverträge und -plätze wurden versprochen, ebenso wie Wohnungen und Häuser, hervorragende Lebensbedingungen, hochwertiges Werkzeug und leistungsfähige Einrichtungen in den Laboratorien usw. Selbstverständlich sei in diesem entgegenkommenden Angebot der Umzug der Familie mitinbegriffen, und ebenso selbstverständlich würde man sein Privateigentum, seine Möbel und Haushaltseinrichtungen mitnehmen können. Für das, was man jedoch zurücklassen müsse, wurde Ersatz versprochen. Universitätsprofessoren und Institutsdirektoren wurde zugesagt, ihre Assistenten, Sekretärinnen und sonstigen engen Mitarbeiter mitnehmen zu können. Industrie- und Forschungsgruppen wurde zugesagt, daß sie im geschlossenen Verband übertreten könnten. Es waren viele Hunderte - amerikanischen Quellen zufolge über 1500' die den Verlokkungen mehr oder weniger freiwillig Glauben schenkten.

Nachdem die gefragten Deutschen angesichts der allgemeinen Not und der Unmöglichkeit, unter den augenblicklichen Verhältnissen wissenschaftlich weiterzuarbeiten, notgedrungen ihre Zustimmung gegeben hatten und meist nach Darmstadt oder Heidenheim »evakuiert« worden waren, stellte sich alsbald heraus, daß von den Versprechungen kaum etwas gehalten wurde. Die Wirklichkeit der »Gäste der amerikanischen Regierung« sah wesentlich düsterer aus. Die meisten Zwangsevakuierten konnten nicht in ihrem Fach arbeiten und dazu beitragen, daß Deutschland sich in den jeweiligen Branchen weiterentwickelte. Sie wurden schlicht kaltgestellt. Lediglich der kleinste Teil der entführten Deutschen wurde tatsächlich in die USA verfrachtet. Einem internen Bericht des OMG vom 12. August 1947 zufolge erhielten von den 419 zwangsevakuierten Technikern und Wissenschaflern, die in und um Heidenheim interniert worden waren, lediglich 14 Persönlichkeiten Arbeitsgenehmigungen in den USA. Der Rest wurde gerade nach Beendigung der Kampfhandlungen mit Japan, um die Worte von John GIMBEL zu gebrauchen, übergangen und fallengelassen. Einige versuchten daraufhin ihr Glück in der französischen Zone oder in Frankreich und Britannien, einige wenige gingen in ihre Heimat zurück. Die meisten aber litten an schmerzlicher Entbehrung wirtschaftlicher, moralischer und psychologischer Art, die ihre Wurzeln in der unvorbereiteten und chaotischen Zwangsevakuierung aus der Heimat hatte.[4]

Im Juli 1945 lief das amerikanische >Project Overcast« an. Im Zuge dieses mit der höchsten Geheimhaltungsstufe versehenen Militärunternehmens galt es, die etwa 350 auf der Welt führenden Raketenspezialisten und -ingenieure in die USA zu bringen. Im Herbst 1946 wurde dieses Vorhaben auf 1000 deutsche Gehirne erweitert und in >Project Paperclip« umbenannt. Der theoretischen Absicht sollten Taten folgen. Tatsächlich sind zwischen 1945 und 1955 nicht weniger als 765 Wissenschaftler, Ingenieure, Techniker und andere Spezialisten unter diesem Programm in die Vereinigten Staaten gebracht worden.[5]

[3] Die Ende 1945 in Hessen ins Leben gerufene Interessengemeinschaft >Zwangsevakuierte Wissenschaftler und Techniker Mitteldeutschlands« gab über ihren Sprecher, Prof. Adolf SMEKAL, zunächst an, daß 1294 Wissenschaftler und Techniker und 4000 ihrer Familienangehörigen von diesen Maßnahmen betroffen waren. 1948 wurden diese Zahlen auf 1800 und 5500 angepaßt.

[4] Vgl. John GIMBEL, »U.S. Policy and German Scientists: The Early Cold War«, in: ***Political Science Quarterly,*** Nr. 3, 1986, S. 450.

[5] Vgl. Linda HUNT, »U.S. coverup of Nazi scientists«, in: ***Bulletin of the Atomic Scientists,*** April 1985, S. 16.

Wie war das >Paperclip-Projekt< organisiert? Die Amerikaner ließen noch während der militärischen Kampfhandlungen ihren Kampftruppen unter der Führung von Oberstleutnant Boris T. PASH mehrere Einheiten der sogenannten >*Alsos*<-Gruppe folgen, die den Auftrag hatten, deutsche Spezialisten, »Zielscheiben« genannt, ausfindig und dingfest zu machen. Der militärische Leiter war General GROVES, der wissenschaftliche Leiter von *Alsos* war der aus den Niederlanden stammende jüdische Physiker Samuel GOUDSMIT. Diesen Einheiten, die sich hauptsächlich aus Agenten, Wissenschaftlern und Technikern zusammensetzten, gelang es, den Chef des Reichsforschungsrats, Dr. Werner OSENBERG, in Lindau mit 150 seiner engsten Mitarbeiter gefangenzunehmen und so in den Besitz von Listen zu gelangen, auf denen die Namen von etwa 15000 der führenden deutschen Wissenschaftler und Techniker verzeichnet waren. Sofern sie sich in ihrem Einflußgebiet befanden, wurden diese Angehörigen der geistigen Elite des Deutschen Reiches von den Amerikanern vernommen. Diejenigen, an denen die Amerikaner besonders interessiert waren, wurden ausgesondert und in eigens hierfür eingerichteten Büros einer intensiveren Befragung unterzogen,[6]



Samuel GOUDSMIT erhält vom US-Staat einen Orden für seine iVerdienstec Unmittelbar nach der Landung der Alliierten 1944 hatte er den Auftrag erhalten, mit seiner Gruppe sämtliche wissenschaftlichen und industriellen Geheimnisse in Deutschland aufzustöbern, bevor sie vernichtet würden.

Das »Project Paperchp< war keineswegs, wie es im zeitgeisthörigen Schrifttum verniedlichend dargestellt wird, lediglich ein Aktionsprogramm, die deutsche Raketenindustrie abzubauen und für eigene Zwecke zu gebrauchen. Unter dem Projekt >Paperclip<, das die Amerikaner als umfangreiche intellektuelle Reparationsmaßnahme ansahen, verstand man vielmehr die Suche und Rekrutierung herausragender deutscher und österreichischer Wissenschaftler sowie Techniker aller Fachrichtungen, die unter Umgehung der üblichen Einwanderungsvorschriften mit ihren Familien im Interesse der amerikanischen Nation und im Interesse der nationalen Sicherheit (!) in die USA gebracht werden sollten. In diesem Falle verzichteten die Amerikaner großzügig auf die sonst üblichen entehrenden Entnazifizierungsmaßnahmen.[7] Viele

[6] Vgl. Bernd RULAND, aaO. (Anm. 2), S. 263.
[7] Vgl. John GIMBEL, ***Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Post War Germany,*** Stanford 1990, S. 50f.

der deutschen Spitzenwissenschaftler und Forscher waren Mitglieder in der NSDAP oder Angehörige der SA, der SS oder anderer nationalsozialistischen Organisationen gewesen, was für gewöhnliche Sterbliche ein Einreiseverbot in die USA oder aber eine Verweigerung der Aufenthaltsgenehmigung bedeutete. In diesen besonderen Fällen freilich handelte man von seiten der Amerikaner unter Umgehung der gesetzlichen Bestimmungen flexibler.

Sobald die deutschen Fachleute in die Vereinigten Staaten eingereist waren, wurden sie, ihren Forschungsbereichen entsprechend, auf amerikanische Firmen, Universitäten und Forschungszentren aufgeteilt. Diese dem deutschen Volkskörper und der deutschen Volkswirtschaft entnommenen Eliten von Können und Wissen wurden fortan für die USA genutzt. In einer ursprünglich zur Veröffendichung freigegebenen, schließlich aber doch zurückgehaltenen Presseerklärung des US-Geheimdienstes (Joint Intelligence Objectives Agency<) vom 1L März 1946 heißt es denn auch unumwunden, daß die amerikanische Staatsführung lange vor Einstellung der Kampfhandlungen beschlossen habe, eine vollständige Ausbeutung Deutschlands in bezug auf technische Kenntnisse durchzuführen ***{complete expioitation of Germanyfor tedhnical Information).*** Die »Regierung arbeitet nunmehr daran, Deutschland in allem technischen und wissenschaftlichen Wissen, das beschafft werden kann, auszubeuten. Die Ausbeutung machte es nötig, mehrere hundert hochqualifizierte amerikanische Techniker und Wissenschaftler dicht an den Fersen unserer erobernden Armeen nach Deutschland zu entsenden. Diese Untersuchungsbeamten haben Herstellungspläne und Betriebsanlagen, Aufzeichnungen und Dokumente geprüft sowie deutsches Personal ins Kreuzverhör genommen.. . Schritte werden nun unternommen, die Ausbeutung auszudehnen: Die besten deutschen Wissenschaftler und Techniker werden hierher ins Land gebracht, damit deren Talente hier nutzbar gemacht werden können. .. Viele dieser deutschen Wissenschaftler und Techniker werden in Verbindung mit der Waffenentwicklung zur Ausbeutung durch die Luftwaffe und Kriegsdienststellen aus Gründen der nationalen Sicherheit hierher gebracht. , , Andere deutsche Wissenschaftler und Techniker werden für zivile Zwecke zur Ausbeutung in die Vereinigten Staaten gebracht werden, vor allem für die amerikanische Industrie. . . Sie werden eher auf einer uneingeschränkten Grundlage ausgebeutet, als von bestimmten Firmen angestellt werden, . . Die Ausbeutung dieser hochqualifizierten Deutschen wird von enormem Wert für die Entwicklung neuer Waffensysteme sein, die die Deutschen bereits am Ende des Krieges entworfen hatten.. . Aus dem oben Genannten ist es einleuchtend geworden, daß die Regierung Staubsaugermethoden anwendet, um die gesamte technische und wissenschaftliche Kenntnis zu erhalten, über die die Deutschen verfügen. Der Wert dieser Informationen für die Vereinigten Staaten wird aller Wahrscheinlichkeit nach irgendwelche Reparationen in Bargeld bei weitem übersteigen.«[8] In der Tat: Bereits 1947

[8] Ebenda, S. 187 ff. [Übersetzung C.N.]

schätzte die amerikanische Besatzungsmacht die Ersparnisse durch den Einsatz deutscher Raketenforscher auf mindestens 750 Millionen US-Dollar.[9]

Die Briten hatten zum Zweck der Sicherung >ihren deutschen Fachleute in England Büros eingerichtet. Folglich mußten die deutschen Spezialisten zu den befohlenen Befragungen direkt auf die Insel gebracht werden, von der sie, britischen Vorstellungen zufolge, nicht mehr zurückkehren sollten, um auf diese Weise dem Zugriff der Konkurrenz entzogen zu werden. Nach Britannien wurden vor allem Atomforscher und viele Luftfahningenieure gebracht oder vielmehr: verfrachtet. Unter diesen befand sich auch Flugbaumeister Karl DOETSCH, der als Angehöriger der Elite deutscher Testpiloten jeden Flugzeugtyp der Alliierten geflogen hatte. DOETSCH hatte während des Krieges »fortschrittliche Navigations- und Autopilotgeräte erfunden und getestet und bahnbrechende Arbeit in der Entwicklung von Präzisionsinstrumenten geleistet, mit denen Flugzeuge im Flug geprüft werden konnten, von denen Amerika und England noch nicht einmal träumten«.[10] Auch der Pionier der Antriebstechnik Dietrich KÜCHEMANN wurde nach Britannien gebracht. Dort mauserte er sich zu einem der erfolgreichsten Konstrukteure Englands, wurde zu einem vielbewunderten und mit Orden ausgezeichneten britischen Staatsbürger und konstruierte das einzige Uberschall-Linienflugzeug der Welt, die »Concorde*.[11]

Die Franzosen waren im »Deutschenklau< noch gewiefter als die Briten: Französische Agenten rekrutierten deutsche Wissenschaftler und Fachkräfte unter den Augen der Amerikaner. Sie »heuerten< deutsche Spezialisten, die vor dem Abzug der Amerikaner aus Mitteldeutschland nach Heidenheim evakuiert worden waren, direkt im amerikanischen Gewahrsam an. Auch erreichten sie es, zum Beispiel Farbfilmspezialisten der IG Firma Agfa (Wolfen), Konstrukteure von BMW sowie Windkanaltechniker, die bereits für den Abtransport in die USA ausgewählt worden waren, nach Frankreich zu schleusen. Diese Tätigkeiten hatten derart gewaltige Ausmaße erreicht, daß im Februar 1946 die amerikanische Regierung (»Joint Chiefs of Staff<) sich genötigt sah, den Franzosen und Russen weitere Befragungen von »wichtigen deutschen Wissenschaftlern und Technikern«, die sich in der amerikanischen Zone befanden, zu untersagen.[12]

Diese Maßnahme konnte die Franzosen jedoch nicht daran hindern, ihren Teil an prominenten Beutedeutschen für sich zu sichern. Unter der entführten Geisteselite befanden sich beispielsweise die Luft- und Raumfahrtkonstrukteure und Spezialisten für Überschalltriebwerke Eugen SÄNGER und Irene BREDT, der Flugexperte Hellmut VON ZBOROWSKI, der Aerodynamiker Wilhelm SEIBOLD und der Leiter der Forschungsabteilung bei Junkers Heinrich HERTEL. Auch die gesamte Mannschaft des Ballistischen Instituts in Berlin-Gatow, das unter der Leitung von Prof. SCHARDIN stand, fiel in französische Hände. Deutsche Fachleute arbeiteten in französischen Militärlaboratorien

[9] Vgl. Thomas STAMM, ***Zwischen Staat and Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965,*** Köln 1981, S. 45.

[10] Tom BOWER, ***Verschwörung Paperclip. NS- Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte,*** München 1988, S. 125.

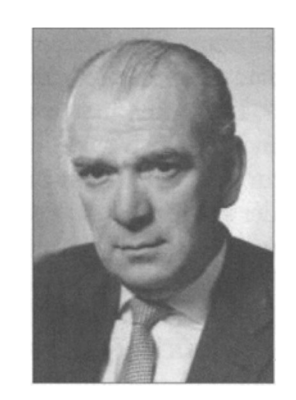
[11] Für detaillierte Angaben siehe: Claus NORDBRUCH, ***Der deutsche Aderlaß,*** aaO. (Anm. 1), S. 348 ff.

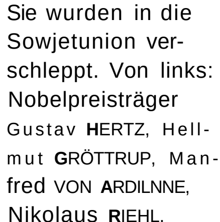
[12] Vgl. John GIMBEL, ***Science, Technology, and Reparations,*** aaO. (Anm. 7), S. 42.











Sie wurden in die Sowjetunion verschleppt. Von links: Nobelpreisträger Gustav HERTZ, Hellmut GRÖTTRUP, Manfred VON ARDILNNE, Nikolaus RIEHL.

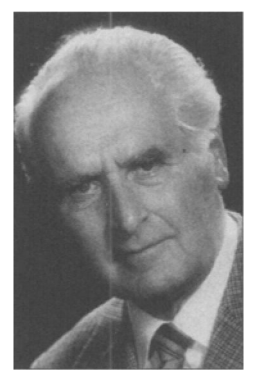
mit Infrarotstrahlen, verfeinerten die Technik, flüssige Luft zu verwerten, und entwickelten Raketenmotoren und fliegende Luftzielscheiben. Dank der deutschen Forscher und Ingenieure konnte das Französische Laboratorium für Forschung und Rüstung überhaupt erst entstehen."

Die Sowjets standen ihren amerikanischen und alliierten Verbündeten in deren Gier nach deutschem Wissen und deutscher Intelligenz um nichts nach. Einige Beispiele für die Verschleppung von Fachpersonal und Entführung von Wissenschaftlern, Ärzten und Facharbeitern mögen das Ausmaß dieser Geistesbeute verdeutlichen. Im September 1945 wurden - und das ist typisch für alle Firmen, die den Sowjets in die Hände fielen - beispielsweise aus dem Lauta-Werk in Hoyerswerda, einem der größten Aluminiumwerke Deutschlands, in die Sowjetunion deportiert: die Direktoren TODT und Dr. Karl SEIFERT, Chemiker Dr. RÖHRICHT, Oberingenieur MEYER, Hauptelektriker FUNKE, Elektromeister HANSEL, die Maschinenmeister MROWINSKY und MISCHORK, die Turbineningenieure SCHÜTZEL und WALDNER sowie die Kesselmeister TSCHUNKERT, JORDAN und GREGERT. Insgesamt fielen auf diese Weise zwei Drittel der deutschen Flugzeugindustrie in sowjetische Hände. Unter den berühmten deutschen Gehirnen, die in der Sowjetunion eher mehr als weniger zwangsverpflichtet wurden, befanden sich unter anderem Nobelpreisträger Gustav HERTZ und sein Mitarbeiter Heinz BARWICH, der Direktor des Kaiser Wilhelm-Instituts für physikalische Chemie Peter THIESSEN, der Ordinarius für physikalische Chemie an der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg Max VOLLMER, der Leiter des Dahlemer Kältelaboratoriums L. BEWILOGUA, der Erfinder Manfred VON ARDENNE, der Leipziger Kernphysiker R. DÖPEL, der Direktor der Wissenschaftlichen Hauptstelle der Auergesellschaft Nikolaus RIEHL und der Freund Wernher VON BRAUNS, Hellmut GRÖTTRUP, der zum Chef der deutschen Forschermannschaft in der Sowjetunion aufstieg.

[13] Vgl. Michel BAR-ZOHAR, ***Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler (1944-1960),*** Berlin 1966, S. 192.

Die weiträumigste Entführung deutscher Wissenschaftler und Techniker, im Englischen oftmals entstellend als *miass evacuation*< bezeichnet, wurde in Mitteldeutschland unter dem Codenamen »Operation Ossavakim« durchgeführt. Sie fand in der Nacht vom 21. auf den 22. Oktober 1946 statt. In dieser Nacht erhielten Tausende Facharbeiter vor allem aus den Kernbetrieben der Motoren- und Luftfahrtindustrie und der Waffentechnik den Befehl, umgehend nach Rußland »auszuwandern«. Innerhalb weniger Stunden hatten sie sich mit ihren Familien für den Abtransport bereit zu machen. In jener Nacht traten etwa 20 000 deutsche Menschen - Wissenschaftler, Techniker und deren Familien - die Reise ins Ungewisse an, vor allem mit der Bahn. 92 Züge sollen es gewesen sein, die vollbepackt mit dem Beute gut Mensch über Frankfurt/Oder - Posen - Warschau - Brest - Minsk nach Moskau liefen. Es waren deutsche Menschen, derer man sich als Sklaven des 20. Jahrhunderts beliebig bedienen konnte, während gleichzeitig deutsche Industrielle und Politiker vor den Tribunalen der Sieger standen, sich für die während des Krieges beschäftigen Fremdarbeiter zu verantworten hatten und hierfür meist zum Tode verurteilt wurden.

Einer unter diesen aus der Sowjetischen Besatzungszone Verschleppten war der Magdeburger Professor für Angewandte Mechanik Kurt MAGNUS. Er schildert in seinem Buch, das den treffenden Titel *Raketensklaven* trägt, wie die sowjetischen Häscher ihre vorher genau bestimmten Opfer regelrecht überrannten und ihnen keine Chance ließen, sich ihrem Zugriff zu entziehen: »»Wir müssen Ihnen mitteilen«, so fängt der Sowjetmensch, ein Schriftstück vorweisend, an, »daß das sowjetische Ministerium für Bewaffnung angeordnet hat, die Zentralwerke (MAGNUS' damaligen Arbeitsplatz in Bleicherorde, C. N.) in die Sowjetunion zu verlegen. Die Fachkräfte des Werkes, also auch Sie, werden deshalb in den nächsten Jahren in der Sowjetunion arbeiten. Die Abreise beginnt noch heute.« Ich springe vom Stuhl auf, laufe erregt hin und her. Das ist doch Unsinn! Aber nur jetzt keine Dummheiten machen - erst einmal nachdenken. Mir fällt im Augenblick nichts Besseres ein als der Hinweis auf meinen Arbeitsvertrag: »Im Fall einer Verlagerung habe ich das Recht zu fristloser Kündigung. Ich mache hiermit Gebrauch davon!« Mein Gegenüber läßt sich dadurch nicht beeindrucken, auch nicht durch weitergehende Erklärungen. Er überhört alle Einwände und antwortet dann, jedes Wort betonend: »Wir werden Befehl von Minister USTINOW ausführen. Bis zwölf Uhr mittag werden Sie mit Frau und Wohnungseinrichtung hier abgeholt und verladen. Soldaten packen ein - Sie ordnen an!< »Ich protestiere! Verlassen Sie sofort meine Wohnung!« Ein Anflug von fast mitleidigem Lächeln zeigte sich auf den sonst undurchsichtig verkniffenen Gesichtern: »Machen Sie uns und sich selbst doch keine Schwierigkeiten. Sie können jetzt nichts ändern. In Rußland werden Sie gut leben: schönes Land, große Wohnung, viel besser als hier, gutes Essen und viele gute Freunde.«

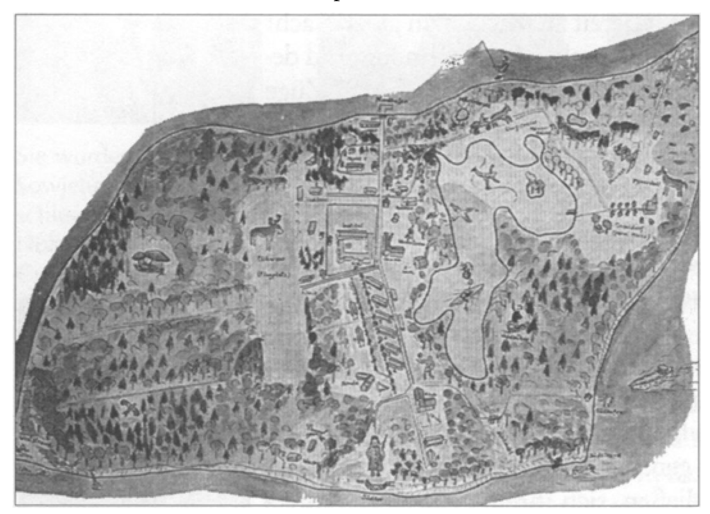

Kurt MAGNUS (1912-2003) wurde 1946 in die Sowjetunion verschleppt, wurde dort sieben Jahre fang in einem Wissenschaftleriager (auf der Insel Gorodomlja) interniert und kehrte 1953 heim.

[14] Kurt MAGNUS, ***Raketensklaven, Deutsche Forscher hinter rotem Stacheldraht,*** DVA, Stuttgart 1993, S. 38f.

»Halten Sie es etwa für ein Zeichen von Freundschaft, wenn Sie uns hier nachts aus den Betten holen und verschleppen wollend »Bitte, Sie werden sein Gast der Sowjetunion - und wir wissen, was wir Gästen schuldig sind.<«[14]

So wie in diesem geschilderten Fall, erging es in dieser Nacht Tausenden von Wissenschaftlern, Technikern, Konstrukteuren, Ingenieuren, Monteuren und Werksmeistern und deren Familien in Halle, Rostock, Jena, Leipzig, Schkopau, Taucha, Ost-Berlin, Merseburg, Dresden, Chemnitz, Dessau, Marienburg im Erzgebirge und vielen anderen Städten und Ortschaften in Mitteldeutschland.[15] Erst Jahrzehnte später, Anfang der neunziger Jahre, räumte man in Rußland den gewaltigen Beitrag deutscher Spezialisten für die russische Forschung und Technik ein. In der Woche vom 4. bis zum 10. März 1992 erschien in der russischen Tageszeitung ***lswestija*** eine entsprechende Anerkennung unter der alles bezeichnenden Überschrift »Am Anfang der sowjetischen Raketen-Triumphe standen Deutsche«. Nicht nur das: Es waren Deutsche, die in der Sowjetunion die Atomindustrie aufbauten und jene Raketen schufen, mit denen es den Sowjets gelang, einen Sputnik, den ersten Erdsatelliten, in die Erdumlaufbahn zu schießen, noch bevor deutsche Wissenschaftler in den USA gleichzogen und sie wenig später mit der Mondlandung sogar übertrumpften. Für Deutschland aber bedeutete der Aderlaß des Großteils seiner herausragenden Wissenschaftler und Forscher den Bruch in der Kontinuität der wissenschaftlichen Tradition.

Claus Nordbruch





Oben: Skizze der Insel Gorodomlja; *unten:* MAGNUS' letztes Quartier in der Sowjetunion. Beide Abbildungen aus: Kurt MAGNUS, *Raketensklaven.* Deutsche *Forscher hinter* rotem *Stacheldraht,* DVA, Stuttgart! 993.

[15] Für detaillierte Angaben siehe: Claus NORDBRUCH, *Der **deutsche Aderlaß,*** aaO, (Anm. 1) S. 350 ff.

Reparationen: Diebstahl geistigen Eigentums

Immer wieder stößt man im gängigen Schrifttum über das Dritte Reich auf die Behauptung, die deutsche Geisteselite habe nach der Regierungsübernahme der Nationalsozialisten im Januar 1933 Deutschland verlassen und sei ins Exil gegangen, Angesichts der Tatsache, daß die Alliierten bereits vor und erst recht nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 Tausende von deutschen Wissenschaftlern, Facharbeitern und Intellektuellen entführt und Zehntausende von Erfindungen, Entdeckungen, Warenzeichen, Patente, Forschungsergebnisse und anderes geistiges Eigentum gestohlen haben, scheint es fraglich, ob sich diese Behauptung nach einer sachlichen Bestandsaufnahme halten läßt.

Unmittelbar hinter den kämpfenden alliierten Truppen rückten 1945 anglo-amerikanische Verbände unter der Bezeichnung CIOS nach. Diese unter Führung des amerikanischen Offiziers Ted BEETS und dem vom britischen Versorgungsamt abgestellten R. F. SINSTEED stehenden Verbände hatten die Aufgabe, im Deutschen Reich geistiges Eigentum zu sichten und sich gegebenenfalls anzueignen. Darüber hinaus hatten die CIOS-Truppen den Auftrag, die deutsche Intelligenzschicht an einer etwaigen Flucht ins Ausland zu hindern.[1] Die CIOS-Einheiten setzten sich aus 10000 Technikern und Wissenschafdern zusammen, die in 3000 Gruppenverbänden in über 33 000 deutsche Fabriken, Universitäten, Laboratorien, Bibliotheken und Büros eindrangen und tonnenweise Dokumente, Materialproben, Warenzeichen, Patentschriften und Maschinen beschlagnahmten, deutsches Spitzenpersonal verhörten und verschleppen ließen.[2] Allein im Reichspatentamt wurden 186000 Akten gestohlen.[3]

Beschlagnahmt, gestohlen und geplündert wurde grundsätzlich in allen Gebieten, auf denen Deutsche forschten, entwickelten und arbeiteten - also im Prinzip überall. Der britische *NewsCbronicle* am 21. Februar 1946 einen ersten Überblick. Unter der Überschrift »Deutschland hat seine militärischen Reichtümer aufdecken müssen« wurden viele der erbeuteten deutschen Geistesschätze aufgelistet, wobei es auffallend ist, daß diese Reichtümer weit weniger militärischer als viel mehr medizinischer, technischer und naturwissenschaftlicher Art waren. Darunter befanden sich beispielsweise Erfindungen und Anleitungen zur Herstellung von synthetischem Treibstoff, synthetischem Gummi, synthetischen Schmierölen, zu synthetischer Faser- und Textilherstellung, Dieselmotoren, Optiken, schweren Druckpressen, Windkanalen, in denen Geschwindigkeiten von über 8000 km/h erreicht wurden, Infrarot-Zielgeräten, Kassettenrekordern, elektrischen Kondensatoren, haltbaren Fruchtsäften, Maschinen zum Einwickeln von Schokolade, Holzzukker, synthetischen Saphiren für Uhren, synthetischem Glimmer, laufmaschen-

[1] Siehe detaillierte Angaben in: Claus NORDBRUCH, ***Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigungfür Deutsche,*** Tübingen [2]2003, S. 329 ff.

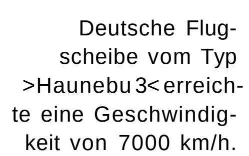
[2] Vgl. Hans DOLLINGER (Hg.), ***Deutschland unter den Besatzungsmächten 1945-1949. Seine Geschichte in Texten, Bildern und Dokumenten,*** München 1967, S. 282.

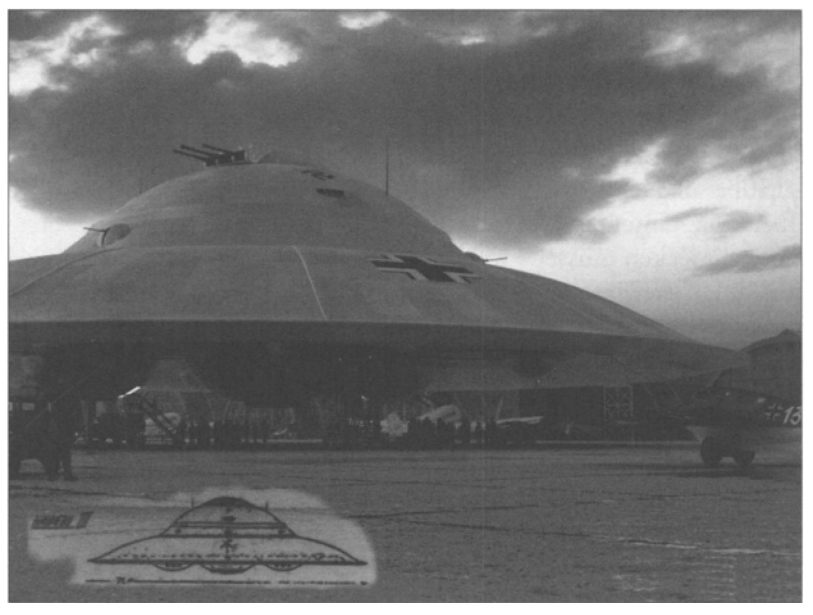
[3] Vgl. Thomas STAMM, ***Zwischen Staat und Selbstverwaltung. Die deutsche Forschung im Wiederaufbau 1945-1965,*** Köln 1981, S. 48.

freien, gehbeständigen Damenstrümpfen, Buttermaschinen, die 1500 Pfund Butter pro Stunde ausstießen, Quarzuhren, Zelluloseprodukten, einer Vielzahl pharmazeutischer Produkte, Insektiziden, Zyanamiden als Rostschutzfarbe und als Ersatz für Zinkchrom, Kunstleder, Plastik, Farbphotographie, Nähnadeln, einer unüberschaubaren Anzahl von Präzessionsgeräten, Frostschutzmitteln und tausend anderen Entdeckungen auf chemischen, physikalischen, technologischen und elektronischen Gebieten, auf denen die Deutschen allen anderen Nationen um Klassen, sprich um fünf, zehn oder noch mehr Jahre in der Entwicklung voraus waren. Es war eine geradezu unvorstellbare, faszinierende Weh, die sich den Alliierten in den Verhören und Gesprächen mit der deutschen Intelligenz eröffnete: Die Deutschen »sprachen über Reisen in den Weltraum, über interkontinentale ballistische Raketen, künstliche Satelliten und andere nicht weniger phantastische Pläne, wie zum Beispiel der Einrichtung einer >Rauminsel< auf der ein riesiger Auffangspiegel angebracht würde, der die Sonnenstrahlen sammeln und auf die Erde gebündelt weiterleiten sollte«.[4]

[4] Michel BAR-ZOHAR, ***Die Jagd auf die deutschen Wissenschaftler (1944-1960),*** Berlin 1966, S. 165.

Erst recht auf dem Gebiet der Waffen- und Raketentechnik war das Deutsche Reich seinen alliierten Gegnern unvorstellbar weit voraus. Fernlenkung für Raketen und Torpedos, Infrarot, Ultraschall, alle Methoden des Düsenantriebs, Hubschrauber und Raketen waren bekannt. Die Deutschen hatten Flugzeuge, Marschflugkörper und sogenannte Flugscheiben entwickelt, die Geschwindigkeiten erreichten, die man im allgemeinen nicht für möglich hielt; Spitzenwerte bis zu unglaublichen 8000 km/h waren erreicht worden. Selbst auf den ausgefallensten Gebieten, die heute nicht nur Homöopathen





Deutsche Flugscheibe vom Typ >Haunebu 3< erreichte eine Geschwindigkeit von 7000 km/h.

und Esoteriker begeistern, war das nationalsozialistische Deutschland in der Forschung allen anderen Staaten weit überlegen. Diesbezüglich sind beispielsweise Untersuchungen zu nennen, die am Kaiser Wilhelm-Institut für Biophysik in Frankfurt/Main durchgeführt wurden: »Diese betrafen die Beziehungen von elektronisch geladener Luft auf die Gesundheit. Positiv geladene Luft wurde als gefährlich für das menschliche Wohlbefinden festgestellt, weil es Unbehagen und Depressionen, beispielsweise bei fallendem Luftdruck, verursacht. Bei manchen Personen, so wurde befunden, brachte positiv geladene Luft Asthma, Neufieber und nervöse Erscheinungen. Der Blutdruck stieg dabei bis an den Gefahrenpunkt. Sie verursacht die Symptome, wie sie bei Bergkrankheiten bekannt sind: erschwerte und schnelle Atmung, Schwindel, Ermüdung, Schlaflosigkeit und dergleichen. Negativ geladene Luft bewirkte das Gegenteil. Sie wirkte erheiternd, ein Gefühl von Geistesfreiheit und Wohlbefinden. Gemütsdepressionen wurden dadurch beseitigt. In pathologischen Fällen beruhigt sie die Atmung, reduziert hohen Blutdruck, brachte ein Auslöschen von Allergien und Asthma. Die Wichtigkeit negativ geladener Luft ist da, wo menschliche Wesen leben und arbeiten oder von Krankheit Erholung suchen. Die Schaffung dieser Luftbedingungen wird eines Tages zur Hauptaufgabe werden.«[5] Den Deutschen war also nichts anderes gelungen, als die Atemluft mit künstlichen Zusätzen zu versehen, so daß beim Menschen je nach Bedarf Gelassenheit oder Furcht, Verdruß oder Optimismus, Freude oder Niedergeschlagenheit hervorgerufen werden konnten.[6]

Im April 1945 stießen Soldaten der 1. US-Infanteriedivision in Völkenrode bei Braunschweig auf das Luftfahrtforschungsinstitut Hermann GÖRJNG, dem modernsten Institut seiner Art auf der Welt. Die Amerikaner waren perplex: »Die bloße Fülle und hervorragende Qualität der Instrumente, Werkzeuge und Testvorrichtungen war überwältigend. In der aerodynamischen Abteilung gab es Windkanäle für niedrige Geschwindigkeiten, für den Unterschall-, den Uberschall- und den transsonischen Bereich. Die Triebwerksabteilung war mit einer Kamera ausgestattet, die eintausend Bilder pro Sekunde aufnehmen konnte, um zu untersuchen, wie sich eine Flamme aufbaut; in einer Unterdruckkammer konnte man die in einer Höhe von fünfzehn Kilometern herrschenden Bedingungen simulieren. Die Waffenabteilung besaß zwei vierhundert Meter lange Schießtunnels, in denen die Auswirkungen von Seitenwindgeschwindigkeiten bis zu achthundert Stundenkilometer auf fliegende Raketen untersucht wurden.«' Diese und unzählige andere überwältigende Beweise der Überlegenheit der deutschen Forschung galt es, für die Alliierten zu vereinnahmen und damit unschätzbare Forschungsgelder und unermeßlich viel wertvolle Zeit einzusparen. Was die Amerikaner übrig ließen, wurde 1946 von den Engländern geplündert, abgebaut und nach Britannien verfrachtet. Auf diese Weise entstanden auf der Insel die vier hoch-

[5] C. Lester WALKER, übersetzte Wiedergabe von Hans Werner WOLTERSDORF, ***Die größte Geistesbeute der Weltgeschichte,*** maschinenschriftliches Manuskript, o.O. u. o. J„ S. 6.

[6] Vgl. Michel BAR-ZOHAR, aaO. (Anm. 4), S. 152.

[1] Tom BOWER, ***Verschwörung Paperclip. NS- Wissenschaftler im Dienst der Siegermächte,*** München 1988, S. 111 f.

modernen Luftfahrtforschungszentren Farnborough, Bedford, Pyestock und Fort Halstead.

Ein unverdächtiger Zeitzeuge, der amerikanische Journalist C. Lester WALKER, verfaßte ein halbes Jahr nach diesen in Britannien veröffentlichten Sensationsmeldungen in der amerikanischen Monatszeitschrift *Harper's Magerte* einen ausführlichen Beitrag unter dem Titel »Secrets by the Thousands«, in dem er weitere Einzelheiten bekanntgab. In diesem Artikel beschreibt er die umfangreiche Arbeit und Aufgabe eines amerikanischen Spezialkommandos auf der Suche nach deutschen Patenten- und Fabrikationsgeheimnissen, Diese Kommandos wurden fündig und eigneten sich nicht weniger als 150 000 Tonnen geheimes Aktenmaterial an, das zur Auswertung in die USA verbracht wurde. Es mußte eigens ein neues Wörterbuch zur Klärung von 40 000 Fachausdrücken angelegt werden. Der größte Teil der Akten hatte mit Rüstung und Kriegswesen nichts zu tun. (Alle im folgenden kursiv wiedergegebenen Zitate entstammen WALKERS Artikel.)

Die Herstellung von Nylon-Strümpfen geht auf die Synthese einer Polyamid-Faser bei der US-Firma DuPont im Jahre 1932 zurück. Verfahren und Maschinen zur schnelleren und damit preisgünstigeren Fertigung erfanden allerdings die Deutschen.



Die Deutschen, gemeinhin als *the Naqts* bezeichnet, entdeckten einfärbbare Kunstfasern mit Wolleigenschaften, künstlichen Glimmer, hochleistungsfähige Buttermaschinen und Brotbäckereien, künstliches Blutplasma und Plattenspieler, die zehn Platten automatisch wechseln konnten. Die mit großer Bewunderung entdeckten Infrarot-Nachtsichtgeräte haben sie sofort gegen die Japaner eingesetzt ebenso wie das Verfahren, durch Unterkühlung Todgeweihte wieder zum Leben zu erwecken. Sie entdeckten plastikähnliche Rollen (*Magnetopbone tape)*, die auf einer Seite mit Eisenoxyd metallisiert worden waren, auf denen man das Radioprogramm eines ganzen Tages speichern konnte - ohne Nadel und ohne störende Nebengeräusche. Bei den IG Farben fanden sie 50 000 Rezepte für Farben, die sie selbst bis dahin nicht herstellen konnten. Eine andere Neuheit war Hefe, die man in unbegrenzten Mengen herstellen konnte, die höhere Temperaturen aushielt und mehr Protein und Kalorien enthielt als Rindfleisch. Es gab revolutionierende Maschinen zur Herstellung von Nadeln oder zur Herstellung von laufmaschenfreien Damenstrümpfen. In der ganzen Weh gab es keine vergleichbare Methode wie die deutsche zur Massenherstellung von Käse. Man entdeckte die kleinsten und unzerstörbaren *(virtually indestructible)* Kondensatoren ebenso wie die Pasteurisierung von

Milch durch ultraviolette Bestrahlungen, was man in den USA bisher vergeblich versucht hatte.

Nicht unerwähnt bleiben darf die sensationelle deutsche Erfindung der Infrarot-Einrichtung, mit deren Hilfe es möglich geworden war, nachts zu sehen. Deutsche Wagen konnten mit jeder Schnelligkeit in totaler Finsternis fahren und dabei Gegenstände zweihundert Meter weit voraus klar wie am Tage sehen. Panzer mit dieser Einrichtung konnten zwei Meilen entfernte Tafeln erkennen. Ein deutscher Schütze konnte mit Hilfe eines Infrarot-Zielfernrohrs einen Feind in totaler Finsternis abschießen.[8] Die Amerikaner wendeten dieses erbeutete Geheimnis zum ersten Mal in der Schlacht um Okinawa (April-Juni 1945) mit durchschlagendem Erfolg an.

Auch im Bereich der Medizin hatten die Deutschen revolutionäre Wege beschritten. Beispielsweise hatten deutsche Mediziner einen Weg entdeckt, synthetisches Blutplasma herzustellen. Dieses >Capain< glich im Ergebnis natürlichem Plasma. Eine weitere Entdeckung war >Periston<, ein Ersatz für Blutflüssigkeit. Ein anderes Oxydationsprodukt von Adrenalin *{adrenichrome)* wurde in Mengen erfolgreich von den Deutschen (the Nazis*)* zur Bekämpfung des hohen Blutdrucks hergestellt. »Daran sterben in den USA jährlich 700 000 Personen. Heute haben wir das Geheimnis der Herstellung und damit die Möglichkeit, die Bevölkerung damit zu versorgen«, wie WALKER stolz verkündete.

Es war zunächst nur ein Gerücht, daß die »Naziwissenschaftler« *(Nazis **saentists)*** Versuchspersonen zu Tode gefroren hätten, um sie dann durch neuartige Methoden wieder zum Leben zu erwecken. Schließlich fanden die amerikanischen Gehirnjäger (Michel BAR-ZOHAR) vier »Naziärzte« in einem Laboratorium des Instituts für Luftfahrtmedizin auf Gut Hirschau in Bayern. Ein amerikanischer Medizin-Corps-Major, Leo ALEXANDER, verhörte im Juni 1945 die Ärzte, um herauszufinden, ob Menschen für diese Versuche geopfert wurden. Die Sachlage blieb ungeklärt, zumal Laboratoriumsausrüstungen für Kleinlebewesen zwar sorgfältig aufbewahrt, alle Ausrüstungen für Großlebewesen jedoch zerstört waren. Notizen oder Aufzeichnungen über Menschenversuche waren nicht zu finden. Da brachte das alliierte Radio eine schreckliche Meldung über das Konzentrationslager Dachau, wo Untersuchungen an Gefangenen durchgeführt worden seien, die der Kälte ausgesetzt worden wären. Der Rundfunk nannte als verantwortlichen Leiter den SS-Arzt Dr. Sigmund RASCHER. ALEXANDER reiste zur 7. amerikanischen Armee, die für die dortige Gegend zuständig war und im Ruf stand, allerlei geheime Dokumente aus den Beständen der Schutzstaffel erbeutet zu haben. Tatsächlich stieß ALEXANDER auf einen vollständigen Schlußbericht an Reichsführer-SS Heinrich HIMMLER persönlich. In diesem war von sieben Personen die Rede, die nackt in Eiswasser getaucht wurden, bis sie ihr Bewußtsein verloren. In dieser Zeit wurden fortlaufende Messungen gemacht: Reaktionen der Haut, innere Magentemperatur, Puls, Blutzucker, Blutkörperchen,

[8] »Germa could drive at any speed in a total blackout, seeing objects clear as day two hundred meters ahead. Tanks with this device could spot targets two miles away. As a sniper scope it enabled German riflemen to pick off a man in total blackness,«

Urin, Rückenmarksflüssigkeit usw. Innerhalb von 53 bis 106 Minuten waren diese Versuchspersonen gestorben. Die Alliierten betrachteten diesen Bericht als Eingeständnis für sieben Morde. Diese Behauptung ist jedoch irreführend, da es den deutschen Wissenschaftlern gelungen war, die klinisch Toten (völliger Stillstand des Herzens und Aufhören der Atmung) durch sofortiges Untertauchen in heißes Wasser (122 Grad Fahrenheit) wiederzubeleben. ***(In everyoneof the dread experiments the subjects were most succestfully revived, both tentporariiy and permanentiy, by immediate Immersion in bot water.)***

Auch diese für die Armee so wichtige Erforschung wurde sogleich an die noch gegen Japan kämpfende Truppe weitergegeben, um abgeschossene Flieger nach tödlicher Unterkühlung noch zu retten. Gerade diese Unterkühlungsversuche ersparten der amerikanischen Medizinforschung, wie ein Militärchirurg der US-Armee bemerkte, viele Jahre der Untersuchungen. Die deutsche Technik für Behandlungen nach längeren und gewöhnlich tödlichen Aussetzungen in der Kälte ***(the German techniquefor treatment after prolonged and usually fatal exposure to coid)*** sei revolutionierend ***(revolutionary)*** gewesen. Heute sei diese Methode als Behandlung für unterkühlte Opfer durch alle amerikanischen Luft- und Seerettungsdienste übernommen und sei allgemein in der heutigen Wissenschaft anerkannt.[9]

[9] C. Lester WALKER, »Secrets by the thousands«, in: ***Harper's Magazine,*** Oktober, 1946, S. 329 ff., zitiert nach http://www.historiography-project.com/documents/19461000german secrets.html

Diesen Erläuterungen hinzuzufügen ist lediglich, daß es kein Geheimnis war, daß im Dritten Reich Menschenversuche durchgeführt wurden. Hierbei ist allerdings hervorzuheben, daß für diese Versuche Freiwillige ausgesucht wurden. Sofern es sich hier um Konzentrationslagerhäftlinge handelte, wurden diese vor den Untersuchungen und Versuchen über etwaige Risiken informiert. Ihnen wurden Hafterleichterungen, Haftverkürzungen oder auch sofortige Haftentlassung in Aussicht gestellt. Die Unterkühlungsexperimente wurden zuvor an Kleintieren erprobt, bevor sie an Menschen angewandt wurden. Ob dabei tatsächlich Todesfälle vorgekommen sind, ist bis heute wissenschaftlich nicht einwandfrei erwiesen.

Auch in der Textilienforschung hatte die Suche nach deutschen Wissenschaftsgeheimnissen nie zuvor Bekanntes offenbart. Hierunter zählte beispielsweise das Verfahren der deutschen Rayon-Strickmaschinengesellschaft, die bei großer Platzersparnis die Produktion um 150% erhöhte. Ihre Links-Links-Webprodukte sind laufmaschenfreie, gehbeständige Damenstrümpfe. Eine neue deutsche Maschineneinrichtung zur Herstellung von Nadeln werde, so WALKER, in den Vereinigten Staaten und im Vereinigten Königreich das Geschäft revolutionieren. Da war ferner eine neue deutsche Methode, die Wolle vom Schaf abzunehmen, ohne die Haut oder Fasern zu beschädigen, und unter Anwendung des Enzyms *aspergil paracitisus zu behandeln wobei nicht* nur bessere Wolle, sondern auch ein um 10% höherer Ertrag entstand.

In Sachen Nahrungsmittel, Medizin und Kriegstechnik waren die entdeckten Geheimnisse nicht weniger eindrucksvoll. Ein Ernährungsgeheimnis be-

stand darin, Fruchtsäfte ohne Hitze zu sterilisieren. Milchpasteurisierung durch ultraviolette Strahlungen schlug in anderen Ländern immer fehl, doch die Deutschen fanden heraus, wie es durch Verwendung von Sichtröhren in großen Längen zu machen war und gleichzeitig die Milch mit Vitamin D angereichert wurde. In einer Fabrik in Kiel fanden britische Forscher des »Joint Intelligence Objectives Committee<, daß Käse - namentlich Holländer und Tilsiter - in guter Qualität nach einer neuen Methode mit ungeheurer Schnelligkeit gemacht wurde. Die Käseindustrie der ganzen Welt war nicht zu gleichem fähig. In einer Molkerei bei Hamburg wurde Butter auf eine von den Amerikanern schon lange gewünschte Art und Weise hergestellt: mittels einer ununterbrochen arbeitenden Buttermaschine (eine Erfindung eines Molkereimaschinenfabrikanten aus Stuttgart). Sie nahm weniger Raum in Anspruch als amerikanische Buttermaschinen und stieß 1500 Pfund Butter in der Stunde aus. Die Maschine wurde sofort *(was promptly shipped)* in die Vereinigten Staaten von Amerika transportiert. Eine andere Neuheit war, Hefe m unbegrenzten Mengen herzustellen, die zudem bei wesentlich höheren Temperaturen verwendet werden konnte und doppelt soviel Protein und einen vielfach höheren Kalorienwert als Rindfleisch besaß. Des weiteren hatten die Deutschen auch eine Methode entwickelt, um Nahrungsmittel durch Gefriertechniken zu konservieren oder Brot durch einen besonderen Überzug acht Monate genießbar zu halten.



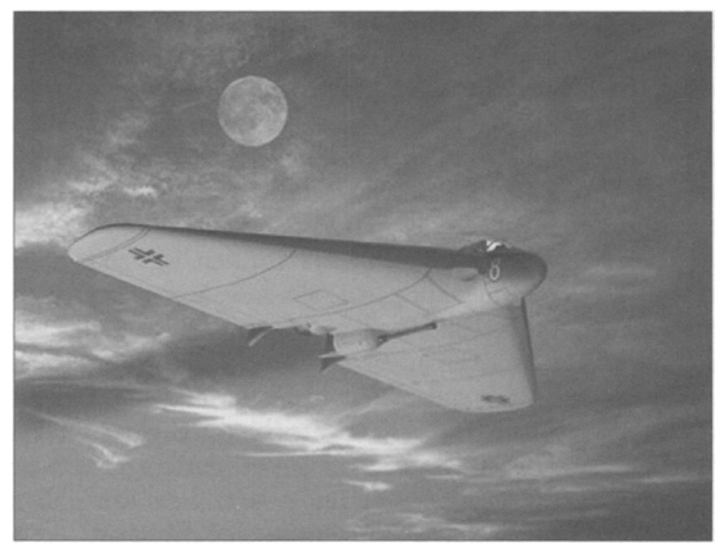
Die A-4 (als V2, .Vergeltungswaffe! bekannt) ging erst am Kriegsende in größere Produktion.

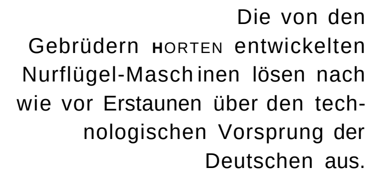
Von höchster Bedeutung für die Zukunft waren »die Nazi-Geheimnisse« in der Luftfahrt und bei den verschiedenen Typen von ferngelenkten Geschossen. Die V2-Rakete, die London bombardierte, so kommentierte eine Armee-Luftwaffen-Veröffentlichung, war geradezu nur ein Spielzeug im Verhältnis zu dem, was die Deutschen vorhatten. Als der Krieg beendet war, wußten die Amerikaner, daß die Deutschen *(the Nazis* 138 Typen von gelenkten Geschossen in den verschiedenen Stufen der Produktion hatten, jede bekannte Art der Fernlenkung und -zündung benutzend: Radiowellen, Radarsysteme, kontinuierliche Wellen, Infrarot, Ultraschall, Lichtbäume und Magnetismus, um einige zu nennen. Für den Antrieb wurden alle Methoden des Düsenantriebs verwendet, sowohl für geringere Geschwindigkeiten als auch für Superschnelligkeit. Düsenantrieb wurde sogar für Hubschrauber verwendet. Der Treibstoff wurde in die Verbrennungskammern der Rotorblätterspitzen geleitet und dort gezündet, so daß die Rotorblätter wirbelten wie die Messer eines Rasenmähers. Die deutsche A4-Rakete, die gerade in großem Maßstab in die Produktion ging, als der Krieg endete, war sechsundvierzig Fuß lang, wog über 24 000 Pfund und flog 230 Meilen weit. Sie erhob sich 100 Meilen über die Erde und hatte eine Höchstgeschwindigkeit von 3735 Meilen in der Stunde, dreimal so schnell, wie sich die Erde um ihre Achse am Äquator dreht. Das Geheimnis der Superschnelligkeit lag in dem Raketenmotor, der flüssigen Sauerstoff und Alkohol für die Verbrennung verbrauchte.

Die Rakete wurde entweder fernkontrolliert oder durch gyroskopische Mittel selbstführend zu ihrem Ziel geleitet *(radio controlled or self-guided to its target by gyroscopic meatis).* Da ihre Schnelligkeit übergroß war, mehrmals schneller als der Schall, konnte die Rakete vor ihrem Einschlag gar nicht gehört werden.

Eine andere deutsche Rakete, die noch im Entstehen war, lief unter der Bezeichnung >A9<. Diese war noch größer, 29000 Pfund schwer, und hatte Tragflächen, die ihr eine Reichweite von 3000 Meilen gaben. Sie wurde in der berühmten Peenemünder Armee-Versuchsstation hergestellt und erreichte die unglaubliche Geschwindigkeit von 5670 Meilen (ca. 8000 km) in der Stunde.

Ein Langstrecken-Raketenbomber, der, wie es die Dokumente aussagen, noch nicht hergestellt werden konnte, weil der Krieg letztlich zu schnell zu Ende gegangen war, würde befähigt gewesen sein, von Deutschland nach New York in 40 Minuten zu fliegen. Von einem Piloten in einer Überdruckkabine geführt, erreichte er eine Höhe von 154 Meilen. Gestartet wurde von einem Katapult mit 500 Meilen per Stunde, so daß er in nur vier Minuten seine Flughöhe erreicht hätte. Dort würde er, nachdem der Treibstoff verbraucht war, durch die äußere Atmosphäre gleiten und auf sein Ziel niederstoßen. Mit hundert Bombern dieser Art, so hätten die Deutschen gerechnet, wäre es möglich gewesen, jede Stadt auf der Erde in einer Militäroperation von wenigen Tagen zu zerstören.





Die von den Gebrüdern HORTEN entwickelten Nurflügel-Maschinen lösen nach wie vor Erstaunen über den technologischen Vorsprung der Deutschen aus.

Die Deutschen hatten sogar Erfindungen bereits abgeschlossen, die sich um die Piloten bemühten, die bei Supergeschwindigkeiten das Flugzeug während des Fluges verlassen mußten. Normalerweise würde einem Piloten, der sich bei solchen Geschwindigkeiten dem Luftsog aussetzte, der Kopf abgerissen werden. Sein Fallschirm würde beim Offnen in Stücke zerreißen. Um diese unglücklichen Zwischenfälle zu verhindern, wurde ein Ausstoßsitz er-





Auf demTruppen-Übungsplatz Heuberg südlich von Stuttgart begann möglicherweise die >Mondfahrt< am 1. März 1945. Für 55 Sekunden lenkte der Pilot SIEBER die erste bemannte Rakete der Welt, eine Ba 349 »Natter«, bevor das Gefährt in tausend Splitter zerriß. *Links:* >Natten-Rakete; rechts; Pilot SIEBER beim Einstieg in die Rakete. Siehe: *Der Spiegel,* Nr. 52, **2002.**





Links: Die Messerschmitt Me 163, das erste raketengetriebene Flugzeug der Welt, war ein Abfangjäger mit phänomenalen Steigleistungen und kam im Herbst 1944 zum Einsatz. Weiterentwicklungen wie die Me 163 C/D oder die Me 263 kamen über das Planungsstadium nicht mehr hinaus, Rechts: Das Modell M 262 ES-2, das als Nachtjäger vorgesehen war, stand im Mai 1945 unmittelbar vor der Fertigstellung - eine schöne Beute für die Amerikaner.

funden, der den Piloten augenblicklich herausschleuderte. Sein Schirm war bereits durchlöchert, das heißt, er war hergestellt aus Bändern, gitterähnlich, die seinen Fall nur hemmten, bis der nachlassende Gewichtsdruck automatisch den normalen Fallschirm freigab.

Eine ***Nazi*** *Variation* der Fernlenkgeschosse war ein Unterwassertorpedo, der unbeirrbar auf sein Ziel zusteuerte, angezogen von dem Schraubengeräusch des angegriffenen Schiffes. Das funktionierte bis zu einer Entfernung von 10 Meilen. Der Torpedo lief 30 Fuß unter Wasser mit 40 Meilen in der Stunde und hinterließ kein Kielwasser. Sobald er unter dem Ziel war, erfolgte die Explosion.

Angesichts der damals im Deutschen Reich wirklich vorhandenen Erfindungen und der Herstellung derartiger futuristischer Waffen waren die vom Reichspropagandaministerium ausgegebenen Durchhalteparolen kein unsinniges Geschwätz. Tatsächlich hätte der Krieg, hätte er noch einige Monate länger gedauert oder wenn die Invasion ein halbes Jahr verschoben worden wäre, von Berlin gewonnen werden können. Etliche dieser noch in der Erprobung oder in den Anfangsstadien der Fertigung gewesenen Produkte hätten bis dahin zum Einsatz gelangen können. Allein die Wirkung der Fernlenkwaffen mit ihrer großen Zielgenauigkeit hätte einiges Entsetzen ausgelöst. Nicht nur diese ferngesteuerten Geschosse, sondern auch die Düsenjäger würden die alliierten Bomberverbände abgeschreckt haben, da die ferngesteuerten Torpedos feindliche Truppentransporte und Kriegsflotten aus der Ferne vernichtet hätten.

Dem amerikanischen Geistlichen Ludwig A. FEUTSCH zufolge stahlen allein die Amerikaner den Deutschen, diesen »Giganten der Wissenschaft, die den Tuberkel-, Typhus-, Cholera-, Diphterie-Bazillus entdeckten und auch die Gegenmittel, die Menschheit von diesen Plagen zu befreien, die das Atom sprengten und die Röntgenstrahlen fanden, die aus Kohle Fett herstellten und die feinsten Instrumente der Erde konstruierten«,[10] hunderttonnenweise Patentschriften. Der finanzielle Nutzen, den die Alliierten aus diesem geistigen Diebstahl gezogen haben (und ziehen), ist nicht abschätzbar; er ging in die Milliarden, die heute Billionen Dollar wert sind, oder, wie es die *Westfälischen Nachrichten* im Januar 1947 nüchtern ausdrückten: »Mit der Herausgabe dieser seiner Patente und Erfindungen hat das deutsche Volk in Wirklichkeit bereits eine Reparationsleistung vollbracht, wie sie in solcher Höhe noch kein Volk der Welt jemals aufgebracht hat. Diese Tatsache wird im Ausland meist mehr oder weniger geflissentlich übersehen.« Und im Nachkriegsdeutschland ebenso, wäre hinzuzufügen.

Der Gesamtumfang und der Wert gestohlener Patente durch die Alliierten kann nur geschätzt werden. Der US-amerikanische Professor für Geschichte (Kalifornien und Düsseldorf) John GIMBEL zeigt Beispiele auf, in denen die Geistesarbeit eines einzelnen deutschen Wissenschaftlers oder

[10] Ludwig A. FRITSCH, ***Amerikas Verantwortung für das Verbrechen am deutschen Volk,*** Grabert, Tübingen '1969, S. 63.

Technikers amerikanischen Firmen Profite von vielen Zigmillionen Dollar eingebracht hatte.[11] Den Enthüllungen des Historikers zufolge stahlen die Alliierten Deutschland geistiges Gut und Patente im Werte von 4,8 Milliarden bis 12 Milliarden US-Dollar. Der Gesamtwert der gestohlenen Zeichnungen, Patente und Warenzeichen schwankte, dem Protokoll über die Tagung mit Firmenvertretern und Sachverständigen am 16. Juni 1948 in Königsstein zufolge, zwischen 12 und 30 Milliarden Mark[12] - letztere Zahl dürfte wohl am ehesten zutreffen: An deutschen Patenten wurden von den Siegern insgesamt 346 000 Patente als Kriegsbeute beschlagnahmt, davon waren 200 000 deutsche Auslandspatente. Hinzuzuzählen sind 20 870 deutsche Warenzeichen sowie 50000 neue Farbformeln, die in den Forschungsstätten der IG Farben erarbeitet worden waren. Alle Beschlagnahmungen bedeuteten für Deutschland, Herbert GRABERT zufolge, einen Gesamtschaden von etwa 30 Milliarden DM (Stand 1952).[13]

Für die notwendige Berechnung des Gesamtumfangs der Werte allein an gestohlenen Patenten liegen bezeichnenderweise keine endgültig nachprüfbaren Zahlen vor - auch nicht bei Stellen, von denen man es erwarten können sollte. So muß der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) einräumen, daß leider »keine Erkenntnisse« vorliegen,[14] dem Deutschen Patent- und Markenamt (DPMA) ist es »nicht möglich, den Wert der Reparationen, die durch die zeitweise Beschlagnahme von Schutzrechten geleistet wurden, zu quantifizieren«,[15] und dem Österreichischen Patentamt sind »Untersuchungen betreffend gestohlener Patente« gleich gar nicht bekannt.[16]

Nach welchen Richtlinien können die dem Deutschen Reich und der deutschen Nation entstandenen Schäden und Verluste berechnet werden? Dem Wert des gestohlenen Patents oder Produkts sind Zeitraum und Kosten hinzuzurechnen, die zur Entwicklung nötig gewesen waren. Außerdem muß der Ausfall für die deutsche Wirtschaft berechnet werden, Falls eine derartige Berechnung überhaupt angestellt werden könnte - Ende der vierziger, Anfang der fünfziger Jahre mißlang ein derartiger Versuch der (westdeutschen) Industrie- und Handelskammer aufgrund ungleichwertiger Rückläufe der Firmen, die steuerliche Konsequenzen bei Angabe ihrer tatsächlich erlittenen Verluste[17]befürchteten -, würde selbst diese annähernde Berechnung lediglich ein Schätzwert von astronomischer Größe sein. Für C, Lester WALKER stellte sich das unvorstellbare Ausmaß wie folgt dar: 1945 spielte sich der gewaltigste Diebstahl von geistigem Eigentum ab. Die entdeckten und gestohlenen wissenschaftlichen, industriellen und militärischen Geheimnisse des nationalsozialistischen Deutschlands waren, wie WALKER mit Berufung auf Washington zitiert, »die größte einzelne Quelle dieser Art von Material in der Welt, die erste ordentliche Ausbeutung der Geisteskräfte eines ganzen Volkes«. Es handelte sich in der Tat um den größten Geistesraub in der Weltgeschichte,

Claus Nordbruch

[11] Vgl, ebenda, S. 100 f.

[12] Vgl. Nicholas BALABKINS, ***Germany under direct controls. Economic aspects of industrial disarmament 1945-1948,*** New Brunswick 1964, S. 142.

[13] Vgl. Herbert GRABERT, ***Hochschullehrer klagen an. Von der Demontage deutscher Wissenschaft,*** Göttingen ' 21952, S. 25.

[14] Schreiben des Deutschen Industrie- und Handelstages vom 20. 7. 2000 an den Verfasser.

[15] Schreiben des Deutschen Patent- und Markenamtes vom 31. 8. 2000 an den Verfasser,

[14] Schreiben des Österreichischen Patentamtes vom 3. 8. 2000 an den Verfasser.

[17] Vgl. John GIMBEL, ***Science, Technology, and Reparations. Exploitation and Plunder in Postwar Germany,*** Stanford 1990," S. 158.

Reparationen: Finanzielle Leistungen und materielle Verluste

Zum Thema Schwächung der deutschen Wirtschaft schrieb der ***Washington Times Herald*** Anfang 1949: »Zu einem Zeitpunkt, da Millionen Deutsche, in bombenzerstörten Wohnstatten zusammengepfercht, zwecks Verhinderung von Krankheiten dringend Seife benötigten, demontierten die Briten eine der größten deutschen Seifenfabriken mit der Begründung, Seifenherstellung produziere Glyzerin, aus dem Munition hergestellt werden kann. Der wahre Zweck war, die Deutschen als Konkurrenten britischer Seifefabrikanten auszuschalten.«

Den endgültigen Gesamtwert der vom deutschen Volk an die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges und ihre Assoziierten geleisteten Reparationen genau anzugeben ist nicht möglich; es dürfte mit heutigem Stand ein Wert sein, der sich zwischen 9 und 10 Billionen Euro bewegt. Es sind in der Vergangenheit allerdings einige Berechnungen angestellt worden, die das Ausmaß dieser gewaltigen, in der Weltgeschichte einmaligen Leistungen zu ermessen versuchen. Diesbezüglich sind vor allem die Arbeiten des Staats- und Völkerrechtlers Helmut RUMPF und des Volkswirts Karl BASSLER hervorzuheben.

Helmut RUMPF hat dankenswerterweise darauf aufmerksam gemacht, daß Reparationen nach einem Krieg, für die es keine weiteren allgemeinen Grundsätze außer dem Existenzrecht des Schuldnerstaates gibt, ein Phänomen für sich bilden: »Meist stehen sich »Gläubigen und »Schuldner« als Sieger und Besiegte gegenüber, verbindet sich das Verlangen nach Schadensersatz mit weitergehenden machtpolitischen Zielen. Man kann daher von politischen Reparationen sprechen. Es ist fraglich, ob es überhaupt ein Völkerrechtsbegriff ist, wenn auch das Rechtliche niemals ganz abwesend ist. Der Unterlegene wird den Rechtscharakter solcher Maßnahmen und Regelungen unter Umständen gänzlich bestreiten und, wie die nationale Opposition nach dem Ersten Weltkrieg, von Tributen sprechen. Reparationen dienen »meist nicht allein der Wiedergutmachung, sondern auch der Schwächung der Wirtschaftskraft und damit zugleich des militärischen Potentials des besiegten Staates«, heißt es im Stichwort »Reparationen« in ***Meyers Enzyklopädischem Lexikon*** (Band 20,1977, S. 18,19)«.[1]

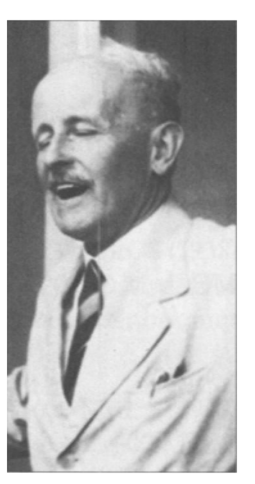
Der übliche völkerrechtliche Rahmen für Reparationen ist ein Friedensvertrag. So wurden Deutschlands Reparationsverpflichtungen nach dem Ersten Weltkrieg vor allem im Friedensdiktat von Versailles (Teil VIII) festgelegt. Obwohl nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Deutschen Reich - bis heute! - kein Friedensvertrag geschlossen worden ist, hat das deutsche Volk der BRD, der DDR und in Österreich gewaltige Reparationen erbracht - die gewaltigsten, die je in der Weltgeschichte von einem Volk erbracht worden sind. »Gerechtfertigt« werden diese finanziellen Leistungen mit Verträgen, die zwischen den Alliierten und ihren jeweiligen deutschen Satelliten geschlossen wurden. Im Uberleitungsvertrag von 1952/54 beispielsweise bestimmte Teil VI, Art. 1: »Die Frage der Reparationen wird durch den Friedensvertrag zwischen Deutschland und seinen ehemaligen Gegnern oder vorher durch diese Frage betreffende Abkommen geregelt werden.« Im Teil VI werden unter der Überschrift »Reparationen« der Rechtsweg und diplomatische Ein-

[1] Helmut RUMPF, »Die deutschen Reparationen nach dem Zweiten Weltkrieg«, in: Bernard WILLMS (Hrsg.), ***Handbuch Deutschen Nation, Bd. I, Geistiger Bestand und politische Lage,*** Tübingen 1986, S. 335 f.

Wendungen gegen Konfiskationen deutschen Eigentums ausgeschlossen. Art. 3 Abs. 1 lautet: »Die Bundesrepublik wird in Zukunft keine Einwendungen gegen die Maßnahmen erheben, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollten, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder auf Grund des Kriegszustandes oder auf Grund von Abkommen, die die drei Mächte mit anderen alliierten Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden.« Die Verantwortung für die Entschädigung der früheren Eigentümer wurde der Bundesrepublik aufgebürdet. An. 5: »Die Bundesrepublik wird Vorsorge treffen (»shall ensure«, »veillera à ce que«), daß die früheren Eigentümer der Werte, die auf Grund der in Artikel 2 und 3 dieses Teiles bezeichneten Maßnahmen beschlagnahmt worden sind, entschädigt werden.«

Nicht nur die Alliierten erhielten Reparationen, selbst Staaten und Organisationen, die kaum mit dem westlichen Demokratieverständnis in Einklang zu bringen sind, wie die Roten Brigaden Spaniens, die Resistance Frankreichs und vor allem die Ostblockstaaten kamen in den Genuß massiver Geldausschüttungen seitens der BRD. Als erster Staat erhielt Israel von der BRD eine kollektive »Wiedergutmachung«, obwohl dieser Staat 1945 noch gar nicht existiert hatte. Auf Grund des Haager Abkommens vom 10. September 1952 wurden Israel drei Milliarden DM in Form von Sachleistungen zugesagt. Die »Conference on Jewish Material Claims against Germany< erhielt gleichzeitig zusätzlich 450 Millionen DM. Die Leistungen wurden als Entschädigung für die Kosten der Aufnahme und Eingliederung verfolgter Juden bezeichnet.

Nur wenige prominente Politiker nahmen öffentlich Stellung gegen die plünderische Reparationspolitik der Alliierten. Zu ihnen gehörten der ehemalige US-Präsident Herbert HOOVER und vor allem Lord HANKEY (unten), der frühere britische Verteidigungsminister.



Nach Israel wurde Jugoslawien als nächster Staat durch das Abkommen vom 16. Oktober 1956 kollektiv entschädigt: Das Tito-Regime erhielt 300 Millionen DM, davon 240 Millionen DM als Wirtschaftshilfe-Kredit für 99 Jahre und 60 Millionen zur Abgeltung verschiedener individueller Kriegsschadensansprüche. Allein zwischen 1959 und 1964 schloß die Bonner Bundesregierung mit 11 westlichen Staaten und Österreich sogenannte Wiedergutmachungspauschalabkommen, deren Gesamtkosten sich auf fast 1 Milliarde DM beliefen.[2]

Keine Wiedergutmachung von typischem nationalsozialistischen Unrecht, sondern eine typische Reparationsregelung betrafen die Forderungen, welche von den Interessenverbänden der sogenannten Zwangsrekrutierten in Frankreich, Belgien und Luxemburg erhoben wurden, deren Mitglieder während des Zweiten Weltkrieges als Staatsangehörige besetzter Länder angeblich oder tatsächlich zwangsweise zur deutschen Wehrmacht eingezogen worden waren. Da es sich um eine Verletzung des Kriegsvölkerrechts handelte, lagen Reparationsforderungen vor. Die Betroffenen, auch Hinterbliebene von Gefallenen, wurden aber von ihren Verbänden als Opfer einer NS-Verfolgung hingestellt.

[2] Weitere Abkommen siehe bei Helmut RUMPF, ebenda, S. 347.

In einem Protokoll-Abkommen mit der DDR vom 22. August 1953 (in Kraft 1. Januar 1954), einer Parallel-Maßnahme zum Londoner Schuldenabkommen, hatte die Sowjetunion mit Wirkung auch für Polen auf weitere Reparationen verzichtet. Die Sowjetregierung erklärte, »daß Deutschland von der Zahlung staatlicher Nachkriegsschulden an die Sowjet-Union frei ist«. In den Beratungen über die sogenannten Ostverträge 1970, besonders in Warschau, wurde von der Gegenseite bestätigt, daß dieser Verzicht auch für die BRD gelte. In dem sowjetrussischen Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland vom 10. Januar 1959 wurde die Reparationsfrage »als vollständig geregelt« erklärt und ein Verzicht der ehemaligen Kriegsgegner, die zu diesem Zeitpunkt im Ostblock lagen, »auf alle Ansprüche an Deutschland hinsichtlich der weiteren Zahlung von Reparationen« ausgesprochen.

Wenn Ostblockstaaten dessen ungeachtet später trotzdem Entschädigungsforderungen in Höhe von vielen hundert Millionen DM erhoben haben, so deshalb, weil sie der Annahme waren, sich die Unterscheidung zwischen Reparationen und Wiedergutmachung zunutze machen zu können, indem sie individuelle Ansprüche für KZ-Haft, Deportation, Zwangsarbeit, Tötung usw. geltend machten, für die der oben angeführte Reparationsverzicht nicht gelte. Beispielsweise erklärte die Regierung der CSSR in ihrer dem Prager Parlament vorgelegten Begründung zum Vertrag mit der BRD vom 11. Dezember 1973, ihre Reparations- und Wiedergutmachungsansprüche, die sie mit 315 Milliarden tschechischer Kronen bezifferte, blieben von dem Vertrag unberührt.

Auch wenn die bis in die jüngste Zeit wiederholten Ansprüche Polens, ebensowenig wie ähnliche Forderungen Jugoslawiens (und dessen Nachfolgestaaten) und Rumäniens, zwar nicht unter den Begriff »Reparation« oder »Wiedergutmachung« fielen, erhielten diese Staaten vielfach enorme Geldbeträge zu günstigen Bedingungen, die zu Lasten des deutschen Volkes gingen. Beispielsweise erhielt Polen 1975 1,3 Milliarden DM Abgeltung pauschalierter Rentenansprüche, dazu noch einen Kredit von einer Milliarde DM zu Vorzugsbedingungen. Dieser Finanzkredit war in drei Jahresraten (1975, 1976 und 1977) zu 2,5% Zinsen zu zahlen. Er war nach fünf tilgungsfreien Jahren in den folgenden zwanzig Jahren in gleichmäßigen Jahresraten zurückzuzahlen. Die Differenz zwischen den von Polen geforderten niedrigen Zinsen und den Zinssätzen auf dem Kapitalmarkt in Höhe einiger hundert Millionen DM ging zu Lasten des Bundeshaushalts. Die »Gegenleistung« Polens bestand in dem in einem Protokoll vom 9. Oktober 1975 gegebenen Versprechen, 120 000 bis 125 000 Ostdeutsche (»Volksdeutsche«) in die BRD ausreisen zu lassen. »Es ist eine bittere Ironie der Weltgeschichte«, wie RUMPF mit Recht feststellt, »daß auf diese Weise die 1945 mit der Vertreibung begonnene Entdeutschung Osteuropas mit einer für rund 2 Milliarden DM erkauften freiwilligen Umsiedlung fortgesetzt wurde. Dieser Perspektive waren sich anscheinend auch jene bundesdeutschen Politiker nicht bewußt,

die sich in humanitärem Bestreben für die Aussiedlung einsetzten, obwohl sie an der These festhalten, das von Polen annektierte deutsche Land sei noch deutsches Staatsgebiet, das dortige Privatvermögen deutsches Eigentum geblieben.«[3]

[1] Helmut RUMPF, ebenda, S. 350.

Es sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Bonner Politiker diese Zahlungen gewährten, ohne deutsche Gegenansprüche aus Annexion und Vertreibung auch nur zu erwähnen. Immerhin hatte Polen ein Drittel des deutschen Staatsgebietes mitsamt Städten, Fabriken, Häfen und Kunstschätzen an sich genommen und einige Jahre lang Millionen dort gebliebener Deutscher als billige Arbeitskräfte benutzt.[4]

[4] Vgl. Claus NORDBRUCH, ***Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigung für Deutsche,*** Grabert Tübingen ²2003.

Eine zuverlässige, objektive und allgemein anerkannte Bezifferung der von Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg erbrachten Reparationsleistungen wird es aller Wahrscheinlichkeit nach nie geben. Die Berechnung hängt von der Bewertung der entzogenen Güter, dem Kurs der angenommenen Währung und deren Schwankungen ab, aber auch von der Bereitschaft, alle Vorgänge, Entnahmen und Liquidationen offenzulegen, an der es von selten der Alliierten in der Regel fehlt. Andererseits wäre auch der Schaden zu berücksichtigen, den es auszugleichen galt. In Anbetracht dieser Schwierigkeiten können, wie RUMPF einräumt, die folgenden Ziffern nur Schätzungen sein,

A) Reparationen auf Besatzungsbefehl

I. Westzonen	
1. Kohleexport bis 1947:	200 Mio. $
2. Holzexport bis 1947:	1,000 Mrd. RM
3. Industriemontagen und Auslandsvermögen lt. alliierten, deutscherseits als zu niedrig angefochtenen Schätzungen im IARA-Bericht von 1961	520 Mio. $ (193S)
4. Auslandsvermögen, Stand 1958, nach deutscher Schätzung:	20,000 Mrd. DM
5. Arbeitsleistung deutscher Kriegsgefangener im Westen:	keine Ziffer bekannt

EL Sowjetische Besatzungszone	
1. Demontagen	1,600 Mrd. $ (1938)
2. Holzeinschlag bis 1947	600 Mio. $
3. Reparationen aus laufender Produktion bis 1949	2-2,5 Mrd. $
4. Produktion der Sowjet. A. G. bis 1948	950 Mio. $
5. Gleisabbau	6000 km
6. Enteignete Lokomotiven	1200
7. Arbeit von rund 1 Mio Kriegsgefangener und rund 30000 Deportierter	keine Wertangabe
Gesamtwert 1945-1950 nach einer deutschen Schätzung	**10,7 Mrd, $ oder 26,8 Mrd. Mark**
Gesamtwert bis 1951 nach sowjetischer Schätzung	**3,0 Mrd. $**

B) Reparationen und Wiedergutmachung auf Grund von Verträgen und Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland

1. Haager Abkommen mit Israel 1952 — 3,00 Mrd. DM
2. Haager Abkommen mit der Conference on Jewish Material Claims against Germany, 1952 — 0,45 Mrd. DM
3. Vertrag mit Jugoslawien, 1956 — 300 Mio. DM
4. Vertrag mit Jugoslawien, 1972 (langfristiger Kredit, zinsgünstig als Kapitalhilfe) — 1 Mrd. DM
5. Wiedergutmachungs-Globalabkommen mit 11 westeuropäischen Staaten und Österreich zwischen 1959 und 1964

a)	Luxemburg	18 Mio. DM
b)	Norwegen	60 Mio. DM
c)	Dänemark	16 Mio. DM
d)	Griechenland	115 Mio. DM
e)	Niederlande	125 Mio. DM
f)	Frankreich	400 Mio. DM
g)	Belgien	80 Mio. DM
h)	Italien	40 Mio. DM
i)	Schweiz	10 Mio. DM
j)	Österreich	95 Mio. DM
k)	Großbritannien	11 Mio. DM
1)	Schweden	1 Mio. DM
		Sa. rd. 1 Mrd. DM

6. Entschädigung von Opfern medizinischer Menschenversuche (Globalabkommen)

a)	Jugoslawien	8 Mio. DM
b)	Ungarn	6,25 Mio. DM
c)	CSSR	7,50 Mio. DM
d)	Polen	100,00 Mio. DM

7. Indirekte Wiedergutmachung an Polen durch Abkommen von 1975 — 1,3 Mrd. DM
   als Finanzkredit zu 2,5% Zinsen (langfristig) — 1,0 Mrd. DM
8. Entschädigung an Griechenland für Neutralitätsschäden des Ersten Weltkriegs (Vertrag von 1974) — 47 Mio. DM
9. Leistungen auf Grund des Bundesentschädigungsgesetzes zugunsten der Opfer des NS-Regimes bis 1.1.1984 — 56,2 Mrd. DM
   davon nach Israel — 40%
   ins übrige Ausland — 40%
10. »Abschlußgeste« Wiedergutmachung auf Grund Bundestagsbeschluß von 1979 an Weltrat der Juden in Raten 1980-1983 — 400 Mio. DM

Die Aufstellung erhebt nicht den Anspruch auf Vollständigkeit, da Zahlungen an Israel nicht immer publiziert wurden. Innerdeutsche Wiedergutmachungsleistungen sind nicht berücksichtigt. BASSLERS weitere Berechnungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

I. Ausraubungen und Zerstörungen von 1945 bis 1952[s]

1. Raub aus dem Volksvermögen

Der direkte Raub aus dem Sachvermögen betrifft Demontagen, Sachgüter, Geld, Gold, Wertpapiere, Auslandsguthaben, Auslandsvermögen, militärisches Gut (Beute), Patente, Besatzungsdiebstahl, Kunstdiebstahl (Zerstörung zahlloser Kunstwerke der Epoche 1933-1945), Bücherdiebstahl und vieles mehr und ist in Tabelle 1 aufgelistet.

TABELLE 1: Ausraubung Sachvermögen

	Mrd. RM/DM
Ausraubungen von 1945 bis Ende 1947	49,75
Nach den Berechnungen von RUMPF zusätzlich	37,00
Summe RUMPF und HARMSSEN (inklusive Demontagen)	87,00
Weitere Ausraubungen bis 1952	
Ausraubung der Sowjetischen Besatzungszone von 1948 bis 1950 (inklusive Demontagen)	70,00
Militärisches Gut, von Russen und Westalliierten erbeutete deutsche Waffen	50,00
Raub der Patente	20,00
Raub an Bargeld	25,00
Besatzungsdiebstahl	1,00
Kunstdiebstahl, Bücherdiebstahl, im Grunde unschätzbar, aber mindestens	10,00
Summe: Raub aus Volksvermögen	263,00

2. Raub/Erpressung durch laufende Entnahmen aus der Produktion 1945-1952

Hierunter fallen Wegnahme von Rohstoffen, Besatzungskosten, Demontagekosten, Verlust an Lizenzeinnahmen, Bargeld, Gegenwert der Arbeitsleistung der deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten und weiteres. Diese »laufenden Ausraubungen« mußten in den acht Jahren von 1945 bis 1952 durch schwerste Steuerbelastungen der verarmten und verelendeten deutschen Bevölkerung aufgebracht werden. Tabelle 2 gibt eine Übersicht.

[s] Alle Tabellen nach Karl BASSLER. Text in diesem Abschnitt basiert auf den Darstellungen in: Karl BASSLER, »Der Marshallplan-Schwindel und die Zukunft Europas«, in: ***Deutschland in Geschichte und Gegenwart,*** Nr. 4, 1997, S. 1-10.

TABELLE 2: Ausraubung durch laufende Entnahmen	Mrd. RM/DM
Für den erzwungenen Export von deutscher Kohle	4,00
Für sogenannte Restitutionen	2,00
Durch den vollständigen Raub der deutschen Flotte: Verlust an Frachteinnahmen und Kosten für Frachtzahlungen an die Alliierten	2,50
Demontagekosten	11,00
Ausraubung des Saargebietes (Kohle)	5,00
Wert der Zwangsarbeit der völkerrechtswidrig zurückgehaltenen deutschen Kriegsgefangenen und Zivilverschleppten:	
Kriegsgefangene	35,00
Zwangsverschleppte	38,00
Verlust an Lizenzeinnahmen (bis 1955) aus Patenten, Warenzeichen u.a.	10,00
Besatzungskosten nach Angaben der Bundesregierung (Zeittafel 1949-1969)	
allein für die Westzonen 1945 bis 1952	50,00
Für die Ostzone mindestens (nach HARMSSEN)	40,00
Summe: Laufende Ausraubung	197,50

3. Volkswirtschaftlicher Schaden durch die Zerreißung Deutschlands

1945 wurde Deutschland in elf voneinander getrennte Wirtschaftsgebiete zerrissen, namentlich:

- Memelland (an Litauen)
- Schlesien mit Oberschlesien, Danzig, Westpreußen, Pommern, Teile von Brandenburg (an Polen)
  Österreich
- Sudetenland (an Tschechoslowakei)
- Südtirol (an Italien)
- Elsaß-Lothringen (an Frankreich)
- Saargebiet (bis 1959 an Frankreich)
- Eupen-Malmedy (an Belgien)
- Sowjetische Besatzungszone, später DDR
- Westzonen, später BRD.

Ab 1945 waren diese von Deutschen bewohnten Gebiete durch Zollgrenzen getrennt, also wirtschaftlich vollkommen auseinandergerissen. In der Regel war jahre- oder jahrzehntelang keine wirtschaftliche Zusammenarbeit möglich. Die politische Zerreißung bedeutete für viele Großunternehmen eine völlige Zerstörung ihres Produktionsverbundes (zum Beispiel für Siemens, Daimler-Benz, Bosch, IG-Farben, Vereinigte Stahlwerke).

Großer wirtschaftlicher Schaden entstand zudem durch die Zerstörung des Außenhandels. Der Schaden durch die politische Zerreißung Deutschlands wirkt bis heute ununterbrochen und mit wachsenden schädlichen Folgen für ganz Europa fort. Im einzelnen gibt Tabelle 3 die betreffenden Zahlen wieder.

TABELLE 3: Schaden durch die Zerstörung Deutschlands 1945-1952

	Mrd. RM/DM
Schaden durch die politische Zerreißung (zwischen 240 und 2400 Mrd. DM.; siehe Folgendes)	400,00
Der wirtschaftliche Wen der Demontagen = Ausfall an Produktion	65,00
Verlust an Wertsteigerung durch das zehnjährige Verbot deutscher Spitzenforschung	70,00
Verluste durch Zerstörung des Osthandels	10,00
Verluste durch die Zerschlagung deutscher Großunternehmen	35,00
Summe: Schaden durch Zerreißung	**580,00**

4. Verluste in den Vertreibungsgebieten

Durch den Raub der deutschen Ostgebiete, des Sudetenlandes sowie des Vermögens der Volksdeutschen entstanden weitere große Verluste. Allein das geraubte deutsche Vermögen (reproduzierbares Sachvermögen, ohne Bodenwert) in Ostdeutschland, Danzig, Memelland, Sudetenland und an den sechs Millionen Volksdeutschen in Osteuropa und auf dem Balkan beträgt mindestens 300 Mrd. DM. Damit ergeben sich als Gesamtsumme (siehe: Tabellen 1 bis 3) für Gesamtdeutschland 1350 Mrd. DM.

Zu beachten ist dabei noch, daß diese Summe nur einen Näherungswert darstellt. Alle Ausraubungen und Zerstörungen konnten gar nicht erfaßt werden. Die Auswirkungen reichen bis weit über das Jahr 1952 - dem Ende des **MARSHALL**-Plans - hinaus und sind heute noch spürbar. Deutschland und damit ganz Europa wurden dadurch im weltweiten Wettbewerb unaufholbar zurückgeworfen.

Die vertriebenen Volksdeutschen hinterließen in den Ostgebieten und im Sudetenland ein gigantisches Sachvermögen.



II. Der Verlust durch Minderleistung der DDR[6]

[6] Text in diesem Abschnitt beruht auf den Darstellungen in: Karl BASSLER, ebenda.

Zu den oben berechneten Verlusten durch direkte Ausraubung, Zerstörung und Landraub muß noch der Verlust an Wirtschaftsleistung durch die 45 Jahre lange Zerstörung der Wirtschaft in der DDR hinzugezählt werden. Dadurch konnte ein Viertel Deutschlands nur mit etwa einem Drittel bis zur Hälfte seiner Leistungsfähigkeit arbeiten. Die dadurch entstandene Minderleistung, Veralterung des Produktionsapparates, Zerfall der Bausubstanz usw. mit einem geschätzten Gesamtwert von rund 5500 Milliarden Deutsche Mark müssen heute von allen Deutschen in jahrzehntelanger Arbeit bei stark erhöhter Steuerlast aufgeholt werden.

Der Zerfall und die wegen des Sowjetsystems nicht mögliche Entfaltung und Erneuerung des Sachvermögens sind ein Verlust durch Zerstörung und Behinderung, der nach der Vereinigung der DDR mit der BRD von der vergrößerten BRD behoben werden muß. Das heißt, daß die Deutschen rund 3,3 Billionen DM in den Wiederaufbau Mitteldeutschlands investieren müssen, wenn sie den Stand der alten BRD erreichen sollen. Die Größe dieses notwendigen Aufwandes wird jedoch in der öffentlichen Diskussion unterschlagen, damit die daraus erwachsende Dauerbelastung nicht bewußt wird.

Alle Zerstörungen, Ausraubungen, Folgen von Produktionsverboten und Tributzahlungen von 1945 bis heute in der ehemaligen BRD und DDR belaufen sich nach (hochgezinstem) heutigem Wert (Stand 1997) auf rund 16 Billionen DM, das entspricht rund fünf Bruttosozialprodukten (BSP) der heutigen BRD (1996). Allein die Tribute (Barleistungen) hatten bis 1997 einen Wert von rund 6,5 Billionen DM. Das entspricht, wenn man die im ***Bundesbankbericbt*** 7/1997 auf Seite 67 angegebene Nettoinvestitionsquote von

1996 mit 289 Milliarden DM annimmt, rund der 20fachen Nettoinvestitionsquote eines Jahres, also dem Kapital zur Schaffung von Millionen neuer Hoch- und Höchsttechnologie-Arbeitsplätzen.[7]

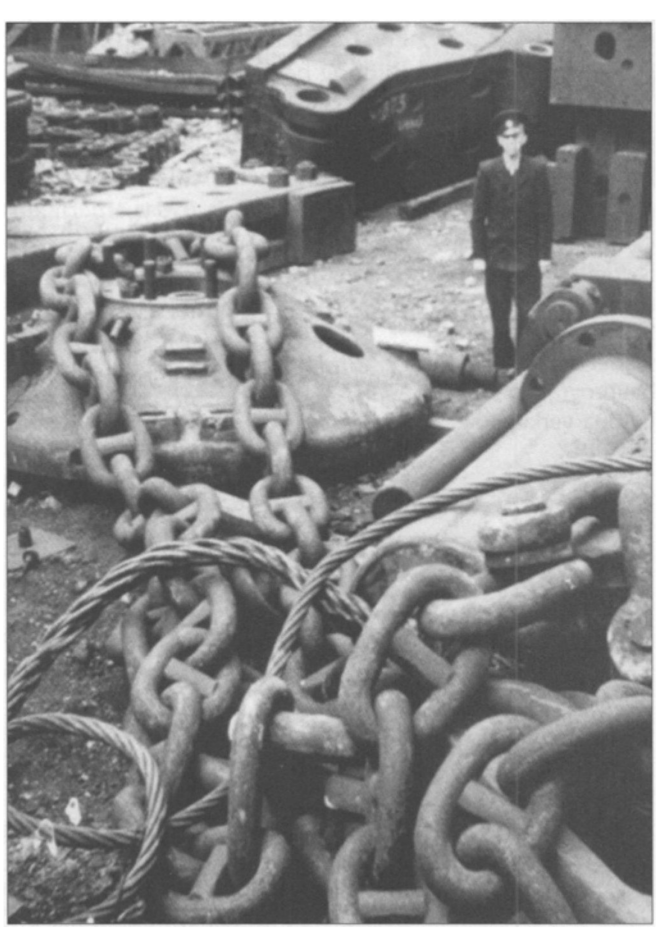
Die Haltung der bundesdeutschen Parteien in der Reparationspolitik nach dem Zweiten Weltkrieg unterscheidet sich erheblich von der ihrer Vorläufer in der Zwischenkriegszeit. Dies gilt für die österreichischen Schwesterparteien nicht minder. Nach dem Ersten Weltkrieg waren alle deutschen Parteien von der KPD über die SPD, Zentrum, Demokraten, Deutschnationale bis zu den Nationalsozialisten, wenn auch in verschiedener Intensität und mit unterschiedlicher Argumentation, sich in ihrer Bemühung einig, die erdrückenden, gewaltigen, anfangs unbegrenzten Reparationsforderungen der Sieger abzuwehren oder wenigstens zu beschränken. Die moralische Berechtigung dieser alliierten Forderungen im Sinne der Kriegsschuldthese des Art. 231 des Friedensdiktats von Versailles wurde von keiner Partei anerkannt, der Vorwurf der Kriegsschuld allgemein abgewiesen. Der bundesdeutschen und österreichischen Geschichtsschreibung nach 1945 geht das Verständnis für den damaligen Kampf gegen die Reparationen und die alliierten Kontrollinstanzen zu deren Eintreibung weithin ab.

Die allgemeine und widerstandslose Wiedergutmachungsbereitschaft der deutschen Regierungen ergab sich nach 1945 aus einem durch die Umerziehung bewirkten deutschen Schuldbewußtsein. Eine solche Umerziehung im Dienste alliierter Geschichtsauffassung war nach 1919 nicht geschehen. Die BRD hingegen sieht ihr Fundament, auf dem sie aufgebaut sei, in der Anerkennung der doppelten Kollektivschuldthese. Hier wurzelt die kritiklose Bereitwilligkeit zu andauernden und immer neuen Zahlungen an ausländische Staaten und Organisationen.[8] Jedoch nicht nur das eingeredete und anerzogene »deutsche schlechte Gewissen«, auch der gleichzeitig wachsende individuelle Wohlstand der bundesdeutschen Bürger ließen und lassen das deutsche Volk diese unerhörten Lasten ohne hörbares Murren weitertragen.

Claus Nordbruch

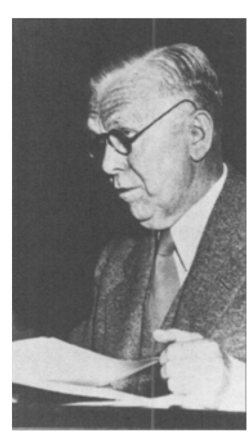
[7] Vgl. Karl BASSLER, ebenda.

[8] ... BRUCH, *Der Angriff, Eine Staats- und Gesellschaftskritik an der ¡berliner Republik'*, Hohenrain, Tübingen 2003.



Während die Westmächte auf den Wiederaufbau Deutschlands setzten, wurde in der Sowjetischen Besatzungszone weiter demontiert.

Der Marshall-Plan - humanitäre Hilfe oder politischer Kalkül?



US-Außenminister George MARSHALL am 5. Juni 1947 bei seiner Rede vor der Harvard-Universität, wobei er sein Aufbauprogramm für Europa verkündete.

Ein Nebenprodukt der Umerziehung ist die von bundesdeutschen und österreichischen Politikern, Verlegern, Redakteuren, Journalisten, Lehrern, Dozenten und anderen in meinungsbildenden Berufen Tätigen propagierte Behauptung, mit Hilfe der von 1949 bis 1953 nach Westdeutschland und Österreich geflossenen amerikanischen Devisen sei der wirtschaftliche Aufschwung gewährleistet worden. Für Bundeskanzler Helmut KOHL war dieser angebliche Vorgang sogar einmalig in der Weltgeschichte: Amerikas Staatskasse und die Vorratslager hätten sich auch dem »in Trümmer liegenden Feindstaat Deutschland« geöffnet. Es würde seiner Ansicht nach kein anderes welthistorisches Beispiel geben, bei dem der Sieger dem Besiegten »so großzügig« aufgeholfen und ihn dabei unterstützt habe, in den »Kreis der Völker zurückzukehren.«[1] In einer Publikation der Bundeszentrale für politische Bildung behauptete der antifaschistische Historiker und Politologe Wolfgang BENZ,[2] ohne »diese Hilfe hätte das deutsche >Wirtschaftswunder zum mindesten länger auf sich warten lassen.«[3] Das Bundesland Niederösterreich stellte während seiner Ausstellung *Österreich ist frei. 1955-2005* die Behauptung auf: »Der MARSHALL-Plan war das amerikanische Hilfsprogramm für den westeuropäischen Wiederaufbau nach dem Zweiten Weltkrieg. Benannt wurde er nach dem damaligen US-Außenminister George C. MARSHALL, Geld- und Sachwerte wurde nach Österreich gebracht, dessen Gegenwert auf ein Sonderkonto eingezahlt werden musste. Die Hilfeleistung der USA erfolgte gratis, d. h. es handelte sich ausschließlich um Schenkungen,«[4] (Alle Fehler im Original)

Beispiele dieser Art gibt es zu Hunderten. Sie alle geben vor, der MARSHALL-Plan sei ein gezieltes humanitäres Wiederaufbauprogramm der USA gewesen, das die Versorgung der westeuropäischen Völker mit Nahrungsmitteln, Treibstoff, Saatgut und Dünger vorgesehen habe. Er sei deshalb, wie die Bundesregierung 1978 behauptete, als »Initialzündung«[5] für das anschlie-

[1] Vgl. Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), ***Journalfür Deutschland,*** Heft August/September 1997.

[2] Vgl. Autorenkollektiv gegen Totalitarismus, ***Antifa heißt Gewalt. Feuer und Flamme für jeden Staat,*** Tübingen 2002, S. 113.

[3] Wolfgang BENZ, »Wirtschaftsentwicklung von 1945 bis 1949«, in: ***Informationen zur politischen Bildung*** (Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung), Heft 239. Zitiert nach http://www.bpb.de/publikationen/8ZU9SN,2,0,Wirtschaftsentwicklung_von_1945_bis_1949.html

[4] http://www.oesterreichistfrei.at/geschichte4.htm#mars

[5] Lexikon-Institut Bertelsmann (Hg.), ***Tatsachen über Deutschland.*** Auflage für das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Gütersloh 1978, S. 62.

ßende westdeutsche Wirtschaftswunder zu betrachten. Entsprechen aber diese und ähnlich lautende Behauptungen der historischen Wahrheit?

In seiner Rede an der Harvard-Universität am 5. Juni 1947 formulierte der damalige US-Außenminister General George MARSHALL das künftige strategische Vorgehen der USA in Europa, das der Marburger Historiker Gerd HARDACH als Strukturanpassungsprogramm beschreibt: »Westeuropa sollte seine Staatshaushalte sanieren, feste Wechselkurse einführen, sich ökonomisch zusammenschließen und zugleich zum Weltmarkt öffnen. Das Geld des MARSHALL-Plans habe >als Anreiz gedient, um die zögernden Regierungen auf den Pfad der Integration zu bringen*«.[6]



Paul G. HOFFMANN war der MARSHALL-Plan-Verwalter.

Es waren also Überlegungen über das eigene, sprich amerikanische ökonomische Interesse und vor allem eine langfristige politische und wirtschaftliche Strategie, die die Politiker der USA zu der Hilfsaktion des *European Recovery Program* (ERP) - wie die offizielle Bezeichnung des MARSHALL-Plans lautete - bewogen. Nicht zuletzt bezweckte der MARSHALL-Plan die Abwehrkommunistischer Einflüsse auf die notleidende Bevölkerung Europas durch wirtschaftliche Immunisierung.[7] Das wesentliche Ziel war aber die langfristige Sicherung von Absatzmärkten für die amerikanische Wirtschaft und die Vorbereitung der Auflösung wirtschaftlicher und nationaler Grenzen in Europa zugunsten der Errichtung eines supranationalen europäischen Blocks.

Das *European Recovery Program* trat im April 1948 in Kraft. Seine Umsetzung lag in Händen der im gleichen Jahr geschaffenen *Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit* (OEEC), der Vorläuferin der 1960 gegründeten *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* (OECD). Diese koordinierte zugleich die Öffnung der Grenzen auf dem Kontinent und schuf damit die Voraussetzungen für die 1957 erfolgte Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die später in der EG und 1992 in der EU aufging.[8]

Zwischen 1948 und 1952 gewährten die USA 16 Staaten Europas etwa 13 Milliarden US-Dollar, von denen rund 25% an Britannien, 20% an Frankreich und 10% an Westdeutschland gingen, das damit weniger erhielt als Italien, aber etwas mehr als die Niederlande. In konkreten Zahlen ausgedrückt setzte sich das Verhältnis wie folgt zusammen:

[6] Gerd HARDACH, *Der Marsball-Plan, Auslandshilfe und Wiederaufbau in Westdeutschland 1948-1952,* München 1994. Zitiert nach http://www.bpb.de/publikationen/8ZU9SN,2,0,Wirtschaftsentwicklung_von_ 1945_bis_1949.html

[7] Vgl. Wilhelm CORNIDES, *Die Weltmächte und Deutschland. Geschichte der jüngsten Vergangenheit 1945-1955,* Tübingen[J]1961, S. 175 f.

[8] Vgl. Hans-Albert SCHRAEPLER, *Taschenbuch der Internationalen Organisationen,* München 1994, S. 170 ff. u. 319 ff.

Britannien:	3,2 Mrd. US-$
Frankreich:	2,7 Mrd. US-$
Italien:	1,5 Mrd. US-$
Westdeutsch1and:	1,4 Mrd. US-$*
Niederlande:	1,1 Mrd. US-$

*(ein Betrag, der damals etwa 6,4 Milliarden Deutsche Mark entsprach.)

Westdeutschland hatte bis 1962 als einziger Empfänger die Hilfsgelder mit Zins und Tilgung den USA wieder zurückgezahlt. Auch diesbezüglich wird im Schrifttum oftmals Wahrheit mit Dichtung verwechselt. Auf der Londoner Schuldenkonferenz im Februar 1953 wurden Westdeutschland, so wird in der gängigen Presse geschrieben, zwei Drittel des zurückzuerstattenden Betrages erlassen, was als »Vorbild für viele Entwicklungspolitiker zur Lösung der heutigen Dritte-Welt-Schuldenkrise« gedient habe, wie die erste Lizenzzeitung Westdeutschlands, die *Frankfurter Rundschau*, behauptete.[9] Tatsächlich kommen sowohl das Hervorheben der Höhe der MARSHALL-Plan-Hilfe als auch das angeblich großzügige Streichen eines Großteils der Schuld einer Augenwischerei gleich: Der Betrag, den die westlichen Besatzungszonen oder die BRD als Kredit erhalten hatten, war ein nicht ins Gewicht fallender Bruchteil dessen, was allein die USA in Deutschland unter Verstoß gegen das Völkerrecht geplündert, gestohlen, demontiert und enteignet hatten, (siehe: Beitrag Nr. 411, »Reparationen«) Davon ganz abgesehen überstiegen allein die jährlichen Besatzungskosten, wie der Bundeshaushalt des Jahres 1949 belegt, mit 4,7 Mrd. DM bei weitem die Höhe der amerikanischen »Wirtschaftshilfe«[10] Darüber hinaus hatte sich die BRD, dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Ludwig ERHARD zufolge, im Londoner Schuldenabkommen ferner

[9] Roland BUNZENTHAL, »50 Jahre Marshall-Plan - Mythos und Motor der Marktwirtschaft«, in: *Frankfurter Rundschau*, 31. 5. 1997.

[10] Vgl. Gerhart JENTSCH, *Der Marshallplan und Deutschlands Platz darin*, Frankfurt/M. 1950, S. 31 u. 83, zitiert in: Karl BASSLER, »Der Marshallplan-Schwindel und die Zukunft Europas«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Nr. 4/1997, S. 1-10.





Zwei Werbeplakate für den MARSHALL-Plan.

bereit erklärt, »für alle Auslandsschulden des Deutschen Reiches« zu haften, und ferner proklamiert »daß die Bundesrepublik mit dem Deutschen Reich identisch«[11] sei.

Es ist richtig, daß auch Österreich Gelder aus dem MARSHALL-Plan erhalten hat. Insgesamt erhielt das Land bis 1955 etwas mehr als knapp über 1000 Millionen US-Dollar, ein Betrag, der, obwohl er im Gegensatz zur BRD nicht zurückbezahlt zu werden brauchte, nicht als Geschenk angesehen werden kann. Dr. Friedrich STANZEL vom österreichischen Justizministerium schrieb am 9. November 2000 dem Verfasser auf entsprechende Anfrage: »In Österreich erfolgte die MARSHAIL-Plan-Hilfe außerdem nicht in Form von Krediten, sondern als *grants.* Das bedeutet, daß die Vereinigten Staaten der österreichischen Regierung die entsprechenden Güter als Geschenk überließen, Zu einer Rückzahlung an die Vereinigten Staaten kam es daher im Falle Österreichs nicht. Das österreichische ERP-Zentralbüro mußte jedoch die geschenkten Güter zu inländischen Marktpreisen oder billiger gegen Schillingwährung abgeben. Entsprechend dem bilateralen Abkommen mit den Vereinigten Staaten wurden dann die durch die Verkäufe einlaufenden Schillingbeträge zum Abbau der Bundesschuld (vor allem bei der OeNB) verwendet oder verblieben im Eigentum des Bundes. Diese ERP-Mittel wurden dann wieder (vor allem in Form von Krediten) der österreichischen Wirtschaft für Investitionszwecke zur Verfügung gestellt. Daraus entstand ein revolvierender Fonds, der seit 1962 als >ERP-Fonds< firmiert.«[12]

Erklärtes Ziel des MARSHALL-Plans war die Errichtung und Stabilisierung eines kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Der MARSHALL-Plan schuf eine wesentliche Grundlage für die Errichtung der BRD als eines vom Deutschen Reich abgetrennten eigenen Weststaates. Er diente der USA als Steuerungs- und Einflußinstrument zur Durchsetzung der in der BRD nach amerikanischen Vorstellungen zu errichtenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und legte mit den Grundstock dafür, daß die Westdeutschen ideologisch näher an die USA gebracht wurden. Der MARSHALL-Plan legte letztlich den Aktionsradius für eine westdeutsche Außenpolitik fest und war damit für die Westbindung der BRD von wesentlicher Bedeutung.

Hingegen war der MARSHALL-Plan für den wirtschaftlichen Aufschwung in der BRD unbedeutend. Es wird in den etablierten Medien und im gängigen Schrifttum bis heute die Behauptung aufrechterhalten, der MARSHALL-Plan sei das ausschlaggebende Moment zum westdeutschen Wirtschaftswunder gewesen. Von dem propagandistischen Grundtenor dieser Behauptung abgesehen, fußt diese auf der irrigen kapitalistischen Annahme, Kapital schaffe Arbeit. In Wirklichkeit verhält es sich jedoch genau umgekehrt: Arbeit schafft Kapital, wie dies keine zwanzig Jahre zuvor der gewaltige Wirtschaftsaufschwung und die Sozialpolitik im Dritten Reich für die Nachwelt dokumentiert hatten,[13]

[11] Ludwig ERHARD, *Deutschlands Rückkehr Zum Weltmarkt,* Düsseldorf[2]1954, S. 272.

[12] Zitiert in: Claus NORDBRUCH, *Der deutsche Aderlaß. Wiedergutmachung an Deutschland und Entschädigungfür Deutsche,* Graben, Tübingen [2]2003, S. 164.

[13] Siehe: Beitrag Nr. 113, »Sozialpolitik im Dritten Reich. Antwon auf Götz Aly und die gängige bundesdeutsche Geschichtsschreibung«.

Am tiefsinnigsten hat sich der Bielefelder Historiker Werner ABELSHAUSER mit dem MARSHALL-Plan auseinandergesetzt, dem er eine entscheidende wirtschaftliche Wirkung abspricht. ABELSHAUSER ist der berechtigten Auffassung, daß Westdeutschland der wirtschaftliche Aufstieg ohne Hilfe von außen gelungen wäre: »Die ERP-Lieferungen kamen zu spät, um als Initialzündung eines Aufschwungs wirken zu können, der längst mit eigenen Mitteln in Gang gesetzt worden war. Sie kamen nicht einmal rechtzeitig genug, um ernstlich über Erfolg oder Scheitern des ERHARDschen Wirtschaftsexperiments mitzuentscheiden.«[11] Die Grundlage für ABELSHAUSERS Aussage ist die Auffassung, daß der westdeutsche Wirtschaftsaufschwung schon vor Beginn der ersten Lieferungen aus dem MARSHAII-Plan und darüber hinaus ohne Fremdeinwirkung begonnen hatte. Ihm zufolge spielten das breite Produktionswissen und die hohe Motivation der Bevölkerung die entscheidende Rolle beim wirtschaftlichen Wiederaufstieg, der ausschließlich von den Deutschen selbst bewältigt worden ist.



Die wohl entscheidende Antriebskraft des Wiederaufschwungs waren der Wille und der Einsatz aller Schichten der deutschen Bevölkerung (hier die unermüdlichen »Trümmerfrauen! im Einsatz),

Diese Feststellung ist begründet und entspricht den historischen Tatsachen. Während des Zweiten Weltkrieges waren die deutschen Industrieanlagen durch anglo-amerikanische Bombardierungen weit weniger in Mitleidenschaft gezogen worden als die Wohngebiete, auf die sich die alliierten Bombenflieger erstrangig konzentriert hatten. Hätten die westlichen Besatzungsmächte in Westdeutschland nach 1945 die funktionstüchtigen Fabriken nicht zerstört oder demontiert, keine Produktions- und Forschungsverbote erlassen und keine Verfolgung leitender Wirtschaftsführer durchgeführt, sondern den Deutschen den freien Gebrauch ihres vorhandenen Produktionsapparates gestattet, wären, so der Diplom-Volkswirt Karl BASSLER, die wirtschaftlichen Kapazitäten erhalten geblieben: »Wäre Westdeutschland 1945 nicht von den Alliierten systematisch ausgeraubt, zerstört und niedergehalten worden, sondern hätte man die deutsche Leistungskraft wie in den anderen europäischen Staaten freigegeben, so wäre bereits 1945 die Wirtschaftslei-

[14] Vgl. Werner ABELSHAUSER, »Hilfe und Selbsthilfe. Zur Funktion des Marshallplans beim westdeutschen Wiederaufbau«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* Nr, 37, 1981, S. 63-113. Zitiert nach Christian KRAIKER, *Der Marschall-Plan,* zitiert in http://www.stud.uni-goettingen.de/~sl92586/marshall_plan_hausarbeit.html

stung (BSP) von 1950 möglich gewesen.«[15] Alles in allem bleibt folglich festzustellen: Die Umsetzung des MARSHALL-Planes war kein Akt der Nächstenliebe, sondern ein auf kapitalistischen Interessen beruhender politisch-wirtschaftlicher Kalkül. Die Höhe der im Rahmen des MARSHALL-Plans als Kredit zu Verfügung gestellten Geldbeträge steht in gar keinem Verhältnis zu den Unsummen, die die Amerikaner, ganz zu schweigen von den übrigen Siegern und Nutznießern des Zweiten Weltkrieges, aus Deutschland völkerrechtswidrig gestohlen, demontiert, zerstört und dem deutschen Volk vorenthalten haben. »Wirklich humanitäre Hilfe leisteten vor allem auf individueller Ebene Menschen, die, nicht auf den eigenen Vorteil bedacht, Nahrung und Bekleidung nach Deutschland schickten. Solche barmherzigen Menschen und Organisationen waren in England beispielsweise der Erzbischof von Chichester, Lord Bertrand RUSSELL, und der jüdische Verleger und Schriftsteller Victor GOLLANCZ, in den USA unter anderem das Mennonitische Zentralkomitee in den USA und in Kanada (Peter und Cornelius DYCK), das bis zum Sommer 1947 etwa 80000 Deutsche mit knapp 4000 Tonnen Lebensmitteln, Bekleidung, Weihnachtskerzen und anderen Vorräten versorgt hat. Weitere wichtige Hilfsgüter kamen aus Dänemark, der Schweiz, Schweden und Südafrika. Auch der Rabbiner und ehemalige Präsident der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland, Leo BAECK, war über die katastrophalen Verhältnisse in Deutschland dermaßen entsetzt, daß er seine Glaubensbrüder und Volksangehörigen aufrief mitzuhelfen, die Hungersnot in Deutschland zu tilgen. *Diese* Leistungen waren wirkliche humanitäre Hilfen.«[16] Der amerikanische MARSHALL-Plan war es nicht. Claus Nordbruch

[15] Karl BASSLER, aaO. (Anm. 10), S. 1-10.

[16] Claus NORDBRUCH, aaO. (Anm. 12), S. 161 f.



Victor GOLLANCZ *(rechts)* 1946 im Ruhrgebiet. Aus: Hanns D. AHRENS, *Demontage. Nachkriegspolitik der Alliierten,* Universitas, München 1982.

Grundlagen des Wirtschaftswunders

Schon im März 1945, zwei Monate vor Kriegsende, begannen die ersten Expertengruppen der Amerikaner, die deutsche Rüstungs- und Kriegswirtschaft zu untersuchen. In der historischen Forschung der folgenden Jahrzehnte wurde immer wieder über die Ursachen des »deutschen Rüstungswunders< von 1942 und des vorhergehenden »deutschen Wirtschaftswunders< der dreißiger Jahre debattiert: War die Rüstungswirtschaft des Dritten Reiches gegen Ende der dreißiger Jahre eine »Kriegswirtschaft im Frieden<, oder kann man sie ab den frühen vierziger Jahren als »Friedenswirtschaft im Krieg< kennzeichnen?

Leider ist die Frage nach dem wirtschaftlichen Erbe des NS-Regimes, nach den langfristigen Auswirkungen seiner rüstungs- und kriegswirtschaftlichen Anstrengungen auf die Entwicklung nach 1945 bisher nur bedingt in den Blickpunkt der wissenschaftlichen Erörterungen gelangt. Sozialgeschichtlich und epochenübergreifend hat sich dieser Umbruchsphase bisher der 1990 von Martin BROSZAT, Klaus-Dietmar HENKE und Hans WOLLER herausgegebene Sammelband *Von Stalingrad zur Währungsreform*[1] gewidmet. Darstellungen, die sich auf die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland beschränken, setzen dagegen meist erst mit dem Kriegsende ein und betrachten fälschlicherweise den MARSHALL-Plan und die Währungsreform als ausschlaggebend für den raschen wirtschaftlichen Aufschwung Westdeutschlands.

Einen weiter zurückgreifenden Ansatz, der diese beiden Faktoren zwar als notwendig, nicht aber als hinreichend bezeichnet, verfolgt der Wirtschaftstheoretiker Werner ABELSHAUSER.[2] Seiner These zufolge ist die wirtschaftliche Dynamik, die Westdeutschland nach 1945 entfaltete, nur zu verstehen, wenn man die deutsche Kriegsindustrie in Betracht zieht. In der Rüstungs- und Kriegsphase des Dritten Reiches seien wichtige Voraussetzungen für den ökonomischen Erfolg der Nachkriegszeit geschaffen worden. Wenngleich der Zusammenbruch des Jahres 1945 den Deutschen zerstörte Großstädte, eine ruinierte Landwirtschaft und knappe Lebensmittelvorräte brachte, bildete nach Werner ABELSHAUSER das Entwicklungspotential der deutschen Industrie auf vielen Gebieten die Grundlage für die ökonomische Dynamik nach der Stunde Null.

Um seine These zu stützen, führt er die langfristigen wirtschaftspolitischen Auswirkungen des nationalsozialistischen Vierjahresplans und des folgenden Investitions- und Innovationsschubs an. Auch das vom NS-Regime umgebaute Lenkungs- und Planungssystem der deutschen Wirtschaft und die reformierte Berufsausbildung werden genannt. Demnach hatte der Vierjahresplan unter der Leitung von Hermann GÖRING seit 1936 nicht nur die industrielle Infrastruktur der Aufrüstung, sondern auch die Grundlage dafür

[1] Martin BROSZAT, Klaus-Dietmar HENKE u. Hans WOLLER (Hg.), *Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland,* München 1988.

[2] Werner ABELSHAUSER, »Kriegswirtschaft und Wirtschaftswunder. Deutschlands wirtschaftliche Mobilisierung für den Zweiten Weltkrieg und die Folgen für die Nachkriegszeit«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte,* Oldenbourg, München 1999, 47. Jg., Nr. 4.

geschaffen, daß die westdeutsche Wirtschaft nach dem Krieg schnell wieder aufgebaut werden konnte. Aufgrund der vorgenommenen Investitionen von beispiellosem Ausmaß blieb trotz der erheblichen Zerstörungen, vor allem ab 1943, ein industrieller Kapitalstock auf westdeutschem Gebiet zurück, der das Vorkriegsniveau immer noch um ein Fünftel übertraf und wegen seines Schwerpunktes auf dem Produktionsgüterbereich den Anforderungen des Wiederaufbaus entgegenkam.

Unter dem Druck militärischer Zwänge und der drohenden Niederlage hatte die Industrie erneuernde Kräfte freigesetzt, die sich in den zwanziger und frühen dreißiger Jahren unter den beschränkenden Rahmenbedingungen der Weimarer Wirtschaft nicht hatten entfalten können. Vor allem neuen Leitungs- und Fertigungsmethoden war Raum gegeben worden. Der einmal erreichte Grad technischer Organisation stand beim sich selbst tragenden Wachstumsprozeß, der gegen Ende der Korea-Krise einsetzte, nunmehr allgemein zur Verfügung.

Bedeutsam war auch, daß das wirtschaftliche Lenkungs- und Planungssystem im Rahmen der industriellen Verbände von den Nationalsozialisten umgebaut worden war. Mit dieser auf Fritz TODT zurückgehenden, die Selbstverwaltung und Selbstverantwortung der Wirtschaft einführenden Reform verzichtete das NS-Regime zunehmend darauf, die Wirtschaft zu bevormunden, und gestattete ihr statt dessen, sich verstärkt selbst zu verwalten. Das System der Ausschüsse und Ringe griff zwar ebenfalls massiv in die Autonomie der einzelnen privaten Unternehmen ein, stärkte jedoch gleichzeitig die korporative Ebene der Wirtschaftsverbände, ohne später die Zuständigkeiten von SPEERS >Produktionsministerium< zu verletzen. Diese fälschlicherweise dann »System SPEER< genannte Ordnung verschaffte auch den »Wirtschaftsführern< unternehmerische Handlungsspielräume und schuf unter den Bedingungen des totalen Wirtschaftskrieges einen neuen Typus des jungen, selbstverantwortlich handelnden Managers - ähnlich dem selbstverantwortlich und selbständig handelnden Offizier -, der auch in der Phase des Wiederaufbaus nach 1945 weitgehend vorherrschte. Dabei erwies sich diese Kriegsordnungspolitik mit dem reformliberalen Geist der »Sozialen Marktwirtschaft' als vereinbar.

Parallel zu den eigentlichen Rüstungsanstrengungen standen wirtschaftliche und soziale Großvorhaben des NS-Regimes wie die erfolgreiche Reform der Berufsausbildung, deren langfristige Folgen jedoch erst in der Nachkriegszeit spürbar wurden. Besondere industrielle Berufsausbildung und Qualifizierung waren schon während der Friedenszeit des Dritten Reiches zu einer Massenbewegung angewachsen, die sich auf die Qualifikation der deutschen Arbeitskräfte sehr günstig auswirkte. Somit bildete auch das in den dreißiger Jahren umgestaltete Berufsbildungssystem eine wichtige Voraussetzung für den Wiederaufbau.

Hans Meiser

Die Geburtsfehler des Grundgesetzes

Das Grundgesetz von 1949 wird allgemein als die Verfassung der Bundesrepublik Deutschland (BRD) angesehen. Daß sie solches nicht vollkommen ist, geht schon aus ihrem offiziellen Namen »Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland« statt »Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland« hervor. Sie ist also für die BRD, nicht von der BRD oder deren Volk geschaffen. Sie hat darüber hinaus weitere Geburtsfehler.

Nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945, spätestens seit der Verhaftung der Angehörigen der Reichsregierung in Flensburg-Mürwik am 23. Mai 1945, übten die Siegermächte die Herrschaft in Deutschland aus, was sie in der »Berliner Erklärung« vom 5. Juni 1945 ausdrücklich feststellten. Das Deutsche Reich wurde in den Grenzen vom 31. Dezember 1937 in vier Zonen eingeteilt; die historischen deutschen Provinzen, insbesondere Preußen, wurden zerschlagen. Schon im Sommer 1945 erlaubten die Sowjets, später auch die Westalliierten, deutsche Parteien sowie deutsche lokale Verwaltungen und schufen unhistorische Länder. Am 20. Juli 1946 schlugen die USA eine wirtschaftliche Zonenverschmelzung vor, die von Paris und Moskau abgelehnt wurde. Am 2. Dezember 1946 schlossen die USA und Großbritannien ihre Besatzungszonen zur Bizone zusammen. Am 29. Mai 1947 vereinbarten die amerikanische und britische Militärverwaltung die Gründung eines gemeinsamen länderübergreifenden Wirtschaftsrates für ihre beiden Zonen und legten die Verfassung dieser Bizone durch Besatzungsrecht fest. Der Anschluß der französischen Zone zur Trizone erfolgte erst im Vorfeld der Errichtung der Bundesrepublik im März 1949, Eine Konferenz der von den Besatzungsmächten eingesetzten Ministerpräsidenten aller deutschen Länder der vier Zonen in München vom 6, bis 8. Juni 1947 zur Einheit der Deutschen verlief ergebnislos. Nachdem die sechste Außenministerkonferenz der Alliierten zu einem Friedensvertrag mit Deutschland vom 15. November bis 15. Dezember 1947 sich ergebnislos auf unbestimmte Zeit vertagt hatte, beschlossen die drei westlichen Sieger und die Benelux-Staaten in den »Londoner Empfehlungen« vom 6. März 1948 unter dem Eindruck des beginnenden Kalten Krieges die Bildung eines westdeutschen Staates. Daraufhin verließ der sowjetische Militärbefehlshaber am 20. März 1948 den alliierten Kontrollrat und zogen die Sowjets sich am 16. Juni 1948 aus der Berliner Kommandantur zurück. Nach Durchführung der Währungsreform am 20. Juni 1948 in den Westzonen begannen die Sowjets am 24. Juni 1948 die Blokkade Berlins. Damit war die deutsche Spaltung vollzogen, die trotz mehrerer Versuche zur Wiedervereinigung bis 1990 andauerte.

Eine Woche nach der Abschnürung Berlins bestellten die drei westlichen Militärgouverneure, Lucius D. CLAY, Brian ROBERTSON und Pierre KOENIG,



Die sowjetischen Vertreter im Alliierten Kontrollrat, bevor sie den Sitzungssaal am 20. März 1948 verließen. Der Vorsitzende der sowjetischen Delegation, Marschall Wassilij SOKOLOWSKI, hatte um eine vollständige Unterrichtung über die Londoner Beschlüsse gebeten, was nicht erfolgte. Der Westen wagte den Alleingang - damit begann der Kalte Krieg mit der Sowjetunion.



Die Militärgouverneure der Westalliierten 1948 in Frankfurt am Main. Von links: Brian ROBERTSON (Großbritannien), Pierre KOEMC (Frankreich) und Lucius D. CLAY (USA). Nach den Vorfällen in London sprach sich ROBERTSON bereits am 31. März 1948 eindeutig für die Bildung eines westdeutschen Staates aus.

die von ihnen eingesetzten Ministerpräsidenten der Länder der Westzonen zum 1. Juli 1948 ins Frankfurter IG-Farben-Haus und beauftragten (»autorisierten«) sie mit den »Frankfurter Dokumenten«, insbesondere mit dem »Dokument Nr. I«, schnell »eine Verfassunggebende Versammlung einzuberufen, die spätestens am 1. September 1948 zusammentreten sollte«. Die Landtage der elf westdeutschen Länder sollten die Mitglieder dieser Versammlung nach ihren Parteizusammensetzungen wählen: 65 Abgeordnete (je 27 der CDU/CSU und SPD, 5 der FDP, je 2 von Zentrum, Deutsche Partei und KPD) und 5 Berliner Abgeordnete, die nur beratende Stimme hatten.

Die Militärregierungen legten außerdem wesentliche Rahmenbedingungen für die neue »demokratische« Verfassung« fest: Es sollte ein föderalistisches System entstehen; die Alliierten behielten Kontrollrechte über die deutsche Innen- und Außenpolitik; die Länder erhielten Kultur- und Bildungshoheit; eine unabhängige Justiz sollte die Verwaltung kontrollieren und die Freiheitsrechte des Einzelnen sichern; der Entwurf bedurfte der Zustimmung der Alliierten, die sich eine Ablehnung vorbehielten.

In der auf ihrer Tagung vom 8. bis 10. Juli 1948 in Koblenz erarbeiteten Antwortnote vom 10. Juli 1948 erklärten die noch vorwiegend gesamtdeutsch eingestellten Länderchefs, »daß, unbeschadet der Gewährung möglichst vollständiger Autonomie an die Bevölkerung dieses Gebietes, alles vermieden werden müßte, was dem zu schaffenden Gebilde den Charakter eines Staates verleihen würde; sie sind darum der Ansicht, daß auch durch das hierfür einzuschlagende Verfahren zum Ausdruck kommen müßte, daß es sich lediglich um ein Provisorium handelt sowie um eine Institution, die ihre Entstehung lediglich dem augenblicklichen Stand der mit der gegenwärtigen Besetzung Deutschlands verbundenen Umstände verdankt«. Sie müßten besonderen Wert darauf legen, »daß bei der bevorstehenden Neuregelung alles vermieden wird, was geeignet sein könnte, die Spaltung zwischen West und Ost weiter zu vertiefen«. Aus diesem Grund sei auch »von einem Volksentscheid Abstand zu nehmen«. »Ein Volksentscheid würde dem Grundgesetz ein Gewicht verleihen, das nur einer endgültigen Verfassung zukommen sollte.« Sie betonten ausdrücklich, »daß ihrer Meinung nach eine deutsche Verfassung erst dann geschaffen werden kann, wenn das gesamte deutsche Volk die Möglichkeit besitzt, sich in freier Selbstbestimmung zu konstituieren; bis zum Eintritt dieses Zeitpunktes können nur vorläufige organisatorische Maßnahmen getroffen werden«.

In der Anlage dazu hoben die Ministerpräsidenten noch einmal besonders hervor: »Die Einberufung einer deutschen Nationalversammlung und die Ausarbeitung einer deutschen Verfassung sollen zurückgestellt werden bis die Voraussetzungen für eine gesamtdeutsche Regelung gegeben sind und die deutsche Souveränität in ausreichendem Maße wieder hergestellt ist.« Sie schlugen dann die Bezeichnungen »Parlamentarischer Rat« statt »Verfassunggebende Versammlung« und »Grundgesetz« statt »Verfassung« vor.

Die von den Besatzungsmächten gebrauchten Wörter »Verfassunggebende Versammlung« und »Verfassung« wurden also von den deutschen Länderchefs abgelehnt, um den provisorischen Charakter der damaligen Lösung hervorzuheben. Die Alliierten nahmen das hin.

Die Länderchefs beriefen einen vorbereitenden Verfassungskonvent, einen Ausschuß von rund 30 Personen mit je einem Landesvertreter und von Sachverständigen, meist Staatsrechtlern, auf die idyllische Insel Herrenchiemsee. Dieser erarbeitete dort vom 10. bis 24. August 1948 die verfassungsmäßi-

gen Grundlagen des geplanten »Bundes deutscher Staaten«. Als ausschlaggebend erwies sich der redegewandte Staatsrechtler und Justizminister von Württemberg-Hohenzollern, Carlo SCHMID (SPD) (1896-1979), der seine Meinung vor allem gegen bayerischen Widerstand durchsetzen konnte, daß das Deutsche Reich nicht untergegangen sei.

Vom 10. bis 23. August 1948 fand auf Herrenchiemsee eine Versammlung von



Verfassungsfachleuten statt. Anton PFEIFFER (Bayern) eröffnete die Konferenz.

Ab 1. September 1948 tagte der Parlamentarische Rat unter dem Vorsitz des CDU-Vorsitzenden Konrad ADENAUER in Bonn zunächst im Gebäude der Pädagogischen Akademie, dann im ausgeräumten Lichthof des Naturkundemuseums Koenig. Leiter des ausschlaggebenden Hauptausschusses war Carlo SCHMID. Dieser hielt weiter am Fortbestand des Deutschen Reiches fest und erklärte am 8. September 1948 vor dem Rat, ohne Widerspruch zu erfahren, zur Ausgangslage des zu bildenden politischen Gebildes: »Was aber das Gebilde von echter demokratisch legitimierter Staatlichkeit unterscheidet, ist, daß es im Grunde nichts anderes ist als die Organisationsform einer Modalität der Fremdherrschaft; denn die trotz mangelnder voller Freiheit erfolgende Selbstorganisation setzt die Anerkennung der fremden Gewalt als übergeordneter und legitimierter Gewalt voraus. Nur wo der Wille des Volkes aus sich selber fließt, nur wo dieser Wille nicht durch Auflagen eingeengt ist durch einen fremden Willen, der Gehorsam fordert und dem Gehorsam geleistet wird, wird Staat im echten demokratischen Sinne des Wortes geboren.«

Mehrere Male - so am 19, Oktober, 22. November 1948 sowie am 12. Februar, 2. März und 5. April 1949 u. a. durch Memoranden - griffen die Hohen Kommissare bestimmend in die Arbeit des Parlamentarischen Rates ein, forderten Änderungen bei ihrer Meinung nach zu ausgeprägten zentralistischen Bestrebungen oder bei der zu starken Finanzverwaltung. Besondere in Bonn anwesende alliierte »Liaison Officers< prüften alle Drucksachen und Protokolle des Parlamentarischen Rats. Die Militärregierungen hörten auch die Telefone der maßgeblichen Parlamentarier ab.[1] ADENAUER »mußte häufig nach Frankfurt« zu den Militärgouverneuren zum Bericht fahren.[2] Deutsche Wünsche nach nur einer Kammer des Parlaments wurden abgelehnt.

[1] Karl-Ulrich GELBERG, »Soundso viele Cocktails«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 21. 2.1996.

[2] Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-1953*, Fischer, Frankfurt/M.-Hamburg 1967, S. 146.

Ein erster Verfassungsentwurf vom 13. Februar 1949 wurde von den Besatzungsmächten am 2. März 1949 wegen zu geringer Berücksichtigung des Föderalismus und zu starker Einbeziehung West-Berlins zurückgewiesen.

Altbundeskanzler Helmut SCHMIDT äußerte rückblickend im *Spiegel* zur Entstehung des Grundgesetzes: »Aber die Alliierten wollten ein machtloses Deutschland und legten großen Wen auf das, was wir heute Föderalismus nennen. Ich habe es manchmal >Föderasmus< genannt.«[3]

Bezeichnend ist, daß im Jahre 2005 in einem mehrseitigen Artikel[4] über die Entstehung des Grundgesetzes zwar sehr viele Einzelheiten wie die tägliche Biermenge oder die Telefonrechnung des Verfassungskonvents angegeben wurden, die wesentlichen Eingriffe der Besatzungsmächte und die damalige deutsche Betonung des Weiterbestehen des Deutschen Reiches jedoch kaum Erwähnung fanden.

Das nach den Forderungen der Alliierten[5] geänderte Grundgesetz wurde dann ausgerechnet am 8. Mai 1949, am Jahrestag der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht, vom Parlamentarischen Rat unter Leitung Konrad ADENAUERS mit 53 gegen 12 Stimmen des Zentrums, der Deutschen Partei, der KPD und Teilen der CSU angenommen. Zwei Tage später wurde Bonn mit knapper Mehrheit vor Frankfurt zum vorläufigen Sitz der Bundesbehörden gewählt und ein Wahlgesetz für den ersten Bundestag beschlossen.

Nach Genehmigung durch die Alliierten am 12. Mai 1949 und Ratifizierung durch die westdeutschen Landtage, wobei das Land Bayern ablehnte, wurde das Grundgesetz vom Präsidenten des Parlamentarischen Rates, Konrad ADENAUER, ausgerechnet am 23. Mai 1949, dem Tag der Verhaftung der Mitglieder der letzten Reichsregierung, in Bonn verkündet.

In der ursprünglichen Präambel des Grundgesetzes hieß es, es habe »das Deutsche Volk in den Ländern. .. um dem staatlichen Leben für eine Übergangszeit eine neue Ordnung zu geben, kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beschlossen«. Das stimmt aber in mehreren Punkten nicht. Einmal hat nicht das deutsche Volk das Grundgesetz beschlossen oder durch Volksabstimmung gebilligt, sondern dieses wurde auf Befehl der Alliierten erarbeitet, von diesen durch Vorgaben wesentlich bestimmt und nachhaltig kontrolliert. Ferner hat das Land Bayern gegen das Grundgesetz gestimmt. Die »Übergangszeit< dauerte dann mehr als 60 Jahre. Auch später gab es nie eine Zustimmung des deutschen Volkes, selbst bei der kleinen Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland am 3. Oktober 1990 nicht, als eine gute Gelegenheit zur Verabschiedung einer neuen echten Verfassung bestanden hätte. Schließlich war es nicht das Grundgesetz »der« Bundesrepublik, sondern das »für die« Bundesrepublik Deutschland.

Das Grundgesetz wurde viele Male durch Gesetz geändert, allein bis 1999 nicht weniger als 46mal, wobei mehrfach gleichzeitig mehrere Änderungen vorgenommen wurden. Auch die Präambel des Grundgesetzes wurde am 23.

[3] Helmut SCHMIDT im Interview in: *Der Spiegel,* Nr. 1, 2. 1. 2006, S. 50.

[4] Thomas DARNSTEDT, »Die verteilte Macht«, in: *Der Spiegel,* Nr. 50, 12. 12. 2005, S. 56-73.

[5] Deutscher Bundestag und Bundesarchiv (Hg.), *Der parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle.* Bd. 8: *Die Beziehungen des Parlamentarischen Rates zu den Militärregierungen,* bearbeitet von Michael F. FELDKAMP, Harald Boldt, Boppard 1995.

September 1990 entscheidend geändert. Der bis dahin geltende Auftrag für die deutsche Politik, »in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands zu vollenden«, wurde gestrichen und durch die unzutreffende Behauptung ersetzt: »Die Deutschen in den Ländern... haben in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit Deutschlands vollendet. Damit gilt dieses Grundgesetz für das gesamte Deutsche Volk.« Denn einmal war die deutsche Einheit durch den Anschluß Mitteldeutschlands an Westdeutschland 1990 noch nicht vollendet, weil Ostdeutschland, die Gebiete östlich von Oder und Neiße, sowie das Sudetenland und andere Bereiche noch ausstehen. Noch immer gilt, auch wegen der offenen Frage der deutschen Ostgrenzen, der in den sechziger Jahren von allen Parteien vertretene Grundsatz: »Deutschland ist größer als die Bundesrepublik.« Ferner hat die Bundesrepublik durch die noch bestehenden Vorbehaltsrechte der Alliierten, zum Beispiel durch die Vereinbarungen vom 25. September 1990 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte wie vom 23. September 1991 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin, noch keine Freiheit. Schließlich stimmt auch die im wesentlichen aus der alten Präambel übernommene Behauptung, es habe »sich das Deutsche Volk kraft seiner verfassungsgebenden Gewalt dieses Grundgesetz gegeben« (früher: beschlossen), für 1990 nicht, weil wiederum keine Zustimmung des deutschen Volkes erfolgte.

Daneben gelten offensichtlich auch weiterhin alliierte Vorbehaltsrechte für die Bundesrepublik und für Berlin, die die staatliche Souveränität Deutschlands einschränken.[6] Zur Diskussion um das Grundgesetz als Verfassung Deutschlands kommt ferner hinzu, daß die Reichsverfassung der Weimarer Republik vom 18. August 1919, die unzweifelhaft bis 1945 galt, auch nach 1945 nie ausdrücklich aufgehoben wurde und das Bundesverfassungsgericht 1973 und 1983 feststellte, daß das Deutsche Reich als Völkerrechtssubjekt nicht untergegangen ist. Ebenso wurden die Deutschland diskriminierenden Feindstaatenklauseln der UNO-Satzung bisher nicht außer Kraft gesetzt.

Rolf Kosiek

Der Parlamentarische Rat hat das vorstehende Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland in öffentlicher Sitzung am 8. Mai des Jahres Eintausendneunhundertneunundvierzig mit dreiundfünfzig gegen zwölf Stimmen beschlossen. Zu Urkunde dessen haben sämtliche Mitglieder des Parlamentarischen Rates die vorliegende Urschrift des Grundgesetzes eigenhändig unterzeichnet.

BONN AM RHEIN, den 23. Mai des Jahres Eintausendneunhundertneunundvierzig.

Konrad Adenauer

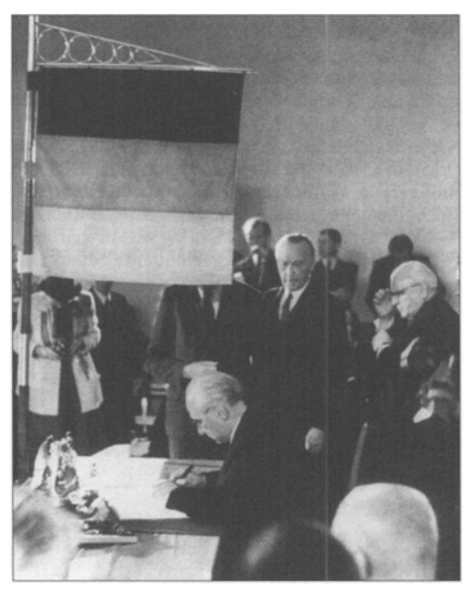
PRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Adolph Schönfelder

I. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES

Hermann Schäfer

II. VIZEPRÄSIDENT DES PARLAMENTARISCHEN RATES



Die letzte Seite des Grundgesetzes mit den Unterschriften von Konrad ADENAUER, Adolph SCHÖNFELDER und Hermann SCHAFER (FDP), Letzterer unterzeichnet das Grundgesetz am 23. Mai 1949.

[6] Siehe: Beitrag Nr. 493, »Wie souverän ist die Bundesrepublik Deutschland?«; Michael RENSMANN, *Besatzungsrecht im wiedervereinigten Deutschland,* Nomos, Baden-Baden 2002.

Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung

Der erste Bundeskanzler Konrad ADENAUER hat zwar oft und unmißverständlich die deutsche Einheit beschworen und die Wiedervereinigung als wichtigste Aufgabe deutscher Politik hingestellt. Aber schon zu seinen Lebzeiten gab er Anlaß zu echten Zweifeln an seiner gesamtdeutschen Auffassung. Weitere Zweifel kamen später hinzu. Neben den Vorgängen zur Saarabstimmung und zu Ostdeutschland, den deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße, betraf das auch die Wiedervereinigung. Hier seien besonders die folgenden Geschehnisse aufgeführt.

1. Berlin war nach dem Artikel 23 des Grundgesetzes ein Land der Bundesrepublik, allerdings mit alliierten Vorbehaltsrechten. Vor den ersten Bundestagswahlen 1949 soll ADENAUER die damals noch mögliche volle Einbeziehung West-Berlins in die Bundesrepublik hintertrieben haben, weil er eine durch den Einschluß Berlins erfolgende Stärkung der SPD verhindern wollte. Als das 1959 herauskam, setzte die damals noch gesamtdeutsch denkende FDP eine Große Anfrage im Bundestag durch. Dabei erklärte der Abgeordnete Dr. Erich MENDE: »Ein früherer Vertrauter Dr. ADENAUERS - gemeint soll sein Dr. KJNDT-KIEFER - machte uns gegenüber eine sensationelle Enthüllung. Er war vor der Bundestagswahl 1949 Zeuge eines Gesprächs zwischen ADENAUER und BIDAULT (dem damaligen französischen Ministerpräsidenten, R. K.)... ADENAUER schlug vor, daß West-Berlin nicht der Bundesrepublik angeschlossen werden solle, weil sonst die Gefahr eines sozialdemokratischen Übergewichts in Westdeutschland entstünde... Diese Meldung ist so ungeheuerlich, daß ich den Herrn Bundeskanzler bitten muß, vor dem Plenum zu erklären, was er gegen diese Art der Unterstellung, wenn es denn eine sein sollte, zu unternehmen gedenkt.«

ADENAUER beantwortete MENDES Frage nicht, ließ nur seinen Außenminister VON BRENTANO die Vorwürfe pauschal bestreiten. Sie dürften also wohl zutreffend gewesen sein.

In dem Gedächtnisprotokoll des Vermittlers der Zusammenkunft zwischen ADENAUER und BIDAULT heißt es: »Konrad ADENAUER brachte Georges BIDAULT gegenüber eine für Frankreich leichter durchführbare Wahlhilfe in Vorschlag, dahingehend, daß Frankreich verhindern sollte, daß Berlin ein Bundesland wird, um auf diese Weise eine mögliche Mehrheit der sozialdemokratischen Partei im kommenden Bundestag zu verhindern. Das Ansinnen Konrad ADENAUERS schien mir ungeheuerlich und brachte mich in eine extreme Gewissensnot.«[1]

[1] Zitiert in: »Ungeheuerliche Vorwürfe gegen Adenauer«, in: *Reichsruf*, 3. 10. 1959.

2. Auch ein Jahr später versuchte ADENAUER die Einbeziehung West-Berlins in Westdeutschland zu verhindern. In einem Aide-memoire vom 1. Septem-

ber 1950 von Bundeskanzler und BLANKENHORN an die Franzosen heißt es unter »Politische Sicherungen«: »1. Berlin nicht 12. Bundesland (soz.).«[2] Berlin wurde dann auch nicht ein vollberechtigtes Bundesland.

3. Am 10. März 1952 übergab der stellvertretende sowjetische Außenminister Andrej GROMYKO den drei westlichen Botschaftern (USA, Großbritannien und Frankreich) in Moskau die sogenannte **STALIN**-Note, die eine Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland unter für Deutschland annehmbaren Bedingungen vorschlug. ADENAUER, der dieses Friedensangebot Moskaus als einen deutlichen Erfolg der westlichen Politik wertete, lehnte jedoch ohne nähere Prüfung eine Annahme der Note ab' und beschwor die Westmächte, dasselbe zu tun. Er erklärte: »Jetzt sei es noch zu früh, doch man dürfe damit rechnen, daß die Sowjetunion in drei bis vier Jahren verhandlungsbereit sei.«[4] Auf einer Tagung des evangelischen Arbeitskreises in Siegen in Westfalen erklärte er schon am 16. März 1952: »Die **STALIN**-Note ist das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben ist.«[5] Der Innsbrucker Ordinarius und Leiter des dortigen Instituts für Zeitgeschichte, Rolf STEINIGER, gelangte später nach Prüfung alliierter Akten zu der Meinung, daß die Note ernst gemeint war.[6] Man hätte zumindest die Ernsthaftigkeit der sowjetischen Vorschläge prüfen müssen. Eine frühe Möglichkeit zur deutschen Wiedervereinigung wurde damit nicht daraufhin ausgelotet, wie ernsthaft sie gemeint gewesen war.

4. Anfang 1986 entdeckte ein Mitarbeiter des Deutschen Historischen Instituts in London in den gerade nach dreißig Jahren freigegebenen Akten der britischen Regierung ein Dokument (PRO, FO 371 118254/WG 1071/1374), das mit dem Stempel »höchst geheim« (Top secret) eine Aktennotiz des Ständigen Unterstaatssekretärs im Foreign Office, Sir Ivone KIRKPATRICK, vom 16. Dezember 1955 über dessen Gespräch mit dem westdeutschen Botschafter Hans HERWARTH VON BITTENEELD vom



Die STALIN-Note (hier als Plakat) stellte den »Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland« in Aussicht.

[2] Ebenda. Vgl. auch DI-Meldung »Adenauer gegen Berlin als Bundesland«, in: *Korrespondenzspiegel des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung,* Nr. 136/59, 31.7. 1959.

' Joseph FOSCHEPOTH, *Adenauer und die deutsche Frage,* Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1988, S. 48.

[4] Ebenda, S. 49.

[5] Zitiert in: Carl HAIDN, »Adenauer und die Wiedervereinigung«, in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 3, 1989, S. 29.

[6] Rolf STEINIGER, *Eine vertane Chance — Die Stalin-Note vom 10. März 1952 und die Wiedervereinigung,* J. H. W. Dietz, Bonn [3]1990.

[7] *Das Parlament,* Nr. 22, 1986; Wilhelm GREWE, *Die deutsche Frage in der West-Ost-Spannung,* S. 133 ff.

Vortag darstellte. Der von dem Briten niedergelegte Text des kurz nach dem Abschluß der ergebnislos verlaufenden Genfer Außenministerkonferenz geführten Gesprächs lautet:[7]

»Der deutsche Botschafter (damals HERWARTH VON BITTENFELD, R. K.) sagte mir gestern, daß er mir gerne eine besonders vertrauliche Mitteilung über diese Angelegenheit machen möchte. Ich würde mich noch daran erinnern, daß ich ihm bei meiner Rückkehr aus Genf gesagt hatte, daß ich zu der Meinung gekommen sei, daß wir möglicherweise flexibler sein müßten, indem wir erklärten, daß wir jeden vernünftigen Sicherheitsvertrag mit den Russen abschließen sollten - vorausgesetzt, daß Deutschland vereinigt würde, und zwar auf dem Weg freier Wahlen und vorausgesetzt, daß diese vereinigte deutsche Regierung im Innern und nach außen Freiheit hätte.



ADENAUER fand in dem damaligen US-Außenminister Foster DULLES (hier bei dessen erstem Besuch in Bonn am 5. Februar 1953) einen besonders engen Verbündeten, der auch eine Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion verfocht.

Der Botschafter sagte mir, daß er diese Möglichkeit streng vertraulich mit dem Kanzler diskutiert hatte. Dr. ADENAUER wollte mich wissen lassen, daß er es mißbilligen würde, wenn diese Position erreicht würde. Der nüchterne Grund dafür war, daß Dr. ADENAUER kein Vertrauen zum deutschen Volk habe. Er befürchtete, daß, wenn er von der Szene verschwunden sei, diese zukünftige deutsche Regierung eine Abmachung mit Rußland auf Kosten der Deutschen treffen würde. Folglich fühlte er, daß die Integrierung von Westdeutschland mit dem Westen wichtiger sei als die Wiedervereinigung von Deutschland. Er wollte uns wissen lassen, daß er alle Anstrengungen dahin lenken werde, dies in der ihm noch verbleibenden Zeit zu erreichen, und er hoffe, daß wir alles in unserer Macht Stehende tun würden, ihn bei dieser Aufgabe zu unterstützen.

Als er mir diese Mitteilung machte, betonte der Botschafter natürlich, daß der Kanzler mich wissen lassen wollte, wie er in dieser Angelegenheit denke, aber daß es für seine politische Position ziemlich verheerend wäre, wenn die Ansichten, die er mir gegenüber mit solcher Offenheit zum Ausdruck gebracht hatte, jemals in Deutschland bekannt würden.«

KJRKPATRICK genehmigte den Umlauf als Kabinettsvorlage in Whitehall, datiert vom 19. Dezember 1955. Umseitig erfolgte (unter FO 371/118254 - 1544488) der handschriftliche Eintrag KIRKPATRICKS, daß das »German Pa-

per< sowohl dem britischen Premierminister als auch dem State Department in Washington zur Kenntnis gebracht werde. Die Registrierung und Archivierung im britischen Außenministerium erfolgte am 19. Januar 1956 unter dem Archiv-Titel »Deutsche Einheit. Berichtsgespräch mit dem deutschen Botschafter über die Haltung Dr. ADENAUERS zur Deutschen Einheit oder Einbindung West-Deutschlands in den Westen. Action compl. Index 2/2/61«. Der damals amtierende britische Außenminister Harold MACMILLAN fügte am 19. Dezember 1955 nach der Kenntnisnahme dieses Inhalts dem Dokument handschriftlich bei: »Ich denke, er hat recht.«

ADENAUER hat also die Briten bei ihren Bemühungen um die deutsche Einheit gebremst und diese der Westbindung nachgeordnet - gegen das Gebot des Grundgesetzes.

5. Auf ein weiteres Dokument aus den Jahrzehnte geheimgehaltenen britischen Akten wies 1989 Dr. Joseph FOSCHEPOTH hin.[8] Er schreibt: »Bezeichnenderweise wurden immer dann großangelegte Kampagnen zur Wiedervereinigung Deutschlands (von der Bundesregierung, R. K.) gestartet, wenn Wahlen vor der Tür standen. Als im September 1956 die Bundesregierung mit großem propagandistischen Aufwand den vier Mächten ein Memorandum zur Frage der Wiederherstellung der deutschen Einheit übergab, beschwichtigte der damalige Vertraute ADENAUERS, Wilhelm G. GREWE, die Westmächte, daß dies alles nicht so ernst zu nehmen sei: >Die Deutschen hatten nicht die Absicht, in direkte Verhandlungen mit den Russen einzutreten, sondern seien lediglich der Meinung, daß es angebracht sei, den Austausch von Noten bis zum Zeitpunkt der Bundestagswahlen fortzusetzen, um den Eindruck zu erwecken, daß die Regierung aktiv die Wiedervereinigung betreibe.« Auch dieses Dokument befindet sich im britischen Staatsarchiv (PRO, FO 371/124548/WG 1071/131).«

[8] Joseph FOSCHEPOTH, *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28.6.1989.

Es beweist wohl überzeugend, daß ADENAUER die deutsche Wiedervereinigung entgegen seinen Worten nicht nur nicht als wichtigstes Ziel seiner Politik betrachtete und sie seinen Bemühungen um eine Westeinbindung der Bundesrepublik hintanstellte, sondern daß er ihr sogar Widerstände in den Weg legte.

Arnulf BARING schrieb über ADENAUER: »Man gewinnt den Eindruck, als sei ihm alles, was östlich des Bergischen Landes lag, letztlich rätselhaft und unheimlich geblieben. Seine Phantasie blieb rheinisch-katholisch begrenzt. Spätestens jenseits der Weser begann für ihn eine Welt, die er weder kannte noch kennen wollte.«[9]

[9] Veit VALENTIN, *Geschichte der Deutschen*, Kiepenheuer & Witsch, Köln 1979, S. 672

Und Veit VALENTIN hält in seiner *Geschichte der Deutschen* fest, daß ADENAUER in den zwanziger Jahren vertraulich zugab, »bei Braunschweig beginne für ihn die asiatische Steppe; in Magdeburg ziehe er immer die Vorhänge zu; wenn er über die Elbe fahre, spucke er jedesmal aus dem Fenster«.[10]

[10] Ebenda.

Beim Staatsbegräbnis ADENAUERS 1967 standen aber noch sechs Ritterkreuzträger der Deutschen Wehrmacht Ehrenwache.

Rolf Kosiek

Adenauer sabotierte die Einheit

Seitdem 2003, zum fünfzigsten Jahrestag des Aufstandes in der DDR, neue Dokumente ans Licht kamen, debattieren die Historiker über eine brisante Frage: Waren die Sowjets 1953 bereit, die DDR zu opfern und einer Wiedervereinigung zuzustimmen? War STALINS berühmte Deutschlandnote vom Jahre 1952 ernstgemeint?[1]

[1] Siehe: Beitrag Nr. 418, »Adenauerund die deutsche Wiedervereinigung«.

Bislang hält die etablierte Geschichtsschreibung an der seit ADENAUER zementierten Anschauung fest: STALINS Angebot sei reine Propaganda gewesen, weshalb der CDU-Bundeskanzler gut daran getan habe, die Note ohne nähere Prüfung zu verwerfen. STALIN hatte den Deutschen bekanntlich die Einheit, freie Wahlen und sogar eine eigene Armee angeboten, wenn sich das wiedervereinigte Deutschland im Gegenzug für neutral erklären würde.

Schon seit längerem machen Dokumentenfunde in sowjetischen und DDR-Archiven die Historiker stutzig. Demnach war der >Arbeiteraufstand< vom 17. Juni weniger eine spontane Erhebung der mitteldeutschen Landsleute als vielmehr eine gezielte Aktion sowjetischer Apparatschiks, die sich auf dem Umweg über den >VoIksaufstand< des Ul.BRJCHT-Regimes entledigen wollten. Denn seitdem Walter ULBRICHT im Jahr zuvor den >Aufbau des Sozialismus< verkündet hatte, ging es mit der DDR rapide bergab. Hunderttausende flohen in den Westen. Der mitteldeutsche »Arbeiter- und Bauernstaat< drohte zu kippen.



Georgi Maximilianowitsch MALENKOW (1902-1988).

Seit geraumer Zeit sorgt ein Dokument für Aufsehen, das die sowjetischen Pläne für eine Wiedervereinigung Deutschlands zu unterstreichen scheint. Es handelt sich um eine Rede des BERIJA-Konkurrenten Georgi MALENKOW, die dieser Anfang Juni 1953 vor ULBRICHT und anderen DDR-Größen in Moskau hielt. MALENKOW bekräftigte bei dieser Gelegenheit den Willen der Sowjetführung, die deutsche Teilung zu überwinden, und widersprach dabei ausdrücklich jenen Funktionären im eigenen Lager, die auf strikte Spaltung setzten. MALENKOW wörtlich:

»Man ist vielleicht geneigt zu denken, daß wir die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands stellen, weil wir bloß irgendwelche propagandistischen Ziele verfolgen, daß wir in der Wirklichkeit nicht anstreben, die Spaltung Deutschlands zu beenden... Das ist ein großer Irrtum.«

MALENKOW fuhr fort, auf der deutschen Teilung zu beharren, »heißt auf dem Kurs auf einen neuen Krieg hin zu beharren«. Die DDR steuere »mit aller Kraft auf eine innere Katastrophe zu«. Ohne die Anwesenheit der sowjetischen Truppen habe »das existierende Regime in der DDR keinen Bestand«.

Der Essener Ostexperte und Historiker Wilfried LOTH stellte den Text der MALENKOW-Rede in einem vor wenigen Jahren erschienenen Sammel-





Zwei britische Karikaturen zur STALIN-Note. Die rechte stammt aus der Feder von Low und erschien im Londoner *Daily Herald.* »Hinter Ihnen geht einer, dreh'n Sie sich nicht um!« Im Bild rechts von ADENAUER (mit dem Rücken zur Wand) sitzt der französische Außenminister Robert SCHUMANN, links der britische Außenminister Anthony EDEN, ADENAUER gegenüber der amerikanische Außenminister Dean ACHESON.

band erstmals vor.[2] Muß die Geschichte der deutschen Teilung jetzt neugeschrieben werden?

Martin GESCHAT u. Jochen-Christoph KAISER (Hg.), *Die Kirchen im Umfeld des 17. Juni 1953,* Kohlhammer, Stuttgart 2003.

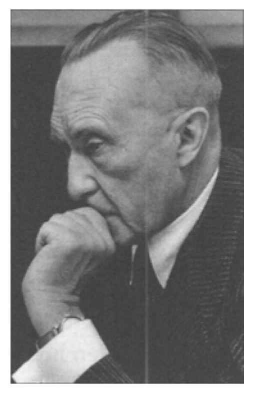
Es wird zumindest schwerer, die sowjetischen Vorstöße, die durch den Zweiten Weltkrieg herbeigeführte Spaltung Deutschlands zu überwinden, rundweg als Propaganda abzutun. Auch STALINS berühmte Note von 1952 gewinnt durch die MALENKOW-Rede vom Juni 1953 - da war STALIN bereits ein halbes Jahr tot, und in Moskau tobte der Machtkampf seiner Nachfolger - neues Gewicht, denn der von LOTH publizierte Text legt den Schluß nahe, daß es auch über STALINS Tod hinaus eine gewichtige Fraktion im Kreml gab, die sich mit dem Status quo nicht abfinden wollte.

Noch eines wird deutlich, je mehr Aktenfunde auftauchen: Die schärfsten Gegner der deutschen Einheit waren die Deutschen selbst, im Osten die ULBRICHT-SED, im Westen ADENAUER, den Kurt SCHUMACHER bekanntlich den »Kanzler der Alliierten« nannte[3] - mit Recht. Und zweifelsohne ist richtig, was Wilfried LOTH aus seinem Dokumentenfund folgert: daß es im Vorfeld des 17. Juni 1953 ein »Fenster der Gelegenheit« gab, den Sowjets den DDR-Staat »abzuhandeln<. Doch dafür fehlten im Westen die Verhandlungspartner, ADENAUER hatte sich längst auf die Westbindung der Bundesrepublik festgelegt, eine Haltung, die er auch in späteren Jahren nie wieder änderte.

[3] Im Deutschen Bundestag am 25. 11. 1949.

So kam es im September 1954 in London zu einer Reihe entscheidender Unterredungen mit einigen europäischen Regierungschefs über die zukünfti-

ge westeuropäische Integration. Während ADENAUER dabei die Vision eines Zusammenschlusses unter Einbindung Westdeutschlands verfolgte, brachte Frankreich unter Ministerpräsident MENDES-FRANCE unter anderem das Konzept einer gesamteuropäischen Verteidigungsallianz ins Gespräch, zu der Deutschland mit der Aufstellung eigener Nationalstreitkräfte seinen Beitrag leisten sollte. Hier stellte sich ADENAUER quer - mit geradezu hanebüchenen Argumenten, wie sich im Rückblick sagen läßt.



Bundeskanzler Konrad ADENAUER im Jahre 1954.

In der Nacht vom 28. auf den 29. September 1954 ließ ADENAUER in Gesprächen mit den Außenministern Luxemburgs und Belgiens, Joseph BECH und Paul-Henri SPAAK, die Katze aus dem Sack. Spiegel Korrespondent Lothar RÜHL war damals in dem Londoner Konferenzhotel als zufälliger Zeuge zugegen und notierte ADENAUERS Auslassungen mit:

»Ich bin fest überzeugt«, redete der Bundeskanzler demnach auf seine Gesprächspartner ein, »hundertprozentig überzeugt, daß die deutsche Nationalarmee, zu der uns MENDES-FRANCE zwingt, eine große Gefahr für Deutschland und Europa werden wird - wenn ich einmal nicht mehr bin, weiß ich nicht, was aus Deutschland werden soll, wenn es uns nicht doch noch gelingen sollte, Europa rechtzeitig zu schaffen.«

An dieser Stelle schaltete sich der luxemburgische Minister BECH mit der Bemerkung ein, Frankreich werde schon dafür sorgen, daß die deutsche Armee unter Kontrolle gehalten werde. Doch ADENAUER ließ sich in seinen antideutschen Ressentiments nicht irremachen. Mit einer ungeduldigen Handbewegung entgegnete er:

»Wenn Europa nicht wird und Deutschland eine Nationalarmee hat, dann können Sie eines Tages was erleben, Herr BECH, das sage ich Ihnen jetzt. Wenn in Deutschland wieder die Nationalisten an die Macht kommen...«

Selbst dem anwesenden Spiegel-Redakteur erschienen solche Tiraden reichlich dick aufgetragen, und er notierte in seinem damaligen Beitrag: »Die Furcht vor dem Wiedererstehen eines zynisch-bornierten deutschen Nationalismus schien ihn gänzlich ergriffen zu haben.« Originalton ADENAUER: »Glauben Sie mir, die Gefahr des deutschen Nationalismus ist viel größer, als man denkt.«

Offenbar ließen sich die europäischen Partner damals doch noch von dem vormaligen Separatisten ADENAUER überzeugen. Denn bekanntlich wurde aus einer eigenständigen deutschen Politik auf Jahrzehnte hinaus nichts, und die wiedergegründete deutsche Armee, die ein Jahr später in Gestalt der Bundeswehr ins Leben gerufen wurde, kam prompt unter amerikanischen Oberbefehl - eine verhängnisvolle Weichenstellung, wie man heute weiß. Schließlich war es nicht zuletzt die manische Westfixierung der ADENAUER-Partei CDU, die die deutsche Einheit jahrzehntelang verhinderte, und daß es nicht zur deutsch-deutschen Katastrophe kam, war pures Glück. Der »Kanzler der Alliierten« war jedenfalls alles andere als ein Schutzengel der deutschen Nation.

Karl Richter

Adenauer und die Saarfrage

Konrad ADENAUER war bereits in den zwanziger Jahren des 20. Jahrhunderts, damals Oberbürgermeister von Köln, wegen seiner Politik als Separatist gegen die deutsche Einheit und gegen Preußen aufgefallen und angegriffen worden. Es ist weithin vergessen, daß er diesen Vorwürfen neuen Auftrieb gab, als er 1955 als Bundeskanzler in den Wahlkampf im Saargebiet eingriff und in einer an Landesverrat grenzenden Weise die deutsche Bevölkerung der Saar aufrief, für das mit Frankreich ausgehandelte Saarstatut zu stimmen, das die endgültige Loslösung des Landes von Deutschland vorsah.

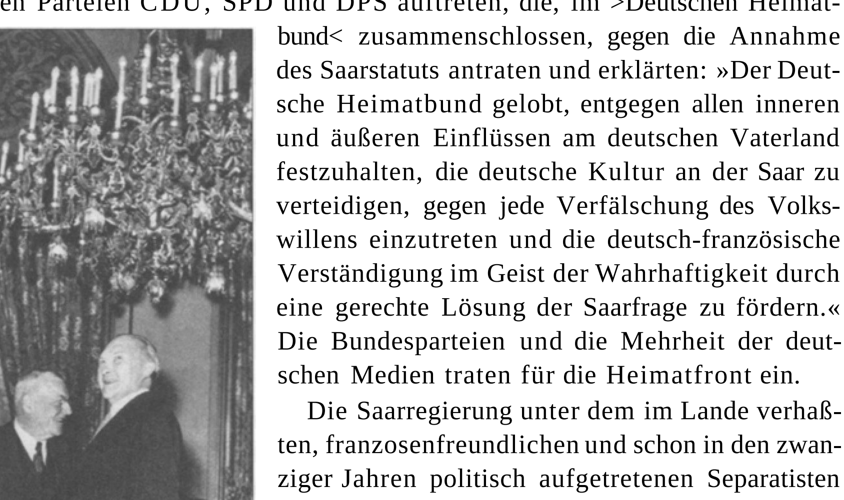
Das fast rein deutsche Saargebiet hatte nach fünfzehnjähriger französischer Herrschaft bei der Volksabstimmung am 13. Januar 1935 sich bei einer Wahlbeteiligung von 98 Prozent mit 90,8 Prozent für die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reich entschieden. Es wurde von den Amerikanern 1945 besetzt und am 7. Juli 1945 der französischen Besatzungszone zugeschlagen. Am 12. Februar 1946 trennten die Franzosen in Verletzung der Potsdamer Vereinbarungen vom 2. August 1945 das Saargebiet von ihrer übrigen Besatzungszone ab, führten dann eine besondere Verwaltung ein und gliederten es in der Folgezeit wirtschaftlich immer mehr Frankreich an. Am 26. Dezember 1945 wurden die Saarbergwerke unter französische Zwangsverwaltung gestellt. Am 23. Dezember 1946 wurde eine Zollgrenze zwischen dem Saargebiet und dem übrigen Deutschland errichtet. Die von Frankreich zunächst eingeführte Saarmark wurde am 16. November 1947 durch den französischen Franc als offizielle Landeswährung abgelöst. Am 8. November 1947 nahm der Landtag gegen eine Stimme eine neue Verfassung an, die bei politischer Autonomie des Saarlandes den wirtschaftlichen Anschluß an Frankreich vorsah. Durch kulturelle und sprachliche Maßnahmen wurde die Französisierung in dieser Zeit stark vorangetrieben.

Nach Gründung der Bundesrepublik nannte Bundeskanzler ADENAUER in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949 die Lösung der Saarfrage eine vordringliche Aufgabe der Bundesregierung. Bei seinem Gespräch mit Frankreichs Außenminister Robert SCHUMANN am 14. Januar 1950 in Bonn beharrte dieser auf Fonsetzung der Einbindung der Saar an Frankreich. Gegen fünf am 3. März 1950 zwischen der Saarregierung und Paris ohne Hinzuziehung Bonns geschlossene Abkommen zur weiteren Eingliederung des Landes nach Frankreich legte die Bundesregierung am 11. März 1950 Rechtsverwahrung ein und sprach von einer »verhüllten Annexion«. Mehrfach protestierten Bundesregierung und Bundestag in der Folgezeit gegen französische Unterdrückungsmaßnahmen im Saarland wie Nichtzulassung oder Verbot deutsch ausgerichteter Parteien, So wurde die Demokratische Partei Saar (DPS) am 21. Mai 1951 verboten, weil sie sich für den Anschluß

des Saargebietes an die Bundesrepublik einsetzte. Am 23. April 1952 erklärte der Bundestag erneut, daß das Saarland deutsches Staatsgebiet sei. Deutsch-französische Verhandlungen über die Saar scheiterten 1952/53 mehrfach an der starren Absicht Frankreichs, das Saargebiet ähnlich wie Elsaß-Lothringen endgültig zu annektieren.

Erst im Rahmen der Pariser Konferenzen vom 19. bis 23. Oktober 1954 über den Deutschlandvertrag der drei Westalliierten kam es auf einer Zweimächtekonferenz zu einer Vereinbarung zwischen Bundeskanzler ADENAUER und dem französischen Ministerpräsidenten MENDES-FRANCE über ein europäisches Statut für das Saargebiet: Dieses sollte politische Autonomie mit völkerrechtlicher Vertretung durch die Westeuropäische Union (WEU) erhalten, die wirtschaftliche Bindung an Frankreich sollte beibehalten und demokratische Freiheit auch für die deutsche Bevölkerung gelten. Über das Statut sollte eine international kontrollierte Volksabstimmung befinden. Die Annahme des Statuts hätte die endgültige Trennung des Landes von Deutschland bedeutet.

In dem verhältnismäßig kurzen Wahlkampf durften erstmalig die deutschen Parteien CDU, SPD und DPS auftreten, die, im >Deutschen Heimatbund< zusammenschlossen, gegen die Annahme des Saarstatuts antraten und erklärten: »Der Deutsche Heimatbund gelobt, entgegen allen inneren und äußeren Einflüssen am deutschen Vaterland festzuhalten, die deutsche Kultur an der Saar zu verteidigen, gegen jede Verfälschung des Volkswillens einzutreten und die deutsch-französische Verständigung im Geist der Wahrhaftigkeit durch eine gerechte Lösung der Saarfrage zu fördern.« Die Bundesparteien und die Mehrheit der deutschen Medien traten für die Heimatfront ein.





Am Rande der Pariser Deutschlandkonferenz von Oktober 1954 (»Deutschand ist in die Gemeinschaft der freien Völker aufgenommen«) wurde ein europäisches Statut für das Saargebiet vereinbart. *Von links:* Hochkommissar André FRANÇOIS-PONCET, Luxemburgs Außenminister BECH, US-Außenminister John Foster DULLES und ADENAUER.

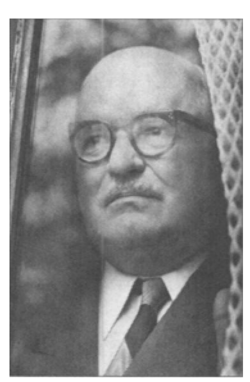
Die Saarregierung unter dem im Lande verhaßten, franzosenfreundlichen und schon in den zwanziger Jahren politisch aufgetretenen Separatisten Johannes HOFFMANN betrieb, von Frankreich unterstützt, mit allen stattlichen und polizeilichen Mitteln die Annahme des Statuts.

Kurz vor dem Abstimmungstag, dem 23. Oktober 1955, rief überraschend und zur großen Empörung vieler Deutscher Bundeskanzler ADENAUER die Saarbevölkerung öffentlich auf, für das Saarstatut und damit gegen die Rückkehr nach Deutschland zu stimmen. Er fiel damit dem Deutschen Heimatbund und seiner eigenen Partei, der



Eine treffende Karikatur (erschienen in: *Der Mittag, 29. 10. 1954)* aus französischer Sicht. Pierre MENDES-FRANCES Frau: »Ich finde, Cheri, daß wir das Problem außerordentlich praktisch gelöst haben.«

CDU im Saarland unter Dr. Hubert NEY, in den Rücken. Er fürchtete wohl, daß durch eine Ablehnung des Saarstatuts die von ihm mit Vorrang betriebene Einigung Westeuropas und die angebahnte deutsch-französische Freundschaft behindert werden könnten. Er war bereit, die Saar dem Fortschritt in der europäischen Frage zu opfern und deren Bewohnern die deutsche Staatsangehörigkeit zu nehmen. Freunde ADENAUERS gaben später, ihn entschuldigend, an, der Bundeskanzler habe in sicherem Wissen um den Ausgang der Abstimmung für Deutschland als »politischer Fuchs< sich durch seine Erklärung für das Saarstatut eine bessere Ausgangsgrundlage für die anschließenden Verhandlungen mit Frankreich schaffen wollen. Das ist jedoch wenig überzeugend.



Johannes HOFFMANN (1890-1967), genannt Joho< oder »der Dicket, war 1947-1955 Ministerpräsident des französischen Protektorats Saarland, trat 1955 nach der Saar-Abstimmung zurück, die die Europäisierung der Saar ablehnte.

Glücklicherweise lehnte am 23. Oktober 1955 bei einer großen Wahlbeteiligung eine deutliche Mehrheit von 68 Prozent der Saarländer das Statut ab. Sie entschieden sich damit gegen die Europäisierung ihrer Heimat im Schlepptau Frankreichs und schufen damit die Voraussetzung zur Rückkehr der Saar nach Deutschland. Der am 18. Dezember 1955 neugewählte Landtag besaß eine deutsche Mehrheit und beschloß nach neuen deutschfranzösischen Verhandlungen ab 13. November 1955 am 31. Januar 1956 den Anschluß das Saarlandes an die Bundesrepublik Deutschland. Dieser erfolgte dann nach deutsch-französischen Vereinbarungen im Luxemburger Abkommen vom 4. Juni 1956 und einem Vertrag zwischen Bonn und Paris vom 27. Oktober 1956 am 1. Januar 1957 politisch und zum 1. Januar 1960 wirtschaftlich. Die Saar wurde, wie rund 20 Jahre vorher schon einmal durch eindeutige Volksabstimmung, wieder deutsch.

Die Ablehnung des Saar-Statuts verhinderte in der Folgezeit weder die deutsch-französische Freundschaft noch die weitere Entwicklung zur europäischen Einigung.

Rolf Kosiek

Adenauer und die Oder-Neiße-Linie

Der erste Bundeskanzler (1949-1963) Konrad ADENAUER (1876-1967) prägte die frühen Jahrzehnte der Bundesrepublik mit seiner Politik der Westanbindung und gab dieser vor der deutschen Wiedervereinigung Vorrang. Das kam besonders bei der STALIN-Note von 1952 zum Ausdruck, die er ohne nähere Prüfung verwarf. So wurde eine vage Möglichkeit früher deutscher Wiedervereinigung nicht auf die Ernsthaftigkeit ihres Angebotes hin ausgelotet.

Den Worten nach bekannte ADENAUER sich zwar stets zur deutschen Einheit und vertrat das Recht der Deutschen auf die Oder-Neiße-Gebiete. Wie weit das ehrlich gemeint war, ist eine offene Frage. Er war rheinischer »Abendländer« seit der Zeit des Separatismus nach 1919 und gegen Preußen und das Reich eingenommen. Er betonte gegenüber CHURCHILL am 4. Dezember 1951 in London, »daß ich kein Preuße sei«,[1] und hatte einen Widerwillen gegen Berlin, das für ihn eine »heidnische Stadt« war. Überliefert ist sein Ausspruch als Kölner Oberbürgermeister aus der Weimarer Zeit, daß er, wenn er nach Berlin fahre, in Magdeburg die Fenster des Zuges verhänge, weil dann die asiatische Steppe beginne.[2]

Erst lange nach seinem Tod kamen Dokumente an die Öffentlichkeit, die große Zweifel an seiner Vertretung der deutschen Rechte auf Ostdeutschland erzeugten. Der Bonner Politikwissenschaftler Prof. Karl KAISER (1934—), Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, erklärte 1989,[3] daß Bundeskanzler ADENAUER schon 1952 in einem bisher streng geheimgehaltenen »Vertrag«, der aus zwei Paragraphen bestehe, den Westmächten zugesichert habe, daß die künftige deutsche Ostgrenze bei einer Wiedervereinigung längs der Oder-Neiße-Linie verlaufen solle. Das habe ihm ein Zeitzeuge versichert, der diese Verzichtserklärung selbst in der Hand gehabt habe. Das Dokument müsse in den Archiven der westlichen Außenministerien und in Bonn liegen. Die daraufhin in Bonn eingeleitete Suche nach einem solchen Dokument blieb erfolglos. Der *Spiegel* meldete dazu,[4] daß offensichtlich zu ADENAUERS Zeiten geheime Dokumente aus den Akten des Bonner Außenministeriums entfernt worden seien, die in der Registratur noch aufgeführt seien.

Man fand in Bonn jedoch eine Notiz über ein Gespräch ADENAUERS mit US-Außenminister Dean ACHESON (1893-) vom 21. November 1951. Darin heißt es: »Mr. ACHESON brachte das Gespräch auf den Artikel VII des Generalvertrages, Friedensregelung und Wiedervereinigung. Hierzu machte der Bundeskanzler längere Ausführungen etwa folgenden Inhalts: Die Bundesregierung stelle keine Ansprüche und verlange keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße. Sie erwarte aber, daß auch

[1] Konrad ADENAUER, *Erinnerungen 1945-195)*, Fischer, Frankfurt/M.-Hamburg 1967, S. 493.

[2] Horst J. ANDEL, »Verhinderte Adenauer die deutsche Wiedervereinigung?« in: Gert SUDHOLT (Hg.), *Deutsche Annalen 1987*, Druffel, Leoni 1987, S. 124.

[3] *Tagespreise*, 12. 7. 1989.

[4] *Der Spiegel*, 31. 7. 1989.



Der Käfig ist offen, aber der zerzauste Bundesadler mit dem AdeNAUER-Kopf bleibt an der Kette. Zeichnung von E. M. LANG aus dem Jahre 1952.

die Alliierten keinerlei Bindungen gegenüber Dritten, sei es z.B. gegenüber Polen, eingingen. Dieses Problem müsse der Friedensregelung vorbehalten bleiben,«[5]

Prof. Wilhelm GREWE (1911—), 1951 der Leiter der bundesdeutschen »Delegation für die Ablösung des Besatzungsstatuts< und damaliger Vertrauter ADENAUERS, bestätigte KAISERS Vorwürfe teilweise, indem er erklärte, bei den Verhandlungen vor dem Deutschlandvertrag habe zwischen der Bundesregierung und den Alliierten Übereinstimmung darüber bestanden, »daß die gemeinsame Forderung nach Wiedervereinigung nur die Bundesrepublik und die DDR betreffe. Die Ostgebiete waren nicht einbegriffen. Sozusagen unter der Hand war man sich einig darin«.[6] Er widersprach zwar KAISERS späteren Ausführungen,[7] ADENAUER habe auf Ostdeutschland verzichten wollen, gab jedoch zu, es sei »unbestreitbare Tatsache, daß auch ADENAUER davon überzeugt war, die Westverschiebung Polens lasse sich nicht rückgängig machen. Aber staatsmännischer Realismus kann auch darin bestehen, daß man nicht vorzeitig Trümpfe aus der Hand gibt«.[3]

Unbestreitbare Tatsache dürfte jedoch sein, daß ADENAUER die deutsche Öffentlichkeit bis zu seinem Tod über die ihm bekannte wirkliche Haltung der Westmächte zur Frage der Oder-Neiße-Gebiete täuschte. Wie erst Jahrzehnte später durch Öffnung britischer Archive herauskam, wußte ADENAUER spätestens seit der Unterredung mit den drei westlichen Hohen Kommissaren John Jay ME CLOY (1895-), Sir Ivone KIRKPATRICK (1897-1964) und Andre FRANCOIS-PONCET (1887-) am 15. November 1951 genau, daß man in Washington, London und París die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze Deutschlands zu Polen ansah. Die höchsten Vertreter der westlichen Besatzungsmächte hatten ihm an diesem Tag im Vorfeld des Generalvertrags und der Vereinbarungen zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) eindeutig klar gemacht, daß sie unter einem wiederzuvereinigenden Deutschland nur ein solches bis zur Oder-Neiße ansehen würden. Auch ADENAUERS Hinweis, daß dann wohl der Deutsche Bundestag die geplanten Verträge nicht ratifizieren werde, half zunächst nichts. »Das Gespräch endete ohne Ergebnis. <[9]

Doch der Bundeskanzler wollte seine Politik der Westintegration nicht gefährden. Zu einem Kompromiß kam es, wie oben schon erwähnt, wenige Tage später, als ADENAUER in Anwesenheit von Staatssekretär Walter HALLSTEIN mit US-Außenminister Dean ACHESON am 21. November 1951 in Paris am Vortag der Außenministerkonferenz vereinbarte, daß die Alliierten über ihre ihm offenbarte Haltung zur Oder-Neiße-Linie nichts äußern und nichts Neues dazu vereinbaren sollten.[9] Die Deutschen sollten also weiter in dem Glauben bleiben, die Westmächte stünden hinter den berechtigten deutschen Ansprüchen auf Ostdeutschland und es gelte, was Bundestagspräsident Paul LÖBE am 13. Juni 1950 in der feierlichen Rechtsverwahrung des Bun-

[5] *Die Welt,* 22. 7. 1989.

[6] Zitiert in: *Stuttgarter Nachrichten,* 13. 7. 1989.

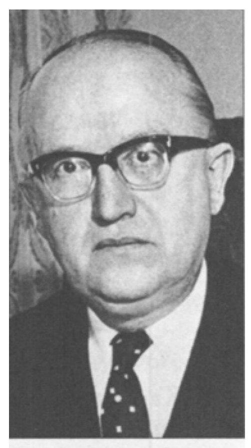
[7] Karl KAISER, in: *Die Zeit, 22.* 9. 1989.

[8] Wilhelm GREWE, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 19. 10. 1989.

[9] N ther POSSER, »... und daß auf ihr die deutsche Frage vom Tisch gewischt werde«, in: *Frankfurter Rundschau,* 5. 1. 1990, S. 14; siehe auch Beitrag Nr. 484, »Westalliierte täuschen über Oder-Neiße-Linie«.

destages, des Bundesrates und der Bundesregierung zur Warschauer Deklaration verkündet hatte: daß die Oder-Neiße-Gebiete ein Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands seien, daß Ostdeutschland den Polen nur zur »einstweiligen Verwaltung übergeben worden« sowie ein Teil Deutschlands geblieben sei, über den erst in einem Friedensvertrag bestimmt werden könne.[10]

Das Wissen über diese Einstellung der Westmächte nahm ADENAUER mit ins Grab, und seine Mitarbeiter Staatssekretär Walter HALLSTEIN (1901-) und Ministerialdirektor Herbert BLANKENBORN, die gewöhnlich bei den Gesprächen mit den Hochkommissaren anwesend waren, schwiegen anscheinend auch darüber bis zu ihrem Tod. In seinen Erinnerungen von 1945 bis 1953 erwähnt ADENAUER bezeichnenderweise das oben genannte schicksalsschwere Gespräch vom 15. November 1951 in Bonn überhaupt nicht, obwohl er sonst die Treffen mit den Hohen Kommissaren ausführlich wiedergibt und im Vorwort seiner Erinnerungen ausdrücklich versichert: Dieses Buch »soll meine Erinnerungen an das, was ich seit 1945 erlebt habe, wiedergeben, ohne Auslassungen, ohne Färbung«.[11] Über die oben erwähnte Vereinbarung mit ACHESON am 21. November 1951 hielt er nur fest: »Wir sprachen eingehend über den Artikel VII des Deutschlandvertrages, der eine Friedensregelung und die Wiedervereinigung Deutschlands betraf. Hierzu erklärte ich, daß die Bundesregierung von den Alliierten erwarte, daß sie hinsichtlich der Gebiete Östlich der Oder-Neiße keinerlei Bindungen gegenüber Dritten, zum Beispiel Polen, eingingen. Dieses Problem müsse der Friedensregelung vorbehalten bleiben.«[12] Den von ihm dem US-Außenminister gegenüber ausgesprochenen Verzicht auf die Oder-Neiße-Gebiete verschwieg er wie auch die abgesprochene Geheimhaltung der wirklichen Einstellung der Besatzungsmächte zur deutschen Ostgrenze. Es findet sich dazu in den erwähnten Memoiren kein Wort. Auch in seinem Bericht vor dem Bundestag oder in späteren Regierungserklärungen wird diese Vereinbarung nicht genannt.





Von oben: Walter HALLSTEIN und Wilhelm GREWE.

In seinen Erinnerungen über die Jahre 1945 bis 1953 hat ADENAUER das Problem Ostdeutschlands sonst nicht erwähnt. Nur an einer Stelle schreibt er kurz, daß CHURCHILL ihn am 4. Dezember 1951 bei seinem Besuch in London darauf angesprochen habe: »CHURCHILL kam auf die Oder-Neiße-Linie zu sprechen: Es wäre für Deutschland ein Fehler, jetzt von der Oder-Neiße-Linie zu reden. Er könne die Versicherung abgeben, daß dies bei der künftigen Friedensregelung geklärt werde. Man solle diese Frage jetzt nicht aufwerfen.« Nach dem Rat, gute Verbindung zu Polen zu suchen, habe CHURCHILL dann noch erklärt: »Haben Sie volles Vertrauen zu England, wir werden nicht hinter Ihrem Rükken Geschäfte machen.«[13] Dabei gingen sicher beide davon aus, daß die Oder-Neiße-Linie die endgültige Ostgrenze Deutschlands sein werde.

In seinen Mitte der sechziger Jahre geschriebenen Erinnerungen braucht ADENAUER auch schon den Begriff »Ostdeutschland' für Mitteldeutschland,[14] was allgemein erst ab 1990 in der Öffentlichkeit erfolgte, benutzt dort aller-

[10] Voller Text u. a. in: Bundestagsprotokoll vom 13. 6. 1950, 68. Sitzung der ersten Legislaturperiode.

[11] ADENAUER, aaO. (Anm.l), S. 10.

[12] Ebenda, S. 497.

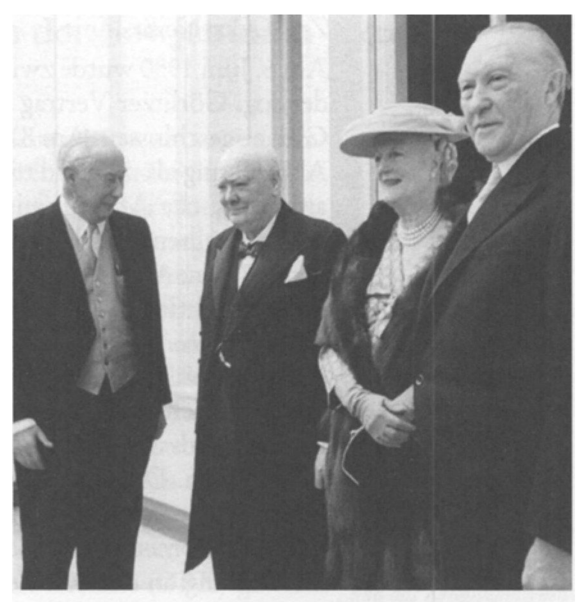
» Ebenda, S. 492.

[111] Ebenda, S. 364.

dings meist »Sowjetische Besatzungszone< oder »Ostzone«. Bei einer Stelle zur deutschen Wiedervereinigung wendet er sich ausdrücklich zu Recht gegen Annexionen im Westen: »Ich halte die Grenzberichtigungen, die im Westen Deutschlands vorgenommen werden sollen, für sehr unklug. Diese durch Diktat vorgenommenen Grenzberichtigungen verletzen ein Volk in seinen berechtigten nationalen Gefühlen.«[15] Aber er erwähnt dabei Ostdeutschland überhaupt nicht, als sei ihm das Schickai der Oder-Neiße-Gebiete gleichgültig.

Bis zum Beginn der bundesdeutschen Verzichtspolitik für Ostdeutschland, die durch die Ostdenkschrift der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD)[16] von 1965 eingeleitet und dann unter der Regierung BRANDT/SCHEEL ab 1969 durchgesetzt wurde, wurden die Deutschen somit getäuscht und konnten - insbesondere die Vertriebenen - weiterhin annehmen, daß die Frage der Oder-Neiße-Gebiete auch für die westlichen Verbündeten noch offen sei und erst im künftigen Friedensvertrag geregelt werde. In Wirklichkeit war sie damals von den Siegermächten bereits längst abgeschlossen und zu Lasten Deutschlands erledigt. Und ADENAUER, dem der SPD-Oppositionsführer Kurt SCHUMACHER schon am 25. November 1949 im Bundestag vorgeworfen hatte, er sei der »Bundeskanzler der Alliierten«,[17] hatte bei dieser Täuschung des deutschen Volkes als Kumpan der Besatzungsmächte wesentlich mitgespielt.

Rolf Kosiek





Oben: Ex-Premier CHURCHILL zu Besuch in Bonn im Jahre 1956 (links im Bild Bundespräsident HEUSS) - stillschweigendes Einverständnis. *Unten:* BRANDTS Kniefall von Warschau - nicht unbedingt eine neue Sicht der Ostgrenze.

[15] Ebenda, S. 180.

[16] Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes \zu seinen östlichen Nachbarn,* Amtsblatt der Evangelischen Kirche in Deutschland, Hannover 1965.

[17] ADENAUER, aaO. (Anra. 1), S. 279; Protokoll der Bundestagssitzung vom 24./25, 11, 1949,

Zur Oder-Neiße-Linie

Am 6. Juni 1950 wurde zwischen der mitteldeutschen Sowjetzone und Polen der sog. Görlitzer Vertrag über die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze geschlossen. Am 8. Juni 1950 bezeichnete die Bundesregierung diese Abmachung als null und nichtig. Am selben Tag erklärten das britische und amerikanische Außenministerium das Abkommen als nichtig, beide Westmächte stellten fest, daß sie die Oder-Neiße-Linie nicht als Grenze anerkennen würden. Am 13. Juni 1950 erklärte der Alterspräsident Paul LÖBE (SPD) für alle Fraktionen und Gruppen des Bundestages außer der KPD *([Behandlungen des Deutschen Bundestags*, 1. Wahlperiode 1949, stenographische Berichte, Band 4, S. 2457,68. Sitzung): »Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. Meine Damen und Herren, niemand hat das Recht, aus eigener Machtvollkommenheit Land und Leute preiszugeben oder eine Politik des Verzichts zu treiben,.. Die Mitwirkung an der Markierung der Oder-Neiße-Linie als angeblich >unantastbare< Ostgrenze Deutschlands, zu der sich die sogenannte Provisorische Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereitgefunden hat, ist ein Beweis für die beschämende Hörigkeit dieser Stelle gegenüber einer fremden Macht.«



Demonstration im Jahre 1970 gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie.

Adenauer und die Gefangenen in der Sowjetunion

Am 8. September 1955 reiste Bundeskanzler Konrad ADENAUER auf Einladung des sowjetischen Ministerpräsidenten BULGANIN nach Moskau. Als der wohl wichtigste Erfolg seiner dortigen Verhandlungen kann gewertet werden, daß anschließend mehr als 10000 deutsche Kriegsgefangene nach über zehnjähriger völkerrechtswidriger Haft in den Lagern der Sowjetunion in die Heimat entlassen wurden. Vorher hatten jahrelang offizielle Moskauer Stellen erklärt, daß sich keine deutschen Gefangenen mehr in russischem Gewahrsam befänden, sondern nur noch einige verurteilte »Kriegsverbrechen. Die Heimkehrer waren dem Bundeskanzler für diese Tat dankbar.

Weniger bekannt ist, daß ADENAUER Jahre vorher sich Bestrebungen des Deutschen Roten Kreuzes zugunsten der Kriegsgefangenen in Rußland in den Weg gestellt hatte.[1] Im März 1952 war Heinrich WEITZ, der selbst einen Sohn unter den in Rußland Vermißten hatte, zum Präsidenten des im Vormonat formell neu gegründeten Deutschen Roten Kreuzes (DRK) gewählt worden. Mit großer Tatkraft setzte er sich sofort für die noch Gefangenen ein. Er erreichte es, daß noch vor Beginn der Internationalen Rotkreuzkonferenz in Toronto am 26. Juni 1952 das DRK offiziell anerkannt und in die internationale Liga aufgenommen wurde. Auf die Initiative der deutschen Abordnung unter WEITZ befaßte sich die Konferenz auch mit dem Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen im Osten.

Als bald darauf im Dezember 1952 bekannt wurde, daß rund 30000 japanische Kriegsgefangene aus China entlassen worden seien, hielt WEITZ den Zeitpunkt für ein stärkeres deutsches Vorgehen in der Frage der Gefangenen für günstig und sprach mit dem damaligen Staatssekretär HALLSTEIN vom Bonner Auswärtigen Amt über seinen Plan, persönlich in die UdSSR zu reisen, um Verbindung mit dem Präsidenten der sowjetischen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaft aufzunehmen. HALLSTEIN war sofort von dem Gedanken angetan und informierte darüber ADENAUER. Dieser zeigte sich jedoch davon nicht erbaut. Man kann vermuten,[2] daß er von amerikanischer Seite aufgefordert worden war, nichts in dieser Hinsicht zu unternehmen, da die USA im damaligen Kalten Krieg die Masse der deutschen Gefangenen im Osten in ihrem öffentlichen politischen Kampf gegen Moskau ausnutzen wollten. Jedenfalls teilte er am 10. Januar 1953 dem DRK-Präsidenten in einem persönlichen Gespräch mit,[3] daß er »ernsthafte Bedenken« habe und die »Reise in die UdSSR für aussichtslos« halte.

Dennoch gab WEITZ nicht auf und verhandelte weiter mit HALLSTEIN. Doch ADENAUER stellte sich jetzt stärker in den Weg: In einem Brief[4] an WEITZ schrieb er nach einem ausgesprochenen Dank an den DRK-Präsidenten für die an HALLSTEIN übermittelten Einzelheiten: »Auf Grund der Ver-

[1] Ausführlich geschildert bei: Ludwig PETERS, *Das Schicksal der deutschen Kriegsgefan genen. Wir haben Euch nicht vergessen!*, Graben, Tübingen 1995, S. 332-338; Dieter RIESENBERGER (Hg.), *Das Deutsche Rote Kreuz Konrad Adenauer und das Kriegsgefangenen problem*, Donad, Bremen 1994.

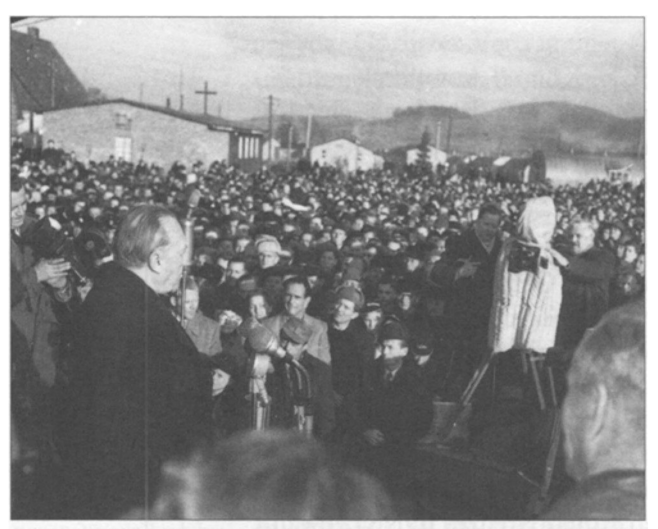
[2] PETERS, ebenda, S. 333 f.

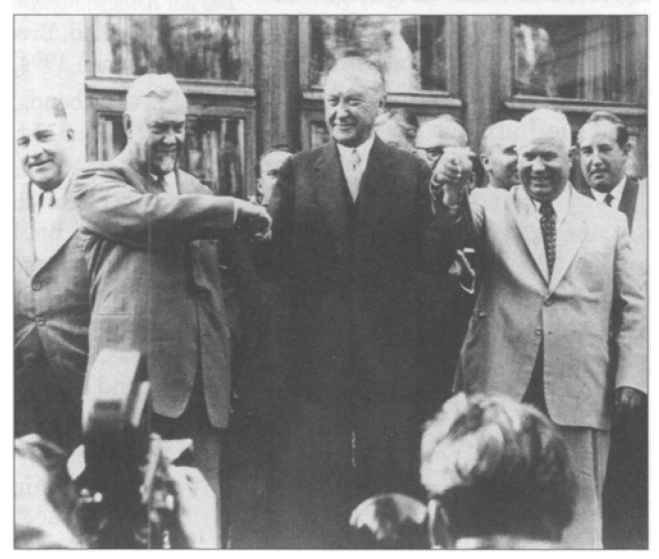
[3] Das Erg drückte Heinrich WEITZ in einem Brief an einen Freund aus. Das Schreiben ist abgedruckt bei PETERS, ebenda, S. 334 f., und RIESENBERGER, aaO. (Anm. 1), S. 61 f.

[4] Abgedruckt in: H. P. MENSING (Hg.), *Adenauer. Rhöndorfer Ausgabe, Briefe 1951-1953;* ebenso vollständig abgedruckt in: PETERS, ebenda, S. 336 f.

antwortung, die ich für die Außenpolitik der Bundesrepublik trage (ADENAUER war damals auch Außenminister, H. W.), halte ich mich indessen für verpflichtet, eine ernste Warnung auszusprechen. Ich weiß, daß Sie Ihren Schritt mit der Notwendigkeit, für die Befreiung der deutschen Kriegsgefangenen in der Sowjetunion etwas zu tun, begründen. Ich möchte Ihnen aber nicht verhehlen, daß ich eine solche Aktion für ganz aussichtslos halte, und ich kann mir schlecht denken, daß man sich beim Roten Kreuz, das ja über ein sehr konkretes Erfahrungsmaterial in dieser Frage verfügt, insoweit einer Illusion hingibt. Es bleiben also lediglich die innenpolitischen Wirkungen und der außenpolitische Eindruck nach dem Westen zu bedenken. Was jene anbelangt, so kann die ins Auge gefaßte Aktion nur bei vielen unglücklichen Menschen Hoffnungen erwecken, die bitter enttäuscht werden müssen. Noch ernster nehme ich den Eindruck, der in den politischen Kreisen des Westens entsteht... Ich muß aber mit allem Ernst darauf hinweisen, daß gerade im gegenwärtigen Augenblick, in dem die Außenpolitik der neuen amerikanischen Administration festgelegt wird und in dem leider Zweifel an der Verläßlichkeit der europäischen Glieder der atlantischen Gemeinschaft erregt worden sind, alles unterlassen werden sollte, was Anlaß gibt, Fragen und Zweifel in Bezug auf die Einstellung der deutschen öffentlichen Meinung auszulösen. Ich möchte Sie aus diesen Gründen bitten, Ihre Überlegungen noch einmal zu überprüfen, und wäre sehr beruhigt, wenn Sie mich wissen lassen könnten, daß Sie von dem Plan Abstand nehmen. ..«

Auch weitere Gespräche und Vorstöße des DRK-Präsidenten brachten keinen





Oben: Im Januar 1954 begrüßte ADENAUER im Lager Friedland eine größere Anzahl deutscher Kriegsgefangener aus der Sowjetunion, die bei ihrer Ankunft »Deutschland, Deutschland über alles« sangen. Bezeichnend war: Die Wochenschau strich die Zeile »Von der Maas bis an die Memel« aus ihrem Film heraus. *Unten:* ADENAUER 1955 in Moskau, umrahmt von Nikolai BULGANIN und Nikita CHRUSCHTSCHOW,

Durchbruch in Bonn. So mußten wegen ADENAUERS Rücksichtnahme auf den Westen, die ja in der Frage Berlins oder der Saarabstimmung ähnlich schwerwiegende Folgen hatte und an Landesverrat grenzte, die Tausende deutscher Kriegsgefangenen noch mehr als zweieinhalb Jahre auf ihre Rückkehr warten. Viele von ihnen starben in dieser Zeit, die sonst in der Heimat sicher zum großen Teil überlebt hätten.

Eine interessante Einzelheit des ADENAUER-Besuchs kam erst spät heraus:[11] Der Bundeskanzler wurde auf dem Moskauer Flughafen vom russischen Ministerpräsidenten BULGANIN empfangen. Dieser soll zwischen 1931 und 1933 als damaliger Vorsitzender des Exekutivkomitees des Moskauer Sowjets (Oberbürgermeister) auf einer Rundreise auch Köln besucht und mit dem donigen Oberbürgermeister ADENAUER den Dom besucht haben. ADENAUER habe das in kleiner Runde 1955 erzählt. Beim Moskau-Besuch haben beide sich ihre Bekanntschaft in der Öffentlichkeit nicht anmerken lassen, und ADENAUER erwähnte sie auch nicht in seinen Erinnerungen,



Aus DDR-Quellen wurde Jahrzehnte später bekannt, daß der sowjetische Parteichef CHRUSCHTSCHOW schon am 14. Juli 1955, also Wochen vor dem ADENAUER-Besuch, der Ost-Berliner Führung angekündigt hatte, dem Bundeskanzler bei dem bevorstehenden Treffen in Moskau die deutschen Kriegsgefangenen als Tauschobjekt anzubieten.[6] Daß die Sowjets schon vor ADENAUERS Moskaureise die Vorbereitungen zur Rückführung der Gefangenen getroffen hatten, geht auch daraus hervor, daß sie ab März 1955 die Deutschen aus den Lagern im Norden, insbesondere aus Workuta und Inta, im Übergangslager Suchbeswodnoje und Potma zusammenzogen, von wo sie dann Ende September/Anfang Oktober nach Westen entlassen wurden.[7] Dadurch erscheint ADENAUERS Verhandlungserfolg nicht mehr ganz so spektakulär und überraschend.

Oben: Heinrich WEITZ (1890-1962) war 1952 bis 1961 Präsident des DRK der BRD.
Unten: ADENAUER bei seiner Rückkehr aus Moskau im September 1955.

[5] Heinz BRAHM U. Valerij LJUBIN, »Ein unbekannter Adenauer«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 13. 9. 2005, S. 10.

[6] Rainer BLASIUS, »Botschafteraustausch gegen Gefangenenfreigabe« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 9. 9. 2005.

[7] Werner GUMPEL, Gilching, in Leserbrief »Umfirmierte Gefangene« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 21. 9. 2005.

Waren die Spätheimkehrer aus der Sowjetunion >Kriegsverbrecher?

In der Berichterstattung zum 50. Jahrestag des Moskau-Besuches ADENAUERS 1955 und der daraufhin erfolgenden Heimkehr der angeblich letzten Kriegs- und Zivilgefangenen aus der Sowjetunion wurden weite Teile dieser Opfer STALINscher Siegerjustiz in der bundesdeutschen Presse als »Kriegsverbrecher« verunglimpft.[1] Da die meisten von ihnen nicht mehr leben und sich verteidigen können, traf dies um so perfider deren Witwen, Kinder und Enkel.

[1] Stellvertretend hierfür sei ein Artikel in der *Weit* vom 24. 8. 2005 angeführt.

Diese Unterstellungen *sine im et studio* richtigzustellen, erlaubt sich der Autor als Betroffener, aus einer Juristenfamilie stammend, von 1941 bis 1945 Soldat und bis 1950 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft, dann auf Befehl STALINS mit Zigtausenden als »Kriegsverbrecher« zu 25 Jahren Arbeits- und Erziehungslager verurteilt, bis er im Oktober 1955 schließlich aus Asbest/ Ural heimfahren konnte.



Der Verfasser dieses Beitrags, Will SEELMANN-EGCEBERT, 1943 als junger Leutnant.

Bevor am Beispiel der typischen Verleumdung der Spätheimkehrer der wahre Sachverhalt aufgezeigt wird, sei eine kurze Schilderung der allgemeinen Situation der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion gegeben. Ausgeklammert ist dabei das Schicksal der ebenfalls zahlreichen Zivilgefangenen, die teilweise unter jene gemischt waren. So wurden beispielsweise gemäß einem Geheimbefehl von 1946 227500 Mann aus in Speziallagern und Gefängnissen des MWD (Innenministeriums) befindlichen deutschen Zivilgefangenen ausgewählt, um an Stelle heimtransportierter Kriegsgefangener und Internierter »zu schwerer Arbeit« eingesetzt zu werden. Nach der Kapitulation 1945 befanden sich in den Lagern der Sowjetunion über 3 Millionen deutsche Kriegsgefangene, meist Kapitulationsgefangene. Von diesen kehrten über 1 Million nicht mehr heim. War die Sterblichkeitsrate zwischen 1941 und 1944 von 95 auf 40 % abgesunken, so sank sie 1945 auf 20 bis 25 % und nahm erst in den folgenden Jahren allmählich weiter ab. Wurden in den ersten Jahren fast nur Kranke, meist »Dystrophiker« (Ernährungsgestörte, durch Hunger Geschwächte), und Arbeitsunfähige entlassen, so sollten eigentlich auf internationalen Druck hin bis Ende 1948, dann 1949 alle heimgeschickt werden.



Eine Initiative des Verbandes der Heimkehrer für das Jahr 1954.

Auf Befehl STALINS setzte jedoch 1949/50 plötzlich eine Verurteilungsaktion ein, bei der Zehntausende von Gefangenen willkürlich unter meist lächerlichen Beschuldigungen und erpreßten »Geständnissen« zu »Kriegsverbrechern« erklärt wurden: durch »Gerichte«, die eigens zu diesem Zweck aus dem Boden gestampft waren. Es dauerte jeweils nur Minuten, bis die bereits vorgefertigten »Urteile« verkündet waren. Sie lauteten überwiegend auf »25 Jahre Arbeits- und Erziehungslager«, manchmal auch ein Mehrfaches davon.

Da man sich im Übereifer verrechnet hatte und die Zahl der in früheren Schauprozessen Verurteilten und meist nach Workuta Deportierten hinzu-



Spätheimkehrer aus Rußland im Lager Friedland.

zurechnen war, wurden aber wahllos etliche Tausend dieser Frischverurteilten mit dem Rest derer, die eigentlich bereits 1949 hatten nach Hause fahren sollen, im Mai 1950 entlassen.

Danach befanden sich dann noch etwa 20 000 verurteilte Geiseln STALINS in den Lagern, abgeurteilt als Zwangs arbeitet mit ungewissem Schicksal. Die Angehörigen waren verzweifelt, Westdeutschland reagierte mit Empörung. Erst nach STALINS Tod 1953 schöpfte man wieder Hoffnung. Dessen Epigonen erkannten, daß der politische Tauschwert der »Kriegsverbrecher« ständig sank. Nach dem Juni-Aufstand 1953 in der DDR erschien es notwendig, das ramponierte Ansehen der dortigen Regierung international aufzupolieren. Diese wurde daher von der Sowjetregierung veranlaßt, »gesamtdeutsch« tätig zu werden. Auf Ersuchen einer mitteldeutschen Delegation hin wurden nunmehr zunächst 10000 »minderschwere Verbrecher« in beide deutsche Staaten entlassen.

Erst 1955 erreichte ADENAUER im Austausch mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen die Heimkehr der angeblich restlichen 10 000, die am Anfang der Verhandlungen von BULGANIN noch als »»Leute, die das menschliche Antlitz verloren haben««, bezeichnet worden waren. Schließlich erklärten sich die Sowjets zu ihrer Entlassung bereit, als sie abhörten, daß ADENAUER den Staatsbesuch unvermittelt abbrechen wollte. Da erst versprachen sie ihm, die angeblich letzten 10 000 »Kriegsverbrecher« als »Amnestierte« in den nächsten Monaten heimzuschicken. Gleichzeitig wurde ihm jedoch eröffnet, 749 Gefangene würden den deutschen Regierungen nur als »nichtamnestierte Schwerverbrecher« überstellt werden, um sie vor eigene Gerichte zu stellen; die Untersuchungsakten würden in Kürze zugesandt werden.

»Wir sind die letzten Soldaten des großen Krieges,,, Wir weinen und schämen uns der Tränen nicht!« (Der Sprecher des ersten Gefangenenkonvois aus dem sibirischen Swerdlowsk am 7. Oktober 1955.

Im Oktober 1955 rollten endlich die Transporte in die Heimat an, dann noch einmal bis zum Dezember unterbrochen, da es den mißtrauischen Sowjets mit der Entsendung eines deutschen Botschafters und der Bereitstellung von Botschaftsgebäuden in Bonn nicht schnell genug ging. Erst Ende April 1956 trafen dann die angeblich letzten, zunächst noch in Bautzen festgehalten, in Friedland ein. Auch die Nichtamnestierten waren übergeben, bewacht wie Schwerstverbrecher. Die versprochenen Akten jedoch wurden niemals übersandt.

Bei der Berichterstattung verschiedener Zeitungen im Jahre 2005 wurde die Gruppe der Nichtamnestierten gar nicht angesprochen, sondern es war nur von den 9626 Heimkehrern die Rede, die im Oktober und Dezember 1955 die BRD oder auch die DDR erreichten.



Der *Welt-H*istoriker Sven Felix KELLERHOFF schrieb in einem Artikel am 24. August 2005 in seiner Besprechung einer ^Ri>Sendung wörtlich, er vermisse in dieser die Behandlung des Problems »der tatsächlich wohl über tausend wirklichen Kriegsverbrecher, die unter den Spätheimkehrern waren«. Durch diese bewußt unbestimmt-schwammig gehaltene Formulierung mußte sich jeder damalige Spätheimkehrer angesprochen fühlen. Zur Klärung der Behauptung und Substanz ihrer Quellen schrieb der Verfasser dieses Beitrages an KELLERHOFF, woraus sich dann bei wiederholter Nachfrage ein aufschlußreicher Briefwechsel entwickelte.

Es ergaben sich interessante Einblicke hinsichtlich der Methode, wie man unter dem Anschein, sich um die Wahrheit zu bemühen, diese entstellen und verfälschen kann. Lange wich KELLERHOFF der Beantwortung der klaren Frage aus, sprach dafür weitschweifig und zusammenhanglos die verschiedensten Punkte an: STALINS Urteile seien nicht rechtsstaatlich gewesen, ein Prof. SCHENCK sei trotz erwiesener Verbrechen hier nie verurteilt worden, auch Mitglieder eines Kommandanturstabes der Waffen-SS seien nie belangt worden, hingegen andere SS-Leute. Unter den Heimkehrern seien viele ehemalige Angehörige der Waffen-SS gewesen, deren Biographieauswertungen aber nicht vorlägen; mindestens 5 Prozent der Wehrmachtsoldaten, vielleicht aber auch doppelt so viele, seien Kriegsverbrecher im engeren Sinne des Wortes gewesen, bei der Waffen-SS sicher bedeutend mehr. Genaue Zahlen

[2] Sowjetisches Militärtribunal.

kenne niemand, man könne auch bisher nicht sagen, wie viele SMT-Verurteilte[2] und wie viele ehemalige Kriegsgefangene sich unter den Heimkehrern befunden hätten. Bei dem recht hohen Anteil von Leuten der Waffen-SS sei angesichts der Nürnberger Urteile die Annahme gerechtfertigt, es habe sich um Kriegsverbrecher gehandelt; derlei Schätzungen seien zulässig, da es sich nicht um individuelle Schuldzumessung wie bei ordentlichen Gerichtsverfahren gehandelt habe. Es folgte die recht unsachliche Feststellung, er verstehe mein inquisitorisches Bestreiten der schlichten Tatsache nicht, daß eine nennenswerte Anzahl deutscher Uniformträger sich im Zweiten Weltkrieg abscheulichster Verbrechen schuldig gemacht habe; man solle nicht die Behauptung kollektiver Unschuld aufbauen!

Der Verfasser sah den Briefwechsel als beendet an, nachdem die Behauptung von den »wohl 1000 wirklichen Kriegsverbrechern« unter den Spatheimkehrern ergänzt war durch die Erklärung, daß die Annahme, von den 9626 Spätheimkehrern habe »ein knappes Achtel« tatsächlich Kriegsverbrechen begangen, »im Bereich der vorsichtigen Schätzung« liege. Ein anderes Mal war von einem »nennenswerten Anteil echter Kriegsverbrecher« die Rede, zuletzt noch von einer »Schätzung von 12 Prozent Kriegsverbrechern«. So ist es in einem weiteren Schreiben ausgedrückt, in dem der Welt-Redakteur auch einräumte, er sei kein Jurist, individueller Schuldnachweis interessiere ihn als Historiker nicht. Ihm gehe es um die Klärung oder Annäherung an Sachverhalte: Dazu sei die Methode der sachlich begründeten Schätzung der wesentliche Weg.

Um wenigstens einiges klarzustellen, seien die folgenden Begriffsbestimmungen und Anmerkungen gemacht:

- Kriegsverbrechen: a) In STALINS Augen war jeder ein Kriegsverbrecher, der sowjetisches Territorium betreten hatte, b) Eigentlich waren es jedoch völkerrechtswidrige Handlungen während eines Krieges, die strafrechtlich im eigenen Bereich zu ahnden waren, c) Im Nürnberger Prozeß wurde das Führen eines Angriffskrieges zum Kriegsverbrechen erklärt und dieser Tatbestand rückwirkend und somit rechtswidrig zur Urteilsbegründung herangezogen.
- Spätheimkehrer: Die nach ADENAUERS Moskauer Verhandlungen als amnestiert entlassenen, in früheren Schau- und anderen Prozessen sowie erst 1949/50 verurteilten Kriegsgefangenen und die unter sie gemischten Zivilgefangenen sowie die Gruppe der etwa 750 Nichtamnestierten, die unter Bewachung den Behörden der BRD und DDR überstellt wurden.
- Rehabilitierung: Sie konnte nach Auflösung der Sowjetunion ab 1992 in Moskau beantragt werden und wurde bisher Tausenden erteilt unter der Begründung, sie seien Opfer politischer Prozesse geworden. Gelegentlich wurde sie verweigert, vor allem dann, wenn die ehemaligen »Zeugen«, häufig als solche erpreßt, nicht mehr »auffindbar« waren.

- Waffen-SS: Im Nürnberger Prozeß wurde 1946 die SS zur »verbrecherischen Organisation« erklärt, zugleich aber wurde durch den amerikanischen Hauptankläger JACKSON erläutert, daß jeder Bestrafung zunächst der Nachweis einer individuellen Schuld vorangehen müsse.

Ferner seien einige Fakten zu der diffamierenden Behauptung von der hohen Zahl »wirklicher Kriegsverbrecher« unter den Spätheimkehrern angeführt:

1. Es wird in den Medien nirgends die Gruppe der Nichtamnestierten erwähnt, so daß offen bleibt, ob sie einbezogen wurden.

2. Es wird nichts darüber ausgesagt, ob deutsche Gerichte sich irgendwie mit Spätheimkehrern befaßt haben, weder im Osten noch im Westen.

3. Völlig übergangen wird jeglicher Hinweis auf die Art der Vernehmungen und Verurteilungen in der Sowjetunion, der schon darüber Aufschluß geben könnte, wer wann und weswegen verurteilt wurde:

82,71 % der Vernehmungen in der Sowjetunion erfolgten ohne Zeugenanhörung,

82,93 % der Vernommenen erhielten keine Einsicht in die Ermittlungsakten,

62,85 % der Vernehmungen erfolgten unter Drohungen oder Folterungen.[3]

4. Die zu Verurteilenden wurden vorwiegend nach politischen Führungs- und Intelligenzgesichtspunkten ausgewählt. Meist wurden ihnen Vorgänge, die vom Völkerrecht gedeckt waren, als »Greueltaten< vorgeworfen. Beweise für Verbrechen selbst und die Teilnahme an ihnen fehlten fast immer.

64,5 Prozent der Urteile erfolgten aufgrund sogenannter >gegenrevolutionären Delikte, wobei Spionage und gegenrevolutionäre Propaganda oder Agitation am häufigsten vorgeworfen wurden. Zu weiteren 21,1 Prozent wurden Strafvorschriften überhaupt nicht angegeben; hierbei handelte es sich häufig um »militärische Verbrechen< wie Raub und Plünderung, wobei schon das »Geständnis<, Brennholz besorgt oder Milch getrunken zu haben, für eine Verurteilung ausreichte.[4] Dabei ist ebenfalls darauf hinzuweisen, daß sich

[1] Martin LANG, *Stalins Strafjustiz,* Mittler, Herford 1981, S. 38 f.

[4] Weitere Beispiele für derart lächerliche Beschuldigungen kann man in der Anlage 3 des in Anm. 3 genannten Buches nachlesen. Andere Fälle mit allen Einzelheiten und - übersetzten - Protokollen findet man ¡n dem Buch des Sprechers des Stalingrader Lagers 1, Hein MAYER, das dieser in Zusammenarbeit mit dem russischen Historiker EPIFANOW herausgegeben hat.[5] Besonders im dortigen Kapitel 11 läßt sich der gesamte Ablauf von der ersten Vernehmung bis zur späteren vollen Rehabilitierung verfolgen. Der Autor selbst hat die Jahre seiner Gefangenschaft und seinen »Fall* nebst Kopien seiner Rehabilitierung und einiger Seiten seiner Strafakte mit Fotos ebenfalls auf 50 Seiten seines Buches dargestellt.[6]

[5] A. E. EPIEANOw/Hein MAYER, *Die Tragödie der deutschen Kriegsgefangenen in Staling (1942-56),* Biblio, Osnabrück 1996.

[6] Will SEELMANN-EGGEBERT, *Einer vom Jahrgang 23,* K. Sander, Bamberg [9]2004.

unter den angesprochenen Spätheimkehrern etwa 3000 befunden haben, die gar keine Kriegs-, sondern Zivilgefangene waren, wodurch der Prozentsatz der verleumdeten Angehörigen der Truppe noch erheblich gesteigert wird.

Interessantes enthält ferner ein Bericht über die Befragung eines Teiles der Nichtamnestierten,[7] also derer, die von den Sowjets als besonders schwere Verbrecher angesehen wurden. Diejenigen 441, die westdeutschen Behörden übergeben und zunächst in Grenzschutzkasernen in Hannoversch Münden untergebracht waren, wurden vom 14. bis 16. Januar 1956 dort mit AEV-Formblättern durch eine »Rechtsschutzstelle Münchens befragt. Dazu traten Kräfte der Rechtsschutzstellen Hamburg und Bonn, des Auswärtigen Amtes und der Suchdienste München und Hamburg.

Eine kurze Zusammenfassung der Auswertung der Aussagen ergibt folgendes Bild.

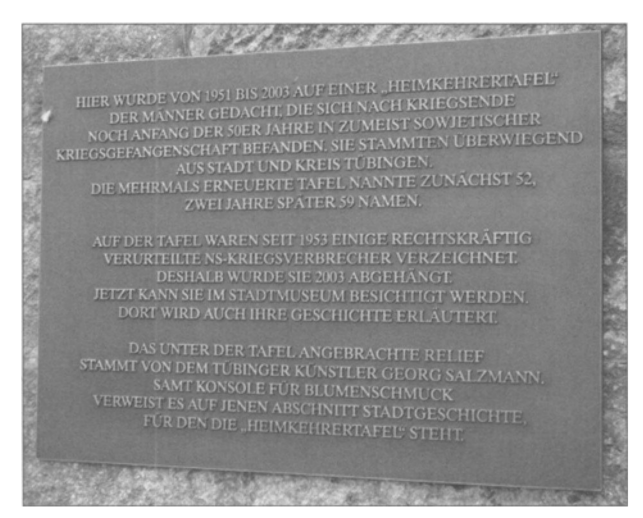
- Der überwiegende Teil wies die sowjetischen Anschuldigungen als völlig frei erfunden zurück,
- Den Urteilen lagen durch Folterungen erzwungene »Geständnisse<, Protokollfälschungen, Aussagen unbekannter »Belastungszeugen« u.a. zugrunde.
- Überwiegend gehörten dieser Gruppe Wehrmachtangehörige der kämpfenden Truppe an, jedoch kein General.
- Fast ausschließlich wurde strafrechtlich der »Ukas vom 19. April 1943< angewandt. In ihm geht es vor allem um Gewalttaten aller Art. Ihrer mußten die Beschuldigten überführt werden; wenn Kriegshandlungen durch militärische Notwendigkeiten geboten waren, schieden sie nach Art. 23 und 53 der Haager Landkriegsordnung als Kriegsverbrechen aus. Beide Punkte blieben jedoch bei den Prozessen unberücksichtigt.
- Vereinzelt wurden strafbare Handlungen zugegeben, die jedoch wiederum teilweise nicht als Kriegsverbrechen zu betrachten sind, sondern durch die ganz besondere Situation im Kampfgebiet bedingt waren.
- Hinsichtlich der Zusammensetzung der Gruppe der Nichtamnestierten sollte der Eindruck entstehen, die Betroffenen seien aufgrund international anerkannter Bestimmungen abgeurteilt worden. Es dürften jedoch für die Auswahl rein politische Gesichtspunkte maßgeblich gewesen sein. Zahlreiche Personen hatten nämlich während ihrer Vernehmungen Widerstand geleistet, andere sich bei der Lager-Antifa unbeliebt gemacht, ihre Ablehnung des Regimes bekundet o.a. So spielte anscheinend bei der Verurteilung weniger die Schwere des angeblichen Delikts eine Rolle als vielmehr das gesamte Verhalten während der Gefangenschaft.

Der Bericht endet mit den Worten: »Die Raffiniertheit bei der Auswahl der Gruppe der Nichtamnestierten liegt darin, daß durch die Zusammenstellung einiger weniger Krimineller mit einem Großteil der unschuldig Verurteilten auf diese ein Schatten der von den Erstgenannten verübten Taten fallen soll; die widerstandskräftigsten und eindeutigsten Gegner des Kommunis-

[7] HILGER u.a., *Sowjetische Militärtribunale*, Bö lau, Köln-Weimar-Wien 2001, S. 306 f.

Rechts: Mahntafel an der Tübinger Stiftskirche »Wir warten auf Euch«. Sie wurde in dem 1995 im Grabert-Verlag erschienenen Buch Ludwig PETERS, *Wir haben Euch nicht vergessen! Das Schicksal der deutschen Kriegsgefangenen* (Grabert, Tübingen 1995) abgedruckt. Inzwischen ist die Tafel entfernt worden und wegen angeblicher Kriegsverbrecher durch die unten stehende ersetzt worden.





mus sollen in den Geruch einer kriminellen Vergangenheit geraten und damit paralysiert werden.«

Im Anschluß wurden dann noch 48 Namen von Personen angegeben, die bereits 1947 in Schauprozessen verurteilt worden waren; drei sind als schon verstorben gekennzeichnet, einer als amnestiert, vier als früher entlassen. Neun von ihnen sollen zum SS-Bewachungspersonal im Konzentrationslager Sachsenhausen gehört haben. Von diesem Personenkreis sind übrigens später von westdeutschen Gerichten aufgrund von Zeugenaussagen noch etwa 12 verurteilt worden - aber nicht wegen Kriegsverbrechen. In Mitteldeutschland wurden noch viele länger inhaftiert oder verurteilt.[8]

Auf Antrag wurden seit 1991 Tausende der als »Kriegsverbrechen von den Sowjets verurteilten rund 3500 deutschen Kriegsgefangenen vom russischen Generalstaatsanwalt rehabilitiert.[9] Will Seelmann-Eggebert

[8] Günther KOWLACZYK, *»749 Schwerst-Verbrecber«, ein Kapitel deutschen Leidens unter Stalin-Justiz* Eigenverlag, Siegburg 2001.

[9] Jan VON FLOCKEN, in: *Focus,* Nr. 49, 1996, S. 98-102; Nachdruck in: *Alte Kameraden,* Nr. 1/2, 1997, S. 10.

Zum Eisernen Vorhang

In Presse und Literatur wird meist berichtet, daß der Ausdruck »Eiserner Vorhang« (iron curtain) erstmalig vom britischen Kriegspremierminister Winston CHURCHILL Ende August 1945 vor dem Unterhaus gebraucht worden sei, so von Andreas KILB in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung}* Das trifft aber nicht zu, worauf in mehreren anschließenden Leserbriefen verwiesen wurde.

CHURCHILL benutzte die Bezeichnung bereits am 12. Mai 1945 in einem Telegramm an US-Präsident TRUMAN.[2] Aber er war nicht der Erfinder des erst richtig nach seiner Rede vom 5. März 1946 im Westminster College in Fulton, Missouri, zum geflügelten Wort gewordenen Ausspruchs. Schon der deutsche Propagandaminister Joseph GOEBBELS benutzte das Wort in seinem Leitartikel »Das Jahr 2000« in der Wochenzeitschrift *Das Reich* am 25. Februar 1945, als er schrieb: »Vor dem riesigen Territorium des sowjetischen Einflußbereiches würde sich sofort ein Eiserner Vorhang heruntersenken«, wenn Deutschland bedingungslos kapitulieren würde. Bereits in der vorangegangenen Ausgabe von *Das Reich* war am 18. Februar 1945 auf der ersten Seite ein Beitrag unter der Überschrift »Hinter dem Eisernen Vorhang« erschienen.[3]

Auch das scheint nicht die erste Nennung gewesen zu sein. Der Historiker Walter LAQUEUR weist im Vorwort seines Buches *Europa auf dem Weg zur Weltmacht* darauf hin, »daß der Begriff »Eiserner Vorhang«. . . weder von GOEBBELS noch von CHURCHILL geprägt (wurde), wie die meisten Leute glauben. Die älteste Quelle, in der ich ihn gefunden habe, ist Ethel SNOWDONS Buch *Through Bolshevik Russia,* New York und London 1920: >We were behind the ,iron curtain' at least!««[5]

Davor hätte noch der russische Religionsphilosoph ROSANOW (1856-1919) schon 1918 geschrieben: »Es senkt sich ein eiserner Vorhang auf die russische Geschichte.«

Rolf Kosiek

[1] Andreas KILB, in: »Modell Deutschland«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 22.* 7. 2005; *Das Große Duden-Lexikon in acht Bänden,* Mannheim 1965, bringt: »von CHURCHILL nach 1945 geprägter Ausdruck«.

[2] »Ein Eiserner Vorhang ist vor ihrer Front niedergegangen. Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht.« WinstonS. CHURCHILL, *Der Zweite Weltkrieg.* Sechster Band/ Zweites Buch: *Der Eiserne Vorhang,* Bern 1954, S. 261 f., nach: Klaus PETERS, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 1. 8. 2005.

[3] Hannspeter SCHEIDE, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 31.8.2005.

[4] Walter LAQUEUR, *Europa auf dem Weg zur Weltmacht,* München 1992, Vorwort.

[5] Winfried SCHMAHL, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 31.8.2005.

[6] Wassili Wassil je witsch ROSANOW, *Die Apokalypse unserer Zeit,* 1918, nach: Walter GAUWEILER, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18.8.2005.

Was am 17. Juni 1953 wirklich geschah

Walter ULBRICHT im Jahre 1952. Sein Aufruf zum »Aufbau des Sozialismus« führte die DDR-Wirtschaft an den Rand des Ruins.

Landläufiger Meinung zufolge war der Aufstand, der im Juni 1953 zahlreiche Städte Mitteldeutschlands erfaßte, eine spontane Aktion von DDR-Arbeitern, die gegen die Erhöhung ihrer Produktionsziele protestierten. Nur: Diese Version der Ereignisse ist lückenhaft. Worum ging es 1953 wirklich?

Man muß sich den historischen Ort der Ereignisse vor Augen führen. Die DDR war erst vier Jahre alt, der Krieg erst acht Jahre vorüber. Noch war die Teilung in vielem provisorisch. Keine Mauer und kein Todesstreifen trennten die junge DDR von der jungen Bundesrepublik. Informationen, Waren und Menschen konnten, gemessen an der Zeit nach 1961, verhältnismäßig ungehindert von hüben nach drüben und umgekehrt gelangen.

In beiden Teilen Deutschlands drängte sich den Menschen der Vergleich der Systeme und der Lebensverhältnisse jeden Tag aufs neue auf. Während im Westen Wiederaufbau und Wirtschaftswunder in vollem Gange waren, herrschte in der DDR der stalinistische Panzerkommunismus. Ironie der Geschichte ist, daß sich das SED-Regime mit seinen Vorgaben zur ökonomischen Entwicklung der DDR ausgerechnet an den Produktionsziffern des Dritten Reiches ausrichtete. »Noch... 1950, als ULBRICHT in der deutschen Sowjetzone den ersten Fünfjahrplan verkündet«, bemerkt Kurt ZENTNER, »weiß er als Gesamtziel nichts Besseres zu verkünden als die Erreichung des bisher höchsten Lebensstandards in Deutschland, nämlich den des Jahres 1936. Der Lebensstandard unter HITLER als erstrebenswertes Ziel der deutschen



Auslöser des Arbeiteraufstands war ein Streik der Ostberliner Bauarbeiter gegen eine Erhöhung der Arbeitsnormen. Der Streik weitete sich bald zu einem landesweiten Arbeiteraufstand aus. Hier: DDR-Bürger zerreißen am 17. Juni 1953 die rote Fahne vor dem Brandenburger

Kommunisten - ein groteskerer Witz der Geschichte läßt sich kaum denken.«[1]

Doch die Zahlen des Jahres 1936 wurden in der DDR des Jahres 1953 bei weitem nicht erreicht. Demontagen und Planwirtschaft verhinderten, daß sich das sozialistische Modell als ernsthafte Alternative zur westlichen Marktwirtschaft durchsetzen konnte. Die Unzufriedenheit wuchs.

Als der Aufstand dann im Juni 1953 losbrach und in Windeseile die ganze DDR erfaßte, kippte die Forderung nach Zurücknahme der Sollerhöhungen schnell ins Grundsätzliche um. Fast überall wurden nationale, ja nationalrevolutionäre Losungen laut, wurden der Abzug der Besatzungstruppen, die Wiederherstellung der nationalen Einheit gefordert. In Halle sangen Zehntausende auf dem Hallmarkt das Deutschlandlied, ein »Nationales Komitee Freies Deutschland< bildete sich. In Berlin wurde die Sowjetfahne vom Brandenburger Tor geholt.

Neuere Forschungen brachten brisante Einzelheiten über den Hergang des Aufstands vom 17. Juni ans Tageslicht. Dies war möglich, weil in den Jahren nach der Maueröffnung nicht nur die mitteldeutschen Archive, sondern auch Dokumentenbestände in der ehemaligen UdSSR eingesehen werden konnten. Demnach stellt sich die Rollenverteilung im Juni 1953 heute längst nicht mehr so eindeutig dar, wie es die etablierte Geschichtsforschung jahrzehntelang suggerierte: hier die DDR-Bevölkerung, dort SED und Sowjets.



Panzer der Roten Armee rückten an der Kreuzung Wilhelmstraße/Leipziger Straße vor. Aus: Hubertus KNABE, *17. Juni 1953*, München 2003.

Will man einem Bericht der *Berliner Nachrichten* vom 21. Mai 2003 folgen, war möglicherweise alles ganz anders. Im Archiv der Berliner BIRTHLER-BehÖrde fanden Forscher eine Lageeinschätzung der »Organisation GEHLEN« vom 20. Juni 1953, die kurios anmutet. Es heißt in dem Dokument:

»»Der bisherige Gesamteindruck über die Vorgänge in Ost-Berlin und in der Zone verstärkt die Auffassung, daß es sich um von östlicher Seite inszenierte Aktionen mit dem Ziel handelt, die Wiedervereinigung im großdeut-

[1] Kurt ZENTNER, *Illustrierte Geschichte des Zweiten Weltkrieges*, München 1967, S. 26 f.

Am Rande des 17. Juni. Ein Arbeiter parodiert mit einem abmontierten Ostberliner Grenzschild >Ende des demokratischen Sektors<. Aus: Hubertus KNABE, *17. Juni 1953. Ein deutscher Aufstand,* Propyläen, Berlin 2003.



schen Rahmen.. . ins Rollen zu bringen.« Als erste Phase, vermutet der anonyme Nachrichtendienstler, wurde »offenbar die Ausschaltung des diesen Absichten entgegenwirkenden Moments in Gestalt der bisherigen ostzonalen Politiker ins Auge gefaßt«.

Deutlicher formuliert: Der bundesdeutsche Geheimdienst hielt den >Volksaufstand< in der DDR für eine Inszenierung Moskaus mit dem Ziel, das SED-Regime in Ost-Berlin hinwegzufegen, das sich den sowjetischen Plänen für eine Wiederherstellung der deutschen Einheit »im großdeutschen Rahmen« (!) entgegenstellte. Interessant ist im übrigen, daß diese Einschätzung der Ereignisse nicht nur bei der »Organisation GEHLEN< herrschte, sondern auch von französischen Stellen und der CIA geteilt wurde.

Einmal mehr erscheint vor der Folie dieser hochbrisanten Einzelheiten die STALIN-Note vom Jahre 1952 in einem besonderen Licht. Offenbar meinte es Moskau ernst mit der deutschen Einheit. STALIN hatte der Regierung ADENAUER in seiner berühmten Note vom 10. März ein neutrales Gesamtdeutschland mit eigener Armee und freien Wahlen vorgeschlagen. Am 16. März bezeichnete ADENAUER die sowjetische Intitiative als »Fetzen Papier«, eine Haltung, die er während seiner weiteren Amtszeit unzählige Male bekräftigte.

In seinem Willen zur deutschen Teilung war sich das ULBRICHT-Regime mit ADENAUER und den Westmächten einig. Es ist durchaus plausibel, daß sich die Moskauer Führung angesichts dieser Konstellation von einer Instrumentalisierung der Bevölkerung mehr versprach als von weiteren diplomatischen Vorstößen, die an der Spalterhaltung der Regierungen beider deutscher Teilstaaten abprallen mußten - eine trügerische Hoffnung, wie man heute weiß. Die ärgsten Feinde ihrer Freiheit sind von jeher die Deutschen selbst.

Karl Richter

US-Komplizenschaft beim Mauerbau 1961

Der Bau der Mauer quer durch Berlin am 13. August 1961 zur Unterbindung des Flüchtlingsstroms aus Mitteldeutschland in den Westen war für die Weltöffentlichkeit und insbesondere für die Deutschen ein Schock. Die »westlichen Schutzmächte« griffen zunächst nicht ein, unternahmen auch später nichts gegen den Mauerbau. US-Präsident KENNEDY kam rund zwei Jahre später, am 26. Juni 1963, nach West-Berlin, erklärte: »Ich bin ein Berliner!« und ließ sich als Beschützer feiern. Die US-Politiker erweckten den Eindruck, gegen die Mauer eingestellt und von der SED-Maßnahme vollkommen überrascht zu sein. Noch am 9. August 1976 antwortete Kenneth P. O'DONNELL, der als enger Mitarbeiter KENNEDYS diesem die Nachricht vom Mauerbau überbracht hatte, in der Fernsehsendung »Kennzeichen D« auf eine entsprechende Frage: »Und wir wußten nichts davon. Das bedeutet, unsere Geheimdienste und die aller anderen westlichen Staaten waren nicht besonders gut, und als ich mit KENNEDY darüber sprach, war er sehr aufgebracht.«

Doch das war reine Heuchelei. In Wirklichkeit gab es 1961 eine ausgesprochene Komplizenschaft Washingtons mit Moskau, und man wußte in den westlichen Hauptstädten durchaus Tage vorher Bescheid. Man hatte sogar praktisch den Sowjets grünes Licht für den Mauerbau gegeben.

Denn kurz vorher hatte am 30. Juli 1961 der demokratische US-Senator FULBRIGHT, der zu den linksliberalen Kreisen der USA gehörte, die die Politik des Weißen Hauses entscheidend beeinflußten, erklärt: »Ich verstehe nicht, warum die Ostdeutschen nicht ihre Grenzen schließen, denn ich glaube, sie haben ein Recht dazu.«

Das war mehr als ein Wink an Moskau, daß der auf dem vorangegangenen Treffen mit dem brutal fordernden CHRUSCHTSCHOW am 3,/4, Juni 1961 in



John F. KENNEDY am 26. Juni 1963 in West-Berlin.

Wien eingeschüchterte KENNEDY, der erst seit Januar 1961 im Präsidentenamt war, nichts gegen eine Abriegelung Ost-Berlins unternehmen werde. Dazu kam KENNEDYS Rede vom 25. Juli 1961 mit dem Rückzug auf die drei »essentials« (wesentliche Sachen) für Berlin: Anwesenheit der drei Westmächte in Berlin, ihr ungestörtes Zugangsrecht dorthin, die Sicherheit und Freiheit der West-Berliner. Damit war dem Osten freie Hand auf dem Gebiet Ost-Berlins und Mitteldeutschlands eingeräumt worden.

1965 veröffentlichte der Politikwissenschaftler Arthur M. SCHLESINGER, einer der engsten Berater KENNEDYS, seine Erinnerungen an die Tage des Mauerbaus 1961.[1] Darin wird berichtet, daß um die Zeit der oben zitierten FuLBRiGHT-Äußerung der US-Präsident selbst zu seinem Sonderberater Walt ROSTOW erklärt habe, CHRUSCHTSCHOW müsse sehr bald etwas gegen die Massenflucht aus der Sowjetzone über Berlin tun, und die USA würden nichts unternehmen, wenn Moskau und Ost-Berlin solche Schritte ergreifen würden. Diese Haltung KENNEDYS dürfte schnell im Kreml bekannt geworden sein. Mit diesem Wissen beschlossen die Warschauer Pakt-Staaten Anfang August 1961 auf ihrem Treffen in Moskau den Mauerbau.

Ost-Berlin leitete dann am 13. August die Abriegelung des Ostteils der Stadt ein. Die Maßnahme begann zunächst sehr zögerlich. Nur sowjetzonale Einheiten wurden vorgeschickt, dazu ohne Munition und mit der Weisung, sich bei Widerstand schnell zurückzuziehen. Die Sowjettruppen blieben im Hintergrund. Erst vier Tage später ging ein amerikanischer Protest in Moskau ein. Es wurde dort bekannt, daß der Westen auch keinerlei wirtschaftliche Sanktionen vorsehen wolle, vielmehr eine solche Maßnahme ausdrücklich als »allzu drastisch« verworfen habe. So wurde die endgültige Teilung Deutschlands für Jahrzehnte im wahrsten Sinne des Wortes mit stillschweigendem Einverständnis der USA »zementiert«.

Allein aus Sorge vor einem neuen Aufstand in der Ostzone und vor Unruhen in West-Berlin und in der Bundesrepublik wurde gleich eine US-Militäreinheit demonstrativ über die Helmstedter Autobahn nach Westberlin verlegt und US-Vizepräsident Lyndon B. JOHNSON am 19. August dorthin geschickt, nicht zum Schutz der West-Berliner, wie diese bei ihrem begeisterten Empfang der US-Panzer in West-Berlin meinten. Der Staatssekretär im Ministerium für gesamtdeutsche Fragen, Franz THEDIECK, erklärte, ohne daß ihm widersprochen wurde, daß es Bundeskanzler ADENAUER von den Amerikanern untersagt worden sei, mit JOHNSON nach Berlin zu reisen.[2] Der Bundeskanzler besuchte erst am 22. August 1961 die >Frontstadt<.

Wenige Wochen später wurde den Sowjets mitgeteilt, daß die USA die so vollzogene Teilung Deutschlands voll akzeptierten und daß der Kreml irgendwelche wörtlichen Äußerungen mit gegenteiligem Inhalt nicht ernst zu nehmen brauche. Nach SCHLESINGER habe das der finnische Staatspräsident KEKKONEN in Moskau zu übermitteln gehabt, dem KENNEDY folgendes er-

[1] Ausführlicher Bericht darüber von R. G. EDWARDS, »Mit doppeltem Boden. Zum Bericht Arthur M. SCHLESINGERS über das Entstehen der Mauer«, in: *Schwäbisches Tagblatt*, 27. 8. 1965.

[2] Angabe von Friedrich Karl FROMME, »Wie es 1961 zum Mauerbau kam«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 19. 6. 1982, S. 11.



Der Bau der Berliner Mauer. Am 13. August 1961 um 2 Uhr morgens fuhren Schützenpanzer an der rund 50 Kilometer langen Sektorengrenze auf, Soldaten der Volksarmee bildeten daraufhin eine lebende Mauer, Arbeitskolonnen rammten Betonpfähle, zogen Stacheldraht und errichteten spanische Reiter.

klärt habe: »Sie müssen die Niedergeschlagenheit bedenken, die durch die Mauer in Westdeutschland hervorgerufen worden ist. Wir wollen nicht, daß sich diese Stimmung durch die Legitimierung des ostdeutschen Regimes noch weiter ausbreitet. Wir würden damit in Westdeutschland einen neuen Nationalismus züchten. Deutschland ist seit 16 Jahren geteilt und wird weiterhin geteilt bleiben. Soll doch die Sowjetunion Deutschland genau so geteilt halten wie jetzt. Aber sie sollte nicht den Versuch machen, uns zu veranlassen, gemeinsam mit ihr die Teilung für Rechtens zu erklären - damit Moskau auf solche Weise unser Bündnis mit den Westdeutschen und deren Bindung an Westeuropa sprengen kann.«

»Das ist genau das«, fügt EDWARDS seiner Besprechung hinzu, »was ein anderer damals einflußreicher amerikanischer »Politologe«, Prof. Hans J. MORGENTHAU, auf einer Tagung in Bologna befürwortet hat: daß die USA mit Worten zur Deutschlandfrage das Gegenteil von dem äußern sollten, was die Deutschlandpolitik Washingtons tatsächlich zum Inhalt habe: Man solle sich in öffentlichen Erklärungen gegen die Teilung Deutschlands wenden, faktisch aber diese Teilung beibehalten. «<

1980 veröffentlichte der amerikanische Historiker CATUDAL als Stipendiat der »Stiftung Volkswagenwerk« ein Buch über KENNEDYS Haltung beim Mauerbau[3] und kam darin zu ähnlichen Ergebnissen. Insbesondere habe der US-Präsident im Sommer 1961 über genügend Informationen verfügt, um daraus auf den bevorstehenden Mauerbau schließen zu können: »Es zeigt sich also, daß Präsident KENNEDY und andere hochrangige US-Offizielle durchaus scharfe Maßnahmen der DDR-Regierung (mit Erlaubnis und Unterstützung der Sowjetunion) gegen den Flüchtlingsstrom nach West-Berlin erwar-

[3] Honore M. CATUDAL, *Kennedy and tbe Berlin WallCrisis.A Case Study in U. J. Decision Making,* Berlin-Verlag Arno Spitz, Berlin 1980; dt.: ders., *Kennedy in der Mauer-Krise. Eine Fallstudie zur Entscheidungsfindung in den USA,* Berlin-VerlagArno Spitz, Berlin 1981.

teten. Die Unterlagen weisen außerdem aus, daß dieselben Verantwortlichen erkannten, daß die Teilung Berlins - durch Stacheldraht und vielleicht eine Mauer - eine Möglichkeit war. Außerdem enthüllt diese Untersuchung, daß sich >JFK< und seine Berater dafür entschieden, dies hinzunehmen und diese Botschaft - absichtlich oder unabsichtlich - den Russen mitzuteilen.«[4]

Schon im März 1961 hatte sich SED-Chef ULBRICHT bei den Warschauer Pakt-Staaten für einen Mauerbau eingesetzt, für den es in Ost-Berlin seit 1958 Pläne gab, die auch im Westen bekannt waren. Der Bau wurde im März 1961 aber wegen zu großen Risikos noch abgelehnt. Man meinte, die Westmächte würden das nicht dulden. Nach CATUDAL ging es auf direkten Einfluß CHRUSCHTSCHOWS zurück, daß zunächst kein Mauerbau vorgesehen wurde, »bevor nicht mit Genauigkeit auszumachen wäre, wie die Westmächte auf diese Maßnahme reagieren«. Erst FULBRIGHTS oben erwähnte öffentliche Äußerung gab dann grünes Licht. Zur Verminderung des Restrisikos wurde dann die Strategie entwickelt, daß allein DDR-Einheiten teilnahmen, die steh bei westlichem Widerstand in einzelnen Schritten zurückziehen sollten. Sowjettruppen sollten nur um die Stadt herum Stellung beziehen.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß in einem Leserbrief[5] vom August 1981 eine Berlinerin mitteilte, daß einem von ihr auf eine Ost-Berüner Bustour geschickten US-Besucher der Ost-Berliner Führer auf eine Frage nach der Mauer erklärt habe, die DDR habe mit dem Bau der Mauer nichts zu tun gehabt, diese sei vielmehr auf Grund eines Übereinkommens zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion gebaut worden.

Auch die vielfachen Behauptungen, die westlichen Geheimdienste seien vom Mauerbau überrascht worden, sind falsch. Richtig ist, daß sie Tage vorher genügend Informationen hatten, die auch ins Weiße Haus gelangten. »Am 9. August - vier Tage vor dem Mauerbau - vermuteten amerikanische Militärs in West-Berlin aufgrund von Agentenberichten über den Transport außergewöhnlich großer Mengen von Baumaterial und Stacheldraht im Raum Berlin, daß dort die Mauer gebaut werde.«[6]

In einem Leserbrief über ein Gespräch mit einem früheren englischen Geheimdienstler wird das bestätigt: »Er erzählte, daß er im britischen Geheimdienst tätig gewesen sei. Zur Zeit des Mauerbaues sei er in Berlin gewesen.

Man habe nicht nur Tage vorher vom Zeitpunkt der Mauer gewußt, sondern darüber hinaus hätten sie zuverlässige Informationen gehabt, daß bei entsprechender Gegenwehr des Westens, etwa beim Auffahren von Panzern, der Mauerbau sofort gestoppt würde. Diese Nachrichten seien absolut zuverlässig gewesen. Er erinnere sich gut, wie deprimiert er und seine Kameraden gewesen seien, als dennoch beim Mauerbau selbst nichts geschehen sei, obwohl die Informationen mit Nachdruck >nach oben« gegeben worden seien.

Dennoch unternahmen unsere Freunde und Verbündeten nichts gegen die »Zementierung« der deutschen Teilung. Rolf Kosiek

[4] Zitiert aus: CATUDAL, ebenda, nach: Thomas BAUM, »Am 13. August wurden Kennedy und seine Berater keineswegs überrascht«, in: *Die Welt,* 12. 8. 1980.

[5] Anne LOCHNER, Berlin, Leserbrief in: *frankfurter Allgemeine Zeitung,* 29, 8, 1981.

[6] *Deutschland-Journal,* Nr. 9, 1980, S. 8.

[7] Hermann SEGNITZ, Bremen, Leserbrief in: *frankfurter A Ii'gemeine Zeitung,* 1. 9. 1979. Dort auch oben angeführtes Zitat aus »Kennzeichen D«, 9. 8. 1976.

Die alliierte Umerziehung

Schon während des Zweiten Weltkriegs hatten die Alliierten Vorbereitungen getroffen, die Deutschen nach dem Krieg einer gründlichen und durchgreifenden Umerziehung (>Reeducation<) zu unterwerfen.[1] Diese Umerziehung schloß sich 1945 nahtlos an die während des Krieges im Rahmen der psychologischen Kriegführung besonders vom britischen Geheimdienst durchgeführte »schwarze Propaganda«[2] an und arbeitete wie diese vor allem mit Verfälschungen und Verzerrungen der geschichtlichen Ereignisse.

Die so wissenschaftlich und organisatorisch vorbereitete Umerziehung wurde ab Mai 1945 von den Besatzungsmächten mit der ihnen zur Verfügung stehenden totalen Macht in Deutschland über alle Massenmedien, die Schulen und Hochschulen, die zugelassenen Parteien und Gewerkschaften sowie die Kirchen durchgeführt und sollte den Deutschen eine den Siegern genehme Sicht der Geschichte aufzwingen. Ein erklärtes Umerziehungsziel des britischen Foreign Office war es 1945, »deutsche Mißverständnisse der europäischen Geschichte der letzten 50 Jahre und besonders deren Ursachen, Führung und Folgen der letzten beiden Weltkriege aufzuklären«.[3]

Ein kennzeichnendes Beispiel aus eigenem Erleben 1945 beschrieb der international angesehene Jurist und Völkerrechtler Prof. Dr. Friedrich GRIMM:[4]

»Ich hatte im Mai 1945, wenige Tage nach dem Zusammenbruch, eine denkwürdige Aussprache mit einem bedeutenden Vertreter der Gegenseite. Er stellte sich mir als Universitätsprofessor seines Landes vor, der sich mit mir über die historischen Grundlagen des Krieges unterhalten wollte. Es war ein Gespräch von hohem Niveau, das wir führten. Plötzlich brach er ab, zeigte auf die Flugblätter, die vor mir auf dem Tisch lagen, mit denen wir in den ersten Tagen nach der Kapitulation überschwemmt wurden und die sich hauptsächlich mit den KZ-Greueln beschäftigten: >Was sagen Sie dazu?< so fragte er mich. Ich erwiderte: >Oradour und Buchenwald? Bei mir rennen Sie da offene Türen ein. Ich bin Rechtsanwalt und verurteile das Unrecht, wo ich ihm begegne, am meisten aber, wenn es auf unserer Seite geschieht. Ich weiß jedoch einen Unterschied zu machen zwischen den Tatsachen und dem politischen Gebrauch, den man davon macht. Ich weiß, was Greuelpropaganda ist. Ich habe nach dem ersten Wehkriege alle Veröffentlichungen Ihrer Fachleute über diese Frage gelesen, die Schriften des NoRTHCLIFF-Büros, das Buch des französischen Finanzministers KLOTZ *Vom Krieg zum frieden*, in dem er Schilden, wie man das Märchen von den abgehackten Kinderhänden erfand und welchen Nutzen man daraus zog, die Aufklärungsschriften der Zeitschrift *Crapouillot*, die die Greuelpropaganda von 1870 mit der von 1914/18 vergleicht, und schließlich das klassische Buch von PONSONBY *Die Lüge im Kriege*. Dann wird offenbart, daß man schon im vorigen Kriege Magazine

[1] Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen*, Seewald, Stuttgart 1965.

schwarte Propaganda, Beck, München 1983.

[3] Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, in: Alfons HUEBER (Hg.), *8. Mai 1945 - Ein Tag der Befreiung?*, Hohenrain, Tübingen 1987, S. 264.

[4] Friedrich GRIMM, *Politische Justiz ~ die Krankheit unserer Zeit*, Bonner Universitätsbuchdruckerei Gebr. Scheur, Bonn 1953, S. 146 ff., Neuauflage: K. W. Schütz, Pr. Oldendorf 1974, S. 146 ff.; ähnlich in: ders., *Mit offenem Visier. Aus den Lebenserinnerungen eines deutschen Rechtsanwalts*, Druffel, Leoni 1961, S. 248 f.

hatte, in denen man künstliche Leichenberge durch Fotomontage mit Puppen zusammenstellte. Diese Bilder wurden verteilt. Dabei war die Unterschrift freigelassen. Sie wurde später je nach Bedarf durch die Propagandazentrale telefonisch aufgegeben.«

Damit zog ich eines der Flugblätter heraus, das angeblich Leichenberge aus den KZs darstellte, und zeigte es meinem Besucher, der mich verdutzt ansah. Ich fuhr fort: >Ich kann mir nicht denken, daß in diesem Kriege, in dem alle Waffen so vervollkommnet wurden, diese geistige Giftwaffe, die den ersten Krieg entschied, vernachlässigt worden sein sollte. Mehr noch, ich weiß es! Ich habe die letzten Monate vor dem Zusammenbruch täglich die Auslandspresse gelesen. Da wurde von einer Zentralstelle aus über die deutschen Greuel berichtet. Das ging nach einem gewissen Turnus. Da kam ein besetztes Gebiet nach dem anderen dran, heute Frankreich, morgen Norwegen, dann Belgien, Dänemark, Holland, Griechenland, Jugoslawien und die Tschechoslowakei. Zunächst waren es Hunderte von Toten in den Konzentrationslagern, dann, wenn 6 Wochen später dasselbe Land wieder dran war, Tausende, dann Zehn-, dann Hunderttausende. Da dachte ich mir: In die Million kann diese Zahleninflation doch nicht gehen!«

Nun griff ich zu einem anderen Flugblatt: >Hier haben Sie die Million!« Da platzte mein Besucher los: >Ich sehe, ich bin an einen Sachkundigen geraten. Nun will ich auch sagen, wer ich bin. Ich bin kein Universitätsprofessor. Ich bin von der Zentrale, von der Sie gesprochen haben. Seit Monaten betreibe ich das, was Sie richtig geschildert haben: Greuelpropaganda - und damit haben wir den totalen Sieg gewonnen.« Ich erwiderte: >Ich weiß, und nun müssen Sie aufhören!« Er entgegnete: »Nein, nun fangen wir erst richtig an! Wir werden diese Greuelpropaganda fortsetzen, wir werden sie steigern, bis niemand mehr ein gutes Wort von den Deutschen annehmen wird, bis alles zerstört sein wird, was Sie in anderen Ländern an Sympathien gehabt haben, und bis die Deutschen selbst so durcheinander geraten sein werden, daß sie nicht mehr wissen, was sie tun!< Ich schloß das Gespräch: >Dann werden Sie eine große Verantwortung auf sich laden!«

Was dieser Mann uns angedroht hatte, kam. Das Schlimmste aber war die Verwirrung, die dadurch unter den Deutschen angerichtet wurde. Greuelpropaganda und politische Justiz! Diese Begriffe gehören zusammen.«

Im Gegensatz zu den Verhältnissen nach dem Ersten Weltkrieg, als alle deutschen Politiker und Parteien geschlossen die im Versailler Diktat behauptete Lüge von der deutschen Alleinschuld am Ersten Weltkrieg zurückwiesen und deutsche wie internationale Wissenschaftler bald diese Zweckbehauptung als unzutreffend erwiesen hatten, fanden die Alliierten 1945 unter den zurückgekehrten Emigranten und in Deutschland genügend Deutsche, besonders auch in den Kirchen, die sich der geschichtsfälschenden Propaganda der Umerziehung zur Verfügung stellten. Auch von deutscher Seite wurde



Deutsche stehen Schlange vor einer Entnazifizierungskommission im amerikanischen Sektor von Berlin. Ohne den begehrten >Persilscheine war ein Leben mit gesicherter Arbeit nahezu unmöglich. Im Öffentlichen Dienst lag die Entlassungsquote bei über 42 Prozent.

nun alles getan, um die deutsche Schuld an den Vorgängen vor 1945 zu betonen, zu vergrößern, um entlastende Dokumente und Tatsachen zu unterdrücken und Richtigstellungen als »Verharmlosung« oder gar »Verherrlichung« des Dritten Reiches anzuprangern und strafrechtlich zu verfolgen.[5] Der im Nachkriegsdeutschland angesehene Tübinger Politologe Prof. Dr. Theodor ESCHENBURG stellte 1960 fest: »Die Erkenntnis von der unbestrittenen (was falsch war, H. W.) und alleinigen Schuld HITLERS ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik«, und er fügte mahnend hinzu, es sei »alles zu unterlassen, was die Glaubwürdigkeit der deutschen Auffassung über die Ursachen des Zweiten Weltkrieges in Frage stellt«.[6]

Den Gipfel weiterer Wellen der Umerziehung stellten die Kampagne der Vergangenheitsbewältigung zum 8. Mai 1985 mit der geschichtsfälschenden Rede des Bundespräsidenten dar sowie seine, die neueren wissenschaftlichen Erkenntnisse der Zeitgeschichte scharf kritisierende und die deutsche Schuld erneut unterstreichende und hervorhebende Rede vor dem Deutschen Historikertag in Bamberg am 12. Oktober 1988. Neue Höhepunkte, gab es zum 60. Jahrestag der Invasion im Juni 2004 und der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 2005.

Unter dem Vorwand der »Aufklärung' wurde so jahrzehntelang eine einseitige Verbiegung der Geschichte zu Lasten Deutschlands vorgenommen, wobei insbesondere die Allein- und Hauptschuld der Deutschen am Ausbruch des Zweiten Weltkriegs und an furchtbaren Kriegsverbrechen zu behaupten und mit zahlreichen Fälschungen zu beweisen und zu vergrößern versucht wurde.

[5] Rolf KOSIEK, *Historikerstreit und Geschichtsrevision,* Grabert, Tübingen 1987, S. 22-29.

[6] Theodor ESCHENBURG, *Zur politischen Praxis in der Bundesrepublik,* Piper, München 1964, S. 164 f.

Weiterführende Literatur:

Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, »Die Umerziehung der Deutschen«, in: Bernard WLLLMS (Hg.), *Handbuch zur Deutschen Nation,* Bd. 1, Hohenrain, Tübingen 1986, S. 361-381.
Armin MÖHLER, »Im Dickicht der Vergangenheitsbewältigung«, in: Bernard WILLMS (Hg.), *Handbuch zur Deutschen Nation,* Bd. 2, Hohenrain, Tübingen 1987, S. 35-107.
Hans Joachim ARNDT, *Die Besiegten von 1945,* Duncker und Humblot, Berlin 1978.
Hellmut DIWALD, *Mut zur Geschichte,* Gustav Lübbe, Bergisch-Gladbach 1983.
Ernst VON SALOMON, *Der Fragebogen,* Rowohlt, Hamburg 1951.
Michael BALFOUR, *Viermächte-Kontrolle in Deutschland 1945-1946,* Droste, Düsseldorf 1959.
Armin MÖHLER, *Der Nasenring,* Heitz und Höffkes, Essen 1989; ders., *Vergangenheits-bewältigung oder wie man den Krieg nochmals verliert* Sinus, Krefeld 1980.
Louis Lucien KLOTZ, *De la Guerre a la Paix* (Vom Krieg zum Frieden), 1923.

⇨ »Über 400 Jahre ist es das Ziel der Außenpolitik Englands gewesen, sich der stärksten, aggressivsten, vorherrschenden Macht auf dem Kontinent entgegenzustellen. .. Die Frage ist nicht, ob es Spanien oder die französische Monarchie oder das französische Kaiserreich oder das deutsche Kaiserreich oder das Hitlerregime war. Es hat nichts zu tun mit Herrschern oder Nationen, sondern es richtet sich einfach danach, wer jeweils der stärkste oder möglicherweise der beherrschende... ist.«
Winston S. CHURCHILL, *Memoiren, Weltkrieg II,* Bd. 1, 1952, S. 162 f.

⇨ ».,. da der Raum, in dem sich militärische Operationen entwickeln, außerordentlich weiträumig ist, erscheint es schwierig, eine Methode zu finden, um den bewaffneten Konflikt mit ausschließlich militärischen Mitteln zu lösen. Die politischen Mittel, besonders die Propaganda, gewinnen dadurch erheblich an Bedeutung...
Diese politischen Mittel werden eingesetzt, um die Heere des Feindes zu lähmen, die Kampfkraft seiner Soldaten zu zermürben und die Autorität seiner Generalstäbe zu unterhöhlen. Der gegnerischen Armee wird damit das Rückgrat ihrer gesamten Organisation und auf diese Weise das wesentliche Prinzip ihrer Daseinsberechtigung als »nationale Waffe< gebrochen, nämlich die bedingungslose hierarchische Disziplin. Aus alledem ergibt sich eindeutig, daß die Vorbereitung des Krieges mehr umfassen muß als das, was auf dem rein militärischen Sektor zu geschehen hat... Es kommt vielmehr im gleichen Maße darauf an, auf unserer Seite ein System der politischen Propaganda aufzuziehen, das darauf abgestellt ist, unsere Soldaten zu einer festen Einheit zusammenzuschweißen und ihnen die Bereitschaft mit auf den Weg zu geben, bis zum letzten Atemzug zu kämpfen, mag mit der Heimat auch passieren, was da wolle.«
Sowjetmarschall Nikolai A. BULGANIN, in einer Prüfungsarbeit aus dem Jahre 1945,

Lizenzpresse

Nach der Kapitulation vom 8. Mai 1945 und der rechtswidrigen, unter unwürdigen Umständen erfolgten Verhaftung der Angehörigen der deutschen Reichsregierung am 23. Mai 1945 wurden Deutsche nicht nur von Leben und Gut >befreit< - es starben in den ersten Jahren nach 1945 mehr Deutsche gewaltsam als in den schlimmen Kriegsjahren -, sondern unter anderem auch von ihrer Presse und allen Massenmedien. Die Sieger aus den westlichen Demokratien schafften zunächst alle demokratischen Rechte für die Deutschen ab gemäß ihrer Devise aus der US-Direktive JCS 1067 vom 23. März 1945: »Deutschland wird nicht besetzt werden zum Zwecke der Befreiung, sondern als besiegte Feindnation. Der Zweck ist nicht Unterdrükkung, sondern die Besetzung Deutschlands zum Zwecke der Durchsetzung gewisser alliierter Ziele.«[1] Zunächst durften gar keine deutschen Zeitungen erscheinen, später nach entsprechender Durchleuchtung[2] der neuen Herausgeber alliiertenhörige Blätter nach Vergabe entsprechender Lizenzen an ausgesuchte und eindeutig instruierte Lizenzträger.[3] Ausgeschlossen vom Lizenzempfang waren ganze Bevölkerungsgruppen, insbesondere ehemalige NSDAP-Mitglieder, Personen, die den Nationalsozialismus oder Militarismus unterstützt hatten, leitende Männer der Wirtschaft, Offiziere, Besitzer von Druckereien, Zeitungsverleger, Journalisten, die nach 1935 als Redakteure oder Mitarbeiter in der deutschen Presse tätig gewesen waren, »reaktionäre Antinazis« wie Großgrundbesitzer und Adelige.[4]

[1] Die Direktive JCS 1067 in: *Jalta-Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas,* Grabert, Tübingen 1985, S. 77-99, insbesondere S. 80.

[2] Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, *Charakterwäsche. Die amerikanische Besatzung in Deutschland und ihre Folgen,* Seewald, Stuttgart[2]1965, S. 138-142.

[3] Ebenda, S. 132-137.

[4] Ebenda, S. 135.





Oben; Erste Nummer des *Spiegels,* **4.** Januar **1947.** *Links: Spiegel-Kortierenz* im Jahre **1947** mit AUGSTEIN (2. v. r.). Die Lizenzpresse tischte auf, was dem Lizenzgeber genehm war.

Da es in Punkt 3 der Lizenzurkunde hieß: »Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeit erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar; sie ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Untersuchung rückgängig gemacht werden«, waren die Lizenzträger völlig vom guten Willen der alliierten Nachrichtenoffiziere abhängig. Und diese entzogen bei Nichtwohlverhalten die Lizenz wieder.

Die alliierte Betriebsanweisung für die Presse Nr. 1 vom Sommer 1945 bestimmte, daß alle Einnahmen aus der Zeitung nach Abzug der Geschäftsunkosten persönliches Eigentum der eingesetzten Lizenzträger seien. »Die Lizenz prämiierte also ein über einige Jahre durchgehaltenes Wohlverhalten, das sich nach den verschiedenen Wendungen der amerikanischen Politik richten mußte. Die Lizenzurkunde war ein Wertpapier, das bei Nichtwohlverhalten nichts, bei Wohlverhalten bis zur Aufhebung des Lizenzzwanges mehrere Millionen DM wert war.«[5] Alle großen westdeutschen Zeitungen gehen auf solche Lizenzträger zurück, die nicht nur an vorderster Front der Umerziehung standen, sondern dadurch auch zu Millionären wurden. Ein Beispiel für solch eine Lizenzurkunde ist nebenstehend abgedruckt.*

Eine Lizenzurkunde.

MILITARY GOVERNMENT-GERMANY

MILITÄRREGIERUNG DEUTSCHLAND

INFORMATION CONTROL - NACHRICHTENKONTROLLE

LICENSE

ZULASSUNG NR. 8

1. Subject to the conditions set forth in Paragraph 2, the following-named person

1. Gemäß den im Paragraph 2 festgesetzten Bedingungen, ist die folgende Person

GEORG KURT SCHAUER

hereinafter referred to as "licensee" is authorized to engage in the following activities:

welche im Nachfolgenden als „Zulassungsinhaber" bezeichnet wird, autorisiert, folgende Tätigkeit auszuführen:

To publish the periodical "Börsenblatt für den deutschen Buchhandel" and books and pamphlets essential as book trade publications.

Die Zeitschrift Börsenblatt für den deutschen Buchhandel und Bücher und Broschüren, die als Fachliteratur des Buchhandels notwendig sind, zu veröffentlichen.

2. This license is granted subject to the following conditions:

2. Diese Zulassung ist erteilt unter folgenden Bedingungen:

a) That all laws, ordinances, regulations and instructions of Military Government are complied with.

a) Daß alle Gesetze, Verordnungen, Verschriften und Anweisungen der Militärregierung befolgt werden.

b) That this license be prominently displayed on the premises of the licensee at all times.

b) Daß diese Zulassung im Betrieb des Zulassungsinhabers jederzeit öffentlich angeschlagen ist.

c) That all newspapers, books, periodicals, pamphlets, posters, printed music or other publications, sound recordings or motion picture films published or produced under this license shall bear in such manner as may be prescribed the legend: Published (or produced) under Military Government Information Control License No. 8..

c) Daß sämtliche Zeitungen, Bücher, Zeitschriften, Broschüren, Plakate, Musikalien oder irgendwelche andere Veröffentlichungen, ebenso Schallplatten und sonstige Tonaufnahmen und Filme, die gemäß dieser Zulassung hergestellt oder veröffentlicht werden, folgende Aufschrift in vorgeschriebener Weise tragen: „Veröffentlicht (oder hergestellt) unter der Zulassung Nr. 8.. der Nachrichtenkontrolle der Militärregierung".

d) That no person, not reported on the application for this license as having a financial interest in the business enterprise conducted under this license, shall be given nor shall receive any part of the profits of the business enterprise, nor shall any interest in the business enterprise be held for any such person, except with the express written permission of Military Government.

d) Daß keine Person, die nicht in diesem Gesuch als an diesem Geschäftsunternehmen finanziell interessiert eingetragen ist, irgendeinen Anteil an dem Nutzen aus dem Geschäftsunternehmen erhält; ferner, daß kein finanzieller Anteil an dem Geschäftsunternehmen für eine im Gesuch nicht erwähnte Person ohne ausdrückliche schriftliche Erlaubnis der Militärregierung zurückbehalten wird.

e) Other conditions: None.

e) sonstige Bedingungen: Keine.

As stated in policy and operating instructions.

Wie in "Richtlinien" und "Betriebsanweisungen" festgelegt.

3. This license is not granted for a stated term, is not a property right, is not transferable and is subject to revocation without notice or hearing.

3. Diese Zulassung wird für keine bestimmte Zeitfrist erteilt und stellt kein Eigentumsrecht dar; sie ist nicht übertragbar und kann ohne Kündigungsfrist oder Untersuchung rückgängig gemacht werden.

Wiesbaden,
9 August 1945

ROBERT A. McCLURE
Brigadier General, GSC
Information Control Division
United States Forces, European Theater

[5] Ebenda, S. 134.

[6] *Börsenblatt für den Deutschen Bu handel*, Nr. 39, 16.5.1997,5. 66.

Meinungsfreiheit in Deutschland heute

Dichtung und Wahrheit in der BRD und in Österreich

»Jeder kann entsprechend unserer Verfassung reden und schreiben, was er will... Wenn von Zensur geredet werden kann, dann allenfalls von einer Verhinderung des Disqualifizierten.« Mit dieser Behauptung versuchte 1996 ein Professor für Buch- und Verlagswesen in München zu belegen, daß von Textzensur in der BRD nicht die Rede sein könne. Auch der Politologe Hans-Adolf JACOBSEN meinte, die Existenz großzügiger Meinungsäußerungsfreiheit in der BRD mit dem Hinweis belegen zu können: »Nach wie vor gibt es in Deutschland für fast jede Richtung ein Organ, in dem u. a. die unsinnigsten Behauptungen aufgestellt werden können.«[1]

[1] Beide Schriftstücke liegen dem Verfasser vor.

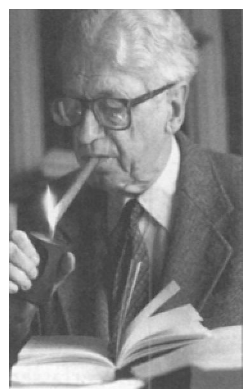
Das mag zwar stimmen, doch kann dieser Umstand nicht als Indikator für den Grad der wirklich bestehenden Meinungsäußerungsfreiheit gelten. Um diesen messen zu können, geht es nicht darum, ob Bürger den größten Unsinn sagen und den dämlichsten Schwachsinn schreiben dürfen, Meinungsäußerungsfreiheit ist durch den Grad gekennzeichnet, Inwieweit es für Bürger möglich ist, eine kritische Haltung gegenüber anderen Meinungen - auch und erst recht gegenüber der gängigen Lehrmeinung oder der veröffentlichten Meinung - vertreten und frei äußern zu können, ohne dafür Repressalien ausgesetzt zu sein. »Wer apologetische Reden auf die Staatsgewalt hält, bedarf keines Schutzes. Er ist nicht bedroht. Bedroht ist nur der Opponent. Als Freiheit der »Andersdenkenden« erst hat politische Freiheit, hat Meinungsäußerungsfreiheit, ihre Bedeutung. Als solche ist sie historisch erkämpft worden: von politischen Minderheiten, von Oppositionellen.«[2]

[2] Gode HARTMANN, »Meinungsfreiheit - ein Grundrecht der Affirmation?«, in: Joachim PERELS (Hg.), *Grundrechte als Fundament der Demokratie,* Frankfurt/M. 1979, S. Hl.

Art. 5 des bundesdeutschen Grundgesetzes (GG) besagt unter anderem, daß jeder das Recht habe, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten, und daß die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film gewährleistet würden. Eine Zensur finde nicht statt. Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre seien frei. In der Praxis sehen diese Garantien jedoch anders aus. Der Verfasser ging den Ursachen hierfür nach und stellte in seinem Buch *Sind Gedanken noch frei}* ([2]2001) die These auf, daß die demokratische Grundordnung der BRD im wesentlichen von zwei Grundprinzipien - der Doktrin von der doppelten Kollektivschuld - gekennzeichnet sei:

- erstens von der Anerkennung der alleinigen Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges und
- zweitens von der Anerkennung der millionenfachen Ermordung größtenteils rassisch Verfolgter während des Dritten Reiches.

Diese beiden Prinzipien genießen in der BRD den Status historischer Tatsachen und der Offenkundigkeit. Sie in Zweifel zu ziehen kann strafrechtliche Folgen haben. Dies gilt ebenso für Österreich, wo eine solche Kritik gar als nationalsozialistische Wiederbetätigung bestraft werden kann.



Theodor ESCHENBURO.

Das Dogma der doppelten Kollektivschuld ist seit Bestehen der BRD von ihren Repräsentanten immer wieder bestätigt und manifestiert worden. Der Politikwissenschaftler Theodor ESCHENBURG beispielsweise hat die Grundlage, auf der der westdeutsche Staat nach dem Krieg aufgebaut worden ist, 1964 wie folgt formuliert: »Die Erkenntnis von der unbestrittenen und alleinigen Schuld HITLERS ist vielmehr eine Grundlage der Politik der Bundesrepublik.« Auch der 1938 nach Britannien emigrierte Publizist Sebastian HAFFNER, der als eindringlicher Befürworter der deutschen Teilung maßgeblich an der Umerziehung des deutschen Volkes beteiligt gewesen war, teilte diese Ansicht. Wer am heutigen Status quo (gemeint war das als volkspädagogisch wertvoll erachtete Geschichtsbild der »Offenkundigkeit«) rüttele, der bedrohe, HAFFNER zufolge, gar die Grundlagen des europäischen Friedens. In seiner Bundestagsrede vom 9. November 1988 bekannte Bundestagspräsident Philipp JENNINGER, daß sich alle politischen Fragen in der BRD »im vollen Bewußtsein um Auschwitz« drehten. Der ehemalige Landgerichtspräsident Rudolf WASSERMANN sekundierte 1994: »Wer die Wahrheit über die nationalsozialistischen Vernichtungslager leugnet, gibt die Grundlagen preis, auf denen die Bundesrepublik Deutschland errichtet worden ist. .. Wer Auschwitz leugnet, greift nicht nur die Menschenwürde der Juden an, der rüttelt auch an den Grundfesten des Selbstverständnisses dieser Gesellschaft.«[3]



[3] Alle Zitate in: Claus NORDBRUCH, *Sind Gedanken noch frei? Zensur in Deutschland,* München [J]2001,S.41 f.

Dieses Fundament, auf dem die BRD aufgebaut ist, ist längst zum Dogma erhoben worden und mittlerweile der wesentliche Faktor für die Entscheidung, ob eine Meinung hierzulande frei vertretbar, sprich strafrechtlich nicht bedeutsam ist, oder aber ob sie eben gegen diese beiden Grundprinzipien verstößt und somit nicht unter den Schutz der Meinungsfreiheit fällt. Eine wesentliche Rolle spielen hierbei die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften« und die Ämter für Verfassungsschutz sowie gesetzliche Vorschriften, die im Strafgesetzbuch festgehalten sind. Über »historisch gesicherte Tatsachen« müsse man nicht diskutieren. Man darf allerdings auch nicht über sie diskutieren, wenn man sich nicht dem Verdacht der Verharmlosung, Aufrechnung, Relativierung, Leugnung usw. aussetzen will. Sie seien »offenkundig« und müßten deshalb nicht weiter bewiesen werden (vgl. Beitrag Nr. 430, »Zur »Offenkundigkeit des Holocaust««).

Meinungen, die der Lehrmeinung zuwiderlaufen und damit dem Interesse der Macher in Politik und Kultur in der BRD und in Österreich widersprechen, werden gemeinhin als »pseudowissenschaftlich«, »jugendgefährdend« oder gar »volksverhetzend« verunglimpft. Um eine gesetzliche Handhabe gegen diese Art Kritiker, Oppositionelle und Dissidenten zu haben, mußte

das Fundament gesetzlich abgesichert werden. Im April 1994 entschied das Bundesverfassungsgericht endgültig, daß diejenigen, die die »Auschwitz-Lüge«, also das systematische Vergasen von Millionen Juden während des Dritten Reiches, in Frage stellen, durch die grundgesetzlich garantierte Meinungs-(äußerungs)freiheit nicht länger geschützt würden. Die nach Amnesty International zweitgrößte Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch, kommentierte diesen Entscheid mit den Worten: »The court's ruling appeared to restrict unduly the protected right to free speech and expression.«[4] (Das Gericht scheint das geschützte Recht auf Redefreiheit und Meinungsäußerung auf übertriebene (!) Art und Weise eingeschränkt zu haben.) Als direkte Folge des oben genannten Entscheides stimmte der Bundestag am 20. Mai 1994 einem >Auschwitz-Lügen-Gesetz< zu, in dem für den § 130 Abs. 3 des Strafgesetzbuchs (StGB) ausdrücklich festgelegt wird: »Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in 20a Abs. 1 [>Völkermord<] bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.« Diese fragwürdige Gesetzgebung stieß auf heftige Kritik.

In einem bemerkenswerten Leserbrief in der *Welt* vom 4. November 1994 hieß es mit großem Recht: »Kein Ernstzunehmender bezweifelt, daß Juden im Dritten Reich verfolgt wurden. Wer sich mit diesem Thema auseinandersetzt, muß in einem Rechtsstaat aber doch wohl untersuchen dürfen, was glaubwürdig, was unglaubwürdig und was gar technisch unmöglich ist. Wenn Gesetze die historische Forschung zu diesem Komplex verbieten, wenn Sachverständige bei Strafandrohung nicht aussagen dürfen, dann kommt man doch zwangsläufig zu der Vermutung, daß an den Deutschland so schwer belastenden Beschuldigungen vieles nicht der Nachprüfung standhalten würde.«

Der liberale Publizist Horst MEIER, der sich in der Vergangenheit schon öfters öffentlich für die Meinungsäußerungsfreiheit des politisch Andersdenkenden eingesetzt hatte, verurteilte das >Auschwitz-Lügen-Gesetz< scharf. In der *tageszeitung* bezeichnete er »die Verknüpfung von Geschichtspolitik und Gewaltmonopol« als »Armutszeugnis für die Demokratie«. In seiner umfangreichen Stellungnahme hob MEER hervor, daß die Verschärfung des Volksverhetzungsparagraphen »die politische Freiheit potentiell aller zur Disposition gestellt und das demokratische Selbstbewußtsein korrumpiert« habe.[5]

Max GÜDE, ehemaliger Generalbundesanwalt und CDU-Bundestagsabgeordneter, hielt das politische Strafrecht für nicht ungefährlich. Ihm zufolge kann es nicht darauf ankommen, durch hohe Strafmaßnahmen eine fragwürdige Abschreckungswirkung zu erzielen, sondern daß es vielmehr auf die viel wichtigere Zustimmungswirkung im täglichen Plebiszit der öffentlichen Meinung, sprich des rechtschaffenden Bürgers, ankomme.[6] Selbst der *Süddeutschen Zeitung* waren die durch das Gesetz bewirkten erheblichen Einschrän-

[4] Human Rights Watch (Hg.), *Human Rights Watch World Report 1995. Events of 1994*, New York 1995, S. 209.

[5] Zitiert nach: *Junge Freiheit*, 16. 12. 1994.

[6] Vgl. Max GÜDE, »Die Verwirrung unseres Staatsschutzrechtes«, in: Max GÜDE (U. a.), *Zur Verfassung unserer Demokratie*, Rowohlt, Reinbek 1978, S. 28.

kungen der Wissenschafts- und Meinungsfreiheit nicht verborgen geblieben. Am 8. Oktober 1998 stellte sie fest, daß das Bundesverfassungsgericht hervorgehoben habe, daß »nicht nur wertvolle, sondern auch falsche, ja verwerfliche Meinungen geschützt« seien. »In der Tat wäre es absurd, wenn der Staat festschriebe, für welche Meinungen die Meinungsfreiheit gilt. Genau dies tut er aber im neuen Paragraphen 130 III StGB. Der Gesetzgeber gibt historische Tatsachen wieder und verbietet bei Strafe nicht nur, sie zu leugnen, sondern auch, sie anders zu bewerten, nämlich zu verharmlosen... Wer aber mit dem Strafrecht kommt, begeht einen gefährlichen Weg. Er gefährdet die geistige Freiheit.«

Gottfried DIETZE, Menschenrechtler an der John Hopkins-Universität, meinte, daß sich der Paragraph 130 des deutschen Strafgesetzbuches gegen die »gehegte und gepflegte rechtliche Beschützung der Meinungsäußerung stellt und damit den Rahmen des allgemein Anerkannten mißachtet«. Der Professor warf auf diesen Gedanken hin die Frage auf, »ob er auch aus dem Rahmen des Grundgesetzes fällt und als verfassungswidrig erklärt werden muß. Die Schaffung des Grundgesetzes war eine begrüßenswerte Entscheidung gegen den nationalsozialistischen Machtstaat. Damalige Bemühungen, einen Rückfall in eine Diktatur zu verhindern, sind verständlich, auch wenn sie Grundrechte diesbezüglich beschränkten. Ob angesichts der Tatsache, daß die Gefahr eines solchen Rückfalls nicht besteht, fast ein halbes Jahrhundert danach eine Bestimmung wie die des Paragraphen 130 StGB gerechtfertigt ist, ist zweifelhaft, und ich möchte das verneinen«.[7]

[7] Gottfried DIETZE, »Ein Schritt zurück in polizeistaatliche Intoleranz«, in: *Vierteljahreshefte für freie Geschichtsforschung*, Nr. 3, 1998, S. 221.

Der >Wahrheitsparagraph<, wie § 130 StGB im Volksmund auch genannt wird, bedeutet nichts weniger als die staatliche Beschneidung geistiger Auseinandersetzung und behindert damit die freie politische Willensbildung, was einem freiheitlichen Staat unwürdig ist, da er ihn *ad absurdum* führt. Die in zunehmendem Maße verabschiedeten und angewandten Sondergesetze - die aufgrund von Meinungsäußerungen zum Beispiel Autoren, Redakteure Journalisten, Verleger oder Wissenschaftler einer strafrechtlichen Verfolgung auszusetzen - sind als eindeutige Belege für die einseitige Beschneidung der Presse-, Meinungsäußerungs- und Wissenschaftsfreiheit in der BRD anzusehen.

Viele anerkannte Juristen haben die Absurdität dieses Zustandes scharf kritisiert. Stefan HUSTER beispielsweise legte in der *Neuen Juristischen Wochenschrift* überzeugend dar, daß § 130 Abs. 3 StGB mit Art. 5 Abs. I GG unvereinbar sei: »§ 130 Abs. 3 StGB stellt ersichtlich geradezu den Musterfall einer Norm dar, die auf diese (vom Bundesverfassungsgericht näher bestimmte) Weise gegen eine bestimmte inhaltliche Meinung gerichtet ist.« Günter BERTRAM legte in der gleichen Fachzeitschrift eindeutig dar, daß § 130 StGB »irreguläres Ausnahmestrafrecht« beinhalte und damit zu Verfassungsrecht und Meinungsfreiheit »im Widerspruch« stehe.[8] Der Wiener Rechtsgelehrte Richard SOYER erklärte im Januar 2006 im Zuge der Gerichtsverhandlung um

[8] Vgl. Günter BERTRAM, »Der Rechtsstaat und seine Volksverhetzungs-Novelle«, in: *Neue Juristische Wochenschrift*, Nr. 21, 2005, S. 1476.

den wohl berühmtesten Historiker der Welt, David IRVING, daß die Strafandrohungen für nationalsozialistische Wiederbetätigung viel höher als jene für vergleichbare Delikte im Strafgesetzbuch und damit zu hoch seien: »Auch ich zähle mich zu jenen, die einer symbolischen und/oder die Gesinnung sanktionierenden Strafgesetzgebung nichts abgewinnen können. Unsere (antifaschistische) Verfassung will ja gelebt werden. Denk- und auch Sprechverbote lehne ich grundsätzlich ab. Eine andere Sache aber sind (neo-)nationalsozialistisch motivierte kriminelle Handlungen im »klassischen« Sinn. Deren sondergesetzliche Ausgestaltung im Verbotsgesetz hat gute historische Gründe, die für mich weiterhin aktuell sind... Daß hier auch die (NS-)Gesinnung zur Aburteilung gelangt, ist nicht zu beanstanden... Die mit der Verbotsgesetz (VG, C. N.)-Novelle 1992 durchgeführte Heraushebung der >Auschwitz-Lüge<-Behauptung aus dem >alten< § 3g VG und die Einführung der neuen Strafbestimmung des § 3h VG (ohne daß ein Wiederbetätigungsvorsatz nachgewiesen werden muß) erscheint angesichts der Strafdrohung von einem bis zu zehn Jahren nicht als optimale Lösung.«[9]

[9] Richard SOYER, »Verbotsgesetz: Strafrahmen senken«, in: *Die Presse*, 9. 1. 2006.

Eine freie öffentliche Debatte über diese, ja keineswegs nur die deutsche, sondern die gesamte Weltpolitik der Nachkriegszeit bestimmende Themen Kriegsschuld und Judenverfolgung ist unter diesen Umständen jedoch nicht möglich, obgleich eine solche dringend notwendig wäre und in jedem anderen Bereich der Forschung und allen anderen wissenschaftlichen Disziplinen außer der Geschichte eine Selbstverständlichkeit ist. Gerade bei diesem Thema jedoch werden weit weniger Historiker als viel mehr Kriminologen und Richter bemüht. Das Problem ist, daß vor allem bezüglich der sogenannten Holocaustforschung die grundsätzlichen Merkmale, die einen freiheitlichen Rechtsstaat ausmachen, nicht existieren. Statt dessen werden die Strafgesetze beansprucht.

Das Dogma der Doppelkollektivschuld beschneidet nicht nur die Geistesfreiheit, sondern kennzeichnet die gesamte bundesdeutsche Innenpolitik durch einseitiges Engagement. Unterdrückende Maßnahmen werden nicht etwa gegen Extremismus im allgemeinen und tatsächlichen Sinne «griffen, sondern in der Regel gegen Politik, Publizistik und Kultur von >rechts<. Das Deutsche Rote Kreuz beispielsweise gibt ebenso wie das Jugendinformationszentrum München eine Broschüre *Recht gegen Rechts* heraus. Beide verweisen in ihren unsachlichen Pamphleten auf einschlägige Organisationen und Behörden wie das > European Network Against Racism« in Brüssel, das Informations- und Dokumentationszentrum gegen Rassismus in Düsseldorf, die Bundeszentrale für jugendgefährdende Schriften in Bonn und den sogenannten Verfassungsschutz. Die hierzulande praktizierte Einseitigkeit politischer Agitation spiegelt sich nicht zuletzt gerade in der Selbstdarstellung dieses umstrittenen Inlandsgeheimdienstes wider: *Gemeinsam stark gegen Rechtsextremist mus,* so lautet der unmißverständliche Titel einer Broschüre des Landesamtes

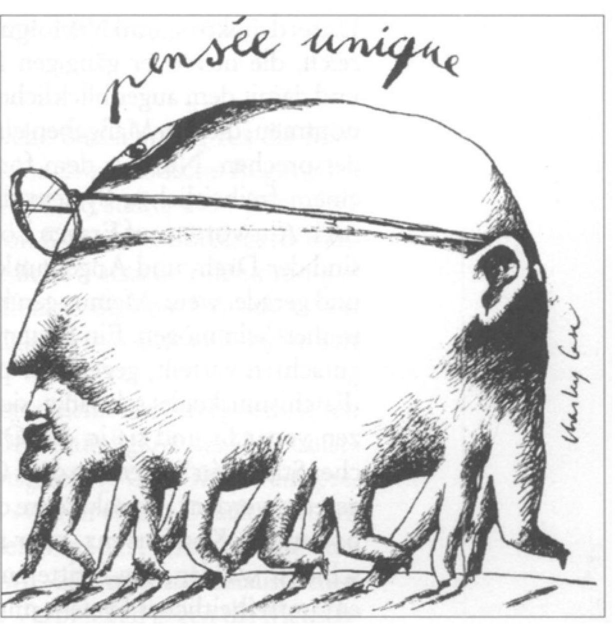
für Verfassungsschutz Rheinland-Pfalz. Das Bundesamt für Verfassungsschutz mahnt auf seiner offiziellen Seite im Internet *Geh Rechtsextremisten nicht ins N e t z* das Landesamt für Nordrhein-Westfalen bewirbt in seinen Publikationen (seit seinem »Bericht« 2000 sogar auf der Umschlagseite) eine Internetseite mit Namen *Nordrhein- Westfalen gegen rechts,* das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg führt auf den Titelseiten seiner Verfassungsschutzberichte fast ausschließlich Fotos von vermeintlichen »Rechtsradikalen« und von angeblich »rechtsextremistischen« Publikationen. *Demokratie ist verletzlich* nennt sich eine vom Bundesamt für Verfassungsschutz herausgegebene Broschüre, die sich ausnahmslos mit »Rechtsextremismus in Deutschland« befaßt. In vielen Fällen versucht die Obrigkeit gar nicht mehr, ihre einseitige Ausrichtung zu verstecken; sie propagiert sie mittlerweile sogar: Die geheimdiensteigene Internet **Seite** *www.verfassungsschutzgegenrechtsextremismus.de* mit dem bezeichnenden Titel *Für Demokratie und Toleranz — Gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkei* preist sich als ein »Informationsangebot« der Verfassungsschutzbehörden an. Eine Informationsseite des Verfassungsschutzes gegen »Linksextremismus« sucht man indes vergebens.

»Der Ausdruck >Hexenjagd< trifft den Nagel auf den Kopf. Die neue Zensur hat nämlich eine religiöse Dimension, da es eines ihrer Hauptmerkmale ist, vor allem moralische Zensur zu sein... Nun kann ein Dogma aber nicht dulden, in Frage gestellt zu werden. Seine Verkündigung zieht also die Disqualifizierung und den Ausschluß des >Schlechtdenkenden< nach sich.« (Alain DE BENOIST, in: *Schöne vernetzte Welt*, Hohenrain, Tübingen 2001, S. 188).

In einem freiheitlichen Rechtsstaat ist es Grundvoraussetzung, daß Forschung und Wissenschaft frei sind, ebenso wie der Zugang zu Information frei und das Recht, seine Meinung zu äußern, gewährleistet sein müssen - ansonsten ist der Staat eben weder rechtsstaatlich noch freiheitlich. Jedem Wissenschaftler muß die Freiheit zugestanden werden, frei zu entscheiden, worauf er sein Augenmerk richtet. Alle Informationsquellen haben ihm frei zugänglich zu sein. Für seine Schlußfolgerungen hat er sich in der Regel lediglich gegenüber seinen Fachkollegen zu rechtfertigen, nicht aber gegenüber Funktionären von Parteien oder Zentralräten. Hierbei ist besonders hervorzuheben, daß es zur ureigenen Freiheit von Wissenschaft und Forschung gehört, »daß auch Ansätze vertreten werden dürfen, die dem herrschenden Paradigma deutlich widersprechen. Ohne diese Freiheit könnte es keine Weiterentwicklung wissenschaftlicher Erkenntnis geben«.[10] Dieser Grundsatz erstreckt sich auf alle Fakultäten und alle Forschungsgebiete. Es werden von Forschern ständig neue Entdeckungen gemacht, und ebenso ständig kommen Wissenschaftler zu neuen Erkenntnissen. Zu Beginn seiner Untersuchung bezweifelt oder überprüft der Forscher eingehend die bestehende Ausgangslage und die bisherigen Erkenntnisse, Entdeckungen und Forschungsergebnisse. Während dieses wissenschaftlichen Prozesses gelangt er vielleicht zu neuen Schlüssen, die die bisherigen Erkenntnisse korrigieren und gegebenenfalls bislang bestehende Lehren ersetzen. Wissenschaftliche Forschung kann gar nicht auf andere Weise betrieben werden, als vorgegebene Voraussetzungen kritisch zu untersuchen und Ergebnisse nicht vorwegzunehmen. Nur auf diese Weise hat Forschung den geistigen Erkenntnisbereich des Menschen erweitert.

[10] Arne HOFFMANN, *Warum Hohmann geht und Friedman bleibt, A ntisemitismusdebatten in Deutschland von Möllemann bis Walser*, Schnellroda 2005, S. 207.

Die Meinungsfreiheit ist »das höchste Gut der Bürger einer freien Gesellschaft; der Grad der Einschränkung der Meinungsfreiheit markiert den Grad der Entmündigung«.[11] Aus diesem Grund muß erkannt werden, daß das fundamentale Grundrecht auf freie Meinungsäußerung, in dem Informations-, Wissenschafts- und Pressefreiheit wesentliche Schwerpunkte bilden, in der BRD und in Österreich zwar theoretisch garantiert, in der Wirklichkeit jedoch nicht besteht. Dazu kommt der die Meinungsvielfalt vernichtende Umstand, daß die maßgeblichen Meinungsfabriken mehr oder weniger in einer Hand sind oder einer Interessengruppe dienen, Der bekannte Hollywood-Regisseur Mike Nichols *(Wer bat Angst vor Virgina Woolfl Die Reifeprüfung, Mit aller Macbt)* hatte diesen Umstand sogar auf die gesamte Welt bezogen und Ende der neunziger Jahre erklärt: »Eine Handvoll Menschen kontrolliert die Medien der Welt. Derzeit sind es etwa noch sechs solcher Menschen, bald werden es nur noch vier sein - und sie werden dann alles umfassen: alle Zeitungen, alle Magazine, alle Filme, alles Fernsehen. Es gab einmal eine Zeit, da gab es verschiedene Meinungen, Haltungen in den Medien. Heute gibt es nur noch eine Meinung, die zu formen vier, fünf Tage dauert - dann ist es jedermanns Meinung.«[12]



»Pensée unique = Einheitsdenken«. Im Zeitalter des Globalismus sind Pluralismus und Andersdenken fehl am Platz. Jedes Abdriften wird von der Gedankenpotizei aufgespürt und bestraft.

In Verbindung mit der in der BRD wirklich bestehenden Meinungsfreiheit sprach Michael NEIBACH, Bundesschatzmeister des Freien Deutschen Autoren Verbandes, des zweitgrößten deutschen Schriftstellerverbandes, schlicht von »Meinungsterror«. Seiner Ansicht nach werden die wirklichen nationalen Probleme derart massiv unter Tabuschutz gestellt, daß man nur noch von Regierungskriminalität sprechen könne. Gewiß werde noch kein Andersdenkender umgebracht, mindestens aber beschattet, beobachtet, registriert, steuerrechtlich observiert, in großen und kleinen Lauschangriffen entwürdigt und durch Rasterfahndung in die private Nische getrieben.[13] Die

[11] Karl-Hermann FLACH, »Keine Freiheit ohne Pressefreiheit«, in: Ottheinrich HESTERMANN (Hg.), *Presse und Pressewesen,* Stuttgart 1993, S. 11.

[12] »Herr über das Denken der Masse«, in: *Zeitenscbrift,* Nr. 22/1999.

[u] Vgl. Michael NEIBACH in einem Brief an den Verfasser vom 15. 4. 1996. Faksimileabdruck in: Claus NORDBRUCH, »Geistesfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland. Gutachten zum Fall Germar Rudolf«, in *Vierteljabresbeftefürfreie Gescbicbtsfoncbung,* Nr. 2, 2002, S. 206.

Unterdrückung und Verfolgung von Meinungen in der BRD und in Österreich, die nicht der gängigen Lehrmeinung, der veröffentlichten Meinung und damit dem augenblicklichen Zeitgeist entsprechen, haben Formen angenommen, die den Maßgaben eines wirklich demokratischen Rechtsstaats widersprechen. Nur aus dem fortwährenden Streit der Meinungen erwächst einem freiheitlichen System die Fähigkeit, dem immerwährenden Suchen nach Antworten auf Fragen Lösungen folgen zu lassen. Rede und Gegenrede sind der Dreh- und Angelpunkt eines solchen freiheitlichen Systems - auch und gerade, wenn Meinungen bewußt gegensätzlich gehalten und scharf formuliert sein mögen. Ein System aber, das im liberalen Gewande Gesinnungsgutachten verteilt, gegenüber politisch Andersdenkenden moralisierend die »Faschismuskeule' schwingt, sie aus dem Meinungsbildungsprozeß auszugrenzen versucht und sie in der Öffentlichkeit verunglimpft, ist kein freiheitlicher Staat. Ein System, in dem Gesinnungsprüfung und Berufsverbote durchgesetzt werden, Provokateure des Verfassungsschutzes und Denunzianten in potentielle Konkurrenz- oder nicht genehme oppositionelle Parteien eingeschleust werden, um Dritte zu Straftaten zu verführen, ist in Wirklichkeit ein unfreiheitliches System mit totalitären Tendenzen. Claus Nordbruch

»Zur Zeit ist es der Tugendterror der Political Correctness, der freie Rede zum halsbrecherischen Risiko macht.«
Martin WALSER

»Natürlich darf jeder seine Meinung sagen - vorausgesetzt, er vertritt keine deutschen Interessen.« Jürgen SCHWAB

»Der Volksverhetzungsparagraph: Ein hilfloser Versuch, den Historikerstreit mit juristischen Mitteln autoritativ zu entscheiden.«
Horst MEIER {*taz* 5. 2. 1996)

»Die neuen Tugendwächter sind die traurigen Reste und Abkömmlinge der 68er Bewegung, die den langen Marsch durch die Institutionen geschafft haben und jetzt in Zeitungsredaktionen, Parteisekretariaten, Kirchenversammlungen, Seminaren und Institutionen sitzen.«
Zeitgeistmagazin Wiener 1996

»Man verbrennt heute keine Ketzer mehr, das ist immerhin ein wesentlicher Fortschritt gegenüber der Zeit Martin LUTHERS.«
Ortwin LOWACK (MdB) 1991.



Der neue Totalitarismus der Political Correctness (Collage von John CRAIG)

Zur »Offenkundigkeit des Holocaust«

Der Begriff »>Holocaust< ist die gebräuchliche Bezeichnung für die Massenvernichtung von Juden durch das nationalsozialistische Regime im Zweiten Weltkrieg«.[1] Der Bundesgerichtshof (BGH) stellte 1994 fest: »Der Massenmord an Juden in den Gaskammern von Konzentrationslagern während des Zweiten Weltkrieges ist als geschichtliche Tatsache offenkundig.[2] Gemäß dem *Duden* (Band 8) ist der Begriff »offenkundig« ein Synonym von »eindeutig erkennbar«, während »Offenkundigkeit« vor allem »Bekanntheit in der Öffentlichkeit« bedeutet.

Sowohl das bundesdeutsche als auch das österreichische Strafgesetz sehen Gefängnisstrafen für denjenigen vor, der »die Offenkundigkeit des Holocaust« in Zweifel zieht. In Österreich regelt das Verbotsgesetz (VG) (§ 3h) die entsprechende Strafverfolgung, wonach bestraft wird, »wer in einem Druckwerk, im Rundfunk oder in einem anderen Medium oder wer sonst öffentlich auf eine Weise, daß es vielen Menschen zugänglich wird, den nationalsozialistischen Völkermord oder andere nationalsozialistische Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, gröblich verharmlost, gutheißt oder zu rechtfertigen sucht.« In der BRD lautet der entsprechende Text des Strafgesetzbuches (StGB) in § 130, Abs. 3: »Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 6 Abs. 1 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.«

Gemäß § 244, Abs. 3, der bundesdeutschen Strafprozeßordnung ist es den Gerichten möglich, Beweisanträge wegen »Offenkundigkeit« abzulehnen. Es gibt jedoch konkret drei Fälle, bei denen die Justiz Beweisanträge nicht wegen Offenkundigkeit ablehnen darf:

1. wenn Beweismittel vorgelegt werden, die den bisher bei deutschen Gerichten vorgelegten Beweisen an Beweiskraft überlegen sind;

2. wenn in der Öffentlichkeit ein merklicher Widerspruch gegen die für offenkundig erachtete Ansicht besteht;[3]

3. wenn geeignete Beweismittel bereits während der Verhandlung im

[1] http://www.shoa.de

[2] Vgl. Bundesgerichtshof (BGH), Urteil vom 15. 3. 1994, Az.: 1 StR 179/93. Hier zitiert nach BGH, Urteil in der Strafsache gegen Günter DECKERT vom 15. 12. 1994, S. 6.

[3] Zu den ersten beiden Punkten vgl, OLG Düsseldorf, Az.: 2 Ss 155/91 - 52/91 III; BVerfG, Az.: 2 BrR 367/92; OLG Celle, Az.: 3 Ss 88/93, *Monatszeitschrift für Deutsches Recht (MDR)*, 48, Nr. 6, 1994, S. 608.

Gerichtssaal vorhanden oder anwesend sind, die nach § 245 der Strafprozeßordnung *nicht* wegen Offenkundigkeit abgelehnt werden dürfen.[4]

Der Revisionist Germar RUDOLF machte darauf aufmerksam, daß die Erfahrungen allerdings zeigten, daß man als sogenannter »Holocaust-Leugner« vor Gericht gar nicht »die Möglichkeit hätte, den Nachweis zu führen, daß man in der Tat Beweismittel hat, die den bisher vor deutschen Gerichten vorgelegten Beweisen an Beweiskraft überlegen sind, oder aber solche Beweismittel, die bereits im Gerichtssaal bei der Verhandlung vorliegen bzw. anwesend sind. Leider hat man seit Anfang der 1990er Jahre erleben müssen, daß alle Gerichte in Deutschland auch jene Beweisanträge wegen Offenkundigkeit ablehnen, bei denen die Beweismittel bereits im Gerichtssaal präsent waren oder wo der Beweisantrag lediglich zum Inhalt hatte zu überprüfen, ob die neuen Beweismittel den alten an *Beweiskraft* überlegen sind. Die *Beweiskraft* eines angebotenen Beweismittels ist aber ohne Zweifel niemals offenkundig. Dennoch hat der Bundesgerichtshof die Praxis genehmigt, präsente Beweismittel und Anträge auf Prüfung der Beweiskraft wegen Offenkundigkeit des Holocaust (sic!) abzulehnen, und zwar mit der Begründung, daß dies schon immer so gemacht worden sei.[5] Damit hat die bundesdeutsche Justiz der Bundesrepublik Deutschland die Offenkundigkeit des Holocaust *de facto* zu einem unabänderlichen Dogma erhoben. Im Jahr 2002 ging die bundesdeutsche Strafjustiz dann sogar zur offenen Verfolgung von Strafverteidigern über, die es wagen, überhaupt revisionistische Beweisanträge zu stellen.[6] Jetzt bricht man also nicht nur das Recht, indem man zulässige Beweismittel unterdrückt, sondern zusätzlich dadurch, daß man das Stellen von Beweisanträgen selbst unter Strafe stellt.«[7]

Für die meisten Historiker ist die aufgerundete Zahl von »6 Millionen« in deutschen Konzentrationslagern getöteter Juden eine historisch erwiesene Tatsache, über die es nichts mehr zu forschen gibt.[8] Oberrabbiner Joseph

[4] Vgl. Detlef BURHOFF, *Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung,* Recklingha sen ^{4}2003, S. 676.

[5] Bundesgerichtshof, Az.: 1 StR 193/93.

[6] Sigmund P. MARTIN, »Volksverhetzung - Leugnen des Holocaust durch Verteidigerhandeln«, in: *juristische Schulung,* 11/2002, S. 1127 f., im Fall gegen RA Jürgen RIEGER; basierend auf BGH, Az,: 5 StR 485/01; vgl. NEUE *Juristische Wochenschrift* 2002, S. 2115; *NeueStrafrechts-Zeitung,* 2002, S. 539; vgl. auch BGH, Az.: 1 StR 502/99, im Fall gegen RA LUDWIG Bock; siehe Rudi ZORNIG, »Rechtsanwalt wegen Stellung von Beweisantrag verurteilt«, in: *Vierteljahreshefte für Freie Geschichtsforsch* 3, Nr. 2 (1999), S. 208 f,

[7] Germar RUDOLF, *Holocaust-Revisionismus. Eine kritische geschichtswissenschaftlich de,* Hastings 2005, S. 35 f.

[8] Vgl, Roger GARAUDY, *The Founding Myths of Modern Israel,* Newport Beach -^{2}2003, S. 171 u. 186.

SITRUK formulierte am 30. April 1996 dieses absolute Verständnis mit den Worten: »Es kann keine Debatte über den Holocaust geben. Die Historiker haben den endgültigen Beweis vorgelegt.«[9] Wo und von wem dieser Beweis konkret erbracht worden sein soll, hatte der Geistliche nicht erwähnt. Angesichts der sich in ihrer Aussage vielfach stark voneinander unterscheidenden publizistischen Behauptungen und wissenschaftlichen Veröffentlichungen über das Wesen und Ausmaß der Judenverfolgung zur Zeit des Zweiten Weltkrieges, erscheint »die Offenkundigkeit des Holocaust« *per se* keineswegs wissenschaftlich so genau festgestellt, wie dies gemeinhin angenommen werden könnte.

Als historisch gesichert steht fest, daß die »maßlosen Übertreibungen der Feindpropaganda - nicht nur der Sowjets - über Auschwitz«[10] größtenteils auf der antideutschen Propaganda aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges beruhen. Es war »STALINS mordlüstiger Greuelpropagandist Ilja EHRENBURG«, der schon im Dezember 1944 die Zahl von sechs Millionen ermordeter Juden unter deutscher Herrschaft in die Welt gesetzt hatte." Diese Zahl hat sich bis heute in der gängigen Publizistik und Geschichtsschreibung durchgesetzt.

Die meisten etablierten Historiker halten die Zahlenangabe von »6 Millionen« zwar für wahr, begründen sie aber oftmals mit fragwürdigen Argumenten. Norman SOLOMON, Dozent für Hebräische und Jüdische Studien in Oxford, beispielsweise stellte für einen Akademiker recht unwissenschaftlich fest: »Sechs Millionen - die genaue Zahl ist kontrovers - wurden ermordet.«[12] Beweise, die diese Aussage untermauerten, erbrachte er nicht. Dem von Christian ZENTNER herausgegebenen Lexikon *Der Zweite Weltkrieg* (1995) ist zu entnehmen, daß die »genaue Zahl der im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich umgebrachten Juden« sich nicht feststellen lasse. Schätzungen zufolge sei von rund 5 Millionen auszugehen. Israelische Gelehrte hingegen gaben 1974 die Anzahl der jüdischen Opfer mit exakt 5 820960 an.[13] Für den im bundesdeutschen Establishment anerkannten Historiker Martin BROSZAT war die Angabe von »6 Millionen«, wie er als Sachverständiger am 3. Mai 1979 vor dem Frankfurter Schwurgericht dargelegt hat (Az: Js 12828/78919 Ls), lediglich eine »symbolische Zahl«. Wissenschaftlich belegt sei sie nicht.

In dem von Alain RESNAIS 1955 gedrehten Film *Nacht und Nebel* wurde von 9 Millionen Todesopfern allein in Auschwitz gesprochen. Die von der fran-

[9] *»There can be no debate on the Holocaust, historians have given definitive proof.«* Zitiert nach Roger GARAUDY, *The bounding Myths of Modem Israel*, Newport Beach 2003, S, 190.

[10] Werner MASER, *Fälschung, Dichtung und Wahrheit über Hitler und Stalin*, Ol zog, München 2004, S. 342.

[11] Vgl. Werner MASER, ebenda, S. 333.

[12] Norman SOLOMON, *Judentum. Eine kurze Einführung*, Stuttgart 2002, S. 23.

[13] Vgl, *Israel Pocket Library, Anti-Semitism* (zusammengestellt als Material, das ursprünglich in der *Engclopaedia Judaica* veröffentlicht wurde), Jerusalem 1974, S. 212.

zösischen Regierung 1945 herausgegeben *Doaments pour senir l'histoire de la guerre Camps de concetttrarion* behaupten auf Seite 7 eine Zahl von 8 Millionen Toten in Auschwitz. Die amerikanische Armeepresse erklärte im Mai 1945, daß »im Lager Auschwitz in der Nähe von Erfurt« (!) 3,5 Millionen Juden ums Leben gekommen seien.[14] Von 4 Millionen Opfern war während des Nürnberger Tribunals die Rede, wobei sich Ankläger und Richter, die ein und derselbe Personenkreis waren, auf sowjetische Propagandaangaben beriefen. Der französisch-jüdische Historiker Leon POLIAKOV, der in den ersten Nachkriegsjahrzehnten als die Kapazität bezüglich Holocaustfragen galt, halbierte diese Zahl in seinem seit 1954 mehrfach aufgelegten Buch *Harvest of Hate*, das von der zionistischen Anti-Defamation League (ADL) als »beste auf dem Markt erhältliche Untersuchung« gelobt worden war. Diese zwei Millionen wiederum wurden von Raul HLLBERG in seinem Buch *The Instruction of the European Jews* (1961) auf 1,25 Millionen verringert. Die jüdische Historikerin Gitta SERENY machte in einem Interview mit der Londoner *Times* am 29. August 2001 die in der BRD und Österreich strafrechtlich bedeutsame Atissage, daß Auschwitz überhaupt kein Vernichtungslager gewesen sei: »Warum nur in aller Welt haben all diese Leute Auschwitz zu einer heiligen Kuh gemacht... Auschwitz war ein schrecklicher Ort - aber es war kein Vernichtungslager,«[15]

[14] »German Atrocities«, in: *Yank. The Army Weekly*, 18. 5. 1945, zitiert nach: Joseph W. BENDERSKY, *The »Jewish Threat«. Anti-Semitic Politics of the U.S. Army*, New York 2000, S. 347.

[15] Zitiert nach http:/ / peaceproject.de/ modu les. p hp? n ame= News&file = article&sid= 109

Diese grundsätzlich unterschiedlichen und stark voneinander abweichenden Zahlenangaben gelten lediglich für das Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau. Für die übrigen Lager kommen ähnlich große Abweichungen in Betracht. Bezüglich Majdanek beispielsweise erklärte Lucy DAWIDOWICS in ihrem Buch *The War against the Jews*, daß 1,38 Millionen Juden dort ermordet worden seien. Lea ROSH und Eberhard JÄCKEI, verringerten in ihrer Publikation *Der Tod ist ein Meister im Dritten Reich* diese Opferzahl auf 0,3 Millionen, während es bei Raul HILBERG noch 50000 Opfer waren.

Trotz dieser großen Widersprüche hatte sich in den Medien die 4 Millionen-Zahl für Auschwitz jedoch durchgesetzt. Über viele Jahrzehnte hinweg bestätigte eine Gedenktafel auf dem Grundstück des ehemaligen Konzentrationslagers diese Zahl, die allerdings mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion fiel. 1989 wurde die Tafel durch eine neue ersetzt, auf der die Touristen seither in Kenntnis gesetzt werden, daß in Auschwitz 1,5 Millionen Menschen umgebracht worden seien. Auch der israelische Historiker Yehuda BAUER erklärte am 29. September 1989 in der *Jüdischen Allgemeinen*, daß in Auschwitz-Birkenau nicht 4 Millionen, sondern 1,5 Millionen Juden ermordet worden seien.

Die sich dadurch schon aufdrängende Fragwürdigkeit von der »Offenkundigkeit des Holocaust« wird durch die Ergebnisse, Darstellungen und Behauptungen innerhalb der gängigen Geschichtsschreibung und in den Medien weiter unterstützt:

Abendblatt — Donnerstag, 13. Juni 1946 — 102. Jahrgang, Nr. 243 — Abendblatt

Basler Nachrichten

mit

Finanz- und Handelsblatt

(Intelligenzblatt der Stadt Basel)

Redaktion: Dufourstraße 40 • Telephon 2 28 66 — Postcheck-Konto V 2400 (Basel) — Erscheint wöchentlich elfmal

Expedition: Dufourstraße 40 • Telephon 2 28 60 — Postcheck-Konto V 2400 (Basel) — Preis der Nummer 20 Cts.

Druck und Verlag: Buchdruckerei zum Basler Berichthaus A.-G. Telephon 2 41 50. — Annoncen-Verwaltung: Publicitas, Schweizerische Annoncen-Expedition Aktiengesellschaft. — Telephon 2 29 29

Wie hoch ist die Zahl der jüdischen Opfer?

Ganz unabhängig von den in Nr. 241 der „Basler Nachrichten" veröffentlichten Angaben von Dr. Perlzweig, Chef des politischen Departements des Weltjudenkongresses über die Zahl der Juden, die dem Antisemitismus des Naziregimes in Europa zum Opfer gefallen sind, haben wir, von einem Korrespondenten in Amerika unter dem Titel „Wie hoch ist die Zahl der jüdischen Opfer?" die folgenden Ausführungen erhalten:

Fast alle Staaten (mit der bezeichnenden Ausnahme der Sowjetunion!) haben inzwischen die offiziellen Ziffern ihrer Kriegsverluste bekanntgegeben — wobei sich die erstaunliche Tatsache ergab, daß diese Verluste durchwegs erheblich unter denen des ersten Weltkriegs lagen.

Um so verwunderlicher ist es, daß hinsichtlich der Verluste des jüdischen Volkes bisher keinerlei offizielle Ziffern, sondern nur private und offiziöse Schätzungen veröffentlicht wurden. Diese Schätzungen bewegen sich — wohl nach einer zentralen Propaganda-Ziffer — zwischen 5 und 6 Millionen Toten, die das jüdische Volk als Folge der Verfolgungen des Hitlersystems und des Krieges erlitten haben soll. Wenn diese Zahl stimmt, dann wären die Verluste der Juden größer als die Verluste Englands, Amerikas, Australiens, Kanadas, Neuseelands, Frankreichs, Belgiens, Hollands, Dänemarks, Norwegens und Luxemburgs zusammen, was es doppelt unbegreiflich macht, daß man sich noch immer mit einer bloßen Schätzung dieser gewaltigen Verlustziffer begnügt.

Aber ein summarischer Ueberblick macht es erkennbar, daß diese Zahl der jüdischen Opfer nicht stimmen kann. — Angesichts des erwähnten merkwürdigen Mangels offizieller Unterlagen kann man die Frage heute nur auf Grund der vorliegenden allgemeinen Angaben untersuchen.

Danach betrug die Zahl der Juden in Europa — außerhalb der Sowjetunion — im Jahre 1933 ungefähr 6,6 Millionen, eine Zahl, die American Jewish Conference (gemäß einem Bericht in den „New York Times" vom 11. Januar 1945!) selbst angab. — Von dieser Zahl müßten noch zirka 1 Million in Abzug gebracht werden, die östlich der Molotow-Ribbentrop-Linie lebten und also vor dem 21. Juni 1941 völlig außerhalb der Verfolgung des Hitlersystems standen und sich nach diesem Datum zum allergrößten Teil mit der zurückgehenden Roten Armee ins Innere Rußlands und nach Sibirien flüchteten. Selbst wenn wir annehmen, daß sich nur ungefähr die Hälfte dieser östlich der Ribbentrop-Molotow-Linie lebenden Juden vor dem Einmarsch der Nazis retten konnten, so gewinnen wir doch eine feste, auch von der höchsten jüdischen Autorität anerkannte Ausgangszahl einer jüdischen Gesamtbevölkerung in Europa von 5 Millionen Juden, die überhaupt in den Machtbereich Hitlers geraten konnten.

Aber auch hiervon müssen sofort abgezogen werden die in den neutralen Ländern Europas lebenden Juden. Gemäß „World Almanac 1942", Seite 594, betrug die Zahl der Juden in diesen neutralen, bzw. nicht von Hitler überrannten Ländern: Gibraltar 858, England 300,000, Portugal 1200, Spanien 4000, Schweden 6653, Schweiz 17,973, Irland 3686, Türkei 78,730 — zusammen also: 413,128.

Somit verringert sich die Zahl der für Hitler und Himmler überhaupt „greifbaren" Juden in Europa auf zirka 4,5 Millionen. Von dieser Zahl wiederum ist nun in Abzug zu bringen der gewaltige Flüchtlingsstrom, der sich in den Jahren 1933—1945 in alle Länder und Erdteile ergoß. Bei der großen internationalen Unterstützung, die diesem Flüchtlingsstrom bedrohter Juden mit Recht zuteil wurde, gelang es einem ganz erheblichen Prozentsatz dieser Juden, einen sicheren Hafen zu erreichen.

Leider liegen auch hier keine genauen offiziellen Statistiken vor, die die Einwanderung von Juden nach Nord- und Südamerika, nach Australien, Asien sowie in die neutralen Länder Europas exakt wiedergeben. Da jedoch die Annahme berechtigt ist, daß von 1933 an mindestens 80 % der unter der Rubrik „Deutsche, Oesterreicher und Polen" klassifizierten Einwanderer, Angehörige des jüdischen Volkes waren und seit Kriegsbeginn wohl nahezu die gesamte Zahl dieser Einwanderer Juden waren, so ergibt eine aus verschiedenen Quellen (u. a. der jüdischen Zeitung „Aufbau") zusammengestellte Uebersicht ungefähr folgendes Bild der jüdischen Einwanderung von 1933 bis 1945:

Nach England zirka 120,000, Schweden zirka 25,000, Schweiz zirka 60,000, Spanien und Portugal zirka 5000, Kanada zirka 60,000, USA. zirka 450,000, Zentralamerika zirka 75,000, Südamerika zirka 225,000, Australien zirka 15,000, China (Schanghai!) zirka 35,000, Indien zirka 25,000, Afrika zirka 45,000, Palästina zirka 300,000. Zusammen also zirka 1,440,000 oder rund 1,5 Millionen.

Dabei ist jeder Zustrom in die gewaltigen Gebiete der Sowjetunion und Sibirien außer Ansatz geblieben, weil darüber keinerlei Statistiken vorliegen. Bemerkt sei allerdings, daß gemäß einem Bericht in den „New York Times" allein nach Sibirien mehr als 500,000 polnische Juden geflüchtet sein dürften, wie aus einem kürzlichen Vortrag einer von dort zurückkehrenden jüdischen Dame hervorging.

Die Zahl der Juden, die also tatsächlich in den Machtbereich Hitlers fielen verringert sich dadurch auf höchstens 3 Millionen. Leider umfaßt der Mangel an genauen Zahlen auch die Zahl der überlebenden Juden in Europa und selbst der ausführliche Bericht des englisch-amerikanischen Palästina-Komitees begnügt sich merkwürdigerweise nur mit „Schätzungen". Gemäß dieser Schätzung beträgt die Zahl der heute noch in Europa (außerhalb der Sowjetunion) lebenden Juden 1,559,600.

Es ergibt sich also nach dieser Aufstellung, die zwar leider nicht auf neuen amtlichen Zahlen beruht, deren Grundzahlen aber durchwegs von offizieller Seite stammen, daß alles in allem weniger als 1,5 Millionen Juden vorläufig als „tot oder vermißt" bezeichnet werden müssen.

Es ist zu hoffen, daß auch von dieser Zahl sich noch ein erheblicher Prozentsatz auffinden wird, wenn erst einmal genaue Statistiken vorliegen. Angesichts der gewaltigen Bedeutung, die gerade die „Ausrottung der Juden" in der Weltmeinung erhalten hat, ist es von zwingender Notwendigkeit, daß die Vereinigten Nationen schnellstens einen offiziellen Untersuchungsausschuß ins Leben rufen, um festzustellen, wie hoch wirklich die Todesopfer des jüdischen Volkes gewesen sind.

Eines ist schon heute sicher: die Behauptung, daß diese Zahl 5—6 Millionen beträgt (eine Behauptung, die sich unbegreiflicherweise auch der Palästinaausschuß zu eigen macht) ist unwahr. Die Zahl der jüdischen Opfer kann sich zwischen 1 und 1,5 Millionen bewegen, weil gar nicht mehr für Hitler und Himmler „greifbar" waren. Es ist aber anzunehmen und zu hoffen, daß die endgültige Verlustziffer des jüdischen Volkes sogar noch unter dieser Zahl liegen wird. Aber Klarheit tut not — und deshalb sollte eine Untersuchung seitens eines eigenen Ausschusses der Uno die für Gegenwart und Zukunft so wichtige Wahrheit feststellen.

> In der sozialdemokratischen *Berner Tagwacht* vom 24. August 1945 hieß es, sich auf Untersuchungsbeamte der französischen Regierung berufend, daß »in allen deutschen Konzentrationslagern 26 Millionen Menschen ermordet worden« seien, wovon die meisten in Dachau ihr Leben verloren hätten.

> Diesen »26 Millionen Ermordeten« stellten die *Basler Nachrichten* am 13. Juni 1946 - sich auf Zahlen amtlicher Stellen berufend - »weniger als 1,5 Millionen« entgegen, wobei hier sowohl die toten als auch vermißten Juden zusammengefaßt wurden.[16]

> Britische Quellen wiederum stellten 1963, dem widersprechend, fest, daß »niemand je wissen wird, wie viele Menschen zwischen 1943 und dem Ende des Krieges vernichtet« worden seien, es aber angenommen *(believed)* werden müsse, daß es sich um »mehr als vier Millionen« Russen, Polen und Juden gehandelt habe.[17]

[16] Alle Angaben nach Werner MASER, aaO. (Anm. 10), S. 333.

[17] Lady MAGNUS, *Outlines of Jewish History,* London[2]1963, S. 247.

Der amerikanisch-jüdische Rechtsanwalt und Statistiker LISTOJEWSKI erklärte in den fünfziger Jahren in der kalifornischen Zeitschrift *The Broom,* daß er nach zweieinhalbjähriger Forschung die Zahl der im Dritten Reich getöteten Juden nicht exakt habe feststellen können, sie aber auf etwa 500 000 schätze. Diese Meldung wurde in Deutschland seinerzeit von der *Rheinzeitung* am 28. März 1958 wiedergegeben.

> Mitte der fünfziger Jahre war das Untersuchungsergebnis des Schweizer Roten Kreuzes über die während des Zweiten Weltkriegs getöteten Insassen deutscher Konzentrationslager veröffentlicht worden. Einem ausführlichen Bericht der *Cannstatter Zeitung* aus dem Jahre 1956 zufolge, gaben die Schweizer die Anzahl aller in Konzentrationslagern und Gefängnissen umgekommener Opfer rassischer und politischer Verfolgung mit 300000 an.

> Das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung gab Ende 1959 die Verlustzahl der im Reichsgebiet umgekommenen deutschen Juden mit 170000 an, die Gesamtzahl aller getöteten Juden, und hierbei berief sich das Amt auf den britischen Holocaustforscher Gerald REITLINGER, mit 4,2 bis 4,8 Millionen."

> Der jüdische Historiker Saul FRIEDLÄNDER erklärte 1992, daß »neueste Forschungen« ergeben hätten, daß in den von Deutschen zu verantwortenden Konzentrationslagern »zwischen **5,2** und möglicherweise mehr als **6** Millionen« Juden getötet worden seien.[19]

> Dem englisch-jüdischen Orientalisten und Historiker Bernhard LEWIS zufolge hätten die Deutschen im Zweiten Weltkrieg nahezu ein »Drittel des Weltjudentums«[20] ausgerottet, was zwar unter Berufung auf einige demographische Angaben einer Gesamtzahl von fünf bis sechs Millionen Menschen gleichkäme, jedoch mit Hilfe empirischer und amtlicher Statistiken bislang nicht bewiesen wurde. So stellt beispielsweise der in Washington lehrende jüdische Historiker Howard M. SACHAR die einfache Behauptung auf, die jüdische Gesamtzahl sei 1939 auf 16,5 Millionen *gschätzt* worden. Nach der deutschen Kapitulation im Mai 1945 hätten von diesen noch 9,5 Millionen gelebt.[21]

Der israelische Historiker Alex BEIN behauptete 1980, daß zwischen »1933 und 1945« in den »Todesfabriken... durch Erschießungen und durch Hun-

[18] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), *Deutschland heute,* Wiesbaden [5]1959, S. 31 f.

" Saul FRIEDLÄNDER, »Haß war die treibende Kraft«, in: *Spiegel Special,* Nr, 2, 1992, S. 30.

[10] Bernard LEWIS, *»Treibt sie ins Meer!«. Die Geschichte des Antisemitismus,* Berlin 19 24.

[21] Vgl, Howard M, SACHAR, *A History of the Jews in the Modern World,* New York 2005, S. 569.

ger und Sklavenarbeit, durch Folterungen, Vergasungen, medizinische Experimente an lebenden Menschen und andere Arten des Mordes 6 Millionen Juden, mehr als ein Drittel des jüdischen Volkes, zwei Drittel der europäischen Judenheit, getötet« worden seien. Das seien »die nackten Tatsachen, nüchtern aneinandergereiht«.[22]

Diesen Angaben widersprach 1993 der Mitarbeiter des Holocaust-Museums in Washington Jean-Claude PRESSAC. In seinem Buch *Les crematoires d'Auschwitz* (1993) setzte er die Zahl der getöteten jüdischen Opfer bei rund 800 000 fest. Ein Jahr später veränderte er diese Zahl (in der deutschen Ausgabe) nochmals auf 631000 bis 711000.

10 Jahre später verringerte SPIEGEL-Redakteur Fritjof MEYER in seinem sensationellen Beitrag in der Zeitschrift *Osteuropa* »Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde« die ursprünglich propagierte Opferzahl von 4 Millionen Toten in Auschwitz um mehr als 90 Prozent und erklärte die Zahl von »4 Millionen« getöteter Juden in Auschwitz als ein »Produkt der Kriegspropaganda«.[23]

>- Im Mai 2005 hieß es im *National Geographie Magazine*, daß in Auschwitz mittels des Insektizids Zyklon B »mehr als eine Million« Menschen vergast worden seien.[24] Diese Ziffer hatte auch die *Washington Post* in ihrer Rezension kritiklos übernommen.[25] Die im Februar 1991 von der Sowjetunion freigegebenen Sterbebücher von Auschwitz dokumentieren rund 74 000 Tote, davon etwa 30000 mit jüdischem Namen.

Es ist hervorzuheben, daß die oben dokumentierten Beispiele allesamt etablierten Quellen entstammen. Revisionistische Wissenschafder und Publizisten wie Paul RASSINIER, Arthur BUTZ, Wilhelm STÄGLICH, Udo WALENDY, David IRVING, Jürgen GRAF, Friedrich TOBEN, Robert FAURISSON, Siegfried VERBEKE, Walter N. SANNING, Carlo MATTOGNO, Germar RUDOLF und Ernst ZÜNDEL, auf deren Forschungsergebnisse wegen der herrschenden Gesetzeslage hier nicht näher eingegangen werden kann und die aufgrund ihrer Arbeit teilweise Freiheitsstrafen verbüß(t)en (vgl. Beitrag Nr. 429, »Meinungsfreiheit in Deutschland heute«), kommen zu weiteren sensationellen Ergebnissen. Doch bereits die angeführten Beispiele zeigen deutlich, daß selbst

[22] Alex BEIN, *Die Juden/rage. Biographie eines Weitproblems*, Bd. 1, Stuttgart 1980, S. 309.
[23] Fritjof MEYER, »Die Zahl der Opfer von Auschwitz. Neue Erkenntnisse durch neue Archivfunde«, in: *Osteuropa. Zeitschrift fir Gegenwartsfragen des Ostens*, Nr. 5, 2002, S. 631.
[24] Cathy NEWMAN, »12 Toxic Tales«, in: *National Geographie* (US-Ausgabe), Mai 2005, S. 25.
[25] Peter CARLSON, »Deadly Poisons and Their Known Anecdotes«, in: *The Washington Post*, 26. 4. 2005, S. C2.

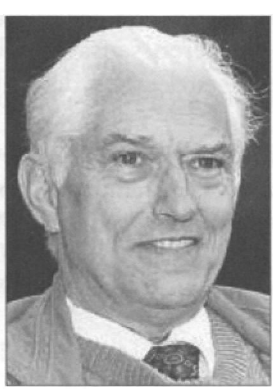
innerhalb der gängigen Geschichtsschreibung Angaben über jüdische Opferzahlen eklatant voneinander abweichen und schon aus diesem Grunde von einer »Offenkundigkeit« bei der Anzahl der Opfer kaum die Rede sein kann.

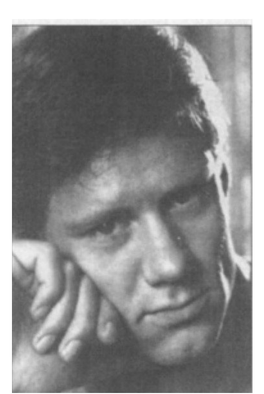
Die Problematik der »Offenkundigkeit« hat Horst MAHLER in einlache Worte zusammengefaßt: »Als offenkundig gelten historische Tatsachen dann, wenn sie aufgrund historischer Forschung allgemein als bewiesen gelten und sich deshalb jedermann aus Geschichtsbüchern, Lexika und ähnlichen Nachschlagewerken ohne besondere Sachkunde unterrichten kann (ALSBERG/NÜSE/MEYER, *Der Beweisantrug im Strafprozeß*, 5. Aufl., Carl Heymanns, Berlin 1983, S. 539) Ist aber die Richtigkeit einer Tatsache in der Geschichtsschreibung umstritten, so wird sie auch nicht dadurch allgemeinkundig, daß über sie viel geschrieben und verbreitet worden ist (ALSBERG/NÜSE/MEYER, ebenda, S. 540).

Es kommt also auf die Feststellung der Unangefochtenheit des Für-wahr-Hakens an. Wie aber kann von Unangefochtenheit in diesem Sinne die Rede sein, wenn Zweifler, die das Für-wahr-Halten mit sachlichen Argumenten anfechten, mit der Strafrechtskeule mundtot gemacht und ihre Geschichtswerke von der Verbreitung ausgeschlossen werden?

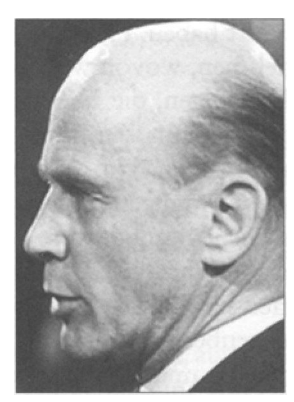
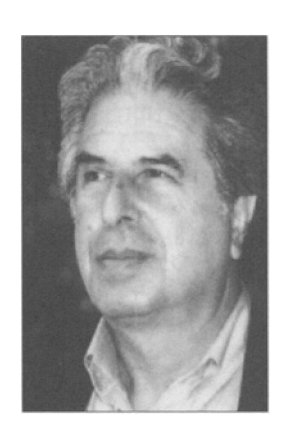
Die für die Annahme der Offenkundigkeit unverzichtbare Unangefochtenheit einer geschichtlichen Tatsache wird hier gerade erst durch die Voraussetzung der Offenkundigkeit mit den Mitteln der Strafjustiz erzwungen. Die BRD-Justiz behilft sich hier mit einer zirkulären Argumentation: Sie teilt die Geschichtsschreiber und Forscher wie folgt ein: Autoren, die die gewünschte Version unterstützen, gelten als Wissenschaftler und haben deshalb bei der Erkenntnisfrage Gewicht. Autoren, die der gewünschten Version widersprechen, gelten als »politische Extremisten«, >die aus offensichtlicher Dummheit, Unbelehrbarkeit oder Böswilligkeit bestreiten«. Deren Werke werden als >pseudowissenschaftlich< abgetan (ALSBERG/NÜSE/MEYER, ebenda, S. 541). Sie fallen bei der Erkenntnisfrage nicht ins Gewicht. So wird die Offenkundigkeit der offiziellen Version »erfolgreich« mit der Offenkundigkeit der offiziellen Version verteidigt.«[26] Die »zirkuläre Argumentation«,

[26] Horst MAHLER in einem elektronischen Schreiben an das Adelaide Institute v. 9. 10. 2005, in: http://www, adelaide institute.org/ Dissenters 1/Mahler/Offenkundigkeit, htm



Vier der bekanntesten revisionistischen Wissenschaftler. *Von links:* Paul RASSINIER, Udo WALENDY, Wilhelm STÄGLICH und Germar RUDOLF.

Sie haben die Holocaust-Forschung geprägt. *Von links:* Raul HILBERG, Eugen KOCON, Hermann LANGBEIN und Saul FRIEDLÄNDER.

die, wie im libertären Diskussionsforum des Internets *Freiheits-Forum* festgestellt wird, bereits zu »so vielen Justizopfern geführt hat, läßt sich nur verlassen, wenn wir eine staatlich geschützte Wahrheit - und sei sie »offenkundig« - vollständig aus dem Strafgesetzbuch verbannen«.[27]

Diese Forderung ist berechtigt. Es führt einen freiheitlichen Staat *ad absurdum,* wenn eine als historische Tatsache geltende Wahrheit staatlich geschützt werden muß. Eine Offenkundigkeit bedarf in einem wirklich freiheitlichen Staat keiner gesetzlichen Vorschrift, die bestimmt, daß sie eben als offenkundig zu gelten habe.

1975 hatte Simon WIESENTHAL den Mut, in einem Leserbrief in der britischen Zeitschrift *Books and Bookmen* anzuerkennen, daß es »auf deutschem Boden keine Vernichtungslager«[28] gegeben habe. Damit hatte der berühmt-berüchtigte »Nazi-Jäger« die Erkenntnisse bestätigt, die bereits von Martin BROSZAT im Namen des »Instituts für Zeitgeschichte« in München in der *Zeit* am 19. August 1960 auf Seite 14 veröffentlicht worden waren: Weder in Dachau, noch in Bergen-Belsen, noch in Buchenwald seien je Juden oder andere Häftlingen vergast worden. Die Vernichtung von Menschenleben habe lediglich auf polnischen Boden stattgefunden, namentlich in den Lagern Auschwitz-Birkenau, Sobibor, Treblinka, Chelmno und Belzec. Diese Angaben aus etablierter Quelle sind um so brisanter, als jedes Jahr Tausenden von durchgeschleusten Schulklassen beispielsweise in Dachau die Brausebäder, sprich Duschen, als »Gaskammern« vorgeführt werden, die, wie man zwischenzeitlich offiziell einräumt, freilich nie in Betrieb gewesen seien. Der kontroverse Grünenpolitiker Jean Gabriel COHN-BENDIT hat bereits vor 25 Jahren die Gefährlichkeit dieser Pädagogik der Holocaust-Erziehung erkannt und gewarnt: »Laßt uns für den Abriß dieser Gaskammern kämpfen, die den Touristen in Lagern gezeigt werden, in denen, wie nun bekannt ist, keine

[27] http://www.freiheitsforum.de/read.php? 1,30647,30649

[28] Leserbrief von Simon WIESENTHAL in: *Books and Bookmen,* Nr. 4, 1975, S. 5.

existiert haben. Falls wir das nicht tun sollten, wird uns niemand mehr das abnehmen, wovon wir überzeugt sind.«[29]

Diejenigen, die überhaupt den Mut aufbringen, das Thema >Holocaust< kritisch anzufassen, sind überaus spärlich gesät - vor allem in bundesdeutschen Landen. Um so erwähnenswerter ist deshalb Werner MASER, der als einer der wenigen ernst zu nehmenden Historiker im bundesdeutschen Establishment zumindest die Kontroverse bezüglich der Zahlen angeblicher Opfer mutig geführt und darüber hinaus neue Perspektiven offengelegt und aufgegriffen hat: MASER hatte beispielsweise die Zivilcourage zuzugeben, daß die »Zeugenberichte über die Anzahl der Öfen, das Fassungsvermögen der Gaskammern und Krematorien, die Anzahl der jeweiligen Vergasungsopfer, die Gassubstanzen, die Dauer der Vergasungen, die Herausnahme der vergasten Opfer und die Verbrennungsvorgänge usw.« vielfach einander erheblich widersprechen.[30] MASER hatte den Mut, wenigstens auf einige revisionistische Forscher hinzuweisen, die sich allein mit dem Jonglieren von Zahlen nicht zufrieden geben - so beispielsweise auf David IRVING, der ein Vorwort zum Gutachten des Amerikaners Fred LEUCHTER verfaßt hatte. LEUCHTER hatte »im Februar 1988 in Polen die ehemaligen Konzentrationslager Auschwitz und Majdanek aufgesucht und Proben von Wandverkleidungen in den Gaskammern und aus den Desinfektionsräumen entnommen«. Er kam aufgrund der nur äußerst geringen Spuren von Blausäureresten (Zyklon B) zu dem Schluß, daß dort keine Vergasungen stattgefunden haben können[31] - zumal in den Desinfektionsräumen die Konzentration an nachgewiesenem Zyklon B bedeutend höher war als in den vermeintlichen Gaskammern zur Tötung von Menschen.

Der französische Philosoph Roger GARAUDY bemerkt, daß das Dogma von den »6 Millionen« selbst von verbissenen Verteidigern der Genozidthese wie Gerald REITLINGER abgelehnt werde. Tatsächlich bekennt REITLENGER in seinem Buch *Die Endlösung* (1956): »Während ich dieses Buch schrieb, hat sich mir jedoch die Schlußfolgerung aufgedrängt, daß die wahre Zahl, bei deren Bestimmung Fehlerquellen bis zu einer halben Million nicht ausgeschlossen werden können, wahrscheinlich wesentlich niedriger ist.. . Die in Nürnberg angegebene Zahl wurde vom Jüdischen Weltkongreß zu einer Zeit zur Verfügung gestellt, als noch wenige verläßliche Unterlagen vorhanden waren.«[32] Es sei dringlich geboten, wissenschaftliche Untersuchungen vorzunehmen. Weder beim Nürnberger Tribunal noch bei allen weiteren diesbezüglichen Gerichtsverhandlungen sei die Mordwaffe - die Gaskammer - untersucht worden. Solange dies nicht geschehen ist, ist es unter wissenschaftlichen Gesichtspunkten kaum haltbar, mit der Begründung der »Offenkundigkeit des Holocaust« eine wissenschaftliche und öffentliche Diskussion dieser Frage zu unterbinden.

Claus Nordbruch

[29] Jean Gabriel COHN-BENDIT in: *Liberation*, 5. 3. 1979, S. 4, zitiert in: Roger GARAUDY, aaO. (Anm. 8), S. 106.

[30] Werner MASER, aaO. (Anm. 10), S. 350.

[51] Ebenda, S. 353.

[32] Gerald REITLINGER, *Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1959-1945*, Berlin 1956, S. 557.

Alliierte Erziehung nach 1945

Angeblich waren die Alliierten für Freiheit, Selbstbestimmung und Demokratie in den Krieg gezogen. Statt Selbstbestimmung brachten sie jedoch Besatzungsdiktatur für mehrere Jahre nach Deutschland. Wie diese Diktatur im Bildungswesen aussah, gibt das Kapitel »Erziehung«[1] der Direktive JCS 1067 wieder, die 1945 Grundlage der Besatzungspolitik wurde. Es heißt dort:

»a) Alle Erziehungseinrichtungen in Ihrer Zone sind zu schließen, ausschließlich der von alliierten Behörden wiedererrichteten. Die Schließung von Nazi-Erziehungseinrichtungen, wie Adolf-Hitler-Schulen, Napolas und Ordensburgen, und von Nazi-Organisationen im Rahmen anderer Erziehungsstätten gilt für die Dauer.

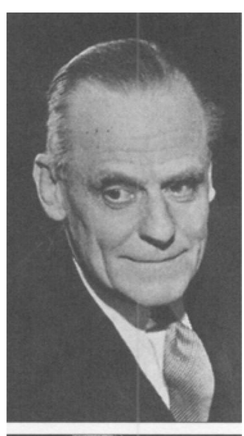
b) Ein gemeinsames System der Kontrolle über die deutsche Erziehung und ein positives Programm der Umorientierung ist zu errichten, das darauf zielt, Nazi- und militärische Doktrin vollständig auszuschalten und die Entwicklung demokratischer Gedanken zu ermuntern.

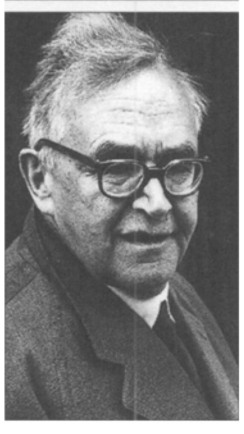
c) Sie werden die Wiedereröffnung von Volksschulen, Mittelschulen und Berufsschulen so früh wie möglich wieder gestatten, nachdem das Nazi-Personal ausgeschaltet wurde. Lehrbücher und Lehrpläne, die nicht frei von Nazi- und militärischen Gedanken sind, sollen nicht benutzt werden. Der Kontroll-Rat soll Programme entwerfen in Richtung auf die Wiedereröffnung der Höheren Schulen, Universitäten und anderer Einrichtungen der höheren Ausbildung. Nach der Ausschaltung aller Nazi-Grundzüge und allen Nazi-Personals und bis zur Formulierung eines solchen Programms durch den Kontroll-Rat können Sie in Ihrer Zone ein Interim-Programm entwerfen und durchführen und in jedem Fall die Wiedereröffnung solcher Institutionen und Teilinstitutionen zulassen, die eine Schulung bieten, die Sie von unmittelbarer Wichtigkeit oder als nützlich für die Verwaltung der Militär-Regierung und für die Besatzungszwecke erachten.

d) Es ist nicht beabsichtigt, daß die Militär-Regierung in Fragen des Bekenntnisses oder des religiösen Unterrichts in deutschen Schulen sich einmischt, ausgenommen insoweit, als es notwendig erscheint, daß der religiöse Unterricht und die Verwaltung solcher Schulen mit den alliierten Bestimmungen in Einklang gebracht wird, die darauf gerichtet sind, das Personal und die Lehrpläne der Schulen zu reinigen.«

[1] Direktive JSC 1067, voller Text u. a. in; Wigbert GRABERT (Hg.), *Jalta-Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas*, Grabert, Tübingen 1985, S. 86 f.

Das Stuttgarter Schuldbekenntnis von 1945





Willem Adolf VISSER'T HOOFT und Karl BARTH.

Seit einiger Zeit, insbesondere seit Bundespräsident VON WEIZSÄCKERS geschichtsfälschender Rede zum 8. Mai 1985, sind Schuldbekenntnisse deutscher Politiker bei großen Ereignissen fast zur Regel geworden. Die Umerziehung ist voll verinnerlicht worden, die Sieger haben ihr Ziel erreicht: daß viele Deutsche selbst die wahrheitswidrigen Thesen der Umerziehung übernommen haben und nun glauben.

Eines der ersten dieser verhängnisvollen und ungerechtfertigten Schuldbekenntnisse war die »Stuttgarter Schulderklärung der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD)« vom 19. Oktober 1945. Ohne jedes Studium von Akten oder Quellen wurde wahrheitswidrig, also im Widerspruch zum christlichen 8. Gebot, die Alleinschuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg behauptet. Außerdem hatten die evangelischen Funktionäre eine Kollektivschuld des deutschen Volkes festgelegt. Dies alles geschah im Angesicht der Verbrechen, welche nach dem Zweiten Weltkrieg von den Alliierten in Ost und West begangen wurden.

Wie kam es zu dieser Stuttgarter Erklärung? Eine zentrale Figur war der Holländer Willem Adolf VISSER'T HOOFT, Generalsekretär des seit 1938 in Gründung befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen, der während des Zweiten Weltkrieges in Genf ein Büro des holländischen und englischen Geheimdienstes leitete.[1] Er war also während des Krieges englischer Spitzel.[2]

Eine der treibenden Kräfte zu dieser Erklärung war der aus Basel stammende Theologe Karl BARTH, der 1935 von seinem Lehrstuhl in Bonn in die Schweiz zurückgekehrt war.[3] Er hatte schon 1934 erklärt, daß der damalige Kirchenkampf sich weniger gegen das NS-Regime und die Deutschen Christen als gegen den falschen Weg der Geschichte der Deutschen im allgemei-

[1] Eugen GERSTENMAIER, *Streit und Friede bat seine Zeit. Bin Lebensbericbt,* Propyläen, Berlin 1981.

[2] Willem A. VISSER'T HOOFT, *Die Welt war meine Gemeinde,* R. Piper u. Co., München 1972.

[3] Karl BARTH (1886-1968), geboren in Basel. Nach eigenen Aussagen warder Ausbruch des Ersten Weltkrieges für BARTH das entscheidende Ereignis seines Lebens. Vorher war er 1909 Hilfsprediger in Genf gewesen; 1911 ging er als Pfarrer nach SafenwiL 1915 trat er der Sozialistischen Partei bei. 1921 ging er nach Deutschland, lehrte in Göttingen, Münster und Bonn und trat am 1. Mai 1931 der SPD bei. Schon 1934 hatte er den Beamteneid auf das deutsche Staatsoberhaupt verweigert. Anfang 1935 mußte er deswegen die Universität Bonn verlassen. Er ging wieder nach Basel. Aus seiner Feder stammte zum größten Teil die theologische Streitschrift *Theologische Erklärung,* die von der Bekenntnissynode in Barmen im Mai 1934 angenommen wurde.

nen und der evangelischen Kirche in Deutschland im besonderen zu richten habe.[4] Als überzeugter Sozialist und ausgesprochener Marxismusfreund kritisierte er scharf BISMARCKS Reichseinigung und zog eine Linie von Martin LUTHER über FRIEDRICH DEN GROSSEN ZU Adolf HITLER. Bereits 1918/19 hatte er den Novemberumbruch in Deutschland begrüßt. Dazu schrieb er, er hoffe auf »die erfüllende geschichtliche Stunde. .., wo die jetzt verlöschende Glut des marxistischen Dogmas als Weltwahrheit neu aufleuchten, wo die sozialistische Kirche in einer sozialistischen Welt auferstehen wird«.[5]

Selbst nach den Vertreibungsverbrechen von 1945 und STALINS Schreckensherrschaft in Osteuropa nahm BARTH für die Sowjets in einer ausgesprochen politisch und für die Öffentlichkeit gemeinten Rede im Berner Münster 1949 Stellung und erklärte unter Verfälschung der geschichtlichen Wahrheit dabei:

»Und dann kann man vom Kommunismus eben das nicht sagen, was man vom Nationalsozialismus vor zehn Jahren sagen mußte: daß es sich bei dem, was er meint und beabsichtigt, um helle Unvernunft, um eine Ausgeburt des Wahnsinns und Verbrechens handelt. Es entbehrt nun wirklich allen Sinnes, wenn man den Marxismus mit dem »Gedankengut; des Dritten Reiches, wenn man einen Mann von dem Format von Josef STALIN mit solchen Scharlatanen, wie HITLER, GÖRING, HESS, GOEBBELS, HIMMLER, RIBBENTROP, ROSENBERG, STREICHER USW. es gewesen sind, auch nur einen Augenblick im gleichen Atem nennen wollte. Was in Sowjetrußland - es sei denn: mit sehr schmutzigen und blutigen Händen, in einer uns mit Recht empörenden Weise - angefaßt worden ist, das ist immerhin eine konstruktive Idee, immerhin die Lösung einer Frage, die auch für uns eine ernsthafte und brennende Frage ist und die wir mit unseren sauberen Händen nun doch noch lange nicht energisch genug angefaßt haben: der sozialen Frage.«[6]

Gegenüber dem nicht zu leugnenden Terror der Sowjets meinte er gar verharmlosend, man müsse eben beim Bolschewismus unterscheiden »zwischen seinen totalitären Greueln als solchen und dem, was dabei positiv gemeint und beabsichtigt ist«.[7]

[1] Klaus MOTSCHMANN, »Evangelische Kirche und Nation nach 1945«, in: Bernard WLLLMS (Hg.), *Handbuch zur Deutschen Nation*, Bd. 2, Hohenrain, Tübingen 1987, S. 373 ff.; Karl BARTH, *Die Evangelische Kirche in Deutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches*, Franz Mittelbach, Stuttgart **1946.**

[5] Karl BARTH, *Der Römerbrief 1919,* zitiert in: Dorothee SOLLE U. Klaus SCHMIDT, *Christentum und Sozialismus,* Stuttgart 1974, S. 12, Anm. 4; auch in: Klaus MOTSCHMANN, ebenda, S. 374.

[6] Karl BARTH, »Die Kirche zwischen Ost und West«, Vortrag von 1949, in: Karl PISCH (Hg.), *Der Götze wackelt,* Berlin 1964, S. 137; auch in: MOTSCHMANN, ebenda, S. 381 f.

[7] Ebenda.

Dieser kommunistenfreundliche, damit volksfeindliche und gegen die deutsche Einheit gerichtete Geist nahm dann langsam in der deutschen evangelischen Kirche überhand, führte zur Verdrängung des noch nationalen und volksbewußten Ratsvorsitzenden der EKD, Bischof DIBELIUS, 1961 und zu seiner Ersetzung durch den osthörigen Berliner Bischof SCHARF, dessen Wirken dann 1969 die Abspaltung der mitteldeutschen evangelischen Landeskirchen von der EKD förderte und damit zur Vertiefung der Spaltung beitrug. 1965 erschien unter SCHARFS Kirchenführung die geschichtsfälschende Ostdenkschrift der EKD, und 1968 bestand der Zustand, daß die evangelischen Studentengemeinden an den westdeutschen Hochschulen die Hochburgen des marxistischen SDS waren, offen für den Kommunismus eintraten,[8] sich an den Umsturzversuchen der Linken beteiligten und zu Ursprungszirkeln der RAF-Terroristen wurden, gefördert von evangelischen Theologieprofessoren, so von RENDTORFF in Heidelberg oder GOLLWITZER und ALBERTZ in Berlin. Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland, so der Titel einer vielbeachteten Streitschrift des Dortmunder Pastors Alexander EVERTZ, führte u. a. zur Gründung der »Notgemeinschaft evangelischer Christen«.[9]

Nachdem schon während des Zweiten Weltkrieges von der Leitung des seit 1938 in Entstehung befindlichen Ökumenischen Rates der Kirchen (ÖRK) Bischoff BELL aus Großbritannien und Willem Adolf VISSER'T HOOFT aus den Niederlanden, Generalsekretär des ÖRK, mit dem deutschen Pastor Dietrich BONHOEFFER von der evangelischen Kirche über eine gewünschte Schulderklärung der deutschen Kirche gesprochen hatten,[10] verstärkte sich der Druck auf die deutschen Theologen nach Kriegsende.

Am 28. September 1945 schrieb BARTH an Pastor Martin NIEMÖLLER,[11] einen der maßgeblichen Mitverfasser und Mitbetreiber der späteren Schulderklärung, in das am Boden liegende und hungernde Deutschland: »Wir brauchen ein Wort, in dem es unter anderem heißen müßte: Die vorläufige Leitung der evangelischen Kirche in Deutschland erklärt, daß das deutsche Volk sich auf einem Irrweg befand, als es sich 1933 politisch in die Hände von Adolf HITLER begab. Sie erkennt und erklärt, daß sich die Evangelische Kirche in Deutschland durch falsches Reden und falsches Schweigen an dem Irrtum verantwortlich gemacht hat.«[10]

[8] Siehe; Beitrag Nr. 120, »Von >Gott segne den Führer« zum »Abfall der Kirche vom Vaterland««; Jens MOTSCHMANN U, Helmut MATTHIES (Hg.), *Rotbuch Kirche,* Seewald, Stuttgart 1976.

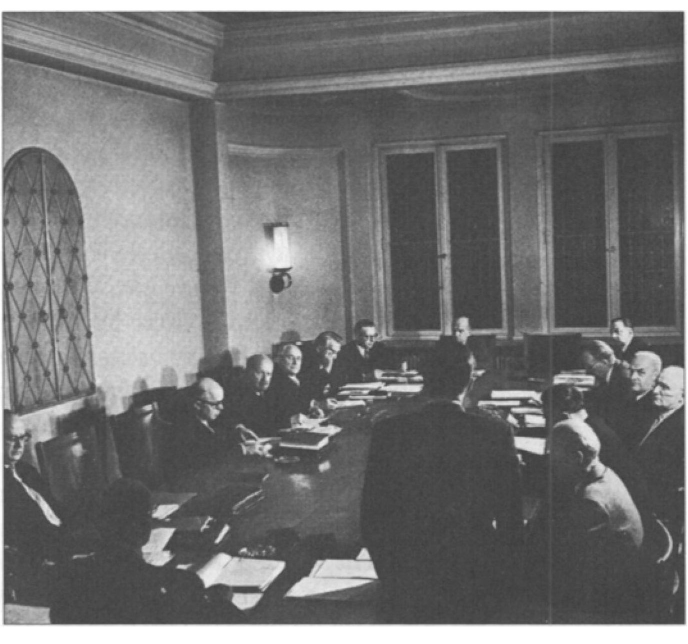
[9] Alexander EVERTZ, *Der Abfall der evangelischen Kirche vom Vaterland,* Blick u Velbert-Kettwig 1965.

[10] H . H, JENSSEN U. H. TREBS (Hg.), *Theologisches Lexikon,* Berlin (Ost) 1978, S. 387 (Stichwort>StuttgarterErklärung<).

[11] Siehe: Beitrag Nr. 119, »Der wandelbare Herr Niemöller«,

Vor dem Stuttgarter Treffen hat ebenso VISSER'T HOOFT an Bischof DIBELIUS geschrieben und dabei praktisch eine Schulderklärung vor der Wiederaufnahme der Deutschen in die kirchliche Gemeinschaft gefordert: »Sie dürfen darauf rechnen, daß wir von uns aus alles tun werden, um die Gemeinschaftwiederaufzunehmen. . .Dieses Gespräch wird aber sehr viel leichter sein, wenn die Bekennende Kirche Deutschlands sehr offen spricht - nicht nur über die Missetaten der Nazis, sondern auch besonders über die Unterlassungssünden des Deutschen Volkes einschließlich der Kirche.«[10]

Das Führungsgremium des Rats der Evangelischen Kirche



in Deutschland hatte 12 Mitglieder, darunter die Bischöfe LILJE, DIBELIUS, MITZENHEIM, HAUC und die Präses HEINEMANN, WILM und MAYER.

Bezeichnenderweise erhielt er 1966 (mit Kardinal BELL) den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche verliehen. VESSER'T HOOFT und einige andere Mitglieder des Ökumenischen Rates der Kirchen kamen schon vor dem Stuttgarter Treffen in Baden-Baden am 15. Oktober 1945 zusammen. VISSER'T HOOFT sprach dort vor allem mit den beiden radikalsten Vertretern der Bekennenden Kirche, NIEMÖLLER und ASMUSSEN, in einem Cafe.[12] Dort haben sie sich vermutlich über die Fassung der Schulderklärung ausgesprochen.

Somit kann man sagen, daß die sogenannte Schulderklärung nicht aus eigener Initiative der EKD entstand, sondern dieser unter Ökumenischer Erpressung abgenötigt wurde. Grotesk ist die Tatsache, daß sich die EKD zum Sprecher des deutschen Volkes machte, obwohl die Hälfte des Volkes aus Katholiken und Angehörigen anderer Religionsgemeinschaften bestand.

Nach Stuttgart kamen dann auch BELL und VISSER'T HOOFT und setzten dort den Deutschen zu. Und die deutschen Kirchenvertreter beugten sich schließlich diesem Ansinnen angesichts der deutschen Not in der Hoffnung auch auf materielle Hilfe. Einige der Unterzeichner hatten vorher noch die durchaus berechtigten Bedenken geäußert, daß durch solch eine Erklärung das Bekenntnis einer Kollektivschuld des deutschen Volkes ausgesprochen werden könne, wozu sie nicht beitragen wollten. Sie wurden von dem wortgewandten VISSER'T HOOFT mit der Versicherung beruhigt: »Die Ökumene ist nun verpflichtet, alles Mißverständnis und jeden Mißbrauch auszuschließen.«[13] Und die Deutschen trauten dieser Zusicherung in ihrer Gutgläubigkeit. Es braucht wohl kaum erwähnt zu werden, daß im Anschluß daran dieses Schuldbekenntnis politisch mißbraucht wurde und in der Umerzie-

[15] MOTSCHMANN, aaO. (Anm. 4), S. 378.

[12] Walter BODENSTEIN, *Ist nur der Besiegte schuldig?*, Mut, Asendorf 1985.

hung durch die Kirchen eine große Rolle bis heute spielt. In dem im wesentlichen von Bischof DIBELIUS[10] formulierten Text der Schulderklärung setzte Martin NIEMÖLLER den »entscheidenden Satz«[10] durch: »Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker **und** Länder gebracht worden.« Bezeichnend ist, daß der Mitunterzeichner ASMUSSEN in seinem Artikel über die Schulderklärung in *Die Religjon in Geschichte und Gegenwart* diesen **NIEMÖLLERschen** und später meistzitierten Satz weggelassen hat. Ob er sich schämte?

Das Stuttgarter Schuldbekenntnis wurde am 19. Oktober 1945 unterschrieben von Landesbischof D. WURM, Landesbischof D. MEISER, Bischof D. Dr. Otto DIBELIUS, Superintendent Hugo HAHN, Pastor Hans ASMUSSEN, Pastor Martin NIEMÖLLER, Oberlandeskirchenrat Dr. Hanns LILJE, Superintendent Heinrich HELD, Pastor Lic. Wilhelm NIESEL, Rechtsanwalt Dr. Dr. Gustav HEINEMANN. Sein vollständiger Text[14] lautet:

»Der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland begrüßt bei seiner Sitzung am 18. und 19. Oktober 1945 in Stuttgart die Vertreter des Ökumenischen Rates der Kirchen. Wir sind für diesen Besuch um so dankbarer, als wir uns mit unserem Volk nicht nur in einer großen Gemeinschaft der Leiden wissen, sondern auch in einer Solidarität der Schuld. Mit großem Schmerz sagen wir: Durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden. Was wir unseren Gemeinden oft bezeugt haben, das sprechen wir jetzt im Namen der ganzen Kirche aus: Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregime seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat; aber wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben. Nun soll in unseren Kirchen ein neuer Anfang gemacht werden. Gegründet auf die Heilige Schrift, mit ganzem Ernst ausgerichtet auf den alleinigen Herrn der Kirche, gehen sie daran, sich von glaubensfremden Einflüssen zu reinigen und sich selber zu ordnen. Wir hoffen zu dem Gott der Gnade und Barmherzigkeit, daß Er unsere Kirchen als Sein Werkzeug brauchen und ihnen Vollmacht geben wird, Sein Wort zu verkündigen und Seinem Willen Gehorsam zu schaffen bei uns selbst und bei unserem ganzen Volk. Daß wir uns bei diesem neuen Anfang mit den anderen Kirchen der ökumenischen Gemeinschaft herzlich verbunden wissen dürfen, erfüllt uns mit tiefer Freude.

Wir hoffen zu Gott, daß durch den gemeinsamen Dienst der Kirchen dem Geist der Gewalt und der Vergeltung, der heute von neuem mächtig werden will, in aller Welt gesteuert werde und der Geist des Friedens und der Liebe zur Herrschaft komme, in dem allein die gequälte Menschheit Genesung finden kann. So bitten wir in einer Stunde, in der die ganze Welt einen neuen Anfang braucht: Veni creator spiritus!«

Eine Ergänzung und Verschärfung des Schuldbekenntnisses brachte das »Darmstädter Wort des Bruderrates zum politischen Willen unseres Volkes«.[15]





Von oben: Bischof Hanns LILJE (1899-1977), Präsident des Lutherischen Weltbundes, und Gustav HEINEMANN, Mitbegründer der CDU und Präses der Evangelischen Kirche.

[14] Text u. a. in: Kurt MEIER, *Der evangelische Kirchen kämpf*, Bd. 3, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1984, S. 585 f.

[15] Vollständiger Text bei: H. H. JENSSEN u. H. TREBS, aaO. (Anm. 10), S. 94.

Zur Ostdenkschrift der EKD

Im Jahre 1965 erschien in der hohen Auflage von mehreren hunderttausend Stück die Ostdenkschrift[1] der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD). Mit dieser Schrift gelang der vereinigten Linken nach früheren vergeblichen Versuchen der Umbruch zur Politik des Verzichts auf Ostdeutschland, auf das seit vielen Jahrhunderten deutsche Land östlich von Oder und Neiße.

Schon die Entstehungsgeschichte der Denkschrift ist bezeichnend. »Verfasser« war der Kirchenjurist Ludwig RAISER (1904-1980), der 1942 an die Reichsuniversität Straßburg berufen wurde, ab 1943 im NS-Wirtschaftsstab Ost tätig war und dann als Professor und Rektor der Universitäten Göttingen und Tübingen seine Vergangenheit bewältigte. Als Vorsitzender der Kammer für Öffentlichkeit des Rates der EKD leitete er die Zusammenstellung der Denkschrift. Der genannten Kammer, die über die Lage der Vertriebenen befinden sollte, gehörte kein Vertriebener an.[2] RAISER hatte zwar zu einigen Sitzungen Vertreter des Ostkirchenausschusses (»Hilfsausschuß für die Vertriebenen«) und der Vertriebenenverbände eingeladen, diesen jedoch offenbar bewußt wahrheitswidrig »zugesichert, ein offizielles Wort der EKD sei nicht beabsichtigt«. Die Denkschrift wurde dann »ohne Hinzuziehung des Ostkirchenausschusses oder auch nur des Flüchtlingsbischofs ausgearbeitet und fertiggestellt«.[3] Die Fachleute der Kirche für diese Fragen wurden also übergangen, wie auch die Angehörigen der entsprechenden deutschen Synode überfahren wurden: Der zustimmende Beschluß der Synode vom 8. November 1965 in Frankfurt wurde ohne sachliche Erörterung und Klärung in diesem Gremium gefaßt." Die Denkschrift hatte ursprünglich nicht auf der Tagesordnung der Synode gestanden.[5] Aus Protest gegen diese unlauteren Methoden trat unter anderen Landesbischof WESTER, Schleswig, von seinem Amt als Vorsitzender des Ostausschusses des Rates der EKD und als Beauftragter der EKD für Umsiedler- und Vertriebenenfragen zurück.

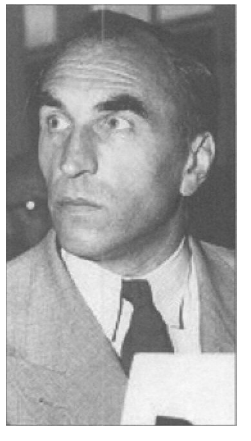
Die Denkschrift macht sich mehrfach der bewußten Irreführung der Leser und der Fälschung der Geschichte schuldig.

1. Auf Seite 21 führt sie an, daß 1945 »Polen von seinem früheren Staatsgebiet 46,3 Prozent an die Sowjetunion abgetreten« habe, ohne hier oder später zu erwähnen, daß dieses »Ostpolen« erst 1919 bis 1921 in einem Angriffskrieg von Polen der machtlosen Sowjetunion geraubt wurde, daß weniger als 25 Prozent der Bewohner dieses Gebietes Polen waren, daß die heutige polnische Ostgrenze die von den Ententemächten 1919 vorgeschlagene und ethnisch vertretbare CuRZON-Linie ist, daß Warschau somit keine ethnischen, geschichtlichen oder politischen Ansprüche auf diese Gebiete hatte und hat.

2. Auf Seite 29 heißt es, daß »deren (Ostdeutschlands, R. K.) Besitz wegen des Verlustes von Ostpolen zu einer wirtschaftlichen Lebensnotwendigkeit

[1] Kirchenkanzlei der Evangelischen Kirche in Deutschland (Hg.), *Die Lage der Vertriebenen und das Verhältnis des deutschen Volkes seinen östlichen Nachbarn*, Hannover 1965.

[2] Superintendent HARMS, Mitglied des Ostkirchenausschusses, in: *Rhein-Neckar-Zeitung* 10. 11. 1965.



Ludwig RAISER.

[3] Prof. Konrad BONN, Mitglied des Ostkirchenausschusses in: *Schlesischer Gottesfreund* Nr, 12, 1965.

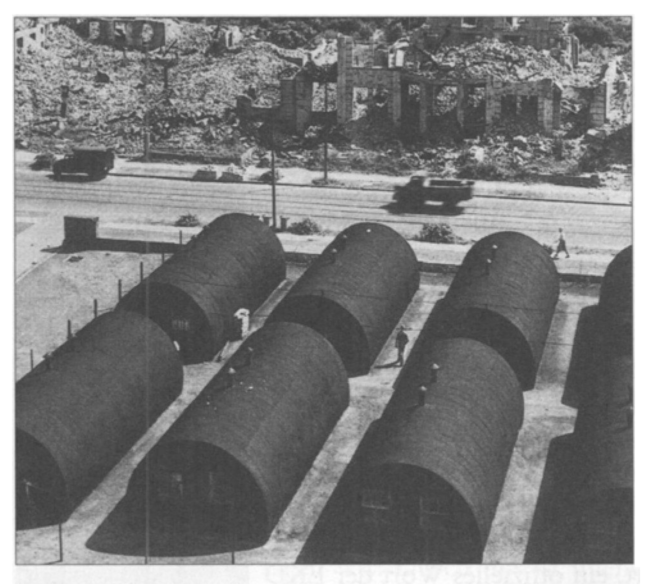
[4] *Rhein-Neckar-Zeitung*, 12. 11. 1965.

[5] Ebenda, 11.11. 1965.

für Polen geworden ist«. Einmal war nach dem unter 1. Erwähnten kein Ersatz für Ostpolen nötig. Zum anderen siedelten 1945 von Ostpolen rund 1,5 Millionen Polen nach Westen und aus Altpolen 0,5 Millionen Ukrainer nach Osten um, so daß für rund eine Million Menschen, weniger als die polnischen Verluste des Zweiten Weltkrieges, Platz in Polen zu beschaffen war. Dafür 15 Millionen Deutsche zu vertreiben war unverhältnismäßig. Ferner sprachen die Bevölkerungsdichten von 99 in Polen, von 240 in der BRD und von 158 in der DDR gegen die Vertreibung der Deutschen und eher dafür, daß Ostdeutschland für Deutschland »lebensnotwendig« war. Hinzu kam, daß Ostdeutschland unter polnischer Verwaltung eine viel geringere industrielle und landwirtschaftliche Nutzung erfuhr. Schließlich brauchte Deutschland als unbeteiligter Dritter Warschau nicht für angebliche polnische Landverluste an Rußland zu entschädigen,

3. Auf Seite 28 und 40 wird die deutsche Schuld gegenüber Polen aus dessen Behandlung im Zweiten Weltkrieg angeführt, ohne die polnischen Verbrechen gegenüber den Deutschen von 1919 bis 1939 oder die Schuld Warschaus am Ausbruch des Krieges 1939 zu erwähnen.

4. Auf Seite 39 wird die »Leidenschaft« erwähnt, »mit der Vertriebene für das >Recht auf Heimat< eintreten«. Doch an keiner Stelle wird die »Charta der Vertriebenen von 1950« angeführt, die auch den Polen eine kaum zu überbietende Versöhnungsbereitschaft anbietet.





Oben: Eine der Baracken-Notsiedlungen für Vertriebene in Hamburg. Die Aufnahme der 12 Millionen vertriebenen Landsleute kostete 100 Milliarden Mark, *Unten:* Die Charta der Vertriebenen vom 5. August 1950 (hier: Großkundgebung anläßlich deren Verkündung vor den Ruinen des Stuttgarter Neuen Schlosses) ist ein eindeutiges Zeichen dafür, daß die Heimatvertriebenen sehr früh eine Versöhnungsbereitschaft kundgetan haben.

5. Auf Seite 29 heißt es: »Die rechtlichen Positionen begrenzen sich gegenseitig; Recht steht gegen Recht oder - noch deutlicher - Unrecht gegen Unrecht.« Das ist falsch: In der Frage der deutschen Ostgebiete steht ziemlich klar deutsches Recht gegen polnisches Unrecht.

6. Auf Seite 40 wird die deutsche Schuld für das Unrecht der Vertreibung verantwortlich gemacht: »Im Namen des deutschen Volkes wurde der Zweite Wehkrieg ausgelöst und in viele fremde Länder getragen. Seine ganze Zerstörungsgewalt hat sich schließlich gegen den Urheber selbst gekehrt. Die Vertreibung der deutschen Ostbevölkerung und das Schicksal der deutschen Ostgebiete ist ein Teil des schweren Unglücks, das das deutsche Volk schuldhaft über sich selbst und andere Völker gebracht hat.« Das ist falsch, verwechselt Anlaß und Ursache, vertritt wahrheitswidrig die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg und stellt sich ganz in den Dienst der deutschfeindlichen Umerziehung.

7. Auf Seite 26 wird geschrieben: ».. .wenn der vertreibende Staat diese endgültige Gebietshoheit, wie im Falle der Tschechoslowakei, seit alters her besessen hat«. Das ist falsch, diese Gebietshoheit bestand erst seit 1919,

8. Auf Seite 26 wird die »militärische Kapitulation des Deutschen Reiches« erwähnt. Das ist falsch, es kapitulierte nur die Deutsche Wehrmacht.

9. Auf Seite 23 wird vom »zweigeteilten deutschen Volk« geschrieben. Das ist falsch, zum deutschen Volk waren neben BRD und DDR unter anderem auch Ostdeutschland und Österreich zu rechnen,

10. Auf Seite 28 und 42 wird nur von »Rechtsansprüchen« der Vertriebenen auf die Ostgebiete gesprochen, die ebenso bestehenden des ganzen deutschen Volkes darauf werden nicht erwähnt.

In der mit kirchlicher Argumentation 1966 erschienenen Antwortschrift von dem Oberlandesgerichtsrat und Mitglied der Freiburger Bezirkssynode Dr. Karl SALM[6] zur Ostdenkschrift wird diese mit ausführlicher Begründung als »unwahrhaftig«, »treulos«, »trostlos« und »lieblos« bewiesen. Sie stelle »Leitsätze und Forderungen auf, die sie selbst gar nicht ernst nimmt und die auch von ihren Verfassern in Tat und Wahrheit nicht ernst genommen werden«.[7] Das Gesamturteil ist: »Die Denkschrift ist dann entlarvt als ein durch und durch unehrliches Machwerk.«[8]

Über »die völkerrechtlichen Irrtümer der evangelischen Ost-Denkschrift« in deren Kapitel IV »Völkerrechtliche Fragen« hat die so betitelte Schrift des Ausschusses für gesamtdeutsche Fragen im Bund der Vertriebenen ausführliches und überzeugendes Material zusammengestellt.[9] Das Urteil lautet: »In diesem Zusammenhang kann man der Denkschrift den Vorwurf nicht ersparen, daß sie das Recht nicht nur mit der Politik vermengt, sondern grundsätzlich und von vornherein abgewertet hat.«[10] Rolf Kosiek

[6] Karl SALM, *Eine evangelische Antwort.Zur Denkschrift der EKD über die deutsche Ostpolitik*, Freiburg 1966.

[7] Ebenda, **S. 7.**

[8] Ebenda

siehe auch: *Stimmen Zur Denkschrift der EKD*, Wissenschaft und Politik, Köln 1966.

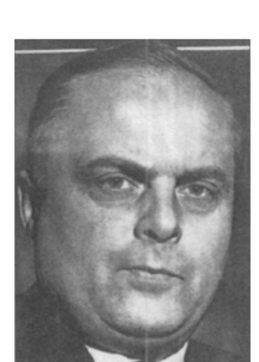
[9] Aussch

samtdeutsche Fragen im Bund der Vertriebenen - Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände (Hg,), *Die völkerrechtlichen Irrtümer der evangelischen Ost-Denkschrift*, Bonn 1966.

[10] Ebenda, S. 16.

Der Fall >Oberländer<

Im Mai 1960 sah sich Bundeskanzler Adenauer unter dem Druck der Medienöffentlichkeit gezwungen, seinen seit 1953 amtierenden Vertriebenenminister Theodor OBERLÄNDER (1905-1998) fallenzulassen, da dieser angeblich im Ostblock als Kriegsverbrecher entlarvt worden sei. Oberländer trat am 4. Mai 1960 zurück. In Wirklichkeit handelte es sich bei diesem Fall um eine klassische östliche Verleumdungskampagne, der die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien trotz besseren Wissens nachgaben. Ein vom Oberstaatsanwalt beim Landgericht Bonn durchgeführtes Ermittlungsverfahren wurde im Oktober 1960 mangels Tatverdacht eingestellt.



Theodor OBERLÄNDER war ein anerkannter und engagierter Politik der ADENAUER-Ära. Er war außerdem Mitunterzeichner des Heidelberger Manifestes.

Der aus der Bündischen Jugend stammende OBERLÄNDER war nach dem Studium der Landwirtschaft 1928-32 in der Sowjetunion, in Ostasien und in der Türkei tätig, hatte die USA kennengelernt, sprach Russisch, trat 1933 der NSDAP bei und übernahm Parteiämter. Ab 1934 war er Professor an der Universität Danzig, ab 1937 in Königsberg, ab 1938 lehrte er in Greifswald, von 1940-45 gehörte er zur Universität Prag. Von 1934 bis 1937 leitete er den Bund Deutscher Osten (BDO). Seit 1939 Soldat, kam er 1940 zu der aus Ukrainern gebildeten Einheit »Nachtigall' und nahm in dieser am Ostfeldzug teil. Als Oberleutnant der Wehrmacht wurde er auf seinen Vorschlag von Admiral CANARIS, dem Chef der deutschen Abwehr, 1941 mit der Aufstellung des »Verbandes Bergmann< aus Freiwilligen der kaukasischen Völker beauftragt. Damit wollte er die teilweise verhängnisvolle deutsche Besatzungspolitik gegenüber den Völkern der Sowjetunion durch Eingliederung ihrer Angehörigen als Kameraden in die Wehrmacht unterlaufen.

Auf den Einsatz des Verbandes im Ostabschnitt der Kaukasusfront 1942 folgte der Rückzug auf die Krim 1943. Aus Gesprächen im Kreise vertrauter Kameraden entstanden OBERLÄNDERS Denkschriften an CANARIS, die breit gestreut wurden und großes Aufsehen erregten. In ihnen verlangte OBERLÄNDER eine vollständige Umkehr der deutschen Besatzungspolitik im Osten. So solle »keinem, auch dem letzten russischen Proletarier und Kolchosbauern nicht, ein auf Rechtlosigkeit, Mißachtung und unser Mißtrauen beruhendes Helotendasein«[1] beschieden sein. Und er forderte die »restlose Aufgabe der in der Tat durch nichts begründeten Auffassung, daß die Ostgebiete nur von unterwertigen Menschen bewohnt seien und daher im Kolonialstil des neunzehnten Jahrhunderts regiert werden können«,[2]

Neben viel Zustimmung gab es wegen dieser Denkschriften Unruhe in Parteikreisen und Empörung bei HIMMLER. Dieser setzte OBERLÄNDERS Ent-

[1] Denkschrift *24 Thesen zur Lage* vom 15. 2. 1943, These 24.

[2] Denkschrift *Bündnis oder Ausbeutung? vom* 22. 6. 1943.

lassung aus der Wehrmacht zum 29. Oktober 1943 und Abschiebung nach Prag durch, wo dessen Freund Karl Hermann FRANK, SS-Gruppenführer und Polizeichef des Protektorats Böhmen und Mähren, die schützende Hand über ihn hielt.

Nach Kriegsgefangenschaft 1945/46 übernahm OBERLÄNDER im Jahre 1954 (bis 1956) die Führung des von ihm 1950 in Bayern gegründeten »Blocks der Heimatvertriebenen und Entrechteten< (BHE), war 1951 bayerischer Staatssekretär für das Flüchtlingswesen und wurde 1953 Bundesminister für Vertriebene.

Dieser Aufstieg machte ihn zur Zielscheibe für Moskau, wobei die Bundesregierung getroffen werden sollte. Am 5. April 1960 wurde im »Oktober-Saab des »Hauses der Gewerkschaften< in Moskau der »Fall OBERLÄNDER< aus der Taufe gehoben. In einer Pressekonferenz für sowjetische und ausländische Journalisten wurde der Deutsche einer langen Kette von Verbrechen aller Art beschuldigt, die er in Lemberg 1941 und im Kaukasus begangen, befohlen oder geduldet haben sollte.[3] Als Zeugen traten ehemalige Angehörige von »Bergmann* auf, der Aserbaidschaner K. ALESKIROFF und der Georgier Sch. A. OKROPIRIDSE, die als frühere Offiziere der Roten Armee freiwillig zu »Bergmann< gekommen waren. Mit ihren Verleumdungen hofften sie wohl, der Hölle des sowjetischen Gulags zu entkommen. Als folgsamer »Freund< veranstaltete die DDR einen auf die Moskauer Vorwürfe gestützten Schauprozeß in Abwesenheit gegen OBERLÄNDER, der dort am 20. April 1960 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde.

[3] Siehe: Beitrag Nr. 167, »NKWD-Massenmorde in Lemberg 1941«.



Der Bergmann OBERLÄNDER an der Ostfront.

Diese Ostblockmaßnahmen entfachten gegen den Vertriebenenminister einen Mediensturm im Westen, an dem sich auch weite Pressekreise in Westdeutschland beteiligten, die schließlich auch den dadurch veranlaßten Rücktritt des derart Beschuldigten feierten.

Nach der Wende wurde durch Einblick in einschlägige sowjetische Akten bestätigt, daß die Kampagne gegen OBERLÄNDER nur den Zweck hatte, der Regierung ADENAUER Schwierigkeiten zu bereiten. Aus dem hier erstmals bekannt gemachten Bericht eines russischen Historikers, dem die - begrenzte - Akteneinsicht gelungen ist, geht hervor, daß »auf Vorschlag des KGB das Präsidium des Zentralkomitees der KPdSU«, also die Führungsspitze der Sowjetunion, »am 24. Februar 1960 entschieden hat, wegen der politischen Stellung OBERLÄNDERS« als Minister ADENAUERS, »seine Entlarvung mittels einer Pressekonferenz vorzubereiten«. Zügig konnte das KGB schon in der Sitzung des Präsidiums vom 10. März 1960 entsprechende Vorschläge machen: »Die Pressekonferenz soll am 5. April 1960 stattfinden, und es soll

Vorsorge getroffen werden für ein möglichst großes Echo im Westen.« Das Material der Entlarvung solle der DDR zur weiteren Verwendung übergeben werden.

Ferner wurde vorgeschlagen, den Hauptzeugen Sch. A. OKROPIRIDSE, der 1949 wegen seiner Zugehörigkeit zu »Bergmann« zu 25 Jahre Lagerhaft verurteilt worden war, als Anerkennung für seine Mitarbeit bei der Beschuldigung OBERLÄNDERS vorzeitig zu entlassen. »Durch den Befehl des Präsidiums des obersten Rates der Sowjetunion, Aktenzeichen N 135/14 vom 21. März 1960, ist das geschehen.« Die Befassung des sowjetischen Spitzengremiums mit dieser Einzelheit läßt die Bedeutung erkennen, die Moskau dieser Angelegenheit zumaß.

Das Skandalöse des »Falles Oberländer< ist jedoch nicht die von Moskau ausgegangene und von der DDR übernommene Verleumdung - eine klassische Form kommunistischer Desinformation -, sondern die Beflissenheit, mit der nicht nur westdeutsche Meinungsmacher, sondern auch Historiker wider besseres Wissen oder aus Blindheit gegenüber der Arbeitsweise eines totalitären Regimes die Verleumdungen aufgriffen und jahrzehntelang bis über den Tod OBERLANDERS am 4. Mai 1998 hinaus immer wieder von neuem vorgebracht haben. Der Beschluß der Staatsanwaltschaft Bonn über die Einstellung des letzten - mit OBERLÄNDERS Einverständnis - gegen ihn angestrengten Ermittlungsverfahrens datiert vom 8. Mai 1998, vier Tage nach seinem Tod. Allein der Umfang von 607 Seiten bezeugt die Sorgfalt der Untersuchung, die OBERLÄNDER von allen Vorwürfen freispricht.[4]

[4] Für Material zu diesem Beitrag sind wir Herrn Dr. Ehrenfried SCHÜTTE dankbar.

Weiterführende Literatur:

Kurt ZIESEL, *Der rote Kufmord. Eine Dokumentation zum Kalten Krieg,* Fritz Schlichte mayer, Tübingen 1961.

Hermann RASCHHOFER, *Der Fall Oberländer: Eine rechtliche Analyse der Feifahren i kow und Bonn,* Tübingen 1962.

Theodor OBERLÄNDER, *Der Osten und die Deutsche Wehrmacht. Sechs Denkschriften Jahren 1941 bis 1943 gegen die NS-Kolonial-These,* Mut, Asendorf 1987.

S. DROBJASKO U. A. KARATSCHUK, *Ostlegionen und kosakische Einheiten der Wehrmac* (russisch), Moskau 1990.

Giwi GABLIANI, *Erinnerungen* (georgisch), Tiflis 2000.

Philipp-Christian WACHS, *Der Fall Oberländer (1905-1998). Ein Lehrstück deutscher G schichte,* Frankfurt/M.-New York 2000.

Michail Kawtaradse, *Die Janitscharen* (georgisch), Tiflis 2001.

JELOSCHEK, RICHTER, SCHÜTTE, SEMLER, *Freiwillige vom Kaukasus. Georgier, Aserbaids ner, Tschetschenen u.a. auf deutscher Seite. Der Sondenverband Bergmann und sein G dor Oberländer,* Stocker, Graz 2003.

MAMULIA, *Der kaukasische Sonderverband >Bergmann*< (russisch), Tiflis 2003.

Stefan SCHEIE, *Gegenden, Gerüchte, Fehlurteile,* Ares, Graz 2003, S. 118-121,

Wenn Jenninger und Bubis das Gleiche reden...

Zum 50. Jahrestag der sogenannten »Kristallnacht< hielt der amtierende Bundestagspräsident Philipp JENNINGER (CDU) am 9. November 1988 im Bundestag in einer entsprechenden Feierstunde eine Rede. Aufgrund einiger weniger Sätze über das Dritte Reich, die zwar nicht falsch waren, aber bewußt falsch gedeutet wurden, wurde ein Skandal inszeniert, und der politisch zweithöchste Mann der Bundesrepublik sah sich gezwungen, zwei Tage später zurückzutreten. Bilder der damals anwesenden jüdischen Schauspielerin Ida EHRE, die in scheinbar fassungsloser Bestürzung ob solcher Worte ihren Kopf in die Hände legte, gingen um die Welt und sollten JENNINGERS Mißgriff emotionswirksam unterstreichen.[1] Die Massenmedien hatten ein gefundenes Fressen und schlachteten nach Kräften aus, daß wieder einmal ein Vorwand gegeben war, die Deutschen an Reue und Buße zu erinnern.

Als interessantes Nachspiel zu dieser Affäre kam erst im November 1995 eine kleine Sensation heraus,[2] von der allgemeinen Presse trotz der Bedeutung des Hauptbeteiligten bewußt als Nebensache behandelt. Auf einer Hamburger Podiumsdiskussion bekannte der damalige Vorsitzende des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz BUBIS, daß er ein Jahr später, zum 9. November 1989, damals erst wichtiger jüdischer Funktionär in Frankfun und noch nicht Zentralratsvorsitzender, JENNINGERS Rede - mit wenigen unbedeutenden Auslassungen[3] - in der Frankfurter Synagoge gehalten habe - nunmehr ohne jeden Protest, ohne daß jemand empört den Saal verlassen hätte, ohne daß jemand in der Rede JENNINGERS Original erkannt hätte.

Das beweist, daß der Inhalt von JENNINGERS Ausführungen, wie früher schon seine Verteidiger behauptet hatten, an sich keine Angriffspunkte bot

[1] *Tagespresse*, 10., 11. u. 12. 11. 1988.

[2] *Frankfurter A¡¡gemeine Zeitung*, 1. 12. 1995.

[3] Ignatz BUBIS, Leserbrief, in.- *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 12. 12" 1995.



Bundestagspräsident Philipp JENNINGER und die Schauspielerin Ida EHRE {1900-1989) bei der »Gedenkveranstaltung anläßlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnachta.

und auch keinen Grund zur Empörung abgab. Politisch interessierte Kreise und die Medien haben erst einen Skandal daraus inszeniert, bei dem es weniger um den Inhalt des Gesagten ging als darum, was man bei böswilliger Ausdeutung dareinlegen konnte, wie man den konservativen JENNINGER ab- und die linke Rita SÜSSMUTH emporschießen konnte. Nicht die Wirklichkeit war interessant, sondern, was man daraus machen konnte. Nun meinte 1995 sogar die *FAZ,* daß die damalige Reaktion der Abgeordneten und der Öffentlichkeit »übelwollend und ressentimentgeladen« gewesen sei.

Einer der Kernsätze, deretwegen Philipp JENNINGER zum Rücktritt gezwungen wurde, lautete: »Die Jahre von 1933 bis 1938 sind selbst aus der distanzierten Rückschau und in Kenntnis des Folgenden noch heute ein Faszinosum insofern, als es in der Geschichte kaum eine Parallele zu dem politischen Triumphzug HITLERS während jener ersten Jahre gibt.«

Als abschließendes Urteil stellt dazu Jens JESSEN in der *FAZ* fest:[2] »Heute deckt BUBIS' mutiges Experiment nur auf freilich eklatante Weise auf, was wir inzwischen alle wissen und einige klügere schon damals gesagt haben... Auch daß Ida EHRE nicht aus Bestürzung den Kopf in die Hände gelegt hat..., sondern aus Ergriffenheit, vielleicht auch Erschöpfung nach dem Vortrag von CELANS >Todesfuge<, hätte damals schon jeder wissen können, der es wissen wollte. Daß viele es nicht wissen wollten und viele, die es wußten, gleichwohl das Bild der gekränkten Jüdin als Anklage um die Welt gehen ließen, ohne zu widersprechen, war der Anfang und Prolog all jener Inszenierungen ressentimentgesteuerter Demagogie, die von der Republik Besitz ergreifen sollte.«

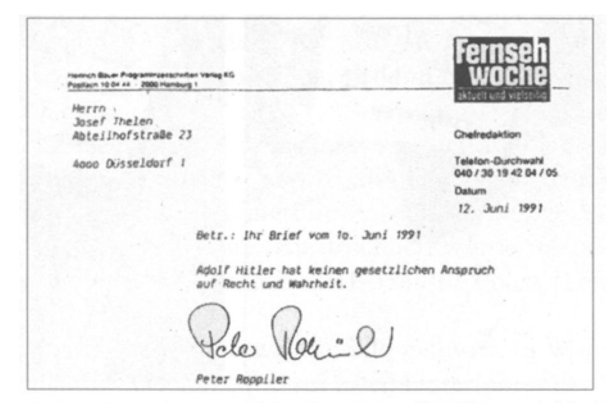
Und sie hat wahrlich Besitz ergriffen! Billiges Schmierentheater könnte man den ganzen Vorgang im nachhinein nennen, wenn dieser Fall nicht so verheerende Auswirkungen auf die politische Kultur der Bundesrepublik gehabt hätte, selbst abgesehen von den anschließenden Äußerungen Rita SÜSSMUTHS. ES handelte sich wirklich um »kollektive Hysterie und ersten Vorschein kommender Inquisitionen andererseits. Mit Philipp JENNINGERS Sturz sind wir in die Epoche der moralischen Kollektivaufsicht und tyrannischen Medienkontrolle über Sprachregelungen eingetreten. Wir haben uns daran gewöhnen müssen, daß jeder öffentliche Schritt beargwöhnt wird, der von der ritualisierten Rede ins ungeschützte Nachdenken führt.«

Wenn das schon die liberale *FAZ* diagnostiziert, muß der Zustand kollektiver Neurose und Massenschwachsinns bereits weit fortgeschritten sein. Die Political Correctness hat in der Tat ihre diktatorische Herrschaft angetreten. Die politische Justiz hat sich ihr sofort angedient: Meinungsäußerungen zur Zeitgeschichte, zum Asylmißbrauch, zur Ausländerkriminalität werden bereits mit hohen Strafen belegt - im schroffem Widerspruch zum Grundgesetz und seiner darin verbürgten Meinungsfreiheit. Man darf nur noch sagen, was dem herrschenden Zeitgeist genehm ist - wie in den besten Zeiten des Pankower Regimes. Bestimmte früher der Fürst den Glauben seiner Untertanen, so bestimmen heute die herrschenden Kreise, was gesagt werden darf. Die Folge ist, daß sich eine üble Gesinnungsdiktatur ausbreitet. Ob »Richtigstellungen zur Zeitgeschichte< in Zukunft überhaupt noch möglich sind, wenn vorher festgelegt ist, was die Zeitgeschichte zu sein hat?

Arroganz der *Fernsehwoche*

Die *Fernsehwoche* brachte in ihrem Heft Nr, 24 vom 7, 6, 1991 auf Seite 14 einen sehr einseitigen und ausschließlich die Deutschen belastenden Bericht über den Rußlandfeldzug. Herr Josef THELEN schrieb daraufhin am 10. Juni 1991 einen Brief an Herrn ROPPILER von der Chefredaktion der Zeitschrift und fügte einen ausführlichen, sachlich gehaltenen Leserbrief, in dem eine Reihe von Richtigstellungen mit Belegen und Angabe von Literaturvorgenommen wurde, mit der Bitte um Veröffentlichung bei.[1] Darin war abschließend die Mahnung ausgesprochen, »daß auch Adolf HITLER einen menschlichen Anspruch auf Recht und Wahrheit hat. Negieren dieses Anspruches ist unredlich und verderblich«. Als Antwort erhielt Herr THELEN das nachfolgend in Faksimile wiedergegebene Schreiben, und der Bitte um Veröffentlichung des Leserbriefes wurde nicht entsprochen.

[1] *Der Freiwillige*, Nr. 9, 1991, S. 16.



Heinrich Bauer Programmzeitschriften Verlag KG
Postfach 10 04 44 · 2000 Hamburg 1

Fernseh woche
aktuell und vielseitig

Herrn
Josef Thelen
Abteilhofstraße 23

4000 Düsseldorf 1

Chefredaktion

Telefon-Durchwahl
040 / 30 19 42 04 / 05

Datum
12. Juni 1991

Betr.: Ihr Brief vom 10. Juni 1991

Adolf Hitler hat keinen gesetzlichen Anspruch
auf Recht und Wahrheit.

Peter Roppiler

Abgesehen von der vorgenommenen unbegründeten Umfunktionierung des »menschlichen Anspruchs« in einen im Brief gar nicht erwähnten »gesetzlichen Anspruch« zeigt sich hier die, heute leider nicht seltene, ganze Arroganz leitender Personen im Medienbereich. Sie brauchen keine Kontrolle zu fürchten, wissen sich auf der Woge der Umerziehung sicher, verachten andere Meinungen und mißbrauchen ihren Einfluß zu einseitiger Indoktrination. Von Demokratieverständnis kann keine Rede sein, von entsprechender Verpflichtung zu wahrheitsgemäßer Information schon gar nicht, und der berufliche Ehrenkodex des Journalisten ist durch die herrschende Political Correctness ersetzt. Die Frage ist nur, wie lange eine Demokratie solche Methoden verträgt, ohne ganz in eine Mediendiktatur mit offizieller Ausschaltung Andersdenkender abzugleiten.

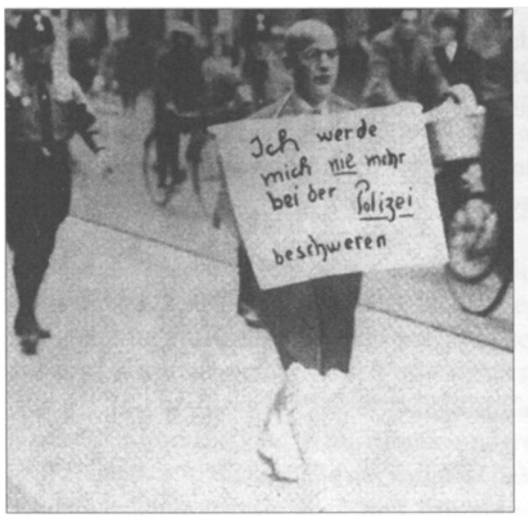
Im übrigen forderte der Berliner Historiker Ernst NOLTE am 22, Mai 2006 in einer Fernsehsendung von 3SAT (ab 20.15 Uhr) ausdrücklich auch »Gerechtigkeit« bei der Beurteilung HITLERS.

Bildfälschungen zu Lasten Deutschlands

Die Umerziehung nach 1945 arbeitete nicht nur mit gefälschten Dokumenten und Aussagen, sondern auch mit Bildfälschungen. Eine Zusammenstellung über derartige Fälschungen liegt unter anderem von Udo **WALENDY** vor.[1] Einige weitere Beispiele seien im folgenden aufgeführt.

In dem Buch *Unsre Weit - gestern, heute morgen - 1800 bis 2000* (Bertelsmann Lexikon Verlag, Gütersloh, 1968) befindet sich ein Bild, auf dem ein Mann in einer Stadt, umgeben von Polizei und Zivilisten, mit einem Schild um den Hals gezeigt wird, auf dem deutlich lesbar steht: »Ich bin Jude, aber ich will

[1] Udo **WALENDY**, *Europa in Hammen*, Bd. *2*, Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung, Vlotho 1967.









Ein grenzübergreifendes Motiv! Die Karikatur (unten rechts) stammt aus dem Band *Israël souviens-toi! Think of it, Israel, Israel denke* daran, der bereits 1935 erschienen ist.

mich nicht über die Nazis beschweren.« Derselbe Mann in genau derselben Umgebung trägt in der Quick Nr. 40,1977, ein Schild mit der Aufschrift: »Ich werde mich nie mehr bei der Polizei beschweren.« Der Bildtext dazu lautet: »Juden waren vogelfrei: Statt Schutz bei der Polizei zu finden, wurde dieser jüdische Bürger mit Gewalt durch Münchens Straßen getrieben.« Das Bild befindet sich auch im Museum der KZ-Gedenkstätte Dachau.

Neben falschen Dimensionen des wohl hineinretuschierten Mannes zeigt der verschiedene Schildtext die Fälschung auf, ganz abgesehen davon, daß die Nationalsozialisten kaum das Wort >Nazis< für sich verwendet hätten.[1]

Im Herbst 1977 brachte die *Süddeutsche Zeitung* eine dritte Version dieses Bildes als Bebilderung zu einem Artikel des Historikers Martin BROSZAT vom »Institut für Zeitgeschichte« in München. Ganz offensichtlich derselbe Mann wie auf den oben genannten Bildern tragt nun ein Schild mit der Aufschrift (dazu noch in falscher Schreibweise): »Ich werde nie wieder um Schutz bitten bei der Polizei.«

Dabei stehen die Worte auch in anderer Anordnung auf dem Schild als bei den anderen Versionen.[3] Es handelt sich also bei den angeblichen Beweisen deutscher Untaten um Fotomontagen, also um bewußte Fälschungen zur Täuschung der Leser.

Im 3. Programm des *Westdeutschen Fernsehens* erschien am 21. November 1984 um 21.18 Uhr in der Sendung »Der Prozeß über das Majdanek-Verfahren« ein Gruppenbild von sieben SS-Unterführern, das Angehörige der Lagermannschaft in Majdanek zeigen sollte. Ausdrücklich wurde im Nachspann des Filmes erklärt, daß die Aufnahmen 1941-1943 in Polen gemacht worden seien.

Das trifft zumindest für das erwähnte Bild nicht zu. In Wahrheit handelt es sich um namentlich bekannte (bis auf zwei) Unterführer der 14.(Fla)Kompanie des Panzergrenadier-Regiments 38 der SS-Division »Götz von Berlichingen<, aufgenommen im April 1944 in Frankreich (Raum Saumur).[4]

Besonders in der französischen Literatur wurde ein Foto der Pariser Vel d'Hiv (Radrennhalle) verbreitet, auf dem französische Gendarmen eine große Menge ziviler Häftlinge bewachen und das angeblich 1942 zur Verschikkung in den Osten zusammengetriebene Juden darstellen soll.[4]

Das trifft jedoch nicht zu. Ein französischer Historiker fand den Fotographen des Bildes, der diesen Schnappschuß 1944 nach der »Befreiung von Paris« machte. Die Aufnahme stellt sogenannte Kollaborateure dar, die in der Arena zur Bestrafung - wohl von Angehörigen der Resistance - zusammengetrieben worden waren und einem schweren Schicksal entgegensahen. Den Deutschen wurde damit eine Maßnahme unterstellt, die die französischen Widerständler nach Abzug der Wehrmacht aus Paris begangen hatten.

lung der beiden Bilder in: *National-Zeitung,* 14. 10. 1977.

[3] Alle drei Bilder in: *National-Zeitung,* 23. 12. 1977.

[4] *L'Epuration,* Heft 81 (Neue Serie) der Zeitschrift *he Crapoui/iot, Magazine non conformiste,* Paris 1985, auszugsweise deutsch in: *Criticön,* Nr. 89, Mai/Juni 1985, S. 139, und in: *Deutsche Wochenzeitung* Nr. 49, 29. 11. 1985.

Umerziehung durch Bildlügen

Als Mittel der Umerziehung wurden nach 1945 für die deutsche Zivilbevölkerung wie in den alliierten Gefangenenlagern für deutsche Soldaten Filme und Fotos eingesetzt, die angeblich von Deutschen begangene Verbrechen bekannt machen und verdeutlichen sollten. Dabei wurden auch zahlreiche Fälschungen vorgenommen, so zum Beispiel in dem Film *Todesmühlen mahlen*[1] Von den in der Literatur beschriebenen Erlebnissen mit solchen Bildfälschungen seien zwei herausgegriffen.

1, Der im Sommer 1945 als Kriegsgefangener in Oldham bei Manchester in England festgehaltene Reinhard HOMANN beschrieb,[2] wie er und seine Kameraden sich Mitte Juli 1945 in dem als Speisesaal dienenden Erdgeschoß einer mehrstöckigen Fabrik zu einer Filmvorführung versammeln mußten. »Ungewöhnlicherweise stellten sich etwa zwanzig mit Maschinenpistolen bewaffnete englische Soldaten an der Längsfront des Saales auf. Als dann ein deutscher Emigrant in der Uniform eines englischen Sergeanten die Bühne betrat und uns mit Frankfurter Dialekt erklärte, jetzt werden wir anhand des Filmes deutsche KZ-Greueltaten sehen und damit erfahren, welchem verbrecherischen Regime wir gedient hatten, kamen aus unserer Mitte deutlich unwillige Äußerungen. Zu dem Film ohne Ton gab der besagte Sergeant Erklärungen ab. Zunächst sah man einige Baracken, wie sie früher an jeder Arbeitsdienststelle aufgebaut waren. Doch dann wurden übereinandergeschichtete Leichen als angebliche KZ-Opfer gezeigt, ein Bild, das sich mir gut einprägte, weil am rechten Rand Kopfsteinpflaster und Straßenbahnschienen zu erkennen waren.

An dieser Stelle blieb der Film stehen. Die Engländer kamen mit dem vermutlich deutschen Gerät nicht mehr klar. Schließlich kam die Frage, ob sich unter den Kriegsgefangenen ein Filmvorführer befände. Es meldeten sich gleich zwei, die den verklemmten Streifen bald freibekamen. Als der eine Kamerad das Filmende gegen das Licht hielt, stutzte er, winkte den auf der anderen Seite des Apparates stehenden Kameraden zu sich, zeigte ihm bestimmte Merkmale und rief uns zu: >Das hier sind deutsche Aufnahmen über die Todesopfer des Bombenterrors von Dresden am 13. und 14. Februar 1945!<

Damit war die Filmvorführung beendet. Ohne die bewaffneten englischen Soldaten hätte der Emigrant eine gehörige Tracht Prügel bezogen.«

Bei einem Besuch in Dresden am 5. Juni 1998 kaufte sich HOMANN eine Bildserie über die Zerstörung der Stadt. »Diese Fotos zeigen die gleichen Opfer der Bombenangriffe, wie sie uns Mitte Juli 1945 im Film als angebliche KZ-Opfer gezeigt wurden.«

[1] Siehe: Beitrag Nr. 439, »Zum Film *Todesmühlen mahlen*«.

[2] Reinhard HOMANN, »Bildlügen mit Dresden-Opfern - Ein Zufall deckt infame Lügen auf«, in: *Der Freiwillige*, Nr. 2, 2001, S. 4.

2. Ende Mai 1945 wurde Heinz-Georg LOSSEN, jetzt Klein-Winterheim, als Kriegsgefangener ins frühere KZ Flossenbürg eingeliefert. Im Juni/ Juli 1945 hätten dauernde Verhöre begonnen. »Und bei einer solchen Wiederholung war der Korridor in der Vernehmungsbaracke mit Fotos verschönt. Master-Sergeant SIMON sagte uns, wir sollten uns unsere Schandtaten ansehen. Es ergaben sich diverse Diskussionen. Plötzlich ein lauter Ruf: >Schaut mal her!< Wir hin zu dem Bild - was sahen wir - etliche Verbrennungsöfen, dm KZ Flossenbürg< war die Unterschrift.

Die Scheiterhaufen von Dresden. Aus: *Bilder* des *Zweiten Weltkrieges,* DVA, München 2005.



Da wir zufällig in diesem Lager waren und wußten, es gab nur zwei Öfen, war uns klar, hier sollten wir »aufgeklärt« werden. Plötzlich ein weiterer Ruf: >Die Scheiterhaufen kenne ich, das Bild muß in Dresden gemacht worden sein!< Das Raunen wurde nun sehr laut, und es fielen auch harte Worte gegen unsere »Befreier«. Eine Tür öffnete sich, und Master-Sergeant SIMON erschien und fragte im Frankfurter Dialekt, was los sei. Wir klärten ihn auf. Die Verbrennungsöfen in Flossenbürg waren ihm Beweis genug, erst recht, wo auch das Dresdner Foto sehr detailliert vom Kameraden erklärt wurde. Ein Pfiff und Kommandos, die GIs erschienen, und alle Bilder wurden schnellstens entfernt. Und die Vernehmung für uns war für diesen Tag beendet.«[3]

Rolf Kosiek

[3] Heinz-Georg LOSSEN, »Bilderlüge«, in: *Der freiwillige,* Nr. 6, 2001, S. 28,

Zum Film *Todesmühlen mahlen*

Nach dem Zweiten Weltkrieg mußten die Sieger auch nachträglich mittels Bild, Ton und Schrift beweisen, wie ausschließlich edel und gut sie im Gegensatz zu den Verlierern, den bösen und schlechten Deutschen, waren. So gibt es hundertfach Filme von erfundenen »Dokumentationen« bis zu Kriegs- und Polit-Schnulzen nach der Devise: »In bunten Bildern wenig Klarheit, viel Irrtum und ein Fünkchen Wahrheit.« Wie solche Greuelfilme gemacht wurden, möge der folgende Erlebnisbericht zeigen: »Nach Kriegsschluß marschierten wir noch mit unseren Waffen im Raum Steyr in geschlossener Formation einer Einheit der Waffen-SS unter Bewachung der Amerikaner in Gefangenschaft. Nach Abgabe der Waffen bezogen wir unter freiem Himmel ein Lager. Wochenlang kampierten wir hier bei knappster Verpflegung, die eigenen Reserven waren restlos verbraucht, so daß einige Kameraden vor Hunger Gras aßen, was verschiedentlich schwere Durchfälle zur Folge hatte.

Eines Tages wurden wir mit LKWs in das ehemalige Konzentrationslager Ebensee gefahren. Bei Einzug in dieses KL begegneten uns einige ehemalige KL-Häftlinge in Häftlingskleidung, die gut genährt aussahen und uns spöttisch zuriefen: >Ja, das sind ja die von der SS. Warum singt ihr denn nicht, ihr habt doch früher so schön gesungen.< Beim Eintritt ins Lager wurden uns Uhren und andere Wertsachen von den ehemaligen Häftlingen abgenommen. Wer sich wehrte, wurde zusammengeschlagen und verschwand. Die Verpflegung war weiterhin schlecht, so daß wir zusehends abmagerten und Todesfälle durch Verhungern eintraten. An einem Vormittag im Hochsommer hieß es: »Alle raustreten, eine Kommission kommt zum Inspizieren und Filmen!« Stundenlanges Warten im grellen Sonnenschein bei großer Hitze hatte zur Folge, daß einige Kameraden zusammenbrachen. Endlich erschien die Kommission und filmte diese Elendshaufen.

Nach mehreren Wochen kamen wir dann in ein Entlassungslager bei Linz, wo uns der Film ***Todesmühkn mahlen*** vorgeführt wurde, in dem unter anderem abgemagerte Häftlinge zu sehen waren. Als wir diese Bilder sahen, haben sich einige von uns wiedererkannt: »Ja, das bin ja ich!< In diesem Film waren also - eingeblendet - keine abgemagerten KL-Häftlinge zu sehen, sondern die Bejammernswertesten der Lagerbesatzung aus unserem Kriegsgefangenenlager Ebensee.«

Soweit der Bericht des Erlebniszeugen, dessen Anschrift dem Verfasser bekannt ist. Die im Umerziehungsfilm vorgeführten Elendsgestalten waren demnach keine KL-Insassen, sondern durch langes Hungern abgemagerte Soldaten einer Frontdivision der Waffen-SS aus dem Kriegsgefangenenlager Ebensee der Amerikaner in Oberösterreich im Jahre 1945.

Für den Film ist eine weitere Fälschung vorgenommen worden: Es wur-

den Leichenberge gezeigt, die nicht - wie behauptet - in KZs, sondern beim Terrorangriff auf Dresden entstanden waren.

Am 13. und 14. Februar 1945 erfolgten die berüchtigten drei Tag- und Nachtangriffe der anglo-amerikanischen Terrorbomber auf die mit Flüchtlingen aus Schlesien überfüllte Stadt Dresden, die damals schätzungsweise 1,25 Millionen Menschen aufwies. Nach den dreimaligen stundenlangen Luftangriffen mit Spreng- und Brandbomben, Phosphorkanistern und Luftminen war die einmalige Kunststadt und damalige Lazarettstadt Dresden völlig vernichtet, und Hunderttausende von Menschen[1] hatten den Tod gefunden. Roste aus Stahlschienen mußten auf dem Alt-Markt aufgebaut und die Leichen übereinander geschichtet und verbrannt werden. Der Dokumentarfilm, der im Auftrag der Reichsregierung 1945 von diesen Vorgängen gedreht wurde, fiel später den Alliierten in die Hände. Die im Film festgehaltenen Leichenberge aus Dresden wurden im KL-Film *Todesmüblen mahlen* eingesetzt.[2] Die Frage drängt sich auf: Wurden andere >Dokumentarfilme< ähnlich gemacht?

Es ging eine weitere Leserzuschrift zu diesem Film dem Verfasser zu, die das Vorstehende bestätigte: »Im Kriegsgefangenenlager Babenhausen (Hessen) wurde uns damals (November 1945/Januar 1946) zwangsweise mehrmals der berüchtigte KZ-Film *Todesmühlen* vorgeführt. Plötzlich rief eines Tages einer der Internierten (ein SS-Untersturmführer): >Das bin ja ich, das bin ja ich! Das sind keine Toten des Lagers >Dora<, das sind Tote nach dem Luftangriff auf Nordhausen am. .. Ich war da bei dem Aufräumkommando!< Das gab natürlich einigen Wirbel, und der Film wurde uns nicht mehr gezeigt. ..«

In diesem Zusammenhang sei aus dem Inhalt eines Leserbriefes in der *FAZ*[3] von Frau Margarete RICHTER, Lenzkirch, folgendes angeführt: »Das Fernsehen der Schweiz brachte während der Regierungszeit von GORBATSCHOW und der aufkommenden Freiheit in der Sowjetunion vor einigen Jahren eine Sendung über die »Vernichtung der Kulaken< mit einigen kurzen Filmausschnitten aus damaliger Zeit. So konnte man sehen, wie auf einem weiten Feld, auf dem einige Panjewagen mit Pferden mit herunterhängenden Köpfen standen, Sowjets in ihren alten Uniformen erfrorene Kulaken, die auf dem Feld verhungert waren (so der Kommentar), auflasen und auf die Wagen warfen. Wenn ich gewußt hätte, was mir noch bevorstand, wäre alles genau notiert worden.

Etwa zwei Jahre später brachte die *A RD* eine Sendung, in der Filmausschnitte gezeigt wurden von Angehörigen der Siegermächte bei Befreiung von Konzentrationslagern, Und was sah ich da zu meinem Erschrecken? Genau den gleichen Filmausschnitt über das Aufladen toter Kulaken, jedoch mit der Erklärung, es handele sich um eine Aktion in einem deutschen Konzentrationslager. Die eindeutige Wahrheit hatte die Schweiz berichtet, daran bestand kein Zweifel, Seitdem glaube ich in dieser Hinsicht nichts mehr. Es ist bedauerlich, daß viele Leute erst selbst erfahren müssen, wie sie belogen werden, bevor sie zu zweifeln beginnen und der Umerziehungspropaganda nicht mehr glauben.«

[1] Die Angaben über die Zahl der in Dresden Getöteten schwanken zwischen mindestens 35000 und - wahrscheinlicher-250000 Menschen. Siehe David IRVING, *Der Untergang Dresdens*, Bertelsmann, München 1977; G. BERGANDER, *Dresden im \Luftkrieg*, Heyne, München 1977; David IRVING, *Und Deutschlands Städte starben nicht*, Schweizer Druck- und Verlagshaus, Zürich 1963; Wolfgang PAUL, *... zum Beispiel Dresden, Schicksal einer Stadt*, Wolfgang Weidlich, Frankfurt/M. 1964.

[1] *Unabhängige Nachrichten*, Bochum, Nr. 11, 1986, S. 11.

[3] *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 3. 2. 1995, Nr. 29, S. 9,

Der Film *Unternehmen Teutonenschwert*

Im Jahre **1957** wurde in der Sowjetzone von der DEFA der Film *Unternehmen Teutonenschwert* hergestellt. Die DEFA besaß dazu die Frechheit, diesen Film aJs >Dokumentarwerk< zu bezeichnen. Er wurde in englischer und französischer Sprache synchronisiert und im Ausland aufgeführt.[1] Der Film brachte grobe Fälschungen über ein historisches Ereignis des Jahres 1934: den Mord an König ALEXANDER I. von Jugoslawien (1888-1934) und an dem französischen Minister Louis BARTHOU. Was war damals geschehen?

Das Attentat von Marseille.



Im Jahre **1934** machte König ALEXANDER 1. von Jugoslawien einen Staatsbesuch in Frankreich. Am **9.** Oktober **1934** kam er mit dem Schiff in Marseille an. Er wurde vom französischen Außenminister BARTHOU feierlich begrüßt.

Louis BARTHOU (1862-1934) war einer der größten Kriegshetzer und Deutschenhasser unter den französischen Politikern. **1913** hatte er als Ministerpräsident eine dreijährige Dienstzeit für die Armee durchgesetzt. 1922-26 war er Vorsitzender der Reparationskommission gewesen.[2]

Nach der Begrüßung des Königs fuhren ALEXANDER L, BARTHOU und General GEOR-

[1] Vladeta MILIECVIC, *Der Königsmord von Marseille,* Hohwacht, Bad Godesberg 1959, Da Buch ist jedoch mit großer Skepsis zu lesen, denn der Verfasser war Beauftragter der serbischen Geheimpolizei zur Überwachung der Ustascha, der nationalen kroatischen Bewegung, die den serbischen Zentralismus bekämpfte und unter PAVELIC 1941-45 mit deutscher und italienischer Unterstützung in Kroatien herrschte,

[2] Im selben Jahr 1934, am 17. April, brachte Louis BARTHOU, der eine Gleichberechtigung Deutschlands grundsätzlich ablehnte, mit seiner Note die Genfer Abrüstungskonferenz endgültig zum Scheitern.

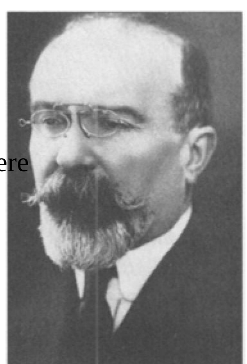
GES im Auto durch die Rue Cannebière. Dort sprang ein Mann auf das Trittbrett des Wagens, beugte sich durch das offene Fenster und erschoß den König und BARTHOU. Der Mord war wahrscheinlich ein Werk der Ustascha unter Führung von Ante PAVELIC, der damals als Emigrant in Italien lebte.

In dem Film *Unternehmen 'Teutonenscbwert* wird nun behauptet, daß der spätere NATO-General Hans SPEIDEL (1897-1984) führend an der Planung des Marseiller Attentats beteiligt gewesen sei. Das hatte einen aktuellen Grund. Im April 1957[1] war SPEIDEL zum NATO-Oberbefehlshaber der Landstreitkräfte in Mitteleuropa in Fontainebleau ernannt worden. SPEIDEL war schon lange ein Helfer der Franzosen. Für die Nürnberger Siegerjustiz 1945/49 hatte er »Gutachtern geschrieben.[4] Er spricht natürlich nicht von »Rachejustiz«, sondern vom Kriegsverbrecherprozeß in Nürnberg, obwohl dort seine Kameraden von einst (z. B. Generaloberst JODL U. a.) ermordet wurden,

SPEIDEL war von 1933-35 Gehilfe des deutschen Militärattaches Generalleutnant KOLENTHAL in Paris.Er hatte mit dem Attentat in Marseille nicht das geringste zu tun. Das ist eine gesicherte Tatsache. Aber seine Ernennung zum NATO-Oberbefehlshaber genügte den Fälschern in der Sowjetzone, dem General eine Beteiligung an der Vorbereitung des Mordes in Marseille anzudichten.

Schon 1950 kam aus der Sowjetzone die Attentatsgeschichte von Marseille, allerdings zu der Zeit in einer anderen Version und ohne den Namen SPEIDEL. Damals war es der »jugoslawische Trotzkist< TITO, der den Mord arrangiert haben sollte. 1950 war eben ein »Bedarf« an Anschuldigungen gegen TITO vorhanden.

Der Erfinder der Lügen war Albert NORDEN, geboren 1904 in Myslowitz in Oberschlesien als Sohn eines Rabbiners. NORDEN war ein Schüler des berüchtigten Braunbuchfälschers Willi MÜNZENBERG (1889-1940). MÜNZENBERG war einer der begabtesten Propagandaspezialisten der KPD. Er war 1933 von Berlin nach Paris emigriert und arbeitete dort mit verschiedenen Schriftstellern und Journalisten wie Arthur KOESTLER, André KATZ, Alfred KANTOROWICZ und eben Albert NORDEN zusammen. MÜNZENBERG wurde 1940 im Vichy-Frankreich - wahrscheinlich auf Moskauer Befehl - umgebracht.[6] NORDEN ging 1941 nach Amerika und kehrte 1946 in die Sowjetzone zurück, wo er leitend in der Propaganda der DDR tätig wurde, die dann einige Jahre später auch den »Fall OBERLÄNDER« inszenierte,[7] um ADENAUER und die Bundesrepublik zu treffen.







Von oben: Louis BARTHOU, Hans SPEIDEL und Ante PAVELIC.

[3] Vladeta MILECVIC, ebenda, S. 359,

[4] Ebenda, S. 236.

[s] Hans SPEIDEL, *Aus meiner Zeit*, Propyläen, Frankfurt/M.-Wien 1977.

[6] Babette GROSS, *Willi Münzenberg. Eine politische Biographie*, DVA, Stuttgart 1967.

[7] Siehe: Beitrag Nr. 434, »Der Fall »Oberländer«.

Der UFA-Film *Kolberg*

Der deutsche UF A-Spielfilm *Kolberg* wurde am 1. Juni 1943 von Propagandaminister GOEBBELS in Auftrag gegeben. Die Dreharbeiten liefen ab November 1943. Die Uraufführung erfolgte am 30. Januar 1945 als >Durchhaltefilm« in der seit Monaten hart umkämpften Atlantikfestung La Rochelle, die sich bis zur Kapitulation der Deutschen Wehrmacht im Mai 1945 halten konnte.' Der mit großem Aufwand (8,8 Mill. RM) gedrehte Streifen vereinigte die besten deutschen Schauspieler wie Heinrich GEORGE, Kristina SÖDERBAUM, Horst CASPAR, Emil JANNINGS, Irene VON MEYENDORFF und Paul WEGENER unter der Regie von Veit HARLAN und erhielt das NS-Prädikat >Film der Nation, staatspolitisch und künstlerisch besonders wertvoll'. Der Film zeigt die erfolgreiche Verteidigung der preußischen Festung Kolberg 1807 unter GNEISENAU (Horst CASPAR) gegen die Truppen NAPOLEONS unter opferbereiter Mithilfe der Bürger der Stadt trotz fast aussichtsloser Lage. Während der Film ab 1945 zunächst für Jahre unter Verschluß lag, wurde er in den sechziger Jahren im Rahmen der politischen Bildung in nichtöffentlichen Aufführungen eingesetzt, so am 28. November 1966 von der »Arbeitsgemeinschaft Bürger im Staat< in Zusammenarbeit mit dem »Studentischen Filmclub< in der Universität Heidelberg.[2] Karten wurden »nur an Dozenten und Studenten, nur im Vorverkauft abgegeben, die sich unmittelbar vor der Vorführung einen längeren Vortrag zum Film anhören mußten. Inzwischen war der Film um einen Nachspann erweitert worden, in dem Kommentatoren auf den propagandistischen Zweck dieses Filmes in der Schlußphase des Zweiten Weltkrieges hinwiesen. Dabei wurde eine angebliche Geschichtsfälschung des Filmes 'richtiggestellt«, indem erklärt wurde, daß im Gegensatz zum - wirklichen - erfolgreichen Aushalten der Kolberger im Film in Wirklichkeit die Franzosen als Sieger in Kolberg eingezogen seien.

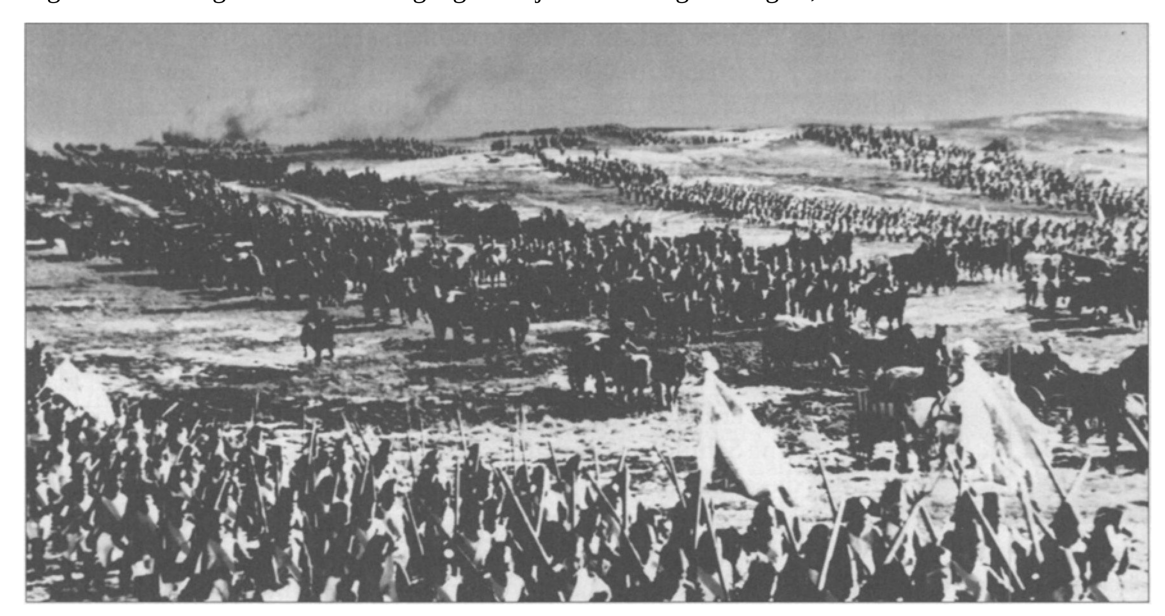
Letztere Behauptung ist falsch. Richtig ist, daß das lange belagerte Kolberg - wie auch Graudenz - unbesiegt bis zum Frieden von Tilsit am 9. Juli 1807 als wichtiger Stützpunkt im Hinterland der französischen Front in preußischer Hand blieb. In den folgenden Jahren bis zu den Befreiungskriegen 1813 spielte dann Kolberg in allen Plänen für die Verteidigung und Befreiung Preußens eine große Rolle. Weitaus wichtiger war noch die moralische Bedeutung dieser erfolgreichen Verteidigung für den wachsenden Widerstandswillen des deutschen Volkes gegen die napoleonische Fremdherrschaft.

Der Erfolg der Kolberger unter Joachim NETTELBECK (im Film Heinrich GEORGE) in der Verteidigung ihrer Heimatstadt hatte gezeigt, daß Volk und Armee, geeint in entschlossenem Kampf um die Freiheit, nahezu unüberwindlich sind. So war die Verteidigung Kolbergs keineswegs vergeblich, wie es der Nachkriegsnachspann behauptete.

[1] Curt RIESS, *Das gab's nur einmal. Die große Zeit des deutscben Films*, Bd. 3, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1985.

[1] Der Verfasser nahm als Universitätsangehöriger an dieser Aufführung und der anschließenden Diskussion teil.

Bei der Heidelberger Aufführung wurde in der anschließenden Diskussion der auch für die ausführliche Einführung verantwortliche Gerd ALBRECHT (Universität Köln, Filmakademie Berlin) von dem Geschichtsstudenten T. L. darauf hingewiesen, daß der hinzugefügte Filmkommentar nicht nur eine im Film richtig wiedergegebene historische Tatsache abstreite, sondern als angebliche "Richtigstellung« genau das Gegenteil der geschichtlichen Wahrheit behaupte. Der Beauftragte von »Bürger im Staat< gab zu, daß er das wisse, und meinte, daß die verfälschende Angabe im Nachspann für die politische Bildung zweckmäßiger sei: eine unglaubliche Beleidigung eines jeden mündigen Bürgers, die unter den anwesenden Akademikern großen Protest auslöste. Auch als der Film in den achtziger Jahren öffentlich und im Femsehen gezeigt wurde, blieb der geschichtsverfälschende Kommentar erhalten und mußte jeweils mitgezeigt werden: eine offene Geschichtsfälschung im Dienste der Umerziehung.



Szene aus dem Film *Kolberg.*

Aber die wirkliche Absicht der Kommentatoren der sechziger Jahre ist wohl nicht nur die erwähnte Geschichtsfälschung und damit eine unbegründete Beschuldigung der im Dritten Reich für den Film Verantwortlichen, sondern reicht weiter. Wer den Film gesehen hat und vom Kommentator hört, daß - wahrheitswidrig - alle gezeigten großen Opfer und Anstrengungen der Kolberger »in Wirklichkeit völlig vergeblich< und »sinnlos< gewesen seien, wird zu der Auffassung geführt, daß militärischer Widerstand gegen eine Übermacht grundsätzlich zwecklos sei. Somit wird eine Schwächung des Verteidigungswillens beim Zuschauer bewirkt. Der Kommentar war daher offenkundig darauf angelegt, mittels einer Geschichtslüge die Wehrkraft des demokratischen Staates herabzusetzen oder ganz zu zerstören.

Guido Knopps Mißbrauch des »historischen Dokumentationsfilmes«

Professor Dr. Guido KNOPP, Historiker, Jahrgang 1948, war nach dem Studium Redakteur der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* und Auslandschef der *Welt am Sonntag.* Seit **1984** ist er Leiter der **ZDF**-Redaktion Zeitgeschichte und Professor für Journalistik. Zu seinen zahlreichen Fernsehdokumentationen zählen »Der verdammte Krieg«, »Die großen Fotos des Jahrhunderts«, »Hitler - eine Bilanz« und die Dokumentionen »Hitlers Helfer« und »Hitlers Frauen«. Für seine journalistischen Leistungen wurde KNOPP mit dem Europäischen Fernsehpreis, dem Telestar und dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet.

»Wir haben ja angefangen, wir sind an allem selbst schuld!« - Dieses Motto steht unsichtbar über jedem Film des Erfolgsregisseurs und > Historikers« Guido KNOPP, der auch mit der Millionenauflage seiner Begleitbücher zu den erfolgreichsten deutschsprachigen Sachbuchautoren gehört. Fast immer dann, wenn in seinen Filmen Verbrechen der Alliierten zur Sprache kommen, wenn deutsche Opfer gezeigt werden, wird mit obigem Satz nicht nur die Schuld der anderen Seite verharmlost, sondern dem deutschen Zuschauer/Leser klargemacht, daß er besser beschämt den Mund halte und sich mit einem >Mea culpa« (meine Schuld) an die Brust schlage. Allerdings muß hinzugefügt werden, daß diese Manie, wahrscheinlich auf Grund vieler Beschwerden, in den letzten Filmen etwas abgeschwächt erscheint.



Guido KNOPP (1948-). Über eine seiner letzten Fernsehdokumentationen urteilte der *Spiegel* bezeichnenderweise: »Die vierteilige Dokumentationsserie >Sie wollten Hitler töten< ist ein *geschickt geknüpfter Bilderbogen,* der einen guten Überblick über die Geschichte des Widerstands bringt.« (Hervorhebung **C. M.**; Foto:). KRAUSE-BURBERG)

KNOPPS Kollegen von der Historikerzunft werfen seinen Filmen, die bisher in über 50 Länder verkauft wurden, vor, sie seien populärwissenschaftlich, oberflächlich, unvollständig und unterschwellig suggestiv. Vor allem aber habe er mit seinen Pseudo-Dokumentationen in den Köpfen von Millionen Fernsehzuschauern und Lesern ein Geschichtsbild des Dritten Reiches eingeprägt, das mit der Wirklichkeit nur wenig zu tun habe. Denn mit der geschickten Verwendung von Wochenschau-Folgen aus der NS-Zeit und ihrer Kommentierung verfestigen KNOPPS Filme den Eindruck, daß HITLER der einzige Hecht in einem friedlichen Karpfenteich gewesen und allein für den Zweiten Weltkrieg verantwortlich sei - ganz abgesehen davon, daß viele Originalaufnahmen in der NS-Zeit zu Propagandazwecken aufgenommen wurden und damit von sich aus schon ein falsches Bild vermitteln.

Noch vor dreißig Jahren hätte sich KNOPP mit solchen Filmen nicht an die Öffentlichkeit wagen dürfen. Denn da lebten noch zu viele Zeitgenossen des Dritten Reiches, denen man solche Wirklichkeitsverdrehungen nicht zumuten konnte. Heute glaubt das **ZDF,** sich um die Kritik der wenigen Überlebenden nicht mehr zu scheren zu brauchen, und produziert am laufenden

Band Fiktionsstreifen, die die historische Wirklichkeit ebenso wenig abbilden wie »Dallas« die amerikanische Gesellschaft. Zwar beruft sich KNOPP in der Regel auf nachweisbare Fakten. Aber die Art und Weise, wie er sie in einen Zusammenhang stellt, der den volkspädagogischen Anforderungen der »Political Correctness< entspricht, führt zu falschen oder stark verzerrten Vorstellungen über die NS-Zeit.

Wie entstehen historische Seifenopern? Kann ein Dokumentarfilm die Wirklichkeit abbilden, oder wird bereits durch Einsatz filmischer Gestaltungsmittel unzulässig manipuliert? Der Filmschnitt zum Beispiel ermöglicht die Konstruktion eines filmischen Gesamtwerks aus zahlreichen Einzelfolgen, Dabei können Gegensätze aufeinanderprallen oder verschwinden, es entstehen Spannungen oder zeitlich veränderte Abläufe. Der Schnitt (>Cut<) erweckt Gefühle und komponiert Bilder und Töne zu einem Gesamtrhythmus. Mit Hilfe solcher und weiterer Techniken ist es KNOPP gelungen, trotz der Kritik seiner Kollegen aus dem Wissenschaftsbetrieb ein neues Filmgenre zu entwickeln, das mit einem echten Dokumentarfilm nur noch den Namen gemein hat. Es gleicht eher einem verfilmten »Tatsachenroman <, der sich filmischer Mittel bedient, wie sie in Thrillern, Horrorfilmen und Melodramen zur Anwendung kommen. Dazu kommen suggestive Beschreibungen, bedeutungsvoll wirkende Kommentare aus dem >Off< und gefühlsduselige Musik. Und immer wieder erscheinen (in fast allen **KNOPP**-Sendungen!) die gleichen Bilder von heftig schießender Artillerie, vorbeirasselnden Panzern und brennenden Dörfern. Dabei wird der Eindruck erweckt, als habe nur die Wehrmacht letzteres zu verantworten. Daß STALIN einen Rückzug der verbrannten Erde befohlen hatte, damit die Deutschen nur noch Schutt und Asche vorfinden, wird nicht erwähnt. Leider sorgt die bewußt fehlende Durchschaubarkeit dafür, daß der Zuschauer auch nicht erfährt oder bemerkt, wie das vorliegende Archivmaterial bearbeitet oder ergänzt und damit verfälscht wurde. Durchschaubarkeit war bis dahin aber immer Merkmal eines echten Dokumentarfilmes.

- **Falsche Bild-Text-Zuordnung, nachgedrehte Szenen, schneller Schnitt**

KNOPP arbeitet überwiegend mit nachvertonten NS-Wochenschauen, wobei die chronologische Linearität der dokumentarischen Darstellung in unzulässiger und kaum erkennbarer Weise zerbrochen wird. Ein Originalton von HITLER wird einfach acht Folgen später einer anderen Bildfolge unterlegt. Nach gedrehte Szenen werden skrupellos mit historischem Archivmaterial vermischt, was der Zuschauer wegen der raffinierten technischen Bearbeitung nicht bemerkt. Für Filmtechniker ist es ein Leichtes, nachgedrehte Szenen so aussehen zu lassen, als ob es sich um alte Aufnahmen handele. Es wird auch nicht darauf hingewiesen, wenn ein Text von 1943 mit Wochenschaubildern früherer Jahre illustriert wird. In einem anderen Fall zeigt KNOPP

angebliche NS-Erschießungsgräben, die in Wirklichkeit ein deutscher Soldat in Serbien aufgenommen hat.

Mit Hilfe der Schnitt-Technik wird noch ein weiterer Effekt erreicht: Einzelbilder werden verdoppelt oder verdreifacht. Dadurch werden Bewegungen verlangsamt, und die Bildfolge wird länger, desgleichen der dazugehörige Text. Die Folge: NS-Größen erscheinen dadurch gravitätischer. Soldaten dagegen, die im Original stramm dahermarschieren, erwecken jetzt den Eindruck der Schlaffheit einer geschlagenen Armee.

- **Fehlende Durchschaubarkcit bei Zeitzeugenbefragungen**

In den vergangenen Jahren hat das ZDF Tausende von Zeitzeugen interviewt. Falls diese schon verstorben waren, hat man deren Söhne oder Enkel aufgetrieben und sie das sagen lassen, was man hören wollte und was ins Konzept paßte - stets vor einer neutralen dunklen Fläche mit einem schwachen Lichtschein am oberen Bildrand. Von einem Befrager ist nichts zu sehen und auch nichts zu hören. Nicht zu erkennen ist auch, welche Fragen in dem in der Regel einstündigen Gespräch gestellt wurden. Da hieraus nur wenige Minuten gesendet werden, ist zu fragen, nach welchen Kriterien ausgewählt wird. Auch hier fehlt es an der nötigen Durchschaubarkeit. Wie einer der Befragten (Name und Adresse dem Verfasser bekannt) berichtete, wurde aus einem einstündigen Gespräch alles Wesentliche gestrichen und nur etwas völlig Nebensächliches gesendet: »Ich konnte aus meiner Stellung die Türme des Kremls erkennen!« Seine Ausführungen paßten offensichtlich nicht in KNOPPS Weltbild. Man vergleiche dagegen die etwa 200 Fernsehdokumentationen, in denen Günter GAUS, der bereits im Alter von 74 Jahren verstorben ist, Zeitgenossen mit präzisen Fragen zur Zeitgeschichte Gelegenheit zu ausführlichen Antworten gab, von denen nichts herausgeschnitten wurde. Das war ehrliche Vorgehensweise, die nicht manipulieren wollte. Von GAUS selbst war bei seinen Fragen nur der Hinterkopf zu sehen (der »berühmteste Fernsehhinterkopf<!), womit er seinen Gast um so mehr bildlich in den Mittelpunkt rückte.

Als ein Fernsehteam im U-Boot-Archiv Altenbruch erschien, in dem wichtige Daten und Bildmaterial z. B. über Admiral DÖNITZ vorliegen, interessierte man sich überhaupt nicht für diesen, sondern suchte (vergebens) nur nach Hinweisen auf Kriegsverbrechen der Marine - die man aber sehr zum Bedauern der KNOPP-Mitarbeiter nicht fand!

Die Manipulationen durch Filmschnitte, Auswahl des Archivmaterials und der Zeitzeugenaussagen genügen dem KNOPP-Team keineswegs. Hier setzt es das sogenannte »szenische Zitat< ein, eine raffinierte Kombination von Archiv- mit Spielszenen: zwanzig Sekunden Spielszene »RJBBENTROP in Moskau«, zwanzig Sekunden historisches Filmmaterial, zwanzig Sekunden »STALIN« (Archivmaterial) usw. Um Realität vorzugaukeln, läutet in den neunziger Jahren in einer Spielszene beim Architekten SPEER das Telefon,

Bei den Spielszenen bedient man sich in (SS-)Uniformen gesteckter Schauspieler, die allerdings nur in der >Halbnahe<-Einstellung (»Medium Shot<) zu sehen sind. Diese zeigt normalerweise den Schauspieler von der Hüfte an aufwärts, etwa in Western-Filmen vom griffbereiten Colt bis zur Hutkrempe. Um aber das Interesse der Zuschauer von der Person weg und mehr auf die Handlung zu lenken, greift man auf die aus Krimis bekannte umgekehrte Version zurück: Man sieht nur den Unterkörper. Auf diese Weise geistern Schauspieler durch fiktionale Szenen. Wird diese Sicht noch weiter reduziert, etwa auf RIBBENTROPS Schuhe, spricht man von »Packshots<. Bei KNOPP sind es dann in anderen Spielszenen die Hände zweier sich begrüßender SS-Leute oder die Hand, die den Deutsch-russischen Vertrag unterzeichnet und ihn den Händen eines STALIN-Schauspielers übergibt. Diese Spielszene geht dann nach einem Schnitt nahtlos in eine Archivfolge über, die den echten STALIN mit dem Dokument in der Hand zeigt.

- **Suggestive, einhämmernde Werbesprache**

Den kurzen Szenen entsprechend, die selten länger als eine Minute dauern, beschränkt sich die Sprache auf kurze, überschriftartige Texte von höchstens drei kurzen, suggestiven Sätzen, die stark an die Werbesprache erinnern. Das verwundert nicht, denn auch ein KNOPP will sich verkaufen. Und er verkauft sich bestens. Statt aber bei »Hitlers Helfern« psychologische Analysen vorzunehmen, begnügt er sich mit billigen, nichtssagenden Schlagwortbegriffen. Reichsaußenminister VON RIBBENTROP nennt er einen ergebenen »Paladin« HITLERS, den Präsidenten des Volksgerichtshofes, Roland FREJSLER, kennzeichnet er als »heillosen Hinrichter«, der KZ-Arzt MENGELE ist für ihn ein »gefallsüchtiger Karrierist«, und der Judenreferatsleiter im Reichssicherheitshauptamt der Reichsführung SS, Adolf EICHMANN, ist ein typischer »Bürokrat«. Wie auf diese Weise die Zuschauer/Leser verstehen können, warum und wie diese Menschen zu Verbrechern werden konnten, diese Erklärung bleibt KNOPP schuldig, zumal er »Hitlers Helfer« nicht in das Umfeld der damaligen Zeit stellt und die Geschichte Deutschlands seit 1918 als Zusammenhang vollkommen übergeht. Wie nichtssagend solche Bewertungen sind, wird auch an der Tatsache deutlich, daß es heute in Deutschland an Bürokraten und an gefallsüchtigen Karrieristen und korrupten Politikern keineswegs fehlt.

- **Wie Knopp Baldur von Schirach verzeichnet. Ein Beispiel Knoppscher Machart**

Die in Berchem/Belgien erscheinende *Vierteijahreszeitschriftf ür freie Geschichtsforschung* bezeichnete nach einer ZDF-Sendung über »Hitlers Helfer« den Verantwortlichen Guido KNOPP als »Meister der Gehirnwäsche«. In dieser Sendung über den Reichsjugendführer Baidur VON SCHIRACH behauptet KNOPP,

daß dieser sich bei Kriegsende in Schwaz/Tirol aufgehalten habe, »bis ihn die Alliierten faßten«. Da KNOPP aus seinen Unterlagen genau weiß, daß die Alliierten SCHIRACH nicht »gefaßt« hatten, sondern daß dieser sich selbst gestellt hatte, bedient er sich einer glatten Unwahrheit. Ebenso falsch ist KNOPPS Behauptung, SCHIRACH habe »die Ausschaltung des Elternhauses zum Ziel gehabt«. In SCHIRACHS Büchern ist genau das Gegenteil nachzulesen. Stets wird die Einheit der Erziehung durch Elternhaus, Schule und Jugendbewegung von SCHIRACH als unverzichtbar gefordert. Falsch ist auch KNOPPS Behauptung, SCHIRACH habe mit seiner Erziehung das Individuum zerstören wollen. Vielmehr trat dieser nachweislich für »die Selbständigkeit des Gewissens« und für Verantwortlichkeit ein.

In seiner TV-Sendung wirft KNOPP SCHIRACH vor, daß er die ihm anvertraute Jugend nur zum Sterben für Führer und Vaterland erzogen habe. Als Nachweis zeigt er die Jugendorganisation lediglich bei Schießübungen, Geländespielen, Kundgebungen und Fahnen märschen - Verhaltensweisen, wie sie bis 1936 auch bei allen freien Jugendorganisationen üblich waren. Dazu kommt die Tatsache, daß Jugendliche damals in allen westlichen Ländern mit Begeisterung Schießsport betrieben, daß die HJ keinen einzigen eigenen Schießstand besaß und auf die über 10 000 Schießstände der Schützenvereine angewiesen war. Damit fällt KNOPPS Argumentation in sich zusammen.

Dabei unterschlägt er, was bei DIWALD in der *Geschichte der Deutschen* nachzulesen ist, daß nämlich SCHIRACH, als der Verbindungsoffizier der Wehrmacht zur Reichsjugendführung, Oberstleutnant Erwin ROMMEL, versuchte, Unteroffiziere zur vormilitärischen Ausbildung der Hitler-Jugend bereitzustellen, erwiderte: »Ich erziehe die Jugend für den Frieden, nicht für den Krieg!«

Nicht erwähnt werden von KNOPP, weil das alles nicht ins vorprogrammierte negative Bild paßt, die positiven Seiten der Jugendarbeit SCHIRACHS,[1] etwa der jährliche Reichsberufswettkampf, der vorbildliche Jugendgesundheitsdienst, daß die Reichsjugendführung für die Jugend gesetzliche Urlaubsansprüche durchsetzte, Hunderte von Jugendherbergen baute und daß die Jugendkriminalitätsrate in den dreizehn Jahren Jugendführung unter SCHIRACH die niedrigste des ganzen Jahrhunderts war, KNOPP gibt zwar zu, daß SCHIRACH die Reichspogromnacht als Kulturschande bezeichnet hat, unterschlägt aber, daß er noch in der gleichen Nacht durch Rundruf die Beteiligung der HJ an diesen Ausschreitungen verbot. In den Protokollen des IMT in Nürnberg[2] hätte ein gut recherchierender KNOPP nachlesen können, daß SCHIRACH die Herausgabe einer antisemitischen Sondernummer seiner Zeitschrift *Wille und Macht* verhinderte, die GOEBBELS von seinem Chefredakteur verlangt hatte.

Für KNOPPS Kunst, Gehirnwäsche zu betreiben, ist es kennzeichnend, mit einigen lobenden Erwähnungen von den vielen Auslassungen positiver anderer Wahrheiten abzulenken. So berichtet er nicht von SCHIRACHS Bemühen,

[1] Baidur VON SCHIRACH, *Hitlerjugend - Idee und Gestalt*, Zeitgeschichte, Berlin 1934. siehe auch: Herben TAEGE, ,,, *über die Zeiten fort*, Askania, Lindhorst 1978.

[2] Internationaler Militärgerichtshof (Hg.), *Der Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher*, Delphin, München-Zürich 1984, Bd. 14, S. 464 f. u. 628.

Wien einer neuen kulturellen Blüte zuzuführen oder von dem Zusammenstoß des Ehepaars SCHIRACH mit HITLER auf dem Berghof wegen der unmenschlichen Behandlung holländischer Juden.[3] Doch diese positive Rolle SCHIRACHS paßt nicht ins negative Bild, ebenso wenig wie seine in *Wille und Macht* nachlesbare Kritik an der Kriegführung HITLERS im Osten. Erst recht erfährt der Zuschauer von KNOPP nicht, daß Baldur VON SCHIRACH den Mut aufbrachte, HITLER ins Gesicht zu sagen: »Ich lasse mich auch von meinem Staatsoberhaupt nicht beleidigen!«[4]

Geschichtsverfälschung durch Verschweigen von Tatsachen leistet sich KNOPP auch, indem er in keiner Weise an SCHIRACHS Verantwortung für die Kinder-Land-Verschickung (KLV) erinnert.[5] Denn dieser hat mit der Organisation der erweiterten KLV Hunderttausenden Jugendlichen das Leben gerettet, indem er sie dem alliierten Bombenterror entzog. Als Günter KAUFMANN[6] bei seiner vorgesehenen Mitwirkung an der SCHIRACH-Sendung darauf bestand, im Zusammenhang mit der Kinderlandverschickung auch den völkerrechtswidrigen alliierten Bombenterror zu erwähnen, wurde er belehrt, daß das nicht zulässig sei.

Hans Meiser

[3] IMT, aaO. (Anm. 2), S. 472; TAEGE, aaO. (Anm. 1), S. 121.

[4] TAEGE, aaO. (Anm. 1), S. 121.

[5] Gerhard DABEL (Hg.), *KU-'. Die erweiterte Kinder-Land- Verschickung,* Karl Schillinger, Freiburg 1981.

[6] Günter KAUFMANN, *Auf Teufel komm raus— Unwahrheiten und Lügen über die nationalsozialistische Jugendbewegung,* Kurt Vowinckel, Berg, 1999, S. 110.

Deutsche Vergangenheitsbewältiger erfinden Greuelmärchen

Man sollte eigentlich meinen, daß mit einigem zeitlichen Abstand zum Zweiten Weltkrieg sich immer mehr die geschichtliche Wahrheit durchsetze. Doch leider versuchen gerade fanatische deutsche Vergangenheitsbewältiger immer wieder, durch erfundene Beschuldigungen deutscher Politiker des Dritten Reiches oder der Wehrmacht das Schuldkonto der Deutschen möglichst hoch zu belasten. Dafür ein Beispiel.

In der angesehenen Kulturzeitschrift ***Merian*** erschien in Heft 6/1982 der folgende Bericht:

»... Erster blutiger Schauplatz wurde die kleine südlich von Cuneo gelegene Stadt Boves. Am 16. September 1943 eröffneten Männer der Waffen-SS unter der Führung des SS-Obersturmbannführers Jochen PEIPER {später sollte er wegen der Ermordung von amerikanischen Soldaten in Malmedy zu trauriger Berühmtheit gelangen!) ohne Vorwarnung das Feuer auf die Ortschaften Roccasetto, Moretta, Sant'Antonio, Castello. PEIPER gab den Partisanen eine Frist von 48 Stunden, sich bedingungslos zu ergeben, was die Partisanen ablehnten. Als ihnen am 19. September zufällig zwei von PEIPERS Leuten in die Hände fielen, nahm dieser im Gegenzug den Priester Giuseppe BERNARDI und den Kleinindustriellen Antonio VASALLO als Geisel. Da PEIPER ihnen zusicherte, die Stadt vor Vergeltungsmaßnahmen zu bewahren, gaben die Partisanen ihre Gefangenen frei. Trotz seiner Zusicherung setzte PEIPER die Stadt und die umliegenden Ortschaften in Brand, und während die Stadt in den Flammen versank, mußten die Geiseln einen offenen Wagen besteigen; PEIPER ließ sie mit Benzin übergießen und bei lebendigem Leibe verbrennen. Die schreckliche Bilanz dieser ersten Terroraktion: 45 hingeschlachtete Bewohner, 350 zerstörte Häuser,..«

Die Wahrheit ist dagegen, daß wegen dieser und ähnlicher unberechtigter Vorwürfe ein Verfahren beim Landgericht Stuttgart stattfand. Die dortige Große Strafkammer entschied durch Beschluß vom 11. Dezember 1968 (Az IARs 63/68), daß die Angeschuldigten außer Verfolgung gesetzt wurden. In der Urteilsbegründung heißt es: »Nach alledem besteht hinsichtlich der Geschehnisse in Boves am 19. September 1943 bei keinem der Beschuldigten ein zur Anklageerhebung ausreichender Tatverdacht. Es liegen trotz umfangreicher Zeugenvernehmungen (127 Angehörige des HI. Bataillons und ca. 17 Italiener) keinerlei Anhaltspunkte dafür vor, daß einer der Angeschuldigten einen Befehl für die Brandlegung oder Erschießung erteilt hat oder daß dies mit ihrer Billigung geschehen ist.«

Als sich daraufhin jemand an den Verlag Hoffmann und Campe, der den *Merian* herausbringt, wandte und sich über die unberechtigte Beschuldigung

des inzwischen in Frankreich von Linken ermordeten Jochen PEIPER beschwerte, erhielt er vom Redakteur Hanns STRAUB die Antwort, man habe sich auf die Aussage italienischer Widerstandskämpfer bezogen.[1] Der Verlag sandte jedoch auch ferner den folgenden Brief von Dr. Will KELLER vom 30. Juni 1982:

[1] *Hiag-Kalender* 1985.

»Sehr geehrter Herr HÖPFINGER,

Sie werden sich vielleicht wundern, wenn ich Ihnen gestehe, daß ich mich über Ihre Zuschrift sehr gefreut habe. Aber ich sage nichts Falsches, wenn ich Ihnen verrate, daß ich selbst mit großer Betroffenheit diesen bereits ausgedruckten Beitrag in unserem MERIAN-Heft >Turin< entdeckte. Wenn er mir vor Drucklegung zu Gesicht gekommen wäre, hätte ich ohne Zweifel Einspruch erhoben. Denn ich weiß sehr wohl, welch ein untadeliger Soldat und Offizier Oberst PEIPER war; und mir ist auch bekannt, unter welchen Repressalien die Amerikaner in dem ersten Prozeß gegen ihn aussagten und daß sie ihre Aussagen späterhin zurückgezogen haben. Die Agitation in Frankreich, die von den ehemaligen kommunistischen Partisanen-Verbänden inszeniert war und die schließlich zu seinem tragischen Tod führte, ist mir noch sehr gut im Gedächtnis.

Es ist ganz gewiß unverzeihlich, daß ein solcher Beitrag aufgenommen wurde, ohne ihn vorher auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen. Ich kann aus diesem Mißgriff nur die Lehre ziehen, nicht allein solche Themen, die ja mit MERLAN, dem Monatsheft der Städte und Landschaften, im Grunde nichts zu tun haben, zu meiden, sondern auch, wenn derartige Fragen in einem Beitrag hineinspielen, größte Sorgfalt bei der Wahrheitsfindung walten zu lassen.

Ich werde sehr bemüht sein, diese Erkenntnis auch meinen Kollegen zu vermitteln. Für die sachliche Form Ihrer sehr begründeten Beanstandung möchte ich Ihnen noch besonders danken.

Mit den besten Grüßen«

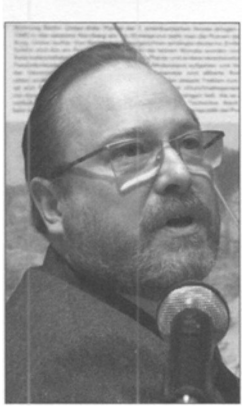
Eine Berichtigung oder Richtigstellung erschien jedoch in der Zeitschrift nicht, so daß die Leser über die Wahrheit nicht informiert wurden. Auch der im MERIAN-Bericht in Klammern erhobene Vorwurf, PEIPER habe in Malmedy amerikanische Soldaten ermordet, ist längst widerlegt.[2]

[2] Siehe: Beitrag Nr. 382, »Der Fall Malmedy«.

Fälschung bei Anti-Wehrmachtausstellung

Von 1995 bis 1999 zog die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« durch deutsche Städte. Sie war zusammengestellt und organisiert durch den {zumindest früheren) Kommunisten und SDSler Hannes HEER[1] und finanziert durch den als Unterstützer der Hamburger Hafenstraße hervorgetretenen Tabak-Millionenerbe Jan Philipp REEMTSMA.[2] Was Kritiker der skandalösen Ausstellung von Anfang an vermuteten, ist inzwischen in vielen Fällen zweifelsfrei nachgewiesen worden:[3] HEER hat - offensichtlich auch bewußt - manipuliert und selbst vor üblen Bildfälschungen nicht zurückgeschreckt. Der wissenschaftlich weder durch eine Promotion noch durch andere besondere Leistungen ausgewiesene, dafür aber einschlägig vorbestrafte HEER hat damit nicht nur jeden Anspruch auf >Wissenschaftlichkeit< seiner Ausstellung verloren, sondern sich auch in die Reihe der überführten Greuelpropagandisten gegen Deutsche eingereiht.

Aus der Menge der inzwischen veröffentlichten Manipulationen und Fälschungen der HEERschen Ausstellung seien zwei herausgegriffen:



Hannes HEER und Jan Philipp REEMTSMA.

[1] Hannes HEER, früheres Mitglied der DKP, des Sozialistischen Studentenbundes (SDS) und des Kommunistischen Studenten Verbandes sowie im Unikollektiv der Roten Zellen (ROTZ), mehrfach angeklagt und vorbestraft wegen Widerstand gegen die Staatsgewalt, Landfriedensbruch, Nötigung, gefährlicher Körperverletzung und Sachbeschädigung; vgl. Rüdiger PROSKE, *Wider den Mißbrauch der Geschich deutscher Soldaten politischen Zwecken,* von Hase und Koehler, Mainz 1996, insb. das Kapitel »Hannes Heer«, S. 71-75.

[2] Jan Philipp REEMTSMA gründete und unterhält das private Hamburger »Institut für Sozialforschung«, das er sicher nicht zufällig nach dem berüchtigten Frankfurter Institut, dem Zentrum der neomarxistischen »Frankfurter Schule«, nannte. Am Hamburger Institut ist HEER seit 1993 Mitarbeiter und hat in diesem Rahmen die Ausstellung vorbereitet. Vgl. insb. Rüdiger PROSKE, ebenda, S. 65-70.

' U. a. *Focus,* Nr. 16, 14. 4. 1997, S. 42-45; Franz W. SEIDLER, *Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42,* Pour le Mérite, Se lent 1997; Staatsanwal schaft München Az.: 112 Js 10459/97; Rüdiger PROSKE, ebenda; Joachim F. WEBER (Hg.), *Armee im Kreuzfeuer,* Universitas, München 1997; Hartmut SCHUSTEREIT, *Gutachten ^u Hannes Heer und Klaus Naumann: Vernichtungskrieg. Verbrechen der V 1941-1944,* Hamburg 1995, hg. vom Österreichischen Arbeitskreis für Kultur und Geschichte, Wien 1996; Bogdan MUSIAL, »Bilder einer Ausstellung«, in: *Vierteljahrsheßte zurZeitgeschichte,* Nr. 4, 1999, S, 569-591; Krisztian UNGVARY, »Echte Bilder - problematische Aussagen«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,* Nr. 10, 1999, S, 584-595; Dieter SCHMIDT-NEUHAUS, »Die Tarnopol-Stellwand der Wanderausstellung > Vernichtungskrieg. Verbrechender Wehrmacht 1941-1944«‹«, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,* Nr. 10, 1999, S. 596-603; Meinrad VON Ow *Jan Philipp Reemtsma und die Würde der toten Soldaten,* Eigenverlag, München 2001.)

1. Zu einem in vielen Zeitungen veröffentlichten Bild, das die angebliche Hinrichtung unschuldiger Zivilisten im Banat durch Wehrmachtangehörige dokumentieren soll, stellt Professor Dr. SEIDLER[4] in seinem Buch fest: »Das bekannteste Bild der Ausstellung, die Hinrichtung von Zivilisten an der Friedhofsmauer von Pancevo im Banat, das auch als Titelbild des *Spiegels* vom 10. 3. 199/ abgedruckt war, ist nicht nur mit kleinen Uniformretuschen, z. B. am Stahlhelm des Pistolenschützen, sondern auch mit einer falschen Legende versehen. Im Katalog heißt es auf Seite 28: »In Serbien ließ die Wehrmacht von Beginn an keine Zweifel aufkommen, daß sie gewillt war, auch gegen Zivilisten mit blutigen Mitteln vorzugehen. Als in Pancevo, der Hauptstadt des Banat, am 17. und 18. April 1941 - also noch vor der Kapitulation der jugoslawischen Armee - zwei SS-Männer erschossen wurden, ordnete der Standortkommandant, Oberstleutnant VON BANDELOW, als »Sühnemaßnahme< die Ermordung von Zivilisten an: Wehrmachtangehörige trieben wahllos Einwohner der Stadt zusammen.«

[4] Franz W. SEIDLER, ebenda, S. 12.

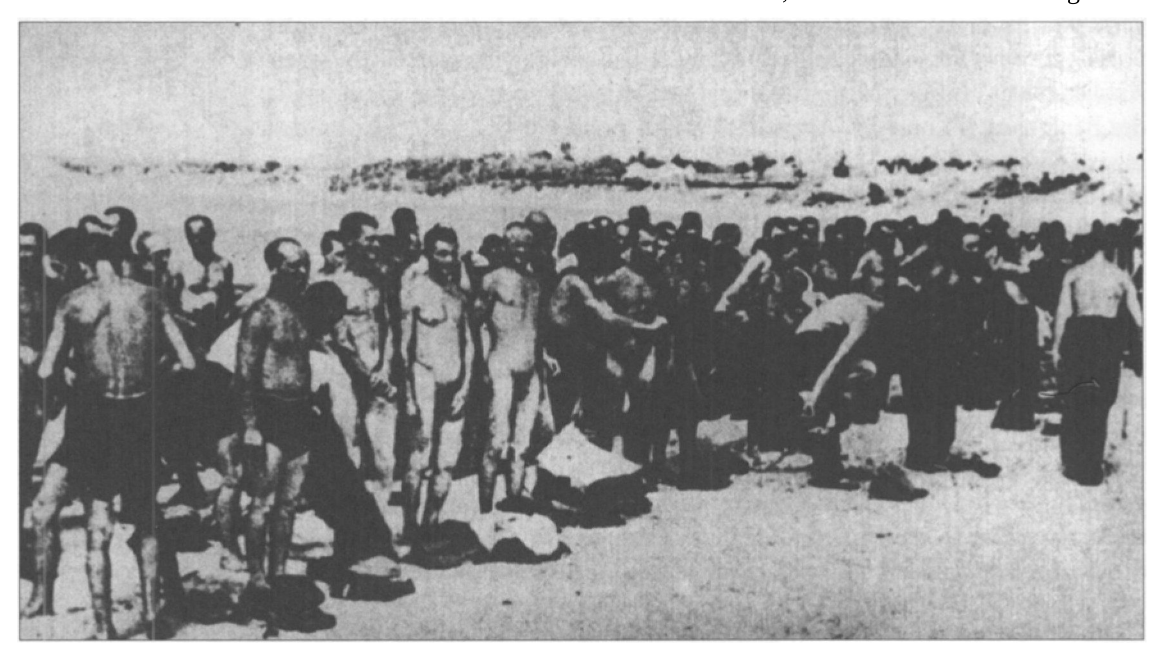
Was war die wahre Geschichte? Aus dem orthodoxen Friedhof von Pancevo heraus wurden öfters deutsche Soldaten in der Nacht beschossen. Die Suche nach den Attentätern blieb erfolglos. Erst nach einigen Tagen kam man darauf, daß von einem Mausoleum im Friedhof ein unterirdischer Gang in ein nahegelegenes Wirtshaus führte, von wo die Heckenschützen kamen und wohin sie sich zurückzogen. Eines Nachts wurde den Partisanen eine Falle gestellt. Als wieder geschossen wurde, stürmten die Deutschen das Gasthaus und fanden eine Bodenklappe zu dem Gang in den Friedhof. Alle Anwesenden wurden festgenommen. Ein Standgericht verurteilte sie zum Tode: 18,



Die Anti-Wehrmachtausstellung zeigte ein weiteres Foto von den Erschießungen an der Friedhofsmauer von Pancevo am 22. April 1941. (Ausstellungskatalog, S. 31) In einem Artikel in der *Zeit* gestand der verantwortliche Redakteur der Ausstellung, Walter MANOSCHEK, am 8. Juli 1999 ein, daß es sich bei der Ermordung zweier deutscher Soldaten in Pancevo um einen freischärlerischen Anschlag nach der Kapitulation gehandelt habe. Siehe u.a.: Walter POST, *Die verleumdete Armee,* Selent 1999, S. 226-229 (»Ein Standgericht wie in Pancevo genügte den Anforderungen des damals geltenden Kriegs Völkerrechts in vollem Maße<.)

Eines der drei zur Bildzeile »Juden werden exekutiert« zugehörigen Fotos. Aus: Hamburger Institut für Sozialforschung (Hg.), *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944,* Hamburg 1996 {Unterkapitel: »Bei der Judenjagd«, S. 115).

als Zivilisten getarnte, Angehörige der jugoslawischen Armee zum Tode durch Erschießen und 17 männliche Zivilisten und eine Frau zum Tode durch Erhängen. Am 22. 4. 1941 wurde das Urteil vollstreckt. Die Erschießung wurde von einem Peloton des Regiments Großdeutschland an der Friedhofsmauer durchgeführt. Die Henkersarbeit besorgte ein Zivilist an anderer Stelle, Bei dem Vorgang handelte es sich also weder um eine Sühnemaßnahme noch um eine Aktion des Standortkommandanten, sondern um den Vollzug eines



völkerrechtlich gedeckten Urteils. In den Begleitschriften zur Ausstellung wird nicht erwähnt, daß die jugoslawischen Truppen bei ihrem Abzug aus Pancevo neun Volksdeutsche als Geiseln mitschleppten und in einem nahen Wald ermordeten. Untaten werden in den Augen der Ausstellungsmacher nur von Deutschen begangen.«

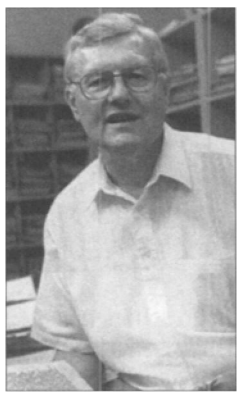
2. Ein Bild an einer Stellwand der Ausstellung und aus dem Kapitel »Weißrußland. Drei Jahre Besatzung 1941 bis 1944« des Ausstellungskatalogs zeigt teilweise entkleidete Männer vor einem Fluß und trägt die Bildzeile »Juden werden exekutiert«. Nach HEER ist es »eines der bekanntesten Bilder des Holocaust außerhalb der Vernichtungslager«. Die Nachforschungen der ***Focus***-Mitarbeiter Markus KRISCHER und Robert VERNIER ergaben jedoch folgendes: Das Bild findet sich zusammen mit einer weiteren ähnlichen Szene auf Seite 149 in dem im November 1941 als Werbeschrift der Zivilverwaltung des Generalgouvernements von Helmut GAUWEILER, Onkel des derzeitigen Münchener CSU-Bezirksvorsitzenden Peter GAUWEILER, herausgegebenen Bildband ***Deutsches Votfeld im Osten.***[5] Zur Abbildung heißt es dort:

[5] Helmut GAUWEILER, ***Deutsches Votfeld im Osten. Bildbuch über das Generalgouvernement***, Buchverlag Ost, Krakau 1941, im Einvernehmen mit der Hauptabteilung Propaganda in der Regierung des Generalgouvernements.

»Wahrscheinlich zum ersten Male in ihrem Leben ist diese jüdische Mannschaft zum Baden angetreten, und wie man sieht, scheint ihr dieses Bad nicht allzu schlecht bekommen zu sein.«

Der mit mehreren Büchern zur NS-Bewältigung hervorgetretene Journalist Ernst KLEE fand auf der Suche nach entsprechenden Bildern einen unscharf reproduzierten Ausschnitt des Bildes ohne jede Beschriftung in einer Fotomappe der für NS-Verbrechen zuständigen Abteilung des Landeskriminalamtes (LKA) Baden-Württemberg in Stuttgart. Er brachte einen etwas kleineren Ausschnitt auf Seite 77 seines Buches *Schöne Zeiten — Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer*[6] im Zusammenhang mit der Ermordung von Juden durch SS-Einsatzkommandos im Osten und erfand dazu - wie er auch offen zugab - unter der Überschrift »>... gerne bereit, bei Erschießungen mitzumachen, Aussagen zur Legende des Befehlsnotstands« die Bildunterschrift »Juden müssen sich vor ihrer Ermordung entkleiden«. Mitverfasser dieser »Dokumentation« war der damalige Staatsanwalt bei der Ludwigsburger Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen und ihr späterer Leiter Willi DRESSEN. 1992 wies der bayerische Schrift- und Fotogutachter Alfred STREIM die Ludwigsburger Behörde auf das Originalbild hin, was für DRESSEN schokkierend gewesen sein soll und ihn veranlaßte, den STREIMschen Brief in die entsprechende Bildmappe mit einer ausdrücklichen schriftlichen Warnung vor dem Gebrauch des Bildes zu legen.

[6] Ernst KLEE, Willi DRESSEN, Volker RIESS, *»Schöne Zeiten«. Judenmord aus der Sicht der Täter und Gaffer*, S. Fischer, Frankfurt/M. 1988.



Willi DRESSEN.

Auf Brief und Warnung muß HEER gestoßen sein, als er diese Mappe für seine Ausstellung auswertete und ihr das Bild entnahm - er bringt in der Ausstellung einen etwas größeren Ausschnitt als in dem KLEEschen Buch. HEER gab dann dem Bild in seiner Ausstellung - trotz offensichtlicher Kenntnis der wahren Zusammenhänge - die oben genannte Legende, wobei er zur Fälschung KLEES noch eine draufsetze: Aus Polen wurde einfach Weißrußland gemacht, und aus KLEES unberechtigtem Vorwurf gegen die SS wurde nun ein »Verbrechen der Wehrmacht«, was selbst für DRESSEN »völliger Unsinn« ist. HEER, daraufhin angesprochen, konnte statt Argumenten nur vorbringen: »Es geht hier um Juden, die sich ausziehen müssen. Und jeder Historiker weiß, was dann kommt.« Aber das ist eben auch falsch, und der *Focus* bringt den Hinweis, daß in der Literatur, etwa in Bernard GOLDSTEINS Memoiren *Die Sterne sind Zeugen,* durchaus gefilmte Badeszenen beschrieben sind, zu denen Juden in den Ghettos aus hygienischen Gründen und zur Vermeidung von Epidemien von Deutschen gezwungen wurden. Derart in die Ecke getrieben, erklärte HEER zum *Focur.* »Dann schreiben Sie halt, es ist eine Fälschung. Machen Sie, was Sie wollen,«[7] Selbst der *Focus* kommentierte solche offensichtlich bewußte Verfälschung mit den Worten: »Wer so wenig fundiert mit Quellen und mit Bilddokumenten umgeht, der hat keinen Anspruch auf Seriosität. Denn bei solch einem komplexen Thema... ist wissenschaftliche Redlichkeit der Ausstellungsmacher unbedingt geboten.«[8]

[7] *Focus,* Nr. 16, 14. 4. 1997, S. 45.

[8] *Focus,* Nr. 18, 28. 4. 1997, S. 336.

Der Münchner Geschichtsordinarius Prof. Dr. Franz W. SEIDLER stellte zur HEERschen Anti-Wehrmachtaustellung fest:[9]

»Von den Fotos dieser Ausstellung haben 90 % kernen Quellennachweis... Fotos ohne Quellenangaben haben keine Beweiskraft für irgendwelche Vorgänge, an denen die Fotografen möglicherweise beteiligt waren. Belege ohne Orts-und Zeitangaben sind wissenschaftlich wertlos. Von den 314 Fotos im Kleinformat tragen 208 die Bezeichnung 'unbekannter Ort<. 62 lassen keine Beteiligung von Wehrmachteinheiten erkennen, 19 stammen aus Polen vor 1941. 15 zeigen Kriegsgeschehen, z. B. brennende Häuser, ohne Bezug zum Thema, und 10 betreffen nicht die Wehrmacht, sondern SS, SD oder RAD. Selbst die Zitate, die die Bilder kommentieren, sind nur schwer nachprüfbar. Viele Texte auf den Schautafeln sind verkürzt. Die Belegstellen verweisen gelegentlich auf Gerichtsakten ohne Angabe der Aktenzeichen. Durch Fettdruck werden die Ausstellungsbesucher auf angeblich wichtige Stellen hingewiesen. Es handelt sich ausschließlich um Passagen, die die Meinung der Aussteller stützen. Einschränkungen oder Widersprüche, die sich in den Schriftstücken finden, werden dem Besucher als gepunktete Auslassungen entzogen. Auch vor offensichtlichen Verdrehungen scheuten die Ausstellungsmacher nicht zurück.« (Und es werden dann mehrere Verfälschungen besprochen.)

[9] Franz W. SEIDLER, aaO. (Anm. 2), S. 11 f.

Aber trotz nachgewiesener Fälschungen zog die **HEERsche** Ausstellung mit diesen weiter durch deutsche Städte und belastete wahrheitswidrig deutsche Soldaten. Und sogar behördliche Stellen unterstützten diese Geschichtsverzerrung noch, ganz abgesehen davon, daß der Katalogverfasser und Organisator der Ausstellung, HEER, und deren Financier, REEMTSMA, mit Preisen ausgezeichnet und von den Massenmedien empfehlend vorgestellt wurden.

Erst im Herbst 1999 mußte die Ausstellung unter dem öffentlichen Druck nach vielen erkannten Fälschungen zurückgezogen werden. Sie wurde dann rund ein Jahr lang >überarbeitet< und zog ab 2001 mit gleicher Tendenz erneut durch deutsche Städte, allerdings mit viel geringerer öffentlicher Beachtung.

Die Lügen der Anti-Wehrmachtausstellung

Was die alliierten Sieger in der Zeit ihrer brutalen Abrechnung mit den bedingungslos unterworfenen Deutschen beim Nürnberger Prozeß 1945/46 wegen offensichtlicher Unbegründetheit nicht zu tun gewagt hatten, die deutsche Wehrmacht als eine verbrecherische Organisation zu erklären, das wollte eine in kommunistischem Geist gesteuerte Ausstellung nachholen. Trotz zahlreicher Nachweise über dabei verwendete Fälschungen und offensichtliche Fehler - ganz abgesehen von der bewußt einseitigen und verzerrenden Darstellung - war sie seit 1995 bis zum Herbst 1999 durch zahlreiche deutsche Städte gezogen. Es mußten erst zwei ausländische Historiker kommen, unter deren Vorwürfen die Ausstellung dann zurückgezogen und ihr Leiter, der früher als Kommunist hervorgetretene und mehrfach einschlägig vorbestrafte Hannes HEER, entlassen wurde. Finanziert war dieses Machwerk von dem Tabak-Millionär Jan Philipp REEMTSMA, der offensichtlich die NS-Vergangenheit seines Vaters (SS-Brigadeführer) bewältigen wollte und mit der von ihm gegründeten sowie finanzierten, nicht zufällig nach dem Frankfurter »Institut für Sozialforschung< der berüchtigten »Frankfurter Schule< auch »Institut für Sozialforschung in Hamburg« genannten privaten Stiftung die personellen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen hatte.

In den knapp vier Jahren ihrer als volksverhetzend zu bezeichnenden Tätigkeit war die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« von rund 800000 Personen besucht worden, meist Schulklassen, die von ihren entsprechend eingestellten Lehrern im Rahmen angeblicher politischer Erziehung - in Wahrheit massiver deutschfeindlicher Indoktrinierung - geschlossen hineingeführt worden waren. Welch ein nicht wiedergutzumachender Schaden dabei in den Seelen der Jugendlichen durch die raffiniert aufgeführten Geschichtsfälschungen entstanden ist, ist kaum zu ermessen. Seit Jahren gab es Beweise für Fälschungen und verzerrende Darstellungen.[1]

Doch statt sie aufzugreifen und zu berücksichtigen, versuchte HEER bezeichnenderweise, juristisch gegen seine Kritiker vorzugehen und sie durch

[1] Beispiele siehe: Beitrag Nr. 444, »Fälschung bei Anti-Wehrmachtausstellung«; Franz W. SEIDLËR, *Verbrechen an der Wehrmacht. Kriegsgreuel der Roten Armee 1941/42*, Pour le Mérite, Selent 1997, S.11 ff.; Focus Nr. 16 vom 14. 4. 1997, S. 42-45; Rüdiger PROSKE, *Wider den Mißbrauch der Geschichte deutscher Soldaten zu politischen Zwecken*, von Hase und Koehler, Mainz 1996, zu HEER besonders S. 71-75; Hartmut SCHUSTERE1T, *Gutachten zu Hannes Heer und Klaus Naumann: Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944*, Hamburg 1995, hg. vom Österreichischen Arbeitskreis für Kultur und Geschichte, Wien 1996; Meinrad VON OW, *Jan Philipp Reemtsma und die Würde der toten Soldaten*, Eigenverlag, München 2001.

Unterlassungsklagen mundtot zu machen,[2] Erst als im Oktober 1999 zwei junge ausländische Historiker, Dr. Bogdan MUSIAL aus Polen und Dr. Krisztian UNGVARY aus Ungarn, ihre vernichtende Kritik in zwei angesehenen deutschen Fachzeitschriften[3] veröffentlichen konnten, wurde die Ausstellung zurückgezogen. Hinzu war noch die Aufdeckung der falschen Deutung von vier Bildern durch Dieter SCHMIDT-NEUHAUS[4] gekommen: Massaker-Opfer des sowjetischen Geheimdienstes NKWD waren wider besseres Wissen von HEER und Mitarbeitern als solche der Wehrmacht bezeichnet worden.

MUSIAL wies im einzelnen überzeugend nach, daß mindestens neun Fotos der Ausstellung und des zugehörigen Katalogs durch den stalinistischen Geheimdienst NKWD Ermordete darstellen und also nicht, wie die Ausstellung suggerieren will, Verbrechen von Deutschen dokumentieren, insbesondere nicht solche der deutschen Wehrmacht, So sei zu den Bildern Nr. 29 bis 31 des Katalogs zunächst die falsche Ortsbezeichnung »Gebiet Kiew, Ukraine« angegeben worden, bis man erst nach mehreren Hinweisen die Tatortangabe in »Zloczow« geändert habe. Dort sei zwar, was Augenzeugen bestätigten, ein Massaker verübt worden, aber vom sowjetischen NKWD, nicht von der Wehrmacht: »Erst deutsche Soldaten hätten das Massaker beendet.« Dasselbe gelte für andere Orte: »In Luck wurden die NKWD-Mannschaften von deutschen Soldaten daran gehindert, noch die letzten Gefangenen zu »liquidieren«. Zuvor hatten sie etwa 2000 Menschen mit Maschinengewehren und Handgranaten ermordet.«

Das Blutbad von Zloczow 1941.



Auch bei den in der Ausstellung der Wehrmacht vorgeworfenen Massenmorden in Lemberg und Tarnopol handele es sich einwandfrei um Kriegsverbrechen der So-

[2] Interview mit Bogdan MUSIAL, in: *Welt am Sonntag,* 24. 10. 1999, S. 12.

[3] Bogdan MUSIAL, »Bilder einer Ausstellung«, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschic* 4, 1999, S. 563-591; Krisztian UNGVARY, »Echte Bilder - problematische Aussagen«, in: *Geschichtein Wissenschaft und Unterricht,* Nr. 10, 1999, S. 584-595.

[4] Dieter SCHMIDT-NEUHAUS, »Die Tarnopol-Stellwand der Wanderausstellung 'Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941-1944««, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,* Nr. 10, 1999, S. 596-603.

wjets, die ihre politischen Gefangenen kurz vor der jeweiligen Ankunft der Deutschen zu Tausenden ermordeten, nachdem der jüdische NKWD-Chef Lawrentij BERIJA am 24. Juni 1941 angesichts des schnellen Vorrückens der deutschen Truppen den Geheimbefehl erteilt hatte, alle »konterrevolutionären Elemente« unter den Häftlingen umzubringen. »Dies bedeutete das Todesurteil für mehrere zehntausend Menschen«, schreibt MUSIAL dazu. Ausführlich ging der polnische Historiker auf die vielen NKWD-Massenmorde vom Juni 1941 in einem besonderen Artikel ein.[5]



Eines der vier Fotos zum Tarnopol-Komplex (Ausstellungskatalog, S. 69). Es ist seit den vierziger Jahren gerichtsbekannt, daß die Wehrmacht an den Tarnopol-Morden vom 2. Juli 1941 nicht beteiligt war. Die abgebildeten Uniformierten sind zwar deutsche Soldaten, sie kamen aber zu spät, um den Massenmord an den ukrainischen Gefangenen zu verhindern, konnten nur noch anschließende Racheakte der Einheimischen an Juden unterdrücken.

Die geschichtliche Wahrheit war hier also von den Ausstellern genau auf den Kopf gestellt worden: Die deutsche Wehrmacht war nicht nur nicht der Täter, sondern hat in vielen Fällen durch ihren Vorstoß und sofortiges Handeln das Morden des sowjetischen NKWD beendet.

Weitere zwei Dutzend ausgestellter Fotos seien mit großer Wahrscheinlichkeit ebenso Zeugnisse sowjetischer Massaker an Regimegegnern, und die dargestellten Verbrechen würden fälschlicherweise deutschen Soldaten unterstellt. Dazu komme, daß etwa die Hälfte der Bilder der Ausstellung Handlungen zeige, »die nichts mit Kriegsverbrechen zu tun haben«.

Ferner seien gerade die nun als »falsch zugeordnet« erwiesenen - nämlich fälschlicherweise den Deutschen angelasteten - Bilder von den Verfassern des Katalogs »einer rhetorisch eindrucksvollen psychoanalytischen Deutung unterzogen, um die Motive für die Entstehung dieser Fotographien (deutsche Soldaten vor ihren erschossenen Opfern) herauszuarbeiten. Die Autoren unterstellten den Fotographen dabei Motive wie »Steigerung der sadistischen Schaulust«, »Materialisierung des eigenen Körperhasses«, »Sexualität«, »zerstörerische Fleischlichkeit««. Die ganze für die Jünger der »Frankfurter Schule« bezeichnende abstruse psychoanalytische Deutung erweist sich also schon deswegen als unsinnig, weil sie von falsch zugeordneten Bildern ausgeht. Leider haben diese Deutungen jahrelang auf junge Hirne gewirkt und viele »sozialethisch verwirrt«.

Der ebenfalls noch junge ungarische Historiker Krisztian UNGVARY, hervorgetreten durch sein Werk *Die Schlacht um Budapest* 1944/45 (Herbig Verlag,

[5] Bogdan MustAL, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 30. 10. 1999,







Ausstellungsfotos, die wahrlich keine Kriegsverbrechen dokumentieren.

München 1999), hat fast zeitgleich mit MUSIAL schwere Vorwürfe gegen die HEERsche Ausstellung erhoben. In der Verbandszeitschrift der deutschen Geschichtslehrer[6] hat er die Bilder des Ausstellungskatalogs einer statistischen Analyse unterworfen und ist dabei zu vernichtenden Ergebnissen für die Aussteller gelangt. Als Folgerung daraus zieh er die Ausstellungsmacher schwerer wissenschaftlicher Fehler. Sie manipulierten, statt zu informieren. Über die Hälfte der rund 800 Bilder zeigt weder Verbrechen noch Kriegshandlungen. Weitere 63 gäben lediglich Kriegshandlungen ohne Verbrechen wieder, von 185 Fotos kenne man die Täter nicht, 62 Bilder trügen fehlerhafte Bildunterschriften, bei 71 Bildern seien die Täter nachweislich nicht Soldaten der deutschen Wehrmacht.

Nun konnte auch Professor Dr. Horst MÖLLER, Direktor des gerade für dieses Thema zuständigen Münchner »Instituts für Zeitgeschichte<, der bisher wie andere Deutsche auch verschwiegen worden war, in der Presse erscheinen. Für ihn war jetzt klar, »daß es den Ausstellungsmachern um Herrn HEER nicht um die Wahrheit, sondern einzig darum geht, eine These zu beweisen, die als solche keine wissenschaftliche ist.., Es ist eine politische Aussage«. Die Ausstellung habe »gravierende Mängel, .. Der historisch-wissenschaftliche Umgang mit den Bildern ist schlampig... Die Ausstellung steckt voller Fehler und Suggestionen. .. Wir können es uns aber nicht leisten, Geschichtsklitterungen zu exportieren, zumal jenseits der Grenzen gelegentlich größere Aufnahmebereitschaft für solche Negativklischees besteht«.[7]

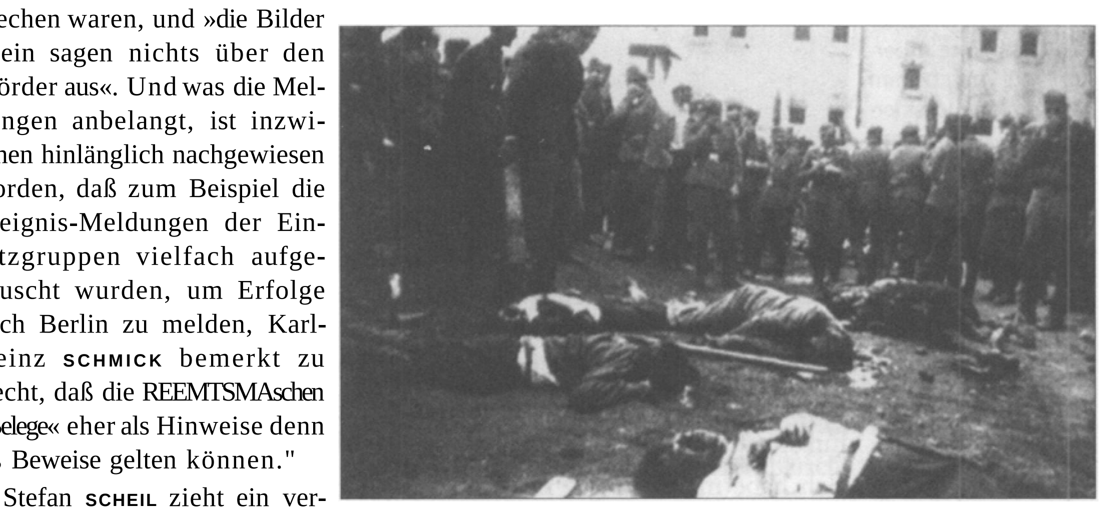
Gefragt, warum »weite Teile der politischen Klasse in Deutschland so positiv auf die Ausstellung reagierten«, antwortete MUSIAL: »Ich habe den Eindruck, daß die Deutschen Schwierigkeiten haben, an gewisse Wirklichkeiten heranzugehen. Es herrscht ein Betroffenheitsklima, und dies ist eben günstig für Leute wie Hannes HEER und Daniel GOLDHAGEN. Man wagt nicht so recht, deren Thesen nach wissenschaftlichen Kriterien zu hinterfragen. Wer sich, wie ich es versuche, ohne Vorbehalte an die Dinge heranwagt, läuft Gefahr, als Revisionist abgestempelt zu werden.«[8]

[6] Siehe Anm. 3.
[7] Interview mit Horst MÖLLER, in: *Focus,* Nr. 43,1999, S. 44 ff.
[6] Bogdan MUSIAL, in: *Welt am Sonntag,* 24. 10. 1999, S. 12.

Eine gründliche Auseinandersetzung mit der überarbeiteten Version der Ausstellung hat der Historiker Stefan SCHEU vorgelegt.[9] Aus jener rund 1500 Bilder umfassenden Fotoschau ist eine - nach Meinung der Veranstalter - »fundierte« Leseausstellung geworden: Rund 98 Prozent der Fotos der ersten Auflage tauchen nicht mehr auf, und die gezeigte Bildmenge ist auf etwa ein Viertel reduziert worden. »Text«, meint REEMTSMA, »ist das Mittel der Differenzierung.« Der zweite Aufguß zeigt auf rund 1000 Quadratmetern - der doppelten Fläche - eine endlose Abfolge von Befehlen, Berichten und Meldungen.

[9] Stefan SCHEIL, *Legenden, Gerüchte, Fehlurteile. Ein Kommentar Zur 2. Auflage der Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung,* Ares, Graz 2003.

Der Spiegel hat gleich das Problematische der neuen Ausstellung erkannt:[10] Sie zeigt angebliche Greueltaten der Wehrmacht, die damals keine Kriegsverbrechen waren, und »die Bilder allein sagen nichts über den Mörder aus«. Und was die Meldungen anbelangt, ist inzwischen hinlänglich nachgewiesen worden, daß zum Beispiel die Ereignis-Meldungen der Einsatzgruppen vielfach aufgebauscht wurden, um Erfolge nach Berlin zu melden, Karl-Heinz SCHMICK bemerkt zu Recht, daß die REEMTSMAschen »Belege« eher als Hinweise denn als Beweise gelten können."



Das Massaker von Tarnopol - verübt von der einheimischen Bevölkerung.

Stefan SCHEIL zieht ein vernichtendes Fazit:[12] »Die Neuauflage der Wehrmachtausstellung des Hamburger Instituts für Sozialforschung versucht erneut, ein pauschales Urteil über die deutsche Armee des Zweiten Weltkrieges zu fällen und publikumswirksam zu vermitteln. Sie ist dabei ebenso wie die Vorgängerausstellung bewußt darauf ausgerichtet, ein breites und insbesondere ein junges Publikum zu erreichen. Dies geschieht nicht mit der gebotenen Verantwortung gegenüber diesen historischen Laien, da das Material weiterhin einseitig ausgewählt ist, zahlreiche Detailfehler und umstrittene Fachurteile enthält, polemisiert und in sehr vielen Fällen von der Sache her überhaupt nicht geeignet ist, die These der Ausstellung zu stützen. Häufig widerspricht sogar das in der Ausstellung präsentierte Dokumentenmaterial den vorher formulierten Kommentaren des Ausstellungstextes. Statt einer argumentativen Auseinandersetzung sollen bei Besuchern Assoziationen geweckt und Stimmungen erzeugt werden. .. Die Ausstellung liegt in zentralen Aussagen falsch. Sie produziert genau jene »riskanten Deutungen der Vergangenheit«, die mit ihrer Präsentation vorgeblich vermieden werden sollen.«

[10] *Der Spiegel,* Nr. 48, 2001.

[11] Karl-Heinz SCHMICK, *Alter Wein in neuen Schläuchen?,* Ludwigsfelde 2002, S. 212.

[12] SCHEIL, aaO. (Anra. 9), S. 157 u. 159.

In der ersten Auflage der Ausstellung wurde mit den >Fotobeweisen< ungewöhnlicher Schindluder getrieben. Ist die mancherorts gelobte gereinigte Zweitschau etwa seriös? Das nebenstehende Foto, das als eines der wenigen die erste Reemtsma-Ausstellung »überlebt! hat, bekam eine neue Überschrift: »Partisanen, die während der Kämpfe um Kraljevo getötet wurden«. ..



⇨ Professor Dr. Rosario ROMEO, Historiker der Universität Rom, Mitglied des Europarats, am 10. April 1986 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung.*

»Ich habe mit einer gewissen Verwunderung festgestellt, daß man sich in Deutschland immer noch ernsthaft die Frage nach der Rolle der Wehrmacht in der deutschen Militärgeschichte und damit nach ihren Beziehungen zur Bundeswehr stellt. Da ich mich mein ganzes Leben lang mit der Geschichte beschäftigt habe, kann ich behaupten (und jeder, der die Fakten kennt, wird mir zustimmen), daß die Wehrmacht während des Zweiten Weltkrieges Dinge vollbracht hat, die zu den außergewöhnlichsten der Militärgeschichte der Welt gehören. Die Invasion Frankreichs im Jahre 1940, die Schlachten um Kiew, Briansk, Krim und so weiter waren militärische Unternehmen, denen wenige Armeen gleiches gegenüberstellen können...

Die Kriegsverbrechen waren nicht das Monopol der deutschen Armee. Die großflächigen Terrorangriffe gegen die deutschen Städte, bei denen nicht zwischen zivilen und militärischen Zielen unterschieden wurde, waren von der britischen Royal Air Force bereits Jahre vor dem Kriege geplant und vorbereitet worden.

Die deutschen Soldaten können sich, ohne zu zögern, am Beispiel ihrer Väter orientieren, die tapfere Soldaten waren...«

Falsche Behauptungen über Auschwitz 1995

In den Konzentrationslagern des Ostens kamen während des Zweiten Weltkrieges erschreckend viele Menschen um. Kein Vernünftiger wird diese Opfer nicht bedauern, die damaligen Zustände dort nicht beklagen und vorliegendes Verschulden nicht verurteilen. Es dient aber weder der Würde dieser Opfer noch der historischen Wahrheit, wenn auch nach Jahrzehnten und vielen Richtigstellungen immer wieder zu durchsichtiger Indoktrinierung offensichtliche Greuelmärchen über diese Vorgänge in der Öffentlichkeit berichtet werden, wie insbesondere zu den 50. und 60. Jahrestagen der Befreiung der einzelnen Lager in den ersten Monaten der Jahre 1995 und 2005.

Ein solches nicht zu billigendes Beispiel brachte die *Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide*[1] zum 50. Jahrestag der Einnahme des Lagers Auschwitz durch sowjetische Truppen. Es heißt in dem Bericht unter anderem: »Aus Richtung Kattowitz war der rötliche Widerschein der Krematorien noch 20 Kilometer weiter zu sehen, wenn die Ermordeten verbrannt wurden. Offene Feuer loderten in riesigen Gruben, wenn die Kapazität der Verbrennungsöfen von etwas über 4400 Leichen pro Tag nicht ausreichte. Das menschliche Fett wurde am Boden dieser Gruben mit Eimern abgeschöpft und in das Feuer zurückgegossen, um die Verbrennung zu beschleunigen. Manchmal wurden Kinder in dieses Inferno geworfen.«

[1] Joachim ZIESSLER, »Die letzten Tage des Vernichtungslagers«, in: *Allgemeine Zeitung der Lüneburger Heide*, 27. 1. 1995, S. 2.

Jeder nur einigermaßen naturwissenschaftlich Gebildete wird leicht die mit den allgemeinen Naturgesetzen nicht zu vereinbarenden Aussagen in diesen Behauptungen erkennen, wie sie leider auch in vielen anderen Berichten vorkommen:

1. Krematorien haben keinen »rötlichen Widerschein«. Es lodern keine Flammen aus den Schornsteinen von Verbrennungsanlagen. Die in der Literatur solches behauptenden Zeugen erinnern sich falsch oder berichten die Unwahrheit. Jeder Krematoriumsfachmann wird dieses bestätigen,

2. In »offenen Gruben« können keine Menschen verbrannt werden, schon gar nicht in größerer Anzahl, Einmal ist in einer Vertiefung im Boden die Luftzufuhr zu gering; zum anderen müßte dauernd Brennmaterial unten nachgeführt werden, was bei »riesigen Gruben« technisch nicht möglich wäre. Denn Leichen brennen nicht ohne erhebliche Mengen an Brennstoff.

3. Die Kapazität der Verbrennungsöfen in Auschwitz war bei weitem nicht 4400 Leichen pro Tag, sondern nach ernsthaften Forschungen lag sie bei etwa 1000.

4. Daß menschliches Fett in den Gruben, in denen offene Feuer brennen, sich unten sammelt und abgeschöpft werden kann, ist technisch unmöglich, wie jeder bei einem Grill feststellen kann. Fett kann sich nur sammeln, wenn

es - etwa in einer Pfanne oder einem Eisentrog - von den Flammen entfernt gehalten wird. Kommt Fett, das sich bekanntlich schon bei 184 C° entzündet, mit Flammen in Berührung, so verbrennt es sofort.

5. Wenn das Fett nicht gesammelt werden kann, kann es auch nicht >in das Feuer zurückgegossen werden<.

6. Daß »Kinder in dieses Inferno geworfen wurden«, ist mit großer Wahrscheinlichkeit der Phantasie entsprungen und hat keinen Bezug zur Wirklichkeit. So wurde das Kind Anne FRANK bei längerem Aufenthalt im KL Auschwitz nicht ermordet, sondern von dort nach Bergen-Belsen transportiert.

Die »Qualität« des genannten Berichtes wird auch dadurch dokumentiert, daß dabei ein Foto mit Häftlingen in mehrstufigen Betten abgebildet wird und es in der Legende heißt: »Dieses Foto wurde eine Woche nach der Befreiung von Auschwitz von einem sowjetischen Fotographen aufgenommen. Einer der völlig ausgezehrten Häftlinge war Elie WIESEL, der heutige Nobelpreisträger (mittlere Reihe, links von dem Pfosten). Foto A/dpa«.

Auch das ist falsch, denn Ehe WIESEL hat selbst in seinem Bericht über Auschwitz erklärt,[2] daß er nach reiflicher Überlegung mit seinem Vater es vorgezogen habe, mit den vor den Sowjets 1945 abziehenden Deutschen, den »brutalen Nazis«, Auschwitz zu verlassen und sich nicht den sowjetischen »Befreiern« anzuvertrauen. So konnte er in Deutschland überleben, was vielen Häftlingen von Auschwitz, die die Rote Armee als »Befreier« abgewartet hatten, nicht gelang.

[2] Elie WIESEL, *Die Nacht,* Gütersloher Verlagshaus Mohn, Gütersloh 1980, S. 108; siehe: Beitrag Nr. 261, »Elie Wiesel - »ein unredlicher Kronzeuge««.

⇨ »So nannten die alliierten Sieger Vernichtungslager, von denen es in Deutschland kein einziges gegeben hat. Oder es wurden jahrelang im KZ Dachau den Besuchern Gaskammern gezeigt, in denen die SS angeblich bis zu fünfundzwanzigtausend Juden täglich umgebracht haben soll, obschon es sich bei diesen Räumen um Attrappen handelte, zu deren Bau das amerikanische Militär nach der Kapitulation inhaftierte SS-Angehörige gezwungen hatte.

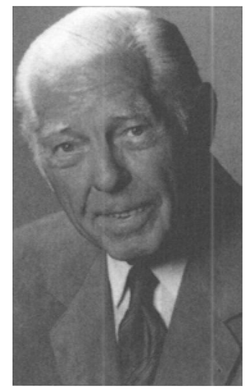
Ähnlich verhielt es sich mit dem berüchtigten KZ Bergen-Belsen, in dem fünfzigtausend Häftlinge ermordet worden seien. In Wirklichkeit starben in der Zeit, in der das Lager existierte, von 1943 bis 1945, rund siebentausend Insassen, und zwar vorwiegend in den letzten Monaten des Krieges aufgrund von Seuchen und Unterernährung, da im Zuge des Bombenkrieges die medikamentöse Versorgung und Verpflegung zusammengebrochen war. Der britische Kommandant, der nach der Kapitulation das Lager übernahm, stellte fest, daß in Bergen-Belsen Verbrechen großen Ausmaßes nicht vorgekommen waren.«

Hellmut DIWALD, *Geschichte der Deutschen,* Propyläen, Berlin-Frankfurt/M. 1978, S. 164.

Fernsehen erfindet Vergasungen in Neuengamme

Das Zweite Deutsche Fernsehen *(ZDF),* das schon oft falsche Darstellungen zur Zeitgeschichte brachte, strahlte am 16. November 1988[1] einen Film über das frühere Konzentrationslager Neuengamme[2] bei Hamburg aus.[3] Man ließ ohne Richtigstellung einen ehemaligen Häftling berichten:[4] »Man habe 6-8 m lange Rohre durch das Dach des Bunkers geschoben, sie mit Ventilatoren und Heizspiralen versehen und hierdurch das tödliche Zyklon B in den Innenraum gedrückt. Das Ganze habe ein SS-Oberscharführer bewerkstelligt. Nach dem Massenmord habe man die Bunkertür geöffnet, so daß alle auf dem Appellplatz Versammelten die verkrampften, ineinander verknäulten Leichen bis weit über die Türhöhe haben liegen sehen können. Und solches habe sich regelmäßig ereignet.« Eine Zahl von über 65000 Ermordeten wurde genannt.

Das ist eine offenkundige Unwahrheit, denn nie gab es in Neuengamme eine Gaskammer für Massenvernichtung von Menschen. Spätestens seit Prof. Dr. Martin BROSZAT vom Institut für Zeitgeschichte in München 1960 erklärte, daß es auf dem Boden des Deutschen Reiches keine solchen benutzten Gaskammern gegeben habe, dürfte die Wahrheit bekannt gewesen sein. Nicht aber für das *ZDF,* das die alten Umerziehungsbehauptungen ungestraft und ohne Berichtigung weiterverbreitet.



Fritz HIPPIER. Im Jahre 1995 erschien sein Buch *Korrekturen,* VGB, Berg,

Fritz HIPPLER, im Dritten Reich als Reichsfilmintendant führender Mann in der deutschen Filmbranche, saß von Mai 1945 bis Oktober 1946 in Neuengamme im alliierten Gefangenenlager, eben diesem früheren NS-Konzentrationslager. Er wagte es, diese »Schauermärchen« und »derartige Lügen< richtigzustellen.[5]

»Zur Stellungnahme fühlte ich mich insofern legitimiert, als ich seit dem Zusammenbruch im Lager Neuengamme Lagerdolmetscher und danach Kompanieführer gewesen bin, bis ich im Oktober 1946 strafweise nach Staumühle transferiert wurde.«[6]

[1] Termin telefonisch vom ZDF genannt.

[2] Titel »Neuengamme, ein Ort in den Vierlanden«.

[3] Das dem Verfasser zugesagte Manuskript der ZOT'-Sendung kam allerdings nicht an. Die Sendung wurde im Ersten Programm der *ARD* später wiederholt.

[4] Fritz HIPPLER, »Fernsehen - nah besehen«, in: *Deutsche Monatshefte,* 40. Jg., Nr. 3, März 1989, S.31.

[5] Ebenda, etwas gekürzt auch in: Fritz HIPPLER, *Die Verstrickung. Einstellungen und Rückblenden,* Mehr Wissen, Düsseldorf o. J., (ca. 1981), S. 264.

[6] In HIPPLERS Brief an den Verfasser vom 23. 12. 1995.

Er schreibt: »Als solcher (Lagerdolmetscher für den englischen Commander und die französisch sprechenden belgischen Wachsoldaten, H. W.) hatte ich unter anderem Umgang mit einigen ehemaligen KZ-Häftlingen, die noch auf Monate als Lagerfouriere tätig geblieben waren, sowie mit Pastor BESCH, dem Ortspfarrer von Neuengamme. Ich hatte immer zu dolmetschen, wenn der Commander auswärtige Gäste in »seinem Lager< herumführte. Höhepunkt dieser wöchentlich mindestens einmal stattfindenden Führungen war jeweils das Ersteigen eines gewaltigen Haufens alter Schuhe, Taschen und sonstigen Lederzeugs, über den hin der Commander mit bewegter Stimme erklärte, es handele sich hier um letzte Habseligkeiten der hier ermordeten Häftlinge. Als ich meinen KZ-Fourieren hiervon erzählte, kringelten sie sich vor Lachen, und die alteingesessene Hamburger »Haute Volee<, die mit mir einsaß und alle Zusammenhänge kannte, schüttelte den Kopf. Sie alle wußten, daß hier nichts anderes zusammengehäuft lag als das Ergebnis mehrjähriger Altledersammlungen der NS-Volkswohlfahrt. Auch Pastor BESCH lächelte, er wußte viel, aber nichts von Massenmorden,.. Meine KZ-Fouriere hauen so etwas (Vergasungen, Ermordete, wie im Film berichtet) nie gesehen.«

»»Wäre es nicht so ernst, man könnte über das ganze nur lachen«, meint abschließend Fritz HIPPLER. Viele Zuschauer werden dem *ZDF*-Film und seinen Deutschland belastenden Unwahrheiten leider geglaubt haben.

Geschichtsfälschungen der Bundesprüfstelle

In ihrem Beschluß Nr. 3036 der 274. Sitzung vom 5. März 1981 traf die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften (BPS) in Bonn eine Reihe von Feststellungen wie: Zwischen 1936 und 1939 habe es auch eine »Artillerie-HJ, Panzer-HJ, Infanterie-HJ usw.« gegeben, die »in diesen verschiedenen Waffengattungen mindestens zweimal im Monat Spezialausbildung erhielt«, bis hin zu »gemeinsamen Übungen mit der Wehrmacht und der Waffen-SS«.[1]

Das sind Lügen. Nie gab es die genannten HJ-Einheiten, und die Waffen-SS bestand überhaupt erst seit 1940. Die HJ trieb nichtmilitärische Wehrertüchtigung und konnte sich mit Erfolg dem Einfluß der Militärs, vor allem ROMMELS, entziehen.[2]

Im selben Beschluß bringt die BPS ein aus dem Zusammenhang gerissenes Zitat von Generalfeldmarschall VON RUNDSTEDT über den Einsatz bei Caen der 12. SS-Panzerdivision »Hitlerjugend« wie folgt »Es ist eine Schande, wie diese blindlings ergebene Jugend einer so aussichtslosen Sache geopfert wird.« Dieser Satz muß, für sich allein gelesen, den Eindruck scharfer Mißbilligung des betreffenden Einsatzes der Division »Hitlerjugend« und eines sinnlosen Verheizens der jungen Männer erzeugen.

Richtig ist jedoch, daß diese Bemerkung RUNDSTEDTS nicht als Kritik des von ihm selbst befohlenen Einsatzes der HJ-Division bei Caen fiel, sondern daß VON RUNDSTEDT anläßlich des Eintreffens von SS-Oberführer (Oberst) Kurt MEYER (genannt >Panzermeyer«) beim Kommandierenden General SS-Oberstgruppenführer (Generaloberst) Sepp DIETRICH des 1. SS-Panzer-Korps seine Bewunderung für die einmalige Haltung der Truppe ausdrückte und erklärte: »Ihre Soldaten besitzen die Begeisterung der jungen Regimenter von Langemarck, sind ihnen jedoch an Ausbildung weit überlegen und werden vor allen Dingen von fronterfahrenen Offizieren und Unteroffizieren geführt. Es ist ein Jammer, daß diese gläubige Jugend in aussichtsloser Lage geopfert wird.« Das gibt offensichtlich einen ganz anderen Sinn, als ihn die BPS zu erzeugen versucht.

Im selben Beschluß zitiert die BPS den britischen Feldmarschall MONTGOMERY fälschlicherweise wie folgt über die 12. SS-Panzerdivision »Hitlerjugend«: »Eine üble Rotte von Bastarden, aber Soldaten sind sie. Dagegen sind wir die reinsten Amateure.« Nicht jedoch MONTGOMERY, sondern ein britischer Mannschaftsdienstgrad hat solches gesagt: »Die einzigen, die in diesem Krieg wirklich Auszeichnungen verdienen«, sagte der Rifleman, »sind diese Burschen von der SS. Jeder einzelne von ihnen verdient, mit dem Victoria-Kreuz ausgezeichnet zu werden. Sie sind zwar eine üble Rotte Bastards, aber Soldaten sind sie. Dagegen sind wir die reinsten Amateure.«[1]

[1] Weitere Einzelheiten zu dem Beschluß: *Askania Annual,* Lindhorst 1982, Nr. 1, S. 3.

[1] Herbert TAEGE, *. . . über die Zeiten fort,* Askania, Lind hörst 1978, S. 86 f.

Das klingt ganz anders und wiederum entgegengesetzt zu dem, was die BPS daraus machen wollte.

Es ist ebenso für die bundesamtliche Bundesprüfstelle und ihre Geisteshaltung kennzeichnend, daß sie noch wenige Jahre, bevor selbst die Sowjets zugeben mußten, für den Mord an den rund 4500 polnischen Offizieren in Katyn verantwortlich zu sein, die kommunistische These von der deutschen Schuld an Katyn propagierte und die geschichtliche Wahrheit als »GOEEBELS-These< abzuwerten versuchte. Der vom Vorsitzenden der Bundesprüfstelle, Rudolf STEFEN, damals noch herausgegebene *UPS-Report* (3. Jahrgang, Nr. 2 vom 30. 4. 1980) zitierte kommentarlos die kommunistische *Tat* (Nr. 9 vom 29. 2. 1980) mit ihrer Kritik an der »GoEBBELS-These, daß das Massaker an polnischen Offizieren im Wald von Katyn von sowjetischen Truppen begangen worden sei«.[3] Die BPS trug mit dieser Verbreitung der Sowjet-Lüge zu Lasten Deutschlands wirklich zur >sozial-ethischen Verwirrung der Jugend« bei, wovor diese zu bewahren eigentlich ihre Aufgabe sein sollte. Daß die BPS inzwischen eine Richtigstellung vornahm, wurde nicht bekannt.

Bezeichnend für die Haltung der BPS ist nun folgendes: Als ihr Vorsitzender STEFEN (am 6. 2. 1991) angeschrieben wurde, ob das oben genannte Zitat aus dem *BPS-Report* vom 30. 4. 1980 stimme, ob er davon eine Kopie senden könne und ob der *BPS-Report* später noch auf Katyn eingegangen sei, erwiderte STEFEN (15. 2. 1991), daß die Antwort sich wegen Arbeitsüberlastung verzögere, und fragte an, »wofür Sie die Auskunft benötigen«. Auf die Mitteilung (vom 4.3.1991), daß man »als interessierter Zeitgenosse« die Frage stellte, da man bezüglich Katyns »kaum glauben kann, daß Sie noch 1980 an eine deutsche Schuld glauben konnten und diese nach außen vertraten«, antwortete Herr STEFEN (26. 4. 1991), daß man seine Frage nicht beantwortet habe, »wofür Sie die Auskunft benötigen«. Im übrigen »sei der Fall durch die neuerlichen Eingeständnisse der sowjetischen Administration restlich aufgeklärt«. Als der Auskunftsuchende (27, 4. 1991) darauf hinwies, daß er Herrn STEFENS - eigentlich unzulässige - Frage durchaus beantwortet habe und die drei Fragen zur Sache aus dem ersten Schreiben wiederholte, antwortete Herr STEFENS (11.6. 1991):" »In dem Artikel aus dem Jahre 1980 wurde die Auffassung vertreten, die Russen seien für die Morde an den vielen polnischen Offizieren verantwortlich. Damit ist die Angelegenheit für mich erledigt.«

Damit hat der Vorsitzende der BPS die mehrmalig vorgetragene Bitte eines interessierten Bundesbürgers auf Auskunft über einen Vorgang seines Amtes nicht nur nicht erfüllt, hat nicht nur keine Kopie gesandt, sondern hat nach mehrmaliger Verzögerung den Auskunftsuchenden - wohl bewußt - belogen. Denn in dem betreffenden Artikel der BPS wird ja dem Leser gerade suggeriert, die Russen seien nicht die Schuldigen - also die Deutschen. So wird von amtlichen Stellen immer noch die Geschichte verbogen und die Aufklärung verhindert.

[1] Dieser Vorgang wurde auch im *Schlesier* vom 19. 6. 1989 in einem Leserbrief von Hans WAHLS (Köln) und in *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, 37. Jg., 3/1989, S. 43, angeprangert, ohne daß die BPS darauf reagierte. Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit, daraufhin von Herrn WAHLS angeschrieben, antwortete ablehnend und nichtssagend.

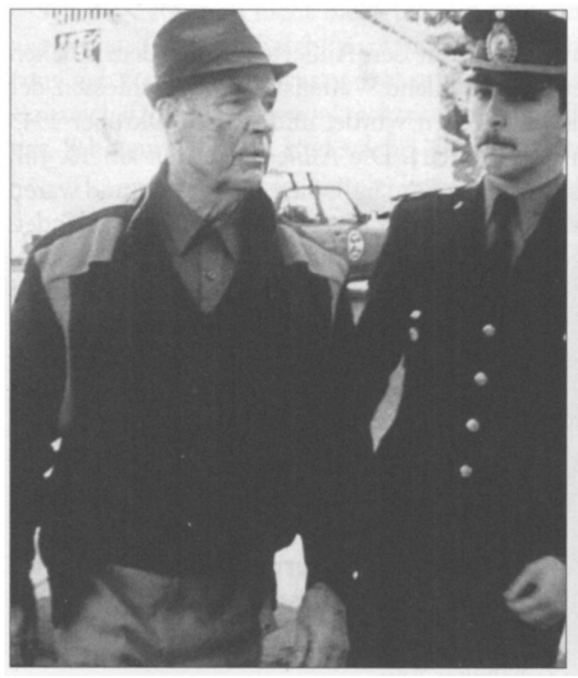
[4] Kopie des vollständigen Briefwechsels liegt beim Verfasser.

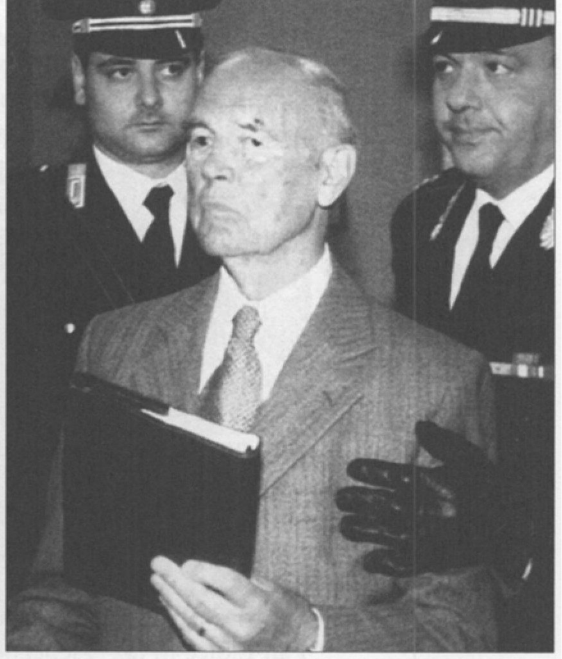
Der Fall Erich Priebke

Wegen der Teilnahme an einer ihm befohlenen Geiselerschießung in Rom im Jahre 1944 wurde dem 83jährigen früheren Polizeibeamten und Kriminalkommissar der deutschen Sicherheitspolizei (Hauptsturmführer) Erich PRIEBKE nach Auslieferung von Argentinien am 20. November 1995 und längerer Untersuchungshaft vom 8. Mai (!) 1996 an vor einem italienischen Militärgericht der Prozeß gemacht. Am 1. August 1996 erfolgte ein Freispruch. Dennoch wurde der Freigesprochene auf Anordnung des italienischen Justizministers noch in derselben Nacht wieder verhaftet und in das römische Stadtgefängnis Regina Coeli gebracht, was später vom italienischen Verfassungsgericht als rechtswidrig bezeichnet wurde. Am 15. Oktober 1996 erklärte das Revisionsgericht den ersten Prozeß für nichtig und bestimmte nunmehr ein Zivilgericht. Dieses lehnte einen Prozeß gegen PRIEBKE ab. Daraufhin bestimmte das Revisionsgericht am 10. Februar 1997 wieder ein Militärgericht.

Unter erheblichem Druck der Öffentlichkeit fällte dieses am 22. Juli 1997 nach einem neuen Prozeß ein Urteil mit 15 Jahren Haft mit Haftverschonung wegen des hohen Alters. Nach einer weiteren Hetzkampagne wegen des angeblich zu milden Urteils wurde PRIEBKE in einem dritten, am 27. Januar 1998 begonnenen Berufungsverfahren am 7. März 1998[1] zu lebenslanger

[1] *Stuttgarter Nachrichten,* 9. 3. 1998; *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 3.' 1998. Zu juristischer Beurteilung siehe: Günter BERTRAM, *Neue juristische Wochenschrift,* 1957, S. 174, u. Nikolaus KUNKEL, *Neue juristische Wochenschrift,* Nr. 26, 1957, S. XVIII f.





Erich PRIEBKE bei seiner Festnahme am 11. Mai 1994 in Argentinien *(links);* beim Prozeß 1996 in Rom *(rechts).*

Haft verurteilt. Dasselbe Urteil erging gegen den 86jährigen mitangeklagten früheren Hauptsturmführer Karl HASS, der als Zeuge zu dem Prozeß geladen worden war, dann aber, weil er für PRIEBKE aussagte, von der Zeugenbank weg verhaftet (ein Skandal!) und verurteilt wurde. Das oberste italienische Berufungsgericht, die erste Kammer der »Corte di Cassazione<, hat im Herbst 1998 den Revisionsantrag der Verteidigung abgelehnt und die Urteile bestätigt,[2] obwohl der oberste italienische Militär-Generalstaatsanwalt, GARINO, einen neuen Prozeß und damit die Aufhebung der lebenslänglichen Haft gefordert hatte, weil nach dem Militärstrafgesetz mildernde Umstände zu berücksichtigen seien, da beide Angeklagte auf Befehl gehandelt hätten. Am 18. Juli 2000 lehnte der Verfassungsgerichtshof den Antrag auf Amnestie ab. Im Februar 1999 wurde dem Gefangenen Hausarrest bewilligt. Seitdem wird PRIEBKE, der am 29. Juli 2003 neunzig Jahre alt geworden ist, in Rom gefangengehalten. Auch ein Gnadengesuch an den italienischen Staatspräsidenten wie ein Antrag an den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte vom Mai 1999 hatten bisher keinen Erfolg.

[2] *frankfurter Allgemeine Zeitung,* **18. 11. 1998.**

Die sich über mehrere Jahre hinziehenden Verfahren waren von einer außergewöhnlich umfangreichen und sehr einseitigen, die Tatsachen oft verfälschenden Berichterstattung in den deutschen Medien, die ganz im Zeichen einer neuen Welle der Umerziehung stand, begleitet. Deshalb ist eine Richtigstellung erforderlich.

Die Tatsachen

Italien hatte am 3. September 1943 mit den Alliierten hinter dem Rücken seines bisherigen Verbündeten Deutschland Waffenstillstand geschlossen, der am 8. September 1943 bekanntgegeben wurde, und am 13. Oktober 1943 dem Deutschen Reich den Krieg erklärt. Die Alliierten waren am 10. Juli 1943 auf Sizilien gelandet, hatten nach Festlanditalien übergesetzt und waren am 22. Januar 1944 auch bei Anzio und Nettuno südlich von Rom gelandet. Italienische Partisanen gingen mit äußerst brutalen und grausamen Maßnahmen gegen deutsche Soldaten vor. Die Deutschen hatten Rom trotz dessen großer strategischer Bedeutung zur »offenen Stadt« erklärt, es also aus der Verteidigungslinie ausgespart, um die unersetzbaren Kunstschätze der Stadt nicht zu gefährden, die dann dennoch mehrfach alliierten Bombardements ausgesetzt war. In Rom befanden sich keine deutschen Kampftruppen, sondern nur Verwaltungsstellen, Lazarette und eine schwache Polizeitruppe unter Obersturmbannführer (Oberstleutnant) Herbert KAPPLER, die Aufstände und Bürgerkriege im »Hexenkessel« Rom verhindern sollte. Den italienischen Kommunisten unter dem aus Moskau zurückgekehrten TOGHATTI gefiel die deutsche Zurückhaltung nicht, sie wollten Repressalien provozieren, ähnlich wie es bei der Ermordung HEYDRICHS und dem dadurch verursachten Fall Lidice in der Tschechei geschehen war.

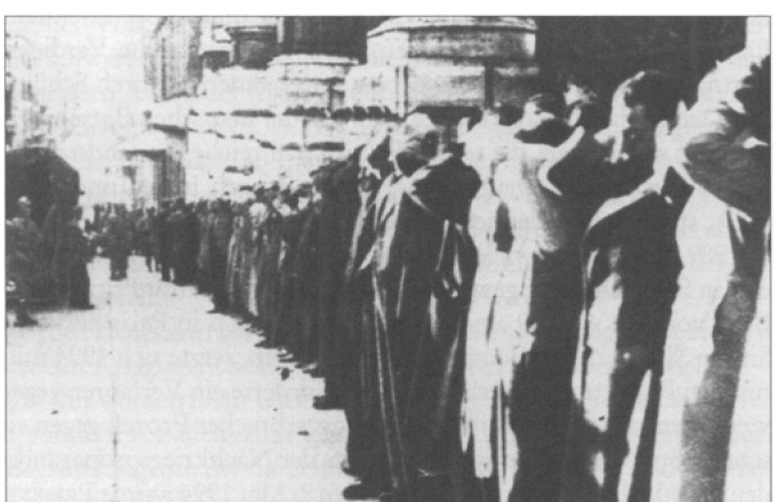
Als am 23. März 1944 wie täglich eine Einheit des Polizeiregiments >Bozen«, zum Polizeidienst gezogene ältere Südtiroler Familienväter, durch die Via Rasella in Rom marschierte, wurde von dem Kommunisten BENTIVEGNA neben ihnen heimtückisch ein Sprengsatz gezündet: 32 der Polizisten und acht (oder zehn) anwesende italienische Zivilisten, darunter ein Kind, waren sofort tot, viele schwerverwundet; in den folgenden Tagen erlagen noch zehn Polizisten ihren Verletzungen. Insgesamt gab es also allein 42 deutsche Todesopfer.

Der deutsche Stadtkommandant, General der Luftwaffe MÄLZER, wollte in erster berechtigter Erregung über den grausamen Anschlag beim Anblick der vielen Opfer 1000 Geiseln erschießen lassen, wurde aber vom Polizeichef KAPPLER dahingehend beruhigt, daß man einen Befehl von oben einhole. Nach geltendem Kriegsrecht wurde von dort die sofortige Erschießung von je zehn Geiseln für einen getöteten Polizisten befohlen, nachdem zuerst eine höhere Erschießungsquote angeordnet gewesen war. Gefangene Partisanen wurden freigelassen, damit sie die Täter aufsuchten. Doch diese waren zu feige, sich zu melden, blieben im Untergrund verborgen und luden somit erhebliche Schuld am späteren Tod ihrer Landsleute auf sich.

Auch außerhalb Roms hatten italienische Partisanen viele deutsche Soldaten brutal und heimtückisch aus dem Hinterhalt ermordet, in drei Monaten allein 7000 Mann. Dieses Verhalten konnte von Seiten der Deutschen, auch angesichts der nahen Frontlinie südlich von Rom, nicht mehr unbeantwortet bleiben: Eine Abschreckungsmaßnahme war unumgänglich.

Als die Täter sich nicht meldeten, ein weiterer schwerverwundeter Polizist verstarb und der Befehl zur Geiselerschießung, gegen dessen Durchführung sich KAPPLER zunächst gewehrt hatte, nicht zu umgehen war, setzte der Polizeichef vor allem bereits rechtskräftig zum Tode Verurteilte, Raubmörder, Saboteure, Spione, und solche, die ein Todesurteil zu erwarten hatten,





Oben: Erich PRIEBKE als Soldat. *Links:* Razzia in Rom nach dem Anschlag der italienischen Partisanen in der Via Rasella am 23. März 1944.

auf die Liste. Kinderreiche Familienväter strich er von ihr. Um nicht noch mehr Geiseln wegen weiterhin sterbender Polizisten erschießen zu müssen, ließ KAPPLER am 24. März 1944 in den Ardeatinischen Höhlen (Fossa Ardeatine) bei Rom 335 Geiseln erschießen. Eigentlich hätten nach damals geltendem Kriegsrecht insgesamt sogar 420 erschossen werden dürfen. (Alliierte haben 1945 ungestraft Geiselerschießungen an Deutschen - so die Amerikaner bei Paderborn[3] - im Verhältnis bis zu 1:110 vorgenommen, im Harz 1:200 angedroht.[4])

[3] Siehe: Beitrag Nr. 307, »US-Erschießungsquote über 1 zu 100«.

[4] Siehe: Beitrag Nr. 306, »Zur Rechtslage und Praxis von Geiselerschießungen«.

Am 3. Mai 1948 wurde der Prozeß gegen den bei Kriegsende in englische Gefangenschaft geratenen KAPPLER, der eine Flucht abgelehnt hatte, und gegen fünf seiner Untergebenen und an der Geiselerschießung Beteiligte vor einem Militärgericht in Rom in haßerfüllter, von den Kommunisten beherrschter Atmosphäre eröffnet. KAPPLER, der alle Verantwortung auf sich nahm, wurde am 20. Juli 1948 zu lebenslänglicher Festung verurteilt, weil er statt der 330 für die bis dahin verstorbenen 33 Polizisten 335 Geiseln - und damit fünf zuviel und dies angeblich aus eigenem Antrieb - hatte erschießen lassen. Er hatte von der italienischen Polizei 50 Insassen eines Gefängnisses angefordert, jedoch aus nicht mehr aufzuklärenden Gründen waren 55 Geiseln überstellt worden. Die übrigen fünf Angeklagten, darunter drei SS-Offiziere, wurden freigesprochen. Wäre PRIEBKE, der 1947 aus alliierter Gefangenschaft geflohen war, damals unter den Angeklagten gewesen, so wäre ihm ebenfalls ein Freispruch sicher gewesen.

PRIEBKE lebte nach der Flucht aus der Gefangenschaft zunächst mit seiner Familie unangefochten - auch während des KAPPLER-Prozesses 1948 - unter seinem richtigen Namen in Sterzing, Südtirol, seit 1948 mit deutscher Staatsangehörigkeit unter seinem richtigen Namen in Bariloche, Patagonien (Argentinien), war dort als Vorsitzender und einziges Ehrenmitglied des Deutsch-Argentinischen Kulturvereins von Bariloche und als Sprecher der deutschen Landsmannschaft hochangesehen, hatte sich erhebliche Verdienste um die dortige deutsche Kolonie erworben, unter anderem durch Schüleraustausch mit Deutschland, und arbeitete auch mit der deutschen Botschaft in Argentinien gut zusammen, die seinen Paß für zahlreiche Auslandsreisen, unter anderem elfmal nach Deutschland, zweimal nach Italien und achtmal in die USA, stets ohne Bedenken ausstellte.

1989 wurde nach vielen Jahren sein Fall mit einer Denunzierung durch den in Bariloche tätig gewesenen deutschen Studienrat Fritz KÜPER in dessen Brief vom 26. 4. 1989 an Frau Beate CLARSFELD in Paris hervorgeholt. Das Simon WLESENTHAL-Center schaltete sich ein, setzte sich 1994 mit der italienischen Regierung in Verbindung und forderte ein Verfahren gegen PRIEBKE, weil offenbar wieder einmal ein Kriegsverbrecher-Prozeß gegen einen Deutschen nötig war, um politisch im Sinne der Nachkriegspropaganda gegen das deutsche Volk Einfluß zu nehmen. Am 9, Mai 1994 wurde PRIEBKE in Barilo-

che verhaftet und nach erheblichem diplomatischen Gezerre am 20. November 1995 von Argentinien an Italien ausgeliefert.

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß Italien nach Kriegsende keinen einzigen Italiener an andere deswegen ersuchende Staaten wie Griechenland, Albanien, Jugoslawien usw. ausgeliefert hat. Auch für die von britischen Militärgerichten zu hohen Freiheitsstrafen oder, wie im Falle des Hauptmanns GODARTI, zum Tode verurteilten Italiener hat sich die italienische Regierung mit Erfolg eingesetzt.

Feststellungen

1. Nicht die Deutschen haben bei Rom ohne Grund ein »Massaker< veranstaltet, sondern die italienischen Kommunisten haben rücksichtslos ein blutiges Gemetzel an Polizisten verübt und dabei auch eine Reihe von Zivilisten ermordet.

2. Nicht Deutsche haben den Tod von italienischen Frauen und Kindern verursacht, sondern die italienischen Kommunisten haben ihn billigend und menschenverachtend bei diesem Attentat in Rom in Kauf genommen,

3. Der kommunistische Anschlag auf die Polizisten war militärisch völlig sinnlos, war keine Befreiungstat, sondern ein heimtückischer Massenmord, Die Kommunisten stilisierten geschichtsfälschend das Attentat zu einer notwendigen Aktion für die Befreiung Italiens um. Mehrere Beteiligte erhielten deswegen nach Kriegsende sogar italienische Orden - so BENTIVEGNA die Silber-, Carla CAPPONI die Goldmedaille für Tapferkeit. Die Partisanin CAPPONI wurde Parlamentsabgeordnete und bekam ein Staatsbegräbnis.

4. Der grausame Anschlag sollte in teuflischer Weise dazu dienen, die Deutschen zu unvermeidlichen Repressalien gegen die italienische Bevölkerung zu zwingen, war also vor allem gegen die eigene Zivilbevölkerung gerichtet, diente damit der Volksverhetzung und belastete die Zukunft zwischen beiden Völkern schwer. Mit Recht wurden die namentlich bekannten und sich der Tat rühmenden Attentäter (Rosario BENTIVEGNA, Carla CAPPONI, Franco CALAMANDREI, Giorgio AMENDOLA U. a.) nach Kriegsende von einigen Verwandten erschossener Geiseln in Italien wegen eines nicht durch das Kriegsrecht gedeckten terroristischen Anschlags mit vielen Toten angeklagt. Das Verfahren lief jahrelang durch alle Instanzen und wurde schließlich am 3. August 1957 vom römischen Kassationsgericht ohne eine Bestrafung der Täter endgültig eingestellt.

5. Die von den Deutschen vorgenommenen Geiselerschießungen waren vom damals gehenden Kriegsrecht völlig gedeckt, also kein Kriegsverbrechen.

6. Ausgewählt wurden nicht Unschuldige oder gefangene Freiheitskämpfer als Geiseln, sondern vor allem zum Tode Verurteilte und Schwerverbrecher.

7. Die Begründung, mit der die Schuldigsprechung KAPPLERS erfolgte, daß er fünf Geiseln zuviel habe erschießen lassen, ist rechtlich nicht haltbar.

8. Dieser einzige Schuldspruch (KAPPLERS) von 1948 hat mit PRIEBKE direkt nichts zu tun.

9. Den anderen fünf wegen Beteiligung an der Geiselerschießung angeklagten Kameraden PRIEBK.ES wurde selbst 1948 in der noch haßerfüllten ersten Nachkriegszeit die Mitwirkung an einer kriegsrechtlich abgesicherten Repressalie nicht als Strafgrund angerechnet. Während damals nach KAPPLERS Verurteilung Jubel ausbrach, erfolgte nach dem Freispruch der übrigen fünf Angeklagten kein Protest. Der Freispruch erschien also gerecht. Weitere Beteiligte wurden damals nicht einmal angeklagt. Wie viel mehr hätte dies heute zu gelten!

10. Der Prozeß gegen PRIEBKE, mehr als 50 Jahre nach den damaligen tragischen Vorgängen, sollte ganz offensichtlich nur dazu dienen, in Italien den Kommunisten neuen Einfluß zu verschaffen und zugleich Deutsche in einem globalen Medienfeldzug erneut in aller Welt zu beschuldigen.

11. Der Prozeß in Rom stand unter dem starken Druck der Massenmedien und von Demonstrationen bestimmter Gruppen und Kreise, die an einer Verurteilung sehr interessiert waren. Gegen frühe Hinweise auf einen berechtigten Freispruch wurde heftig und mit viel Moral protestiert.

12. Die deutsche Bundesregierung, die sich auch nicht in früheren Jahrzehnten für den mehr als 30 Jahre in italienischer Festungshaft gehaltenen KAPPLER einsetzte, selbst als italienische Behörden das anregten, hat nicht nur nichts für den deutschen Staatsbürger PRIEBKE getan, sondern Schritte zu seiner weiteren Verfolgung und Verurteilung eingeleitet.

13. Die deutschen Massenmedien haben meist einseitig und verurteilend, ohne die wahren Ursachen und Hintergründe anzugeben, über den Fall PRIEBKE berichtet und damit in der Regel ein völlig falsches Bild von der damaligen Lage und der angeblichen Schuld des deutschen Offiziers verbreitet.

14. Es sei daran erinnert, daß weder gegen die US-Bomberbesatzungen, die 1945 die Atombomben auf Japan abwarfen, noch gegen die alliierten Piloten, die hunderttausendfachen Tod mit ihrem Bombenterror über deutsche Frauen und Kinder brachten, jemals Verfahren eröffnet oder Schuldsprüche gefällt wurden, von den Millionen Vertreibungsverbrechen an Deutschen ganz zu schweigen.

15. Wenige Stunden nach dem ersten Freispruch PRIEBKES im August 1996 verfügte der italienische Justizminister FLICK eine »provisorische Haft« für den Deutschen. Die Begründung war: »Damit sollte auch dem Bedürfnis der Menge Genüge getan werden, die eine Strafe wünsche.«[5] Das allein beweist schon, daß es hier nicht um das Recht, sondern um reine Politik auf dem Rücken eines Unschuldigen ging. Es verdient alle Achtung, daß das erste italienische Gericht sich nicht dem Druck der Straße beugte.

[5] *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 5. 8. 1996.

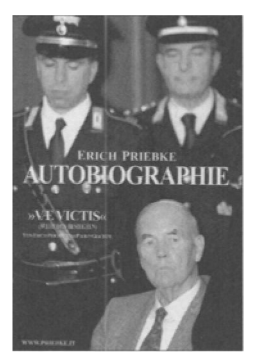
16. Schon die Auslieferung durch Argentinien war rechtswidrig. Italien hatte sie wegen Mordes verlangt. Doch in Argentinien verjährt dieser nach

15 Jahren. Deshalb lieferte Argentinien PRIEBKE wegen Völkermordes aus, obwohl dieser von Italien nicht vorgeworfen worden war. Denn Völkermord kam erst am 9. Oktober 1962 und nicht rückwirkend ins italienische Strafgesetzbuch. Nach der Auslieferung wurde PRIEBKE in Italien wegen Mordes angeklagt, obwohl er deswegen gar nicht ausgeliefert worden war,

17. Noch am Tage des ersten Freispruchs erklärte der (jüdische) Innenminister Argentiniens in Buenos Aires PRIEBKE zur »persona non grata« in seinem Lande, um so dessen Rückreise nach Argentinien zu verhindern.

Kein Ehrenschutz für Priebke, keine Hilfe aus Deutschland

Der durch einschlägige Umerziehungsfilme hervorgetretene, aus Lodz stammende und seit 1946 in Berlin lebende jüdische Filmproduzent Artur (eigentlich Abraham, >Atze<) BRAUNER hatte nach den Verurteilungen wahrheitswidrig geäußert, PRIEBKE habe als »Kriegsverbrecher zigtausende auf dem Gewissen«. Dessen Klage gegen diese Verleumdung gab das Landgericht Nürnberg-Fürth am 31. Mai 2001 mit dem Hinweis auf die Meinungsfreiheit nicht statt. Die von Rechtsanwalt Richard PEMSEL gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wies das Oberlandesgericht Nürnberg nach einer Verhandlung am 19. September 2002 am 10. Oktober 2002 zurück und bestätigte damit das Urteil erster Instanz. Es befand, daß BRAUNERS Äußerung - eine falsche Tatsachenbehauptung - eine zulässige Meinungsäußerung darstelle und daß auch BRAUNERS Bezeichnung PRIEBKES im ersten Prozeß im Mai 2001 als »Massenmörder« von der Meinungsfreiheit gedeckt und zulässig sei. In der Begründung heißt es: »Die Grenze zur Schmähkritik ist dabei (noch) nicht überschritten, da nicht die Diffamierung der Person des Klägers, sondern die Auseinandersetzung in der Sache, nämlich die vom Beklagten als nicht vertretbar angesehene Begnadigung des Klägers, im Vordergrund steht.«



Erich PRIEBKE, *Autobiographie, »vae vidi«,* Eigenverlag, Rom 2003.

Die deutsche Justiz verwehrte also dem untadeligen inhaftierten Offizier auch noch den Ehrenschutz und legte ihm die Verfahrenskosten auf.

Im Gegensatz zur italienischen Regierung hat die deutsche Bundesregierung sich nicht oder kaum für die angeklagten und verurteilten Landsleute in Italien eingesetzt. Der Stuttgarter Herbert KAPPLER und der Österreicher Walter REDER blieben bis zu KAPPLERS Ankunft in der Bundesrepublik 1977 bzw. zu REDERS Freilassung 1985 auf der Festung Gaeta in Haft, fast drei Jahrzehnte.

1. Nach der Generalamnestie in Italien hätten 1955 auch die beiden genannten Deutschen in deren Genuß kommen können, wenn eine deutsche Initiative, auf die die römischen Behörden warteten, erfolgt wäre. Der damals amtierende italienische Justizminister gab eine entsprechende Zusage. Deswegen anfragende Bundestagsabgeordnete wurden von der deutschen Botschaft in Rom mit falschen Auskünften bedacht. Erst nach einem Regierungswechsel in Rom erfolgte ein deutscher amtlicher Schritt. Nun fühlte sich jedoch die italienische Regierung an die Zusage ihrer Vorgängerin nicht

mehr gebunden. Durch die bewußte Verzögerung von Seiten Bonns mußte in Rom der Eindruck entstehen, daß die Bundesregierung sich in Wirklichkeit nicht für die Gefangenen einsetzen wollte,

2. Als sich Verkehrsminister SEEBOHM 1956 für die Verurteilten verwandte, wurde ihm vom Bonner Auswärtigen Amt wahrheitswidrig mitgeteilt, die italienische Regierung wünsche zur Zeit keine entsprechende deutsche Initiative, und die Freilassung sei nur aufgrund eines italienischen Gesetzes möglich. Als dieses Prof. Dr. MANGO, KAPPLERS Anwalt in Rom erfuhr, schrieb er an Helfer KAPPLERS zurück: »... Soeben erhalte ich Ihre Mitteilung vom 27. 11. und erfahre erneut, daß von Seiten des Herrn BRENTANO (damaliger deutscher Außenminister) ein besonderes System der Lüge befolgt wird. In der Tat, wenn etwas für die Gewährung der Begnadigung sicher ist, so ist es das, daß es keines Sondergesetzes hierfür benötigt... Sagen Sie nur Ihren Stuttgarter Freunden, daß das Außenministerium in Bonn auf dem Gebiet der Lüge nicht zu übertreffen ist.«

3. Als im Jahre 1957 bekannt wurde, daß Bundespräsident HEUSS zu einem Staatsbesuch nach Rom reisen werde, wurde er von vielen Seiten aufgefordert, sich für KAPPLER einzusetzen. Obwohl der damaligen italienischen Regierung ein Besuch der Ardeatinischen Höhlen als des Platzes der Erschießungen durch HEUSS unerwünscht war, bestand HEUSS auf dem Gang zu den Höhlen, was die italienische Regierung sehr verärgerte und nur die Kommunisten jubeln ließ. »Das italienische Protokoll hatte dem Bundespräsidenten erst von einem solchen Schritt abgeraten und dann, als sich die italienische Presse sehr entschieden dafür einsetzte, nur einen Unterstaatssekretär zur Begleitung des Bundespräsidenten bestellt.«[6] Der Chef des italienischen Protokolls, Botschafter BALDONT, bat dann um seine Entlassung. Der 42 deutschen und der italienischen Opfer des kommunistischen Massakers in der Via Rasella gedachte HEUSS dagegen nicht. Für PRIEBKE traten nach 1995 öffentlich und im Parlament 14 Mitglieder des italienischen Senats und acht Angehörige des italienischen Parlaments ein, jedoch kein Abgeordneter des deutschen Bundestages oder des Bundesrates. Der CDU-Abgeordnete Alfred DREGGER unterstützte wenigstens ein Gnadengesuch für den Verurteilten. Der Bundespräsident sprach den Fall bei mehreren Besuchen seines italienischen Kollegen trotz Bitten darum nicht an.

4. 1969 setzte sich dagegen die Bundesregierung energisch für die Freilassung von sechs Südkoreanern ein, die der Spionage für die kommunistische Sowjetunion beschuldigt und zum Tode verurteilt worden waren. Eine Delegation unter Ministerialdirektor FRANK wurde eigens nach Korea entsandt, weitere Entwicklungshilfe wurde von der Freilassung abhängig gemacht. Nach Rom ging wegen KAPPLER oder PRIEBKE jedoch keine deutsche Delegation, die italienischen »Widerstandskämpfer< bekamen jedoch 40 Millionen DM von Bonn ohne Gegenleistung. Eine spätere einstimmige Entschließung des Bundestags (15. 12. 1982) für noch Gefangene blieb ohne Wirkung.[7]

[6] *Die Weit,* 26. U. 1957.

[7] Eine Gesamtdarstellung des Falles PRIEBKE bis 1996 findet sich in: Gernot GYSKE, *Der Fall Priebke. Richtigstellung und Dokumentation,* Druffel, Leoni 1997. In italienischer Sprache liegen vor: Mario SPARTARO, *Reppresaglia. Via Rasella e leArdeatine alla Luce del Caso Priebke,* Settimo Sigillo, Rom 1996, sowie ders., *Dal Caso Priebke als Nazi Gold,* Settimo Sigillo, Rom 1999; Gesamtdarstellung in: Erich PRIEBKE, *Autobiographie. »vae victis«,* Eigenverlag, Rom 2003. Den Freundeskreis PRIEBKE betreuen H. und H. KIESSLER, Baccaratstr. 3/6, D 76593 Gernsbach, Den Fall KAPPLER beschreibt das Buch von Anneliese KAPPLER, *Ich hole Dich heim. Die Affäre Kappler,* Anneliese Kappler, Soltau 1990.

Italien befördert Weltkriegssoldaten

In Deutschland dürfen die Soldaten des Zweiten Weltkrieges öffentlich diffamiert, als >Mörder‹ beschimpft und herabgesetzt werden. Die berüchtigte und wegen ihrer vielen Fälschungen dann schließlich vorübergehend zurückgezogene HEER-REEMTSMASche Anti-Wehrmachtausstellung wurde von der Präsidentin LIMBACH des Bundesverfassungsgerichts unterstützt, von zahlreichen Abgeordneten gefördert und in amtlichen Gebäuden aufgebaut. In der Bundesrepublik dürfen rechtmäßig erdiente Orden aus dem Zweiten Weltkrieg nicht in ihrer Originalform Öffentlich getragen werden, gegen Erinnerungstreffen von Angehörigen früherer Wehrmachteinheiten mobilisieren einige Massenmedien den Pöbel, und manche Jahrestagungen ehemaliger Soldaten werden sogar von amtlichen Stellen behindert oder sogar verboten.

Italien, auch ein Mitglied der Achse, gibt da ein anderes Beispiel in der Behandlung seiner Soldaten des Zweiten Weltkriegs. Am 31. Januar 1992 ist vom italienischen Staatspräsidenten ein vorher von beiden Kammern des Parlaments in Rom verabschiedetes Gesetz verkündet worden, wonach das römische Verteidigungsministerium Soldaten, die Offiziersanwärter waren, aber bis zum 8. September 1943, dem Tag der Verkündung der Kapitulation Italiens, keinen Offiziersrang erreicht hatten, auf Antrag den Dienstgrad Leutnant (Sottotenente) verleihen kann. Voraussetzung sei ein mindestens dreimonatiger Kriegsdienst, wobei diese Frist unterschritten werden kann, wenn zum Beispiel eine militärische Auszeichnung erfolgte oder eine Verwundung vorlag. Die ehrenhalber erfolgende Beförderung hat keine finanzielle Leistung des Staates zur Folge.[1]

Diese Maßnahme ist in mehrfacher Hinsicht beachtenswert. Sie erfolgte fast 50 Jahre nach dem damaligen Geschehen, trifft also sicher nur noch für sehr wenige Begünstigte zu. Sie ist, da keine Geldzuwendungen damit verbunden sind, keine soziale Maßnahme, sondern eine reine Ehrung. Sie betrifft diejenigen, die unter MUSSOLINI im Bündnis mit Deutschland bis 1943 gegen die Alliierten kämpften. Sie ist also eine reine Aufwertung der italienischen Soldaten des Zweiten Weltkrieges.

Dazu paßt die seinen Bericht abschließende Bemerkung Dr. SCHREIBERS:[1] »Übrigens stand ich bei meinem letzten Italienbesuch im Herbst 1991 vor einer italienischen Kaserne, in der ein Fallschirmjägerverband untergebracht war, der den Namen >El Alamein‹[2] - in großen Lettern am Kasernentor - führt. Wäre etwas Vergleichbares bei uns denkbar?«

[1] Jürgen SCHREIBER, »Ein italienisches Gesetz«, in: *Soldat im Volk*, September 1992, S. 129

[2] Am 30. 6. 1942 erreichten die unter Generalfeldmarschall ROMMEL in dem von Italien begonnenen Afrikakrieg vorrückenden deutschen und italienischen Verbände El Alamein, nur 85 Kilometer westlich von Alexandrien, und damit den Östlichsten Punkt ihres Siegeszuges durch Nordafrika. Hier blieb ihr Vormarsch vor starkem britischen Widerstand und wegen großer Nachschubschwierigkeiten stecken. Am 2. 11. 1942 mußte nach Beginn eines starken alliierten Angriffs der Rückzug von El Alamein nach Westen angetreten werden.

Für Bomber-Harris ein Denkmal

Während deutsche Oberbefehlshaber und Politiker im Nürnberger Siegertribunal und in den Folgeprozessen unberechtigt als »Kriegsverbrecher« verurteilt und dann vielfach hingerichtet wurden, erließen alle Alliierten für die von ihnen begangenen Kriegsverbrechen 1945 nicht nur sofort eine Amnestie, sondern die eindeutig für Verbrechen Verantwortlichen wurden noch hoch geehrt, etwa General D. D, EISENHOWER trotz seines bewußten Mordes an Hunderttausenden deutscher Kriegsgefangener nach Kriegsende,[1] Besonders bezeichnend ist der Fall des Bomber-HARRis.

Ohne jeden Zweifel war der alliierte Bombenkrieg gegen die deutsche Zivilbevölkerung ein Kriegsverbrechen und verstieß gegen die Haager Landkriegsordnung. Die Terrorangriffe gegen deutsche Städte steigerten sich bis zu dem furchtbaren Feuersturm von Hamburg am 27. Juli 1943[2] und der Vernichtung Dresdens am 13„ 14. und 15. Februar 1945,-[1] nachdem Arthur Travers HARRIS am 23. Februar 1942 Oberbefehlshaber des Royal Air Force Bomber Command geworden war und anschließend die britischen Luftangriffe auf Deutschland im Auftrag CHURCHILL leitete und ausweitete. Sie forderten insgesamt »mehr als 600 000 Todesopfer unter der deutschen Zivilbevölkerung«.[4]

In England bekam HARRJS den Beinamen >the Butcher< (der Schlächter), aber nicht wegen der vielen deutschen Opfer, sondern wegen der außerordentlich hohen Verluste unter den britischen Fliegerbesatzungen: »Fast 9000 Bombenflugzeuge wurden abgeschossen, und von den 125 000 Männern der britischen Bomber-Kommandos sind 59 423 umgekommen«,[5] Das war ein ungeheurer Aderlaß der britischen Elitejugend.

Als die Engländer dann nach Kriegsende in Deutschland das ganze Ausmaß der Verwüstungen durch den Bombentenor erkannten, schlug ihnen wohl ein bißchen das Gewissen: Als einzige britische Soldaten erhielten die Angehörigen des Bomberkommandos nicht die Erinnerungsmedaille; als einziger britischer Oberbefehlshaber wurde Marschall HARRIS bei der Siegesfeier 1945 nicht in den Adelsstand erhoben, erst 1953 wurde er zum Baron ernannt.

50 Jahre nach seiner Ernennung bekam HARRIS 1992 eine weitere Ehrung. Die »Bomber Command Association«, die Veteranenvereinigung ehemaliger britischer Bomberbesatzungen, hatte es durchgesetzt, daß ihm ein überlebensgroßes Bronzedenkmal in London gesetzt wurde, nicht weit vom Trafalgar Square vor der Kirche St. Clemens Danes, der Kirche der Royal Air Force und ihrer Veteranen. In der Einfriedung vor dem Kircheneingang steht seit 1988 schon das Denkmal von Lord DOWDING, dem früheren Befehlshaber der Kampfflieger.

Am 31. Mai 1992 wurde das Denkmal von der Königin-Mutter eingeweiht, trotz Proteste deutscher Bürgermeister, insbesondere aus den stark zerstör-

[1] Näheres bei James BACQUE, *Der geplante Tod. Deutsche Kriegsgefangene in amerikanischen undfranzösischen Lagern 1945 bis 1946,* Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1989.

[1] Vgl. u. a. David IRVING, *Und Deutschlands Städte starben nicht,* Schweizer Verlagshaus, Zürich 1967; H. BRUNSWIG, *Heuersturm über Hamburg,* Motorbuch, Stuttgart 1979.

[3] Vgl. u. a. David IRVING, *Der Untergang Dresdens,* Bertelsmann, München 1977; Georg W. FEUCHTER, *Der Ijftkrieg,* Athenäum, Frankfurt/M.-Bonn [2]1962.

[4] Bernhard HEIMRICH, »Hören Sie, ich bringe jede Nacht Tausende um«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 28. 2. 1992,

[5] Ebenda.



Bomber-Command-Chef HARRIS war ein Verfechter des »moral bombing<, das durch »Brand erreicht werden« müsse. Daher fiel ab 1942 auf deutsche Städte mehr Feuer als Stahl vom Himmel.

Sir Arthur Travers HARRIS (1892-1984). 1937/38 war er Kommandeur der britischen 4. Bomber Group, danach Luftwaffenbefehlshaber in Palästina und Transjordanien. Auf sein Konto gehen auch Giftgaseinsätze gegen Eingeborene im Irak im dortigen britischen Kolonialkrieg. Am 23. 2. 1942 wurde er Oberbefehlshaber des britischen Bomber-Kommandos. Sein Ziel war, den deutschen Widerstand im Krieg durch Aufweichung der Verteidigungsmoral der Bevölkerung mit seinen Terrorangriffen zu brechen, wobei er aber das Gegenteil erreichte. Über den »Undank« seines Landes verbittert, wanderte er 1946 nach Südafrika aus, kehrte jedoch später zurück.

ten Städten Dresden, Köln und Pforzheim. Vor allem in Köln war die Verbitterung über diese »Ehrung« von Bomber-HARRIS groß, fiel sie doch genau auf den 50. Jahrestag des ersten »Tausend-Bomber-Angriffs« auf Köln am 31. Mai 1942, dem rund 500 Menschen zum Opfer gefallen waren bei mehr als 10000 obdachlos Gewordenen und der den Beginn der nun von HARRIS geleiteten Flächenbombardements auf Wohngebiete darstellte. Zu Recht erinnerte der Kölner Oberbürgermeister daran, daß mit dem Denkmal für HARRIS »an einen Mann idealisierend gedacht wird, der für den Tod Hunderttausender Zivilisten und die Zerstörung von Städten« mitverantwortlich ist.[6]

Daß diese Ehrung des Deutschenhassers auch eine Belastung für das deutsch-englische Verhältnis darstellt, wurde von den Briten einfach übergangen. Der Vollständigkeit halber sei angemerkt, daß es auch von Engländern, in der dortigen Presse und später vor dem Denkmal Proteste gegen die Einweihung gab.

Man stelle sich vor, daß etwas Vergleichbares in Deutschland für »Kriegsverbrecher« geplant und dann durchgeführt worden wäre - wie dann die Inlands- und vor allem die Auslandspresse aufgeheult hätten!

Eine bezeichnende Anekdote bringt die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* **(28. 2. 1992): »Im Zweiten Weltkrieg wird HARRIS in London von einem Polizisten angehalten und wegen zu schnellen Fahrens verwarnt, weil er - so die Formel des Verweises - »Leben gefährde«. Daraufhin sagt HARRIS zum Bobby: »Hören Sie, ich bringe jede Nacht Tausende um.««**

[6] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* **9. 5. 1992.**

Mord durch Widerstandskämpfer bleibt straffrei

Am *22.* August 1944 wurde in Kopenhagen der damals 18 Jahre alte Däne Kaj Bärge KJÖRUP von drei Mitgliedern der Widerstandsbewegung durch Messerstiche getötet. Der Öffentlichkeit wurde dann mitgeteilt, daß er von der Widerstandsbewegung »liquidiert« worden sei. Die Eltern des Ermordeten forderten eine eingehende Untersuchung des Vorfalles, die jedoch erst nach Ende des Krieges - und damit nach Ende der deutschen Besetzung - vorgenommen wurde. Dabei ergab sich, daß KJÖRUP das Opfer eines Irrtums geworden war. Man hatte ihn verdächtigt, eine Widerstandsgruppe an deutsche Stellen verraten zu haben, worauf die Widerstandsbewegung den Befehl erteilt hatte, den »Verräter« zu beseitigen, was umgehend ausgeführt wurde. Die amtlichen Untersuchungen ergaben jedoch den klaren Beweis für die vollkommene Unschuld des Ermordeten,

Das dänische Justizministerium sprach daraufhin zwar den Eltern sein »tiefstes Bedauern« aus und gab im Oktober 1947 eine offizielle Ehrenerklärung für den Ermordeten ab. Als sich die Eltern damit nicht zufriedengeben wollten und eine gerichtliche Verfolgung der Täter wie eine Entschädigung forderten, lehnte das Kopenhagener Justizministerium das ab. Nach der daraufhin erfolgenden Klage der Eltern forderte das Justizministerium, diese abzuweisen oder aber auf Freispruch zu erkennen, da für ein ordentliches Gerichtsverfahren in diesem Falle kein öffentliches Interesse vorliege. In der Begründung hieß es, Mitglieder der Widerstandsbewegung, die auf Befehl gehandelt haben, seien in allen Fällen straffrei. Es könnten auch keine Entschädigungsansprüche gegen sie erhoben werden.[1] Dabei blieb es auch: Mord auf seilen der Sieger wird nicht verfolgt.

[1] *Düsseldorfer Nachrichten*, 8. 9. 1961.

Heimtückischer Mord auf »Befehl« irgendeines Widerstandsführers wurde also vom »Rechtsstaat« Dänemark straffrei gelassen und gedeckt, womit die gegen alle abendländische Sitte und gegen die Haager Landkriegsordnung verstoßende Partisanentätigkeit unterstützt wurde. Dagegen wurde bei der häufigen Verurteilung deutscher Soldaten nach 1945 nicht einmal der offizielle militärische Befehl als Begründung für Straffreiheit gewertet, sondern darüber hinaus eine Gewissensentscheidung gefordert. Der Sieger schreibt nicht nur die Geschichte, sondern diktiert auch die Rechtsprechung.

Die Versprechungen auf eine »neue Ära des Rechts« durch die alliierte Nürnberger Justiz ab 1945 gingen nicht in Erfüllung. Auch die Jahrzehnte später erfolgte Einsetzung des Internationalen Gerichtshofes für Menschenrechte änderte kaum etwas daran. Angriffskriege der USA und Englands wurden nicht unterbunden oder verurteilt. Besiegte werden weiterhin verurteilt.

Fritz Fischer und die Quellen

Der spätere Hamburger Geschichtsordinarius Fritz FISCHER (1908-1999) löste 1961 mit seinem Buch *Griff nach der Weltmacht* den ersten Historikerstreit der Nachkriegszeit in Westdeutschland - die >FiscHER-Kontroverse< - aus, weil er in diesem Werk - wie auch in seinen späteren Büchern[2] - im Zeichen des Zeitgeistes versuchte, Deutschland die Schuld am Ersten Weltkrieg zuzuschieben und den Kriegsschuldparagraphen 231 des Versailler Diktats zu rechtfertigen. Die Reichsregierung habe spätestens seit 1911 zielstrebig auf den Weltkrieg hingearbeitet, weil sie die führende Weltmachtstellung habe erringen wollen. Trotz heftiger Gegenwehr seitens anderer Geschichtsforscher, die die bald nach dem Ersten Weltkrieg auch international anerkannte Ansicht vertraten, daß Deutschland am Ausbruch des Ersten Weltkrieges weniger schuld sei als andere Staaten, konnte sich Fritz FISCHER, gefördert von der Umerziehungswelle, bei der jüngeren Historikergeneration weitgehend durchsetzen und wurde so wohl der wirkungsmächtigste - und damit verhängnisvollste - deutsche Historiker der zweiten Jahrhunderthälfte. Seine Bücher trugen wesentlich mit zur ideologischen Untermauerung der Verzichtspolitik in bezug auf die unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostprovinzen sowie zur Sühne- und Schuldhaltung der Bonner Regierungen bei.



Fritz FISCHER 1908-1990)..

Er gelangte zu dieser Bedeutung, obwohl ihm »unseriöser Umgang« mit den Quellen zu seinem Standardwerk nachgewiesen werden konnte. So hatte FISCHER mehrfach Zitate in dem von ihm gewünschten Sinne zur Belastung Deutschlands einfach verändert. Gunter SPRAUL wies auf eine Reihe solcher Beispiele hin.[1] So habe FISCHER als ein schwerwiegendes Zitat »des damaligen preußischen Innenministers« VON BETHMANN HOLLWEG aus dem Jahre 1903 ausgegeben, was eine Baronin aus einem Gespräch mit einem Dritten in ihrem Tagebuch aufschrieb, und zudem nicht angeführt, daß BETHMANN HOLLWEG 1903 noch Oberpräsident war und erst 1905 Innenminister wurde. Ferner habe FISCHER in ein Zitat, ohne das kenntlich zu machen, den Einschub »Das ist des Kaisers feste Überzeugung« eingefügt sowie das Wort »soll« durch »muß« ersetzt, was alles den Sinn sehr verschärft. In einem anderen angebli-

[1] **Fritz** FISCHER, *Griff nach der Weltmacht. Deutsche Kriegszielpolitik 1914-1918,* **Droste, Düsseldorf 1961, Taschenbuchausgabe Droste, Düsseldorf 1977, auch amerikanische, englische, französische, italienische, japanische Ausgabe.**

[1] **Fritz** FISCHER, *Bündnis der Eliten. Zur Kontinuität der Machtstrukturen in Deutschland 1871-1945,* **1979; ders.,** *Juli 1914: Wir sind nicht hineingeschlittert,* **1983.**

[3] **Gunter** SPRAUL, **in:** *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht,* **Nr. 5, 1987, S. 296-303; auch R. K, in:** *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* **Nr. 3, 1987, S. 5.**

Zu FISCHERS bekanntesten Kritikern gehörten Andreas HILLGRUBER, Egmont ZECHLIN und Dietrich ERDMANN,

chen Zitat des Kaisers habe FISCHER ein »wenn nötig« in »wenn möglich« verändert sowie aus »Sozialisten« dabei »Sozialdemokraten« gemacht. SPRAUL bedauert sehr, daß bei der FISCHER-Kontroverse »eine Diskussion über die Erkenntnisvoraussetzungen, Quellenbasis und -auswahl, Interpretationsmethode, Korrektheit im Umgang mit Belegen... kaum geführt« wurde, da sonst die Fragwürdigkeit von FISCHERS Behauptung der deutschen Hauptschuld am Ersten Weltkrieg deutlich geworden wäre.

In einem anderen Fall schreibt FISCHER über den 1, August 1914: »Der Generalstabschef MOLTKE hatte angenehme Erinnerungen an den 1. August.« Und er zitiert ihn anschließend: »Es herrschte, wie gesagt, eine freudige Stimmung.« Das erweckt den Eindruck, MOLTKE habe sich auf den drohenden Krieg gefreut. Doch das Gegenteil ist richtig. MOLTKE beschreibt seine Freude über die zwar unzutreffende, aber zunächst für ihn befreiende Mitteilung des deutschen Botschafters in London, »England wolle die Verpflichtung übernehmen, daß Frankreich nicht in den Krieg gegen uns eintreten werde, wenn Deutschland sich seinerseits verpflichte, keine feindselige Handlung gegen Frankreich zu unternehmen. Es herrschte, wie gesagt, eine freudige Stimmung«.[4]



Abbildung: »1. August 1914 in Berlin«, Gemälde von Arthur KAMPF (1864-1950). Von einer Kriegsbegeisterung ist bei der Menschengruppe keine Spur.

Dieser schlampige und bewußt einseitige Verfälschungen nicht ausschließende Umgang FISCHERS mit den Quellen wird von Elmar SCHUBBE bestätigt, der kurz nach 1961 sich als Geschichtsstudent in einem quellenkritischen Seminar bei dem Heidelberger Geschichtsordinarius Werner CONZE mit FISCHERS *Griff nach der Weltmacht befaßte?* Er schreibt »Ich gehörte zu jenen Studenten, die sich mit diesem Buch (*Der Griff nach der Weltmacht,* H. W.) zu befassen hatten. Was wir entdeckten, war erschreckend: Viele im umfangreichen Anmerkungsapparat als Beleg für die im Textteil vertretenen Deutungen deutscher Politik aufgeführte Quellen erwiesen sich als nichtssagend oder schlimmer noch: manche gar als im Sinne der

* Fritz FISCHER, *Krieg der Illusionen - die deutsche Politik 1911 bis 1914,* Droste, Düsdorf [2]1969, S. 724.

Deutungen völlig interpretationsungeeignet. Je mehr wir uns mit FISCHERS Quellen befaßten, desto deutlicher wurde uns, daß in diesem Werk nicht gefragt wurde, was wirklich gewesen war, sondern nur eine politische These vertreten wurde. FISCHERS wissenschaftliche Kritiker bemerkten natürlich, in welch schludriger oder fahrlässiger Weise der Hamburger Ordinarius mit den Quellen umsprang. Doch welch ein Journalist hatte Zeit und Gelegenheit, zu den Quellen zu gehen?. .. Am Ende des Semesters waren wir ratlos. Keiner von uns, der so mit Quellenmaterial umgegangen wäre, hätte ein Testat bekommen. Beherrschte der anerkannte Wissenschaftler sein Handwerk nicht? Kaum zu glauben! Blieb nur die Vermutung, daß dieses Buch lediglich um der politischen Wirkung der These von der deutschen Alleinschuld geschrieben worden war - in der begründeten Hoffnung, daß sich kein Journalist der Mühe unterziehen würde, quellenkritisch das Werk zu überprüfen. Eine böse Vermutung. Ich gestehe, daß ich diese Vermutung noch heute habe.«

Erst nach FISCHERS Tod kam 2003 Näheres über sein Leben vor 1945 heraus, was ihm vorher zu verschweigen gelang. CLAUSSEN schreibt in seiner Besprechung[6] zu FISCHERS Lebenslauf:[7] »Von 1922 bis 1926 war er sogar Mitglied des rechtsradikalen Freikorps >Bund Oberland*. 1933 schloß er sich der SA an und trat am 1. Mai 1937 der NSDAP bei. Anders als er später erklärte, kann er dem neuen Regime nicht kritisch gegenübergestanden haben... FISCHER wurde »politischer Referent< der SA. Zudem machte er sich die Sache der »Deutschen Christen< zu eigen. Ab Wissenschafder suchte FISCHER Anschluß an den NS-Chefhistoriker Walter FRANK und dessen »Reichsinstitut für Geschichte des Neuen Deutschlands*. Hier bewarb er sich 1938 um ein Stipendium,., FISCHER bekam das Stipendium, konnte es jedoch nicht antreten, weil er eingezogen wurde. Aber er freute sich darauf, nun antisemitische Vorträge vor den Batterien zu halten. In einem Brief von Oktober 1941 an FRANKS Stellvertreter, Erich BOTZENHART, nannte er Themen für solche Vorträge: »das Eindringen des Judentums in Kultur und Politik Deutschlands in den letzten 200 Jahren, und: das Eindringen des jüdischen Bluts in die englische Oberschicht; und: die Rolle des Judentums in Wirtschaft und Staat der USA<«.[8] Und in einem Brief von März 1943 bedankte er sich bei Walter FRANK für die tatkräftige Unterstützung seiner Berufung an die Hamburger Universität.[9]

In der amerikanischen Gefangenschaft muß FISCHER eine Bekehrung durchgemacht haben. Zurück in Freiheit entwarf er ein genau umgekehrtes Biid der deutschen Geschichte der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Das diente offensichtlich seiner Historiker-Karriere.

[5] Elmar SCHUBBE, »Der Griff nach der Wahrheit. Fritz Fischer und der unseriöse Umgang mit den Quellen in seinem Standardwerk«, in: *Das Ostpreußenblatt,* 18. 12. 1999, S. 7. Siehe auch: Volker ULLRICH, »Griff nach der Wahrheit. Der berühmte Historiker Fritz Fischer im Zwielicht«, in: *Die Zeit,* 15. 1. 2004.

[6] Klaus GROSSE KRACHT, »Fritz Fischer und der deutsche Protestantismus«, in: *Zeitschrift für Neuere Theologiegeschichte,*, Bd. 10, Nr. 2, Walter de Gruyter, Berlin 2003.

[7] Zitiert von Johann Hinrich CLAUSSEN, in: »Umgepoltes Denken. Erst völkisch, dann kritisch. Der Historiker Fritz Fischer«, in: *Frankfurter Aligemeine Zeitung,* 7. 1. 2004.

! Zitiert bei GROSSE KRACHT, aaO. (Anm. 6).

[9] Ebenda.

Göring-Meier-Zitat ohne Quelle

Seit Jahrzehnten wird behauptet, Reichsmarschall Hermann GÖRING (1893-1946) habe als Oberbefehlshaber der Luftwaffe großsprecherisch Ende der dreißiger Jahre verkündet, er wolle »Meier« (oder »Lehmann«) heißen, wenn jemals eine feindliche Bombe auf deutschen Boden fiele. Dieses angebliche Zitat wurde in Guido KNOPPS Film *Hitlers Helfer* im *Zweiten Deutschen Femsehen* gebracht und steht als »Mein Name ist Meier« auf der Vorderseite einer großen Vitrine im >Luftwaffenmuseum der Bundeswehr« in Berlin-Gatow, die eine Kleiderpuppe mit der Uniform GÖRINGS beinhaltet.



Hermann GÖRING im Jahre 1936 als Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

Trotz reichlicher Suche nach der Quelle für dieses Wort hat bisher noch niemand einen glaubwürdigen Beleg angeben können. Auf die betreffende Frage eines Zuschauers des Fernsehfilms antwortete die Senderedaktion Zeitgeschichte des *ZDF*, die KNOPP leitet: »In der Tat gibt es offenbar keine verbriefte Quelle, der sich das GÖRING-Zitat eindeutig zuordnen ließe.«[1]

Schon während seiner Planungszeit bemühte sich das >Luftwaffenmuseum der Bundeswehr«, wie die *Berliner Morgenpost* berichtete, um eine Quelle, jedoch ebenfalls erfolglos.[2] Der Leiter der Bibliothek des Militärhistorischen Archivs in Straußberg habe auf eine diesbezügliche Anfrage geantwortet, daß es sich um ein »kolportiertes Zitat« handele, »das nirgendwo verbürgt ist«. Er sei der Meinung, daß es »ein Verdienst der britischen Propaganda« darstelle, die damit den Reichsmarschall in der Öffentlichkeit lächerlich machen wollte.

Obwohl die Leitung des Luftwaffenmuseums also schon vor dessen Eröffnung wußte, daß es keinen seriösen Beleg für das Zitat gab und es daher wohl auch nicht GÖRING zugesprochen werden kann, benutzte es das Wort dennoch, um - wie die Briten im Kriege - GÖRING nach dessen Tod herabzusetzen. Der Museumsleiter, Oberstleutnant Dr. Harald Fritz POTEMPA, in den sechziger Jahren geboren, erklärte, daraufhin angesprochen, es handele sich »letztlich um ein ihm (GÖRING) zugeschriebenes Zitat, eine Art moderne Sage, das bzw. die aber einen so hohen Wiedererkennungswert hat, daß wir uns entschlossen haben, dieses leicht verfremdete ihm zugeschriebene Zitat plakativ zu verwenden«.[3]

Ein deutsches Museum scheut sich also nicht, eine mit ziemlicher Sicherheit britische Propagandalüge zur Diffamierung eines hohen deutschen Soldaten, der schon im Ersten Weltkrieg 1917 als höchste Tapferkeitsauszeichnung den Pour le Mérite erhielt und 1918 der letzte Kommodore des berühmten Jagdgeschwaders Richthofen war, zu benutzen. Rolf Kosiek

[1] Martin LÜDERS, »Mein Name ist Meier«, in: *Nation & Europa*, Nr. 7-8, 2005, S. 80.

[2] *Berliner Morgenpost*, 24. 2. 1999.

[3] Zitiert von LÜDERS, aaO. (Anm. 1).

Bundespresseamt fälscht Kapitulationsurkunde

Im Mai 1985 gab das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung zum 40. Jahrestag des Kriegsendes eine Dokumentation heraus.[1] In dieser wird auf Seite 104 f. in deutscher Übersetzung die »Kapitulations-Urkunde vom 7, Mai 1945« - so die Überschrift - gebracht.

Darin wird fälschlicherweise vom »deutschen Oberkommando« statt vom »Oberkommando der Deutschen Wehrmacht« geschrieben, womit der falsche Eindruck erzeugt wird, daß es sich um eine allgemeine, und nicht - wie in Wirklichkeit - um eine ausschließlich militärische Kapitulation der deutschen Streitkräfte gehandelt hätte.

Ferner wird in einer Fußnote zum Titel erklärend erwähnt: »Wortlaut der Kapitulations-Urkunde, die am 7. Mai 1945 im Obersten Hauptquartier der alliierten Expeditionsstreitkräfte in Reims unterzeichnet wurde. Der Kapitulationsakt wurde noch einmal im sowjetischen Hauptquartier in Berlin-Karlshorst wiederholt. Mit Datum vom 8. Mai 1945 wurde hier eine im Text in Einzelheiten abweichende »Militärische Kapitulationsurkunde« vor den Vertretern der vier Siegermächte unterschrieben.« Damit wird ebenfalls der falsche Eindruck erweckt, als ob zwischen den Inhalten der beiden Urkunden ein Unterschied bestünde, und der oben genannte falsche Eindruck von der allgemeinen Kapitulation in Reims im Gegensatz zu der »militärischen« in Berlin verstärkt.

Zu dieser die wahren Zusammenhänge verfälschenden Darstellung schrieb der im Mai 1945 als Adjutant von Großadmiral Karl DÖNITZ tätige und damit an dem betreffenden Geschehen unmittelbar beteiligte Korvettenkapitän Walter LÜDDE-NEURATH an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn.[2] Es heißt in dem Brief:

»Nachdrücklich erhebe ich als Kronzeuge des Kapitulationsgeschehens Widerspruch gegen die »Dokumentation« auf S. 104 dieser Schrift. Hier ist Geschichte - von wem auch immer - schlicht gefälscht!

Durch Überschrift und Fußnote wird eine wesentliche Divergenz zwischen einer »Kapitulations-Urkunde« {Reims) und einer »Militärischen Kapitulationsurkunde' (Berlin) vorgetäuscht. Im Gegensatz zu Ihrer Darstellung tragen beide Dokumente im Original die gleiche Überschrift »ACT OF MILITARY SURRENDER«. Beide Originale beginnen identisch »We the undersigned, acting by authority of the German High Command. . .< und beide sind unterzeichnet »On behalf of the German High Command«.

Für keinen der Beteiligten bestand irgendein Zweifel, daß dieses »German High Command« die korrekte Übersetzung war für »Das Oberkommando der Deutschen Wehrmacht«. Das geht unstreitig hervor aus

[1] Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg.), Bonn 1985.

[2] Brief von Walter LÜDDE-NEURATH aus Garmisch-Partenkirchen vom 16, 12. 1985 an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung in Bonn, liegt dem Verfasser in Kopie

1. der Vollmacht von Großadmiral DÖNITZ für die Unterhändler mit dem Siegel des OKW,

2. den von den Alliierten auch in deutscher Sprache unterzeichneten Kapitulationsurkunden,

3. der »Erklärung in Anbetracht der Niederlage Deutschlands.. .< vom 5. Juni durch die Siegermächte.

Der von Ihnen gedruckte >Wortlaut< ist der deutschen Delegation nicht vorgelegt und von Generaloberst JODL nicht unterzeichnet worden. Dieser >Wortlaut< ist erst im Zuge nachträglicher Bemühungen entstanden, eine über den militärischen Charakter der unterzeichneten Urkunden hinausgehende Interpretation zu ermöglichen.

Eine öffentliche Richtigstellung Ihres Irrtums halte ich im Interesse der Glaubwürdigkeit der Bundesregierung für geboten.«

Abschließend fügte LÜDDE-NEURATH seinem Brief als > Quellen belege« hinzu: die National Archives Publication No. 464, U.S. Government Printing Office, Washington, mit der Kopie des deutschen Originaltextes der Berliner Kapitulationsurkunde und eine Kopie seiner >Tagesniederschriften< vom 2. bis 17. Mai 1945, Bestand RM 6/375 im Bundesarchiv-Militärarchiv,

Das Presse- und Informationsamt antwortete prompt:[5] Die Anmerkung in der Fußnote sei wohl »etwas ungenau, Generaloberst

[3] Schreiben des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bonn, vom 20. 12. 1985 an Walter LLIDDE-NEURATH, Az. 30200, liegt dem Verfasser in Kopie vor.





Oben: Generaloberst Alfred JODL vollzieht im Obersten Hauptquartier der alliierten Expeditionsstreitkräfte (SHAEF) in Reims (im College technique) die Kapitulation der Deutschen Wehrmacht.
Unten: Die deutsche Kapitulation mußte zwei Tage später, am 9. Mai, von Feldmarschall Wilhelm KEITEL in **Berlin**-Karlshorst vor Marschall SCHUKOW wiederholt werden - und zwar auf Verlangen STALINS, obwohl die Sowjetunion bereits in Reims vertreten war. Interessanterweise blieben EISENHOWER und MONTCOMERV (dieser auf Anraten Churchills) der Veranstaltung fern. Beide Abbildungen aus: H. Günther DAHMS, *Der Zweite Weltkrieg in Text und Bild,* Herbig, München "1995.

JODL hat wohl nur eine in Englisch abgefaßte »Militärische Kapitulationsurkunde« unterzeichnet.« Man könne den Text der Urkunde auch so, wie in der Broschüre veröffentlicht, übersetzen.

Da die beiden letzten Aussagen falsch sind, stellte Walter LÜDDE-NEURATH den Sachverhalt erneut in einem weiteren Schreiben richtig,[4] in dem es unter anderem heißt:

»Entgegen Ihrer Vermutung wurde in Reims auch eine deutsche Fassung des ACT OF MILITARY SURRENDER vereinbart und von JODL zusammen mit der englischen Fassung in Flensburg vorgelegt. Auf deren Kopf steht deshalb ausdrücklich »Only this text in English is authontative« - was in Ihrer Dokumentation fehlt.

Der Wortlaut beider Reimser Urkunden ist Wort für Wort mit Punkt und Komma in die Berliner Urkunden eingegangen mit einer Ausnahme: aus dem »Soviet High Command< wurde ein »Supreme High Command of the Red Army<.

Ferner wurden in Ziff. 2 alliierterseits zwei Zusätze gewünscht. Die deutsche Delegation, deren Vollmacht ja auf >Ratifizierung< beschränkt war, wurde ausdrücklich gefragt, ob sie trotzdem unterzeichnen wolle und könne. Dies sagte sie nach interner Prüfung zu, weil substantielle Änderungen nicht enthalten waren. Aus deutscher Sicht bestand also völlige Klarheit über Inhalt und Wortlaut aller Kapitulationsdokumente, Sie waren bis zu unserer Verhaftung am 23, 05, 1945 in Flensburg in unserem Besitz. Wie ich Ihrem »Dokument« wohl entnehmen muß, sind sie bisher deutschen Instanzen weder zurückgegeben noch zugänglich gemacht worden.

Zugänglich hingegen ist Ihnen in *National Archives Publikation,* No. 46-4, das Faksimile der deutschen Fassung der Berliner Urkunde. Hier haben Sie das Dokument, aus dem sich - s.o. - auch der deutsche Text der Reimser Urkunde authentisch ergibt.

Was hingegen andere Stellen nach dem Kriege als deutschen Wortlaut veröffentlicht haben, hat dokumentarischen Charakter nur für deren Arbeitsweise, nicht für die Kapitulation.«

Und Walter LÜDDE-NEURATH weist in einem Postscriptum darauf hin, daß ebenso in dem bekannten Dokumentationswerk *Keesing's Anbiv der Gegenwart* an mehreren Stellen, darunter bei den Kapitulationsurkunden wie bei der Wiedergabe von Reden SCHWERINS und DÖNITZ', die Übersetzung ins Deutsche den Inhalt »in Richtung umfassenderer Kapitulation korrigiert«. Insbesondere fehle dort bei der Wiedergabe der Berliner Erklärung der Alliierten vom 5. Juni 1945 der entscheidende Satz: »Dadurch ist die bedingungslose Kapitulation Deutschlands erfolgt!«[6]

Im Vorwort zu seinem Bericht über die Kapitulationsverhandlungen im Mai 1945 und die folgenden Wochen der Regierung DÖNITZ beurteilt LÜDDE-NEURATH die Vorgänge vom 7./8. Mai 1945 wie folgt:

[1] Schreiben von Walter LÜDDE-NEURATH an das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung vom 15. 3. 1986, liegt dem Verfasser in Kopie vor.

[5] *Keesing's Archiv der Gegenwart,* XV. Jahrgang 1945, Essen 1949, S. 218. Auch das *Jahrbuch für internationales und ausländisches öffentliches Recht,* 1948, S. 185 f., bringt im Text der Reimser Kapitulationsurkunde »deutsches Oberkommando« statt »Oberkommando der Deutschen Wehrmacht«, ebenso Friedrich KLEIN, *Neues Deutsches Verfassungsrecht,* Hirschgraben, Frankfurt/M. 1949, S. 15 f.

[6] Vollständiger Text in: Wigbert GRABERT (Hg),)*alta-Potsdam und die Dokumente zur Zerstörung Europas,* Grabert, Tübingen 1985, S. 44 ff.

[7] Walter LÜDDE-NEURATH, *Regierung Dönitz. Die letzten Tage des Dritten Reiches,* Druffel, Leoni [4]1980, S. 12. Faksimile der deutschen Berliner Kapitulationsurkunde ebenda, S. 147 f.

»Die unterzeichneten Kapitulationsdokumente haben ausschließlich militärischen Charakter. Keine befugte deutsche Instanz gab den Siegern die rechtlichen Voraussetzungen zur Übernahme der Regierungsgewalt und zur Verstümmelung des deutschen Vaterlandes. Der legale Anspruch des deutschen Volkes auf Kontinuität und Einheit seines Reiches blieb auch über die Katastrophe des Jahres 1945 gewahrt.«[7]

Diese bezeichnenden Vorkommnisse sind nur damit erklärbar, daß im Rahmen der Verfälschung der deutschen Geschichte offenbar die Absicht bestand und wohl noch besteht, die rein militärische Kapitulation der deutschen Wehrmacht am 7./S. Mai 1945 in eine allgemeine Kapitulation des deutschen Staates umzudrehen, die völkerrechtlich umfassendere Auswirkungen hätte.

⇨ **»Tagesniederschrift 7. 5. 1945**

0.15 Uhr. Eingang Funkspruch von Generaloberst JODL **aus Hauptquartier** EISENHOWER **vom 6. 5. 1945, 21.45 Uhr:**

»General EISENHOWER besteht darauf, daß wir heute noch unterschreiben. Andernfalls werden die alliierten Fronten auch gegenüber denjenigen Personen geschlossen werden, die sich einzeln zu ergeben versuchen, und alle Verhandlungen werden abgebrochen. Ich sehe keinen anderen Ausweg als Chaos oder Unterzeichnung. Erbitte sofortige drahtlose Bestätigung, ob ich die Vollmacht habe, die Kapitulation zu unterzeichnen. Die Kapitulation kann dann wirksam werden. Feindseligkeiten **werden dann am 9, 5. 45, 00.00 Uhr nach deutscher Sommerzeit, aufhören, gez. JoDl..<**

Überlegungen:

1, **Der Standpunkt** EISENHOWERS **ist eine absolute Erpressung, da er im Falle der Ablehnung alle noch ostwärts seiner Linien befindlichen Deutschen Russen auszuliefern droht.**
2, Generaloberst JODE, **der noch am Vortage am heftigsten gegen die Gesamtkapitulation Stellung genommen hatte, wegen der Unmöglichkeit ihrer strikten Durchführung, muß weitere schwerwiegende Gründe haben, wenn er sie jetzt als letzten Ausweg bezeichnet.**
3. Mit der Festlegung des Datums auf den 9. 5. 1945, 00.00 Uhr, sind 48 Stunden Zeit gewonnen, die die Rettung zum mindesten eines Großteils der Osttruppen ermöglichen. Der Großadmiral erteilt daher Vollmacht zur Unterzeichnung.«

Aus: Walter LODDE-NEURATH, *Regierung Dömtz Die letzten Tage des Dritten Reiche* **Druffel, Leoni [4]1980, S. 182.**

Kein deutsches Sprengstoff-Spielzeug

Die Anglo-Amerikaner haben während des Zweiten Weltkrieges verschiedentlich bei Bombenangriffen auch Spielzeuge abgeworfen, die beim Aufnehmen explodierten und manches deutsche Kind verletzten.

Diese gegen das Völkerrecht verstoßende Praxis wurde - allerdings ohne jede Berechtigung - auch deutschen Fliegern vorgeworfen. So wurde am 3. Februar 1993 vom öffentlich-rechtlichen Zweiten Deutschen Fernsehen *(ZDF)* der britische Hetzfilm *Experten aus dem Hinterzimmer* ausgestrahlt. Die Studio-Moderatorin, Raphaela DELL, erklärte vor dem Film: »Während des Zweiten Weltkrieges warf die Deutsche Luftwaffe als Spielzeug getarnte Sprengkörper über London ab, die bei der geringsten Berührung explodierten.« Diese Tatsachenbehauptung - und eine solche war diese Erklärung vor dem Film - trifft nicht zu. Die Moderatorin teilte sowohl eine falsche Behauptung mit, wie sie auch verschwieg, daß die Briten diese Praxis geübt hatten. Die Verhältnisse wurden also genau auf den Kopf gestellt.

Bezeichnend ist nun die Reaktion des Fernsehens und der Verantwortlichen auf den Einspruch eines früheren Luftwaffenangehörigen. Dieser beschreibt den sich nach der Sendung abspielenden Vorgang folgendermaßen:[1]

»Der Autor dieser Zeilen, während des Krieges Jagdflieger, beschwerte sich beim ZDF und forderte den Sender auf richtigzustellen, daß deutsche Flugzeugführer niemals als Spielzeug getarnte Bomben über England abgeworfen haben. Die ZDF-Chefredaktion wimmelte ab, gab aber zu, daß so etwas im Zweiten Weltkrieg niemals vorgekommen sei. Die Ausrede war, es handele sich um einen »Spielfilm«. Das ist eine bewährte Methode, um eine Richtigstellung zu vermeiden: Die Ausrede der Juristen bei dem Aufkleber »Soldaten sind Mörder« lautete, es handele sich um ein TucHOLSKY-Zitat.

Am 28. Januar 1994 war leider erneut die Beobachtung zu machen, daß das *ZDF* die Ausstrahlung dieses englischen Hetzfilmes wiederholte. Wieder sagte die Moderatorin den Film wie oben zitiert an. Der Autor protestierte gegen die Wiederholung und wandte sich hilfesuchend an den Ehrenvorsitzenden der CDU/CSU-Fraktion, Dr. Alfred DREGGER. Dieser sandte einen sehr energischen Beschwerdebrief an den Intendanten des *ZDF* und an den Vorsitzenden des Rundfunkrates. Die Beschwerde wurde zurückgewiesen, wiederum mit der Ausrede »Spielfilm«. Nur - die Ansage war kein »Spielfilm«.

Daraufhin erstattete der Verfasser am 31. Januar 1994 bei der Staatsanwaltschaft Mainz Anzeige gegen Raphaela DELL wegen Beleidigung und Verleumdung der noch lebenden ehemaligen Kampfflieger der Deutschen Luftwaffe

[1] Heinz GOMANN, »Zeitgeschichte nach zweierlei Maß«, in: *Nation Europa*, Nr. 1, Januar 1995, S. 64 f.

und in Hinsicht auf die gefallenen Flugzeugführer wegen Verunglimpfun¡ des Andenkens Verstorbener.

Das ZDF schaltete seinen Justitiar ein, Prof. EBERLE. Er machte lange Aus führungen über >SpÍelfilm< und daß die Ansage im »Indikativ« formuliert war vergaß aber auch, daß die Ansage der Moderatorin kein Spielfilm war, sonden eine klare Sachaussage. Diese Strafanzeige wurde zurückgewiesen. Gegen dii Zurückweisung wurde Beschwerde eingelegt. Mit Entscheid vom 20. Mai 199J wies die Generalstaatsanwaltschaft Koblenz die Beschwerde zurück.

Gegen diese Zurückweisung wurden am 6. Juni 1994 Gegenvorstellunger erhoben. Auch die Gegenvorstellungen wurden von der Generalstaatsanwalt schaft am 13. Juni 1994 zurückgewiesen. Am 22. Juni 1994 wurden nochmal: Gegenvorstellungen erhoben, die wiederum am 28. Juni 1994 zurückgewie sen wurden. Daraufhin erhob der Autor am 14. Juli 1994 beim Justizministe, von Rheinland-Pfalz Dienstaufsichtsbeschwerde gegen den Generalstaatsan walt Koblenz.

Am 26. Juli 1994 wurde das Aktenzeichen 4121 E-4-66/94 zugeteilt. Am 6 September 1994 wies der Justizminister von Rheinland-Pfalz meine Dienst aufsichtsbeschwerde zurück. Dr. DREGGER, der die Sache nicht auf sich beru hen lassen wollte, wie er schrieb, hat mittlerweile seine Bemühungen einstel len müssen. In einem Schreiben bat er gleichwohl den Minister im Kanzleramt BOHL, sich der Sache anzunehmen. Von dieser Seite ist nichts erfolgt.

Mit seinem Mörderurteil vom 10. Oktober 1995 hatte das Bundesverfassungsgericht den TucHOLSKY-Spruch »Alle Soldaten sind Mörder« für straffrei erklärt.

Wie sich die Bilder gleichen. Eine öffentlich-rechtliche Anstalt darf di' Behauptung verbreiten, deutsche Flugzeugführer hätten während des Zwei ten Weltkrieges als Spielzeug getarnte Sprengkörper über England abgewor fen, und kurze Zeit später darf jemand die schriftliche Behauptung spazieren fahren, »Soldaten sind Mörder. Di' Justiz hat sich offensichtlich der Poli tik und den Medien unterworfen.«

In einem Brief an den Verfasser betont Herr GOMANN ausdrücklich »Besonders hervorzuheben ist, dai weder das ZDF noch die einzelnen Ju stizstellen den entscheidenden Punk behandelten, nämlich den, daß di Moderatorin vor Beginn der Sendun; ausschließlich folgendes sagte (um nun folgt der oben schon zitierte Satz, H. W,). Sie sagte nichts von einen Spielfilm, nur das, und das müßte eigentlich bei rechtsstaatlichen Verhältni; sen genügen, gegen sie vorzugehen, denn das ist eine Tatsachenbehauptung.

[1] In GOMANNS Brief an den Verfasser vom 4. 12.1996 auf dessen Anfrage vom 21 11. 1996.

Das >Todesfußballspiel< in Kiew im Mai 1942

Invielen Staaten ist die Nachkriegspropaganda die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Es genügt diesen nicht, den Krieg militärisch gewonnen zu haben. Um ihre Leistung und die Legitimität ihres Kampfes zu glorifizieren, schufen sie Mythen und Legenden eigener Opferbereitschaft und deutscher Niedertracht. Das für diese Zwecke am besten einsetzbare Medium ist der Film mit seiner starken Suggestivwirkung, Während vor allem amerikanische, aber auch manche englische Machwerke dem deutschen Kino- und Fernsehzuschauer wiederholt vorgesetzt wurden und werden, blieben die Westdeutschen von sowjetischen Meisterwerken dieser Art verschont. Ein besonders krasses Beispiel einer solchen Legendenbildung stellt der hochdramatische sowjetrussische Spielfilm *Die dritte Halbheit* aus dem Jahre 1962 dar.



Szene aus dem Film *Die dritte Halbzeit.*

Was hatte sich wirklich zugetragen? Im August 1942 war die ukrainische Hauptstadt Kiew seit nahezu einem Jahr von deutschen Truppen besetzt. Eine Mannschaft der deutschen Luftwaffe wollte einen sportlichen Vergleichswettkampf im Fußball gegen eine heimische Auswahl austragen. Angeblich sollen sich in der deutschen Elf auch leistungsstarke Spieler der eigenen Nationalmannschaft befunden haben. Den Deutschen soll daher mehr an einer Demütigung der Kiewer Mannschaft als einem fairen Wettstreit gelegen gewesen sein. Die Luftwaffenauswahl habe ferner von der Tatsache profitiert, daß der ukrainische Hauptstadtverein Dynamo Kiew, ebenso wie die meisten Großbetriebe der Stadt mit ihren eingespielten Mannschaften, geschlossen war, so daß man scheinbar gegen eine zusammengewürfelte Betriebsmannschaft der Großbäckerei III »FC Start< habe spielen müssen. Trotz ihrer Siegeszuversicht sei die Auswahl der deutschen Luftwaffe mit 5:1 vernichtend geschlagen worden. Auch das sofort danach anberaumte Wiederholungsspiel wurde mit 5:3 verloren, Tatsache und durch Augenzeugen belegt ist auch, daß die technisch überlegenen Ukrainer den Gegner regelrecht vorführten. Den Gipfelpunkt der Demütigung im angeblichen Duell zwischen »Unterdrückten« und »arischen Herrenmenschen« setzte der Stürmer Nikolaj KOROTKICH, der die Verteidiger und den deutschen Torhüter umdribbelt hatte und den Ball auf der Torlinie stoppte. Anstatt ihn ins leere

Tor zu befördern, schoß er ihn mit einer triumphierenden Geste ins Spielfeld zurück. Augenzeugen berichteten zudem, daß die Atmosphäre im Kiewer Zenit-Stadium durch die Anwesenheit vieler SS-Männer, Wehrmachtsoldaten und deutscher Schäferhunde extrem angespannt war. Das habe dazu geführt, daß die Spieler beider Mannschaften überaus gehemmt begannen.

Und an dieser Stelle beginnt die plumpe Legende. Da die russische Betriebsmannschaft es anscheinend gewagt hatte, die Vorzeigemannschaft der Luftwaffe zu besiegen, sei sie unmittelbar nach Spielende von den Deutschen erschossen worden. Durch diese historisch unwahre Legendenbildung wurden die insgesamt 180 Spielminuten zum Gründungsmythos des ukrainischen Fußballs stilisiert. Ukrainische Jugendliche wissen noch heute zu berichten: »Im Krieg wurden hier unsere Fußballer erschossen, weil sie gegen die Deutschen gewonnen hatten.«[1]

[1] Aussage eines ukrainischen Jugendlichen, zitiert nach: Erik EGGERS, »Fußballspiel auf Leben und Tod«, in: *Financial Times Deutschland*, **9, 5, 2005.**

Bereits kurz nach Kriegsende berichtete die sowjetische Tageszeitung *Isvestija* diesen Tatbestand, nicht ohne den heroischen Märtyrertod der unschuldigen Fußballer gebührend herauszustreichen. Die Legende nahm ihren Lauf. 1962 kam dann der große Kinofilm *Die dritte Halbheit* mit Erfolg in die sowjetischen Kinos. Doch auch außerhalb der Grenzen der UdSSR nahm man den Sachverhalt für bare Münze, da er so wunderbar ins selbstgeschaffene Zerrbild der völlig enthemmten und barbarisierten deutschen Soldaten zu passen schien.[2]

Am 8. Juni 1997 wurde ein Fußball-Länderspiel zwischen Deutschland und der Ukraine aus Kiew vom Fernsehen übertragen. Im Vorbericht zu dieser Übertragung wärmte der Sprecher des Senders die bereits längst widerlegte sowjetische Greuelmär auf: Bei einem Fußballspiel im Jahre 1942 zwischen einer Auswahl der deutschen Wehrmacht und einer ukrainischen Mannschaft hätten die Deutschen 3:5 verloren, und daraufhin seien die Torschützen der Ukrainer aus kleinlicher Rache von den Deutschen erschossen worden.

[1] *Stuttgarter Zeitung*, **5. 12. 1973.**

Die *Stuttgarter Zeitung* hatte 1973[2] über ein solches Fußballspiel in Kiew im Frühjahr 1942 zwischen einer dort stationierten deutschen Luftwaffeneinheit und sowjetischen Kriegsgefangenen berichtet, das die Deutschen verloren hatten. Deswegen seien vier russische Gefangene von den Deutschen erschossen worden. Daraufhin führte im Jahre 1973 die Staatsanwaltschaft beim Landgericht Hamburg Ermittlungen zu diesen Beschuldigungen durch. Über das Ergebnis dieser Untersuchungen machte die Staatsanwaltschaft bei dem Hanseatischen Oberlandesgericht in einem Schreiben vom 30. September 1985 (AZ.: JPr 162/85) an den deswegen anfragenden DSZ-Verlag' in München unter anderem folgende die Sache klarstellende Mitteilung: »Auch nach Maßgabe der von den sowjetischen Behörden erbetenen und von diesen auch geleisteten Rechtshilfe konnte weder ein Vorgang der behaupteten Art selbst, noch ein - wie von der *Stuttgarter Zeitung* beschrieben - Sonderlager für sowjetische Kriegsgefangene, noch eine Luftwaffeneinheit, die für die behauptete Ausschreitung in Betracht kommen könnte, festgestellt werden. Die sowjetischen Behörden

[3] Faksimile des Schreibens in: *National-Zeitung*, 13. 6. 1997.

haben keinen Zeugen für die Tat benannt. Da weitere Beweismittel nicht zur Verfügung standen, mußte das Verfahren im März 1976 eingestellt werden.«

Es überrascht nicht, daß in der sowjethörigen DDR zu diesem Thema drei Sportbücher erschienen. Aber selbst in den USA verwertete der Hollywood-Regisseur John HOUSTON den Stoff für sein 1981 gedrehtes Filmdrama *Flucht oder Sieg* mit Sylvester STALLONE (alias »Rocky<) und PELE in einer Nebenrolle. Selbst im Jahre 2002 legte der schottische Autor Andy DOUGAN noch einmal nach. In seinem Buch *Dynamo Kiew. Defending the Honour of Kiew (Dynamo Kiew. Die Verteidigung der Ehre Kiews)* überhöhte er die Fußballmannschaft als leuchtendes Symbol des Widerstands gegen die »Nazis«.

In Wirklichkeit war die Behauptung, wonach die ukrainischen Spieler im Anschluß an die zweite Partie abgeführt und erschossen wurden, nichts als kommunistische Propaganda. Zunächst handelte es sich bei der Betriebssportmannschaft nicht um eine Laienspieltruppe, sondern um eine Mannschaft, die kurz zuvor mit acht semiprofessionellen Spielern des 1927 vom sowjetischen Geheimdienst gegründeten Vereins Dynamo Kiew gespickt worden war. Die Spieler wurden keineswegs sämtlich nach dem zweiten verlorenen Spiel der deutschen Luftwaffenmannschaft »Adler« abgeführt. Statt dessen muß den Deutschen nach Spielende von ukrainischen Opfern des sowjetischen Geheimdienstes NKWD zugetragen worden sein, daß es sich bei acht Spielern um untergetauchte Offiziere des Geheimdienstes handelte, die in der Brotfabrik als »Diversanten« arbeiteten. Und genau diese acht Spieler wurden einige Tage nach dem Abpfiff verhaftet. Drei von ihnen, darunter auch dem provokanten Stürmer Nikolaj KOROTKICH, konnten aufgrund von Zeugenaussagen Verbrechen an der ukrainischen Zivilbevölkerung nachgewiesen werden. KOROTKICH wurde daraufhin sofort getötet, drei weitere Folterknechte kurz darauf in den Lagern von Babi Jar und Siretz. Andere Mitglieder der Mannschaft wurden nach Kriegsende in Kiew lebend gesehen. In Kiew wurde ein Denkmal für diese »Opfer der deutschen faschistischen Horden< errichtet.

So versuchte der Sohn eines der angeblich Ermordeten, Vladlen[4] PUTISTIN, mehrmals, Kiewer Tageszeitungen und auch die *Isvestija* zu überzeugen, daß sein Vater noch lebt. Seine Beweise wurden niemals veröffentlicht, und sein noch lebender Vater wurde nicht gezeigt.

Die Verfolgung der Uberlebenden der russischen Mannschaft setzte erst nach dem Krieg ein, denn der KGB betrachtete alle Überlebenden des Spiels als Kollaborateure des Feindes. Dies alles wies der Autor Claus BREDENBROCK in einer sorgfältig recherchierten Fernsehdokumentation[5] unter dem Titel »Die Todeself« mit sowjetischen Augenzeugen nach. Deutsche Augenzeugen lebten nicht mehr, denn die meisten Spieler des »Adler«-Teams waren kurz danach nach Stalingrad abgezogen worden und sind dort wohl gefallen. Kein Wunder, daß dieser Film im deutschen Fernsehen erst gegen Mitternacht ausgestrahlt wurde.[5]

Olaf Rose

[4] Vladlen ist einer der wenigen typisch sowjetischen Namensschöpfungen; er ist die Zusammenziehung der ersten Silben von Vladimir LENIN und ein Name, der Kindern überzeugter Kommunisten in den zwanziger und dreißiger Jahren gegeben wurde,

[5] Claus BREDENBROCK, »Die Todeself«, in: *ARD*, 9. 5. 2005, 23 Uhr 30. Im Jahre 2006 wurde die Filmdokumentation wiederholt gezeigt (6. 2., *WDR*; 13. 5., *Phönix)* und am 26. 5. gar im Goethe-Institut in Kiew vorgestellt.

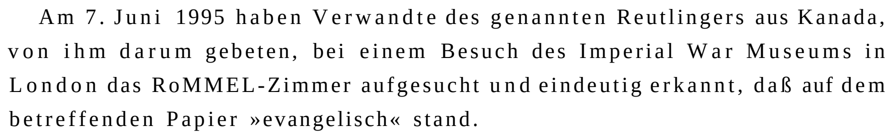
Zu Generalfeldmarschall Rommels Religion

Der dem Verfasser persönlich bekannte Erich NEDELE aus Reutlingen besuchte im April 1982 das Imperial War Museum in London. Bei den Ausstellungsstücken über Generalfeldmarschall Erwin ROMMEL fand er ein Dokument mit Lebensdaten des großen Soldaten. Hinter dem vorgedruckten »Religion« stand in Sütterlinschrift handschriftlich eingeträagen »gottgläubig«. Das verwunderte den Besucher sehr, da er, ein Verehrer ROMMELS, davon noch nichts gelesen hatte. Deswegen besuchte er am 5. Oktober 1987 mit einem Bekannten eine CDU-Veranstaltung mit dem Sohn ROMMELS, dem damaligen Stuttgarter Oberbürgermeister Manfred ROMMEL, in Mössingen und sprach im Anschluß daran Herrn ROMMEL an, berichtete von seinem Besuch im Londoner Museum und fragte ihn, ob sein Vater aus der Kirche ausgetreten sei. Herr ROMMEL hat das »gottgläubig« abgestritten und zumindest den Eindruck zu erwecken versucht, daß sein Vater in der Kirche geblieben sei.



Erwin ROMMEL.

Am 2. März 1992 besuchte die erwachsene Tochter des Vorgenannten aus Reutlingen bei einer Reise nach London das Imperial War Museum, wo inzwischen ein ganzes Zimmer für den Generalfeldmarschall eingerichtet war. Dort fand sie ein Dokument, das oben »2. Ausfertigung« trug (woran sich der Reutünger nicht erinnerte, das 1982 gelesen zu haben) und auf dem handschriftlich »evangelisch« (in Sütterlinschrift, nicht gut von der jungen Frau lesbar) eingetragen war.



Am 7. Juni 1995 haben Verwandte des genannten Reutlingers aus Kanada, von ihm darum gebeten, bei einem Besuch des Imperial War Museums in London das RoMMEL-Zimmer aufgesucht und eindeutig erkannt, daß auf dem betreffenden Papier »evangelisch« stand.

Es ist also anscheinend zwischen 1982 und 1992 eine Auswechselung des betreffenden Dokuments mit einer nicht unwesentlichen Inhaltsänderung vorgenommen worden.

Ein Brief von anderer Seite, der dem Verfasser in Kopie vorliegt, an Manfred ROMMEL mit der Frage, ob sein Vater - zumindest während des Krieges - nicht in der Kirche gewesen sei, wurde vom Sohn in offenbar gewolltem Mißverstehen damit beantwortet, daß er nicht wisse, wie oft sein Vater in den Kriegsjahren in der Kirche gewesen sei.

Das deutet darauf hin, daß die erste Eintragung im Londoner Museum den Tatsachen entsprach. Die Frage erhebt sich dann, wer dafür sorgte, daß sie entfernt und durch eine anscheinend nicht zutreffende ersetzt wurde.

Mit diesem Artikel soll nicht über das Glaubensbekenntnis von Generalfeldmarschall ROMMEL geurteilt werden, sondern der Leser möge die Unwahrheit und Unlauterkeit heutiger »Dokumentation« erkennen.

Kein Mord im NS-Kinderheim



Anna ROSMUS, geb. 1960, erhielt 1984 den Geschwister-Scholl-Preis. Der Film über ihr Wirken in Passau *(Das schreckliche Mädchen)* wurde VON Michael VERHOEVEN gedreht, war 1990 Oscar-nominiert und wurde mit dem Silbernen Bären ausgezeichnet.

Die junge Passauer Amateurhistorikerin Anna ROSMUS war anfangs der neunziger Jahre eifrig bemüht, bisher unbekannte NS-Verbrechen aufzuspüren und auf der Woge des Zeitgeistes medienwirksam anzuprangern. Auch überregionale Zeitungen brachten ihre Entdeckungen, und ein Kinofilm *Das schreckliche Mädchen* wurde darüber gedreht.

Ihre Sucht, dem Deutschland des Dritten Reiches möglichst viele und schlimme Verbrechen anzulasten, verließ dann auch den Boden der Wirklichkeit. So hatte sie einem örtlichen Arzt vorgeworfen, er habe während des Zweiten Weltkrieges Fremdarbeiterinnen »ihre schon lebensfähigen Kinder ohne Narkose scheibchenweise aus dem Leib geschnitten«.[1] Die Angehörigen des bereits 1965 verstorbenen Gynäkologen mußten erst das Passauer Landgericht anrufen, das dann Frau ROSMUS gegen eine Strafandrohung von bis zu sechs Monaten Haft oder bis zu 500 000.- DM Ordnungsstrafe diese Behauptung untersagte, weil sie offensichtlich falsch war.

In der Presse wurde ferner unter Berufung auf Frau ROSMUS verbreitet:[2] »Das Volkswagenwerk unterhielt ein eigenes Kinderheim, in dem mindestens 280 Kinder mit verdorbener Milch ermordet wurden.«

Da solch ein Vorwurf bisher noch nie erhoben worden war, wandte sich der Abgeordnete zum Europaparlament Harald NEUBAUER an den Wolfsburger Autokonzern und fragte an, was von diesem Vorwurf zu halten sei. In seinem Antwortschreiben[3] teilte der Vorstandssprecher des Volkswagenwerkes, M, LÜKING, mit, daß es zwar in einem VW-Kinderheim im niedersächsischen Rühen während des Krieges wegen Ernährungsmangel einige Fälle von »tödlich verlaufenden Erkrankungen an Gastroenteritis« (Magen-Darm-Katarrh) gegeben habe. Jedoch: »Der in der *SZ* genannte Fall verseuchter Milch ist in den uns bekannten Berichten über diese tragischen Vorgänge nicht als Ursache aufgeführt.« Der Vorwurf des Mordes dürfte also nicht zu halten sein, und das damit angeprangerte Verbrechen hat offensichtlich gar nicht stattgefunden.

Daraufhin hat Frau ROSMUS diese Behauptung wohl zurückgezogen, denn der VW-Sprecher teilte weiter mit: »Unsere Nachforschungen zu dem von Ihnen zitierten Artikel in der *SZ* ergaben, daß das neue Buch von Frau ROSMUS die Vorgänge im Kinderheim Rühen nicht nennen wird.« Der I'Z-Beitrag beruhe - so wörtlich in dem Schreiben - auf einem »Mißverständnis«. Die *Süddeutsche Zeitung* brachte jedoch keine Richtigstellung, so daß dieses »Mißverständnis« für viele Leser nicht ausgeräumt ist, sondern als unberechtigte Anschuldigung weiterwirkt. Die alliierten Umerzieher freuen sich über solche Mithilfe verantwortungsloser Deutscher natürlich sehr. Inzwischen soll sich Frau ROSMUS in die USA abgesetzt haben.

[1] Zitiert von Werner BAUMANN, »Die Greuelmärchen der Anja Rosmus«, in: *Nation Europa* Nr. 9, 1993, S. 61.

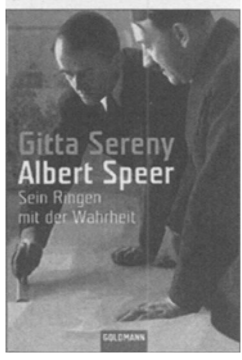
[2] So u. a. in: *Süddeutsche Zeitung*, 29. 7. 1993.

[3] Zitiert von BAUMANN, aaO. (Anm. 1); bestätigt durch Brief von Herrn NEUBAUER an den Verfasser vom 17, 3. 1995.

Angebliche Möbel aus Menschenknochen

In den ersten Jahren nach 1945 tauchten im Rahmen der Umerziehung der Deutschen eine Reihe von dann bald geplatzten Lügen über angebliche besonders unmenschliche Verbrechen, vor allem in deutschen Konzentrationslagern, auf. Da ging es von der angeblichen Seifenherstellung aus Menschenfett[1] über Lampen und Bücher aus Menschenhaut[2] bis zur »Menschenmühle von Belzec«[3] und Herzverpflanzungen ohne Narkose." Diese Vorwürfe konnten inzwischen überzeugend widerlegt werden.





Gitta SERENY und ihr Buch *Albert Speer.*

Erst rund **50** Jahre nach den damaligen Vorgängen berichtete Gitta SERENY in ihrem Buch[5] über SPEER wohl erstmalig von einem Erlebnis, das der junge Martin BORMANN, ältester Sohn des Führersekretärs Martin BORMANN und HITLERS Patenkind, **1944** gehabt haben will. Sie nahm **1990** an einer Therapiegruppe teil, die sich aus Kindern hochrangiger Nazis zusammensetzte, darunter war auch der inzwischen 60jährige Martin BORMANN. »Bei dieser Sitzung im Rahmen eines Projektes, das der israelische Psychologe Dan BAR-ON initiiert hatte, um den Kindern nationalsozialistischer >Täter< bei der Bewältigung ihrer Geschichte zu helfen, erzählte Martin ein furchtbares Erlebnis aus dem Jahre **1944,** auf das er in seinen späteren Gesprächen mit mir noch mehrere Male zu sprechen kommen sollte.«

Danach sei der damalige Internatsschüler 1944 in den Ferien zu Hause auf dem Berghof gewesen. Eines Nachmittags lud Frau POTTHAST, HIMMLERS frühere Sekretärin, Martins Mutter und seine jüngere Schwester Elke mit ihm in ihr neues Haus ein. Nach Kaffee und Kuchen »sagte Frau POTTHAST, sie wolle den Besuchern etwas Interessantes zeigen, eine besondere Sammlung, die HIMMLER in einer ganz speziellen Mansarde aufbewahre. Sie führte sie hinauf in das Dachgeschoß.

>Als sie die Tür öffnete und wir hineingingen, begriffen wir zuerst gar nicht, was wir da sahen - bis sie es uns erklärte, ganz wissenschaftlich, wissen Sie.« Martins Stimme war tonlos geworden. >Es waren Tische und Stühle aus Teilen menschlicher Körper. Da war ein Stuhl. .. die Sitzfläche war ein

[1] Siehe: Beitrag Nr. 256, »Seife aus Menschenfett?«

[2] Arthur L. SMITH, *Die Hexe von Buchenwald. Der Fall Ilse Koch,* Köln **1983**; siehe: Beitrag Nr. 257, »Ilse Koch und die Lampenschirme«.

[3] Siehe: Beitrag Nr. 247, »Die >Menschenmühle< von Belzec«.

* Siehe: Beitrag Nr. 252, »Erste Herzverpflanzungen in deutschem KL?«

[5] Gitta SERENY, *Albert Speer,* Kindler, München 1995, S. 360 f. Ahnliches äußerte Martin BORMANN in der Folge 208 der WDR-Sendereihe »Boulevard Bio« unter »Der Name des Vaters. . .« am 24. 9. 1996. Das Institut für Zeitgeschichte erklärte mit Brief vom 28. 1. 1998, daß es dafür keine Beweise gebe.

menschliches Becken und die Beine menschliche Beine - auf menschlichen Füßen. Und dann nahm sie ein Exemplar von HITLERS *Mein Kampf* von einem Stapel - ich konnte nur daran denken, daß mein Vater gesagt hatte, ich brauche es nicht zu lesen, es sei von den Ereignissen überholt. (Wie SPEER mir erzählte, hatte HITLER ZU ihm genau dasselbe gesagt.) Sie zeigte uns den Einband - aus Menschenhaut, sagte sie - und erklärte uns, daß die Dachauer Häftlinge, die ihn gemacht hätten, dazu Rückenhaut verwendet hätten.«



Martin BORMANN jr., geb. 1930.

Sie seien geflohen, sagte Martin; seine Mutter habe die Kinder vor sich her die Treppe hinuntergeschoben. >Elke war schrecklich verstört, und ich auch.« Es half nichts, daß Gerda BORMANN, um die Kinder zu beruhigen, ihnen sagte, der Vater habe sich geweigert, das Buch im Haus zu haben, als HIMMLER ihm ein ähnliches Exemplar schickte.«

SERENY schreibt dann weiter, der 15jährige habe nach dem Zusammenbruch 1945 Fotos von entsetzlichen Dingen in den Konzentrationslagern gesehen: »»Die Leute sagten, die Fotos müßten Fälschungen sein, aber ich wußte, daß alles wahr war«, sagte er, das Gesicht rot vor Anspannung. »Nach dem, was ich in dem Dachgeschoß gesehen hatte, habe ich nie mehr daran gezweifelt.. .<

»Diese Schweine«, sagte einer der Zuhörer, als Martin fertig erzählt hatte. »Diese Leute Schweine zu nennen«, sagte der Sohn Martin BORMANNS, »ist eine Beleidigung für die Schweine.««

So weit der Bericht über eine ganz und gar unglaubwürdige Erinnerung, die zur psychoanalytischen Analyse reizt, wobei die äußeren Umstände - die erwähnte Psychotherapiegruppe um den israelischen Psychologen und die dort wohl abgehandelten Themen - besonders zu berücksichtigen wären. Wenn es wirklich solch einen Stuhl gegeben hätte, wäre es wohl gleich nach 1945 herausgekommen, wären wohl Überbleibsel gefunden worden. Hinweise auf solch eine »Tatsache« hätte die Umerziehung sich nicht entgehen lassen. Es ist auch unwahrscheinlich, daß der Sohn BORMANNS dieses »Erlebnis« bis 1990 bei sich behielt, nachdem er schon früh sich als völlig umerzogen erwiesen und sich von seinem Vater losgesagt hatte. Bekannte von ihm äußerten gegenüber dem Verfasser die Vermutung, daß die von ihm erzählte Geschichte von einem späteren schweren Unfall mit Knochenbrüchen beeinflußt sein könnte. Auch die Meldungen über Knochen-Souvenirs, die US-Soldaten im Zweiten Weltkrieg[6] oder im Vietnamkrieg an ihre Angehörigen schickten,[7] könnten beigetragen haben.

In einem weitverbreiteten Buch so publikumswirksam dargeboten, wird die schaurige Erzählung wohl bedauerlicherweise bei einigen Leuten Glauben finden und so dem Ziel der Umerziehung weiter dienen.

[6] Charles A. LINDBERGH, *Kriegstagebuch 1938-1945*, Fritz Molden, Wien-München-Zürich 1972, S. 404-449.

[7] Edgar L. JENES, in: *Atlantic Monthly*, Februar 1946.

Übersetzer Fälschen im Dienste der Umerziehung

Obwohl in den Sprachen der Nachbarländer nach 1945 genügend angebliche Tatsachenberichte und Erlebnisdarstellungen über die unglaublichsten Greueltaten Deutscher an Juden oder Ausländern erschienen sind und diese Schilderungen sich schon oftmals als übertrieben oder unzutreffend erwiesen, meinen deutsche Ubersetzer, bei der Übertragung solcher Bücher ins Deutsche noch einen drauf setzen zu müssen. Dabei spielt sicher auch eine Rolle, daß man glaubt, den Deutschen alles zumuten zu können.

Ein Beispiel dazu bildet die Übersetzung von *IA Nuit* verfaßt von Ehe WIESEL, durch Curt MEYER-CLASON ZU der deutschen Ausgabe *Die Nacht zu begraben, Elischa.*[1] Vergleicht man das französische Original mit der deutschen Übersetzung, so stellt man fest, daß offensichtlich bewußt und falsch übertragen wurde. Zum Beispiel ist das französische »crematoire« (Krematorium) durchgängig fälschend mit »Gaskammer« übersetzt worden, insbesondere'

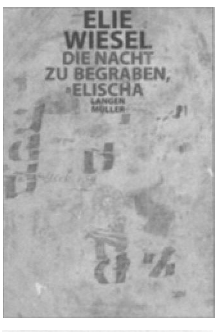
frz. Originalfassung *La Nuit*	dt. Übersetzung *Die Nacht begraben, Elischa*
l.p. 57: au crématoire	S. 53: ins Vernichtungslager
2. p. 57: au crématoire,	S. 53: in die Gaskammer
3. p. 58: les fours crématoires	S. 54: die Gaskammern
4. p. 61: aux crématoires	S. 57: in den Gaskammern
5. p. 62: le four crématoire	S. 57: in die Gaskammer
6.p. 67: Au crématoire	S. 62: in die Gaskammer
7. p. 67: le crématoire	S. 62: Gaskammer
8. p. 84: exterminés	S. 76: vergast
9.p. 101: dans les fours crématoires	S. 90: in den Gaskammern
10. p. 108: six crématoires	S. 95: sechs Gaskammern
11. p. 109: au crématoire	S. 95: in den Gaskammern
12. p. 112: le crématoire	S. 98: die Gaskammer
13. p. 129: au crématoire	S. 113: in die Gaskammer

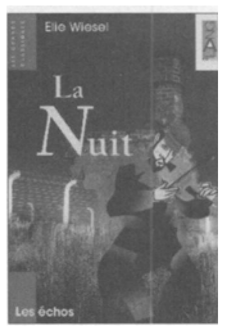
Interessant ist, daß die englische Übersetzung[4] korrekt ist und an den betreffenden Stellen für das französische »crematoire« stets >crematory< und nicht »gas chamber« bringt. Nur die deutsche Übersetzung erlaubt sich die Geschichtsfälschung. Besonders entlarvend ist, daß auf Seite 140 und 150 auch für Buchenwald »Gaskammern« in der deutschen Übersetzung angegeben sind, obwohl seit langem Gewißheit ist, daß auf reichsdeutschem Boden in den KZ keine Gaskammern zur Massenvernichtung vorhanden waren.

[1] Elie WIESEL, *La Nuit,* Les Editions de Minuit, Paris 1958.

[2] Elie WIESEL, *Die Nacht begraben, Eiischa,* Bechtle, München-Esslingen ca. 1962.

[1] Auf diese Geschichtsfälschung haben Jürgen GRAF, und Robert FAURJSSON, bereits aufmerksam gemacht.





[4] Elie WIESEL, *Night,* Bantam Books, London 1986, übersetzt von Stella RODWAY.

Fälschung bei Übersetzungen

Da das Denken und das Bewußtsein bei gebildeten Völkern wesentlich durch den Lesestoff zu beeinflussen sind, wurden und werden im Zuge der Umerziehung der Deutschen auch Inhalte von Büchern - selbst wenn die Verfasser längst verstorben sind - im Sinne des Zeitgeists verändert. So wurden etwa, wie der Berliner evangelische Landeskirchenmusikdirektor Christian SCHLICKE in einem ^«-Gespräch betonte, »in der Neufassung des evangelischen Gesangbuches, das in Deutschland, Österreich und Elsaß-Lothringen verbindlich sein wird, alle das Volk Israel diskreditierenden Formeln alter Liedertexte eliminiert«.[1] Dafür werde stärker auf den jüdischen Ursprung des Christentums hingewiesen, und es seien jetzt Liedstrophen aufgenommen, »in denen Abraham, Moses und David als Vorbilder dargestellt und als >Stammväter< des Glaubens gefeiert werden«.

Eine solche Veränderung wird auch vor allem bei Übersetzungen aus fremden Sprachen in das Deutsche vorgenommen. Ein Beispiel aus dem hochsensiblen Bereich der Zeitgeschichte bringt ein anderer Beitrag.[2] Besonders wirksam sind solche Fälschungen natürlich in Büchern, die von großen Kreisen gelesen werden, etwa bei Kriminalromanen.

Ein bezeichnendes Beispiel findet sich in der Übersetzung eines Buches der britischen Krimi-Klassikerin Agatha CHRISTIE. In der englischen Ausgabe' ist - auch noch in späteren Auflagen - von einem nicht gerade sympathischen Juden Mr. Isaac MORRIS die Rede, in der deutschen Übersetzung[4] wird daraus der Japaner Mr. OKAMATSU. Es handelt sich zwar nicht um eine Hauptperson des Buches, aber gerade daß eine Nebenfigur so verändert wird, ist besonders bezeichnend und beweist, wie wichtig derartige Manipulationen genommen werden.

Damit soll offenbar zweierlei für den umzuerziehenden deutschen Leser erreicht werden: Von einem Juden und seinen im allgemeinen nicht gutzuheißenden Geldpraktiken - wie im Original beschrieben - ist in der deutschen Fassung keine Rede mehr. Dafür wird ausgerechnet ein unangeneh-

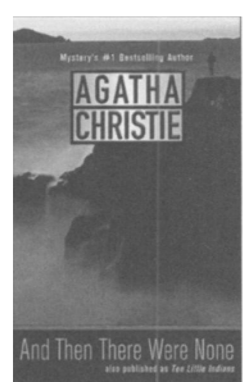
[1] »Neues Kirchenliederbuch ohne antijüdische Formeln«, in: *Hai/er Tagbia/f,* 27.1. 1992.

[2] Siehe: Beitrag Nr. 461, »Übersetzer fälschen im Dienst der Umerziehung«.

' Agatha CHRISTIE, *And Tben Tbere Were* NEW, Fontana-Taschenbuch, +71989; frühere englische Auflagen unter dem Titel: *Ten Little Niggers,* z. B. 1963, ebenso 1. Auflage bei William Collins & Sons 1939.

[4] Agatha CHRISTIE, *Lettes Weekend,* aus dem Englischen übersetzt von Dr. F. FRANK, Ullstein, Berlin 1958, Ullstein Buch Nr. 747,

mer Japaner - nicht etwa ein geschäftstüchtiger Chinese, was sicher näherläge - geschildert, womit gleichzeitig der frühere Verbündete Deutschlands und Feind der Alliierten im Zweiten Weltkrieg - für die meisten Leser sicher unbewußt - herabgesetzt werden soll.



Agatha CHRISTIE, *And Then There Were None.*

Die Gegenüberstellung von Original und der - wie man sich leicht überzeugen kann - sonst sehr wortgetreuen Übersetzung von den jeweiligen Seiten 8 der englischen und deutschen Taschenbuchausgabe ergibt folgendes:

That little Jew had been damned mysterious.

»Take it or leave it, Captain Lombard.« He had said thoughtfully: »A hundred guineas, eh?«

He had said it in a casual way as though a hundred guineas was nothing to him. A hundred guineas when he was literally down to his last square meal!

He had fancied, though, that the little Jew had not been deceived - that was the damnable part about Jews, you could'nt deceive them about money - they knew!

He said in the same casual tone: »And you can't give me any further information? Mr. Isaac Morris had shaken his little bald head very positively.

Dieser kleine Japaner hatte so geheimnisvoll getan,

»Sie konnen's tun, Kapitän Lombard, und Sie können's lassen.« Nachdenklich hatte er hinzugefügt: »Hundert Guineas, eh?«

Dies war so beiläufig gesagt worden, als bedeuteten hundert Guineen gar nichts. Hundert Guineen in einem Augenblick, in dem Lombard buchstäblich seinen letzten Schilling für sein letztes armseliges Mahl ausgeben mußte! Trotzdem hatte er das Gefühl, daß der kleine Japs kein schlechtes Geschäft mache. Das ist eben so eine verfluchte Sache mit den Japanern, man kann sie nicht betrügen - sie sind selbst zu raffiniert! Er hatte im gleichen nachlässigen Ton geantwortet:

»Und Sie können mir keine näheren Informationen geben?« Sehr energisch hatte Mr. Okamatsu seinen kleinen runden Kopf geschüttelt.

Interessant ist in diesem Zusammenhang auch, daß der ursprüngliche Originaltitel des englischen Buches *Ten Little Niggers (Zehn kleine Negerlein)* in den neuere Auflagen geändert wurde in: *And Then There Were None {Da war es keiner mehr),* wahrscheinlich, um das »rassistische« Wort >Niggers< zu vermeiden.[5]

Daß die deutsche Übersetzung einen Titel *{Lettes Weekend)* halb in englischer Sprache trägt - nicht etwa den englischen Titel -, ist auch für das Besatzungsdeutsch unserer Zeit bezeichnend.

[5] Siehe: Beitrag Nr. 475, »>Zehn kleine Negerlein< umbenannt«.

WDR erweckt falschen Anschein

Während der Kommentierung der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Barcelona am 25. Juli 1992 konnte es der Sportchef des Westdeutschen Rundfunks (WDR), Heribert FASSBENDER, im Ersten Deutschen Fernsehen offenbar nicht unterlassen, zwei politisch tendenziöse Behauptungen aufzustellen, die nicht nur in diesem Rahmen völlig fehl am Platze waren, sondern die der Wirklichkeit so nicht entsprachen.

FASSBENDER behauptete, daß der »Diktator FRANCO‹ sowohl den Volkstanz der Katalanen, die Sardana, als auch die katalanische Sprache verboten habe. Damit hat er nicht nur den Boden eines sachlichen Sportkommentars verlassen, um einseitige politische Propaganda zu betreiben, sondern auch Unzutreffendes behauptet. Es gab zwar von 1938 bis in die ersten Nachkriegsjahre gewisse Einschränkungen beim Amtsgebrauch für das Katalanische, die dann aber bald - noch unter FRANCO - aufgehoben wurden.

Daraufhin schrieb am 8. August 1992[1] ein Zuschauer einen Brief an die ***ARD,*** worin er Beweise dafür erbrachte, daß die genannten Behauptungen unwahr seien. In dem Schreiben heißt es unter anderem:

»Ich habe seit 1959 meinen zweiten Wohnsitz in Spanien, und zwar im katalanischen Teil. Ich kann Ihnen ehrenwörtlich versichern, daß ich während all der Jahre der »FRANCO-Diktatur‹ in zahlreichen katalanischen Orten - Gerona, Bagur, Palafrugell, Palamos, Playa de Aro - mit der einheimischen Bevölkerung die Schritte der Sardanas gelernt und mitgetanzt habe. Von keinem Menschen, auch nicht von jeweils anwesenden Angehörigen der Guardia Civil (Polizei, H. W.), wurde hiergegen weder verbal noch gar handgreiflich etwas unternommen.

Ich kann Ihnen ehrenwörtlich versichern, daß ich seit 1959 keinerlei Einschränkungen oder gar »Verbot« des Katalanischen in Wort und Schrift feststellen konnte.

Im Jahre 1963 habe ich in der ***Revista de Palafrugell*** Nr. 8 auf Seite 11 einen Artikel in spanischer Sprache veröffentlicht. Nicht nur in dieser, auch in allen vorausgegangenen und folgenden Ausgaben sind auch Artikel in katalanischer Sprache erschienen. Zum Beweis lege ich ein Exemplar in Kopie bei.«

Erst auf ein erinnerndes zweites Schreiben nach acht Wochen (vom 5. 10. 1992) kam eine Antwort mit Brief vom 9. Oktober 1992, in dem der Reporter FASSBENDER nach einem Dank für die beiden Briefe kurz ausführte: »Die Beantwortung Ihres ersten Briefes fällt mir nicht leicht, denn offensichtlich haben Sie über FRANCO eine andere Meinung als mein Kollege Gerhard MEIER-RÖHN und ich.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, daß ich auf Ihre These nicht näher eingehe.

[1] Kopien dieses wie der nachfolgend erwähnten Briefe gingen dem Verfasser von dem betreffenden Zuschauer zu und hegen in seinem Archiv.

Die von Ihnen kritisierten Informationen stammen u. a. aus einer bemerkenswerten Barcelona-Reihe der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung.«*

Bezeichnend darin ist, daß ablenkend auf eine »andere Meinung« über FRANCO abgehoben wurde, um die es gar nicht ging, daß die bewiesene Wahrheit als eine >These< abgewertet wurde und daß keinerlei Bereitschaft zu einer Richtigstellung angedeutet wurde.

Der Zuschauer richtete deshalb am 14. Oktober 1992 einen weiteren Brief an den Kommentator, in dem es hieß:

»... daß mich Form und Inhalt Ihres Schreibens vom 9. 10. als Antwort auf meine Briefe vom 6. 8. und 5. 10. 1992 nicht befriedigen würden, war Ihnen offensichtlich bereits bei Abfassung bewußt. Die saloppe und nichtssagende Art Ihrer »Stellungnahme« wird so von mir nicht hingenommen. Ich stelle fest: Die von mir beanstandeten Entgleisungen während der Moderation sind keine Fragen einer »Meinung« gegenüber dem ehemaligen Staatschef Spaniens. Sie haben über eine öffentlich-rechtliche Anstalt Millionen von Zuschauern Unwahrheiten aufgetischt, obwohl es Ihre Pflicht wäre, nicht »Meinungen«, sondern Fakten vorzutragen. Sie flüchten sich jetzt in Schweigen und »bitten« um »Verständnis«, daß Sie auf meine »Thesen« nicht näher eingehen. Selbstverständlich habe ich kein »Verständnis« für Ihr Verhalten, zumal ich keine »Thesen« aufgestellt habe, sondern Unwahrheiten mit belegbarem Material widerlegt habe. Ich muß daher davon ausgehen, daß Sie zu denjenigen gehören möchten, die dem Grundsatz huldigen: Man muß eine Unwahrheit nur oft genug wiederholen, dann wird sie schließlich als Wahrheit geglaubt. ..«



Die Sardana, der katalanische Volkstanz, besteht aus einer bestimmten Zahl an kurzen und langen Schritten.

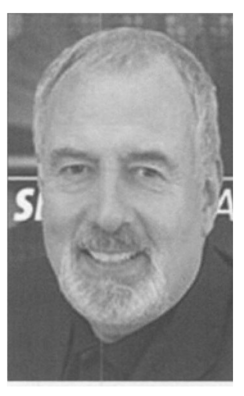
Auf Durchschläge des Schriftwechsels hin, die der Zuschauer der Sendung dann dem Rundfunkrat des WDR zuleitete, erreichte ihn am 4. November 1992 folgende Antwort des Vorsitzenden des Rundfunkrates des WDR:

». ,. eine Kopie des Schriftwechsels mit Herrn FASSBENDER zur Kommentierung der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele in Barcelona am 25. 7.

1992 habe ich erhalten. Da der Intendant nach dem WDR-Gesetz für die Programmgestaltung des WDR verantwortlich ist, leite ich Ihr Schreiben Herrn NOWOTNY mit der Bitte um Kenntnisnahme und Veranlassung des Weiteren zu...«

Von einer Richtigstellung oder einer Rüge des Reporters seitens des Aufsichtsgremiums war keine Rede. Mit Schreiben vom 27, November 1992 antwortete dann der Programmdirektor des WDR:

»... unter den vielen Zuschriften, die wir im Zusammenhang mit der Eröffnungsfeier der Olympischen Spiele im Fernsehen bekommen haben, ist die Ihre die einzige, die bei unseren beiden Kommentatoren Heribert FASSBENDER und Gerhard MEIER-RÖHN (Süddeutscher Rundfunk) zwei »politisch tendenziöse Behauptungen« festgestellt hat.



Heribert FASSBENDER.

Sie versichern, daß Sie seit 1959 keinerlei Einschränkungen oder gar Verbot des Katalanischen in Wort und Schrift feststellen konnten. Auf der anderen Seite gibt es durchaus ernst zu nehmende seriöse Quellen wie die *FAZ*, die von solchen Angriffen auf regionale Eigenheiten ausgehen. Ich glaube, daß unsere Kommentatoren durchaus nicht so neben der Sache liegen, auch wenn Sie - glücklicherweise - den persönlichen Eindruck hatten, daß das Katalanische nicht unterdrückt worden ist.

Im übrigen ist ein Kommentar der Olympischen Eröffnungsfeier nicht geeignet, umfangreiche politische Erörterungen anzustellen. Sicher aber haben Sie als Freund Spaniens und Kataloniens nicht überhört, wie positiv die Kommentatoren die Stadt Barcelona, die Region Katalonien und das Land Spanien dargestellt haben. Gerade dafür wurden sie auch von Spaniern gelobt... «

Auch hier steht Ablenkung auf Unbestrittenes und Nebensächliches im Vordergrund. Die Wahrheit wird als mehr zufällige persönliche Wahrnehmung abgewertet. Keinerlei Wille, die Wahrheit überhaupt zur Kenntnis zu nehmen und anzuerkennen, ist angedeutet, geschweige denn, eine Richtigstellung zu bringen.

Dieser Fall beweist beispielhaft, daß gewisse Medien sich ein Monopol auf Meinungsbildung und Beeinflussung der »öffentlichen Meinung« angeeignet haben, offen gegen die journalistische Pflicht auf wahrheitsgetreue Berichterstattung verstoßen, bei unwiderlegbarem Nachweis von falschen Eindruck erzeugenden Behauptungen keinen Grund zur Entschuldigung und Richtigstellung sehen. Und der Rundfunkrat, das gesetzmäßige Kontrollgremium, deckt noch diese Unverfrorenheit.

Nur öffentliche Anprangerung dieser angesichts der Macht der Medien als Vierter Gewalt in unserer Demokratie verfassungsgefährdenden Entwicklungen kann Abhilfe schaffen. Wer schweigt, macht sich mitschuldig am Entstehen und Fortbestehen eines falschen Geschichtsbildes.

NDR wirft U-Boot-Kommandanten Mord vor

Bundesdeutsche Massenmedien versuchen immer wieder, untadelige Soldaten der Deutschen Wehrmacht zu diffamieren und ihnen Verbrechen während des Zweiten Weltkrieges anzulasten und zu unterstellen. Auf den wahren Tatbestand aufmerksam gemacht, verweigern sie dann meist eine Richtigstellung oder umgehen diese möglichst. Ein kennzeichnendes Beispiel ist die Fernsehberichterstattung über U 995.

Am 19. September 2001 brachte der Norddeutsche Rundfunk (NDR) in seinem »Schleswig-Holstein-Magazin« einen Bericht über das heute an der Kieler Förde bei dem Marineehrenmal Laboe als Museumsboot der Öffentlichkeit zugängliche U-Boot 995.[1]

Darin wurde dem letzten Kommandanten des Bootes, dem damals 22jährigen Ritterkreuzträger Oberleutnant zur See Hans Georg HESS, vorgeworfen, er habe einen Mord nach Kriegsende zu verantworten. Die Einzelheiten dazu sind:

U 995 hatte nach erfolgreichem Kampf gegen anglo-amerikanische Konvois im Nordatlantik nach der Kapitulation der Wehrmacht befehlsgemäß unter HESS einen norwegischen Hafen angelaufen und sich ergeben. Es galt die Weisung der deutschen Seekriegsleitung vom 15. Mai 1945: »Jeder Soldat bleibt an seinem Platz, bis er von seinen Vorgesetzten weitere Befehle erhält. Der Zeitpunkt der Entlassung aus dem Wehrdienst hängt von der Entscheidung der Besatzungsmacht und dem Abtransport ab. Bis dahin ist es Ehrenpflicht eines jeden deutschen Soldaten, seinen Vorgesetzten wie bisher zu gehorchen.«

Dennoch hatte sich ein Besatzungsmitglied ohne Erlaubnis vom Boot entfernt. Über diesen berichtete der NDR dann unter Bezugnahme auf einen anonymen Zeugen, dessen Name auch später nicht offengelegt wurde: »Man stöberte ihn auf. . . Die Offiziere des Bootes bringen ein Besatzungsmitglied dazu, den jungen Mann zu erschießen. Ein Femegericht. Der Tote, Karl BRACHMANN, wird in ein Tuch gehüllt und in den Fjord geworfen. . . Der Kommandant hatte, so ein Zeuge, die Besatzung vergattert, unbedingt Stillschweigen über diesen Mord zu bewahren.«

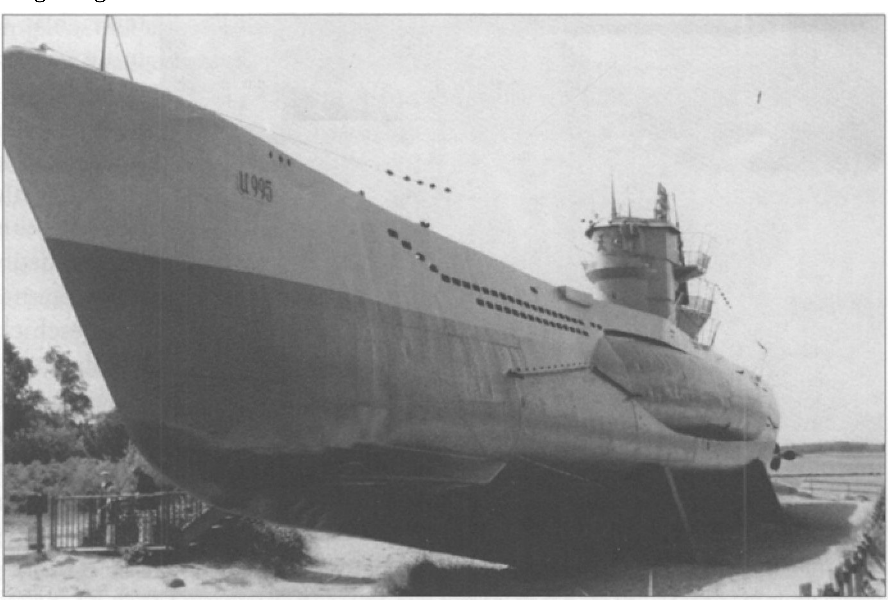
Der als promovierter Jurist und Rechtsanwalt im Ruhestand nahe Hamburg, dem Sitz des NDR, noch lebende derart beschuldigte frühere Kommandant HESS, der sich noch immer regelmäßig mit seinen überlebenden Besatzungsmitgliedern trifft, erfuhr von dieser Sendung. Er erhielt bezeichnenderweise erst nach einigen Schwierigkeiten vom Sender die entsprechende Videokassette und drang dann auf Richtigstellung. Denn für ihn und seine Männer hatte sich 1945 der vom NDR dargestellte Vorgang folgendermaßen ereignet:

[1] **Hans Joachim VON LEESEN, »Diffamiert. Ex-U-Boot-Kommandant ein Mörder?« in:** *Deutsche Militärzeitschrift*, **Nr. 41, Sept./Okt. 2004, S. 6 ff.**



Der Kommandant von U 995 Oberleutnant zur See Hans Georg HESS.

»Der Maschinenmaat BRACHMANN war wenige Tage nach der Kapitulation verschwunden. Man fand ihn bei einer norwegischen Freundin. Er wurde festgenommen und in einem Holzschuppen untergebracht, vor dem ein Posten stand. Der Kommandant ermahnte BRACHMANN, die anstehende Untersuchung wegen Desertion abzuwarten und »keinen Unsinn zu machen«. BRACHMANN aber versuchte auszubrechen und griff dabei den Wachposten an. Der konnte sich des Angriffs nicht anders erwehren, als daß er mit seiner Pistole auf BRACHMANN schoß. Der wurde dabei tödlich verwundet.



U 995.
Alle Abbildungen dieses Beitrages aus: siehe Anmerkung 1.

Als der Vorfall dem Kommandanten gemeldet wurde, unterrichtete er unverzüglich seine vorgesetzte Dienststelle und diese dann die britische Besatzungsmacht, die den Oberbefehl über das Gefangenenlager hatte. Es wurde ein offizielles Gerichtsverfahren eingeleitet, das nach Anhörung von zwei Maaten des U 995, darunter der Wachposten, ohne Schuldspruch abgeschlossen wurde. Damit war der Fall geklärt.«[2]

Dadurch wurden gleich mehrere NDR-Aussagen als Unwahrheit entlarvt. Insbesondere fand also kein Verschweigen des Falles statt, sondern es erfolgte Meldung an Vorgesetzte und Besatzungsmacht. Es gab kein »Femegericht« vor dem Tod des Desertierten, sondern ein offizielles Gerichtsverfahren nach dessen Tod. Nicht Offiziere des Bootes veranlaßten einen Mord, sondern der festgesetzte Deserteur wollte vor der Verhandlung fliehen und griff dabei den Wachposten an.

Man hätte nun erwarten können, daß der Sender sich für diese unberechtigte Verleumdung bei dem noch lebenden Betroffenen entschuldigte und den Vorgang von sich aus klarstellte. Doch der Antrag von Dr. HESS auf Richtigstellung wurde zunächst von der juristischen Abteilung des NDR abgelehnt. Da jedoch der Jurist nicht locker ließ und auf sein Recht hinwies, erklärte der Sender sich schließlich bereit, eine neue Sendung über den Vorfall herzustellen, in der der frühere U-Boot-Komman-

[2] Hans Joachim VON LEESEN, ebenda, S. 7,

dant ausführlich zu Wort kommen sollte. Aus dem aufgenommenen vierzigminütigen Interview mit HESS wurden dann aber nur anderthalb Minuten gesendet, wobei dem Leser durch die begleitenden Erklärungen des NDR der Eindruck vermittelt wurde, der Fall sei weiterhin ungeklärt und beide Darstellungen könnten richtig sein. Formell war damit zwar der Forderung des Beschuldigten Rechnung getragen, in Wirklichkeit jedoch durch die neue Sendung der falsche erste Eindruck nicht beseitigt worden: eine üble und heute immer wieder zu beobachtende Praxis des Fernsehens bei Berichten zur Zeitgeschichte.



Der ehemalige Kommandant von U 995 Dr. Hans Georg HESS auf seinem alten U-Boot.

Jahre später erschien die falsche Darstellung des beschriebenen Vorgangs auch in einem sonst seriösen Buch,[1] dessen Darstellung dann von der Presse, etwa von der *Münsterländischen Zeitung,*, aufgegriffen wurde, die HESS sogar als »Mörder« bezeichnete. Als dieser sich gegen die Falschbehauptung wehrte, druckte die Zeitung dann die gewünschte Gegendarstellung des früheren U-Boot-Kommandanten in voller Länge ab - wie man es erwarten durfte. Der Buchverlag drückte sogar sein »größtes Bedauern« darüber aus, daß »ein Werk aus unserem Verlag mit falschen Tatsachenbehauptungen Ihrem Ansehen Schaden zufügt«, und kam dem Wunsch des falsch Beschuldigten nach, den Büchern ein Blatt mit der Richtigstellung beizulegen und in möglichen Neuauflagen die Vorwürfe zu streichen.[4]

Doch bei den vielen tausend Zuschauern der ersten Fernsehsendung und den zahlreichen Lesern der Zeitungsberichte und des Buches, die die späteren Richtigstellungen nicht erfuhren, bleibt der falsche Eindruck haften und wirkt im Sinne der Umerzieher. Und das beabsichtigen diese ja gerade.

Rolf Kosiek

[5] Heinrich MEHL (Hg.), ***Historische Schiffe in Schleswig-Holstein: VomNydamboot zurGorch Fock,*** Bd. 7 der Reihe »Volkskundliehe Sammlungen der Stiftung Schleswig-Holsteinische Landesmuseen Schloß Gottorp«, Westholsteinische Verlagsanstalt Boyens, Heide 2004.

[4] Hans Joachim VON LEESEN, aaO. (Anm. 1), S. 8.

ZDF fälscht U 234-Fahrt

Am Sonntag, dem 21. März 1993, zeigte das *Zweite Deutsche Fernsehen {/Dl)* ab 19.30 Uhr den Film *Das letzte U-Boot* über die Fahrt von U 234 im Mai 1945. Ursprünglich war diese Produktion als eine »wirkliche und wahre Geschichte«[1] vom *ZDF* angekündigt worden, später gestand dazu der Drehbuchautor Knut BOESER:[2] »Wir haben keinen Dokumentarfilm gedreht, sondern einen dramatischen, bei dem die menschlichen Probleme in einer so extremen Situation im Vordergrund stehen.«[1] In der Vorankündigung des Films war zu lesen, daß er »nach einem ähnlichen Vorfall aus den letzten Kriegstagen«[3] gedreht worden sei, und ZDF-Redakteur Alfred NATHAN erklärte dazu: »Dies ist kein Kriegsfilm, sondern psychologischer Realismus, wir wollen zeigen, wie Menschen in einer extremen Entscheidungssituation reagieren.«[3]

Trotz Zubilligung gewisser »künstlerischer Freiheit« ist nur schwer verständlich, warum dieses deutsch-japanisch-amerikanische Gemeinschaftswerk die historische Wahrheit so sehr verzerrte - und natürlich immer zu Lasten Deutschlands und zugunsten der Alliierten. Sogar die *Welt* überschrieb ihren betreffenden Artikel[1] deswegen richtigstellend: »Das wirkliche Ende von U 234. Die Wahrheit war anders«. Erschwerend kommt hinzu, daß von der insgesamt 52köpfigen Besatzung von U 234 im Jahre 1993 noch 41 Mann lebten und vom *ZDF* zum Teil angesprochen wurden. Auch sie »können nicht begreifen, wieso sich das *ZDF* zu einem Vorhaben hergegeben hat, das

[1] *Die Welt*, 20. 3. 1993.

[2] BOESER ist Jahrgang 1944, muß also Ausnahmesituationen auf U-Boot-Kriegsfahrten genau kennen! Der Regisseur Frank BEYER, geb. 1932, also mit gleicher Kriegserfahrung (!), kommt von der DEFA, der regimetreuen DDR-Filmgesellschaft (*ZDF Monatsjournal*, März 1993, S. 7).

[3] *Illustrierte Wochen^ei-ftw&*Nr. 11, 1993, S. 16.

Zwei Szenen aus dem ZDF-Film. *Unten:* Verabschiedung der U-Boot-Mannschaft, die das Ziel noch nicht kennt.







Johann Heinrich FEHLER, der Kommandant von U 234.

der historischen Wahrheit nicht nur in Einzelheiten, sondern gleich flächendeckend ins Gesicht schlägt. Sie empfinden es als ehrenrührig«.[1]

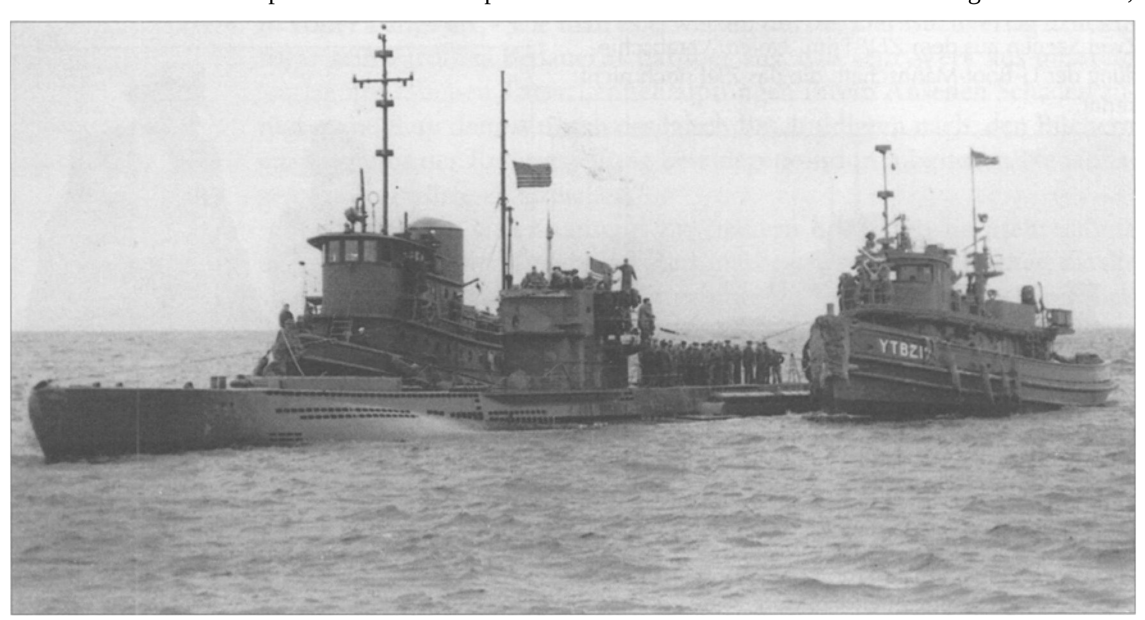
Am 25. März 1945 war U 234 unter Kapitänleutnant Johann FEHLER in geheimer Mission aus Kiel ausgelaufen, um mit wichtiger Fracht - darunter 560 kg Uranoxid, neueste Panzervernichtungswaffen, ein zerlegtes Jagdflugzeug - und zwei japanischen Offizieren - Fregattenkapitän TOMONAGA und Oberst SHOSI - an Bord nach Japan durchzubrechen. Nach der Kapitulation der deutschen Wehrmacht ergab sich das U-Boot am 15. Mai 1945 im Atlantik dem US-ZerstÖrer »Suttonc Die deutschen Seeleute kamen in Gefangenschaft, die wertvolle Ladung fiel den Alliierten in die Hände. Vorher hatten die beiden japanischen Offiziere, die nicht in Gefangenschaft gehen wollten, freiwillig ihrem Leben durch Schlaftabletten ein Ende gesetzt, als sie den deutschen Kommandanten nicht von der Kapitulation abbringen konnten, und waren würdig der See übergeben worden.

Der **ZDF**-Film, der vom unbefangenen Zuschauer als wahrheitsgerechte Dokumentation angesehen werden mußte, fälscht die Geschichte nicht nur in unwesentlichen Einzelheiten - er läßt das U-Boot mit einer weißen Fahne kapitulieren, während deutsche U-Boote dazu eine schwarze setzten -, sondern bringt ungerechtfertigte Belastungen, ja offene Geschichtslügen.

Es trifft nicht zu, daß U 234 noch nach der Kapitulation den britischen Zerstörer »Liverpool« versenkte, wie der Film zeigt. »Kein Wort davon ist wahr«, kommentiert die Welt[1] zu Recht.

Es kam nicht zu »mörderischen Konflikten an Bord«, nachdem der Funkspruch von der Kapitulation der deutschen Wehrmacht eingetroffen war,

U 234 (Stapellauf 23. 12. 1943 in Kiel) wird von Schleppern der US-Marine in den Hafen von Portsmouth eskortiert. U 234 wurde am 20. 11. 1947 im Atlantik versenkt. Aus: SCALIA, siehe Anm. 5.



wie es der Film zeigt, sondern das Gegenteil ist wahr: Die Mannschaft verhielt sich in Wirklichkeit sehr diszipliniert, völlig undramatisch und behielt diese Disziplin bis zur Aufgabe des Bootes gegenüber den Amerikanern,

Ebenso undramatisch, wenn auch tragisch, verlief der Selbstmord der beiden Japaner. Dazu der damalige Oberfunkmeister Wolfgang HIRSCHFELD: »Sie haben dem Kommandanten vorher in einem Brief die Bitte übermittelt, sie ruhig sterben zu lassen und ihre Leichen der See zu übergeben. Vorher hatten sie vergeblich versucht, ihn von der Kapitulation abzubringen,, . Die Offiziere verabschiedeten sich würdig von uns. Wir haben ihr Vermächtnis erfüllt.«[1]

Üble Umerziehungspropaganda ist es in dem Film, wenn der an Bord befindliche General der Flieger Ulrich KESSLER (im Film General MELLENBERG), Chef des Luftwaffenverbindungsstabes in Tokio und Luftattache der dortigen deutschen Botschaft, gestorben 1984 in München, in ein Mitglied des Widerstandes gegen HITLER umfunktioniert wird, der gegen den Führer hetzt. KESSLER gehörte nicht dem Widerstand an, war ein unpolitischer Soldat, der seine Pflicht tat.

Ebensolche deutschfeindliche Hetze liegt vor, wenn aus dem an Bord befindlichen Marinerichter, der für ein Marinegericht in Tokio vorgesehen war und von der Marineführung >aus der Schußlinie der Gestapo gebracht werden« sollte,[1] weil er der Verbindung zu Widerstandskreisen verdächtigt war, ausgerechnet in völliger Verkehrung der Wirklichkeit im Film ein Geschwaderrichter BECK gemacht wird, ein »fanatischer Nazi, der in Tokio unter deutschen Diplomaten und Soldaten aufräumen soll«.[1] Er verübte auch nicht — wie im Film dargestellt - Selbstmord, sondern war noch später Ministerialrat im Bundeswirtschaftsministerium und verstarb 1987.

Auch die Verbeugung vor den Amerikanern in der Schlußszene des Filmes verkehrt die historische Wahrheit völlig. Der Kommandant des US-Zerstörers >Sutton< empfing den deutschen U-Boot-Kommandanten nicht kollegial bei Cognacs und Zigarren - wie im Film gezeigt -, sondern nach der Erinnerung von Kapitänleutnant FEHLER »kalt und gleichgültig«.[4]

Auch 1993 erfüllt also das deutsche *ZDF* immer noch die Aufgabe der deutschfeindlichen Umerziehung: die Geschichte einseitig zu Lasten der Deutschen und zugunsten der Siegermächte zu verfälschen. Deshalb tut Aufklärung not. In diesem Zusammenhang erschien im Jahre 2002 eine beeindruckende verdienstvolle Untersuchung der schicksalhaften Fahrt und der eigentlichen Mission von U 234, die manche Legende beseitigte.[5]







Von oben: General der Flieger Uirich KESSLER; Oberfunkmeister Wolfgang HIRSCHELD (im Jahre 1943); das Buch von Joseph Mark SCALIA, *U 234 - In geheimer Mission nach japan.*

[4] Siehe auch: Beitrag Nr. 47, »Zweimal Compiegne -1918 und 1940«.

[5] Joseph Mark SCALIA, ***U 234 - In ghetmer Mission nach Japan,*** Motorbuch, Stuttgart 2002.

Wie der kommunistische Literat Hermlin lügt

Rudolf LEDER schrieb unter dem Pseudonym Stephan HERMLIN. Er ist am 13. April 1915 in Chemnitz geboren und war schon 1931 Mitglied im kommunistischen Jugendverband (KJVD), trat 1946 der SED bei. Am 17. August 1961 schrieb HERMLIN einen Brief an W. SCHNURRE und Günter GRASS.[1] Er nannte darin den Mauerbau »eine staatliche Aktion gegen die GLOBKE-SCHRÖDER-Politik«. »Aber ich gebe den Maßnahmen der Deutschen Demokratischen Republik meine uneingeschränkte ernste Zustimmung. Sie hat mit diesen Maßnahmen, wie sich bereits zeigt, den Anti-GLOBKEstaat gefestigt,[2] sie hat einen großen Schritt vorwärts getan zur Erreichung eines Friedensvertrages, der das dringendste Anliegen ist, den gefährlichsten Staat der Welt, die Bundesrepublik, auf ihrem aggressiven Weg zu bremsen.« Hier kommt die antifaschistische Staatsideologie der DDR zum Ausdruck, die viele linke Literaten der Bundesrepublik Deutschland so faszinierte.

In einem Brief vom 24. August 1961 stellte Günter ZEHM[1] fest: »HERMLIN war einer der ersten »Prominenten«, die nach dem 17. Juni 1953 die russischen Panzer literarisch verherrlichten (*Die Kommandeuse*). HERMLIN ist heute der erste, der die Panzer und Mauern des 13. August verteidigt.«

In einer Leserzuschrift an die *FAZ*[1'] besaß HERMLIN dann 1991 die Frechheit zu sagen, er bekenne sich seit frühester Jugend zum Miteinander von Christentum und Sozialismus.

Wie die *Welt am Sonntag*[1] berichtete, war HERMLIN auch ein echter Stalinist. Zum Tode STALINS, im März 1953, schrieb er nämlich: »Er starb für mich, für dich, für uns. .. Vor neunundzwanzig Jahren versprach er dem toten Freunde (gemeint ist LENIN, H. W.), seine Kräfte nicht zu schonen. Ach, er hat sie nicht geschont... für sein Land und für die Zukunft der Menschheit hat er sein Blut Tropfen um Tropfen gegeben. Für euch, für uns...«

Dem Rudolf LEDER alias Stephan HERMLIN ist dabei ein Versehen unterlaufen: STALIN gab nicht sein Blut, sondern vergoß jenes von Millionen Russen und Nichtrussen - ein wesentlicher Unterschied!

Auch bei seinen Angaben zu seiner Person ging HERMLIN in Erklärungen und schriftlichen Aussagen mit der Wahrheit großzügig um. Der Gastprofessor für zeitgenössische deutsche Literatur in St. Louis und Redakteur des Hessischen Rundfunks Karl CORINO wies in einer mit vielen amtlichen Dokumenten abgestützten Untersuchung[6] nach, wie HERMLIN seine Biographie fälschte und nichts gegen die unzutreffenden Angaben etwa im *Mun\inger-Archiv*, in *Kindlers Literaturgeschichte der Gegenwart* oder im *Wer war Wer* - DDR unternahm, Aus der Vielzahl solcher falscher Feststellungen seien für die von CORINO behandelte Zeit bis 1943 einige Beispiele herausgegriffen.

[1] Hans Werner RICHTER (Hg.), *»Die Mauer« oder der 13. August*, Rowohlt, Reinbek 1961.

[2] Dr. jur. Hans GLOBKE war Staatssekretär unter ADENAUER, trat mit diesem zurück. In der Weimarer Zeit war er Zentrumsmitglied, im Dritten Reich hoher Beamter, Bei der Nürnberger Rachejustiz wirkte er als Zeuge gegen seinen ehemaligen Vorgesetzten, Staatssekretär Wilhelm STUCKART, mit,

[3] Zitiert in: RICHTER, aaO. (Anm. 1), S. 69.

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 23. I. 1991.

[5] *Welt am Sonntag*, 2b. 7. 1992.

' Karl CORINO, *Außen Marmor, innen Gips: Die Legenden des Stephan Hermlin*, Econ, Düsseldorf 1996.

>• HERMLIN gab an, seine Mutter Lola sei eine Engländerin. Richtig ist, daß sie am 11. Juni 1892 als Lea LAURA in eine streng jüdische Familie in Tarnov in Galizien geboren wurde. Sein Vater David LEDER wurde am 23. Oktober 1888 in Jassy in Rumänien als Sohn jüdischer Eltern geboren. Beider Eltern zogen nach Chemnitz, Lea 1939 nach England.

>• HERMLIN gab an, in einem reichen großbürgerlichen Haus mit christlicher Kultur aufgewachsen zu sein. Richtig ist, daß sein Vater, wie die Mutter strenger Zionist, nach dem Ersten Weltkrieg Firmen in Chemnitz und Berlin aufbaute und im Kunsthandel tätig war, nach wenigen guten Jahren jedoch 1928 Konkurs machte und dann als Angestellter unter schwierigen Bedingungen in Berlin lebte.



Stephan HERMLIN bei einer Lesung in einer Buchhandlung in Berlin-Pankow 1995 (Foto: Ullstein). Stephan HERMLIN war einer der bekanntesten DDR-Schriftsteller, langjähriger Freund HONECKERS, Mitglied der DDR-Akademie der Künste und der Westberliner Akademie der Künste. Er starb am 6. April 1997 in Berlin.

>~ HERMLIN gab an, Abitur gemacht und an der Berliner Humboldt-Universität studiert zu haben. Richtig ist, daß er nach Wiederholung der Quarta wegen kommunistischer Betätigung vor dem Einjährigen aus einem Berliner Gymnasium ausgeschlossen wurde und dann eine Druckerlehre begann.

> HERMLIN gab an, daß sein Vater im KL Sachsenhausen inhaftiert, dort gequält und zu Tode gekommen sei. Richtig ist, daß sein Vater nach der Kristallnacht 1938 sechs Wochen in dem Lager war, dann mit seiner Frau Mitte Juli 1939 nach England ausreisen konnte, wo er 1947 an Leberkrebs starb.

>• HERMLIN gab an, selbst 1934 längere Zeit im KL Sachsenhausen inhaftiert gewesen und später von HITLER ausgebürgert zu sein. Richtig ist, daß er nicht in dem Lager war und nicht ausgebürgert wurde, sondern Anfang 1936 als Staatenloser aus Deutschland mit seiner Familie und Hausrat legal nach Palästina ausreisen konnte.

>• HERMLIN gab an, im Spanischen Bürgerkrieg mitgekämpft zu haben. Richtig ist, daß er zu der Zeit in Paris lebte - da er in England nicht aufgenommen wurde - und nicht in Spanien war.

>• HERMLIN gab an, 1944 in der französischen Resistance mitgearbeitet zu haben. Richtig ist, daß er schon am 17. April **1943** in die Schweiz flüchtete.

Zahlenspiele mit Rußlands Toten

Die Zahl der Kriegstoten der UdSSR im Zweiten Weltkrieg war sehr hoch, darüber bestehen keine Zweifel, obgleich nicht übersehen werden darf, daß STALIN in rigoroser Menschenverachtung seine eigene Soldaten rücksichtslos im wahrsten Sinne des Wortes eingesetzt hat. So ist es Tatsache, daß bei einem Angriff der Sowjetsoldaten hinter deren Sturmreihen, die gleich dem »verlornen Haufen< im Dreißigjährigen Krieg gegen den Feind rannten, politische Kommissare gingen und jeden Rotarmisten gnadenlos abknallten, der etwa zögerte, nach vorn zu gehen. Der sowjetische Soldat mußte siegen, oder er bekam eine Kugel entweder von vorn oder von hinten. Das erhöhte die Zahl der Gefallenen bedeutend, was aber für STALIN keine Rolle spielte. Bemerkenswert ist allerdings das >Spiel< mit den Zahlen der Toten, Genauer gesagt: der Betrug mit den gefallenen Russen.

Auf der Potsdamer Konferenz im Juli 1945 erklärte STALIN: »Wir verloren ungefähr fünf Millionen Menschen während des Krieges.« Hingegen war am 14. März 1946 in der *Prawda* ein Interview mit STALIN ZU lesen, in dem er sagte, daß Rußland ungefähr sieben Millionen Menschen im Zweiten Weltkrieg verloren habe. Dennoch bezifferte einige Jahre später die *Große Sowjet-Enzyklopädie* die Zahl der sowjetischen Toten mit rund zehn Millionen.

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU in Moskau 1956 hat CHRUSCHTSCHOW die Zahl der russischen Kriegstoten mit 20 Millionen angegeben. Auch der Chefideologe der KPdSU, M. SUSLOW, hatte 1965 von 20 Millionen Toten gesprochen. In dem deutschen Schulbuch *Geschichtliche Weltkunde*[x] werden in der Ausgabe von 1964 18,5 Millionen sowjetische Tote genannt. Im DDR-Lehrbuch *Geschichtefür Klasse 9*[1] wird geschrieben, daß die UdSSR im Zweiten Weltkrieg 20,6 Millionen Tote hatte. GORBATSCHOW hat später im Jahre 1989 die Zahl der russischen Kriegstoten auf 27 Millionen heraufgesetzt.

Ein u. a. in Baden-Württemberg benutztes »Geschichtsbuch< für Gymnasien[3] gibt für die Sowjetunion 13,6 Millionen gefallene Soldaten und 7 Millionen im Krieg getötete Zivilisten an. In der *Südwest-Presse"* heißt es 1991, daß der russische Prof. Viktor KOSLOW die Zahl der sowjetischen Gesamtopfer des Zweiten Weltkrieges auf 40 Millionen schätze. Aber die Hälfte gingen direkt oder indirekt auf STALINS Konto.

Im *Deutschland-Magazin*[5] wird 1977 berichtet, daß der im Exil lebende russische Historiker Alexander VARDY, ehemaliger Offizier der Roten Armee, die Zahl von 20 Millionen Toten für die Sowjetunion als eine historische Lüge bezeichnet habe. CHRUSCHTSCHOW habe diese Zahl erstmals nach der Volkszählung 1959 in die Welt gesetzt. Damals wurden in der UdSSR rund 21 Millionen Frauen mehr als Männer gezählt. Bei der Volkszählung 1939 sei das Verhältnis Männer zu Frauen etwa gleich gewesen. Nach VARDYS An-

[1] *Geschichtliche Weltkunde,* 1964.

[2] *Geschichte für Klasse 9,* **DDR-Lesebuch, 1970, S. 238.**

[1] *Geschichtsbuch 4,* **Cornelsen, Berlin 1988, S. 127.**

[4] *Südwest-Presse,* **17. 6. 1991.**

[5] *Deutschland-Magazin,* **Nr. 1, 1977, S. 50.**

Rechte Seite: Dokument aus der *Jungen Welt,* 21.6. 1991. Der Verfasser des Artikels, Prof. W.). Kosiow, geht gar von sowjetischen Verlusten in Höhe von 54 (!) Millionen aus.

sicht sollten damit die Millionen Todesopfer in den sowjetischen Lagern vertuscht werden, VARDY selbst war von 1936 bis 1939 und von 1950 bis 1955 im Lager Workuta.

Es ist so, wie Cornelia GERSTENMAIER[6] schreibt, daß nie jemand die genaue Zahl der Kriegsopfer sowie die der Toten der Gewaltherrschaft in Rußland wird angeben können. Aber der ehemalige Bundeskanzler Helmut SCHMIDT (SPD) behauptet, die UdSSR habe 20 Millionen Tote im Zweiten Weltkrieg gehabt.[7] Er nimmt auch keine kritische Analyse der Zahlen vor. Eine gewöhnliche Fälschung gegen Deutschland reicht Herrn SCHMIDT völlig aus.

[6] *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, Leserbrief, 26. 7. 1990.

[7] Helmut SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, Siedler, Berlin 1987, S. 12 u. 40.

Junge Welt
Nr. 142
Freitag
21. Juni 1991

Schlaglicht



Vor 50 Jahren überfiel Deutschland die Sowjetunion. Diese historische Tatsache gilt als hinlänglich bewiesen. Offen sind aber noch viele Detailfragen. Dies machte auch wieder eine deutsch-sowjetische Historiker-Konferenz deutlich, die am vergangenen Wochenende – veranstaltet vom Berliner Verein für Deutsch-Sowjetische Kontakte e. V. – an der Spree stattfand. JW bringt Auszüge zweier Diskussionsbeiträge.



So wie diese sowjetische Ortschaft bei Smolensk sahen Tausende in der Sowjetunion aus, als die Deutsche Wehrmacht durchzog. Neben den gigantischen materiellen und ideellen Verlusten verursachten Deutsche in der Sowjetunion unermeßliches menschliches Leid

Foto: TASS

Die UdSSR zahlte mit 54 000 000 Kriegstoten

Der Krieg in den Jahren 1941–45 zwischen Deutschland und seinen Verbündeten auf der einen und der Sowjetunion auf der anderen Seite forderte riesige Verluste an Menschen und Material. An der Spitze der Angreifer stand ein solch gnadenloser Fanatiker wie Hitler, der Führer der nationalsozialistischen Partei, der sich die Unterwerfung und Vernichtung der Völker Osteuropas und der Sowjetunion zum Ruhme der „großen deutschen Nation" zur Aufgabe gemacht hatte. An der Spitze der Sowjetunion stand Stalin, der, was die Grausamkeit anbelangt, Hitler nicht nachstand, die Grausamkeit aber nicht nach außen wandte, sondern sie gegen das eigene Land richtete. Noch vor 1941 rief Stalin zur Vernichtung von Millionen Bürgern der Sowjetunion auf, die er als „Feinde des Volkes" bezeichnete. Im Verlaufe dieser Repressionen wurde der überwiegende Teil des Kommandos der Roten Armee, besonders der höheren Ränge, vernichtet. Das Ergebnis davon war, daß die Armee zu Beginn des Krieges ihrer Führung beraubt war. Durch diesen Umstand und durch die von Stalin verschuldete Plötzlichkeit des Überfalls waren die riesigen militärischen Verluste und die Eroberung eines großen Territoriums mit einer Bevölkerung von mehr als 80 Millionen Menschen durch Hitlers Truppen vorherbestimmt. Als Oberkommandierender rechnete Stalin nicht mit Menschenverlusten, sondern stellte dies in die Kompetenz seiner Generalität. In den Verteidigungsschlachten offenbarte sich dies beispielsweise am Schicksal der mehr als zwei Millionen schlecht ausgerüsteter und nicht ausgebildeter Angehöriger der „Volkslandwehr", die buchstäblich unter die Raupenketten der deutschen Panzer geworfen wurden. In den Angriffskämpfen zeigte sich dies z. B. in dem Bemühen, den zu erwartenden großen Sieg ohne Rücksicht auf die Opfer an einem bestimmten sowjetischen Feiertag zu erringen (das Bemühen, Kiew zum Tage der Oktober-Revolution, am 7. November, zu nehmen, das Bemühen, Berlin zum 1. Mai zu nehmen usw.) Zur Genüge bewiesen ist ebenfalls das erbarmungslose Verhalten der Stalinisten gegenüber den Millionen ehemaligen Armeeangehörigen, die von der sowjetischen Armee aus deutscher Gefangenschaft befreit worden waren, dann aber als „Heimatverräter" Repressalien unterworfen wurden. In den Kriegsjahren wurden die Repressalien auch gegenüber der Bevölkerung im Hinterland fortgeführt.

In einigen sowjetischen Publikationen werden bis jetzt Zweifel darüber geäußert, daß es überhaupt gelingen kann, die Kriegsverluste im ganzen wie in aufgeschlossener Form zu bestimmen. Die Wurzeln eines solchen Pessimismus reichen bis in die Kriegsjahre, als die statistischen Erhebungen zur Bevölkerungszahl, worunter auch die Berechnungen der militärischen Verluste besonders in der Zeit des Rückzugs der sowjetischen Armee fielen, äußerst ungenau waren und sich bei Stalin und in seinen Kreisen (einschließlich der Generalität) die Tendenz verstärkte, die Zahlen der eigenen Verluste so sehr wie möglich herabzusenken und die Verluste des Gegners zu übertreiben. Bezeichnend in dieser Hinsicht ist der Aufsatz Stalins vom 6. November 1941 zu Ehren des Jahrestages der Oktober-Revolution, in dem er eine Bilanz von vier Monaten Krieg zog und verkündete, die Sowjetunion habe Verluste an Gefallenen, Vermißten und Verwundeten in Höhe von ungefähr 1,8 Millionen Menschen, der Gegner aber Verluste „an Gefallenen, Verwundeten und in Gefangenschaft Geratenen von mehr als viereinhalb Millionen Menschen". In Wirklichkeit überstiegen die Verluste der Sowjetunion die angegebene Zahl der deutschen Verluste. Nach Beendigung des Krieges, zu Beginn des Jahres 1946 erklärte Stalin, daß der Krieg das sowjetische Volk sieben Millionen Menschenleben gekostet habe, um aber diese Zahl nicht überprüfen lassen zu können, wurde die ganze Bevölkerungsstatistik der UdSSR für geheim erklärt. Im Jahre 1961 erklärte Chruschtschow, daß die gesamten Verluste der bewaffneten Streitkräfte und der friedlichen Bevölkerung mehr als 20 Millionen Menschen ausmachten, und vor kurzem erst erhöhte M. S. Gorbatschow anläßlich der Feier zum 45. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion in diesem Krieg diese Zahl auf 27 Millionen, die nun als offiziell gilt. Jeder, der sich ein wenig mit Bevölkerungsstatistiken auskennt, versteht, daß man solch eine enorme Anhebung der ursprünglichen Verlustzahl kaum durch das Auffinden von Archivmaterial aus den Kriegsjahren erklären kann; so weit mir bekannt ist, gab es solche sensationellen Entdeckungen in den Archiven nicht. Diese Anhebung ist durch neue Ergebnisse von Berechnungen zu erklären, die in den letzten Jahren von sowjetischen Demographen auf Grundlage lang bekannten, aber ungenügend erforschten Materials gemacht worden sind. Ich habe ebenfalls an dieser Arbeit teilgenommen, aber die Resultate, die ich erhielt, erhöhen die als offiziell festgesetzte Zahl um 27 Millionen.

Wer gehört zu dieser riesigen Zahl, die die Summe aller Einwohner Frankreichs jener Zeit übersteigt, und welche Fragen stellen sich bei der Analyse der Verluste, die diese Zahl ausmachen? Wenn man eine Gesamtbilanz der militärischen Verluste zieht, kann man annehmen, daß sie nicht weniger als 15 Millionen Menschen ausmachten. Was die noch größeren Verluste unter der wirklich friedlichen Bevölkerung anbetrifft, die ich auf 25 Millionen Menschen schätze, so treten hierbei nur einzelne Faktoren mit der erforderlichen Klarheit hervor. So gibt es genügend Material für die zahlenmäßige Schätzung der umgekommenen Juden, die auf dem okkupierten Territorium verblieben und von den Nazis umgebracht wurden oder aus anderen Gründen umkamen; diese Zahl umfaßt mehr als 2,5 Millionen Menschen.

Wenn wir von der erhöhten Sterblichkeitsrate der Bevölkerung in den Hinterlandgebieten während der Kriegsjahre sprechen, die sich im Prinzip in ein riesiges Kriegslager verwandelt hatten, müssen dabei die Millionen von Inhaftierten ausgesondert werden, die sich in Gefängnissen und Lagern des Innenministeriums befanden. Allein in der zweiten Hälfte des Jahres 1941 und während des Jahres 1942 wurden mehr als drei Millionen Menschen verurteilt und in die Lager abtransportiert.

Prof. W. I. Koslow, Moskau

Carl Schmitt falsch zitiert

Der wohl bedeutendste deutsche Staatsrechtler des 20. Jahrhunderts war Carl SCHMITT (11. 7. 1888 - 7. 4. 1985). Wegen der angeblichen Nähe seiner Lehre zur NS-Ideologie wurde er nach dem Zweiten Weltkrieg oft diffamiert, gegen ihn wurde »mit verbissener Wut« polemisiert,[1] er verlor 1945 seinen Lehrstuhl und bekam bis zum Lebensende keinen neuen Ruf an eine deutsche Hochschule mehr, während erklärte Marxisten wie ABENROTH, BLOCH, HORKHEIMER oder andere Vertreter der »Frankfurter Schule* sich an deutschen Universitäten tummeln konnten. Die Herabsetzung von manchen Kreisen, insbesondere von Seiten der linken Politologen, die der neomarxistischen »Frankfurter Schule« verbunden sind, dauert an. Dabei wird SCHMITT auch Antisemitismus vorgeworfen. Als Beweis dafür soll oft ein Satz aus seinem Glossarium vom 25. September 1947 dienen: »Gerade der assimilierte Jude ist der wahre Feind.« Diese Eintragung wurde zum Beispiel auch in einer Besprechung der Dissertation von Raphael GROSS über ***Carl Schmitt und die Juden*** von Thomas WLRTZ {***Frankfurter Allgemeine Zeitung***^ 31. 7. 2000) angeführt.

Die Richtigstellung nahm kurz darauf Andreas RAITHEL aus Hürth in einem ausführlichen Leserbrief vor.[2] Er wies darauf hin, daß diese unzutreffende Behauptung »schon in den meisten der über drei Dutzend Rezensionen des Glossariums« auftauche. »Manche Autoren... waren von diesem vermeintlichen Satz von Carl SCHMITT so begeistert, daß sie das Glossarium gleich mehrfach rezensierten, um den »Fund< ausgiebig zelebrieren zu können,«

In Wirklichkeit sei dieser Satz Teil eines Auszuges, den SCHMITT aus dem 1939 in England erschienenen Buch ***The End of Economic Man - A Study of tbe New Totalitarianism*** von Peter F. DRUCKER sich gemacht habe, der deswegen nicht angegriffen wurde.

[1] Caspar VON SCHRENCK-NOTZING, ***Charakterwäsche,*** Seewald, Stuttgart 1965, S. 149.

[2] Andreas RAITHEL, Hürth, »Carl Schmitt exzerpierte nur«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18." 8. 2000.



Carl SCHMITT *(rechts)* in Begleitung Ernst JÜNGERS arn 19. Oktober 1941 am Ufer des Sees von Rambouillet in der Nähe von Paris.

»In SCHMITTS Eintragung finden sich zunächst - englisch - zwei nicht exakte Zitate aus DRUCKERS Euch (dort Seite 150 und 158 folgende). Dann geht es - deutsch - weiten »Denn Juden bleiben immer Juden. Während der Kommunist sich bessern und ändern kann. Das hat nichts mit nordischer Rasse usw. zu tun. Gerade der assimilierte Jude ist der wahre Feind. Es hat gar keinen Zweck, die Parole der Weisen von Zion als falsch zu beweisen.<«

Warum SCHMITT sein, wie der Vergleich mit dem Original zeigt,[3] ziemlich frei übersetztes Zitat auf deutsch beendete, sei unklar. Hätte er, so meinte auch RAITIIEL, fortgefahren, seinen Auszug auf englisch zu machen, hätte er »zahlreiche Helden von der Schreibtischtruppe des Weltanschauungskrieges um die Wonnen des Zitierens mit dem Hirschfänger gebracht«.

Eine weitere Carl SCHMITT bisher belastende Fehldeutung hat Gabriel SEIBERTH in einer ausführlichen und durch neu zugängliche Quellen abgestützten Untersuchung widerlegt.[4] So hatte man dem Staatsrechtler sein Verhalten vor 1933, insbesondere beim »Preußen-Schlags als Stellungnahme für den Nationalsozialismus ausgelegt. Damals hatte Reichskanzler Franz VON PAPEN die sozialdemokratische Regierung Preußens unter BRAUN abgesetzt, wo-

[4] Gabriel SEIBERTH, *Anwalt des Reiches. Carl Schmitt und der Prozeß »Preußen contra Reich« vor dem Staatsgerichtshof,* Duncker & Humblot, Berlin **2001.**

[3] Die entsprechende Stelle in DRUCKERS Buch *The End of Economic Man* lautet im Original auf S. 158 f. folgendermaßen (zit. bei 1): »For the individual Communist can always recant; but »once a Jew, always a Jew*. . .Nazi anti-Semitism is therefore due neither to the irreconcilable conflict between the Nordic und the Semitic principle as the Nazis assert, nor to the inherent anti-Semitism of the German people, as is so often said in the outside world. It has been caused precisely by the absence of any distinction, conflict and strangeness between the German Jews and a large part of the German people - to wit, the liberal middle classes. The Nazis do not persecute the Jews because they remained a foreign body within Germany, but actually because they had become almost completely assimilated and had ceased to be Jews. It is therefore quite irrelevant what the Jews really are, or what their character, their actions, and their thoughts are. The famous *Protocols of 7-ion* can proved a hundred times a clumsy forgery; they must be genuine, as the Jewish conspiracy against Germany must be real.« (Denn der einzelne Kommunist kann immer abschwören; aber »einmal ein Jude, immer ein Jude*. .. Der Antisemitismus der Nazis ist daher weder durch den unaufhebbaren Konflikt zwischen dem nordischen und dem semitischen Prinzip bedingt, wie die Nazis versichern, noch durch den innewohnenden Antisemitismus des deutschen Volkes, wie so oft im Ausland behauptet wird. Er ist verursacht genau durch das Fehlen von jeder Unterschiedlichkeit, von jedem Konflikt und jeder Fremdheit zwischen den deutschen Juden und einem großen Teil des deutschen Volkes - nämlich den liberalen Mittelklassen. Die Nazis verfolgen die Juden nicht, weil sie ein Fremdkörper in Deutschland blieben, sondern in der Tat, weil sie fast vollkommen assimiliert worden sind und aufgehört hatten, Juden zu sein. Es ist deswegen ganz unwesentlich, was die Juden wirklich sind oder was ihr Charakter, ihre Tätigkeiten und ihre Gedanken sind. Die berühmten *Protokolle von Zion* können hundertmal als plumpe Fälschung erwiesen werden; sie müssen echt sein, wie die jüdische Verschwörung gegen Deutschland echt sein muß.)



Carl SCHMITT auf seinem Ruhesitz in San Casciano im Jahre 1952.

gegen die preußische Regierung sofort vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig Klage erhob. Zum Beispiel hatte noch im Jahre 2001 Dirk BLASIUS, Essener Professor für Sozialgeschichte, in einer Studie über SCHMITTS Rolle als Preußischer Staatsrat seit 1933 geschrieben, daß »SCHMITTS Salutieren vor dem braunen Zeitgeist die richtige Witterung für politische StrömungsVerhältnisse vorausging« und »nicht das Ermächtigungsgesetz vom 21, März 1933, sondern der Preußen-Schlag vom 20. Juli 1932« ihn bereits als Parteigänger HITLERS entlarvt habe.[5] In diesem Sinne wurde auch die Tatsache ausgelegt, daß SCHMITT als Vertreter des Reiches in diesem Fall 1932 zum Staatsgerichtshof nach Leipzig entsandt wurde.

[5] Paul NOACK, »Schleichers Außerkraftsetzer«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 20. li. 2001

SEIBERTH konnte bei seinen Nachforschungen die weitgehende Öffnung der Hinterlassenschaft SCHMITTS im nordrhein-westfälischen Hauptstaatsarchiv in Düsseldorf nutzen. Er kommt zu der Schlußfolgerung, die Maßnahme der Reichsregierung unter PAPEN sei »nicht, wie bislang oft angenommen, eine Vorstufe zur Machtergreifung HITLERS« gewesen, sondern sie »sollte vielmehr deren Verhinderung dienen«. Zudem sei SCHMITT kein Mann PAPENS und kein Befürworter der Staatsnotstands-Pläne dieses Reichskanzlers gewesen. Er sei vielmehr auf Betreiben des damaligen Reichswehrministers General Kurt VON SCHLEICHER mit dieser Aufgabe betraut worden. Und SCHLEICHER wollte den Einfluß sowohl der NSDAP als auch der KPD eindämmen. Dem Kreis um SCHLEICHER - und damit auch SCHMITT - sei es nicht um »eine Erosion der Verfassung, sondern um die Wiederherstellung geordneter Verhältnisse« gegangen. Die PAPEN-HITLER-Linie sei also falsch, und damit seien auch die Vorwürfe gegen SCHMITT wegen seines Verhaltens 1932 unberechtigt.

»Solange ein Volk in der Sphäre des Politischen existiert, muß es, wenn auch nur für den extremsten Fall - über dessen Vorliegen es aber selbst entscheidet - die Unterscheidung von Freund und Feind selber bestimmen.
Darin liegt das Wesen seiner politischen Existenz. Hat es nicht mehr die Fähigkeit oder den Willen zu dieser Unterscheidung, so hört es auf, politisch zu existieren. Läßt es sich von einem Fremden vorschreiben, wer sein Feind ist und gegen wen es kämpfen darf oder nicht, so ist es kein politisch freies Volk mehr und einem anderen politischen System ein- oder untergeordnet. Ein Krieg hat seinen Sinn nicht darin, daß er für Ideale oder Rechtsnormen, sondern darin, daß er gegen einen wirklichen Feind geführt wird. (S. 50 f.)
Es wäre tölpelhaft zu glauben, ein wehrloses Volk habe nur noch Freunde, und eine krapulose Berechnung, der Feind könnte vielleicht durch Widerstandslosigkeit gerührt werden... Dadurch, daß ein Volk nicht mehr die Kraft oder den Willen hat, sich in der Sphäre des Politischen zu halten, verschwindet das Politische nicht aus der Welt. Es verschwindet nur ein schwaches Volk.« (S. 53 f.)
Carl SCHMITT, ***DerBtgriff' des Politischen,*** Duncker & Humblot, Berlin 1963. (Text von 1932)

Dank für >Befreiung< Breslaus

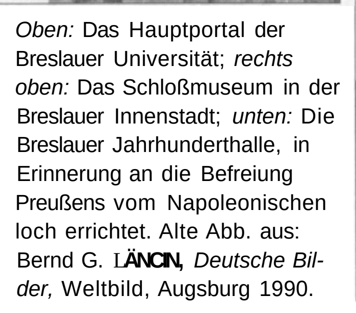
Das beim Mongoleneinfall 1241 zerstörte, schon damals von Deutschen bewohnte Breslau wurde anschließend als deutsche Stadt neu begründet und erhielt 1261 Magdeburger Recht. Mindestens seit dieser Zeit war die schlesische Hauptstadt mehrheitlich deutsch, bis die völkerrechtswidrige Vertreibung 1945/46 die meisten Deutschen verjagte.

Geschichtsfälschend wird seitdem oft von einer polnischen Stadt >Wroclaw< gesprochen, auch entgegen dem achten Gebot: Du sollst nicht falsch Zeugnis reden wider Deinen Nächsten - von der katholischen Kirche in Polen. Deren Kardinal HLOND setzte es 1945 mit grobem Betrug durch, indem er einen päpstlichen Auftrag vortäuschte, daß der deutsche Erzbischof BERTRAM sein Amt niederlegte.[1] Seit **1945** steht Schlesien und mit ihm Breslau unter fremder Verwaltung und ist seiner rechtmäßigen Bewohner und damit auch der Freiheit beraubt.



Kardinal Adolf BERTRAM, Bischof von Breslau von 1914 bis 1945.

[1] Franz SCHOLZ, *Kollektivschuld, Vertreibung,* Josef Knecht, Frankfurt/M. 1995; ders., *Zwischen Staatsräson und Evangelium, Kardinal Hlond und die Tragödie der ostdeutschen Diözesen,* Josef Knecht, Frankfurt/M. 1988.







Oben: Das Hauptportal der Breslauer Universität; *rechts oben:* Das Schloßmuseum in der Breslauer Innenstadt; *unten:* Die Breslauer Jahrhunderthalle, in Erinnerung an die Befreiung Preußens vom Napoleonischen loch errichtet. Alte Abb. aus: Bernd G. LÄNCIN, *Deutsche Bilder,* Weltbild, Augsburg 1990.

Ende Mai 1997 fand in Breslau der 46. Eucharistische Weltkongreß statt, ausgerechnet unter dem Motto »Zur Freiheit hat uns Christus befreit«. Das Leitwort an diesem Ort mußte für jeden Schlesier und Deutschen wie blanker Zynismus wirken.



Motiv des 46. Eucharistischen Weltkongresses 1997 in Breslau.

Damit nicht genug: Die Zeitung des Vatikans, ***Osservatore Romano,*** brachte in ihrer deutschsprachigen Wochenausgabe vom 30. Mai 1997 auf der ersten Seite des Blattes einen Bericht zu diesem Kongreß. Schon die Uberschrift: »Eucharistischer Kongreß in Breslau ist auch Dank für Befreiung« ist eine GeschichtsVerdrehung, wenn man darunter nicht nur die vom Kommunismus meint. Und gerade das wird im Artikel betont: »Nach Ansicht von Kurienkardinal Edouard GAGNON ist der Kongreß auch ein Anlaß des Dankes. .. dafür, daß die schlesische Hauptstadt nach »Jahrhunderten fremder Herrschaft* ihre Freiheit wiedererlangt hat.«

Diese Geschichtsfälschung wird im folgenden Abschnitt noch einmal ausdrücklich wiederholt, wenn der genannte kanadische Kardinal, der im Vatikan für die Organisation des Kongresses verantwortlich war und sich deswegen wohl mit der Geschichte der Stadt beschäftigt haben dürfte, zitiert wird, daß Breslau sich freue, »daß sie, nachdem sie über Jahrhunderte unter fremder Herrschaft stand, nun die Freiheit wiedergefunden hat«.

Während in jedem anderen Staat das zuständige Außenministerium bei solch einer Fälschung protestiert hätte, geschah von der Regierung in Bonn aus nichts. Nur aus den Reihen der deutschen Vertriebenen kamen erhebliche Proteste und Richtigstellungen.

Daraufhin brachte der *Osservatore Romano* in seiner Ausgabe vom 4. Juli 1997 eine gewisse Abschwächung, indem der Kardinal sein Bedauern darüber ausdrückte, daß er »Millionen 1945 aus ihrer schlesischen Heimat vertriebene Schlesier tief verletzt habe«. Mit seinen Worten über Breslau habe er gemeint, daß »das damalige Polen in seiner Geschichte die Befreiung von häufiger Fremdherrschaft« gefunden habe. Dann hätte er aber in solch einem Zusammenhang die Stadt Breslau nicht nennen dürfen.

Der politische Schaden für Deutschland durch die Aussage des Kardinals bleibt jedoch und ist erheblich. Daß der damalige polnische Papst, selbst in Breslau zum Kongreß anwesend, kein klärendes Wort zum Vertreibungsunrecht und dessen Wiedergutmachung sprach, zeigt, daß der Vatikan - anders als zu den Zeiten Pius' XII. nach dem Zweiten Weltkrieg - die Folgen der kommunistischen Gewaltherrschaft anerkennt, wenn sie sich wie die Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland für Polen zum Vorteil auswirken.[2]

[2] Dieser Vorwurf wurde auch zu Recht in einem Beitrag zu diesem Thema in der ***National-Zeitmg,*** ***22.*** 8. 1997, erhoben.

>Tschechien< von Deutschenhasser erfunden?

Als die Tschechoslowakei nach 1938 in den neunziger Jahren ein zweites Mal mitten im Frieden zerbrach, bedurfte es neben der Slowakei für den restlichen tschechischen Teil einer deutschen Bezeichnung. Das naheliegende und bereits volkstümliche >Tschechei< wurde von zeitgemäßen Kreisen abgelehnt, da es zu sehr an die >Resttschechei< und damit an die >Nazis< erinnere. Nach einem Hin und Her einigte man sich bei Politikern und in Massenmedien dann auf »Tschechiens Im Volk wird wohl >Tschechei« beibehalten werden.

Interessant ist die Vorgeschichte dieses Namens, an die die ***Safzburgr Volkszeitung***[1] unter der Überschrift »Wie 1941 der Name »Tschechien« erfunden wurde« erinnerte. Danach hat der US-Amerikaner Theodore N. KAUFMAN im Herbst 1941 eine Karte gezeichnet und mit seinem Copyright-Zeichen versehen,[2] auf der der Name >Czechia< erscheint, der englische Ausdruck für »Tschechien«. Die Karte fügte KAUFMAN seinem Buch ***Germany must perish***[3] bei, das ebenfalls 1941 erschien, also noch bevor die USA sich mit Deutschland im Kriegszustand befanden, und von blindem Haß gegen die Deutschen trieft wie das Buch ***Was sollen wir mit Deutschland machen! von*** Louis NIZER.[4] Das Original der Karte hat der Historiker Dr. Alfred SCHICKEL von der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt vor einigen Jahren in der Roosevelt-Bibliothek in Hyde Park im Staat New York gefunden.

Bemerkenswert ist, daß auf dieser Karte von 1941 mit der (übersetzten) Überschrift »»Landkarte, die die mögliche Zerstückelung Deutschlands und die Aufteilung seines Gebietes zeigt«, Deutschland gar nicht mehr vorhanden ist. Sein nördlicher Teil bis kurz vor Berlin ist zu Holland geschlagen; Ostpreußen, Pommern, Mecklenburg, Schlesien und Brandenburg gehören bereits zu Polen; das Gebiet südlich einer Linie Essen-Erfurt und dann bis zur österreichischen Grenze ist französisch. Tschechien mit Leipzig und Dresden im Norden sowie mit fast ganz Österreich grenzt an Polen, Holland, Frankreich, die Schweiz (die auch Tirol, Vorarlberg und Teile des südlichen Bayerns umfaßt), Italien, Jugoslawien, Ungarn und die Slowakei. Bei aller sonst überschießenden Phantasie sah der Deutschenhasser also schon 1941 richtig voraus, daß die Slowaken nicht mit den Tschechen zusammen in einem Staat bleiben wollten.

Wer also als Deutscher die Bezeichnung »Tschechien« verwendet, sollte daran denken, daß sie offenkundig auf den Deutschenhasser Theodore N. KAUFMAN zurückgeht, der ganz offen schon 1941 die Vernichtung und Zerschlagung Deutschlands betrieb.

[1] ***Salzburger Volkszeitung,***, 1.4. 1993, S. 4 »Zeitgeschichte«.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 343, »Deutschland muß vernichtet werden« (mit Karte).

[3] Theodore N. KAUFMAN, ***Germany must perish,*** USA 1941, deutsche Ubersetzung von Erich TEICH, ***Deutschland muß ausgelöscht werden,*** ohne Jahr u. Ort, ca. **1975.**

[4] Louis NIZER, ***What to do witb Germany?,*** USA 1943/44, deutsche Übersetzung: ***Was sollen wir mit Deutschland machen?,*** Belgien ohne Jahr, Zitate daraus siehe: Beitrag Nr. 344, »Nizer: Was sollen wir mit Deutschland machen?«

Hakenkreuze in Köln 1959

In der Nacht vom 24. zum 25. Dezember 1959 wurde die Synagoge in Köln, Roonstraße, von zwei jungen Männern mit Hakenkreuzen und der Parole »Juden raus< beschmiert,[1] Es handelte sich um den Bäckergesellen Arnold STRUNK und den kaufmännischen Angestellten Paul Josef SCHÖNEN, beide 1934 in Köln geboren.[2]

Die Täter waren Mitglieder der Deutschen Reichspartei (» DRP)[1], der sie im Jahre 1958 beigetreten waren. Sie sollen vorher mehrfach nach Mitteldeutschland gefahren sein. In gewissenloser Weise wurde von der Publizistik die DRP für die Tat verantwortlich gemacht. Es lag hierfür nicht der geringste Beweis vor. Entscheidend ist dagegen die Tatsache, daß der Vorsitzende der DRP von Köln, Ernst CUSTODIS, der Polizei wichtige Hinweise zur Ergreifung der Täter gab. Auf Grund dieser Hinweise konnte der eine Täter (A. STRUNK) noch am 25. Dezember gegen 18 Uhr festgenommen werden,[4] SCHÖNEN wurde am selben Tag gegen 21 Uhr verhaftet. Polizei und Verfassungsschutz wurden vom Vorstand der DRP sofort über alles unterrichtet.

Folgen

Die Schmieraktion von Köln hatte ein geradezu hysterisches Echo. Alle möglichen Publikationsorgane und auch die Kirchen überschlugen sich vor Selbsterniedrigung und Anklagen gegen Rechts. Es kam zur zweiten Welle der >Vergangenheitsbewältigung<. Ab dieser Zeit wurden regierungsamtliche Jahresberichte über »Rechtsextremismus«, die *Verfassungsschutzberichte,* vorgelegt. Diffamierungen von Personen und Gruppen und Verzerrung der Fakten sind deren Inhalt neben einigen allgemein bekannten Tatsachen. Im Strafgesetzbuch wurden die § 96a neu eingeführt, §§ 130 und 189 verschärft. Für Rechtswillkür jeder Art gegen Rechts und Nationale erwies sich der eingeführte Begriff der »VolksVerhetzung« außerordentlich geeignet.[3]

Die »Ständige Konferenz der Kultusminister« gab im Februar 1960 neue Richtlinien (Saarbrücker Rahmenvereinbarungen) für die Behandlung der jüngsten Vergangenheit im Geschichtsunterricht heraus. An Universitäten und Pädagogischen Hochschulen wurden weitere Lehrstühle für »Politische Wissenschaften« zur Verstärkung der Umerziehung errichtet.

Die Ludwigsburger Zentralstelle (im Volksmund als >Kopfjägerzentrale« bezeichnet) wurde eingerichtet, um eine große Prozeßwelle gegen ehemalige deutsche Soldaten und Offiziere in Gang zu bringen.

Von 1958 bis 1962 war J. H. DUFHUES (1908-1971) Innenminister im Kabinett MEYERS in Nordrhein-Westfalen. DUFHUES hatte in einer Fernsehsendung am Abend des 26. Dezember 1959 die DRP wider besseres Wissen we-

[1] Abbildung z. B. in: *Der Spiegel,* Nr. 1/2, 6. 1. 1960, S. 20.

[2] Es wurden auch noch andere Parolen, wie z. B. »Deutsche fordern: Juden raus« angeschmiert. Auch wurde ein Denkmal am Hansaring in Köln besudelt.

[3] Die DRP, Deutsche Reichspartei, wurde 1953 gegründet, Im Jahre 1964 hat sich die Partei selbst aufgelöst, um in der Nationaldemokratischen Parte i Deutschlands (NPD) aufzugehen.

[1] *Weißbuch und Erklärung der Bundesregierung,* Bonn 1960, S. 29 f.

[5] Karl LACKNER, *Strafgesetzbuch* (StGB), 18. Auflage, Beck, München. Sog. 6. Strafrechtsänderungsgesetz vom 30. Juni 1960.



Am 24. Dezember 1959 wurde die Kölner Synagoge mit antisemitischen Zeichen und Parolen beschmiert. Es war nicht der >Geist des Nationalsozialismus!, wie vielerorts behauptet, sondern das Werk östlicher Geheimdienste.

gen des Kölner Vorfalls in unqualifizierter Weise angegriffen und verleumdet.[6] Die DRP schlug zurück, DUFHUES stellte Strafantrag. Es kam zu einer Reihe von Prozessen, das Landgericht Bielefeld hat im Spätjahr 1963 DUFHUES bescheinigt, daß er leichtfertig und boshaft gehandelt habe.[7] DUFHUES hatte nämlich noch drei Stunden nach der ihm bekannten Festnahme der Täter eine Belohnung von 10 000 DM zu ihrer Ergreifung ausgesetzt.

Schon in dem von der Bundesregierung 1960 herausgegebenen *Weißbuch*[4] wird (z. B. auf Seite 52) auf den kommunistischen Propagandafeldzug aufmerksam gemacht, der im Zusammenhang mit den Ereignissen in Köln gegen die Bundesrepublik (nicht etwa gegen die DRP oder die beiden Täter!) stattfand. Der schon (siehe: Beitrag Nr. 440, »Der Film *Unternehmen Teutonenschwert*<) genannte Albert NORDEN hat in seinem *Schwarzbuch über die Pariser Verträge* eine besonders teuflische Hetze gegen die BRD entfaltet. Hierzulande aber fiel die stark linksradikale und kommunistisch beeinflußte allgemeine Presse in das Hetzkonzert gegen rechte Parteien und Gruppen voll mit ein. Obwohl Franz-Josef STRAUSS vor der CDU/CSU-Fraktion in Bonn am 19. Januar 1960 betonte, daß die Einzelaktionen das Ergebnis der kommunistischen Infiltrationsarbeit seien, haben die Bundesregierung und die sie vertretenden Parteien nicht der Ostpropaganda hart erwidert, sondern sind immer mit Entschuldigungen und unterwürfigen Beteuerungen auf die Hetze aus Ost und West eingegangen.

Im Jahre 1974 kam ein Buch des amerikanischen Geheimdienstoffiziers John BARRON (Pseudonym) auf den Markt, Titel *KGB*. BARRON hat die kommunistische Mache[6] im Falle der Kölner Hakenkreuzschmierer belegt: Der für Desinformation zuständige sowjetische KGB-General AGAJANZ hatte die weltweiten Hakenkreuzschmierereien - auch die in Köln - und vor allen

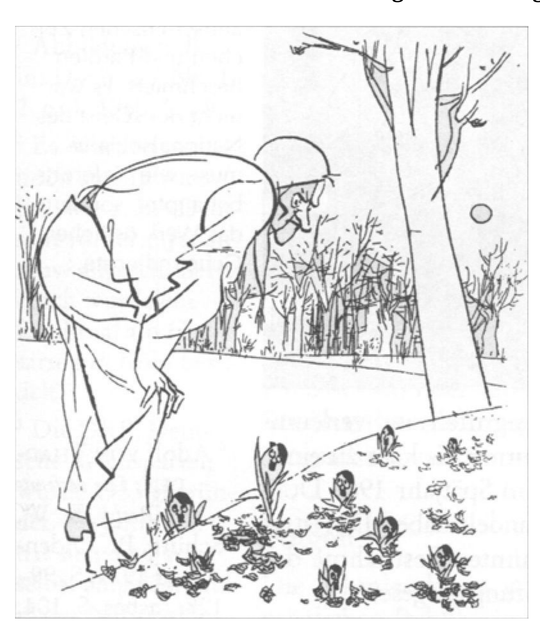
[6] Adolf VON THADDEN, *Die verfemte Rechte,* K. W. Schütz, Pr. Oldendorf 1974, S. 99-128, insbes. S. 104.

[7] *Der Spiegel,* Nr. 48, 27.11. 1963, S. 37 f.

B John BARRON, *KGB,* Scherz, München 1974, S. 219 ff.; siehe auch: *Bild-Zeitung, 11. 1.* 1974.

Dingen die antisemitischen Parolen organisiert. Der Westen wurde auch über diese Ereignisse durch Überläufer aus dem Osten informiert.[6]

Bewertung der Ereignisse



»Was regt sich unterm Laub?« - Karikatur von M. SZEWCZUK aus dem Jahre 1952. Schon in der ADENAUER-Zeit wurde mahnend Charakterwäsche betrieben.

Jedes historische Geschehen muß in den Gesamtzusammenhang der Ereignisse hineingestellt werden. Nur so kann es verstanden werden.

Es ist nicht übertrieben zu sagen, daß 1959 ein Wendejahr der Nachkriegspolitik war. Anfang 1959 legte CHRUSCHTSCHOW einen Friedensvertragsentwurf vor, den ADENAUER mit Recht als ein »Super-Versailles« bezeichnete. Dieser Entwurf wurde an 28 Staaten versandt. Nur nebenbei sei gesagt, daß im Artikel 19 die Ergebnisse der Nürnberger Siegerjustiz anerkannt werden sollten.

Parallel zu allen Ereignissen lief ein Propagandakrieg gegen die BRD, stärker noch als seit Beginn der Nachkriegszeit. Die besondere Hetze gegen Minister OBERLÄNDER^ und dessen Rücktritt 1960 seien hier stellvertretend genannt.

Von Mai bis August 1959 fand in Genf eine Außenminister-Konferenz statt. In der Deutschen Frage war kein Ergebnis zu erzielen. CHRUSCHTSCHOW erhielt eine Einladung zu einem Gipfeltreffen mit Präsident EISENHOWER in die USA. Die Skrupellosigkeit dieser Propaganda fand ihre Entsprechung in der BRD, Hetzer und Lügner in den Medien waren auch auf westlicher Seite am Werk, Das ist die wichtigste und folgenreichste Tatsache aus dem Fall der Hakenkreuzschmierer.

Regierung, Parteien und Kirchen überboten sich anschließend in Schuldbekenntnissen allgemeiner Art und in Unterwürfigkeit gegenüber den Alliierten. Der Weg in die Schuld- und Reuepolitik wurde begonnen, der dann auch noch weitere Verschärfungen des § 130 StGB brachte und die Wirksamkeit der >Faschismus-Keule< und des >Auschwitz-Knüpppels< begründete.[10] Im übrigen hatten die Kölner Schmierereien zur Folge, daß die Ständige Konferenz der Kultusminister im September 1960 die Einführung des Fachs Gemeinschaftskunde an den Schulen beschloß. Das Fach Geschichte wurde teilweise abgeschafft.

[9] Siehe: Beitrag Nr. 434, »Der Fall >Oberländer<«.

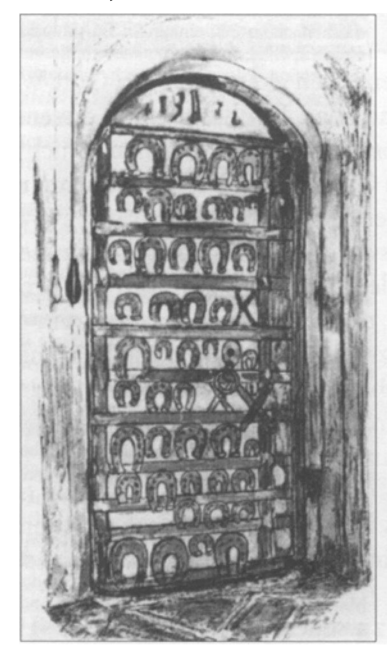
[10] Siehe: Rolf KOSIEK, *Die Frankfitrter Schule und ihre zersetzenden Auswirkungen,* Hohenrad, Tübingen '2005, S. 98 ff.

Hufeisen statt Hakenkreuz in Kirchenprospekt

Die heutige »politisch korrekte« Darstellung scheut sich gelegentlich auch nicht, zu Verfälschungen jahrhundertealter Überlieferungen zu greifen. Ein Beispiel befindet sich in dem kleinen achtseitigen Prospekt über die St. Stephans-Kirche zu Genhofen im Allgäu, der vom Katholischen Pfarramt St. Martin in Stiefenhofen herausgegeben ist.

Diese im Spätmittelalter gebaute Kapelle in einem Ortsteil der Gemeinde Stiefenhofen, wenige Kilometer nördlich von Oberstaufen im Allgäu, liegt an der alten, schon von den Römern benutzten Salzstraße von Ehrwald-Lermoos-Thannheimer Tal-Oberjoch-Simmerberg-Scheidegg an der Stelle, wo die von den Fuhrleuten gefürchtete Steigung des Hahnschenkels zu überwinden war: »Nicht umsonst zieren viele Hufeisen als Votivgaben die Sakristeitür der Genhofener St. Stephans-Kapelle«, heißt es im Prospekt, der ein Bild dieser Sakristeitür bringt. Vergleicht der Besucher des Kirchleins jedoch dieses Bild mit der Wirklichkeit, so stellt er fest, daß in der fünften Reihe von unten der Hufeisen an der dritten Stelle von links an der Tür nicht, wie im Bild angegeben, ein Hufeisen angebracht ist, sondern in Wirklichkeit ein Hakenkreuz, Bei der Abbildung wurde also anscheinend im Sinne des Zeitgeistes etwas »nachgeholfen«, die Kapellentür »entnazifiziert«.

Auch sonst bemüht sich der genannte Prospekt, aus dem alle folgenden Zitate stammen, die in der alten mittelalterlichen Bemalung der Kapelle vor-





Die Sakristeitür der St. Stephans-Kirche zu Genhofen im Allgäu - *links* im Prospekt, *rechts* von uns fotographiert.

handenen Erinnerungen und Überlieferungen aus germanischer Zeit herabzuspielen oder zu leugnen. Zwar wird zugegeben, daß zu Ehren des Kapellenpatrons, des Diakons STEPHANUS, »Umritte und Pferdesegnungen an seinem Fest, dem 26. Dezember... vielerorts bis in die jüngste Vergangenheit üblich« waren und »wahrscheinlich... ein Zusammenhang (besteht) mit dem



Aufnahme aus dem Innenraum der Genhofener Kirche.

Fest der Wintersonnenwende, an dem nach altem Glauben Gott Wotan auf weißem Roß segnend durch das Land zog«. Doch, »wenn in diesem Fall ein Zusammenhang mit mythischen Vorstellungen der Germanen nicht von der Hand zu weisen ist, so ist das bei den Genhofener Wandornamenten anders«. Diese beeindrucken den Besucher der Kapelle wirklich.

Als »erstaunlich« und »geheimnisvolles Zeichen« werden die mehrfach - insgesamt an elf verschiedenen Stellen im Innenraum - in der alten Bemalung auftretenden »als Sonnenrune mißverstandenen gekreuzten Wolfshaken« (»Das Genhofener Hakenkreuz«) bezeichnet, »die von seltsamen Gebilden umschlossen sind. Mit etwas Phantasie können in dieser Umrahmung glühende Eisenstäbe gesehen werden, aus denen Flammen schlagen. Damit wäre ohne Rückgriff auf die germanische Vorzeit ein Genhofener Rätsel gelöst, denn dieses geheimnisvolle Zeichen, das noch Öfter zu finden ist, dürfte wohl ein Hinweis auf den Stifter des Bildes sein, den damaligen Schmied von Genhofen. Er hat sich mit seiner Hausmarke ja auch in der Mitte der Sakristeitür verewigt«.

Eben dieses auf der Sakristeitür zu sehende Hakenkreuz als »Hausmar-

ke« findet der Betrachter auf der Abbildung der Sakristeitür im Prospekt nicht, es ist wegretuschiert und danach durch ein Hufeisen ersetzt worden.

Andere Einzelheiten der ursprünglichen Ausmalung wie Spiralranken, Dreiecksbänder mit Lilienenden, »die an Höhlenmalereien erinnernde »Genhofener Jagd««, die Vogelabbildungen sind wohl nicht nur »»Produkte der Volkskunst«« und primitive Malerei, sondern hier einmalig erhaltene Erinnerungen aus alten vorchristlichen Zeiten.

Im 17, Jahrhundert wurden die frühen Malereien übertüncht und gerieten »in Vergessenheit, bis die Volkskunst von einst bei den Renovierungsarbeiten in den vierziger Jahren (die genaue Jahreszahl wird - politisch korrekt - verschwiegen; renoviert wurde sicher nicht in den ersten Nachkriegsjahren) dieses Jahrhunderts wieder fröhliche Auferstehung feierte und die Genhofener Kapelle im Kreis von Kunsthistorikern und darüber hinaus bekannt machte. Nicht ohne Stolz vermerken die Genhofener, daß bei einer UNESCO-Ausstellung »Die Kunst der Schrift« 1964 in Baden-Baden eine Ansicht der Genhofener Chorsüdwand mit ihren Ornamentnetzen und Bildzeichen gezeigt und im Katalog neben prähistorischen Felsmalereien und Kinderkritzeleien als Beispiel für »typisch elementare Zeichen« abgebildet wurde«.

Sicher ist richtig: »Besucher der Genhofener Kapelle gehen jedenfalls nicht fehl in der Annahme, dort etwas auf seine Weise Einmaliges zu sehen.« Bezeichnend ist nur, daß dieses Einmalige so zu verdecken versucht wird.



St. Stephans-Kirche zu Genhofen im Allgäu,

»Flamme empor« nazistisch?

Die gegenwärtige Hysterie bei der Vergangenheitsbewältigung schlägt gele-gentlich köstliche Kapriolen und macht auch vor alten Volks- und Feierliedern nicht halt. Der Fall des Niedersachsenliedes »Von der Weser bis zur Elbe...«, das ausgerechnet in Niedersachsen auf Anordnung der damaligen Hannoveraner Funkhauschefin Lea ROSH nicht mehr gesendet werden darf, ist ein Beispiel.[1] Das Singen von alten Wehrmachts- oder gar Landsknechtsliedern wurde Bundeswehrangehörigen schon zum Verhängnis.[2]

Ein weiterer bezeichnender Fall ereignete sich 1994 im württembergischen Unterland. Dort hatte der Schwäbische Albverein Untersteinbach eine Sonnwendfeier organisiert, und eine Teilnehmerin, Ute DIMMLER aus Pfedelbach, empörte sich anschließend in einem Leserbrief:[3] »Schlagartig verging mir allerdings der Spaß, als Liedblättchen zum Mitsingen ausgeteilt wurden und ich das Lied »Flammen empor« las. Abgesehen davon, daß es unpassend war (der Rhein fließt bekanntlich nicht durch Untersteinbach), beinhaltet es eindeutig nazistisches Gedankengut. Wie kommt der Schwäbische Albverein als Organisator dieser Veranstaltung dazu, den Rechtsextremismus zu fördern, ihn gesellschaftsfähig zu machen? Ich finde es erschreckend, daß so etwas heute schon wieder möglich ist.«

Man weiß nicht, ob man lachen oder weinen soll ob solcher Einfalt aus antifaschistischem Fanatismus. Einmal heißt es in dem alten Lied »Flamme empor« und nicht »Flammen empor«, offenbar hat Frau DIMMLER nicht sehr aufgepaßt und ist in marxistischer Theorie eher zu Hause als in deutschen Volksliedern. Auch wußte sie offenbar nicht, daß dieses Lied bereits 1814 von Christian NONNE zum >Oktoberfeuer< am Jahrestag der Völkerschlacht bei Leipzig gedichtet wurde. Die Melodie stammt von K. GLÄSER, der sie 1791 schrieb. Der Verfasser kann wohl kaum ein »Nazi« gewesen sein oder »nazistisches Gedankengut« in das Lied verpackt haben, sondern er hat solches in der Begeisterung der Befreiungskriege über den Sieg gegen Napoleon geschrieben. Das Lied ist dann von Generationen Deutscher, vor allem auch bei den Sonnwendfeiern des Wandervogels wie der Bündischen Jugend, also der Jugendbewegung der

[1] Siehe: Beitrag Nr. 474, »>Niedersachsenlied< faschistisch?«

[1] Vgl. berichtete Fälle in: *Stuttgarter Nachrichten,* 5. 8. 1994, über »Hinter den Bergen. ..«; *Stuttgarter Nachrichten,* 5. 5. 1993, über ein »Kriegslied aus der Nazizeit«, dessen erste beide Strophen vom Bundesverteidigungsministerium zugelassen wurden; *Dolomiten,* 28. 3. 1993, über »Zu Mantua in Banden. ..« ; *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 2, 1993, S. 45, über »Ich hatt' einen Kameraden. . .« und »Wach auf, wach auf, du deutsches Land...«

[3] *Heilbronner Stimme,* 8. 7. 1994.

zwanziger Jahre, gesungen worden, von der es als gutes und passendes Feierlied - wie vieles andere - die Hitler-Jugend übernahm. Sind aber alte Lieder, nur weil sie auch zwischen 1933 und 1945 gesungen wurden, »nazistisch« und heute fehl am Platze?[4] Muß etwa auch die Mathematik geändert werden, weil auch unter HITLER zwei mal zwei schon oder noch vier war?

[4] Dazu weitere Leserbriefe in: ***Heilhronner Stimme,*** u.a. 9. 7, u. 12. 7. 1994.

Diese mehr als I50prozentige Vergangenheitsbewältigung ist schon grotesk, aber leider keine Seltenheit mehr im heutigen Deutschland.

So kam im Frühjahr 2005 die schleswig-holsteinische CDU in Schwierigkeiten, als sie in einem von ihrem Landesverband herausgegebenen Liederbuch das Lied »Wildgänse rauschen durch die Nacht« des 1915 auf der Insel Osel gefallenen Dichters der Jugendbewegung Walter FLEX aufgenommen hatte. Die Tageszeitung ***Elsmborner Nachrichten*** führte bei ihrem Angriff auf die CDU an, das Lied sei »umstritten« nach Auskunft der »Arbeitsstelle Neonazismus« der Fachhochschule Düsseldorf. Denn die Liedzeile »»... .und fahrn in Kaisers Namen« stelle ein »antidemokratisches Bekenntnis« dar.[5]

[5] *junge Freiheit,* 8.4. 2005.

Flamme empor
Flamme empor!
Steige mit loderndem Scheine
von den Gebirgen am Rheine
glühend empor.
Siehe, wir, stehen:
treu im geweihten Kreise,
dich zu des Vaterlands Preise
brennen zu sehn.

Heilige Glut!
Rufe die Jugend zusammen,
daß bei den lodernden Flammen
wachse der Mut.

Leuchtender Schein!
Siehe, wir singenden Paare
schwören am Flammenaltare,
Deutsche zu sein.

Worte: J. H. Chr. NONNE, 1814; Weise: K. GLÄSER, 1791.



>Niedersachsenlied< faschistisch?

Als eine ihrer ersten Amtshandlungen hat die 1991 zur Direktorin des Norddeutschen Rundfunk-Funkhauses Hannover ernannte Lea ROSH, die später durch ihren Einsatz für das Holocaust-Denkmal in Berlin bekannt wurde, ein Sendeverbot für das >Niedersachsenlied< verhängt.[1] Der Text des Liedes weise tiefsitzende militaristische Gesinnung und aggressiven Geist aus, »ist eindeutig faschistoid«,[2] so Lea ROSH, weil Worte wie »Wut« und »Blut«, »Heldenmut« und »Niederwerfen« der »welschen Brut« vorkommen.

Nun ist das >Niedersachsenlied< bereits im Jahre 1926 von dem Oberlehrer Hermann GROTE gedichtet worden, also mitten in der Weimarer Republik. Es wurde bald so etwas wie die niedersächsische Nationalhymne und wird heute noch auf jedem Schützenfest zwischen Weser und Elbe angestimmt. Insbesondere wurde es auch von den sehr landverbundenen niedersächsischen Ministerpräsidenten Hinrich Wilhelm KOPF (SPD) wie Ernst ALBRECHT (CDU) oder dem langjährigen CDU-Landesvorsitzenden HASSELMANN oft genug mitgesungen.

Im Schallarchiv des NDR in Hannover gibt es eine »volkstümliche Version« des Liedes und eine zweite, erst 1984 aufgenommene, vom Männergesangverein Concordia unter Leitung von Erich SCHARNOFSKE gesungen.[2]

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung, 11.9.* 1991; auch Leserbrief des Dr. Rolf SCHNEIDER, Wittmund, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 18. 10. 1991; ebenso *Deutscher Anzeiger,* 15. 11. 1991, *Freies Forum* Nr. 4/1991, S. 8 f.

[2] *Schaumburger Anzeiger,* 3. 9. 1991

Inzwischen existiert eine politisch korrekte Fassung des >Niedersachsenliedes'.

Von der Ems bis an die Elbe, vom Gebirge bis ans Meer
reicht das Land der Niedersachsen, äckerreich und früchteschwer.
Fest wie unsre Eichen halten alle Zeit wir stand,
auch wenn Stürme brausen über unser Heimatland.
Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen.
Glücklich, wer Wurzeln hier fand.

Schafe ziehen durch die Heide, in den Städten lärmt Verkehr,
auf den Strömen, auf den Gleisen geht der Handel hin und her.
Fest wie unsre Eichen halten alle Zeit wir stand,
auch wenn Stürme brausen über unser Heimatland.
Wir sind die Niedersachsen, sturmfest und erdverwachsen,
bieten einander die Hand.

Jeder Mensch braucht eine Heimat, und wir lieben unsre sehr.
Jeder Mensch braucht wache Augen, denn die Erde bietet mehr.
Deutschland und Europa knüpfen jetzt ihr Freundschaftsband.
Nur gemeinsam strebend hat die eine Welt Bestand.
Wir sind die Niedersachsen, offen und weltverwachsen,
mit allen Menschen verwandt.

Auch bei der nicht gerade geringen Vergangenheitsbewältigung auf dem Gebiet der Musik hatte das Lied bis dahin noch keinen Anstoß erweckt: »Die bekanntesten >Antifa<-Forscher im Bereich Musik (Joseph **WULF**, Fred **K. PRIEBERG**, Hanns Werner **HEISTER**, Hans-Günter **KLEIN**, Georg Walter **HEYER**) haben mehr als 1500 Buchseiten über NS-Liedgut verfaßt. Doch an keiner Stelle erwähnen sie das Niedersachsenlied oder seinen Schöpfer Hermann **GROTE**.*[3]

[3] ***Deutscher Anzeiger***, aaO. (Anm. 1).

Die offenbar noch junge Kulturreferentin des Niedersächsischen Heimatbundes, Ute BERTRANG, meint, daß Frau ROSH »grundsätzlich recht hat«, denn - entlarvend in ihrer Naivität -: »Als das Lied entstand, gab es doch das Land noch gar nicht!«[2]

Auf ein diesbezügliches Schreiben antwortete der Intendant des NDR, Jobst PLOG, am 29. Oktober 1991 unter anderem: »Ich halte diese Entscheidung der Landesfunkhausdirektorin für vertretbar. Frau ROSH, in deren Händen die Programmhoheit liegt, hat sich im Einklang mit vielen fachlich kompetenten Stellen in Niedersachsen, z. B. dem Landesmusikrat, zu diesem Schritt entschlossen, weil belegt werden kann, daß diese Fassung des Textes vom NS-Lehrerbuch Gau Süd-Hann Over-Braunschweig herausgegeben und in SA-Büchern an herausragender Stelle abgedruckt wurde. Es gehört nicht zu den Aufgaben des Norddeutschen Rundfunks, eine solche von unrühmlicher Vergangenheit belastete Kultur weiter zu pflegen.«



In ihrem *Magazin*, Nr. 17, 29. 4. 2005, brachte die *Süddeutsche Zeitung* Lea ROSH auf die Titelseite mit den Worten:
»DIESE FRAU:
stört
ätzt
klagt
zickt
reizt
triezt
stresst
trotzt
nervt
DANKE DAFÜR,
Lea Rosh!«

So einfach geht das: Weil ein altes Lied im Dritten Reich in einem SA-Liederbuch stand, darf es nun nicht mehr gesendet werden. Wahrscheinlich werden bald auch weitere Volkslieder verboten, etwa die von Hermann LÖNS oder von Börries VON MÜNCHHAUSEN, weil diese ebenfalls in den damaligen Liederbüchern aufgeführt waren und gern gesungen wurden. Schließlich sollen alle deutschen Lieder verdrängt und vergessen werden, weil offenbar »eine solche von unrühmlicher Vergangenheit belastete Kultur« nicht weiter gepflegt werden soll. Rock und Spirituals aus den USA bieten ja besten Ersatz.

In diesem Zusammenhang ist sicher bezeichnend, daß besagte Lea ROSH am 1. Oktober 1936 in Berlin als Edith ROHS - wohl ziemlich >arisch< - geboren wurde, als drittes von vier Kindern einer protestantischen Familie. Der Vater kämpfte an der Ostfront und wurde dort vermißt. Sie studierte

Soziologie und Publizistik an der Berliner Freien Universität, trat aus der Kirche aus und 1968 der SPD bei und wurde Mode-Reporterin. Weil sie dann den Namen Edith »so schrecklich deutsch« fand und weil sie nach eigenem Bekunden »so jüdisch aussieht«, habe ihr ein Freund geraten, sich doch einfach Lea zu nennen.[4] Die Veränderung von dem guten deutschen ROHS in das eher jüdisch klingende ROSH war dann wohl ebenso karrierefördernd wie ihre »intensive systematische Beschäftigung mit dem Schicksal der gequälten Minderheiten«. Daraus entsprangen preisgekrönte Dokumentationen wie »Vernichtung durch Arbeit«, »Sinti und Roma in der Bundesrepublik«, »Oradour« und als krönender Schlußpunkt: »Der Tod ist ein Meister aus Deutschland« mit den bekannten Fälschungen. Kurz vor dem Fall der Berliner Mauer 1985 erklärte sie voller Haß auf Deutschland: »Ich fände 80 Millionen wiedervereinigte Deutsche furchtbar. Nehmen wir die Teilung doch als Bürde der Geschichte hin.«[5] Dafür war natürlich der Direktorstuhl in Hannover fällig, wo sie dann ihren Kampf um die neue Identität und gegen alles Deutsche weiterkämpfte, auch gegen alle historische Wahrheit und politische Vernunft.

[4] *Junge Freiheit,* Mai 1991, S. 15.

[5] FZ (Hg.), *Prominente ohne Maske neu*, FZ, München 2001, S. 166.

Pikant ist, was Lea ROSH wohl nicht wußte: Als MUSSOLINI 1936 die Olympischen Spiele in Berlin besuchen wollte, soll die zweite Strophe des >Niedersachsenliedes' verboten worden sein: »Wo fielen die römischen Schergen? Wo versank die welsche Brut? In Niedersachsens Bergen, an Niedersachsens Wut.«[2]

Die Deutschen waren eben schon damals sehr ausländerfreundhch!

Wie unverklemmt andere Völker wirklichen NS-Liedern gegenüberstehen, geht aus der Schilderung eines Erlebnisses des Bundeswehroffiziers Walter HELD hervor, der als Kompaniechef in Füssen nach einer gemeinsamen Übung mit britischen Piloten zur gemeinsamen Abschlußfeier eingeladen war:[6]

»Mein Leutnant und ich wurden zur Abschlußfeier eingeladen und fuhren mit recht gemischten Gefühlen hin. Beim Betreten des reservierten Nebenzimmers erstarben alle Gespräche, dann drangen alle mit infernalischem Gebrüll auf uns ein, um sich für den einmaligen Spaß und unsere harte, aber realistische Behandlung zu bedanken: Nach ca. 25 Flaschen Gin und Whisky stimmte der älteste Lehrgangsteilnehmer, ein Wing-Commander, plötzlich nationalsozialistische Lieder an, und alle sangen begeistert auf Deutsch mit: Die Fahne hoch, Es zittern die morschen Knochen und... Denn wir fahren gegen England! Nach En-ge-land sprangen sie alle begeistert auf, brüllten »Sieg-Heil« und entboten den Hitlergruß. Das Schlimmste daran: Ich sang begeistert mit, was ich mit 10 Jahren beim Jungvolk gelernt hatte, und das in der Uniform als Hauptmann der Bundeswehr! Heute bin ich pflichtgemäß zutiefst zerknirscht darüber, daß ich damals nicht die ganze Bande wegen Verbreitung nazistischen Gedankenguts usw. angezeigt habe, aber ich mag halt diese unkonventionellen Engländer.«

[6] Walter HELD, »Mit britischen Piloten >brisante< Lieder gesungen. .. und niemand regte sich auf«, in: *Der Freiwillige*, Nr. 5, Mai 1998, S. 16.

»Zehn kleine Negerlein« umbenannt

Die zeitgenössische Hysterie in Deutschland bei der Abschaffung angeblich rassistischer oder diskriminierender Ausdrücke macht auch vor den Werken längst verblichener Schriftsteller nicht mehr halt, nimmt unberechtigt, und ohne das zu kennzeichnen, Änderungen in den Texten vor und verfälscht damit Teile der Literatur. Diese unduldsame und einseitige Methode ist ein bewährtes Mittel im seit längerem andauernden Kulturkampf gegen Rechts und dient ganz bestimmten politischen Zwecken. Vor einiger Zeit ist solches auch der am 12. Januar **1976** hochgeehrt verstorbenen englischen Schriftstellerin Agatha CHRISTIE widerfahren.[1] Am 15. September 1890 in Torquay geboren, wurde sie durch ihr Werk zur weltweit erfolgreichsten Autorin von Detektivgeschichten und Kriminalromanen. Sie gilt als die auflagenstärkste englische Autorin des vergangenen Jahrhunderts, und die »Queen des Krimis« wurde von Königin ELISABETH geadelt.

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 6. 3. 2002.

Eines ihrer Erfolgsstücke erschien 1939 unter dem Titel ***Ten Little Niggers*** (Zehn kleine Negerlein), weil darin die Hauptpersonen - ähnlich den zehn kleinen Negerlein des bekannten Kinderliedes - nacheinander auf geheimnisvolle Weise ermordet werden. Der Klassiker lief, auch in einer Theaterfassung, in Deutschland jahrzehntelang unter *Zehn kleine Negerlein* und erfreute Generationen.

Niemand nahm an diesem Titel Anstoß, bis vor nicht langer Zeit »Mitbürger afrikanischer Herkunft« protestierten und beklagten, daß auch im Jahre 2002 noch immer die abwertende Bezeichnung »Neger« verwendet werde. Die seit einiger Zeit bestehende Antidiskriminierungsstelle der Stadt Hannover, wo das Stück unter seinem alten Titel in einem örtlichen Theater im Programm stand, griff den Fall gleich auf. Nach Appellen der Stadt Hannover stimmten die Erben der britischen Schriftstellerin schließlich zu, die nächste Auflage des Buches und das entsprechende Theaterstück umzubenennen. Der neue Titel heißt nun *Und danngab's keines mehr* und lehnt sich nach Auskunft des Scherz-Verlags an die inzwischen auch geänderte englische Bezeichnung *And Then There Were None* an. Damit gebe es nun einen »neuen, politisch korrekten und den Richtlinien deutscher Antidiskriminierungsstel-



Plakat für eine Aufführung des Stückes in Braunschweig. *Unten links:* Szene aus der Theaterfassung; rechts; Kinderliederbuch.

len entsprechenden Titel«, bemerkte süffisant die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* zu dieser Verfälschung der Literatur,

In aller Stille hatte es schon vor einiger Zeit bezeichnende Änderungen im Text dieses Werkes gegeben.[2] Eine deutsche Buchausgabe erschien bereits politisch korrekt unter dem neuen Titel *Letztes Weekend* und brachte dazu zeitgemäße inhaltliche »Verbesserungen« gegenüber der englischen Ausgabe. So ließ Agatha CHRISTIE in ihrem Original einen von ihr als wenig anziehend beschriebenen Juden Dr. Isaac MORRIS auftreten, aus dem dann in der deutschen Ausgabe plötzlich der unsympathische Japaner OKAMATSU wurde.

[2] ***National-Zeitung*, 15.** 3. 2002; siehe: Beitrag Nr. 462, «Fälschung bei Ubersetzungen«.

Während die Engländerin ursprünglich geschrieben hatte: »This little Jew had been damned mysterious« (dieser kleine Jude war verdammt geheimnisvoll gewesen), hieß es nun in der neudeutschen Fassung: »Dieser kleine Japaner hatte so geheimnisvoll getan.« Aus einem allgemeinen Urteil Agatha CHRISTES: »That was the damnable part about Jews, you couldn't deceive them about money they knew!« (Das war die verdammte Sache bei den Juden, man konnte sie in Geldsachen nicht betrügen - sie kannten sich aus) wurde in korrektem (Umerziehungs-)Deutsch: »Das ist eben so eine verfluchte Sache mit den Japanern, man kann sie nicht betrügen - sie sind selbst zu raffiniert.«

Die Änderung des unsympathischen Juden in einen Japaner ist bezeichnend für unsere Zeit und ihre Hypermoral. Ähnlich erging es auch dem Autor vielgelesener Indianergeschichten um den Häuptling TECUMSEH. Fritz STEUBEN, Pseudonym von Erhard WITEK (1898-1981), schrieb seine Werke im Gegensatz zu Karl **MAY** nach ausführlichem Quellenstudium, und seine Helden haben wirklich gelebt, die geschilderten Ereignisse an den beschriebenen Stellen stattgefunden. Doch auch das half dem bereits Verstorbenen nicht: Er schrieb in einer Zeit (1929-1952), »die geprägt war von nationalsozialistischem Gedankengut. Vor der Herausgabe dieser **TECUMSEH**-Bände war deshalb eine sorgfältige Bearbeitung nötig, um mögliche ideologische Färbungen zu entfernen und die Erzählungen in der Form zu präsentieren, die ihre zeitlose Qualität ausmachen«.[3] So schreibt es entlarvend im Nachwort einer neuen Auflage die »Bearbeiterin« Nina SCHINDLER, die - wahrscheinlich einschlägig ideologisch ausgerichtet - darüber befand, was als »ideologische Färbung« aus dem Originaltext des großen Erzählers für die heutige Jugend entfernt werden mußte. In Neuausgaben von Gustav FREYTAG oder Hermann LÖNS soll ähnlich verfahren worden sein.

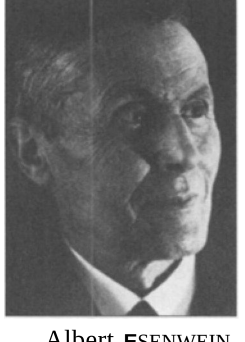
[3] Fritz **STEUBEN**, ***Der Strahlende Stern*,** Kosmos, Stuttgart [16]1997, S. 192.

Heute werden Bücher nicht mehr verbrannt, sondern einfach umgeschrieben und verändert, und man darf noch froh darüber sein, wenn auf die erfolgten »Verbesserungen« hingewiesen wird. Mit Meinungsfreiheit hat das wenig zu tun, mit einem Verstehen-Wollen der Geschichte noch weniger, mit Toleranz gar nichts mehr. Hier sind selbsternannte »Menschheitsbeglükker« als Geschichtsfälscher am Werk, die aus fanatischer Ideologie handeln und keine andere Meinung dulden. ORWELL läßt grüßen.

Verfälschung des Markgröninger Schäferlaufs

Der Schäferlauf in der Stadt Markgröningen bei Stuttgart ist eines der ältesten schwäbischen Heimatfeste. Über seinen Ursprung finden sich keine Dokumente, doch stammt die erste schriftliche Erwähnung bereits aus dem Jahre 1443.[1]

Nachdem der Historiker und Pfarrer Ludwig HEYD im 19. Jahrhundert die Sage vom Ursprung des Schäferlaufs aufgezeichnet hatte, schrieb Stadtpfarrer Albert ESENWEIN im Jahre 1909 das Festspiel *Der treue Bartel.*[2] In dem Volksschauspiel wird im wesentlichen die Überlieferung von der Entstehung des Schäferlaufs geschildert. Das Stück wird seitdem von Laienschauspielern jährlich beim Schäferlauf aufgeführt. Sein wesentlicher Inhalt ist, daß in der Person des BARTEL auf der einen Seite und der Hofschranzen Vogt, Koch, Kammerdiener und Roßknecht auf der anderen der Gegensatz von Treue und opportunistischer Anpassung dargestellt und am Schluß die Treue des Schäfers BARTEL ZU seinem Herrn, dem Grafen VON GRONINGEN, belohnt wird. In diese Sage wurde dabei auch die Verleihung der Reichssturmfahne an den Grafen Hartmann VON GRÜNINGEN um 1257 eingebunden. Die Stadt hatte diese Fahne bis zur Überführung nach Ludwigsburg Jahrhunderte in Obhut.



Albert ESENWEIN.



Der treue Schäfer BARTEI und der Graf VON GRÖNINGEN. »Der treue BARTEL, den ihr alle liebt und kennt, er hat gezeigt, wie unterm schlichten Kittel ein echtes deutsches Herz in Treue schlägt. Ihm soll ein Denkmal aufgerichtet werden... zum bleibenden Gedenken an ihn und seine viel erprobte Redlichkeit; ein Fest der deutschen Treue soll es sein.« Alle Abbildungen dieses Beitrages aus: Erich TOMSCHIK, siehe: Anm. 1.

[1] Erich TOMSCHIK (Hg.), *Der Markgröninger Schäferlauf,* Arbeitskreis Geschichtsforschung, Heimat- und Denkmalspflege, Markgröningen 1971, S. 48.

[1] Alberr ESENWEIN, *Der treue Bartel,* Holland und Josenhans, Stuttgart 1909; später erweitert u. a. als *Der treue Schäfer von Markgröningen,* Johannes Ruoff, Markgröningen 1955.



Auf dem stoppeligen Weg zur Schäfer-Königin.

Noch 1971 hieß es in einem Buch über den Schäferlauf:[3] »Das Wesen des Gesagten bleibt gültig; Tugenden wie Redlichkeit und Treue, Überwinden von Mißtrauen, Dankbarkeit und ein ehrlicher Handschlag, der Standesunterschiede vergessen läßt, das sind auch heute und künftig beherzigenswerte Dinge.« Seit einigen Jahren hat nun eine Entwicklung eingesetzt, den wesentlichen Inhalt des Stückes zu verfälschen und im Sinne der herrschenden politischen Korrektheit umzudeuten. Aus dem »Fest der deutschen Treue« wurde schon um 2000 das »Fest der schwäbischen Schäfer«, wogegen sich heimatverbundene Markgröninger zu Recht zur Wehr setzen.[4] Bereits 1997 schrieb die *Heilbronner Stimme.* »Inzwischen ist der Schäferlauf ein Straßenfest wie jedes andere auch.«[5] Das ist sehr zu bedauern und stellt ein Stück Verfälschung der Heimatgeschichte einer Stadt dar, die jahrhundertelang die ehrwürdige Reichssturmfahne in ihren Mauern behüten durfte.

Insbesondere ist der Originaltext des Theaterstückes an einigen Stellen für die derzeitigen Aufführungen geändert worden, so daß das Festspiel seine ursprüngliche Bedeutung verloren hat.

In der alten (jeweils in Klammern stehenden) und in der neuen (jeweils kursiv gedruckten) Fassung erklärt der Graf VON GRONINGEN, nachdem ihm der Kaiser die Reichssturmfahne übergeben hat, im ersten Aufzug:

»Solang in meinem Stamm wallt (deutsches) *edles* Blut,
Solang in unsrem Schwaben Männer wohnen
Voll Kraft und mut'ger (deutscher) ***echter*** Treue,
So lange soll in allen Wetterstürmen,
Die Reich und kaiserlichen Herrn bedrohn,
Dies Banner stolz vorangetragen werden
Dem Vaterland zum Schutz, dem Feind zum Trutz.
Ihr aber, Ritter, Reisge, alles Volk!
Ruft mit mir, (deutsche) *edle* Treue neu gelobend:
Heil unserm edlen Kaiser!«

[3] TOMSCHIK, aO. (Anm. 1), S. 190.

[4] Rudolf ENSSLEN, Prospekt »Historischer Schäferlauf Markgröningen«, 26. bis 29. August 2005, dem auch die meisten angegebenen Einzelheiten entnommen sind.

[5] ***Heilbronner Stimme,*** 1997.

Im zweiten Aufzug grüßt gegen Ende der dritten Szene ein Bauernmädchen den Grafen und sagt unter anderem;

»Dem Vaterland zur starken Wehr, dem Feind zum Falle
Trag (Deutschlands) *dieses* Banner hoch voran im Streit!«

Gegen Ende des Spiels und an seinem Höhepunkt erklärt der Graf:

»Untreu hab ich gefunden und geahndet.
Doch starke Treue fand ich auch.
Der Bartel, den ihr alle kennt und liebt,
Er hat gezeigt, wie unterm schlichten Kittel
Ein echtes (deutsches) *edles* Herz in Treue schlägt.
Ihm soll ein Denkmal aufgerichtet werden.
An seinem Namenstag soll künftig hier
Der Schäfer Zunft sich sammeln
Zu frohem Spiel und Sang.
Grad so wie heut an meinem Ehrentage;
Zum bleibenden Gedenken an dich,
Mein guter Alter,
An deine vielerprobte Redlichkeit:
Ein Fest der (deutschen Treue) *schwäbischen Schäfer* soll es sein.«

Wie angeführt, wurde damit sechsmal das Wort »deutsch« oder »Deutschland«, das nun gar nicht mehr vorkommt, in Anpassung an den Zeitgeist in dem Schauspiel ausgemerzt und durch etwas Nichtssagendes ersetzt. Im Sinne der Umerziehung soll damit die Erinnerung an deutsche Tugenden und deutsche Größe getilgt, die nachwachsende Generation von ihrer Geschichte abgetrennt werden.

Rolf Kosiek

Unten: Eine Figur des Markgröninger Schäfertanzes (Aufnahme aus dem Jahre 1970).



Die Verdrängung des Begriffs >Reich<

In der mehr als tausendjährigen Geschichte der Deutschen spielte der Begriff des »Reiches« eine große politische Rolle. Seit den Zeiten KARLS DES GROSSEN mit der Erneuerung des Kaisertums im Jahre 800 oder spätestens seit der Gründung des »Heiligen Römischen Reiches< (später: »Deutscher Nation«) durch OTTO DEN GROSSEN im Jahre 962 war es ein leitender Begriff abendländischer Politik. Unter dem Schirm dieses Reiches, in dem sich die deutschen Kaiser als >Gubernator< (Lenker) des christlichen Europas, weniger als Imperator fühlten, entfaltete sich die europäische Kultur und entwickelten sich die einzelnen Nationen in ihren Eigenarten. Das Reich garantierte das Recht und bildete das Orientierungssystem für die Menschen. Nach der Auflösung des »Ersten Reiches« 1806 wurde es 1871 durch Gründung des »Zweiten Reiches« erneuert. Der »Reichsgründungstag« wurde am 18. Januar zur Erinnerung an die Gründung des Königreiches Preußen in Königsberg 1701 und des Zweiten Deutschen Reiches in Versailles 1871 bis 1945 gefeiert.

Nach 1945 wurde der Begriff »Reich« von der Umerziehung im Rahmen ihrer Zerstörung der Erinnerung an die deutsche Geschichte systematisch verdrängt. Das lag auch vor allem im Sinne der Sieger. Darüber gibt es ein vertrauliches »»Memorandum of Conversation«, das im Rahmen der Teheraner Dreierkonferenz ROOSEVELTS, STALINS und CHURCHILLS vom Abend des 28. November 1943 entstand und von Mitarbeitern der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) im ROOSEVELT-Archiv in Hyde Park/New York in den neunziger Jahren gefunden wurde.[1] Es gibt ein



OTTO DER GROSSE vor dem Weltenrichter, Elfenbeinplatte aus Magdeburg. Seit ORRO DEM GROSSEN haben die deutschen Herrscher für Jahrhunderte eine Doppelaufgabe zu erfüllen: Als Kaiser verkörpern sie in der Nachfolge eines römischen Weltreiches die Einheit Europas und der Christenheit und stellen so die Ordnungsmacht des Abendlandes dar. Neben dieser führenden Stellung als Lenker Europas kommen die deutschen Herrscher ihrer zweiten Aufgabe, der des Königs, nach, indem sie die Nord- und Ostgrenze sichern und die anschließende Ostkolonisation fördern.

[1] Wenzel SLABISCH, »Das Wort »Reich« streichen oder das 'Reicht impotent machen«, in: *Der Freiwillige*, Nr. 11, 1994, S. U.

Gespräch zwischen ROOSEVELT und STALIN über die Frage wieder, »welche Behandlung Nazi-Deutschland zugemessen werden solle« *ithe question of the treatment to be accorded Nazi Germany).*

Darin stellte ROOSEVELT fest, daß es »seiner Ansicht nach sehr wichtig sei, in den deutschen Köpfen nicht die Vorstellung des Reiches zu belassen, vielmehr sollte auch schon das Wort (Reich, R. K.) allein aus der deutschen Sprache gestrichen werden«. Daraufhin habe STALIN erwidert, es sei nicht genug, nur das Wort auszurotten. Viel wichtiger sei es, »das Reich an sich für immer impotent zu machen«, damit es die Welt nicht immer wieder in einen Krieg stürzen könne. Dazu müsse der deutsche Militarismus ausgerottet, die Besetzung strategischer Positionen vorgenommen und eine Aufteilung Deutschlands durchgeführt werden.

Das wurde dann auch nach 1945 systematisch und gründlich durchgeführt. STALIN stieß sich weniger am Reichsbegriff und ließ zum Beispiel die »Reichsbahn« für Mitteldeutschland zu, während im Westen in vorauseilendem Gehorsam jeder Bezug auf das Reich getilgt wurde. Die Bezeichnung »Reichsbahn« wurde erst nach der kleinen Wiedervereinigung 1990 gestrichen und in Deutsche Bahn AG geändert, wobei auch einer der letzten mit »Reich« zusammengesetzten Begriffe aus dem öffentlichen Leben verschwand.

»Die Idee des Reiches steht über allem geschichtlichen Denken, so wie das Reich am Anfang der deutschen Geschichte steht.« Heinrich Ritter VON SRBIK.

Man kann die von den Alliierten gewollte und dann durchgesetzte Verdrängung dieses Begriffes in der Behandlung in deutschen Lexika deutlich feststellen. Der *Große Brockhaus* von 1956 bringt noch mehr als eine Spalte über Reich und Reichsidee.[2] Das *Große Dudenlexikon* von 1967 bringt unter »Reich« acht allgemeine, wenig aussagende Zeilen, führt »Reichsidee« oder Ähnliches gar nicht mehr an.[3] Im *Politisch-Pädagogischen Handwörterbuch* von 1985 taucht der früher so zentrale Begriff als abgehandeltes Stichwort gar nicht mehr auf, im Buch selbst nur bei anderen ausführlich bearbeiteten Begriffen in jeweils speziellen Zusammensetzungen.[4]

Wohl als letzte öffentliche Vereinigung trug der »Reichsbund der Kriegsopfer, Behinderten, Sozialrentner und Hinterbliebenen e.V.« noch lange Zeit den Begriff »Reich« im Namen, Er wurde als solcher 1917 gegründet, überdauerte die Weimarer Zeit mit dieser Benennung, wurde in den dreißiger Jahren aufgelöst und 1946 unter seinem alten Traditionsnamen wiedergegründet, Nach zunehmenden Anfeindungen wegen seines Namens nannte er sich rund vierzig Jahre später in »Sozialverband Reichsbund e.V.« um. Aber

[2] *Der Große brockhaus in zwölf Bänden,* F. A. Brockhaus, Wiesbaden 1956, Bd. 9, s. 630 f.

[3] *Das Große Dudenlexikon in acht bänden.* Bibliographisches Institut, Mannheim 1967, Bd. 6, S. 671.

[4] Peter GUTJAHR-LOSER U. Klaus HORNUNG, *Politisch-Pädagogisches Handwörterbuch,* R. S. Schulz, Percha [2]1985.

auch das war gewissen reichsfeindlichen Kreisen nicht ausreichend, die in der Öffentlichkeit weiter gegen die Erwähnung von »Reich« Sturm liefen. Im Jahre 2000 erfolgte daraufhin unter dem öffentlichen Druck eine weitere Umbenennung in >Sozialverband Deutschlands wobei zur Begründung angeführt wurde, der alte Name habe »immer wieder zu Mißverständnissen geführt und bei Außenstehenden falsche Assoziationen geweckt«.[5] Das >Reich< ist damit aus einem der letzten öffentlichen Begriffe entfernt worden: Die Umerziehung konnte wieder einen Erfolg verbuchen.

[5] »>Reichsbund< ohne Reich«, in: *National-Zeitung, 29.* 4. 2000.

Anzumerken bleibt, daß das Bundesverfassungsgericht in seinem Grundsatzurteil vom 31. Juli 1973 erklärte: »Das Grundgesetz - nicht nur eine These der Völkerrechtslehre und der Staatsrechtslehre! - geht davon aus, daß das Deutsche Reich den Zusammenbruch 1945 überdauert hat und weder mit der Kapitulation noch durch Ausübung fremder Staatsgewalt in Deutschland durch die alliierten Okkupationsmächte noch später untergegangen ist; das ergibt sich aus der Präambel, aus Art. 16, Art. 23, Art. 116 und Art. 146 GG. Das entspricht auch der ständigen Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, an der der Senat festhält. Das Deutsche Reich existiert fort (BVerGE 2, 266 (277); 3, 288 (319 f.) 6, 85 (126); 6, 309 (336, 363)), besitzt nach wie vor Rechtsfähigkeit, ist allerdings als Gesamtstaat mangels Organisation, insbesondere mangels institutionalisierter Organe selbst nicht handlungsfähig, .. Mit der Errichtung der Bundesrepublik Deutschland wurde nicht ein neuer westdeutscher Staat gegründet, sondern ein Teil Deutschlands neu organisiert... Die Bundesrepublik Deutschland ist also nicht »Rechtsnachfolger« des Deutschen Reiches, sondern als Staat identisch mit dem Staat »Deutsches Reich«.«

Dieser Standpunkt wurde vom Bundesverfassungsgericht auch in den Beschlüssen zu den Ostverträgen vom 7. Juli 1975, zum Prager Vertrag vom 25. Januar 1977 und zur Frage der DDR-Staatsbürgerschaft vom 21. Oktober 1987 vertreten. Das »Reich« besteht also weiter, und die Reichsidee sollte bei den Versuchen zur Behebung der gegenwärtigen Krise Europas mit berücksichtigt werden.

Es gilt, was Max VON SCHENKENDORF zur Zeit der Befreiungskriege 1814 in der letzten Strophe seines Liedes »Wenn alle untreu werden« schrieb: »Wir woll'n das Wort nicht brechen, nicht Buben werden gleich, woll'n predigen und sprechen vom heil'gen deutschen Reich!« Rolf Kosiek

Weiterführende Literatur:

Alain DE BENOIST, »Der Reichsgedanke«, in: *Schöne vernetzte Welt. Eine Antwort auf die Globalisierung,* Hohenrain, Tübingen, S. 241-273,

Zu guter Letzt: Revisionisten ins Irrenhaus!

In Deutschland herrschen nach Artikel 5 des Grundgesetzes Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit. Für bestimmte Bereiche der Zeitgeschichte sind beide heute durch Sondergesetze und die herrschende Praxis der Gerichte aufgehoben. Nach bisher meist Geldstrafen werden seit Anfang 1995 auch hohe Haftstrafen für bestimmte Äußerungen zur Zeitgeschichte verhängt, wohl zur besseren Abschreckung auch bei Ersttätern ohne Bewährung.

Darüber hinaus scheint sich eine neue Entwicklung zu noch weitergehenden Maßnahmen anzudeuten, die mit Erfolg bereits vom sowjetischen Terrorsystem verhängt und bisher von westlichen Kreisen allgemein verurteilt wurden: die Einweisung in ein Irrenhaus für Personen, die von ihrer nicht widerlegten Meinung über mehr als 50 Jahre zurückliegende Vorgänge nicht lassen wollen. Als juristischer Fachmann schrieb in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 9. Mai 1995 der emeritierte Professor für forensische Psychiatrie und empirische Kriminologie an der Universität Köln Dr. med. Wolfgang DE BOOR (Jg. 1917) dazu:



Günter DECKERT <1940-).

»Die Karlsruher 2. Strafkammer hat am 21. April mit feinem Gespür für hierarchische Strukturen das Strafmaß für DECKERT neu berechnet: Zwei Jahre Gefängnis ohne Bewährung (FAZ vom 22. April). Die weltweit empörte Menschheit kann beruhigt aufatmen. Zwei Jahre lang wird der ehemalige Oberstudienrat seine verworrenen Ideen zum Holocaust nur noch im Knast promulgieren können, aber eben nur zwei Jahre. Die Karlsruher Richter haben zwei strafrechtliche Normen nicht angewandt, die das Gesetz in den Paragraphen 21 und 63 des Strafgesetzbuches zur Verfügung stellt, um hartnäckige, unbelehrbare und psychisch abnorme Rechtsbrecher zur Räson zu bringen.

Bei »verminderter Schuldfähigkeit« (Paragraph 21 Strafgesetzbuch) kann die Strafe zwar ermäßigt werden, aber die Einweisung in ein psychiatrisches Krankenhaus erfolgt, wenn die >Gesamtwürdigung des Täters und seiner Tat ergibt, daß von ihm infolge seines Zustandes erhebliche rechtswidrige Taten zu erwarten sind und er deswegen für die Allgemeinheit gefährlich ist« (Paragraph 63). Jeder Gutachter wäre in der Lage, in der Psyche des Angeklagten, der von einer Monoperceptose befallen ist, Material für den Paragraphen 21 zu finden. Günter DECKERT wäre dann in den Maßregelvollzug gekommen, wo er bis zur »Heilung« in psychiatrischer Obhut bleiben würde. Bei dem »charakterstarken« Mann dürfte das sehr, sehr lange dauern.

Hätte es schon 1924, als in München der Prozeß gegen HITLER und Genossen stattfand, die Paragraphen 21 und 63 gegeben und wären diese Normen von den Richtern auch angewendet worden, dann hätte der - wie Günter DEKKERT - »charakterstarke« Adolf den 30. Januar 1933 womöglich nicht in der Reichskanzlei, sondern in der Heil- und Pflegeanstalt erlebt.« Und um solche

Gelegenheiten, Schlimmes zu verhüten, nicht wieder ungenutzt vorübergehen zu lassen, wird also empfohlen, Revisionisten als geistig Oppositionelle vorbeugend und abschreckend ins Irrenhaus »im Namen des Volkes« einzuweisen. Zu fragen wäre dann wohl, im Namen welchen Volkes das geschieht.

In einer früheren Arbeit hat derselbe Herr Professor »Über Monoperceptosen« geschrieben *(ZSW*1983, Nr. 2), ein von ihm geprägter Begriff für einen von ihm diagnostizierten geistigen Zustand, der nach ihm durch folgende Merkmale gekennzeichnet ist: »1. Das Gedankensystem beruht auf der objektiv falschen Verarbeitung der Realität, soweit sie durch Wahrnehmung vermittelt wird. 2. Die Denkprozesse orientieren sich nicht an anerkannten Werten, sondern an Unwerten. 3. Das Dominanzdenken führt zu Normenbrüchen (Schädigung oder Zerstörung von Sachen, Institutionen und/oder Personen).« Im einzelnen treten bei den Patienten dann auf: »Infantile Omnipotenzgefühle, Realitätsverlust, hohe Aggressionspotentiale, chronische Identitätskrise, Narzismus und Egozentrizität, Auslöschung der internalisierten Wertsysteme, Wissenschaftsfeindlich keit, gestörte Partnerbe ziehung, starke Verdrängungsmechanismen.«

Prüft man anhand dieser Kriterien einmal zeitangepaßte Zeitgeschichtler und zu scharfer Anwendung der Sondergesetze aufrufende Politiker auf der einen sowie Revisionisten auf der anderen Seite, so stellt man schnell fest, daß diese Kriterien auf Revisionisten kaum, für die offiziellen Zeitgeschichtler ziemlich weitgehend zutreffen, so auch für die Vertreter der berüchtigten »Frankfurter Schule« als Kaderschmiede der Umerziehung.

Wenn der Vorschlag des Herrn Professors gegen Rechte verwirklicht würde, dann wäre der ORWELL-Staat perfekt: Die Normalen sitzen dann im Irrenhaus, die Irren geben den Ton an.

⇨ Anklagevorwurf des Mannheimer Staatsanwalts KLEINS im Gerichtssaal gegen Günter DECKERT: »Zudem betreiben die Revisionisten [und DECKERT] eine geradezu widerliche Leichenarithmetik.«

Norman FINKELSTEIN: »Während die Holocaust-Industrie Zahlenspiele treibt, um ihre Entschädigungsforderungen hochzutreiben.«

Anklageschrift gegen Günter DECKERT: »DECKERT hat eine Veranstaltung durchgeführt, in welcher David IRVING behauptete u. a. der Druck jüdischer Gruppen verhindere das Finden der tatsächlichen »Wahrheit«, die Propagandalügen dienten der finanziellen Erpressung des deutschen Volkes.«

FINKELSTEIN: »Die Geschichtsfälschung der Holocaust-Industrie fördert die Holocaust-Leugnung.« (FINKELSTEIN, *SZ*, 9. 9. 2000, S. 17) »Der Holocaust ist eine ideologische Keule, mit der Deutschland in Schach gehalten wird… Anfang der neunziger Jahre entdeckten diese Organisationen eine Möglichkeit, europäische Regierungen abzuzocken, und jetzt laufen sie Amok. Sie betreiben Erpressung, und sie sollten als Kriminelle angeklagt und vor Gericht gestellt werden.« (FINKELSTEIN, *Die Welt*, 6. 2. 2001, S. 29)

Worte zur Wiedervereinigung vor 1990

In Büchern, Zeitschriften und Zeitungen liest man heute häufig von Politikern und Publizisten Äußerungen zur deutschen Wiedervereinigung, die den Eindruck erwecken, als seien diese Personen schon immer für die staatliche Einheit Deutschlands eingetreten und als sei die so überraschend erfolgte Vereinigung von West- und Mitteldeutschland eine reine Selbstverständlichkeit gewesen. So erklärte Reinhard KLIMMT, der Vertraute und Berater des dann gescheiterten SPD-Kanzlerkandidaten Oskar LAFONTAINE {*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18. 10, 1990): »Die Überwindung der Spaltung ist am intensivsten von den Sozialdemokraten betrieben worden.« Auch das ist eine Geschichtsfälschung, Tatsachen sind, daß sich die meisten Vertreter aller Bonner Parteien - vor allem der SPD - mit der Teilung praktisch seit den siebziger Jahren abgefunden hatten; daß sie teilweise sogar den Status quo von damals aufrechterhalten wollten; daß sie das SED-Regime aufwerteten, unterstützten, hofierten, daß sie praktisch das HoNECKER-System anerkannt hatten; daß sie schon weit auf dem Wege zu einer Anerkennung der DDR-Staatsangehörigkeit waren; daß sie Inhalt und Geist der (alten) Präambel des Grundgesetzes mit der Forderung nach Wiederherstellung der Einheit ganz Deutschlands mißachteten und sie abschaffen wollten; daß bewußte Vertreter der Einheit aller Deutschen und Kämpfer gegen Verzicht und Verrat an Teilen Deutschlands als »Rechtsradikale«, »Rechtsextremisten« oder gar »Verfassungsfeinde« hingestellt wurden.

Zur Richtigstellung seien einige Erklärungen führender Politiker und einflußreicher Publizisten aus der Zeit vor 1990 zu diesem Thema aufgeführt.

»Ich will es mit schonungsloser Offenheit aussprechen: Ich glaube nicht an die Wiederherstellung des deutschen Nationalstaates, auch nicht innerhalb der Grenzen der vier Besatzungszonen. Ich kann mir unter den gegebenen und vorausschaubaren Umständen und den möglichen Entwicklungen und Entwicklungslinien nicht vorstellen, daß ein gesamtdeutscher Nationalstaat wieder entsteht.«

Franz Josef STRAUSS, CSU-Vorsitzender, 1966.

In seiner Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 sprach Willy BRANDT von zwei deutschen Staaten und hatte damit die kommunistische Sprachregelung übernommen.

Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung in Bonn wurde im September 1974 unter der Regierung SCHMIDT abgeschafft.

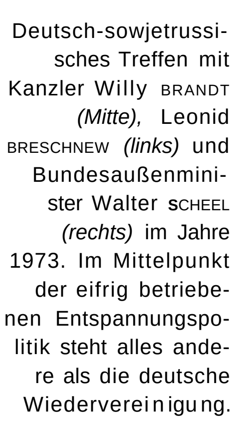
»In unserer geopolitischen Lage, angesichts unserer jüngeren Geschichte können wir Deutschen uns nicht eine politische Schizophrenie leisten, etwa auf der einen Seite eine realistische Friedenspolitik voranzutreiben und auf der anderen gleichzeitig eine illusionistische Wiedervereinigungsdebatte zu führen.«
Bundeskanzler Helmut SCHMIDT (SPD) am 17. Mai 1979.

»Es wird langsam klar, daß eine »Wieder-Vereinigung im Sinne einer Wiederherstellung des alten deutschen Nationalstaates keine sehr realistische Perspektive für die Weiterentwicklung der deutschen Frage darstellt.«
Horst EHMCKE (SPD), Bundestagsabgeordneter und früherer Minister, 1979.

Zum ersten Mal am 17. Mai 1974 spricht mit dem frisch gewählten Helmut SCHMIDT ein Bundeskanzler in seiner programmatischen Regierungserklärung nicht mehr von der Einheit der deutschen Nation und des deutschen Volkes, was die CDU in der Bundestagsdebatte am 20. Mai 1974 scharf rügt.

»Die SED unternimmt den Versuch, ihren Staat in Geschichte und Kultur besser und ernsthafter als bisher zu verwurzeln und für ihn ein Fundament zu finden, von dem sowohl die SED-Führung als auch die Bevölkerung profitieren können. Wir müssen sehen, daß da mehr geschieht als nur Propaganda und der Versuch, geschichtliche Werte für politische Gegenwartspositionen zu ideologisieren.«
»Ich möchte behaupten, daß man in der DDR beginnt, ein stabileres, ernsthafteres und... vielleicht partiell sogar wahrheitsgetreueres Bewußtsein von





Deutsch-sowjetrussisches Treffen mit Kanzler Willy BRANDT *(Mitte),* Leonid BRESCHNEW *(links)* und Bundesaußenminister Walter SCHEEL *(rechts)* im Jahre 1973. Im Mittelpunkt der eifrig betriebenen Entspannungspolitik steht alles andere als die deutsche Wiedervereinigung.

Helmut SCHMIDT und Erich HONECKER betrachten während des Kanzlerbesuchs in der DDR am 13. Dezember 1981 den Bronzeengel von Ernst BARLACH im Dom von Güstrow. Die Gespräche endeten ergebnislos. Im Sommer waren Volkskammerabgeordnete auch in Ost-Berlin gewählt worden; damit hatte das Pankower Regime unterstreichen wollen, daß Ost-Berlin zur DDR gehöre. Der sozialliberale Kurs einer Entspannungspolitik war gescheitert, und die Wiedervereinigung in noch weitere Ferne gerückt.



der deutschen Geschichte zu entwickeln, als dies in der,., manchmal recht ratlosen, verunsicherten und instabilen Bundesrepublik Deutschland zu beobachten ist.«

Richard VON WEIZSÄCKER, zit. in: *Deutschland-Archiv,* August 1984, S. 826.

»Ich nenne die DDR Heimat, weil sie das Stück Deutschlands ist, in der man die Ideen zu verwirklichen trachtet, die mir, seit ich ihnen als Kind begegnete, die edelsten, die menschlichsten zu sein schienen.«

Stephan HERMLIN 1985 in den Münchner Kammerspielen, (zit. in: *Nation Europa,* Nr. 5, 1990, S. 9)

»Ich bin der letzte Kanzler, der sich der Wiedervereinigung entgegenstellt.«

Bundeskanzler Helmut KOHL (CDU), in: *Le Monde,* 20. 5. 1987.

»Die DDR ist nicht das flüchtige »Phänomens das einst der Bundeskanzler KIESINGER in ihr zu sehen glaubte. Sie ist unter Erich HONECKER ein wirtschaftlich leistungsfähiger, innenpolitisch stabiler und außenpolitsch selbstbewußter Staat geworden, was der Sicherheit in Europa zugute kommt.«

Oskar LAFONTAINE, in: *Der Spiegel,* 24. 8. 1987.

Der Nationalstaat entspreche nicht dem Auftrag des Grundgesetzes und verkörpere auch nicht den Willen der Bürger.

Bundeskanzler Helmut KOHL (CDU) am 15. 10. 1987 (in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 1, 1990, S. 2).

Ende 1987 hatte die KOHL-Regierung das SED-Regime offensichtlich voll und ganz akzeptiert. Am 7. September 1987 wurde der Staatsratsvorsitzende HONECKER mit allen militärischen Ehren in Bonn empfangen.

»Ich stamme aus einer Gegend, der Pfalz, die 15 Jahre lang ein französisches Departement war. Das hat mich tief geprägt. Die Freiheit ist wichtiger als die Einheit... Unsere Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft ist unumkehrbar. «
Bundeskanzler Helmut **KOHL** (CDU), in: *Le Monde*, 20. 1. 1988.

»Der stellvertretende SPD-Vorsitzende Oskar **LAFONTAINE** lehnt eine Wiedervereinigung der Deutschen in einem Nationalstaat ab. Für ihn gibt es zur Zeit weder eine realistische Perspektive, noch sei es wünschenswert.«
Südwestpresse, 27. 2. 1988.



»Weder für die im Bundestag vertretenen Parteien noch für die Bundesregierung ist die Wiedervereinigung gegenwärtig ein vordringliches Ziel.«
Jürgen **SCHMUDE**, SPD-Vorstandsmitglied und Präses der EKD-Synode, zit. in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 14. 6. 1988.

Es »wurde die Wiedervereinigung zu jener spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik«. Die Beschwörung der Einheit sei »mehr als eine Fiktion«.
Altbundeskanzler Willy **BRANDT** **(SPD)** am 11. 9. 1988 in Berlin.

»Es gibt keine Chance, die deutschen Staaten zusammenzuführen. . . Die Ansicht, wonach die Wiedervereinigung vordringlichste Aufgabe deutscher Politik bleibe, ist objektiv und subjektiv Lüge, Heuchelei, die uns und andere vergiftet, politische Umweltverschmutzung.«
Egon **BAHR**, SPD-Vorstandsmitglied, 27. 11. 1988.

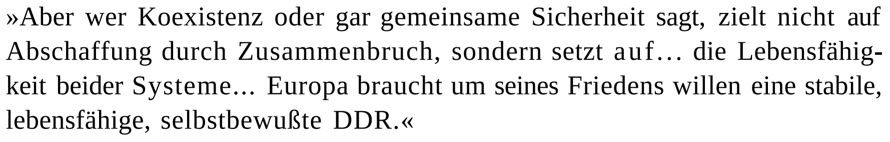
»Wer... die deutsche Frage aufwirft, stört Europa... die deutsche Frage stört Europa... Rückkehr ist nicht mehr offen.«
Egon **BAHR**, SPD-Vorstandsmitglied, in: *Frankfurter Rundschau,* 13. 12. 1988.

»Die deutsche Nation (hat sich) so sehr verspätet, daß sie in ihrem Streben nach Staatlichkeit unzeitgemäß geworden ist... der Nationalstaat hat schon heute die Vernünftigkeit seiner Idee überlebt.«
Oskar **LAFONTAINE**, SPD-Kanzlerkandidat, 1988.

»Sie demonstrieren nicht für die westliche Lebensart, die bei ihnen längst an Faszination verloren hat. Sie kämpfen auch nicht gegen den SED-Staat generell, weil die DDR ihr Staat ist, den es zu verbessern gilt.«
Westdeutscher Chefredakteur, 1988, zit. in: Hellmut DIWALD, *Deutschland einig Vaterland*, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1990, S. 369.


Erhard EPPIER.

»Das Verhältnis zwischen Gott und Obrigkeit ist entspannter als zuvor. Die Bürger sehen, daß es vorangeht, sie glauben an das, was sie sehen, die Aufbauleistung ringsum, ihren verbesserten Lebensstandard, die Geborgenheit auch, die ihnen der Staat bei allen Kümmerlichkeiten und Kümmernissen bieten, die menschliche Wärme.«
Westdeutscher Chefredakteur, 1988, zit. in: Hellmut DIWALD, *Deutschland einig Vaterland*, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1990, S. 369.


»Aber wer Koexistenz oder gar gemeinsame Sicherheit sagt, zielt nicht auf Abschaffung durch Zusammenbruch, sondern setzt auf... die Lebensfähigkeit beider Systeme... Europa braucht um seines Friedens willen eine stabile, lebensfähige, selbstbewußte DDR.«
Erhard EPPLER, SPD-Chefideologe, 1988.

»Es gibt zwei deutsche Staaten, nämlich die Bundesrepublik und die DDR, und Gottseidank kein Deutsches Reich mehr.«
Walter JENS, vor 1990 (zit. in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,~Nr.* 3, 1990, 5. 42).

»Nach vierzig Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.«
Gerhard SCHRÖDER (SPD), Ministerpräsident von Niedersachsen, in: *Bild*, 12. 6. 1989.


Michael Jürgs

»Wer heute das Gerippe der deutschen Einheit aus dem Schrank holt, kann andere nur in Angst und Schrecken versetzen.«
Theo SOMMER, in: *Die Zeit*, 23. 6. 1989.

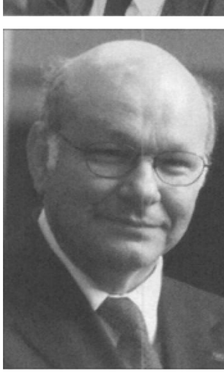
»In der Krisensituation des Sommers 1988 signalisierte das (Bonner, R. K.) Kanzleramt der SED-Führung zunächst unverändert Kooperationsbereitschaft und trug vordergründig wenig zur Entstehung der Bürgerbewegungen, den Massendemonstrationen und zum Sturz HONECKERS bei.«
Hanns Jürgen KÜSTERS, »Unterlassene Hilfeleistung an Ost-Berlin«, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. 11. 2005.

»Wer gar von gesamtdeutschen Visionen faselt, macht sich mitschuldig.«
Michael JÜRGS, in: *Stern*, 17. 8. 1989.

»Wenn unsere Forderungen darauf hinauslaufen, den Menschen drüben ihren Staat wegzunehmen, dann werden sie dies mit Sicherheit nicht zulassen. Insofern sind in der DDR Reformen nur denkbar, wenn die SED-Führung sicher sein kann, daß man ihr den Staat nicht nehmen will.«
Egon BAHR, SPD-Vorstandsmitglied, 6. 9. 1989.







Von oben: Egon BAHR, Gerhard SCHRÖDER und Walter MOMPER.

Die Lösung der deutschen Frage stehe nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte.
Bundeskanzler Helmut KOHL (CDU) am 7. 9. 1989 (zit. in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, Nr. 1, 1990, S. 4).

»Zur Zeit stattfindende Übungen in Wiedervereinigungsrhetorik helfen niemandem. Im Gegenteil, sie sind geeignet, mögliche Reformansätze in der DDR zu blockieren. .. Es geht nicht um die Wiedervereinigung, sondern es geht darum, daß die DDR ihre Krise löst.«
Walter MOMPER (SPD), Berlins Regierender Bürgermeister, 14. 9. 1989.

Es sei »reaktionär und hochgradig gefährlich« zu versuchen, die »Wiedervereinigung« als realistisches Ziel darzustellen. Der Begriff sei untauglich, sei rückwärts gerichtet.
Gerhard SCHRÖDER (SPD), Niedersachsens Ministerpräsident, zit, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. 9. 1989.

»Wir brauchen keinen Nationalstaat im Herzen Europas, sondern eine europäische Friedensordnung, in deren Rahmen auch die noch ausstehenden friedensvertraglichen Regelungen geschaffen werden müssen, die Deutschland betreffen.«
Walter MOMPER, Regierender Bürgermeister von Berlin, auf SPD-Landesparteitag in Westberlin am 22. 10. 1989.

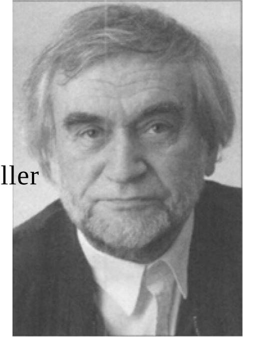
»Bei der DDR-Opposition rede >kein Mensch« von Wiedervereinigung, sagte MOMPER. Dort würden Reformen des Staates und der Gesellschaft geforden. Die Opposition wolle durchaus die Dinge beibehalten, die es an »positiven Leistungen« in der DDR gebe, Sie wolle keine »einfache Kopie der Bundesrepublik« sein. Sie will einen >eigenen dritten Weg versuchen«.«
Frankfurter Allgemeine Zeitung 22. 10. 1989, über den SPD-Landesparteitag.

»Die deutsche Universität ist die letzte Bühne für Marxisten!«
Schlagzeile des *Wallstreet Journal*, Oktober **1989.**

»Entweder können wir auf der Eigenständigkeit der DDR bestehen... Oder wir müssen dulden, daß, veranlaßt durch starke ökonomische Zwänge und durch unzumutbare Bedingungen, an die einflußreiche Kreise aus der Wirtschaft und Politik in der Bundesrepublik ihre Hilfe für die DDR knüpfen,

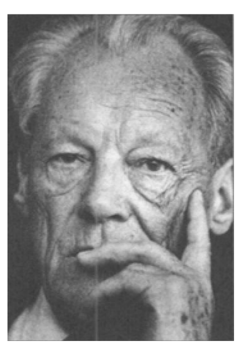
ein Ausverkauf unserer materiellen und moralischen Werte beginnt und über kurz oder lang die Deutsche Demokratische Republik durch die Bundesrepublik vereinnahmt wird.«
Aus: Aufruf *Für unser Land* von mitteldeutschen Intellektuellen, November 1989, u. a. von Christa WOLF und Stefan HEYM unterzeichnet.

»Mit allen Kräften wehren wir uns dagegen, daß die gewaltfreie Revolution (in der DDR) fremdbestimmt und der Wiedererrichtung eines erloschenen Deutschen Reiches nutzbar gemacht werden soll.«
Aus Aufruf *Für eine offene deutsche Zweistaatlichkeit* westdeutscher Intellektueller im Herbst 1989, u. a. von Uwe FRIESEL, Bernt ENGELMANN, Dieter LATTMANN, Gerhard ZWERENZ unterzeichnet.



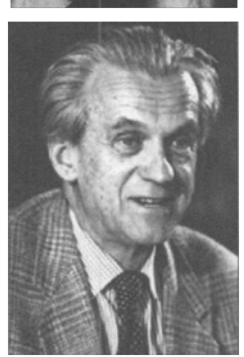
Man sollte zur Wiedervereinigung »die nächsten 20 Jahre die Klappe halten«.
Joschka FISCHER, Herbst 1989, zit. in: *Nation Europa,* 1989/10, S. 4.

»Es war eine lebenslügnerische Vorstellung, 1945 sei nur die Gewaltherrschaft und nicht auch der Staat zugrunde gegangen.. . Durch den Kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, gerann die 'Wiedervereinigung* zur spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.«
Willy BRANDT, SPD-Vorsitzender, in seinen *Erinnerungen,* Berlin 1989, S. 154 ff.



»Die Herstellung der staatlichen Einheit Deutschlands kann kein aktuelles Ziel bundesdeutscher Politik sein.«
Ernst BREIT (SPD), DGB-Vorsitzender, 1989.

»Ohne jene Deutsche Demokratische Republik in ihren letzten Zügen, ohne ihre basisdemokratische Alternative zu der von der deutschen Bank unterhaltenen Demokratie der BRD würde Europa eine Filiale der USA sein.«
Walter JENS vor 1990 (nach: Heiner MÜLLER; zit. in: *Criticón,* Nr. 120, 1990. S. 156).

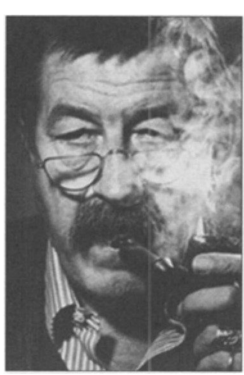


Von oben: Gerhard ZWERENZ, Willy BRANDT und Walter JENS.

»High wie eine vollgekokste deutsch-deutsche Kyffhäuser Jubelrunde in einer nationalen Dauerorgie zwischen Politik und Tennis - Sieger KOHL und Sieger BORIS: Herzblut für Deutschland - stammeln die Bild-Fahnenschwinger in schwarz-rot-gold gerahmter Titelblatt-Ekstase ihr >Gott segne unser Vaterland< und lassen die Wörter-Sektkorken knallen (Einheit, Einheit, Helmut, deutsche Familie). Die COURTHS-MAHLER selig war ja glatt eine coole Pflasterschnalle gegen diese aufgeschmalzten Heilig-Vaterland-Sülzer, die sich jetzt im völkischen Brüder- und Schwestern-Rausch durch das Brandenburger Tor lallen.«
Münchens Abendzeitung zur Begeisterung über die Maueröffnung, zit. in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 22. 12. 1989.

»Das könnte fast so aussehen, als bestünde ein stilles Übereinkommen zwischen Bonn und Ostberlin, um gemeinsam alles zu vermeiden, was die gewünschte Legitimität des ostdeutschen Staates gefährdet... In der Wahl zwischen langhaarigen Oppositionellen und stalinistischen Bürokraten scheint Bonn die letzteren gewählt zu haben.«

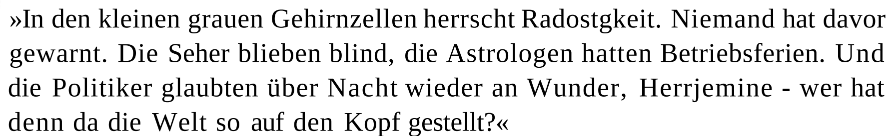
Svenska Dagbladet, vor 1990, zit. in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart*, 1/1990



Günter GRASS.

»Nichts wäre gewonnen außer einer beängstigenden Machtfülle, gebläht vom Gelüst nach mehr und mehr Macht.«
Günter GRASS zur Einheit, in: *Deutscher Lastenausgleich*, Luchterhand, Frankfurt/M. 1990.

»Plädoyer gegen die Preisgabe der DDR-Kultur. Fünf Forderungen an die Intellektuellen im geeinten Deutschland«
Titel eines ganzseitigen Artikels von Walter JENS am 16./17. 6. 1990 in: *Süddeutsche Zeitung* mit Kritik an der Einheit.



»In den kleinen grauen Gehirnzellen herrscht Radostgkeit. Niemand hat davor gewarnt. Die Seher blieben blind, die Astrologen hatten Betriebsferien. Und die Politiker glaubten über Nacht wieder an Wunder, Herrjemine - wer hat denn da die Welt so auf den Kopf gestellt?«

PZ der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 61, Juni 1990, S. 6.

Obwohl nach einer Umfrage {*Welt* 2.10.1990) fast 90 Prozent der Deutschen für ein Läuten der Kirchenglocken zum Vollzug der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 waren, empfahlen der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und der Vorsitzende der Deutschen (katholischen) Bischofskonferenz, LEHMANN, an diesem Tag nicht zu läuten. Dafür läutete zu diesem Anlaß die evangelische Marienkirche in Kattowitz, Oberschlesien, und die Kathedrale von Coventry eine halbe Stunde lang (siehe: *Deutschland In Geschichte und Gegenwart*, Nr. 4, 1990, S. 45).

In diesem Zusammenhang ist auch darauf hinzuweisen, daß nach der kleinen deutschen Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland der Bundestag mit großer Mehrheit die alte Präambel des Grundgesetzes abschaffte und durch eine neue ersetzte, die die Forderung nach Herstellung der deutschen Einheit nicht mehr enthält und aufweist, daß die deutsche Wiedervereinigung erfolgt sei. Richtig ist jedoch, daß erst eine Teilwiedervereinigung in Deutschland erfolgte und der Satz noch gilt: »Deutschland ist größer als die Bundesrepublik«.

Literatur:

Jens HACKER, *Deutsche Irrtümer*, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1992; Hellmut DIWALD, *Ein Querkopf braucht kein Alibi. Svenen der Geschichte*, Ullstein, Frankfurt/M.-Berlin 1991; Hellmut DIWALD (Hg.), *Handbuch zur Deutschen Nation*, Bd. 4: *Deutschlands Einigung und Europas Zukunft*, Hohenrain, Tübingen 1992; Helmut SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, Siedler, Berlin 1987, insbesondere S. 41 f.

Kohl und die Oder-Neiße-Linie

Dem früheren Bundeskanzler Helmut KOHL - der übrigens vor seiner Tätigkeit als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz rund zehn Jahre lang für die BASF und als Lobbyist für den Verband der chemischen und pharmazeutischen Industrie tätig war und später deren Interessen vertrat - und seiner Regierung wird nicht nur in Sachen mitteldeutscher Grundbesitzer eigenartiger Umgang mit der historischen Wahrheit vorgeworfen. Auch in dem im Rahmen der Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland 1990 anstehenden Fall der Oder-Neiße-Linie ist die historische Wahrheit eine andere, als er sie darzustellen versuchte.

So erinnerte er am Wochenende 21./22. August 1999 in einem Interview des Deutschlandradios Berlin an sein Treffen mit dem amerikanischen Präsidenten George BUSH und US-Außenminister James BAKER in Camp David am 24. und 25. Februar 1990 und erklärte:[1]

»Das war eine sehr dramatische Nacht. Die Amerikaner versuchten, mich dazu zu bringen, jetzt und sofort die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen.« Er habe damals gesagt: »Wenn Ihr mich in diese Lage bringt, dann werde ich sie anerkennen, aber zurücktreten. Das wollten sie natürlich auch nicht. Dann ist es anders gelaufen, aber das war ziemlich schwierig.« Seine Position sei die des Bundesverfassungsgerichtes gewesen: »Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ist nur über einen Friedensvertrag möglich.« Daß die Grenze irgendwann anerkannt werden mußte, »das wußte ich wie viele andere auch. Aber wir waren ja im Wort gegenüber den Vertriebenen«, Und in den ersten Wochen des Jahres 1990 habe es eine Lage gegeben, »wo ich sehr darauf bedacht war, daß wir keine Abstimmung im Bundestag bekommen, denn die hatte ich glatt verloren. Das wäre eine Abstimmung geworden mit einer klaren Mehrheit, jetzt und sofort die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen«.

Wie sehr es ihm jedoch nur um das Verbergen seiner wirklichen Haltung zur Oder-Neiße-Linie ging, geht aus dem inzwischen veröffentlichten Dokumentenband über die damalige Zeit hervor. Dort heißt es im amtlichen Vermerk zum Gespräch zwischen KOHL und BUSH am 24. Februar 1990:[2] »Gestern habe er (KOHL, H, W.) lange mit Ministerpräsident MAZOWTECKT [von Polen, H. W] telefoniert. Dieser habe ihm ausführlich über die psychologischen Gegebenheiten in Polen berichtet. Dazu habe er - der Bundeskanzler - ihm gesagt, daß auch er ein psychologisches Problem habe. Dies habe damit zu tun, daß Polen in Jalta zu Lasten Deutschlands nach Westen verschoben worden sei und 12-13 Millionen Deutsche ihre Heimat verloren hätten, weitere zwei Millionen seien auf der Flucht und Vertreibung umgekommen. Das Problem sei nicht die Grenze, sondern die Psychologie der Menschen...

Um nun eine Lösung zu finden, müsse man in den nächsten Monaten hart

[1] *Deutscher Ost-Dienst* DOD) Nr. 34, 27. 8. 1999, S. 9.

[2] Bundesministerium des Innern (Hg.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit,* Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, bearbeitet von H. J. KÜSTERS und D. HOFMANN, München 1998, S. 863 f.

arbeiten, damit man die Erwartungen der Polen befriedigen könne, und zwar in einem Prozeß, der irreversibel sei. Kurzum: Die Grenze sei nicht das Problem.

Allerdings sehe er ein anderes Problem, daß die Polen, aber auch andere aufbringen könnten: Reparationen. Dies sei für ihn inakzeptabel! Die Bundesrepublik Deutschland habe bisher 100 Mrd. DM[3] an Wiedergutmachung an einzelne Personen oder an Staaten, etwa Israel, gezahlt. Auch Polen seien in den 1970er Jahren große Summen zugeflossen, die von dem korrupten Regime verschleudert worden seien, statt den Menschen zugute zu kommen. Nun könne man nicht 50 Jahre nach dem Krieg noch einmal mit Reparationen anfangen. .. Wolle man nunmehr erneut mit Reparationen anfangen, so müsse er - der Bundeskanzler - klar sagen, daß dies innenpolitisch nicht durchzuhalten sei. Dies könne man den Deutschen nicht erklären...

[3] Nach: *Stuttgarter Zeitung,* 18. 12. 1999, bis 1999 sogar 200 Mrd. DM.

Im übrigen habe Polen 1953 »gegenüber Deutschland« auf Reparationen verzichtet. Davon wolle man in Warschau offenbar heute nichts mehr wissen.

Der Bundeskanzler stellt zusammenfassend fest: Er sei guten Willens und werde eine Lösung finden. Es gehe nicht um die Sache (offenbar die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, H. W.) - diese sei klar -, sondern um die Prozedur.«

Für KOHL ging es also nur darum, wie man die Vertriebenen als Hauptbetroffene und alle nationalen Deutschen weiterhin darüber hinwegtäuschen könnte, daß er und seine Bundesregierung Ostdeutschland - das Gebiet östlich der Oder und Neiße - schon längst aufgegeben hatten und nicht bereit waren, diese völkerrechtlich berechtigten deutschen Forderungen auf Rückgliederung der ostdeutschen Gebiete vorzubringen, geschweige denn durchzusetzen. Der Bundeskanzler setzte sich also nicht für deutsche Interessen ein, sondern dafür, daß »man die Erwartungen der Polen befriedigen könne« und noch dazu »in einem Prozeß, der irreversibel sei«.

In normalen Zeiten gilt solches als Landesverrat. In keinem anderen Land hätte ein Staatschef so gegen die Interessen seines Volkes handeln können. Japan hat bis heute nicht auf die 1945 von den Sowjets annektierten Kurilen-Inseln verzichtet und besteht weiterhin auf seinem Recht auf Rückerstattung. Und dabei stehen diese kleinen Inseln im Wert in keinem Verhältnis zu den 1945 von Polen und Sowjets besetzten deutschen Ostprovinzen.

Ausführlich wird Kohls »Verzicht auf Deutschland« in einem Buch[4] über die Ära KOHL von Joachim NOLYWAIKA beschrieben, der auch weitere politische Vorwürfe gegen den Altbundeskanzler erhebt und umfassend begründet.

Rolf Kosiek

[4] Joachim NOLYWAIKA, *Die Ära Kohl. Wende abwärts 1982-1998,* Arndt, Kiel 2000, S. 38-52.

Kohl und die Wiedervereinigung

Es trifft zu, daß unter Bundeskanzler Helmut KOHL 1989/90 die kleine Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland stattfand. Nicht richtig ist dagegen, daß KOHL >der Kanzler der Einheit< war. Er hat sich erst nachträglich der mit großer Dynamik ablaufenden Entwicklung in Richtung auf die Einigung angeschlossen und ist auf einen bereits fahrenden Zug aufgesprungen. Das beweisen viele Einzelheiten und Vorgänge in den Jahren vor 1990.

So hat KOHI, als Bundeskanzler jahrelang alle Initiativen aus seiner Fraktion abgewürgt, die in den achtziger Jahren die deutsche Frage vorantreiben wollten. Zahlreiche Belege finden sich zum Beispiel in dem Buch des früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Jürgen TODENHÖFER (1940-),[1] der sich immer wieder in Redebeiträgen im Bundestag und in Briefen an den Bundeskanzler - etwa vom 27. Oktober 1988[2] - oder an den CDU-Generalsekretär - etwa vom 15. März 1988[3] - gegen die Vernachlässigung der Einheitsbestrebungen durch die Regierung wandte. »1987 ist es der Intervention des Bundestagsabgeordneten Jürgen TODENHÖFER (abrüstungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion) zu verdanken, daß die Deutsche Einheit als nationales Ziel im CDU-Programm verbleibt, obwohl Helmut KOHL bereit gewesen wäre, sie auf Druck seines Generalsekretärs Heiner GEISSLER sang- und klanglos unter den Tisch fallen zu lassen.«[4] TODENHÖFER wurde für sein stetes Eintreten für die deutsche Einheit von KOHL gerügt, und er verließ schließlich enttäuscht den Bundestag. Insbesondere klagte er an: »Die Aussage von Frau WILMS (der damaligen Bundesministerin für innerdeutsche Beziehungen, R. K.) in Paris, der deutsche Nationalstaat um seiner selbst willen sei weder Auftrag des Grundgesetzes noch entspreche dies unserem politischen Bewußtsein, ist mit dem Grundgesetz nicht in Einklang zu bringen.«[5] Und er nannte die damaligen neuen Vorschläge »der Kommission des Bundesvorstandes der CDU zur Außen- und Deutschlandpolitik moralisch, politisch und verfassungsrechtlich nicht vertretbar«.[6]

Jürgen TODENHÖFER (1940-) bei einer Rede im Bundestag, dem er seit 1972 angehörte.

Ähnlich erging es dem CDU-Abgeordneten Dr. Bernhard FRIEDMANN

[1] Jürgen TODENHÖFER, *Ich denke deutsch, Abrechnung mit dem Zeitgeist,* Dr. Dietmar Straube, Erlangen-Bonn-Wien 1989.

[2] Ebenda S. 215-218.

[3] Ebenda, S. 225-235.

[4] Karl Hugo PRUYS, *Heimut Kohi. Der Mythos vom Kanzler der Einheit,* edition q im be.bra verlag, Berlin 2004, S. 15.

[5] TODENHÖFER, aaO., (Anm. 1), S. 231.

[6] Ebenda.

(1932-), der nach 1987 mehrfach nach seinen Mahnungen für eine Politik zur deutschen Einheit insbesondere in seinem Buch *Einheit statt Raketen* (1987) und wegen seiner berechtigten Hinweise auf die Angebote aus Moskau von Bundeskanzler KOHL öffentlich »wegen blühenden Unsinns« gerüffelt wurde und als »Querulant« nach mehreren Legislaturperioden 1990 trotz seines sicheren Wahlkreises 177 (Rastatt) nicht mehr in den Bundestag kam.

Auch gesamtdeutsche Bemühungen des deutschlandpolitischen Referenten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Harald RÜDDENKLAU oder aus nationalen CSU-Kreisen in München vorgebrachte Initiativen zur deutschen Einheit fanden bei KOHL und der CDU-Spitze immer weniger Gehör, wurden abgelehnt und kamen nicht zur Wirkung.

Eine Reihe von eigenen Aussagen belegt, daß KOHL, der sich gern einen politischen Sohn ADENAUERS nannte, im Grunde wie dieser gegen die Wiedervereinigung war und der Westeinbindung sowie der europäischen Einigung den Vorrang gab. Beispielhaft seien folgende Aussprüche angeführt:

- »Ich bin der letzte Kanzler, der sich der Wiedervereinigung entgegenstellt.«[7]
- »Die deutsche Frage bleibt offen, doch ihre Lösung steht zurZeit nicht auf der Tagesordnung der Weltgeschichte, und wir werden dazu auch das Einverständnis unserer Nachbarn brauchen,«[8]
- Der Nationalstaat entspreche nicht dem Auftrag des Grundgesetzes und verkörpere auch nicht den Willen der Bürger,[9]
- »Ich stamme aus einer Gegend, der Pfalz, die 15 Jahre lang ein französisches Departement war. Das hat mich tief geprägt. Die Freiheit ist wichtiger als die Einheit. ,. Unsere Zugehörigkeit zur westlichen Wertegemeinschaft ist unumkehrbar,«[10]

Uberzeugende Beweise für KOHLS Haltung zur deutschen Einheit hat Karl Hugo PRUYS, der in den siebziger Jahren Parteisprecher des CDU-Vorsitzenden KOHL war und 1995 eine KOHL-Biographie veröffentlichte,[11] in einer Monographie zusammengestellt.[4] Sein Ergebnis ist: »Daß man aber sagen könnte und er sich selbst das zweifelsfreie Verdienst zuschreibt, die Einheit

[7] Helmut KOHL, in: *Le Monde,* 20. 5. 1987.

[8] Helmut KOHL in der Tischrede beim HONECKER-Besuch in Bonn am 7. September 1987, zitiert in: PRUYS, aaO. (Anm. 4), S. 82. KOHL sprach hier auch von den »zwei Staaten« in Deutschland und »daß sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten in Deutschland in den letzten Jahren insgesamt günstig entwickelt haben« (ebenda, S. 83), sehr zur Freude HONECKERS.

[9] Helmut KOHL am 15. 10. 1987, zitiert in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* 1, 1990, S. 2.

[10] Helmut KOHL, in: *Le Monde,* 20. 1. 1988.

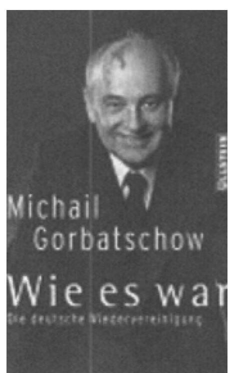
[11] Karl Hugo PRUYS, *Helmut Kohl. Die Biographie,* edition q, Berlin 1995.

schon immer gewollt und als Kanzler alles dafür getan zu haben, dies gehört ins Reich der Legenden... Meine These lautet daher: Helmut KOHL wollte die deutsche Einheit - nicht! Er glaubte sie vielmehr furchten zu müssen, weil sie womöglich Gefahr für seine politische Führungsrolle bedeutete.«[12]

KOHL reagierte erst nach dem Mauerfall am 9. November 1989, als der Zusammenbruch der DDR offensichtlich wurde. »Bezeichnenderweise beginnt das Thema »deutsche Einheit« in KOHLS >Erinnerungsbuch< *(Ich wollte Deutschlands Einheit,* 1996) erst im Jahre 1989 (!).«[13]

Der sowjetische Außenminister Eduard SCHEWARDNADSE befaßte sich schon 1986 damit. Doch mehrfache deutliche Hinweise aus Moskau, daß man »die Existenz zweier deutscher Staaten im Herzen unseres Kontinents für eine Anomalie« halte, die »die Sicherheit Europas ernstlich bedrohte«, daß die Mauer ein »Relikt des Kalten Krieges« sei, daß die Verhältnisse in Berlin »entwicklungsfähig« seien (FALIN), wurden in Bonn einfach nicht beachtet.





Michail GORBATSCHOW und sein BuchWe es *war,* Ullstein, Berlin 1995

KOHL lehnte noch am 24. Oktober 1988 in Moskau bei einem Gespräch mit dem Kreml-Chef GORBATSCHOW dessen Angebot ab, über Möglichkeiten der deutschen Wiedervereinigung zu verhandeln. Bezeichnenderweise wurde diese so wichtige Unterredung im Gegensatz zu allen anderen Gesprächen GORBATSCHOWS mit ausländischen Staatsmännern geheimgehalten und bisher nicht veröffentlicht. Dennoch sprach GORBATSCHOW weiter von der »großen Wende« in den deutsch-russischen Beziehungen. Um die gleiche Zeit wurde dagegen die Transitpauschale für die DDR von rund 500 auf knapp 900 Millionen DM von Bonn erhöht und zusätzlich mit einer Zahlungsgarantie von zehn Jahren versehen, und »ein angeblich von Franz Josef STRAUSS »eingefädelter«, in Wahrheit vom Kanzleramts-Staatssekretär Philipp JENNINGER auf KOHLS Geheiß (unter Einschaltung von F. J. S.) lancierter Milliardenkredit hilft der maroden DDR über die buchstäblich letzte Runde«.[14]

Auch im folgenden Jahr 1989 wurden die Signale aus Moskau, diese neuen Töne aus dem Kreml, in Bonn nicht beachtet. Der damalige deutsche Botschafter in Moskau, Andreas MEYER-LANDRUT, schrieb später: »Ich habe im März 1989 die bevorstehende Vereinigung in meiner Berichterstattung vorhergesagt und empfohlen, daß Bonn sich gedanklich-politisch darauf einstellt. Dies ist meines Wissens weder geglaubt, noch sind irgendwelche Konsequenzen daraus gezogen worden.«[15]

GORBATSCHOW gab später in einem Erinnerungsbuch[16] seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß KOHL es im Oktober 1988 mit der deutschen Einheit »überhaupt nicht eilig hatte«. Der Sowjetherrscher hielt sehr zurück-

[12] PRUYS, aaO. (Anm. 4), S. 14 f.

[13] Ebenda, S. 16.

[14] Ebenda, S, 17.

[15] Zitiert in: ebenda, S. 29.

[16] Michail GORBATSCHOW, *Wie es wirklich war,* Ullstein, Berlin 1995.

Der Zug der kleinen deutschen Wiedervereinigung war nicht mehr aufzuhalten, und Helmut KOHL sprang noch rechtzeitig auf. Hier spricht er am 19. Dezember 1989 vor der Ruine der Dresdner Frauenkirche - sein erstes offizielles Treffen mit DDR-Ministerpräsident MODROW, Selbst dort meinte KOHL noch zu den Zuhörern: »Mein Ziel bleibt die Einheit unserer Nation.«

haltend fest: »Aber am interessantesten ist offenbar die Tatsache, daß KOHL mit der Lösung der Frage (Wiedervereinigung, K.H.P.) in sehr ferner Zukunft rechnete und sie als Aufgabe zukünftiger Generationen bezeichnete. Doch buchstäblich ein Jahr später fiel die Berliner Mauer.«[17] Und der Russe wunderte sich wohl sehr, daß KOHL ihm gegenüber erklärte: »HONECKER weiß, daß ich nicht beabsichtige, ihm das Leben schwer zu machen.«[18]

Auf dem Bremer CDU-Parteitag im September **1989,** nur zwei Monate vor dem Fall der Mauer, war keine Rede mehr von Deutschland und der Pflicht der Regierung zur Wiedervereinigung. In seinem »Bericht zur Lage der Nation« am **8.** November **1989,** dem Vorabend des Mauerfalls, machte KOHL nach Wochen der Leipziger Demonstrationen der DDR noch das Angebot einer »völlig neuen Dimension unserer wirtschaftlichen Hilfe«, wollte also offensichtlich eine weitere Stabilisierung des Pankower Regimes statt dessen Abschaffung durch die kleine deutsche Vereinigung.

Nach Ansicht von Fachleuten hätte auch KOHLS 10 Punkte-Plan vom 28. November **1989,** wenn er zum Zuge gekommen wäre, »die Einheit um Jahre verzögert oder gar unmöglich gemacht«.[19] Es sollten danach »konföderative Strukturen zwischen beiden Staaten in Deutschland« geschaffen werden, aber keine Vereinigung. Daß dann nach dem Anschluß Mitteldeutschlands viele Fehler gemacht wurden, daß keine »blühenden Landschaften« entstanden, lag mit daran, daß in dem von der CDU gestalteten Jahrzehnt davor Planungen für den Zeitpunkt des Zusammenbruchs des Pankower Systems versäumt worden waren, daß es kein Gesamtdeutsches Ministerium mehr gab, daß die in der Präambel des Grundgesetzes geforderte wichtigste Aufgabe deutscher Politik, die Wiedervereinigung der verschiedenen Teile Deutschlands, sträflichst vernachlässigt worden war.[20]

Rolf Kosiek

[17] Zitiert in: PRUYS, aaO. (Anm. 4) S. 39 f.

Zitiert in: ebenda, S. 41.

[19] PRUYS, aaO. (Anm.4), S. 78.

[20] Weitere Materialien in: Wolfgang SEIFERT, *Die Deutschen und Gorbatschow,* Straube, Erlangen-Rom-Wien 1989; Lutz HAARMANN, *Die deutsche Einheit kommt bestimmt,* Wissenschafts-Verlag, Berlin 2005; Uwe LEHMANN-BRAUNS, *Die verschmähte Nation. Berliner Begegnungen,* Hohenheim, Stuttgart 2005; Markus DRIFTMANN, *Die Bonner Deutschland-Politik 1989/90,* Lit, Münster 2005.

Bundesregierung betrügt bei DDR-Bodenreformurteil

Die deutsche Bundesregierung hat seit 1990 vor der Öffentlichkeit, dem Deutschen Bundestag und dem Bundesverfassungsgericht immer wieder erklärt, die Anerkennung (und damit Nichtwiederrückgängigmachung) der von der sowjetischen Besatzungsmacht in der Ostzone zwischen 1945 und 1949 vollzogenen Enteignungen sei eine Bedingung der sowjetischen Zustimmung zur deutschen Einigung 1990/91 gewesen. So behauptete Bundeskanzler KOHI. in seiner Regierungserklärung vor dem Bundestag am 30. Januar 1991: »Der Fortbestand der Maßnahmen zwischen 1945 und 1949 wurde von der Sowjetunion zu einer Bedingung für die Wiedervereinigung gemacht. Ich sage klar: Die Einheit Deutschlands durfte an dieser Frage nicht scheitern.« Mit dieser Behauptung und dem üblen Trick, das Rückgabeverbot in den Einigungsvertrag einzubauen, dem nur als Ganzes zugestimmt werden konnte, hat die Bundesregierung den Bundestag zur Zustimmung gezwungen. Mit dieser Behauptung hat die Bundesregierung vor dem Bundesverfassungsgericht dessen >Bodenreformurteil< vom 23. April 1991 bekommen, wobei in der Begründung und Urteilsfindung die - offenbar falsche - Behauptung eine wichtige Rolle spielte. Bundesaußenminister KINKEL versicherte noch 1994 in einem Brief an einen betroffenen Bürger:[1] »In den Verhandlungen über die deutsche Einheit hat die sowjetische Seite 1990 immer wieder deutlich gemacht, daß die Enteignungen im Jahre 1945 von keinem deutschen Gericht rückkehrbar gemacht werden dürften.«

[1] *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 5. 12. 1995.



Das Treffen KOHL-GORBATSCHOW am 15. Juli **1990** im Kaukasus - ein wichtiger Schritt zur kleinen Wiedervereinigung.

Diese Behauptungen sind offenbar falsch und anscheinend bewußt zur Täuschung der Deutschen verwendet worden, wie von Anfang an vermutet wurde. In einem ausführlichen Beitrag hat die *FAZ*[2] die inzwischen aufgetauchten und neuerdings durch weitere Äußerungen direkt Beteiligter bestätigten Beweise dafür zusammengestellt.

[1] Zitiert ebenda.

So hat der damalige Präsident der Sowjetunion und deren Vertreter bei den Verhandlungen, GORBATSCHOW, 1994 dem britischen Historiker STONE auf dessen Frage, ob es stimme, daß die Sowjetunion im Lauf der Verhandlungen ein Rückgabeverbot des konfiszierten Eigentums als unerläßliche Bedingung gefordert habe, erklärt: »Nein, das stimmt nicht.«[3] STONE ließ sich diese Antwort von GORBATSCHOW später noch einmal schriftlich geben.[4]

[3] *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 27. 8. 1994.

[4] Siehe Anm. 1.

In gleicher Weise hat bald darauf der damalige sowjetische Außenminister SCHEWARDNADSE abgestritten, es habe solch eine Bedingung gegeben.[5]

[3] *Frankfurter Aligemeine Zeitung*, 6. 9. 1994.

Der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär beim letzten DDR-Ministerpräsidenten DE MAIZIERE, Günther KRAUSE, der 1990 mit dem damaligen Bundesinnenminister SCHÄUBLE den deutschen Einigungsvertrag ausgehandelt hat, versicherte auch: »Die besagte Forderung als Bedingung für die sowjetische Zustimmung für die deutsche Einheit hat nicht existiert, sondern nur der Wunsch der ehemaligen Sowjetunion, die Legitimität dieser Enteignungsmaßnahme nicht in Frage zu stellen.«[6] Das ist aber etwas ganz anderes.

[6] Siehe Anm. 1.

Später hat der damalige US-Präsident George BUSH KOHLS Behauptung ebenfalls widersprochen. Auf der Abschlußveranstaltung des >Global Panels einer alljährlichen zweitägigen Konferenz führender Persönlichkeiten aus Politik und Wirtschaft, wurde er am **24,** November **1995** in Aachen im Anschluß an seine >dinner **Speech«** in der Diskussion gefragt: »Sie waren zu jener Zeit, als die deutsche Wiedervereinigung stattfand, Präsident der Vereinigten Staaten... Die Bundesregierung hat den Eindruck erweckt, die Sowjetunion habe es zu einer Bedingung ihrer Zustimmung zur Wiedervereinigung gemacht, daß Eigentum, das in der früheren sowjetischen Besatzungszone zwischen **1945** und **1949** konfisziert worden ist, an die ursprünglichen Eigentümer nicht zurückzugeben sei... Können Sie bestätigen, daß die Sowjets eine solche Bedingung gestellt haben?« BUSH antwortete mit dem einen Wort: »No.«[7]

[7] Ebenda.

Schon kurz vorher urteilte der bereits genannte britische Historiker **STONE** in der englischen Zeitschrift *The Spectator*.[8]

[8] *The Spectator*, 24. 10. 1995; zit. in: siehe Anm. 1.

»Deutsche nennen es den >Betrug des Jahrhunderts«, andere könnten sagen, das zeige, wie leicht es sei, die verschiedenen Rechte zu verletzen, die Leute in Verfassungen schreiben, falls eine Regierung wirklich entschlossen genug ist, sich über sie hinwegzusetzen.« Er nannte die von Bonn bisher verweigerte Eigentumsrückgabe eine »besondere deutsche Horror-Geschichte«.

Damit haben praktisch alle direkt Beteiligten KOHLS Behauptung widersprochen. Und es ist auch kaum ein Grund zu finden, warum die Sowjetunion ausgerechnet auf solch einer Forderung bestanden haben sollte, die für

ihre Zukunft ziemlich belanglos war und nur innerdeutsche Belange betraf. Andererseits gibt es einen schon vielfach geäußerten Grund, warum gerade Bonn daran interessiert war: Das durch die Verweigerung der Rückgabe an die rechtmäßigen Eigner einbehaltene DDR-Staatseigentum konnte gut benutzt werden, um die immensen Bonner Staatsschulden zu erniedrigen. Ein weiterer Grund kann bei der mehrfach zu Tage gekommenen Politik der Bonner Regierungsparteien, deutsche Rechte bewußt zu verschleudern, nicht ausgeschlossen werden: Die Verzichtspolitiker wollten innerstaatlich gegenüber den Vertreiberstaaten Tschechei und Polen einen Präzedenzfall dafür schaffen, daß in der ersten Nachkriegszeit staatlich konfisziertes Gut nicht zurückgegeben zu werden braucht. Mit der Bonner Absegnung des Rückgabeverbotes sollte also das Recht der Ostdeutschen und der Sudetendeutschen auf ihr Eigentum in ihrer Heimat gemindert werden. Und mehrfach haben die Vertreiberstaaten dieses Argument inzwischen auch schon vorgebracht. Da man den Verantwortlichen in Bonn Dummheit wohl kaum unterstellen kann, muß wohl von bewußtem Handeln in diesem Sinne ausgegangen werden, insbesondere, wenn es mit solcher Energie selbst vor dem Bundesverfassungsgericht von Bonner Beauftragten vertreten wurde.

Wenn dieses gegen grundlegende deutsche Interessen und ebenso fundamentale Rechtsgrundsätze verstoßende politische Handeln in Bonn dann noch, wie es nach all dem oben Vorgebrachten wohl zwingend erscheint, mit bewußter Täuschung der Öffentlichkeit, des Bundestages und des höchsten deutschen Gerichtes durchgesetzt wurde, dann kann man nicht nur wie der britische Historiker STONE von dem > Betrug des Jahrhunderts< sprechen, sondern muß die Bundesregierung auch wegen schwersten Verfassungsbruchs anklagen. Aber auch diesen Vorwurf sitzt KOHL wohl aus.[9]

[9] Im Jahre 2004 erschien zu diesem Thema das Buch von Constanze PAFFRATH (Böhlau, Köln-Wien) *Macht und Eigentum.* Darin weist die Politikwissenschaftlerin überzeugend nach, daß die Karlsruher Urteile auf falschen Tatsachenvoraussetzungen beruhen, weil die von Bonn vorgetäuschte Zwangslage **1990** gar nicht bestanden habe. Die Sowjets hätten das Rückgabeverbot nicht gefordert. Die Bundesregierung habe den skandalösen Rechts- und Verfassungsbruch schon vor Beginn der Verhandlungen geplant und Bundestag wie Verfassungsgericht mit Vorsatz getäuscht. Aber auch diese schwerwiegenden Begründungen der Vorwürfe zeitigten keine Folgen: ein weiteres Beispiel für die vorhandene politische Korruptheit der Berliner Regierungsszene.

Die Alliierten und die Wiedervereinigung

Nach der Gefangennahme der Angehörigen der Reichsregierung am 23. Mai 1945 besaßen die Alliierten alle Gewalt in Deutschland. In den folgenden Jahren konnten sie sich auf mehreren Friedenskonferenzen nicht auf einen Friedensvertrag mit dem geschlagenen Reich einigen. Nach Gründung der Bundesrepublik und der DDR kam es von Ost und West zu mehreren Vorschlägen zur Wiedervereinigung, die aber keine Folgen hatten und deren Ernsthaftigkeit angezweifelt wird.

In Worten betonten alle Besatzungsmächte ihren Willen zur deutschen Einheit. So erklärten die drei Westmächte in der Schlußakte der Londoner Konferenz am 3. Oktober 1954, »daß die Schaffung eines völlig freien vereinigten Deutschlands durch friedliche Mittel ein grundsätzliches Ziel ihrer Politik bleibt«.[1] Im Deutschlandvertrag vom 25. Oktober 1954, der am 5. Mai 1955 in Kraft trat, hieß es in Artikel 7: »Bis zum Abschluß einer friedensvertraglichen Regelung werden die Unterzeichnerstaaten zusammenwirken, um mit friedlichen Mitteln ihr gemeinsames Ziel zu er-

[1] Zitiert in: Hans Edgar JAHN, *Die deutche Frage von 1945 bis heute,* v. Hase & Koehler, Mainz 1985, S. 205.



Die Pariser Deutschlandkonferenz, die unter anderem die Wiederherstellung der deutschen Souveränität und die Regelung der Saarfrage zwischen Frankreich und Deutschland erörterte, fand ab 19. Oktober 1954 statt. *Unten von links:* US-Außenminister DULLES unterzeichnet die Aufhebung des Besatzungsstatuts; Frankreichs Außenminister MENDIS-FRANCE prüft die Dokumente. *Links:* Nach der Unterzeichnung der Verträge zeigte ADENAUER bei der Pressekonferenz eine ihm geschenkte Flasche Milch mit den Worten; »Das ist die Milch der frommen Denkungsart, die wir jetzt alle trinken müssen..





wirken: ein wiedervereinigtes Deutschland.«[3] Am 23. Oktober 1954 schlossen sich in Paris, sämtliche NATO-Mächte dem an. Das Ministerkomitee des Europarates erklärte am 15. Dezember 1955, daß die Wiedervereinigung Deutschlands auf der Grundlage freier Wahlen unerläßlich sei. Am 19. Juli 1957 unterzeichneten die Botschafter der drei Westmächte und der Bundesaußenminister die »Berliner Erklärung«, m der die Grundlagen der westlichen Deutschlandpolitik mit dem Ziel der Wiedervereinigung festgehalten wurden. An dieser grundsätzlichen Stellungnahme nach außen hin änderte sich in den folgenden Jahrzehnten nichts. Es war aber Heuchelei.



BUSH und GORBATSCHOW standen der deutschen Wiedervereinigung nicht im Wege.

Knapp ein Jahr vor dem Fall der Berliner Mauer wies ein Leitartikel in der *Washington Post* auf den Zustand der Täuschung hin: »Die Gründung des westdeutschen Staates geschah unter der Vorspiegelung, daß die westlichen Besatzungsmächte, nämlich Frankreich, Großbritannien und die Vereinigten Staaten, mit den Deutschen gemeinsam das Ziel der Wiedervereinigung Deutschlands in absehbarer Zeit verfolgen. Dieser Täuschungsversuch ist auch im Grundgesetz von 1949 enthalten, welches besagt, daß die Bundesrepublik nur ein Provisorium sei. In ihrem Herzen wissen die Deutschen, daß die Westmächte zusammen mit der Sowjetunion Maßnahmen gegen die deutsche Wiedervereinigung getroffen haben, weil das Reich dadurch Europa, wie einst, dominieren könnte. Die Deutschen müssen aber vortäuschen, das nicht zu wissen, so daß ihre Handlungen mit den falschen westlichen Versicherungen übereinstimmen. Dadurch ist es so weit gekommen, daß der Gebrauch von absoluten Unwahrheiten, die jedermann zu glauben vorgibt, zum alltäglichen Standard politischen Handelns in Westdeutschland gehört.«[3]

Wie die Westmächte im einzelnen wirklich dachten, kam im Verlauf der Entwicklung zur deutschen Einheit 1989/90 heraus. Der in dieser Frage wohl vertrauenswürdige damalige Bundeskanzler Helmut KOHL berichtete darüber 2005 im zweiten Band seiner Erinnerungen.[4] Frankreichs Staatspräsident MITTERRAND habe ihm zwar beim Gespräch am 2,/3. November 1989 »ausdrücklich grünes Licht zur Wiedervereinigung« gegeben, doch habe der Franzose in den folgenden Wochen »eine Art Doppelspiel« getrieben. »MITTERRAND wie Margret THATCHER setzten darauf, daß GORBATSCHOW niemals bereit sein

[2] Hans Edgar JAHN, ebenda.

[3] Jim HOAGLAND, Leitartikel in: *Washington Post*, 26. 1. 19S9.

[4] Helmut KOHL, *Erinnerungen 1982-1990*, Droemer Knaur, München 2005; auszugsweiser Abdruck in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 28. 10. 2005, S. 11.

MITTERRAND und KOHL am 22. September 1984 bei einer Gedenkfeier bei Verdun. Deutsch-französische Aussöhnung, aber auch französische Angst vor einem Vierten Reich, die sich in Maastricht auswirkte. *Unten:* Die Gegner einer deutschen Wiedervereinigung: François MITTERRAND und Margaret THATCHER.

würde, ein vereinigtes Deutschland in der Nato zu akzeptieren... Margret THATCHER wollte die deutsche Einheit mit allen Mitteln verhindern und setzte dabei ganz auf den sowjetischen Generalsekretär.« Bei ihrem Treffen mit MITTERRAND am 1. September 1989 habe die britische Premierministerin die deutsche Einheit wie der Franzose abgelehnt, und beide hätten darin übereingestimmt: »Also machen wir uns keine Sorgen. Sagen wir, daß sie (die deutsche Einheit, R. PL) geschehen kann, wenn die Deutschen es wollen, im Bewußtsein, daß die zwei Großen (GORBATSCHOW und BUSH, R, K.) uns davor bewahren.« Sie habe ebenso gegenüber GORBATSCHOW am 23. September 1989 in Moskau erklärt: »England und Westeuropa haben kein Interesse an einer deutschen Wiedervereinigung. ., Wir wollen keine deutsche Wiedervereinigung. Sie würde eine Änderung der Nachkriegsgrenzen bedeuten - und das wollen wir nicht, weil dadurch die internationale Situation destabilisiert und unsere Sicherheit bedroht werden kann.«





Beim Sondertreffen der Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft am 18. November 1989 in Paris sei dann Frau THATCHER, schreibt KOHL, beim Dessert »ziemlich heftig auf mich« losgegangen.

»Ich zitierte daraufhin eine Erklärung eines Nato-Gipfels von 1970 und sagte, daß die Nato positiv zur Wiedervereinigung stehe. Margaret THATCHER fauchte zurück und meinte, diese Erklärung datiere von einem Zeitpunkt, an dem man dachte, daß die Wiedervereinigung nie stattfinden würde. Ich blieb gelassen und entgegnete, immerhin habe die Nato diese Erklärung beschlossen und diese Entscheidung gelte immer noch. Auch Margaret THATCHER könne das deutsche Volk nicht daran hindern, seinem Schicksal zu folgen. Außer sich vor Wut, stampfte THATCHER mit den Füßen auf und schrie: >Das sehen Sie so, sehen Sie so!< MITTERRAND schien ihre Haltung zu billigen.«

Auch beim folgenden Straßburger Gipfel Anfang Dezember 1989 seien die Vorbehalte der britischen Premierministerin am stärksten gewesen. »Für

Margaret THATCHER war ein wiedervereinigtes Deutschland schlichtweg zu groß und zu mächtig, als daß es nur einer von vielen Mitstreitern auf dem europäischen Spielfeld sein könnte.« Sie habe mit dem britischen Veto gedroht, wenn nicht ein Passus mit der Unverletzlichkeit der Grenzen in die gemeinsame Stellungnahme aufgenommen werde. »Nie werde ich Margaret THATCHERS zornige Feststellung vergessen: »Zweimal haben wir die Deutschen geschlagen! Jetzt sind sie wieder da!< Damit drückte sie genau das aus, was die allermeisten dachten.«[5]

Italiens Ministerpräsident ANDREOTTI war nach KOHLS Ansicht gleichfalls gegen die deutsche Einheit und warnte vor einem neuen »Pangermanismus«. Ebenso nahm der holländische Ministerpräsident Ruud LUBBERS »gegenüber allen Fragen, die die deutsche Einheit betrafen, eine sehr kalte, um nicht zu sagen nur mühsam verborgene ablehnende Haltung ein. Er war unübersehbar im Schlepptau von Margaret THATCHER«. Nur Spaniens Ministerpräsident Felipe GONZALES und Irlands Regierungschef Charles HAUGHEY seien ohne »Wenn und Aber« für die Wiedervereinigung gewesen. US-Präsident George BUSH und der Kremlchef Michail GORBATSCHOW erklärten sich schon früh für die deutsche Vereinigung und ermöglichten sie dann auch.

[5] Über diese Vorgänge berichtet auch eingehend der MITTERAND-Berater Jacques ATTALI, in: *Verbatim 111*, Fayard, Paris 1995. Auszüge in: *Der Spiegel*, Nr. 42, 1995, S. 166.

Doch schon Jahrzehnte früher war das britische Außenamt gegen die deutsche Wiedervereinigung eingestellt. Wie die *Informationen der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt*[6] im Jahre 1989 veröffentlichten, war bereits am 14. Mai 1948 im Foreign Office ein geheimes Positionspapier zur Deutschlandfrage erstellt worden, das sich nachdrücklich gegen ein geeintes Deutschland wandte. Man fürchtete an der Themse, daß ein wiedervereinigtes Deutschland »bei der erstbesten Gelegenheit losschlagen wird, um seine verlorenen Ostgebiete zurückzuerobern« oder »immer versucht sein wird«, die Westmächte mit der Drohung zu erpressen, sich mit Rußland zu verbünden, zumal Moskau die Deutschen mit der Rückgabe der Ostgebiete für sich einnehmen könnte. Londons Fazit und Folgerung waren damals: »Westdeutschland mit 40 Millionen von der Russenfurcht beherrschten Einwohnern ist dagegen auf die Zusammenarbeit mit den Westmächten angewiesen, um Schutz zu erhalten (übrigens dürfte ja wohl klar sein, daß es wiederbewaffnet werden muß), und es ist vollkommen abhängig von den Westmächten im Hinblick auf Rohstoffe, Nahrungsmittel und Absatzmärkte. Die Gefahr, daß Westdeutschland Ostdeutschland angreift, ist geringer, als daß ein vereintes Deutschland Polen angreift. Kurz gesagt: Wir würden es insgesamt viel besser im Griff haben, und es wäre eine viel geringere Gefahr für Frankreich.« Die Briten konnten sich einfach nicht vorstellen, daß ein vereintes und damit gestärktes Deutschland auf seine Ostprovinzen östlich von Oder und Neiße verzichten werde.

[6] *Informationen der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt* (ZFI), Nr. 8, Juli 1989, S. 3.

Das in zahlreichen Erklärungen ausgedrückte englische Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung war also schon seit 1948 reine Heuchelei.

Rolf Kosiek

Westalliierte täuschen über Oder-Neiße-Linie

Die Alliierten hatten auf ihren Konferenzen während des Zweiten Weltkriegs beschlossen, »Ostpolen« - die nur mit einer polnischen Minderheit östlich der CuRZON-Linie besiedelten Gebiete, die Warschau 1921 von der Sowjetunion nach dem polnischen Angriffskrieg bekommen hatte - an Moskau zurückzugeben und dafür Teile Ostdeutschlands an Polen abzutreten. Im einzelnen hatten die Sieger im Londoner Protokoll vom 12. September 1944 beschlossen, Deutschland in den Grenzen vom 31.12. 1937 in drei Besatzungszonen aufzuteilen. Frankreich erhielt auf der Konferenz in Jalta am 1X, Februar 1945 eine eigene Besatzungszone, trat dem Londoner Protokoll am 26. Juli 1945 bei und wurde Mitglied des geplanten »Alliierten Kontrollrates für Deutschland«. Auf der Konferenz von Potsdam (17. Juli - 2. August 1945) wurden die Aufteilung Deutschlands in die vier Besatzungszonen und Groß-Berlin sowie die vorläufige Unterstellung Ostdeutschlands Östlich der Oder und Neiße unter polnische, Nordostpreußens unter sowjetische Verwaltung festgelegt, wobei nach außen hin im Potsdamer Protokoll vereinbart wurde, daß die endgültigen Grenzen im Osten dem Friedensver-



Auf der Konferenz von Jalta 1945 hatten die Amerikaner einen aus ihrer Sicht interessanten Plan zur Zerstückelung Deutschlands vorgelegt, den die Briten und vor allem die Sowjetrussen jedoch ablehnten.

trag vorbehalten sein sollten. Doch damit sollten die Deutschen nur getäuscht werden.

Denn trotz dieses Vorbehalts gingen die Sieger - auch die westlichen - schon damals in Wirklichkeit davon aus, daß die offiziell als vorläufig festgelegten Linien im Osten endgültige Grenzen seien. Dafür spricht:

1. Im Dezember 1944 hatte sich DE GAULLE gegenüber STALIN mit der Oder-Neiße-Grenze einverstanden erklärt.

2. Im Potsdamer Protokoll wurde in dem mit »Polen« überschriebenen Abschnitt IX von *»früher* deutschen Gebieten« gesprochen und festgelegt, daß diese »unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen und in dieser Hinsicht nicht als Teil der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland betrachtet werden sollen«.

3. Nach seiner Rückkehr aus Potsdam erklärte US-Präsident Harry S. TRUMAN in einer Radioansprache an die Amerikaner: »Die Gebiete, die nun den Polen zur Verwaltung übergeben worden sind, werden Polen die Hilfe für seine Bevölkerung erleichtern und ihm kürzere und leichter zu verteidigende Grenzen gegen Deutschland geben. Wenn diese Gebiete mit Polen besiedelt werden, wird eine homogenere polnische Nation entstehen.«[1]

4. Am 21. November 1945 beschloß der Alliierte Kontrollrat einen Plan für die bereits wild angelaufene brutale Vertreibung der Deutschen aus Ostdeutschland, der Tscheche! und Ungarn.

5. Am 26. März 1946 erklärte der Alliierte Kontrollrat im Widerspruch zu dem Grenzvorbehalt im Potsdamer Protokoll einstimmig: »Deutschland besteht aus dem gegenwärtigen deutschen Gebiet zwischen der Oder-Neiße-Linie und den gegenwärtigen Westgrenzen.«[2]

6. Die in den Oder-Neiße-Gebieten 1945 sofort eingeführte polnische Verwaltung und Rechtshoheit und die Ausklammerung dieser deutschen Provinzen aus den vier Besatzungszonen zielte - unter Billigung der Westmächte - auf eine vollkommene polnische Eingliederung hin.

Der 1946 beginnende Kalte Krieg ließ es den Westmächten auch weiterhin geboten erscheinen, die Öffentlichkeit und besonders die Deutschen über ihre wahre Haltung zu den deutschen Ostgrenzen zu täuschen. US-Außenminister BYRNES erweckte bei seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946 den Eindruck, als ob die USA die Oder-Neiße-Linie noch als vorläufig ansähen. Er erklärte, ohne auf die entsprechende vorherige Zustimmung der Westmächte zur Abtretung zu verweisen; »Was Schlesien und andere östliche Provinzen Deutschlands betrifft, so muß festgestellt werden, daß die Sowjetrussen noch vor der Potsdamer Konferenz die Verwaltung dieser Gebiete Polen überließen.« Und er nährte die Hoffnung der Deutschen auf Rückgabe der ganzen Ostgebiete oder von Teilen, indem er sagte: »Aus dem Protokoll der Potsdamer Konferenz geht jedoch klar hervor, daß die Regierungschefs sich nicht verpflichtet haben, auf der Konferenz die Überlassung eines der Gebie-

[1] Zitiert in: Diether POSSER, »... und daß auf ihr die deutsche Frage vom Tisch gewischt werde«, in: *Frankfurter Rundschau,* 5. 1. 1990, S. 14.

[1] Ebenda.

te (an Polen, R.K.) zu unterstützen... Das Ausmaß des an Polen abzutretenden Gebietes muß... festgelegt werden, wenn die allgemeine (Friedens-, R. K.) Regelung getroffen wird.«[3]

BYRNES' Nachfolger MARSHALL wies auf den Außenministerkonferenzen in Moskau (10. 3. - 24. 4. 1947) und in London (25.11. - 15. 12. 1947) auf die Not und Überbevölkerung in Deutschland hin und schlug vor, daß Polen einen Teil der seiner Verwaltung unterstellten Gebiete mit landwirtschaftlicher Nutzung zurückgebe. Das wurde jedoch nicht aufgegriffen und später nicht wieder angesprochen.



ADENAUER und seine >westlichen Freundec Dwight EISENHOWER und Außenminister John Foster DULLES; im Hintergrund: Bundesaußenminister Heinrich VON BRENTANO.

Nach dem Scheitern mehrerer Friedenskonferenzen für Deutschland - die deutschen Verbündeten im Zweiten Weltkrieg, Bulgarien, Finnland, Italien, Rumänien und Ungarn, hatten am 10. Februar 1947 ihre Friedensverträge bekommen - löste Warschau am 11. Januar 1949 das extra für die Verwaltung der ostdeutschen Gebiete eingerichtete Ministerium auf und behandelte Ostdeutschland in der folgenden Zeit wie polnisches Territorium. Schwache Proteste der Westmächte gegen dieses einseitige Handeln änderten an dessen Vollzug nichts. Eine Bundesrepublik, die hätte protestieren können, gab es noch nicht.

Als am 6. Juni 1950 die Provisorische Regierung der DDR und Polen in der »Warschauer Deklaration« die Oder-Neiße-Linie als »unantastbare Friedens- und Freundschaftsgrenze« festgelegt hatten, protestierten Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung gemeinsam am 13. Juni 1950 mit einer Erklärung des Bundestagsalterspräsidenten Paul LOBE und legten Rechtsverwahrung ein.[4] Die für Deutschland als Ganzes zuständigen Alliierten schwiegen im wesentlichen.

[3] *Keesing's Archiv der Gegenwart,* Essen 1947, Bd. 1946.

[4] Paul LÖBE (SPD) erklärte am 13.6.1950 im Bundestag (68. Sitzung) u. a.: »Gemäß dem Potsdamer Abkommen ist das deutsche Gebiet östlich von Oder und Neiße als Teil der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands der Republik Polen nur zur einstweiligen Verwaltung übergeben worden. Das Gebiet bleibt ein Teil Deutschlands. .. Die Regelung dieser wie aller Grenzfragen Deutschlands, der östlichen wie der westlichen, kann nur durch einen Friedensvertrag erfolgen, der von einer demokratisch gewählten deutschen Regierung als ein Vertrag der Freundschaft und der guten Nachbarschaft mit allen Nationen baldigst geschlossen werden muß.« Aus: Dieter BLUMENWITZ, *Denk ich an Deutschland,* Ernst Vögel, München 1989, S. 57.

Erst Ende der achtziger Jahre wurde bei Öffnung englischer Archive ein Bericht des britischen Hochkommissars Sir Ivone KJRKPATRICK an das Foreign Office über eine Unterredung der drei westlichen Hohen Kommissare mit Bundeskanzler ADENAUER am 15. November 1951 bekannt. Es ging damals um die Vorbereitung der Ablösung des Besatzungsstatuts durch einen General vertrag, und die Alliierten wollten ADENAUER gegenüber klarstellen, welche Gebiete unter den Begriffen »Wiedervereinigung Deutschlands« und »Deutschland als Ganzes« zu verstehen seien. In dem Bericht des Briten heißt es: »Wir alle machten dem Kanzler klar, daß wir mit unseren Äußerungen zur Wiedervereinigung Deutschlands niemals die Absicht verfolgt hätten, darunter mehr als die Einbeziehung der sowjetischen Zone und Berlins zu verstehen. Neu sei nicht etwa die Weigerung der Besatzungsmächte, die Gebiete östlich von Oder und Neiße weiterhin als zu Deutschland gehörig zu betrachten, sondern vielmehr die Forderung ADENAUERS, ihrer Zugehörigkeit zum deutschen Territorium ausdrücklich zuzustimmen,«[5]

[5] Zitiert in: POSSER, aaO. (Anm. 1).

[6] Zitiert in: ebenda.

ADENAUER erklärte daraufhin, daß durch diese Auslegung der Hochkommissare die Ratifizierung des geplanten Vertrags durch den Bundestag gefährdet sei, konnte jedoch die Hohen Kommissare nicht umstimmen. Das Gespräch endete zunächst ohne Ergebnis.

Kurz darauf reiste ADENAUER ZU einer Konferenz mit den drei westlichen Außenministern nach Paris. Am Vorabend des Konferenzbeginns, am 21. November 1951, hatte er ein Gespräch mit dem US-Außenminister Dean ACHESON. Dabei wurde ein Kompromiß gefunden. In einem Vermerk eines ungenannten deutschen Teilnehmers in den Akten des Auswärtigen Amtes darüber heißt es:

»Mr, ACHESON brachte das Gespräch dann auf den Artikel VII des Generalvertrages, Friedensregelung und Wiedervereinigung. Hierzu machte der Bundeskanzler längere Ausführungen etwa folgenden Inhalts: Die Bundesregierung stelle keine Ansprüche und verlange keine Bindungen der Alliierten hinsichtlich der Gebiete östlich der Oder-Neiße. Sie erwarte aber, daß auch die Alliierten keinerlei Bindungen gegenüber Dritten, sei es zum Beispiel gegenüber Polen, eingingen. Dieses Problem müsse der Friedensregelung vorbehalten bleiben.«[6]



sVon den Sowjetmenschen lernen heißt siegen lernen«, Ein Antwortplakat der DDR auf den MARSHALL-Plan und die zunehmende westliche Ausrichtung Westdeutschlands.

ADENAUER hielt diese ihm von den Vertretern der Westmächte in aller Deutlichkeit eröffnete Haltung zur Oder-Neiße-Linie zeitlebens geheim, erwähnte das Gespräch vom 15. November 1951 auch in seinen Erinnerungen nicht. Nur die den Kanzler bei seinen Unterredungen mit den Hochkommissaren gewöhnlich begleitenden Staatssekretär Walter HALLSTEIN und Ministerialdirektor Herbert BLANKENHORN können davon gewußt haben, und diese schwiegen auch bis an ihr Lebensende. So »blieb die ADENAUER eröffnete Haltung der Westmächte zur polnischen Westgrenze eines der bestgehüteten deutschen Staatsgeheimnisse«.[7]

[7] POSSER, ebenda.

Diese Geschehnisse beweisen, daß die Westmächte von vornherein die Oder-Neiße-Linie als Grenze betrachtet und ihrer Politik zugrunde gelegt hatten. Die Deutschen, vor allem die Millionen Vertriebenen, wurden über Jahrzehnte bewußt und systematisch getäuscht, auch von ihrem ersten Bundeskanzler, Er ließ sie in dem Glauben, daß die Erklärung von Bundestagsalterspräsident LOBE weiterhin gelte und die westlichen »Freunde« und späteren »Verbündeten« hinter ihr stünden.

Im Jahre 1990 faßte Kurt BLASCHEK die Tatsachen zusammen:" »Der britische Außenminister BEVIN stellte am 10. Oktober 1945 fest, >daß die britische Regierung in keiner Weise verpflichtet ist, die provisorische Regelung der polnischen Westgrenze auf der Friedenskonferenz zu unterstützen«.

* Kurt BLASCHEK, Leserbrief in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. S. **1990.**

Ähnlich äußerte sich der amerikanische Außenminister BYRNES in seiner Stuttgarter Rede vom 6. September 1946. Die britische Regierung stimmte dieser Auffassung am 17. September 1946 ausdrücklich zu. Auf der 4. Tagung der Außenminister in Moskau treten die Westmächte dafür ein, daß die landwirtschaftlich genutzten Gebiete Deutschlands (gemeint ist das östliche Pommern) bei Deutschland bleiben sollen. Dem zwischen der DDR und Polen abgeschlossenen Görlitzer Abkommen (Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze, R. K.) versagen die Westmächte die Anerkennung mit der Begründung, daß die in Potsdam getroffene Regelung nur >provisorischen Charakter« habe, und noch am 7. Juli 1950 erklärt Frankreich, daß es »das Staatsgebiet Deutschlands ausdrücklich in den Grenzen von 1937 anerkenne«. In den Pariser Verträgen vom 23. Oktober 1954 schließlich stellen die Unterzeichner fest, »daß die endgültige, Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zum Friedenvertrag aufgeschoben ist«.

Als die deutsche Frage dann 1989/90 zur Lösung anstand, zeigten die westlichen Siegermächte ihre wahre Haltung, indem sie auf der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Ostgrenze bestanden. Sie konnten sich dann allerdings darauf berufen, daß ab 1969 die Bundesregierungen selbst den Verzicht auf Ostdeutschland immer stärker vorangetrieben hatten.

Für die Absichten der Westmächte schon während des Zweiten Weltkrieges zur Abtretung Ostdeutschlands siehe Beitrag Nr. 193, »Westalliierte boten Sowjets deutschen Osten an«.

Rolf Kosiek

Konkret kommunistisch geplant, geleitet und finanziert

Das als Nachfolger des von Klaus Rainer RÖHL (1929-) und Peter RÜHMKORF 1955 begonnenen *Studentenkuriers* im Jahre 1957 offiziell von RÖHL gegründete Magazin *Konkret* wurde unter dessen Leitung das Leib- und Magenblatt der linken Studentenschaft, nahm die Zersetzungsarbeit der »Frankfurter Schule« auf und trug entscheidend mit zur linken Indoktrination der studentischen Jugend und zur Vorbereitung der 68er Bewegung bei. Als Chefredakteurin wirkte ab 1961 Ulrike MEINHOF (1934-1976), die im Dezember 1961 RÖHL heiratete. Beide gestalteten dann jahrelang das - nach RÜHMKORF - »am wenigsten angepaßte Intelligenzblatt« der Bundesrepublik, bis Ulrike MEINHOF 1969 als Terroristin in den Untergrund ging und RÖHL 1973 das Blatt abgab, das ab 1974 von Hermann L. GREMIJZA geleitet wurde, der wohl zutreffend verdächtigt wurde, unter dem Decknamen >Spieler< für die DDR gearbeitet zu haben.



Ulrike MEINHOF, Chefredakteurin des Szeneblattes *Konkret* 1962.

Das Blatt erschien im Eigenverlag und erweckte den Anschein der Unabhängigkeit. Obwohl RÖHL schon in den frühen siebziger Jahren zugab, daß *Konkret* von dem SED-Regime in Pankow finanziell unterstützt worden sei, kam die ganze Wahrheit erst 2006 nach Auswertung von Ost-Berliner Archiven durch ein gut recherchiertes Buch der Tochter Bettina des Ehepaares RÖHL ans Licht,[1] über das auch der Spiegel ausführlich berichtete.[2]



Einer der beiden Konkret-Gründer Klaus RÖHL, Ulrike MEINHOFS Mann. Das Foto stammt aus dem Jahre 1972.

Danach wurde *Konkret* unter dem Deckwort »Käthe« von den Kommunisten in Mitteldeutschland in allen Einzelheiten geplant, in dauernder Absprache mit ihnen bis 1964 geleitet und mit 40 000 Mark je Ausgabe finanziert. Es sollte das wirksamste Mittel zur kommunistischen Unterwanderung Westdeutschlands, zur Stärkung und zum Ausbau der vorhandenen kommunistischen Kader im Westen, zur Schaffung revolutionärer Zustände in der Bundesrepublik und zu dem geplanten von den westdeutschen Hochschulen auszugehenden Umschwung zu einer marxistischen Räterepublik - dem Ziel der neomarxistischen Frankfurter Schule - werden. Als SED-Führungsoffiziere für den oft Ost-Berlin besuchenden RÖHL traten Manfred KAPLUCK und Richard KUMPF auf, die einschlägige praktische Erfahrung bei der Unterstützung kommunistischer Kader in Westdeutschland mitbrachten.

»Das Projekt, beweisen die Unterlagen, ist den Auftraggebern in Ost-Berlin von Anfang an so wichtig, daß sie es bis in kleinste Details durchorganisie-

[1] Bettina RÖHL, *So macht Kommunismus Spaß! Ulrike Meinhof, Klaus Rainer Röhl und die Akte Konkret,* Europäische Verlagsanstalt, Hamburg 2006.

[2] Hans-Joachim NOACK, »Rosen aus Ost-Berlin«, in: *Der Spiegel,* Nr. 11, 13.3.2006, S. 46-49,

ren. Deren ausgefeiltes Konzept zu »Inhalt und Charakter der Zeitung* wird am Ende sogar vom Chef des Zentralrats der DDR-FDj und späteren SED-Generalsekretär Erich HONECKER abgesegnet.«[3] Zur Tarnung gehörte, daß jedes Heft vereinbarungsgemäß einen Artikel mit antikommunistischem Anschein brachte.





Konkret-Ausgabe, Nr. 11, 1965. *Unten: Konkret-* Poster: »30 Jahre gegen Deutschland«.

Im Sommer 1964 kam es zum Bruch der RÖHLS mit den neuen Ost-Berliner Führungsoffizieren Jupp ANGENFORT und Oskar NEUMANN, denen das Blatt zu westlich-liberal erschien und die stärkere parteigemäße Indoktrination verlangten. Die RÖHLS traten aus der Partei aus, behielten aber in dem - nun anscheinend nicht mehr so stark von der SED finanzierten - Blatt ihren revolutionären, mit viel Sex und Wertezerstörung verbundenen Kurs bei, der wesentlich zu den 68er Unruhen beitrug.

Bezeichnend ist, daß im Gegensatz zu ihrem Mann Ulrike MEINHOF nicht aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde, sie sich aus dem Untergrund 1969 nach Beteiligung an der gewaltsamen Befreiung des Rote Armee-Terroristen Andreas BAADER an ihren alten SED-Führungsoffizier Manfred KAPLUCK wandte, der inzwischen wieder in Westdeutschland lebte und beim Aufbau der neu zugelassenen DKP mitwirkte. Auch nach Ansicht ihrer Tochter war Ulrike MEINHOF, früher viel bewunderte Revolutionärin, eine überzeugte Kommunistin. Sie wurde 1972 verhaftet, mit anderen Terroristen wegen Mordes, Mordversuchen, Bankraub, Sprengstoffanschlägen und weiteren Straftaten verurteilt und am 9. Mal 1976 tot in ihrer Zelle aufgefunden.

So diente das angebliche > Avantgarde-Magazin* *Konkret* jahrelang zur kommunistischen Indoktrinierung der unbedarften und darauf hereinfallenden jungen Intelligenzschicht Westdeutschlands. Es wurde von Ost-Berlin als Mittel zur Zersetzung der Bundesrepublik benutzt, ebenso wie auch andere vom Osten gegründete und geleitete Organisationen. Im Gespräch mit Bettina RÖHL rühmte sich im Marx-Engels-Institut in Wuppertal der Altkommunist Manfred KAPLUCK: »Ich habe den >Bund der Deutschen* ins Leben gerufen und mit deiner Tante Renate RIEMECK (der Ziehmutter Ulrike MEINHOFS nach dem frühen Tod ihrer Ehern, R. K.) zusammen die DFU, die Deutsche Friedensunion, gegründet, die sich 1961 erstmals zur Wahl stellte. Ich habe zahlreiche christliche Pfarrer als Bündnispartner für die Partei gewonnen, die ich allesamt überredet habe, bei der DFU mitzumachen. Ich habe die Gewerkschaften unterwandert und hatte allein im Raum Nordrhein-Westfalen 100 verschiedene kleine Zeitungen.«[4]

Viele junge deutsche linke Intellektuelle haben sich daher lange Zeit als »nützliche Idioten« Moskaus benutzen lassen. Rolf Kosiek

[3] Ebenda, S. 47.

[4] »Manfred Kapluck im Interview mit Bettina Röhl«, in: *Der Spiegel*, Nr. 11, 13. 3. 2006, S. 48.

Wie die Stasi die Bundesrepublik kippen wollte

Viele Westdeutsche einschließlich zahlreicher Politiker lebten bis 1989 in einem Wolkenkuckucksheim. Sie sonnten sich im Schutz der westlichen Allianz und der amerikanischen Atombomben. Die Bedrohung durch den Warschauer Pakt verdrängten sie schlicht und einfach.

Dabei hatte die Bundesrepublik nur Glück. Denn die Wiedervereinigung 1989/90 machte nicht nur der Teilung ein Ende, sondern entzog auch dem Horrorszenario einer deutsch-deutschen Konfrontation den Boden.

Zumindest in der DDR machte man sich über einen deutsch-deutschen Waffengang, zu dem es im Zuge eines militärischen Ost-West-Zusammenstoßes zwangsläufig kommen mußte, recht eingehende Gedanken. Ein Mitarbeiter der GAUCK-Behörde, Thomas AUERBACH, hatte jahrelang Einblick in Akten des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und stellte seine Recherchen über die Ernstfallplanung der DDR vor wenigen Jahren der Öffentlichkeit vor. Titel seines Zwischenberichts: *Einsatzkommandos an der unsichtbaren Front)*

Stasi-Zentrale in Ost-Berlin 1990.



[1] Thomas AUERBACH, *Einsatzkommandos an der unsichtbare Front,* Chr. Links, Berlin 1999.





[4] In *Der diskrete Charme der* DDR (Propyläen, Berlin 2001) zeigt Hubertus KNABE, wie die DDR mit Hilfe ihres Bezugsgeflechts zu westdeutschen Journalisten auf die Öffentlichkeit der Bundesrepublik einwirkte.

AUERBACHS Untersuchung hält, was der reißerische Titel verspricht. Hätten die 3600 Spezialagenten, die das SED-Ministerium für Staatssicherheit bis zur Wende auf westdeutschem Boden unterhielt, jemals ihre Einsatzbefehle erhalten, wäre die Bundesrepublik vermutlich im Desaster versunken. Denn die 3600 Aktivisten, die MfS-Chef Markus WOLF für den Einsatz im Westen trainieren ließ, waren kommunistische Überzeugungstäter, und sie beherrschten ihr Handwerk. So heißt es beispielsweise in einer internen Anweisung über *Kampfgrundsäztze tscbekistiscber Einsatzkader im Operationsgebiet* die Ausschaltung wichtiger westdeutscher Persönlichkeiten in einem möglichen Ernstfall:

»Das Liquidieren beinhaltet die physische Vernichtung von Einzelpersonen und Personengruppen. Erreichbar durch: Das Erschießen, Erstechen, Verbrennen, Zersprengen, Strangulieren, Erschlagen, Vergiften, Ersticken.«

Aber nicht nur Politiker, Wirtschaftsführer und Offiziere wären in Westdeutschland bedroht gewesen, **GAUCK**-Mitarbeiter AUERBACH konnte eine Liste aus dem Jahre 1981 ausfindig machen, auf der nicht weniger als 346 sogenannte >Zielobjekte< aus Westdeutschland verzeichnet waren, die im Krisenfall Ziel von Anschlägen geworden wären: Atomkraftwerke, Staustufen, Brücken, ja selbst die Hamburger Hafenbahn,

Von der im Westen mit großen Hoffnungen begleiteten »Entspannungspolitik« blieben die Terrorpläne des MfS all die Jahre hindurch erstaunlich unberührt.[2] Die Planungen für den gewalttätigen Umsturz im Westen wurden bis zum Herbst 1989 weitergeführt.[3] In der Endzeit der DDR wurden sogar wieder verstärkt Verbindungen zu linksextremistischen Kreisen in der Bundesrepublik aufgebaut - was noch im nachhinein jene Warner bestätigt, die immer wieder auf die östliche Unterwanderung der BRD-Linken[4] aufmerksam machten und dafür von etablierten Meinungsmachern mit Spott und Häme überschüttet wurden.

Die DDR ist inzwischen untergegangen. Allerdings macht **GAUCK**-Mitarbeiter AUERBACH keine Angaben darüber, was aus den ehemaligen Terror-Spezialisten geworden ist. Nicht wenige von ihnen arbeiten vermutlich weiter - für den US-Geheimdienst. Dieser befindet sich nämlich seit der Wende im Besitz der MfS-Personalakten. Die Deutschen erhielten dagegen bezeichnenderweise nur »entschärfte« Kopien, aus denen Zuordnungen kaum möglich waren.

Karl Richter

[2] Hubertus KNABE, *Die unterwanderte Republik,* Propyläen, München 1999.

[3] Klaus EICHNER, *Kundschafter im Westen,* Edition Ost, Berlin 2003.

Wie viele Stasi-Agenten arbeiten für US-Geheimdienste?

Man erinnert sich: Nach der Wende im November 1989 wurde die Berliner Stasi-Zentrale gestürmt, ungezählte Akten, die Agenten, Mitarbeiter und Zuträger hätten belasten können, wurden vernichtet oder verschwanden auf dubiose Weise. Die Gauck-Behörde jedenfalls, die seit eineinhalb Jahrzehnten die SED-Vergangenheit aufarbeitet (inzwischen unter der Regie der ehemaligen DDR-Bürgerrechtlerin Marianne BIRTHLER), verfügt bei weitem nicht über das vollständige Stasi-Material.

Daß ein Gutteil der fehlenden Akten irgendwo in amerikanischen Archiven ruht, ist seit langem bekannt. Auch die komplette Dokumentation aller Auslandsagenten der Stasi befindet sich über eineinhalb Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung immer noch im Besitz eines amerikanischen Geheimdienstes. Es handelt steh um die sogenannte >Rosenholz<-Datei, die auf rätselhafte Weise in der Zeit des >wilden< Umbruchs in Mitteldeutschland in die USA gelangte. Deutsche Behörden erhielten stets nur abgespeckte Versionen, die wenig aussagekräftig sind. Denn in den Originallisten der Stasi waren Zehntausende von DDR-Agenten mit ihren Klarnamen und den Codenamen aufgeführt. Ohne diese Möglichkeit der Zuordnung ist das übrige Material weitgehend wertlos.

Die Frage ist naheliegend, was diese hochbrisanten Akten aus der jüngsten deutschen Vergangenheit in den Vereinigten Staaten zu suchen haben. Die Antwort gab schon Vorjahren der Direktor der GAUCK-Behörde, Peter BUSSE: Nach Erkenntnissen seiner Behörde waren noch im Dezember 1988 rund 1550 Bundesbürger und Westberliner als »inoffizielle Mitarbeiter« für die DDR-Spionage registriert; insgesamt hätten sogar 20 000 bis 30 000 Menschen in Westdeutschland für das Ministerium für Staatssicherheit gearbeitet.

Ein Mitarbeiter der GAUCK-Behörde, der Historiker Hubertus KNABE, steuerte weitere Fakten bei. Zu der Zahl der West-EMs (inoffizielle Mitarbeiter der Stasi), die aufgrund der bisherigen Auswertung der Stasi-Personeneingangskarteien angenommen werden müßte, müßten noch Tausende weitere hinzugezählt werden, die für die Auslandsaufklärung der DDR gearbeitet hätten.

Einerlei, wie groß das Heer der West-EMs wirklich war: Es handelt sich um einen Personenkreis, der durch seine Vergangenheit äußerst kompromittiert und deshalb äußerst erpreßbar war, nachdem die USA in den Besitz des Stasi-Materials gelangt waren. Es war für Washington naheliegend, einen Gutteil der bisherigen MfS-Mitarbeiter einfach weiterzuverwenden. Schon aus Gründen der Erpreßbarkeit dürfte sich kaum einer der ehemaligen DDR-Agenten den Wünschen der neuen Auftraggeber entzogen haben. Mit wel-

chen Mitteln dabei gearbeitet wurde, macht die eidesstattliche Erklärung eines ehemaligen MfS-Verbindungsoffiziers (Deckname >Grigori<) deutlich. Er wies darauf hin, daß die Stasi einflußreiche Persönlichkeiten in Westeuropa mit Kinderpornographie erpreßt habe - Herrschaftswissen, das sich heute in amerikanischen Händen befindet: »Zu den Erpreßten gehören Politiker, Richter und Industrielle, von denen einige nach wie vor Einfluß in den westlichen Demokratien haben.«

Auch der 1996 verhaftete belgische Kinderschänder Marc DUTROUX hat demzufolge zeitweise im Auftrag der Stasi gearbeitet. Die belgischen Sicherheitsbehörden, meinte >Grigori<, wären gut beraten gewesen, sich das gefilterte CIA-Material genauer anzusehen.

Dabei sind Kinderschänder vergleichsweise kleine Fische. Bis heute kann nur darüber spekuliert werden, welche Politiker, Parteifunktionäre, aber auch Journalisten und andere Vertreter des öffentlichen Lebens in der Alt-Bundesrepublik vor 1989 im Sold der Stasi standen. Listen, die darüber Aufschluß geben, sind in der Hand ausländischer Geheimdienste nicht mit Gold aufzuwiegen. Die Tatsache, daß sich wichtige Stasi-Akten in den Händen der US-Regierung befinden, würde nicht zuletzt erklären, warum die deutsche Politik auch nach der Wiedervereinigung ihrer manischen Westfixierung ohne jede Akzentverschiebung treu geblieben ist.

So fände etwa der Fall des früheren brandenburgischen SPD-Ministerpräsidenten Manfred STOLPE hier womöglich seine Erklärung. STOLPE wirkte in den Jahren nach der Wiedervereinigung als zentraler Transmissionsriemen westlichen, vor allem amerikanischen Einflusses in den neuen Bundesländern. Daß er in seiner Funktion als Konsistorialpräsident der evangelischen Kirche in der DDR gar nicht umhinkonnte, mit der Stasi zusammenzuarbeiten, ist hinlänglich bekannt.

Der Karriere des brandenburgischen Ministerpräsidenten hat dieser Umstand bisher erstaunlich wenig geschadet. Vermutlich wußte man in Washington nur zu gut, was man an STOLPE hatte - und an jenen 20 000 bis 30 000 nun so erpreßbaren Westdeutschen, die vor 1989 mit dem Ministerium für Staatssicherheit zusammengearbeitet hatten.

Die GAUCK-/BIRTHLER-Behörde unternahm immer wieder Schritte, um die brisanten Akten komplett aus den USA zurückzuerhalten. Sogar einige CDU-Politiker forderten Ende der neunziger Jahre den großen US-Bruder mit Nachdruck auf, die Dokumente endlich zurückzugeben - daß die Akten vor den Deutschen weggeschlossen würden, sei »überholtes Siegermächte-Gehabe«. Der Vorstoß blieb wie alle anderen in dieser Richtung bisher ohne Erfolg. Und die verschiedenen anschließend amtierenden Bundesregierungen haben sich damit zufriedengeben, anstatt die Rückgabe des gesamten Materials von den »Freunden< energisch zu fordern.

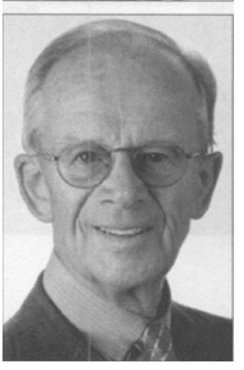
Karl Richter

Hunderte von Medienleuten arbeiteten für den BND

Daß die bundesdeutschen Massenmedien alles andere als Instrumente objektiver Meinungsbildung sind, ist hinlänglich bekannt. Mal werden Fakten schlicht erfunden - der Fall des Medienfälschers BORN - , mal ist der Realitätssinn der Meinungsmacher >nur< durch die Brille politischer Einseitigkeit getrübt. Doch die Wahrheit über die bundesdeutsche Medienlandschaft ist noch viel ernüchternder. Nicht wenige deutsche Journalisten, fand der Geheimdienstexperte Erich SCHMIDT-EENBOOM heraus, wurden in den sechziger und siebziger Jahren zumindest schlicht und einfach vom Bundesnachrichtendienst »gekaufte

SCHMIDT-EENBOOM recherchierte und stieß auf pikante Fakten. Eine BND-Quelle (SCHMIDT-EENBOOM: »Die Bereitschaft nach dem Ende des Kalten Krieges, so etwas aus dem Nachlaß herauszugeben, ist gewachsen«.) vom Jahre 1970 weist aus, daß der Bundesnachrichtendienst offenbar »regelmäßige Verbindungen« zu rund 230 deutschen Journalisten unterhielt.





Marion Gräfin DÖNHOFF UND Mainhardt Graf VON NAYHAUSS.

Auf der Liste sollen sich nicht wenige prominente Namen befunden haben, etwa der des Bonn-Kolumnisten der *Bild-Zeitung,* Mainhardt Graf VON NAYHAUSS - der in seinem Blatt denn auch prompt dementierte: »Über mich steht, daß ich als BND-Konfident der Kategorie II, Deckname »Nienburgs gegolten hätte…« Auch die langjährige Herausgeberin der *Zeit,* Marion Gräfin DÖNHOFF, wird in dem Dokument erwähnt. Anders als der Bild-Mann versuchte die »große Dame des deutschen Liberalismus< aber gar nicht erst, ihre Kontakte zu den Nachrichtendienstlern zu dementieren, und räumte ein, daß ein BND-Mitarbeiter »gelegentlich bei der *Zeit* vorbeikam«.

Das eigentümliche Nahverhältnis zwischen BND und Meinungsmachern beschränkte sich nicht auf die »linken< siebziger Jahre. In einem taz-Interview bekräftigte SCHMIDT-EENBOOM noch 1998, daß beispielsweise zwischen 1993 und 1996 der FAZ-Geheimdienstspezialist Udo ULFKOTTE »an der Heimatfront für den BND« tätig war. Und im März des gleichen Jahres sei über den Tisch von BND-Präsident Hansjörg GEIGER eine Weisung gegangen, wonach es sich der oberste Nachrichtendienstler vorbehalte, auch weiterhin »über die Anwerbung von Journalisten zu entscheiden«.

Mitunter hätten die Medienleute sogar offiziell auf der Gehaltsliste des Pullacher Nachrichtendienstes gestanden. So erhielt der ehemalige WDR-Politikchef August HOPPE in den siebziger Jahren regelmäßig 700 Mark monatlich vom BND sowie weiteres Geld für >Unterquellen<.

Die Gegenleistungen, die die angeheuerten Journalisten erbrachten, waren vielfältig. Einige - wie im Fall der Zeit-Herausgeberin DÖNHOFF - beließen es offenbar dabei, im Rahmen ihrer Berichterstattung bestimmte Dinge »nun im gewünschten Licht erscheinen zu lassen. Andere dagegen wurden

von eigenen »Agentenführern« betreut, denen sie regelmäßig Bericht zu erstatten hatten. SCHMIDT-EENBOOM nennt Details des Spitzelalltags, die eher an Praktiken in der ehemaligen DDR als an einen freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat denken lassen. Und offensichtlich ist: Viele der »angezapften« Medienleute wußten, daß sie sich als Spitzel hergaben:

»Bei den Kategorien I (voll tragfähige, regelmäßige oder häufige Kontakte) und II (Formalkontakte, unregelmäßige Kontakte nach Bedarf) muß man von einem wissentlichen Kontakt zum BND ausgehen, zumal diese Journalisten ihre Agentenführer hatten. In allen Fällen, wo ich das nachprüfen konnte, war den Journalisten klar, daß ihnen ein BND-Abgesandter gegenübersaß.«





Das Fazit ist: EMs, inoffizielle Mitarbeiter, gab es nicht nur in der DDR, es gab und gibt sie auch im angeblich »freiesten Staat«, der jemals auf deutschem Boden existiert hat. Und ebenso gilt: Journalisten sind nicht nur in totalitären Systemen käuflich und erpreßbar, sondern auch in angeblich »demokratischen« Staaten.

Der BND dementierte die von SCHMIDT-EENBOOM recherchierten Aktivitäten übrigens prompt. Vielleicht war das etwas vorschnell, denn etwas, was die Pullacher Schlapphüte abstreiten zu müssen glaubten, hatte SCHMIDT-EENBOOM gar nicht behauptet: »daß Journalisten operativ für den Bundesnachrichtendienst tätig waren«. In diesem Fall wurde aus einem Dementi ein glattes Eingeständnis.

Im Mai 2006 machten neue Vorwürfe sogar in einem Untersuchungsausschuß des Bundestages Schlagzeilen. Das Material war so brisant, daß ein Teil der Öffentlichkeit vorenthalten wurde. Das, was die Bundesbürger zunächst erfuhren, genügte bereits, um von einem ungeheuren Sumpf an Spitzeltätigkeit für den BND zu sprechen, die für ein demokratisches Staatswesen untragbar ist.

Karl Richter

Weiterführende Literatur:

Erich SCHMIDT-EENBOOM, *Geheimdienst, Politik und Medien*, Homilius, Berlin 2004.

Udo ULFKOTTE, *Verschlußsache BND*, Heyne, München 1998.

Wie Volker Rühe die NVA abwickelte

Bundesverteidigungsminister Volker RÜHE (1992 bis 1998) war der letzte CDU-Verteidigungsminister vor der rot-grünen Machtübernahme **1998.** Die Amtszeit des ungedienten Englischlehrers und Oberstudienrates a. D. nimmt sich in der Rückschau in vielerlei Hinsicht wie eine Vorwegnahme der rotgrünen Sicherheitspolitik unter seinen Nachfolgern Rudolf SCHARPING und Peter STRUCK aus: Konsequent baute RÜHE die Bundeswehr durch die Teilnahme an Auslandseinsätzen zur international verfügbaren »Einsatzarmee* um. Gleichzeitig leitete er unter dem Diktat knapper Kassen eine Politik radikaler Personalkürzungen und Auflösungen von Truppenteilen ein.

Im Inneren ordnete RÜHE eine ebenso rabiate >Entrümpelung< des Traditionsbestandes der deutschen Streitkräfte an. Generalinspekteur BAGGER erklärte: »Tradition gehört in den Kühlschrank.« In den Kasernen setzte eine regelrechte Bilderstürmerei ein: Erinnerungsstücke aus Wehrmachtzeiten wurden entfernt, Kasernennamen geändert, Gedenktage abgeschafft. Geradezu programmatisch mutet vor diesem Hintergrund RÜHES Entscheidung an, den Dienstsitz des Verteidigungsministers von der Bonner Hardthöhe nach Berlin in den geschichtsträchtigen Bendlerblock zu verlegen - nach dem gescheiterten Hitler-Attentat vom 20. Juli 1944 wurden hier Oberst Graf STAUFFENBERG und sein Adjutant VON HAEFTEN auf Befehl des Widerständlers FROMM standrechtlich erschossen,

RÜHE kann sich auch das zweifelhafte Verdienst zuschreiben, während seiner Amtszeit die zweite deutsche Armee, die ehemalige NVA Mitteldeutschlands, rückstandslos beseitigt zu haben. Längst ist bekannt, daß die Nationale Volksarmee in vielen Bereichen die »deutschere« der beiden deutschen Armeen war - ihr Umgang mit der deutschen Militärtradition war trotz sozialistischer Vorgaben unkomplizierter als im Westen, ihr Erscheinungsbild ähnelte in vielem dem der ehemaligen Wehrmacht. Für westliche Umerzieher stand deshalb von Anfang an fest, daß die NVA im Zuge der Wiedervereinigung von der Bildfläche verschwinden mußte.

1,4 Milliarden Mark kostete den deutschen Steuerzahler die Verwertung und Vernichtung des NVA-Rüstungsmaterials. Diese Zahl nennt ein Bericht, den das **RüHE**-Ministerium dem Bundestag schon im November 1997 vorlegte. Was der Bericht nicht nennt, sind die Einzelheiten einer geradezu größenwahnsinnigen Vernichtung von Sachwerten, der die Ex-NVA zum Opfer fiel.

Mit der gezielten Zerstörung wurde im August **1992** bei der Firma »Industrieabbruch und Metallrecycling< im thüringischen Rockensußra und im sächsischen Ostritz bei »Metall Rohstoffe< begonnen. Allein **1,2** Millionen Handfeuerwaffen wurden zerstört - zum Gutteil Schnellfeuergewehre aus

russischer Kalaschnikow-Fertigung. Soldaten und Experten sind sich einig darin, daß die »Kalaschnikow« eine der besten und robustesten Waffen des 20. Jahrhunderts war. Allein die Verschrottung dieser Bestände stellte eine Vernichtung von Sachwerten dar, die sich schwerlich quantifizieren laßt.

Ein Bundeswehr-Weißbuch vom Jahr 1994 nennt weitere Zahlen zum materiellen Erbe der NVA: 5000 Artillerie-Raketen und Flugabwehrsysteme, 9000 gepanzerte Kampf- und Spezialfahrzeuge, 85 000 Kraftfahrzeuge und Hubschrauber, 192 Schiffe, 295000 Tonnen Munition, 4500 Tonnen flüssiger Raketentreibstoff. Nur das wenigste davon wurde von der Bundeswehr übernommen oder an neue Nutzer verkauft. Lediglich 23 hochmoderne Jagdflugzeuge vom Typ MiG 29 wurden einige Jahre bei der Bundesluftwaffe weiterverwendet, führten aber eher das Schattendasein eines »fliegenden Museums«. Dabei hatten Fachleute seinerzeit vorgerechnet, daß die supermoderne MiG 29 eine ernst zu nehmende - und vor allem preisgünstige - Alternative zum kostenfressenden »Eurofighter« hätte werden können.

Anderes wurde zu Spott- und Schrottpreisen ans Ausland verkauft: sowjetische BMP-Schützenpanzer an die Türkei (die damit prompt in den Krieg gegen die Kurden zog), Lastkraftwagen an die baltischen Staaten, an Finnland und die Ukraine. Ganze 345 Millionen Mark wurden so an Verkaufserlösen erzielt.

Die beiden letzten NVA-Kampfpanzer wurden im Mai 1995 in Charlottenhof zerstört. Künftige Zeithistoriker werden einmal auszurechnen haben, welche Milliardenwerte im Zuge der NVA-»Abwicklung« wirklich vernichtet wurden. Mit den 1,4 Milliarden, die die organisierte Verschrottung kostete, sanierten sich lediglich eine Handvoll Recycling- und Schrottbetriebe in den neuen Bundesländern. Unter volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten war die NVA-Entsorgung ein gewaltiger Schuß in den Ofen. Karl Richter

Die UNO - ein Organ der Siegermächte

Die Vereinten Nationen (UNO) wurden am 26. Juni 1945 von den alliierten Siegermächten auf der Konferenz von San Francisco mit der Verabschiedung ihrer Charta aus der Taufe gehoben. Die am 24. Oktober 1945 durch die USA, Sowjetunion, Großbritannien, Frankreich und Nationalchina erfolgte Ratifizierung gilt als der offizielle Gründungsakt. Wie der Völkerbund zwischen den beiden Weltkriegen stellt die UNO ausdrücklich eine Einrichtung der Sieger zur Absicherung von deren politischer Vorherrschaft dar. So sind auch trotz langjähriger deutscher Mitgliedschaft (seit 1973) die Deutschland diskriminierenden Feindstaatenklauseln der Artikel 53 und 107 der Charta noch nicht beseitigt worden, und sie wurden mehrfach bei internationalen Maßnahmen in Anspruch genommen.[1]

Die Aufgabe der UNO zeigte sich deutlich, als sie im ersten Golfkrieg einseitig zugunsten der USA Partei ergriff und schnell handelte, während sie sich in anderen Kriegsgebieten - so im früheren Jugoslawien - lange zurückhielt. Für den ersten Irak-Krieg gab sie 1991 ein Mandat, für den zweiten 2003 verweigerte sie es.

[1] Siehe: Beitrag Nr. 491, »Feindstaatenliste und Feindstaatenklauseln«.

Daß der nach außen oft erweckte Schein, die **UNO** sei eine allgemeine Einrichtung zur Friedenssicherung, nicht stimmt, geht auch aus ihren eigenen Aussagen hervor. So schrieb der **UNO**-Pressereferent Andreas **NICKLISCH** aus Wien einem Bundesbürger in einem Briefe vom 9. November 1990 auf eine diesbezügliche Anfrage folgendes:[3]

[2] Kopie beim Verfasser, Rechtschreibung verbessert.

»Ihr Schreiben an den Generalsekretär vom 28. September ist an uns, den Informationsdienst der Vereinten Nationen in Wien, als zuständige Stelle weitergeleitet worden. Zu Ihrer Frage, warum die Vereinten Nationen - im Gegensatz zu der einmütigen Verurteilung der irakischen Vorgangsweise in Kuwait - bei der »Annexion der ostdeutschen Gebiete durch Polen und die Sowjetunion keinerlei Protest erhoben haben<, folgende Bemerkungen:

1. Die UNO ist eine Organisation, die von den Siegermächten des Zweiten Weltkrieges geschaffen wurde. Sie ist somit selbst ein Ausdruck der politischen Veränderungen, die sich aus der Niederschlagung des nationalsozialistischen Deutschlands ergeben haben, und nicht geschaffen worden, um diese wieder umzukehren,

2. Wie Sie richtig bemerkten, verpflichtet die Charta ihre Mitglieder zu einer friedlichen Lösung ihrer Konflikte, eben genau dieses haben die Bundesrepublik Deutschland und Polen vor wenigen Tagen mit der Festschreibung der Oder-Neiße-Grenze und dem gegenseitigen Verzicht auf Gebietsforderungen getan,

3. Der Vorwurf, mit »unterschiedlichen Maßstäben zu messen«, ist den Vereinten Nationen im Zusammenhang mit der Reaktion auf die irakische

Invasion in Kuwait zwar häufig gemacht worden - nie aber im Vergleich mit den Grenzveränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, sondern eher mit den besetzten arabischen Gebieten. In diesem Zusammenhang ist es der Mühe wert, sich vor Augen zu führen, daß die Vereinten Nationen keine Weltregierung, auch kein Völkergerichtshof sind, sondern eine politische Organisa-



tion, die die bestehenden Kräfteverhältnisse in der Welt und den Charakter der internationalen Beziehungen unmittelbar widerspiegeln. Die Handlungsfähigkeit der Weltorganisation hängt stark vom politischen Willen ihrer Mitgliedsländer, insbesondere der Fünf Ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates, ab. Aufgrund des Abbaus der ideologischen Schranken in den letzten Monaten sind die Mitgliedsstaaten in der Lage, das Instrumentarium der Vereinten Nationen kraft- und wirkungsvoller als in der Vergangenheit zu nutzen. Es gibt also sicherlich nicht »zweierlei Völkerrechte«, sondern lediglich historisch unterschiedliche Möglichkeiten, deren Bestimmungen durchzusetzen.

Ich hoffe, mit diesen kurzen Bemerkungen für ein wenig mehr an Klarheit gesorgt zu haben, und zeichne mit freundlichen Grüßen...«

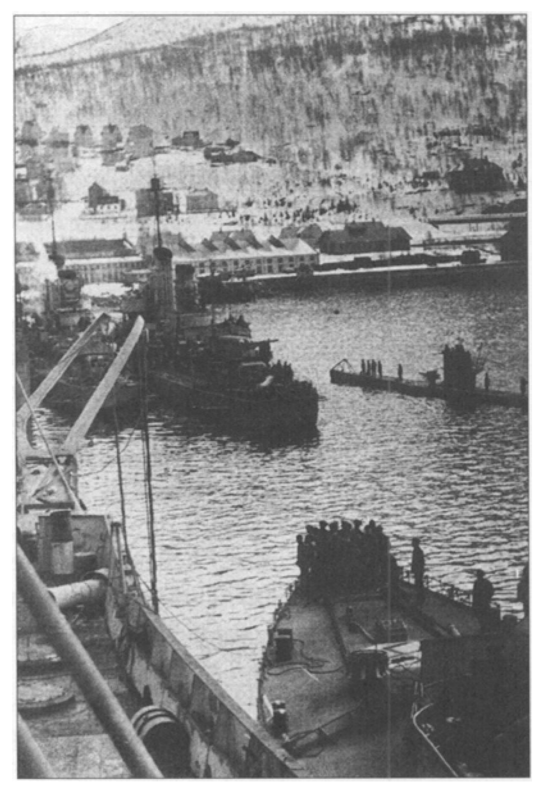
Das dürfte in der Tat für jeden, der lesen kann, die notwendige Klarheit bringen. Und trotz weiterbestehender UNO-Feindstaatenklauseln und vorstehend ausgedrückten UNO-Selbstverständnisses beschlossen Bundesregierung und Bundestag den Einsatz deutscher Soldaten im UNO-Auftrag in Somalia wie in Bosnien und Afghanistan. Und die Bundesrepublik zahlt nach den USA den höchsten Beitrag. Das ist wirklich schwer begreifbar.

Feindstaaten-Liste und Feindstaatenklauseln

Am Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich das Deutsche Reich mit den allermeisten Staaten der Welt im Kriegszustand. Neben den mit Deutschland verbündeten Italien, Rumänien, Bulgarien, Finnland, Ungarn und Japan, von denen die ersten vier noch vor Kriegsende Deutschland auch den Krieg erklärten, gab es nur wenige Staaten, die sich neutral aus der Kriegsfront gegen das Reich herausgehalten hatten: Afghanistan, Irland, Jemen, Liechtenstein, Nepal, Schweden, die Schweiz, Spanien und der Vatikanstaat. Durch deutschen Angriff oder deutsche Besetzung begann der Kriegszustand mit folgenden Staaten: Polen, Dänemark, Norwegen, Belgien, Luxemburg, Niederlande Jugoslawien, Griechenland, UdSSR. Den USA erklärte Deutschland als Verbündeter Japans nach der Kriegserklärung der USA an Japan den Krieg. Alle anderen Staaten der folgenden Liste (Ludwig PETERS, *Volkslexikon Drittes Reich,* Tübingen ^{2}1994, S. 444 f.) erklärten Deutschland den Krieg, darunter viele, die sich in einem kolonialen oder wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis zu den Hauptalliierten USA, Großbritannien oder Frankreich befanden.

Datum	Land mit Kriegsgrund
I, 9, 1939	Polen wird angegriffen
3. 9. 1939	England erklärt den Krieg
	Frankreich erklärt den Krieg
	Australien erklärt den Krieg
	Indien erklärt den Krieg
	Neuseeland erklärt den Krieg
9. 4. 1940	Norwegen wird besetzt
	Dänemark wird besetzt
10. 5. 1940	Belgien wird angegriffen
	Luxemburg wird angegriffen
	Die Niederlande werden angegriffen
6. 4. 1941	Jugoslawien wird angegriffen
8. 4. 1941	Griechenland wird angegriffen
22. 6. 1941	UdSSR wird angegriffen
II. 12. 1941	USA wird der Krieg erklärt
	Dominik. Rep. erklärt den Krieg
	Guatemala erklärt den Krieg
	Kuba erklärt den Krieg
	Nicaragua erklärt den Krieg
12. 12. 1941	El Salvador erklärt den Krieg
	Haiti erklärt den Krieg
	Honduras erklärt den Krieg

Ab 9. April 1940 wurde Norwegen von den deutseben Truppen besetzt. Hier: der wichtige Hafen Narvik.



16. 12. 1941 Tschechoslowakei (im Exil) erklärt den Krieg
13. 1.1942 Panama erklärt den Krieg
28. 5. 1942 Mexiko erklärt den Krieg
22. 8. 1942 Brasilien erklärt den Krieg
9, 10. 1942 Abessinien erklärt den Krieg
16. 1. 1943 Irak erklärt den Krieg
7. 4. 1943 Bolivien erklärt den Krieg
9. 9. 1943 Iran erklärt den Krieg
13. 10. 1943 Italien erklärt den Krieg
27. 11,1943 Kolumbien erklärt den Krieg
26. 1. 1944 Liberia erklärt den Krieg
15. 8. 1944 Rumänien erklärt den Krieg
8. 9. 1944 Bulgarien erklärt den Krieg
21. 9. 1944 San Marino erklärt den Krieg
31. 12. 1944 Ungarn erklärt den Krieg
2. 2. 1945 Ecuador erklärt den Krieg
8. 2. 1945 Paraguay erklärt den Krieg
12. 2. 1945 Peru erklärt den Krieg
14. 2. 1945 Chile erklärt den Krieg
15. 2. 1945 Uruguay erklärt den Krieg
16. 2.1945 Venezuela erklärt den Krieg
23. 2. 1945 Türkei erklärt den Krieg
24. 2. 1945 Ägypten erklärt den Krieg
26. 2, 1945 Syrien erklärt den Krieg
27. 2. 1945 Libanon erklärt den Krieg
1. 3. 1945 Saudi-Arabien erklärt den Krieg
3. 3. 1945 Finnland erklärt den Krieg
27. 3. 1945 Argentinien erklärt den Krieg



Nach dem 13. 10. 1943, der Kriegserklärung Italiens an Deutschland, bereitete EISENHOWER die Operation =Husky<, die Landung an der Südostküste Siziliens, vor.

Mit einer Reihe der aufgeführten Staaten wurde der Kriegszustand zu verschiedenen Terminen in der Nachkriegszeit für beendet erklärt, insbesondere mit den Großmächten. Einen gültigen Friedensvertrag mit den einzelnen Staaten gibt es mehr als ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende aber immer noch nicht. Der 2 + 4-Vertrag von 1990 soll ein Ersatz sein, was aber völkerrechtlich umstritten ist, da er keine abschließende Regelung trifft. So wurde immer behauptet, daß er keine völkerrechtliche Abtretung Ostdeutschlands und keine endgültige Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Grenze enthalte, die auch vorher nicht erfolgten, so daß die entsprechende Vereinbarung noch aussteht.

Die Gültigkeit der von den genannten Staaten - mindestens ursprünglich - anwendbaren sogenannten Feindstaatenklauseln der UNO-Charta[1] ist ebenfalls umstritten. Sie wurde vom Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur

[1] Vollständiger Text z, B. in: Beitrag Nr. 492, »Die Feindstaatenartikel der UNO-Charta«.

UNO im Jahre 1973 nicht berührt. Schon 1964 hieß es zwar von Seiten der Bundesregierung, »daß die Entwicklung über die Feindstaatenartikel hinweggegangen« sei.[2] Doch noch 1968 kamen Moskau und 1979 die UNO auf die Klauseln zurück und begründen mit ihnen politische Maßnahmen.'' In der Folgezeit wurde die Streichung der betreffenden UNO-Artikel mehrfach diskutiert, aber die Bundesregierung setzte sich nicht energisch für eine Aufhebung ein. So kam es bisher nicht zu der Streichung der für die Bundesrepublik diskriminierenden Artikel, obwohl Deutschland neben den USA Hauptzahler der UNO ist.

Später verlautete es mehrfach aus Bonn oder Berlin, die Feindstaatenklauseln seien >obsolet< (hinfällig) geworden - etwa mit der teilweisen Aufgabe der alliierten Rechte über Deutschland im Jahre 1990 -, was jedoch bestritten werden kann, da sie formal bis heute nicht geändert wurden.

So hieß es in einem Brief aus dem Auswärtigen Amt vom 27. September 1999 an einen deswegen anfragenden Bürger dazu:[4] »Was die immer, noch im Text der Charta der Vereinten Nationen enthaltenen, tatsächlich jedoch mit dem Beitritt der beiden deutschen Staaten zu den Vereinten Nationen obsoleten sog. >Feindstaatenklauseln< betrifft, mag es in der Vergangenheit in der Tat Stimmen gegeben haben, die von der Gültigkeit dieser Bestimmungen über das Jahr 1972 hinaus ausgegangen sind. Spätestens seit der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wird desgleichen allerdings nicht mehr ernsthaft vertreten. Selbst der Vertreter der Russischen Föderation bei den Vereinten Nationen in New York hat sich im Jahre 1994 eindeutig gegen die Gültigkeit der sog. >Feindstaatenklauseln< ausgesprochen.«

Das klingt sehr schön, hat aber kaum völkerrechtliche Bedeutung. Noch stehen die Klauseln schwarz auf weiß in der UNO-Charta, und das hat im Zweifel wie bei allen juristischen Verträgen Gültigkeit. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sich einer der zahlreichen >Feindstaaten< auf die Feindstaatenklauseln berufen kann, zum Beispiel, wenn deutsche Soldaten in Zukunft außerhalb der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

[2] So der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Karl CARSTENS, im Bundestag, in: *Das Parlament*, Bonn 1. 7. 1964.

' Siehe: Anm. 1.

[4] Kopie des Briefes, unterzeichnet vom Vortragenden Legationsrat BOCK, hegt dem Verfasser vor.

Die Feindstaatenartikel der UNO-Charta

Am 26. Juni 1945 wurde auf der Konferenz von San Francisco die Charta der »Vereinten Nationen« aus der Taufe gehoben.[1] Bei dieser Konferenz waren nur die Siegerstaaten des Zweiten Weltkrieges anwesend. Als Ziel wurde angegeben, daß Krisen und Spannungen in der Zukunft verhindert werden sollten. Die Tatsachen seitdem vermitteln ein ganz anderes Bild: Von 1945 bis zur Gegenwart fanden weit mehr als 200 Kriege auf dem Erdball statt, wobei auch UNO-Gründungsmitglieder als Angreifer auftraten. Elend, Hungersnöte und Vertreibungen von vielen Millionen Menschen kennzeichnen das neue, angeblich 1945 angebrochene »demokratische Zeitalter«.

In die UNO-Charta wurden zwei Artikel aufgenommen (Art. 53 und 107), die man als »Feindstaatenartikel«[2] bezeichnet. Was heißt das? Es heißt, daß sich die Siegermächte darin das Recht gegeben haben, sich in ihren Beziehungen zu den ehemaligen Feindstaaten nicht an das allgemeine Gewaltverbot, an das Interventionsverbot oder an den Grundsatz der Vertragstreue zu halten zu brauchen. So könnten zum Beispiel die USA militärische Maßnahmen gegen Ungarn oder Bulgarien durchführen, die Sowjetunion oder ein Nachfolgerstaat gegen die Bundesrepublik Deutschland. Es werden in diesen Artikeln ausdrücklich Handlungen erlaubt, die das allgemeine Völkerrecht verbietet. Der Text dieser Feindstaatenartikel lautet:[3]

»Artikel 53:

(1) Der Sicherheitsrat nimmt gegebenenfalls diese regionalen Abmachungen oder Einrichtungen zur Durchführung von Zwangsmaßnahmen unter seiner Autorität in Anspruch, Ohne Ermächtigung des Sicherheitsrates dürfen Zwangsmaßnahmen auf Grund regionaler Abmachungen oder seitens regionaler Einrichtungen nicht ergriffen werden; ausgenommen sind Maßnahmen gegen einen Feindstaat im Sinne des Absatzes 2, soweit sie in Artikel 107 oder in regionalen, gegen die Wiederaufnahme der Angriffspolitik eines solchen Staates gerichteten Abmachungen vorgesehen sind; die Ausnahme

[1] Bei der Gründung der UNO waren 51 Staaten vertreten. Als anläßlich der 20. Wiederkehr des Gründungstages der UNO am gleichen Ort (Opernhaus von San Francisco) eine Feierstunde stattfand, waren es 114 Mitgliedsstaaten. Als offizieller Gründungstag gilt der 24, Oktober 1945, an dem die Charta von den USA, der Sowjetunion, Frankreich, Großbritannien und Nationalchina (TSCHJANG KAI-SHEK) ratifiziert wurde.

[1] Manche sprechen auch von »Feindstaatenklauseln«. Besonders die Sowjetunion und Frankreich hatten auf deren Aufnahme in die UNO-Satzung bestanden.

[3] *Bundesgesetzblatt,* Bonn 1973 II, S. A. 431; auch in: Dieter BLUMENWITZ, *Die Ostverträge im Lichte des nationalen Vertragsrechts,* Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen, Bonn 1982, S. 51.

gilt, bis der Organisation auf Ersuchen der beteiligten Regierungen die Aufgabe zugewiesen wird, neue Angriffe eines solchen Staates zu verhüten.

(2) Der Ausdruck >Feindstaat< in Absatz 1 bezeichnet jeden Staat, der während des zweiten Weltkriegs Feind eines Unterzeichners dieser Charta war.

Artikel 107:

Maßnahmen, welche die hierfür verantwortlichen Regierungen als Folge des zweiten Weltkriegs in bezug auf einen Staat ergreifen oder genehmigen, der während dieses Krieges Feind eines Unterzeichnerstaats dieser Charta war, werden durch diese Charta weder außer Kraft gesetzt noch untersagt.«

Es ist bemerkenswert, daß in dem Ostvertrag mit Moskau vom 12. August 1970 in Artikel 2 gegenseitiger Gewaltverzicht vereinbart wurde. Nach sowjetischer Ansicht sind die Artikel 53 und 107 der UNO-Charta dadurch jedoch nur überlagert, nicht aber beseitigt.

Im Deutschen Bundestag kam das Thema »Feindstaatenartikel« mehrfach zur Sprache, so in einer Anfrage des **CDU-**Abgeordneten Dr. SCHMIDT/Wuppertal" im Junil964. Der damalige Staatssekretär im Auswärtigen Amt, Prof. Karl CARSTENS, antwortete überheblich, »daß die Entwicklung über die Feindstaatenartikel hinweggegangen« sei. Doch bei mehreren späteren Gelegenheiten kamen die früheren Siegermächte darauf zurück. So drohte Moskau in einer diplomatischen Note im Juli 1968 - also vier Jahre nach CARSTENS' oben erwähnter Antwort - mit den Artikeln 53 und 107, falls die NPD in den Bundestag einziehen werde. Der seinerzeitige Bundesaußenminister Willy BRANDT erklärte zwar in einem ZDFInterview: »Die sowjetische These über ein sowjetisches Interventionsrecht gegen die BRD ist nicht nur rechtlich, sondern auch politisch ohne Substanz.«[5] Die Probe aufs Exempel entfiel dann allerdings dadurch, daß die NPD bei der Bundestagswahl 1969 an der undemokratischen 5%-Hürde scheiterte.

Mit Bezug auf den Artikel **107** ihrer Satzung lehnte die UNO am **7.** November **1979** ein Eingreifen im Falle Rudolf HESS ab, nachdem sie von dessen Verteidiger deswegen angegangen worden war.[6]

Auch der Abgeordnete CZAJA fragte am 28. Oktober 1980 den Bundesaußenminister: »Was beabsichtigt die Bundesregierung zu tun, um den Anachronismus der Feindstaatenklausel in der UN-Charta, die Deutschland als Feindstaat deklariert, zu beseitigen?«

Viele Jahre lang hat die Bundesregierung in dieser Frage nichts getan, auch nicht anläßlich ihres Eintritts in die UNO im Jahre 1973. Spätere schüchternde Versuche in den neunziger Jahren blieben erfolglos. Manche meinen, mit der (scheinbar) endgültigen Aufgabe der alliierten Rechte über Deutschland 1990 seien die Feindstaatenklauseln unwirksam geworden.[7]

[4] *Das Parlament*, Bonn, 1. 7. 1964.

[5] *Bulletin der Bundesregierung*, Bonn, Nr. ' 116', 17.9. 1968.

[6] Alfred SEIDL, *Der Fall Rudolf Heß 1941-1984*, Universitas, München 1984, S. 339 f.

[7] So Prof. Rudolf DOLZER, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25. 9. 1990.

Wie souverän ist die Bundesrepublik?

Fünfundvierzig Jahre nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht am 8. Mai 1945 und nach der Verhaftung der Angehörigen der Reichsregierung durch die Alliierten am 23. Mai 1945 wurde durch den 2 + 4-Vertrag vom 12. September 1990 in Moskau zwischen den vier Siegermächten des Zweiten Weltkrieges auf der einen und der BRD sowie der DDR auf der anderen Seite ein Kapitel der Nachkriegsgeschichte für Deutschland abgeschlossen. Nach gängiger Meinung ist seitdem Deutschland wieder souverän, heißt es doch in Artikel 7 des Vertrages wörtlich: »(1) Die Französische Republik, das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland, die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und die Vereinigten Staaten von Amerika beenden hiermit ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes. Als Ergebnis werden die entsprechenden, damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken beendet und alle entsprechenden Einrichtungen der Vier Mächte aufgelöst. (2) Das vereinte Deutschland hat demgemäß volle Souveränität über seine inneren und äußeren Angelegenheiten.«

Doch das trifft so nicht zu, und zwar in mehrfacher Hinsicht.

1. Im 2 + 4-Vertrag, dem »Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland«, vom 12. September 1990 wird die Politik Deutschlands in mehreren Punkten für die Zukunft in einer Weise festgelegt, die für andere souveräne Staaten nicht gilt und die zukünftige deutsche Politik beschränkt. Die Bundesrepublik Deutschland ist demnach nicht frei, besitzt



Am 12. September 1990 unterzeichneten die Außenminister der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens, Frankreichs, der Bundesrepublik Deutschland und der DDR in Moskau das Abschlußdokument der sogenannten 2 + 4-Gespräche, das die außenpolitischen Aspekte der deutschen Wiedervereinigung behandelte.

keine »volle Souveränität«. So heißt es in Artikel 1 (3): »Das vereinte Deutschland hat keinerlei Gebietsansprüche gegen andere Staaten und wird solche auch nicht in Zukunft erheben.« Ostdeutschland und das Sudetenland sind also abgeschrieben. Nach Artikel 2 wird »von deutschem Boden nur Frieden ausgehen«; Handlungen, »die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören« seien »verfassungswidrig und strafbar«; Deutschland erklärt, daß es »keine seiner Waffen jemals einsetzen wird, es sei denn in Übereinstimmung mit seiner Verfassung und der Charta der Vereinten Nationen«. In Artikel 3 (1) wird der »Verzicht auf Herstellung und Besitz von und Verfügungsgewalt über atomare, biologische und chemische Waffen« erklärt; Absatz (2) enthält die Verpflichtung auf eine Truppenhöchstgrenze von 370 000 Mann.

2. In dem Gesetz vom 3. Januar 1994[1] zu den Notenwechseln vom 25. September 1990 und vom 23. September 1991 über die Rechtsstellung der in Deutschland stationierten verbündeten Streitkräfte und zu dem Übereinkommen vom 25. September 1990 zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin werden - zeitlich nach dem 2+ 4-Vertrag - wieder Einschränkungen der deutschen Souveränität vorgenommen. So heißt es in Artikel 2 des Übereinkommens zur Regelung bestimmter Fragen in bezug auf Berlin vom 25. September 1990: »Alle Rechte und Verpflichtungen, die durch gesetzgeberische, gerichtliche oder Verwaltungsmaßnahmen der alliierten Behörden in oder in bezug auf Berlin oder aufgrund solcher Maßnahmen begründet oder festgestellt worden sind, sind und bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht in Kraft, ohne Rücksicht darauf, ob sie in Übereinstimmung mit anderen Rechtsvorschriften begründet oder festgestellt worden sind. Diese Rechte und Verpflichtungen unterliegen ohne Diskriminierung denselben künftigen gesetzgeberischen, gerichtlichen oder Verwaltungsmaßnahmen wie gleichartige nach deutschem Recht begründete oder festgestellte Rechte und Verpflichtungen.«

In Artikel 3 wird festgestellt: »(2) Eine Zuständigkeit deutscher Gerichte oder Behörden nach Absatz 1 besteht nicht für die folgenden Institutionen und Personen, auch wenn ihre dienstliche Tätigkeit beendet ist, und nicht in den nachstehend genannten Verfahren:« Und dann werden aufgezählt »die alliierten Behörden«, »Angehörige der alliierten Streitkräfte«, alliierte Richter, Mitglieder alliierter Militärmissionen, alliierte Verfahren,

Für die Wirksamkeit früherer alliierter Urteile und Entscheidungen gilt auch in Zukunft nach Artikel 4: »Alle Urteile und Entscheidungen, die von einem durch die alliierten Behörden oder durch ein von denselben eingesetztes Gericht oder gerichtliches Gremium vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin erlassen worden sind, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und werden von den deutschen Gerichten und Behörden

wie Urteile und Entscheidungen deutscher Gerichte und Behörden behandelt.«

Artikel 5 legt dann noch fest, daß die Bundesrepublik Deutschland oder ihrer Herrschaftsgewalt unterliegende Personen auch in Zukunft »keinerlei Ansprüche gegen die drei Staaten oder einen von ihnen oder gegen Institutionen oder Personen« geltend machen werden »wegen Handlungen oder Unterlassungen, welche die drei Staaten oder einer von ihnen oder diese Institutionen oder Personen vor Unwirksamwerden der Rechte und Verantwortlichkeiten der Vier Mächte in oder in bezug auf Berlin begangen haben«.

3. Ferner gelten nach den Vereinbarungen vom 27./28. September 1990 über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den drei Westmächten noch Bestimmungen des Überleitungsvertrages vom 26. Mai 1952 weiter, worauf Reinhard MÜLLER 2005 unter dem bezeichnenden Titel »Versteinertes Besatzungsrecht«, einer Bezeichnung des Würzburger Völkerrechtlers Dieter BLUMENWITZ, hinwies:[2] »In Kraft bleiben alle Maßnahmen, die für »Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes« gegen das »deutsche Auslands- oder sonstiges Vermögen durchgeführt worden sind«. Gegen diese Maßnahmen darf die Bundesrepublik Deutschland keine Einwendungen erheben. Ansprüche gegen Klagen und Klagen gegen Personen, die aufgrund solcher Maßnahmen Eigentum erworben haben, sowie Klagen gegen internationale Organisationen oder ausländische Regierungen »werden nicht zugelassen«. Dieser Klageausschluß ist noch heute gültig.« Diese Regelung sollte angeblich dem »Interesse der Rechtssicherheit« dienen. Sie wurde »durch die Regierungen sogar gleichsam auf die neuen Bundesländer erstreckt«.

[1] Reinhard MÜLLER, »Versteinertes Besatzungsrecht« in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung,* 10. 5. 2005.

In Kraft bleibt ebenso der Artikel 7 Absatz 1 des Überleitungsvertrages. Dieser Artikel lautet: » Alle Urteile und Entscheidungen in Strafsachen, die von einem Gericht oder einer gerichtlichen Behörde der Drei Mächte oder einer derselben bisher in Deutschland gefällt worden sind oder später gefällt werden, bleiben in jeder Hinsicht nach deutschem Recht rechtskräftig und rechtswirksam und sind von den deutschen Gerichten und Behörden demgemäß zu behandeln.« Das gilt vor allem für den Nürnberger Prozeß von 1945/46 und seine Folgeverfahren.

4. Noch immer gelten die »Feindstaatenklauseln« in den Artikeln 57 und 103 der UNO-Charta, wenn man sie auch für »obsolet« (unwirksam) hält.[3]

[5] Siehe: Beitrag Nr. 492, »Die Feind staatenartikel der UNO-Charta«.

5. Behauptungen von der Existenz eines geheimen Staatsvertrages vom 21. Mai 1949 zwischen der Bundesrepublik und den drei Westmächten, der unter anderem die Medienhoheit der Alliierten bis 2099 und die Pfändung der deutschen Goldreserven durch die Alliierten zum Inhalt habe, von einer von jedem neuen Bundeskanzler zu unterschreibenden »Kanzlerakte« gegenüber den Alliierten sowie von einem geheimen, die Souveränität Deutsch-

lands in Zukunft weiter einschränkenden Anhang zum 2+ 4-Vertrag[4] laufen in Veröffentlichungen um, konnten jedoch bisher nicht bestätigt werden, und ihre Existenz ist fraglich.

Zusammenfassend wurde in einer Fachstudie zum noch in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Besatzungsrecht im Jahre 2002 festgestellt: »Letztlich zeigt sich also in allen Bereichen des Besatzungsrechts, daß der vollständige Abbau der besatzungsrechtlichen Ordnung in Deutschland noch immer nicht abgeschlossen und deren Überreste aus der Verfassung des wiedervereinigten Deutschlands, aus dem Stationierungsrecht seiner NATO-Partner und aus seinen geltenden Gesetzen noch immer nicht beseitigt sind. Dies bezieht sich also nicht allein auf das Stationierungsrecht, wie es dort das Bundesverfassungsgericht zumindest für den Teilbereich festgestellt hat, sondern auf alle Bereiche, in denen die Besatzungsgewalt aktiv geworden ist. Auch hieraus wird deutlich, daß das Jahr 1990 und auch die Jahre danach keine Zäsur gebracht haben, sondern allein diesen Abbauprozeß vorangetrieben haben. Weit mehr als früher liegt jedoch heute dieser Abbau der besatzungsrechtlichen Ordnung in den Händen der Bundesrepublik Deutschland selbst. Nunmehr ist es an ihr, diesen Prozeß zum Abschluß zu bringen.«[5] Doch bisher ist von den verschiedenen Berliner Regierungen weiter noch nichts geschehen, Rolf Kosiek

[4] Hans Werner WOLTERSDORF, »Methoden und Folgen der Umerziehung« in: *Deutschland in Geschichte und Gegenwart,* Nr. 4, 2004, S. 23.

[5] Michael RENSMANN, *Besatzungsrecht im wiedervereinigten Deutschland,* Nomos, Baden-Baden 2002. S. 190 ff.

Die Nationalsymbole

Seit der Entstehung der Nationalstaaten im 18./19. Jahrhundert haben sich nationale Symbole eingebürgert, insbesondere die Nationalhymne und die Nationalfahne. An ihrer Geschichte sind auch die politischen Umbrüche in den einzelnen Staaten ablesbar. Das gilt besonders für das von mehreren Vereinigungen und Revolutionen betroffene Deutschland, das verschiedene Wechsel und Verbote der Nationalsymbole erlebte. Antinationale Kreise versuchten jeweils und versuchen noch immer, diese Symbole abzuwerten, ihnen Unzutreffendes zu unterstellen oder sie als verboten zu verdächtigen. Eine Richtigstellung ist daher angebracht.







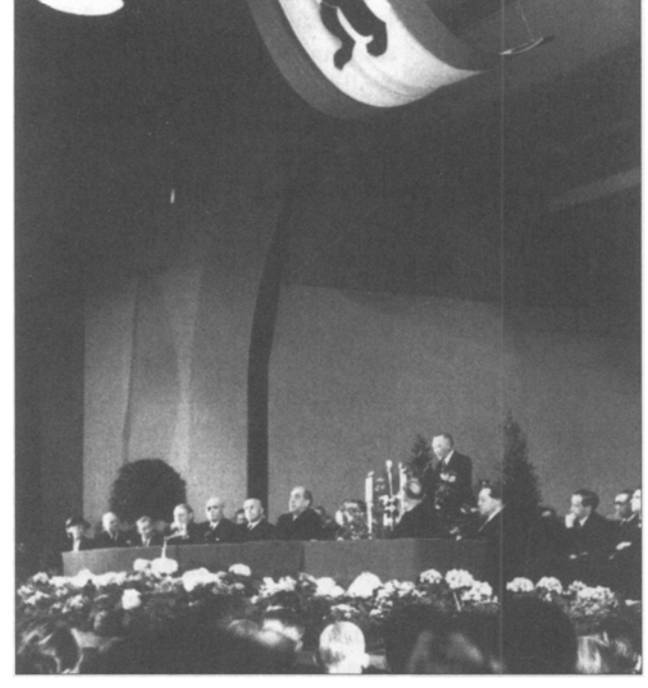
Die Reichsklein-odien, *von oben:* die Reichskrone, der 21 cm hohe Reichsapfel mit dem Kreuz und das Reichskreuz. Hinzu kommt das um 1500 angefertigte Reichsevangeliar.

Aus dem mittelalterlichen Deutschen Reich stammen die Reichsinsignien oder Reichskleinodien, die bei der Königskrönung eine Rolle spielten: Reichsapfel, Reichskrone, Reichsschwert, Zepter, Krönungsmantel, Heilige Lanze, Zeremonienschwert, rechter Handschuh. Dazu kamen zehn Reliquien als Reichsheiligtümer. Die Reichskleinodien wurden nach früheren Aufenthalten unter anderem auf der Burg Trifels in der Pfalz und auf der Burg Karlstein in Böhmen von 1424 bis 1796 in Nürnberg aufbewahrt, wurden dann vor NAPOLEON in Sicherheit gebracht, waren von 1808 bis 1938 in Wien, dann bis 1945 wieder in Nürnberg und befinden sich seitdem in Wien in der Hofburg. Reichssymbole waren der Reichsadler, die Reichsfarben Schwarz-Gelb sowie die lange in Markgröningen bei Stuttgart aufbewahrte Reichssturmfahne.

Nach Gebrauch bei den Burschenschaften ab 1817 und 1832 beim Hambacher Fest wurden die Farben Schwarz-Rot-Gold 1848 vom Bundestag in Frankfun und dann von der dort tagenden Nationalversammlung zu Bundesfarben erklärt, die 1852 wieder abgelegt wurden. Der Norddeutsche Bund führte 1866 Schwarz-Weiß-Rot als Bundesfarben ein, die 1871 vom neuen Deutschen Reich übernommen und 1892 amtlich zur Nationalflagge erklärt wurden. Die Weimarer Republik gab sich 1918 die Farben Schwarz-Rot-Gold, auch in Erwartung des (dann von den Alliierten verbotenen) Anschlusses Österreichs, dessen Deutsche sie auch nach 1866 weiter als deutsche Farben geführt hatten, Sie wurden am 1, Januar 1922 zu Reichs- oder Nationalfarben und zur Nationalflagge der Weimarer Republik, während die Handelsflagge Schwarz-Weiß-Rot blieb mit Schwarz-Rot-Gold in der Gösch (linken oberen Ecke). Österreich gab sich 1919 nach dem Anschlußverbot die Farben Rot-Weiß-Rot. Am 12. März 1933 wurde im Deutschen Reich wieder Schwarz-Weiß-Rot als Nationalfahne eingeführt, daneben die Hakenkreuzflagge benutzt. Ab 15. September 1935 waren Schwarz-Weiß-Rot die Nationalfarben, während die Hakenkreuzflagge alleinige Nationalflagge wurde. Nach 1945 verboten die Allierten die zunächst wieder von deutschen Behörden gezeigten Farben Schwarz-Rot-Gold. Diese wurden jedoch am 18. Mai 1948 in

Mitteldeutschland und ab 23. Mai 1948 in der BRD zu Nationalfarben und zur Nationalflagge erklärt, in der DDR mit Hammer und Sichel.

Ebenso wechselvoll war das Schicksal der deutschen Nationalhymne, des Deutschlandliedes. Es wurde am 26. August 1841 von Heinrich HOFFMANN VON FALLERSLEBEN auf dem damals noch britischen Helgoland gedichtet, bereits im selben Jahr, mit Joseph HAYDNS »Kaiserhymne« vertont, veröffentlicht und von Hamburger Turnern gesungen.[1] Bei einem Staatsakt wurde es erstmals im Jahre 1890 beim Anschluß Helgolands gesungen, und es kam bald in die Schulbücher. Im Ersten Weltkrieg wurde es von deutschen und Österreichischen Truppen gesungen, so beim Sturm auf Langemarck am 11. November 1914. Auf einer Sondersitzung nach Zustellung des Versailler Diktats stimmten die Angehörigen der Weimarer Nationalversammlung am 12. Mai 1919 in Berlin das Deutschlandlied an. Es wurde 1919 von der französischen Besatzungsmacht im besetzten Rheinland und 1923 im besetzten Ruhrgebiet verboten, wie auch unter Kölns Oberbürgermeister Konrad ADENAUER im August 1928 für die Dauer der Internationalen Presseausstellung in Köln.[3] Reichspräsident EBERT erklärte das Lied am 11. August 1922 zur Nationalhymne, die von 1933 bis 1945 bei offiziellen Anlässen zusammen mit dem Horst-Wessel-Lied gesungen wurde. Diese Regelung galt von 1938 bis 1945 auch in Österreich.



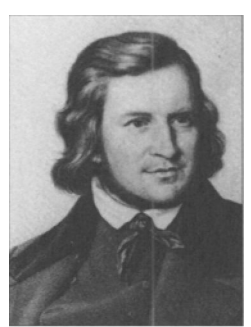
Nach seiner Rede im Titania-Palast (18. April 1950) forderte ADENAUER das Publikum auf, sich zu erheben und die dritte Strophe des Deutschlandliedes zu singen. Die drei Stadtkommandanten der Westalliierten blieben demonstrativ sitzen.

1945 wurde die deutsche Nationalhymne von den Alliierten wieder verboten. Bei der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 sangen die Angehörigen des Parlamentarischen Rates in Bonn als Verlegenheitslösung »Ich hab' mich ergeben«. Nach öffentlichen Aufrufen im Jahre 1949 und einem Antrag vom 29. September 1949 von dreizehn Abgeordneten im Bundestag, das »Lied der Deutschen« als Nationalhymne der jungen Bundesrepublik Deutschland wieder einzuführen, stimmte am 18. April 1950 überraschend Bundeskanzler Konrad ADENAUER zum Abschluß einer Kundgebung im Berliner Titania-Palast die dritte Strophe des Deutschlandliedes an, woraufhin der SPD-Vorstand den Raum verließ und die anwesenden alliierten Westberliner Kommandanten demonstrativ sitzen blieben. Aus London und Washington kam herbe Kritik an ADENAUERS Handeln.[3]

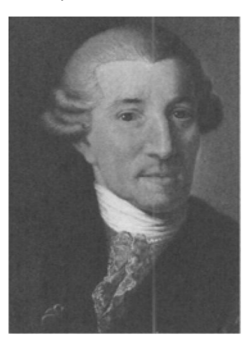
[1] Reinhard POZORNY, *Hoffmann von Fallersleben*, Türmer, Berg 1982, S. 88 ff.

[1] *Völkischer Beobachter*, 21. 8. 1928, S. 1.

[3] Private Mitteilung von Frau Christa BRAUN.



August Heinrich HOFFMANN VON FALLERSLEBEN (1798—1874).



Joseph HAYDN (1732-1809) schrieb die Melodie zu einer Hymne auf den deutschen Kaiser FRANZ II. HOFFMANN VON FALLERSLEBEN wählte diese Melodie als Vertonung für sein »Lied der Deutschen«,

Im Jahre 1951 versuchte Bundespräsident Theodor HEUSS, über alle Rundfunksender das Lied »Land des Glaubens« von Rudolf Alexander SCHRÖDER als neue Nationalhymne der Bundesrepublik durchzusetzen, kam jedoch im Volk nicht an, das mit großer Mehrheit das Deutschlandlied wollte. Nach einem Briefwechsel zwischen ADENAUER und HEUSS vom 29. April und 2. Mai 1951 wurden zum 8. Mai 1951 »alle drei Strophen« des Deutschlandliedes zur Nationalhymne erklärt, wobei »aus staatspolitischen Gründen bei staatlichen Anlässen nur die dritte Strophe gesungen« werden sollte.[4]

Die Aufständischen des 17. Juni 1953 in Berlin bekundeten mit allen Strophen des Liedes ebenso spontan ihre gesamtdeutsche Haltung wie die Fußballbegeisterten 1954 in Bern nach dem Weltmeisterspiel gegen Ungarn, und am 9, November 1989 sangen auch die Bundestagsabgeordneten nach der Meldung vom Fall der Mauer die dritte Strophe.

Als Anfang 1986 eine Stuttgarter Grundschullehrerin pflichtgemäß die dritte Strophe des Deutschlandliedes gelehrt hatte und, von den Kindern danach gefragt, auch die beiden ersten Strophen hatte singen lassen, empörten sich SPD-Abgeordnete des baden-württembergischen Landtags, und es kam zu Rededuellen mit dem die Lehrerin verteidigenden CDU-Kultusminister MAYER-VORFELDER, die »in Schreiduellen und Tumulten ausgefochten« wurden.[5] Praktisch die ganze SPD-Fraktion forderte dann ein Verbot des Lehrens der ersten beiden Strophen der Nationalhymne.

Die Welt wandte sich anläßlich dieses Streits gegen die vielfach eingerissene Übung, den Text der Nationalhymne in parodistischer Absicht zu verfremden[6] und damit herabzusetzen.

Im Jahre 1990 nahm das Bundesverfassungsgericht in drei Entscheidungen[7] zur Frage der Verunglimpfung der Nationalhymne auf Beschwerden deswegen Verurteilter Stellung[8]. Einmal war im Nürnberger Stadtmagazin *plärrer* eine Satire auf das Deutschlandlied veröffentlicht worden: »Deutschland, Deutschland over allos / Auf der Straße liegt das Geld / Wenn es gegen Los Kravallos / Gnadenlos zusammenhält.« Das Karlsruher Gericht meinte, es handele sich »erkennbar um eine Satire«, damit um ein »Kunstwerk«, dem die grundgesetzlich garantierte Kunstfreiheit zukomme. Im übrigen sei nur die dritte Strophe als staatspolitisches Symbol geschützt (was damals offensichtlich nicht zutraf). Bei den anderen beiden Fällen ging es um Verunglimpfungen der Bundesfahne. So war auf einem Buchtitel ein bei einem Gelöbniszeremoniell auf die Bundesflagge urinierender Mann gezeigt. Auch hier wurden die Geldstrafen aufgehoben.

Nach der kleinen Wiedervereinigung 1990 und einem erneuten Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Helmut KOHL und Bundespräsident Richard VON WEIZSÄCKER wurde in bedauerlicher vorauseilender Rücksichtnahme im August 1991 nur die dritte Strophe zur bundesdeutschen Nationalhymne erklärt, wobei die ersten beiden Strophen allerdings keineswegs verboten wurden.

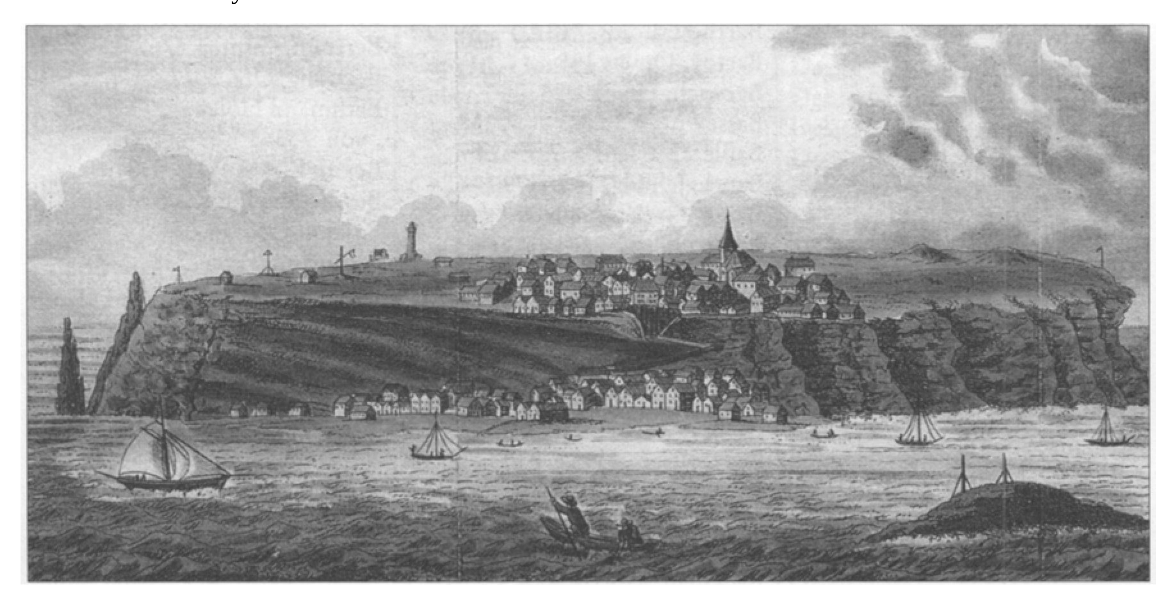
[4] *Bundesanzeiger*, 8. 5. 1951.
[5] *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 4. 7. 1986.
[6] *Die Welt*, 16. 7. 1986.
[7] Az.: lBvR 266/86; BvR 913/87; BvR 1215/87.
[8] *Die Welt*, 23. 3. 1990.

Das Singen auch der ersten beiden Strophen des Deutschlandliedes wird jedoch in der deutschen Medienöffentlichkeit nicht als politisch korrekt betrachtet. So hielt die Presse dem späteren baden-württembergischen Ministerpräsidenten OTTINGER, damals CDU-Fraktionsvorsitzender im Stuttgarter Landtag, im Jahre 2000 anklagend vor, daß er bei einer Veranstaltung seiner Verbindung als Festredner in Tübingen alle drei Strophen mit gesungen habe. Dieser Fall beschäftigte sogar den Landtag, wo SPD-Fraktionschef MAURER von einer »Geschmacklosigkeit« sprach.[9] Vorher hatte Ende der achtziger Jahre ein anderer amtierender baden-württembergischer Ministerpräsident, Lothar SPÄTH, auf die Frage eines Journalisten, was er tun würde, wenn sein Sohn die erste Strophe des Deutschlandliedes singen würde, erklärt: »Ich würde ihn ohrfeigen,«[10] Und der grüne Bundesminister TRITTIN soll um 2004 versichert haben, daß er noch niemals die deutsche Nationalhymne gesungen habe und es auch in Zukunft nicht tun wolle.

Als am 29. November 2003 am Schluß einer Demonstration in Lüneburg alle drei Strophen des Deutschlandliedes erklangen, ließ der Einsatzleiter der Polizei in dem Glauben, das Singen der ersten beiden Strophen sei verboten und erfülle den Tatbestand des § 86 a des Strafgesetzbuches (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen), die entsprechende Tonbandkassette beschlagnahmen und stellte Strafanzeige. Das Amtsgericht Lüneburg hob am 15. Dezember 2003 diese Beschlagnahme auf, da sie jeder Grundlage entbehre, und erklärte: »Das >Lied der Deutschen;,.. ist die deutsche Nationalhymne«. Mit der Entscheidung, nur die dritte Strophe bei staatlichen Anlässen zu singen, sei »jedoch in keinem Fall der übrige Teil des Textes oder der Hymne als verboten anzusehen«.[11] Rolf Kosick

[9] *National-Zeitung*, 30. 6. 2000.
[10] *Aachener Volkszeitung*, 18. 3. 1989.
[11] Urteil des Amtsgerichts Lüneburg vom 15. 12. 2003, Az.:NZS 15 Gs 419/03.

Ansicht von Helgoland aus dem Jahre 1840, wo sich HOFFMANN VON FALLERSLEBEN im August des folgenden Jahres aufhielt und dort den Text des Deutschlandliedes niederschrieb.



E

F

I

J

T

Zur besseren Orientierung des Lesers: Bei den in **Halbfett** gesetzten Seitenangaben steht das Stichwort im Mittelpunkt des jeweiligen Beitrags. Dieses Verzeichnis bezieht sich auf beide Wendig-Bände: i - Wendig Band 1;H - Wendig Band 2

Stichwortverzeichnis

Zur besseren Orientierung des Lesers: Bei den in Halbfett gesetzten Seitenangaben steht das Stichwort im Mittelpunkt des jeweiligen Beitrags. Dieses Verzeichnis bezieht sich auf beide Wendig-Bände: 1 = Wendig Band 1; II = Wendig Band 2

H

I

J

K

Q

R

S

W

Y

Z

DER GROSSE WENDIG

Richtigstellungen zur Zeitgeschichte

Im Gegensatz zu der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg haben die alliierten Sieger nach dem Zweiten Weltkrieg ihre Kriegs- und Greuelpropaganda mit zahlreichen den Deutschen vorgeworfenen Verbrechen nicht abgebrochen, sondern noch verstärkt. Die totale Niederlage des Deutschen Reiches 1945 und die anschließende jahrelange Besetzung mit Übernahme der Herrschaft auf allen Gebieten, vor allem im Medien- und Bildungsbereich, durch den alliierten Kontrollrat haben es ermöglicht, daß die ›großen Vier‹ die für die Deutschen vorgesehene Umerziehung durchführen und damit ein Geschichtsbild durchsetzen konnten, das sich nicht an der Wirklichkeit ausrichtet, sondern den Herrschaftsinteressen der Sieger dient.

Nachdem inzwischen die Erlebnisgeneration mit ihren Zeitzeugen beinahe ausgestorben ist, wird mit neuen, wie bisher unberechtigten Schuldzuweisungen versucht, die militärische Niederlage durch eine geistige Vernichtung der Deutschen abzusichern, indem ihnen die Geschichte verfälscht wird. Die Umfunktionierung der deutschen Katastrophe von 1945 mit den noch nach Ende der Kriegshandlungen nachfolgenden Millionen deutschen Opfern in Gefangenenlagern, bei der Vertreibung, während der Hungerjahre der ersten Nachkriegszeit in eine begrüßenswerte ›Befreiung‹ ist ein solches Beispiel grober Geschichtsentstellung. Daher sind Richtigstellungen aus Gründen der historischen Wahrheit wie auch im Interesse der deutschen Zukunft notwendig. Nach Ortega y Gasset ist die Vergangenheit »das einzige Arsenal, wo wir das Rüstzeug finden, unsere Zukunft zu gestalten«.

Bei der Redaktion und der Auswahl der Themen ergab sich erst die ganze Fülle der Verfälschungen der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Veröffentlichungen bisher geheimgehaltener Archive und erst kürzlich erschienener Erinnerungen brachten zudem neue Erkenntnisse über manche Zusammenhänge und Hintergründe, so daß auch mehr als 60 Jahre

GRABERT-VERLAG-TÜBINGEN

nach den damaligen Geschehnissen manche Einzelheiten in ganz neuem Licht erscheinen. Der Tod Karl Haushofers oder Heinrich Himmlers sind dafür Beispiele der letzten Jahre. Auch die Zukunft wird sicher noch für einige Überraschungen gut sein, so daß der Stoff für spätere Richtigstellungen nicht ausgehen wird.

Dieser zweite Band schließt zeitlich an die bis zum Zweiten Weltkrieg reichende Darstellung des ersten an. Es werden die den Deutschen vorgeworfenen Verbrechen einschließlich der deutschen Konzentrationslager behandelt; aber auch die offenkundigen, dennoch meist verschwiegenen Kriegsverbrechen der Alliierten und ihre Behandlung der Deutschen nach dem Krieg in ihren Vernichtungslagern werden aufgezeigt, die mit Vertreibung, Deportation, Zwangsarbeit und Hunger verbundenen ersten Nachkriegsjahre in die Erinnerung zurückgerufen und die Jahre der Teilung bis zur kleinen Wiedervereinigung und anschließend bis zur Gegenwart betrachtet.

Zwei Generationen von Bundesbürgern haben im letzten halben Jahrhundert durch den Schulunterricht wie durch die Massenmedien ein einseitig zu Lasten Deutschlands verzerrtes Geschichtsbild vorgesetzt bekommen. Wer sich nicht persönlich um die historische Wahrheit bemühte, die wenige mutige Verfasser und Verleger mit wachsendem Risiko immer wieder darstellten und verbreiteten, kennt die wahren Zusammenhänge nicht. Zur Absicherung der den Deutschen aufgezwungenen Sicht der Vergangenheit wurden Sonderstrafgesetze eingeführt, die inzwischen mehrere Male verschärft wurden und Autoren wie Verleger, ja auch Buchhändler im angeblichen ›freiesten Staat unserer Geschichte‹ bedrohen.

Auch um solche Verhältnisse zu ändern, wissenschaftlich strittige Fragen offen diskutieren und frei behandeln zu können, wovor sich die amtlichen Historiker immer noch scheuen, sind solche Richtigstellungen notwendig.

GRABERT-VERLAG-TÜBINGEN

Der erste Band brachte mehr als 200 einzelne geschichtliche Richtigstellungen für die erste Hälfte des 20. Jahrhunderts. Er behandelte die Zeit bis zum Zweiten Weltkrieg und dessen verschiedene Kriegsschauplätze sowie den See- und Bombenkrieg. Der vorliegende zweite Band umfaßt dazu ergänzend noch Einzelheiten aus der Kriegszeit wie die zahlreichen deutschen Friedensinitiativen, die deutschen Konzentrationslager, die unberechtigten Vorwürfe gegen die deutsche Wehrmacht sowie die Kriegsverbrechen der Alliierten.

Anschließend werden die erste Nachkriegszeit mit Besatzung, Hunger, Demontage, Flucht und Vertreibung, die alliierte Behandlung der deutschen Bevölkerung sowie die Umerziehung mit den Methoden der Desinformation durch die Massenmedien betrachtet, bevor Ereignisse der folgenden Zeit der Bundesrepublik bis zur Gegenwart zurechtgerückt werden. Dabei werden auch die kleine deutsche Wiedervereinigung und die heuchlerische Politik der Siegermächte wie mancher deutscher Politiker zu bestimmten Fragen wie zur Einheit der Deutschen, zur Oder-Neiße-Linie, zur Vergangenheitsbewältigung und zur Frage der ›Befreiung‹ im Mai 1945 unter die Lupe genommen. Ein in seiner Art einzigartiges Nachschlagewerk, das gegenüber dem zu Lasten Deutschlands verzerrten veröffentlichten Geschichtsbild das historische Geschehen darstellt, wie es sich wirklich ereignet hat.

ISBN 3-87847-230-8
ISSN 0564-4186



GRABERT